



5 m. 1/2  
651

Mr. W. C. CAMMAN  
Kolonel tit. K.N.I.L. b.d.  
Res. Kolonel K.N.L. b.d.  
OEGSTGEEST Tel. No. 21587  
Rhijngeesterstraatweg 4









# NATIONALÖKONOMIE

ERSTER BAND





# LEHRBUCH DER NATIONALÖKONOMIE

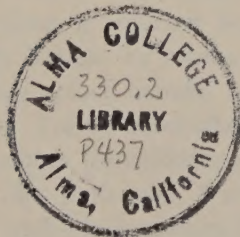
VON  
HEINRICH PESCH S.J.

Motto:

«Entzündet rings auf den Bergen weit  
Das flammende Feuersignal der Zeit:  
Gerechtigkeit!» (Fr. Eichert.)

ERSTER BAND  
GRUNDLEGUNG

DRITTE UND VIERTE, NEU BEARBEITETE AUFLAGE  
4.—6. TAUSEND



FREIBURG IM BREISGAU 1924  
HERDER & CO. G.M.B.H. VERLAGSBUCHHANDLUNG

35629

Imprimatur

*Friburgi Brisgoviae*, die 18 Iunii 1924

Dr. Mutz,  
Vic. Gen.

Imprimi potest

*Coloniae*, 19 Martii 1924

Bern. Bley S. J.  
Praep. Prov. Germ. Inf.

Alle Rechte vorbehalten.



## AUS DEM VORWORT DER ERSTEN AUFLAGE.

Einem edeln, geistvollen, menschenfreundlichen Manne ist dieses Werk gewidmet: Dr. Paulus Leopold Haffner, Bischof von Mainz. Er, der Nachfolger des Bischofs Wilhelm Emanuel v. Ketteler, hat durch manches ermutigende und ermunternde Wort mich gestärkt, nach den Verhältnissen, Mitteln und Möglichkeiten meines Berufes alle Kraft einzusetzen für das Werk der sozialen Reform. Dankbare Pietät veranlaßt mich, die Frucht meiner Arbeiten auf das Grab des hochseligen Bischofs niederzulegen. Doch auch dem hochwürdigen Klerus der Diözese Mainz, mit dem mich so viele Bande inniger Freundschaft verbinden, möge die Widmung als Beweis treuer Ergebenheit und herzlicher Liebe gelten.

Blicke ich zurück auf jene Männer, denen ich meine Ausbildung in der Philosophie, Jurisprudenz, Nationalökonomie verdanke, so muß ich vor allem den Rechtsphilosophen Theodor Meyer als denjenigen bezeichnen, der nach der philosophischen Seite hin den größten Einfluß auf dieses Lehrbuch ausgeübt hat. Dazu kommen, neben den Dozenten der juristischen Fakultät in Bonn, als Nationalökonom Erwin Nasse, von den staatswissenschaftlichen Professoren der Berliner Hochschule Gustav v. Schmoller, Max Sering und namentlich Adolf Wagner, unter den zeitgenössischen deutschen Nationalökonomien unbestritten der hervorragendste Theoretiker. Es ist mir geradezu ein Herzensbedürfnis, meinem hochverehrten Lehrer, Sr. Exzellenz dem Wirklichen Geheimrat Herrn Prof. Dr. Wagner, auch vor der Öffentlichkeit zu danken für das aufrichtige Wohlwollen, mit welchem er jederzeit den katholischen Geistlichen begegnete, welche das Glück hatten, zu seinen Schülern zu gehören.

Was nun dieses Lehrbuch selbst betrifft, so habe ich mich bemüht, ein einheitliches System der Volkswirtschaftslehre aufzubauen, dessen Besonderheit in der konsequenten Durchführung der anthropozentrischen und organischen Auffassung des nationalen Wirtschaftslebens besteht, in der Verbindung der kausalen und teleologischen Betrachtungsweise, in der Betonung des Staatszweckes und seiner Bedeutung für die Erkenntnis der Aufgaben und der Einheit der Volkswirtschaft, in der Hervorhebung des praktischen Charakters der Volkswirtschaftslehre, in der Verbindung der induktiven und deduktiven, der analytischen und synthetischen Methode usw.

Luxemburg-Stadt (Bellevue), den 8. Dezember 1904.

## VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE.

Was bei dem Umfang des Gesamtwerkes und bei der relativ beträchtlichen Stärke der Auflage kaum zu erwarten stand, ist eingetreten. Eine Neuauflage der „Grundlegung“ wurde nötig, und zwar vor Vollendung des ganzen Lehrbuchs, dessen vierter und fünfter Band ja noch aussteht.

Wo Änderungen in der neuen Auflage vorgenommen wurden, handelte es sich vornehmlich um eine klarere Fassung, Entwicklung, Begründung des Lehrstoffes, teilweise allerdings auch um nicht unwesentliche Ergänzung desselben. Daher der um 93 Seiten größere Umfang der Neuauflage. Insbesondere mußten die neueren und neuesten Fragen und Kontroversen entsprechende Berücksichtigung finden, wie ebenfalls die Literatur, in den wichtigsten Erscheinungen, bis auf die Gegenwart verwertet wurde. Diesbezüglich galt mir, wie bisher, als Regel, was Leibniz in seinen Lebenserinnerungen bemerkt: in den Schriften anderer Autoren habe ich lieber den eigenen Nutzen gesucht als den Stoff zur Bekämpfung fremder Ansichten.

Berlin-Marienfelde, 1. Januar 1914.

## VORWORT ZUR DRITTEN UND VIERTEN AUFLAGE.

Die neueste Entwicklung in Wissenschaft und Wirtschaft hat in geradezu auffallender Weise, wie mir scheinen will, die hier vorgetragenen Lehren bekräftigt. Insbesondere wurde die Notwendigkeit einer Vermittlung zwischen Individualismus und Sozialismus mehr und mehr erkannt. Auch fand für diese Vermittlung der Solidarismus weithin Anerkennung. So gehört z. B. die stärkere Betonung des Berufsgedankens in den Gedankenkreis des solidaristischen Systems, nicht minder der Grundsatz, welchen der amerikanische Automobilfabrikant Henry Ford (Mein Leben und mein Werk, 1924) zum Ausdruck brachte: „Du sollst die Dienstleistung über den Gewinn stellen.“ Dadurch wird die Privatwirtschaft mit ihrem Zweck der volkswirtschaftlichen Aufgabe untergeordnet: Du sollst nicht nur privatwirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich denken.

Änderungen grundsätzlicher Art waren in der neuen Auflage nicht notwendig, wohl aber fügte ich einzelne Ergänzungen bei, soweit diese der Klärung und Begründung des Lehrstoffes dienlich sein konnten. Mit derselben Auswahl wurde auch die neueste Literatur berücksichtigt.

Berlin-Marienfelde, 8. Juni 1924.

Heinrich Pesch S. J.



# INHALTSÜBERSICHT.

	Seite
Aus dem Vorwort der ersten Auflage . . . . .	V
Vorwort zur zweiten Auflage . . . . .	VI
Vorwort zur dritten und vierten Auflage . . . . .	VI
<b>Grundbegriffe und grundlegende Wahrheiten:</b>	
I. Natur und Mensch . . . . .	1—73
II. Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft . . . . .	74—162
III. Drei Grundpfeiler der Gesellschaftsordnung . . . . .	163—243
IV. Die Volkswirtschaft und ihr Organisationsprinzip . . . . .	244—455
V. Die Volkswirtschaftslehre . . . . .	456—580

## Erstes Kapitel.

### Natur und Mensch . . . . . 1—74

- § 1. Der Mensch Herr der Welt nach Gottes Gebot . . . . . 1—8
1. Tatsache und Grund der Herrschaft des Menschen über die äußere Welt (S. 2). — 2. Zweck und Norm jener Herrschaft (S. 2). — 3. Der Begriff Bedürfnis (S. 3). — 4. Einteilung der Bedürfnisse (S. 4). — 5. Psychologie und nationalökonomische Lehre von den Bedürfnissen (S. 7). — 6. Sittliche Grenze der Bedürfnisse (S. 8).
- § 2. Die Arbeit als Mittel der Weltbeherrschung . . . . . 8—17
1. Begriff und Wesen der Arbeit (S. 9). — 2. Das Gesetz der Arbeit (S. 10). — 3. Wirtschaftliche Arbeit (S. 11). — 4. Wirtschaft, Wirtschaftseinheit, Wirtschaftsbetrieb (S. 11). — 5. Technik und Ökonomik (S. 12). — 6. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit (S. 13). — 7. Die „wirtschaftliche Natur des Menschen“ (S. 15). — 8. Der Mensch stets und überall Subjekt und Ziel der Wirtschaft (S. 16).
- § 3. Der Dienst der äußeren Natur . . . . . 17—28
1. Die Welt immerdar Gottes Eigentum (S. 17). — 2. Der Begriff Gut (S. 18). — 3. Der Wert (S. 19). — 4. Die Objektivität des Wertes (S. 19). — 5. Begriffsbestimmung des Wertes (S. 21). — 6. Wirtschaftliches, ökonomisches Gut (S. 21). — 7. Die Materialität der ökonomischen Güter (S. 23). — 8. Einteilung der ökonomischen Güter (S. 24). — 9. Ökonomischer Wert (S. 25). — 10. Die Bemessung des Wertes (S. 26).
- § 4. Der Mensch Herr der Welt inmitten der Gesellschaft . . . . . 28—74
1. Die soziale Natur des Menschen (S. 29). — 2. Die Arbeitsvereinigung und die Arbeitsteilung (S. 30). — 3. Der sittliche Rahmen und das sittliche Band der menschlichen Gesellschaft (S. 32). — 4. Das Prinzip der Solidarität (S. 33). — 5. Solidarität und ökonomisches Prinzip (S. 35). —

6. Solidarität und Beruf (S. 36). — 7. Amtscharakter der Arbeit (S. 38). —  
 8. Tausch und Tauschverkehr (S. 39). — 9. Der Güterwert im Tausch-  
 verkehr (S. 40). — 10. Begriff des Tauschwertes (S. 46). — 11. Tausch-  
 wert und Kostenwert (S. 50). — 12. Teleologische Auffassung des Wertes  
 (S. 52). — 13. Die „klassische“ Werttheorie (S. 53). — 14. Die Grenz-  
 werttheorie (S. 61). — 15. Das Leben der Einzelwirtschaft in der Gesell-  
 schaft (S. 70).

## Zweites Kapitel.

### Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft . . . . . 74—163

- § 1. Begriff und Geschichtliches . . . . . 74—82  
 1. Gesellschaft und gesellschaftlicher Verband (S. 75). — 2. Die Ge-  
 sellschaftswissenschaft (S. 76). — 3. Philosophische und geschichtliche  
 Betrachtung (S. 78). — 4. Sozialwissenschaft und Staatswissenschaft  
 (S. 81).
- § 2. Die „evolutionistische“ Soziologie . . . . . 82—97  
 1. Die Aufgabe der Soziologie und ihre Eigenart im evolutionistischen  
 Sinne (S. 82). — 2. Soziologische Schulen (S. 84). — 3. Die intellektuelle  
 oder psychologische Schule Comtes (S. 85). — 4. Die biologische oder  
 organische Schule von Herbert Spencer (S. 88). — 5. Die ökonomische  
 Schule im Sinne der Marx-Engelsschen Theorie (S. 92). — 6. Rückblick  
 auf die verschiedenen Schulen und ihre Lehren (S. 92). — 7. Frage nach  
 der Möglichkeit einer empirischen Soziologie (S. 94).
- § 3. Die gesellschaftliche Entwicklung in kausaler und teleologischer Betrach-  
 tung . . . . . 98—133  
 1. Allgemeine Frage nach den Faktoren, welche die geschichtliche Ent-  
 wicklung bedingen und bestimmen (S. 100). — 2. Gibt es bestimmte Ge-  
 setze der geschichtlichen Entwicklung? (S. 100). — 3. Sind es die Massen  
 oder Individuen, die den bestimmenden Einfluß auf die gesellschaftliche  
 Entwicklung ausüben? (S. 108). — 4. Ist die Fragestellung nach dem,  
 was sein soll, mit Rücksicht auf das soziale Geschehen, wissenschaftlich  
 berechtigt und wissenschaftlich notwendig? (S. 119). — 5. Das Telos in  
 der christlichen Philosophie (S. 125). — 6. Die Teleologie der Mensch-  
 heitsgeschichte (S. 131).
- § 4. Erträge der neuesten insbesondere philosophischen Forschungen für Sozio-  
 logie und Nationalökonomie . . . . . 133—147  
 1. Die deutsche Gesellschaft für Soziologie (S. 133). — 2. Die Südwest-  
 deutsche Schule: Windelband-Rickert (S. 136). — 3. Der soziologische  
 Historismus (S. 136). — 4. Psychologie und Soziologie (S. 137). — 5. Die  
 Lebensphilosophie (S. 138). — 6. Die neukantianische „Marburger Schule“  
 (S. 139). — 7. Phänomenologische Schule (S. 140). — 8. Zurück zur Meta-  
 physik (S. 142). — 9. Neues Leben in der Rechtsphilosophie (S. 143). —  
 10. Philosophia perennis (S. 148).
- § 5. Das Wesen der menschlichen Verbände . . . . . 148—162  
 1. Wesen und Gesetz (S. 149). — 2. Wesenselemente der Gesellschaft  
 (S. 150). — 3. Begriffsbestimmung (S. 155). — 4. Die Gesellschaft als  
 Organismus (S. 156). — 5. Der Verband als „Persönlichkeit“ (S. 161).

## Drittes Kapitel.

## Drei Grundpfeiler der Gesellschaftsordnung

Seite  
163—243

- § 1. Die Familie . . . . . 163—175
1. Begriff und Zweck (S. 163). — 2. Geschichtliches über Ehe und Familie (S. 164). — 3. Die wirtschaftliche Funktion der Familie (S. 168). — 4. Die gesellschaftliche Bedeutung eines gesunden Familienlebens (S. 170). — 5. Gesindewesen (S. 172).
- § 2. Der Staat . . . . . 175—206
1. Grund und Ursprung des Staates (S. 176). — 2. Die geschichtliche Entwicklung des Staates (S. 176). — 3. Der Staat als Gebietskörperschaft (S. 178). — 4. Stellung des Individuums zum Staat (S. 178). — 5. Wichtigkeit der naturrechtlichen Grundlage (S. 180). — 6. Geschichtlicher und natürlicher Zweck des Staates (S. 182). — 7. Die öffentliche Wohlfahrt als Staatszweck (S. 185). — 8. Staatliche Politik, Wirtschafts- und Sozialpolitik (S. 189). — 9. Der Staatssozialismus (S. 191). — 10. Die Autorität im Staate (S. 200). — 11. Der Staat als moralischer Organismus (S. 203).
- § 3. Die Privateigentumsinstitution . . . . . 206—243
1. Begriff (S. 207). — 2. Eigentumstheorien (S. 207). — 3. Die naturrechtlich-ökonomische Eigentumstheorie (S. 215). — 4. Das natürliche Recht des Menschen, Eigentum zu erwerben (S. 218). — 5. Kulturelle, ökonomische und soziale Begründung der Privateigentumsinstitution (S. 224). — 6. Einwendungen (S. 227). — 7. Der ältere Agrarsozialismus und die neuere Bodenreformbewegung (S. 231). — 8. Der Erwerb wirtschaftlicher Güter (S. 237). — 9. Schranken des Eigentums (S. 240). — 10. Geschichtliche Entwicklung der Eigentumsformen (S. 241).

## Viertes Kapitel.

## Die Volkswirtschaft und ihr Organisationsprinzip

244—438

- § 1. Theorien über die Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung . . . . . 244—269
1. Wirtschaftsstufen nach der Art der Güterbeschaffung (S. 245). — 2. Natural- und Verkehrswirtschaft (S. 246). — 3. Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft, Kreditwirtschaft (S. 247). — 4. Hauswirtschaft, Stadtwirtschaft, Volkswirtschaft (S. 249). — 5. Bemerkungen zur Bücher-Schmollerschen Theorie (S. 251).
- § 2. Der Begriff: Volkswirtschaft . . . . . 269—280
1. Wortanalyse mit Folgerungen (S. 269). — 2. Die Einheit der Volkswirtschaft (S. 271). — 3. Aufgabe der Volkswirtschaft (S. 274). — 4. Begriffsbestimmung (S. 275). — 5. Verhältnis der Volkswirtschaft zu den Einzelwirtschaften und zur Staatswirtschaft insbesondere (S. 275). — 6. Volkswirtschaft und Weltwirtschaft (S. 276). — 7. Das Organisationsprinzip der Volkswirtschaft (S. 278).
- § 3. Individualismus . . . . . 281—319
1. Philosophischer Ausgangspunkt des Individualismus (S. 283). — 2. Die physiokratische Freiheitslehre (S. 286). — 3. Der individualistische Freiheitsgedanke bei Adam Smith (S. 289). — 4. Siegeslauf des freiwirtschaftlichen Prinzips. Freihandelschule. Manchesterium (S. 298). — 5. Der Individualismus im Gewande darwinistischer Soziologie (S. 306). — 6. Der Anarchismus (S. 311).

	Seite
§ 4. Sozialismus . . . . .	319—408
1. Name und Begriff (S. 321). — 2. Die Staatsromane (S. 326). — 3. Theorien der älteren französischen und englischen Sozialisten (S. 328). — 4. Organisationspläne des „kritisch-utopistischen“ Sozialismus (S. 335). — 5. Verhältnis des marxistischen Sozialismus zu den älteren sozialistischen Theorien (S. 340). — 6. Weltanschauung des modernen Sozialismus (S. 347). — 7. Die materialistische Geschichtsauffassung (S. 350). — 8. Die besondern Bewegungsgesetze der kapitalistischen Epoche (S. 360). — 9. Die Marxsche Werttheorie (S. 363). — 10. Kritik der Marxschen Werttheorie (mit Verelendungstheorie) (S. 368). — 11. Die Krisentheorie und das Konzentrationsgesetz (S. 383). — 12. Der Zukunftsstaat (S. 386). — 13. Revisionismus. Neu-Marxismus (S. 389). — 14. Die neuere sozialistische Ideenwelt in außerdeutschen Ländern (S. 405). — 15. Syndikalismus (S. 408).	
§ 5. Solidarismus . . . . .	408—455
1. Die Solidaritätsidee (S. 410). — 2. Die „sozialrechtliche Richtung“ (S. 422). — 3. Vertiefung des Solidaritätsgedankens durch Roeslers Lehre vom sozialen Gesetz (S. 424). — 4. Der Solidarismus als System in seinem Begriff und in seiner Bedeutung (S. 432). — 5. Der Solidarismus verglichen mit Individualismus und Sozialismus (S. 434). — 6. Das Solidaritätsprinzip und die Organisation der Volkswirtschaft (S. 449).	
 Fünftes Kapitel. 	
Die Volkswirtschaftslehre . . . . .	456—580
§ 1. Charakter, Gegenstand, Aufgabe der Volkswirtschaftslehre . . . . .	456—493
1. Das Wort „Nationalökonomie“ (S. 456). — 2. Begriff der Nationalökonomie als Wissenschaft (S. 457). — 3. Material- und Formalobjekt (S. 457). — 4. Die Nationalökonomie ist wahre Wissenschaft (S. 461). — 5. Die Volkswirtschaftslehre eine sozial- und staatswissenschaftliche Disziplin (S. 462). — 6. Die Volkswirtschaftslehre eine ökonomische Disziplin (S. 465). — 7. Die Volkswirtschaftslehre ist nationalökonomische Disziplin (S. 466). — 8. Die Volkswirtschaftslehre ist praktische Wissenschaft (S. 472). — 9. Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik (S. 484).	
§ 2. Die Nationalökonomie in ihrem Verhältnis zu den Gesellschaftswissenschaften und zur Moral . . . . .	493—531
1. Die Verselbständigung der Nationalökonomie (S. 494). — 2. Die Nationalökonomie ein besonderer Wissenszweig (S. 497). — 3. Die Verselbständigung der Nationalökonomie besagt nicht deren Isolierung (S. 498). — 4. Hilfswissenschaften der Nationalökonomie (S. 499). — 5. Folgerungen für die Volkswirtschaftslehre aus ihrem Verhältnis zur Gesellschaftslehre und aus ihrem staatswissenschaftlichen Charakter (S. 502). — 6. Nationalökonomie und Moral (S. 503). — 7. Einwendungen (S. 509). — 8. Die „ethische Richtung“ in der Nationalökonomie (S. 515).	
§ 3. Gesetze der Volkswirtschaft . . . . .	531—545
1. Das Gesetz der Volkswirtschaft (S. 532). — 2. Gesetze, die für die Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre von großer Bedeutung sind (S. 533). — 3. Ergebnisse (S. 544).	



§ 4. Methodenfrage . . . . .	Seite 546—573
1. Methode der klassischen Nationalökonomie (S. 546). — 2. Die historische Schule (S. 553). — 3. Die österreichische, sog. analytische oder psychologische Schule (S. 557). — 4. Die mathematische Methode (S. 561). — 5. Verbindung von philosophischer und positiver Betrachtung, der induktiven und deduktiven, analytischen und synthetischen Methode (S. 563). — 6. Verschiedenheit der Methoden im Hinblick auf das Verhältnis von Ethik und Nationalökonomie (S. 567). — 7. Die Universalität nationalökonomischer Erkenntnis (S. 509).	
§ 5. Einteilung der Volkswirtschaftslehre . . . . .	573—580
1. Verschiedene Auffassungen älterer und neuerer Zeit (S. 573). — 2. Allgemeine und besondere Volkswirtschaftslehre in unserem Sinne (S. 578).	
Personenregister . . . . .	581
Sachregister . . . . .	588



## ERSTES KAPITEL. NATUR UND MENSCH.

Nicht alle Wahrheiten und Begriffe, deren die Volkswirtschaftslehre bedarf, werden von ihr selbst aufgefunden. Viele Ideen sind dem alltäglichen Leben geläufig, ehe die wissenschaftliche Reflexion sich derselben bemächtigt und sie durch klarere Fassung, genauere Begrenzung vervollkommenet. Manche Wahrheit, welche dem Nationalökonomien als leitender Grundsatz vorschweben muß, hat ihre Heimat im Gebiete anderer Wissenschaften, wo sie formuliert, geprüft, begründet wird.

Zu diesen von der Volkswirtschaftslehre vorausgesetzten, zum Teil auch in der Anwendung auf das wirtschaftliche Gebiet weiter entwickelten Wahrheiten gehören insbesondere gewisse Lehren, die sich beziehen:

- a) auf die Stellung des Menschen zur äußern Natur,
- b) auf das Verhältnis der Güterwelt zum Menschen,
- c) auf das gesellschaftliche Leben.

Mit denselben werden wir uns vorerst zu beschäftigen haben.

### § 1.

#### Der Mensch Herr der Welt nach Gottes Gebot.

**Literatur:** Theod. Meyer, Die Arbeiterfrage und die christlich-ethischen Sozialprinzipien<sup>1</sup> (1904) 19 ff. — Ebenhoch, Wanderungen durch die Gesellschaftspolitik (1896) 20 ff. — v. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen<sup>2</sup> (1870) 1—103. — Roscher, System der Volkswirtschaft. I: Grundlagen der Nationalökonomie (später bearbeitet von Pöhlmann, dann von Adolf Weber), Kap. 1, § 1. — A. Wagner, Lehr- und Handbuch der polit. Ökonomie. I: Grundlegung der polit. Ökonomie, 1. Halbband<sup>3</sup> (1892) 73 ff. — v. Schäßle, Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft I (1873) 98 ff. — Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre I<sup>4-7</sup> (1901) 22 ff. — Conrad, Grundriß zum Studium der polit. Ökonomie I<sup>3</sup> (1900) 21 ff. — Cohn, System der Nationalökonomie. I: Grundlegung (1885) 273 ff. — Jentsch, Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft (1895) 17 ff. — v. Philippovich, Grundriß der polit. Ökonomie I<sup>1</sup> 1912 3 f. — Neumann, Grundlagen der Volkswirtschaftslehre I (1889) 34 ff. — v. Wieser, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, in Band I des Grundrisses der Sozialökonomik (1914). — Gustav Cassel, Theoretische Sozialökonomie (1918) 54 ff. — Schwiedland, Volkswirtschaftslehre I<sup>3</sup> (1922). — Čuhel, Zür Lehre von den Bedürfnissen (1907). — Amonn, Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, in Wiener staatswissenschaftlichen Studien X (1911), 1. Hft. — Brentano, Versuch einer Theorie der Bedürfnisse Bayrische Akademie der Wissenschaften 1908, 10. Abhandlung). — C. S. Devas, Groundwork of economics (1883) 47 f. 145 ff. — Maurice Block, Les progrès de la science économique depuis A. Smith I 1890 81 ff.

**1. Tatsache und Grund der Herrschaft des Menschen über die äußere Welt.** Die Tatsache der Herrschaft des Menschen über die Welt ist unbestritten; sie findet stets neue Bestätigung im Verlaufe der Geschichte durch jeglichen Fortschritt im Bereiche der materiellen Kultur.

Ihren Grund aber hat sie in dem Willen Gottes, der den Stammvater unsres Geschlechtes zur Herrschaft berief, der dem Menschen die vernünftige Natur und damit eine wesentliche Erhebung verlieh über den bloßen Stoff, die Pflanzen- und Tierwelt. Ohne Voraussetzung dieser Erhebung entbehrt die Beherrschung der äußern Welt durch den Menschen sowohl in ihrem Anfang als in ihrer Weiterentwicklung jeder ausreichenden Erklärung jeder praktischen Bedeutung.

Hieraus ergeben sich zwei wichtige Folgerungen:

a) Die Grundlagen jener Herrschaft sind unveränderlich: ihre besondere Ausgestaltung ist veränderlich.

Die menschliche Natur ist nicht das Werk der Geschichte, sondern der Schöpfung. In ihren innern physischen und metaphysischen Wesenselementen bleibt sie aller historischen Wandelbarkeit entrückt. Immer und überall ist der Mensch aus Leib und Seele zusammengesetzt, immer und überall ein sinnlich-vernünftiges Wesen. Aber die in seiner Wesenheit einbeschlossenen Eigenschaften und Kräfte gleichen Keimen, die der Entfaltung fähig und bedürftig sind für das Individuum wie für die Gattung. Sie werden bei ihrer Fortbildung und Ergänzung durch äußere Bedingungen und wandelbare Verhältnisse beeinflusst. Insbesondere die tatsächliche Geltendmachung, die Befestigung und Erweiterung, die besondere Form und die konkrete Gestaltung der Herrschaft des Menschen über die Körperwelt vollziehen sich in einem langwierigen, nur allmählich fortschreitenden Prozeß, angefangen von der „Nahrungssuche“ bis zu den Formen einer umfassenden, machtvollen Bewältigung von Stoff und Kraft.

b) Die vernünftige Natur ist Gemeingut aller Menschen. Alle sind darum auch in irgend einer Form zur Teilnahme an der Herrschaft über die äußere Welt berufen. Alle müssen in irgend einem Grade teilnehmen können an den Früchten jener auf die vernünftige Natur gegründeten Herrschaft. Das intensive und extensive Wachstum dieser Teilnahme gilt wie die Ausdehnung der Weltbeherrschung als Kennzeichen fortschreitender Kultur.

**2. Zweck und Norm jener Herrschaft.** Ohne den Dienst der äußern Natur wäre die Voraussetzung und die materielle Grundlage jedes höheren Kulturstrebens dem Menschen genommen, ja das bloß physische Dasein und Fortbestehen unmöglich gemacht. Die Erhaltung und Entfaltung des Lebens, die Entwicklung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten vollzieht sich vermittelt des Dienstes der Dinge, die uns umgeben. Die Welt ist unsre Wohnung, unser Garten, unser Arbeitsfeld. Sie dient dem Geiste als Gegenstand seiner Forschung, führt uns zur Erkenntnis



und zur Liebe des Schöpfers. Aus ihr können und sollen wir unser Leben und unsre Macht ergänzen, diejenigen Gegenstände entnehmen, deren wir zur Fortsetzung und Vervollkommnung unsres Lebens benötigen. Wenn daher auch der tiefere, ideale Grund der Herrschaft des Menschen über die Welt in seiner Gottähnlichkeit, der letzte und höchste Zweck in seiner überirdischen Bestimmung gesucht werden muß, so hat doch dieselbe Herrschaft zugleich einen höchst reellen näheren Grund und Zweck, der sich aus den natürlichen Bedingungen unsres leiblichen und geistigen Daseins hienieden ergibt.

Der Mensch wird eben durch seine und der Dinge Natur gezwungen, die Erde planmäßig und beständig in Dienstbarkeit zu bringen und zu erhalten, da er allein so die Befriedigung seiner Bedürfnisse erlangen und auf die Dauer sichern kann.

**3. Der Begriff Bedürfnis.** Als ein begrenztes Wesen besitzt der Mensch in sich selbst nicht alles, dessen er benötigt. Er fühlt und erkennt die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Ergänzung durch etwas, was zur Erhaltung und Entfaltung seines Seins, seiner Fähigkeiten, zur Befriedigung seiner Wünsche, zu seinem irdischen Glück und Wohlbefinden gehört, dessen er daher in geringerem oder größerem Maße und Grade bedarf.

Das Bedürfnis, in subjektiver Betrachtung, ist somit das Gefühl und Bewußtsein eines Mangels, verbunden mit dem Verlangen, das Fehlende zu gewinnen, den Mangel zu beseitigen.

Im objektiven Sinne bezeichnet „Bedürfnis“ die Notwendigkeit, Nützlichkeit, Angemessenheit einer Ergänzung, den Zustand des Mangels in einem bestimmten Punkte, dann auch die Sache selbst, deren man bedarf.

Die Gesamtheit der Bedürfnisse, des Bedurften, überhaupt oder in einer gewissen Beziehung heißt Bedarf.

Wenn die Bedürfnisse einerseits eine bestimmte Abhängigkeit bedeuten oder verursachen, so steht anderseits die Art und der Umfang derselben in inniger Beziehung zu der spezifischen Vollkommenheit und Entwicklungsfähigkeit dessen, der die Bedürfnisse hat. Je höher die Gattung ist, der ein Lebewesen angehört, je komplizierter sein Lebensprozeß verläuft, um so zahlreicher sind seine Bedürfnisse. Der Mensch ist objektiv bedürfnisreicher als das Tier, und dieses hat mehr Bedürfnisse als die Pflanze. Es ist ein Beweis für die wesentliche Erhebung des Menschen über das Tier, daß er mit fortschreitender Kultur seine Bedürfnisse erweitern, verfeinern und für deren Befriedigung geeignetere Mittel sich verschaffen kann. So legen also die Bedürfnisse Zeugnis ab zugleich von der Schwäche wie von der Größe der menschlichen Natur<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> J. B. Say, Ausführliches Lehrbuch der praktischen Ökonomie, übersetzt von M. Stirner I (1845) 8. Vgl. M. H. Baudrillart, Manuel d'Économie politique<sup>3</sup> 1872) 23; Karl Marlo, Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie<sup>2</sup> 1886 II 437 501; III 14 f.; Lehr-Heckel, Grundbegriffe der Nationalökonomie<sup>2</sup> (1901) 51 ff.

Die praktische Entwicklung, die tatsächliche Erweiterung der Bedürfnisse kann folgerichtig nicht als verderblich und verwerflich schlechthin abgewiesen werden. Im Gegenteil zeigt sich darin ein durchaus berechtigter, ja notwendiger Fortschritt, der von selbst mit wachsender Beherrschung der äußern Welt und der dadurch eröffneten Möglichkeit ausgedehnterer und erhöhter Bedürfnisbefriedigung gegeben ist. Freilich ist hierbei jedes Übermaß zu vermeiden. Auch die Entartung hat ihre „Bedürfnisse“.

Insofern es sich um eine Entwicklung handelt, welche wiederum an die allen Menschen gemeinsame vernünftige Natur anknüpft, ergibt sich ferner auch hier als logische Folgerung, daß alle Menschen berechtigt und berufen sind, an den Fortschritten der materiellen Kultur durch erweiterte oder verbesserte Bedürfnisbefriedigung in entsprechender Weise teilzunehmen.

**4. Einteilung der Bedürfnisse.** Gemäß dem sinnlich-geistigen Wesen des Menschen und mit Rücksicht auf denjenigen Bestandteil der menschlichen Natur, dem unmittelbar das Bedürfnis zugeschrieben wird, müssen

a) materielle und immaterielle, leibliche und geistige Bedürfnisse unterschieden werden. Die leiblichen Bedürfnisse sind beschränkt; das seelische Begehren dagegen ist in sich unbegrenzt, durch keine irdische Befriedigung gesättigt. Wie Geist und Körper wesentlich verschiedenen Stufen des Seins angehören, so bilden auch die materiellen und immateriellen Bedürfnisse wesentlich verschiedene Bedürfnissphären. Und wenn der Körper dem Geist nicht bloß untergeordnet sein soll, sondern eben deshalb untergeordnet sein soll, weil er ihm seinem innersten Wesen nach untergeordnet ist, so gilt ein Gleiches von der Befriedigung körperlicher Bedürfnisse in ihrem Verhältnis zur Befriedigung der Bedürfnisse der geistigen Ordnung.

Die natur- und vernunftgemäße Unterordnung alles rein Materiellen unter das Immaterielle läßt die wahre und volle Bedeutung des Stofflichen und der materiellen Bedürfnisse unangetastet. Als Voraussetzung geistiger Befriedigung und Entwicklung und im Dienste derselben findet die materielle Ordnung der Dinge vielmehr ihre höchste Vollendung.

Man unterscheidet ferner je nach Herkunft und Grund:

b) angeborene und angenommene Bedürfnisse. Die ersteren beruhen auf der Natur, die letzteren auf der Erziehung oder individuellen Angewöhnung, oder auf den allgemeinen Forderungen der gesellschaftlichen Kulturstufe. Der zivilisierte Europäer hat mehr Bedürfnisse als der Wilde Afrikas. Je nach dem Aufwande, der im elterlichen Hause herrscht, vergrößern oder verringern sich die Bedürfnisse der Kinder. Derjenige, der z. B. sich an den Gebrauch des Tabaks gewöhnt hat, wird denselben nicht leicht missen können usw.

Dieser Einteilung entspricht die Unterscheidung zwischen Bedürfnissen, die bloß auf Grund besonderer Umstände, tatsächlicher, geschichtlich gegebener Ver-

hältnisse bestehen, vorzugsweise durch Gewohnheit, Sitte, Standesangehörigkeit u. dgl. bedingt sind. und anderseits dauernden, allgemeinen Bedürfnissen, deren Befriedigung zur Erhaltung des Lebens notwendig ist, wie regelmäßig Nahrung, Kleidung, Wohnung nicht entbehrt werden können. Im gewöhnlichen Leben, aber auch in der Wissenschaft werden die Gegenstände, welche zur Befriedigung der Bedürfnisse letzterer Art dienen, schlechtthin als notwendige, unentbehrliche Bedürfnisse oder Lebensbedürfnisse, ihre Gesamtheit als Lebensbedarf, bezeichnet.

Um den Grad der Dringlichkeit der Bedürfnisse hervorzuheben, bedient man sich auch einer mit der vorherigen verwandten Unterscheidung, nämlich zwischen

c) Existenz- und Kulturbedürfnissen oder zwischen Natur-, Anstands- und Luxusbedürfnissen. Der Name allein erklärt hinreichend Bedeutung und Tragweite dieser Begriffe<sup>1</sup>.

Die vitalen Bedürfnisse verlieren mit dem Kulturfortschritt nicht an Kraft. Sie kleiden sich aber (z. B. das Verlangen nach Speise und Trank) wohl allmählich in Formen, die ihre Stärke weniger brutal hervortreten lassen. Auch steht zur Befriedigung des einzelnen Bedürfnisses bei höherer Kultur regelmäßig eine größere Auswahl von Mitteln zur Verfügung, so daß das einzelne Gut minder begehrt erscheint als auf einer niedrigeren Stufe.

Die Berücksichtigung des geschichtlichen Momentes ist nicht ohne Bedeutung für die richtige Erfassung und Bemessung der Begriffe „Lebenshaltung“ und „Existenzminimum“.

„Existenzminimum“ bezeichnet den Minimalbedarf an materiellen Gütern, die zur Erhaltung des Lebens als schlechtthin notwendig erachtet werden. Es handelt sich dabei also bloß um die Existenz- oder Naturbedürfnisse des Menschen, deren Befriedigung durch jenes Minimum gesichert wird. Das „Existenzminimum“ gestaltet sich verschieden auf niederen und höheren Kulturstufen, indem die Naturbedürfnisse in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung bei entwickelter Kultur selbst für die bescheidensten Verhältnisse durchgängig in anderer Weise Befriedigung suchen und finden wie zur Zeit des Anfangs der Kultur oder auf niederer Stufe. Der Minimalbedarf eines Indianers oder Austrahnegers unterscheidet sich beträchtlich von dem eines europäischen Arbeiters usw. Auch sind Existenzminimum und „Darbeminimum“ keineswegs gleichbedeutende Begriffe.

Unter „Lebenshaltung“, *standard of life*, „Lebensmaßstab“, versteht man den durch Sitte und Gewohnheit bestimmten Umfang und Grad der Bedürfnisbefriedigung, den gewohnheitsmäßigen Aufwand in Befriedigung nicht bloß der Existenz-, sondern auch der Anstands- und Luxusbedürfnisse. Julius Lehr<sup>2</sup> nennt „Lebenshaltung“ das, was der Mensch braucht, um die von ihm errungene Kultur-

<sup>1</sup> Brentano (Versuch einer Theorie der Bedürfnisse 1908) glaubt, die Bedürfnisse nach ihrer Dringlichkeit in folgender Reihe ordnen zu können: 1. Bedürfnis der Lebenserhaltung (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erholung), 2. geschlechtliche Bedürfnisse, 3. Anerkennung, 4. Fürsorge für Wohlbefinden nach dem Tode, 5. Erheiterung, 6. Vorsorge für die eigene Zukunft und die der Angehörigen, 7. Heilung, 8. Reinlichkeit, 9. Bildung in Wissenschaft und Kunst. Nicht alle diese Bedürfnisse gehören der wirtschaftlichen Sphäre an. Bei Aufstellung solcher Reihen wird das subjektive Ermessen stets eine große Rolle spielen.

<sup>2</sup> Grundbegriffe<sup>2</sup> 52.



höhe, Bildung und Gesittung zu behaupten. Der Begriff „Lebenshaltung“ ist kein bloß physiologischer, sondern ein kultureller und sozialer Begriff; er nimmt auch auf geistige und moralische Güter Bezug; man muß von diesen Notiz nehmen, um das Quantum der materiellen Güter kennen zu lernen, das zur Behauptung des standard of life erforderlich ist. Die Lebenshaltung ist ferner keine feste, sondern eine veränderliche, räumlich und zeitlich verschiedene, ja innerhalb derselben Gesellschaft von Klasse zu Klasse („Klassenbedarf“, „standesgemäßer Unterhalt“) nach den mannigfaltigen sozialen Abstufungen wechselnde Größe.

Der Normalbedarf einer gesellschaftlichen Schicht mit und in gleichen Verhältnissen stellt jeweils eine Größe von einigermaßen festerer und fälschbarer Gestaltung dar. Der über die allgemeinen Klassen- oder Standesanschauungen und Standesgewohnheiten hinausgehende, wenn auch noch „zulässiger“ Aufwand wird als Luxus bezeichnet. Luxus ist in gewissem Umfang ebenfalls ein relativer Begriff. Was in früheren Zeiten Luxus war, kann heute zum standesgemäßen Leben gehören. Luxus findet sich nicht nur in dem, was als Überfluß oder Übermaß von Aufwendungen gilt, sondern auch in der Art der Aufwendung. Man spricht von Verschwendung, wo die Aufwendung nicht im Einklang bleibt mit den Einkommensverhältnissen einer Person bzw. allgemein, wenn der Aufwand in Art und Maß des Güterverbrauchs durch kein noch so weitherzig bemessenes Bedürfnis gerechtfertigt wird<sup>1</sup>.

Je nachdem das Subjekt der Bedürfnisse eine einzelne physische Person oder eine Gesamtheit von Personen ist, unterscheidet man zwischen

d) Individual-(Einzel-) und Gemein- oder Kollektivbedürfnissen. Wie die Individuen, ihre Eigenschaften, ihre Leistungsfähigkeit, so sind auch die individuellen Bedürfnisse sehr verschieden. Wollte man daher unter eine Anzahl von Individuen quantitativ und qualitativ gleiche Befriedigungsmittel verteilen, so würde dadurch bei den einzelnen keineswegs die gleiche Befriedigung, der gleiche Genuß, ja wohl bei manchen überhaupt keine wirkliche Befriedigung erzielt werden können.

Gemein- oder Kollektivbedürfnisse sind solche, als deren Subjekt die Gesamtheit erscheint (Hermann).

Die Terminologie ist übrigens keine feste, Wagner<sup>2</sup> z. B. nennt Individualbedürfnisse diejenigen, „welche aus dem physisch-geistigen Wesen des einzelnen als solchen“, und „Gemeinbedürfnisse (Kollektivbedürfnisse), welche beim einzelnen aus dessen Angehörigkeit zu menschlichen Gemeinschaften hervorgehen...“. Die Gemeinbedürfnisse sind daher eine Konsequenz der sozialen gesellschaftlichen Natur des Menschen. Sie ergeben sich aus den Verhältnissen des menschlichen Zusammenlebens in verschiedener Weise nach den Zwecksatzungen der Gemeinschaften, welchen der einzelne als Glied angehört“. Wir unterscheiden zwar auch zwischen den rein individuellen und den sozialen Bedürfnissen des einzelnen, stellen diese zusammen

<sup>1</sup> Im Hinblick auf die besitzenden Klassen wird zuweilen von „Komfort“ gesprochen, der den Inbegriff der Verbrauchsgüter darstellt, die nach der herrschenden Standesanschauung zu einer angenehmen und behaglichen Lebensgestaltung vonnöten sind.

<sup>2</sup> Grundlegung I 828 f. Vgl. dagegen Groß, Wirtschaftsformen und Wirtschaftsprinzipien 1888: Artikel „Gemeinwirtschaft“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 165.



aber als Individualbedürfnisse der Einzelpersönlichkeit den Gemeinbedürfnissen menschlicher Gemeinschaften, der Kollektivpersönlichkeiten, gegenüber. Auf höheren Kulturstufen gewinnen die gesellschaftlichen Bedürfnisse an Ausdehnung, Kraft und Bedeutung<sup>1</sup>.

Erfordert die Wohlfahrt öffentlich-rechtlicher Gemeinschaften Befriedigung von Bedürfnissen, z. B. wo es sich um Existenz, Betätigung und gedeihliche Entwicklung und Zweckerfüllung von Staat, Provinz, Gemeinde handelt, so werden diese Bedürfnisse selbst auch als öffentliche bezeichnet. Dient aber die Befriedigung von Bedürfnissen unmittelbar lediglich dem Privatwohl, so nennt man die Bedürfnisse *private*.

### 5. Psychologie und nationalökonomische Lehre von den Bedürfnissen.

Für die Analyse des Wirtschaftslebens werden sichere Ergebnisse der psychologischen Forschung nicht ohne Bedeutung sein. Doch darf man 1. die Nationalökonomie nicht mit wert- und haltlosen psychologischen Hypothesen belasten; 2. in dem Streben nach psychologischer Fundamentierung der Nationalökonomie nicht zu weit gehen; 3. keine Vernengung der beiden Wissenschaften herbeiführen. Die Psychologie hat es mit innern Erlebnissen zu tun, die Nationalökonomie aber mit dem Handeln des Menschen als eines vernunftbegabten, freien, sittlichen Wesens, unter der Einwirkung verschiedener nach Sättigung verlangender Bedürfnisse, bei Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Sachgüter und Arbeitskräfte, unter Konkurrenz mit ähnlichen Bedürfnissen behafteter Menschen um die Sättigungsmittel; 4. darum wird man auch die Lehre von den Bedürfnissen des Menschen nicht mit psychologischen Erwägungen und Feststellungen über äußere Reize, innere Empfindungen, Lust- und Unlustgefühle<sup>2</sup> u. dgl., unter Vernachlässigung der rationalen Momente und Motive, abschließen wollen. Die menschliche Bedürfnisbefriedigung hat in der Erhaltung und Förderung des Lebens höhere Zwecke als Lustbefriedigung und Unlustüberwindung, und eben deshalb eine andere Bestimmung und Begrenzung wie das bloße Begehren.

Nach der Intensität und Wichtigkeit der Bedürfnisse mag die Vernunft zwar schätzungsweise eine „Stufenleiter“ der Bedürfnisse auf-

<sup>1</sup> Ch. L. Raper, *The principles of wealth and welfare* (1906).

<sup>2</sup> Das Maß des Wohlgefühls, das die Befriedigung eines Bedürfnisses hervorruft, wird nach Brentano (*Versuch einer Theorie der Bedürfnisse*) bedingt durch die individuelle Reizempfindlichkeit und durch den Sättigungsgrad. Um eine Empfindung hervorzurufen, ist ein Reiz von bestimmter Größe erforderlich; jeder weitere Zuwachs steigert die Empfindung bis zum „Optimum“; bei weiterer Reizzunahme erfolgt eine Abnahme bis auf null (Weber-Fechnersches Gesetz). Brentano beschränkt indes die Anwendung dieses Gesetzes, indem er dasselbe von den unbegrenzten geistigen Bedürfnissen ausschließt; doch finde sich auch bei jenen eine Abnahme der Reizempfindlichkeiten für die einzelnen Genußeinheiten. Selbst wenn die Anwendung des Weber-Fechnerschen Gesetzes hier wissenschaftlich zulässig wäre, würde für die nationalökonomische Erkenntnis nicht gerade viel gewonnen sein. Vgl. im übrigen die ablehnenden Äußerungen Max Webers im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXVII (1908) 546 ff. Unsere Ausführungen in Bd. V, S. 73 ff.

stellen. Für die exakte Messung der Bedürfnisse aber, in sich und vergleichsweise, fehlt der Maßstab, die Maßeinheit<sup>1</sup>. Selbst wenn man den Begriff des Bedürfnisses ausschließlich mit der „Empfindung“ verknüpfen könnte, so sind doch die „Empfindungen“ stark individuell und auch die individuellen Empfindungen höchst wechselvoll.

**6. Sittliche Grenze der Bedürfnisse.** „Nicht eine ziellose Steigerung und Änderung der Bedürfnisse ist es“, sagt A. Schäffle<sup>2</sup>, „was von der Wirtschaft verlangt und erstrebt wird, sondern die Ausdehnung der Bedürfnisse bis zum Maße der Entfaltung und Erhaltung einer reich ausgebildeten Persönlichkeit, fortschreitend von den wichtigsten zu den minder wichtigen Bedürfnissen und inhaltlich wechselnd nach Maßgabe der allmählichen Umbildung und Entwicklung sittlich-persönlichen Lebens. Die wirtschaftlich richtige Bedürfnisgestaltung ist die an wahrer Bildung fruchtbarste Bedürfnisgewöhnung. . . . Unsr Wissenschaft hat wiederholt den Fehler begangen, jede Bedürfniserweiterung zu preisen. Nur die an sittlicher Bildung und Beglückung möglichst reiche Bedürfnisgestaltung darf von ihr gebilligt werden.“<sup>3</sup>

Die bloß triebhafte Begierde nach Genuß ist in sich ohne genügende Schranke und daher leicht maßlos: auch die objektive Möglichkeit des Genusses bietet keine ausreichende Grenze der Bedürfnisbefriedigung. Das rationale Streben dagegen richtet sich auf ein Optimum in Sättigung der verschiedenen miteinander konkurrierenden Bedürfnisse, auf die materielle Wohlfahrt, die als wahre Wohlfahrt im Einklang steht mit der Gesamtwohlfahrt des Menschen. Daher findet die Bedürfnisbefriedigung eine regelnde Norm in den höheren Zielen des menschlichen Lebens. Es bedarf der geistigen, sittlichen Ordnung, um hier die rechte Auswahl und das rechte Maß zu sichern. Der Mensch muß auch entsagen können. Nur insoweit ist er wirklich Herr der Welt, wie er es versteht, Herr seiner selbst zu werden.

## § 2.

### Die Arbeit als Mittel der Weltbeherrschung.

**Literatur:** Hitze, Kapital und Arbeit (1880). — A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung oder Institutionen der Gesellschaftslehre<sup>4</sup> 1904 349 f. 385 ff. Kloppe, Die sozialen Lehren des Freiherrn Karl v. Vogelsang, Grundzüge einer christlichen Gesellschafts- und Volkswirtschaftslehre (1894) 55 161 169 ff. 175. — S. Weber, Evangelium und Arbeit, apologetische Erwägungen über die wirtschaftlichen Segnungen der

<sup>1</sup> Vgl. Franz Čuhel, Zur Lehre von den Bedürfnissen (Čuhel ist Anhänger der Grenznutzentheorie).

<sup>2</sup> Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft I 101. E. de Laveleye, *Éléments d'économie politique* (Paris 1882) 23.

<sup>3</sup> Es ist wohl richtiger gedacht als ausgedrückt, wenn Paul Cauwès (*Cours d'économie politique* I [1893] 247) bemerkt: „Le mal moral résulte de la direction vicieuse, que nous donnons aux besoins, et non de leur étendue, de leur variété.“

Lehre Jesu (1898). — F. X. Eberle, Kathol. Wirtschaftsmoral (1921) 14 ff. — A. Retzbach, Leitfaden für die Sozialpraxis<sup>6-7</sup> (1922). — M. Scheler, Wert und Würde der christl. Arbeit (Akademiker-Jahrbuch 1920). — W. H. Riehl, Die deutsche Arbeit (1861, <sup>3</sup> 1884). — Stamm, Geschichte der Arbeit<sup>2</sup> (1871). — Weinhold, Geschichte der Arbeit (1896). — G. Jäger, Die menschliche Arbeitskraft (1878). — G. Adler, Das Wesen der Arbeit (Grundlagen der Marxistischen Kritik [1887]). — Bochtler, Die Arbeit<sup>3</sup> (1910). — Antoine, Cours d'économie sociale<sup>2</sup> (1899) 308—312. — W. Sombart, Der moderne Kapitalismus. I: 3. Aufl. 1919: Technik und Wirtschaft. Vortrag, gehalten zu Dresden im Auftrag der Gehe-Stiftung (1901). — Neumann, Grundlagen 1 ff. — Herkner, Arbeit und Arbeitsteilung im „Grundriß der Sozialökonomik“; Die Bedeutung der Arbeitsfreude<sup>4</sup> (1905). — Bücher, Arbeit und Rhythmus<sup>5</sup> (Entstehung der Arbeit) (1919). — v. Schubert-Soldern, Begriff der Arbeit, in der Zeitschrift für die ges. Staatswissenschaft (1896). — Harms, Arbeit, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 121 ff.; im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 572 ff., I<sup>4</sup> 368 ff. — M. Block, Les progrès 273 ff. 301 ff. — Die Lehrbücher von Rau, Hermann, Roscher, v. Schäffle, Marlo, Cohn, Lexis, Gelesnoff, Leroy-Beaulieu, Seligmann, Liberatore, Marshall, das Handbuch von Schönberg, Cassel usw. — Karl Elster, Was ist Arbeit? im Jahrb. für Nationalök. u. Statistik (1919) 609 ff. — Scherer, Die Arbeit, von ihrem Geist und Wesen (1920). — Franz Landmesser, Das Problem der Arbeit, in Soziale Revue 1923, 146 ff. — Der Arbeitsgedanke in der Weltanschauung des Mittelalters, ebd. 232 ff. — Joh. Haefle, Das Arbeitsethos der Kirche (1923).

Der Mensch, in seiner sinnlich-vernünftigen Natur zum Herrn der äußern Welt bestimmt und befähigt, erwirbt diese Herrschaft und nützt sie aus durch Arbeit.

**1. Begriff und Wesen der Arbeit.** Arbeit ist planmäßige An- und Aufwendung menschlicher Kraft zur Hervorbringung oder Erlangung eines Gutes oder Nutzens.

Die Arbeit ist menschliches Wirken und darum persönliche Betätigung; Aufwendung menschlicher, d. i. geistiger und körperlicher Kraft, im Dienste der menschlichen, individuellen oder sozialen Persönlichkeit, abzielend auf einen Nutzen, ein Gut, zur Befriedigung jener Bedürfnisse und Verwirklichung jener Zwecke, die sich aus der Natur des Menschen und den Aufgaben des Menschenlebens ergeben.

Die menschliche Arbeitskraft ist in ihrer Wurzel Gottes Gabe, Bestandteil der natürlichen Ausstattung der menschlichen Persönlichkeit, in ihrer Erhaltung und Entfaltung unmittelbares Ergebnis und Teil der menschlichen Lebenskraft. Es wäre eine Verkennung dieser unbestreitbaren Wahrheiten, wenn man die Arbeitskraft und Arbeitsbetätigung in sich betrachtet auf dieselbe Stufe mit materiellen Dingen stellen<sup>1</sup>, die

<sup>1</sup> „Die menschliche Arbeit“, sagt Wilhelm Lexis (Allg. Volkswirtschaftslehre [1910] 49, <sup>2</sup> [1913] 48 f., ist auch als gewöhnliche Handarbeit nicht einfach eine mechanische Leistung, sondern die Tätigkeit einer Persönlichkeit, deren Menschennatur nicht vergessen werden darf. Die Maschinen sind also nur Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit derjenigen, die sie bedienen und überwachen.“ Als Betätigung der menschlichen Persönlichkeit, als persönlicher aktiver Produktionsfaktor steht die Arbeit ebenfalls im Gegensatz zu den Gütern als ihren Produkten: „Wenn wir sagen, Güter seien äußere Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, so ist damit die menschliche Persönlichkeit aus diesem Begriff ausgeschieden; denn diese darf nie bloßes Mittel für Zwecke eines andern sein, solange ihre Freiheit und Würde anerkannt wird.“



Produktion der Arbeitskraft der Erzeugung stofflicher Güter gleichachten wollte.

Nicht bloß körperliche Leistungen fallen unter den Begriff der Arbeit. Auch der Geist des Menschen wirkt auf allen Gebieten des menschlichen Strebens; überall ist er tätig, wo der Mensch als Mensch handelt, nicht nur in der Gelehrtenstube, sondern ebenfalls in der Werkstätte, in der Fabrik, bei der leitenden und ebenso in der ausführenden Arbeit.

Die Arbeit ist Kraftaufwendung, persönliche Anstrengung, mit Last, Opfer, nicht selten Pein verbunden. Doch die Bedürfnisse nötigen zur Arbeit, zur Übernahme der Last und Mühe, wie sie auch die Richtung der Arbeit bestimmen. Von der Menge und Art der aufgewendeten Arbeit hängt regelmäßig das Maß der dem Menschen zur Verfügung stehenden Güter ab. Durch diese Tatsachen, wie überhaupt durch die Abhängigkeit des Menschen von der äußern Welt für die Befriedigung seiner Bedürfnisse, finden im allgemeinen die auf Verminderung des Arbeitsdruckes gerichteten Wünsche und Bestrebungen jeweils ihre Schranke, wenn auch der Fortschritt in dieser oder jener Hinsicht manche Erleichterung bringen mag.

**2. Das Gesetz der Arbeit** erstreckt sich so weit wie das Gesetz des Todes. Alle Menschen müssen arbeiten, ernstlich arbeiten, bis sie in den Staub zurückkehren, von dem sie genommen sind.

Die Arbeit ist aber nicht bloß regelmäßig bittere Notwendigkeit für den Menschen. Sie ist auch seine Ehre, seine Freude. Mögen dabei harte Opfer persönlicher Mühe gefordert werden, unter allem, was auf dem Menschen lasten kann, bleibt doch die Arbeit der geringste Druck. Je mehr der Mensch Interesse an der Arbeit hat, um so mehr wächst seine Freude an der Arbeit, und umgekehrt: Arbeitsfreudigkeit steigert das Interesse an der Arbeit, deren Wirksamkeit und Erfolg.

Das Gesetz der Arbeit gilt a) allgemein für alle Menschen. Faßt man die Arbeit im weitesten Sinne auf, mit Einschluß aller Arten physisch und moralisch möglicher, geistiger oder körperlicher, zweckbewußter persönlicher Mühewaltung, so erscheint sie nicht bloß als ein auf der Menschheit als solcher ruhendes Menschheitsgesetz, sondern zugleich als Individualgesetz, das jeden einzelnen verpflichtet, soweit nicht besondere Umstände, Alter, Krankheit usw. die Möglichkeit einer mühevollen Betätigung beschränken oder ausschließen. Handelt es sich dagegen um die auf Versorgung mit materiellen Dingen zur Bedürfnisbefriedigung gerichtete körperliche Arbeit insbesondere, so ist diese zwar ein Menschheitsgesetz, aber kein Individualgesetz. Nicht jeder braucht den Spaten in die Hand zu nehmen, aber er soll auch nicht von der Arbeit anderer leben, ohne jeden Versuch seinerseits, etwas Nützliches zu leisten. „Drohnen“ sind das Produkt der Geschichte, persönlicher Verirrung oder sozialer Entwicklung, nicht der Natur, nicht der von Gott gewollten Ordnung.

Das Gesetz der Arbeit ist b) ein dauerndes Gesetz. Die Bedürfnisse melden sich stets von neuem. Wiederholte, stetige Arbeit ist insbesondere er-

forderlich, um die Gaben der Natur zu erlangen, die verbrauchten Dinge durch andere zu ersetzen. Ohne ausdauernde, fortgesetzte, geordnete Arbeit wird die Menschheit nicht erhalten, die äußere Welt nicht unterworfen, gibt es keine Entwicklung, keinen Fortschritt, nicht für den einzelnen, nicht für die Völker, nicht für unser ganzes Geschlecht.

Natürliche Notwendigkeit und sittliche Verpflichtung berühren und verbinden sich also in mannigfacher Weise, wenn vom „Gesetze“ der Arbeit die Rede ist. Das Sollen findet seine Begründung in dem Sein des Menschen.

**3. Wirtschaftliche Arbeit** ist die auf Versorgung der Menschen mit materiellen Mitteln, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, gerichtete Tätigkeit.

Als Arten wirtschaftlicher Arbeit in Beschaffung materieller Befriedigungsmittel kommen in Betracht: die Hervorbringung von Rohstoffen, die Formung und Veredlung der Rohstoffe, die räumliche und zeitliche Bereitstellung von Gütern für den Gebrauch.

Die Verwendung der Güter fällt unter den Begriff des Wirtschaftens oder unter den Begriff der Konsumtion.

Die Frau, die in ihrem eigenen Familienhaushalte bloß bei der Güterverwendung tätig ist, die Güter für den Konsum bereitstellt, „wirtschaftet“; verrichtet sie die gleiche Arbeit gegen Lohn, als Haushälterin eines andern, um sich auf diesem Wege die nötigen Mittel zu ihrer eigenen Existenz zu verschaffen, dann ist sie „wirtschaftlich tätig“<sup>1</sup>.

Die Konsumtion, in sich betrachtet, ist keine „wirtschaftliche Arbeit“ im engeren Sinne, doch von großer Bedeutung innerhalb der wirtschaftlichen Sphäre.

Die wirtschaftliche Arbeit tritt entweder als selbständige Betätigung oder als Dienstleistung für einen andern auf. Der Dienende nimmt teil an der wirtschaftlichen Arbeit des andern, zugleich ist der Dienst für ihn selbst wirtschaftliche Arbeit, auf seine Versorgung mit materiellen Befriedigungsmitteln gerichtet. Auch Dienste rein persönlicher Art, ohne Teilnahme an einer wirtschaftlichen Betätigung eines andern, können für denjenigen, der sie verrichtet, wirtschaftliche Arbeit sein.

**4. Wirtschaft, Wirtschaftseinheit, Wirtschaftsbetrieb.** „Wirtschaft“ bezeichnet den Inbegriff jener menschlichen Handlungen, Beziehungen, Einrichtungen, welche fortgesetzt und in planmäßiger Ordnung dem Zwecke dienen, eine Person oder eine Gesamtheit von Personen dauernd, wenigstens für einen bestimmten Zeitraum, eine „Wirtschaftsperiode“, mit den zur Deckung ihres Bedarfs erforderlichen materiellen Dingen zu versorgen, welche in diesem Sinne unmittelbar zur Verwirklichung der materiellen Seite menschlicher Wohlfahrt gehören. Allgemeiner und kürzer zugleich: Wirtschaft ist die geregelte Unterhaltsfürsorge<sup>2</sup>, die Sorge für die Ausstattung, Ergänzung unsres irdischen Seins, Fort-

<sup>1</sup> K. J. Fuchs, Volkswirtschaftslehre 13.

<sup>2</sup> Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus I 3.

bestehens, Könnens mit den dazu erforderlichen Sachgütern. W. Lexis<sup>1</sup> nennt „Wirtschaft“ die „geregelte Tätigkeit und Fürsorge des Menschen zu nachhaltiger Beschaffung und zweckgemäßer Verwendung der zur Befriedigung seiner Bedürfnisse dienenden Güter“.

Unterhaltsfürsorge findet sich auch bei den durch ihren Instinkt geleiteten Tieren. „Das spezifisch Menschliche ist hier, wie auf allen Gebieten menschlichen Handelns, das Vernünftige. Der Mensch bewirkt seine Unterhaltsfürsorge als vernünftiges Wesen, nach Zwecken, nach ... einem (vom menschlichen Geiste gestalteten) Plane. Der Unterschied zwischen tierischer Unterhaltsfürsorge und menschlicher ist also der des planmäßigen. Es gibt sehr viele Baumeister, die weniger gut bauen können als eine Biene oder als ein Biber. ... Aber der schlechteste menschliche Baumeister unterscheidet sich von der am besten bauenden Biene dadurch, daß er den vielleicht verkehrten, aber daß er doch immerhin einen Plan des Hauses vorher im Kopfe hat.“<sup>2</sup>

Unter Wirtschaft als „Wirtschaftseinheit“ versteht man den Inbegriff durch zielbewußte Zusammenfassung und Leitung verbundener wirtschaftlichen Tätigkeiten und Einrichtungen<sup>3</sup>.

Das gesamte ökonomische Leben der Wirtschaftseinheit, der beständige Wechsel in dem Bestande der ihr zur Verfügung stehenden Güter, insofern sich dieser Güterwechsel auf die zielbewußte Tätigkeit der leitenden Persönlichkeit zurückführt, kann im allgemeinen als „Wirtschaftsbetrieb“, auch als „Wirtschaftsprozess“ bezeichnet werden<sup>4</sup>. Vereinigt eine Wirtschaftseinheit mehrere sonst selbständige Gewerbe (z. B. eine große Verlagsanstalt: Buchdruckerei, Buchbinderei, Lithographie, Schriftgießerei usw.) mit äußerlich erkennbaren, getrennten Produktionsprozessen, so werden diese verschiedenen Betriebe wohl auch unter der Bezeichnung „Gesamtbetrieb“ zusammengefaßt.

**5. Technik und Ökonomik.** Die Unterwerfung der Erde unter die Herrschaft des Menschen ist nicht der Erfolg eines einmaligen Angriffes, eines kühnen Handstreiches, eines kurzen, aber glücklichen Eroberungszuges, vielmehr handelt es sich hierbei um einen allmählich verlaufenden, mühsamen und opfervollen Entwicklungsprozeß, bei dem der Mensch seine materiellen und geistigen Errungenschaften, vor allem auch die Kräfte der Natur selbst benützt, um die äußere Welt seinen Zwecken immer mehr und immer vollkommener untertänig zu machen.

<sup>1</sup> Allgemeine Volkswirtschaftslehre 2.

<sup>2</sup> W. Sombart, Technik und Wirtschaft 6 f.

<sup>3</sup> Vgl. A. Wagner, Grundlegung I 1, 349 ff. 370 ff.; Philippovich, Grundriß I 8 f.

<sup>4</sup> Bernhard Harms, Darstellung und Kritik der Wirtschafts- und Betriebssystematik im Sombartschen Kapitalismus, in Schmollers Jahrb. 1905, 190-1424. Harms verwirft Sombarts Scheidung zwischen „Wirtschaft und Betrieb“.



„Technik“ bezeichnet im allgemeinen jedes Kunstverfahren zur zweckmäßigen Erzielung eines Erfolges<sup>1</sup>. Materielle Technik wäre der Inbegriff all der Kenntnisse, Fertigkeiten, Verfahrensarten, die dazu dienen, in zweckmäßiger Weise die Dinge der äußern Natur zu nutzen: so spricht man z. B. von einer Technik der Feuerwaffen, der Meßapparate, der Musikinstrumente usw. Ökonomische Technik ist derjenige Teil dieser materiellen Technik, der den Zwecken des Wirtschaftslebens dient, also der zweckmäßigen Herrichtung, Beschaffung von Sachgütern für den menschlichen Bedarf. Sofern dabei Kenntnisse und Fertigkeiten in abstracto ins Auge gefaßt werden, spricht man von reiner oder abstrakter Technik: konkrete oder angewandte Technik kann die Summe derjenigen Verfahrensweisen genannt werden, die tatsächlich in einer bestimmten Zeit zur Anwendung gelangen (Sombart). Schmoller<sup>2</sup> nennt die Technik das ausführende Mittel aller wirtschaftlichen Tätigkeit. In einem engeren Sinne wird „Technik“ wohl auch als Steigerung der Wirkungskraft menschlicher Anstrengungen durch dingliche Arbeitsmittel definiert<sup>3</sup>. Die Geschichte der Technik legt ein gewaltiges Zeugnis von dem in ihr wirk-samen Adel der menschlichen Natur ab.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Gestaltung der Technik von entscheidendem Einfluß ist auf die Betriebsgestaltung, Betriebsgröße einer Wirtschaftseinheit, und daß hinwiederum die Betriebsgestaltung die Verwertung der Güter mitbestimmt<sup>4</sup>.

Bei der bisherigen Gegenüberstellung von „Wirtschaft“ und „Technik“ erscheint die ökonomische Technik innerhalb der Ordnung äußerer Mittel, deren sich die Wirtschaft für ihre Zwecke bedient. In einer andern Unterscheidung zwischen „Ökonomik“ und „Technik“ bezieht sich der Ausdruck „Ökonomik“ mehr auf eine Eigenschaft oder eine dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit entlehnte Norm der Wirtschaftsführung. Man kann ein und dieselbe Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens unter ökonomischen oder unter technischen Gesichtspunkten betrachten, Rücksichten der Technik oder der Ökonomik walten lassen: etwas kann technisch möglich, wirtschaftlich aber unmöglich bzw. unzulässig sein. Auch die Technik beugt sich dem „Prinzip der Wirtschaftlichkeit“, unterliegt dem ökonomischen Kalkül. „Ohne Technik keine Wirtschaft, ohne Ökonomik keine erfolgreiche und heilsame Wirtschaft.“<sup>5</sup>

**6. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit<sup>6</sup>.** Der Name „Ökonomie“ (von οἶκος und νόμος) findet sich schon bei Xenophon und dient da zur Be-

<sup>1</sup> W. Sombart, Technik und Wirtschaft I ff. 7.      <sup>2</sup> Grundriß I 189.

<sup>3</sup> Ernst Schultze, Organisatoren und Wirtschaftsführer (1923) 27.

<sup>4</sup> Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus II 508 517 f. 520 534. Dagegen I 21 A. Dazu Pohle in Jahrbüchern für Nationalökonomie, 3. Folge XXVI (1903) 359 f.

<sup>5</sup> Vgl. A. Wagner, Grundlegung I 1, 350; F. B. v. Hermann, Staatsw. Untersuchungen<sup>2</sup> (1870, 7 ff. 10 ff. 67 f. Dagegen H. Dietzel, Theoret. Sozialökonomik I 184 ff.

<sup>6</sup> Wagner, Grundlegung I 1, 80. M. Block, Les progrès I 273 ff.



zeichnung einer guten Hausverwaltung. Gut wird aber die Hausverwaltung sein, welche die zur Befriedigung der häuslichen Bedürfnisse notwendigen materiellen Mittel in zweckentsprechender Weise und in ausreichendem Maße beschafft, bewahrt und in richtiger, dem Wohle des Hauses und seiner Glieder entsprechender Art verwendet.

In diesem Sinne gefaßt, bezeichnet „wirtschaftlich“ nicht so sehr die Art der Tätigkeit usw., nicht nur, daß die Tätigkeit zu einer Wirtschaft, zum wirtschaftlichen Leben gehört, sondern eine Eigenschaft dieser Tätigkeit, eben die Eigenschaft nämlich, welche man „Wirtschaftlichkeit“ nennt. Da nämlich sowohl die äußern Hilfsmittel als auch die menschliche Arbeitskraft stets nur in beschränkter Menge vorhanden sind, so wird der vernünftige Mensch mit ihnen „haushalten“, sie nicht unnütz vergeuden, vielmehr immer nur so viel aufwenden, als zur Erreichung des jeweiligen Zweckes und der Gesamtbefriedigung aller Bedürfnisse erforderlich ist.

Es ist übrigens das „wirtschaftliche Prinzip“ lediglich die Anwendung eines allgemeinen Gesetzes der praktischen Vernunft auf das wirtschaftliche Gebiet. Immer und überall fordert ja die praktische Vernunft, daß nur solche Mittel gewählt werden, die zu den Zielen, Zwecken, erstrebten Erfolgen im richtigen Verhältnis stehen. Wer ein Ziel will, wird auch die Mittel wollen, und zwar die besten, wenn es ihm um die Erreichung des Zieles recht ernstlich zu tun ist. Eine Vergeudung von Mitteln und Aufwendungen widerspricht aber stets den Forderungen der Klugheit.

Der Name „Wirtschaftlichkeit“ kann im übertragenen Sinne auf Gegenstände und Verhältnisse Anwendung finden, die nicht der wirtschaftlichen Ordnung angehören. Auch der Stubengelehrte z. B. „ökonomisiert“, geht „haushälterisch“ um mit seiner Zeit, seinen Kräften.

Den Gegensatz zur „wirtschaftlichen Tätigkeit“ als menschlicher Tätigkeitsart bildet die „nicht wirtschaftliche“ Tätigkeit: wenn z. B. der Astronom Nebelflecken oder Sterne beobachtet, so werde ich diese Tätigkeit eine „nicht wirtschaftliche“, d. h. eine in sich nicht zum Bereich der Wirtschaft gehörende nennen können, nicht aber eine „unwirtschaftliche“. Ein industrielles Unternehmen dagegen, welches Rohstoffe und Arbeit verschwendet, bleibt eine „Wirtschaft“, gehört dem speziellen Gebiet des Wirtschaftslebens an, ohne jedoch das Prädikat der „Wirtschaftlichkeit“ für sich in Anspruch nehmen zu dürfen.

Das „ökonomische Prinzip“ oder das „Prinzip der Wirtschaftlichkeit“, auch „Sparprinzip“ genannt, hat in verschiedenen Formeln seinen Ausdruck gefunden, z. B.: mit möglichst geringen Anstrengungen und Opfern den größtmöglichen Erfolg erstreben, oder: produzieren mit möglichst geringen Kosten bei gleicher Güte des Produktes, oder: die wirksamsten Mittel dazu anwenden usw. Kurz: Minimum der Opfer, Maximum des Erfolges!<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Andere Bezeichnungen sind: Prinzip der möglichst kleinen Anstrengung (Mich. Chevalier), Gesetz der Ökonomie der Kräfte (Ad. Held), Gesetz des niedrigsten Kostenwertes und höchsten Gebrauchswertes (Alb. Schäffle). Vgl. über Quesnay: A. Oncken, (Euvres de Quesnay 1888) 535 f.

7. Die „wirtschaftliche Natur des Menschen.“ Wenn man sich dieses Ausdrucks bedient, so denkt man dabei an gewisse Seiten, Eigenschaften, Fähigkeiten und Kräfte der menschlichen Natur, die für die wirtschaftliche Betätigung besondere Bedeutung haben. Es soll also damit keineswegs in Abrede gestellt werden, daß stets der ganze Mensch mit seiner vollen Natur der konkrete Träger jener Tätigkeit sei. Aber für die wissenschaftliche Betrachtung kann es von Vorteil sein, die Aufmerksamkeit auf einzelne Elemente innerhalb der menschlichen Natur hinzulenken und diese einer speziellen Würdigung zu unterziehen.

Die „wirtschaftliche Natur“ in sich selbst ist unwandelbar. Denn, wie Adolf Wagner richtig bemerkt<sup>1</sup>, „die Grundzüge der wirtschaftlichen Natur liegen fest in der menschlichen, körperlich-geistigen Organisation und verändern sich so wenig wie die äußere Natur. . . . Insofern ist diese ‚wirtschaftliche Natur des Menschen‘ nach diesen ihren Grundzügen als eine absolute Kategorie zu betrachten, mit welcher man im Wirtschaftsleben stets als mit einem stark mitspielenden, . . . entscheidenden Faktor bei den einzelnen zu tun hat“.

Aber die habituellen Lebensäußerungen der wirtschaftlichen Natur können nach Individuen, Klassen, Ständen, Völkern, Zeitaltern, Ländern, äußern Verhältnissen, nach Sittenzustand und Kultur sehr verschieden sein, so zwar, daß der durch stets wiederholte Betätigung, durch die Macht der Gewohnheit fest gegründete Habitus gewissermaßen wie eine „zweite Natur“ erscheint. Der Mangel dieser Unterscheidung zwischen „Natur“ und „Habitus“ hat manche Nationalökonomten verleitet, die Wandelbarkeit und geschichtliche Differenzierung, welcher der „Habitus“, das Habituelle unterliegt, ohne weiteres auf die „Natur“ selbst zu übertragen.

Zu den Potenzen innerhalb der menschlichen Natur, die für das wirtschaftliche Leben und Streben von größter Bedeutung sind, und von deren Beachtung und richtiger Beurteilung in der Wirtschaftslehre überaus viel abhängt, zählen gewisse natürliche „Triebe“, insbesondere der Erhaltungs-, Fortpflanzungs- und Vervollkommenstrieb<sup>2</sup>. Sie erfassen und beeinflussen die ganze menschliche Natur, das sinnliche Begehrungsvermögen, wie Verstand und Willen des Menschen. Weil aber der sinnliche Teil der menschlichen Natur dabei besonders stark in Frage kommt, besteht die Gefahr, daß der spontan wirkende Naturtrieb sogar die Führung im menschlichen Streben erlange und dann zur maßlosen Begierde verleite. Es bleibt die Aufgabe der menschlichen Vernunft und des alles menschliche Wollen und Tun regelnden Sittengesetzes, die Triebe und das Triebleben vor einer Abirrung vom naturgemäßen Objekt und von einer Überschreitung des vernünftigen und

<sup>1</sup> Wagner, Grundlegung I 1, 82 132 ff.

<sup>2</sup> Eugen Schwiedland, Die psychologischen Grundlagen der Wirtschaft, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft VIII (1905) 1 ff.

sittlich erlaubten Maßes zu bewahren. Der Mensch hat höhere Ziele als die größtmögliche Summe von Lust für das handelnde Individuum, darum auch in seinem wirtschaftlichen Handeln eine höhere Norm als das Maximum individueller Lust- und das Minimum individueller Unlustgefühle! Vernunft und Gewissen, Liebe zur Gerechtigkeit und zur Gemeinschaft bieten den frei handelnden Menschen mächtige „Triebfedern“, höhere Motive, Beweggründe zum Handeln in der Sphäre des materiellen Wohlfahrtsstrebens, die wichtiger sind als alle Impulse natürlicher Instinkte.

An den Nationalökonomien tritt daher schon hier, wie bei der Lehre von den Bedürfnissen, die Frage heran, ob er von den Voraussetzungen des alten und des modernen Epikureismus ausgehen, den wesentlichen Unterschied zwischen Mensch und Tier verkennen, oder aber ob er auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, mit voller Wahrung der Menschenwürde, stehen will bzw. nach seiner wissenschaftlichen Überzeugung stehen muß. Der letztere Standpunkt ist der unsrige<sup>1</sup>.

Nach dem Gesagten erledigt sich leicht und sicher die Frage, ob es gestattet sei, die Selbstliebe als Trieb, das instinktive Begehren des Menschen nach Verbesserung seiner Lage, das Verlangen nach Gewinn, als psychologisches Anreizungsmittel in den Dienst eines an sich berechtigten Strebens zu stellen. Ohne Zweifel dürfen und sollen die natürlichen Triebe dem Menschen bei Verfolgung erlaubter Ziele dienen. Dazu sind sie ihm gegeben. Sie stellen Kräfte dar, die der Mensch zwar bezähmen und bewachen muß, die aber in dieser Voraussetzung wohlthätig wirken können. Die Leidenschaft im philosophischen Sinne besägt noch keinen Exzeß, noch keine Maßlosigkeit, noch kein Abirren vom rechten Gegenstand und Ziel. So betrachtet ist die Leidenschaft etwas Gutes, der Trieb etwas Berechtigtes, Notwendiges in dem Maße, daß selbst ein bekannter asketischer Schriftsteller (Meschler) sagen konnte: der Mensch ohne Leidenschaften sei wie ein gerupftes Huhn. Die *passiones* seien gewissermaßen Pferde am Wagen, nur müsse der Kutscher Vernunft, Gewissen auf dem Bocke sitzen. Stellt der Mensch seine Leidenschaften in den Dienst schlechter Ziele, überläßt er sich steuer- und haltlos ihren Impulsen, verfolgt er auch in sich berechnete Ziele in maßloser, „leidenschaftlicher“ Weise, nimmt er dabei keine Rücksichten auf andere, deren Wohl, deren Recht, dann allerdings wird die Leidenschaft nicht selten für ihn und seine Umgebung zum Verhängnis.

Durch die wesentliche Erhebung unsrer vernünftigen Natur über alles rein Stoffliche zu Beherrschern der materiellen Welt bestellt, haben wir in der wirtschaftlichen Tätigkeit das Mittel, durch welches wir die äußere Natur unsern irdischen Bedürfnissen dienstbar machen. Hieraus aber ergibt sich mit logischer Notwendigkeit, daß

**8. der Mensch stets und überall als Subjekt und Ziel der Wirtschaft zu gelten hat.** Die Natur mit ihren Produkten und Kräften, der Boden, der die Früchte spendet, Metall und Kohle in sich birgt, das Wasser,

<sup>1</sup> Vgl. Wagner, Grundlegung I 1, 14 ff.



dessen Fall ein Rad in Bewegung setzt, der Wind, dessen Wucht die Flügel einer Mühle dreht, das Gräbscheit, der Pflug, der Hammer, die Dampfmaschine usw. — das alles bildet teils den Gegenstand teils ein Werkzeug, ein Mittel der wirtschaftlichen Tätigkeit. Der Mensch aber allein ist immer und überall Herr der Naturkraft, der Sachenwelt, steht nirgends auf der gleichen Stufe mit ihr, auch wenn er der geringste Arbeiter ist und die physische Wirksamkeit der Maschine in der Ordnung materieller Kraftleistung ihm weit übertrifft. Er ist niemals bloßes Objekt oder Werkzeug, sondern immer und überall Subjekt und Ziel der Wirtschaft und wirtschaftlichen Tätigkeit — in steter Unterordnung unter das Gesetz desjenigen, der nicht mit abgeleitetem, sondern mit ursprünglichem, völlig souveränem Rechte die Welt regiert, die er erschaffen hat.

Diese anthropozentrisch-teleologische Auffassung beherrscht und bestimmt in letzter Linie unsre Stellung zu allen Problemen der wissenschaftlichen Nationalökonomie und zu allen Fragen praktischer Sozialpolitik.

Es handelt sich hier zunächst noch um den Menschen als Gattungswesen. Die Betrachtungsweise ist eine universalistische. Was aber dem Menschen als Gattungswesen zukommt, das kann er, und zwar jeder Mensch, auch in sozialen Verhältnissen für sich beanspruchen.

### § 3.

#### Der Dienst der äußeren Natur.

**Literatur:** v. Wieser, Artikel „Gut“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften; Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Wertes (1884) 42–69. — Sax, Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft (1887) 199–240. — Philippovich, Grundriß I 4 ff. — Die hierhin gehörigen Ausführungen bei v. Hermann, Staatsw. Untersuchungen<sup>2</sup> 103 ff.; Roscher, System der Volkswirtschaft I 2; A. Wagner, Grundlegung I 1, 288; v. Schöffle, Gesellsch. System I 66 ff.; Neumann, Grundlagen 34 ff. — Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1871) 1–32. — Fr. v. Wieser im neuen „Grundriß der Sozialökonomik“ I. — Ilgner, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen Antonins von Florenz (1904) 49 ff. — Marshall, Principles of economics I<sup>3</sup> (1895) 124–131. Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1896) 2–6. — M. Block, Les progrès 88 ff. — Amonn, Der Gutsbegriff in der theoretischen Nationalökonomie, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XIX 1910. 403 ff. Ders., Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie, in Wiener staatswissenschaftl. Studien X (1911), 1. Hft. — Für „Wert“ s. § 4.

Ist der Mensch, nach Gottes Willen, König der Schöpfung, so bleibt doch anderseits

1. die Welt immerdar Gottes Eigentum. Niemand und nichts vermag diese wesentliche Unterordnung unter Gott, welche auf dem Rechtstitel der Erschaffung und Erhaltung beruht, zu beseitigen. Gott müßte aufhören, Gott zu sein, wenn er sein höchstes Eigentum, seine Oberherrschaft über die geschöpfliche Welt preisgeben wollte. Darum ist der Mensch nie und nirgends absoluter Herr, nie und nirgends seine Herr-



schaft über diese Erde eine pflichtenlose. Er kann mit den Dingen nicht schalten und walten nach Belieben. Als Lehnsträger Gottes muß er stets die Bestimmung, die Zwecke beachten, welchen die Erde mit ihren Schätzen und Kräften nach Gottes Willen genügen soll, immer und überall, beim Erwerb und bei der Verwendung der materiellen Dinge der göttlichen Weltordnung sich fügen. Nur so werden die Sachen, die uns umgeben, in voller Wahrheit und Wirklichkeit „Güter“ für uns sein, „Wert“ für uns haben. Immerhin mag der Mißbrauch der geschaffenen Dinge zuweilen oder auch nicht selten der Sinnlichkeit, den niedern Trieben des Menschen eine gewisse Befriedigung gewähren. Was aber bloß den niedern Teil des Menschen befriedigt, ist darum noch kein wahres Gut für den ganzen Menschen als ein vernünftiges, sittliches, dem höchsten Herrn verantwortliches Wesen.

2. Der Begriff „Gut“. Bekannt ist Aristoteles' Ausspruch zu Anfang der Ethik: Jede Kunst und jede Einrichtung, jede Handlung und jeder Plan scheint irgend ein Gut zu erstreben: darum hat man mit Recht „Gut“ genannt, was alle erstreben<sup>1</sup>. Damit soll keineswegs gesagt sein, jedes einzelne Gut müsse von allen Menschen begehrt werden, sondern lediglich, daß für alle nur ein (wahres oder vermeintliches) Gut Gegenstand des Strebens sein könne. Der eine verlangt und strebt nach diesem, der andere nach jenem Dinge; aber niemand wünscht, verlangt, erstrebt etwas, das nicht unter irgend einer Rücksicht sich ihm als ein Gut darstellt.

Offenbar genügt jedoch die bloße Beziehung zum Willen, die Fähigkeit eines Gegenstandes, unser Begehren und unser Streben anzuregen, noch nicht zur vollen wissenschaftlichen Erfassung der „Güte“. Es muß überdies der Grund, die Grundlage jener „Anstrebbbarkeit“ in dem objektiven Sein, in den Eigenschaften des Dinges beachtet werden<sup>2</sup>.

Die Güte besteht also ihrem Wesen nach in der auf dem Sein, seinen Eigenschaften, beruhenden Anstrebbbarkeit eines Dinges.

Etwas kann in sich selbst gut sein, d. h. die ihm entsprechende und von ihm quasi für sich geforderte Vollkommenheit besitzen, und für einen andern gut, d. h. Ursache seiner Befriedigung oder Vervollkommenung sein. Damit ein Ding der Befriedigung oder Vervollkommenung anderer überhaupt dienen könne, muß es zunächst in sich selbst gut sein, die seinem Wesen und Sein entsprechenden Vollkommenheiten in irgend einem Grade besitzen<sup>3</sup>.

Was für den Menschen ein Gut ist, und was er immer wünscht und erstrebt, begehrt er entweder als Mittel, um dadurch etwas anderes

<sup>1</sup> Tilm. Pesch, Institutiones logicales II, II (1890) 185 ff., n. 1339 f. C. Frick, Ontologie (1894) 100 ff. S. Schiffini, Principia philosophica (1886) 489 f.

<sup>2</sup> S. Thomas, Quaest. disp. verit. q. 21, a. 1. Schiffini a. a. O. 490.

<sup>3</sup> Vgl. Suarez, Metaph. d. 10, sect. 1, n. 18.

zu gewinnen, oder er verlangt es als Ziel, in welchem der Wille mit Befriedigung ruht und ruhen darf. Ein Gut letzterer Art ist das sittlich Gute. Es ehrt, ziert, vervollkommnet den Menschen in sich selbst und durch sich selbst. Diesem untergeordnet gibt es Güter, die der vernünftige Mensch als Mittel zur Erreichung eines andern Gutes erstrebt, welche darum als nützliche oder, insofern der gesuchte Nutzen Ergötzung ist, als angenehme Güter bezeichnet zu werden pflegen<sup>1</sup>. Unsre Wissenschaft hat es mit nützlichen und angenehmen Gütern der materiellen Außenwelt zu tun, darf dabei aber die Unterordnung der materiellen Güter unter die geistigen Güter und die höheren Lebensziele des Menschen nicht vergessen<sup>2</sup>.

In unmittelbarer Beziehung zur Güte steht

**3. der „Wert“.** Jedes Gut und nur ein Gut besitzt Wert<sup>3</sup>. Das Übel hat Wert lediglich in der Vorstellung dessen, dem es als Gut erscheint.

Wenn man den Sprachgebrauch befragt, bemerkt Julius v. Costa-Rossetti<sup>4</sup>, so läßt die Synonymie der Worte Wert, Geltung, Schätzung, wert, würdig, schätzbar, achtbar sofort einen gewissen Zusammenhang zwischen den Begriffen des Wertes und des Schätzens erkennen. Man spricht von einer Überschätzung und einer Unterschätzung des Wertes: man unterscheidet einen inneren Wert, durch welchen die Güter vermöge innerer Vorzüge fähig oder würdig sind, geschätzt zu werden, und einen äußeren, beigelegten Wert, der in einer auf äußeren Verhältnissen beruhenden Anerkennung, Geltung derselben besteht. Die Beziehung des Wertbegriffes zur Schätzung ist dasjenige, was am meisten hervortritt, wenn wir auf unser Denken reflektieren und die Begriffe prüfen, welche wir mit den Ausdrücken „wertvoll“, „wertlos“ u. dgl. verbinden. Wir stoßen dann immer wieder auf die Vorstellung des Schätzungswürdigen, des der Schätzung Unwürdigen.

**4. Die Objektivität des Wertes.** Gleichwohl gehört die tatsächliche, aktuelle Schätzung nicht zum Begriffe des Wertes, setzt vielmehr den Wert in sich voraus. Die aktuelle Schätzung ist, wie Luigi Taparelli<sup>5</sup> sich ausdrückt, ein Urteil der Anerkennung, ein Urteil, das den

<sup>1</sup> Über die Unterscheidung zwischen bonum honestum, utile, delectabile vgl. S. Thomas, S. th. 1, q. 5, a. 6 ad 2; Schiffini a. a. O. 495 f.; T. Pesch, Die großen Welträtsel I<sup>2</sup> (1892) 743.

<sup>2</sup> M. Scheler bezeichnet gerade die Unterordnung der Lebenswerte unter die Nutzwerte als Grundirrtum der modernen subjektivistischen Moral.

<sup>3</sup> Nach Schmoller (Grundriß II 102) stammt das Wort „Wert“ von einem mittelhochdeutschen Ausdruck für „Wahl“ ab.

<sup>4</sup> Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888) 63 f.

<sup>5</sup> Saggio teoretico di diritto naturale I (1855), diss. 4, c. 4, S. 762. Vgl. auch die Bemerkungen Rudolf Stammlers in „Wirtschaft und Recht“ 1896 267 659 Anm. und in „Die Lehre von dem richtigen Rechte“ (1902) 295.

Wert nicht schafft, sondern das Vorhandensein des Wertes, der Schätzbarkeit, behauptet. Das Ding war wertvoll, bevor der menschliche Geist sein Urteil gefällt hat, und es bleibt wertvoll, auch wenn niemand seiner gedenkt.

Definitionen, welche den Wert als etwas rein Subjektives, d. h. bloß in der subjektiven Schätzung und Bewertung Vorhandenes, durch sie Geschaffenes, hinstellen, treffen daher nicht das Richtige: so z. B. wenn Macleod<sup>1</sup> behauptet, der Wert existiere wie Farbe und Schall lediglich im menschlichen Geiste: „Value... like colour and sound exists only in the human mind. There is neither colour nor sound nor value in nature. To say, that a thing is useful, is entirely the result of a certain state of mind.“ Gerade darin erblickt vielmehr Ashley<sup>2</sup> einen tiefgreifenden, fundamentalen Unterschied zwischen der scholastisch-kanonistischen Lehre und der Auffassung vieler Nationalökonomien, daß bei letzteren der Wert als etwas durchaus Subjektives erscheine, während er in der scholastischen Doktrin etwas Objektives ist, eine Eigenschaft, die in der Sache begründet, nicht völlig dem subjektiven Denken und Belieben der Menschen überantwortet sei, und welche daher als etwas Gegebenes auch im Verkehrsleben Anerkennung fordere.

Wenn man den Wert, die Schätzbarkeit, eine objektive Eigenschaft des Gutes nennt, so soll damit jedoch nicht gesagt sein, daß er in sich eine absolute, zum physischen Sein des Dinges gehörige Eigenschaft sei, in dem Sinne etwa wie Gewicht, Länge u. dgl. Der Wertbegriff faßt die objektive Vollkommenheit des fraglichen Gegenstandes vielmehr in ihrer Relation zu einem Ideal, einem Zweck, einem Ziel, einem Bedürfnis u. dgl. auf und zur möglichen Schätzung mit Rücksicht auf diese reale Relation. Das Kunstwerk ist schätzbar, weil und insofern es dem künstlerischen Ideal entspricht, ein Andenken an verstorbene Eltern wegen der Beziehung zu den Dahingegangenen, das Nahrungsmittel wegen seines Nutzens für den Zweck der Ernährung usw.

Die objektive Schätzbarkeit kann sich ändern mit dem kulturellen Milieu. Treten z. B. andere Gegenstände hinzu, welche die schätzbaren Eigenschaften des Dinges ebenfalls und in höherem Grade besitzen, oder tritt sonstwie eine Verschiebung im menschlichen Bedürfnis und in der Art der Bedürfnisbefriedigung ein, so wird das erste Objekt wegen seiner nunmehrigen verminderten Notwendigkeit oder Bedeutung für Erreichung eines bestimmten Zweckes regelmäßig geringer geschätzt werden, weil es dann eben in der Tat auch objektiv weniger schätzbar geworden ist. Die Objektivität des Wertes verleiht demselben also durchaus nicht den Charakter der Unwandelbarkeit.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß auf das Werturteil der Menschen subjektive Momente mehr oder minder großen Einfluß ausüben. „Denn es kann z. B. geschehen“, bemerkt F. Bastiat<sup>3</sup>, „und es geschieht oft, daß wir eine Dienstleistung sehr hoch veranschlagen, weil wir sie für sehr nützlich halten, während sie in der Tat uns Schaden bringt. Deshalb haben Eitelkeit, Unwissenheit, Irrtum ihr Teil Einfluß auf dieses wesentlich elastische und

<sup>1</sup> The principles of economical philosophy<sup>2</sup> (1872), chap. 5, § 16, S. 321.

<sup>2</sup> Economic history I (1888) 140. Vgl. Hohoff, Christl.-soziale Blätter, XXVII. Jahrg., 14. Heft, S. 417 ff.

<sup>3</sup> Volkswirtschaftl. Harmonien (Übersetzung, 1850) 136.



veränderliche Verhältnis, welches wir Wert nennen; und man kann behaupten, daß die Wertschätzung der Dienstleistungen sich um so mehr der Wahrheit und absoluten Gerechtigkeit nähert, als die Menschen sich mehr und mehr aufklären, bessern und vervollkommen.“ Aber auch sonst sind Ideale, Anschauungen, Bedürfnisse, Bedürfnisempfindungen mehr oder minder verschieden, nicht die gleichen für alle Individuen. Daraus leitet sich eine gewisse individuelle, subjektive Färbung der Werturteile her. Gleichwohl heben solche rein subjektiven Momente im Werturteil die Objektivität des Wertes ebensowenig wie dessen objektive Grundlagen in den Dingen auf. Trotz mancher Verschiedenheiten bleibt darum auch immerhin eine bedeutsame Übereinstimmung der Werturteile im Bereiche der Möglichkeit. Ja, man kann sagen, daß der „objektive Wert“ gerade in der jeweiligen Wertschätzung der Allgemeinheit zu Tage tritt.

Wer schließlich die „Schätzbarkeit“ einer Sache nur als eine von dem erkennenden Geiste der Sache beigelegte Eigenschaft auffassen will, wird dennoch zugeben müssen, daß der Geist diese Eigenschaft normalerweise dem Dinge eben nur deshalb beilegen kann, weil das Ding vermöge seiner objektiven Qualitäten und Relationen dem vernünftigen Geiste als schätzbar sich darstellt. Auch so bleibt der Wert, wenigstens in seinen Grundlagen, etwas Reales, kein rein subjektives Gebilde.

**5. Begriffsbestimmung des Wertes.** Unter „Wert“ in abstracto verstehen wir also die Schätzbarkeit, d. i. die Fähigkeit oder Würdigkeit eines Gegenstandes, wegen seiner objektiven, einem Ideal, einem Zweck, einem Bedürfnis, einer Neigung u. dgl. entsprechenden Eigenschaften oder Vollkommenheiten geschätzt zu werden<sup>1</sup>.

In der heute nahezu allgemein angenommenen Definition wird der Begriff des Wertes metonymisch durch die Grundlage des Wertes zum Ausdruck gebracht und der Wert als „Bedeutung für die menschlichen Zwecke“ (Schäffle) bezeichnet.

Spricht man ferner von dem Werte eines konkreten Dinges, so wird regelmäßig zugleich an den Grad gedacht, in welchem der Gegenstand die Eigenschaften besitzt, wegen deren er würdig ist, in dieser oder jener Beziehung geschätzt zu werden. In diesem Sinne kann man sagen: Der Wert eines Gegenstandes ist der Grad seiner Schätzbarkeit bzw. seiner Bedeutung für menschliche Zwecke.

**6. „Wirtschaftliches“, „ökonomisches Gut“.** Der Mensch Beherrscher und Ziel der Welt — die äußere Natur Objekt, Mittel und Werkzeug dieser Herrschaft — Zweck und Bestimmung ihrer Unterwerfung die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse! Viele materielle Dinge besitzen ja auch tatsächlich in sich jene Eigenschaften, die sie befähigen, Befriedigungsmittel menschlicher Bedürfnisse zu werden, mit andern Worten: es sind nützliche Güter, Güter, die dem Menschen als Mittel dienen können zur Erreichung seiner Zwecke (in diesem Sinne „Wirkungsgüter“).

<sup>1</sup> Vgl. Charles S. Devas, Political economy<sup>2</sup> (1901) 8.



Die Nützlichkeit aber, welche nicht in wirkliche Brauchbarkeit sich umsetzen läßt, bleibt bedeutungslos für uns. Mag es immerhin z. B. auf dem Monde Dinge geben, die vermöge ihrer Eigenschaften dem Menschen nützlich werden könnten, wenn er sie besäße, tatsächlich gewähren sie uns keinen Nutzen. Damit ein Ding wirklich nützlich und brauchbar werde, muß es eben für den Menschen physisch erreichbar sein<sup>1</sup>.

Allein die Nutzbarkeit, die Nützlichkeit verbunden mit der Erreichbarkeit eines Dinges, genügt noch nicht, um dasselbe als „wirtschaftliches“ Gut im herkömmlichen Sinne zu kennzeichnen. Es muß überdies etwas sein, mit dem man vernünftigerweise haushalten kann.

Niemand hält haus mit Gütern, die von der Natur in überflüssiger Menge jedermann zur unmittelbaren, freien Verfügung dargeboten werden. Hierzu gehört z. B. die Luft, die wir einatmen, das Licht der Sonne, das uns leuchtet, das frei fließende Wasser, welches unsern Durst stillt usw. Man nennt solche Dinge „freie“ Güter, d. i. Güter, die dem Menschen ohne Arbeit zu Gebote stehen und die einer ausschließlichen Aneignung nicht fähig sind.

Auch die Bezeichnungen „natürliche Reichtümer“, „natürliches Vermögen“ u. dgl. sind hierfür zuweilen im Gebrauch<sup>2</sup>. Die natürlichen Reichtümer, sagt Charles Comte<sup>3</sup>, gehören nicht in die Sphäre der politischen Ökonomie, weil sie weder erzeugt noch verteilt noch verbraucht werden können. Sie werden nicht produziert: denn wir können die atmosphärische Luft, die den Erdkreis umgibt, nicht vermehren, und könnten wir es, so wäre es doch ganz umtutz und vergebens, da die Natur allen die fertige Luft darbietet. Sie lassen sich ferner nicht verteilen: denn niemand sind sie versagt, und da, wo sie fehlen — wie z. B. die Strahlen der Sonne um Mitternacht —, sind sie allen und jedem entzogen. Endlich können die freien Güter nicht verbraucht werden, da der Mensch ihre Quantität nicht zu vermindern imstande ist. Niemand hat ein Interesse daran, andere von der beliebigen Mitbenutzung derselben auszuschließen. Sie gehören allen an, den Armen wie den Reichen, insofern jeder sie frei benutzt. Für den Vermögens- oder Reichtumsbegriff können sie daher auch nur in einem ganz allgemeinen oder philosophischen, nicht im juridischen oder wirtschaftlichen Sinne Geltung gewinnen.

Man unterscheidet ferner zwischen absolut oder urfreien („gemeinfreien“ und bedingt, zeitweilig freien Gütern („freien Besitzgütern“): erstere stehen dauernd in unbegrenzter Fülle zur freien Verfügung eines jeden, der sie benutzen will, z. B. Luft und Tageslicht. Die Aneignung ist hier unmöglich. Die letzteren sind zwar nicht in unbegrenzter Fülle, aber doch wenigstens für eine Zeit lang in solchem Überfluß vorhanden, daß vorläufig die Aneignung zwecklos ist, weil niemand ein Interesse daran hat, andere vom Besitz und Gebrauch jener Güter

<sup>1</sup> W. St. Jevons (Essays on economics [1906]) geht wohl etwas zu weit, wenn er den Besitz der Sache zur Vorbedingung der begrifflichen Brauchbarkeit macht.

<sup>2</sup> Vgl. J. B. Say, Ausf. Lehrbuch der prakt. polit. Ökonomie (Übersetzung von M. Stirner) I (1845) 81.

<sup>3</sup> Catéchisme d'économie politique par J. B. Say, 4<sup>e</sup> édit. augmentée de notes par M. Charles Comte (1836) 205. A. 1.

auszuschließen: man denke z. B. an herrenlosen, im Überfluß vorhandenen Boden, Wald u. dgl. vor vollzogener fester Okkupation.

Güter, die zwar einem Staat, einer Gemeinde, Stiftung gehören, jedoch der allgemeinen Benutzung offen stehen (z. B. Straßen, öffentliche Gärten u. dgl.), können in gewissem Sinne als „öffentliche“, „allgemeine“ Güter bezeichnet werden, im Gegensatz zu den privaten Besitzgütern, die im Besitz einzelner stehen und zunächst oder lediglich ihrem Besitzer dienen sollen. Zu den „freien“ Gütern aber zählen sie nicht.

Güter im wirtschaftlichen Sinne sind demnach solche nützlichen und erreichbaren Sachgüter, die nicht unmittelbar zu jedermanns freier Verfügung stehen, deren Vorrat ein beschränkter, erschöpfbarer ist.

Gerade deshalb, weil jene Güter, wenn auch erreichbar, so doch nicht unmittelbar verfügbar sind, ergibt sich für den Menschen regelmäßig die Notwendigkeit, größere oder geringere Arbeiten, Mühen, Opfer aufzuwenden, um die Güter für sich zu gewinnen. Erst durch diesen Aufwand von Mühen und Opfern treten sie in die „physische Unmittelbarkeit“ (Rodbertus) zum Menschen, können aktuell gebraucht, zur Befriedigung der Bedürfnisse tatsächlich verwendet werden<sup>1</sup>.

**7. Die Materialität der ökonomischen Güter.** Spricht man von ökonomischen Gütern, so denkt man dabei jedenfalls zunächst und unmittelbar an materielle Güter, Sachgüter. Indem der Ausdruck jedoch in einem weitem Sinne zur Bezeichnung alles dessen verwendet wurde, was die wirtschaftlichen Tätigkeiten fördern kann, der menschlichen materiellen Wohlfahrt direkt oder indirekt zu dienen geeignet ist, sind auch gewisse persönliche und immaterielle Güter, menschliche Eigenschaften, Vorzüge, Handlungen, wie Intelligenz, Fleiß, Kenntnisse, Geschicklichkeit, geldwerte Rechte, Vertrauenswürdigkeit, Kredit, persönliche Leistungen u. dgl., den „wirtschaftlichen“ Gütern beigezählt worden. Das ist an sich noch nicht „materialistisch“ gedacht. Denn einesteils werden in dieser Auffassung nicht alle immateriellen Güter in den Kreis der wirtschaftlichen Güter gezogen, sondern nur eine bestimmte Gruppe, die in realer Beziehung zur materiellen Wohlfahrt steht, und auch diese Güter werden mit den materiellen Gütern nicht auf die gleiche Stufe gestellt. Sie bleiben von den Sachgütern geschieden und gehören höchstens in einem uneigentlichen oder übertragenen Sinne zu den „wirtschaftlichen Gütern“.

Gleichwohl empfiehlt es sich, um Mißverständnisse zu vermeiden, die inneren Güter, Qualitäten, die vitale Aktivität des Menschen<sup>2</sup>, von den „ökonomischen Gütern“ überhaupt auszuschließen<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Philippovich, Grundriß I 4—6.

<sup>2</sup> Seligman, Principles of economics<sup>2</sup> (1906) 8 ff.

<sup>3</sup> Kirschner, Die persönlichen Dienstleistungen, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXVI (1910) 41 ff. Meszlény ebd. 692 ff.

Nicht alles, was zum wirtschaftlichen Leben in Beziehung steht und für dasselbe Bedeutung hat, ist darum auch schon ein „ökonomisches Gut“<sup>1</sup>. Ökonomische Güter im eigentlichen und wahren Sinne des Wortes wären hiernach nur äußere, materielle Güter als Gegenstand, Mittel, Werkzeug des wirtschaftlichen Strebens des Menschen. Der Mensch selbst aber mit seinen Eigenschaften, Kräften, vitalen Betätigungen ist und bleibt innerhalb der wirtschaftlichen Ordnung immer und überall Subjekt, Beherrscher, Mittelpunkt und Zielpunkt aller äußeren Güter, die ihm untergeordnet sind als Objekt, Produkt oder Instrument seiner Tätigkeit, seines Wirkens und seines Genusses. Der im Dienst eines Unternehmers tätige Arbeiter steht als Mensch neben dem Unternehmer, mit ihm vereint in der Ordnung des Subjekts der wirtschaftlichen Tätigkeit zur Ausübung der Herrschaft über die äußere Welt. Als Produzent ordnet er sich der Leitung des Arbeitgebers für die Zwecke des Unternehmens unter, ohne seine eigene Persönlichkeit, seine eigenen Zwecke aufzugeben: er dient als Mensch, der sich dem Menschen unterordnet, nicht als Sache, die der Herrschaft des Menschen unterworfen ist.

Die materielle Verkörperung der Wirkung, des Erfolges der Arbeit, gehört zu den ökonomischen Gütern, die Arbeit selbst aber bleibt zunächst menschliche, persönliche Betätigung der menschlichen, persönlichen Arbeitskraft<sup>2</sup>. Manchen Nationalökonomem galt freilich die Arbeit in der Tat als eine rein materielle Produktivkraft, die auf der gleichen Stufe steht mit jeder sonstigen mechanischen Kraft<sup>3</sup>. „On vend son travail“, schreibt Yves Guyot<sup>4</sup>, „comme l'épicier vend son sel, son café ou son sucre, comme le boulanger vend son pain, comme le boucher vend sa viande.“ Und de Molinari<sup>5</sup> urteilt: „Au point de vue économique les travailleurs doivent être considérés comme de véritables machines, qui fournissent une certaine quantité de forces productives et qui exigent en retour certains frais d'entretien et de renouvellement, pour pouvoir fonctionner d'une manière régulière et continue.“ Das machtvolle Streben der Arbeiterklasse nach Gleichberechtigung ist im Grunde genommen der Kampf um die Subjektstellung des Arbeiters im Bereich der Wirtschaft.

**8. Einteilung der ökonomischen Güter.** I. Die Sachgüter sind entweder unbewegliche (Immobilien, wie Häuser, Grundstücke) oder bewegliche Güter (Mobilien), welche eine Ortsveränderung zulassen (Maschinen, Getreide, Möbel usw.).

<sup>1</sup> Eine Zusammenstellung der Gründe für und gegen die Einreihung immaterieller Güter in die Klasse der ökonomischen Güter s. bei Kautz, Die Nationalökonomik als Wissenschaft (1858) 38 f.

<sup>2</sup> Vgl. Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 1896 2 f.; Antoine, Cours d'économie sociale<sup>2</sup> 1899 266 f.; Vermeersch, Quaestiones de iustitia<sup>2</sup> 1904, 540 543 f.; Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft (1891) 46 f.

<sup>3</sup> Antoine a. a. O. 315 f.

<sup>4</sup> La tyrannie socialiste 44.

<sup>5</sup> Cours d'écon. polit. 203.



II. Mit Rücksicht auf die Verwendung der Güter kann man unterscheiden<sup>1</sup> zwischen

1. Gütern von unmittelbarem Werte, welche unmittelbar zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse gebraucht oder verbraucht werden können, und

2. Gütern von mittelbarem Werte; diese sind entweder

a) Hilfsmittel und Werkzeuge oder

b) Güter, die zur Herstellung oder Erwerbung anderer Güter geopfert werden müssen, und zwar

a) Güter, die zu diesem Zwecke verzehrt werden (Hilfs- und Rohstoffe),

β) Güter, die zu diesem Zwecke an andere abgetreten werden (Tauschgüter).

III. Nach der verschiedenen Einwirkung der Verwendung auf den Fortbestand des Wertes unterscheidet man:

1. Verbrauchsgüter, deren Wert durch die Verwendung zerstört wird (Nahrungsmittel, Kohle u. dgl.),

2. Abnutzungsgüter, welche eine wiederholte Verwendung gestatten mit nur allmählicher Wertzerstörung (Wohnung, Kleidung, Mobilier, Werkzeuge u. dgl.),

3. Nutzungsgüter, welche eine dauernde Verwendung ohne Wertverminderung gestatten (z. B. der Fluß, der eine Mühle treibt, mit seiner bewegenden Kraft, der Boden bei rationeller Bewirtschaftung usw.).

Diese Unterscheidungen führen uns zum Wertbegriff zurück.

9. **Ökonomischer Wert**, formell als universaler Begriff, bezeichnet die Schätzbarkeit wirtschaftlicher Güter auf Grund ihrer Nützlichkeit und ihrer Notwendigkeit für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bzw. auf Grund ihrer Bedeutung für die materielle Wohlfahrt des Menschen.

Wird eine Gattung oder Art von Gütern auf allgemein menschliche Bedürfnisse bezogen, so heißt der Wert abstrakter, generischer Gattungswert. Soll dagegen Rücksicht genommen werden auf das besondere Bedürfnis oder Begehren, das der einzelne einem bestimmten Gute gegenüber hat vermöge seiner konkreten, individuellen Verhältnisse und Lage, seiner persönlichen Vorliebe, Gewöhnung, besonderer Möglichkeiten, Vorteil daraus zu ziehen u. dgl., so spricht man von dem konkreten, individuellen Wert dieses Gutes für die in Frage kommende Persönlichkeit.

„Während der Gattungswert bloß im allgemeinen die Beziehung eines Gutes zu den menschlichen Zwecken ausspricht“, sagt Karl Heinrich Rau<sup>2</sup>, „gibt der konkrete Wert einen Antrieb für den Willen, weil er jedem einzelnen zeigt, was

<sup>1</sup> Mangoldt, Grundriß 4 f.

<sup>2</sup> Lehrbuch der politischen Ökonomie I<sup>7</sup> (1863) 77.



zur Verbesserung seines wirtschaftlichen Zustandes dient. Das allgemeine Streben der Menschen geht dahin, die größte Menge von konkretem Werte in ihrem Vermögen zu haben, und darauf werden die Einkäufe sowie die Verkäufe gerichtet. Bei der Schätzung der Genußmittel ist der konkrete Wert ganz entscheidend.“

Dieser „konkrete“ Wert kann auch subjektiver Wert genannt werden. Unter subjektivem Werte versteht man dann die Bedeutung eines Gutes für das Interesse, die Wohlfahrt bestimmter Personen. Objektiver Wert ist die Bedeutung eines Gutes für die Erreichung eines Erfolges, die Verwirklichung eines Zweckes an sich. Was ist Wert? das ist die Frage nach dem Begriff des Wertes: Was ist die Sache wert? das ist die Frage nach dem objektiven Werte eines Gutes: Was ist die Sache mir wert? das ist die Frage nach dem subjektiven Werte. Ein Quantum Nahrungsmittel hat diesen oder jenen objektiven Nährwert, ein Klafter Holz diesen objektiven Heizwert für den Armen wie für den Reichen; der subjektive Wert aber ändert sich nach der besondern Lage, den besondern Verhältnissen verschiedener Subjekte. Der objektive Wert bildet Grundlage und Ausdruck einer allgemeinen Schätzung ohne Rücksicht auf die Bedeutung des Gutes für bestimmte Personen: der subjektive Wert dagegen berücksichtigt die konkreten Verhältnisse bestimmter Personen<sup>1</sup>.

**10. Die Bemessung des Wertes bestimmter Güter oder Güterklassen hängt in letzter Linie ab**

a) von der Natur und der Dringlichkeit der Bedürfnisse, die durch jene Güter Befriedigung finden können. Wie die Bedürfnisse der Menschen nicht alle gleichartig, sondern von verschiedener Wichtigkeit und Dringlichkeit sind, so entspricht dieser Rangordnung der Bedürfnisse aufseiten der materiellen Güter eine Rangordnung des Wertes:

b) von den spezifischen und individuellen Eigenschaften des ökonomischen Gutes im Hinblick auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse:

c) von der Seltenheit der Güter bzw. vom Verhältnis des Vorrates zum Bedarf, in Verbindung damit von der Schwierigkeit, Mühe, Arbeit, den materiellen Aufwendungen, den Kosten, zur Beschaffung von Gütern einer bestimmten Art:

d) von den besondern Bedürfnissen, Verhältnissen, der wirtschaftlichen Lage derjenigen Personen, welche die Schätzung vollziehen.

Der tiefste objektive Grund und Bestimmungsgrund (nicht bloß Voraussetzung) der Schätzbarkeit und somit des Wertes ökonomischer Güter ist, allgemein gesprochen, wie wir sahen, ihre Nützlichkeit für die Be-

<sup>1</sup> F. J. Neumann, Wirtschaftliche Grundbegriffe, in Schönbergs Handbuch I<sup>4</sup> 163. Ders., Grundlagen der Volkswirtschaft, 1. Abtlg (1889) 250.

friedigung menschlicher Bedürfnisse. Was hierzu absolut unnütz ist, hat keinen wirtschaftlichen Wert. Gleichwohl wäre es verfehlt, für die Bemessung des Wertes nur auf den Grad der Nützlichkeit eines Gutes Rücksicht zu nehmen. Es kommen dabei, wie gesagt, noch andere Momente in Betracht. Die relative Menge oder Seltenheit, die größere oder geringere Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit des einzelnen Gutes für den Befriedigungszweck, die größere oder geringere Abhängigkeit der Bedürfnisbefriedigung von dem konkreten Einzelgute, die größere oder geringere Schwierigkeit, ein Gut zu erlangen oder wiederherzustellen, anderseits die Bedeutung und die stärkere oder schwächere Intensität des Bedürfnisses treten als wichtige oder wesentliche Gründe hinzu, welche die Schätzbarkeit, den Wert eines Gutes bis ins Unendliche steigern (z. B. auf einem Schiffe bei immer knapper werdenden Vorräten) oder bis auf null (freie Güter) herabmindern können. Es beruht somit der Wert der einzelnen wirtschaftlichen Güter und die Höhe ihres Wertes nicht bloß auf qualitativen, sondern namentlich auch auf den quantitativen Verhältnissen, auf der Menge oder Zahl der für die Bedürfnisbefriedigung verfügbaren Güter<sup>1</sup>.

Indem man alle oben aufgeführten Momente zusammenfaßt, darf man als Höhe des ökonomischen Wertes eines Gutes den Grad seiner Bedeutung für die Befriedigung von Bedürfnissen der wirtschaftlichen Ordnung bezeichnen.

Ganz allgemein, oder auch mit Rücksicht auf bestimmte Umstände, kann man von dem höheren oder geringeren Grade von Nützlichkeit eines Objektes sprechen. Auch können verschiedene Güter, die dem gleichen Zwecke dienen, im Hinblick auf diese gemeinsame Nutzwirkung (z. B. Steinkohle und Braunkohle in Bezug auf ihre Heizkraft) miteinander verglichen und in ihrer relativen Nützlichkeit bemessen werden. Handelt es sich um ganz verschiedene Güter, die nicht demselben Zwecke dienen (z. B. um Nahrungs- und Bekleidungsmittel, Brot und Rock), so fehlt der gemeinsame objektive Maßstab ihrer relativen Nützlichkeit. Deren Bemessung kann nur auf Schätzungen beruhen. Es versteht sich aber von selbst, daß die Abschätzung des Wertes, speziell das in der gesellschaftlichen Gesamtheit zu Tage tretende Schätzungsurteil, neben der Nützlichkeit zugleich noch die andern für den Wert entscheidenden Momente mit berücksichtigt<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Rau, Lehrbuch der politischen Ökonomie I 77. Rau definierte den Wert als „Grad der Nützlichkeit“. Schäffle als „Bedeutung für menschliche Zwecke“. Karl Menger legt den Nachdruck auf die Abhängigkeit menschlicher Bedürfnisbefriedigung von konkreten Gütern oder Güterquantitäten. Über Folgerungen, die sich aus der Tatsache der Knappheit der Befriedigungsmittel der Bedürfnisse ergeben, vgl. Gustav Cassel, Theoretische Sozialökonomie (1918, 1 ff. Für Cassel bildet das „Prinzip der Knappheit“ wohl besser Tatsache der Knappheit den Ausgangspunkt seiner theoretischen Deduktionen. Fr. v. Wieser definiert den wirtschaftlichen Wert als „Geltung, die beim Wirtschaften den verwendeten Teilgütern und Teilarbeiten assoziiert wird“ Grundriß der Sozialökonomik I § 25).

<sup>2</sup> Lexis, Allgem. Volkswirtschaftslehre (1913<sup>2</sup>) 28 f.

Aus dem Gesagten folgt ferner, daß der Wert eines Gutes im ökonomischen Sinne keine für alle Zeit gleiche Größe darstellt, sondern, wie bereits angedeutet wurde, den mannigfachsten Veränderungen unterliegt je nach dem Wechsel im Bedarf und in den Befriedigungsmitteln. Mag auch mit dem Gute selbst, in sich betrachtet, keine Veränderung vor sich gehen; wechseln bloß die Quantitätsverhältnisse, die Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit des Einzelgutes, die Abhängigkeit des Menschen in seiner Bedürfnisbefriedigung von demselben, die Schwierigkeit seiner Beschaffung, dann ändert sich auch sein ökonomischer Wert.

## § 4.

### Der Mensch Herr der Welt inmitten der Gesellschaft.

**Literatur:** J. Haefle, Das Arbeitsethos der Kirche (1923). — M. Schwarz, Das Berufsproblem (1923). — Dunkmann, Die Lehre vom Beruf (1922). — Mann, Der Begriff des Berufes und die Rechtswissenschaft. Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie 16 (1923) 355 ff. Zur Gesellschaftslehre im allgemeinen vgl. die zum zweiten und dritten Kapitel und zu § 3 des fünften Kapitels zitierten Werke und Aufsätze. Speziell noch: Österreich. Monatsschrift für christl. Sozialreform XV. Jahrg. 1893 152.

Zur Lehre vom Werte verweisen wir auf die ausführlichen Literaturangaben bei Zuckerkaudl, Zur Theorie des Preises 1889, und bei v. Böhm-Bawerk, Artikel „Wert“, im Handw. der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup>. Im einzelnen seien hervorgehoben: Knies, Das Geld<sup>2</sup> (1885) 160 ff.; Die nationalökonomische Lehre vom Werte, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1855. — Neumann, Grundlagen der Volkswirtschaftslehre I (1889) 122—202; Grundbegriffe, in Schönbergs Handbuch I<sup>4</sup> 150—170. — Vermeersch, Quaestiones de iustitia (1901) 415—419; <sup>2</sup>(1904) 421—425. — Schäffle, Gesellschaftl. System I<sup>3</sup> 166—220; Die ethische Seite der nationalökonom. Lehre vom Werte, in Gesammelte Aufsätze I (1885) 184. — Wagner, Grundlegung I<sup>3</sup> 320—345. — Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 1871 73 ff. 215. — v. Wieser, Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftl. Wertes (1884) 10 ff.; Der natürliche Wert (1889); Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, im neuen Grundriß der Sozialökonomik I. — v. Böhm-Bawerk, Grundzüge der Theorie des wirtschaftl. Güterwertes, in Jahrbücher für Nationalökonomie XLVI 1886: Kapital und Kapitalzins II<sup>2</sup> 1900 135 ff.; <sup>3</sup>1912; Artikel „Wert“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 756 ff. — Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916) I. — Liefmann, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 1917 bis 1919. — Lexis, Artikel „Grenznutzen“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften<sup>1</sup>, Supplementband I; gegenüberzustellen dem Artikel „Grenznutzen“ von Wieser im Handwörterbuch der Staatswissenschaften V<sup>3</sup>. — Conrad, Grundriß I<sup>6</sup> 10—18. — v. Philippovich, Grundriß I, 3. Buch, § 80 ff. — Cossa, Die ersten Elemente der Wirtschaftslehre<sup>4</sup> Moormeister-Görres, 1903 75 ff. — Block, Progrès I 111—160. — Marshall, Principles of economics I<sup>3</sup> (1895) 159—213. — Ferner die betreffenden Abschnitte bei A. Smith, Ricardo, J. St. Mill, J. B. Say etc. Beachtenswert sind die Aufsätze von Böhm-Bawerk, Dietzel, Scharling, Lehr, Auspitz, Patten u. a. in den Jahrb. für Nationalökonomie, N. F. XIII (1886) ff. Von zahlreichen hierher gehörigen Monographien seien noch Hohoff, Warenwert und Kapitalprofit 1902; derselbe: Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik (1908) (zu Gunsten einer Arbeitswerttheorie) erwähnt; dann v. Kniefstein, Der wirtschaftl. Wert in Theorie und Praxis (1885). — Liebknecht, Geschichte der Werttheorie in England (1902). — Ilgner, Die volkswirtschaftlichen Anschauungen Antonins von Florenz 1904 49 ff.; auch die dort 43 ff. aufgeführte Literatur. — Diehl, Erläuterungen zu Ricardos Grundgesetzen I (1905) 1—156; Die Entwicklung der Wert- und Preistheorie im 19. Jahrhundert, in Schmollers Festgaben I (1908). — Schumpeter, Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie 1908 49 ff. 55 ff. — Kaulla, Die geschichtliche



Entwicklung der modernen Werttheorie (1906). — Lifschitz, Zur Kritik der Böhm-Bawerschen Werttheorie (1908). — Rost, Die Wert- und Preistheorie (1908). — Brentano, Die Entwicklung der Wertlehre (Bayrische Akademie der Wissenschaften) (1908). — Lexis, Allgemeine Volkswirtschaftslehre (1910) 28—35 usw. — Kellenberger, Kritische Beleuchtung der modernen Wert- und Preistheorie, in Zeitschrift für die ges. Staatswissenschaft LXVIII (1912) 397 ff. — Liefmann, Ertrag und Einkommen auf der Grundlage einer subjektiven Wertlehre (1907). — O. Conrad, Die Lehre vom subjektiven Wert als Grundlage der Preistheorie (1912) usw. — Vgl. auch den 5. Band dieses Lehrbuches (1923) 11 ff. (mit weiteren Literaturangaben S. 3).

**1. Die soziale Natur des Menschen.** Der Mensch ist von Natur aus in mannigfacher Hinsicht der Ergänzung fähig, der Hilfe seiner Mitmenschen bedürftig. Zur Erreichung vieler notwendigen und berechtigten Lebensziele können wir eines fortgesetzten menschlichen Beistandes nicht entraten. Es gibt für uns keine absolute Selbstgenügsamkeit. Isoliert würde der Mensch nicht nur an Kraft verlieren, sondern überhaupt außerstande sein, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. „Dem Tiere verlieh die Natur“, sagt Thomas von Aquin<sup>1</sup>, „Kleidung, Nahrung, Waffen zur Verteidigung, den Instinkt — dem Menschen gab sie die Hand zur Arbeit, die Vernunft zur Überlegung, die Gesellschaft, damit der eine dem andern helfe.“

Die Möglichkeit des sprachlichen Verkehrs<sup>2</sup>, das unabweisbare Naturbedürfnis des Zusammenseins, der natürliche Trieb des Wohlwollens, die Erkenntnis gemeinsamer Bedürfnisse, gegenseitiger Interessen, das alles zeigt, wie der Natur das bloße und lose Nebeneinanderbestehen von vielen Einzelwesen unsres Geschlechtes nicht genügt, sondern wie sie ein Ineinandergreifen, eine Verbindung, Gemeinsamkeit, gesellige Einheit dieser Individuen erwartet und fordert. Die soziale Natur ist dem Menschen als Gattungswesen eigen. Ihre Auswirkung steht allerdings im Fluß der geschichtlichen Entwicklung.

Wenn wir nun hier unsre Aufmerksamkeit vorzugsweise den Erscheinungen des Wirtschaftslebens innerhalb jener geselligen Verbindung zuwenden, so verkennen wir durchaus nicht, daß sich mit der Wirtschaft das soziale Wesen und Wirken des Menschen keineswegs erschöpft. Die geistigen und sittlichen Betätigungen, Religion, Kunst und Wissenschaftspflege, erheben sich weit über bloß materielle Lebensbedingungen. Gleichwohl bildet die ökonomische Sphäre einen wichtigen Teil des Gesellschaftslebens, ja man kann sagen: die Unterlage und unentbehrliche Voraussetzung aller höheren Lebensbetätigung des einzelnen wie der Gesellschaft.

Unter den Mitteln aber, durch welche die gegenseitige Ergänzung innerhalb der Gesellschaft sich vollzieht, kommen für das Wirtschaftsleben vor allem

<sup>1</sup> De regimine principum I. 1, c. 1. Der hl. Thomas ist mutmaßlicher Verfasser dieses Werkes oder wenigstens eines Teiles desselben. Andere schreiben es einem Schüler des heiligen Lehrers zu.

<sup>2</sup> Theod. Meyer, Arbeiterfrage 30 f.



**2. die Arbeitsvereinigung und die Arbeitsteilung in Betracht.** Durch die Vereinigung der Kräfte wird vieles erreicht, was der einzelne für sich allein nicht erlangen könnte. Die Teilung der Arbeit aber ermöglicht es, daß jeder seine ganze Kraft in einer bestimmten und begrenzten Tätigkeit konzentrieren und sich so zu einer besseren Leistung befähigen kann. Das gilt sowohl von der berufsmäßigen Arbeitsteilung in der Gesellschaft als von der technischen Arbeitsteilung innerhalb der Hauswirtschaft, in der Werkstätte, in der Fabrik usw.

„Beruf“ nennt man die dauernde Beschäftigung (regelmäßig als Lebens-tätigkeit) im Dienste von Menschheitszwecken, der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse in menschlicher Gemeinschaft<sup>1</sup>. Was insbesondere die wirtschaftlichen Tätigkeiten betrifft, so hängt die Herausbildung berufsmäßiger Trennung von Urproduktion und Stoffverarbeitung enge zusammen mit der Städtebildung, der Trennung von Stadt und Land, dem wechselseitigen Austausch der Produkte. Verhältnismäßig rasch schreitet dann innerhalb der Städte die berufliche Differenzierung in mannigfaltigen Handwerksarten voran. Neben den Handwerker tritt der Händler, zuerst im Großhandel, später auch im Kleinhandel. Mit dem Ende des 16. Jahrhunderts bis in das 19. Jahrhundert hinein verlangsamt sich die Arbeitsteilung in der Stoffverarbeitung, um im 19. Jahrhundert sich wieder lebhafter zu gestalten. Im Bereich der Urproduktion haben relativ wenige Arbeitsgebiete Selbständigkeit erlangt (z. B. Gärtnerei, Hopfenbau, Weinbau, zuweilen Obstbau, Milchwirtschaft usw., Bergbau usw.). Der Handel differenzierte sich, nach der Verschiedenheit der Waren, namentlich im Kleinhandel, letzter Zeit in erhöhtem Maße.

Die Zerlegung des Produktionsprozesses in selbständige Teilprozesse, innerhalb derselben Wirtschaftseinheit, die technische Arbeitsteilung, findet sich schon in der ältesten Zeit, bei der Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft der Familie, innerhalb der antiken Sklavenwirtschaften, in den mittelalterlichen Fronhofswirtschaften, und schreitet dann mächtig voran (seit dem 17. und 18. Jahrhundert) in der Manufaktur und in der Fabrik. In Verbindung mit dem Maschinenwesen hat die technische Arbeitsteilung die Produktivität der Arbeit gewaltig gesteigert.

Die Arbeitsteilung erreicht ihren Zweck erst durch die Arbeitsvereinigung. Ja man darf sagen, daß nicht so sehr in der einzelnen Teiloperation als solcher, wie in dem richtigen Zusammenwirken der technisch geteilten Operationen die Ursache der Produktivität der Arbeit gesucht werden muß (List). Und das gilt nicht bloß von der technischen Arbeitsteilung innerhalb der einzelnen Wirtschaftseinheit, sondern auch von der beruflichen Arbeitsteilung innerhalb der Gesellschaft.

Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung haben die Wohlfahrt der Völker wesentlich gefördert. „Alle Welt gewann bei dieser Einrichtung, weil jeder, indem er sich einer einzigen Art der Arbeit widmete, damit

<sup>1</sup> Vgl. Maria Schwarz, Das Berufsproblem (1923); Mann Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie XVI [1923] 359 sagt: „Der Beruf im objektiven Sinne ist die Zugehörigkeit zu einer einem sozialen Zweckzusammenhang dienenden Gruppe.“ Diese Zugehörigkeit wird mit dem Berufe verbunden sein, bildet aber doch nicht das ganze Wesen des Berufes. Wir kommen später wiederholt auf die Berufsfrage zurück.

viel besser vorwärts kam. Der Landmann zog aus seinem Felde die größtmögliche Menge von Produkten und verschaffte sich durch den Austausch seines Überschusses viel leichter all seinen sonstigen Bedarf, als er es durch seine Arbeit hätte tun können. Der Schuster, indem er Stiefel für den Landmann macht, verschaffte sich dadurch einen Teil von dessen Ernte. Jeder Arbeiter arbeitete für die Bedürfnisse der Arbeiter aller andern Berufe, welche ihrerseits alle für ihn arbeiteten.“<sup>1</sup> Noch mehr, das heutige Geschlecht hilft dem zukünftigen, wie es den vergangenen Generationen einen Teil seiner Kraft zu verdanken hat. Die eine Generation überliefert der andern ihre Errungenschaften, die äußeren Hilfsmittel, welche die Arbeit erleichtern und fördern, sowie die Kenntnisse, welche notwendig sind, um die übernommenen mechanischen Arbeitsmittel zu erneuern und zu vervollkommen.<sup>2</sup>

In anschaulicher Weise hat Frédéric Bastiat<sup>3</sup> an dem Beispiel eines einfachen Dorfschreiners gezeigt, wieviel der Mensch der Arbeitsteilung verdankt: „Jeden Morgen beim Aufstehen kleidet er sich an. Kein einziges von seinen zahlreichen Kleidungsstücken hat er selbst verfertigt. Nun mußte aber eine große Masse von Arbeit, Industrie, Transport und geistreichen Erfindungen aufgeboten werden, um ihm dieselben zur Verfügung zu stellen. Die Amerikaner mußten Baumwolle, die Inder Indigo, die Franzosen Wolle und Flachs, die Brasilianer Leder produzieren: alle diese Stoffe mußten in verschiedene Städte transportiert und dort bearbeitet, gesponnen, gewebt, gefärbt werden usw. — Dann frühstückt er. Damit das Brot, das er ißt, jeden Morgen auf dem Tische stehe, mußte der Boden urbar gemacht, umzäunt, gepflügt, gedüngt, besät werden; die Saat mußte vor Raub und Plünderung bewahrt werden, es mußte in der ungeheuern Menschenmenge ein gewisses Maß von Sicherheit herrschen: das Getreide mußte geerntet, gemahlen, geknetet und gebacken werden; Eisen, Stahl, Holz und Stein mußten zu Werkzeugen verarbeitet werden; einige Menschen mußten sich die Kraft der Tiere, andere die Kraft eines Wasserfalles dienstbar machen: alles Dinge, von denen ein jedes einzeln genommen eine nach Zeit und Raum ausgedehnte, unberechenbare Masse von Tätigkeit erforderte. — Es wird wohl kein Tag vergehen, an dem dieser Mann nicht etwas Zucker oder Öl gebraucht und sich verschiedener Hausgeräte bedient. Er schickt sein Kind in die Schule, damit es dort einen Unterricht empfangt, der, wenn er auch bescheiden ist, doch eine alle Einbildungskraft übersteigende Masse von Forschungen, Studien und Kenntnissen aller Art voraussetzt. — Er verläßt sein Haus und findet die Straße gepflastert und beleuchtet. Man macht ihm sein Eigentum streitig: er findet Rechtsanwälte, die seine Rechte verteidigen. Richter, die ihn darin schützen, Gerichtsbeamte, die den Richterspruch vollstrecken. Er geht zur Kirche: sie ist ein herrliches Kunstdenkmal, und das

<sup>1</sup> So schon Turgot (*Réflexions sur la formation et la distribution de richesse* [1766] vor Ferguson und A. Smith).

<sup>2</sup> Grundbegriffe und Grundlagen der Volkswirtschaft. I. Bd des Hand- und Lehrbuchs der Staatswissenschaften, herausgeg. von Kuno Frankenstein 1893 6 f.; 2. Aufl. herausgeg. von Max v. Heckel (1901) 6.

<sup>3</sup> *Harmonies économiques*<sup>9</sup> (1884) 25 ff. Vgl. auch Cathrein, *Moralphilosophie* II<sup>5</sup> 466 f.

Buch, das er bei sich trägt, ist ein vielleicht noch herrlicheres Denkmal des menschlichen Geistes. Wenn unser Handwerker reisen will, so findet er, daß schon andere für ihn Straßen und Brücken gebaut, Wagen hergestellt, die Pferde und den Dampf gebändigt haben usw.“

Die ganze höhere Entwicklung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens beruht eben auf ausgebildeter Arbeitsvereinigung und Arbeitsteilung<sup>1</sup>.

**3. Der sittliche Rahmen und das sittliche Band der menschlichen Gesellschaft.** Die Gesellschaft, zu welcher der Mensch von Natur aus, darum durch den Urheber der Natur berufen ist, erhebt sich über das mehr oder minder geordnete Zusammenwirken der geschart lebenden Tiere („animalia gregalia“: S. Thomas — man denke z. B. an den wundervollen Haushalt der Bienenfamilie) einmal dadurch, daß die menschliche Vereinigung nicht bloß in fortschreitender Vervollkommenung materiellen Bedürfnissen dient, sondern gleichzeitig auch höhere geistige und sittliche Güter gewährt und erhält: dann aber auch dadurch, daß hier nicht die brutale Macht, das naturhafte materielle Können letztlich entscheidet, nicht der bloß natürliche Gesellschaftstrieb die Unterlage bildet, sondern über allem die Einsicht der Vernunft, das göttliche Sittengesetz, das sittliche Pflichtbewußtsein die soziale Verbindung vollzieht, beherrscht, gestaltet und ordnet. Je stärker die freilich immerhin mächtigen egoistischen Triebe im Menschen sich geltend machen können, um so bedeutsamer wird das sittliche Moment für jedes menschliche Gesellschaftsleben.

„Die Gemeinsamkeit des gleichen geschöpflichen Adels aus Gottes Hand“, sagt Theodor Meyer<sup>2</sup>, „die Gemeinsamkeit der überirdischen, hohen Endbestimmung, die Gemeinsamkeit der irdischen Laufbahn zu eben diesem Ziele mit ihren Hilfsmitteln, Gefahren, Kämpfen, Hoffnungen und Freuden, das ist das allumfassende natürliche Bruderband der gesamten Menschheit: es bildet im menschlichen Bewußtsein den allgemeinsten sittlichen Rahmen der menschlichen Gesellschaft. Nur innerhalb dieses Rahmens können sich wieder engere gesellschaftliche Körper auf Grund engerer und untergeordneter Lebensgemeinschaft bilden, ohne deshalb ihre menschheitliche Zusammengehörigkeit zu verleugnen. Wo hingegen dieses sittliche Band der allumfassenden Nächstenliebe seine Wirksamkeit verliert, treten notwendig die rein egoistischen Sonderinteressen maßgebend in den Vordergrund. Haß und Neid und brutale Gewalt sind dann die bestimmenden Motoren der sozialen Entwicklung. . . . Das war bekanntlich der Zustand der heidnischen Welt infolge der sündlichen Abirrung von Gott als dem einzig möglichen sozialen Zentrum aller Völker und aller Zeiten.“

Wenn hier vor allem die Nächstenliebe als das sittliche Band der sozialen Verknüpfung schlechthin bezeichnet wird, so bedarf es kaum besonderer Erwähnung, daß die Nächstenliebe selbstverständlich die Beobachtung aller Pflichten

<sup>1</sup> Vgl. Bruder-Bachem, Artikel „Arbeit“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I 266 ff. Zum Ganzen Harms, Artikel „Arbeit“, im Handw. der Staatswissensch. I<sup>3</sup> 579 ff. I<sup>4</sup> 368 ff.

<sup>2</sup> Arbeiterfrage 31 f.



der Gerechtigkeit schon voraussetzt. Man kann den Nächsten nicht lieben und zugleich sein Recht mit Füßen treten.\* Gerechtigkeit und Liebe gehören zusammen. Beide vereint bilden erst das vollkommene sittliche Band alles gesellschaftlichen Lebens.

**4. Das Prinzip der Solidarität.** Spricht man im Hinblick auf das Gesellschaftsleben von Solidarität, so wird dabei wohl zunächst ganz allgemein an den sozialen Zusammenhang, die tatsächliche wechselseitige Abhängigkeit der Menschen gedacht. Der Austausch von Gütern und Hilfeleistungen der Menschen untereinander, das fortgesetzte und erfolgreiche Zusammenwirken wird bedingt durch eine gewisse Fülle von Kraft bei denjenigen, die einander helfen sollen. Das Wohl des einen wie des andern erscheint darum nicht bloß als das Ergebnis mannigfacher sich ergänzender Kräfte, sondern zugleich auch als die Voraussetzung eines weiter andauernden und fruchtbareren Zusammenwirkens und insofern des höheren Wohles aller.

Die wechselseitige Abhängigkeit von dem Wohlbefinden der andern Menschen in der Gesellschaft ist indes kein bloß faktisches Verhältnis. Indem nämlich die Gegenseitigkeit und Gemeinschaft der Interessen in der menschlichen vernünftigen Natur als Forderung derselben begründet erscheint, stellt die Solidarität zugleich ein sittliches Verhältnis des Menschen zum Menschen dar. Selbst wenn der Untergang des Mitmenschen Vorteil brächte, darf man ihn nicht wollen, noch weniger herbeiführen. Das Zusammenleben soll eben den Menschen zum Segen, zur Förderung, nicht aber zum Fluch und zum Verderben gereichen. Mag darum auch der einzelne seine eigenen Interessen ins Auge fassen, stets muß er zugleich Rücksicht nehmen auf die berechtigten Interessen anderer, die als Menschen alle Anspruch auf Glück, auf Wohlfahrt, auf die Früchte des gesellschaftlichen Lebens haben.

„Die menschliche Gesellschaft“, sagt der Philosoph Tillmann Pesch<sup>1</sup>, „ist nicht eine Masse von Individualexistenzen, die sich zufällig zusammengefunden haben und zufällig aneinander kleben oder sich aneinander reiben. Zuerst gehört ein jeder sich selber an. Dann aber ist ein jeder in den organischen Verband der Gesamtheit gestellt. Niemand lebt also bloß als Einzelperson, sondern er ist zugleich Glied des ganzen Geschlechtes; er ist deshalb benötigt, Rücksicht auf andere zu nehmen, und hat von andern Rücksichten zu erwarten. . . . Das menschliche Leben hat von Natur aus seine verschiedenen Zwecke, welche nur durch geordnetes Zusammenwirken vieler erreicht werden können. . . . Dieses Naturgesetz der Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit durchzieht sämtliche Lebenssphären, die höheren wie die niedrigeren. Sage darum niemand: Ich lebe nur von mir und für mich; das Wohl und Wehe anderer und der Gesamtheit kümmert mich nicht. Eine solche Gesinnung wäre unnatürlich; denn von Natur aus ist das Benehmen eines jeden einzelnen von Bedeutung für andere und für die Gesamtheit. Und in gewisser Beziehung reißt wiederum die Gesamtheit den einzelnen mit sich.

<sup>1</sup> Christl. Lebensphilosophie<sup>14</sup> (1911) 16.

Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie, I. 3. u. 4. Aufl.



Die Ehre und Schmach des einzelnen fällt auf die Gemeinschaft, und an dem Werte der Gesamtheit nehmen die einzelnen teil.“

Gilt das Prinzip der Solidarität als Norm unsres Verhaltens schon für die menschliche Gesellschaft, im weitesten Sinne für jede Stufe, jede Art des menschlichen Zusammenseins, so gewinnt es doch, wie wir später sehen werden, eine gesteigerte Bedeutung in den höheren Formen der Gesellschaft, und auch hier wieder nimmt seine Wichtigkeit zu mit wachsender Komplikation der gesellschaftlichen Erscheinungen.

Indem Sombart Technik und Wirtschaft einander gegenüberstellt, Wirtschaft im Sinne von planmäßiger Unterhaltsfürsorge, bezeichnet er als Entwicklungsprinzip der Technik die Freiheit, als Entwicklungsprinzip der Wirtschaft die Unfreiheit<sup>1</sup>. Das technische Können hat als Erfolg die Emanzipation des Menschen von den Schranken der Natur, in die er eingeschlossen ist. Jede Erfindung, die wir machen zur Beherrschung der Kräfte, zur Formung der Stoffe der Natur, ist ein solcher Akt der Emanzipation. Technische Errungenschaften sind es gewesen, die uns in gewisser Weise von Gebundenheit an Ort und Zeit befreit haben. Wir verfügen heute über elementare Kräfte, auch wo kein Wind weht, kein Wasserlauf vorhanden ist. Wir können über den Ozean auch ohne Segel. Die Nachrichten werden rascher befördert, die Güter schneller hergestellt. Wir sind unabhängig geworden von dem, was man den Organisationsprozeß der Natur nennt, brauchen nicht auf das Wachstum der Tiere, des Holzes im Walde zu warten. Die uns zur Verfügung stehenden mechanischen Kräfte und die Entwicklung der Eisentechnik erlaubt uns, Straßenbahnen zu besitzen ohne Pferde, Schiffe zu bauen aus Eisen. An die Stelle der organisierten Materie tritt die unorganische Materie. Es kürzt uns das, wie die Indienstellung der mechanischen Kräfte Dampf, Elektrizität, den Herstellungsprozeß der Güter und vermehrt die Stoffe, über die wir nun zu unsren Zwecken verfügen können in früher ungeahnter Weise. Das Entwicklungsprinzip der Wirtschaft anderseits ist die Unfreiheit, die Bindung: „Alle Entwicklung wirtschaftlicher Zustände geht darauf hinaus, daß immer mehr Menschen in Beziehung gesetzt werden, deren Zusammenwirken notwendig ist zur Herbeiführung des gewünschten wirtschaftlichen Erfolges. Man hat es auch so ausgedrückt, daß man gesagt hat, alle Entwicklung ist eine zunehmende Differenzierung und Integrierung der Funktionen der einzelnen: unsre heutige Kulturwirtschaft ist nach und nach in ihrer Struktur immer komplizierter geworden, beruht auf dem notwendigen Zusammenwirken unzähliger Einzelwirtschaften. Der Bauer auf seinem Gute, der sich noch seine gewerblichen Erzeugnisse selber schuf, der alles aus dem Boden selber holte, was er für diese gewerblichen Produkte an Rohstoffen und was er an Nahrungsmitteln brauchte, das war ein freier Mann, ein wirtschaftlich freier Mann: der moderne Kulturmensch, der nichts mehr selbst produziert von dem, was er braucht, sondern der alles von andern Produzenten erhält dafür, daß er für alle andern eine Ware produziert oder einen Dienst verrichtet, dieser moderne Kulturmensch ist im wachsenden Maße wirtschaftlich unfrei, gebunden<sup>2</sup>. Jene Abhängigkeit ist zunächst in sich und unmittelbar rein wirtschaftlicher Art, eine Abhängigkeit ex parte obiecti, in Bezug auf Gegenstand, Instrument,

<sup>1</sup> Technik und Wirtschaft (1901) 8 ff.

<sup>2</sup> Sombart, Technik und Wirtschaft 9 f.

in der Ordnung des physischen Bewirkens und der materiellen Erfolge wirtschaftlicher Tätigkeit — allerdings mit unverkennbarer Rückwirkung auf die materielle und soziale Lage der Menschen, ihr irdisches Wohlbefinden überhaupt. Es ist sodann eine wechselseitige Abhängigkeit, nicht wesentlich ein fortschreitendes Prädominieren des einzelnen über seine Mitmenschen. Darum ergibt sich denn auch für die wissenschaftliche Betrachtung keineswegs die Beseitigung der ökonomischen Selbständigkeit im persönlichen und juridischen Sinne als das notwendige Endergebnis der geschichtlichen Wirtschaftsentwicklung, wohl aber die Forderung einer stärkeren rechtlichen Bindung, welche innerhalb der fortgeschrittenen ökonomischen Bindung Freiheit, Recht und Wohlbefinden aller Beteiligten, die Durchführung des Prinzips der Solidarität in der ganzen Gesellschaft zum Wohle aller ihrer Glieder zu wahren berufen und geeignet ist.

Daß dort, wo Menschen unter Leitung eines Wirtschaftssubjekts zu gemeinsamem Zweck nach einheitlichem Plane zusammenwirken, gewisse Normen das Verhalten der Beteiligten regeln und regeln müssen, versteht sich von selbst, obwohl das volle Verständnis hierfür nicht allen Epochen gemeinsam war. Aber auch, wenn es sich nicht um eine derartige Zusammenfassung vieler individueller Kräfte handelt, wo vielmehr nur die an sich juridisch selbständige Wirksamkeit der einzelnen in ihrem Vollzug und ihren Erfolgen wechselseitig bedingt und von dem Verhalten anderer abhängig erscheint, bedarf es einer gewissen Regelung, weil sonst der Willkür, der Schädigung und Unterdrückung nur zu leicht Tür und Tor geöffnet würde. Beruht der Kulturfortschritt in der Entwicklung der persönlichen Freiheit und des menschlichen Wohlbefindens, dann wird also eine absolute Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet, namentlich heute, angesichts der fortschreitenden ökonomischen Bindung, als völlig unvereinbar mit jedem wahren Kulturfortschritt zurückgewiesen werden müssen.

So verknüpft sich mit dem Solidaritätsbegriff die Idee der „Wirtschaftsordnung“ als des Inbegriffs von Normen, welche das wirtschaftliche Verhalten der Menschen äußerlich regeln, mögen sich diese Normen nun zurückführen auf Sitte und Rechtsbewußtsein der Menschen oder überdies auf die legale Anordnung gesellschaftlicher Organe und Autoritäten.

**5. Solidarität und ökonomisches Prinzip.** Das Prinzip der Solidarität enthält ferner auch in gewisser Weise eine, für das Wohl der am Wirtschaftsleben in der Gesellschaft beteiligten Personen unentbehrliche Ergänzung des ökonomischen Prinzips.

„Es ist nur vernünftige Zweckmäßigkeit“, sagt Gustav Cohn<sup>1</sup>, „wenn wir aus dem Wesen aller Wirtschaft, daß wir mit Dingen zu tun haben, die beschränkt gegeben sind im Verhältnis zu unsrem Bedarf, die Folgerung ziehen: wir müssen das Verhältnis des beschränkt Gegebenen zu unsrem Bedarf so günstig wie möglich gestalten, d. h. wir müssen durch sorgsamste Ausnutzung des Beschränkten ein möglichst hohes Maß des Bedarfs ausfüllen, wir müssen die Beschränktheit so weit wie möglich überwinden durch eine berechnende Klugheit, welche sie einem möglichst umfangreichen Bedarf dienstbar macht. Daher also ein Verhalten, welches den Erdboden in dem Maße intensiver benutzt, als eine wachsende Menschenzahl daraus Rohstoffe zu entnehmen hat; daher die wachsame Sorge, welche aus dem Aufwand wirtschaftlicher Mittel eine steigende Masse von Produkten hervor-

<sup>1</sup> System der Nationalökonomie I (1885) 198 f.

gehen lassen oder jedes gegebene Quantum des Ertrags mit einem verminderten Aufwand erzeugen will: daher die abwägende Überlegung, welche das schon fertig geformte Erzeugnis gegen ein anderes austauscht, durch die Sorge geleitet, wie man bei diesem Tausch ein möglichst hohes Maß des Überschusses des Erworbenen über das Hingegebene erringen könne. Indessen die Grenze dieser vernünftigen Zweckmäßigkeit als eines absoluten Leitsterns für unser wirtschaftliches Verhalten reicht nur so weit, als sich der Mensch den Sachen gegenüber befindet. Nur die Ökonomie gegenüber der äußern Natur ruht auf einem ‚Prinzip der Wirtschaftlichkeit‘, welches an sich unveränderlich ist. Sowie der Mensch dem Menschlichen gegenübersteht, läßt uns diese Richtschnur im Stiche. Es hängt mit dem ... Wesen der Arbeit zusammen, daß für diese das ‚Prinzip der Wirtschaftlichkeit‘ versagt: wollen wir unsre Arbeitsleistung mit äußerster Wirtschaftlichkeit verwerten, so gelangen wir zu der Unvernunft des Nichtstuns, und der größte Ökonom ist der Wilde, welcher mit der Arbeit weniger Stunden in der Woche die üppige Frucht seiner tropischen Heimat zubereitet. Noch entschiedener tritt die gleiche Lücke hervor, wenn wir den Verkehr der wirtschaftenden Menschen betrachten, da wir dann finden, daß diejenige Wirtschaftlichkeit, welche die Leistung des einen gegen die Leistung des andern auf möglichst vorteilhafte Weise auszutauschen trachtet, auf eine sehr parteiische und beschränkte Vernünftigkeit deutet. Nur eine solche, keine höhere, objektive Vernünftigkeit kann einem Verhalten zu Grunde liegen, welches das wirtschaftliche Interesse des Fabrikanten in der Ausnutzung der Kinderarbeit befolgt bis zu dem Punkte der ‚Wirtschaftlichkeit‘, wo die objektive Vernunft des Staatsgesetzes ihr Halt entgegenruft. Gar keine Vernunft ist in der ‚Wirtschaftlichkeit‘ zu entdecken, welche überhaupt nichts anderes will, als auf der einen Seite möglichst hohen Lohn für möglichst wenig Arbeitsleistung, auf der andern Seite möglichst niedrigen Lohn für möglichst viel Arbeitsleistung, -- gar keine Vernunft in dem gesamten Streben derer, welche am Verkehr beteiligt sind, den Tausch wechselseitig so vorteilhaft wie möglich zu machen. Die Vernunft tritt hier erst als objektives Prinzip hinzu, um die Gegensätze dieser Wirtschaftlichkeit zu versöhnen: aus der Wirtschaftlichkeit heraus folgt solche Versöhnung nicht.“

Man mag demgegenüber auf Fälle hinweisen können, wo auch im Verkehr der wirtschaftenden Menschen das ökonomische Prinzip zur Anwendung kommt. In keinem Fall aber ist das ökonomische Prinzip, für sich genommen, ein absoluter Leitstern, nicht die einzige, nicht die höchste Norm, weil das bloße materielle Interesse, der eigene, persönliche Nutzen niemals das oberste, allein entscheidende Gesetz des menschlichen Verhaltens dem Menschen gegenüber sein kann und darf. Wird das ökonomische Prinzip in diesem beschränkten Sinne, als eine der Gerechtigkeit und Liebe, der Solidarität untergeordnete Norm verstanden, so behält es seinen hohen praktischen Wert für das gesamte wirtschaftliche Leben, indem es überall die unnütze, vernunftwidrige Vergeudung von Stoff und Kraft von jeder gesunden Wirtschaft ausschließt. In diesem Sinne wäre es in der Tat ein verdientes Lob, wenn der moderne Unternehmer als „Hüter des ökonomischen Prinzips“ gepriesen werden kann<sup>1</sup>.

**6. Solidarität und Beruf.** Wir bezeichneten den „Beruf“ als dauernde Beschäftigung, regelmäßig als Lebenstätigkeit, im Dienste von Menschheits-

<sup>1</sup> A. Voigt in Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Neue Folge IV (1913) 5 f.



zwecken. Die Berufsidee enthält aber überdies ein teleologisches und ein ethisches Moment.

Die Verschiedenheit der natürlichen Anlagen und Neigungen, die zur Verschiedenheit der Berufe führt, scheint in der Befriedigung der verschiedensten menschlichen Bedürfnisse ihren natürlichen Zweck zu haben. Die Natur bzw. der Urheber der Natur ruft gewissermaßen durch die besondere Anlage, der dann leicht auch persönliche Neigung entspricht, zu den mannigfaltigsten Tätigkeiten, so daß für alle Bedürfnisse in fortschreitendem Maße Befriedigung ermöglicht wird. Das ist gewiß nur ein allgemeines Bild. Oft werden auch äußere Verhältnisse der Umgebung oder der Not zur Wahl eines Berufes führen. Gleichwohl bleibt wahr, daß in einer irgendwie größeren Gesellschaft die Anlagen und Neigungen sehr verschieden verteilt sind und demgemäß im weitesten Umfange auch eine berufliche Arbeitsteilung sich vollzieht.

Für das sittliche Moment<sup>1</sup> aber findet alles das, was oben über die Solidarität der Arbeit gesagt wurde, Anwendung auf den Beruf als Lebensbetätigung. In der menschlichen Gesellschaft soll die Ausübung der verschiedenen Berufe im Dienste der allgemeinen Bedarfsversorgung, insofern im Dienste der Gemeinschaft, geschehen. Das gilt für die Mitmenschen als Gattungsgenossen, dann in den engeren Formen der Gesellschaft z. B. im Staat zunächst für die Gemeinschaft der Mitbürger<sup>2</sup>, unter Wahrung des Verständnisses des einen Berufes für die Lebensnotwendigkeiten anderer Berufe.

Fallen Erwerb und Beruf zusammen?<sup>3</sup> Regelmäßig wird die eigene materielle Güterversorgung sich mit der Ausübung eines nützlichen

<sup>1</sup> Vgl. August Pieper, Berufsethos und praktische Berufserziehung (73. Heft der Schriften der Gesellschaft für soziale Reform) 1921; Emil Steinbach, Erwerb und Beruf (1896); Joseph Scherer, Die Arbeit, von ihrem Geist und Wesen (1920). J. Häfle, Das Arbeitsethos der Kirche (1923); M. Schwarz, Das Berufsproblem (1923). Verdienstvoller Vorkämpfer des Berufsgedankens für Arbeiterschaft und Gewerkschaft ist Theodor Brauer (Gewerkschaft und Volkswirtschaft<sup>2</sup> [1922]. Krisis der Gewerkschaften [1924]).

<sup>2</sup> Zum Begriff des Berufes vgl. noch das Sammelwerk: Die akademischen Berufe I (1920) 38 f.; Dunkmann (Die Lehre vom Beruf [1922]) definiert den Beruf als „eine Funktion der Gemeinschaft“. Wir würden lieber sagen: eine Funktion im Dienste der Gemeinschaft, im gleichen Sinne, wie man die Arbeit „soziale Funktion“ genannt hat. (Unterschied zwischen physischem und moralischem Organismus!)

<sup>3</sup> Max Weber nennt den Beruf „jene Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen einer Person, welche für sie Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- oder Erwerbschance ist“: Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte (Grundriß der Sozialökonomik I [1921] 80). Das Reichsgericht (Urteil des dritten Senates vom 11. Februar 1880) sagte: „Beruf ist jede selbstgewählte Lebensstätigkeit, welche die Verpflichtung begründet, sich den Aufgaben desselben mit besonderer Sorgfalt zu widmen, und zugleich eine höhere Verantwortlichkeit für Anwendung der erforderlichen Einsicht und Sachkunde herbeiführt, als welche unter gleichen Verhältnissen bei jedem andern gefordert werden muß.“ In der Vorbemerkung zur deutschen Berufszählung vom 12. Juni 1907 heißt es: „Hauptberuf ist der Beruf, auf dem hauptsächlich die Lebensstellung beruht und von dem der Erwerb oder dessen größter



Berufes verbinden. Allein das gehört nicht zum Wesen des Berufes. Der Gelehrte oder Künstler von Beruf z. B. kann seinen Lebensunterhalt vielleicht auf eigenes Vermögen u. dgl. stützen. Ideal gesinnte Menschen werden nicht selten über den höheren Zwecken ihres Berufes die Einkommensquelle wenigstens geringer anschlagen.

**7. Amtscharakter der Arbeit?** Arbeitsteilung und Tauschverkehr offenbaren den „sozialen Charakter der Arbeit“ innerhalb der Gesellschaft. Der unmittelbare Zweck, auf welchen die wirtschaftliche Tätigkeit ihrer Natur nach gerichtet ist, der Zweck, den der Arbeitende mit derselben natürlichen und sittlichen Notwendigkeit erstrebt, mit welcher er für die Erhaltung seines Lebens und des Lebens seiner Familienangehörigen sorgt und zu sorgen die Pflicht hat, und den er mit demselben Recht zu erreichen sucht, mit welchem er nach Besserung seiner Lage ringt, dieser Zweck ist praktisch regelmäßig zunächst die Deckung des eigenen Bedarfs, die Sicherung und Hebung der eigenen Wohlfahrt. Dazu produziert er, dazu vertauscht er den Überschuß seiner Produkte, die er nicht für sich und die Seinen verwendet: dazu tritt er unter Umständen in den Dienst eines andern. Auch hier kommt der natürliche Zweck der Arbeit zur Geltung<sup>1</sup>, daß der Arbeiter in gebührender Weise für sich und die Seinen den Unterhalt finde. Dieses Recht und diese Pflicht des Arbeitenden, dieser natürliche, unmittelbare Zweck der Arbeit bleibt innerhalb der Gesellschaft bestehen, muß hier Anerkennung, Schutz und Verwirklichung finden. Das Wohl der Gesellschaft selbst ist dabei interessiert<sup>2</sup>.

Indem aber der Arbeitende innerhalb der Gesellschaft arbeitet, indem das Produkt seiner Arbeit für die Bedürfnisbefriedigung anderer bestimmt ist — mag er für bestimmte Kunden oder für den Markt arbeiten —, nimmt die Arbeit überdies einen sozialen Charakter an, hat auch einen sozialen Zweck, ist daher, wie gesagt, mit sozialen Pflichten belastet. Es kann auch der Gesellschaft nicht gleichgültig sein, ob und in welcher Weise für die Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Glieder gesorgt wird, ob und wie der naturgemäße Zweck des sozialen Zusammenlebens und Zusammenwirkens seine Erfüllung finde<sup>3</sup>.

Gleichwohl würde es eine Übertreibung des sozialen Charakters der Arbeit bedeuten, wollte man sie ihres objektiv sozialen Zweckes und

Teil herrührt.“ Feuchtwanger [Die freien Berufe 1922] sagt: „Beruf ist privatwirtschaftlicher Lebensunterhalt und zugleich gemeinwirtschaftliches Amt.“ Berufsfragen werden heute oft behandelt. Erinnert sei an die Berufsberatung, an die Berufseignungsprüfungen. Man spricht von physischen und psychischen Berufskrankheiten, von Berufssitten, Berufsethik, Berufsmoral, von Berufsvertretungen, Berufsständen. „Um so wunderlicher ist der Streit über das Wesen des Berufes.“ (Mann).

<sup>1</sup> Vgl. Hitze, Kapital und Arbeit (1880) 152.

<sup>2</sup> A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung I<sup>3</sup> 310 351 f. 366 ff. 369 f.; I<sup>4</sup> 396 411 ff. 414 f.; II<sup>4</sup> 549.

<sup>3</sup> Antoine, Cours d'économie sociale<sup>4</sup> (1908) 346 ff.

ihrer sozialen Pflichten wegen mit Rücksicht auf den einzelnen Arbeiter schlechthin im eigentlichen und vollkommenen Sinne ein „Amt“ nennen<sup>1</sup>. Das „Amt“ wird dem „Beamten“ von der Gesellschaft unmittelbar übertragen; es hat seinen unmittelbaren Zweck im Dienste der Gesellschaft als sozialer Gesamtheit; die Vergeltung für die Amtsführung ist nicht eine Gegengabe, wie die Leistung für das Tauschobjekt im Güterverkehr, sondern „Gehalt“ usw. Immerhin darf man in einem weiteren Sinne die nichtamtliche Berufsarbeit als „Amt“ bezeichnen, wie ja auch ehemals — man denke an die Stadtwirtschaft und das mittelalterliche Innungswesen — das Recht und die Pflicht der Arbeit der organisierten Berufsgruppe, dem Stande für ein bestimmtes Gebiet nach Art eines Amtes verliehen und zugewiesen werden konnte.

Fürs allgemeine und in der Regel entspricht der Gewinn innerhalb des gesellschaftlichen Verkehrs einer vorausgehenden Arbeit, einem Dienst, einer Leistung zum Vorteil anderer oder des Ganzen. Der Mensch soll arbeiten und innerhalb der arbeitsteiligen Gesellschaft durch seine Arbeit sich nützlich machen. Wer dauernd, berufsmäßig auf mühelosen Gewinn ausgeht und sich so jeder nützlichen und ernsten Beschäftigung entzieht, verstößt offenbar gegen das allgemeine Gesetz der Arbeit. Verwerflich wäre ferner ein Gewinn, der, unter Verletzung fremder Rechte, auf Kosten und zum Schaden anderer oder der Gesamtheit erworben wird. Sodann sind gewisse Formen, Gewinn zu machen, sich die Früchte fremder Arbeit anzueignen, wenn auch nicht eine bestimmte Person als rechtswidrig geschädigt nachzuweisen wäre, ferner Einrichtungen, welche die maßlose, leidenschaftliche Entwicklung und Betätigung von Gewinnsucht und Spielsucht befördern, gewiß auch als sozialschädlich zu verurteilen. Wird aber kein Recht verletzt, die öffentliche Wohlfahrt nicht geschädigt oder gefährdet, so läßt sich selbst ein müheloser Gewinn nicht absolut und um so weniger verurteilen, je mühevoller im übrigen für dieselbe Person der Erwerb des täglichen Brotes war oder ist.

**8. Tausch und Tauschverkehr.** In den primärsten Verhältnissen erwirbt der Mensch die Güter, deren er bedarf, ausschließlich oder fast ausschließlich in der Form unmittelbarer Selbstbeschaffung, durch Aneignung herrenloser Dinge (Okkupation) oder durch Hervorbringung neuer Güter (Produktion). Auf den höheren Stufen des Wirtschaftslebens tritt mehr und mehr die mittelbare Beschaffung der Güter durch Tausch hinzu. Nur durch den Tausch ist die vollkommenere Entwicklung der Arbeitsteilung, die Hingabe des einzelnen an eine bestimmte Berufsarbeit möglich. Der Schuster verfertigt Schuhe, aber er kann dieselben nicht unmittelbar zu seiner Nahrung verwenden, höchstens seine eigenen Füße damit bedecken. Im übrigen ist er auf den Verkehr mit dem Schneider, dem Landmann usw. angewiesen, wie diese auf ihn angewiesen sind<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Bruder, Artikel „Amt“ im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I<sup>3-4</sup> 184 ff.

<sup>2</sup> Wellstein, Artikel „Handel und Handelspolitik“ im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft II<sup>3-4</sup> 1023 ff.

Bezeichnet Verkehr im weitesten Sinne jede Berührung der Menschen untereinander durch Mitteilung von Gedanken, Gefühlen, Entschlüssen, Tätigkeiten oder äußeren Gegenständen, so versteht man unter wirtschaftlichem Verkehr die Berührung der Menschen untereinander durch Mitteilung wirtschaftlicher Güter, Hilfeleistungen zur Wahrung oder Förderung der materiellen Wohlfahrt.

Wird keine Vergeltung für die Gewährung eines Vorteils geleistet, so findet zwar ein Verkehr statt, wie bei der Schenkung, aber kein Tauschverkehr. Der Begriff „Verkehrsgüter“ ist darum auch an und für sich weiter als der Begriff „Tauschgüter“.

Innerhalb der nationalökonomischen Wissenschaft bezeichnet der Ausdruck „Verkehr“ die regelmäßige Tauschverbindung und alles das, was damit in unmittelbarer oder mittelbarer Beziehung steht. Insofern und solange ein bewegliches Gut Gegenstand des Tauschverkehrs ist, wird es „Ware“ genannt.

Der Ausdruck „Güterumlauf“ bezieht sich auf jenen Verkehrsvorgang, durch welchen die Güter aus der Hand des Erzeugers in die des Verbrauchers gelangen. Es können Güter hergestellt werden zur Deckung des eigenen Bedarfs (Eigenproduktion) oder für einen bestimmten Besteller (Kundenproduktion) oder für den Markt (Marktproduktion)<sup>1</sup>. Bei höherer Entwicklung der Arbeitsteilung, der Technik und der Verkehrsmittel wird der Güterumlauf sich lebhafter gestalten und immer weitere Kreise ergreifen. Die Rohstoffe, welche im Bergbau, in der Landwirtschaft gewonnen werden, erhalten in andern Wirtschaften neue Formen, werden zu Halb- und Ganzfabrikaten umgebildet und kommen schließlich erst durch Vermittlung des Groß- und Kleinhandels in die Hände des Verbrauchers usw.

Wenn auch die für den eigenen Bedarf produzierende Wirtschaft schon als „Unternehmung“ im weiteren Sinne des Wortes gelten könnte, so wird doch heute die „Unternehmung“ mehr als ein verkehrswirtschaftlicher Begriff aufgefaßt. Man versteht darunter einheitlich organisierte wirtschaftliche Veranstaltungen, die auf die Gefahr ihres rechtlichen Trägers, des „Unternehmers“, Waren oder Leistungen für den Markt herstellen oder bereitstellen und gegen Entgelt mit Gewinn absetzen wollen<sup>2</sup>.

**9. Der Güterwert im Tauschverkehr.** Nicht mit Unrecht wurde der Wertbegriff als der böse Drache bezeichnet, der den Eingang der Wirtschaftslehre bewache. Bei manchen Autoren zeigt sich heute das Bestreben, diesen Drachen zu umgehen. Nach Gustav Cassel<sup>3</sup> bildet die Theorie der Preisbildung den eigentlichen Gegenstand der theoretischen Sozialökonomie. Der Wertbegriff soll entfernt und die Preisbildung aus

<sup>1</sup> Die Terminologie nach K. Bücher.

<sup>2</sup> Schmoller, Grundriß I 413 ff.

<sup>3</sup> Theoretische Sozialökonomie (1918).



dem „Prinzip der Knappheit“ (Tatsache der Knappheit) abgeleitet werden. Liefmann und Sombart sehen in dem Wertbegriff wenigstens keinen Elementarbegriff, halten ihn sogar für überflüssig. Wir teilen diese Auffassung nicht und setzen darum den oben<sup>1</sup> bereits eröffneten „Kampf mit dem Drachen“ fort.

„Das Wort Wert“, sagt Adam Smith<sup>2</sup>, „hat zwei verschiedene Bedeutungen und drückt bald die Brauchbarkeit einer Sache, bald die durch den Besitz dieser Sache gegebene Möglichkeit aus, andere Güter dafür zu kaufen. Das eine kann Gebrauchswert, das andere Tauschwert genannt werden.“

Man hat jene Unterscheidung deshalb anfechten zu müssen geglaubt, weil auch der Tausch eine Art des Gebrauches darstelle<sup>3</sup>. Allein dieser Einwand scheint von geringem Belang zu sein, da bei der Gegenüberstellung von Gebrauchswert und Tauschwert innerhalb der Wirtschaftslehre der Begriff „Gebrauchswert“ ganz speziell auf produktive oder konsumtive Zwecke Bezug nimmt, nicht aber auf den Tauschprozeß.

Die Schwierigkeit liegt anderswo. Können Gebrauchswert und Tauschwert in einer Weise nebeneinander gestellt werden, daß sie als zwei Arten des „Wertes“ erscheinen? Kann man in diesem Sinne von „zwei verschiedenen Bedeutungen“ des Wortes „Wert“ sprechen?

Hält man an dem Grundgedanken fest, daß der Mensch Ziel der Güterwelt und die Befriedigung seiner Bedürfnisse Zweck der gesamten Wirtschaft ist, so bleibt die fundamentalste, alles beherrschende Frage in der ganzen Wertlehre: Was ist das Gut durch sich selbst und in sich selbst für den Menschen wert? Dieser Frage gegenüber erscheint die weitere Frage: Was ist das Gut im Vergleich mit andern Gütern wert? als eine ohne Zweifel praktisch höchst wichtige, aber für den allgemein menschlichen Standpunkt der ersten, zentralen doch immerhin untergeordnete Frage. Von diesem Standpunkt aus gilt der Tauschverkehr nicht als Selbstzweck, sondern lediglich als das Mittel, um die einzelnen Menschen in den Besitz derjenigen Güter zu bringen, deren sie zur Erhaltung und Verschönerung des Lebens bedürfen. Für den letzten in der Reihe der Tauschenden, an den das Gut gelangt, und der es zur Befriedigung der Bedürfnisse verwendet, ist die aktuelle Schätzung, die das Gut im Verkehr gefunden hat, eine historische, je nachdem angenehme oder unangenehme Erinnerung, aber als wirklicher Wert des Gutes gilt ihm jetzt mit Recht nur noch die Schätzbarkeit, welche dem Gute zukommt vermöge seiner Nützlichkeit und Notwendigkeit, des Grades der Bedeutung für die Befriedigung seiner Bedürfnisse.

<sup>1</sup> § 3.

<sup>2</sup> Untersuchungen über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes, deutsch von F. Stöpel I (1878), Buch 1, Kap. 4, S. 38 f.

<sup>3</sup> Vgl. J. F. E. Lotz, Revision der Grundbegriffe der Nationalwirtschaftslehre I (1811) 29 f.



Diese endzweckliche Unterordnung des Tausches unter den Gebrauch zur Bedürfnisbefriedigung läßt es aber nicht zu. Gebrauchswert und Tauschwert nebeneinander in die gleiche Linie zu stellen. Gebrauchswert und Tauschwert sind keine koordinierten Arten des Wertes, sondern einander subordinierte Begriffe.

Man könnte vielleicht, um Schwierigkeiten auszuweichen, mit J. B. Say, Liberatore u. a. sagen: Das Wort „Nützlichkeit“ genügt uns und ist besser als der Ausdruck „Gebrauchswert“. Wir bedürfen der Unterscheidung zwischen Tauschwert und Gebrauchswert überhaupt nicht<sup>1</sup>. Die Unterscheidung ist nun aber doch, von anderem abgesehen, allgemein üblich, fest eingebürgert. Darum dürfte es sich empfehlen, dieselbe in einer Weise zu erklären, daß sie für die wissenschaftliche Erkenntnis haltbar und fruchtbar bleibe. Das wird gelingen, wenn man unter Gebrauchswert und Tauschwert nicht koordinierte Wertarten versteht, sondern ein und denselben ökonomischen Wert nach den zwei Stadien der Verwendung wirtschaftlicher Güter, Gebrauch und Tausch, teilt. Der Gebrauchswert stellt dann den ökonomischen Wert dar mit Rücksicht auf die menschliche Bedürfnisbefriedigung als Endzweck aller ökonomischen Güter, der Tauschwert dagegen ebendenselben ökonomischen Wert auf seiner Wanderung im Verkehr.

Im Hinblick auf die unmittelbare Verwendung der Güter und die verschiedenen Stadien ebendieser Verwendung läßt sich demgemäß unterscheiden zwischen Gebrauchsgütern und Verkehrsgütern<sup>2</sup>. Gebrauchsgüter sind die ökonomischen Güter, insofern sie durch ihren Gebrauch Nutzen zu bringen geeignet sind. Sie erscheinen dabei als Genußmittel, Genußgüter, wenn sie, ohne einer Veränderung zu bedürfen, unmittelbar dem Genusse, oder als Produktionsmittel, produktive Güter, wenn sie den Zwecken der Produktion neuer Güter als Gegenstand, Mittel oder Werkzeug dienen können oder sollen. Tauschgüter sind dagegen die ökonomischen Güter, insofern sie unmittelbar und zunächst dem wirtschaftlichen Verkehr zu dienen bestimmt sind.

Dementsprechend können wir also auch unterscheiden zwischen dem Gebrauchswert eines Gutes, d. h. dem Werte, den ein nach Art, Qualität und Quantität bestimmtes Gut für unmittelbare Genußzwecke (Gebrauchswert im engeren Sinne) oder für die Erzeugung anderer Güter (Produktions- oder Ertragswert) hat, und dem Tauschwert des Gutes, d. i. dem Werte, welcher demselben in dem und für den Tauschverkehr beigemessen wird.

Wir haben es bei unsrer Untersuchung zunächst nur mit dem sozialen Verkehrswert, unter Abstraktion von den Besonderheiten individueller Verhältnisse, zu tun, und zwar mit dem universalen Gattungs-

<sup>1</sup> Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft (1891) 38 f.

<sup>2</sup> Vgl. Costa-Rossetti, Allgem. Grundlagen 54 ff.

begriff desselben, den wir aus der Betrachtung der konkreten Tauschvorgänge abstrahieren müssen. \* \*

Was lehren uns aber diesbezüglich jene konkreten Tauschvorgänge?

„Der Tauschwert“, sagt Karl Marx<sup>1</sup>, „erscheint zunächst als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen. Ein solches Austauschverhältnis stellt sich dar in einer Gleichung, wie z. B. 1 Quarter Weizen = a Ztr. Eisen. Diese Gleichung besagt, daß derselbe Wert in diesen beiden verschiedenen Dingen existiert, daß sie beide also einem dritten gleich sind, auf welches jedes, soweit es Tauschwert, reduzierbar sein muß. Daß die Substanz des Tauschwertes ein von der physisch handgreiflichen Existenz der Ware oder ihrem Dasein als Gebrauchswert durchaus Verschiedenes und Unabhängiges ist, zeigt ihr Austauschverhältnis auf den ersten Blick. Es ist charakterisiert eben durch die Abstraktion vom Gebrauchswert. Dem Tauschwert nach betrachtet ist nämlich eine Ware gerade so gut als jede andere, wenn sie nur in richtiger Proportion vorhanden ist. Als Gebrauchsgegenstände oder Güter sind die Waren körperlich verschiedene Dinge. Ihr Wertsein bildet dagegen ihre Einheit. Diese Einheit entspringt nicht aus der Natur, sondern aus der Gesellschaft. Die gemeinsame gesellschaftliche Substanz, die sich in verschiedenen Gebrauchswerten nur verschieden darstellt, ist die Arbeit.“

Richtig in dieser Auseinandersetzung ist, daß im Tausch Güter, die ihren physischen Eigenschaften und dem spezifischen Verwendungszweck nach verschieden sind, in Bezug auf ihren Wert einander gleichgesetzt werden, daß diese Güter also in sich etwas Gleiches enthalten müssen, vermöge dessen sie im gesellschaftlichen Verkehr als gleichwertig behandelt werden können. Falsch dagegen ist es, daß die in dem Gute vergegenständlichte gleiche Menge von gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder Arbeitszeit es sei, auf welcher jene Gleichsetzung ausschließlich beruhen könne, falsch die aus dem Austauschverhältnis als solchem geschlossene Arbeitsäquivalenz der ausgetauschten Warenmengen. Wir werden auf diesen Punkt bei der Kritik der Marxschen Werttheorie zurückkommen. Hier möge es genügen, daran zu erinnern, daß die Güter wohl kausal, durch die auf sie verwendete Arbeit ihre Güte mögen erlangt haben, daß sie aber nicht formell durch die Arbeit als Güter konstituiert werden. Güter sind sie durch ihre Eigenschaften, durch das, was sie in und an sich selbst darstellen und bewirken können. Nicht die Arbeit ist für den Menschen dasjenige, um dessentwillen er ein Ding anstrebt, sondern anstrebbar, ein Gut, ist das Ding wegen seiner selbst, seiner Substanz, seiner Qualitäten, seiner Bedeutung für die menschlichen Zwecke. Nicht Arbeitsquanta will man darum auch beim Tausch der Güter gegeneinander umsetzen, vielmehr Gut gegen Gut. Werden aber die Güter als solche vertauscht, so sind es auch die Güter, die im Tausch einander gleichgesetzt werden. In den Gütern selbst muß daher letztlich der Grund gesucht werden, der die Gleichsetzung überhaupt ermöglicht, nicht in der äußeren Arbeit, man mag dieselbe als die konkrete, das Gut produzierende, den Stoff veredelnde Arbeit oder als gesellschaftliche Produktivkraft auffassen. Der Stiefel hat seinen *usus proprius* in der Bekleidung der Füße; mit andern Dingen gemeinsam (*usus communis*) erscheint sein Gebrauch als Tauschobjekt. Aber wie

<sup>1</sup> Kapital I<sup>4</sup> 3 f.

Aristoteles schon sagte, auch im Tausche wird der Stiefel als Stiefel gebraucht. Es muß daher etwas in ihm selbst stecken, insofern er Stiefel ist, um dessentwillen ich ihn gegen Brot vertauschen, dem Brote, in bestimmter Proportion, gleichsetzen kann.

Der Tauschwert erscheint also — so sagen auch wir — im Verkehr als das quantitative Verhältnis, die Proportion, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen. Ein solches Austauschverhältnis stellt sich dar in einer Gleichung, wie z. B. 1 Quarter Weizen = a Ztr. Eisen. Diese Gleichung besagt, daß derselbe Wert in diesen beiden verschiedenen Güterarten und Güterquanten existiert. Als Gebrauchsgegenstände sind die Waren körperlich verschiedene Dinge. Ihr Wertsein bildet dagegen ihre Einheit.

Wie aber gelange ich zu dieser Einheit? Indem ich meine Aufmerksamkeit auf das, trotz aller Verschiedenheiten der handgreiflichen physischen Existenz, in den Dingen steckende gemeinsame Gebrauchswertige richte, d. h. auf ihre gemeinsame Eigenschaft, für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse schlechthin Fähigkeit und Bedeutung zu besitzen.

Um nun ein Urteil über die relative Schätzbarkeit jedes der zu Tauschzwecken in ihrem Gebrauchswert verglichenen Güter zu gewinnen, muß sowohl die Art und Intensität des Bedürfnisses ins Auge gefaßt werden, welches durch jenes Gut befriedigt werden kann, als auch das Verhältnis zwischen dem verfügbaren Vorrat von Gütern solcher Art einerseits und dem gesellschaftlichen Bedarf anderseits. Denn offenbar wächst die Bedeutung des einzelnen Gutes, wenn der Vorrat an begehrten Gütern solcher Art beschränkt ist, wie anderseits die Bedeutung jedes einzelnen Gutes abnimmt, wenn Güter der gleichen Art in größerer Fülle vorhanden sind <sup>1</sup>.

Auf diese Weise, d. h. indem die Güter unter der ihnen gemeinsamen Rücksicht (Nützlichkeit und Notwendigkeit bzw. des Grades ihrer Bedeutung für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse) miteinander verglichen werden, gelangt der Schätzende zu einer solchen Vorstellung von dem Gebrauchswertigen in den fraglichen Gütern, die ihn in den Stand setzt, das eine Gut für den Tauschzweck in quantitativen Vergleich mit dem andern Gut zu stellen, indem der Gebrauchswert des einen Gutes oder Güterquantums als vertretbar durch den Gebrauchswert des andern Gutes oder Güterquantums aufgefaßt wird. Dieses „in allen gesellschaftlich anerkannten Gütern vorhandene Quantum fungibeln Gebrauchswertes“ nennt Karl Knies<sup>2</sup>, der Mar-

<sup>1</sup> Die Ausdrücke „Gebrauchswert“, „Gebrauchswertiges“ beziehen sich in diesem Zusammenhang also nicht bloß auf die „Nützlichkeit“ der Sache, sondern zugleich auf die „Seltenheit“, die quantitativen Verhältnisse.

<sup>2</sup> Das Geld (1885) 276. Der Erklärung Rodbertus': „Tauschwert ist gesellschaftlicher Gebrauchswert“, fehlt die klare Beziehung auf ein Tauschverhältnis zu andern Gütern.



xistischen Ausdrucksweise sich bedienend, die „Substanz des Tauschwertes“. Davon gilt, was Marx<sup>8</sup> sagt: „Dem Tauschwert nach betrachtet ist eine Ware gerade so gut als jede andere, wenn sie nur in richtiger Proportion vorhanden ist.“ Ein Quarter Weizen mag denselben Tauschwert haben wie ein anderes Quarter gleich guten Weizens, stelle ich es aber im Tauschverkehr dem Eisen, der Wolle usw. gegenüber, so werden die Quantitätsverhältnisse der umzutauschenden verschiedenartigen Güter so bemessen, daß die Größe des Gebrauchswertes beider Warenmengen als gleich gilt. Wir sagen: als gleich gilt; denn die Gleichsetzung der qualitativ und quantitativ verschiedenen Güter ist und bleibt in der Tat das Werk einer die objektiven Verhältnisse berücksichtigenden und bemessenden Schätzung.

Nehmen wir an, zwei Leute bedürfen eines Gutes — der eine dieses, der andere jenes — für ihren eigenen Gebrauch. Jeder habe von der einen Güterart zu viel, von der andern zu wenig oder gar nichts. Nur durch den Tausch kommt er in die Lage, seinen individuellen Bedarf decken zu können. Er schätzt das Gut, welches er eintauschen will, zunächst nach dem subjektiven, individuellen Gebrauchswert, den dasselbe für ihn hat, und ist bereit, von einem für ihn entbehrlichen Gut ein bestimmtes Quantum gegen ein bestimmtes Quantum des einzutauschenden Gutes abzutreten. Der Empfänger des betreffenden Gutes schätzt dasselbe ebenfalls nach dem subjektiven Gebrauchswert des Gutes für ihn und bemißt danach das Opfer, das er zu bringen bereit ist. Die individuellen Verhältnisse mögen verschieden sein, die Neigung zum Tausch steigern oder mindern. Kommt aber der Tausch tatsächlich zu stande, dann werden für den Austausch bestimmte Quanten von Gütern einander gleichgesetzt und erscheinen im Tausch als fungibel; das eine vertritt das andere.

Was hier zunächst für die beiden Tauschenden in den einfachsten Verhältnissen gilt, verallgemeinert sich in der Gesellschaft im Hinblick auf jene zahlreichen Güter, die immer wieder begehrt zu werden pflegen. Da bilden sich allgemeine Urteile über die Vertretbarkeit der Güterquanten für den gesellschaftlichen Tauschverkehr. In diesen allgemeinen Urteilen findet der soziale Verkehrswert als objektiver Wert der Güter seinen Ausdruck.

Zu beachten ist aber, wie Knies hervorhebt, daß im allgemeinen entgeltlichen Verkehr der Bedarf der Gesellschaft die Schätzung bestimmt und zur Anerkennung gelangt: „Aus der Verkennung dieser Tatsache sind mancherlei Angriffe auf einen vermeintlichen Gegensatz zwischen Gebrauchswert und Tauschwert der Güter inmitten der nicht sozialistisch organisierten Gesellschaft hervorgegangen.... Man sagt heute wieder wie früher: Ein Zentner Getreide ist ein Zentner Getreide. Sein Gebrauchswert ist jetzt und später, hier und dort ganz derselbe; sein Tauschwert dagegen ist schwankend und ungleich usw. So kann man eben nur sprechen, wenn man den gesellschaftlich normierten Gebrauchswert der Güterquanta übersieht. Die Gesellschaft hat einen summarischen Gesamtbedarf nach Getreide. Dieser soll durch das vorhandene Gesamtquantum von Getreide seine Befriedigung erlangen. Sollte also beispielsweise dieses Gesamtquantum gegenüber gleich groß gebliebenem Gesamtbedarf geringer geworden sein,

so wächst der gesellschaftliche Gebrauchswert des einzelnen Zentners Getreide. Ein Zentner Getreide ist  $\frac{G}{1000000}$  oder  $\frac{G}{2000000}$ , je nachdem der Gesamtvorrat eine Million oder zwei Millionen Zentner ist usw. Wenn man z. B. den Vorwurf erhebt, daß der Gebrauch des Eisens viel nützlicher für die Menschen sei als der des Goldes, während doch ein Pfund Gold einen Tauschwert — 25000 Pfund Eisen habe, so übersieht man dabei vollständig die Tatsache, daß dem Gesamtbedarf eines Volkes nach Eisen, dessen Befriedigung es zehnmal höher anschlagen mag als die seines Bedarfs nach Gold, vielleicht  $2\frac{1}{2}$  Millionen Zentner Eisen, aber nur 10 Zentner Gold gegenüberstehen.<sup>1</sup>

**10. Begriff des Tauschwertes.** Wenn der Nationalökonom vom Tauschwert spricht — für ihn, d. i. innerhalb seiner Wissenschaft, der „Wert“ schlechthin —, so denkt er nicht so sehr an die allgemeine, abstrakte Tauschbarkeit, d. i. die Fähigkeit der ökonomischen Güter, gegen andere Güter vertauscht zu werden, oder an die auf dieser Fähigkeit beruhende Schätzbarkeit jener Güter (Tauschwert in abstracto). Er setzt jene Fähigkeit und Schätzbarkeit voraus: genauer gesprochen: er setzt voraus, 1. daß es sich um nützliche Dinge handelt, die der zeitlichen Wohlfahrt des Menschen dienen können: 2. daß diese Dinge nicht in unbegrenzter Menge zur Verfügung stehen: 3. daß sie nützlich sind in jener Gesellschaft, wo der Tausch stattfindet (unter Barbaren ist manches unnütz, was in zivilisierter Gesellschaft hohen Nutzen hat): 4. daß es sich nicht um Güter handelt, für welche die Möglichkeit des Tausches eine reine Zufälligkeit wäre, sondern um Güter, die in jener Gesellschaft mit einer gewissen Allgemeinheit als nützlich erkannt und anerkannt sind.

Dies alles vorausgesetzt, denkt der Nationalökonom beim Tauschwert an die Tauschkraft, d. i. an die Fähigkeit eines nach Zahl und Quantität bestimmten Gutes, gegen andere quantitativ oder numerisch in bestimmter Höhe bemessene Güter innerhalb der Gesellschaft vertauscht zu werden. Die Tauschkraft ist die Erscheinungsform von Nutzen und Wichtigkeit in der Verkehrswirtschaft (Amomn). Man vertauscht im gesellschaftlichen Leben konkrete, darum nach Art, Zahl, Maß, Gewicht bestimmte Güter, nicht Wein gegen Getreide, vielmehr ein bestimmtes Quantum Wein gegen ein bestimmtes Quantum Getreide. Die Feststellung dieser quantitativen Verhältnisse setzt aber eine tatsächliche Vergleichung, eine aktuelle Schätzung voraus.

Der Tauschwert in concreto darf darum auch kurz bezeichnet werden als der Grad der Tauschkraft eines bestimmten Gutes oder Güterquantums in gesellschaftlicher Schätzung.

<sup>1</sup> Wir belassen die Zahlenverhältnisse, da es sich hier lediglich um ein Beispiel handelt. Knies verweist noch auf seine Ausführungen in der Tübinger Zeitschrift für Staatsw. 1855, 421 ff. Hildebrand, Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft 316, Roscher, System I § 6.

Soll die objektive Grundlage des Tauschwertes direkt und ausdrücklich hervorgehoben werden, so kann man sagen: der Tauschwert eines Gutes oder Güterquantums ist der ökonomische Wert desselben in seiner Vertretbarkeit durch den ökonomischen Wert anderer Güter oder Güterquanten, bestimmt und bemessen durch die allgemeine Schätzung. Oder kurz: der Tauschwert eines Gutes ist sein ökonomischer Wert als fungibler Wert bemessen in sozialer Schätzung<sup>1</sup>.

Je größer die Tauschkraft eines Gutes ist, d. h. je mehr Güter oder je wichtigere oder bessere Güter für dasselbe auf dem Wege des Tausches erlangt werden können, um so größer ist sein Tauschwert. Man kann daher den Tauschwert eines Gutes im Hinblick auf seine Höhe (per comparisonem) konkret ausdrücken durch die Menge derjenigen Güter, die für den Besitz des Gutes im Tauschverkehr gegeben werden. In diesem Sinne darf man auch sagen: Der Tauschwert besteht in der Gütermenge, die das Gut, unter normalen Umständen, im Austausch erzielen wird.

*Nähere Erklärung:* 1. Der Tauschwert hängt also unmittelbar ab von der sozialen, d. i. allgemeinen Schätzung innerhalb der Gesellschaft, der *aestimatio communis*.

Die Güter vertauschen sich nicht von selbst, sondern Menschen sind es, welche die Güter austauschen. Auch haben die Güter nicht von Natur aus ihren Tauschwert an der Stirne geschrieben, sondern dieser Tauschwert muß von dem menschlichen Geist in absoluter und relativer Betrachtung aufgefaßt, beurteilt, aktuell abgeschätzt werden. Erst im menschlichen Geist erscheint daher der Wert der Güter formell als Tauschwert; außer dem Geist ist nur das Gut mit seinen Vollkommenheiten, Eigenschaften, bestimmten Mengenverhältnissen da.

Wenn ferner der individuelle Gebrauchswert<sup>2</sup>, die besondere Bedeutung einer konkreten Quantität eines Sachgutes oder eines bestimmten Stückes für den einzelnen im Anschluß an seine individuellen Verhältnisse, Neigungen u. dgl. hinsichtlich des Umsatzes zwar von großer Wichtigkeit ist, beiderseits das Motiv und vielleicht eine sogar mächtige Anregung zur tauschweisen Erwerbung dessen, was man besonders bedarf, darbietet, so wird doch innerhalb des allgemeinen Verkehrs der objektive Wert bei der Bestimmung des gesellschaftlichen Tauschwertes beachtet, der Wert also, den das Objekt für alle oder für viele Menschen hat, welcher daher auch regelmäßig in der Gesellschaft einer mehr oder minder allgemeinen Anerkennung sich erfreut.

Was in der Nationalökonomie „objektiver“ Wert genannt wird, entspricht dem „gemeinen Wert“ der Juristensprache<sup>3</sup>. Gemeiner Wert ist derjenige, den

<sup>1</sup> Marx, Kapital III, 2. Tl, 176. — Der Gebrauchswert „auf gesellschaftlicher Potenz“, unter Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf, mit dem Gebrauchswert anderer Güter verglichen und in sozialer Schätzung bemessen.

<sup>2</sup> Vgl. Rau, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre I<sup>7</sup> (1863) 76. Neumann, Wirtschaftl. Grundbegriffe, in Schönbergs Handbuch I<sup>4</sup> 163.

<sup>3</sup> „Gemeiner Wert“, „Marktwert“ im Gegensatz zum „Interesse“, dem Werte, den ein Gut bloß für eine bestimmte Person hat (Dernburg).



eine Sache unter normalen Verhältnissen, bei zweckentsprechender Benutzung, allgemein für jede Person haben kann; besonderer Wert (analog dem individuellen Wert) ist der Wert, den ein Gut für eine bestimmte Person, unter Berücksichtigung besonderer Umstände und Verhältnisse, hat. Einen Spezialfall des besondern Wertes bildet der Affektionswert oder Liebhaberwert (z. B. der Uhr des verstorbenen Vaters).

Der Kreis von Personen, innerhalb dessen die „soziale“ Schätzung sich vollzieht, kann sich je nach dem Objekt des Tausches oder den äußern Umständen erweitern oder verengern. Er wird vielleicht größer sein, wenn das Tauschobjekt durch ein „tantundem eiusdem qualitis“ vertreten werden kann, weniger umfassend, wo das einzelne Stück als solches, z. B. ein Haus, ein Pferd, den Gegenstand des Eintausches bildet. Besondere Eigenschaften, Mängel oder Vorzüge des Einzelstückes, die nach dem vernünftigen Urteile der Tauschenden Einfluß auf die Wertbestimmung ausüben, verringern oder erhöhen den Wert des Objekts. Rein persönliche Opfer dagegen, die der Besitzer bringt, wenn er den Gegenstand im Tausche hingibt, wird er unter Umständen neben dem Tauschwert in Rechnung setzen können; allein sie bilden keinen Bestandteil des gesellschaftlichen Tauschwertes der Sache.

2. Darf nach dem Gesagten die allgemeine Durchschnittsschätzung als die unmittelbare äußere Ursache bezeichnet werden, welche den Tauschwert als soziale Verkehrstatsache schafft, so ist doch um so nachdrücklicher zu betonen, daß diese Schätzung keine willkürliche ist, sondern normalerweise die objektiven Momente, auf welchen der Grad der Tauschkraft beruht, zur Grundlage hat und zur Geltung bringt.

Jene objektiven Momente müssen wir vor allem einmal in dem ökonomischen Werte der Güter im allgemeinen und anderseits in den besondern Verhältnissen der Gesellschaft suchen.

a) „Ökonomischen Wert“ nannten wir die Schätzbarkeit wirtschaftlicher Güter auf Grund ihrer Nützlichkeit und Notwendigkeit, ihrer Bedeutung für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Konkret ist der Wert bestimmter ökonomischer Güter der Grad ihrer Bedeutung für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse.

Der Grad dieser Bedeutung aber hängt, wie wir sahen, in letzter Linie ab einmal von der generischen oder partikularen Qualität des Gutes, die es befähigt, Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu sein,

sodann von dem Grade seiner Seltenheit, von den Quantitätsverhältnissen der fraglichen Güterart, von der Notwendigkeit des einzelnen Gutes für die Deckung eines gegebenen Bedarfs, von der Abhängigkeit des Menschen von dem Einzelgute oder Güterquantum für den gedachten Zweck.

Wer einen Zweck erreichen will oder muß, befindet sich in Abhängigkeit von den Mitteln, die notwendig sind, um jenen Zweck zu erreichen. Stehen die Mittel jeden Augenblick in beliebiger Menge zur Verfügung, so schätze ich sie vielleicht ihrer generischen oder spezifischen Eigenschaften wegen sehr hoch, aber das individuelle Ding wird gering geschätzt. Stehe ich an einer reichlich fließenden Quelle, so werde ich es nicht achten, wenn auch der eine oder andere Becher Wassers verloren geht. Nicht so im Falle, daß eine bestimmte Gattung nützlicher und notwendiger Dinge nur in einer geringeren oder beschränkten Anzahl von Exemplaren vertreten oder verfügbar ist. Kann ein Gut, seiner Art und

seinen Eigenschaften nach, zur Befriedigung von Bedürfnissen verschiedener Wichtigkeit oder Intensität dienen, dann wird man dasselbe, bei geringerem Vorrat, vernünftigerweise, regelmäßig nur mehr der Befriedigung höherer und dringenderer Bedürfnisse vorbehalten, während die größere Fülle der Güter deren Verwendung auch für Bedürfnisse geringerer Stufe gestattet. Je weniger zahlreich hier die konkreten Träger der Nützlichkeit, die nützlichen Objekte, sind, um so abhängiger wird das zu befriedigende Bedürfnis oder der Bedürfniskreis von dem einzelnen Gegenstand, um so mehr wächst für den Menschen die Bedeutung, die Wichtigkeit der individuellen Objekte, die nun gerade auch ihrer relativen Seltenheit wegen würdig sind, geschätzt zu werden. Je größer also die Seltenheit, je geringer das vorhandene Quantum von Gütern einer bestimmten Art ist, um so höher steigt ihr Wert.

b) Die besondern Verhältnisse der Gesellschaft, innerhalb deren der Tausch stattfindet, bilden sodann

α) insofern eine objektive Unterlage der allgemeinen Schätzung, als diese nicht bloß auf die natürlichen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen pflegt, sondern auch auf die durch die Sitten bestimmten gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse.

β) Ferner hängt für die Schätzung viel davon ab, in welcher Weise und unter welchen Umständen die Güter innerhalb der Gesellschaft zum Tausch angeboten werden. Sind es viele, die gleichzeitig ihre Güter zum Tausch anbieten, so verengert sich, ohne Steigerung der Nachfrage, für den einzelnen Anbietenden die Möglichkeit des Tausches. Ist die Gelegenheit zu erwerben im Verhältnis zur Nachfrage eine sehr reiche und ausgedehnte, dann wird man anderseits für den tatsächlichen Erwerb geringere Opfer bringen wollen: die Tauschkraft des zu erwerbenden Gutes nimmt ab, und umgekehrt. Es ist also nicht die absolute Menge der Güter, von welcher ihr Tauschwert unmittelbar abhängt, sondern die im gesellschaftlichen Tauschverkehr erreichbare und verlangte Menge, das Verhältnis, das besteht zwischen der zum Tausch angebotenen und anderseits begehrten Menge, wobei die Nachfrage unter normalen Bedingungen den aktuellen Bedarf der Gesellschaft, das Angebot den für den Tauschverkehr disponibeln Gütervorrat darstellt.

Die Ausdrücke „Angebot“ und „Nachfrage“ enthalten ein persönliches Moment im Gegensatz zu dem objektiven Verhältnis „Vorrat“ und „Bedarf“. Meinung, Gefühl usw. spielen nicht selten ihre Rolle dabei, doch normalerweise im Anschluß an wirkliche oder vorausgesetzte objektive Verhältnisse.

Angebot und Nachfrage schaffen die letzten objektiven Fundamente des Wertes nicht; sie werden aber unter normalen Verhältnissen durch ihren Wettkampf eine solche Fixierung des Wertes herbeiführen können, welche den objektiven Bestimmungsgründen am meisten entspricht. Für die Entfaltung dieser Wirksamkeit bleibt ein entsprechendes Maß von Freiheit unerläßliche Voraussetzung.

Weil und soweit aber Angebot und Nachfrage zu den freien Handlungen des Menschen gehören, bedürfen sie anderseits, im Hinblick auf das gesellschaftliche Zusammenleben, gewisser Schranken. Die allgemeine Schätzung kann ja nur zu leicht zum Schaden der Gesellschaft in ihrem Urteil behindert und direkt irregeleitet werden durch Betrug, Monopolisierung zu Ausbeutungszwecken u. dgl.

Indem man alle oben aufgeführten Momente zusammenfaßt, darf man sagen: Die soziale Schätzung richtet sich nach den relativ allgemein erkannten

Vorteilen, welche der Erwerb der Sache bietet<sup>1</sup>, während das Motiv des Erwerbes für den Erwerbenden bzw. das Motiv des Angebotes zugleich in besondern, individuellen Verhältnissen liegen kann und liegen wird.

Im Tausche werden nicht gleiche Sachen, wohl aber gleiche Werte vertauscht (Äquivalenzgesetz). Der Tausch ist eben keine Schenkung. Dennoch kann der Tausch der verschiedenen Sachen in Verbindung mit der Verschiedenheit der besondern Lage, Verhältnisse u. dgl. der Tauschenden für jeden derselben von Vorteil sein.

Wer eine Sache besitzt, der besitzt sie nach ihrem Tauschwert. Es kommt nicht darauf an, ob er dieselbe persönlich gebraucht oder gebrauchen kann. Ihren Wert behält sie gleichwohl.

Während man von Tauschwert schlechthin redet, wo verschiedene Personen vertragsmäßig rücksichtlich des Austausches wie hinsichtlich der Höhe des Entgeltes übereinkommen, bestimmt der Taxwert, durch eine maßgebende Autorität festgesetzt, die Höhe des Entgeltes für alle Fälle, wo zwei Personen einen vertragsmäßigen Tausch bestimmter Art vollziehen wollen<sup>2</sup>.

**II. Tauschwert und Kostenwert.** Ohne Zweifel bedarf es regelmäßig irgend welcher Mühen und Aufwendungen, damit ein Gut zum ökonomischen Gut im engeren und vollsten Sinne des Wortes, d. i. ein der unmittelbaren Verfügung des Menschen unterstelltes Gut werde. Man muß z. B. die Frucht wenigstens pflücken, bevor sie verzehrt werden kann. Meistens müssen die Dinge auch in ihrer äußeren Form umgestaltet, von einem Ort an den andern übergeführt werden, ehe sie den menschlichen Bedürfnissen dienstbar sein können oder sind. Das kostet aber alles Arbeit und mannigfache materielle Auslagen. Sind diese Aufwendungen groß, werden viele Stoffe, Werkzeuge, viel Arbeit und Mühe aufgewendet, so offenbaren sie, daß die menschliche Schätzung dem Produkt einen hohen Wert beimißt, mindestens den gleichen, wohl auch einen irgendwie höheren Wert, als die Aufwendungen und Auslagen selbst darstellen.

Soweit ferner die aufgewendeten Stoffe und Mühen den Gütern eine Nützlichkeit verleihen, welche sie vorher nicht besaßen, erscheinen auch sie als Ursachen des Wertes.

Endlich wird der Produzent oder Verkäufer im Tausche wenigstens den Ersatz seiner Aufwendungen suchen und danach sein Angebot einrichten. Die Gesellschaft aber erkennt dieses sein Bestreben als berechtigt an, allerdings nur in der Voraussetzung, daß, und in dem Maße, als die aufgewendeten Kosten im rechten Verhältnis zum Grade der Nützlichkeit und Notwendigkeit des fraglichen Gutes geblieben, unter den gegebenen zeitlichen und örtlichen Verhältnissen normale Kosten sind<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vermeersch, *Quaestiones de iustitia* 416 f.; ed. 2 1904 423. F. J. Neumann, Grundlagen der Volkswirtschaft I (1889) 350.

<sup>2</sup> Stieve, Artikel „Taxen“ im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup>, 670 ff.

<sup>3</sup> Soweit „gesellschaftlich notwendige“ Kosten aufgewendet sind, d. i. Kosten, die einerseits Verwendung von Stoff und Kraft gemäß dem jeweiligen Stande der Technik



So läßt es sich in der Tat nicht leugnen, daß die Kosten einen großen Einfluß auf die Tauschwertbildung ausüben. Nur fragt es sich, in welchem Sinne, in welchem Umfange, in welcher Weise die Kosten den Bestimmungsgründen des Wertes beigezählt werden können?

1. Die Kostenwerttheorie kann keine generelle Geltung beanspruchen, der Kostenwert nicht allgemeiner Wertmaßstab sein. Auf Seltenheitsgüter, die unter Umständen einen hohen Wert haben, der in gar keinem Verhältnis steht zu den Kosten ihrer Beschaffung, findet jene Theorie keine Anwendung. Seltenheitsgüter sind z. B. wertvolle alte Bücher, Münzen, Statuen, Gemälde, Weine von bestimmter Herkunft, Edelsteine und andere, ein natürliches oder künstliches Monopol besitzende Güter,

2. Für Güter, die ohne erkennbare Begrenzung, in größerer oder, wie nicht ohne Übertreibung gesagt wird, in „beliebiger“ Menge erzeugt<sup>1</sup> werden, gilt die Kostenwerttheorie, doch nur unter Voraussetzung freier Konkurrenz. Überdies bleibt der Kostenwert hierbei ein rein äußerlicher Maßstab des Tauschwertes, ist kein unmittelbarer Maßstab des absoluten Güterwertes in sich selbst. Die Kostenwerttheorie genügt darum auch nicht als allgemeine und alleinige Werttheorie. Für den Tauschakt und die Bemessung des Tauschwertes wird auf seiten der nachfragenden Konsumenten letztlich immer wieder der Nutzwert der Ware entscheiden, was nicht ausschließt, daß sie auch der von seiten des Angebots betonten Kostentatsache Rechnung tragen, soweit eben Kostenwert und Nutzwert in Harmonie bleiben.

Für Waren, die in „beliebiger“ Menge hergestellt werden können, finden sich regelmäßig die Produzenten; ja ihre Zahl und der Umfang der Produktion wird so lange wachsen, wie die Produzenten dabei ihre Rechnung finden, die Produktionskosten ersetzt erhalten und wohl noch wenigstens einen kleinen Gewinn machen. Wegen der Konkurrenz und des starken gegenwärtigen oder vorausgesehenen Angebotes, der faktischen oder potentiellen Vermehrung jener Waren sinkt deren Tauschwert, d. h. die Konsumenten sind nur mehr bereit, eine geringere Menge anderer Güter dafür zu geben, eben weil sie bei (faktisch oder potentiell) wachsendem Vorrate die in Frage stehende Ware für diese geringere Menge anderer Güter erhalten können, und zwar sinkt der Tauschwert bei freier Konkurrenz der Produzenten bis zum Niveau der Produktionskosten regelmäßig plus einem Durchschnittsprofit in gegebenen Bedingungen für eine bestimmte Branche, im äußersten Falle bis zu den Produktionskosten herab. Man kann also nicht sagen, daß jene

besagen, bei mittlerer Intensität und Geschicklichkeit der Arbeit, und deren Aufwand andererseits qualitativ und quantitativ dem gesellschaftlichen Bedarf entspricht, versteht sich der Ersatz der Kosten von selbst und wird von den Moralisten als „gerechte“ Gegenleistung betrachtet.

<sup>1</sup> Über den Geltungsbereich der Kostentheorie vgl. Diehl, Erläuterungen I 16 ff.

Produktionskosten den Wert, die „Werts substanz“ der Ware ausmachen, ihren Tauschwert innerlich konstituieren. Die Produktionskosten sind nur ein äußeres Maß, ein paralleler Maßausdruck des Tauschwertes gewisser Güter: sie decken sich bloß materiell mit dem Tauschwert, bezeichnen die Minimalgrenze<sup>1</sup>, bis zu welcher der Tauschwert bei hinreichend gesteigerter Konkurrenz herabsinkt, allein sie sind nicht der Wert des fraglichen Gutes in sich selbst.

Hat die anbietende Partei keine Konkurrenz zu fürchten und ist sie anderseits der Nachfrage sicher, dann zeigt es sich sofort auch hier wieder, wie die Nützlichkeit und relative Seltenheit den Tauschwert beeinflusst. Da wird das Angebot außer den Produktionskosten einen möglichst hohen Gewinn erstreben und auch erreichen, wenn auf der Seite der Nachfrage das Bedürfnis nach der Ware besonders dringend ist<sup>2</sup>. (Kartelle, Trusts u. dgl.!)

Karl Kries beanstandet überhaupt die Bezeichnung und den Begriff „Kostenwert“. Er sagt<sup>3</sup>: „Mögen wir in unsrem praktischen Leben und in unsrer Wissenschaft von Gebrauchs- oder Tauschwert, Produktions- oder Konsumtionswert, Nährwert oder Heizwert usw. sprechen, immer steht dabei vor uns ein Maß der Nutzwirkung oder Nutzleistung, ein Grad der Brauchbarkeit, eine ‚Bedeutung‘ usw., welche wirtschaftliche Güter erkennen lassen, indem sie zur Befriedigung unsrer Bedürfnisse als Produktions- oder als Tauschmittel, für Ernährung oder als Heizmaterial u. dgl. in Verwendung kommen. Inmitten dieses gesamten Kreises von ‚Wertbestimmungen‘ würde ein ‚Kostenwert‘ etwas ganz Disparates darstellen. . . . Wert ist etwas, das von allen wirtschaftlichen Gütern ausgesagt wird: wenn es also wirtschaftliche Güter gibt, welche ohne ein Quantum menschlicher Arbeit entstehen usw., so kann nicht auch ‚Kostenarbeit‘ zur generellen Substanz des Wertes gehören.“

**12. Teleologische Auffassung des Wertes** — in dieser Weise möchten wir kurz die von uns vertretene Nutzwerttheorie charakterisieren. „Zweck aller Wirtschaft ist das Leben des Menschen“, sagt Rodbertus<sup>4</sup>. Der Mensch lebt nicht, um Güter zu erarbeiten, sondern er erarbeitet Güter, um zu leben.“ Mögen immerhin die Kosten für den Marktverkehr die gekennzeichnete unmittelbare, praktische Geltung gewinnen, nicht Elemente der Produktionssphäre bestimmen gleichwohl in letzter Instanz den Wert; von dem, was die Dinge für den im Zentrum der Zirkulationssphäre bzw. Konsumtionssphäre stehenden Menschen bedeuten, hängt schließlich der Wert wirtschaftlicher Güter ab. Nicht was sie durch den Menschen sind, sondern was sie für den Menschen bedeuten, ist in der Wertlehre das Entscheidende.

<sup>1</sup> Vgl. V 20 ff. — J. St. Mill, Grundsätze der politischen Ökonomie (Übers. v. Soetbeer) II (1885) 117 f. „Der ‚notwendige Wert‘ (Kostenwert) ist das Minimum, womit sich die Produzenten begnügen, zugleich auch das Maximum, welches sie erwarten können, sobald freie Konkurrenz stattfindet.“ Cairnes untersuchte den Einfluß gesonderter Marktgruppen ohne vollkommene freie Konkurrenz auf die Wertbildung.

<sup>2</sup> Hgner, Die volkswirtschaftl. Anschauungen Antonins von Florenz 1904 77 ff. Diehl, Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> (1905) 18 131.

<sup>3</sup> Das Geld 166.

<sup>4</sup> Theophil Kozak, Rodbertus-Jagetzows sozialökonomische Ansichten (1882) 36 f.

Der Kostenwert, soweit er Geltung hat, ist dem Nutzwert untergeordnet. Die Produktion erzeugt Werte nur, soweit die Produkte einem Bedarf entsprechen. In der Frage des Wertes entscheidet letztlich der Standpunkt der Konsumenten.

Die Verkenntung dieser fundamentalsten Wahrheiten aller ökonomischen Forschung hat manche Autoren dazu verleitet, den Nutzwert allzu gering einzuschätzen, den Wert, statt nach der Beziehung der Güter zur Wohlfahrt des Menschen als ihrem Ziel und Zweck, nach den zu ihrer Erlangung oder Herstellung notwendigen Mitteln zu bemessen.

Wir wollen diese ganze Gruppe von Theorien unter der Bezeichnung **kausale Auffassung des Wertes** im Gegensatze zur **teleologischen Auffassung der Nutzwerttheorie** zusammenfassen.

Bei dem Mangel einer einheitlichen Terminologie wird man innerhalb der Wertlehre jedesmal beachten müssen, in welchem Sinne der einzelne Schriftsteller Ausdrücke wie „absolut und relativ“, „subjektiv und objektiv“, oder gar „subjektivistisch und objektivistisch“ usw. gebraucht.

Auch wir haben von der „Relativität“ des Wertes gesprochen, einmal weil die Beziehung zur Schätzung dem Begriffe des Wertes wesentlich ist; der ökonomische Wert ist sodann „relativ“ wegen der Beziehung der Nützlichkeit als Mittels zur menschlichen Wohlfahrt als Zweck; auch die Wandelbarkeit des Wertes in verschiedenen Umständen und Zeiten läßt denselben als „relativ“ sich darstellen; „relativ“ erscheint ferner der Wert eines Gutes, wenn er nicht „absolut“ in sich, sondern vergleichsweise in seinem Verhältnis zum Werte eines andern Gutes erfaßt wird. Andererseits hat man wiederum die Kosten als Maßstab zur Erfassung des „absoluten“ Wertes der einzelnen Ware bezeichnen zu können geglaubt.

„Subjektiver Wert“ wurde sodann der individuelle Wert für bestimmte Personen, „objektiver Wert“ der allgemeine, soziale Wert, der für alle und bei allen Geltung hat, genannt, bzw. die Kraft oder Tüchtigkeit eines Gutes zur Herbeiführung eines objektiven Erfolges (Heizwert, Nährwert, wohl auch Tauschwert mit objektiver Geltung im Marktverkehr) als objektiver Wert dem Wert im subjektiven Sinne gegenübergestellt, der Bedeutung, die ein Gut oder Güterkomplex für die Wohlfahrtszwecke eines bestimmten Subjekts besitzt.

Beirrend konnte es wirken, wenn man den Nutzwert als „subjektiv“ bezeichnete im Gegensatz zum Kostenwerte, als dem „objektiven“ Werte, oder wenn man die Arbeits- oder Kostenwerttheorie „objektivistisch“, die Nutzwerttheorie „subjektivistisch“ nannte. Die Gegenüberstellung von kausaler und teleologischer Theorie dürfte die Verschiedenheit zwischen Kosten- und Nutzwerttheorie klarer zum Ausdruck bringen.

Indem wir nun die wichtigsten Formulierungen der kausalen Auffassung des Wertes etwas eingehender prüfen, gewinnt dadurch zugleich, wie wir hoffen, Verständnis und Begründung der teleologischen Nutzwerttheorie.

**13. Die Werttheorie der „klassischen“ Nationalökonomie** wird in ihren Grundgedanken auf Adam Smith, in ihrer schärferen Formulierung auf David Ricardo zurückgeführt. Wissenschaftliche Verfechtung und zum Teil weitere Ausbildung erfuhr sie durch John Stuart Mill, Carey u. a.



Smith und Ricardo haben, so bemerkt J. St. Mill<sup>1</sup>, „denjenigen Wert einer Sache, welcher den Produktionskosten derselben entspricht, ihren natürlichen Wert“ ... genannt. Sie verstanden hierunter den Punkt, um welchen der Wert sich hin und her bewegt, und auf welchen er stets zurückzukommen trachtet — den Zentralwert, zu dem, wie Adam Smith sich ausdrückt, der (durch die jeweilige Gestaltung von Angebot und Nachfrage bestimmte) Marktwert einer Sache beständig sich hinneigt, so daß jede Abweichung von demselben nur eine zeitweilige Unregelmäßigkeit ist, die in demselben Augenblicke, wo sie sich zeigt, Kräfte in Bewegung setzt, um sie zu berichtigen. Im Durchschnitt einer Anzahl Jahre, hinreichend, um die Schwingungen auf der einen Seite der Zentrallinien durch die auf der andern Seite sich ausgleichen zu lassen, stimmt der Marktwert mit dem natürlichen Wert überein, aber sie fallen sehr selten zu einer besondern Zeit ganz genau miteinander zusammen.“

Gehen wir näher auf die Einzelheiten dieser Lehre ein.

Adam Smith unterscheidet zwischen Gebrauchswert, den ihm zufolge die bloße Nützlichkeit (utility) der Güter darstellt, und Tauschwert (power of purchasing other goods). Er beschäftigt sich aber nicht weiter mit dem Gebrauchswert; sein Interesse gilt dem Tauschwert, und zwar dem „natürlichen“, oder, wie man heute sagen würde, dem „normalen“ (den Produktionskosten entsprechenden) Werte, und dann dem durch die augenblicklichen Verhältnisse von Angebot und Nachfrage bestimmten „Marktwert“ oder „laufenden Wert“.

Der Gebrauchswert hat in dieser Auffassung mit dem Tauschwert nichts weiter zu tun, nur daß eine Nützlichkeit der Güter selbstverständlich vorausgesetzt wird. Warum? „Die Dinge, die den größten Gebrauchswert haben, haben oft wenig oder gar keinen Tauschwert“, sagt Smith<sup>2</sup>, „und umgekehrt haben solche, die den größten Tauschwert haben, oft wenig oder gar keinen Gebrauchswert. Nichts ist nützlicher als Wasser, aber man kann selten etwas dafür ... im Tausch erhalten. Dagegen hat ein Diamant kaum irgend einen Gebrauchswert, aber man kann oft eine große Menge anderer Güter dafür im Tausch erhalten.“

So leichter Hand läßt sich nun allerdings der Gebrauchswert aus der Werttheorie nicht ausschließen. Der Schluß: Wasser, Licht, Luft haben einen hohen Gebrauchswert, aber keinen Tauschwert: also haben Gebrauchswert und Tauschwert nichts miteinander zu tun, — ist offenbar verfehlt. Licht und Luft haben einen hohen Gebrauchswert als Güter: aber es sind keine ökonomischen Güter, man braucht unter gewöhnlichen Umständen mit ihnen nicht hauszuhalten, sie stehen in beliebiger Menge zur freien Verfügung, können nicht der ausschließlichen Verfügungsgewalt eines Rechtssubjekts unterworfen werden. Sie haben darum zwar Nützlichkeit, aber, weil sie keine ökonomischen Güter sind, auch keinen ökonomischen Wert und ebendeshalb auch keinen Tauschwert. Niemand wird ihm gehörige Wertgegenstände hingeben zur Erlangung von Gütern, die er unter gewöhnlichen Verhältnissen umsonst haben kann. Aus dem Umstande, daß nicht-ökonomische Güter zwar Gebrauchswert, aber keinen

<sup>1</sup> Grundsätze der politischen Ökonomie (Soetbeers Übersetzung) II 119.

<sup>2</sup> Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes, deutsch von F. Stöpel I (1878) 39.

Tauschwert haben, kann also keineswegs geschlossen werden, daß für den Tauschwert der Gebrauchswert ökonomischer Güter belanglos sei<sup>1</sup>.

Für Adam Smith jedoch gilt nicht der Gebrauchswert ökonomischer Güter, sondern die Arbeit als der „ursprünglichste“ Maßstab des Tauschwertes. Er sagt<sup>2</sup>: „Jeder Mensch ist reich oder arm in dem Grade, wie er imstande ist, sich die Bedürfnisse, Annehmlichkeiten und Vergnügungen des menschlichen Lebens zu beschaffen. Nachdem aber einmal die Teilung der Arbeit überall Eingang gefunden hat, kann eines Menschen eigene Arbeit ihn nur mit einem sehr kleinen Teil dieser Dinge versorgen. Den bei weitem größeren Teil derselben muß er von der Arbeit anderer erwarten, und er muß reich oder arm sein, je nach der Quantität von Arbeit, über die er verfügen oder die er kaufen kann. Der Wert einer Ware ist demnach für denjenigen, der sie besitzt und der sie nicht selbst zu gebrauchen oder zu konsumieren, sondern gegen andere Waren umzutauschen gedenkt, gleich dem Quantum Arbeit, welches zu kaufen oder über welches zu verfügen sie ihm gestattet. Die Arbeit ist also der wahre Maßstab des Tauschwertes aller Waren. ... Was jedes Ding dem Manne, der es sich verschafft hat und darüber verfügen oder es gegen etwas anderes vertauschen will, wirklich wert ist, das ist die Mühe und Beschwerde, welche er sich dadurch ersparen und auf andere Leute abwälzen kann.“ Zu Anfang des sechsten Kapitels des ersten Buches des *Wealth of nations*<sup>3</sup>, wo Adam Smith von den Bestandteilen des Warenpreises handelt, sagt er: „in dem ersten rohen Zustande der Gesellschaft, welcher der Kapitalanhäufung und Landaneignung vorhergeht, scheint das Verhältnis zwischen den Arbeitsmengen, die zur Erlangung der verschiedenen Gegenstände notwendig sind, der einzige Umstand zu sein, der einen Maßstab für den Tausch des einen gegen den andern bilden kann. Wenn es z. B. unter einem Jägervolke in der Regel zweimal so viel Arbeit kostet, einen Biber zu erlegen als ein Reh, so müßte naturgemäß ein Biber zwei Rehe wert sein. Es ist begreiflich, daß dasjenige, was gewöhnlich das Produkt zweier Tage oder zweier Stunden Arbeit ist, doppelt so viel Wert sein muß als das, was das Produkt von einer eintägigen oder einstündigen Arbeit zu sein pflegt. Wenn die eine Art der Arbeit anstrengender ist als die andere, so wird natürlich eine Vergütung für die größere Mühe zugestanden werden, und das Produkt einer einstündigen schwereren Arbeit kann oft dem Produkt einer zweistündigen leichteren Arbeit im Tausch gleich gelten. ... In diesem Stadium der Dinge (d. i. im ersten rohen Zustande der Gesellschaft) gehört das ganze Arbeitsprodukt dem Arbeiter; und die zur Beschaffung oder Hervorbringung einer Ware gewöhnlich aufgewendete Arbeitsmenge ist der einzige Umstand, nach dem sich diejenige Arbeitsmenge richtet, für welche man jene Ware gewöhnlich kaufen oder eintauschen muß.“<sup>4</sup>

Die Verhältnisse ändern sich, wie Smith ausführt, in der zivilisierten Gesellschaft mit Kapitalbesitz und Grundeigentum. Da richtet sich

<sup>1</sup> Vgl. Brentano, Die Arbeiterversicherung gemäß der heutigen Wirtschaftsordnung (1879) 10 f.

<sup>2</sup> Untersuchung I 41. <sup>3</sup> A. a. O. 65 f.

<sup>4</sup> Vgl. das Kapitel V des ersten Buches des *Wealth of nations* (Stöpel's Übersetzung) I 41 ff. 66 ff.

der Tauschwert praktisch nicht mehr allein nach der aufgewendeten Arbeit, sondern muß außer ihr (im Lohn) noch den Zins des zur Produktion erforderlichen Kapitals und die Renten des erforderlichen Bodens vergüten. Wo diese Vergütung Platz greift, „wird die Ware genau für das verkauft, was sie wert ist, oder was sie demjenigen, der sie zu Markt bringt, wirklich kostet“<sup>1</sup>. Die für den ersten rohen Zustand der Gesellschaft geltende Arbeitswerttheorie hat also nach Smith selbst für den gegenwärtigen Zustand der Volkswirtschaft nur mehr eine lediglich philosophische Bedeutung (Wieser), während jetzt eine allgemeine Kostentheorie empirische Geltung erlangt hat.

Das Gesagte genügt, um Karl Diehls Urteil über Adam Smiths Stellung zur Arbeitswerttheorie zu begründen. Er sagt<sup>2</sup>: „Adam Smith, der so häufig als der eigentliche Schöpfer der Arbeitswerttheorie bezeichnet wird, kann nur in sehr begrenzter Weise als Vertreter dieser Theorie gelten: vor allem ist zu bemerken, daß seine Werttheorie jeder einheitlichen geschlossenen Durchführung entbehrt; es finden sich mehrere verschiedene Werttheorien nebeneinander, und auch jede einzelne von ihnen ist nicht klar und scharf herausgearbeitet: gerade im Hinblick auf die spätere Entwicklung der Arbeitswerttheorie ist festzustellen, daß, wenn auch A. Smith die ‚Arbeit‘ als den wahren Maßstab für den Tauschwert aller Güter betrachtet, er dies 1. in dem subjektiven Sinne meint, daß er die Mühen und Anstrengungen, die mit der Arbeit verknüpft sind, oder die persönlichen Opfer (der Ruhe, Freiheit, des Glücks), die die einzelnen Produzenten bringen, im Auge hat: 2. daß er von der Arbeit spricht, welche man mit einem Gute einkaufen kann: 3. daß er diese Arbeitswerttheorie nur für die primitiven Wirtschaftszustände annimmt, während er für die höher entwickelte Volkswirtschaft eine Produktionskostentheorie aufstellt.“

Über den Unterschied der Smithschen und der eigenen Lehre äußert sich Ricardo selbst in folgender Weise: „A. Smith“, sagt er<sup>3</sup>, „welcher die erste Quelle des Tauschwertes so scharf gezeichnet hat und eigentlich in Übereinstimmung damit zu der festen Behauptung gezwungen war, daß alle Dinge mehr oder weniger Tauschwert erhalten, je nachdem mehr oder weniger Arbeit auf ihre Hervorbringung verwendet wurde, hat nichtsdestoweniger selbst einen andern Maßstab des Tauschwertes aufgestellt und spricht von Dingen, die mehr oder weniger Tauschwert hätten, im Verhältnis als sie mehr oder weniger von diesem Maßstabe einzutauschen vermöchten. Bald spricht er von Getreide bald von der Arbeit als solchem Maßstabe, nicht etwa von der auf die Hervorbringung eines Gegenstandes verwendeten Menge von Arbeit, sondern von der Arbeitsmenge, über welche derselbe auf dem Marke verfügen kann, als ob dies zwei gleichbedeutende Ausdrücke wären, und als ob, weil nun einmal die Arbeit eines Menschen doppelten Erfolg habe und derselbe demgemäß zweimal so viel von einem Gute hervorbringen könne, derselbe notwendigerweise auch doppelt so viel als die frühere Arbeitsmenge im Tausche dafür erhalten müßte.“

<sup>1</sup> Smith a. a. O. I 77.

<sup>2</sup> Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> 155. Lifschitz (Zur Kritik usw.) meint, das Entstehen und der Erfolg der Arbeitswerttheorie lasse sich nur aus den damaligen Tendenzen zur Abschaffung privater Monopole und Privilegien erklären.

<sup>3</sup> Grundsätze der Volkswirtschaft und der Besteuerung, übersetzt von Edw. Baumstark (1837) 1. Tl. 1. Hauptst., 1. Abt., S. 4 f.



Seinerseits lehrt Ricardo<sup>1</sup>: „Der Wert eines Gutes oder die Menge eines andern Gutes, gegen welches man dasselbe vertauscht, richtet sich nach der verhältnismäßigen Menge von Arbeit, welche zu seiner Hervorbringung erforderlich ist, und nicht nach der größeren oder geringeren Vergütung, welche für diese Arbeit gegeben wurde.“

Schon Baumstark<sup>2</sup>, dann Diehl<sup>3</sup> und Tugan-Baranowsky<sup>4</sup> weisen darauf hin, wie Ricardo mit seiner Werttheorie keinen Maßstab für den absoluten Wert der einzelnen Güter geben wollte, sondern nur für den verglichenen oder relativen Tauschwert der Waren: Die gegenseitigen Tauschwerte der beliebig reproduzierbaren Waren verhalten sich ihm zufolge zueinander wie die in den Waren enthaltenen Arbeitsmengen; und die Veränderungen im gegenseitigen Tauschwerte führen sich auf Veränderungen in den Mengen beiderseitiger Herstellungsarbeit zurück. Von den Veränderungen im gegenseitigen Wertverhältnis der Arbeitsarten glaubt Ricardo absehen zu können; er ging von der Annahme aus, daß die Wertschätzung der verschiedenen Arbeiten Zeitalter hindurch gleich blieben, somit eine Änderung des Wertes der Waren sich nur auf die Veränderung der Quantität der in den verglichenen Waren enthaltenen Arbeiten zurückführen könne<sup>5</sup>.

Später hat Ricardo seine Ansichten klarer dargelegt, wie Diehl<sup>6</sup> aus den durch Bonar und Hollander veröffentlichten Briefen Ricardos<sup>7</sup> nachweist. Mochte er auch noch an die Geltung des reinen Arbeitsprinzips innerhalb primitiver Wirtschaftsstufen, wo Arbeit fast allein bei Erzeugung der Güter in Betracht käme, glauben, mit Rücksicht auf die entwickelte Volkswirtschaft erklärte oder modifizierte er allmählich seine Anschauungen in einer Weise, daß man in Ricardo einen Vertreter des Kostenprinzips und nicht des reinen Arbeitsprinzips zu erblicken hat. Wie ein roter Faden, bemerkt Diehl, zieht sich durch alle Briefe Ricardos das Zugeständnis, daß es falsch sei, die Arbeit allein als Wertmaß zu bezeichnen, daß vielmehr neben der Arbeit noch der Profit hinzutreten müsse. Ziemlich uneingeschränkt gesteht er zu, daß er sich mit seiner ganzen ursprünglichen Wertlehre geirrt habe<sup>8</sup>.

Zu beachten bleibt auch, daß Ricardos Werttheorie sich gegen das Grundeigentum bzw. die Bodenrente richtete. Die Grundrente ist, nach Ricardo, immer nur Folge, niemals Ursache eines höheren Tauschwertes. Die „Arbeit“ in Ricardos Werttheorie schließt aber die Arbeit des Unternehmers ein; auch der Einfluß der Kapitalverwendung auf den Tauschwert wurde von Ricardo nicht übersehen, so

<sup>1</sup> A. a. O. 1.

<sup>2</sup> Volkswirtschaftl. Erläuterungen vorzüglich über David Ricardos System. Als zweiter Band im Anschluß an Ricardos Grundgesetze herausgegeben (1838) 322.

<sup>3</sup> Erläuterungen. II. Bd wie bei Baumstark, dessen „Erläuterungen“ als 1. Aufl. gelten<sup>4</sup> I. Tl, 2. Aufl. (1905) 5 ff.

<sup>4</sup> Theoretische Grundlagen des Marxismus (1905) 135 ff.

<sup>5</sup> Diehl a. a. O. 86. <sup>6</sup> Ebd. 14 ff. 31 ff. 50 ff.

<sup>7</sup> Briefe an Malthus, herausg. 1887; an MacCulloch 1895; an Trower 1899.

<sup>8</sup> J. Rosenberg (Ricardo und Marx als Werttheoretiker, 1904) will dagegen von allen Versuchen, die Ricardosche Werttheorie in eine einfache Produktionskostentheorie umzudeuten, nichts wissen. Ihm gilt als das hervorstechende Merkmal der Ricardoschen Theorie gerade das Zurückgehen auf die zur Produktion erforderlichen Arbeitsmengen, und nicht auf die Geldkosten.

daß man annehmen darf, seine Werttheorie sei von vornherein wenigstens keine reine Arbeitswerttheorie gewesen<sup>1</sup>. Auch die weitere Entwicklung der englischen Theorie vollzog sich in der Richtung der Kostentheorie, nicht der bloßen Arbeitswerttheorie.

Wer jedoch Ricardo als Vertreter des Arbeitsprinzips gelten läßt, darf doch wohl kaum Thomas von Aquin<sup>2</sup> den Vorläufern Ricardos<sup>3</sup> beizählen. Der große Scholastiker fragt nach dem gerechten Preise der Güter. Der Preis aber, als Gegenleistung, entspricht der Gerechtigkeit insofern, als er eine Kompensation der Leistung und somit auch eine Vergeltung des normalen Produktionsaufwandes, der Arbeit und der Kosten, darstellt. Ricardo beschäftigte sich nicht mit der Frage eines „ethischen“ Wertmaßes und des gerechten Preises. Ihn interessierte nur der Wert im tatsächlichen Marktverkehr. Als wirkliche Vorläufer Ricardos (im Sinne einer Zurückführung des Tauschwertes der Waren auf Arbeit) dürfen dagegen William Petty, Benjamin Franklin, der Physiokrat Cantillon, ferner Harris und James Steward bezeichnet werden. John Locke hat der Arbeit die größte Bedeutung beigemessen in Bezug auf den Gebrauchswert der Waren, nicht aber deren Tauschwert auf Arbeit zurückgeführt.

Verwandt mit der Ricardoschen Theorie ist der Wertbegriff, wie H. C. Carey denselben entwickelt: Zur Erkenntnis des Wertes führt „die Schätzung des Widerstandes, der zu überwinden ist, ehe wir in den Besitz des begehrten Gegenstandes gelangen“<sup>4</sup>, oder der Wert ist „das Maß der Übermacht der Natur über den Menschen“<sup>5</sup>. Careys Auffassung unterscheidet sich jedoch von der Smith-Ricardoschen Lehre dadurch, daß nach ihm nicht die zur Produktion, sondern zur Reproduktion erforderliche Arbeit die Werthöhe bemißt: „Fragt er (der Leser) sich . . . wie groß der Wert ist, den er dem Stuhle beilegt, auf welchem er sitzt, dem Tisch, an dem er schreibt, dem Buche, das er liest, oder der Feder, mit welcher er schreibt, so findet er, daß dieser Wert auf den Preis der Reproduktion beschränkt ist, und daß, je längere Zeit verflossen ist, seitdem diese Gegenstände gefertigt wurden, desto mehr ihr Wert unter den Produktionspreis gesunken sein müsse. Die eben erst produzierte Feder kann nur durch die Ausgabe desselben Arbeitsbetrages ersetzt werden, der zu ihrer Produktion erforderlich war, und ihr Wert ist unverändert. Der Stuhl und der Tisch, die vielleicht schon zehn Jahre alt sind, sind tief unter ihren ursprünglichen Wert gesunken, weil seit dieser Zeit Maschinen erfunden wurden, mittels welcher der Dampf auf verschiedene mit der Fabrikation solcher Lebensbedürfnisse verbundene Prozesse angewandt wurde.“<sup>6</sup> Diese Beweisführung Careys widerlegt aber keineswegs die Annahme, daß für den Tauschwert der jedesmal neu produzierten Güter die jeweiligen Produktionskosten entscheiden und auch so lange (von Abnutzung u. dgl. abgesehen) bestimmend bleiben, als nicht Güter derselben Art mit geringeren

<sup>1</sup> Die Produktionskostentheorie erschien bei Ricardo im Gewande einer Arbeitstheorie, wurde dafür gehalten und von den Sozialisten zu einer reinen Arbeitstheorie ausgestaltet, wobei „Arbeit“ nur auf die wirtschaftliche Verausgabung von Arbeitskraft bezogen wurde. Vgl. Bernstein, Sozialist, Monatshefte 1906, 842 f.

<sup>2</sup> Vgl. S. th. 2, 2, q. 77, a. 4 ad 1 2.

<sup>3</sup> Diehl, Erläuterungen I<sup>2</sup> 151 ff.

<sup>4</sup> Carey, Die Grundlagen der Sozialwissenschaft, herausgeg. von Karl Adler I 1863, Kap. 6, S. 182.

<sup>5</sup> Ebd. 195 222.

<sup>6</sup> Ebd. 196.

Produktionskosten hergestellt werden. Praktische Bedeutung würde demnach die Careysche Auffassung namentlich in den Fällen gewinnen, wo technische Fortschritte (Erfindung arbeitsparender Maschinen usw.) die Ermäßigung der Produktionskosten in rascherem Tempo herbeiführen. Ist die Kostenhöhe der auf dem Markt erscheinenden Waren verschieden, dann entscheiden nach Carey „die höchsten zur Versorgung des Marktes noch notwendig aufzuwendenden Kosten“.

Für Frédéric Bastiat<sup>1</sup> ist der Wert „das Verhältnis zweier ausgetauschter Dienstleistungen: Der Begriff des Wertes trat zum erstenmal in die Welt, als ein Mensch zu seinem Bruder sagte: Tu dies für mich, und ich tue das für dich, und sie sich einigten; denn da konnte man zum erstenmal sagen: die beiden ausgetauschten Dienstleistungen sind eine der andern wert.“ Die Dienstleistung aber faßt Bastiat als eine Arbeitsersparung für den Empfänger auf. Vernehmen wir darüber ihn<sup>2</sup> selbst: „Weit entfernt, daß der Wert . . . ein notwendiges Verhältnis zur vollzogenen Arbeit desjenigen habe, der den Dienst leistet, kann man im Gegenteil sagen, daß er mit der ersparten Arbeit desjenigen, der die Dienstleistung empfängt, im Zusammenhang stehe, und dies ist überhaupt das allgemeine Gesetz des Wertes . . . Die Grundlage des Wertes steckt weniger in der vollzogenen Arbeit des Dienstleistenden als in der ersparten Arbeit für denjenigen, dem der Dienst geleistet wird.“ Bastiat beleuchtet diese Auffassung durch Beispiele. Jemand hat, am Ufer des Meeres spazierend, durch Zufall einen prachtvollen Diamanten gefunden, den er jetzt veräußern will: „Die Unterhandlung in Betreff unsres Edelsteins setzt ungefähr folgendes Zwiegespräch voraus: Mein Herr, geben Sie mir Ihren Diamanten? — Ich bin dazu bereit, mein Herr, aber geben Sie mir als Bezahlung dafür ein ganzes Jahr ihrer Arbeit. — Aber mein Herr, Sie hatten nicht eine Minute nötig, um ihn zu erlangen. — Gut, mein Herr, versuchen Sie es, eine ähnliche Minute zu treffen. — Aber nach Fug und Recht müssen wir doch gleiche Arbeit austauschen. — Nein, nach Fug und Recht veranschlagen Sie Ihre Dienstleistung und ich die meinige. Ich zwinge Sie nicht, warum wollen Sie mich zwingen? Geben Sie mir ein ganzes Jahr oder suchen Sie sich selbst einen Diamanten. — Aber dazu würde ich zehn Jahre mühsamen und vielleicht vergeblichen Suchens nötig haben. Da halte ich es doch für klüger, diese zehn Jahre auf andere Weise zu verwenden. — Gerade deshalb glaube ich, Ihnen einen Dienst zu leisten, indem ich Ihnen nur ein Jahr abverlange. Ich erspare Ihnen neun, und deshalb lege ich viel Wert auf diesen Dienst. Wenn Ihnen meine Forderung übertrieben scheint, so geschieht es, weil Sie nur an die Arbeit denken, die ich getan; denken Sie aber auch an die Arbeit, die ich Ihnen erspare, und Sie werden mich billig finden.“<sup>3</sup> Gerade das von Bastiat gewählte Beispiel dürfte jedoch schon die Unhaltbarkeit seiner Wertlehre genügend dartun. Die Arbeit des Finders ist hier null und kommt für den Wert nicht in Betracht. Die Schätzung einer angeblich ersparten Arbeit zehnjährigen Suchens aber bleibt in diesem Beispiele ganz und gar willkürlich. Wirklich entscheidend für den Wert des Diamanten ist doch namentlich das Moment der Seltenheit des Edelsteines, das aber in der Bastiat-schen Formulierung, auch in seinen andern Beispielen, nur verschleiert erscheint. Wenn auch eine Schätzung des Wertes im Sinne Bastiats (mit Berück-

<sup>1</sup> Volkswirtschaftl. Harmonien, deutsch, Berlin 1850, 134 f.

<sup>2</sup> A. a. O. 142 f.

<sup>3</sup> Ebd. 143.



sichtigung der Ersparung von Arbeit) in vereinzelten praktischen Fällen sich nachweisen ließe, das allgemeine Gesetz des Wertes bildet sie jedenfalls nicht<sup>1</sup>. Heute hat diese Formulierung der klassischen Theorie keine Bedeutung mehr, wenn sie auch zeitweilig manche Freunde fand.

Auf den Versuch der Entwicklung und Begründung einer Arbeitswerttheorie durch Karl Marx werden wir noch in diesem Bande ausführlich bei der Besprechung des Sozialismus zurückkommen müssen.

Wenn man das Wesentliche der klassischen Werttheorie zusammenfaßt, so wird in ihr der Gebrauchswert voll und ganz auf den Nutzen zurückgeführt, der normale Tauschwert der beliebig vermehrbaren Güter ebenso ganz und voll auf die Kosten. Der Tauschwert der Seltenheitsgüter, der jeweilige, aktuelle Marktwert der beliebig vermehrbaren Güter dagegen wird durch das „Verhältnis von Angebot und Nachfrage“ erklärt. So bemerkt auch Dietzel<sup>2</sup>, im Anschluß an Ricardo, für jeden einzelnen Marktakt entscheide „unmittelbar“ das Walten von „Angebot und Nachfrage“, die subjektiven Wertschätzungen der Marktparteien; auf die Dauer aber, „endgültig“ entscheide die objektive Tatsache der Produktionskostenhöhe eines Tauschgutes. Denn auf die Dauer werde ein Tauschgut nur zu Markt kommen, wenn mindestens die Kosten gedeckt würden.

Die Formel „Angebot und Nachfrage“ bietet, wie Böhm-Bawerk<sup>3</sup> hervorhebt, tatsächlich Anknüpfungspunkte an jedes der beiden in der Wertlehre rivalisierenden Prinzipien: „Die Nachfrage stützt sich offenbar auf den Nutzen der Güter, während sich ein starkes oder schwaches Angebot leicht als geringe oder große ‚Schwierigkeit der Erlangung‘ deuten läßt. In der Tat hat man später, als man das gesamte Gebiet der Werterscheinungen monistisch aus einem einzigen Prinzip zu erklären unternahm, das Geltungsgebiet von Angebot und Nachfrage je nach dem entgegengesetzten Standpunkte, den man hierbei vertrat, bald für das Herrschaftsgebiet des Nutzens (oder Grenznutzens), bald (wie z. B. Scharling) für die Schwierigkeit der Erlangung reklamiert. Die klassische Theorie führt indes die Analyse der etwas vagen und schlagwortartigen Begriffe Angebot und Nachfrage überhaupt noch nicht so weit, als daß sie in dieser Frage aus einer unentschiedenen Haltung herauszutreten genötigt gewesen wäre.“---

Den älteren Nutzwerttheorien ist der Vorwurf gemacht worden, daß ihre Erklärung des Wertes aus einer abstrakten Nützlichkeit wenig befriedige und insbesondere außer stande bleibe, darzutun, „daß und wie die verschiedene Höhe des Tauschwertes sich jedesmal auf einen verschiedenen Grad des Nutzens zurückführen lasse“. So wurde denn versucht,

<sup>1</sup> Vgl. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie I<sup>6</sup> (1907) 17.

<sup>2</sup> Zur klassischen Wert- und Preislehre, in Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik I (1891) 698 f.

<sup>3</sup> Art. „Wert“, im Handw. der Staatswissensch. VIII<sup>3</sup> 764 f.

die Nützlichkeit auf ein Maß zurückzuführen: nicht die abstrakte Nützlichkeit, sondern der Grenznutzen, jedesmal der letzte, geringste Nutzen, zu dem eine wirtschaftende Person, nach der Gesamtlage ihrer Bedürfnisse und ihrer Deckungsmittel, ein ihr zur Verfügung stehendes Gut wirtschaftlicher Weise noch verwenden dürfe, entscheide über den Wert desselben.

14. Die „Grenzwerttheorie“ wurde zuerst von Gossen<sup>1</sup> (1854, wenn nicht schon vorher von dem französischen Ingenieur Dupuit<sup>2</sup> [1844]) „eingeleitet“ (v. Wieser), aber später erfolgreicher insbesondere von Karl Menger. Fr. v. Wieser. E. v. Böhm-Bawerk, Sax, Auspitz und Lieben in Österreich, L. Walras, Pareto, Sulzer in der Schweiz. Stanley Jevons, Marshall, Edgeworth, Smart, Bonar und Wicksteed in England, Pierson in Holland, Pantaleoni, Ricca-Salerno und Graziani in Italien. Gide und St.-Marc in Frankreich. Wicksell in Schweden. Patten, Clark und Irving Fisher in Amerika formuliert, verteidigt oder weiter ausgebildet.

Unbestritten ist die Tatsache, daß regelmäßig jeder Genuß in seiner Größe oder in seiner Intensität abnimmt, je länger er dauert oder je häufiger er sich wiederholt. Dementsprechend nimmt auch der Nutzen der Güter ab, welche uns jene Befriedigung gewähren, je größer der in unsrem Besitze befindliche Vorrat derselben wird (Law of satiable wants — Law of diminishing utility, Marshall<sup>3</sup>). Schließlich wird eine Grenze erreicht, über welche hinaus die weitere Vermehrung des Vorrates gar keinen Nutzen mehr brächte, vielleicht sogar Beschwerde verursachen würde. Der Nutzen, welchen das letzte Einzelgut jenes Vorrats oder die letzte Mengeneinheit desselben, die überhaupt noch ein Bedürfnis befriedigt, gewährt, wurde als „Grenznutzen“ (Wieser), „final utility“ oder „final degree of utility“ (Jevons), „marginal utility“ (Marshall) bezeichnet. Walras spricht von einer „intensité du dernier besoin satisfait“.

Dabei ist es ohne Belang, ob die Mengeneinheiten des Vorrats zur Befriedigung ein und desselben Bedürfnisses bis zu dessen Sättigungspunkt verwendet werden, oder ob es sich um Bedürfnisse verschiedener Art mit abnehmender Dringlichkeit handelt (Menger).

Nehmen wir an, jemand verfüge täglich über sechs Gefäße, die mit Wasser gefüllt sind. Das erste Gefäß Wasser benutze er zur Stillung des Durstes, das zweite zum Kochen der Speisen, das dritte zur Reinigung des Körpers, das vierte für das Pferd, das fünfte zum Begießen der Blumen, das sechste zum Waschen des Fußbodens. Die Bedürfnisse sind von verschiedener Art und Dringlichkeit: je nach dem Grade der Wichtigkeit und Dringlichkeit der verschiedenen Bedürf-

<sup>1</sup> Das Werk führte den Titel: „Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln.“ Über das „Gossensche Gesetz der Genußabnahme“ vgl. u. a. Franz Čuhel, Zur Lehre von den Bedürfnissen (1907) 241. Liefmann, Hermann Heinrich Gossen und seine Lehre, in Jahrb. f. Nationalökonomie und Statistik XL (1910) 483. Ders.: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1917/1919) (neue Auflagen). Gossen war in Düren geboren; er starb zu Köln a. Rh. Böhm-Bawerk, v. Wieser, Schumpeter, Brentano, Liefmann haben die Bedeutung Gossens für die Grenznutzentheorie hervorgehoben. Vgl. Diehl, Theoretische Nationalökonomie I (1916) 288 ff. 328 ff.

<sup>2</sup> De la mesure d'utilité des travaux publics, in den „Annales des Ponts et Chaussées“ 1844. Vgl. Charles Gide, Principes d'économie politique (1898) 62.

<sup>3</sup> Principles of economics I (1895) 168 f.

nisse, die durch jene Wassermenge Befriedigung finden, wird auch die Intensität des Begehrens nach den gegebenen Quantitäten Wasser naturgemäß eine verschiedene sein. Setzen wir den Fall, das sechste Quantum sei das letzte, für das noch eine nützliche Verwendung seitens des Besitzers möglich wäre. Die Nutzwirkung jenes letzten Quantums würde also für seinen Besitzer den „Grenznutzen“ darstellen. Alle die sechs Quantitäten haben ihren Wert: aber der Wert jedes einzelnen Quantums wird doch nicht größer sein als der Wert des sechsten Quantums, der letzten Mengeneinheit. Nur die Entbehrung dieses letzten Quantums würde ich unangenehm empfinden: denn verlöre ich ein anderes Quantum, so würde mir ja das Quantum mit geringster Nutzwirkung Ersatz bieten können. Die verschiedenen Mengeneinheiten werden dabei unter sich als völlig gleich, die Gesamtmenge als homogen vorausgesetzt.

So gelangt man zu dem Satze, daß jedes beliebige Einzelquantum, jede Mengeneinheit des Vorrats homogener Güter den gleichen Wert hat wie die letzte noch nützliche und verwendbare Portion, daß also der geringste Nutzen, den uns die Mengeneinheit eines Gutes gewährt — der „Grenznutzen“ — nicht bloß den Wert des letzten zur Verwendung kommenden Quantums — den „Grenzwert“ — bestimmt, sondern daß dieser Grenzwert zugleich auch das Maß des Wertes jeder beliebigen Mengeneinheit des gesamten disponibeln Vorrats darstellt.

Bezeichnen wir den Wert der sechsten Portion mit  $x_6$ , so ist der Wert des ganzen Vorrats gleich  $x_1 + x_2 + x_3 + x_4 + x_5 + x_6$  (Gossen, Böhm-Bawerk), der Wert jeder einzelnen aus dem Vorrat herausgegriffenen Portion aber gleich  $x_6$ , dem Grenzwert, in der Voraussetzung, daß jene sechs Portionen tatsächlich zur Disposition stehen. Vermindert sich der Vorrat, so steigt der Grenznutzen und Grenzwert je nachdem auf  $x_5$  oder  $x_4$  usw. Nach andern (Wieser, Patten) bemißt der Grenznutzen nicht bloß den Wert jeder einzelnen Mengeneinheit des Vorrats, für sich genommen, sondern auch den Wert des ganzen Vorrats in der Weise, daß dessen Gesamtwert das entsprechende Multiplum des Grenzwertes darstellt: in unsrem Falle wäre der Gesamtwert der sechs Portionen also nicht  $x_1 + x_2 + x_3 + x_4 + x_5 + x_6$ , sondern gleich  $6x_6$ . Hätte ich eine siebte Portion Wasser, die mir gar keinen Nutzen bringen könnte (Grenzwert = 0), so wäre der Grenzwert also  $x_7 = 0$ , folglich der Wert des gesamten Vorrats  $7x_6 = 0$ . Das würde aber wohl in der Wirklichkeit nur dann der Fall sein, wenn der Besitzer des Vorrats die vollkommene Gewißheit hat, daß ihm zu jeder Zeit das fragliche Gut in jener überfließenden Fülle zu Gebote steht, und daß für die Menschen, mit denen er in Berührung kommt, das gleiche zutreffen werde. Andernfalls würde ja doch ein momentan für mich überflüssiges Gut für andere und, unter veränderten Umständen, in Zukunft auch für mich nicht ganz ohne Bedeutung und Wert sein können. Sodann scheint uns, daß, wer auf den Standpunkt der gegenwärtigen, rein subjektiven Befriedigung der Bedürfnisse sich stellt und unter dieser Rücksicht den Wert der ihm zur Verfügung stehenden Mengeneinheiten eines homogenen Gütervorrats bemißt, der Wahrheit gemäß jeder einzelnen Mengeneinheit den Nutzen und den Wert belassen müßte, welcher der von ihr wirklich verursachten Befriedigung entspräche. Demgemäß könnte er dann den Wert des Gesamtvrats auch nicht als einfaches Multiplum des Grenzwertes, nicht als  $6x_6$  oder  $7x_7$  ( $= 0$ ) auffassen, sondern dieser wäre richtig dargestellt durch  $x_1 + x_2 + x_3 + x_4 + x_5 + x_6$  ( $+ x_7 = 0$ ).



Im übrigen möchten wir auf Besonderheiten in den Anschauungen bei den einzelnen Vertretern der Theorie hier nicht weiter eingehen. Es wird genügen, wenn wir eine Darlegung der Theorie in ihren wesentlichen Bestandteilen aus dem Munde eines hervorragenden Vertreters derselben vernehmen. Auch hier legen wir uns die Beschränkung auf, nur das hervorzuheben, was gleichzeitig die leitenden Gesichtspunkte der Werttheorie der sog. österreichischen Schule klarer erkennen läßt und überdies das richtige Verständnis der Lehre vom Werte zu fördern geeignet ist.

Böhm-Bawerk<sup>1</sup> legt die Grenzwertlehre in folgender Weise dar: die Beantwortung der Frage nach dem Prinzip, welches die Größe des Güterwertes regiert, bildet die Hauptaufgabe, aber auch das schwierigste Problem der Werttheorie. Die Schwierigkeiten erklären sich aus dem Zusammentreffen verschiedener Umstände. Einerseits bietet sich nämlich das richtige Prinzip gewissermaßen von selbst dar. Denn wenn der ökonomische Wert eine Beziehung zu den menschlichen Bedürfnissen darstellt, so ist es klar, daß die Größe des Wertes sich bestimmt nach der Größe der Befriedigung und des Wohlfahrtsgewinnes, welcher von dem betreffenden Gut für den Menschen abhängt. Andererseits aber scheinen dieser Erklärung gewisse Tatsachen zu widersprechen. Jedermann weiß, daß Edelsteine im praktischen Leben einen hohen, Güter wie Brot und Eisen einen mäßigen, Luft und Wasser gewöhnlich keinen Wert besitzen. Dennoch befriedigen Edelsteine nur Schmuckbedürfnisse, Luft, Wasser, Brot dagegen die wichtigsten Existenzbedürfnisse. Wer daher an dem Prinzip festhält, daß die Größe des Güterwertes durch die Wichtigkeit der von den Gütern abhängigen Wohlfahrtsdienste bestimmt wird, der müßte — so scheint es — für Edelsteine einen niedrigen, für Brot und Eisen einen hohen, für Wasser und Luft den höchsten Wert erwarten. Die Tatsachen aber weisen das gerade Gegenteil auf. „Diese gewiß frappierende Erscheinung wurde für die Werttheorie zu einem harten Stein des Anstoßes. Höchster Nutzen und dabei kleinster Wert: welch sonderbarer Widerspruch! Zwar erkannte und benannte man, in der Verwechslung von Nützlichkeit und ‚Gebrauchswert‘ begriffen, die Sachlage nicht ganz genau. Indem man — fälschlich — dem Eisen hohen, den Diamanten niedrigen ‚Gebrauchswert‘ zuschrieb, hatte man sich nur zu wundern, daß der ‚Tauschwert‘ dieser Güter so ganz andere Wege ging. Allein damit war doch nur der Name des Gegensatzes verschoben, nichts an seiner Schärfe gemildert. An Versuchen, den fatalen Gegensatz durch gewundene Erklärungen zu überbrücken, ließ man es nicht fehlen. Allein sie mißlangen, und so begreift es sich, daß von Smith bis auf unsre Tage zahllose Theoretiker endlich völlig daran verzweifelten, das Wesen und Maß des Güterwertes in einer Beziehung zur menschlichen Wohlfahrt zu finden, und auf ganz fremdartige, oft abenteuerliche Erklärungsgründe griffen: auf die Arbeit oder Arbeitszeit, auf die Produktionskosten, auf den Widerstand der Natur gegen den Menschen und auf andere sonderbare Dinge mehr. Da man aber doch die Empfindung nicht los werden konnte, daß der Güterwert mit dem Wohlfahrtsnutzen

<sup>1</sup> Kapital und Kapitalzins II (1889) 146 ff.; 2. Aufl. (1900) 145 ff. Desselben Verfassers Aufsätze in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie“ 1886 1887 1892. Art. „Wert“ im Handw. der Staatswissensch. VIII<sup>3</sup> 756 ff. Vgl. auch in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie“ die Aufsätze von Dietzel (1890 1891) und dessen Theoret. Sozialökonomik I 253 277 ff.

etwas zu tun haben muß, so registrierte man die Disharmonie zwischen dem Nutzen und dem Wert der Güter als einen seltsamen, rätselhaften Widerspruch, als eine „contradiction économique“. <sup>1</sup> Böhm-Bawerk hält nun daran fest, daß wirklich das Maß des Nutzens, welcher von einem Gut abhängt, überall auch das Maß seines Wertes sei.

Um dies zu erhärten, unterscheidet er zwei Fragen.

erstens: Welches unter mehreren oder vielen Bedürfnissen hängt von einem Gut ab?

zweitens: Wie groß ist die Wichtigkeit des abhängenden Bedürfnisses bzw. seiner Befriedigung?

Beginnen wir mit der Beantwortung der zweiten Frage.

Die menschlichen Bedürfnisse sind an Wichtigkeit sehr verschieden. Ja es läßt sich eine förmliche Stufenleiter oder Wichtigkeitsskala aufbauen. Obenan stehen die Bedürfnisse, deren Nichtbefriedigung unsern Tod zur Folge hätte. Allein an den Ausdruck „Rangordnung der Bedürfnisse“ heftet sich eine Zweideutigkeit. Man kann nämlich darunter entweder die Rangordnung der abstrakten Bedürfnisgattungen verstehen oder die der konkreten Bedürfnisse, der einzelnen Bedürfnisregungen. „Beide Rangordnungen weichen ganz wesentlich voneinander ab. Stellt man die Bedürfnisgattungen, als Ganzes betrachtet, nach ihrer Bedeutung für die menschliche Wohlfahrt in Parallele, so ist gar kein Zweifel, daß dem Nahrungsbedürfnis der Rang im ersten Glied, dem Wohnungs- und Kleidungsbedürfnis ein nahezu ebenso hoher, dem Bedürfnis nach Tabak, nach geistigen Getränken, nach musikalischen Genüssen schon ein bedeutend geringerer, dem Bedürfnis nach Schmuck u. dgl. ein abermals geringerer Rang angewiesen werden wird. — Wesentlich anders fällt die Rangordnung der konkreten Bedürfnisse aus. Innerhalb einer und derselben Bedürfnisgattung ist nämlich das Bedürfnis durchaus nicht immer gleich stark gespannt. Nicht jede Hangersregung ist gleich intensiv und nicht jede Befriedigung einer solchen gleich wichtig. Das konkrete Nahrungsbedürfnis z. B. eines Menschen, der seit acht Tagen keinen Bissen zu sich genommen hat und dem Verhungern nahe ist, fällt unendlich schwerer ins Gewicht als das eines andern, der, an der Mittagstafel sitzend, schon zwei seiner gewohnten drei Gerichte verzehrt hat und nun noch ein drittes zu genießen wünscht. Das gibt denn auch der Rangordnung der konkreten Bedürfnisse eine ganz andere Gestalt und eine viel größere Abwechslung. In der Skala der Bedürfnisgattungen wurde das Nahrungsbedürfnis in Bausch und Bogen den Bedürfnissen nach Tabak, nach geistigen Getränken, nach Schmuck u. dgl. vorangestellt, hier durchkreuzen sich die (konkreten) Bedürfnisse aus den verschiedensten Gattungen. Zwar werden auch jetzt die wichtigsten konkreten Bedürfnisse aus den wichtigsten Gattungen an der Spitze stehen, aber die minder wichtigen konkreten Bedürfnisse dieser Gattungen werden häufig von konkreten Bedürfnissen tiefer stehender Gattungen . . . übertroffen werden. . . . Es entsteht nun die Frage: nach welcher Skala soll man, wenn man die Güter zu bewerten hat, die Wichtigkeit der von ihnen abhängigen Bedürfnisse bemessen? nach der Skala der Gattungen oder nach jener der konkreten Bedürfnisse. An den Scheideweg gestellt — den ersten, der zu einer Irrung Gelegenheit bot — hat die ältere Theorie den falschen Weg gewählt. Sie griff auf die Skala der Bedürfnisgattungen.

<sup>1</sup> Böhm-Bawerk a. a. O. 146 f.

Weil in dieser die Gattung Nahrungsbedürfnis einen der vornehmsten, die Gattung Schmuckbedürfnis einen untergeordneten Platz einnimmt, fällt sie die Entscheidung, daß ganz allgemein Brot einen hohen, Edelsteine einen niedrigen ‚Gebrauchswert‘ haben — und hatte sich natürlich sehr zu wundern, daß in der Praxis die Geltung, die beiden Güterarten zuerkannt wird, gerade umgekehrt ist.“<sup>1</sup> Es war eben dabei übersehen, daß — wie hoch auch das Nahrungsbedürfnis innerhalb der Skala der Bedürfnisgattungen rangiert — mit dem konkreten Stück Brot doch eben nur die eine oder andere konkrete Hungersregung, wie sie gerade auftaucht, befriedigt wird, und daß zugleich für denselben Zweck nicht nur ein konkretes Stück Brot, sondern mehr oder minder viele Stücke etc. erreichbar sind. Offenbar ganz unpassend wäre es also, die Wichtigkeit des Wohlfahrtsdienstes, den das einzelne konkrete Stück Brot mir leisten kann, daran bemessen zu wollen, ob jener universelle Inbegriff „Nahrungsbedürfnis“ hohe oder geringe Wichtigkeit besitzt. Wem sollte es im praktischen Leben auch einfallen, jedes einzelne Stück Brot, das er besitzt, als einen Schatz von lebensrettender Wichtigkeit zu verehren? Und doch müßten wir so urteilen, wenn wir die Bedeutung der Gattung „Nahrungsbedürfnis“, an deren Befriedigung ja doch unser Leben hängt, auf die derselben dienenden konkreten Einzelgüter übertragen würden.

Die Wertschätzung der konkreten Güter hat also weniger mit der abstrakten Rangordnung der Bedürfnisgattungen als mit jener der konkreten Bedürfnisse zu tun.

Ohne Zweifel gibt es innerhalb derselben Bedürfnisgattung konkrete Bedürfnisse von verschiedener Wichtigkeit. Das Verlangen nach einem vierten oder fünften Gericht wird nicht mehr so dringend empfunden, wie das nach dem ersten Gericht einer Mahlzeit. Bei fortdauernder Häufung der Gerichte tritt endlich der Punkt ein, wo ein fernerer Speisengenuß zum Ekel wird. Analoge Erfahrungen wird man bei allen körperlichen Genüssen machen. Man kann daher innerhalb derselben Bedürfnisgattung eine Skala konkreter, einzelner Bedürfnisregungen von ungleicher, und zwar stufenweise bis zum Nullpunkt abnehmender Bedeutung unterscheiden. So erklärt es sich auch, daß manche konkrete Bedürfnisse ganz unwichtiger Bedürfnisgattungen, z. B. Bedürfnisse nach Schmuck, nach Tabak u. dgl., sich viel stärker geltend machen können als manche konkrete Nahrungsbedürfnisse.

Wenden wir uns nun zur

andern Hauptfrage: Welches unter mehreren oder vielen konkreten Bedürfnissen hängt von einem Gute wirklich ab?

Das erprobt sich am einfachsten daran, daß man zusieht, welches Bedürfnis um seine Befriedigung käme, wenn man das zu schätzende Gut nicht hätte. Dieses ist aber das mindest wichtige unter allen in Frage kommenden Bedürfnissen. Denn jeder vernünftige Mensch wird die wichtigeren Bedürfnisse zuerst befriedigen und die minder wichtigeren Bedürfnisse nur dann, wenn der Gütervorrat auch dazu noch ausreicht. Das „letzte“, mindest wichtige Bedürfnis, das noch durch den Gütervorrat gedeckt wird, würde keine Befriedigung mehr finden, wenn der Gütervorrat sich minderte. Seine Befriedigung hängt ab von dem konkreten Gut, welches noch für diesen Zweck verwendet wird.

<sup>1</sup> Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins 149 f.



„Damit stehen wir am Hauptziel unsrer Untersuchung: Die Größe des Wertes eines Gutes bemißt sich nach der Wichtigkeit desjenigen konkreten Bedürfnisses oder Teilbedürfnisses, welches unter den durch den verfügbaren Gesamtvorrat an Gütern solcher Art bedeckten Bedürfnissen das mindest wichtige ist. Nicht der größte Nutzen also, den das Gut stiften könnte, ist für seinen Wert maßgebend, auch nicht der Durchschnittsnutzen, den ein Gut seiner Art stiften kann, sondern der kleinste Nutzen, zu dessen Herbeiführung es oder seinesgleichen in der konkreten wirtschaftlichen Sachlage rationellerweise noch verwendet werden durfte. Nennen wir . . . diesen an der Grenze des ökonomisch Zulässigen stehenden kleinsten Nutzen nach dem Vorgange Wiesers kurz den wirtschaftlichen Grenznutzen des Gutes, so drückt sich das Gesetz des Güterwertes in folgender einfachsten Formel aus: Der Wert eines Gutes bestimmt sich nach der Größe seines Grenznutzens.“<sup>1</sup>

Also noch einmal kurz:

1. Nicht die abstrakte Bedürfnisgattung, sondern die konkreten Bedürfnisse entscheiden über die Größe des Wertes.

2. Nicht die höchsten, sondern das niedrigste konkrete Bedürfnis, dessen Befriedigung von einem Gut abhängt, mißt dessen Wert.

*Kritische Würdigung der Grenzwerttheorie.* Es ist das unbestreitbare Verdienst der Grenzwerttheoretiker, den teleologischen Charakter des Wertes gegenüber andern Theorien nachdrücklichst betont zu haben. Die Lehre vom Grenznutzen und Grenzwerte wird ferner dazu dienen können, die für die Nachfrage nach Gütern bestimmenden subjektiven Momente und Motive zum Teil genauer und besser erkennen zu lassen. Die Werterscheinungen bei sog. Monopol- oder Seltenheitsgütern, auch die sog. „Wertparadoxa“ können sodann vermittelt jener Lehre eine verständliche Erklärung finden, wenn neben dem Nutzen des Einzelgutes seine konkrete Notwendigkeit, die Abhängigkeit der Wertgröße von der vorhandenen Gütermenge hinreichend klar hervorgehoben wird: so z. B. daß die nützlichsten Dinge, wie Luft und Wasser, im wirtschaftlichen Sinne keinen Wert haben, daß Eisen niedriger im Werte steht als Gold und Diamanten, daß der Totalwert einer Gütermenge steigen kaum bei Abnahme der Größe des Quantum, und umgekehrt, z. B. als die Holländer einen Teil ihrer Gewürze verbrannten, um für den Rest mehr zu erhalten u. dgl. (Devas). Allein abgesehen von einer gewissen Überschätzung der Theorie im Hinblick auf Neuheit und Tragweite derselben seitens ihrer Vertreter, haften der Formulierung der Grenzwertlehre doch manche nicht unerhebliche Mängel an, die allerdings keineswegs bei allen in Betracht kommenden Theoretikern in gleich hohem Maße sich vorfinden.

Mag die Grenznutzentheorie von der abnehmenden Nützlichkeit der aufeinanderfolgenden Teilmengen eines Gutes oder von der abnehmenden Dringlichkeit der verschiedenen Zwecke reden, denen ein- und dasselbe Gut dienen kann (Menger), zunächst behält diese Schätzung einen ausgesprochen individuellen und subjektiven Charakter. Die Skala der abnehmenden Nützlichkeit individualisiert sich überstark<sup>2</sup> nach wechselvollen, subjektiven Bedürfnisempfindungen des homo oeconomicus, und für die Bemessung

<sup>1</sup> Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalismus 157 f.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu E. Lederers Ausführungen im Archiv für Sozialw. und Sozialpolitik XXXI (1910) 131 ff.

des Grenznutzens in sich selbst fehlt der Theorie jeder eigene, ausreichende Maßstab. Wir hören nur, daß die einzelnen Zusatzmengen abnehmende Nützlichkeit haben, was wenigstens nicht immer gelten kann, z. B. dort nicht, wo die Nützlichkeit der einzelnen neu hinzukommenden Gebrauchsgegenstände sogar steigt, bis eine gewisse zweckmäßige Anzahl derselben vereinigt ist (Lexis). Auch in den Fällen, wo Güter nur einzeln und in geringer Zahl gebraucht werden, versagt die Grenznutzentheorie, und ebenso, wo die Gegenstände (z. B. höher verarbeitete Fabrikate) nur einem bestimmten Zwecke dienen können, eine Verwendung für verschiedene Zwecke ausgeschlossen ist. Für die beliebig vermehrbaren und dem aktuellen Bedarf reichlich dargebotenen Güter wird die Grenznutzentheorie vielleicht gar auf die Herstellungs- bzw. Reproduktionskosten zurückgreifen, und zwar so, daß an Stelle der Schätzung nach dem unmittelbaren Grenznutzen der betreffenden Gütergattung, durch Vermittlung der Kosten, eine mittelbare Schätzung nach Grenznutzen, nämlich nach dem Grenznutzen und Wert der Ersatzgüter tritt.

Auch will uns scheinen, daß in der Grenzwerttheorie die Beziehung des Wertes zum Geist und Vernunfturteil des Menschen und dem unmittelbaren Gegenstande dieses Urteils nicht überall genügend zum Ausdruck gelangt. Unsere Bedenken richten sich dabei namentlich gegen solche Formulierungen, welche triebhafte, sensuale Lust- und Unlustgefühle innerhalb der Wertlehre allzusehr oder einseitig in den Vordergrund stellen<sup>1</sup>. Ebenso wenig wie die Verwendung der Güter zur Befriedigung der Bedürfnisse wird das individuelle Bedürfnis ausschließlich durch Triebe, durch instinktive Gefühle bestimmt, vielmehr beim vernünftigen Menschen in letzter Linie durch rationelle Erwägungen geregelt<sup>2</sup>.

Können bloße Gefühlsintensitäten überhaupt keinen Größenmaßstab für den Wert abgeben<sup>3</sup>, so begegnet es erhöhtem Bedenken, wenn einzelne

<sup>1</sup> Über Beziehungen der Grenznutzentheorie zur Benthamschen hedonistischen Philosophie vgl. Pantaleoni, *Economia pura* (1889); Bonar, *Philosophy and political economy* (1893); O. Kraus, *Zur Theorie des Wertes. Eine Bentham-Studie* (1904).

<sup>2</sup> Dem Einwande Neumanns gegenüber, daß Gefühlsgrößen überhaupt inkommensurabel seien, weist Böhm-Bawerk auf die Intensität der Lust und Unlust, die wir mit Bezug auf die Bedürfnisbefriedigung tatsächlich empfinden, als den gemeinsamen Vergleichungspunkt hin. Wir haben das Vermögen, sagt er, den Höhegrad von Lust und Unlust, die Güter uns bereiten bzw. fernhalten, absolut und relativ zwar nicht exakt zu messen, aber doch zu schätzen, und üben dieses Vermögen — unbeschadet des Vorkommens von Schätzungsfehlern — tatsächlich aus. Eben diese Größenbestimmungen von Lust und Unlust bilden ihm zufolge die Grundlage für unser Verhalten gegenüber den Gütern, und zwar sowohl für das intellektuelle Urteil über die Größe der Bedeutung, die dieselben für unsre Wohlfahrt besitzen, also für die Wertschätzung, als auch für unsre praktischen Wirtschaftshandlungen. Wir sind hier anderer Ansicht als Böhm-Bawerk, stimmen vielmehr Karl Diehl bei, wenn er sagt *Erläuterungen* I<sup>2</sup> 66 70: „Gefühlsintensitäten können keinen Größenmaßstab für den Wert abgeben.“ Sie sind dafür ungeeignet. Das intellektuelle Urteil über den Wert nimmt keineswegs die Intensitätsbestimmungen von Lust und Unlust zu seiner Grundlage, wenn es auch dem Einflusse derartiger Empfindung sich nicht völlig entzieht. Man mag darum innerhalb der Wertlehre die Berücksichtigung psychologischer Momente als wünschenswert betrachten, so bietet doch die Psychologie nicht die entscheidenden Gesichtspunkte.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Diehl, *Erläuterungen zu Ricardo* I<sup>2</sup> (1905) 66 70 73 75 f.

Vertreter der Grenzwerttheorie ihren Gegenstand exakt mathematisch behandeln wollen, wenn sie Gleichungen aufstellen, vermittelt deren sie nach einer Unbekannten suchen, dabei aber nicht selten die Berührung mit den wirklichen Verhältnissen mehr und mehr verlieren, je länger sie rechnen. Bedürfnisempfindungen lassen sich ohne Zweifel in Bezug auf Intensität nach Art und Umständen miteinander vergleichen; man kann sagen, daß die eine so stark wie die andere oder schwächer als die andere sei. Gleichwohl sind sie, adäquat genommen, keine Größen, die den Gegenstand exakter mathematischer Berechnungen abgeben. Jede rein quantitative Bemessung oder Darstellung derselben ist mehr oder minder willkürlich, unvollständig, und eben darum führen die daran anknüpfenden Berechnungen keineswegs zu einer tieferen Erfassung des wirtschaftlichen Prozesses (Lexis). Überdies darf, um es noch einmal zu sagen, nicht vergessen werden, daß die Wertlehre es nicht so sehr mit bloßen Empfindungen wie mit Werturteilen zu tun hat. Das Werturteil aber wird zwar quantitative und räumliche Verhältnisse seines Gegenstandes berücksichtigen, entzieht sich jedoch, nach der subjektiven Seite hin, mathematischer Bemessung.

Wir sind trotz allem weit entfernt, die eminente Geistesarbeit, welche in der Entwicklung und Verteidigung der Lehre vom Grenznutzen und Grenzwert geleistet wurde, irgendwie gering zu achten. Ebensowenig verkennen wir die Bedeutung einer Prüfung des psychologischen Untergrundes der subjektiven Wertschätzungen, wie auch ein beträchtlicher Einfluß subjektiver Empfindungen und individueller Verhältnisse auf die einzelnen Akte des Tauschverkehrs, im Leben und Wertkalkül des Marktes, nicht bestritten werden soll. Allein die Einwirkung individueller, subjektiver Momente tritt doch zurück hinter dem Markturteil über die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse von Vorrat und Bedarf. Wie dem aber auch sei, für die Nationalökonomie als solche kommt der Wert als sozial orientierte Erscheinung in Betracht: wir haben es nicht mit dem psychologisch orientierten subjektiven Wert zu tun, sondern mit Werturteilen, und zwar mit dem Tauschwert der Verkehrswirtschaft, den sozialwirtschaftlichen Verkettungen des Marktes. So weit als psychologische Untersuchungen des individuellen Innenlebens hierbei und hierfür Bedeutung haben können, weisen wir sie nicht zurück. Ein „Oberkönigtum“ (Lifschitz) kann jedoch der Psychologie für die nationalökonomische Wertlehre nicht zuerkannt werden.

Daß die Grenznutzentheorie den Anforderungen, welche die Nationalökonomie stellen muß, für sich nicht genügt, scheint auch das Empfinden Böhm-Bawerks gewesen zu sein. Er sagt<sup>1</sup>: „Bis jetzt erklärten wir die Höhe des Güterwertes aus der Höhe des Grenznutzens. Wir können jedoch die Ursachen der Größe des Güterwertes noch um ein Glied weiter verfolgen, indem wir fragen, von welchen Umständen die Höhe des Grenznutzens selbst wieder abhängt. Hier haben wir zu nehmen das Verhältnis von Bedarf und Deckung. . . . Je umfangreicher und intensiver der Bedarf ist, d. i. je mehr und je wichtigere Bedürfnisse ihre Befriedigung erheischen, und eine je geringere Menge von Gütern anderseits dazu verfügbar ist, in desto höheren Regionen des Bedürfnisses muß die Befriedigung schon abbrechen, desto höher also der Grenz-

<sup>1</sup> Kapital und Kapitalzins 168 f.



nutzen bleiben. Umgekehrt, je weniger und dabei geringfügigere Bedürfnisse zu befriedigen und je mehr Güterexemplare dazu vorhanden sind, desto tiefer abwärts reicht die Befriedigung, und desto niedriger fällt der Grenznutzen und der Wert aus. Annähernd dasselbe kann man, nur etwas weniger präzise(?), auch in der Form ausdrücken, daß man die Nützlichkeit und Seltenheit der Güter als die letzten Bestimmungsgründe ihres Wertes nennt. Insofern nämlich der Grad der Nützlichkeit eines Gutes anzeigt, ob es seiner Art nach zu mehr oder weniger wichtigen Wohlfahrtsdiensten fähig ist, gibt er zugleich das Maß dafür, wie hoch der Grenznutzen äußersten Falles aufragen kann. Die Seltenheit aber entscheidet darüber, bis zu welchem Punkte der Grenznutzen im konkreten Fall wirklich aufragt.“

So führt uns die Darlegung der Grenznutzentheorie schließlich wieder zu der von uns oben dargelegten Formulierung der Nutzwerttheorie zurück. Es ist eine „Nutzwerttheorie“, nicht eine bloße Nützlichkeits-theorie. Sie verlegt den Wert in die Vereinigung von Nützlichkeit und Seltenheit ökonomischer Güter, wobei wiederum die Seltenheit als die teils natürlich (mehr oder minder häufiges Vorkommen des Stoffes), teils gesellschaftlich (Eigentums- oder sonstige Rechtsverhältnisse), teils technisch (Aufwand zur Herstellung oder Wiederherstellung) bedingte, objektive Schwierigkeit der Beschaffung verstanden wird. In diesem Sinne erscheint uns der Wert als die Bedeutung dieser Güter für die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse, der objektive Tauschwert als der Grad jener Bedeutung des konkreten Einzelgutes oder Güterquantums in sozialer Schätzung. Mit zunehmendem Vorrat bzw. Angebot sinkt der Tauschwert so lange, bis er die normalen Beschaffungskosten erreicht. Die normalen Kosten bzw. Reproduktionskosten können darum auch zum praktisch wichtigen, aber theoretisch rein äußerlichen Maßstab des objektiven Tauschwertes beliebig vermehrbarer Güter werden. Innerlich konstituiert und erklärt wird aber auch da noch der Wert letztlich allein durch die sozial geschätzte Nützlichkeit und Seltenheit der fraglichen Güter<sup>1</sup>.

Versuche einer Verschmelzung der Ricardoschen Theorie mit der Grenznutzenlehre, wie Dietzel<sup>2</sup> und Marshall<sup>3</sup> sie gemacht, finden bei Diehl<sup>4</sup> keinen Beifall. Es liege nicht im Interesse der Wissenschaft, so heterogene theo-

<sup>1</sup> Vgl. dazu Franz X. Weiß, Die moderne Tendenz in der Lehre vom Geldwert, in Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XIX (1910) 502 ff. - Nach Thomasius hängt der Wert eines Dinges nicht von der Vortrefflichkeit der Natur desselben, in sich betrachtet, ab: sonst wäre ja ein Floh mehr wert als das gesündeste Kraut, eine Handvoll Petersilie mehr wert als ein Diamant. Wenn er aber beifügt, der Wert hänge ebensowenig von der Nützlichkeit der Sache für den Menschen ab, sondern nur von ihrer „Seltsamkeit“, so geht der Schluß doch zu weit. Vgl. Thomasius, Drei Bücher göttlicher Rechtsgelahrtheit (1709) 295 ff.

<sup>2</sup> Theoret. Sozialökonomie (1895) 288 ff.

<sup>3</sup> Principles of economics I (1895), B. V. ch. III, § 7, S. 427 und Note on Ricardo's Theory of value 557 ff.

<sup>4</sup> Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> 78 ff.

retische Gesichtspunkte, wie sie der Kosten- und Nutzentheorie zu Grunde liegen, in ihrer klaren Gegensätzlichkeit abzuschwächen. „Entweder man geht — wie die Objektivisten — von dem Gedanken aus, daß der ‚Wert‘ beherrscht wird durch bestimmte objektive Aufwendungen bei der Produktion, dann kann man höchstens den subjektiven, auf seiten der Käufer vorhandenen Momenten eine sekundäre Bedeutung beilegen, aber die ‚Kosten‘ sind und bleiben der Zentralpunkt, — oder man erblickt in den Begehrungen und Schätzungen der Konsumenten das Ausschlaggebende, dann werden wir den ‚Kosten‘ ziffern die indirekte Bedeutung beimessen, daß sie die Werturteile beeinflussen — aber diese beiden total verschiedenen theoretischen Ausgangspunkte miteinander verschmelzen zu wollen, führt höchstens zu einem Eklektizismus oder vielmehr zur Preisgabe eines einheitlich wissenschaftlichen Gesichtspunktes überhaupt.“<sup>1</sup> Wir unsererseits halten eine Versöhnung (ohne Verschmelzung) beider Auffassungen für möglich.

Die Lehre vom Werte wird uns noch einmal (im fünften Bande) beschäftigen, wo wir den Tauschverkehr im Zusammenhang mit den andern Bedarfsdeckungselementen zu behandeln haben. Dort dürfte auch die Lehre vom Preise, insbesondere vom gerechten Preise, die Unmöglichkeit eines Verzichtes auf den Wertbegriff klar erkennen lassen.

**15. Das Leben der Einzelwirtschaft in der Gesellschaft.** Wenn wir den Satz aufstellten, daß eine vollkommene Herrschaft über die äußere Welt nur inmitten der Gesellschaft sich verwirklicht, so haben die bisherigen Ausführungen doch auch wiederholt schon gezeigt, wie das Gesellschaftsleben nicht bloß eine Stärkung der Einzelkräfte bedeutet, sondern ebensowohl eine weit und tief greifende Abhängigkeit der Einzelwirtschaft von dem gesellschaftlichen Ganzen zur Folge hat. Man muß die Natur und den Umfang jener Abhängigkeit vor Augen haben, um das Wirtschaftsleben in seinen wechselvollen Erscheinungen zu verstehen.

Die Bezeichnung „Einzelwirtschaft“ kann in einem weiteren und in einem engeren Sinne verstanden werden. Im weiteren Sinne bedeutet „Einzelwirtschaft“ jede einzelne Wirtschaftseinheit inmitten der Vielheit von Wirtschaften, die sich innerhalb eines gesellschaftlichen Ganzen vortinden. Im engeren Sinne werden die Einzelwirtschaften den „Gemeinwirtschaften“ gegenübergestellt. Bei der „Einzelwirtschaft“ ist „eine einzelne Person Träger der Bedürfnisse und des leitenden Willens der Wirtschaft“<sup>2</sup>, bei der „Gemeinwirtschaft“ eine Mehrheit von Personen. Bildet die „Familienwirtschaft“ die ursprünglichste Form der Gemeinwirtschaften, dann erwachsen aus den Bedürfnissen des Gemeinschaftslebens innerhalb der staatlichen Volksorganisation noch zahlreiche Gemeinwirtschaften, die je nach ihrer besondern Organisation als Staats-, Gemeindegewirtschaften usw. bezeichnet werden. Insofern die Rechtsgrundlagen derselben dem öffentlichen Recht angehören, werden sie auch als „öffentliche Wirtschaften“ den „Privatwirtschaften“ gegenübergestellt. Die öffentlichen Wirtschaften beruhen auf der Zwangsgewalt der politischen Organisation, und eben jene Zwangsgewalt steht ihnen im weiten Umfange zur Erreichung ihrer Zwecke zur Verfügung. Dieser Eigenschaft und Eigentümlichkeit wegen führen sie den Namen

<sup>1</sup> Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> 93.

<sup>2</sup> v. Philippovich, Grundriß I 9 f.

„Zwangsgemeinwirtschaften“ im Gegensatz zu den „freien Gemeinwirtschaften“, die sich auf freie Vereinbarung zurückführen und an sich nur über privatrechtliche Befugnisse verfügen.

Das Leben der Einzelwirtschaft inmitten der Gesellschaft weist, wie A. Wagner<sup>1</sup> ausführt, eine aktive und eine passive Seite auf. Die Einzelwirtschaft wirkt auf die Außenwelt ein, wird aber anderseits von der Außenwelt beeinflusst, und zwar nicht bloß von der materiellen Welt, der äußeren Natur, sondern mit wachsender Verkehrswirtschaft in steigendem Maße von den Mitmenschen, fremden Einzelwirtschaften, den gesellschaftlichen Verhältnissen, nationalen und internationalen Tatsachen, Ereignissen, Zuständen.

Die zweckbewußte aktive Einwirkung des die Einzelwirtschaft leitenden Wirtschaftssubjekts auf die Außenwelt führt zu einem fortgesetzten, mehr oder minder umfassenden „äußeren Güterwechsel“, zu Eingängen und Ausgängen von Gütern in den oder aus dem bisherigen Güterbestand der Wirtschaft. Das Wirtschaftssubjekt wird diesen äußeren Güterwechsel nach Möglichkeit günstig zu gestalten suchen, für wohlfeile Produktion, zweckmäßige und genügend reichliche Konsumtion Sorge tragen, auch Überschüsse der Eingänge über die Ausgänge bilden wollen zur Sicherstellung für Wechselfälle der verschiedensten Art<sup>2</sup>.

Passiv, unabhängig vom Willen und von der Tätigkeit des Wirtschaftssubjekts, wird die Einzelwirtschaft in ihrer Wirksamkeit und ihren Erfolgen von der Außenwelt, der Natur, den Vorgängen im gesellschaftlichen und Verkehrsleben, namentlich auch derart beeinflusst, daß der vielleicht quantitativ sich gleichbleibende Güterbestand einen „inneren Wechsel“, „Wertwechsel“ erfährt. So kann es geschehen, daß unter der Einwirkung natürlicher Ursachen und der Zeitdauer Änderungen in der Qualität der Güter zum Besseren oder Schlechteren stattfinden, die eine Mehrung oder Minderung des Gebrauchs- und Tauschwertes derselben bedeuten. Desgleichen vermag die wechselnde Erkenntnis nützlicher oder schädlicher Eigenschaften der Dinge eine Wertveränderung herbeizuführen. Besonders aber kommen hier in Betracht Änderungen in der „Konjunktur“ mit Rücksicht auf die Herstellung, den Bedarf, die Begehrung von Gütern jener Art, wie sie in dem Wirtschaftsprozess der Einzelwirtschaft eine Rolle spielen.

Als „Konjunktur“ bezeichnet A. Wagner<sup>3</sup> „die Gesamtheit der technischen, ökonomischen, sozialen und rechtlichen Bedingungen, welche in der auf Arbeitsteilung und Privateigentum . . . beruhenden Volkswirtschaft die Herstellung der Güter für den Verkehr, ihren Begehr und Absatz in demselben, daher den Wert, insbesondere den Tauschwert und Preis der Güter allgemein wesentlich . . . mitbestimmen, in der Regel

<sup>1</sup> Vgl. Grundlegung I 1, 370 ff.

<sup>2</sup> Ebd. 383.

<sup>3</sup> Ebd. 387.



ganz oder wenigstens überwiegend unabhängig vom Willen und von den Leistungen (Handlungen und Unterlassungen) des Wirtschaftssubjekts bzw. des Eigentümers, daher auch von dem individuellen Kosten-(Arbeits-)aufwand für ein bestimmtes Quale und Quantum des betreffenden Gutes im konkreten Falle". Kürzer: „Konjunktur“ ist das Zusammentreffen der Einzelwirtschaft wertlich günstiger oder ungünstiger, ihr selbst äußerlicher und von ihr unabhängiger Tatsachen oder Verhältnisse des Verkehrslebens bzw. der dieses Verkehrsleben in seiner Gestaltung bestimmenden oder mitbestimmenden Bedingungen und Ursachen.

Im Handel bezeichnet „Konjunktur“ direkt die jeweiligen Aussichten für geschäftliche Unternehmungen, für den Gang des Geschäftes, wohl auch rasch vorübergehende günstige Verhältnisse.

Als Hauptmomente für die Bildung der „Konjunktur“ führt Wagner<sup>1</sup> an:

1. Schwankungen in den allgemeinen Ernteverhältnissen der Hauptnahrungsmittel, namentlich unter dem Einfluß der Witterung. Nicht nur von den eigenen Erntergebnissen hängt die Lage der bäuerlichen Einzelwirtschaft ab, sondern auch von dem allgemeinen Ernteertrag, welcher die Preisverhältnisse beeinflusst und dadurch das Schicksal der Einzelwirtschaft bestimmt.

2. Den technischen Fortschritt. Einführung neuer Produktionsmittel und -methoden, des Maschinenbetriebs an Stelle der Handarbeit mit unvollkommenen Werkzeugen, neuer Maschinen, neuer Verfahrensarten an Stelle veralteter u. dgl. Die Möglichkeit, besser und billiger zu produzieren, führt zu einer Entwertung der alten Güter und Einrichtungen.

3. Änderungen im Kommunikations- und Transportwesen ziehen mannigfache Wert- und Preisverschiebungen nach sich, so bei Grundstücken, unter den Waren namentlich bei Artikeln, die nur in großer Masse, in großem Umfange den Transport lohnen, den Produkten des Ackerbaues, der Forstwirtschaft, des Bergbaues. Die erleichterte Abfuhr erweitert die Möglichkeit des Absatzes – ein Vorteil für den Produzenten, ein Nachteil für den Konsumenten am Ort, wo bisher die daselbst aufgehäuften Güter billiger zu erlangen waren. Andererseits bedeutet an sich die verstärkte Anfuhr z. B. von Getreide einen Vorteil der Konsumenten, einen Nachteil der Produzenten in dem Bezugsgebiete.

4. Änderungen in den öffentlichen Zuständen des nationalen oder internationalen Verkehrsgebietes, die nicht ohne Einfluß auf den Gang des Wirtschaftslebens, auf Kredit, Produktion und Absatz bleiben können: so namentlich Krieg und Frieden, Störungen der politischen Sicherheit, Änderungen in der Rechtsordnung, der Wirtschaftspolitik des In- und Auslandes usw.

5. Änderungen in der Größe, Dichtigkeit, räumlichen Verteilung der Bevölkerung wirken ein auf Produktions- und Absatzverhältnisse, auf den Wert des Bodens, der durch den Andrang der Bevölkerung in die Mittelpunkte des politischen, wirtschaftlichen, geistigen Lebens sich gewaltig hebt. Auch der Wandel in der sozialen und ökonomischen Lage der einzelnen Bevölkerungsklassen, die Hebung der Lebenshaltung, Ausdehnung der Bedürfnisse, Geschmacksrichtung und Modewechsel bestimmt Produktion und Absatz, entscheidet über die Tätigkeit und die Erfolge der Einzelwirtschaft.

<sup>1</sup> Vgl. Grundlegung I 1, 389 ff.

Die Lehre von der Konjunktur bietet zum Teil schon eine Erklärung dafür, wie nicht jede Einzelwirtschaft günstiger Erfolge sich erfreut oder erfreuen kann, wie der eine ohne sein persönliches Verdienst vom Glück begleitet erscheint, während der andere ohne seine Schuld dem Verderben und Untergang anheimfallen wird — inmitten der Gesellschaft. Zwar kann eine kluge und geschickte Berechnung der Wirkungen jener von dem Wirtschaftssubjekt unabhängigen Momente — die Spekulation — zu den Höhen des Reichtums hinaufführen. Aber auch die geschickteste Spekulation verbindet sich mit dem „Risiko“, mit der Gefahr der Täuschung und des Fehlschlagens aller Pläne und Berechnungen<sup>1</sup>.

Die Frage, ob und wie insbesondere durch Tätigkeiten und Einrichtungen der gesellschaftlichen Gemeinschaften die Voraussetzungen geschaffen werden können, unter welchen der Grundsatz der Selbstverantwortlichkeit des einzelnen für seine wirtschaftliche Lage nicht bloße Illusion bleibe, sondern in möglichst voller Wahrheit zur Geltung komme, diese Frage wird uns in der Folge noch recht oft beschäftigen müssen.

---

<sup>1</sup> v. Philippovich, Grundriß I § 37, S. 103.

## ZWEITES KAPITEL.

# GESELLSCHAFT UND GESELLSCHAFTS- WISSENSCHAFT.

### § 1.

#### Begriff und Geschichtliches.

**Literatur:** Riehl, Die bürgerliche Gesellschaft 1851. <sup>10</sup> 1907. — Lorenz v. Stein, System der Staatswissenschaft. Bd. II: Die Gesellschaftslehre 1856. — v. Mohl, Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. 3 Bde 1855 1858; Enzyklopädie der Staatswissenschaften 1859. <sup>2</sup> 1872. — Treitschke, Die Gesellschaftswissenschaft 1859. — J. J. Roßbach, Geschichte der Gesellschaft. 8 Bde 1868 1875. — Dilthey, Einleitung in die Geisteswissenschaften. Versuch einer Grundlegung für das Studium der Gesellschaft und der Geschichte I 1883. — Simmel, Soziale Differenzierung 1891. — Tönnies, Gemeinschaft und Gesellschaft 1887. — Gustav Steffen, Grundlage der Soziologie 1902. — v. Vogelsangs Soziale Lehren (Wiard Klopp 1894 19—24 259 ff. — Bendix, Kirche und Kirchenrecht 1895; der einleitende Teil. — Eberle, Grundzüge der Soziologie 1896. — Theod. Meyer, Institutiones iuris naturalis I (1885) 347 ff. 2. Aufl. 1906). — v. Hertling, Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik 1897 251 ff.; Recht, Staat und Gesellschaft (1906). — A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung I<sup>4</sup> 1904 12 ff. 236 ff. 284 ff.; II 585 ff. 640 ff. 677 685 ff. — O. Schilling, Die Staats- und Soziallehre des hl. Augustinus (1910. — V. Cathrein, Moralphilosophie II<sup>5</sup> 1911 388 ff. 541. — G. v. Mayr, Begriff und Gliederung der Staatswissenschaft 1901. <sup>2</sup> 1910. — Meinertz-Sacher, Deutschland und der Katholizismus 1918. — Mausbach, Das soziale Prinzip des Katholizismus, in: Deutschland und der Katholizismus II 1 ff. — Spann, Kurzgefaßtes System der Gesellschaftslehre 1914. <sup>2</sup> 1923. — Ders.; Untersuchungen über den Gesellschaftsbegriff, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXI 1905; auch 1902 u. 1904; Wirtschaft und Gesellschaft 1907. — Ders.; Die Herdflamme, Sammlung der gesellschaftswissenschaftlichen Grundwerke aller Zeiten und Völker A. Müller, Thomas v. Aquin, Augustinus, Plato, Deutsche Romantik usw. 1922 ff. — v. Wiese, Zur Grundlegung der Gesellschaftslehre 1906. — Hans Scherer, Soziologie und Entwicklungsgeschichte 1905/1908. — Vierkandt, Gesellschaftslehre 1923. — Sigmund Waitz, Hauptfragen der christlichen Gesellschaftswissenschaft 1911. — Schwiedland, Volkswirtschaftslehre I<sup>3</sup> 1922 157 ff. — Schwalna, Leçons de philosophie sociale. — Die Artikel „Gesellschaft“ usw. von Bruder-Ettlinger, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft II<sup>3-4</sup> 546 ff.; „Christliche Gesellschaft“ von Haffner, ebd. II<sup>2</sup> 814 ff.; „Sozialwissenschaft“ von Faßbender, ebd. IV<sup>3-4</sup> 1288 ff.; „Staatswissenschaften“ von Sacher, ebd. V<sup>3-4</sup> 122 ff.; „Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft“ von E. Gothein, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 680 ff. — O. Neurath, Zur Theorie der Sozialwissenschaften, in Schmollers Jahrbuch XXXIV 1910 37 ff. usw. — Briefs, Zur Kritik sozialer Grundprinzipien, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XLIX (1922) 1 ff.



**1. Gesellschaft und gesellschaftlicher Verband.** Im weitesten Sinne verstanden umfaßt der Begriff „Gesellschaft“ alle die mannigfachen Formen und Beziehungen, in denen und durch welche der Mensch zum Menschen sich „gesellt“. Diese „gesellschaftlichen“ Beziehungen der Menschen können sehr lose und rein äußerlich sein, wie z. B. das „Reich der wirtschaftlichen Beziehungen“, der Tauschverkehr. Sie sind auch nicht notwendig an nationale und staatliche Grenzen gebunden. Immerhin beruhen sie auf der abstrakten Gleichheit und konkreten Verschiedenheit der Menschen, auf der Gleichheit der Gattung, der Verschiedenheit der Individuen. Der Mensch „gesellt“ sich zum Menschen zum Zweck der gegenseitigen Ergänzung. Der eine gibt, was dem andern fehlt oder was dieser begehrt.

Die gesellschaftlichen Beziehungen befestigen sich in der Gemeinschaft. „Das Wort ‚Gesell‘, ‚gesellen‘“, sagt Wilhelm Hauck<sup>1</sup>, „involviert namentlich die Vorstellung des Zu- und Aneinanderkommens, der räumlichen Annäherung; es wird mit dem Worte ‚Gesell, Gesellen, Gesellschaft, erinnert an das Neben- und Aneinander, nicht an das In- und Miteinander der Zugehörigen. Das eigentliche In- und Miteinander wird durch das Wort ‚Gemeinschaft‘ bezeichnet; das ist mehr als ein von Zeit zu Zeit sporadisches Sichzusammenfinden oder Aneinanderschließen, wo sich die einzelnen Verbundenen vielleicht beliebig der Zahl nach vermehren oder vermindern können; es ist eben ein inneres Zusammenwachsen und Zusammenleben, eine Betätigung aller Lebenskräfte von den einzelnen Gliedern unter- und füreinander.“

Spricht man im weitesten Sinne von menschlicher, christlicher, zivilisierter, abendländischer, europäischer, feiner, gebildeter „Gesellschaft“, um anzudeuten, daß menschliche Individuen in den angedeuteten Beziehungen sich irgendwie, in höherem oder geringerem Grade, als eine „Gemeinschaft“ fühlen können oder tatsächlich fühlen, so empfängt die „Gemeinschaft“ doch erst ihre höchste Festigkeit in dem gesellschaftlichen Verbands, der „Gesellschaft“ im engsten Sinne. Der gesellschaftliche „Verband“ stellt eine dauernde Vereinigung von Personen dar, die in irgend einer Weise durch gemeinsame Tätigkeit einem gemeinschaftlichen Ziele zuzustreben verpflichtet erscheinen und durch eine von allen anzuerkennende Autorität zum Gesellschaftszwecke hingeleitet werden. Hierzu gehören Familie und Staat als natürliche Gemeinschaften im engeren Sinne, die Kirche als eine auf göttlichem Rechte beruhende Gemeinschaft, als Gesellschaften im weiteren Sinne die öffentlich-rechtlichen Korporationen des positiven menschlichen Rechtes (Gesetz oder Gewohnheitsrecht), ferner die freien, privatrechtlichen, vertragsweise begründeten, in Bezug auf Zweck und Leitung durch freie Vereinbarung im Rahmen des Rechts geordneten Gesellschaftsformen.

<sup>1</sup> Staat und Gesellschaft in den volkswirtschaftlichen Systemen der Gegenwart. (1880) 48 f.

Gemeinsame Interessen, namentlich der gleiche Beruf, erzeugen wie von selbst ein gewisses „Gemeinschafts“bewußtsein, welches der Ausbildung eigentlicher beruflicher „Verbände“ die Wege bereiten kann und im Laufe der Geschichte schon oft bereitet hat. Man denkt vielfach in besonderer Weise gerade an diese beruflichen „Verbände“, wenn vom „innerstaatlichen Gesellschaftsleben“ die Rede ist.

„Verbände“, welche nicht lediglich eine Zusammenfassung der Kräfte im Hinblick auf äußere Aufgaben und Ziele bewirken, sondern die eigene Wohlfahrt des Verbandes und seiner Glieder als Verbandszweck verfolgen, schaffen über die unmittelbaren Beziehungen der Individuen zum Ganzen der Gesellschaft und über ihr bloßes Nebeneinander hinaus auch wechselseitige Beziehungen des In-, Mit-, Füreinander, zwischen den Gliedern des Verbandes. Hohe Bedeutung erlangt, wie wir später sehen werden, diese solidarische Gemeinschaft der Glieder insbesondere für die staatliche Gesellschaft und die Verwirklichung ihres Sozialzweckes.

**2. Die Gesellschaftswissenschaft als Inbegriff der Kenntnisse und Lehren von der Gesellschaft** wird einen verschiedenen Inhalt haben, je nachdem an die „Gesellschaft“ im weitesten Sinn, oder an die gesellschaftlichen Verbände und Gemeinschaften gedacht wird.

Die Gesellschaftslehre, soweit sie in der griechischen Philosophie bei den Sophisten, bei Plato, namentlich bei Aristoteles Behandlung fand, bezog sich vorzugsweise auf die natürlichen Gemeinschaften im engeren Sinne des Wortes und ihre verschiedenen Formen. Im Vordergrund steht da der Staat, die höchste natürliche Form des Gesellschaftslebens, dem jeder Einzelwille und jedes Einzelinteresse, in der Platonischen Staatslehre sogar bis zum ausgeprägten Kommunismus, bedingungslos untergeordnet wird. Aristoteles hatte die Familie als ursprüngliche Gemeinschaft, *κοινωνία*, bezeichnet; sie galt ihm auch als Keim des Staates. Anders urteilen schon manche der älteren Sophisten, namentlich aber die Epikureer, die in dem Einzelmenschen den Ausgangspunkt der staatlichen Gesellschaft erblickten, den Staat auf einen freien Willensentschluß und Vertrag seiner Mitglieder zurückführten.

Die römische Jurisprudenz hatte für das innerstaatliche „Gesellschaftsleben“ ein richtiges Verständnis nicht gewinnen können. „Das römische Recht“, sagt Bruder<sup>1</sup>, „entstammt einer Zeit mit geringer oder höchstens unfreier gesellschaftlicher Entwicklung, mit schroffer Trennung von Privat- und öffentlichem Recht.“ Die Auffassung von der Staatsgewalt war im kaiserlichen Rechte eine absolutistische. Der Absolutismus aber verträgt sich nie mit einer kraftvollen „gesellschaftlichen“ Gliederung.

*Vorzüge der christlichen Gesellschaftslehre.* In doppelter Hinsicht erhebt sich die christliche Theorie über die antike Spekulation.

1. Einmal bot die christliche Auffassung Schutz gegen den Absolutismus,

a) indem sie den Menschen hinwies auf sein höheres, ewiges Ziel, das über die Staatssphäre hinausragt;

b) indem sie die letzte Quelle des Rechts in Gott, nicht im Staate suchte; es gibt ihr zufolge ein Recht über dem staatlichen Rechte;

<sup>1</sup> Staatslexikon der Görres-Gesellschaft II<sup>2</sup> 822. Bruder-Ettlinger, Artikel „Gesellschaft“ usw., ebd. II<sup>3-4</sup> 554.

c) indem sie die Kirche als höchste, von Gott und durch positives Gottesrecht geschaffene, vollkommene Gesellschaftsform anerkannte. Der Staat erschöpft somit nicht das ganze menschliche Gesellschaftsleben. Das war durch die rechtlich unabhängige Existenz der Kirche klargestellt. Um so leichter mußte es da werden, für die Entwicklung des Gesellschaftslebens und Gesellschaftsrechts der innerstaatlichen beruflichen Korporationen. Zünfte u. dgl. freie Bahn zu gewinnen.

2. Sodann bildet die christliche Lehre eine mächtige Wehr gegen den Individualismus,

a) indem sie in dem Staat als solchem eine notwendige, auf Naturrecht beruhende, nicht gewillkürte Gesellschaftsform anerkannte;

b) indem sie den Staatszweck mit der Idee der sittlichen Pflicht verknüpfte;

c) indem sie den organischen Charakter der staatlichen Gesellschaft klar erkennen ließ, sowohl mit Rücksicht auf das Entstehen des Staates aus der Familie heraus als bezüglich seines Bestandes vermöge des jeder individualistisch-mechanischen Auffassung widerstrebenden Solidaritätsprinzips.

Damit waren zugleich Abhängigkeit und Selbständigkeit des individuellen und des innerstaatlichen Gesellschaftslebens im Verhältnis zum Staat richtig bemessen. „Was kann im letzten Grunde Staat und Gesellschaft erhalten? Ihr beiderseitiges Lebensprinzip ist die Solidarität, d. i. die Hingabe des Einzelnen an das Ganze, des Ganzen für das Einzelne.“<sup>1</sup> Aber das Ganze verschlingt nicht das Einzelne, der Staat absorbiert nicht die Gesellschaft.

Den Kampf gegen den durch die Aufklärungsphilosophie, namentlich Rousseau, wiederbelebten Individualismus, das rationalistisch-individualistische Naturrecht, die Lehre vom Staatsvertrag usw., führten in der neueren Zeit mit Nachdruck und erfolgreich neben der christlichen Philosophie, allerdings von anderem Standpunkt aus, insbesondere die Vertreter einer mehr historischen Auffassung des Staats- und Rechtslebens. Auch die historische Nationalökonomie stützte sich bei der Behandlung eines der wichtigsten Teile des menschlichen Gemeinschaftslebens auf die anti-individualistische Gesellschaftsauffassung der historischen Rechts- und Staatslehre. In Bezug auf die prinzipielle Begrenzung der staatlichen Aufgaben herrscht dagegen in der neueren Wissenschaft wenig Übereinstimmung und nicht selten große Unklarheit. Die Zeit des aufgeklärten fürstlichen Absolutismus und des Merkantilismus hinterließ einen überspannten Staatsbegriff, welcher der Bedeutung der selbständigen Bevölkerungsgruppen zwischen Staat und Individuum (der „puissances intermédiaires“ Montesquieus) nicht gerecht werden konnte. Auch die französische Revolution stand ihnen feindlich gegenüber, sah in allem lediglich das mit Stumpf und Stil auszurottende „Privileg“. Die Juristen der damaligen Zeit, in römisch-rechtlicher Vorstellung befangen, kannten nur Privat- und Staatsrecht, im letzteren bloß die Staatsgewalt und die Untertanen. Die sozialen Zusammenhänge traten hinter den Staatseinrichtungen fast völlig zurück.

In Deutschland plädierte R. v. Mohl für eine Trennung der „Gesellschaftslehre“ von der Staatslehre, d. h. alle diejenigen Verbände, die irgendwie auf Interessengemeinschaft sich gründen und zwischen der Familie als der natürlichen Organisation des Privatlebens und dem Staat als der politischen Organisation in der Mitte stehen, sollten den Gegenstand dieser „Gesellschafts-

<sup>1</sup> J. J. Roßbach, Geschichte der Gesellschaft VIII (1875) 224.



lehre\* bilden. H. v. Treitschke dagegen wies auf den politischen Charakter aller sozialen Gebilde (nicht bloß der Gemeinden, Provinzen), ihre beständige Wechselwirkung mit dem Staat hin und sprach sich gegen die Trennung aus. Für die Trennung der Gesellschaftswissenschaft von den Staatswissenschaften entschied sich auch Lorenz v. Stein. Er lenkte die Aufmerksamkeit vorzugsweise hin auf Bildung und Wohlhabenheit als die Ursachen der in der Geschichte fortschreitenden Zivilisation. Auch die niederen Klassen nehmen mehr und mehr daran teil, werden zu höheren Lebensansprüchen, aber auch zu einer höheren Leistungsfähigkeit erhoben. Die Selbständigkeit der gesellschaftlichen Erscheinungen wurde ebenfalls von Riehl und dem Belgier Quételet hervorgehoben<sup>1</sup>. In unsrer Auffassung umschließt die allgemeine Gesellschaftslehre die Lehre von der Familie, vom Staate und auch von den innerstaatlichen Verbänden. Da letztere, unbeschadet ihrer Autonomie, auf dem Boden des Staates entstehen und dessen öffentlichem Rechte sich unterordnen müssen, können sie ganz wohl innerhalb der staatswissenschaftlichen Disziplinen, am rechten Ort, behandelt werden. Auf die Lehre der katholischen Romantiker, dann auf Ketteler, Hitze, Vogelsang usw. werden wir später zurückkommen<sup>2</sup>.

**3. Philosophische und geschichtliche Betrachtung.** Die Gesellschaftslehre hatte in der älteren Wissenschaft eine vorwiegend philosophische Behandlung gefunden. Man führte das Gesellschaftsleben auf die natürliche Veranlagung des Menschen zurück, untersuchte das Wesen der verschiedenen Gesellschaftsformen, betonte überall den natürlichen Zweck, zeichnete das Ideal für die innere Struktur, das Leben, das Wirken der hervorragenden Gesellschaftsarten usw. Die geschichtliche Seite des Gesellschaftslebens fand dagegen weniger Beachtung. Man wird darin vielleicht eine gewisse Einseitigkeit erblicken können. Dieserhalb einen Tadel gegen die ältere Wissenschaft zu erheben, wäre jedoch ungerecht. Auch die Wissenschaft hat ihre Entwicklung. Die vernunftmäßige, prinzipielle Behandlung, die in letzter Linie stets von der Wirklichkeit des realen Lebens ausging, dann auf den Flügeln des Geistes sich erhob, um aus den höchsten Höhen der Spekulation neues Licht über diese Welt zu verbreiten — sie hatte zunächst die wichtigsten Aufgaben zu erfüllen, die notwendigsten Kenntnisse zu vermitteln<sup>3</sup>, die

<sup>1</sup> L. v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich 1850: System der Staatswissenschaft, Bd II: Gesellschaftslehre 1852 1856 34, Mohl, Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften I 1855 88 ff.; Enzyklopädie der Staatswissenschaften 1859, <sup>2</sup> 1872 34, Treitschke, Die Gesellschaftswissenschaft 1859. Die Unterscheidung v. Steins zwischen „Gesellschaft“ als der „geistigen Ordnung“ unter den Menschen im Gegensatz zur „rein materiellen“ Ordnung der Güterwelt und der „rein einheitlichen“ des Staates dürfte sich weniger empfehlen.

<sup>2</sup> Vornehmlich in Bd IV, 1. Tl, Kap. 4, § 4.

<sup>3</sup> Histor.-polit. Blätter CII 789 ff. 869 ff.; CIII 93 ff. 161 ff. Das Wort „Sozialphilosophie“ führt sich auf Hobbes zurück, nicht aber die philosophische Gesellschaftslehre. Diese fand für die leitenden Grundideen ihre Ausbildung schon in der mittelalterlichen Scholastik, namentlich bei Thomas von Aquin. Die dem Mittelalter eigentümliche soziologische Grundauffassung glaubt Gierke darin erblicken zu können,

bleibenden Wahrheiten und Grundsätze zu lehren. Viel gefährlicher ist jedenfalls die Einseitigkeit, welche nicht selten der späteren Wissenschaft anhaftet: die Nichtbeachtung der von der Vernunft erfassbaren Zwecke und Ziele des menschlichen und des gesellschaftlichen Lebens, die ausschließlich mechanisch-kausale Betrachtung, die nur Wirkendes und Bewirktes kennt, die Verwechslung der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung mit einem reinen Naturprozeß usw.

„Bei den Pythagoreern war zuerst die Meinung aufgedämmert“, sagt Georg v. Hertling<sup>1</sup>, „daß es nicht nur Dinge gibt, die sind, sondern auch Wahrheiten, die gelten. In den Zahlenverhältnissen war sie ihnen entgeggetreten, aber die richtige Formel zu finden war ihnen nicht gelungen, vielmehr waren sie, wie Aristoteles berichtet, der Meinung, daß in den Zahlen mehr Sein sich findet als im Wasser, in der Luft und im Feuer; denn zweimal zwei ist nicht nur bis heute vier, das Quadrat über der Hypotenuse ist nicht nur bis heute gleich der Summe der Quadrate über beiden Katheten, sondern es ist immer so. Mehr Sein bedeutet in diesem Zusammenhang immer Sein, wechselloses, ewiges Sein. Also ist nicht alles vergänglich, nicht alles restlos in den Strom des Werdenden eingetaucht. Auf den Strom des Werdens, auf den bestandlosen Wechsel, dem alle Dinge unterworfen sind, hatten die ionischen Naturphilosophen, hatte Heraklit nachdrücklich aufmerksam gemacht. In diesem regellosen Strom ist alles beharrliche Sein untergegangen und damit auch alles über die augenblickliche Empfindung hinausgehende Wissen. Denn auch im Wissen liegt der Anspruch auf dauernden Bestand. Wer also wie Plato von Sokrates herkommend das Wissen nicht preisgeben will, dem drängt sich um deswillen die Annahme eines andersartigen, von dem Vergänglichen unterschiedlichen, ewigen Seins auf. Indem die Vernunft dieses Unveränderliche begreift, gelangt sie in den Besitz unveränderlicher Wahrheit. Es kommt hier nicht darauf an, zu untersuchen, ob und inwieweit in der Ausgestaltung der platonischen Ideenlehre eine unzulässige Verselbständigung der Begriffsgestaltung, also eines bloß Gedachten, liegt, und ob nicht im letzten Grunde das Sein des Geltenden mit dem Sein der Wirklichkeit verwechselt ist. Und auch daran soll nur im Vorübergehen erinnert werden, daß der christliche Platonismus die überweltlichen Ideen als Gedanken Gottes faßte und die ewig gültigen Wahrheiten somit ihr ideales Fundament in dem unveränderlichen Gotteswesen gewannen. Genug, daß für Plato und seine Nachfolger der Bestand höchster, vom Wechsel der Dinge und Zustände unberührter Wahrheiten gesichert war. An der Spitze der Ideenwelt aber steht die Idee des Guten. Sie steht noch höher als die Idee des Seins, denn das zweite ist durch das erste bedingt. Die Idee des Guten aber ist der Inbegriff alles absolut Wertvollen. Das ist für Plato anderseits der Ausdruck

---

daß die Gesellschaft wie „die gesamte Weltexistenz nur ein einziges gegliedertes Ganze, jedes besondere Gemein- oder Einzelwesen aber zugleich ein durch den Weltzweck bestimmter Teil und ein mit einem Sonderzweck begabtes, engeres Ganze ist.“ Vgl. auch Jhering, *Zweck im Recht* I<sup>2</sup> 161; Bruder-Ettlinger, Artikel „Gesellschaft“ usw., im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* II<sup>3-4</sup> 554.

<sup>1</sup> In seiner Rede auf der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft zu Freiburg i. Br. 1912. Nach dem Bericht der Kölnischen Volkszeitung Nr. 884 vom 9. Okt. 1912.

für die von mir ausgeführte gesamte Bezeichnung des Guten. . . . Ich habe nie einen Zweifel darüber gelassen, daß ich der gleichen Auffassung huldige. Ich habe die Bedeutung des Staates daher abgeleitet, daß ich in diesem Sinne die sittliche Ordnung der Menschheitszwecke erkannt habe. Der Staat ist ein Seinsollendes, das durch die freie Tätigkeit der Menschen zu verwirklichen ist. Nur so läßt es sich begreiflich machen, daß die staatlichen Gesetze im Gewissen verpflichten; nur so läßt sich die Autonomie der Obrigkeit über die Willkür und über den Bereich bloßer physischer Macht herausheben. . . . Die in der Philosophie des Altertums wechselnden Gedankengänge haben durch das Christentum eine unendliche Vertiefung und Bereicherung erfahren. Zu den ewigen Wahrheiten, welche die natürliche Vernunft zu erkennen vermag, hat außerdem die Offenbarung neue unvergleichliche Werte hinzugefügt. In deren Wahrung haben die christlichen Staatsmänner stets ihre höchste Aufgabe zu erblicken. Das ist freilich altfränkische Weisheit, die, zumal im politischen Leben, oft genug ungehört verhallt oder spöttisch behandelt wird. Schon Plato, dessen Wort ich auszusprechen mir erlaubte, mußte erfahren, daß die Machthaber seiner Zeit, einzelne Herrscher sowohl wie das Volk insgesamt, wenig geneigt waren, die durch diese Weisheit gebotenen Heilmittel zu ergreifen. Wohin aber die Abkehr von diesen Normen die spätere Zeit führen wird, dafür haben wir genug Anzeichen in den Schrecken der Anarchie und der Barbarei. . . . Es ist nicht mystische Träumerei, wenn wir in dem Reiche des Idealismus verweilen. Nur der wird in der wirklichen Welt standhalten und sich nicht steuerlos dem Strom des Zufalls überlassen und von dem Sturm der Leidenschaft nicht hin und her getrieben werden, der den Blick auf ein Seinsollendes gerichtet hält. Aus der Welt der Ideale kommt nicht nur das Feuer jugendlicher Begeisterung, sondern es fließt daraus auch das erhebende und stärkende Bewußtsein der Pflicht."

Führt die Ablehnung spekulativer Forschung zu einer empfindlichen Einbuße wissenschaftlich wertvoller Erkenntnis der Wahrheit, so kann sich doch anderseits die Gesellschaftslehre keineswegs auf eine bloß philosophisch-theoretische Behandlung der gesellschaftlichen Erscheinungen, auf die abstrakt wissenschaftliche Begründung der sozialen Institutionen beschränken. Neben der spekulativen teleologischen Betrachtungsweise hat auch die richtig gehandhabte historisch-genetische und kausale Betrachtungsweise ihre volle Berechtigung und Notwendigkeit. Wir wollen etwas, ja möglichst viel wissen über das Sein und Werden der Gesellschaft, die geschichtliche Entwicklung des Gemeinschaftslebens und seiner hervorragenden Formen, wollen wissen, welche sozialen Erscheinungen und Institutionen im Laufe der Menschheitsgeschichte hervortraten, wollen erfahren, welchen Ursachen, Wirkungsfaktoren sie entstammten, wollen den ursächlichen Zusammenhang der Erscheinungen und Zustände, die Gegenwart aus der Vergangenheit verstehen lernen.

Der wissenschaftliche Charakter solcher Gesellschaftslehre kann nicht in Zweifel gezogen werden. Von „Wissenschaft“<sup>1</sup> sprechen wir ja

<sup>1</sup> Faßbender, Artikel „Sozialwissenschaft“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft IV<sup>3-4</sup> 1288 ff.



überall da, wo es sich um das methodische Streben nach der Erfassung der Wahrheit für ein bestimmtes Gebiet in ihrem ganzen Umfange handelt, somit sowohl um die Erkenntnis des Seienden, Werdenden, Gewordenen bis in seine grundlegenden Elemente hinein und in seinen ursächlichen Zusammenhängen, als auch, speziell für das menschliche und gesellschaftliche Leben und Handeln, um die zielbewußte Forschung nach dem, was sein soll, unter Anwendung allgemeiner, als wahr erwiesener Grundsätze.

**4. Sozialwissenschaft und Staatswissenschaft.** Der Ausdruck „sozial“<sup>1</sup> hat in der heutigen Denk- und Sprechweise zum Teil eine besondere Färbung erhalten, die auch auf die Auffassung von dem, was als Sozialwissenschaft bezeichnet wird, zurückwirkt. „Sozial“ pflegt man 1. alles das zu nennen, was sich auf den Menschen als Gesellschaftswesen in des Wortes weitester Bedeutung bezieht; 2. alles das, was das wechselseitige Verhältnis zwischen Individuum, Gruppe, gesellschaftlicher Gesamtheit betrifft; hierbei speziell wieder 3. was Bezug hat auf die Wohlfahrt der Einzelnen und der Gruppen in der gesellschaftlichen Gesamtheit und durch dieselbe, sowie auf die Wohlfahrt der Gesamtheit gegenüber individuellen und Gruppenbestrebungen, und dann wiederum insbesondere 4. was einen harmonischen Ausgleich zwischen den Interessen der Individuen, Gruppen innerhalb einer sie umfassenden gesellschaftlichen Gesamtheit herbeizuführen geeignet erscheint.

Innerhalb der Sozialwissenschaft als wissenschaftlicher Gesellschaftslehre unterscheiden wir, wie sich aus unsern Ausführungen ergibt, die Sozialphilosophie, die das Gesellschaftsleben spekulativ, grundsätzlich behandelt, selbstverständlich ohne den Kontakt mit der realen Wirklichkeit, der Erfahrung, zu verlieren, und anderseits die empirische Soziallehre, oder Soziologie im engeren Sinn, welche die tatsächlichen Erscheinungsformen des Gesellschaftslebens in ihren natürlichen Grundlagen und ihren Regelmäßigkeiten erforscht<sup>2</sup>. Mit den menschlichen Gesellschaften, ihren Schicksalen und ihren Veränderungen, beschäftigt sich die soziale Geschichte, nach Barth die Geschichte als Wissenschaft überhaupt. Den krönenden Abschluß der Sozialwissenschaften bildet die Sozialethik, insofern diese die gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen unter der Rücksicht der sittlichen Güte, der moralischen Pflicht zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung macht.

Die Staatswissenschaften sind ein bestimmter Ausschnitt aus dem umfassenden Gebiete der Gesellschaftswissenschaften. Auch hier findet sowohl die philosophische wie die historische Betrachtungs- und Behandlungsweise Anwendung. Neben die philosophische und geschichtliche Staatslehre

<sup>1</sup> Ebd. 1289.

<sup>2</sup> Hierhin gehört dann, was Sozialphysik, -biologie, -psychologie usw. genannt wird. Die Statistik hat es mit der zahlenmäßigen Erfassung gesellschaftlicher Tatsachen und Verhältnisse zu tun.

tritt dann die Staatsklugheitslehre, die Staatspolitik als Wissenschaft, mit Rücksicht auf die fortschreitende Verwirklichung des Staatszweckes.

Da für den Nationalökonom das wirtschaftliche Leben des Volkes nicht unter privatwirtschaftlichem, sondern unter sozialökonomischem Gesichtspunkte in Betracht kommt, als Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft, also mit Einfügung und Unterordnung im Hinblick auf den Zweck der staatlichen Gesellschaft, so kann es nicht mißverstanden werden, wenn wir die Volkswirtschaftslehre den Staatswissenschaften beizählen, und zwar die Volkswirtschaftslehre schlechthin, nicht bloß die wirtschaftliche Politik und die Finanzwirtschaft, bei welcher der Staat und seine Unterverbände als Wirtschaftssubjekt sich darstellen.

## § 2.

### Die „evolutionistische“ Soziologie.

**Literatur:** Vgl. die in den Anmerkungen zitierten Schriften von Comte, Spencer, Schäffle, Lilienfeld, Marx usw. Ferner die Literatur zum vorhergehenden und den folgenden Paragraphen. Insbesondere noch: Stammler, *Wirtschaft und Recht* 1896, § 1906. — Ludwig Stein, *Die soziale Frage im Lichte der Philosophie* 1897, § 1903. — Barth, *Die Philosophie der Geschichte als Soziologie* 1897. — Loria, *Die Soziologie* (übersetzt von Heiß [1901]). — Eisler, *Soziologie* 1903. — Eleutheropoulos, *Soziologie* 1904. — Ratzenhofer, *Soziologie* 1907. — Simmel, *Die Probleme der Geschichtswissenschaft* § 1907: *Soziologie* [1908]. — Stuckenberg, *Sociology* 1903. — Small, *General Sociology from Spencer to Ratzenhofer* 1907. — Defourny, *La sociologie positiviste, Auguste Comte (1902)*. — Mannier, *L'économie politique et la sociologie* (1910). — Verhandlungen des deutschen Soziologentages von 1910. — Gruber, A. Comte, der Begründer des Positivismus (1889); *Der Positivismus vom Tode Comtes bis auf unsre Tage* (1891). — Faßbender, Artikel „Soziologie“, im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* V<sup>2</sup>. — Bruder Ettliger, Artikel „Gesellschaft“ usw., ebd. II<sup>3-4</sup> 546 ff. — Lexis, Artikel „Soziologie“, in *Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaft* II<sup>3</sup>. — Gothein, Artikel „Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft“, im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* IV<sup>2</sup>. — Knapp, *Darwin und die Sozialwissenschaften*, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* XVIII 233 ff. — Krohn, *Beiträge zur Kenntnis und Würdigung der Soziologie*, in den *Jahrbüchern für Nationalökonomie*, N. F. I 407: III 1 ff. — Meffert, *Soziologische Phantasien*, in den *Histor.-polit. Blättern* CXXIX 1902 649 ff.; *Zum Evolutionismus*, ebd. CXXVII (1901) 609 f. — Vikt. Cathrein, *Die moderne evolutionistische Weltanschauung in ihren Konsequenzen*, in den *Stimmen aus Maria-Laach* LXIV 1903 164 ff.

Defourny, *Der Positivismus*, in *Monatschrift für christl. Sozialreform* 1907, 207 ff.

Deploige, *Le conflit de la morale et de la sociologie* 1911. — Überdies vgl. Gutberlets *Apologetik* I<sup>2</sup> 1895: *Der Mensch, sein Ursprung und seine Entwicklung*<sup>2</sup>; Schneider, *Naturvölker* (1885: Scheuffgen, *Über Urgeschichte*, im *Jahrbuch der Naturwissenschaften* XVIII [1903]; T. Pesch, *Die großen Welträtsel* II<sup>2</sup>; Vikt. Cathrein, *Moralphilosophie*<sup>2</sup>; Brauer, *Soziologische Fragen in christlicher Beleuchtung*, in *Historisch-politische Blätter* 152<sup>2 u. 3</sup> (1913) usw.

**1. Die Aufgabe der Soziologie<sup>1</sup> und ihre Eigenart im evolutionistischen Sinne.** Die verschiedenen Wissenschaften, deren Bereich das Gesell-

<sup>1</sup> Der Begriff „Soziologie“ ist schwankend. Simmel *Soziologie* [1908] erblickt in der „Soziologie“ eine Untersuchung der Formen der Vergesellschaftung. Für

schaftsleben irgendwie berührt, haben wertvolle Ergebnisse ihrer Forschungen aufzuweisen. Ethnologie, vergleichende Sprachwissenschaft, demographische und Moralstatistik, vergleichende Wirtschaftsgeschichte und Volkswirtschaftslehre, vergleichende Staatslehre und Rechtsgeschichte, vergleichende Religionswissenschaft usw. — sie alle bemächtigen sich, jede für ihr Gebiet, des geschichtlichen Stoffes. Allein sie vermochten es nicht, dem menschlichen Wissensdurst volle Befriedigung zu verschaffen. Der Zusammenhang, der doch objektiv zwischen den verschiedenen Betätigungen des sozialen Lebens bestehe — so hieß und heißt es —, könne nun einmal in den Einzelforschungen jener Spezialwissenschaften nicht genügend zur Geltung kommen. Es bedürfe daher einer Wissenschaft, welche das Ganze des sozialen Geschehens mit Verwertung älterer Versuche ähnlicher Art unter einem einheitlichen Gesichtspunkte zusammenfasse.

Drei Merkmale sollen aber, wie manche wünschten, diese neue Wissenschaft kennzeichnen: 1. Sie bezieht sich auf die Gesellschaft im weitesten Sinn, auf alle Formen und Arten gesellschaftlicher Erscheinungen und Zusammenhänge. Sie beansprucht für sich dieselbe universelle Bedeutung, welche der „Philosophie der Geschichte“ zuerkannt wurde. Doch will sie die Aufgaben, wie sie Herder und Hegel in Deutschland, Montesquieu und Condorcet in Frankreich, Ferguson in England, Vico in Italien bei ihren geschichtsphilosophischen Untersuchungen sich gestellt hatten, in viel höherem, vollkommenerem Grade erreichen und erfüllen. Sie sucht nach einer einheitlichen Erklärungsformel für alle sozialen Phänomene, und zwar lediglich innerhalb der kausalen Ordnung, 2. Natürlich muß jene Soziologie dabei eine exakte Wissenschaft sein, mittels der naturwissenschaftlichen Methode nach den unabänderlichen Naturgesetzen der Entwicklung des menschlichen Gesellschaftslebens forschen. Hierin haben wir die vornehmlichste Eigentümlichkeit dieser Art von Soziologie zu erblicken. 3. Als rein positive Wissenschaft weist die Soziologie a priori jede philosophisch-theoretische Erörterung gesellschaftlicher Fragen als „Metaphysik“ mit Verachtung zurück. Alle andern Wissenschaften erhalten, wie man uns belehrt, von der Soziologie mehr oder minder frisches Leben und kräftige Förderung. Nur die philosophische Erfassung sozialer Erscheinungen und Probleme werde endgültig den Todesstoß empfangen. Theorien und Lehren, die auf Vernunftprinzipien beruhen, finden in den Augen der Mehrzahl dieser Soziologen keine Gnade. Kaum daß der Logik der Zutritt zur Ausübung der „Gedankenpolizei“ auf soziologischem Gebiete gewährt wird!

Ist somit die Aufgabe der Soziologie, wenn wir diesen mutigen Soziologen glauben dürfen, eine großartige, dann sind ihre Ergebnisse überwältigend. Bisher, so gesteht man ein, fehlt freilich noch der sozio-

---

andere umfaßt der Begriff nicht nur die Gruppenbildung, sondern so ziemlich die ganze menschheitliche Entwicklung, alle möglichen „Beziehungen“.



logische Newton oder Kepler. Sind diese einmal da, dann wird die Soziologie genau so der Stolz des 20. Jahrhunderts werden, wie die politischen und ökonomischen Wissenschaften der Stolz des 18. und 19. Jahrhunderts geworden sind.

Jene noch so junge und doch schon reife, völlig selbständige Wissenschaft hat es ja übernommen, „den einheitlichen Ursprung der verschiedenen sozialen Erscheinungen, ihre gegenseitige Verknüpfung, ihre Struktur und vollständige Entwicklung zu untersuchen, die Statik und Dynamik der Gesellschaft, ihre Lebensbedingungen, die Phasen, die sie durchlaufen hat, ihre unterscheidenden Merkmale, die Gesetze ihrer Aufeinanderfolge und ihre weiter erreichbare Entwicklung zu erforschen“<sup>1</sup>. In rein empirischer und historischer Betrachtungsweise dringt die Soziologie bis zur einheitlichen Zelle vor, aus der die verschiedenen sozialen Erscheinungen ihren geschichtlichen Ursprung, ihre historische Entwicklung her- und ableiten, sucht und findet das große Entwicklungsgesetz, dem das geschichtliche Leben der menschlichen Gesellschaften unterworfen ist, die naturale Kausalität aller fundamentalen Tatsachen der menschlichen Gesellschaft im Sinne des sozialen Determinismus.

Ausdrücklich sei jedoch hervorgehoben, daß die gekennzeichnete Überschätzung der empirischen Soziologie keineswegs in gleichem Maße bei allen ihren Vertretern sich findet.

Charakter, Natur, wesentlicher Inhalt der neuen Wissenschaft werden sich leicht, sicher und vollkommen beurteilen lassen, wenn wir die geschichtliche Entwicklung der evolutionistischen Theorie für unser Gebiet und dementsprechend

**2. gewisse soziologische Schulen** — wenigstens die bisher wichtigsten — ins Auge fassen. Freilich besteht auch innerhalb dieser Gruppen durchaus keine Übereinstimmung in den Ansichten, Behauptungen, Lehren. Oft gilt da der Satz: *Quot capita, tot sensus!* Dennoch lassen sich hauptsächlich drei „Schulen“ unterscheiden<sup>2</sup>:

1. die intellektuelle Schule von August Comte;
2. die biologische Schule von Herbert Spencer;
3. die ökonomische Schule, die nach Karl Marx benannt zu werden pflegt.

Manche Ideen, mit denen die spätere Soziologie operiert, finden sich schon bei Saint-Simon<sup>3</sup>. Gleichwohl gilt Saint-Simon nicht als Begründer der Soziologie, wird vielmehr mit seinen Lehren deren Vorgeschichte zugeteilt. Er forderte bereits eine mehr genetische Auffassung des gesellschaftlichen Lebens in seiner Gesamtheit. Die neue Politik, die sich nicht auf eine Biographie der Macht beschränken, vielmehr den Gang und die Entwicklung der gesamten Zivilisation verfolgen sollte, müsse sich der Methode der Physik und der andern positiven Wissenschaften bedienen. Endziel der physiko-politischen Wissenschaft soll die Er-

<sup>1</sup> Loria, Die Soziologie 6.      <sup>2</sup> Ebd. 7.

<sup>3</sup> *Œuvres de Saint-Simon et d'Enfantin* (1865—1878). Vgl. G. Weil, *Saint-Simon et son œuvre* (1894). Muckle, *Henri de Saint-Simon. Die Persönlichkeit und ihr Werk* (1908).

kenntnis allgemeiner Gesetze der Entwicklung von Zivilisation und Gesellschaft sein. Die wichtigsten Neuerungen, welche Saint-Simon in die politische Betrachtung einführte, faßt Paul Barth<sup>1</sup> in folgender Weise kurz zusammen: 1. Die Politik ist eine positive Wissenschaft, d. h. eine Wissenschaft der Beobachtung, so positiv wie etwa die Physik. 2. Nicht die Staatsverfassung, sondern der gesamte Zustand der Gesellschaft ist ihr Gegenstand. 3. Es herrscht im Gange der Entwicklung des menschlichen Geistes eine feste Richtung, die in Bezug auf die Weltanschauung, von der Theologie durch die Metaphysik hindurch immer mehr zur positiven Wissenschaft, im praktischen Leben von kriegerischer Tätigkeit zu der friedlichen Arbeit führt. 4. Jede Stufe dieser geistigen Entwicklung, jedes philosophische System ist verbunden mit einem politischen System, das darauf gegründet ist. Daneben aber beruht jedes politische System auch auf einer bestimmten Ordnung des Eigentums und der Produktion, die eine bestimmte Klassenbildung zur Folge hat. 5. Saint-Simon gibt zum ersten Mal eine Skizze der Geschichte dieser Klassenbildung, wobei er sich auf Frankreich beschränkt, mit Seitenblicken auf England. 6. Er will so die Geschichte aus der Literatur in die Sphäre der Wissenschaft erheben.

Namentlich die Bemerkungen Saint-Simons über den Entwicklungsgang der Gesellschaft durch die drei Stadien: das theologische, metaphysische und positive, wie auch die Gegenüberstellung von militärischer und industrieller Gesellschaft, die Ableitung der politischen Erscheinungen von den wirtschaftlichen Faktoren, werden wir in den späteren soziologischen Systemen wiederfinden.

Als eigentlicher Begründer der Soziologie wird August Comte gefeiert. Von ihm erhielt die neue Wissenschaft ihren Namen.

**3. Die intellektuelle oder psychologische Schule Comtes<sup>2</sup>.** Der positivistische Charakter der Comteschen Denkweise, ihr Gegensatz zur Theologie und Metaphysik ist bekannt. Sie will durchaus reell sein, hat nichts zu tun mit abstrakten Anfangs- und Endursachen, sondern lediglich mit den gegebenen Tatsachen, die sie beobachtet, um die sie beherrschenden Gesetze zu finden. Das gilt insbesondere von der „Physique sociale“ oder der „Soziologie“<sup>3</sup>.

Um die Gesetze der menschlichen Gesellschaft festzustellen, unterscheidet Comte zwischen sozialer Statik und Dynamik. Erstere analysiert die Gesellschaft in ihrem stationären Zustande, die letztere in ihrer Bewegung. Diese, die Bewegung, ist nach Comte unaufhörlich und progressiv, das Gesetz des Fortschritts Grundgesetz der Soziologie.

Aus der sozialen Statik, sei hier nur folgendes hervorgehoben: In ihrem Bestand erscheint die Gesellschaft als die Frucht bestimmter, den Menschen an-

<sup>1</sup> Die Philosophie der Geschichte I 23.

<sup>2</sup> A. Comte, *Cours de philosophie positive* (1830); *Système de politique positive* (1851). Einen Auszug aus den sechs Bänden des *Cours de philosophie positive* (1830 bis 1842, <sup>5</sup> 1893/1894) bietet Kirchmann (1883). *Sur l'ensemble du positivisme* (1884), in deutscher Ausgabe von Roschlau. Der Positivismus in seinem Wesen und seiner Bedeutung (1894). *Système de politique positive etc.* deutsch von Valent. Dorn: Soziologie (Waentigs Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister VIII u. IX), 1907.

<sup>3</sup> Zum näheren Verständnis und für die kritische Beurteilung vgl. insbesondere Hermann Gruber, *Auguste Comte, der Begründer des Positivismus* (1889); *Der Positivismus vom Tode Comtes bis auf unsre Tage* (1891). Auch Gerhart v. Schulze-Gaevernitz, *Zum sozialen Frieden II* (1890) 6 ff.

geborener psychologischer Veranlagungen und Eigenschaften, die ihn zum gesellschaftlichen Zusammenleben führen: der Neigung des Menschen zur Verbindung mit seinesgleichen und des Wohlwollens. Andererseits gibt es in dem Menschen auch egoistische Neigungen, die dem gesellschaftlichen Leben zuwider sind. Daher der Antagonismus, der Kampf zwischen den altruistischen und den egoistischen Instinkten. Bestand der Gesellschaft wie ihre fortschreitende Entwicklung werden bedingt durch die Übermacht der altruistischen Instinkte über den reinen und absoluten Egoismus. Familie und Arbeitsvereinigung oder industrielle Kooperation, das sind die beiden großen Formen der Vergesellschaftung. Mit dem Individuum beschäftigt sich die Soziologie nicht. Denn es ist weder die soziale Zelle noch überhaupt Wirklichkeit, sondern eine bloße Abstraktion. Wirklichkeit kommt nur der Gesellschaft zu. Auch die Familie, nach Comte die soziale Zelle, wird von ihm der Sphäre der biologischen Untersuchungen zugeteilt. Sie bildet kein Objekt der Soziologie. Die industrielle Vereinigung zu gemeinsamem Zwecke bezeichnet der französische Philosoph als eine der fruchtbarsten Erfindungen, zugleich als Merkmal der Intelligenz. Narren vereinigen sich niemals. Aber die Arbeitsteilung, die mit jener Vereinigung verbunden ist, hat auch ihre Schattenseiten. Sie beschränkt die Freiheit, macht aus dem Menschen eine Maschine, ein Fragment, ertötet den Geist durch die Monotonie der Beschäftigung. Darum bedürfte es, um diesen schädlichen Einflüssen abzuweichen, der Errichtung einer geistigen Macht, welche den fragmentarisch gewordenen Menschen mit höheren und allgemeineren Ideen bereichere.

Bedeutsamer als die Statik ist in dem System Comtes die Theorie der sozialen Dynamik, das Studium der Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Als sekundäre Faktoren der Entwicklung bezeichnet Comte folgende drei: die Unlust, den Tod, das schnelle Wachstum der Bevölkerung. Was für die besitzlosen Klassen der Hunger, das ist für die Wohlhabenden die Unlust: ein Antrieb zur Tätigkeit, eine Anregung zu Erfindungen usw. Man nehme die Unlust weg, und viele große Werke hätten niemals den Fortschritt der Gesellschaft gefördert. Wären die Menschen andererseits unsterblich, dann fehlte der rege Wechsel in dem Streben, die stete Erneuerung, Erfrischung des Lebens und Wirkens, der Zusammenprall des konservativen Geistes der Alten mit den Neuerungsbestrebungen der Jungen. So ist also auch der Tod ein Faktor des Fortschrittes. Allerdings darf er nicht zu früh dem Leben sein Ziel setzen. Eine ephemere Flüchtigkeit des Menschenlebens würde jede Entwicklung, jeden Fortschritt im Keime ersticken. Das schnelle Wachstum der Bevölkerung endlich, das den Umlauf der menschlichen Generationen beschleunigt, fördert durch die Verschärfung des Kampfes der individuellen Bestrebungen die Lebhaftigkeit, Kraft, Schnelligkeit des Fortschrittes. Auch die radikalen Neigungen der niederen Volksschichten führen sich zum Teil auf die Einflüsse zurück, die sich bei früher Eheschließung aus dem rascheren Aufeinanderfolgen der Generationen ergeben<sup>1</sup>. Als Hauptursache der sozialen Entwicklung aber erscheint Comte die geistige Entwicklung. Der soziale Fortschritt ist ein Produkt des geistigen Fortschrittes, so zwar, daß den drei Stadien der geistigen Entwicklung auch drei Stadien der sozialen Entwicklung entsprechen: der theologischen Phase entspricht das militärische, der metaphysischen Phase das gesetzliche und der positiven Phase das industrielle Stadium. Wir können auf

<sup>1</sup> Loria, Die Soziologie 23 f.



die zum Teil willkürlichen Ausführungen dieser Gedanken hier nicht näher eingehen. Erinnert sei nur daran, daß Comte für das gegenwärtige Zeitalter die Ordnung umkehrt und statt der geistigen Faktoren die ökonomischen Beziehungen zur Hauptursache der Bewegung macht; die Entwicklung der Industrie bestimmt da die ästhetischen, wissenschaftlichen und militärischen Produkte, überhaupt die gesamte Lage und den Fortschritt der Gesellschaft. Er hofft jedoch für ein zukünftiges Zeitalter die Wiederbelebung der Allmacht des geistigen Elementes über die menschliche Kraft und den gesellschaftlichen Fortschritt.

Litré, de Roberty, de Greef, Lacombe u. a. hielten an der Comteschen Auffassung mehr oder minder fest. Der Gedanke, daß die Wissenschaft den Maßstab für die Entwicklung des Menschen darstelle, findet sich wieder in der „Sozialen Physik“<sup>1</sup> Quételets und in Buckles „Geschichte der Zivilisation in England“. Von andern Soziologen, die von psychologischen Erwägungen ausgehen, sei namentlich genannt Tarde<sup>2</sup>, der den Nachahmungstrieb für die Aufstellung soziologischer Gesetze verwertet. Giddings<sup>3</sup> versuchte ebenfalls der Soziologie eine mehr psychologische Grundlage zu geben. Vorwiegend individual-psychologischen Charakters sind insbesondere die Studien von Le Bon<sup>4</sup>, Patten, Tönnies<sup>5</sup>, Barth<sup>6</sup>, Simmel<sup>7</sup> u. a. Die Völker- und Massenpsychologie im Sinne von Lazarus, Steinthal, Wundt u. a. beschäftigt sich mit den allgemeinen Geisteserzeugnissen des gesellschaftlichen Lebens, mit Religion, Mythos, Sitte, Sprache usw. Die mehr praktischen Sozialprodukte, Recht und Wirtschaft, sollen nach Steinthal als Soziologie im engeren Sinne von der Völkerpsychologie getrennt werden. Doch kehren wir zu Comte zurück.

Maurice Defourny<sup>8</sup> faßt sein Urteil über die Originalität der Comteschen Gedankenreihen in den Satz zusammen: „Il est un arrangeur, non un créateur.“ Wichtiger erscheint die Frage: Was ist von seinem Werke geblieben? Der Name „Soziologie“, einige allgemeine Ideen — im übrigen eine „indigesta moles“ von lückenhaftem Stückwerk! Comte versprach, die menschliche Gesellschaft zum Gegenstand einer positiven Wissenschaft zu machen, die strenge Gesetzmäßigkeit in allen ihren Erscheinungen darzutun. Hat er sein Versprechen gehalten? Wer wollte das behaupten? Die soziale Statik ist über kurze, elementare Analysen der Familie, der Arbeitsteilung, der Autorität, des sozialen Organismus nicht hinaus-

<sup>1</sup> Essay de physique sociale (1835, <sup>2</sup> 1869; deutsch 1838).

<sup>2</sup> Les lois de l'imitation (1890, <sup>4</sup> 1904); La logique sociale (1894); Les lois sociales (1808). De Greef, Introduction à la sociologie (1886). G. Fleury, La sociologie positive et sa méthode selon M. G. de Greef (1909).

<sup>3</sup> The principles of sociology (1896).

<sup>4</sup> Psychologie des foules (1895, <sup>7</sup> 1906; deutsch 1908).

<sup>5</sup> Gemeinschaft und Gesellschaft (1887).

<sup>6</sup> Die Philosophie der Geschichte als Soziologie (1897).

<sup>7</sup> Soziale Differenzierung (1891). — F. Müller-Lyer (Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft I [1910]) ist Anhänger Comtes. Er bekennt sich zu einer umfassenden „autonomen Soziologie“: Die Menschheit kann dem Leben nur dadurch einen Sinn geben, daß sie selbst ihre Zwecke setzt. Er verwirft die Gesellschaftstheorien, die aus Naturvorgängen oder auf Grund von Analogien angebliche Gesetze ableiten: die organistische, biologische, kulturzoologische (an Darwin anknüpfende) und die mit letzterer verwandte Soziallehre Nietzsches.

<sup>8</sup> La sociologie positiviste, Auguste Comte (1902) 850 ff.

gekommen. Die soziale Dynamik aber weist keine Lehre auf, die heute nicht mehr oder minder als verlassen und preisgegeben gelten müßte. Immerhin erhebt sich A. Comte wenigstens durch die Berücksichtigung geistiger, psychologischer Kräfte der Entwicklung über so manche der späteren Soziologen. Auch sonst zeichnet sich seine Lehre noch durch ein gewisses Maßhalten aus. —

In Comtes Klassifikation der Wissenschaft — Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie, Biologie, Soziologie — geht die Biologie der Soziologie unmittelbar voraus. Jede frühere Wissenschaft aber erscheint ihm als logische Voraussetzung und notwendiges Hilfsmittel für die folgende, die Biologie somit für die Soziologie. Der Soziologe entnimmt der Biologie gewisse allgemeine Begriffe, so den Begriff der Entwicklung, der Spezialisierung der Organe, der Harmonie, der Solidarität; auch sind biologische Bedingungen der sozialen Evolution anzuerkennen und zu beachten. Aber Comte hütet sich im allgemeinen, die Analogie zwischen physischem und sozialem Organismus ins Extrem zu treiben. Die Entwicklung ist ihm nicht ein quasi-physiologischer Prozeß, und das bestimmte Gesetz der Evolution, das Gesetz der drei Stadien, kein biologisches, sondern ein erkenntnistheoretisches Prinzip. Über alle rein biologischen Einflüsse tritt bei ihm noch der Geist, der Verstand, die Erfindungskraft als Grundbedingung der Kultur und der sozialen Entwicklung. Die großen Erfolge der naturwissenschaftlichen Biologie veranlaßten dann aber einen freieren Positivismus, die biologische Seite der Soziologie weiter auszubilden. Zu den Vertretern der biologischen Soziologie zählen insbesondere Herbert Spencer, P. v. Lilienfeld, A. Fouillee, Rene Worms u. a. in seiner Weise Albert Schäffle. Letzterer zeichnet sich vorteilhaft vor andern Soziologen aus durch eine viel schärfere Betonung des Geistes und der geistigen Kräfte, der sozialen und ethischen Momente im Gesellschaftsleben. Er hat späterhin auch selbst zugestanden, daß er vordem nicht ohne einseitige Übertreibung die Analogie zwischen Organismus und Gesellschaft als ein heuristisches Prinzip verwertet habe.

**4. Die biologische oder organische Schule** von Herbert Spencer<sup>1</sup> stellt, unter Verwerfung der Lehre, daß der Geist die Entwicklung der Gesellschaft beherrsche, das biologische Element in den Vordergrund<sup>2</sup>. Die Biologie liefert das einheitliche Prinzip für die Erforschung der gesellschaftlichen Verfassung. Nicht mit Hilfe einer philosophischen Analyse der geistigen Schöpfung des Menschen, sondern durch das Studium des Lebens des Individuums selbst, der Gesetze

<sup>1</sup> Social statics (1868); Principles of sociology, deutsch von Vetter 1877; Descriptive sociology (1873); The study of sociology, deutsch von Marquardsen 1875; The Man versus the State (1884), Alb. v. Schäffle, Bau und Leben des sozialen Körpers, enzyklopädischer Entwurf einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirtschaft als sozialen Stoffwechsel, 4 Tle. 1875–1878 (2. Aufl., 2 Bde. 1896; Abriss der Soziologie, herausgegeben von Bücher (1906), P. v. Lilienfeld, Gedanken über eine Sozialwissenschaft der Zukunft (1873); Zur Verteidigung der organischen Methode in der Soziologie (1898), R. Worms, La sociologie (1893); Organisme et société (1895), Barths Artikel über Spencer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup> 673 ff., Herm. Gruber, Der Positivismus vom Tode Comtes bis auf unsre Tage 1891 10 ff., 27 f., 111 ff., F. Tönnies, Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch XXIX 30–31, Lester F. Ward, Reine Soziologie, deutsch von Unger (1907).

<sup>2</sup> Maßvoller als bei den modernen Organizisten wie Lilienfeld, Worms usw.

seines physischen Organismus, muß die soziale Statik und Dynamik erforscht werden. Dabei handelt es sich in dieser Auffassung keineswegs lediglich um richtig behandelte Analogien zwischen dem physischen Organismus und dem moralischen Organismus der Gesellschaft, nein, es wird eine fast vollkommene Übereinstimmung vorausgesetzt. Dieselben Bildungsprinzipien sind maßgebend für die Entwicklung der physisch-organischen und der sozialen Körper. Diese Übereinstimmung zeigt sich nicht nur in der progressiven Differenzierung der Organe auf den verschiedenen Entwicklungsstufen, sondern ebenso sehr in der Übereinstimmung der Funktionen der Organe, in dem Zusammenwirken dieser Funktionen und der durchgängigen Abhängigkeit der einzelnen Teile voneinander, der innigsten Solidarität zwischen den unterschiedenen und spezialisierten Organen.

Wir können und wollen hier nicht verweilen bei der genauen Wiedergabe des Vergleiches zwischen dem exodermen Gewebe, dem innerhalb des sozialen Organismus die Klasse der Krieger und Richter entspricht, dem endodermen Gewebe und der landwirtschaftlich-industriellen Klasse, dem mesodermen Gewebe und der kommerziellen Klasse. Ebenso tendenziös erscheint schon auf den ersten Blick das Bestreben der Spencerschen Schule, Merkmale der Übereinstimmung zu finden zwischen den Gesellschaften der Biber, Ameisen, Bienen und den Anfangsstufen der menschlichen Gesellschaft. Bekannt ist ferner, wie die biologische Schule aus der Schilderung des Lebens der Menschen in den Urwäldern Amerikas, Afrikas und Australiens zur Erkenntnis der Urzustände durch kühne Schlußfolgerungen emporzusteigen versucht hat usw. Der Fortschritt bewegt sich auch nach Spencer in der Richtung vom militärischen zum industriellen Zustand. Je mehr die Gesellschaft von dem ursprünglichen Zustand kriegführender Horden sich entfernt, um so näher kommt sie jener heute noch in weiter Ferne liegenden Form des sozialen Lebens, in welcher der einzelne frei und sicher im Schutze des universalen Friedens seine wirtschaftliche Tätigkeit entfalten wird usw.

Für die Nationalökonomie von größerer, auch praktischer Bedeutung ist die Auffassung von der Art und Weise des Fortschrittes, der Hauptfaktor der sozialen Dynamik in Spencers Lehre, seine Forderung der Freiwirtschaft auf Grund biologisch-soziologischer Sätze von der natürlichen Auslese im Kampf ums Dasein<sup>1</sup>, vom Untergange der minderwertigen Formen als der Bedingung des gesellschaftlichen Fortschrittes. Gothein<sup>2</sup> meint hierzu, die freiwirtschaftliche Forderung sei für Spencer weniger das Ergebnis als der von vornherein feststehende Zielpunkt seiner Forschungen gewesen: Spencer „will nämlich überall zu der Vernunftgemäßheit des landläufigen englischen Individualismus gelangen. Unter diesem mehr oder minder bewußten Zwange stehen sowohl seine Vernunftschlüsse wie seine Auslese der Tatsachen. So dürftige Abstraktionen wie „industrieller Geist und militärischer Geist“, die nun auf alle erdenklichen Erscheinungen der Geschichte und der Gegenwart als nie versagendes Reagens angewendet werden... sind nicht einmal — Metaphysik“.

<sup>1</sup> Vgl. Jentsch, Sozialauslese (1898). Tönnies, Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch XXXI (1907) 487 ff. Albert Hesse, Natur und Gesellschaft (1904).

<sup>2</sup> Artikel „Gesellschaft“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>8</sup> 695.



Gumplowicz<sup>1</sup>, Ammon<sup>2</sup>, Ratzendorfer<sup>3</sup>, Kidd<sup>4</sup> u. a. haben dann noch in ihrer Art Darwins Lehre von der natürlichen Auslese zur Erklärung und Lösung der sozialen Probleme verwertet.

Nur eine ganz kurze Bemerkung über den Wert und die Bedeutung der auf sozialtheoretischem Gebiet so reichlich verwendeten Analogien mit der Körperwelt sei hier gestattet. „Man kann die mechanische Bewegung der Materie“, sagt Faßbender<sup>5</sup>, „in Vergleich stellen mit der Änderung von Ideen und Willensäußerungen einer Menschenmenge, das Beharrungsvermögen der materiellen Körper mit dem Selbstbehauptungstrieb der Parteien und sozialen Gruppen. Anziehung und Abstoßung bei physikalischen Vorgängen mit Liebe und Haß unter den Menschen, die Ausdehnung gasförmiger Massen mit der Ausbreitung der politischen und wirtschaftlichen Macht der Völker, die Wellenbewegung von Wasser und Luft mit der Fortpflanzung von Anschauungen und Ideen durch Überlieferung und Nachahmung (Lexis). Solche Einordnung von Einzelercheinungen unter allgemeine Kategorien kann recht nützlich sein für die Forschung in ähnlichem Sinne wie die sog. Chrie oder die Topik für die Invention des Schriftstellers: was damit aber für die Erklärung der Kausalität der sozialen Erscheinungen gewonnen sein soll, ist schwer einzusehen. Wenn man sogar so weit gegangen ist mit der Aufzählung von sozialen Schichten, Organen, Segmenten, Gefäßen, motorischen Zentren, Nerven und Ganglien, daß man den sozialen Schenkel, den sozialen Sympathikus, die soziale Lunge, das soziale Gefäßsystem beschrieben und die Betrachtung auch auf die pathologische Anatomie ausgedehnt hat, und, wie Loria-Heiß von einem Professor der Sorbonne erzählt, sogar das verfettete Nervengewebe des sozialen Körpers entdeckt hat“, so geben solche Parallelen ebensowenig eine Einsicht in die wirkliche Genesis der sozialen Verhältnisse, wie sie einen Anhalt für die Beurteilung zukünftiger Zustände gewähren. Andererseits gehört mit Recht die Idee von dem organisch geordneten Charakter der Gesellschaft im allgemeinen doch wieder zu den Axiomen der christlichen Gesellschaftslehre, woraus sich auch der Begriff der Sozialpolitik im christlichen Sinn als der Lehre von den Beziehungen der öffentlichen Gewalt zu den einzelnen Berufsständen und der Gestaltung von deren gegenseitigen Beziehungen mit Rücksicht auf die allgemeine Wohlfahrt ergibt.“

In ähnlicher Weise beurteilt Lexis<sup>7</sup> die soziologischen Übertreibungen der Analogie zwischen der Gesellschaft und dem einzelnen lebenden Organismus, wie sie sich bei Spencer, auch Schäffle, bei P. v. Lilienfeld und R. Worms finden. Von der „organischen Methode“, deren Anwendung nach v. Lilienfeld<sup>8</sup> die Existenz der Soziologie bedingt, sagt er: „Sie kommt nicht über Abstraktionen hinaus, in denen das Spezifische der Erscheinungen der beiden verglichenen Reihen fallen gelassen ist. Man kann ja beiderseits von Differenzierung der Organe und Arbeitsteilung, von Kapitalisierung und Auslösung von Energien,

<sup>1</sup> Grundriß der Soziologie (1885); Soziale Essays (1899).

<sup>2</sup> Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen (1895).

<sup>3</sup> Soziologie (1907). <sup>4</sup> Sozialevolution (1895).

<sup>5</sup> Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup> 104 f.

<sup>6</sup> Auch v. Below spottet über gewisse Entgleisungen der „organischen Staatslehre“, „die sich glücklich schätzte, einen Punkt im ‚Staatskörper‘ mit dem menschlichen Nabel vergleichen zu können“ (Histor. Zeitschrift LXXXI [1898] 254 f.).

<sup>7</sup> Artikel „Soziologie“ in Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 898.

<sup>8</sup> Zur Verteidigung der organischen Methode (1898).

von embryonalen Zuständen und Entwicklung reden und manche Parallele geistreich durchführen, aber eine neue Einsicht in den konkreten Zusammenhang der gesellschaftlichen Erscheinungen erhalten wir dadurch ebensowenig, als wir befähigt werden, den künftigen Verlauf der Dinge auf einem bestimmten Gebiete vorauszusehen. Der Mensch steht nicht in der physiologischen Abhängigkeit von der Gesellschaft wie die einzelne Ameise oder Biene von ihrem „Staat“<sup>1</sup>. Noch weniger ist die menschliche Gesellschaft wirklicher Organismus im Sinne der Zoologie, und die Menschen verhalten sich in ihr nicht wie Zellen, schon deshalb nicht, weil ihr die strenge, das Ganze beherrschende Einheit eines solchen fehlt, vermöge welcher alle Teile miteinander in steter enger Wechselwirkung stehen, jede Lebensäußerung des Ganzen durch das Zusammenwirken aller Teile bedingt ist und umgekehrt auf alle Teile zurückwirkt. Vor allem aber sind die Beziehungen, die zwischen den Menschen in einer Gesellschaft bestehen, ihrem ganzen Wesen nach von den zwischen den Zellen eines Organismus obwaltenden verschieden: es sind nicht physikalische, chemische oder physiologische Kräfte, sondern Erregungen des Geistes oder des Willens, Empfindungen von Bedürfnis und Befriedigung, Lust und Unlust, Haß und Liebe, und unser ganzes Interesse am gesellschaftlichen Leben beruht gerade darauf, daß ihm diese spezifisch menschlichen Triebfedern zu Grunde liegen. . . . Scheidet man aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang das psychologische und bewußte Element aus, wie es durch die Parallelisierung mit dem Leben eines Organismus tatsächlich geschieht, so verliert die Soziologie gerade das, was sie zu einer besondern und selbständigen Wissenschaft machen kann.“

Kurz, diese ganze biologische und ethnologische Soziologie reicht nicht hinauf bis zum Menschen als Menschen, als vernünftigem, freiem, sittlichem Wesen! Mit der einfachen Übertragung naturwissenschaftlicher Begriffe (Zelle bei Spencer, Anatomie, Physiologie bei Schäffle usw.) auf den Menschen und seine geschichtliche Entwicklung ist darum für das wissenschaftliche Verständnis wenig oder nichts gewonnen — eher vieles verdorben und verloren<sup>2</sup>, speziell der heuristische Wert einer richtig durchgeführten Analogie.

Immerhin wird das reiche ethnologische Material, welches der Forscherfleiß der Spencerschen Schule (Maine, Tylor, Morgan, Laveleye, Letourneau, Gobineau, Steinmetz, Achelis, Vierkandt, L. Stein u. a.) aufgehäuft hat, auch in Zukunft, trotz notwendiger Korrekturen<sup>3</sup>, manchen lehrreichen Aufschluß geben

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Erich Wasmann S. J., Vergleichende Studien über das Seelenleben der Ameisen und der höheren Tiere<sup>2</sup> (1900); Das Gesellschaftsleben im Tierreich 5 ff, 13, gegen Büchner (Geistesleben der Tiere 52), Cognetti de Martiis (Le forme primitive nella evoluzione economica [1881]) u. a.

<sup>2</sup> Vgl. A. Wagners treffliches Urteil „Grundlegung“ 459. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß auch unter den neuesten Soziologen jene Auffassung ihre Gegner findet. A. Eleutheropoulos z. B. (Soziologie, 6. Teil der Sammlung „Natur und Staat“ [1904]) benutzt freilich die zoologische Analogie, ohne jedoch die Methode der Organizisten anerkennen zu wollen. Er ist Evolutionist, sucht aber die Erkenntnis der Gesellschaft lediglich aus der Betrachtung der Gesellschaft zu gewinnen, nicht der Naturwissenschaft zu entlehnen.

<sup>3</sup> Um die genauere Erforschung der ethnologischen Tatsachen haben sich neuerdings die Patres der Steyler Kongregation (Schmidt, Koppers insbesondere) die größten Verdienste erworben (besondere ethnologische Zeitschrift).

können über den Charakter der verschiedenen Völker und die Eigenart ihrer sozialen Institutionen.

**5. Die ökonomische Schule** oder die Soziologie auf wirtschaftlicher Grundlage im Sinne der Marx-Engels'schen Theorie. Ihr zufolge empfangen die sämtlichen sozialen, politischen und geistigen Lebensprozesse ihre Bestimmung und Gestaltung durch die Ökonomie, die Produktionsverhältnisse. Der Irrtum dieser Lehre springt sofort in die Augen, da die Produktionskräfte, die hier als das in letzter Linie bestimmende Moment der Entwicklung erscheinen, selbst schon das Erzeugnis auch der ideellen Triebkräfte im Menschen sind, ja alle treibenden Kräfte des geistigen und kulturellen Lebens umspannen und voraussetzen<sup>1</sup>. Die genauere Darlegung und Kritik der ökonomischen Soziologie erfolgt an anderer Stelle bei der Besprechung des Marxistischen Sozialismus.

**6. Rückblick.** Überschaun wir die verschiedenen Schulen der modernen Soziologie und die wissenschaftlichen Leistungen ihrer Anhänger, so können wir nicht umhin, dem Eifer und dem Fleiße, der hier sich kundgibt, die gebührende Anerkennung zuteil werden zu lassen. Auch besitzen wir volles Verständnis für die außerordentliche Schwierigkeit des Bestrebens, jenes überaus reiche Material, das Anthropologie und Ethnographie, Paläontologie und vergleichende Sprachforschung, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, vergleichende Rechts-, Sitten- und Sagenkunde im letzten Jahrhundert aufgehäuft haben, übersichtlich zu gruppieren, in einer besondern Disziplin zusammenzufassen, welche sich mit der Gesamtheit der sozialen Tatsachen in ihrem Zusammenhange beschäftigt. Wir wollen ferner nicht behaupten, daß alle jene mühevollen Arbeiten ohne jeden Nutzen geblieben. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: die neuere Völkerkunde hat sich das unbestreitbare Verdienst erworben, sagt Wilhelm Schneider<sup>2</sup>, zwei Illusionen zu zerstören: den Rousseauschen Traum vom ungetrübten Menschheitsideal auf entlegener Insel oder in einsamer Wildnis, anderseits den Glauben deszendenzfreundlicher Phantasten an affenartige Menschenhorden im dunkeln Erdteil. „Sowohl das unschuldige ‚Naturkind‘, in welchem Rousseau und seine kulturüberdrüssigen Adepten den Idealmenschen erträumten, als ‚jene affenartige Horde‘, in welcher erst der wirklich und beharrlich aufrechte Gang statt des watschelnden oder halb vierfüßigen der höheren Affen Mode wurde<sup>3</sup>, sind für immer in das Reich der Fabel verwiesen.“ Auch positiv wurde unser Wissen durch die Forschungen der Soziologen zweifelsohne in mannigfacher Hinsicht bereichert. Die kühnen Erwartungen freilich, welche manche Soziologen für ihre universale Wissenschaft hegten, haben sich nicht erfüllt. Der Mangel an gründlicher philosophischer Schulung des Geistes rächte sich schwer und konnte am allerwenigsten durch eine affektierte Verachtung der Philosophie überwunden oder ersetzt werden. An die Stelle gediegener wissenschaftlicher Forschung, die stets vorsichtig macht, trat nur zu oft eine außerordentliche und wachsende Vorliebe für willkürliche Konjekturen, Analogien, Mißdeutungen, Mißverständnisse, Verallgemeinerungen, haltlose Schlußfolgerungen. „Vorerst tummelt sich die junge Wissenschaft wie ein munteres Füllen“, meint Ludwig Stein in einer Besprechung der Eiserschen „Sozio-

<sup>1</sup> Vgl. Histor. Vierteljahrsschrift V (1902) 242.

<sup>2</sup> Die Naturvölker I (1885) III 6.

<sup>3</sup> David Fr. Strauß, Der alte und der neue Glaube (1872) 199.



logie“<sup>1</sup>. „Sie schlägt mutwillig rechts und links aus, unbekümmert um An- und Aberkennung... Freuen wir uns, daß es in unsrem durch und durch kritischen Wissenschaftsbetrieb noch ein Fleckchen gibt, wo man auf jugendlichen Überschwang und zuversichtliche Hoffnungsfreudigkeit stößt, wo man den immer seltener werdenden, ebendarum aber um so erfrischenderen Mut zur Naivität antrifft.“ Wird aber die Soziologie heute für höchst „unreif“ erklärt, so leitet Achille Loria<sup>2</sup> daraus sogar einen Beweis und eine günstige Vorbedeutung ihrer zukünftigen Größe her: alle großen und schönen Dinge entstehen ja „vor der Zeit“. Der Umstand, daß eingestandenermaßen „noch nicht eine Linie Wahrheit erreicht sei“, über welche die Soziologen unter sich einig geworden, erscheint Loria geradezu als ein Vorzug seiner Wissenschaft<sup>3</sup>. Indem er mit Geringschätzung auf jene Disziplinen hinweist, in denen größere Übereinstimmung der Ansichten herrscht, ruft er mit gewiß aufrichtiger Tragik aus: „Wehe, wenn die Wissenschaften zu Begräbnisstätten des Gedankens werden, an denen Dogmen-gerippe hängen, während sie still die entmannte Kritik weniger Glossatoren benagt.“<sup>4</sup> Ist aber nicht gerade diese verkehrte Soziologie zur Grabstätte des Gedankens geworden? Und bleibt nicht zu befürchten — sofern man beachtet, wie die Größen der jungen Wissenschaft sich gegenseitig selbst zerfleischen —, daß hier seitens der Kritik von dem schmackhaften Gerichte nicht einmal gerade viel für die Glosse übrig gelassen werde<sup>5</sup>. Behaupten wir damit etwa zu viel? Man versuchte es mit den „Gesetzen“ der Entwicklung, womöglich im Sinne der Naturgesetze, häufte Details in rastlosem Schaffen auf. Aber es mangelte die Verschmelzung, der höhere Standpunkt, das universale Prinzip, um das bunte Vielerlei zur Einheit der Wissenschaft zu verbinden. „Gegenüber den kecken Zuspitzungen und raschen Verallgemeinerungen fehlte es nicht an einer überlegenen Kritik, welche besonnen und klar sowohl genau festzustellen suchte, in welchem Sinne überhaupt von Gesetzen auf diesem Gebiete (der Soziologie) die Rede sein kann, als wo die Grenzen dieser Gesetze liegen.“<sup>6</sup> Und was sagte diese Kritik zu den „soziologischen Gesetzen“? Daß jene Gesetze, sowohl des Beharrungszustandes wie der Entwicklung, zum mindesten von sehr zweifelhafter Bedeutung, „im wesentlichen nur sehr allgemeine Abstraktionen sind, durch die man eigentlich nichts Neues über die Wirklichkeit erfährt“<sup>7</sup>. Die Hypo-

<sup>1</sup> In Zeitschrift für Sozialwissenschaft VI (1903), Hft 11, S. 738. „In der Soziologie ist von irgendwelcher Einheitlichkeit in Ziel, Methode und Grenzen des Arbeitsgebietes heute weniger denn je die Rede. Das alte Spottwort, es gebe in ihr ebenso viele Systeme wie Soziologen, muß man sich noch immer gefallen lassen“ (L. v. Wiese, Neuere soziologische Literatur, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXI [1910] 883). Seit 1922/23 sind die Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie<sup>2</sup> offizielle Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Soziologie geworden.

<sup>2</sup> Die Soziologie 13. . . <sup>3</sup> Ebd. 11.

<sup>4</sup> Ebd. 12. Über Franz Oppenheimers „System der Soziologie“ I (erster Halbband) (1922) urteilt L. v. Wiese: wir seien damit „keinen Schritt vorgekommen“ (Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie, Hft 1 [1923] 73).

<sup>5</sup> Vgl. die trefflichen Bemerkungen von H. U. Kantorowicz in der Besprechung der „Sociological Papers. Published for the Sociological Society“ (1905), in Schmollers Jahrb. XXIX (1905) 333.

<sup>6</sup> Rudolf Eucken, Die Grundbegriffe der Gegenwart<sup>2</sup> (1893) 186.

<sup>7</sup> Lexis, Artikel „Soziologie“, in Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 895.

these von der „Einheit des Gesetzes“<sup>1</sup> in der anorganischen, organischen und sozialen Welt wurde von der Naturwissenschaft selbst abgelehnt. Der Versuch der Soziologen, sich auf naturwissenschaftlichem Feld einzunisten, ist fehlgeschlagen, hat sogar schließlich den Spott herausgefordert. Um der Universalität spekulativer Wissenschaft zu entrinnen, begnügte man sich mit Plattheiten, ganz allgemeinen Kategorien ohne wissenschaftlichen Wert, ja ohne den Dienst einer klaren Veranschaulichung soziologischer Fragen und Probleme.

Kurz, solange die moderne Soziologie sich nicht mehr beschränken und bescheiden kann als bisher, solange sie sich nicht von den unbewiesenen Voraussetzungen und Dogmen einer evolutionistischen Weltanschauung auf monistischer Grundlage<sup>2</sup> emanzipiert und in aller Aufrichtigkeit auf den Boden der realen Wirklichkeit stellt, bleibt sie im wesentlichen zur Unfruchtbarkeit verurteilt.

**7. Frage nach der Möglichkeit einer empirischen Soziologie.** Unsere Meinung ist kurz folgende:

1. Die Soziologie im Sinne der großen Zahl bisheriger Soziologen, d. i. als positive Wissenschaft, welche eine streng naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeit in allen Beziehungen und Erscheinungen des menschlichen Gesellschaftslebens nachzuweisen versucht, ist unmöglich wegen der Unmöglichkeit ihres Gegenstandes.

2. Die Soziologie als universale, zusammenfassende Wissenschaft des Ganzen der geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit wird mit nicht geringen Schwierigkeiten kämpfen müssen wegen der großen Ausdehnung ihres Gegenstandes, dessen Behandlung überdies seiner Natur nach für die verschiedenen Gebiete eine besondere Vorbildung voraussetzt.

3. Die absolute Möglichkeit einer empirischen und geschichtlichen Durchforschung gesellschaftlicher Beziehungen und Erscheinungen unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenhanges derselben mit dem Ganzen des sozialen Geschehens wollen wir jedoch nicht bestreiten<sup>3</sup>.

Vor allem bedarf es freilich hierfür der Einigung über den Begriff „Soziologie“, wenn auch Kantorowicz „die berühmte Frage: Was

<sup>1</sup> Carey, Einheit des Gesetzes in der Natur- und Sozialwissenschaft, übersetzt von Stöpel (1898).

<sup>2</sup> Vikt. Cathrein, Die moderne evolutionistische Weltanschauung in ihren Konsequenzen, in Stimmen aus Maria-Laach LXIV (1903) 164 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Faßbender im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup> 107; L. F. Ward, Sociologie pure (1906). Le mouvement sociologique international, 8<sup>e</sup> année, no 1, mars 1907; Cyr. van Overbergh, La documentation en matière de sociologie générale 5 f. Ausführlich wird der Gegenstand der „Sociologie“ von L. F. Ward behandelt. Er will nicht behaupten, daß die Soziologie bereits etabliert sei, vielmehr befinde sie sich erst auf dem Wege dazu. So auch Eduard Westermarck, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft X 1907: 160: „Diejenigen, die sich für Soziologie interessieren, müssen wissen, daß die Soziologie erst im Entstehen begriffen ist. Doch, wenn man sich ihr richtig widmet, dann wird sie sich zweifellos rasch entwickeln.“ Felix Somló Zur Gründung einer beschreibenden Soziologie [1909] fordert eine groß angelegte deskriptive Soziologie, um zu einer mehr systematischen und ausgedehnteren Kenntnis des soziologischen Tatsachenmaterials zu gelangen. Vgl. auch die Bemerkungen Hans Delbrücks

ist Soziologie?“ für „unbeantwortbar“ hält<sup>1</sup>. Tatsächlich gibt es ja leider für die Gelehrten in dieser Hinsicht bis heute nur sehr verschiedene „Standpunkte“ und „Richtungen“.

Auch wenn das Objekt der Soziologie in brauchbarer Weise umschrieben wäre, so würde doch mit der Anweisung des besondern Forschungsgebietes die Berechtigung der Soziologie, als selbständige Wissenschaft zu gelten, noch nicht praktisch erwiesen sein. Es muß sich zuerst herausstellen, was denn auf jenem Gebiete tatsächlich geleistet werden kann und geleistet wird. Da findet Diltheys Wort Anwendung: Im ganzen gleicht die Frage, ob irgend ein Teilinhalt der Wirklichkeit geeignet sei, von ihm aus bewiesene und fruchtbare Sätze zu entwickeln, der Frage, ob ein Messer, das vor mir liegt, scharf sei. Man muß schneiden! Eine neue Wissenschaft wird konstituiert durch die Entdeckung wichtiger Wahrheit, aber nicht durch die Absteckung eines nicht okkupierten Terrains in der weiten Welt von Tatsachen. Wir werden daher vorläufig unsre Belehrung noch zum großen Teil von verschiedenen Spezialdisziplinen und Einzeluntersuchungen zu erwarten haben, die das gesellschaftliche Leben nach der einen oder andern Seite hin (vgl. Riehl, Freytag, Le Play, Buckle, Mommsen, Friedländer, Wallon, Verein für Sozialpolitik usw.) durchforschen<sup>2</sup>. „Wachsende Ausdehnung und Vervollkommnung der Einzelwissenschaften ist jedenfalls besser als eine unklare und verschwommene einzige große Sozialwissenschaft oder Soziologie“! (A. Wagner.)

Sehr übel steht der empirischen Soziologie die bis heute noch zur Schau getragene Verachtung der philosophischen Gesellschaftslehre

---

im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie IV (1911) 208 f.; über Simmels Soziologie die Ausführungen Masaryks in Zeitschrift für Sozialwissenschaft XII (1909) 600 ff.; Koigens im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXI (1910) 908 ff.; ferner Hans Kelsen, Über Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode (1911). Lediglich mit dem Verhältnis des Individuums im nichtorganisierten individuellen Verkehr beschäftigt sich Émile Waxweiler, Esquisse d'une sociologie (Institut Solvay; 1906).

<sup>1</sup> Verhandlungen des ersten deutschen Soziologentages 1910 (Schriften der deutschen Gesellschaft für Soziologie I [1911] 277). A. D. Xénopol meint in seinem Werke „Les principes fondamentaux de l'histoire“ 1899, die Soziologie möge sich auf die Wiederholungsvorgänge (phénomènes coexistants) beschränken, d. h. auf die Untersuchung jener Vorgänge, die keine Veränderungen zeigen, wenn wir sie an diesem oder jenem Orte, zu dieser oder jener Zeit beobachten. Die Geschichte dagegen habe es mit sukzessiven Tatsachen (phénomènes successifs) zu tun, die sich im Laufe der Zeit verändern. Zu beachten bleibt dabei, daß nur das metaphysisch Allgemeine und das physisch Notwendige im Menschenleben unverändert wiederkehrt, die konkrete, geschichtliche Verkörperung dagegen auch bei Wiederholungsvorgängen mancherlei Veränderungen zuläßt und aufweist. Im übrigen scheint uns Xénopols Vorschlag doch eher die Existenzberechtigung verschiedener positiver soziologischer Disziplinen als die einer einzigen universalen Soziologie zur Diskussion zu stellen.

<sup>2</sup> Auch die Deutsche Soziologische Gesellschaft (begründet von Max Weber, Simmel, Tönnies, Sombart u. a.) nahm diesen Standpunkt ein.



an. Ohne Zweifel gewinnt aber auch die philosophische Soziologie durch gebührende Beachtung der tatsächlichen Ergebnisse empirischer Durchforschung des Gesellschaftslebens. Schon allein die Stärkung echt realistisch-geschichtlicher Auffassung, die Erkenntnis, daß mit der Entwicklung abstrakter Prinzipien noch nicht alles erreicht ist, und daß die Anwendung der Grundsätze das konkrete, geschichtliche Milieu stets zu berücksichtigen hat, wird für die philosophische Gesellschaftslehre von großem Werte sein. Dann aber — diesen richtigen geschichtlichen Takt vorausgesetzt — haben wir denn doch von der theoretischen Gesellschaftslehre wertvolle universale Belehrung zu erwarten.

Auch Tönnies<sup>1</sup> unterscheidet in seiner Weise zwischen der deduktiven, philosophischen und der induktiven, empirischen Soziologie. Die theoretische Soziologie beruht auf einem rationellen Verfahren: ihr Gegenstand seien Begriffe des sozialen Lebens, sozialer Verhältnisse, sozialer Willensformen und sozialer Werte. Zwischen dieser theoretischen Soziologie und der Ethik bestehe ein wesentlicher Zusammenhang. Für die empirische Soziologie handle es sich dagegen nicht um Begriffe: sie richte ihren Blick nur auf Einzeltatsachen und setze sich aus unzähligen einzelnen Forschungsergebnissen zusammen. Dementsprechend sehe sie auch von jeder ethischen Rangordnung ab.

Wundt<sup>2</sup> glaubt vor der Gefahr warnen zu müssen, daß die philosophische Soziologie den positiven Sozialwissenschaften (Ethnologie, Demologie bzw. Statistik, Staatswissenschaft) gegenüber nicht etwa in die nämliche unhaltbare Stellung komme, wie sie die Geschichtsphilosophie der Universalgeschichte gegenüber einnehme: „Gerade so wenig wie jene Geschichtsphilosophie, die nichts anderes als eine von philosophischen Bemerkungen begleitete Weltgeschichte ist, neben der wirklichen Geschichte auf eine selbständige Aufgabe Anspruch erheben kann, gerade so wenig ist das bei einer Soziologie der Fall, die im einzelnen nichts bietet als einen allgemeinen Abriß der schon bestehenden allgemeinen Sozialwissenschaften, je nach Umständen mit besonderer Bevorzugung der einen oder andern unter ihnen und mit hinzugefügten allgemeinen Ergebnissen.“ Allein diese Ausführungen richten sich doch nur gegen eine bestimmte Art sog. „philosophischer“ Soziologie, jene nämlich, welche auf die zur Domäne der Einzelwissenschaften gehörigen Tatsachen gerichtet ist und zugleich die Tendenz verbirgt, diese Tatsachen „willkürlich“ nach frei gewählten Gesichtspunkten zu verbinden. Eine philosophische Behandlung der von den Einzelwissenschaften stillschweigend vorausgesetzten allgemeinen Begriffe und Prinzipien hat aber auch dem Leipziger Philosophen zufolge „ihr gutes Recht“. Ebenso wenig läßt sich eine Geschichtsphilosophie abweisen, die, statt von „willkürlichen“ Voraussetzungen auszugehen, auf gediegener wissenschaftlicher Grundlage und Beweisführung sich aufbaut.

Zum Schluß sei noch einmal betont, daß wir die Möglichkeit einer empirischen Soziologie nicht in Abrede stellen wollen. Aber diese Soziologie sollte dann auch wirklich empirisch sein und bleiben. Ihre

<sup>1</sup> Wege und Ziele der Soziologie, in Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie I (1911) 17 ff.

<sup>2</sup> Logik II: Methodenlehre, 2. Abtlg.<sup>2</sup> (1895) 446 f.

Grundlagen liegen in der Ethnologie, wobei vorurteilsfrei alles zu verwerten ist, was die ethnologischen Forschungen an wirklichen Ergebnissen bieten, anderseits nichts als ethnologisch erwiesen hingestellt werden darf, was die Ethnologie zu erweisen außerstande ist<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Nicht nur die französische Soziologie hat hiergegen gefehlt: „Die Lehre, daß jede Lebensform ein Glied in einer Entwicklungsreihe ist, die sich unabsehbar durch Vergangenheit und Zukunft dehnt“, bemerkt ironisch Ernst Grosse (Die Formen der Familie und die Formen der Wirtschaft [1896] 1 f.), „hat uns so vollständig aus der Knechtschaft unsrer alten Dogmen befreit, daß uns kaum etwas anderes übrig blieb, als sie selbst zur allein berechtigten Anschauung, zum Dogma zu erheben. Wie man sich früher über eine Erscheinung dadurch zu beruhigen pflegte, daß man sie in dem sichern Schubfache einer Spezies unterbrachte, so sieht man jetzt jedes Ding vornehmlich darauf an, ob es sich zur Ausfüllung einer Lücke in irgend einer Entwicklungsreihe eigne. Besonders die Soziologie hat das Vorrecht ihrer Jugend benützt, um der Entwicklungsidee eine Herrschaft einzuräumen, die, wenigstens in einigen Köpfen, fast jede andere ausschließt. Man hat ihr schon beinahe alles geopfert, was in dem weiten Gebiet unsrer Wissenschaft zu finden ist: Werkzeuge, Waffen, Wohnungen, Sitten, Gesetze, Staatsformen, Religionssysteme; alle diese und noch viele andere Dinge sind zu wohlgefügteten Entwicklungstreppe aufgetürmt, auf denen die Forschung leicht und schnell zu der höchsten Erkenntnis aufsteigt.“ Geschichte und Völkerkunde boten hierfür das Material. Aus der Entwicklungsgeschichte wurde Entwicklungsroman. Wahrheit und Dichtung in der „Theorie“ zur Einheit verbunden: „Man nahm sich kaum die Zeit, die Funde im einzelnen zu prüfen; denn vor allem mußten sie natürlich zur Ehre der herrschenden Idee verwertet werden. Unter der Menge von Entwicklungsgeschichten, die während der letzten Jahrzehnte aus diesen Materialien erbaut worden sind, ragt über alle andern die Theorie hervor, welche Morgan in seinem Werke ‚Ancient Society‘ aufgestellt hat. Ihr Ruhm ist über den Kreis der Fachgenossen, wo sie überall lebhaften Beifall oder Widerspruch erweckte, so weit hinausgedrungen, daß sie dem amerikanischen Soziologen am Ende sogar einen Ehrenplatz unter den Kirchenvätern der deutschen Sozialdemokratie erobert hat. Morgans Theorie ist dieses breiten Erfolges vollkommen würdig; sie empfiehlt sich dem Publikum ebenso sehr durch ihre Kühnheit wie durch ihre Einfachheit. Morgan geht von der Überzeugung aus, daß die Kulturformen, welche die zivilisierten Völker in der Vergangenheit überwunden haben, in den Kulturformen der verschiedenen niederen Völker erhalten sind. Man braucht die in der Erfahrung gegebenen Kulturformen also nur richtig anzuordnen, und man hat die Bahn, welche die Menschheit fortschreitend durchmessen hat, von Anfang bis zu Ende vor Augen. Das Prinzip dieser Anordnung kann selbstverständlich kein anderes als die Idee der Entwicklung sein; Entwicklung ist aber selbstverständlich nichts anderes als der Fortschritt vom Niederen zum Höheren, von der Wildheit zur Zivilisation; und da die Menschheit selbstverständlich eine Einheit ist, so gibt es auch nur einen Fortschritt auf einer Linie in einer Richtung. Morgan stellt sich die Kultur ungefähr wie eine Leiter vor, auf der die Völker nebeneinander und nacheinander emporklimmen. Jedes Volk hat dieselben Sprossen hinter sich oder vor sich. Die große Mehrzahl dieser Sprossen läßt sich aus Geschichte und Völkerkunde unmittelbar erkennen; die wenigen, welche im Laufe der Zeit verloren gegangen sind, hat Morgan ergänzt. . . . Allein je weiter und tiefer man in das wirkliche Leben der Völker schaut, desto unzulänglicher erscheint gegenüber dieser unabsehbaren, bunt verschlungenen Fülle verschiedenartiger Formen das dürre, geradlinige Schema Morgans. Die lebendige Entwicklung ist unendlich reicher, vielgestaltiger und verwickelter als diejenige, welche er konstruiert hat. Die Menschheit bewegt sich keineswegs auf einer einzigen Linie in einer einzigen Richtung, sondern so verschieden die Lebensbedingungen der Völker sind, so verschieden sind

## § 3.

## Die gesellschaftliche Entwicklung in kausaler und teleologischer Betrachtung.

**Literatur:** Lamprecht, Deutsche Geschichte 1891 ff. : Moderne Geschichtswissenschaft 1905. — Breysig, Der Stufenbau und die Gesetze der Weltgeschichte 1905. — L. Ranke, Weltgeschichte 1880 ff. — E. Bernheim, Geschichtsforschung und Geschichtsphilosophie 1880 ; Lehrbuch der historischen Methode<sup>2</sup> 1894 neue Aufl. 67 99 108 bis 117; Einleitung in die Geschichtswissenschaft 1907. — Stammler, Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung 1896. <sup>2</sup>1906 67 99 108—117.

Rickert, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft 1910 : Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung : 1902. — Windelband, Die Philosophie des 20. Jahrhunderts Festgaben für Kuno Fischer [1907] : Geschichte und Naturwissenschaft 1894. — Barth, Die Philosophie der Geschichte als Soziologie I 1897. — Rocholl, Die Philosophie der Geschichte .1878. — Eucken, Philosophie der Geschichte, in Kultur der Gegenwart 1908. — Th. Lindner, Geschichtsphilosophie (1912). — Wundt, Logik III (1908). — G. v. Mayr, Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben 1877. — Brooks Adams, Das Gesetz der Zivilisation und des Verfalls deutsche Übersetzung [1907]. — Vierkandt, Die Stetigkeit im Kulturwandel 1908. — Ratzinger, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen<sup>2</sup> (1895) 502—614. — R. v. Nostitz-Rieneck, Das Problem der Kultur (1888). — Reischle, Christentum und Entwicklungsgedanke 1898. — Th. Meyer, Die Arbeiterfrage und die christlich-ethischen Sozialprinzipien<sup>4</sup> 1904 42 -67; Institutiones iuris naturalis I 1885 193 ff. — V. Cathrein, Moralphilosophie<sup>5</sup> (1911) 379 ff. 544 ff. — v. Ruville, Der Grund der Weltgeschichte (1912). — Guizot, L'église et la société chrétienne (1860). — Périn, Les lois de la société chrétienne II 1875, deutsch 1876. — Aufsätze von Lamprecht: Was ist Kulturgeschichte? Beitrag zu einer empirischen Historik, in der Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Neue Folge I 1896 1897 75 ff.; Individualität, Idee und sozialpsychische Kraft in der Geschichte, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XIII 1897 880 ff., gegen Felix Rachfahls Aufsatz: Über die Theorie einer „kollektivistischen“ Geschichtswissenschaft, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XIII 659 ff. Lamprecht selbst verweist auf E. Hannak, Lamprechts Deutsche Geschichte und die neue Richtung in der Geschichtswissenschaft, in der Zeitschrift für die österreichischen Gymnasien 1897, Hft. 4, S. 293 ff. G. Schnürer, Lamprechts Deutsche Geschichte, im Histor. Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 1897, 88 ff. — H. Pirenne, Une polémique historique en Allemagne, in der Revue historique 1897. — Gegen Lamprecht richten sich die Aufsätze von Meinecke in der Histor. Zeitschrift LXXVII 262 ff.; Hintze ebd. LXXVIII 60 ff.; Below ebd. LXXXI 193 ff., LXXXVI XC1; Rachfahl in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XIII 659 ff.; Hintze, Über individualistische und kollektivistische Geschichtsauffassung, in der Histor. Zeitschrift LXXVIII 60 ff. usw. — Vgl. die Aufsätze von Tönnies, Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch 1905 ff.; von Biermann, Das Telos in der Sozialwissenschaft, und: Zur Methodenlehre der historischen und sozialen Wissenschaften, in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1903, Nr. 59 und 143; ferner

auch ihre Wege und Ziele.“ — Eine Übersetzung von Morgans „Urgesellschaft“ hat W. Eichhoff unter Mitwirkung von K. Kautsky<sup>2</sup> 1908 geliefert. — Über die französische Soziologie vgl. Kritische Blätter 1907, die beiden letzten Hefte. — Auch Gustav Ratzenhofer Monist glaubt nicht bloß an gewisse Regelmäßigkeiten und Tendenzen, sondern an die Naturgesetzlichkeit der sozialen Entwicklung. Diese Gesetze festzustellen, sei jetzt an der Zeit. Dennoch hält Ratzenhofer eine Beherrschung der sozialen Erscheinungen im zivilisatorischen Sinne für möglich Soziologie, positive Lehre von den menschlichen Wechselbeziehungen [1907].



Max Adler, Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft, in Marx, Studien I (1904); dazu Konrad Schmidt, Neuere Schriften von und über Marx, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (1905) 397 ff.; Spann, Die finale Methode in der Sozialwissenschaft, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft VIII (1905) 306 ff.; die Aufsätze von Eulenburg über die Möglichkeit und die Aufgabe einer Sozialpsychologie, in Schmollers Jahrbuch XXIV (1900) 201 ff.; im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik: über Gesellschaft und Natur XXI (1905) 519 ff., über Naturgesetze und soziale Gesetze XXXI (1910) 711 ff., XXXII (1911) 689 ff., über Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte („historische Gesetze“) XXXV (1912) 299 ff.; die Abhandlung über das „aristokratische Herrschaftsprinzip“ von Koigen im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVII (1908) 629 ff.; in demselben Archiv die Aufsätze von Troeltsch über die sozialen Lehren der christlichen Kirchen XXVI (1907) 1 ff. 292 ff. 649 ff., XXVII (1908) 1 ff. 317 ff., XXVIII (1909) 1 ff.; die Aufsätze von J. Schöne in der Zeitschrift Unitas LIII und LIV (1912 und 1913) 36 ff. 63 ff. 95 ff. 125 ff.; Artikel „Gesellschaftlicher Darwinismus“ von Lexis im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 1027 ff. — E. Schultze, Organisatoren und Wirtschaftsführer (1923). — Palyi, Hauptprobleme der Soziologie (Erinnerungsgabe für Max Weber) (1923). — Vgl. auch die Literaturangaben in den Anmerkungen zu Kap. II, § 4 und zu Kap. V, § 3.

Die einfach erzählende Methode, die den historischen Stoff in der zeitlichen Ordnung aufführt, ebenso wenig wie die pragmatische Methode, die das Verständnis der geschichtlichen Tatsachen, vornehmlich in der psychologischen Motivierung der Ereignisse, erschließt, die Geschichte zugleich als Lehrmeisterin der Menschheit kennen, die Gegenwart aus der Vergangenheit verstehen lehrt, haben auch heute ihre Berechtigung, Bedeutung, Geltung keineswegs verloren. Doch steht gegenwärtig die genetische Methode mehr im Vordergrund; sie setzt sich zum Ziele, die geschichtlichen Begebenheiten, in ihrer kausalen Verknüpfung, als eine Reihe zusammenhängender Entwicklungen objektiv zu erfassen. Sofern die genetische Methode in ihrer Anwendung nicht von irrigen Voraussetzungen mißleitet wird, steht ihr hoher Wert für die geschichtswissenschaftliche Erkenntnis außer Frage<sup>1</sup>. Auch die Wirtschaftslehre kann für das Verständnis der ökonomischen Entwicklung der Völker durch richtige Anwendung der genetischen Methode nur gewinnen.

Vier Grundfragen sind es aber, die hier in besonderer Weise das Interesse des Nationalökonomen beanspruchen, nämlich die Fragen:

<sup>1</sup> Es ist das typische „moderne“ Denken, die Denkart eines Zeitalters vorherrschender Naturforschung, überall das „Gewordensein“, die „Entwicklung“ ins Auge zu fassen, wobei dann die „Entwicklung“ wieder leicht als eine von unten nach oben, von niederen zu höheren Formen fortschreitende Vervollkommenung aufgefaßt wird. Die genetische Methode gibt für sich noch keine Analyse, dringt nicht bis in die Eigenart der Erscheinungen vor; das spezifisch philosophische Interesse wird sie nicht selten unbefriedigt lassen. — Der Begriff der „Entwicklung“ ist übrigens nicht auf dem Boden der Naturwissenschaften entstanden. Die organische Auffassung des Gesellschaftslebens in der griechischen Philosophie, beim hl. Paulus und in der christlichen Philosophie schließt ihn schon in sich. In der neueren Zeit finden wir ihn ausgebildet bei Herder, den Romantikern, bei Hegel, Ranke, Savigny usw. (Histor. Zeitschrift LXXXI 198 ff. Merkel, in der Zeitschrift für Privat- und öffentliches Recht III 625 ff.).

1. Welche Faktoren beherrschen die geschichtliche Entwicklung?
2. Ist die Entwicklung in sich selbst eine naturgesetzliche?
3. Ist es die Masse oder sind es Individuen, auf welche der Fortschritt sich zurückführt?
4. Kommt für die wissenschaftliche Erkenntnis bzw. Beurteilung der Entwicklung auch ein Telos, ein Seinsoll in Betracht? — Zunächst also

1. die Frage: welche Faktoren im allgemeinen die geschichtliche Entwicklung bedingen und bestimmen, hat offenbar für den Nationalökonom großen Bedeutung. Wir werden im zweiten Band, bei der Lehre von den dispositiven Ursachen des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses, auf diesen Gegenstand zurückkommen müssen. An dieser Stelle möge die einfache Aufzählung der vier Arten jener Faktoren genügen. Es sind: a) physische Faktoren (äußere Natur, Klima, Bodenbeschaffenheit, geographische Lage usw.); b) physiologische Faktoren (oft stark übertriebene Rassenunterschiede usw.); c) individual- und sozialpsychische; d) die sog. kulturellen Faktoren (Religion, Sitte, Recht, Staat, Sprache, Kunst, Wissenschaft, Technik und Wirtschaft).

Bei richtiger Anwendung der genetischen Methode werden alle diese verschiedenen Faktoren in gebührender Weise zu berücksichtigen sein, ohne Einseitigkeit in der Hervorhebung des einen oder andern und ohne Übertreibung seines Einflusses.

Eine weitere Frage, die auch für unsre Wissenschaft Bedeutung hat, ist die Frage der Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte „historische Gesetze“.

2. Gibt es bestimmte Gesetze der geschichtlichen Entwicklung? Gegen die Annahme solcher Gesetzmäßigkeiten werden in der Regel folgende Gründe aufgeführt<sup>1</sup>:

a) Die Freiheit des menschlichen, persönlichen Wollens und Handelns. Diese Freiheit ist zunächst eine evidente unmittelbare Erfahrung unsres Bewußtseins. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der ganzen Geschichte tritt auch äußerlich nicht minder klar zu Tage. Mit dieser Freiheit aber ist die Annahme einer exakt gesetzmäßigen Entwicklung der Geschichte unvereinbar.

b) Sodann hat der Zufall einen beträchtlichen und unausscheidbaren Anteil am geschichtlichen Geschehen. Nicht als ob der Zufall die Hauptursache der Geschichte oder der Ursachlosigkeit gleichzusetzen sei. Der Zufall ist „das räumliche und zeitliche Zusammentreffen zweier oder mehrerer Tatsachen, von denen jede an sich ursächlich bedingt ist, die aber nicht notwendig miteinander verbunden sind“<sup>2</sup>. Es handelt sich dabei lediglich um das Ineingangegreifen getrennter Kausalreihen, das oben, in dieser Form nicht als notwendig nachweisbar, der gesetzmäßigen Bestimmtheit entzogen ist.

c) Eine kausale Bedingtheit braucht im geschichtlichen Leben nicht notwendig ein bestimmtes und eindeutiges Ergebnis zu zeitigen. Es gibt eine Pluralität der Wirkungen aus gleichen Komponenten, keine notwendig regelmäßige Wiederkehr des geschichtlichen Verhaltens; unter den gleichen Bedingungen

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Rümelin, Gesetze der Geschichte (Aufsätze und Reden, Neue Folge [1884] 125 f. 134 ff.). Ed. Meyer, Elemente der Anthropologie 182 188. Rickert, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft (1910) 57 ff. Xenopol, Théorie de l'histoire 80 ff.

<sup>2</sup> Th. Lindner, Geschichtsphilosophie (1912) 162.

können vollkommen verschiedene Ereignisse eintreten, neue Zusammenhänge sich bilden. Dasselbe geographische oder sonstige Milieu führt keineswegs immer zu gleichartiger Kultur. Die Geschichte paßt nicht in ein Schema; es verhält sich mit ihr anders als mit der Natur, wo aus den gleichen Bedingungen das gleiche Resultat\* herausspringt, wo man infolgedessen auch die Wirkungen aus den Ursachen ableiten und vorausbestimmen kann.

Im wesentlichen führt sich das dritte Argument auf die beiden vorhergehenden zurück.

Diese Beweisführung ist bisher siegreich geblieben jener Auffassung gegenüber, welche die Entwicklung der Geschichte der gleichen, exakten Gesetzmäßigkeit unterwerfen will, wie sie die Naturvorgänge beherrscht. Was dagegen vorgebracht wurde, hält einer Kritik nicht stand, erfaßt nicht die eigentliche *vis argumenti*, richtet sich zu nicht geringem Teil gegen etwas, was jene Beweisführung nicht bestreiten will<sup>1</sup>. Es ist nicht schwer, sich hiervon zu überzeugen.

Der Einfluß der Naturgesetze der Körperwelt auf die gesellschaftliche Entwicklung steht auch für uns außer Frage. Der Geist sodann hat seine Gesetze (z. B. des logischen Denkens). Es wird ferner in der Geschichte Prozesse geben, wo der entscheidende Einfluß der freien Persönlichkeit mehr oder minder zurücktritt. Die Freiheit des Menschen ist keine absolute Willkür, sondern vielfach beengt, mit begrenztem Betätigungsfeld, eingeschränktem Spielraum für Zwecksetzungen. Auch soll nicht geleugnet werden, daß die Individuen in ihren Handlungen und Wirkungen regelmäßig nicht isoliert auftreten und dastehen, sondern von den Zusammenhängen der Gemeinschaftsverhältnisse beeinflusst werden. Nicht überall tritt die individuelle Tat eines einzelnen als Ursache ganzer Bewegungen in den Vordergrund der Betrachtung, und, bleiben die Individuen auch innerhalb der Massenerscheinungen Träger des Geschehens, so wird doch unleugbar ihr Vorgehen aus dem Ganzen mit erklärt werden müssen. Ebenso wenig soll eine gewisse Ähnlichkeit, Übereinstimmung alles Gesellschaftlichen auf gleicher Kulturhöhe in bestimmten Lebensrichtungen, das Vorkommen von Wiederholungen, Regelmäßigkeiten, in diesem Sinne eine gewisse „Stetigkeit im Kulturwandel“, bestritten werden usw.

Gleichwohl müssen alle Versuche, durch vergleichende Geschichtsbetrachtungen zu „historischen Gesetzen“ im naturgesetzlichen Sinne zu gelangen, notwendig scheitern, weil sie von irrigen Voraussetzungen ausgehen, zu Widersprüchen und absurden Konsequenzen führen, vor allem aber, weil sie der offensichtlichen geschichtlichen Wahrheit widersprechen. Der Historiker mag „Typen“ der Entwicklung konstruieren, die, so lange sie vage Verallgemeinerungen bleiben, vielleicht Interesse erwecken; aber er darf der Geschichte nicht Gewalt antun, seinen Typen und was damit zusammenhängt nicht einen naturgesetzlichen Charakter verleihen wollen.

Die Geschichtswissenschaft ist eben keine Naturwissenschaft, sondern eine Wissenschaft ganz anderer Art<sup>2</sup>. Die Naturwissenschaft hat es aus-

<sup>1</sup> Vgl. u. a. Eulenburg, Über Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXV (1912) 312 ff.

<sup>2</sup> An Stelle der herkömmlichen, aber viel angefochtenen Einteilung der Wissenschaften in Natur- und Geisteswissenschaften (J. Stuart Mill) hat Windelband die Unterscheidung von nomothetischen und idiographischen, Rickert die von



schließlich mit notwendigen Kausalzusammenhängen, mit Naturvorgängen zu tun, die ganz und gar durch das Kausalitätsgesetz beherrscht werden. Die geschichtlichen Tatsachen dagegen sind keine reinen Naturvorgänge, sondern zum großen Teil Produkte freier, nicht mechanischer Kausalität. Damit soll, wie gesagt, nicht der Einfluß der äußern und innern Natur gelehnet werden. Allein bei letzterer handelt es sich hier eben um die menschliche Natur; der Mensch aber ist nicht bloßer Naturkörper, und seine geistige Natur schließt auch die Freiheit als wesentliches Element in sich. Mögen daher gewisse Wiederholungen und Regelmäßigkeiten in der Geschichte an das Natürliche anknüpfen, es bleibt doch ein Wirken der sinnlich-vernünftigen, menschlichen Natur, ist nicht derselben absoluten Kausalität unterworfen wie die reine körperliche Natur<sup>1</sup>; darum gibt es da auch keine ausnahmslose Gesetzmäßigkeit alles Geschehens, die Vergangenheit kann nicht schlußweise rekonstruiert, von den beobachteten Tatsachen nicht durch Induktionsschlüsse auf die nicht beobachteten geschlossen werden: es läßt sich hier zukünftiges Geschehen nicht mit der gleichen Sicherheit voraussagen, wie uns der Astronom über eine bevorstehende Sonnen- und Mondfinsternis unterrichten kann<sup>2</sup>. Auch wer mit

Natur- und Kulturwissenschaften in Vorschlag gebracht Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft<sup>2</sup> [1898, 1910]. Aus der Gesamtwirklichkeit tritt eine Anzahl von Dingen und Vorgängen hervor, „die für uns eine besondere Bedeutung oder Wichtigkeit besitzen, und in denen wir daher noch etwas anderes sehen als bloße Natur“. Diese Dinge und Vorgänge lassen sich unter dem Namen „Kultur“ zusammenfassen, und für sie genügt keineswegs eine lediglich naturwissenschaftliche Behandlung und Untersuchung. Die Rickertsche Unterscheidung teilt die Wissenschaften materiell, nach ihrem Gegenstande, inhaltlich in zwei Gruppen. Nach der formellen Seite unterscheidet Rickert zwischen naturwissenschaftlicher und historischer Methode. Die erstere entspricht dem logischen Begriff der „Natur“, als des Daseins der Dinge, sofern es nach allgemeinen Gesetzen bestimmt ist, während Geschichte im weitesten Sinne den „Begriff des einmaligen Geschehens in seiner Besonderheit und Individualität“ darstellt, „der zum Begriff des allgemeinen Gesetzes im Gegensatz steht“. Freilich reicht auch die Rickertsche Einteilung nicht aus, um alle Wissenschaften in sich zu begreifen. Sie hat indessen ihren Wert, um den wissenschaftlichen Charakter der Geschichte und diese vor der Vergewaltigung durch die naturwissenschaftliche Methode zu schützen. Vgl. Viktor Eschbach, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft, in der Literar. Beilage zur Köln. Volkszeitung LII (1911), Nr. 19.

<sup>1</sup> Der Einfluß der Natur hört niemals auf, und doch hat der Mensch in der Kultur die Herrschaft über die Natur erlangt (Eisler, Soziologie 62).

<sup>2</sup> Vgl. Dilthey, Einleitung in die Geisteswissenschaften I 1883 46; auch Windelband, Geschichte und Naturwissenschaft 21. Gumprowicz „der Zola der Soziologen“ freilich glaubt (Soziologie und Politik [1892] 120 ff., aus soziologischen Berechnungen „beinahe mit mathematischer Gewißheit“ den Gang der zukünftigen politischen Entwicklung voraussagen zu können. Eine Übereinstimmung unter den soziologischen Propheten dürfte aber diesbezüglich kaum zu erwarten sein – aller „mathematischen Gewißheit“ zum Trotz. Der Soziologe Simmel (Schmollers Jahrb. 1894, 1307; Probleme der Geschichtsphilosophie<sup>2</sup> [1905] 72 f. 85 f.) urteilt, daß heute wohl kein Zweifel mehr bestehe, daß „Gesetze der Geschichte“ nicht auffindbar sind; denn die Geschichte sei einerseits ein so ungeheuer komplexes Gebilde, anderseits ein so unsicher und subjektiv begrenzter Ausschnitt aus dem kosmischen Geschehen, daß es keine einheitliche Formel für ihre Entwicklung als Ganzes geben könne. Nach v. Below (Hist. Zeitschrift LXXXI [1898] 230 ff.) wird die Annahme eines gesetzlichen Verlaufs der geschichtlichen Ent-

Wundt<sup>1</sup> den sog. psychischen Gesetzen, einzeln betrachtet, die gleiche Regelmäßigkeit zusprechen wollte, wie Naturgesetze sie aufweisen, könnte doch für den Verlauf der Geschichte noch keineswegs von einer exakt naturgesetzlichen Entwicklung sprechen, nicht bloß deshalb, weil der Wechsel in den Bedingungen der Wirkungen jener Gesetze so etwas nicht zuläßt, sondern weil schließlich die individuelle Eigenart auch wieder die Aufnahme äußerer Eindrücke mitbestimmt.

Die Geschichte erfaßt sodann die historischen Vorgänge in ihrer Besonderheit und konkreten Bestimmtheit; sie operiert nicht mit Gattungsbegriffen, nicht mit Typen, sondern mit Tatsachen; sie kann darum auch das Individuelle nicht als unwesentlich ausscheiden, nicht von der Differenz der Einzelfälle absehen, wenn sie der historischen Wahrheit treu bleiben will. Die Individualisierung der Geschichte besteht deshalb noch keineswegs darin, daß sie sich ausschließlich und allein mit Einzelpersonlichkeiten beschäftige, sie hat (nach Barth sogar als eigentliches Objekt) die menschlichen Gesellschaften und deren Veränderungen, die Entwicklung der Völker zum Gegenstande. Wiederholungen und Regelmäßigkeiten der gesellschaftlichen Sphäre, sofern sie in Wirklichkeit vorhanden, werden dabei als solche anerkannt. Aber diese Wiederholungen sind nicht exakt wie beim Naturgeschehen, sind in sich selbst mehr oder minder individualisiert, weisen Ähnlichkeiten auf, keine Identität; und das, was sie im einzelnen charakterisiert, läßt sich kaum in seiner Ganzheit bloß aus den Besonderheiten jeweiliger „Bedingungen“ ableiten, führt sich vielmehr zum größten Teil immer wieder auf die Selbstbestimmung freier menschlicher Persönlichkeit zurück. Die Individuen werden eben nicht bloß von der Masse getragen; Individuen sind es auch, die ihrerseits wieder die Masse tragen, und zwar Individuen, die sich von ihren eigenen, nicht ausschließlich von gemeinsamen Motiven leiten lassen, und die von äußern Eindrücken keineswegs alle und überall in der gleichen Weise beeinflusst werden wie andere Individuen derselben Masse. Kurz noch einmal: die sozialen Zusammenhänge werden nicht geleugnet, aber ebensowenig darf das Individuelle in diesen Zusammenhängen, der Einfluß des Besondern, der freien Persönlichkeit, auf den Gang der Ereignisse, die geschichtliche Entwicklung der Gesellschaft übersehen werden. Jede schematische Behandlung widerspricht dem Wesen der Geschichtsforschung und der geschichtlichen Wahrheit. —

wicklung im naturwissenschaftlichen Sinne von den eigentlichen Historikern „fast ausnahmslos“ zurückgewiesen. Ganz richtig begnügt sich E. Bernheim (Lehrbuch der historischen Methode<sup>2</sup> [1894] 82 f. [4 1908]) nicht mit dem Einwande: die Kompliziertheit und Unzulänglichkeit der in Betracht kommenden Daten biete ein praktisches Hindernis für die mechanische Erklärung der historischen Begebenheiten. Auch er bezeichnet als entscheidenden Grund, daß der Historiker es nicht mit Atomen, sondern mit Menschen, freien Menschen zu tun habe. Die qualitativen Unterschiede der Individualität, welche den eigentlichen Inhalt des Geschehens bestimmten, böten den quantitativen Methoden ein wesentliches Hindernis. Auch den neuesten Angriffen gegen die Freiheit mißt Bernheim keine Bedeutung zu: „Nur der krasse Materialismus schmeichelt sich mit der Hoffnung, es werde auf dem Wege der Psychophysik gelingen, Empfinden, Denken, Wollen als mechanische Funktionen der Materie bloßzulegen, eine Hypothese, die viel phantastischer und denkwidriger ist als die kühnsten Träume der Idealisten“ (a. a. O. 87).

<sup>1</sup> Logik III (1908) 32 ff.

Sehen wir von den bereits erwähnten Verfechtern einer naturgesetzlich evolutionistischen Soziologie ab, so kommen als hervorragende Vertreter der naturwissenschaftlichen Auffassung unter den modernen Historikern vor allen Karl Lamprecht und Kurt Breysig in Betracht.

Lamprecht<sup>1</sup> spricht von gesetzmäßiger Entwicklung der Kultur in der Stufenfolge typischer Zeitalter, die er als Animismus, Symbolismus, Typismus, Konventionalismus, Individualismus und Subjektivismus kennzeichnet<sup>2</sup>. Dem Animismus entspricht die kollektiv-okkupatorische Wirtschaft, dem Symbolismus (saec. 10) die individualistisch-okkupatorische Wirtschaft, dem Typismus (saec. 10 bis 13) die Naturalwirtschaft mit kollektivistischem Vorgehen, dem Konventionalismus (saec. 13—15) die Naturalwirtschaft mit individualistischem Vorgehen, dem Individualismus (saec. 15—18) die Geldwirtschaft mit genossenschaftlicher Bewältigung des Handels und der Industrie, dem Subjektivismus saec. 19 endlich die Geldwirtschaft auf individualistischer Basis. Bestimmend für die Gesamtentwicklung ist nach Lamprecht jedoch nicht Wirtschaft und materielle Kultur, sondern das seelische Element. Es erscheint in den Kulturzeitaltern wie in Entwicklungsstufen eines fortschreitenden Freiheitsbewußtseins als eine Reihen-

<sup>1</sup> Deutsche Geschichte (1891 ff.); Was ist Kulturgeschichte? in Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Neue Folge I 1896 75 ff.; Individualität usw., in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XIII 1897 880 ff.; Moderne Geschichtswissenschaft (1909) usw. Das Individuelle trat später bei Lamprecht mehr hervor.

<sup>2</sup> Scharf urteilt v. Below Histor. Zeitschrift LXXXI [1898] 256 f. über Lamprechts Entwicklungsstufen: „Der Leser lächelt über diese wunderlichen Einteilungen. So schlechte geschichtsphilosophische Konstruktionen hat doch nie jemand aufgestellt. Wie kann man für die einfache Tatsache, daß im Mittelalter das individuelle Leben und Denken strenger gebunden ist, einen so abstrusen Ausdruck finden. . . . Scherer sagt von Hegel, daß er gewisse äußerliche Beobachtungen über den geschichtlichen Werdenprozeß geschickt formulierte und generalisierte. Läßt man das Wort ‚geschickt‘ fort, so ist ungefähr Lamprecht gezeichnet.“ Übrigens hat Lindner Geschichtsphilosophie 170 ff. nachgewiesen, wie schon in der Zeit des „Typismus“ sehr viel „Individualismus“ sich kundgibt. — „Selbst der großen Darstellungskunst Lamprechts gelingt es nicht“, bemerkt Paul Kampffmeyer Sozialistische Monatshefte 1905 I 505 f. „sinnliche Anschauung und blühendes Leben in die Begriffe dieser Kulturzeitalter hineinzutragen. Eine Gliederung der Geschichte nach der gesellschaftlich-seelischen Deutung der Zeit ist heute noch, da geben wir Breysig völlig recht, zu weitmaschig und benützt zu ausgedehnte Begriffe. Die Dokumente für das Seelenleben der Gesellschaft auf den verschiedenen Kulturstufen sind zu bruchstückartig. Es scheint hier unmöglich zu sein, den Seelenzustand einer vielgestaltigen, in Klassen zersplitterten Gesellschaft treffend und einheitlich zu charakterisieren. Sprechen wir z. B. von der individualistischen psychischen Richtung der Deutschen der Renaissancezeit, so bezeichnen wir damit immer nur die Seelenströmung eines sehr kleinen Bruchteils des deutschen Volkes“ usw. Ohne Lamprechts Standpunkt zu teilen, spricht Bernheim doch mit einer gewissen Hochachtung von dem Leipziger Historiker (Kritische Blätter I [1905] 114). Er sagt: „Was Lamprechts Ausichten original von denen Comtes unterscheidet, ist der Gesichtspunkt, von dem aus er die Kulturstufen bestimmt. . . . Dieser Gesichtspunkt, welcher dem Gedankenkreise der Hegelschen Philosophie angehört, ist die steigende psychische Intensität, welche sich von seelischer Gebundenheit zu immer größerer Freiheit des seelischen Bewußtseins durcharbeitet und dem ganzen Leben seine Signatur gibt. Die typischen Züge dieser Entwicklungsstufen hat Lamprecht zudem in tiefdringender, von umfassenden Kenntnissen getragener Analyse dargelegt.“



folge bestimmter seelischer Erscheinungen, die es möglich machen, jene Zeitalter begrifflich voneinander abzutrennen und in sich zu definieren.

Schon Rachfahl hat demgegenüber hervorgehoben, daß für die allgemeine Geltung des Lamprechtschen Schemas ein ausreichender geschichtlicher Beweis nicht erbracht sei. Lamprecht entwickelte sein Schema nur auf Grund der deutschen Geschichte. Selbst wenn es auf alle germanisch-romanischen Nationen, die Völker des abendländischen Kulturkreises, Anwendung finden könnte, so wäre damit für die Völker des Altertums, des byzantinischen, mohammedanischen Kreises, noch nichts erwiesen. Oder sollte etwa diesen Nationen die „normale“ Entwicklung bestritten werden? Ist aber die Allgemeinheit der gekennzeichneten Entwicklungsstufen, die doch bei allen Völkern in derselben Reihenfolge sich abspielen sollen, bis heute weder erwiesen noch voraussichtlich erweisbar, so wird von hervorragenden Fachmännern überdies auch für die deutsche Geschichte das Lamprechtsche Schema als eine schlechterdings unbewiesene Hypothese bezeichnet. Für die Einzelheiten dieser Kritik, die sich mit Schärfe überhaupt gegen die „gesetzliche“ Auffassung der geschichtlichen Entwicklung als solche richtet, müssen wir namentlich auf die Arbeiten von Lenz, Hintze, Delbrück, Oncken, v. Below usw. verweisen.

Nach Breysig macht den Inhalt der Weltgeschichte eine Folge von Zuständen aus, die sich bei allen Völkern und Völkerteilen in gleichem Nacheinander aufweisen läßt, von der jedoch die einzelnen Glieder der Menschheit sehr ungleich lange Wegstrecken durchlebt haben<sup>1</sup>. Mit andern Worten: Urzeit, Altertum, Mittelalter, Neuzeit, das sind Entwicklungsstufen, die von den verschiedenen Völkern durchlaufen werden; dabei ist aber die Entwicklungsgeschwindigkeit nicht überall die gleiche: ja es gibt erstaunliche Zeitsprünge der Entwicklung, so daß ein Volk vier, ja sechs Jahrtausende früher als das andere am gleichen Punkte jener Entwicklungsbahnen anlangen kann. Den größten Teil der Erde nehmen die Völker beständiger Urzeit ein: kleiner ist die Zahl der Altertumsreiche, noch kleiner die Zahl derer auf mittelalterlicher Stufe, und nur wenige sind zur neuzeitlichen Stufe emporgestiegen. Am deutlichsten erscheinen die Stufenreihen bei den germanisch-romanischen Völkern. Der künftige Werdegang der Erdbewohnerschaft wird, nach Breysig, ein einheitlicher sein. Denn eben das wesentlichste Erzeugnis der Stufenüberlegenheit Europas über die Völker aller übrigen Weltteile ist die halbe oder ganze Unterwerfung des gesamten Erdballs unter seine staatliche und geistige Übermacht.

Von der geistvollen Formulierung abgesehen, bietet Breysigs Stufenlehre, in sich betrachtet, nichts wesentlich Neues. Die Möglichkeit des Fortschritts und der Entwicklung, die in der gleichen, vernünftigen Natur des Menschen begründet ist, wird auch, bei aller Mannigfaltigkeit, in dem Leben der Völker sich in irgend einer Weise geltend machen. Wenn aber Breysig diese Entwicklung als eine gesetzmäßige bezeichnet und seine Gesetze mit den von den Naturforschern aufgestellten Gesetzen vergleicht, wenn er meint, die angeblichen „Schlagworte“ vom

<sup>1</sup> Breysig, Der Stufenbau und die Gesetze der Weltgeschichte (1905) 8. Gliedert Lamprecht die Geschichte nach gesellschaftlich-seelischen Wandlungen, so zieht Breysig die Entwicklungsformen des Staates für den Aufbau der Kulturstufen der Menschheit heran. Der marxistische Sozialismus gruppiert die Kulturzeitalter nach der Entwicklung der technischen Produktionsmethoden.

freien Willen und Zufall vermöchten an der „Verursachtheit, Bedingtheit und Vorbestimmtheit alles Geschehens“ im Sinne jener „Gesetze“ nicht zu rütteln, so spricht er wohl weniger als Historiker denn als Philosoph und dabei leider unter dem Banne einer von falschen Voraussetzungen ausgehenden Philosophie. Gesunde Empirie, tiefergreifende Geschichtsforschung, gründliches Eingehen auf das tatsächliche Geschehen, auf den Ursachenzusammenhang der Dinge lassen in der menschlichen Freiheit denn doch etwas mehr erkennen als ein bloßes Schlagwort. —

Bei der großen Bedeutung, welche die Theorie von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung speziell für das richtige Verständnis jenes Ausschnittes des Gesellschaftslebens hat, den wir Volkswirtschaft nennen, möchten wir aber noch einmal nachdrücklich hervorheben, wie die Ablehnung einer naturgesetzlich verlaufenden Entwicklung zugleich die Leugnung allgemeiner, für alle Völker gleicher und notwendiger Entwicklungsstufen in sich schließt.

a) Daß die Geschichte verschiedener Nationen partielle Übereinstimmung zeigen kann, ist, wie gesagt, eine allbekannte Wahrheit. Auch die Gründe hierfür wurden bereits angedeutet. Bei der Gleichheit der menschlichen Natur nach metaphysischer und physischer Definition, bei der allen Menschen zukommenden Vernunft wird — eine gewisse Übereinstimmung äußerer Gesamtverhältnisse vorausgesetzt — die Befriedigung gleicher Bedürfnisse leicht eine mehr oder minder große Ähnlichkeit der Mittel und Institutionen herbeiführen können, namentlich wenn jene Mittel und Einrichtungen unter gegebenen gleichen oder ähnlichen Bedingungen die zweckmäßigste, leichteste, am meisten naturgemäße Befriedigung der in Frage stehenden Bedürfnisse ermöglichen. Aber die Gleichartigkeit der Verhältnisse und der Nationen geht doch niemals so weit, daß die Entwicklung der Völker sich immer in völlig gleichartigen Stufen und Phasen bewegen müßte. Ein sog. „normaler“ Entwicklungsgang, ein überall wiederkehrender Typus regulärer nationaler Entwicklung ist bis zur Stunde geschichtlich nicht erwiesen. Die nationale Eigenart, die besondern politischen Schicksale, die eigentümlichen Beschaffenheiten des Landes und des Klimas, wechselnde weltgeschichtliche Einflüsse lassen die Nationen weit mehr als Individualitäten erscheinen denn als Wiederholungen desselben Typus<sup>1</sup>.

b) Größere Übereinstimmung innerhalb einzelner bestimmter Völkergruppen, infolge von Stammesverwandtschaft, gemeinsamen Schicksalen, gegenseitiger innigerer Verkettung und Verknüpfung, von Rezeption, Übertragung von einem Volk auf das andere u. dgl. ist dabei natürlich nicht ausgeschlossen. Die Entwicklung vollzieht sich eben für kein Volk ganz „aus eigener Wurzel“.

c) Das gilt insbesondere auch von den sog. Wirtschaftsstufen. Daß es in den allgemeinsten, elementarsten Dingen eine gewisse relative Regelmäßigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung geben kann, bestreiten wir nicht. Die Übereinstimmung mag auch innerhalb bestimmter Völkergruppen mit ähnlichen äußern Verhältnissen, ähnlichen Rechtsinstitutionen, ähnlichen Schicksalen, durch gegenseitige Beeinflussung, Entlehnung, eine ziemlich weitgehende sein. Man wird aber dabei festhalten müssen.

a) daß die Übereinstimmung eben doch keine allgemeine, gleiche, notwendige, naturgesetzliche, für alle Völker geltende ist;

<sup>1</sup> Vgl. Hintze, Über individualistische und kollektivistische Geschichtsauffassung, in *Histor. Zeitschrift* LXXVIII (1896) 66 f.

β) daß sie als bedingt erscheint, darum beschränkt, nur unter bestimmten Voraussetzungen zu Tage tritt;

γ) daß, auch wo sie besteht, keine strenge Übereinstimmung herrscht, da sich bei jedem Volke wiederum zahlreiche Ausnahmen und Abweichungen nachweisen lassen.

Eine schematische Auffassung der wirtschaftlichen Entwicklung wird darum auch hier dem Reichtum der geschichtlichen Wirklichkeit niemals ganz gerecht.

Harnack, der in der geschichtlichen Entwicklung durchaus keinen „Prozeß naturhaften Geschehens“ erblickt<sup>1</sup>, fügt gleichwohl bei: „Höchstens in der Wirtschaftsgeschichte läßt sich eine gewisse Stringenz der Erscheinungen nachweisen, wo der Kampf um das materielle Dasein regiert: aber auch dort ist er immer wieder durchbrochen durch ideelle Momente, die in kräftiger Weise eingreifen.“ Dazu bemerkt Georg v. Below<sup>2</sup>: „Ich glaube, da ich auf wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet gearbeitet habe, hier mitsprechen zu können, und möchte meine Beobachtungen dahin zusammenfassen, daß man, je mehr man ins einzelne eindringt, auch in der wirtschaftlichen Entwicklung noch weniger Gebundenheit wahrnimmt, als selbst Harnack anzunehmen scheint.“ An anderer Stelle<sup>3</sup> sagt Below: „Die angeblichen Ausnahmen umfassen oft und sogar meistens ebensoviele Fälle wie die behauptete Regel.“ Er leugnet nicht den Vorteil einer Vergleichung der Wirtschaftsstufe eines bestimmten Volkes in einem bestimmten Zeitalter mit andern Wirtschaftsstufen desselben Volkes und mit einer ungefähr entsprechenden Stufe anderer Völker. Aber er bestreitet allgemeingültige Entwicklungsgesetze, und daß die Wirtschaftsstufen in „streng historischem Verhältnis“ zueinander stehen. Er wendet hierauf das Wort Justis an: „Höchstens zur übersichtlichen Gruppierung der Tatsachen und zur Erfindung passender Überschriften mag man die Formeln der Entwicklungsgeschichte gebrauchen.“<sup>4</sup> Die „vergleichende Methode“, die durch Vergleichung der Tatsachen, Abstraktion von dem Verschiedenartigen, zu dem Gemeinsamen emporsteigen will, dürfte, sofern der Phantasie nicht freier Spielraum gewährt wird, insbesondere auch in ihrer Anwendung auf die Frühzeit der Völker kaum zu wesentlich anderem Ergebnisse gelangen. Wenn sich nämlich bei manchen „jungen“ Völkern ähnliche Ansätze zu einer regulären Entwicklung zeigen, so erklärt sich das einerseits aus den in ihrer Einfachheit mehr übereinstimmenden äußern Lebensverhältnissen, aus der größeren Gleichartigkeit der Individuen in primitiven Zuständen, aus ihrer geringeren Widerstandskraft gegenüber den Gesamttendenzen der sozialen Gruppe, zu der sie gehören, anderseits aus dem Umstand, daß die Gruppe noch mehr isoliert dasteht, weniger berührt wird von dem Strom der weltgeschichtlichen Entwicklung. Aber auch hier darf nichts übertrieben werden. Der Einfluß des einen Stammes auf den andern fehlt da keineswegs. Und wenn man von der Gleichartigkeit der Individuen spricht, so finden sich doch immer wieder Individuen, die durch ihre Erfindungsgabe u. dgl. andern voranstehen, die durch Klugheit und Kraft sich sogar zu Häuptlingen ihres Stammes emporschwingen, der Ge-

<sup>1</sup> Christentum und Geschichte 7.

<sup>2</sup> Histor. Zeitschrift LXXXI (1898) 235 A. Vgl. auch dessen Aufsatz „Über Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker“, ebd. LXXXVI (1901) 1 ff.

<sup>3</sup> Ebd. LXXXVI 32 f.

<sup>4</sup> Ebd. 33.



schichte ihres Volkes die Wege zeigen. Kurz, auch die „Naturvölker“ und die Völker der Urzeit erscheinen als Völkerindividualitäten, jedenfalls nicht als bloße „Gattungsexemplare“.

d) In doppeltem Sinne werden also folgerichtig insbesondere volkswirtschaftliche Untersuchungen einen nationalen Charakter haben müssen<sup>1</sup>:

α) prinzipiell: Das Recht des Nationalen muß gegen einen falschen, übertriebenen Kosmopolitismus verteidigt werden<sup>2</sup>. Zwischen Individuum und Menschheit steht der Staat mit seinen natürlichen Aufgaben und Pflichten im Hinblick auf das Wohl des einzelnen Volkes;

β) methodisch, insofern sie hinsichtlich praktischer Grundsätze und Regeln keine völlig gleichartige Durchführung überall, zu jeder Zeit, bei jedem Volke erwarten oder fordern, sondern der berechtigten Eigenart, den besondern geschichtlichen Verhältnissen des einzelnen Volkes in ausreichendem Maße Rechnung tragen. Gewiß kann die Nationalökonomie nicht auf allgemeine Begriffe, Grundsätze, Postulate verzichten. Aber die Anwendung derselben vollzieht sich immer in konkreten Verhältnissen. Die Nationalökonomie muß sich dabei stets auch von geschichtlicher Erkenntnis leiten lassen, an das historisch Gegebene anknüpfen, um innerhalb des vorhandenen Milieus nach dem Maße realer Bedürfnisse und gegenwärtiger Möglichkeiten das nationalökonomisch wünschenswerte Ziel ins Auge zu fassen und zu begründen.

Eine dritte Frage, die auch des Nationalökonomen Interesse in hervorragendem Maße beansprucht, ist die Frage:

**3. Sind es die Massen oder Individuen, die den bestimmenden Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung ausüben?** Je nachdem die Antwort ausfällt, spricht man von einer individualistischen oder einer kollektivistischen Geschichtsauffassung.

Vertreter der individualistischen Geschichtsauffassung, für welche die Geschichte der Menschheit nur die Geschichte der Helden, der großen und starken Persönlichkeiten ist, waren z. B. die politischen Historiker v. Sybel und Treitschke. Ebenfalls bei Ranke, welcher der politischen Geschichte die Geistesgeschichte hinzufügt, treten die Persönlichkeiten und das individuell-psychologische Moment stark in den Vordergrund, wenn er auch den Einfluß der herrschenden Ideen und Tendenzen, der großen Verhältnisse auf die Menschen stärker betont als andere individualistisch gerichtete Historiker. Von neueren Historikern z. B. vertritt M. Lehmann die individualistische Geschichtsauffassung. Für England darf insbesondere auf Carlyle verwiesen werden.

Es war und ist nun gewiß eine Übertreibung, wenn man die gesamte geschichtliche Entwicklung und allen Fortschritt ausschließlich und allein auf das Wirken einzelner, durch Talent, Geistes- und Willenskraft, wohl auch durch Geburt und Glück überragende Individuen zurückführt, das Wohl und Wehe der Völker lediglich von den individuellen Eigenschaften und Taten der Fürsten, Staatsmänner, Feldherren, Erfinder, Künstler, Unternehmer usw. abhängen läßt.

<sup>1</sup> Hasbach, Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von F. Quesnay und Ad. Smith begründeten politischen Ökonomie (1890) 175.

<sup>2</sup> „National“ verstehen wir hier in demselben Sinne, wie es in dem Worte „Nationalökonomie“ angewendet wird, zur Bezeichnung eines staatlich geeinten Volkes.

Allein auch die kollektivistische Geschichtsauffassung muß sich den Vorwurf der Einseitigkeit gefallen lassen. Hier zeigt sich zum Teil sofort ein gewisser Zusammenhang mit der oben behandelten naturgesetzlichen Auffassung. Steht die Masse im Mittelpunkt der Betrachtung, da ergibt sich leichter und öfter der Eindruck des Regelmäßigen, der dann wieder zu der Annahme verleiten kann, das Völkerleben werde durch konstante, mechanische Gesetze regiert, wie die Natur. Namentlich in Frankreich finden sich bedeutende Vertreter der Ansicht, daß die Ursachen der geschichtlichen Entwicklung vorwiegend in der Masse zu suchen seien, so u. a. Condorcet, Comte, Taine, Bourdeau usw. Besonders kühn in der Hervorhebung der absoluten Bedeutungslosigkeit der Individuen sind dann auch wieder gewisse neuere französische Soziologen, obwohl die Ethnologie, auf welche sie sich dabei berufen, das Leben des Individuums bei den Naturvölkern noch keineswegs in ausreichendem Maße kennt, die Ethnologie hierfür überhaupt nicht ausreicht, vielmehr der Ergänzung durch Individualwissenschaft bedarf.

In Deutschland hat schon Herder (der Urheber des Wortes „Volksseele“) in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ den Gedanken ausgesprochen, daß, von Christus abgesehen, das Eingreifen großer Männer niemals einen allein bestimmenden Einfluß ausgeübt habe. Von den Neueren z. B. leugnete Barth die Einwirkung der Individuen zwar nicht; doch wird ihm zufolge das Individuum, wenigstens regelmäßig, durch Ideen geleitet, die es seiner Umgebung entnimmt usw.

Klar tritt der kollektivistische Gedanke hervor in der Klassen- und Klassenkampftheorie der sog. materialistischen Geschichtsauffassung und in der sozialpsychologischen Lehre Lamprechts. Einige Worte zur Prüfung dieser Aufstellungen.

Der historische Materialismus im Sinne von Karl Marx und Friedrich Engels unterscheidet zwischen dem rein wirtschaftlichen Unterbau, über dem und auf dem sich das gesellschaftliche Leben der Menschen aufbaut, und dem Überbau der geistigen Potenzen, Sitte, Recht, individuelle Eigenschaften usw. Dieser letztere Überbau spielt in der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft nur eine untergeordnete Rolle. Alles hängt vielmehr von den Produktionsverhältnissen ab: die Struktur der Gesellschaft, das gesellschaftliche Bewußtsein und das ganze geistige, politische usw. Leben. „Die Produktionsweise bedingt einen sozialen und politisch geistigen Lebensprozeß. Es ist nicht das Bewußtsein des Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“<sup>1</sup> Diese Auffassung war mehr als ein bloß heuristisches Prinzip der Geschichtserforschung.<sup>2</sup> „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“<sup>3</sup> Das hat ja der Einfluß der Klassenkampftheorie, der Auflösung der Geschichte in Klassenkämpfe und der Verknüpfung des gesellschaftlichen Fortschritts mit den Klassenkämpfen zur Genüge bewiesen. In diesem Sinne verkündet zum Teil das heutige „Proletariat“ noch immer den Untergang der bisherigen Weltordnung, ja es ist durch sich selbst schon die faktische Auflösung dieser Weltordnung.

<sup>1</sup> Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859).

<sup>2</sup> Vgl. Lafargue, Marx' historischer Materialismus, in Neue Zeit 1903/04 I 781 ff.

<sup>3</sup> Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (1844).

Der „fanatische Glaube an Utopien hat sehr tiefe Spuren in der Weltgeschichte zurückgelassen“<sup>1</sup>. Gewiß, es ist aber doch schließlich nicht die Masse, die solche Utopien aufstellt und entwickelt. Die Masse — das beweist gerade der Sozialismus — läßt sich vielmehr leicht von einem politischen und sozialen Credo beherrschen<sup>2</sup>, das ihr von Individuen suggeriert wird, welche wirklich oder scheinbar Verständnis für die Leiden, Wünsche, Leidenschaften, Interessen der Masse bekunden. Oder kann etwa der gewaltige Einfluß gerade der Marx'schen Theorie, seiner „proletarisch“ sozialen Philosophie, auf die Ausbildung des Sozialismus geleugnet werden? Würde ferner die Erstarkung und Organisation der deutschen Sozialdemokratie richtig erfaßt werden, ohne Rücksicht auf den Einfluß und die Tätigkeit eines Bebel, eines Liebknecht? Massen bedürfen Führer, trotz aller „Demokratie“, und sie finden nur zu leicht Verführer gerade in der Demokratie. „Die Massen“, sagt K. v. Elm<sup>3</sup>, „müssen dazu erzogen werden, sich im Kampfe den Beschlüssen der von ihnen selbst gewählten Vertrauenspersonen unterzuordnen.“ Auch bei sozialistischen Schriftstellern wächst denn auch allgemeiner neuerdings wieder die Erkenntnis von der Bedeutung des Individuellen in der gesellschaftlichen Entwicklung und für das gesellschaftliche Leben<sup>4</sup>, weniger auf Grund theoretischer Forschung als vielmehr infolge praktischer Erfahrung.

Und nun Lamprechts Lehre.

Für die Erkenntnis des kausalen Zusammenhanges der geschichtlichen Tatsachen haben die psychischen Ursachen nicht zu unterschätzende Bedeutung, wenn sie auch nicht die einzigen Faktoren sind, welche die geschichtliche Entwicklung bestimmen. Lamprecht kann es darum auch weniger zum Vorwurf gemacht werden, daß er überhaupt die psychischen Ursachen, und speziell das Sozialpsychische, systematischer und stärker als Comte u. a., betonte<sup>5</sup>. Sein

<sup>1</sup> A. Weber, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit (1910 71.

<sup>2</sup> Le Bon, Psychologie du socialisme<sup>5</sup> (1907“.

<sup>3</sup> Massen und Führer, in Neue Zeit, 29. Jahrg. 1911 I 526. Auch L. Quessel, Führer und Masse, in Sozialist. Monatshefte, 14. Jahrg. 1910 III 22, 1407 ff.

<sup>4</sup> L. Radloff, Der Sozialismus und der Einzelne, in Sozialist. Monatshefte, 19. Jahrg. I (1913) 43 ff. Katholische Soziologen beschäftigen sich mit der Frage: Wie gewinnen wir ein Führergeschlecht für die Massen? So Anton Heinen Heft 49, Soziale Tagesfragen, herausgegeben vom Volksverein für das kathol. Deutschland [1923].

<sup>5</sup> Den Einfluß des wirtschaftlichen Moments hat Lamprecht in seiner „Deutschen Geschichte“ durchaus gelten lassen. Vom „groben Objektivismus der Marxisten“, sagt Hintze, trennt ihn jedoch eben „die subjektiv-psychologische Betrachtungsweise. Für diese Betrachtungsweise lösen sich die starren, als objektiv vorgestellten Produktionsverhältnisse, die als unverständliche, unheimliche Mächte alles geschichtliche Leben beherrschen sollen, in Produkte massenpsychologischer Vorgänge auf, in denen auch das ethische Moment nicht fehlt.“ Die verursachenden Momente, die in den Produktionsverhältnissen liegen, gehen da nicht bloß durch die Köpfe der Menschen hindurch, um ihre Wirkung zu äußern — was ja auch Friedrich Engels zugab. Bei Lamprecht ist das psychische Medium nicht nur zu passieren, es erscheint vielmehr als die eigentliche Kraftquelle, welcher die den Verlauf der Geschichte bestimmenden und beherrschenden Momente entstammen. Vgl. Hintze, Über individualistische und kollektivistische Geschichtsauffassung, in Histor. Zeitschrift LXXVIII (1896 62. Bernstein, Die Geschichtswissenschaft als Sozialpsychologie, in Dokumente des Sozialismus V 1905, 3. Heft, S. 123 ff. Über das Verhältnis der Lamprechtschen Lehre zu den Rankeschen Ideen usw. vgl. v. Below, Die neue historische Methode, in Histor. Zeitschrift LXXXI (1898 193 ff.



Fehler besteht darin, daß er hierbei früher zu weit ging, das individuelle Moment in allzu enge Grenzen bannte, in den großen gesamtpsychischen Strömungen die eigentlich maßgebenden geschichtlichen Kräfte erblickte. Immerhin mögen der Aufschwung der Volkswirtschaft und der Technik in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, die reißende Entwicklung des Verkehrslebens, der mehr und mehr vordringende soziale Gedanke einen Umschwung in der deutschen Geschichtsbetrachtung gegenüber der von 1815 bis 1870 überwiegend für das Politische und Individualpsychologische interessierten Forschung erklären können; eine Rechtfertigung einseitiger kollektivistischer Geschichtsauffassung bieten jene Momente doch schwerlich.

Die Psychologie des Rationalismus, sagt Lamprecht<sup>1</sup>, kannte nicht den Begriff der natürlichen Gesellschaft, nicht den der Nation als der vollendetsten Art aller natürlichen Gesellschaften, behandelte die gesellschaftlichen Einrichtungen als willkürliche, durch die Einzelpersonen vom Nützlichkeitsstandpunkt aus geschaffene Institute. Ihr Hauptcharakteristikum ist die Lehre vom Staatsvertrag. Jenseits der Vertragsgenossenschaften kennt sie nur noch den Begriff der Menschheit. Doch nicht bloß bei den französischen Rationalisten dominiert das Individuale. Nach Wilh. v. Humboldt bewegt das Individuum allein, und zwar der Zweck jedes einzelnen Individuums für sich, nicht der Gesamtheiten, die geschichtliche Welt — und die großen Individuen beherrschen sie. Anders urteilt Lamprecht.

Wenn eine Mehrheit von Menschen etwas gemeinsam fühlt, sich vorstellt, will, so entsteht ein Gesamtgefühl, eine Gesamtvorstellung, ein Gesamtwille. Ein solcher Gesamtkomplex von gemeinsamen Vorstellungen, Begriffen, Gefühlen, Strebungen findet sich in jeder sozialen Bildung, vom kleinsten Vereine bis zum mächtigsten „sozialnatürlichen Gebilde“, der Nation, und bis zum mächtigsten „sozialkulturellen Gebilde“, dem Staate. Sie erscheinen und wirken hier als sozialpsychische Kräfte, unter deren kausalem Einfluß der Mensch steht, und zwar nach dem Gesetz der Notwendigkeit. Man wird demnach bei den geschichtlichen Tatsachen zwischen einer kollektivistisch-notwendigen und einer individual-freiheitlichen Reihe zu unterscheiden haben. Für das Gebiet des Singulären, des individuellen Handelns, insbesondere der eminenten Persönlichkeiten, möge immerhin der Begriff der Freiheit noch Verwendung finden. Handelt der Mensch aber nicht auf Grund seiner individuellen Eigenschaften, sondern als Mitglied der Nation, der sozialen Gruppe, dann erscheint er nach Lamprecht von der Notwendigkeit des Generellen beherrscht. Die sozialpsychischen Kräfte sind viel stärker als die individualpsychischen. Ja ihr Übergewicht ist so groß, die Freiheit des Individuums ihnen gegenüber so gering, daß die „Frage nach der Möglichkeit gesetzmäßiger Entwicklungsstufen der Kulturen“ nicht verneint werden darf<sup>2</sup>. Mit dem Generischen, Notwendigen aber hat es die Geschichtswissenschaft zu tun. Hier findet sie die treibenden Kräfte, die empirischen Gesetze der Entwicklung. Das Individuelle bildet mehr oder minder nur ein bloßes Annex der Menschheitsgeschichte; es entzieht sich dem auf das Vergleichbare, Typische gerichteten wissenschaftlichen Denken, ist nur der künstlerischen Erfassung zugänglich. So kämen wir dann schließlich zu jener bestimmten Reihenfolge der Kultur-

<sup>1</sup> Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Neue Folge I 77 96.

<sup>2</sup> Vgl. Zukunft XVIII 23 ff.; Histor. Zeitschrift LXXXI (1898) 226 ff.

zeitalter, die angeblich bei jedem normal entwickelten Volke wiederkehrt, wie die Wachstumsphasen im Leben des Organismus<sup>1</sup>.

Im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit muß hervorgehoben werden, daß Lamprecht die Gesetze der geschichtlichen Entwicklung formell und ausdrücklich nicht im Sinne strikter „Naturgesetze“ verstand. Er spricht von „statistischer Kausalität“, die sich nicht mit absoluter Stetigkeit verbinde<sup>2</sup>. Allein die von ihm behauptete „Regelmäßigkeit“ ist und bleibt denn doch eine „notwendige“, „unübersteigbare“. Ja man darf Rachfahl beistimmen, wenn er sagt, der eigentliche Kernpunkt der Lamprechtschen Theorie liege in der Behauptung, daß diese Notwendigkeit ein empirisch gegebenes Kriterium der Kausalität auf dem Gebiete der „generischen“ oder „kollektivistischen“ Handlungen in der Menschheitsgeschichte sei. Gerade dadurch aber tritt das Individuum allzusehr hinter der Masse zurück, wird die individuelle Selbstbestimmung, allen Einschränkungen zum Trotz, mehr als zulässig den Einflüssen der nationalen Gesamtheit unterworfen, sind die individuellen Betätigungen doch nur unselbständige Funktionen der Gesamtbetätigungen.

Ohne Zweifel kommt der Mensch für die geschichtliche Auffassung auch als Gattungsexemplar in Betracht. Aus der vernünftigen Menschennatur heraus versteht man, wie wir sahen, daß es überhaupt eine geschichtliche Entwicklung für die Menschen gibt: versteht man die Allgemeinheit gewisser Tendenzen; versteht man, daß die Menschen Schriftzeichen bilden, Werkzeuge formen usw.; versteht man selbst kompliziertere Tatsachen des Völkerlebens, z. B. daß die Menschen den Staaten eine Verfassung geben, wie sie dem Umfange des Staates entspricht u. dgl.<sup>3</sup>

Allein das genügt Lamprecht nicht. Er will empirische Gesetze der geschichtlichen Entwicklung haben. Darum sucht er nach generellen Kräften, unter deren kausalem Einfluß der Mensch gewissermaßen zum zweitenmal ein Gattungsexemplar wird, nach jenen sozialpsychischen Kräften, die in letzter Linie auch die kausale Abfolge seiner Kulturzeitalter als notwendiger Entwicklungsstufen in der gesamten Völkergeschichte erklären müssen: „Die sozialpsychischen Entwicklungsstufen sind die Entwicklungsstufen des geschichtlichen Lebens im Verlaufe der nationalen Geschichte überhaupt: sie sind typisch.“<sup>4</sup>

Daß der Mensch in Abhängigkeit steht von seiner Umgebung, von den gesellschaftlichen Verhältnissen und Strömungen, kann, wie gesagt, nicht bestritten werden. Es bleibt aber die Frage, ob jener Einfluß, jene Einwirkungen der „sozialpsychischen“ Kräfte auf den Menschen erfahrungsgemäß wirklich so mächtig sind, daß er infolge dessen wiederum im neuen Sinne nur als ein Gattungsexemplar erscheint und handelt. Ist das Individuelle in der Tat bloß ein Annex der Menschheitsgeschichte?

<sup>1</sup> Vgl. Goldfriedrich, Die historische Ideenlehre in Deutschland 1902. Dazu Rachfahls Kritik in Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 6. Jahrg. (1903) 646 ff.

<sup>2</sup> Über historische Gesetze vgl. auch Wundt, Grundzüge der physiologischen Psychologie III (1903) 791 ff.

<sup>3</sup> Hintze, in den Jahrbüchern für Gesetzgebung 1897, 801–35. Histor. Zeitschrift LXXXI (1898) 239.

<sup>4</sup> Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Neue Folge I 109 f. Zukunft XVIII 30 f.

Das Abhängigkeitsverhältnis des einzelnen von der Masse, soweit es hier in Betracht kommt, kann a) die wirtschaftlichen Lebensbedingungen, b) den intellektuellen Besitz, c) die sittlichen Anschauungen betreffen.

a) Innerhalb der wirtschaftlichen Lebensbedingungen für ein gesellschaftliches Ganze findet sich gar manches, demgegenüber das Individuum als solches sich fügen oder einfügen muß. Die Lage des Territoriums, wo man wohnt, das Klima u. dgl. kann nicht einmal die Gesamtheit ändern. Dann gibt es mancherlei Wirkungen, die nur durch eine Verbindung der Kräfte in engeren oder weiteren Kreisen erreichbar sind. Die Arbeitsvereinigung und Arbeitsteilung ist gewiß eine Notwendigkeit mit Rücksicht auf die Erhaltung, Entwicklung, den Fortschritt. Sie verbindet und organisiert die individuellen Kräfte, bildet eine machtvolle Gesamtkraft aus der vereinigten Kraft der einzelnen und ihrer sozialen Ergänzung. Die Kausalität der vereinigten Kraft absorbiert aber keineswegs die Individualität, sondern verwertet sie bloß. Keine andere Ursache führt zur Vereinigung der individuellen Kräfte in letzter Linie als die in den einzelnen Individuen vervielfältigte soziale Natur, die praktische Vernunft, die für Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke, Befriedigung der Bedürfnisse, jeweilig die rechten Mittel wählt. Daß der Mensch durch seine Natur auf das Zusammenleben und Zusammenwirken angewiesen ist, daß er in seiner Natur Kräfte besitzt, die sich im geschichtlichen Fortschritte entfalten, verwerten, das führt sich auf Anlagen und Antriebe zurück, die von allem Gesellschaftsleben vorausgesetzt werden, nicht aber auf „Triebkräfte“, die erst aus dem Gesellschaftsleben hervorgehen, in demselben zur Entstehung gelangen. Damit soll freilich nicht bestritten sein, daß Art und Maß der Fortbildung jener natürlichen Anlagen ganz wesentlich von dem sozialen Milieu und sozialpsychischen Kräften beeinflusst werden. Aber zunächst steht fest, daß die letzten, alle soziale Entwicklung beherrschenden und bestimmenden Kräfte keine sozialpsychischen Kräfte sind, nicht aus der Abhängigkeit von einem sozialen Ganzen hervorragen, sondern diese Abhängigkeit erst praktisch zu begründen bestimmt sind.

Die Abhängigkeit des einzelnen Menschen von allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und gesellschaftlichen Zuständen tritt besonders klar in die Erscheinung überall da, wo jene Zustände und Verhältnisse als Ergebnis einer längeren Entwicklung sich darstellen. „Niemand kann in einem Volke von voller typischer Entwicklung ein Zeitalter der Naturalwirtschaft allein durch seine persönliche Initiative umwandeln in ein Zeitalter der Geldwirtschaft“, sagt Lamprecht<sup>1</sup>. Derselbe Gedanke kehrt mehrfach in seinen Darlegungen wieder: Karl der Große habe in seinem naturalwirtschaftlichen Zeitalter keine Geldwirtschaft aus dem Boden stampfen. Bismarck uns nicht in ein Hirtenleben zurückführen können usw.<sup>2</sup>

Große, geniale, bahnbrechende Männer können vieles, aber nicht alles. Ein Napoleon vermochte der französischen Revolution eine Richtung zu geben, die sie ohne ihn nicht gehabt hätte. Allein die Franzosen zu einem Hirtenvolke zu machen, dazu wäre er allerdings außerstande gewesen. Was naturgemäß nur auf dem Wege einer allmählichen Entwicklung erreicht wird, das vermag eben kein einzelner Mensch, auch der gewaltigste Heros nicht plötzlich und unvermittelt ins Dasein zu rufen bzw. zurückzubilden. Ein

<sup>1</sup> Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XIII (1897) 885.

<sup>2</sup> Zukunft XVIII 28.



Karl der Große hätte darum ganz gewiß nicht die Gesellschaft seiner Zeit aus der Natural- in die Geldwirtschaft überführen können. Allein so etwas ist hier gar nicht in Frage. Es handelt sich darum, ob die allmähliche Entstehung und allmähliche Überwindung solcher zuständlichen Verhältnisse in Abhängigkeit sich befindet von der individuellen Kausalität, ob die Bewegungen zu jenen mächtigen zuständlichen Erscheinungen hin nicht doch schließlich und letztlich gerade auch durch die individuelle Initiative, durch das Ineinandergreifen des selbständigen Strebens und Wirkens mancher, vieler Individuen in Fluß gesetzt wurden, oder aber, ob alle einzelnen Menschen so sehr gebunden erscheinen, daß sie zu jeder Abänderung des Ganges der Evolution unfähig, gänzlich außerstande seien, für ihren Teil die allmähliche Entwicklung zu beeinflussen, voranzuführen, den Fortschritt lebendig zu erhalten; ob die Bindung eine solche und eine so allgemeine sei, daß sich daraus ein quasi-naturgesetzlicher Gang der nationalen Entwicklung vorausssehen lasse. Das ist die Frage. Da aber unterschätzt Lamprecht offenbar den Einfluß und die Freiheit des Individuums gegenüber der Macht objektiver Verhältnisse, „sozialpsychischer Kräfte“<sup>1</sup>. Die geschichtliche Entwicklung vollzieht sich nicht ruck-, stoß-, sprungweise. Nicht mit einem einzigen Anlauf springt die ganze Gesellschaft von einem Kulturzeitalter in das andere, wie der Zug Husaren ein Hindernis nimmt, es folgen sich die Stufen nicht wie Lichtbilder auf einer Leinwand (Ashley); aber es rückt auch nicht die ganze Gesellschaft, die Gesamtheit der Individuen zu gleicher Zeit langsam voran, so zwar, daß alle „Gattungsexemplare“ durch die Notwendigkeit derselben sozialpsychischen Kräfte zugleich in Bewegung gesetzt werden. Der Fortschritt vollzieht sich regelmäßig so, daß einzelne oder kleinere Gruppen sich den allgemeinen Gepflogenheiten ihrer Umgebung — „den mächtigsten zuständlichen sozialpsychischen Erscheinungen“ (Lamprecht) — entziehen, darin aber bei den andern Individuen und Gruppen nach und nach, mehr und mehr, in immer weiteren Kreisen Anklang finden. Ähnlich verhält es sich mit der Dekadenz einer Gesellschaft. Wir sahen einmal in Holland, wie etwa ein Dutzend Arbeiter an einem Strick zogen, um eine Mauer zu Fall zu bringen. Der Strick zerriß, und die unglücklichen Holländer lagen hintereinander auf dem Rücken, die Fußsohlen den Sternen zugekehrt. Nicht so fällt die ganze Gesellschaft mit einem Ruck. Die Degeneration ergreift zunächst Individuen, Gruppen, geht von einzelnen Zentren aus und erfäßt schließlich mehr oder minder die ganze Gesellschaft.

Die Bedeutung des Individuellen und Speziellen für die Ausgestaltung des allgemeinen, sozialen, nationalen Lebens tritt noch klarer zu Tage, wo das Individuum nicht Zuständen gegenübersteht, die lediglich auf dem Wege einer langsamen Entwicklung eingeführt oder beseitigt werden können. Welche gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen in der geschichtlichen Zeit führen sich, wie allbekannt, auf die Theorien, die praktische Initiative, die Entdeckungen, Erfindungen großer Männer zurück! Und selbst für die unteren Kulturstufen, über die phantasievolle Schriftsteller so vieles zu berichten wußten, braucht man keineswegs ohne weiteres zuzugeben, daß das Individuum völlig von der Gemeinschaft absorbiert worden sei. „Ist die Erfindung des Pfeiles, des Topfes, des Hakens für die primitiven Kulturstufen nicht ebenso eine Großtat wie in moderner Zeit die Erfindung einer komplizierten mechanischen Vorrichtung? Und könnte

<sup>1</sup> Histor. Zeitschrift LXXXI (1898) 227.

es nicht schon damals schöpferische Individuen gegeben haben, wenn auch ihre Namen in Dunkel und Vergessenheit verschollen sind, von denen solche Erfindungen ausgingen, oder müssen wohl diese Neuerungen immer von sozialen Gruppen insgesamt ausgegangen sein? <sup>1</sup> Stößt also schon für die prähistorischen Urzustände der Versuch einer Eliminierung des individuellen Momentes auf unübersteigliche Schwierigkeiten, so hieße es für den Bereich der geschichtlichen Erscheinungen der Erfahrungserkenntnis geradezu Gewalt antun, wollte man dem unbestrittenen Verhältnis der Abhängigkeit des einzelnen vom sozialen Verbande durchweg den Charakter einer dem natürlichen Kausalitätsverhältnis analogen Notwendigkeit zuerkennen, dieser Notwendigkeit das Individuum nahezu völlig unterwerfen, zu absoluter Bedeutungslosigkeit für den Lauf der Geschichte herabdrücken.

b) Mit Rücksicht auf den intellektuellen Besitzstand offenbart sich zweifelsohne ebenfalls eine gewisse Abhängigkeit der Individuen von der Gesamtheit <sup>2</sup>. *Nemo dat, quod non habet*. Die Erziehung, der geistige Verkehr kann nur nach dem Maße der vorhandenen geistigen Schätze Bildung und Wissenschaft verbreiten. Genies, große Talente sind *rari nantes* im Bereich des spekulativen wie des praktischen Verstandes. Und wo die individuelle Kraft zu größerer Leistung vorhanden wäre, stellt sich oft die *vis inertiae*, die nicht nur im Bereich der Physik ihre Rolle spielt, in den Weg. Dennoch verläßt hier das einzelne Individuum viel leichter, als wo es äußern wirtschaftlichen Verhältnissen und Zuständen gegenübersteht, die Geleise, in denen das Gros der Gesellschaft sich bewegt, geht die eigenen Wege persönlicher Konzeption in Kunst und Wissenschaft. Wenn Lamprecht sagt, der Maler des Gottschalkevangeliars habe nicht in der zeichnerischen Weise des 16. Jahrhunderts malen können, so wissen wir doch alle, wie gerade auf dem Gebiete des künstlerischen Schaffens die geniale Indi-

<sup>1</sup> Rachfahl in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XIII (1897) 665.

<sup>2</sup> H. Taine hat diesen Einfluß der geistigen Umgebung einseitig übertrieben (namentlich in seiner Schrift: Philosophie der Kunst, deutsche Ausgabe <sup>2</sup> 1885). Wie die physische Temperatur das Auftreten der Pflanzenarten bedinge, so sei das geistige und moralische Milieu bestimmend für das geschichtliche Erscheinen dieser oder jener Kunstgattung usw. Zunächst sei die einzelne Erscheinung aus dem engeren Gesellschaftskreise, von dem sie ausgeht, zu erklären, dann aus dem weiteren Kreise gesellschaftlicher Bedingungen, schließlich aus den den Zeitpunkt der Entstehung beherrschenden geistigen Mächten. So gelangt Taine zu den drei Stufen der geschichtlichen Kausalerklärung: Rasse, Sphäre (Umgebung), Zeitpunkt. Damit ist allerdings das Genie noch nicht erklärt. Dazu gehört eben noch die unerklärliche Individualität mit ihrer Eigenart. In Taines großem Werk über die Entstehung des modernen Frankreich treten die drei Stufen nicht mehr hervor, und er begnügt sich damit, den gesamten Kulturzustand des Zeitalters als den eigentlichen Inhalt der Geschichte zur Darstellung zu bringen. Vgl. Wundt, Methodenlehre <sup>2</sup> (1895) 326 f. - Berthold Thorsch Der Einzelne und die Gesellschaft <sup>2</sup> [1907], will der Unterscheidung zwischen Individuum und Gesellschaft Pluralität bloß relative Bedeutung für den einzelnen Fall zuerkennen: für die großen Bewegungen der Zeit hätten die Erkenntnis der gesellschaftlichen Zustände und die daraus erwachsenden Postulate keine konstitutive, sondern nur regulative Bedeutung. - Brooks Adams Das Gesetz der Zivilisation und des Verfalls. Mit einem Essay von Th. Roosevelt [1907] hebt gewisse Typen von Menschen (Soldat, Künstler, Priester, Bankier, Wucherer) in ihrer besondern gesellschaftlichen Bedeutung für bestimmte Zeiten hervor.

vidualität ihre größten, für die Entwicklung der Kunst entscheidenden Triumphe gefeiert hat. Darüber brauchen wir keine Worte zu verlieren. Das Genie in sich ist nicht Ergebnis der Entwicklung oder des Einflusses sozialpsychischer Kräfte, sondern ein freies Geschenk des Schöpfers an das Individuum<sup>1</sup>.

c) Auch die Sitte, die Gewohnheit, das Beispiel, die herrschenden Anschauungen ziehen der individuellen Willkür mehr oder minder feste Schranken. Das Altüberkommene ist geheiligte Tradition, durch den Lauf der Zeit bewährt, ein Gesetz für die Gesamtheit und den einzelnen, wenn auch kein Gesetzbuch, kein Kriminalkodex die Sitte sanktioniert hätte. Nur wer in den Bahnen der Sitte wandelt, findet Ehre und Achtung. An die Beobachtung derselben ist man von Jugend auf gewöhnt. Das Gewohnte aber liebt der Mensch. Hätte er keine höhere Absicht, als „die Linien des geringsten Widerstandes“ aufzusuchen, er würde sich auf den Weg der Sitte angewiesen finden. Also an der Abhängigkeit des einzelnen vom Ganzen kann nicht gezweifelt werden. Aber enthält diese Abhängigkeit für uns eine Notwendigkeit, eine quasi-naturhafte Notwendigkeit, die aus dem Individuum ein Gattungsexemplar zu machen imstande wäre? Ist das die Lehre der Erfahrungswelt? Sehen wir nicht, wie das Individuum sich auch der Sitte entziehen kann? Sehen wir nicht neue Sitten und Unsitten entstehen durch das gute oder schlechte Beispiel einzelner Menschen, Gruppen, Klassen?

Und erst das Gebiet der eigentlichen Sittlichkeit, des freien, sittlichen Handelns! Gewiß wirkt auch da das gesellschaftliche Leben mit. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist. Der eine faule Apfel steckt viele andere an. Wer würde aber das sittliche Werturteil über einen Menschen fällen nach dessen nationaler Herkunft, nach Zeit und Stammesangehörigkeit? Nationale Sitten, Stammeseigentümlichkeiten u. dgl. mögen sich bei jedem Individuum wiederfinden, die Sittlichkeit aber ist sein persönliches Gut und Verdienst, die Unsittlichkeit seine persönliche Schuld. Niemand kann die Verantwortlichkeit für die eigenen Handlungen ablehnen durch Berufung auf „prädominierende“ Motivreihen, z. B. die Gewinnsucht seiner Zeit usw.

Auf keinem Gebiete beugt sich also die individuelle Kraft völlig unter die angebliche Notwendigkeit sozialpsychischer Kräfte. Und in der Tat, wenn alle einzelnen Individuen vermöge ihrer in jedem Individuum vervielfältigten, allgemein menschlichen Natur manches mitbringen, was für jede soziale und nationale Massentwicklung unentbehrliche Voraussetzung ist, ohne von der Masse als solcher auszugehen, dann ist doch auch ebenfalls von vornherein nicht recht einzusehen, warum denn nun die individuelle Ausprägung jener natürlichen Anlagen mit den Besonderheiten der einzelnen Persönlichkeit in den Einfluß der Entwicklungsstufe mit jener bezwingenden Notwendigkeit eingeschrieben sein müsse, die Lamprechts Theorie annimmt. Kann man überhaupt von einer individuellen Ausprägung der Natur und Naturanlagen sprechen, so wird vielmehr diese Individualität auch für die Entwicklung und den Fortschritt der Gesellschaft eine oft sogar primäre Bedeutung erlangen. Die Individualität nicht minder wie die generische

<sup>1</sup> „Als Wegweiser und treibende Führer auf der Bahn des Fortschritts werden immer nur wenige auftreten, die Masse aber bildet das große Behältnis, in dem die Früchte der Kultur sich ansammeln“ Wilh. Lexis, Das Wesen der Kultur [1905] 1, in Kultur der Gegenwart, herausgegeben von Paul Hinneberg, Des Gesamtwerkes 1. Teil, 1. Abteilung).



Natur des Menschen sind eben Urkräfte, die in der Entwicklung und für die Entwicklung in Geltung bleiben. Immer wieder durchbricht denn auch tatsächlich das Individuelle mit seiner Eigenart den gewohnten Lauf der Dinge, um sich selbst nicht selten an die Spitze der Bewegung zu stellen, den Fortschritt zu bewirken. Wollte man sagen: auch in den großen, genialen Individuen wirkt das soziale Milieu, so wäre damit die Wahrheit nur zur Hälfte ausgesprochen. Gewiß steht der große Mann auf dem Boden seiner Zeit, seines Volkes. Was er tut, ist, wie gesagt, bedingt durch seine Umgebung. Aber er erhebt sich zugleich auch in dieser oder jener Hinsicht über die Verhältnisse, denen er angehört, tritt in Gegensatz zu dem Alltäglichen und Traditionellen, und zwar oft mit weittragender Wirkung für die ganze Gesellschaft. Da stehen wir in der Tat, wie Hintze sagt<sup>1</sup>, „vor der ursprünglichen Bestimmtheit des individuellen Lebens als der letzten Ursache historischen Geschehens“. Individuum ineffabile. Es mag uns ein Rätsel bleiben. Aber so in die Ecke stellen läßt sich denn doch die Individualität, die Sonderart, die ureigene Kraft der Persönlichkeit noch lange nicht!

Kurz, wie sich aus allem ergibt, ist die Fragestellung, ob die Massen oder die Individuen einen bestimmenden Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung ausüben, nicht richtig gestellt. In Wahrheit sind es sowohl die Massen wie auch die Individuen, welche hierfür in Betracht kommen. Selbst die unorganisierte Menge, die „Masse“ im engeren Sinne, möchten wir davon nicht völlig ausschließen. Oder haben z. B. nicht gewisse Änderungen in der Psyche des Volkes bzw. wichtiger Bestandteile desselben, des Bauernstandes, der Arbeiterklasse<sup>2</sup>, im Laufe der Geschichte und gerade heute wiederum, bei der allgemeinen Schulbildung, dem mächtig vordringenden demokratischen Prinzip, die Geltung der Masse unter den für die geschichtliche Entwicklung bedeutsamen Kräften erheblich verstärkt? Freilich muß dabei wieder hervorgehoben werden, daß gerade diese „Masse“ doch regelmäßig unter der mächtigen Einwirkung von Einzelpersonlichkeiten steht, Führern, leider, wie gesagt, nur zu leicht auch Verführern folgt. Von geradezu entscheidendem Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung ist sodann offenbar die soziale Gesamtkraft der organisierten Gesellschaft. Trotzdem aber, und mag auch die Macht des sozialen Ganzen die Summe der isolierten Einzelkräfte übersteigen, eine neue, eigenartige Kraft darstellen — die letzte Quelle ist denn doch wiederum nur eben in der Gesamtheit gesellschaftlich verbundener Individuen zu suchen, deren latente, potentielle Energien durch die sozialen Einflüsse und Ergänzungen in aktuelle Energien umgewandelt, im Gesellschaftsleben von den Fesseln befreit werden, wie der Zustand der Isolierung sie selbst dem Genie bereiten muß. Alle Wirkungen des Waldes sind bedingt durch die Natur des Baumes, sagt Rümelin, aber manche derselben werden an dem einzelnen Exemplar nicht erkennbar, sondern erst in ihrer Verdichtung und Verstärkung durch die Masse der winzigen Anteile. So empfängt das Individuum von der Gesamtheit einen Zuwachs neuer Kraft, indem es dem Ganzen seine eigene erweckte, belebte, erweiterte Kraft zur Verfügung stellt.

<sup>1</sup> Histor. Zeitschrift LXXVIII (1896) 65.

<sup>2</sup> Schmoller erinnert z. B. an die Änderungen in der Psyche des Bauernstandes von 1700 bis 1900, an die psychologische Massenentwicklung des englischen Arbeiterstandes seit 150 Jahren, der deutschen Gewerkschaftsführer seit 50 Jahren. Das sind Momente sozialpsychologischer Art, die für die kausale Forschung Bedeutung haben.

In dem Augenblick, wo das Individuum, der naturhaften Notwendigkeit eines ehernen „Muß“ geschichtlicher Evolution völlig überantwortet, nicht mehr durch sich selbst und aus sich selbst der Quell neuen, frischen, höheren Lebens für die Gesamtheit sein könnte, hätte alle soziale Entwicklung, aller Fortschritt sein Ende erreicht.

Die Einseitigkeiten, die wir mit Bedauern, wie in andern Fragen so auch hier, selbst bei hervorragenden Denkern und Forschern nur zu oft feststellen müssen, erklären sich aus der Begrenztheit des menschlichen Erkennens und aus der Eigenliebe, die sich mit vielleicht wertvollen Ergebnissen tüchtiger Geistesarbeit nur zu leicht enger verbindet. Der eine betont im Übermaß den Einfluß der geographischen Verhältnisse auf die Entwicklung der Völker, der andere leitet alles aus den Rassenunterschieden ab, wieder ein anderer hebt die individualpsychischen und ein dritter die sozialpsychischen Kräfte hervor usw. Jeder meint sogar vielleicht, mit seinen Ideen eine völlige Umwälzung der Wissenschaft verursacht zu haben. Und doch handelt es sich nicht um eine Umwälzung, sondern im besten und glücklichsten Falle um eine Ergänzung der Wissenschaft gegenüber früheren Einseitigkeiten. Nur durch die richtige Verbindung des ganzen Wahrheitsgehaltes der bisherigen und zukünftiger Forschungen werden wir eben allmählich zu jener Allseitigkeit umfassender Erkenntnis des Werdeganges der Menschheit gelangen können, die Albrecht Wirth als das „Hochziel“ der Geschichtsforschung bezeichnet hat. In dieser Richtung liegen denn auch die neueren, von Meister, Lindner, Hintze u. a. ausgehenden Vermittlungsversuche zwischen individualistischer und kollektivistischer Geschichtsauffassung: das Geheimnis der historischen Entwicklung liegt in der Wechselwirkung der individuellen und generellen Kräfte. Die Gesamtheiten, Volk, Masse, sind nicht die einzig bestimmenden Elemente. Das Individuum verliert sich nicht in der Masse, bleibt innerhalb derselben Individuum und wirkt mit seiner Eigenart: es wird von der Gemeinschaft zwar beeinflusst, aber ebenfalls potenziert. Große Individuen können in der Tat Neuschöpfer sein, nicht bloß Vollzieher dessen, was in der Masse schlummert. Gewaltige Fortschritte in der Menschheits- und Völkergeschichte sind Einzelmenschen zu verdanken. Aber auch in der Masse können Ideen und Bewegungen geboren werden, wie sie die Ideen und Impulse überragender Individuen aufnehmen, fortpflanzen, wirksam machen kann.

Schließlich darf man nicht übersehen, daß von Individuen keineswegs bloß ein segensreicher, sondern auch ein verhängnisvoller Einfluß ausgehen kann. Wer darum Freiheit für das individuelle Wirken deshalb fordert, weil der Fortschritt überragenden einzelnen zu danken sei<sup>1</sup>, wird nichts dagegen einwenden dürfen, wenn anderseits Beschränkung der Freiheit notwendig erscheint, um eine Schädigung des Fortschritts, der allgemeinen Wohlfahrt des Volkes zu verhüten. Gerade die Nationalökonomie, die es, bei ihrer sozialen Auffassung des Wirtschaftslebens, weniger mit dem Verhältnis des Individuums zur „Masse“ als mit den Beziehungen zwischen Individuum und „Gesellschaft“ zu tun hat, wird auf die Harmonie zwischen individueller Freiheit und Sozialzweck besonders Nachdruck legen müssen.

Von ganz hervorragender Wichtigkeit bleibt darum endlich auch eine vierte Frage, die nach der Bedeutung des Telos für die gesellschaftliche Entwicklung.

<sup>1</sup> Vgl. J. Wolf, Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft (1912) 31.

**4. Ist die Fragestellung nach dem, was sein soll, mit Rücksicht auf das soziale Geschehen, wissenschaftlich berechtigt und wissenschaftlich notwendig?** Mit der Ablehnung einer naturwissenschaftlichen Behandlung der Gesellschaftslehre verbindet sich keineswegs notwendig die exklusiv historische Weltanschauung. Wir geben der Geschichte, was ihr gebührt, erkennen auch eine nationale Geschichtsauffassung mit ihrem Relativismus in vernunftgemäßen Grenzen an, behaupten nicht die Idealgültigkeit eines bestimmten gesellschaftlichen Zustandes für alle Zeiten und alle Völker, haben Verständnis für das Recht der nationalen Individualität, das Recht jeder Zeit, auf sich selber zu stehen. Gleichwohl können wir in den geschichtlichen Erscheinungen und Tatsachen mit ihrer örtlichen, zeitlichen, nationalen Bedingtheit durchaus nicht das einzige Material unsrer Kenntnis, unsres Wissens von der Menschheit und dem gesellschaftlichen Leben erblicken, können nicht mit prinzipieller Gedankenlosigkeit der bedingungslos hingenommenen Vielheit des geschichtlichen praktischen Geschehens oder einer unverstandenen „Entwicklung“ gegenüberstehen, nicht in „historischem Quietismus“ und „historischer Impotenz“ die gegebenen Tatsachen urteilslos betrachten. Jedem vernünftigen Menschen drängt sich die Notwendigkeit einer Beurteilung auf, und alle Versuche, dieser Notwendigkeit sich zu entziehen, sind bisher gescheitert<sup>1</sup>. Nur fragt es sich, welches der Maßstab sei, der wissenschaftlich begründete Werturteile in unsrem Stoffe ermöglichen kann.

Es gibt keine andern treibenden Kräfte in der Geschichte als die, deren Träger letztlich der Mensch ist. Wohl bleibt der Mensch in seinem Wirken von der äußern und der innern Natur abhängig. Wer kein Pferd hat, kann nicht reiten; wer kein Brot hat, kann nicht leben. Auch stehen wir unter dem Einfluß mächtiger natürlicher Impulse und innerer Triebe. Alles, was den Menschen anregt, was ihn zum Handeln und Wirken führt, muß ferner in den Bereich des natürlichen Formalobjekts seines Geistes, seines Willens fallen, muß sich ihm als wahr und gut erweisen, wenn es vielleicht auch nur scheinbar wahr und gut ist, muß seinen Bedürfnissen, dem natürlichen Verlangen, seine Lage zu verbessern, dem Begehren höherer Vollkommenheit, größeren Glückes entsprechen. Gerade jener Glückseligkeitstrieb im Menschen, „the desire of bettering our condition“, dessen innigste Verknüpfung mit der menschlichen Natur auch Adam Smith klar erkannte, beweist, daß der Mensch in seiner Wohlfahrt ein natürliches Ziel hat. Alles, was dann im einzelnen Falle zu dieser Wohlfahrt in fördernde Beziehung tritt, kann ihn zum Handeln bewegen, „Motiv“ für ihn werden, zum Zweck, den er erreichen will und um dessentwillen er in Tätigkeit tritt.

Daß der einzelne Mensch Motiven, Zwecken, Zielen folgt, ist eine so offenkundige Tatsache, daß sie wohl kaum geleugnet wird, mag man im übrigen zur Frage der freien Selbstbestimmung in der Wahl der Zwecke, Ziele, Mittel sich stellen, wie man will. Die Schwierigkeit beginnt aber, sobald es sich um den

<sup>1</sup> Legt man die logische Sonde an, dann wird man auch bei denjenigen Autoren, die Werturteile ablehnen, nicht wenige solcher Urteile finden; bei einzelnen stolpert man geradezu über „verkappte“ Werturteile. Eine allgemeine Rückkehr zu Werturteilen hat die Nachkriegszeit gebracht; ja es fehlte nicht an Stimmen, welche die Einflußlosigkeit der wissenschaftlichen Nationalökonomie ihrer Abstinenz von der Erkenntnis des Sollseins zuschrieben.



Zweck der Gesellschaft, insbesondere der großen Gesellschaftsformen wie der staatlichen Gemeinschaft, handelt. Hier werden dieselben Leute, die sich im Lobe der individuellen Zwecke für das wirtschaftliche Gebiet, insbesondere des Gewinnstrebens, und ihres Einflusses auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, in der Verherrlichung des durchaus finalen ökonomischen Prinzips geradezu erschöpfen, äußerst zurückhaltend. Sie fürchten, wie sie sagen, daß bei der Frage nach dem Zweck der Gesellschaft, des Staates, die persönliche Weltanschauung eine entscheidende, vielleicht beirrende Rolle spiele, jedes Urteil subjektive Färbung an sich trage und darum von der Schwelle der objektiven, voraussetzungslosen Wissenschaft zurückgewiesen werden müsse. Und doch ist es nicht irgend eine bestimmte Weltanschauung, sondern unmittelbar die Vernunft selbst, die uns lehrt, daß die Gesellschaft kein zweckloses Gebilde sei, und daß es für eine so allgemeine Erscheinung wie die Gesellschaft auch allgemeine Gründe, Ziele, Zwecke geben müsse. Am wenigsten sollten das jene leugnen, die sonst so schnell bei der Hand sind, aus generellen Erscheinungen „Gesetze“ oder gar „Naturgesetze“ der Entwicklung abzuleiten. Oder entspringt die Gesellschaftsbildung nicht einem allgemeinen Bedürfnis der menschlichen Natur? Ist nicht der einzelne Mensch schlechthin ergänzungsfähig und ergänzungsbedürftig durch seine Verbindung mit andern Menschen in der Gesellschaft? Und ist nicht die Gesellschaft fähig und bestimmt, diese Ergänzung zu gewähren? Ist es nicht der Zweck der Gesellschaft, jene Ergänzung zu vollziehen, und wird man nicht eine Gesellschaft, die diesem Zweck besser genügt, gerade darum als vollkommener bezeichnen müssen im Verhältnis zu früheren Stadien ihrer Entwicklung und im Vergleich mit andern Gesellschaften derselben Art? Ist dieser Zweck ferner nicht ein umfassender, der nicht bloß auf die Beglückung oder Bereicherung einzelner Individuen mit diesen oder jenen Gütern abzielt, sondern auf das Ganze geht, auf alle Einzelwesen, die von der Gesellschaft umfaßt werden, sich erstreckt, so zwar, daß wiederum jene Gesellschaft als die vollkommenere erscheint, die dieser sozialen Universalität ihrer Zweckwirkung am nächsten kommt?<sup>1</sup> Das alles hat mit einer religiösen Weltanschauung noch nichts zu tun. Es genügt ein klares, wirklich voraussetzungsloses, logisches Denken, um zu der Erkenntnis zu gelangen.

<sup>1</sup> Die Erklärung der Erscheinungen rein unter dem Gesichtspunkte der Kausalität kann, wie F. v. Calker *Politik als Wissenschaft* [1898] 13 bemerkt, nicht zu einem allgemeinen Werturteil über sie gelangen. Die soziologische Richtung müsse entweder die Beurteilung dem subjektiven Meinen des einzelnen überlassen oder aber auf eine Beurteilung im eigentlichen Sinne verzichten, indem sie das Bestehende, da es ja kausal entstanden, als um deswillen auch als berechtigt erklärt. Da kämen wir ja zu dem Satze: Alles, was ist, ist auch vernünftig. Unberechtigte Furcht vor Subjektivität führt gerade den tollsten Wirrwarr subjektiver Urteile herbei. Des Urteilens wird der menschliche Geist sich nun einmal nicht entschlagen. Bietet die rein kausale Betrachtungsweise keine Möglichkeit, zu objektiven Urteilen zu gelangen, oder nötigt sie zu der Absurdität, das Bestehende deshalb für berechtigt zu halten, weil es besteht, so zeigt es sich eben, daß die kausale Betrachtungsweise für sich allein den Anforderungen des vollen wissenschaftlichen Erkennens nicht genügen kann vgl. v. Below, in *Histor. Zeitschrift* LXXXI [1898] 245 A. . Damit soll aber nicht geleugnet werden, daß eine Vereinigung, wie die „Deutsche Gesellschaft für Soziologie“, ihre Tätigkeit auf die Erforschung der kausalen Zusammenhänge trotz aller Schwierigkeiten beschränken könne; nur darf man der Wissenschaft solche Schranken nicht ziehen wollen.

daß es für die Gesellschaft ein aus ihrem unleugbaren, vernunftgemäßen Zweck herauswachsendes objektives *Soll* sein gibt. Gerade diese Erkenntnis des Zweckes klärt den alle bloß mechanische Kausalität übersteigenden Begriff der Entwicklung und vervollständigt ihn, läßt uns begreifen, daß die Entwicklung der Verkehrs-, der Wirtschafts-, der Verfassungsformen usw. etwas mehr ist als bloße Aufeinanderfolge, Veränderung, Umwandlung; sie erst ermöglicht den Begriff des Fortschritts<sup>1</sup>, gibt ihm einen bestimmten Inhalt, erlaubt uns, einen kritischen Maßstab an die Geschichte anzulegen, die Vergangenheit zu richten, die Zukunft zu bemessen, enthebt uns der Notwendigkeit, auf die Frage: was sein soll, die banale Antwort zu geben: das, was ist und was kommen wird. Man sage nicht, das sei keine rein theoretische, historische Erkenntnis mehr, das sei ein Rückfall in die geschichtsphilosophische Methode und in den Gedankenkreis der Romantik. Als ob das menschliche Wissen sich lediglich und allein auf die theoretisch-historische Erkenntnis beschränken müßte! Als ob die menschliche Vernunft sich mit dem Blick auf die Gegenwart und dem Rückblick auf die Vergangenheit begnügen könnte! Die Zukunft liegt überdies noch vor uns, ein unbeschriebenes Blatt. Auch für diese Zukunft fordern wir von der Wissenschaft führende, leitende Erkenntnis, die szientifische Erklärung dessen, was sein soll, weil ohne diese Kenntnis die Entwicklung unmöglich praktisch zum wahren Fortschritt sich gestalten kann.

Als Eugen von Philippovich auf der Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik (1909) sich zu Gunsten teleologischer Betrachtung aussprach, erhob sich lebhafter Widerspruch: es sei keineswegs Aufgabe des Nationalökonomen, so hieß es, Ideale zu zeichnen, Werturteile zu fällen, wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen zu ziehen; die Nationalökonomie sei durch Kathedersozialisten, historische Schule, ethische Richtung zu einer anmaßlichen normativen Wissenschaft geworden, habe Ethik und Ökonomie vermengt, das Leben kritisiert, statt die Theorie zu pflegen, Forderungen an das Leben gestellt, die doch nur Ausfluß des politischen Standpunktes oder einer subjektiven Weltanschauung seien. Nicht mit dem „Seinsollen“, sondern mit dem ökonomischen „Sein“ und dessen kausalen Verknüpfungen habe die Nationalökonomie sich zu beschäftigen<sup>2</sup>, insbesondere der theoretischen Be-

<sup>1</sup> Auch die „Kultur“ ist nicht bloß „Erscheinungsform der Kraft“, sondern Ergebnis richtiger Pflege der Kräfte und diese Pflege selbst, die ohne Zweckgedanken haltlos wird.

<sup>2</sup> So Max Weber, Sombart, denen auch Pohle, Julius Wolf, Richard Ehrenberg, Andreas Voigt u. a. beipflichteten. Man vgl. hierzu aus der damaligen Literatur: Max Weber, Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XIX (1904) 22–87; Gustav Cohn, Über den wissenschaftlichen Charakter der Nationalökonomie, ebd. XX (1905) 461–478; Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXVI (1910) 1–40 445–461; Karl Diehl, Die Bedeutung der wissenschaftlichen Nationalökonomie für die praktische Wirtschaftspolitik, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVII (1909) 289 ff.; Adolf Weber, Die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft (1909); Ders., Art. „Volkswirtschaftslehre“ im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>3</sup>–<sup>4</sup> 986 ff.; Karl Bücher in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXV 711 ff.; Ludwig Pohle, Einführungswort des Herausgebers zur Neuen Folge der Zeitschrift für Sozialwissenschaft I 1 4; Politik und Nationalökonomie, ebd. 69–81 170–182 201–218; Ders., Die gegenwärtige Krisis in

handlung jener Fragen größere Aufmerksamkeit zu widmen, welche die Geschäftswelt in erster Linie interessierten usw. Es handelte sich also letztlich um die Bestimmung des Charakters der Volkswirtschaftslehre, ihrer wesentlichen Aufgaben.

Man mag immerhin zugehen, daß der relativ jungen Wissenschaft der Nationalökonomie noch mancherlei Mängel anhaften. Wird deren Überwindung, ohne Verkürzung der Verdienste bisher führender Schulen oder Gruppen von Fachgenossen und ohne Verkenning ihrer gewaltigen Geistesarbeit, erstrebt, so mag das als erfreuliches Symptom von frischer Lebenskraft und wagender Betätigung auf nationalökonomischem Gebiete begrüßt werden, selbst wenn die „neue“ Richtung nicht gerade in allem das Rechte trifft<sup>1</sup>. Wir wollen diesbezüglich keinen Tadel aus-

der deutschen Volkswirtschaftslehre 1911: Ders., Ein kathedersozialistisches System der Volkswirtschaftslehre, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft III 1912 410 ff. 453 ff.; Julius Wolf, Über Ehrenbergs „exakte Wirtschaftsforschung“, im „Tag“ Nr. 74 vom 31. März 1910; Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1909, III, Die Produktivität der Volkswirtschaft mit Referaten von E. v. Philippovich usw. 1910 329 ff., Debatte, namentlich 563 ff.; Georg Brodnitz, Die Zukunft der Wirtschaftsgeschichte, in Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik XL 1910 145 ff.; A. Voigt, Wirtschaft und Recht, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft II 1911 1 ff. 99 ff. 177 ff. 238 ff. 311 ff.; Ders., Die Untauglichkeit der historischen Methode zur Lösung volkswirtschaftlicher Probleme, ebd. III 1912 241 ff. 311 ff. 383 ff.; Alfred Amonn, Über die neuere Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der politischen Ökonomie, in der Monatsschrift für christliche Sozialreform XX XIII 1911 3 ff.; Ders., Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie 1911. Dazu Franz Oppenheimers Besprechung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIII 1911 194 ff. Drill, Wunschlose Nationalökonomie, im Literaturblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 5. Februar 1911. Joseph Schumpeter, Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie (1908). Lujo Brentano, Über Werturteile in der Volkswirtschaftslehre, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIII 1911 695–714. Albert Hesse, Die Werturteile in der Nationalökonomie, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLIII (1912) 179 ff. Rizzi, Art. „Volkswirtschaftspolitik“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2-4</sup> 1002 ff. Monatsschrift für christliche Sozialreform 32 1910. Schmoller und Tönnies, Zwei Bemerkungen über den Verein für Sozialpolitik, in Schmollers Jahrbuch XXXVI 1912 1 ff. Demgegenüber wieder Julius Wolf, Gegen Gesinnungs- und Tendenzwissenschaft, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft III 1912 252 ff. Herkner, Der Kampf um das sittliche Werturteil in der Nationalökonomie, in Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 515 ff. usw.

<sup>1</sup> Sombart, Ideale der Sozialpolitik, in Brauns Archiv X (1897) 1 ff. Hier hatte Sombart noch in dem Wirtschaftssystem höchster Produktivität das autonome sozialpolitische Ideal erblickt, welches er dann später Sozialismus und soziale Bewegung“ [1908] 128) als ein „Parvenüideal“, ein „ekelhaftes Baumwollspinnerideal“ wieder verwarf. In Max Webers Schrift: Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik (1895) wurde die Idee der nationalen Macht als Leitstern der Wirtschaftspolitik bezeichnet. Im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XIX [1904] 22 ff. dagegen lehnte Weber die Ideale als regelmäßig subjektiv ab, desgleichen die Werturteile, weil diese auf solchen durch keine Erfahrungswissenschaft beweisbaren Idealen und Zweckvorstellungen beruhten. M. Webers Auffassung ist beeinflusst durch die logischen Arbeiten von Windelband, Simmel, Rickert. Vgl. Herkner, Der Kampf um das sittliche Werturteil in der Nationalökonomie, in Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 519.



sprechen, nicht gegen Männer polemisieren, die wir achten und verehren, sondern bloß unsre Ansicht darlegen, dieselbe wohlwollender Prüfung unterbreiten.

Daß nun gerade durch Zurückweisung der Werturteile bisher schon eine allgemeinere „objektive Verständigung“ unter den Vertretern der neueren „Richtung“ tatsächlich erreicht worden sei, wird, angesichts so mancher schwebenden Kontroversen, niemand behaupten wollen. Auch das soll kein Tadel sein. Denn bloß um der Übereinstimmung willen und aus Furcht vor der Kontroverse kann die wissenschaftliche Forschung niemals auf die Erkenntnis und Verteidigung der Wahrheit verzichten. Es bleibt aber die Frage, ob die Zulassung von Werturteilen die Möglichkeit jedweder „objektiven Verständigung“ schlechthin ausschließe, und ob jede „wissenschaftliche“ Erkenntnis sich ausschließlich auf das Erkennen des Seins beschränken müsse. Wer das in dieser Allgemeinheit behaupten will, wird sofort starke Gegnerschaft vorerst bei allen denjenigen finden, die der Ethik, der Moraltheorie<sup>1</sup>, der Jurisprudenz auch dann den „wissenschaftlichen“ Charakter nicht bestreiten lassen, wenn diese Disziplinen es mit sittlichem und rechtlichem „Seinsollen“, mit Werturteilen und Forderungen zu tun haben. Das gleiche gilt von allen jenen, die im Bereich der staatswissenschaftlichen Disziplinen auch der „politischen“ Forschung „wissenschaftliche“ Dignität zuerkennen. Es ist darum wohl kaum übergroße Verwegenheit, wenn wir unsererseits ebenfalls die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre schlechthin, also nicht bloß der „reinen Theorie“ und der „historischen“ Nationalökonomie allein für sich genommen, weder auf die Feststellung dessen, was ist, noch dessen, was sein soll, beschränken, dieselbe vielmehr sowohl in der Erkenntnis dessen, was ist, als auch dessen, was sein soll, und zwar, was volkswirtschaftlich, nicht was „ethisch“ sein soll, erblicken. Demgemäß handelt es sich für uns nicht um eine einseitig normative Betrachtungsweise, sonder um den Versuch einer Verbindung der theoretischen, historischen, kausalen und teleologischen oder normativen Betrachtungsweise. Wir sehen die Dinge, wie sie sind und wie sie sich entwickeln. Wir glauben aber nicht, daß die Wissenschaft der Fortentwicklung gegenüber deshalb hilflos und ratlos dastehe, weil sie stets nur zu einseitigen, parteiischen und subjektiven Ratschlägen befähigt wäre, wenn sie dazu übergehen würde, einen wissenschaftlich leitenden Einfluß auf die praktische Entwicklung zu gewinnen. Wir sind also weit davon entfernt, die Erforschung des „Seins“, der Erscheinungen, irgendwie gering zu schätzen. Wir halten sie im Gegenteil für gänzlich unentbehrlich, ja wir bestreiten nicht, daß gerade in dieser Hinsicht die nationalökonomische Forscherarbeit heute voranschreiten muß und zweifelsohne den Schatz echt wissenschaftlicher Erkenntnis zu vermehren befähigt und berufen ist. Was wir bestreiten, ist nur das eine: daß die ganze nationalökonomische Wissenschaft mit der bloßen Erkenntnis des „Seins“, sich erschöpfe, daß sie damit an die Grenzen ihrer Aufgaben und ihres Vermögens gelangt sei. Eine Beschränkung der Forschung auf den Ablauf des wirtschaftlichen „Seins“ oder „Geschehens“ würde unsres Erachtens die Volkswirtschaftslehre verstümmeln und wesentliche Bestandteile und Aufgaben verkürzen.

<sup>1</sup> Vgl. die scharfsinnige Widerlegung der positivistischen Soziologie (Dürkheim, Lévy-Bruhl usw.), die in der Tat der traditionellen Moraltheorie den wissenschaftlichen Charakter bestreiten will, durch den Juristen und Philosophen Simon Déplouge, *Le conflit de la morale et de la sociologie* (1911).

Wie Kant dem Zweckbegriff besondere Aufmerksamkeit schenkte, so haben neukantianische Schriftsteller speziell für das soziale Gebiet das Telos wieder mehr in den Vordergrund der wissenschaftlichen Betrachtung gestellt. Die soziale Geschichte, sagt Stammler<sup>1</sup>, ist eine Geschichte von Zwecken: „Dieses ergibt sich unvermeidlich daraus, daß es sich hier um eine Geschichte des menschlichen Zusammenwirkens handelt. Solches geht aber nicht nur in sich notwendig auf die Verfolgung von Zwecken, sondern es wird seine jeweilige Eigenart durch die es bedingende Regelung bestimmt, welche gerade eine gewisse Weise des Verhaltens bewirken will. Immer handelt es sich um die Frage von Mitteln, die zu gewissen Zwecken ergriffen werden. . . . Darum ist die Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens unvermeidlicherweise eine anders geartete als die der natürlichen Erscheinungen. Ein soziales Geschehen ist in seinem Inhalte dann gesetzmäßig, wenn es das rechte Mittel zu begründetem Zweck ist. . . . Wenn der Gedanke der sozialen Gesetzmäßigkeit praktisch durchgesetzt werden soll, so muß er an die regelnde Form der Gesellschaft sich wenden.“ Man greift auch wohl kaum fehl, wenn man selbst in den organischen Gleichnissen der biologischen Soziologie eine verhüllte Einführung unentbehrlicher teleologischer Gesichtspunkte in die Gesellschaftswissenschaft (Ettlinger) erkennen will, was ebenfalls von der „mit deszendenztheoretischen Voraussetzungen verbrämten Einführung von Begriffen wie Fortschritt, Anpassung u. dgl.“ gelten mag. Desgleichen arbeitet Dürkheims Solidaritätslehre, die ethische Gesellschaftsauffassung, die historisch-ethische Richtung in der Volkswirtschaftslehre unverkennbar mit teleologischen Leitgedanken. Es bedarf freilich in all diesem oft noch der Klärung der Ideen, einer Ausscheidung des Irrigen, um das Wertvolle der enormen Geistesarbeit der modernen Zeit durch richtige Verbindung des sozialphysischen, sozialbiologischen, sozialpsychologischen, sozialökonomischen Materials mit der Sozialphilosophie zum Abschluß zu bringen und für den Fortschritt der Wissenschaft zu retten.

Klar tritt die Bedeutung des nach Zielen und Zwecken bemessenen Sollens der einzelnen wie der Gesamtheit für den wahren Fortschritt der Gesellschaft in der christlichen Philosophie hervor: kein Naturgesetz beherrscht das frei Menschliche in der Entwicklung, dafür ein Gesetz anderer Art, ein Gesetz, das Ordnung schafft, das den Wert der freien Individualität zur Geltung kommen läßt, Spielraum gewährt für die persönliche Entfaltung, den Trieb für schaffende Tätigkeit nicht lähmt, die Verantwortlichkeit für eigene Wirksamkeit wach erhält.

<sup>1</sup> Bei allen Mängeln der neukantianischen Philosophie berührt die Bezugnahme auf eine objektiv gültige Zwecksetzung an sich, wie die Verknüpfung des Gesellschaftsbegriffs mit der Idee des geregelten Zusammenlebens der Menschen durchaus sympathisch. Vgl. Stammler, *Wirtschaft und Recht* 2 1906, zuerst 1896; *Die Lehre vom richtigen Recht* (1906); *Theorie der Rechtswissenschaft* 1911. Auf dem Neukantianismus Stämmers fußt auch Albert Hesse, *Natur und Gesellschaft: Die Werturteile in der Nationalökonomie*, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* XLIII (1912) 179 ff. Rudolf Stolzmann, *Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaft* 1896; *Der Zweck in der Volkswirtschaft* 1909. „In der Natur herrschen Gesetze, in der Geschichte Zwecke“ Stein, *Philosophische Strömungen* 436. Eine Verbindung kausaler und teleologischer Betrachtungsweise findet sich auch z. B. bei Natorp, *Sozialpädagogik* 2 (1904). Vgl. O. Spanns Aufsätze in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 1903—1905; in der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 1905 usw.

ein Gesetz, das die Freiheit zügelt, nicht tötet, das aber nur im Wohl des Ganzen zugleich das Wohl des einzelnen sucht<sup>1</sup>.

**5. Das Telos in der christlichen Philosophie.** Ist ein unendlich weiser Gott Schöpfer der Welt, Urheber der menschlichen Natur, dann muß er auch seinem Werke einen seiner Weisheit entsprechenden Zweck gegeben haben. Dann muß er ferner für die Geschöpfe der verschiedenen Ordnungen ein ihrer Natur angepaßtes Gesetz aufgestellt haben, in welchem dieselben für ihr Sein und ihre Tätigkeit die den natürlichen Zwecken entsprechende Regelung besitzen.

Man sage nicht: die Wissenschaft habe, um „voraussetzungslos“ zu bleiben, von Gott zu abstrahieren. So kann nur der Atheismus sprechen. Der Atheismus aber ist nichts weniger als „voraussetzungslos“, vielmehr, wie der Kieler Biologe Reinke<sup>2</sup> treffend bemerkt: „nur psychologisch verständlich. Er scheint mir“, sagt er, „auf einer innern Abneigung gegen die Annahme einer Gottheit zu beruhen, auf der Flucht vor einer unerwünschten Lösung des Welträtsels, auf einer bis ins Pathologische gesteigerten menschlichen Überhebung. Der Atheismus will unter keinen Umständen das Walten einer Gottheit annehmen, folglich darf es auch nicht aus der Natur erschlossen werden. Das ist seine Logik — bzw. keine Logik, keine Wissenschaft, sondern Tendenz. Anders die christliche Philosophie. Sie beweist mit unwiderlegten, wissenschaftlichen Gründen das Dasein eines persönlichen Gottes und Schöpfers der Welt und gelangt dann allerdings mit logischer Notwendigkeit zur Anerkennung eines einheitlichen göttlichen Weltplanes. Planlos konnte ja der allweise Gott nicht schaffen und ebensowenig die erschaffene Welt einer völligen Anarchie überantworten. Jener Plan ist nicht bloß von Gott erkannt, sondern auch von dem höchsten Gesetzgeber gewollt und insofern ein Gesetz, die *lex aeterna*, ewig in Gott, in der Welt zeitlich, wie die Welt selbst in der Zeit entstand<sup>3</sup>. Dieses Gesetz erscheint in den vernunftlosen Geschöpfen als Prinzip und Norm ihrer Bewegung und Tätigkeit, als Naturgesetz, als Trieb, — beim vernünftigen Menschen, seiner Natur entsprechend, als das natürliche Licht der Vernunft, durch welches wir erkennen, was wir tun und meiden sollen, als göttliches Sittengesetz, das uns zu dem von Gott gewollten Ziel auf den von Gott gewollten Wegen zu leiten bestimmt ist<sup>4</sup>. „So gewiß, wie der Mensch in seinem vernünftigen Denken ewige und unantastbare Gesetze entdeckt, die er nicht verletzen kann, ohne jede Verständnismöglichkeit mit andern Menschen, ja auch mit sich selbst zu verlieren, so gewiß gibt es unwandelbare Gesetze für das Handeln des Menschen, die er nicht außer acht lassen darf, will er nicht seiner Menschenwürde und Menschenrechte verlustig gehen.

<sup>1</sup> Lehr-Heckel, Grundbegriffe<sup>2</sup> 92. Hacker (Natur und Staat. Beiträge usw. 9. Teil: Die erbten Anlagen und die Bemessung ihres Wertes für das politische Leben [1907]) hat nicht so unrecht, wenn er bezüglich der „Weltforschung“ meint, es herrsche doch eine weitgehende Übereinstimmung über das christlich-humane Ideal des geregelten Zusammenlebens freier Persönlichkeiten. Jedenfalls besteht da eine größere Übereinstimmung als im Bereich der „Ursachenforschung“, sofern es sich nicht gerade um Retortenforschung u. dgl. handelt. Übrigens ist der Zweck nicht bloßes „Ideal“.

<sup>2</sup> Die Welt als Tat<sup>3</sup> (1903) 468 f.

<sup>3</sup> S. Thom., S. th. 1, 2, q. 91; q. 95, a. 2; 2, 2, q. 57, a. 2; De verit. q. 5, a. 1 ad 6.

<sup>4</sup> Grupp, Kathol. Sozialpolitik, in den Histor.-polit. Blättern CXXIV (1899) 498.



Solch bestimmte sittliche Ideale sind vorhanden. Die Kirche ist ihre Hüterin. Sie hat die heilige Aufgabe, diese ewigen Grundgesetze der sittlichen Weltordnung stets aufs neue den Geschlechtern einzuprägen.“<sup>1</sup> Jenes Gesetz aber ordnet sowohl die innere Gesinnung wie das äußere Verhalten, unsre Beziehung zur Welt, zu den Menschen, zu der Gesellschaft.

Zwar ist die Erde dem Menschen übergeben, doch nicht als sein vollfreies Eigentum. Sie ist sein Herrschaftsgebiet, aber sie soll zugleich der Verherrlichung Gottes dienen. Darum haben Genuß und Selbstbefriedigung, wenn es sich um die Stellung des Menschen zur äußern Natur handelt, niemals das letzte Wort zu sprechen. Immer und überall bleiben wir an die Bestimmung gebunden, die Gott der Welt gegeben hat. Diese Bestimmung aber fordert, daß die Erde mit ihren Schätzen und Kräften allen diene, uns allen Nahrung, Kleidung, Wohnung biete, die Lebenskraft erhalte, bis der Herr uns abberuft in die ewige Heimat.

Der Mensch wird in eine häusliche und bürgerliche Gemeinschaft hineingeboren. Hier empfängt er seinen vollen natürlichen „Lebensbedarf“, die Entwicklung seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten, und auf dem Boden gesellschaftlicher Vereinigung wächst er zu seinem Endziel heran. Von dem Ganzen der Gesellschaft empfängt er, aber er muß auch dem Ganzen geben. Nur seine Seele opfert der Mensch nicht; denn sie hat ein höheres Ziel, das sich weit über alle und jede Gesellschaft erhebt.

Insoweit das natürliche Sittengesetz die Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen nach Ziel und Mittel zum Gegenstande hat, wird es Naturrecht genannt<sup>2</sup>. Es ist wahres, im Gewissen bindendes Recht, nicht bloße Rechtsidee, Sozialideal, ist Rechtsanspruch, bevor es zur gesetzlichen Forderung wird und als legales Postulat physische Erzwingbarkeit durch den Staat erhält. Dieses Recht wird durch die allen Menschen gemeinsame natürliche Vernunft von Gott, dem höchsten Gesetzgeber, promulgiert; ist auch insofern ein natürliches Recht, als es dem

<sup>1</sup> G. Traub, Materialien zum Verständnis und zur Kritik des katholischen Sozialismus (1902) 4. Traub referiert im obigen Zitat ganz richtig über die katholische Auffassung.

<sup>2</sup> Joseph Kohler, Lehrbuch der Rechtsphilosophie<sup>9</sup> (1923). Th. Meyer-Cathrein, Naturrecht und Rechtsphilosophie, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft III<sup>4</sup> 1292 ff. Andere ziehen den Namen „Vernunftrecht“ vor; weil es sich um das mittels der Vernunft erschlossene Recht den Inbegriff des Gerechten handle. Vgl. Dietzel, Sozialökonomik 34. Das göttliche Sittengesetz erstreckt sich auf Gesinnung und Verhalten zugleich. Es regelt und ordnet das individuelle wie gesellschaftliche Leben in sicherer, dauerhafter Weise gerade dadurch, daß es die Handlungen in der rechten Weise im Hinblick auf bestimmte Ziele sich vollziehen und aus der rechten Gesinnung hervorgehen läßt. Auch in der Gesinnung soll das Recht und die Gerechtigkeit thronen, von hier aus das Leben beherrschen. Bloß äußerer Rechtszwang und äußerliche Legalität reichen auf die Dauer nicht aus, wo ein Widerstreit besteht zwischen dem, was sie fordern, und dem, wozu die Gesinnung den Menschen anleitet. Das gilt ganz besonders für das gesellschaftliche Zusammenleben und Zusammenwirken. Wie sich mit großer Gelehrsamkeit und redlichem Forscherwillen verblüffendes Mißverständnis verbinden kann, offenbaren wiederum einmal Ernst Troeltschs Ausführungen über die doppelte Moral des Katholizismus, einer „ermäßigten Christlichkeit“ für die Massen und einer andern für eine „mönchisch gefärbte Elite“. Das stoisch-christliche Naturrecht usw., in Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages 1911, 181).

Schutz und der Erlangung der in der Natur selbst begründeten Menschheitszwecke dient, und weil es das gesellschaftliche Verhältnis der Menschen in seinen teleologischen Grundbeziehungen regelt vor aller positiven Satzung des Staates und jeder andern durch Menschen gebildeten Vereinigung. Es gibt Menschenrechte, die nicht erst der Staat zu verleihen braucht: das Recht der Existenz, das Recht, Eigentum zu erwerben, das Recht auf den guten Namen, Erhaltung des Lebens, das Recht, seine natürlichen Fähigkeiten zu entfalten, zu entwickeln usw. Wer meine Existenz und was damit zusammenhängt angreift, tut mir unrecht, ganz abgesehen von jedem staatlichen Gesetze. Ja wenn der Staat selbst sich an den natürlichen Rechten des Individuums, der Familie vergriffe, er beginge ein Unrecht. Denn nicht rechtlos tritt der Mensch in den Staat. Er ist Mensch nicht erst dadurch, daß er Staatsgenosse ist, und hat auch als Mensch, den Menschen und den menschlichen Gesellschaftsformen gegenüber, seine Rechte. Das Naturrecht ist zugleich die letzte Quelle aller menschlichen Autorität als des innern Prinzips der gesellschaftlichen Ordnung und des sozialen Zweckstrebens. Frage ich, warum ich irgend einem menschlichen Gesetze gehorchen soll, so lautet die nächste Antwort: weil es von der zuständigen Autorität rechtmäßig erlassen wurde. Frage ich weiter: Warum bin ich verpflichtet, mich dem Willen derselben zu unterwerfen? so müssen wir antworten: weil das Naturrecht es verlangt, mit andern Worten: weil es der uns durch unsre Vernunft kundgetane Wille Gottes ist, daß wir den rechtmäßigen Befehlen der Obrigkeit gehorchen<sup>1</sup>. Wer sich der rechtmäßigen Obrigkeit nicht fügt, der verletzt nicht nur eine rein ethische Pflicht, sondern speziell eine Rechtspflicht, indem er der Obrigkeit das, was ihr gebührt, nicht gewährt. Anderseits wendet der Mensch unwillkürlich eine höhere Norm an zur Beurteilung der Handlungen oder Unterlassungen der gesellschaftlichen Autorität. Wenn die Staatsgewalt es versäumen würde, zur Erfüllung rechtmäßig geschlossener Verträge anzuhalten, wenn sie Leben, Ehre, Eigentum usw. nicht schützen wollte, so würde man darin eine Ungerechtigkeit, die Verletzung von Rechtspflichten der Staatsgewalt gegenüber den Bürgern und der Gesamtheit erblicken, von Rechtspflichten, die nicht erst von der Staatsgewalt willkürlich geschaffen sind, die nicht das bloß zufällige Produkt geschichtlicher Entwicklung mit lediglich relativer Geltung und Bedeutung darstellen, sondern welche sich aus dem natürlichen Zwecke des Staates ergeben, darum von unsrer Vernunft als dauernde und allgemeine Pflichten der Staatsleitung erkannt werden.

Die Ausbildung des positiven, staatlichen Rechts bildet einen Bestandteil notwendiger Kulturentwicklung, gehört somit zum Weltplan Gottes, der als höchstes, alle staatliche Gewalt überragendes Wesen auch dem Staate Gesetze geben, der Familie, der staatlichen Gesellschaft Rechte verleihen und Pflichten auferlegen kann. Rechte und Pflichten, von deren Geltung Bestand und Gedeihen jener Verbände abhängen. Denn wenn insbesondere die staatliche Gesellschaft, neben historisch wandelbaren Sonderzwecken, als solche einen universalen Zweck hat, den sie nicht selbst sich gibt, der aber den Charakter einer sittlichen Norm für

<sup>1</sup> V. Cathrein, *Moralphilosophie* I<sup>5</sup> (1911) 555 f. (I<sup>8</sup> 377 f. 409). Über „katholische Rechtsphilosophie“ vgl. das „Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie“ XVI (1922) Heft 1, mit Aufsätzen von Cathrein, Eichmann, Grabmann, Haring, Mausbach, Schilling, Karl Schmitt, Walter.

Staatsgewalt und Staatsgenossen hat, so bleibt es auch wahr, daß die Glieder des Staates im Hinblick auf jenen universalen Zweck der staatlichen Gesellschaft zur Unterordnung der individuellen Interessen unter das Gesamtwohl, unter Umständen bis zur Hingabe für das Ganze, im Gewissen gebunden sind, wie in der Tat das ganze Gebiet der sozialen Gerechtigkeit im letzten Grunde von naturrechtlichen Verpflichtungen beherrscht wird.

So ist die Anerkennung eines natürlichen Rechts, wie die logisch unabwiesbare Konsequenz der theistischen Weltanschauung, das sichere Fundament gesellschaftlicher Ordnung und Harmonie, des Glückes der Individuen, der Familien, der Völker, der Staaten, die Grundlage aller Autorität, aber zugleich auch der Hort bürgerlicher Freiheit, die Verneinung von Absolutismus und Despotie.

Wer allerdings, durch die Kantsche Philosophie mit Mißtrauen gegen alle Vernunfttätigkeit erfüllt, einseitig den Methoden der Naturwissenschaft und der Geschichte seine Huld zuwendet, wer in Hegelschen Ideen befangen den Staat als präsenten Gott betrachtet, für den gibt es selbstverständlich kein natürliches, durch die Vernunft vermitteltes, verpflichtendes Recht, für den ist nicht der außerweltliche, persönliche Gott des Christentums wahrer Gesetzgeber des Menschen in seinen gesellschaftlichen Beziehungen, für den gibt es nur eine Quelle nicht bloß der physischen Erzwingbarkeit des Rechts, sondern des Rechts selbst — den Staat. Es handelt sich in dieser Auffassung um dieselbe Einseitigkeit, deren sich einst der Rationalismus schuldig machte, nur in umgekehrter Richtung. Ruhe und Befriedigung findet der forschende Geist dabei nicht. Solange die Frage nach dem rechtlichen Werte einer Gesetzesbestimmung den Juristen, den denkenden Menschen überhaupt beschäftigt, solange man die Möglichkeit eines Gesetzgebungsmissbrauches nicht schlechthin bestreiten will, wird man zwischen Recht und Gesetz unterscheiden müssen, ist die Anerkennung eines natürlichen, moralisch verpflichtenden Rechtes unabwiesbare Notwendigkeit. Die heutige Mißachtung des natürlichen Rechtes wird nicht dadurch überwunden, daß man auch aus ihm lediglich ein Produkt der Geschichte, ein in langsamer Arbeit von Jahrhunderten sich vollendendes Werk fortschreitender Menschheit macht, im Sinne z. B. von Charles Boucaud<sup>1</sup>. Das natürliche Recht ist in sich selbst absolut, wie der höchste Gesetzgeber, auf den es sich ja schließlich zurückführt. Aber es ist freilich nicht an eine und dieselbe geschichtliche Form der Verwirklichung gebunden. Die Mannigfaltigkeit der historischen Entwicklung bleibt also dabei gewahrt. Es weist dem Fortschritt durchaus nicht mit starrem Absolutismus die eine und einzige Bahn, beraubt ihn nicht seiner frischen, lebendigen Vielgestaltigkeit. Bedarf es ja in seiner Allgemeinheit vielfacher näherer Bestimmung durch das positive Recht, die natürlich nach Zeit und Volk sehr verschieden ausfallen wird.

Der Fehler des rationalistischen Naturrechts war sein nahezu „naturgesetzlicher“ Absolutismus. Der Fehler der extremen historischen Rechtsauffassung dagegen ist ihr absoluter Relativismus mit vollkommener Leugnung des „natürlichen“ Rechts. Die Ansicht Boucauds führt aber nicht zur rechten Vermittlung zwischen diesen beiden Extremen. Das natürliche Recht ist keineswegs im evolutionistischen Sinne schlechthin Erzeugnis des Rechtsgefühls. Es

<sup>1</sup> Qu'est-ce que le droit naturel? (1906); L'idée de droit et son évolution historique (1906).



gehört vielmehr dem vernünftigen Rechtsbewußtsein an, welches es offenbart, aber nicht erzeugt. Diese Manifestation hat ihre Geschichte; sie kann mehr oder minder klar sich vollziehen, kann ganz oder zum Teil zurückgedrängt werden. Insofern erscheint auch das allgemeine Rechtsbewußtsein selbst dem Einfluß geschichtlicher Wandlung bei den verschiedenen Völkern unterworfen. Es bleibt die Aufgabe historischer Forschung, den gemeinsamen Kern von Rechtsüberzeugungen herauszuschälen, der sich bei allen, zu gesunder Entwicklung fähigen Völkerschaften gefunden hat. So bietet wiederum die Geschichtskennntnis und Ethnologie sogar einen der Wege, um zum Naturrecht zu gelangen, wenn auch der andere Weg, die spekulative Forschung, hierfür ihren hohen Wert allzeit bewahren wird.

Gerade die führenden Geister der historischen Rechtsschule freilich sind, wie Otto Willmann hervorhebt<sup>1</sup>, von einem Relativismus, der den außerzeitlichen Hintergrund alles Geschehens aus den Augen verliert, frei geblieben. In diesem Sinne sagt z. B. Stahl<sup>2</sup>: „Die geschichtliche Schule beseitigt nicht den absoluten sittlichen Maßstab, sie bekämpft nur das, was man damals in der ‚Aufklärung‘ als Inhalt desselben ansah, und macht noch den relativen oder vielmehr den individuellen Maßstab geltend, den man damals übersah. Es ist gerade eine tiefere philosophische Wahrheit, auf welcher sie unausgesprochen, ja den meisten vielleicht unbewußt, in ihrem letzten Grunde steht, das ist die Anerkennung des lebendigen göttlichen Waltens in der Geschichte. Aus ihr kommt die Ehrfurcht vor dem Bestehenden, die menschliche Bescheidung in der Änderung desselben, das Hinsehen auf eine höhere Macht, von der man das Wesentlichste und Beste dabei erwarten muß.“ Inhaltlich ist das geschichtlich überlieferte Recht nicht immer und nicht in allem, aber doch vielfach in Übereinstimmung geblieben mit dem, was man „Naturrecht“ nennt, und was zugleich, eben weil es Naturrecht ist, in der dauernden, relativ allgemeinen Rechtsüberzeugung der Menschen die geschichtliche Entwicklung begleitet. Erst die Epigonen der Savigny, Niebuhr, Dahlmann usw. stellten die geschichtliche Auffassung in den Dienst eines falschen Relativismus. Sie bekämpften nicht nur das „säkularisierte“, die bürgerliche Ordnung von dem Willen der einzelnen ableitende, individualistische „Naturrecht“ der liberalen Aufklärung, sondern jedes Naturrecht und verloren in der Überschätzung der neuen Methode den Zusammenhang mit der objektiven Wahrheit<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Geschichte des Idealismus III 703 f. „Das Naturrecht ist für den Historismus eine Phantasterei, er erkennt nur positives Recht an. Das Naturrecht ist selbst eine historische Kategorie, sich entwickelnde Idee, für den historischen Rationalismus. Der historische Relativismus in seinen mannigfachen Formen leugnet die Existenz und Berechtigung eines Naturrechts, führt aber, seiner immanenten Inkonsequenz gemäß, wie Berghoim vielleicht sagen würde, unter hundert harmlosen Formen etwas dem Naturrecht nicht Unähnliches wieder in die Rechtswissenschaft ein. Die politische Romantik setzt an die Stelle des natürlichen Rechts das göttliche Recht“ (Alex. Dombrowsky, Adam Müller, die historische Weltanschauung [und die politische Romantik, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXV [1909] 395 f.).

<sup>2</sup> Geschichte der Rechtsphilosophie III<sup>3</sup> (1854) 586 f.

<sup>3</sup> R. Stammler, Wesen des Rechts und der Rechtswissenschaft. Bestandteil der Abhandlungen über „Systematische Rechtswissenschaft“ in P. Hinnebergs „Kultur der Gegenwart“ 2. Teil, 8. Abtlg. (1906) 1—60. Stammler stellt den früheren Rechtstheorien des Naturrechts, des historischen Rechts, der materialistischen Geschichtsauffassung,

Die Verherrlichung Gottes als Endziel aller Geschöpfe, die ewige Seligkeit als letztes Ziel des Menschen, der Dienst Gottes auf dieser Pilgerreise in Arbeit und Berufstreue als Lebensaufgabe, die Bestimmung der äußern Welt, den Bedürfnissen der Menschen, und zwar aller Menschen, zu dienen, die Ergänzung, Förderung der menschlichen Kraft durch die Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes als Zweck des Staates — das ist also das reich gegliederte *télos* in christlicher Auffassung<sup>1</sup>, der Leitstern auch für die soziale und nationalökonomische Forschung<sup>2</sup>. Indem die christliche Sozialtheorie die von Gott geordneten und gewollten sozialen Grundverhältnisse, Aufgaben und Ziele zu ihrem Fundament und Ausgangspunkt macht, indem sie dieselben als unwandelbare, dauernd und allgemein verpflichtende anerkennt, gewinnt sie jene Einheit und Festigkeit, die sie vor subjektiver Willkür schützt und gegenüber der Unbestimmtheit, Unklarheit, sprunghaften Wandelbarkeit aller rein historischen und evolutionistischen Systeme unbestreitbar und unbestritten auszeichnet. Sie wird sich niemals mit einer Gesellschaftslehre begnügen, die nur beschreibt, was geschieht, nur darstellt, wie die geschichtliche Entwicklung verlaufen ist und verläuft. Aus der unwandelbaren vernünftigen Menschennatur, dem unwandelbaren göttlichen Sittengesetz leitet sie Prinzipien ab, stellt Forderungen auf darüber, wie die Entwicklung, soweit sie von der Freiheit abhängig ist, verlaufen soll. Das Gesetz des Fortschritts bedeutet für sie in erster Linie, daß das Gute, was Sittengesetz, natürliches Recht für die Gesellschaft fordern, in festen Formen gesetzlicher Ordnung und herrschender Sitte gesicherten Bestand erlange<sup>3</sup>. Eine Formel, die lediglich das tatsächlich Gegebene zusammenfaßt, kann daher unsrer

---

die kritische Rechtstheorie gegenüber. — Recht ist nach Stammler ein Zwangsversuch zum Richtigen, bzw. ein „Versuch, die ihm Unterstellten zur Befolgung eines richtigen sozialen Wollens, das verbindend über ihnen steht, zu bringen“ S. 44. Der Rechtszwang gilt Stammler als notwendige Bedingung für eine gesetzmäßige Ausgestaltung des sozialen Lebens, wofür Konventionalregeln nicht ausreichen. Der Inhalt einer Rechtsnorm ist sachlich begründet, stellt „richtiges Recht“ dar, soweit der bedingte Inhalt einer rechtlichen Norm dem allgemeinen Gedanken der menschlichen Gesellschaft, dem „sozialen Ideal“, entspricht. Man hat Stammler den Vorwurf gemacht, er falle im wesentlichen in den Fehler des Naturrechts zurück, die spekulative Betrachtung trete bei ihm an Stelle historischer Erfassung. Es bleibt jedenfalls ein Verdienst Stammers, welches auch von seinen Gegnern ihm belassen wird, daß er von neuem den engen Zusammenhang von Recht und Wirtschaft betonte. Im übrigen ist es nicht unsre Absicht und Aufgabe, an dieser Stelle Stammers Rechtslehre wissenschaftlich zu würdigen. Zur ganzen Frage möchten wir aber noch einmal betonen, daß manche Mißverständnisse beseitigt wären, wollte man beachten, daß zwischen naturrechtlicher und historischer Erfassung ein ausschließender Gegensatz überhaupt nicht besteht, daß man vom Standpunkte der naturrechtlichen Auffassung sich der Ergebnisse der positiven Rechtsforschung ganz wohl erfreuen, daß man auch so von einer universalgeschichtlichen Betrachtung für die Kenntnis der Bedeutung des Rechtes und seiner Institute wertvolle Klärung erwarten und gewinnen kann. Positives und natürliches Recht ergänzen sich, und gerade das natürliche Recht fordert die nähere Bestimmung und Ergänzung durch das geschichtliche Recht.

<sup>1</sup> Alfred Ebenhoch, *Wanderungen durch die Gesellschaftspolitik* (1896) 2—19.

<sup>2</sup> Walter, *Katholische Sozialpolitik*, in „Wahrheit“ VII (1901) 49 ff.; ebd. *Wesen und Bedeutung des christlichen Idealismus* VI (1900) 241 ff.

<sup>3</sup> Rümelin, *Reden und Aufsätze* (1875), *Neue Folge* (1881) 118 ff. 142.

Vernunft nicht genügen, noch viel weniger dazu ausreichen, um den von Gott gewollten Zielen und Zwecken mit den von Gott gewollten Mitteln Verwirklichung und Geltung zu verschaffen.

**6. Die Teleologie der Menschheitsgeschichte.** Von den Vertretern einer naturalistischen Weltanschauung ist gar mancherlei über die entscheidenden Ursachen des Kulturfortschritts gesagt worden. H. Th. Buckle<sup>1</sup> findet sie in dem Siege des Wissens, namentlich des naturwissenschaftlichen Erkennens; Fr. v. Hellwald<sup>2</sup> betrachtet die Kulturgeschichte unter dem Gesichtspunkte des Kampfes ums Dasein; für Jul. Lippert<sup>3</sup> ist das Prinzip der Lebensfürsorge der Grundtrieb der Kulturentwicklung. Von der intellektuell-psychologischen, der ökonomisch-materialistischen, der biologischen, der sozialpolitischen Erklärung war oben bereits die Rede. Einen Faktor aber übersehen alle diese Versuche vollständig. Und doch ist gerade neben und über dem Walten des Naturgesetzes in den Dingen, dem sittlichen Weltgesetze und der menschlichen Verschuldung die providentielle Weltregierung der größte Faktor der Weltgeschichte<sup>4</sup>, und zwar in doppelter Beziehung: Für die Völker als solche bringt die Geschichte in der Regel schon die Vergeltung; sie erscheint hier als die fortgesetzte Nemesis der menschlichen Verschuldung. Stände und Klassen. Völker und Staaten, in denen nur die Selbstsucht herrscht, statt Gerechtigkeit und Liebe, haben schnell ausgelebt, ihre Stunde hat bald geschlagen. So ging der Adel Griechenlands unter, weil er seine Bedeutung für das Ganze aufgab; so sank das mächtige Rom in den Staub, nachdem die große Idee der Hingabe an die Gesamtheit von egoistischen, plutokratischen Strebungen völlig überwuchert war. So erstarb das mittelalterliche städtische Patriziat, die feudale Aristokratie; so sind wir vielleicht berufen, Zeugen des Unterganges der kapitalistischen Bourgeoisie zu sein, wenn sie von der plutokratischen Ausnützung der Volkswirtschaft nicht ablassen, der Masse des Volkes, insbesondere dem vierten Stande die Gerechtigkeit verweigern, den gebührenden Anteil an Wohlfahrt vorenthalten sollte. „Die Menschheit geht vorwärts. Unter Blut und Tränen vollzieht die Geschichte doch einen göttlichen Gang“<sup>5</sup> auch noch unter einem andern Gesichtspunkte.

Es gibt in der Tat eine Teleologie der Menschheitsgeschichte, ein Entwicklungsgesetz, das innerhalb der Menschheit sich Geltung verschafft — kein Gesetz, das die Freiheit aufhobe, die Individualität der Nationen und der Einzelwesen beseitigte, das zu einem allgemeinen Schema der Entwicklung führte oder alle Teile und Gruppen der Menschheit in tatsächlich gleichem Maße ergriffe. Es ist ein Gesetz, welches nicht mit wirkursächlicher Notwendigkeit die Verhältnisse gestaltet, sondern das als höhere Zweckursache über dem freien Streben und Schaffen der Menschen waltet, ein vom Schöpfer gewolltes Ziel, eine Aufgabe, die er der Menschheit gestellt, zu deren Lösung er die menschliche Natur befähigt, mit den nötigen Kräften, Bedürfnissen, Motiven, Trieben (Vervollkommenungstrieb, Glückseligkeitstrieb) ausgestattet hat. So zeigt sich innerhalb der Menschheit im Laufe der Jahrhunderte, der Jahrtausende tatsächlich ein Voranschreiten, mag auch das

<sup>1</sup> Geschichte der Zivilisation in England, deutsch von A. Ruge<sup>2</sup>, 2 Bde (1864).

<sup>2</sup> Die Kulturgeschichte in ihrer natürlichen Entwicklung (1875).

<sup>3</sup> Kulturgeschichte der Menschheit, 2 Bde (1887).

<sup>4</sup> Joh. Jos. Roßbach, Geschichte der Gesellschaft VIII (1875) 86 168.

<sup>5</sup> Joh. Jos. Roßbach, Geschichte der Gesellschaft VIII (1875) 227.



einzelne Volk entarten, von seiner Höhe herabsteigen, mag dieser oder jener nationalen Entwicklung bald hier bald dort das Ende bereitet werden. Als Gott den Menschen nach seinem Ebenbilde schuf, da war diese natürliche Ebenbildlichkeit nur eine verschlossene Knospe. Im Laufe der Geschichte sollte sie sich öffnen und entfalten, sollte die zunächst für unser nationalökonomisches Gebiet so wichtige Herrschaft des Menschen als gottgesetzten Königs der Welt sich mehr und mehr ausdehnen und befestigen. „Das Wort, welches am Morgen der Schöpfung erscholl: Unterwerfet euch die Erde und beherrschet sie – ist niemals widerrufen worden“, sagt Joachim Pecci<sup>1</sup>, der spätere Papst Leo XIII. „Von seinem Rechte nun macht der König aller erschaffenen Dinge Gebrauch, wenn er die Hülle, welche seine Besitztümer bedeckt, zerreißt, sich mit dem, was ihm vor Augen liegt, und was er mit Händen greift, nicht zufrieden gibt, sondern in das Innerste der Natur eindringt, die dort ruhenden Schätze fruchtbarer Kräfte sammelt und zu seinem und seiner Mitmenschen Gebrauch und Vorteil anwendet. Wie schön und majestätisch erscheint der Mensch, wenn er dem Blitze zuwinkt und ihn unschädlich vor seinem Fuße niederfallen läßt, wenn er den elektrischen Funken ruft und als Boten seiner Aufträge hinausschickt durch die Abgründe des Ozeans, hin über steile Bergketten und unabsehbare Ebenen entlang! Wie herrlich zeigt er sich, wenn er dem Dampfe gebietet, ihm Flügel zu leihen und ihm mit Blitzesschnelle über Wasser und Land zu führen!“

Schon unter der bezeichneten Rücksicht gibt es also in der Geschichte eine Entwicklung, ein Ziel der Entwicklung, ein Gesetz der Entwicklung. Sie vollzieht sich für die Menschheit, auch wenn die Menschen ihre Kniee nicht beugen wollen vor dem Schöpfer der Welt. Denn Gottes eigene Ehre fordert die Auswirkung der natürlichen Gottähnlichkeit im vornehmsten seiner Geschöpfe durch Weltbeherrschung, Entfaltung der geistigen und moralischen Kräfte, so weit, bis zu dem Grade, zu der Höhe, die seine unendliche Weisheit bestimmt hat. Nichts törichter daher als die Behauptung, Christentum und Kirche seien notwendig Feinde des Fortschritts. Den Fortschritt nicht wollen hieße Gott verleugnen. Nur einen Fortschritt verurteilt die Kirche: den Fortschritt, der voraneilt wie ein die schützenden Dämme durchbrechender Strom, jenen Fortschritt, der keine Rücksicht nimmt auf Recht und Gerechtigkeit, Autorität, Gottes Satzung und Völkerwohl. Auf jenem Fortschrittsstreben aber, welches das höchste Maß der Kultur in der vollen Verwirklichung der sittlichen Weltordnung (Rümelin) erblickt, auf einem Fortschritt, der niemand – auch den Ärmsten und Niedrigsten nicht – ausschließt von der gerechten Teilnahme an den Gütern einer höheren sittlichen, geistigen und materiellen Kultur, auf einem solchen Fortschritt ruht Gottes und der Kirche Segen. „Die Religion“, sagt schön und treffend Hermann Schell<sup>2</sup>, „die Religion bewahrt in ihrem Heiligtum gerade die höchsten Endziele, die wirksamsten Beweggründe und fruchtbarsten Formen, um die Kulturarbeit in der Welt möglichst allseitig, menschenwürdig und innerlich befriedigend aufzufassen und zu pflegen. Ohne die religiöse Beziehung der Kulturarbeit auf Gott würde auch von dieser, von Sittlichkeit, Wissenschaft, Kunst, Staat, Industrie und Technik, Naturbeherrschung und Naturverwertung

<sup>1</sup> Noch als Erzbischof von Perugia in einem Hirtenbrief vom 6. Februar 1877, deutsch von Dr. Liesen (1878) 27 f.

<sup>2</sup> Apologetik II<sup>2</sup>: Religion und Offenbarung (1903) 17.

gelten, was von der Welt überhaupt gilt: beide vermögen das Innere nicht wahrhaft zu befriedigen und dauernd zu erheben. Das erste Gotteswort an den Menschen ist das Gesetz der Kulturarbeit in der Welt, um dadurch die Gottähnlichkeit zu betätigen und die Gottvereinigung zu verdienen (Gen. 1. 26—28). Die Kulturarbeit in der Welt ist religiös, wenn sie zur innern und äußern Herrschaft über die Welt wird; sie ist irreligiös, wenn sie den Menschen innerlich zum Knecht des Endlichen macht. . . . Gott ist das Urbild und Endziel, der Urheber und Vollender gerade für die Welt, also ist Kulturarbeit in der Welt zum Zweck ihrer fortschreitenden Vergeistigung und Umwandlung in Gottes Reich zu pflegen. Indem der Geist die Welt der Gegenstände mit überlegener Freiheit beherrscht und für die Erkenntnis der Wahrheit sowie für die fortschreitende Verwirklichung des Guten ausnutzt, wird die Welt zum Gottesreich.“ „Was ist Fortschritt, und woran ist er zu erkennen?“ — fragt Rümelin<sup>1</sup>. „Darauf werden vielerlei Antworten gegeben; ich möchte der kürzesten von ihnen, der von Herder, den Vorzug geben. Der Fortschritt liegt in der Richtung zur Humanität, er liegt in der wachsenden Erstarkung derjenigen Kräfte, welche den Menschen über das Tier erheben und zum Menschen machen, der intellektuellen, sittlichen und religiösen Triebe. Es ist nur eine andere Fassung desselben Gedankens, wenn man den Fortschritt als wachsenden Sieg des Geistes über die Natur bezeichnet, sobald man dabei unter Geist nicht bloß den Intellekt, unter Natur nicht bloß die Außenwelt versteht.“

Nachdem die Aufklärung alles aufgeboten hat, den Menschen zum Tier zu degradieren, ist es in der Tat heute die schönste und edelste Aufgabe der Wissenschaft, daran zu erinnern, daß der Mensch Gottes Ebenbild, daß die Ausgestaltung dieser Ebenbildlichkeit das von Gott gewollte Ziel und Gesetz der geschichtlichen Entwicklung, und daß der hehre Gottessohn, Jesus Christus, als Vorbild und Wegweiser zu diesem Ziele, in den Mittelpunkt der Weltgeschichte gestellt ist<sup>2</sup>.

#### § 4.

### Erträge der neuesten, insbesondere philosophischen Forschungen für Soziologie und Nationalökonomie.

**Literatur:** Cathrein, Moralphilosophie<sup>6</sup> (1924). — Lehmen, Lehrbuch der Philosophie (1919). — Willms, Kants Erkenntnislehre (1919). — Tilm. Pesch S. J., Die Haltlosigkeit der modernen Wissenschaft 1877). — Steinbüchel, Der Zweckgedanke in der Philosophie des hl. Thomas von Aquin (1912). — Geyser, Logik und Erkenntnislehre (1919). Ders., Einige Hauptprobleme der Metaphysik (1923). — Krebs, Die Wertprobleme und ihre Behandlung in der katholischen Dogmatik (1917). — Haefle, Das Arbeitsethos der Kirche (1923) 6 ff. — Ludwig Baur, Metaphysik (1922). — Cl. Baumer, Philosophische Welt- und Lebensanschauung, in „Deutschland und der Katholizismus“ I (1918) 47 ff. — Wust, Die Auferstehung der Metaphysik (1920). — Über Natorps Wandlung vgl. Köln. Volkszeitung Nr. 226 (22. März 1922).

**1. Die deutsche Gesellschaft für Soziologie**, im Jahre 1909 begründet, nach dem Kriege 1923 von neuem aufgerichtet. Darf man von dieser Vereinigung große Fortschritte soziologischer Erkenntnis erwarten? Wir hoffen es, sofern wir

<sup>1</sup> Reden und Aufsätze, Neue Folge 141.

<sup>2</sup> Vgl. A. v. Ruville, Der Goldgrund der Weltgeschichte (1912).

an die Namen der führenden Männer denken. Allerdings erregt es Bedenken, wenn der Vorsitzende Ferdinand Tönnies auf dem dritten deutschen Soziologentag sich über Wesen, Aufgaben und Recht der Soziologie nicht aussprechen wollte, während er noch vor zwölf Jahren, bei der ersten Begründung der Gesellschaft, an eine „Konkordienformel“ glaubte, „die das Gemeinsame in den Tendenzen der Gelehrten vieler Fächer ... in einem Brennpunkte vereinigen sollte: der National- oder Sozialökonom, der Philosophen als Psychologen und Ethiker, der Historiker, insbesondere Kultur-, Wirtschafts-, Sozial-, Staats- und Kirchenhistoriker, der Juristen, insbesondere der Vertreter des öffentlichen Rechts und der Rechtsphilosophie, der Biologen, der Ethnologen, endlich einer Gruppe, die schon als eine Sektion ihre Zugehörigkeit zur Soziologie öffentlich in die Erscheinung treten ließ: der Staatshistoriker<sup>1</sup>. Für heute begnügte sich Tönnies damit, auf die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen reiner, angewandter, empirischer Soziologie hinzuweisen: „Die reine Soziologie ist eine philosophische Lehre von reinen Begriffen. Sie wird neuerdings von berufener Seite (L. v. Wiese) als Beziehungslehre bestimmt. Ich nehme dies an, meine aber, daß der besondere Inhalt des Sozialen in den positiven oder uneindlichen Beziehungen der Menschen zueinander gelegen ist, und daß diese positiven Beziehungen in einer dreifachen Ausprägung betrachtet werden müssen: 1) als soziale Verhältnisse, 2) als soziale Gruppen, Gesamtheiten, oder, wie ich am liebsten sagen möchte, Samtschaften, 3) als soziale Verbände oder Körperschaften, von denen die bedeutendsten der Staat und die Kirche sind. ... Angewandte Soziologie ist nach meiner Auffassung nicht, was in den Vereinigten Staaten, in Italien und sonst darunter verstanden wird: Ethik, Völkerrecht, Sozialpolitik und andere Politik; wir sind in Deutschland längst darüber einig, diese Disziplinen, deren wissenschaftlicher Charakter von manchen bestritten wird, vom Gebiet der Soziologie streng zu scheiden. Als empirische Soziologie endlich verstehe ich die auf induktive Forschung sozialer Zustände, also auch der sozialen Verhältnisse usw. aufgebaute Lehre von den wirklichen Erscheinungen des sozialen Lebens zu irgend einer Zeit und in irgend einem Lande.“

Das Entwicklungsgesetz, demzufolge die Völker die Lebensalter des einzelnen Menschen mit ihren charakteristischen Erscheinungen durchlaufen, erscheint bei Comte in seiner Lehre von den drei Stadien. Tönnies<sup>2</sup> formuliert das Entwicklungsgesetz, indem er dem Zeitalter der Gemeinschaft das Zeitalter der Gesellschaft folgen läßt. Das Zeitalter der Gemeinschaft ist dasjenige der Kollektivität, der Gebundenheit an andere Menschen im geistigen Leben und in den äußeren Aktionen, wie sie sich aus der Gemeinsamkeit der geistigen Aktion ergeben. Vollkommen ausgebildet ist die Kollektivität nur in der Urzeit. Aus der kollektiven Lebensform entsteht mit deren allmählichen Zersetzung eine individuelle Lebensform, ohne doch die Kollektivität völlig zu verdrängen. Das Ich-Bewußtsein tritt mit Beginn der Neuzeit scharf hervor gegenüber der kollektiven Gebundenheit des Mittelalters. Absolutismus und Souveränität, Protestantismus, Rationalismus und autonome Ethik sind, wie Jerusalem sagt, „die Ausdrucksformen des neuen Zeitalters der Individualität“<sup>3</sup>. Diese Entwicklung von der Kollektivität zur Indivi-

<sup>1</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Soziologentages in Jena (1923) 3 ff.

<sup>2</sup> Gemeinschaft und Gesellschaft<sup>3</sup> (1920).

<sup>3</sup> Franz W. Jerusalem, Völkerrecht und Soziologie 1921 7. Über den Begriff der Kollektivität und seine Stellung im Ganzen der Soziologie, in Kölner Vierteljahrsheften 1922, 47 ff.



dualität (insbesondere der germanischen Kultur) sei aber für Tönnies nicht bloß beständiger Fortgang, sondern zugleich Untergang, ein Gedanke, der später von Spengler zur Grundlage seines Buches über den Untergang des Abendlandes gemacht worden sei<sup>1</sup>.

Für Leopold v. Wiese<sup>2</sup> ist die Soziologie „Beziehungswissenschaft“. Er teilt seine Beziehungslehre ein 1. in die Lehre von den Beziehungen erster Ordnung, d. h. von den Beziehungen zwischen Einzelmenschen und zwischen diesen und den sozialen Gebilden, und 2. in die Beziehungen zweiter Ordnung, d. h. in die Lehre von den sozialen Gebilden und den Beziehungen zwischen ihnen. Als Gebilde kommen für v. Wiese in Betracht: a) Massen, b) Gruppen, c) abstrakte Kollektiva. Entwickelte Staaten gehören zu den abstrakten Kollektivkräften. Sie haben aber (besonders in ihren niedern Stadien) bis zu einem gewissen Grade noch den Charakter der konkreten Gruppe.

Es muß sich noch zeigen, welche Erträge die an diese methodologischen Formulierungen anknüpfenden Forschungen liefern werden. Viel wird darauf ankommen, welche Stellung der empirischen und philosophischen Soziologie zuerkannt wird. Wir können nicht auf die Kenntnis der Tatsachen verzichten, aber auch nicht auf die Ergebnisse richtigen Denkens. Soziologie ist für uns nicht nur eine eigentümliche Methode. Sie untersucht, wie auch Dunkmann sagt, das Ganze der Gesellschaft auf einen bestimmten Punkt hin, und zwar ist ihr Hauptinteresse dem normalen Zustand zugewandt. Dann erst gewinnt man den Maßstab für die Beurteilung des Normwidrigen. Da beginnt aber die schwierige Lage, ob die Soziologie für solche Fragen bei der modernen Philosophie in die Schule gehen und von ihr zuverlässiges Licht über das Normale erwarten kann.

Philosophische Einzelgebiete der Philosophie mögen durch die stärkere Orientierung an den positiven Wissenschaften gewonnen haben. Aber die Beherrschung des philosophischen Gesamtgebietes hat ohne Zweifel darunter gelitten<sup>3</sup>. Das gilt auch von der einseitigen Voranstellung der Erkenntnislehre, der Psychologie, der Geschichte. Wichtige Fragen, die irgendwie mit der Welt- und Lebensauffassung zusammenhängen, sind ihrer Lösung nicht nähergekommen. Es fehlen den modernen Intuitionisten, Lebensphilosophen, Phänomenologen usw. vielfach die klaren Begriffsbestimmungen und Argumentationen. Überdies ist die Sprache der modernen Philosophie eine solche geworden, daß selbst den Gebildeten die einschlägige Literatur meist ein Buch bleibt mit sieben Siegeln.

<sup>1</sup> Dunkmann will die Auffassung von Tönnies nach der religiösen und sozialen Seite theoretisch vertiefen und praktisch verwerten. Auch er unterscheidet zwei Sozialtypen: Gemeinschaft und Gesellschaft. Für die reine Gemeinschaft ist nach ihm die Tatsache der natürlichen Ungleichheit bezeichnend. Der einzelne ist eben darum hier nicht unabhängig, sondern auf andere angewiesen (Familie, Staat). Für die innere Beschaffenheit der gesellschaftlichen Vereinigung dagegen ist die Tatsache maßgebend, daß hier die Tendenzen vorherrschen, gleiche Rechte und gleiche Pflichten zur Anerkennung zu bringen. Vgl. Dunkmanns Aufsatz: „Die gesellschaftliche Krisis der Gegenwart“, in „Deutsche Arbeit“ VI (1921), 218 ff. Heute drängen sich die „Gesellschaften“ vor, während die natürlichen „Gemeinschaften“, Familie und Staat, leicht zu kurz kommen.

<sup>2</sup> Verhandlungen des Dritten Deutschen Soziologentages (1923) 9. Insbesondere die Darlegungen v. Wieses in den Kölner Vierteljahrsheften.

<sup>3</sup> Vgl. B. Jansen, Platon-Aristoteles: Was heißt philosophieren? in „Stimmen der Zeit“ 54 (1923) 20 ff.

Wir können unmöglich hier die ganze philosophische Entwicklung darlegen, müssen uns auf eine knappe Übersicht der wichtigsten Richtungen und Schulen beschränken, indem wir auch dabei wieder unser Augenmerk speziell auf die Erträge für Soziologie und Nationalökonomie richten.

**2. Die Südwestdeutsche Schule: Windelband-Rickert.** Erkenntnistheoretisch rechnet man sie oft zu den Neu-Kantianern. Eigentümlich ist ihr eine an Hegel erinnernde Einstellung auf die Geschichte, der Historismus, und als Gegengewicht hierzu das Suchen nach den bleibenden „Geltungen“, nach dem „Reich der Werte“. Auf ihren Einfluß ist es zum Teil zurückzuführen, wenn neuestens immer mehr eine „Wertlehre“ Timologie, Axiologie als eigene philosophische Disziplin gefordert wird, die den Begriff des Wertes, der sich in der Ethik, Ästhetik, Nationalökonomie usw. so vielfach verzweigt, in seinen Wesensbezügen zu erfassen suchen soll<sup>1</sup>. Windelband<sup>2</sup> prüfte sein System in der praktischen Geschichtschreibung, während Rickert<sup>3</sup> bislang nur Theoretiker über den Historismus und die darin sich bergenden oder nach ihm eher hineinzutragenden, bleibenden Werte der „Kultur“ blieb. Windelbands geschichtliche Betrachtungsweise führte ihn auch soziologischen Gedankengängen zu, worauf sich sein Einfluß auf Max Weber und Troeltsch gründet: Familie, Staat, Kulturkreise sind ihm Individualisierungen der allgemeinen Menschheitsidee; über den humanen Universalismus spricht er wie Kant und Cohen. Die Brücke zwischen der gesetzlosen Vielgestaltigkeit der Geschichte, in der die Kulturwerte sich offenbaren sollen, und den unwandelbaren Kulturmaßstäben zu schlagen, ist beiden Denkern nicht gelungen; der Grund ist die Unabhängigkeit des historischen Individuums vom philosophierenden Subjekt, zuletzt die unerforschliche Willensfreiheit, die Windelband allerdings, auch hier Kant verlassend, leugnet.

**3. Der soziologische Historismus.** Max Weber und Troeltsch<sup>4</sup> suchten die materialistische Geschichtsauffassung von Karl Marx auf das ernsteste zu prüfen und ergänzten die soziologisch-ökonomische Geschichtschreibung von Tönnies und Barth besonders nach der Seite der Abhängigkeit von Wirtschaft und Religion. Sie bestätigten den Wahrheitskern der Marxschen Theorie, aber auch ihre Überspannung. Mit Recht sagt O. Hintze<sup>5</sup>: „Die soziologische Disziplin wird diesen Weg (vorsichtiger Zurückhaltung und Einzelforschung) auch auf andern Problemgebieten einschlagen müssen, wenn sie der Gefahr eines oberflächlichen Dilettantismus entgehen will.“ Noch weniger einseitig als M. Weber blieb Troeltsch, der vielmehr in seiner Aufnahmefähigkeit Ritschlscher, Diltheyscher, dann Windel-

<sup>1</sup> Vgl. Külpe-Messer, *Einleitung in die Philosophie*<sup>11</sup> (1923) 107.

<sup>2</sup> Außer seinen philosophiegeschichtlichen Werken: *Präludien*<sup>5</sup> 1915. *Die Erneuerung des Hegelianismus* (1910).

<sup>3</sup> Bes.: *Allgemeine Grundlegung der Philosophie* 1921. – *Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft*<sup>4</sup> (1921).

<sup>4</sup> Vgl. insbes. für M. Weber: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, 3 Bde (1920 f.); für Troeltsch neuestens: *Gesammelte Schriften*. III. *Der Historismus und seine Probleme*, 1. Buch: *Das logische Problem der Geschichtsphilosophie* 1922. Ferner: *Meine Bücher*, in „*Die deutsche Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen*“, herausgeg. von Raym. Schmidt II (1921) 161–173. *Die Dynamik der Geschichte und die Geschichtsphilosophie des Positivismus* (1919).

<sup>5</sup> *Schmollers Jahrb.* 1922, 25.

bandscher, Marxscher, zuletzt phänomenologischer Gedanken eine schier unmögliche, erdrückende Synthese anstrebte. Sein Ziel war, gerade nach den furchtbaren Erlebnissen des Weltkrieges, aus den eigenen, immanenten Kulturmaßstäben der Geschichtsepochen womöglich einen „zweiten“, dauernden Maßstab für die „gegenwärtige Kultursynthese“, zu ermitteln. Aber er stand zuletzt gebannt vor der Majestät der Individualität der Epochen und der großen Menschen, d. h. eigentlich vor der Willensfreiheit, die unabhängig von aller Geschichte anderswoher ihre Ziele wählt, und in der er immer mehr das Problem aller Probleme fühlte. Er nahm auch für den Historismus immer entschiedener, trotz aller Vorliebe für Hegel, eine an Leibniz orientierte Metaphysik (Metalogik) und die religiösen Mächte in Anspruch. Sein letztes Werk, der Historismus, ist leider ein gewaltiger Torso geblieben, ein Sinnbild seines allzu früh abgebrochenen Lebenswerkes, ja der Tragik aller bloßen Menschenarbeit. — Verwandtschaft mit seinen Gedanken zeigt in Italien der auf Vico zurückgehende Benedetto Croce, in England G. Wells. — Die Primitiven insbesondere beziehen die Urgeschichte der Menschheit in die geschichtliche Soziologie ein: (neben Vierkandt) Chatterton-Hill<sup>1</sup> und Wilhelm Jerusalem<sup>2</sup>. Beide folgen, bei aller Berechtigung einer „Soziologie des Erkennens“, doch allzu unselbständig der französischen Durkheimschen Schule (Lévy-Brühl); bezüglich eines „Prälogismus“ der Primitiven und ihres angeblich ursprünglich einzig „kollektiven Bewußtseins“ vergleiche man die Forschungen von K. Th. Preuß, Max Schmidt<sup>3</sup>, Wertheimer, insbesondere von P. Wilh. Schmidt und Koppers.

**4. Psychologie und Soziologie.** Nicht von außen, wie die Geschichte, sondern gleichsam von innen tritt die Psychologie an die Probleme der Soziologie und Ökonomik heran. Leider ist die Terminologie bezüglich „Psychologie“ und „Psychologismus“ verwirrend. 1. Psychologismus nennen manche die monopolartige Herrschaft der psychologischen Methode, die in allen Wissensgebieten nur die Maßstäbe psychischer Funktionen anlegt. Wundt, der durch seine Aktualitätstheorie diese Richtung beeinflusste, gelangte freilich selbst durch die „schöpferische Synthese“ auf dem Vorstellungsgebiete und die „Heterogonie der Zwecke“ auf dem Willensgebiete immer mehr zur Anerkennung einer gewissen Metaphysik, zu Gedanken über Menschheitskultur und Religion, die seinem schillernden, überreichen Schrifttum den Charakter der Mannigfaltigkeit, ja fast des Widerspruches verleihen. Schon kurz nach seinem Tode steht er auch von seinen Schülern ziemlich verlassen da. — Einen extremen Konszientialismus, der nur Bewußtsein und Bewußtes, oft ohne eigenen unabhängigen Inhalt, kennt, vertritt die „immanente Philosophie“, die „Grundwissenschaft“ der Greifswalder Schule (Rehmke, Schuppe), die bei v. Schubert-Soldern im Solipsismus endet. — 2. Weniger zutreffend wird mit „Psychologismus“ öfter auch die psychologische Richtung bezeichnet, die nach naturwissenschaftlicher Methode alle komplexen Erscheinungen soweit möglich durch ihre Zurückführung auf die einfachsten psychischen Elemente, Empfindungen und Vorstellungen, deuten will: „atomistische“, „naturwissen-

<sup>1</sup> Individuum und Staat. Untersuchungen über die Grundlage der Kultur (1913).

<sup>2</sup> Vgl. seine Übersetzung Lévy-Brühls: „Das Denken der Naturvölker“ (1921). Ferner: Moralische Richtlinien nach dem Kriege, Ein Beitrag zur soziologischen Ethik (1918).

<sup>3</sup> Neuestens: Grundriß der ethnologischen Volkswirtschaftslehre (1920 f.), und: Die materielle Wirtschaft bei den Naturvölkern (1923).



schaftliche Psychologie“ (G. E. Müller, Th. Ziehen). Erich Becher<sup>1</sup> glaubt an die ferne Möglichkeit, durch Aufzeigen der letzten psychischen Elemente selbst die Gesetze der Sitten- und Kulturgeschichte enthüllen zu können. Die Psychologie ist ihm wie Comte „genetische Kausalwissenschaft“. Naturwissenschaft! Gegen diese naturwissenschaftliche Psychologie erhebt sich 3. die „geisteswissenschaftliche“ Psychologie, insbesondere die „Strukturpsychologie“, die Psychologie des Beschreibens und „Verstehens“: Dilthey<sup>2</sup>, Spranger<sup>3</sup> usw. Nach diesen führt die sezierende, gleichsam chemisch analysierende „Psychologie der Elemente“ nicht immer zur Deutung und zum tieferen Verständnis, das oft durch die Entblätterung der Rose, des Ganzen, verloren geht. Die Bildungen, Strukturen gerade des Geisteslebens, die uns in einer Persönlichkeit, in Völkern, in geschichtlichen Epochen, in den Einzelgebieten des Wissens, der Kunst, der Ethik und der Religion entgegentreten, sind mehr und anderes als die bloße Summe der psychischen „Elemente“. Es begegnet uns auch hier — wie bei Troeltsch — die „Andacht zu dem Geheimnis der Individualität“, die einst die Romantiker auszeichnete, das Wunder des Einmaligen, das in kein Schema und keine Formel eingezwängt werden kann. Gerade die Ganzheiten und ihre Beziehungen zueinander sind das Gebiet der ehrfürchtigen Einfühlung, der verstehenden, der „Strukturpsychologie“. Spranger will sogar den Zusammenhang der Geistesstrukturen des Einzelmenschen mit einer überindividuellen, in sich selbst beruhenden, unabhängigen Kulturwelt nicht zerrissen, sondern stark betont wissen. Nicht Auflösen, „Erklären“ um jeden Preis, sondern Anerkennen des Tatsächlichen ist die Lösung. Bei Sprangers höheren Kulturzusammenhängen, die über den Zeiten und Menschen stehen, denkt man wieder an Euckens „Geistesleben“. Jaspers<sup>4</sup> sucht die Strukturen, Typen auch im Ablauf der philosophischen Systeme: diese „Typologie“ rückt die Strukturpsychologie nahe an die Kulturphilosophie Troeltschs, an den metaphysischen Historismus, heran. Simmel spricht vom „individuellen Gesetz“: jede Einzelercheinung der Geschichte habe ihr besonderes, eigenes Gesetz. Insofern er hierdurch fast jede höhere, geistig-sittliche Norm ablehnt, dem Relativismus, dem „Strome des Lebens“ alles überantwortet, in den verschiedenen Systemen eigentlich nur verschiedene „Attitüden“ (vgl. die Philosophie des Geldes) sieht, gehört er zur weitverzweigten Gruppe der „Lebensphilosophen“. Freilich ist er gegen Ende auch zu metaphysischen und religiösen Fragestellungen übergegangen<sup>5</sup>.

**5. Die Lebensphilosophie.** Ein doppelter Strom, der britische Entwicklungsgedanke Darwins und Spencers und der französische Positivismus, stößt in den Systemen zusammen, die man mit dem vieldeutigen Namen „Lebensphilosophie“

<sup>1</sup> Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften. Untersuchungen zur Theorie und Einteilung der Realwissenschaften 1921. Darüber vgl. Troeltschs Besprechung in Schmollers Jahrb. 1922, 35—65.

<sup>2</sup> Gesammelte Schriften in 6 Bänden 1913 ff.; insbes. Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften (1910).

<sup>3</sup> Lebensformen. Geisteswissenschaftliche Psychologie und Ethik der Persönlichkeit<sup>3</sup> (1922). Vielleicht unbewußt und nur indirekt wirkt Spranger heute sehr zu Gunsten der Idealität unter den Berliner Studenten, zu Gunsten einer Art Metaphysik und der Religion.

<sup>4</sup> Psychologie der Weltanschauungen (1919).

<sup>5</sup> Neuestens: Die Konflikte der modernen Kultur 1918. Lebensanschauung. Vier metaphysische Kapitel (1918).

umfaßt. Nietzsche ist von dem Entwicklungsgedanken beherrscht. Doch seine Aufartung, die er auf wenige oder einen beschränkt, verurteilt die Sklaven, die Frau zum Dung für den Übermenschen. Es ist freilich schon nahender Irrsinn, der ihm die Lästerungen in den Mund legt: „Die Dummheit liegt darin, daß es eine Arbeiterfrage gibt. Über gewisse Dinge fragt man nicht.“ „Eine grausam klingende Wahrheit stellen wir hin: Zum Wesen der Kultur gehört das Sklaventum.“ „Wir waren bisher so artig gegen die Frauen. Aber es kommt die Zeit, wo man, bevor man mit einer Frau spricht, ihr zuerst auf den Mund schlagen wird.“ „Erster Satz unsrer Menschenliebe: Den, der schwach ist, soll man noch stoßen, damit er schneller falle“ . . . Eine Todesphilosophie! — Biologisch orientiert ist auch (außer Driesch) der Empirioskritizismus von Richard Avenarius<sup>1</sup> und die Machsche Schule: Denkökonomie, lebensfördernde Geistestätigkeit. Für Spengler<sup>2</sup> folgen die Völker und Kulturkreise den Gesetzen des Aufblühens und Verwelkens der Pflanze. Er ist Polyhistor und Dichter; das bezeichnet seine Stärke und Schwäche. — Dem Positivismus und Pragmatismus, dem wahr ist, was sich im Leben erprobt, steht Vaihinger mit seiner Philosophie des Als-Ob<sup>3</sup> nahe: man wählt die Fiktionen, die am besten Dienste leisten (Fiktionalismus). Der führende Kopf dieser Lebens-Propheten ist Bergson<sup>4</sup>, der die Erhabenheit des geheimnisvollen Lebens über alles bloße Denken und seine Unfaßlichkeit durch sterile, ihm nie adäquate Begriffe betont; nur der Geist, der in den Strom des Geschehens unterzutauchen sich bemüht, das einzelne miterlebt, in begeisterter „Intuition“ mehr erlebt und schaut als denkt, möglichst eins wird mit dem Objekt, kann des Lebens und seiner Untergründe habhaft werden. Diese Richtung preist den Irrationalismus, der, dem Voluntarismus Freund, des „Intellektualismus“ geschworener Feind ist, ohne hier Echtes und Falsches zu scheiden. Troeltsch sieht in dieser „Revolution der Wissenschaft“ die Gefahr für eine Jugend, der man einen Freibrief hinhalte gegen alles ernste, demütige Studium, der man die Verachtung der Wissenschaft als höchste Weisheit empfehle —, und Rickert wendet sich gegen die gesamte „Lebensphilosophie“ in einer satirischen Schrift<sup>5</sup>.

6. Den denkbar äußersten Gegenpol gegenüber der „Lebensphilosophie“ bildet die **neukantianische „Marburger Schule“**: Cohen, Natorp: Das Leben darf nicht meistern; nein, der Verstand, der das Sein und Leben zeugt, zwingt dem Leben und der Geschichte seine Gesetze auf. Dieser Logizismus tritt mit mathematischer, eherner Strenge auf und treibt einige wenige Gedanken Kants bis zur äußersten Überspannung. So den Gedanken der Einheit, der bei Kant mehr regulative Bedeutung hatte. Bei Cohen<sup>6</sup> führt diese Einheit auf ethischem Gebiete zum Menschheitsgedanken; die „Menschheit“ ist ihm — darin ähnelt

<sup>1</sup> Kritik der reinen Erfahrung<sup>2</sup> (1907 ff.).

<sup>2</sup> Der Untergang des Abendlandes I (1918), II (1922).

<sup>3</sup> Die Philosophie des Als-Ob-Systems der theoretischen, praktischen und religiösen Fiktionen der Menschheit auf Grund eines idealistischen Positivismus<sup>3</sup> (1918). Vgl. Vaihinger und Raym. Schmidt, Annalen der Philosophie, mit besonderer Rücksicht auf die Philosophie der Als-Ob-Betrachtung (1919 ff.).

<sup>4</sup> Deutsch: Zeit und Freiheit (1911).

<sup>5</sup> Die Philosophie des Lebens. Darstellung der philosophischen Modeströmungen unsrer Zeit (1920).

<sup>6</sup> Ethik des reinen Willens<sup>2</sup> (1907). Kants Begründung der Ethik<sup>2</sup> (1910).

er wieder der südwestdeutschen neukantianischen Schule Windelbands — der Begriff der ethischen Ideale. Auch bei Natorp<sup>1</sup>, dem mehr pädagogisch Orientierten, macht der soziale Einheitsgedanke sich stark geltend. Die Sozialpädagogik soll nach ihm enthüllen „die sozialen Bedingungen der Bildung und die Bildungsbedingungen des sozialen Lebens“; Individualerziehung ist ihm bloß in engster Verbindung mit der Sozialerziehung denkbar. Im übrigen sinkt er bei Schilderung seines Humanitätsideals leider öfter auf freidenkerischen Ton herab. Neuere Vertreter der Marburger Richtung sind Lafwitz und Görland<sup>2</sup>, wiewohl letzterer die „Meisterung“ der Geschichte als einer Anschauungsschule für die Ethik auf die Spitze treibt. Bei allem edlen Streben leidet die Schule an einer seltsamen Lebensfremdheit selbst im sprachlichen Ausdruck. Die Befreiung von dem Alldruck Kants würde gerade ihr Luft und Licht verleihen.

**7. Phänomenologische Schule.** Husserls<sup>3</sup> Methode ist zunächst erkenntnistheoretisch. Er sieht im „intentionalen“ Erkenntnisakt ab von allen subjektiven psychologischen Herkunftsfragen sowie von der Existenzialfrage und will nur das in jedem Akt intendierte „Wesen“, das „Phänomen“, die „ontische“ Realität, „schauen“. Dieses „Schauen“ folgt ganz ohne voreingenommene Methode dem Wesen selbst und der Erkenntnis-„Region“, der es angehört. Er unterscheidet die mathematisch-logische, die naturwissenschaftliche, die biologische, die geschichtlich-soziologische, die axiologisch-ethische und die psychologische Region mit voller Eigengesetzlichkeit (Methodenpluralismus). Es gilt, durch Schauen aus jedem Wesen einen möglichst eindringenden „Wesensbegriff“ herauszuschöpfen und so allmählich für jede Region eine eigene, „reine“ Terminologie zu schaffen. Freilich glaubt er für die ferne Zukunft nach dieser Methode eine alle Wesen und Regionen durchschreitende einheitliche Gesetzlichkeit, ein allgemeines notwendiges Weltgesetz postulieren zu dürfen. Für die soziologische Region würde allerdings eine solche Notwendigkeit die Individualität und freie schöpferische Entwicklung nicht erklären können. Übrigens hat Husserl bisher selbst fast nur der mathematisch-logischen Region sich gewidmet, die ihn zu einer solchen Leibnizischen Mathesis universalis führen mochte. — Der bekannteste Vertreter der phänomenologischen Methode, insbesondere für die Soziologie, ist Max Scheler<sup>4</sup>, einer der hervorragendsten heutigen Philosophen, wenn man auch nicht in allem ihm beipflichten kann. Von Hause aus Biologe und Psychologe, behielt er von Eucken-Jena<sup>5</sup> her eine starke ethische Einstellung, zu der immer mehr eine ebenso hohe Einschätzung des religiösen Urgefühls trat. Als Phänomenologe weicht er nicht so

<sup>1</sup> Sozialpädagogik. Theorie der Willenserziehung auf der Grundlage der Gemeinschaft<sup>5</sup> (1922). Sozialidealismus. Neue Richtlinien sozialer Erziehung<sup>2</sup> (1922). Genossenschaftliche Erziehung als Grundlage zum Neubau des Volkstums und des Menschentums. Thesen nebst Einleitung (1920).

<sup>2</sup> Ethik als Kritik der Weltgeschichte (1914).

<sup>3</sup> Logische Untersuchungen<sup>2</sup> 1913–1921, 3 Bde; sein „Jahrbuch für Philosophie und phänomenologische Forschung“ (seit 1913).

<sup>4</sup> Der Formalismus in der Ethik und die materiale Wertethik 1916. Abdruck aus dem Jahrb. für Philos. u. phän. Forschung I u. II: Vom Ewigen im Menschen. I. Religiöse Erneuerung 1921; Aufsätze in „Kölner Vierteljahrshefte für Sozialwissenschaften“ (seit 1923 „... für Soziologie“); Schriften zur Soziologie und Weltanschauungslehre. I. Moralia 1923. Vgl. auch Edith Landmann, Die Transzendenz des Erkennens 1923.

<sup>5</sup> Transzendente und psychologische Methode (Leipzig 1900).



ängstlich wie Husserl vor der psychologischen Ursprungsfrage und vor der Existenzfrage zurück. Sein Schauen erstreckt sich auch auf diese. Ontische „Selbstgegebenheiten“, dem Schauen sich darbietend, nicht weiter psychologisch reduzierbar, sind ihm gerade auch jedes ethische Werturteil und vorab das religiöse Gefühl. Dieses religiöse Urphänomen, das Gefühl der Geborgenheit des Alls aller Menschenkräfte in dem höchsten Unendlichkeitszusammenhang, zuletzt in der persönlichen Gottheit, ist ihm sogar die entscheidende Tatsache, durch die der Mensch erst in der aufsteigenden Linie vom Tier sich löst, durch die auch erst Geschichte begann und alles Soziale. Das Auf und Ab der religiösen Linie in der Menschheitsentwicklung bildet den Unterbau für alle jeweilige Kultur und Ökonomie, gänzlich im Gegensatz zur materialistischen Geschichtsauffassung; im Vergleich zu Max Webers Religionssoziologie ist Schelers Menschheitsüberblick ungleich persönlicher, schöpferischer, universal. Alle philosophische (formale) und geschichtliche Soziologie spiegelt sich für ihn am deutlichsten in dem Reflex der religiösen Entwicklung auf die Gesellschaft. Den ersten natürlichen Höhepunkt erreichte die Religiosität im orientalisch-dionysischen Frühgriechentum: Zeit der monarchisch-aristokratischen Geistes- und Wirtschaftsverfassung. Sokratik und Stoik brachten mit ihrer philosophischen Gleichmacherei Verflachung, Auflösung. Eine Auferstehung erlebte das religiöse Gefühl, aus der Übernatur gespeist, im Christentum, das in seiner relativ freiesten Auswirkung, im katholischen Mittelalter, die bisher verhältnismäßig glücklichste Menschheitsepoche brachte. Das Ressentiment des Schwachen gegen das Starke, die folgende Auflehnung gegen Kirche, Religion, vertrauende Philosophie, gegen jede Autorität, züchtete den modernen Bourgeois-Typ, der, ideallos, normenlos, genußsüchtig, entnervt, an sich selbst zu Grunde gehen muß. Schelers kulturelles und soziologisches Zukunftsprogramm kündigt das durch einen alle gewaltigen, modernen Triebkräfte in sich aufnehmenden Katholizismus heraufzuführende Neumittelalter an, das allein alle Postulate der Soziologie im Lichte der Vergangenheit erfüllen könne: 1. Der Einbruch übernatürlicher, erlösender Kräfte sei für die religiöse Menschheit notwendig, die, auf sich selbst gestellt, erwiesenermaßen immer abwärts steige und, wie die Natur dem entropischen Wärmethod, der Erstarrung anheimfiele; 2. die mittelalterlichen Stände, Adel, Ritter, Priester in neuer Umformung, müßten, statt öder Gleichmacherei, für [die starke Entfaltung des Individuums, die Aufartung des Menschentypus, Licht und Luft machen; 3. das Glück für die Masse biete die Kirche ohnegleichen durch ihren tiefgreifenden erzieherischen Einfluß, ihren notwendigen sinnlich-frohen Kultus, ihre die tiefsten Bedürfnisse erfüllenden Mysterien und Verheißungen. Ihre allgemeingültige Norm bahne den Weg zu der postulierten ethischen Menschheits-einheit und einem allgemeinen Kulturglück. Im einzelnen wünscht er die Führung der Wirtschaftskreise im Staate durch einen neuen Unternehmertyp nach Rathenauschen Ideen; er vereinigt in seiner stürmischen, noch gärenden Synthese Gedanken von Eucken, Husserl, Bergson, Nietzsche, sie um- und weiterbildend. „Doch ruft sein System nach Klärung und klassischer Harmonie. In letzter Zeit ließ er z. B. durch die schon vielfach verlassenen Aufstellungen Jerusalems (nach Lévy-Brühl) über die Prälogik der Primitiven und die verschiedenen Menschheitsvernünfte sich etwas zu sehr beeinflussen (in seiner „Soziologie der Erkenntnis“).

Die Werbekraft der phänomenologischen Schule im allgemeinen liegt in ihrem Vertrauen auf die Erkenntnis, in ihrer Abwendung vom kantischen Formalismus und vom bloß subjektiven Psychologismus. Kein Wunder, daß manche

ihrer Vertreter logisch zu Leibniz<sup>1</sup> und zur katholischen, scholastischen Philosophie<sup>2</sup> hingeführt werden, deren kritischer Realismus die Anerkennung unumgebarer Wirklichkeit mit der wissenschaftlichen Kritik verbindet<sup>3</sup>.

Überblickt man die ganze bisherige philosophische Entwicklung, so begreift man, daß bedeutende Erträge für Soziologie und Nationalökonomie noch nicht zu erwarten waren. Im Gegenteil hat die Zerklüftung des modernen philosophischen Denkens Soziologie und Nationalökonomie sogar ungünstig beeinflusst. Die Schriften Schelers insbesondere, sein in Aussicht gestelltes großes Werk über Soziologie, dürften geeignet sein, viel zur Klärung der Ideen beizutragen<sup>4</sup>.

Überhaupt sind es namentlich zwei Strömungen neuester Zeit, die eine allmähliche Gesundung des philosophischen Denkens wenigstens erhoffen lassen.

**8. Zurück zur Metaphysik.** Nach einem vielfach sensistisch-materialistisch gerichteten Jahrhundert regt sich neben der Reaktion des Spiritualismus allenthalben eine Sehnsucht nach gesunder, allzu lange verkannter Metaphysik, oft noch unsicher tastend und wenig geklärt. Nach der geistigen Differentiation — um mit Spencer zu reden — in der einzelwissenschaftlichen, fast philosophielosen Zeit, erhebt sich der Ruf zur Integration, zur Synthese, zum „Geltenden“, Ewigen. Külpes<sup>5</sup> Schule, insbesondere Messer<sup>6</sup>, vertrat immer entschiedener eine „kritische Metaphysik“, einen „kritischen Realismus“, u. a. eine philosophische Psychologie. Von der Biologie her verlangt eine teleologisch gerichtete Metaphysik Hans Driesch<sup>7</sup>. Er nimmt eine solche sogar für das Gesamtwachstum der Menschheit an und spricht von dem Psychoid der Menschheit. Auch sei hingewiesen auf Nikolai Hartmann<sup>8</sup>, Natorps Nachfolger in Marburg, Frischeisen-Köhler<sup>9</sup>, die Gegenstandsphilosophie Meinongs und die phänomenologische Schule, die bei manchen realistisch und metaphysisch anklingt und oft, wie gesagt, auf Leibnizische Gedanken zurückgeht.

Alles das bedeutet mehr oder minder eine Befreiung unsrer Erkenntnis von kantianischer „Brillenerkenntnis“<sup>10</sup>, von einer Philosophie, die den Weg zur

<sup>1</sup> Dietrich Mahnke. Eine neue Monadologie 1917. Die Neubelebung der Leibnizischen Weltanschauung, Logos IX 1920. Das unsichtbare Königreich des deutschen Idealismus (1920).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Geyser, Eidologie (1921); Cl. Baeumker u. a.

<sup>3</sup> Im übrigen wünschen wir den „Schauenden“ besten Erfolg; man wird allerdings bald wieder erkennen, daß wir mit dem „Schauen“ nicht weit kommen, daß es für unser Erkennen nicht ausreicht.

<sup>4</sup> Auf Oppenheimers derzeitig erscheinende Soziologie sei hier nur kurz verwiesen.

<sup>5</sup> Die Realisierung. Ein Beitrag zur Grundlegung der Realwissenschaften I 1912; aus dem Nachlaß herausgegeben von Messer II 1920; III 1922. Külpe-Messer: Einleitung in die Philosophie<sup>11</sup> (1923).

<sup>6</sup> Einführung in die Erkenntnistheorie<sup>2</sup> (1921). Kommentar zu Kants Kritik der reinen Vernunft (1922). Sittenlehre (1920).

<sup>7</sup> Der Vitalismus als Geschichte und Lehre 1905. Philosophie des Organischen<sup>2</sup> 1921. Pauly Darwinismus und Lamarckismus [1905] spricht sogar vom „urteilenden Prinzip“.

<sup>8</sup> Grundzüge einer Metaphysik der Erkenntnis (1921).

<sup>9</sup> Das Realitätsproblem (1912).

<sup>10</sup> Unsre Erkenntnissicherheit hängt von der Zuverlässigkeit unsrer Erkenntniskraft ab. Die Kantsche Philosophie hat nun diese Zuverlässigkeit in Frage gestellt: Es gibt

Erkenntnis des Wesens der Dinge verlegte, für die der Intellekt nur noch „Spiegel der empirischen Wirklichkeit“ (Simmel) war, der alles, was nicht empirisch feststellbar war, für wissenschaftlich nicht erkennbar galt. Die Philosophie der Zukunft dürfte wieder Verständnis gewinnen für die Wirklichkeit und Erkennbarkeit einer übersinnlichen Ordnung, für übersinnliche Erkenntnis, für die Erkenntnis des Wesens der Dinge. Sie wird aus der Erkenntnis des objektiven Seins der Dinge zur objektiven Werterkenntnis gelangen, wird aus der Erkenntnis des objektiven Wesens des Menschen, des Staates objektiv begründete Zwecke, Ziele, Aufgaben, Richtpunkte für die Verwirklichung von Möglichem und Zweckmäßigem erfassen. Sie wird nicht mehr jede Objektivität von Werturteilen leugnen können. Das ist freilich abhängig von der gesunden Fortentwicklung jener Richtung in der Philosophie, welche wieder Vertrauen gewonnen hat für die natürliche Zuverlässigkeit unsrer Erkenntniskraft, darum, wie gesagt, Verständnis gewinnt für die Möglichkeit der Metaphysik, der übersinnlichen Erkenntnis.

**9. Neues Leben der Rechtsphilosophie**, wo, wenn auch oft in verdeckter oder verstümmelter Weise, der unabweisbare Urgedanke des Naturrechts — gerade infolge auch des vielfachen bitteren Unrechts in äußerlich gesetzlicher Rechtsform während der letzten Zeiten — wieder durchbricht und so allmählich auch einer wirksameren Ausgestaltung des Völkerrechts den Weg bereitet. Max Ernst Mayer — im übrigen typisch für die mancherorts noch krampfhaft abgelehnt des Namens „Naturrecht“ bei tiefem Gefühl für die Sache — sagt: „Es ist bemerkenswert, daß wir hiermit einen Standpunkt einnehmen, der noch vor einem Jahrzehnt ketzerisch war, jedoch jetzt wieder mehr und mehr orthodox zu werden scheint“; u. a. ist Erich Kaufmanns bedeutendes Werk „Kritik der neukantianischen Rechtsphilosophie“ (1921) geradezu eine Programmschrift, deren Forderungen auch hier gruppiert sind um die eine: Zurück zur Metaphysik!<sup>1</sup> Derselbe spricht von den jungen Trieben, die „reich und stark aus dem alten Stamm des Katholizismus sprießen und seine wunderbare Lebenskraft verkünden“<sup>2</sup>. In der Tat muß man in dem geistigen Chaos der Gegenwart unwillkürlich an die großen Kräfte der Vergangenheit erinnert werden, die, was man heute sehnsüchtig begehrt, eine einheitliche Kultursynthese geschaffen haben. Nelsons Klage kehrt in so vielen Lagern wieder, daß sie ein Notschrei der Besten der Zeit genannt werden kann: „Niemals gab es eine Zeit, in der das Leben selber der Philosophie eine so überreiche Fülle an bedeutenden und fruchtbaren Problemen darbot wie die unsrige, und doch auch niemals stand die Philosophie — ich meine die in der öffentlichen Meinung geltende Philosophie — den wirklichen Problemen ihrer Zeit nicht nur so ohnmächtig und hilflos, sondern so stumpf, so gleichgültig und teil-

---

eine Außenwelt. Sie bildet auch nach Kant die objektive Grundlage unsrer Vorstellungen. Die Vernunft erhält durch die Erfahrung ihre Eindrücke. Die Ordnung dieser Eindrücke aber vollzieht sich nach immanenten Erkenntnisformen des Subjekts. Alle Formelemente kommen vom erkennenden Subjekt, sind subjektive Zutaten. Was wir wirklich erkennen, das sind lediglich Phänomene, Erscheinungen, nicht die Noumena, nicht das Wesen der Dinge, nicht, wie die Dinge an sich sind. „Diese ‚kritische Subjektivität‘ aller Erkenntnis... beherrscht als Erbe der Kantischen Weltanschauung die ganze moderne Philosophie Deutschlands (und weit darüber hinaus“ Haeflke).

<sup>1</sup> Rechtsphilosophie (1922) 90.

<sup>2</sup> Ebd. 96.



nahmlos gegenüber wie in der Gegenwart<sup>1</sup>. Die Zerfahrenheit spiegelt sich deutlich wider in der eklektischen Erneuerung früherer, oft schon einmal allgemein verlassener Systeme, dem „Neu“-Hegelianismus, Fichteanismus, Schellingianismus, Friesianismus, Leibnizianismus usw., die aber oft dem Urbild nicht mehr gleichen als der Neukantianismus Kant.

Es wäre verhängnisvoll, wenn gerade eine in praktischen Konsequenzen sich auswirkende Wissenschaft wie die Nationalökonomie in unsrer für sie so verantwortungsschweren Zeit statt fester, dauernder philosophischer Fundamente nur Sand und Nebel und Eintagsgrößen vorfände: denn Ideen beherrschen die Welt, und Ideenlosigkeit oder Ideenwirrwarr richten sie zu Grunde. Wie tragisch und folgenreich ist darum das Urteil Oswald Külpes: „Der Grundgedanke der ethischen Bestrebungen in der neueren Philosophie ist die Unabhängigkeit der Sittlichkeit von der Religion, der Ethik von der Theologie und der Metaphysik“<sup>2</sup>. Dies bedeutet für jeden Tieferblickenden nichts Geringeres als die Fundamentlosigkeit des ethischen und damit des sozialen Lebens, zum wenigsten für die breiten Massen des Volkes!

Doch wir wollten ja von einem neuen Leben in der Rechtsphilosophie sprechen.

*Kelsens Rechtsmonismus*<sup>3</sup>. Beeinflußt von der Marburger neukantianischen Schule, wie sie insbesondere durch Stammler auf dem Rechtsgebiet sich ausgewirkt hat, sucht Kelsen aus dem rein Empirischen, Historischen, „Soziologischen“ die Rechtswissenschaft herauszuführen und in einer logischen, systematischen Einheit und in einem normativen Absoluten zu fundieren. Alles Recht muß aus einer „obersten Ursprungshypothese“ restlos ableitbar sein, die so dem *summum genus in logicis* entsprechen könnte. In seinen „Hauptproblemen“ (1911) fand er diese höchste erzeugende Einheitsnorm für das dort allein betrachtete Staatsrecht in der Souveränität, die er dann aber auch als nicht weiter ableitbar, als nicht durch irgend ein anderes „Recht“ beschränkbar erklärte. Als die Kritik ihn nach der Vereinbarkeit solch starrer Souveränität mit dem Völkerrecht fragte, gab er in seinem Werke von 1920 „Das Problem der Souveränität . . .“ die Forderung nach strengster Einheit der Rechtsordnung nicht preis, ließ aber die Wahlfreiheit, entweder den Primat des Völkerrechts zu wählen, aus dem dann alles Recht flösse, auch das Staatsrecht mit Aufhebung der Souveränität, oder den Primat des Staatsrechts, der staatlichen Souveränität, die dann aber keine andere sie irgendwie beeinträchtigende Staats- oder Völkerrechtsordnung neben oder über sich dulden könnte. Er selbst neigt in diesem Werke zum Primat des Völkerrechts und sieht in einer der „*civitas maxima*“ Christian Wolffs ähnelnden Welt-einheit das kommende Ideal.

Im einzelnen abweichend, aber einer ähnlichen monistischen Rechtssystematik zustrebend, sind die andern Vertreter der „Wiener Schule“: Adolf Merkl (Stufenaufbau des Rechts), Sander (Das All der Rechterfahrung), Verdross (Die Einheit des rechtlichen Weltbildes auf Grundlage der Völkerrechtsverfassung, 1923).

<sup>1</sup> Die kritische Ethik bei Kant, Schiller und Fries. Eine Revision ihrer Prinzipien (1914), Vorw. VII.

<sup>2</sup> Külpe-Messer, Einleitung in die Philosophie<sup>11</sup> (1923) 99.

<sup>3</sup> Hauptwerke: Hauptprobleme der Staatsrechtslehre entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatz 1911, Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts. Beitrag zu einer reinen Rechtslehre (1920).

Die Kritik weist darauf hin, daß jene Wahlfreiheit Kelsens, die nach seinem Zugeständnis je nachdem widersprechende Resultate zeitigt, seiner strengen Einheitsforderung im Wege stehe; ebenso dürfte auch bei Annahme des Völkerrechtsprimats der staatlichen Souveränität in ihrem Bereiche ein Eigenrecht bleiben entgegen dem Kelsenschen „Alles — oder — nichts“. Ein Plurismus der Rechtssphären ist unausweichlich; das notwendige und berechtigte Streben nach Einheit, „Monismus“, auch auf dem Rechtsgebiete, geht aus der richtigen Ahnung eines einheitlichen Rechtsfundamentes für alle Rechtssphären hervor, das allem Rechte seinen Charakter und seine Verpflichtungskraft verleiht und das nichts anderes ist als das richtig verstandene Naturrecht.

*Das Naturrecht mit oder ohne Namen in der gegenwärtigen Rechtsphilosophie.* Das Naturrecht im weiteren Sinne, als das „Naturgesetz“, ist die in der menschlichen Vernunft nach deren Empfänglichkeit sich widerspiegelnde göttliche Weltordnung. Das Naturrecht im engeren Sinne, die gottgewollte Ordnung der sozialen Zusammenhänge, enthält die obersten, unabhängigen, unveränderlichen Axiome nebst ihren ebenso unveränderlichen nächsten, selbstverständlichen Ableitungen, aus denen alles Recht letztthin Inhalt und Verpflichtungskraft empfängt. Diese Axiome postulieren wegen der Veränderlichkeit der menschlichen Verhältnisse und der notwendigen Einheitlichkeit der öffentlichen Ordnung eine immer neue Determinierung des allgemeinen Inhalts durch die maßgebenden Instanzen, aber immer entsprechend jenen Axiomen, die dann diesem „positiven“ Rechte ihre Verpflichtungskraft mitteilen. Das Naturrecht schließt also das positive Recht nicht aus und will es nicht ersetzen, sondern: das Naturrecht postuliert das positive Recht. Dieses „axiomatische Naturrecht“ wird von dem „dogmatischen“ Naturrecht des 18. Jahrhunderts abgelehnt, welches letztere in rationalistischer, geschichtsloser Überspannung der Vernunft das positive Recht ersetzen wollte. Ebenso wenig hat das wahre Naturrecht etwas mit einem geschichtlichen oder hypothetischen „Naturzustand“ (Rousseau) zu tun. Hiermit erledigen sich die Mißverständnisse betreffend das „starre“, „unhistorische“, „dem positiven Rechte feindliche und deshalb für das staatliche Leben unbrauchbare oder gar schädliche“ Naturrecht von selbst.

Das schon von den Griechen (Aristoteles: φύσει δίκαιον im Gegensatz zu νόμῳ δίκαιον; Sophokles: Antigone; Stoiker) und dem römischen Rechte, von der Heiligen Schrift (vgl. Röm. 2, 14 f.) und unter anderem dem neuesten Codex iuris canonici (can. 6, 6; can. 27; can. 1068) gelehrt „Naturrecht“ kehrt selbst bei „Rechtspositivisten“, wenn auch unter anderer Etikette, wieder. Ihre Polemik geht oft mit vollem Recht nur gegen ein Pseudonaturrecht.

H. Erman<sup>1</sup> möchte einen bloßen Wortstreit darin erblicken, ob Naturrecht oder nicht: „Was ihr Naturrecht nennt, das rechnen wir zur Ethik, zu den sittlichen Grundlagen des Rechts“. 1906 redete Gnäus Flavius von einer „Auferstehung des Naturrechts in veränderter Gestalt<sup>2</sup>. Sein „freies Recht“, Sätze, „die bestimmt sind, staatliches Recht zu bewerten, zu ergänzen, fortzubilden und umzustoßen“, ähnelt dem axiomatischen Naturrecht, erhebt sich aber zu wenig in das Absolute. Am entschlossensten hat Josef Kohler, insbesondere seit Kriegsbeginn, sein „Zurück zum Naturrecht“ ertönen lassen, und zwar nicht zu

<sup>1</sup> Deutsche Arbeit (1916) 543.

<sup>2</sup> Der Kampf um die Rechtswissenschaft (1906) 11.

dem „philisterhaften“ des 18. Jahrhunderts, sondern zu dem großzügigen, anpassungsfähigen der vorgrotianischen spanischen Scholastiker. Sein neuhegelianischer Entwicklungsgedanke jedoch läßt sein „Kulturrecht“ auch in seinen Fundamenten allzu abhängig von dem jeweiligen Kulturzustande der Menschheit erscheinen. Von einem ähnlichen „relativen Kulturrecht“ spricht Max Ernst Mayer<sup>1</sup>, der zu früh hingeschiedene Rechtsphilosoph, dessen Entflichen vor dem einseitigen Positivismus ebenso charakteristisch für die gegenwärtige Rechtsphilosophie ist wie seine gleichzeitige Scheu vor einem wirklichen Absoluten. Immerhin möchte er mit Erich Kaufmann mutig rufen: „Zurück zur Metaphysik!“ — Manche Neukantianer sprechen fast so entschieden, wie es Kant tat, vom Naturrecht: aber die Kluft zwischen der inhaltlosen Formalität ihrer Logik und dem unübersteiglichen Empirismus des Historischen läßt sie keine Brücke finden zwischen dem Naturrecht und dem positiven Recht. So spricht Rudolf Stammler wohl von seinem „richtigen Recht“, von dem „Naturrecht mit wechselndem Inhalt“, doch könnte nur ein entschiedenes Abschütteln aller kantischen Widersprüche hier Klarheit schaffen. — Kelsen, von Stammler beeinflusst, drang doch weiter vor: „... Der ‚naturrechtliche‘ Charakter einer solchen Grundlegung des Völkerrechts kann und soll nicht geleugnet werden. Indes: Sofern diese ‚naturrechtliche‘ Grundlage sich lediglich darauf beschränkt, als juristische Hypothese eine durch positive Satzung fortzubildende, inhaltlich zu erfüllende Rechtsordnung zwischen koordinierten Subjekten zu ermöglichen, kann auch die einzelstaatliche Rechtsordnung — als souveräne vorausgesetzt — solch einer natürlichen Grundlegung nicht entbehren.“ „Und in diesem Sinne ist zwischen Naturrecht und positivem Recht gar kein Gegensatz vorhanden“<sup>2</sup>.

Selbst solche, die auf ausschließlichen Rechtspositivismus pochen, finden sich oft unvermerkt in naturrechtlichen Gedanken. R. v. Jhering sieht die Möglichkeit von Kollisionen zwischen dem „geschriebenen Recht, der formalen und der über demselben stehenden materiellen Gerechtigkeit“<sup>3</sup>. Selbst Bergbohm, wohl der leidenschaftlichste Bekämpfer des Naturrechts (wie er es verstand, unterscheidet zwischen der erforderlichen Rechtsform und dem „normativen Inhalt“; diese Norm verleihe erst die „Rechtsqualität“<sup>4</sup>.

Naturgemäß läßt das noch so wenig entwickelte und vorab im Weltkrieg so mißhandelte Völkerrecht das Naturrechtsproblem besonders dringlich und unausweichlich erscheinen. Herrscht bei Vertragsbruch ein vollendetes Chaos, insbesondere wenn bei furchtbaren Neuerungen noch kein „Gewohnheitsrecht“ sprechen kann? Gibt es dann gar keine Normen? Und woher kommen sie? Die Kontroversen über Herkunft und Verpflichtungskraft des Satzes „Pacta sunt servanda“ und über Wert oder Unwert der „berühigten“ (v. Lammasch), stillschweigenden „Clausula: rebus sic stantibus“ enthüllen die Ratlosigkeit des extremen Positivismus und die Unumgänglichkeit eines Naturrechts. So beruft sich auch v. Liszt, wenn die Normen versagten, auf „die Gemeinsamkeit der religiös-ethischen Überzeugung“; Bluntschli unterscheidet mit andern das „notwendige“ vom „konventionellen“ Völkerrecht; Gareis spricht von der „Rechts-

<sup>1</sup> Rechtsphilosophie (1922) 88 f. 90.

<sup>2</sup> Das Problem der Souveränität (1920) 252 f.

<sup>3</sup> Der Zweck im Recht I 335.

<sup>4</sup> Jurisprudenz und Rechtsphilosophie (1892).



notwendigkeit“, vor der oft die Formeln zurücktreten müßten; Georg Jellinek kommt in seinem klassischen Buche „Die rechtliche Natur der Staatsverträge“<sup>1</sup> schließlich zur Erkenntnis, daß „der letzte Grund des Rechts nur in einem objektiven Prinzip gefunden werden könne. Jenes Prinzip... ist die Natur der Lebensverhältnisse. Diese Natur steht dem Staatswillen unantastbar gegenüber“ (der sonst nach ihm die Rechtsnorm ist)! — F. v. Holtzendorff kennt „Grundsätze der Berechtigung und Verpflichtung“, die „der Willkür entzückt sind“!<sup>2</sup> Alfred Verdross stellt die „internationale Gerechtigkeit“ als Rechtsquelle neben Verträgen und Gewohnheitsrecht auf. Ein untrüglicher Prüfstein der Theorie ist die Frage, ob die „Naturvölker“ zur „Völkerrechtsgemeinschaft“ gehören, also irgend einen Rechtsschutz genießen, „Rechte“ besitzen! Da führt der Buchstabenpositivismus einen Ferd. v. Martitz zu folgenden Sätzen: „Naturvölker gehören dem internationalen Verbande nicht an... Verträge, die mit ihnen geschlossen werden, kommen nicht als Staatsverträge in Betracht, und militärische Expeditionen, die gegen sie unternommen werden, stellen keinen Kriegszustand noch Völkerrecht dar. Das Völkerrecht, das ihnen unbekannt ist, gilt nicht für sie. Das Völkerrecht ist gegenseitiges Staatsrecht, aber nicht universelles Menschenrecht.“<sup>3</sup> Also ein „Menschenrecht“ auch ohne Paragraphen gibt es doch! Oder nicht?

L. v. Bar, Nelson, Krabbe erklären das Naturrecht für unentbehrlich; Kohlrausch verlangt irgend ein Naturrecht als Quelle bei der Rechtsbildung. Was anders bedeutet auch, um ein Beispiel aus dem Alltagsleben heranzuziehen, die Berufung „auf den großen Gedanken von Treu und Glauben, der unser Rechtsleben beherrscht“, in der Kundgebung des „Richtervereins beim Reichsgericht“ vom 8. Januar 1924 betreffend die Hypothekenaufwertung? —

Nach allem ist es ein wohlverdientes Lob, das Radbruch<sup>4</sup> der katholischen Philosophie spendet: „Als eine Teilerscheinung des Zeitalters der Realpolitik wird der künftige Kulturhistoriker auch den juristischen Positivismus des nunmehr geschlossenen Zeitalters zu würdigen haben, die Lehre, die sich in fanatischer Ablehnung alles überstaatlichen, alles Naturrechts weigerte, den Geltungsgrund des Rechts jenseits des Willens und der Macht des Staates zu suchen. Daß inmitten dieser fast ausnahmslosen Machtvergötterung in unsrer Rechtswissenschaft die katholische Philosophie an dem Gedanken eines Naturrechtes festgehalten hat, ... ist ... ein unauslöschlicher Ruhmestitel. ... Das katholische Schrifttum hat durch diese Bewährung ältester Weisheit in den Verirrungen der jüngsten Gegenwart eine solche Vermehrung seines Prestiges, eine solche Verjüngung und Verlebendigung seiner schriftstellerischen Haltung erfahren, daß die bisher vielfach geübte Ignorierung dieses Schrifttums seitens der vermeintlich ‚voraussetzungslosen‘ Wissenschaft in Zukunft vollends unberechtigt wäre.“

Darum dürfte ein Hinweis auf die einschlägigen katholischen Werke von Cathrein (Moralphilosophie, 6. Aufl., 1923; Recht, Naturrecht und positives Recht, 2. Aufl. 1909), Mausbach (Naturrecht und Völkerrecht, 1918) am Platze erscheinen, insbesondere aber der Hinweis auf die noch immer grundlegenden Ausführungen

<sup>1</sup> 1880.      <sup>2</sup> Handbuch des Völkerrechts I (1885) 86.

<sup>3</sup> Systematische Rechtswissenschaft. Kultur der Gegenwart (1906) 428.

<sup>4</sup> Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XL (1920), Heft 3.

des Fürsten der Scholastik (Thomas von Aquin, Summa th. 1. 2. q. 94 a. 2; ferner ebd. 2, 2, q. 95 a. 2).

10. Zum Schlusse sei erinnert an den altherwürdigen Baum der **Philosophia perennis**, der auch der heutigen Zeit neue Äste und Triebe schenkt, wachsend und Kräfte ziehend aus den Fortschritten und selbst aus den Irrungen der Jahrhunderte. Gerade die katholische Philosophie ruht in den tiefsten Tiefen des Lebens, der Erfahrung so vieler Völker und Zeiten: sie ist so recht, was man ihr früher oft verargte, eine „Lebensphilosophie“, die Vereinigung des gesunden Menschenverstandes mit der wahrhaft erprobten, wissenschaftlichen Forschung. Auf ihrem langen Weltwege bietet sie schon natürlicherweise die Garantie einer goldenen Mitte zwischen den Extremen, den ewig sich ablösenden Systemen. Ihr zum Teil ist die nicht in allem, aber in manchem beneidenswerte Kultur des Mittelalters zu danken<sup>1</sup>. Sie ist arm an Phrasen: sie sucht nicht schillernde neue Namen; sie vermißt sich nicht, Wechsel auf eine goldene Zukunft auf Erden auszustellen; aber ähnlich der stillen Natur wird sie, wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft ihre heilende Kraft bis in die fernsten, auch ungesundesten Geäder rieseln lassen, ob man sie auch nicht nennt und kennt. Sie wird im engsten Bunde mit der bewährtesten, segensreichsten Religion der Menschheit, dem katholischen Christentum, allen ihre selbstlosesten Dienste leisten<sup>2</sup>.

### § 5.

#### Das Wesen der menschlichen Verbände.

**Literatur:** Taparelli, Saggio teoretico di dritto naturale appoggiato sul fatto 1840, <sup>3</sup> 1900), in deutscher Übersetzung: Versuch eines auf Erfahrung begründeten Naturrechts, von Schöttl und Rinecker (1845) 115–275. — O. Willmann, Geschichte des Idealismus III (1897) 938 ff. — Th. Meyer, Institutiones iuris naturalis I 1885 296–304. — Vikt. Cathrein, Moralphilosophie<sup>3</sup> (1899) I 310 ff.; II 374 ff. <sup>6</sup> 1923. — G. v. Mayr, Grundriß zu Vorlesungen über praktische Nationalökonomie I 1900 3 ff. — Gierke, Das Wesen der menschlichen Verbände, Rektoratsrede 1902. — v. Tessen-Wesierski, Der Autoritäts-

<sup>1</sup> Man vergleiche die vielen Veröffentlichungen über das Mittelalter, z. B. von Troeltsch, Scheler, Hoffmann, Landsberg.

<sup>2</sup> Auf einige neuere Werke sei hier hingewiesen: Geyser, Neue und alte Wege der Philosophie (1916). Grundlegung der Logik und Erkenntnistheorie 1919. Gruber, Auguste Comte, der Begründer des Positivismus 1889. Der Positivismus vom Tode Auguste Comtes bis auf unsre Tage 1891. Klimke, Der Monismus und seine philosophischen Grundlagen (1911). Willmann außer der Geschichte des Idealismus: Die Wissenschaft vom Gesichtspunkte der katholischen Wahrheit 1916. Wust, Die Auf-erstehung der Metaphysik 1920. Kiefl, Das christliche Sittlichkeitsideal und das freidenkerische Menschheitserziehungsprogramm 1913 u. a. Th. Meyer, Institutiones iuris naturalis seu philosophiae moralis universae I<sup>2</sup> 1906; II (1900). Cathrein, Moralphilosophie<sup>6</sup> (1923) u. a. Ferner die Werke von Mausbach, Lehmen, Schilling, Walther, Ignaz Klug und die das katholische Kulturprogramm der Gegenwart in klassischer Form darbietenden Enzykliken des Papstes Leo XIII. in verschiedenen Ausgaben, lateinisch und deutsch). Vgl. Ludwig Baur und Karl Rieder, Päpstliche Enzykliken und ihre Stellung zur Politik, in „Schriften zur deutschen Politik“ herausgeg. von Georg Schreiber 1922. W. Schwer, Leo XIII., in „Klassiker katholischer Sozialphilosophie“ herausgeg. von Brauer, Schwer, Steinbüchel (1923).

begriff in den Hauptphasen seiner historischen Entwicklung (1907). Erich Kaufmann, Der Begriff des Organismus in der Staatslehre des 19. Jahrhunderts (1908). — Schwiedland, Volkswirtschaftslehre I<sup>3</sup> (1922) 157 ff. \*

**1. Wesen und Gesetz.** Hat die Zurückweisung der naturgesetzlich evolutionistischen Auffassung des Gesellschaftslebens, die Erkenntnis von der Bedeutung des Telos für das soziale Geschehen, uns von der Möglichkeit und Berechtigung der Fragestellung auch nach dem, was in der Volkswirtschaft sein soll, überzeugt; haben wir ferner aus den Darlegungen über kausale und teleologische Betrachtung die wohlbegründete Erkenntnis von der wissenschaftlichen Notwendigkeit einer präzisen Fragestellung nach der Aufgabe der Volkswirtschaft und der hieraus abzuleitenden näheren Bestimmung des volkswirtschaftlichen Seinsollens gewonnen, so werden wir jetzt aus tieferer Ergründung des Wesens und der wesentlichen Einheit der Gesellschaft heraus die Grundlagen und theoretischen Vorbedingungen für die klare Erfassung des Wesens der Volkswirtschaft und der besondern Art ihrer Einheit zu erlangen trachten. Zugleich wird hierdurch unsre Erkenntnis von der Wichtigkeit des Individuellen für die Gesamtentwicklung die notwendige Ergänzung finden, insofern eben gerade der Zweck der Gesellschaft den Spielraum freier individueller Betätigung begrenzt.

Wie der Adler kühn sich in die Lüfte schwingt, so sucht auch der menschliche Geist einen höheren Standpunkt zu gewinnen, von dem aus er das weite Feld des Wirklichen, das sich seinem Erkennen als Gegenstand darbietet, mit einem Blick überschauen, in ein Gesamtbild zusammenfassen kann. Allein damit ist seine Kraft nie erschöpft, sein Verlangen nach Erkenntnis und Wahrheit nicht befriedigt. Indem er den Stein mit dem Steine, den Baum mit dem Baume, das Tier mit dem Tiere, den Menschen mit dem Menschen vergleicht, findet er inmitten der individuellen Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit das eine, was allen Steinen, allen Pflanzen, allen Tieren, allen Menschen gemeinsam ist — das Wesentliche, ohne welches kein Individuum ins Dasein tritt. Doch auch der Blick hinein in die Tiefen des Seins setzt unsrem Verlangen nach Wissen und Wahrheit noch kein Ziel. Alles um den Menschen herum ist veränderlich. Immer Neues tritt in die Erscheinung. Wie nahe liegt da die Frage: Woher das alles? welches sind die Ursachen? was ist der Grund von allem und jedem? Diese Frage läßt uns nicht ruhen, bis wir, wiederum das Individuelle, Zufällige zurücklassend, für jede Gruppe von Dingen und Erscheinungen die allgemeinen Gründe, Ursachen, Gesetze ihres Seins und Werdens und Tuns gefunden haben und schließlich bis zu dem höchsten Grunde der phänomenalen Welt und alles dessen, was sie in sich schließt, siegreich vorgedrungen sind. Jetzt erst ist der Wissenstrieb in uns vollkommen befriedigt, jetzt hat der Geist das Endziel seiner Wanderungen erreicht. Er weiß, was die Dinge sind, woher sie sind, wozu sie da sind. Das Wesen der Dinge, die Gesetze ihres Seins und Werdens, ihr Urgrund und Endziel — alles liegt offen da vor unsrer Vernunft. In der Erkenntnis des letzten Grundes und Endzieles alles gewordenen Seins ruht der menschliche Geist. So führt die wahre Wissenschaft notwendig zu Gott. Was von dem Allerhöchsten uns trennt, was nicht zu ihm gelangt, das bleibt halbes Wissen, keine Wissenschaft — Schwäche, keine Geisteskraft.

Was ist die Gesellschaft, woher kommt sie, was will und soll sie inmitten unsres Geschlechtes? Auch das sind Fragen, deren gründ-



liche und zwar philosophisch gründliche Beantwortung als unabweisbare Forderung erscheint. Es kann eben den menschlichen Geist nicht befriedigen, die rein empirische Entwicklungsgeschichte der einzelnen konkreten Gesellschaftsindividuen kennen zu lernen. Er will außer dem Naturhaften das Wesentliche erkennen, fragt auch da nach dem abstrakt Allgemeinen, Dauernden, Unveränderlichen, nach den höchsten Gesetzen, Gründen und Ursachen, nach all jenen Faktoren in uns und außerhalb des Menschen, welche das soziale Leben überhaupt, in seiner Universalität aufgefaßt, letztlich regeln und bestimmen.

**2. Wesenselemente der Gesellschaft.** Was ist also die Gesellschaft? was gehört zu ihrem Wesen? Wir stellen diese Fragen hier im Hinblick auf den Gattungsbegriff der Gesellschaft im engeren Sinne, die eigentlichen gesellschaftlichen Verbände<sup>1</sup>.

Vergleichen wir die verschiedenen Gebilde, auf welche der Mensch erfahrungsgemäß den Namen „Gesellschaft“ anwendet, miteinander, z. B. die Familie, den Staat, die Kirche, die Produktions- und Handelsgesellschaften, die literarischen und artistischen Gesellschaften usw., so finden wir, daß allen diesen verschiedenen Formen gewisse Elemente gemeinsam sind, so zwar, daß von einer Gesellschaft nicht mehr die Rede sein könnte, wo eines dieser Elemente fehlen würde. Eben darum aber, weil jene Elemente allgemein und notwendig in allen Gesellschaften und in jeder einzelnen derselben sich vorfinden müssen, werden wir in ihnen dasjenige zu suchen haben, was das eigentlich innerste Sein und Wesen der Gesellschaft überhaupt ausmacht. Welches sind nun jene Elemente?

Zunächst gehört zu jeder Gesellschaft

1. eine Mehrheit oder Vielheit vernünftiger Wesen. Den einzelnen, isolierten Menschen nennt niemand eine Gesellschaft, ebenso wenig einen Steinhafen, eine Baumschule oder einen Sack Getreide. Zwei, drei oder auch viele vernünftige Wesen machen eine Summe, eine „universitas“, aber noch keine „societas“, noch keine Gesellschaft aus. Damit ich von einer Gesellschaft reden kann, muß

2. die Vielheit zur Einheit verbunden sein. Und es fragt sich nun, welcher Art jene Einheit ist, die aus mehreren oder vielen Menschen eine Gesellschaft macht. Zunächst ist es offenbar, daß die gleichzeitige Existenz oder das äußere Zusammenleben, die Einheit von Zeit und Raum dem Begriff der Gesellschaft weder genügt noch dazu erfordert wird. Es gibt z. B. eine Gesellschaft, deren Glieder weit über die Erde zerstreut sind und die doch eine einzige Gesellschaft – die Kirche – bilden. Die Kirche bleibt dazu noch die gleiche Gesellschaft für die verschiedensten Generationen bis zum Ende der Welt. Es können anderseits viele Personen in denselben Warteräumen eines Bahnhofes mit denkbar größter lokaler und zeitlicher Annäherung aneinander weilen, niemand aber wird diese Menge bloß darum eine Gesellschaft nennen. Die Einheit, welche zum Wesen der Gesellschaft gehört, ist also mehr als eine bloß lokale, zeitliche, äußerliche und materielle. Der Umstand, daß nur vernünftige Wesen die Gesellschaft bilden können, deutet schon darauf hin, welcher Art die Bande sind, die aus der Vielheit eine Einheit machen. Es müssen Bindemittel sein, welche vernünftige, freie Wesen als solche miteinander vereinigen können, geistige und moralische Bande, die das Erkennen, Wollen und Handeln der Gesellschaftsglieder zu einer Einheit

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 75 f.

zusammenfassen. Eine derartige Verbindung findet sich tatsächlich in jeder Gesellschaft, und sie besteht in dem Erkennen und der Anerkennung eines und desselben Zweckes, als eines allen gemeinsamen Gutes. Hierdurch und nur hierdurch wird aus der Vielheit vernünftiger Wesen jene moralische Einheit gebildet, wie sie nicht bloß bei der einen oder andern Gesellschaft oder Gesellschaftsform, sondern bei allen Gesellschaftsarten und Gesellschaftsindividuen sich wiederfindet. Es ist eine wahre Einheit, weil Erkennen, Wollen und Handeln der einzelnen Gesellschaftsglieder nicht bloß in demselben Gegenstand zufällig zusammentrifft, gewissermaßen nebeneinander einmündet, sondern weil der Gegenstand als ein gemeinsames Gut, als ein gemeinsamer Zweck erkannt, gewollt und erstrebt wird. Es ist sodann eine moralische Einheit, weil sie kein materielles, physisches Agglomerat, sondern eine Verbindung geistiger, freier Wesen in der geistigen, moralischen Ordnung darstellt. „Einheit des Zweckes, wie sie aus der Einheit der Erkenntnis sich ergibt und Einheit des Willens erzeugt, dies ist“, sagt Luigi Taparelli d'Azeglio<sup>1</sup>. „der wesentliche Begriff von Gesellschaft. Nimmt man eines von den drei Elementen, so ist die Gesellschaft verloren. Laßt fünfzig Gelehrte sich abplagen, um ein Manuskript zu erklären; alle kennen es, alle haben zum Zwecke die Erklärung; verbinden sie aber zu diesem Zwecke nicht vereint ihren Willen, offenbaren sie sich nicht gegenseitig ihre Absichten, daß daraus ein gemeinschaftlicher Zweck entspringt, so wird niemand in ihnen eine Gesellschaft erkennen. Das Gemeinsein nicht bloß des Objektes, sondern auch des Zweckes ist jenes, was das Wesen der Gesellschaft vollendet, dadurch, daß der Zweck nicht mehr ein Zweck der einzelnen, sondern ein gemeinschaftlicher wird. Niemand kann ihn so sich aneignen, ohne sich mit den andern darein zu teilen, indem er für sie wie für sich selbst das nämliche wünscht und befördert.“ Aus der Vereinigung der Absichten in Bezug auf den gemeinschaftlichen Zweck folgt notwendig, wie die Wirkung aus der Ursache, die äußere Vereinigung der Kräfte und Mittel, durch welche die Erreichung des Sozialzweckes erstrebt wird. Damit ist aber nicht bloß eine notwendige Konsequenz ausgedrückt, sondern zugleich auch eine wesentliche Eigenschaft der sozialen Einheit. Die Einheit des Erkennens und Wollens, dessen Gegenstand der Sozialzweck bildet, muß so geartet sein, daß die Einheit sich nun auch ausdehnt auf die zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes notwendigen Mittel. Ist ja doch ein zwar gemeinsames, aber bloß theoretisches Erkennen, ein vereintes, aber durchaus unwirksames Sehnen und Schmachten nach einem Gute, das man zum Ziel des Strebens erheben möchte, noch keineswegs hinreichend, um aus einer Vielheit vernünftiger Wesen eine gesellschaftliche Einheit zu machen. Dazu gehört, daß die Gesellschaftsglieder das Gut als ein durch sie selbst gemeinsam zu erreichendes Gut erkennen und wollen, mit andern Worten: daß ihr Wollen ein wirksames Wollen sei, darum auch auf die Anwendung der notwendigen Mittel sich erstrecke. Andernfalls dürfte man auch eine Anzahl von Politikern in dem Augenblick eine „Gesellschaft zur realen Lösung einer politischen Frage“ nennen, wo hinter dem Bierglas die volle Übereinstimmung ihrer Ansichten und Wünsche mit Bezug auf die Verbesserung der Verhältnisse erzielt wurde.

3. Wenn wir die Einheit, welche zum Wesen jeder Gesellschaft gehört, als eine moralische Einheit, als eine Einheit im Erkennen und Wollen eines gemein-

<sup>1</sup> Versuch eines auf Erfahrung begründeten Naturrechts I (1845) 119, Nr. 504.

samen Gutes, des Zweckes der Gesellschaft, bezeichnen mußten, wenn wir sodann erkannten, wie die soziale Einheit auf die Verbindung der Kräfte und Mittel sich erstreckt, so haben wir dabei noch eine Eigenschaft unberührt gelassen, deren Abwesenheit die Gesellschaft selbst aufheben würde. Nehmen wir an, eine Volksmenge versammle sich zu dem von allen erkannten und gewollten Zweck, einem berühmten Mann einen festlichen Empfang zu bereiten. Die Versammelten sind auch alle bereit, zu diesem Behufe mit den andern zusammenzuwirken. Würde man jene Scharen vielleicht eine Gesellschaft im eigentlichen Sinne nennen? Das dürfte wohl niemand einfallen. Und warum nicht? Weil nach allgemeinem Gebrauch keiner die schnell vorübergehende Verbindung vieler zur Erreichung eines Zweckes, der durch eine ganz kurz dauernde Vereinigung des Wollens und der Kraft erlangt wird, mit dem Namen einer Gesellschaft bezeichnen würde. Spricht man von Gesellschaft, so denkt man dabei immer an eine mehr oder weniger dauernde Verbindung und an einen Zweck, der nicht nur für einen Augenblick Bedeutung hat und ebenso schnell aufhört, wie er gewonnen wird.

Wir werden also, wenn man uns nach dem Begriff der Gesellschaft fragt, zunächst antworten müssen: Die Gesellschaft ist die dauernde Vereinigung mehrerer oder vieler Menschen zur gemeinschaftlichen Erreichung eines Zweckes, der von allen gekannt und gewollt wird. So stellt sich der Begriff der Gesellschaft dem forschenden Geiste dar, wenn dieser von Zufälligkeiten absieht und aus den mannigfaltigsten Phänomenen der gesellschaftlichen Einigung in unsrer Zeit, aber auch aller Epochen und Kulturformen, nur das Gemeinsame, stets Wiederkehrende hervorhebt. Mag auch das eine oder andere Moment hier schwächer, dort stärker, hier klarer, dort minder klar sich ausprägen - alle Momente müssen in irgend einem Grade, in irgend einer Form vorhanden und miteinander verbunden sein, wo immer eine Gesellschaft ins Dasein tritt.

„Daß alle Personen in ihrem Denken, Fühlen, Wollen eines und desselben Geistes seien, mit allen ihren Vorstellungen, Gefühlen und Willensneigungen einander verstehen“, sagt Otto v. Zwiedineck-Südenhorst<sup>1</sup>. „ist keine Voraussetzung der Gesellschaftsbildung, es ist eine Qualität, die schon auf einen Idealzustand zugeschnitten ist. Die Macht religiöser Ideen hat Sozialisierungen mit solcher Voraussetzung bewirkt. Anzustreben wird solches sein, und gewiß darf nicht unterlassen werden, das Bewußtsein des Füreinanderseins zu pflegen, es muß unter allen Umständen die Möglichkeit der gegenseitigen Verständigung erhalten werden. Aber alle diese Momente treten gegenüber der Macht derjenigen Kräfte zurück, die den Zusammenschluß der Menschen im Hinblick auf die materielle Daseinsführung und damit auch auf die geistige Entwicklungsmöglichkeit erzwingen. Der Zusammenhang ist, abgesehen von den durch Bluts- und Geschlechtsbeziehungen hergestellten Verbindungen, ein überwiegend wirtschaftlicher.“ Ganz richtig, sofern die Gesellschaftsbildung in Frage steht. Handelt es sich aber um das Wesen der menschlichen Verbände, dann wird man ebensowenig, wie von einem Gesellschaftszwecke, von der Erkenntnis und dem Wollen dieses Zweckes absehen können, mag nun der Zweck in freiem Vertragsschluß gewählt, oder wie bei den natürlichen und notwendigen Verbänden, bei Familie und Staat, ein naturrechtlich bestimmter und schon dieserhalb sittlich verpflichtender

<sup>1</sup> Sozialpolitik (1911) 5.



Zweck sein<sup>1</sup>. Die Erkenntnis und das Wollen jenes Zweckes ist nicht bloßer Idealzustand; sie werden freilich nicht überall und bei allen Gliedern der Gesellschaft in der gleichen Weise, Klarheit und Stärke vorhanden sein. Die Leugnung jeder Erkenntnis, jedes Wollens dieses Zweckes jedoch würde den Gesellschaftszweck und damit die Gesellschaft selbst zur bloßen Illusion machen. Übrigens tritt schon in den Momenten, die zur Gesellschaftsbildung führen, der Zweck der Gesellschaft und damit die Aufgabe der Gesellschaft klar hervor.

4. Es bleibt aber noch eine wichtige Frage übrig, die Frage nach der Stellung der Autorität in der Gesellschaft. Wir finden die Autorität überall, in der Familie, im Staat aller Zeiten, bei allen Assoziationen; sogar die Räuberbande ahmt die Gesellschaft darin nach, daß sie sich ein Haupt gibt. Einer oder mehrere werden in jeder Gesellschaft als Leiter anerkannt. Die ausnahmslose Allgemeinheit dieser Tatsache beweist, daß es sich hier nicht um etwas Zufälliges handeln kann, daß vielmehr die Autorität in irgend einer unlösbaren Beziehung zum Wesen der Gesellschaft stehen muß. Welcher Art ist nun diese Beziehung? Erscheint die Autorität in der realen Gesellschaft bloß als eine notwendige und wesentliche Beigabe zur Gesellschaft, nur als ein aus der in ihrem Sein bereits konstituierten Sozietät hervorgehendes, unentbehrliches Prinzip der gesellschaftlichen Tätigkeit, oder stellt sich die Autorität vielmehr als ein das innere Wesen der Gesellschaft konstituierendes Prinzip dar? Die richtige Beantwortung dieser Frage kann keine allzu große Schwierigkeit bereiten<sup>2</sup>. Da es sich bei jeder Gesellschaft um einen zu erreichenden Zweck handelt, so ist offenbar die ganze Gesellschaft in sich ihrem Wesen nach ein Prinzip sozialer Tätigkeit. Sie stellt eben viele Intelligenzen, Willen und Kräfte als zum gemeinschaftlichen Handeln vereinigt dar. Wo diese Einheit der Intelligenzen, Willen und Kräfte nicht vorhanden ist, da bildet, wie gesagt, die Menge noch keine Sozietät. Es fehlt das spezifische Moment der Gesellschaft. Nun aber ist es gerade die Autorität, welche bei einer jeden konkreten Gesellschaft nicht bloß in der Tätigkeit die Kräfte vereint, sondern auch für die äußere Verwirklichung des Sozialzweckes die dauernde Vereinigung der Intelligenzen, Willen und Kräfte unter sich bewirkt<sup>3</sup>. Sie steht nicht hinter den bereits unter sich genügend geeinten Willen und bloß vor der äußern Exekution der sozialen Tätigkeit, sondern sie ist es, welche durch sich selbst, durch ihr Vorhandensein und ihren Einfluß auf die sozial zu verbindenden Individuen nicht bloß dem gesellschaftlichen Handeln in sich genommen, sondern auch der Gesellschaft selbst die zu ihrem Wesen gehörige wirksame und innere Einheit verleiht. Von der Richtigkeit dieser Behauptung können wir uns leicht überzeugen, wenn wir einerseits die Menschen, wie sie tatsächlich sind, anderseits das, was die Autorität allen Gesellschaftsformen gewährt und bietet, ins Auge fassen. Die Menschen sind ihrer Natur nach vernunftbegabte, darum freie Wesen. Vermöge ihres vernünftigen Geistes können sie sich eine Kenntnis der Dinge erwerben, welche den Gegenstand ihres Strebens bilden. Allein diese Erkenntnis wird nicht wenig beeinflusst von der Individualität, den persönlichen Interessen und den subjektiven Verhältnissen des

<sup>1</sup> Vgl. oben (S. 135, Anm. 1) Dunkmanns Unterscheidung zwischen „Gesellschaft“ und „Gemeinschaft“.

<sup>2</sup> Man vgl. z. B.: S. Schiffini S. J., *Disputationes philosophiae moralis* I (1891) 364 f.

<sup>3</sup> Auch das wird gegenüber dem Bedenken Zwiedinecks beachtet werden müssen.

Erkennenden. Die einen fassen bei vorherrschendem Sinnesleben die materielle Seite der Sache mehr ins Auge, andere, mit einer mächtigen Phantasie Begabte, vorzüglich die ästhetische Seite. Bei diesen wird die Erkenntnis beeinflusst durch eine gewisse Voreingenommenheit, wie sie der Lebhaftigkeit der Leidenschaften entspringt; jene lassen sich, bei höher entwickelter Intelligenz, mehr von vernünftigen Erwägungen leiten. Und all diese Verschiedenheiten in der Erkenntnis rufen ebenso zahlreiche Unterschiede in der gesamten Anschauung, in den Ideen und Urteilen, in dem Wollen und Begehren hervor. Diese Tatsache ist so bekannt, daß sie einen sprichwörtlichen Ausdruck gefunden hat: „Quot capita, tot sensus — so viele Ansichten als Köpfe.“ Zu der Verschiedenheit der Erkenntnis kommt nun noch die Freiheit im Handeln. Hieraus ergibt sich<sup>1</sup> die Alternative: entweder werden die Handlungen ebenso verschieden sein wie die Urteile, oder aber es bedarf eines Urteils, welchem sich die übrigen anschließen und unterwerfen. Nur so kann die Einheit an Stelle der Verschiedenheit im Urteilen und Wollen treten. Anders verhält sich die Sache bei den Tieren. Hier gibt der bei allen Individuen derselben Art im wesentlichen gleiche Naturinstinkt der Tätigkeit unwiderstehlich die rechte Richtung und führt, z. B. bei den Ameisen und Bienen, eine gewisse Einheit herbei, welche manche Ähnlichkeit mit einer Gesellschaft von Menschen hat. In den sozialen Gebilden unsres Geschlechtes dagegen kommt die Einheit im Urteilen, Wollen und Handeln nicht spontan, vermöge eines Naturinstinktes, zustande. Hier ist vielmehr eine ordnende Intelligenz erforderlich, eine Intelligenz, welche zugleich die moralische Macht hat, die Willen zu einigen. Diese ordnende, intelligente Macht ist gerade das, was wir Autorität nennen. Sie (*auctoritas*) ist das Recht, die Gesellschaftsglieder zu leiten zur Erreichung des Sozialzweckes, und dieser Leitungsbefugnis der Träger der Autorität entspricht aufseiten der Gesellschaftsglieder die Pflicht, sich leiten zu lassen<sup>2</sup>, soweit dies zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes erfordert wird. Wir stimmen daher Taparelli vollkommen bei, wenn er sagt<sup>3</sup>, die Autorität sei in der Gesellschaft dasselbe, „was die Seele im lebenden Wesen, die Kraft im Körper ist, d. h. ein innerliches, wesentliches Prinzip der Einheit für Bewegung und Erhaltung, ein innerliches Prinzip, um es zu unterscheiden von dem Zwecke, der das äußerliche Prinzip der Einheit ist; ein wesentliches Prinzip, denn es gibt der Gesellschaft ihr Sein. Wie die Dinge nicht ohne ihre innern, wesentlichen Prinzipien existieren können, so kann auch keine Gesellschaft existieren, wenn nicht in demselben Momente die Autorität besteht, welche sie bildet, ja, um mich dieses Wortes

<sup>1</sup> Taparelli, *De l'origine du pouvoir*, traduit de l'italien par le R. P. Pichot S. J. (1896) 141 ff.

<sup>2</sup> In einer Handelsgesellschaft wird Erkennen und Wollen des Zweckes auch bei den Mitgliedern regelmäßig klar und bestimmt zu Tage treten. In dem Staate dagegen tritt tatsächlich das Erkennen und Wollen des Zweckes, wie gesagt, bei vielen Bürgern nicht immer mit der gleichen Klarheit und Bestimmtheit hervor, wie das bei der Autorität vorausgesetzt werden darf. Aber auch hier findet sich eben die Leitung seitens der Autorität und überdies doch normalerweise wenigstens Erkenntnis und Wollen einer Einordnung in das Ganze und darum der Unterordnung unter den gemeinsamen Zweck. Die Verbreitung und Vervollkommnung dieser Erkenntnis und dieses Wollens im Hinblick auf den Zweck und die Autorität darf als wichtige Aufgabe der sog. staatsbürgerlichen Erziehung betrachtet werden.

<sup>3</sup> Naturrecht I 177, Nr. 429.

zu bedienen, sie informiert. Die Autorität taucht also zugleich mit der Gesellschaft auf, und die Philosophen, welche beide getrennt haben und jene (Autorität) aus dieser (Gesellschaft) entstehen ließen, haben rücksichtlich des moralischen Körpers denselben Irrtum behauptet wie jene, die aus dem materiellen Organismus die Lebenskraft entstehen ließen.\* Der Zweck wurde soeben das äußere Prinzip der Einheit für die Gesellschaft genannt. Er ist in der Tat ein Prinzip idealer Einheit, insofern er den gemeinsamen Gegenstand des Wollens und Strebens der Gesellschaftsglieder bildet, aber er ist kein der Gesellschaft innerliches Prinzip ihrer realen Einheit. Der Zweck, das zu erstrebende Sozialgut, bestimmt freilich das Wesen und die innere Einrichtung der Gesellschaft — „societas specificatur a fine“, — doch nichts anders, als wie auch der Gegenstand den Akt der Erkenntnis, des Sehens, des Hörens, des Denkens spezifiziert. Um der Gesellschaft jene innere reale Einheit zu verleihen, die ihr Wesen ausmacht, dazu reicht der Zweck nicht aus. Das leistet nur die Autorität<sup>1</sup>.

**3. Begriffsbestimmung.** Man wird daher nach all diesem Theodor Meyer<sup>2</sup>, Cathrein<sup>3</sup> u. a. beistimmen müssen, wenn sie, zugleich unter Hervorhebung der ethischen Bindung, die Gesellschaft (Verband) definieren als eine dauernde Vereinigung von Personen, die durch gemeinsame Tätigkeit einem gemeinschaftlichen Ziele zuzustreben verpflichtet sind und durch eine rechtliche Gewalt zum Gesellschaftszweck hingeleitet werden.

Aber wurde der Begriff der Gesellschaft nicht oben<sup>4</sup> in einer ganz andern Fassung gegeben? Wir sagten: Die Gesellschaft ist die dauernde Vereinigung mehrerer oder vieler Personen zur gemeinschaftlichen Erreichung eines Zweckes. Es besteht indessen zwischen beiden Definitionen kein Widerspruch. Ich kann den Menschen definieren als ein vernünftiges Lebewesen (animal rationale), und ich kann auch sagen: Der Mensch ist eine Verbindung von Leib und Seele zur Natureinheit. In dem ersteren Fall habe ich den Begriff „Mensch“ ausgedrückt durch das, was ihm mit andern Begriffen und Wesen gemeinschaftlich ist, und durch das, was ihn in seiner Eigenart konstituiert, durch genus („animal“) und differentia specifica („rationale“) (metaphysische Definition). In dem andern Fall definiere ich den Menschen absolut durch Angabe der wesentlichen konkreten Bestandteile, welche jeden Menschen physisch zusammensetzen (physische Definition). Die metaphysische Definition zeigt, wie die Gattung durch ein abstraktes Attribut, die abstrakte Form, zur Spezies bestimmt wird; die physische Definition dagegen, wie der Stoff (Körper) durch die konkrete Form (Seele) seine Bestimmung und Ergänzung findet. So kann ich auch eine doppelte Definition der Gesellschaft geben, je nachdem ich die metaphysischen Bestandteile des abstrakten Gesellschaftsbegriffes aufführe oder aber die Komponenten einer jeden konkreten Gesellschaft ins Auge fasse. In beiden Fällen erscheint eine Mehrheit oder Menge. Aber einmal ist sie ein quasi-generischer Begriff, dem ich die moralische Einheit als spezifisches Attribut zuteile, das andere Mal ist es die konkrete Mehrheit oder Menge von Personen, der Stoff der Gesellschaft, welche durch die Autorität zur sozialen Einheit der Gesellschaft informiert wird. Die Autorität ist also

<sup>1</sup> Vikt. Cathrein, Moralphilosophie I<sup>5</sup> 401; II<sup>5</sup> 389 f.

<sup>2</sup> Institutiones iuris naturalis I, Nr. 347 ff.

<sup>3</sup> A. a. O. II<sup>5</sup> 388 ff.

<sup>4</sup> S. 75.



in der Tat die konkrete Form, die Seele der Gesellschaft. welche dieser ihre abstrakte Form — die moralische Einheit — verleiht. Wie es keinen Menschen gibt ohne Seele, so kann es auch keine Gesellschaft geben — nicht einmal in der Idee — ohne Autorität.

**4. Die Gesellschaft als Organismus<sup>1</sup>.** Leicht wird man nun den Grund verstehen, warum die Gesellschaft kein bloß mechanisches Gebilde, sondern ein organisches Ganzes ist, und in welchem Sinne dieselbe mit den körperlichen Organismen verglichen werden kann.

Was ist ein Organismus? Überall begegnet unser Blick in der Körperwelt organischen Bildungen. Dennoch ist der Begriff „Organismus“ nicht so leicht zu bestimmen. Zum Organismus gehört ohne Zweifel eine Mehrheit oder Vielheit von Gliedern, welche in Bezug auf Stellung und Funktion harmonisch geordnet sind. Diese harmonische Ordnung, diese innere Einheit aber gestaltet und erhält sich beim Organismus nicht wie beim Mechanismus durch eine äußere Kraft, sondern vermöge eines dem Organismus innewohnenden Prinzips. „Einige haben geglaubt“, sagt Johannes Müller<sup>2</sup>, „das Leben sei nur die Folge der Harmonie, des Ineinandergreifens gleichsam der Räder der Maschinen. . . . Ein solches Ineinandergreifen findet offenbar statt. . . . Allein diese Harmonie der zum Ganzen notwendigen Glieder besteht doch nicht ohne den Einfluß einer Kraft, die durch das Ganze hindurchwirkt und nicht von einzelnen Teilen abhängt. . . . Der Organismus gleicht zwar einem mechanischen Kunstwerke . . . aber der Organismus erzeugt im Keime den Mechanismus der Organe selbst und pflanzt ihn fort. Das Wirken der organischen Körper hängt nicht bloß von der Harmonie der Organe ab, sondern die Harmonie ist eine Wirkung der organischen Körper selbst.“ Und Tilmann Pesch bemerkt: „Der Organismus ist nicht aus einer Fabrik hervorgegangen, er ist aus sich selber unter Beherrschung der Materie nach immanentem Gesetz herausgewachsen. Die Direktion der Maschine ist nicht in ihr, gehört nicht zu ihr; Heizer und Lokomotivführer sitzen auf ihr. Hingegen bildet beim Organismus die Direktion sein innerstes Sein und Wesen: sie ist zugleich Künstlerin, Plan und Erhalterin des Organismus. . . . Der Organismus wäre daher einer Maschine zu vergleichen, die nicht allein von selbst entstanden, nach keinem äußern, sondern nach immanentem Plan gewachsen wäre, sondern die, auch außer der äußern Arbeitsleistung, die innere plastische Arbeit unablässiger Selbstproduktion aller ihrer Teile in der durch den innewohnenden Plan vorgezeichneten Form auszuführen imstande wäre, sich ohne alle Abschwächung in indefinitum zu reproduzieren vermöchte und überdies noch die meisten Reparaturen an sich selbst vornehmen könnte.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Schon dem Altertum war der Vergleich der Gesellschaft mit dem Organismus nicht fremd. Plato nannte den Staat einen Menschen im großen, Aristoteles wendet das Bild des Organismus auf den Staat an. Erinert sei ferner an die Fabel des Menenius Agrippa, an die Vergleichung zwischen Körper und sozialer Gesamtheit beim hl. Paulus.

<sup>2</sup> Handbuch der Physiologie des Menschen I<sup>4</sup> 21 ff.

<sup>3</sup> Vgl. T. Pesch S. J., Die großen Welträtsel II<sup>2</sup> (1892) 177 f. 356. Rudolf Eisler, Wörterbuch der philosoph. Begriffe<sup>3</sup> (1909) 962: „Organismus ist ein einheitliches, immanent-teleologisch bestimmtes und sich von innen heraus bestimmendes, erhaltendes, entwickelndes, auf Reize der Außenwelt reagierendes System von Triebkräften, deren jede einzelne im Dienste des Ganzen steht, wie auch das Ganze für die Partialkräfte (Organe) arbeitet.“ Die Organisation ist nach Lachelier „eine Form der Finalität“.

Die Aufgabe dieser dem Organismus innerlichen Direktion ist im Bereich der physischen Welt lediglich die Erhaltung des eigenen Lebens und die Erlangung der dem Organismus zukommenden natürlichen Vollkommenheit. Daß Pflanzen und Tiere dem Menschen dienen sollen, ist eine Bestimmung, die Gottes Weisheit und Güte den niedern Lebewesen verliehen und für deren Erfüllung er sie befähigt hat; aber es ist kein Ziel, welches der Organismus oder das ihn belebende Prinzip durch ihre eigene Tätigkeit unmittelbar erstreben müssen. Vielmehr genügt der pflanzliche und tierische Organismus dieser Bestimmung vollständig durch die Erhaltung und Vervollkommnung seiner selbst.

Noch auf ein anderes charakteristisches Merkmal des organischen Lebens müssen wir hinweisen. Betrachten wir einen Kristall. Seine Teile sind ihrer innern Beschaffenheit und ihren innern Prozessen nach voneinander unabhängig. Im Organismus dagegen ist jeder Teil nach seiner Beschaffenheit und seiner Entwicklung durch die andern Teile und deren Prozesse bedingt. Krankheit und Gesundheit des einen Teiles können nicht ohne Einfluß auf den andern Teil bleiben, weil alle Teile in der Einheit des Ganzen auch unter sich verbunden sind.

Diese Momente nun, welche den Organismus in seiner Eigenart konstituieren, die ihn von andern Dingen und insbesondere vom Mechanismus unterscheiden, finden sich in gewisser Weise wieder bei einer jeden Form menschlicher Verbände, speziell bei derjenigen Gesellschaftsform, die hier für uns vor allem in Betracht kommt, bei der staatlichen Gesellschaft. Wir sehen da eine Mehrheit oder Vielheit von Menschen, die, nach Stellung und Tätigkeit verschieden, einer durch das Ganze gehenden Ordnung unterworfen sind. Es ist keine blind durcheinander gewürfelte, sondern eine organisierte Vielheit von Gliedern, von denen jedes bestimmte Funktionen zu verrichten hat. Was aber jener Ordnung gerade den organischen Charakter im Unterschiede von der Ordnung des künstlichen Mechanismus verleiht, das ist einerseits die ideale Form — die Hinordnung auf den gemeinsamen Zweck —, welche, der Gesellschaft innewohnend, den Plan liefert für den Aufbau des sozialen Körpers und die Gestaltung seiner Tätigkeit — das ist mehr noch die reale Form, die Autorität, das innere Prinzip der vollen sozialen Einheit, die der Gesellschaft innerliche Direktion, welche sich auf den Ausbau und die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt und das Wohl der Gesellschaft zum Ziele hat. Auch erscheinen die Glieder der Gesellschaft in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander, durch die Entwicklung und die Tätigkeit der andern Glieder in ihrem eigenen Wirken und ihrer eigenen Entwicklung bedingt. Eine organisierte Mehrheit oder Vielheit von Gliedern, ein inneres belebendes und direktives Prinzip, das eigene Wohl des Ganzen als Zweck der organischen Tätigkeit, die gegenseitige Abhängigkeit der Glieder voneinander — das sind gewiß Vergleichungspunkte genug, um in diesem Verbande ein Analogon zum organischen Körper, nicht aber ein bloß mechanisches Gebilde erblicken zu lassen.

„Die Gesellschaft, ganz besonders die als geordnet betrachtete, stellt sich als eine Lebensinheit dar, es besteht Wechselwirkung zwischen einzelnen und Gesamtheit; Verrichtungen sind in bestimmter Ordnung an dienende Organe verteilt. Es besteht ein beständiger Erneuerungsprozeß der Teile bei gleichbleibender Form des Ganzen, und dann wieder ein Wachstum des Ganzen ohne Veränderungen der Elemente, ferner die Fähigkeit, Störungen von innen heraus auszugleichen. Wie beim einzelnen, zeigen sich bei der Gesamtheit geistige Kräfte, bei letzterer

allerdings durch ganze Gruppen und kleine Gesamtheiten dargestellt. Die Vergleichung von Gesellschaft und Organismus kann aber leicht zu weit gehen, und dies würde geschehen, wenn die menschliche Persönlichkeit in ihrer Eigenschaft, abhängiges Glied im Organismus zu sein, aufgehen würde, und man so zu dem Satze gelangte, daß, wie der einzelne moralischen, so die Gesellschaft Naturgesetzen unterliege.<sup>1</sup>

Es bleibt eben doch nur eine Analogie, wenn wir die Gesellschaft einen Organismus nennen, d. i. mit teilweiser Ähnlichkeit bei gleichzeitiger Verschiedenheit in mannigfacher Hinsicht. Die völlige Gleichstellung des gesellschaftlichen Körpers mit den pflanzlichen und tierischen Organismen wäre eine verhängnisvolle Übertreibung und Quelle verwirrender und verheerender Irrtümer. Das haben wir bereits mehr oder minder an dem Beispiele der soziologischen „Organizisten“ gesehen.<sup>2</sup>

Kurz und treffend wird aber die Verschiedenheit, die zwischen der Gesellschaft (dem Verband) und den physischen Organismen der Körperwelt besteht, zum Ausdruck gebracht, indem man die Gesellschaft einen moralischen Organismus nennt. Was soll damit gesagt werden?

Der organische Körper stellt eine durch ein inneres Prinzip beherrschte Einheit dar aus vielen Gliedern. So sind auch in dem Verbande verschiedene Glieder zur Einheit verbunden. Allein diese Einheit ist wesentlich verschieden von der Einheit der Pflanze und des tierischen Organismus. Während hier Stoff und Form, Leib und Seele eine physische Natureinheit bilden, ist die Einheit der Gesellschaft keine physische, sondern eine moralische Einheit, d. h. eine Einheit in der Ordnung des Erkennens und Strebens, eine Einheit der Intelligenzen und Willen, der freien Handlungen und der moralischen Verpflichtungen. Nennen wir die Autorität „Seele“ der Gesellschaft, so gilt auch das nur im moralischen Sinne, nicht als ob die Autorität sich mit der Menge oder deren Bestandteilen gewissermaßen physisch und substantiell verbinde quasi zu einer einzigen physischen Substanz, sondern nur insofern, als die Menge der Glieder durch die Autorität zur sozialen, moralischen Einheit der konkreten Gesellschaft verbunden wird.

<sup>1</sup> Bruder-Ettlinger, Artikel „Gesellschaft“ usw., im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft II<sup>4</sup> 563.

<sup>2</sup> Vgl. S. 88 ff. „Von nun an müssen wir in jedem Kulturorganismus ein auf der Erdrinde liegendes riesiges lebendes Wesen sehen, ein tierisch-physiologisches Geschöpf, aus Zelleneinheiten von menschlichen Individuen gebildet, das wie ein tierischer Organismus daliegt und lebt, physiologischen Gesetzen gemäß sein Kulturepochen spannendes Leben führt, aus einem physiologischen Entstehungsprozeß entstanden, körperlich sich entwickelt, dann, einem Absterben entgegengehend, ein neues selbständiges Leben aus sich erzeugt.“ So der ungarische Soziologe C. H. v. Meray in seinen Grundlagen der Soziologie Die Physiologie unsrer Weltgeschichte und der kommende Tag. Das phantasievoll konstruierte Bild liefert für sich allein schon die beste Kritik. Wenn vor einer Reihe von Jahren die Preisaufgabe gestellt wurde: Was lernen wir aus den Prinzipien der Deszendenztheorie in Beziehung auf die innerpolitische Entwicklung und Gesetzgebung der Staaten? so müßte doch die „soziologische Erweiterung der Selektionstheorie“ (Schäffle von vornherein mit Recht einem gewissen Mißtrauen begegnen, selbst wenn sie nicht in eine Empfehlung des brutalen Kampfes ums Dasein münden sollte. Über die Preisaufgabe vgl. Schmollers Jahrbuch XXIV 1900<sup>3</sup> 826. Eine Sammlung von Preisschriften wurde unter dem Titel „Natur und Staat“ herausgegeben.



Wie die Bestandteile der Gesellschaft innerhalb derselben physisch komplette Wesen bleiben, alles bewahren, was zur menschlichen Natur, zur vernünftigen, freien Persönlichkeit gehört, erscheinen dieselben auch immerfort als Selbstzweck, als selbständige Träger von Rechten und Pflichten.

Besonders klar erscheint die Selbstzwecklichkeit des Menschen in der christlichen Gesellschaftslehre<sup>1</sup>: der Mensch hat hiernach einen die Gesellschaft und alle Gesellschaftsformen, denen er freiwillig oder durch die Natur angehört, weit überragenden, höchsten und ewigen Zweck. Im Vergleich zu diesem Zweck, dem Endziel des Menschen, erscheint die Gesellschaft ganz und gar als Mittel. Sie soll ihm helfen, sein Ziel zu erreichen, obwohl sie an dem Genuß desselben sich nicht beteiligen kann. Verläßt ja doch die Gesellschaft den Menschen am Rande des Grabes; jenseits des Grabes aber liegt der Ruhepunkt des menschlichen Strebens: Gott und Ewigkeit. Diese Lehren zeigen, daß der Mensch der Gesellschaft gegenüber zwar Pflichten hat, von deren Erfüllung bei den höheren Gesellschaftsformen die Erreichung seines Endzieles mit abhängt, daß er aber nicht in dem völlig gleichen Sinne Glied und nur Glied der Gesellschaft sein kann, wie ein Glied im physischen Organismus ohne Selbstzwecklichkeit aufgeht.

Die Selbstzwecklichkeit und Selbständigkeit der Gesellschaftsglieder besagt zugleich die physische und moralische Selbständigkeit ihres Handelns. Während bei dem physischen Organismus in jedem Organe die Seele mit dem Stoff sich verbindet und zum Mitprinzip der gesamten Tätigkeit des Organs wird, steht die Tätigkeit der einzelnen Gesellschaftsglieder nur unter der innern Leitung des Gewissens und unter der äußern Leitung der Autorität. Dabei ist der letzteren Leitungsbefugnis keine absolute und universelle, vielmehr wird die Vereinigung und die Direktion der Kräfte beschränkt durch die Rücksicht auf den Sozialzweck des Verbandes. Um der Erreichung dieses Sozialzweckes willen allein gibt es eine Autorität in der Gesellschaft, und darum ist es auch der Sozialzweck, der die Aufgaben und Befugnisse der Autorität begrenzt und bemißt. Wo es sich um die Vorbedingungen und die Durchführung der sozialen Zweckerstrebung handelt, da tritt die Autorität in Funktion, da stellt sie die erforderliche Einheit der Ordnung her, indem sie eine wahre, wirksame, dem Zwecke der Gesellschaft angepaßte Verbindung der Glieder und ihres Handelns bewirkt, anderseits ein der Realisierung jenes Zweckes widerstrebendes Verhalten der Glieder nach Maßgabe der sozialen Verpflichtung derselben zu verhindern sucht. Wo aber die Glieder, sei es isoliert, sei es unter sich in engeren Kreisen vereint, berechnete Zwecke erstreben, welche den allgemeinen Sozialzweck nicht beeinträchtigen, vielleicht gar die Erreichung desselben erleichtern und befördern, da ist auch die Autorität durchaus nicht befugt, sich zum Mitprinzip jener Tätigkeit zu machen, noch weniger dieselbe zu erschweren oder zu unterdrücken. Das folgt mit unabweisbarer Logik aus der physischen und moralischen Selbständigkeit der Gesellschaftsglieder, deren Freiheit nicht weiter beschränkt werden darf, als die Erreichung des Sozialzweckes erheischt.

Vergleichen wir ferner den Zweck der organischen Tätigkeit im Pflanzen- und Tierleben mit dem Zweck der Gesellschaft, so ergibt sich ein weiterer Unter-

<sup>1</sup> Siehe oben S. 76 f.

schied zwischen dem moralischen und dem physischen Organismus. Die Tätigkeit der pflanzlichen und tierischen Organe hat keinen andern unmittelbaren Zweck als die Erhaltung und Vervollkommnung des Organismus, dessen Bestandteile sie sind. Kann man aber sagen, daß die Erhaltung und Vervollkommnung der Gesellschaft als solcher der eigentliche Zweck speziell der sozialen Tätigkeit sei, und zwar der Endzweck, in welchem dieselbe ihren Abschluß, ihre Ruhe findet? Ganz gewiß bildet auch die Erhaltung und Vervollkommnung der Gesellschaft einen wichtigen Zweck der sozialen Tätigkeit, und gerade die Aufgabe der Autorität wird es sein, die Existenz und Entwicklung der Gesellschaft als solcher zu schützen und zu fördern. Allein die Existenz und Vollkommenheit der Gesellschaft ist nicht der letzte Sozialzweck, nicht der Zweck, um dessentwillen die Gesellschaft letztlich existiert und tätig ist. Das soziale Wirken richtet sich auf ein anderes Ziel, auf die Erreichung eines Gutes, für dessen Erlangung die Existenz und Kraft der Gesellschaft lediglich als Voraussetzung und Bedingung zu gelten hat. Das aktive, positive Streben der Gesellschaft muß also über die Anwendung von Mitteln zur Erhaltung der Gesellschaft hinausgehen, es gelangt erst zur Ruhe in dem Besitze des Gutes, dessen Erreichung Grund und Zweck der Gesellschaft bildet. Und welcher Art ist dieses Gut? Ohne Zweifel besteht eine Wechselwirkung zwischen dem Wohlbefinden des ganzen physischen Organismus und seiner einzelnen Organe. Und doch — ist das Wohlbefinden der Organe der Zweck des Wohlbefindens des physischen Organismus, der Zweck der organischen Tätigkeiten? Niemand wird es einfallen, so etwas zu behaupten. Liegt es ja klar zu Tage, daß die Teile ihren Zweck im Ganzen haben, daß sie für diesen Organismus nichts anderes sind als bloße Mittel zu seiner eigenen Erhaltung und Vervollkommnung. Anders in dem moralischen Organismus der Gesellschaft. Hier ist die Existenz, Einheit und Kraft der Gesellschaft das Mittel zur Erreichung des eigentlichen Sozialzweckes (*finis cuius gratia*), des Zweckes, um dessentwillen die Gesellschaft existiert und handelt. Der Sozialzweck hinwiederum dient als Mittel zum Wohl der einzelnen Glieder in ihrer Gesamtheit, so daß der *finis cui*, d. i. derjenige, welchem die Früchte der sozialen Tätigkeit schließlich anheimfallen sollen, der Zweck, für den die Gesellschaft in letzter Linie wirksam ist, in den menschlichen Personen gesucht werden muß, für deren Bestes die Gesellschaft gebildet ist, und die, zwar nicht isoliert betrachtet, sondern als Glieder des sozialen Organismus, alle am Genuße des erreichten Sozialzweckes wie an einem für sie bestimmten Gute teilnehmen sollen<sup>1</sup>.

Was endlich das gegenseitige Verhältnis der Glieder betrifft, so zeigt sich analog auch innerhalb der Gesellschaft jenes Ineinandergreifen, jene Ergänzung und Abhängigkeit des einen in Beziehung zum andern, wie sie das Leben des organischen Körpers charakterisiert. Nur daß dabei die Abhängigkeit keine lediglich tatsächliche, sondern zugleich eine moralische ist, getragen durch gegenseitige Rechte und Pflichten, welche dem Verhalten der einzelnen, ihren Ansprüchen und Befugnissen Ziel und Maß setzen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Schiffini, *Principia philosophica* 365.

<sup>2</sup> Mit der bloßen „Wechselwirkung psychischer Einheiten“ Simmel ist das Wesen der Gesellschaft weder erschöpft noch das wahrhaft Essentielle des Gesellschaftsbegriffs hinlänglich erfaßt. Vgl. Seidler, *Das juristische Kriterium des Staates* (1905) 37.

Offenbar dürfen wir nicht erwarten, daß bei jeder Gesellschaft der organische Charakter in gleich klarer Weise zu Tage tritt wie bei den höchsten Gesellschaftsformen. Es verhält sich in dieser Hinsicht mit der Gesellschaft genau wie mit den Erscheinungen des physisch-organischen Lebens. Wir finden Organismen, bei welchen die organische Struktur usw. auf den ersten Blick wahrgenommen wird, und wieder andere mit einem geringeren Grade von Organisation und Scheidung der Funktionen.

**5. Der Verband als „Persönlichkeit“.** Wie man die Gesellschaft einen moralischen Organismus genannt hat, so wird sie auch als eine moralische Person bezeichnet. Die Zulässigkeit und Berechtigung wie die Bedeutung dieser Benennung liegt auf der Hand. Die Gesellschaft als ein Ganzes, als eine reale Einheit aufgefaßt, hat eine eigene Subsistenz, die von der Subsistenz ihrer einzelnen Glieder, insofern diese als physisch und moralisch selbständige Menschen betrachtet werden, verschieden ist. Und da diesen für sich bestehenden und in sich abgeschlossenen Verbandseinheiten Handlungen der geistigen Ordnung, der Vernunft und des vernünftigen Strebens zugeschrieben werden, so erscheinen dieselben im analogen Sinne gewissermaßen als „Personen“. Da aber „moralische“ Bande die Einheit der Gesellschaft bilden und diese kein „physisches“ Ganze ist, wird die Gesellschaft nur in der „moralischen“ Ordnung als „Person“ gelten können. „Moralische“ Person heißt die Gesellschaft dann auch noch, weil sie, wie als besonderes Subjekt von Tätigkeiten, ebenfalls als selbständiges Subjekt von Rechten und Pflichten sich darstellt.

Werden die Verbandseinheiten als „moralische“ Personen bezeichnet, so ist dadurch vor allem gesagt, daß sie nicht als bloße Begriffswesen ein schattenhaftes, fiktives Dasein führen<sup>1</sup>. Sie sind Realitäten und reale Einheiten, aber Einheiten moralischer Art, die der realen moralischen Ordnung angehören, keine physischen Einheiten wie die einzelnen Menschen. Für das Gebiet des öffentlichen Rechts ist es nämlich von höchster Bedeutung, daß gegenüber der individualistischen Auffassung an der Realität der konkreten „Verbände“, an ihrem realen, den einzelnen Gliedern gegenüber verselbständigten rechtlichen Sein festgehalten wird. Die Verbände sind nicht bloß die Summe aller einzelnen, sie dürfen auch nicht wie abstrakte Gattungsbegriffe (*universalia*) behandelt werden. Sie enthalten universale Gattungselemente, wie wir oben gezeigt, aber sie sind in sich selbst, in ihrem konkreten Sein moralisch-reale Individuen, moralische „Personen“, Träger von besondern Rechten und Pflichten, Subjekte einer besondern Tätigkeit. Wollte man freilich den menschlichen Verbänden eine andere als die reale moralische Einheit und Selbständigkeit nicht bloß den einzelnen Gliedern, sondern auch deren organischer Gesamtheit gegenüber zuerkennen, so könnten wir einer solchen Auffassung nicht beitreten. Wie es keine „Gesellschaft“ gibt neben und über der Gesamtheit der physischen, sozial verbundenen Personen, so auch keine von der Gesamtheit getrennte Verbandspersönlichkeit. Unzulässig ferner ist es, die Verbandspersönlichkeit mit der Persönlichkeit des Trägers der gesellschaftlichen Autorität zu identifizieren. Schließlich wird man

<sup>1</sup> Otto Gierke, Die Grundbegriffe des Staatsrechtes, in Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XXX (1874) 305; Das Wesen der menschlichen Verbände (1902) 5 ff. Richard Schmidt, Allgemeine Staatslehre I (1901) 217 ff. Dasselbst weitere Literatur. Vermeersch, Quaestiones de iustitia<sup>2</sup> 680 ff.



sich hüten müssen, etwa mit Hilfe der organischen Theorie im Sinne Spencers u. a. oder einer überspannten Willentheorie u. dgl. der moralischen Verbandspersönlichkeit Eigenschaften des Seins, Wollens, Handelns zuzuschreiben, wie sie nur bei einer individuellen, physischen Persönlichkeit sich vorfinden.

Kurz, gerade die moralisch-organische Auffassung, mit der Anerkennung einer realen, durch Zweck und Autorität bewirkten Einheit der Gesellschaft, scheint uns, in ihrem gemäßigten Realismus, die richtige Mitte zu halten zwischen der nominalistisch-individualistischen Lehre, derzufolge die Gesellschaft in der realen Wirklichkeit nur Summe der einzelnen ist, und der extrem realistischen Auffassung des Biologismus<sup>1</sup> und des Sozialismus, die das Individuum der Gesamtheit opfern, in ihm nur Glied, nur Genosse erkennen wollen. Der „Verband“ ist, wie gesagt, Summe selbstzwecklicher und selbständiger Individuen, aber nicht nur Summe und Vielheit, sondern überdies soziale, organische Einheit, und darum eine solche soziale, organische Gemeinschaft, wie sie eben der moralisch-organischen, sozialen Einheit einer Vielheit selbstzwecklicher und selbständiger, im Verband vereinigter Individuen entspricht. Diese Einheit und Gemeinschaft umfaßt die ganze Gesellschaft, aber auch mit und in ihrer Eigenart alle Gebiete des Gesellschaftslebens: sie erfaßt in der staatlichen Gesellschaft insbesondere jenen Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft, den wir „Volkswirtschaft“ nennen, verleiht dieser, wie wir später sehen werden, die ihr eigentümliche Einheit, macht aus den vielen selbstzwecklichen und selbständigen Wirtschaftssubjekten und Wirtschaftseinheiten eine sozialorganische Gemeinschaft, ohne deren individuelle Existenz und Freiheit aufzuheben. Der Gang der Untersuchung verlangt jedoch, daß wir uns zunächst noch mit andern Problemen beschäftigen. —

Was ist die Gesellschaft, der gesellschaftliche Verband? Das war die erste Frage, welche sich dem forschenden Geist aufdrängte. Ihre Beantwortung genügt unsrem Wissensdrang nicht. Wir fragen weiter: Woher die Gesellschaft? warum und wozu ist sie da? Die Beantwortung dieser Fragen hängt im einzelnen von der Eigenart der verschiedenen besondern Gesellschaftsformen ab. Nachdem also im allgemeinen von der sozialen Natur des Menschen, von dem Wesen, Zweck des Gesellschaftslebens in ausreichendem Maße gehandelt wurde, richtet sich unsre Aufmerksamkeit nunmehr auf die beiden natürlichen Gemeinschaftsformen: Familie und Staat<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Über erkenntniskritischen Nominalismus vgl. Jellineks Allgem. Staatslehre 1900 141 ff. Zu vergleichen auch Ludw. Stein, Der soziale Optimismus 1905 180 ff. Erinnert sei an die „germanistische“ Theorie der „realen Verbandspersönlichkeit“ Beseler, Gierke und an die „romanistische Fiktionstheorie“ v. Savignys usw.

<sup>2</sup> Von den freien Gesellschaftsformen, soweit sie für die Nationalökonomie in Betracht kommen, wird in Band III gehandelt werden.

## DRITTES KAPITEL.

# DREI GRUNDPFEILER DER GESELLSCHAFTSORDNUNG.

### § 1.

#### Die Familie.

**Literatur:** Devas, *Studies of family life, a contribution to social science*, übersetzt von Baumgarten: Studien über das Familienleben (1887), namentlich 104 ff. 123 ff. — Weiß, *Soziale Frage und soziale Ordnung* I<sup>3</sup> (1896) 397—534; I<sup>4</sup> (1904) 443 ff.; II 871 ff. — Th. Meyer, *Die Arbeiterfrage und die christl.-ethischen Sozialprinzipien*<sup>4</sup> (1904) 67—87. — v. Vogelsang, *Soziale Lehren* (Klopp, 1894) 178 f. 300 f. 311 ff. — V. Cathrein, *Moralphilosophie* II<sup>5</sup> (1911) 388 ff. (<sup>6</sup>1923). — Le Play, *L'organisation de la famille*<sup>3</sup> (1884). — Riehl, *Die Familie* (1854, <sup>10</sup>1889). — Gaume, *Geschichte der häuslichen Gesellschaft* (1845). — Roßbach, *Vier Bücher Geschichte der Familie* (1859). — Cetty, *Die altelsässische Familie* (1891). — Waitz, *Hauptfragen der christlichen Gesellschaftswissenschaft* (1911) 22 ff. — Aug. Rösler, *Die Frauenfrage*<sup>3</sup> (1912). — Brauer, *Kolping* (1923). — Koppers, *Die Anfänge des menschlichen Gemeinschaftslebens* (1921). — Ferner Aufsätze in Bd. LXXI u. LXXIII der *Histor. Zeitschrift*; *Stimmen aus Maria-Laach* IV u. V; *Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung* 1899; *Lexis*, Artikel „Konsumtion“, in *Schönbergs Handbuch* I<sup>4</sup> 1896: die Artikel über „Familie“ von Stöckl in *Wetzer und Weltes Kirchenlexikon* IV<sup>2</sup>, von Fr. Keller im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* II<sup>4</sup>, von v. Below im *Wörterbuch der Volkswirtschaft* I<sup>3</sup>, von Gothein im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* IV<sup>3</sup>; in den *Historisch-politischen Blättern* LXXX 686 ff.: „Ehe, Unauflöslichkeit“: die Abhandlung „Ehe und Familie“, in *Soziale Revue* III (1903), 4. Quartalheft. — Über Westermarcks hierhin gehörige Schriften vgl. *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* LXVIII (1912) 512 ff.

**1. Begriff und Zweck.** Die Familie ist der erste, aus der menschlichen Natur selbst abgeleitete Verband, welcher die Menschen mit gegenseitigen Rechten und Pflichten fest zusammenschließt. Sie erscheint als die Grundbedingung des physischen, geistigen und moralischen Seins der Menschheit, als die Urzelle des gesamten natürlichen Gesellschaftslebens. Für alle sozialorganischen Gebilde natürlicher Ordnung bis hinauf zum Staate war sie der geschichtliche Ausgangspunkt und wird sie jederzeit sein und bleiben die sichere Unterlage des Glückes und Gedeihens.

Die Notwendigkeit, für eine Gesamtheit von Personen in gemeinsamer Wirtschaft dauernd Nahrung, Kleidung, Wohnung zu beschaffen, weist die Familie naturgemäß auf feste Niederlassung, auf Begründung des Herdes hin und führt zum innigen Verwachsen mit der heimischen

Erde, dem Vaterlande. „Es hat schon Völker gegeben, welche mit einer elementaren Gewalt in die Geschichte eingegriffen, gewaltige Schlachten gewonnen, Reiche gestürzt und vernichtet haben, aber Dauerndes zu leisten haben sie erst vermocht, als die wilden Reiter und Jäger aus Wald und Wüste sich einen Herd gebaut oder an einem eroberten sich heimisch gemacht haben. Wo immer ein Volk, wie die einstigen Nomaden oder die Indianer Amerikas, nicht die Kraft hatte, mit der Scholle zu verwachsen, der Familie ein Haus zu bauen, ist es geschichtslos geblieben. Mit dem Hause erst beginnt die allgemeine Gesittung, mit der Häuslichkeit die Zivilisation.“<sup>1</sup> Die Geschichte der Familie verlief jedoch ebensowenig schematisch wie die Geschichte der Völker. Nicht überall folgte die feste Ansiedlung einer vorausgehenden Periode des Nomadentums. Auch der stabile Wohnsitz konnte den Ausgangspunkt der Geschichte eines Stammes bilden.

Die Familie ist in ihrer weiteren Ausbildung, wie sie hier uns beschäftigt, eine „zusammengesetzte“ Gesellschaft. Sie besteht nämlich aus der Gemeinschaft 1. zwischen Mann und Frau, 2. zwischen Eltern und Kindern, 3. zwischen Herrschaft und Dienstboten. Man kann sie definieren als die Gemeinschaft derjenigen Personen, welche derselben hausväterlichen Gewalt unterstellt sind. Diese Begriffsbestimmung findet in ihrer Allgemeinheit Anwendung auf die monogame wie polygame Familie, auf die Einzelfamilie, in der nur die Eltern und die Kinder zusammenleben, wie auf die Patriarchalfamilie, in welcher Eltern mit den verheirateten Söhnen und Töchtern und deren Kindern oder wenigstens die verheirateten Geschwister mit ihren Kindern, die vielleicht selbst wieder verheiratet sind, unter sich in häuslicher und wirtschaftlicher Einheit unter demselben Haupte verbunden bleiben. Aristoteles<sup>2</sup> definierte die Familie als eine natürliche Gemeinschaft zum Zwecke des täglichen Zusammenlebens. Sie soll dem Menschen alles das besorgen und beschaffen, was er täglich bedarf. Auch wird man mit Rücksicht auf den primären Zweck der Ehe die Familie die natur- und vernunftgemäße Anstalt zur menschenwürdigen Fortpflanzung (Erzeugung und Erziehung) des Menschengeschlechtes nennen dürfen.

**2. Geschichtliches über Ehe und Familie.** Phantasievolle Schriftsteller (Spencer, Lubbock, Morgan u. a.) haben gar mancherlei von den ganz- oder halbtierischen Zuständen der Urmenschen<sup>3</sup> zu erzählen gewußt, von

<sup>1</sup> Max Wolf, Die psychische und sittliche Entartung des modernen Weibes 1892 101.

<sup>2</sup> Polit. 1, c. 2, 1252 b. 12. Ähnlich S. Thomas. In Polit. 1, lect. 2.

<sup>3</sup> Es hat eine allgemeinere Bedeutung, wenn Louis Wodon Sur quelques erreurs dans l'étude primitive [1906] 37) sagt, daß die vielfach beliebte Darstellung des Urzustandes zur Konstruktion eines primitiven menschlichen Wesens führe. „das bloß ein Phantom ist, ein Traumgebilde, und noch weit weniger wirklich als der homo oeconomicus der klassischen Sozialökonomien, von dem es tatsächlich nur das logische Gegenstück ist“. Vgl. auch Wundt, Methodenlehre 2. Abtlg., S. 449.



den ungezählten Jahrtausenden, die zwischen uns und jenen Tagen liegen, wo die Menschen, wie heute die Gazellen, die Elefanten, die Affen und andere Tiergattungen, in größeren oder kleineren Herden oder Horden umherschwärmten<sup>1</sup>. Statt der Ehe herrschte da die vollste Ungebundenheit, „Promiskuität“ der geschlechtlichen Vermischung, der vagus concubitus. Die Geschichte weiß davon allerdings nichts. Nicht einmal das Beispiel einer einzigen Nation ist nachgewiesen worden, in der wirkliche Promiskuität des Geschlechtsverkehrs als anerkannte gesellschaftliche Einrichtung bestanden hat (v. Below). „Es gibt schlechterdings kein einziges primitives Volk“, sagt Grosse<sup>2</sup>, „dessen Geschlechtsverhältnisse sich einem Zustand von Promiskuität näherten oder auch nur auf ihn hindeuteten. Die festgefügte Familie ist keineswegs eine späte Errungenschaft der Zivilisation, sondern sie besteht schon auf der untersten Kulturstufe als Regel ohne Ausnahme.“

Geschichtlich nachweisbare Formen einer regelmäßig dauernden geschlechtlichen Verbindung sind: die *Polygamie* (*Vielweiberei*), die *Polyandrie* (*Vielmännerei*), die *Monogamie*<sup>3</sup>. Zu letzterer zählt auch die Leviratsehe des jüdischen Rechts. Sie bestand darin, daß der nächste Verwandte eines kinderlos Verstorbenen diesem mit dessen Witwe Nachkommenschaft erwecken mußte. Daß die Monogamie allein der

<sup>1</sup> Vgl. Schmoller, Grundriß I 231 ff.; Kleinwächter, Lehrbuch der Nationalökonomie (1902, 166 ff.; Bachofen, Das Mutterrecht (1861); MacLennan, Primitive marriage (1865); Studies in ancient history (1876); The patriarchal theory (1885); Morgan, Systems of consanguinity and affinity of human family (1870); Ancient Society (1877); Spencer, Prinzipien der Soziologie (1876) usw.

<sup>2</sup> Die Formen der Familie und die Formen der Wirtschaft (1896) 42. Ähnlich urteilen Ratzel, Peschel, Richard Hildebrand, Biermann u. a. Vgl. auch Seidler, Das juristische Kriterium des Staates (1905) 19 ff. „Es ist in der langen Hilfsbedürftigkeit des menschlichen Nachwuchses begründet“, sagt Fr. Prinzing, „daß der Mensch mit einer Genossin des andern Geschlechts dauernd sich vereinigt. Denn die Frau allein ist wegen ihrer schwächeren Körperkonstitution nicht imstande, wenigstens bei unkultivierten Völkern, die Nahrung für ihre Kinder herbeizuschaffen und zugleich ihr Besitztum gegen andere zu verteidigen. Schon aus diesem Grunde ist es nicht wahrscheinlich, daß es jemals ein Volk gegeben hat, bei dem freier geschlechtlicher Verkehr ohne Familiengründung die Regel war“ (Prinzing, Das Bevölkerungsgesetz, in G. v. Mayrs Allgem. Statist. Archiv 1904 2, 11 f.). Über die sog. „Gruppenehe“ (Erbin der Promiskuitätslehre) vgl. E. Westermarck, Neuere über die Ehe, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft XI (1908) 553 ff.

<sup>3</sup> „Je primitiver die Völker, um so einfacher und reiner, also auch innerlich höher ist die Entwicklung; schreitet die äußere Kultur fort, so werden die ethischen und soziologischen Verhältnisse mannigfaltiger, komplizierter, aber durchaus nicht besser im Gegenteil. Das gilt insbesondere auch von der Familie, wo gerade bei den primitiven Völkern die Monogamie das herrschende System, die Treue in der Ehe und zum Teil auch der Sinn für die Freiheit bei der Eheschließung am ehesten zu finden sind“ (P. Schmidt, Rede auf der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft, 1908). Neuerdings hat sich Koppers besondere Verdienste um Zurückweisung der Trauungsbildung über das Familienwesen erworben.

Würde des Mannes und Weibes entspricht, die Erziehung der Kinder in naturgemäßer Weise am besten, ja einzig sichert, kann hier vorausgesetzt werden. Selbst die polygynische Verbindung (polygamische im engeren Sinne), die auch bei mehr oder minder kultivierten Völkern (den Mohammedanern) bestand und teilweise noch besteht, beeinträchtigt die wesentlichen Zwecke der Ehe, die menschenwürdige Fortpflanzung und die rechte Erziehung der Nachkommenschaft. Die Frau erscheint dabei nicht als die gleichberechtigte Gefährtin des Mannes: Eifersucht und Favoritenwesen zerstören die Familienbande. Nur da, wo dem Weibe dasselbe Recht auf Alleinbesitz des Mannes gewährt ist, wie dem Manne gegenüber dem Weibe, kann von einer Familie im vollen und wahren Sinne die Rede sein. Ein Verzicht seitens der Frau auf ihre Gleichberechtigung und ihr Recht auf den Alleinbesitz des Mannes ist rechtlich undenkbar, weil es den Ehegatten nur frei steht, den Ehevertrag einzugehen, nicht aber, die Natur und die naturgemäße Bestimmtheit der Familienordnung zu verändern.

Das System der Weibergemeinschaft Polyandrie und Polygamie zugleich), wie Plato es für seinen Idealstaat aufgestellt und wie es von Vertretern des Kommunismus gefordert wurde, entspricht eher dem tierischen Niveau jener „ursprünglichen“ Menschenhorden, über welche prähistorische Soziologen gefabelt haben. Von einer Familie wäre da jede Spur vertilgt, und bei der Ungewißheit der Vaterschaft könnte von der dem Gedeihen der Menschheit unentbehrlichen Liebe und Sorgfalt beider Eltern gegen ihre Kinder, von der Ehrfurcht und Liebe der Kinder gegen die Eltern, überhaupt von einem Erziehungswerke keine Rede sein. Auch die öffentliche Erziehung von Staats wegen würde absolut keinen Ersatz für die Familienbande zu bieten vermögen. „Die liebende Sorge einer Mutter kann nicht durch bezahlte Ammen, die natürliche Autorität des Vaters durch keinen Büttel ersetzt werden. Nicht umsonst hat die Natur so mächtige Triebe Eltern und Kindern eingepflanzt: es bedurfte derselben, um die zahllosen Mühen der physischen und geistigen Erziehung zu versüßen und wirksam zu machen.“<sup>1</sup>

Endogamie und Exogamie bilden keine geschichtlichen Entwicklungsstufen der Ehe schlechthin. Sie bezeichnen vielmehr nur Formen der ehelichen Gemeinschaft, insofern nämlich die Gattin grundsätzlich entweder innerhalb derselben Familie (Endogamie, z. B. bei den Persern) oder außerhalb der Verwandtschaft (Exogamie) gesucht wird. Auch finden sich Beispiele einer örtlichen Endogamie bzw. Exogamie, wenn nur Ehen zwischen Gliedern derselben oder verschiedener Gemeinden (ohne Rücksicht auf Verwandtschaft) gestattet sind.

Bis in die neueste Zeit noch hat die von Bachofen aufgestellte, von Morgan u. a. fortgebildete sog. Mutterrechtstheorie vielfach Glauben gefunden. Hiernach gab es bei allen Völkern zunächst eine Periode des „Mutterrechts“, d. h. eine solche Ordnung der Familienangehörigkeit,

<sup>1</sup> Konstantin Gutbertlet, Ethik und Naturrecht<sup>2</sup> (1893) 168.

derzufolge das Kind nicht zum Vater, sondern zur Mutter und zu denjenigen Personen, die mit der Mutter wieder eine gemeinsame Mutter haben, in ein juristisches Verwandtschaftsverhältnis trat. Die Mutter, nicht der Vater, stand dem Haushalte vor, oder allenfalls der Bruder der Mutter. Das Mutterrecht soll dann allmählich durch das System des Vaterrechts ersetzt worden sein. Auf den ersten Blick erkennt man schon den Zusammenhang der Mutterrechtstheorie mit der unhaltbaren Annahme einer allgemeinen ursprünglichen Promiskuität. Überdies ist in den letzten Jahren an jener Theorie eine so gründliche direkte Kritik geübt worden<sup>1</sup>, daß sie heute bereits als nahezu überlebt bezeichnet werden darf. „Das Mutterrecht kommt zwar bei einigen Völkern vor“, sagt Georg v. Below<sup>2</sup>, „aber doch nur bei verhältnismäßig wenigen. Insbesondere ist es durchaus ungerechtfertigt, es der indogermanischen Völkerfamilie zuzuschreiben; schon das indogermanische Urvolk hat nachweislich das Vaterrecht gehabt (Delbrück, Schrader usw.). Ferner ist noch nirgends der Nachweis geführt worden, daß irgendwo die gesellschaftliche Ordnung nach dem Mutterrecht ohne fremden Einfluß aus sich heraus zum Patriarchat sich entwickelt habe. Wir müssen also den Versuch, eine Entwicklungsgeschichte der Familie auf Grund der Mutterrechtstheorie zu konstruieren, ablehnen.“<sup>3</sup>

v. Below<sup>4</sup> meint, zurzeit sei es überhaupt unmöglich, eine allgemeine Entwicklungsgeschichte der Familie zu schreiben; vielleicht werde es nie möglich sein: „Jedenfalls ist das vielfach beliebte Verfahren unzulässig, Erscheinungen, die sehr gut Produkte einer späteren Entwicklung resp. Entartung sein können.

<sup>1</sup> So namentlich Delbrück, Die indogermanischen Verwandtschaftsnamen, Abhandl. der kgl. sächs. Gesellschaft für Wissenschaft, philol.-hist. Klasse XI (1889/90): Ratzel, Aufsatz in Beilage zur Allgem. Zeitung vom 30./31. Juli 1894; Zimmer, Das Mutterrecht der Pikten usw., in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte XV (1894); ferner Starke, Die primitive Familie (1888); Westermarck, Geschichte der menschlichen Ehe 1893; Grosse, Die Formen der Familie (1896); Brentano, Die Volkswirtschaft und ihre konkreten Grundbedingungen, in der Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte I 1893; Hildebrand, Recht und Sitte auf den verschiedenen wirtschaftlichen Kulturstufen (1896; W. Schneider, Naturvölker II (1885) usw.; auch die Lehrbücher der deutschen Rechtsgeschichte von Brunner<sup>2</sup> und Schröder<sup>4</sup>, Koppers Aufsätze und Schriften, insbesondere: Die Anfänge des menschlichen Gemeinschaftslebens im Spiegel der neueren Völkerkunde (1921).

<sup>2</sup> Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 837. Derselbe Autor bemerkt in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft VII 1904, 163: „Heute gibt es wohl manche, die der Meinung sind, die relative Verbreitung der Mutterrechtstheorie habe darin ihren Grund, daß der eine oder andere ältere Herr sich nicht gern von der einmal angenommenen Theorie lossagen will.“

<sup>3</sup> Vgl. Rachfahl, Zur ältesten Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Germanen, in Schmollers Jahrbuch XXXI (1907) 1742 ff. Was vordem Dargun, Lamprecht u. a. über die Existenz mutterrechtlicher Zustände bei den Germanen gesagt haben, ist heute als unhaltbar erwiesen.

<sup>4</sup> Vgl. Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 838.



ohne weiteres als Überbleibsel eines Urzustandes zu bezeichnen. . . . Den Gesichtspunkt, daß manche Einrichtungen und Sitten als Entartung („devolutionär“, nicht evolutionär) zu erklären seien, hat namentlich Ratzel geltend gemacht. . . . Statt eine Reihe von aufeinanderfolgenden Stufen ausfindig zu machen, wird die Forschung vielmehr ihre Aufgabe darin zu suchen haben, die Abhängigkeit des Familienrechts von allgemeinen Verhältnissen zu untersuchen. In dieser Hinsicht ist ein Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen beobachtet worden. Die Vielmannerei z. B. findet sich fast ausnahmslos nur unter den ärmsten Völkern, die Vielweiberei umgekehrt nur bei Reichtum, auch regelmäßig nie bei einem ganzen Volke, sondern nur in wohlhabenden Schichten desselben. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmen aber keineswegs das Familienrecht allein. Sehr groß ist z. B. der Einfluß der religiösen Ideen, wofür als Beispiel hier nur das von der Kirche im Mittelalter durchgesetzte, außerordentlich weit gehende Verbot der Verwandtenheiraten dienen mag.“

Nicht die auf Mutterrecht beruhende, sondern die patriarchalische Familienverfassung mit monogamischer Ehe, wobei Vater und Mutter, Kinder und Enkel, auch Knechte und Mägde in engerer Verbindung, regelmäßig in demselben Hause, unter der Oberleitung des männlichen Familienhauptes zusammenwohnen und wirtschaften, gilt nach der heute wieder vorherrschenden Ansicht als die ursprüngliche Form der Familie. Diese patriarchalische Großfamilie hat sich zuweilen bis auf unsre Tage, namentlich in den südslawischen „Hauskommunionen“ (der sog. Sadruga), erhalten. Wird die Hausgemeinschaft, die Zahl der verheirateten Mitgenossen zu groß, dann findet eine Teilung in mehrere Kommunionen statt. Doch ist auch bei den südlichen Slawen die Sadruga in neuester Zeit seltener, die Einfamilie vorherrschend geworden.

Die Sippen- oder Gentilverfassung hatte in den älteren Zeiten bei manchen Völkern, insbesondere bei den Germanen, größere Bedeutung. Unter Sippe oder Gens versteht man den erweiterten Familienverband, der die auch nicht zu derselben Hausgemeinschaft gehörigen Verwandten umfaßte. Die Sippe erscheint als „das wichtigste Unterorgan des Stammes“ (Schmoller). Im deutschen Heere kämpften die Sippengenossen nebeneinander: sie verlangten Sühne für das Unrecht, das einem der Ihrigen widerfuhr; die Sippe haftete für das Wergeld, das ihre Genossen verwirkt hatten; vor Gericht leisteten ihre Mitglieder einander Eideshilfe; auch die Grundbesitzverhältnisse standen in Beziehung zur Sippengenossenschaft<sup>1</sup>.

**3. Die wirtschaftliche Funktion der Familie.** Die Familie hat als die ursprüngliche, kleinste soziale Wirtschaftseinheit zu gelten, die unmittelbar für die körperlichen Bedürfnisse ihrer Glieder sorgt. Die Trennung, Isolierung, Geschlossenheit der einzelnen Hauswirtschaften ist freilich niemals eine völlig absolute gewesen. Der Tausch läßt sich

<sup>1</sup> Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>8</sup> 838 f. Schmoller, Grundriß I 236 ff.

— wenn er auch relativ selten blieb — doch schon für die ältesten Verhältnisse nachweisen. Dazu kamen bestimmte soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge, die Einfügung in übergeordnete Gruppen: Sippe, Stamm, Dorf, Markgenossenschaft, ferner die Beziehung zu Grundherrschaften u. dgl. Im großen und ganzen aber lag naturgemäß der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens zunächst in der Familienwirtschaft, die als direkte Eigenwirtschaft sich selbst mit den erforderlichen Sachen zur Deckung ihres Bedarfs versorgen mußte. Indem der Verkehr sich dann allmählich lebhafter gestaltete, an Ausdehnung, Stetigkeit, Regelmäßigkeit gewann, löste sich die alte familiäre Einheit von Produktions- und Konsumtionswirtschaft, wenigstens als allgemeine Erscheinung, mehr und mehr auf.

In den heutigen Städten, namentlich bei den besser gestellten Klassen, hat sich die Erwerbswirtschaft des Mannes von der Konsumtionswirtschaft der Familie fast völlig getrennt: „Der Mann geht, wie man zu sagen pflegt, seinem Beruf nach, d. h. der Mann sucht seinen Erwerb außer dem Hause, und wenn er seine Erwerbswirtschaft im Hause betreibt, so betreibt er sie nicht in den Wohnzimmern, sondern in besondern Räumen (Bureauzimmer, Kontor, Arbeitsräumen u. dgl.). Die Frau und die Kinder beteiligen sich in der Regel nicht an der Erwerbswirtschaft des Mannes, und demgemäß spielt sich im Hause fast nur die Konsumwirtschaft, der ‚Haushalt‘ ab, und die weitere Konsequenz hiervon ist, daß in den gedachten Klassen die ‚Familien‘ klein geworden sind; sie bestehen in der Regel aus Mann und Frau, den noch unversorgten Kindern und einem oder zwei Diensthöten. Immer aber bildet auch hier die Familie eine — und zwar die kleinste — wirtschaftliche Einheit, und immer ist selbst da noch ein Rest zurückgeblieben, wo Produktion und Konsumtion sich trotz allem nicht gesondert haben, sondern unmittelbar ineinander übergehen: die Speisen werden im Hause bereitet und verzehrt, einzelne Wäsche- oder Kleidungsstücke werden von den Frauen im Hause für den eigenen Bedarf angefertigt, zahlreiche Reparatur- und Reinigungsarbeiten werden im Hause besorgt usw.“<sup>1</sup> Nur Familien der Hausindustriellen, des kleingewerblichen Mittelstandes und die Bauernfamilien haben ihre alte wirtschaftliche Bedeutung in einheitlich verbundener Produktions- und Konsumtionswirtschaft heute noch zum geringeren oder größeren Teil bewahrt.

Besonders Schmoller beschäftigt sich eingehender mit jenen Wandlungen im Leben der Familie, deren wirtschaftliche Aufgaben heute sehr herabgemindert, der alten Universalität beraubt sind. Die Familie gab eine Funktion nach der andern an die Unternehmung ab. Nicht mehr Hauswirtschaft im früheren Sinne, kein arbeitsteiliger Produktionsorganismus ist jetzt die Familiengemeinschaft, sondern bloß noch auf die Regelung der Konsumtion beschränkter Haushalt, und auch dieser steht heute vor der Gefahr der Entleerung. Es werden wenig oder keine Güter mehr unter Leitung des Familienhauptes für den eigenen Bedarf der Familie produziert. Man kauft dieselben. In der Familie werden sie nur für den Konsum hergerichtet. Und das ist Sache der Frau, während der Familienvater, die Söhne

<sup>1</sup> Friedrich Kleinwächter, Lehrbuch der Nationalökonomie (1902) 169. Paul Jedzink, Einzelwirtschaft, Gesellschaftsbildung und Religionsübung in ihren wechselseitigen Beziehungen (1908).

ihren Geldverdienst draußen im Geschäft usw. suchen, zu Hause sich lediglich an den Tisch setzen, um zu verzehren, was die Mutter ihnen vorsetzt. Es mag ja auf dem Lande und in entlegener Gebirgsgegend sich zuweilen ein Stück Familienwirtschaft erhalten haben, auch in klösterlichen Genossenschaften oder anderswo sich noch vorfinden. Doch selbst das Spinnen, Weben, Kleidermachen, Backen, Schlachten, Waschen wird heute schon vielfach außerhalb des Hauses besorgt. So ist nach der produktiven Seite hin der Familie allerdings sehr viel entzogen worden. Dennoch wird die sozialistische Forderung nach Auflösung und Beseitigung der Familie durch die geschichtliche Umbildung des Wirkungskreises der Familie noch lange nicht begründet. Es bleiben der Familie Aufgaben und Zwecke genug, deren bessere Erfüllung sogar durch die wirtschaftliche Entlastung eher gewährleistet erscheint. Kann der einzelne, kann die Gesellschaft die Familie überhaupt entbehren? „Wer jeden Hungrigen ins Wirtshaus, jede Gebärende ins Gebärrhaus, jedes Kind von seiner Geburt bis zur Mannbarkeit in eine Reihe von Erziehungshäusern schickt“, sagt Schmoller<sup>1</sup>, „der verwandelt die Gesellschaft in eine Summe genüßsüchtiger, egoistischer Vagabunden, deren Nervenunruhe und Überreizung nur allzu viele zu Kandidaten für die Irrenhäuser macht. . . . Je beweglicher heute das Leben wird, . . . desto notwendiger wird ein sicherer, nach außen geschlossener engster Kreis der Liebe, des Vertrauens, des Behagens, wie ihn allein die Familie gibt. . . . Nicht in der Vernichtung, sondern in dem richtigen Wiederaufbau der Familienwohnung und der Familienwirtschaft liegt die Zukunft der Völker und die wahre Emanzipation des Weibes.“

**4. Die Erhaltung eines gesunden Familienlebens** ist ja in der Tat nicht bloß durch das Interesse der Familienglieder selbst gefordert, sondern auch ein gesellschaftliches Gut von größter Bedeutung. Alle sozialen Funktionen finden sich in der Familie wie die Knospe und Blüte im Keime. Autorität, das Verhältnis der Über- und Unterordnung, das Rechts- und Pflichtbewußtsein, Gesamtwohl, Solidarität und Liebe, Arbeit und Eigentum, kurz, alle wesentlichen Elemente, Stützen und Fundamente der weiteren sozialen Verbände birgt die Familie in sich. Wer von Kindheit auf im Verhältnis zu den Eltern, zu den Geschwistern, den Dienstboten, der ganzen Familie, ihrem Hab und Gut, an das Rechte in sorgsamer Erziehung gewöhnt wurde, der bietet die verhältnismäßig sichere Aussicht, daß er nun auch ein treffliches Glied der Gemeinde und des Staates werde. Auch der Historiker und der Nationalökonom gibt nur der geschichtlichen Wahrheit die Ehre, wenn er den überaus segensreichen Einfluß der Religion auf die Ehe und die Familie anerkennt. Der christlichen Religion ist, wie erwähnt, das ausgedehnte Verbot der Verwandtenheiraten zu verdanken. „Die Kirche wirkte ferner der Härte der väterlichen Gewalt entgegen, veredelte die Sitte, vermehrte die Ansicht von der Heiligkeit der Ehe und von den gleichen Rechten der Ehegatten in Bezug auf Treue. Das Verschwinden des Brautkaufs hängt ebenfalls zum Teil damit zusammen, daß die Kirche

<sup>1</sup> Grundriß I 255 257.



andere Formen forderte.“<sup>1</sup> Die erhabenste Stärkung des Familienzusammenhanges aber, den sichersten Schutz gegen jede Profanierung der innigsten Lebensgemeinschaft, die unter Menschen denkbar ist, bietet die christliche Lehre von der Ehe als Sakrament<sup>2</sup>. Gott ist es, der, über den Menschen stehend, den Vertrag, den sie schließen, segnet und das Band zwischen Mann und Frau mit unauflöslicher Festigkeit knüpft. Was Gott verbunden hat, das soll der Mensch nicht lösen.

„Unsre Zeit bringt dem weiblichen Geschlecht Huldigungen dar, die dem Götzendienste nahekommen: solange sie aber nicht den Schandfleck der Ehescheidung (Ehelösung) aus den Gesetzgebungen tilgt, beweist sie, daß sie mit allen Huldigungen nur den Kult der Sinnlichkeit übt, daß sie tatsächlich für das Weib weder Rechtsgefühl noch Billigkeit und Achtung hat. Es ist ein grausamer Hohn, wenn der Mann zur Frau sagt, er gebe ihr wieder ihre volle Freiheit und die Selbständigkeit zurück. Die Frau ist nicht mehr, was sie war, und kann es nicht mehr werden. Die Ehescheidung ist eine Gewalttat, deren wahrer Anlaß in Sinnlichkeit, Eigennutz und Herzensverwilderung liegt. Im übrigen ist der schlimme Einfluß, den die Scheidung auf den Charakter und die Erziehung der Kinder übt, so groß, daß er nicht schlimmer gedacht werden kann. Von dem Kinde, dessen Jugend ein solches Ärgernis verdüstert hat, kann man wie von der geschiedenen Mutter sagen, daß es eine Wunde erhalten hat, an der es immer zu leiden haben wird.“<sup>3</sup> Man rüttle daher nicht an dem durch das Sakrament geheiligten dauerhaften Bestand der Familie, nicht an ihrer auf Autorität und Pietät fest gegründeten Ordnung. Sonst beraubt man die Menschheit nicht bloß um einen Teil ihrer notwendigsten und schönsten Güter, vernichtet nicht nur die Idee der Heimat und des Vaterlandes, zerstört nicht allein den lebendigen Urquell traditioneller Sitte, man vergreift sich überdies unmittelbar an der eigenartigen Würde der menschlichen Natur. „Bei dem Tiere verbinden sich die Geschlechtsindividuen gattungsmäßig und eben darum nur vorübergehend; bei dem Menschen verbinden sich die Personen für die ganze Lebensdauer“, sagt W. H. Riehl<sup>4</sup>. Das ist das schärfste Urteil, welches der Ehescheidung als „Sitte“ gesprochen werden kann. Viel und mit Recht wird heute von der Frauenfrage geredet. Nur zu oft aber verschweigt man, wie gerade die Erhaltung der Frauenwürde in der Ehe und in der Familie das wichtigste Problem der Gegenwart auf diesem Gebiete darstellt.

Wer die Überzeugung teilt, daß die Familie „die Wurzel und das Vorbild aller geselligen Verbindung mit der sie bedingenden Zu- und Unterordnung“ (Moy) ist, wer in der Familie die notwendige Voraussetzung, den natürlichen Ausgangspunkt, die feste Unterlage aller größeren sozialen Vereinigungen erblickt, der muß gerade im Interesse des Staates selbst wünschen, daß Religion und Familie im engsten Zusammenhange bleiben. „Familie, Religion, der Doppelring, der alle

<sup>1</sup> v. Below, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>8</sup> 838 f.

<sup>2</sup> Vgl. Historisch-politische Blätter II 30; XVIII 150; XIX 635.

<sup>3</sup> Ehe und Familie, in Soziale Revue III (1903), 4. Heft, S. 547 f.

<sup>4</sup> Die Familie 142.

Höhen und Tiefen des menschlichen Lebens umschließt, das Natürliche wie das Göttliche" <sup>1</sup> — man zerreiße diesen Doppelring, seine Verbindung — und die Barbarei, die Revolution, Tod und Verderben werden der Anteil der menschlichen Gesellschaft sein. *Leges sine moribus vanae!* (Tacitus.) Nur die Religion, nicht das Gesetz verleiht und erhält der Familie ihren sittlichen Charakter, heiligt den Eheschluß, festigt und verklärt alle inneren Beziehungen des Familienlebens zwischen Ehegatten, Kindern und Dienstboten <sup>2</sup>. Ja, auch zwischen Herrschaft und Dienstboten!

**5. Gesindewesen.** „Das Ideal des Gesindewesens“, bemerkt Roscher <sup>3</sup>, „besteht darin, daß es von Herrschaften wie Dienstboten als ein Stück christlichen Familienlebens betätigt werde. Also Gewogenheit von der einen, Ergebenheit von der andern. Treue von beiden Seiten, uneigennützigte Sorge für das gegenwärtige und zukünftige Interesse des andern Teiles (*tamquam sua!*) und namentlich auch für dessen ewige Zukunft.“

Man spricht heute von einer Dienstbotenfrage <sup>4</sup>, und es läßt sich nicht leugnen, daß diese Frage zu einem schwierigen Problem geworden ist. Bei uns in Deutschland genügte bereits die Zahl der vorhandenen Dienstboten der Nachfrage nicht mehr. Man schrieb, im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufschwung, diese Tatsache wohl auch der starken Vermehrung jener Haushaltungen, die Dienstboten bedürfen, zu. Indes hat die Berufszählung von 1907 gezeigt, daß diese Annahme ein Irrtum war. Bei starker Bevölkerungszunahme ist die Zahl der Dienstboten zurückgegangen. 1895 betrug jene Zahl 1 339 316, im Jahre 1907 nur mehr 1 264 755, war also um 74 561 gesunken. Bei einer Bevölkerungszunahme von 19,22 Prozent, wie wir sie innerhalb der 12 Jahre von 1895 bis 1907 in Deutschland zu verzeichnen hatten, hat eine Verminderung der Dienstboten um 5,75 Prozent stattgefunden. Woher dieser für einen erheblichen Teil der Haushaltungen sehr empfindliche Ausfall? Die Löhne waren höher, die Arbeitsanforderungen geringer

<sup>1</sup> Konstantin Frantz, *Naturlehre des Staates* 1870 129: Soll der Staat in gutem Stande sein, dann muß die Familie in gutem Stande bleiben; soll aber die Familie der gebührenden Ordnung sich erfreuen, dann muß der Mensch dem Gesetze Gottes gehorchen.

<sup>2</sup> Vgl. Th. Meyer, *Institutiones iuris naturalis* II 115. Scholion: Arbeiterfrage <sup>4</sup> 1904, 74 f. Über den Zusammenhang zwischen Staats- und Familienzerfall vgl. Georg Grupp, *Kulturgeschichte der römischen Kaiserzeit*, I: Untergang der heidnischen Kultur, in *Histor.-polit. Blätter* XXXVII 566.

<sup>3</sup> Grundlagen der Nationalökonomie Buch 1, Kap. 4, § 76. Mit Verweisung auf 1 Petri 2, 18 f.; 1 Tim. 6, 2; Eph. 6, 5; Phm. 15 f.

<sup>4</sup> Wilbrandt, *Volkswirtschaftliche Vorlesungen* 1909 49 f. Vgl. auch Pieper, *Neher über die Dienstbotenfrage*; E. Conrad, *Über das Dienstbotenproblem in Nordamerika* 1908; E. Kesten-Conrad, *Zur Dienstbotenfrage*, in *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXXI 1910 520 ff. Treffliche Bemerkungen enthält der Abschnitt „Die Dienstbotenfrage und die Hausfrauen“, in Fr. W. Foerstes „Christentum- und Klassenkampf“. „Charity begins at home!“ — Die Dienstverträge des Gesindes waren vor der Revolution durch besondere „Gesindeordnungen“ in Preußen vom Jahre 1811 geregelt. Zum „Gesinde“ gehörten nur diejenigen in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Personen, deren Dienste „niederer Art“ sind. Vgl. *Soziale Praxis* XVIII (1909), Nr. 51, S. 1329 ff.

als früher<sup>1</sup>. Dennoch wurde der häusliche Dienst geflohen, zum Teil durch wechselnde Lohnarbeit, ohne Wohnung bei der Herrschaft ersetzt. Die „Flucht aus fremder Eigenwirtschaft in die Freiheit der Tauschwirtschaft“ (Wilbrandt), die weitverbreitete Abneigung gegen die Einordnung in eine Familie, entspricht, wie oft gesagt wird, dem Geiste der nur geschäftliche Tauschbeziehungen kennenden Verkehrswirtschaft. Sie erklärt sich vielleicht auch zum Teil durch den schärferen Gegensatz von hoch und niedrig bei der heutigen Differenzierung der Gesellschaft, wird aber namentlich nicht wenig dadurch gesteigert, daß die „Herrschaften“ ihre Dienstboten als „fremde“ Elemente im Hause betrachten und oft nicht gut behandeln. Das Verständnis für eine Familiengemeinschaft, die auch die Dienstboten einigermaßen umfaßt, ist der heutigen Gesellschaft, kaum zu ihrem Nutzen, abhanden gekommen. Noch sind zuweilen auf dem Lande die Verhältnisse besser; da herrscht noch mehr Eigenwirtschaft und Familienzusammenhang. So finden sich auch die Dienstmädchen vom Lande vielfach zunächst leichter in den städtischen Dienst<sup>2</sup>. Aber das hält auf die Dauer nicht immer den Einflüssen des Stadtlebens stand, und selbst auf das Land hin verbreitet sich mehr und mehr der Geist der städtischen Unabhängigkeit, die Abneigung gegen Eingliederung in die Gutswirtschaft und das bäuerliche Haus.

Das Dienstbotenproblem in den sog. „intellektuellen“ Kreisen der Gegenwart insbesondere schließt nicht bloß jene allgemeinen Schwierigkeiten in sich; es entsteht hier noch eine besondere Schwierigkeit, die der Typus der neuen Frau schafft, der Frau, die ebenso wie der Mann beruflich tätig ist und ebendadurch unfähig wird für eine Leitung der Haushaltung im traditionellen Sinne. Hulda Maurenbrecher<sup>3</sup> ist sogar der Ansicht, daß der Einzelhaushalt auf die Dauer solchen Schwierigkeiten nicht gewachsen sei und dem hauswirtschaftlichen Großbetrieb weichen werde, der eine größere Differenzierung der Dienstbotenleistung und anderseits eine erweiterte Sozialpolitik auf diesem Gebiete ermöglichen werde.

In ganz anderer Richtung bewegen sich jedoch die besser begründeten Anschauungen und Vorschläge Marie Hellers. Sie sagt<sup>4</sup>: Bis zu einem gewissen Grade ist die Ursache des Mangels an Dienstboten natürlich in der starken Nachfrage des Gewerbelebens nach Lohnarbeitskräften und in der steigenden Höhe der Löhne in demselben zu suchen. Aber das allein ist nicht ausschlaggebend; denn zahlreiche Mädchen treten nach dem Schulschluß in den häuslichen Dienst, und sie würden diesem ihrem ersten Beruf auch treu bleiben, wenn nicht gewisse Motive in Frage kämen, die sie daraus vertreiben. Man hat diese oft in dem Widerwillen gegen die in einem Haushalt notwendige Unterordnung unter das Autoritätsprinzip gesucht. Und Professor Köhler meinte in einem auf dem

<sup>1</sup> Es handelt sich hier um eine der stärksten Lohnsteigerungen, die überhaupt je vorgekommen sind. Und diese Lohnsteigerung ist ohne Kampf, ausschließlich aus natürlichen wirtschaftlichen Ursachen erfolgt. Die Nachfrage ist gestiegen, und da ihr das Angebot nicht folgen konnte, haben die Herrschaften, um Dienstboten zu erlangen, ihre Lohnangebote gesteigert.

<sup>2</sup> Von den Berliner Dienstmädchen sind weniger als 10 % in Berlin selbst geboren.

<sup>3</sup> Sozialistische Monatshefte 1909, Heft 25, S. 1618 ff.

<sup>4</sup> Der Wandel in der Dienstbotenhaltung in den Berufsständen des Deutschen Reiches seit 1895, in der Kölnischen Volkszeitung, 50. Jahrg., Nr. 1068 vom 18. Dezember 1909.



kirchlich-sozialen Kongreß gehaltenen Vortrag, eine der größten Schwierigkeiten läge darin, daß im häuslichen Arbeitsverhältnis Frauen gegen Frauen ständen; denn bei diesen ergänzten die typischen Temperamente sich nicht, sondern sie stießen aufeinander. Dieser Grund dürfte ebenfalls, in solcher Allgemeinheit, nicht stichhaltig sein, denn auch in zahlreichen gewerblichen Berufen stehen „Frauen gegen Frauen“. Die Arbeiterinnen unterstehen den Zuschneiderinnen und Einrichterrinnen, diese wieder den Direktrizen, und die Gesamtheit den Aufsichtsdamen. Und trotz dieser ganzen Kategorie weiblicher Vorgesetzter findet nicht die geringste Auflehnung gegen die weibliche Autorität statt. Der Grund dafür ist ein sehr einfacher. In den Gewerbebetrieben sind die weiblichen Vorgesetzten geschulte Kräfte, die genau mit der Arbeit Bescheid wissen, die sie anzuordnen und zu beaufsichtigen haben. Die Arbeiterinnen fügen sich deshalb ohne Widerrede der Sachkenntnis ihrer Vorgesetzten. Anders ist es im Haushalt. Dafür gibt es bisher in Deutschland noch keine systematische Vorbildung. Zahlreiche junge Mädchen treten in die Ehe ohne jegliche Ausbildung für die wirtschaftlichen Pflichten, die sie in derselben erwarten. Andere lernen einzelne Teile der Wirtschaftsführung — Kochen, Plätten, Kinderpflege und was noch sonst dafür in Frage kommt —, aber eine systematische Gesamtausbildung für diesen wichtigsten aller weiblichen Berufe erhält so gut wie keine. Es handelt sich aber bei der Führung der Hauswirtschaft doch nicht nur um die Kenntnis einzelner Arbeiten und Fähigkeiten, sondern um die Fähigkeit, diese zu einem Gesamtorganismus zu vereinigen und so zu dirigieren, daß diese Einzelheiten sich zu einem harmonischen Ganzen zusammenfügen, aus dem die weise Verteilung der Mittel, das Behagen des Mannes, die Erziehung der Kinder, die Leitung der Untergebenen als Sonderabteilungen hervorgehen. Eine Hauswirtschaft in diesem Sinne zu leiten, ist ebenso schwierig, ja ihrer Mannigfaltigkeit wegen oft noch schwieriger als die Leitung eines gewerblichen Betriebes. Während aber kein Mädchen und keine Frau sich zur Führung des letzteren anbieten würde, wenn ihr die erforderlichen Fachkenntnisse fehlen, übernimmt jede von ihnen ohne Skrupel beim Eintritt in die Ehe die Leitung eines Hauswesens, auch wenn ihr selbst die elementarsten Kenntnisse auf diesem verantwortungsvollen Gebiete fehlen. So entstehen die krassen Gegensätze, die auf keinem andern wirtschaftlichen Gebiet so hart aufeinanderprallen. Eine gut ausgebildete Untergebene will eine unfähige Hausfrau nicht als Autorität anerkennen, und eine tüchtige Hausfrau will ein Dienstmädchen, das nichts leistet, nicht neben sich dulden. Wenn hier nicht ein Wandel eintritt, wenn die häusliche Wirtschaftsführung nicht als vollgültiger Beruf angesehen und eine systematische Ausbildung<sup>1</sup> für denselben eingerichtet wird, so werden die Dienstbotenverhältnisse sich auch weiterhin von Jahr zu Jahr verschlechtern. In Georgien, einem Lande Hinterkasiens, muß jedes Mädchen, bevor ihr der Konsens zur Eheschließung erteilt wird, vor einer öffentlichen Kommission eine Prüfung in allen zur Führung eines Hauswesens erforderlichen Arbeitsgebieten ablegen. Besteht sie die Prüfung nicht, so muß sie auf Myrte und Schleier verzichten. Bei uns hingegen herrscht auf diesem die Familie erhaltenden, hochwichtigen Gebiete die Willkür. Und das schlimmste ist, daß es für die Mädchen der breiteren Volks-

<sup>1</sup> Vgl. With. Liese, Das hauswirtschaftliche Bildungswesen in Deutschland<sup>2</sup> 1910; Ders., in der Zeitschrift „Frauenwirtschaft“ seit 1910.

schichten, die den Dienstmädchenberuf rekrutieren, keine auch nur annähernd ausreichenden Ausbildungsmöglichkeiten gibt. Wo sie anknöpfen, werden sie zurückgewiesen; es ist alles nur für die „gebildeten“ Mädchen eingerichtet, „Dienstmädchen“ werden fast nirgends aufgenommen, sei es zur Ausbildung in der Säuglingspflege, in der Krankenpflege oder in sonstigen in Frage kommenden Arbeitsgebieten. Da aber kaum ein anderer Stand so sehr den Wunsch nach Fortbildung hat wie die Dienstmädchen, so wird das von ihnen als eine Ungerechtigkeit empfunden, und sie kehren einem Beruf den Rücken, der ihnen für jedes Weiterkommen ein Hindernis ist. Wird daher der häusliche Dienst nicht zu einem geachteten Beruf erhoben, so sind alle Bemühungen, dem in erschreckender Weise zunehmenden Rückgang der Dienstboten zu steuern, vergebens.

Noch wichtiger aber — um es noch einmal zu sagen — bleibt die Stellung der Dienstboten im Familienverbande. Dienstboten darf man nicht bloß mit Geld entlohnen wollen; man muß auch lernen, sie zu behandeln, muß ihnen die Erniedrigung des Dienstes erleichtern durch Achtung und Liebe, durch Familienfürsorge und seelische Gegenleistungen.

## § 2.

### Der Staat.

**Literatur:** Leos XIII. Enzykliken: *Diuturnum illud* (1881); *Humanum genus* (1884); *Immortale Dei* (1885); *De libertate humana* (1888); *Sapientiae christianae* (1890); *Rerum novarum* (1891). — Adam H. Müller, *Elemente der Staatskunst*. — Th. Meyer, *Institutiones iuris naturalis* II (1900) 241—735; *Die Grundsätze der Sittlichkeit und des Rechts* 1868. — V. Cathrein, *Moralphilosophie* II<sup>5</sup> (1911) 460 ff. 506 ff. 534 ff. 613 647 ff.; *Recht, Naturrecht und positives Recht*<sup>2</sup> (1910). — v. Hertling, *Kleine Schriften* 150 ff. 168 ff. 264 ff. 279 ff.; *Recht, Staat und Gesellschaft* (1906). — Hermann Sacher, *Der Bürger im Volksstaat* (1920). — E. Baumgartner, *Kurze Einführung in die Staatslehre* (1921). — Für die rechtsphilosophische Behandlung überdies die Schriften von Stahl und Ahrens. — Bluntschli, *Lehre vom modernen Staat* (1852, 6 1884/85). — Seydel, *Grundzüge der allgemeinen Staatslehre* (1873). — Lingg, *Empirische Untersuchungen zur allgemeinen Staatslehre* (1890). — Bornhak, *Allgemeine Staatslehre* (1896). — Rehm, *Allgemeine Staatslehre* (1899). — Jellinek, *Recht des modernen Staates. I: Allgemeine Staatslehre*<sup>2</sup> (1905). — R. Schmidt, *Allgemeine Staatslehre* (1901/03). — Seidler, *Das juristische Kriterium des Staates* (1905). — Hatschek, *Allgemeines Staatsrecht* (1910). — *Die Werke von R. v. Mohl, v. Holtzendorff, v. Treitschke, L. v. Stein, A. Smith, Schäffle* (Gesellschaftliches System I<sup>3</sup> 28 ff., II 83 ff.), A. Wagner (Grundlegung I<sup>3</sup>, 2. Hälfte, S. 761 ff. 857 ff. 870 ff.), Rentzsch, Prince-Smith, Schmoller (Grundriß I, Philippovich (Grundriß I) usw. — Ferner Lehmkühl, *Die soziale Frage und die staatliche Gewalt*<sup>3</sup> (1896). — Eberle, *Grundzüge der Soziologie* (1896). — v. Nathusius, *Die Mitarbeit der Kirche an der Lösung der sozialen Frage*<sup>2</sup> (1897, 25—54 202—230 296—463). — Ebenhoch, *Christliche Gesellschaftspolitik* (1896) 33 ff. 59 ff. — Christian Pesch, *Die christliche Staatslehre nach den Grundsätzen der Enzyklika vom 1. Nov. 1885* (1887). — H. Pesch, *Der christliche Staatsbegriff*<sup>2</sup> (1898); *Freiwirtschaft oder Wirtschaftsordnung*<sup>2</sup> (1901) 450 ff. — v. Wieser, *Recht und Macht* (1910). — Mélaumed, *Der Staat im Wandel der Jahrtausende* (1910). — O. Spann, *Gesellschaftslehre*<sup>2</sup> (1923); *Der wahre Staat* (1921). — Herdflamme, *Ausgewählte Schriften zur Staats- und Wirtschaftslehre* (Adam H. Müller, Thomas von Aquin, Augustinus, Plato, die deutschen Romantiker). — Franz Kuhn, *Chinesische Staatsweisheit* (1923). — J. P. Steffes, *Die Staatsauffassung des 19. und 20. Jahrhunderts auf der Grundlage der philosophischen Zeitideen*. 1922. (Schriften zur deutschen Politik.) — Mausbachs

Rede über den Staat auf dem Münchner Katholikentag 1922. — Schilling, Die Staats- und Soziallehre des hl. Thomas von Aquin 1923. — Tischleder, Der Ursprung der Staatsgewalt nach dem hl. Thomas und der Thomistenschule 1922. — J. Baur und K. Rieder, Päpstliche Enzykliken und ihre Stellung zur Politik 1922. — Schwer, Leo XIII. 1923. — Dazu die Artikel mit weiterer Literaturangabe über „Staat“ von Löning und Wagner, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup>; von Lexis, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup>; von v. Hertling-Ott, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft IV<sup>4</sup>. — Über „Absolutismus“ v. Hertling ebd. I<sup>4</sup>; über „Liberalismus“ Ad. Ott ebd. III<sup>4</sup>; über „Roderbertus“ Hättenschwiller ebd. IV<sup>4</sup>. — Soziale Revue I 1901: Staatsrecht und Staatsformen 308 ff. — Meffert, Moderne Rechtsphilosophie und Sozialismus, in Soziale Revue II (1902) 213 ff. — Bruno Beyer, Zur Frage der Entstehung der Staaten, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIX 1913 1 ff. — Aalberse, Christelijke Politiek<sup>2</sup> 1922.

**1. Grund und Ursprung des Staates.** Die dem Menschen angeborene Geselligkeit erschöpft sich keineswegs in jener ursprünglichen Art der Gesellschaft, welche wir Familie nennen.

Nehmen wir an, zwei bis dahin einander völlig fremde Europäer begegnen sich in der Sahara. Sofort sehen wir ihre Bemühungen, sich gegenseitig zu unterrichten über alles, was ihnen in ihrer Lage von Nutzen sein kann, und wie sie einer den andern zu unterstützen bereit sind. Würde der eine bemerken, daß der andere unredliche Absichten hege und nur auf sein eigenes Wohl bedacht sei, so würde er ihn anklagen, die Gesetze der Menschheit verachtet zu haben<sup>1</sup>. Es bedarf übrigens keiner Wanderung in der Wüste Sahara, um zu erkennen, wie die Natur selbst den Menschen dazu führt, über die Grenzen des Familienverbandes hinaus Anschluß an seine Mitmenschen zu suchen. Oder ist der Gebrauch der Sprache auf das Elternhaus beschränkt? Kann ich nicht auch andern meine Ideen mitteilen, meine Bedürfnisse auseinandersetzen, mit ihnen mich beraten, Pläne fassen, ihnen helfen und Hilfe von ihnen empfangen? Das führt uns zur Erkenntnis der tiefsten Grundlagen, der staatlichen Gesellschaft.

Ohne Zweifel ist der einzelne Staat unmittelbar ein Produkt der Geschichte. Allein diese allenthalben sich wiederholende Entwicklung und ihr Erzeugnis bliebe unverständlich, wenn man nicht außer dem geschichtlichen Ursprung, den historischen Ursachen, die den einzelnen Staat ins Dasein riefen, überdies die allgemeinen sozialen Bedürfnisse und Triebe der menschlichen Natur in Rechnung zöge. Der Mensch, wie er ist, bedarf nun einmal zu einer menschenwürdigen Existenz noch anderer gesellschaftlicher Verbindungen als der Familie und Familienverbände. Seine gesellige Natur in ihrer Ergänzungsfähigkeit und Ergänzungsbedürftigkeit weist ihn immer wieder über die Familie hinaus an den höheren, machtvolleren, umfassenderen Verband, den Staat, zur Verwirklichung von Menschheitszwecken, die ohne die staatliche Gesellschaft unerreichbar bleiben müßten.

**2. Die geschichtliche Entwicklung des Staates** wird ursprünglich in der Regel von der patriarchalischen Familie ihren Ausgang genommen

<sup>1</sup> Taparelli, Naturrecht I 126 f. Es ist nicht unsere Absicht, an dieser Stelle eine vollständige Staatslehre zu bieten. Wir beschränken uns darauf, einige für die Nationalökonomie besonders wichtige Gesichtspunkte hervorzuheben.



haben. So urteilten bereits Aristoteles<sup>1</sup> und Cicero<sup>2</sup>, indem sie die Familie den Ursprung der Stadt und die Pflanzstätte des Staates nannten.

Mochten die Söhne der ersten Familien im Hause des Stammvaters verbleiben<sup>3</sup> oder mit Wahrung einer mehr losen Verbindung, wie Aristoteles sich ausdrückt, eine Kolonie des Vaterhauses begründen, jedenfalls „dehnten sich die Verwandtschaftsverhältnisse immer mehr aus, bis endlich neben dem Stammhaus ein immer größeres Gemeinwesen entstand. Es liegt auf der Hand, daß es in diesen Familienkomplexen einer gemeinschaftlichen Autorität bedurfte. Die Rechtssicherheit, die Ruhe und Ordnung, der Schutz gegen auswärtige Feinde, machten eine öffentliche Gewalt unentbehrlich<sup>4</sup>. „Kein Volk, das wir kennen, war ganz ohne politische Organisation.“ Die Fortpflanzung der Familienautorität geschah nach der Regel der Erstgeburt. Und so waren die ersten Herrscher überall Familienhäupter oder Stammesfürsten. Dieser Ursprung des Stammesfürstentums aus der Familienautorität ist noch erkennbar bei den Arabern, namentlich den Nordarabern, den sog. Beduinen, bei welchen bis in unsere Zeit die Genealogien mit der größten Sorgfalt geführt wurden. Die ersten Herrscher wurden zu Königen, wenn mehrere Stämme mit ihren Häuptern sich unter der obersten Leitung eines derselben vereinigten, sei es des Krieges wegen oder aus einer durch örtliche Verhältnisse bedingten Notwendigkeit oder bei der Gründung von Kolonien. So entstand das babylonische und das assyrische Reich. Die Meder lebten unter Stammeshäuptern, bis sie im Aufstande gegen den Assyrenkönig Sardanapal sich vereinigten unter Arbazes als gemeinsamem Heerführer. Die lydischen Könige waren ursprünglich Stammeshäupter aus der Dynastie der Atyaden, Heraklyden und Mermnaden. Wo sich von Phönizien oder Ägypten aus Kolonien an den buchtenreichen Ufern Griechenlands oder auf den Inseln des Archipelagus festsetzten, war naturgemäß der Führer einer derartigen Expedition der beste Ordner der Niederlassung, und an diese Stellung knüpfte sich ein erbliches Herrschertum. Solchen Ursprungs mag die Dynastie des Kadmos in Theben, des Kekrops in Attika, des Inachos in Argos, des Minos auf Kreta gewesen sein. Daß einzelne Staaten auf Grund freier Vereinbarung entstanden sind, läßt sich nicht in Abrede stellen. Übervölkerung zwang oft zur Auswanderung, ein mißliches Schicksal legte den Wunsch nahe, sein Glück in einem andern Lande zu suchen. Ein Stamm schob den andern vor sich her, und die Länder und Erdteile wechselten ihre Besitzer. Am großartigsten traten diese Umwälzungen ein in den verschiedenen Völkerwanderungen der vorgeschichtlichen und geschichtlichen Zeit. Mit dem Eintritt solcher Ereignisse gingen die früheren Staaten und Staatsformen in Trümmer. Neue Zustände und Einrichtungen wurden gebildet, sei es nun durch die Gewaltmaßregeln eines mächtigen Eroberers oder durch die freie Übereinkunft unabhängiger Menschen.“ In solchen Fällen konnten Staaten entstehen auf Grund mehr oder minder freier Vereinbarung. Beispiele dieser Art haben wir noch aus den neuesten Zeiten. So wählte z. B. im Jahre 1849 die nach Kalifornien zusammengeströmte Menge einen Verfassungsrat, der beauftragt wurde, die Verfassungsurkunde auszuarbeiten. Diese wurde dann vom Volke gebilligt, und der neue Staat war begründet<sup>5</sup>. —

<sup>1</sup> Polit. 1, 2.      <sup>2</sup> De officiis 1, 17.

<sup>3</sup> Soziale Revue I (1900) 308 f.: Staatsrecht und Staatsformen.

<sup>4</sup> Ratzel, Völkerkunde I, Einleitung 87.

<sup>5</sup> Christian Pesch, Die christliche Staatsidee (1887) 44.

3. Der Staat als „Gebietskörperschaft“ ein Stück Menschheit und ein Stück Boden. Geschichtlich bleiben die Staaten nicht immer auf ein einheitliches Landschaftsgebiet beschränkt: sie haben sich oft ganz „un-geographisch“ über Nachbargebiete ausgedehnt. Verschiedenartige Landschaften werden so zu einem politischen Machtfaktor, zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammengefaßt. „Das historische Gefühl und der wirtschaftliche Zusammenschluß gegen das Ausland verknüpfen verschiedene Landesteile enger, als natürliche Besonderheiten zu trennen vermögen, und die politische Grenze macht sich im Wirtschafts- und Verkehrsleben viel bemerkbarer als die physische, und sei letztere noch so scharf ausgeprägt.“<sup>1</sup> —

Adolf Ott hat im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft<sup>2</sup> den antiken, mittelalterlichen und modernen Staat vergleichend behandelt. Wir heben aus diesen gerade durch die Vergleichung höchst lehrreichen Aufsätzen einige beachtenswerte Gedanken speziell über die für unsere Disziplin so wichtige Auffassung von der

4. Stellung des Individuums zum Staat hervor: Der hellenische Staat war wesentlich Stadtstaat. Die Interessen der Individuen blieben hier enger verknüpft mit dem Staate, als dies in größerer Staatsgemeinschaft der Fall ist. Zur Forderung und Ausbildung von Rechtsschranken zwischen Individuum und Staat kam es nicht. Tatsächlich besaß zwar der Bürger eine Sphäre freier, vom Staat unabhängiger Betätigung. Allein es fehlte das Bewußtsein des rechtlichen Charakters der staatsfreien Sphäre und demgemäß die ausdrückliche gesetzliche Anerkennung dieser Freiheit. Überdies trat als dunkle Schattenseite, beim Sklaventum und seiner Rechtlosigkeit, der Mangel einer richtigen Erkenntnis vom Recht und Wert der menschlichen Person hervor.

Der römische Staat ist, wie der griechische, juristisch innere Einheit. Trotz aller Ständekämpfe ist in jeder Epoche der Gedanke lebendig, daß bei aller Vielheit der Organe doch nur in einem einzigen die Machtfülle des Staates, das imperium, die maiestas vorhanden sei, alle andern aber nur abgeleitetes Recht besitzen (Jellinek). Das Recht der menschlichen Persönlichkeit als solcher findet auch im römischen Staate keine Anerkennung. Der römische Bürger bewahrt freilich seine individuelle Freiheitssphäre, auch ohne daß diesbezüglich ein rechtliches Bewußtsein und eine entsprechende Gesetzgebung sich ausgebildet hätte. Namentlich sind es zwei Schranken gegenüber dem Staatsabsolutismus: die Selbständigkeit der römischen Familie und die des Privateigentums. Im übrigen ist Dienstverpflichtung dem Staate gegenüber keine geringe; dem entsprechen aber auch die Ansprüche des Bürgers auf Staatsleistungen und auf Teilnahme an der Bildung des Staatswillens. Das spätere Rom hat die rechtliche und politische Freiheitssphäre des altrömischen Bürgers nicht bewahrt. Die öffentlichen Rechte vermindern sich; schließlich fehlt dem Bürger jeder Anteil an der Staatsgewalt und jede Freiheit gegenüber der Staatsgewalt.

<sup>1</sup> Franz Heiderich in der Liter. Beilage zur Kölnischen Volkszeitung, 48. Jahrg. (1907), Nr. 40.

<sup>2</sup> IV<sup>4</sup> 1386—1395.

Der mittelalterliche Staat steht nicht wie der moderne Staat einer Masse formell gleichberechtigter Glieder gegenüber. Er ist vielmehr „herrschaftlich organisiert“, so zwar, daß mit dieser herrschaftlichen Organisation eine Schichtung gegeben ist, die neben bevorrechteten Volksteilen auch Verhältnisse beschränkter Freiheit bewahrt. Nur daß die Minderung der Freiheit jetzt allmählich nirgends mehr Mensch und Sache ganz oder nahezu ganz auf die gleiche Stufe stellt. Das Individuum steht in seinen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen Beziehungen nicht isoliert und unvermittelt den öffentlichen Gewalten gegenüber; im Verbande, in der Korporation besitzt der einzelne seine unmittelbare Ordnung und Stütze, seinen Rückhalt, kommt er zur Geltung. Die Stellung des Individuums ist im mittelalterlichen Staat wesentlich getragen durch den Gedanken des Verbands- und Korporationsrechts. Zwei Verbände umschließen dabei die einzelnen ohne ihren freien Entschluß, der feudale und der zünftige Verband. Daneben findet sich noch ein Reichtum an freien Vereinigungen.

Der absolute Polizeistaat der beginnenden Neuzeit bedeutete einen Rückfall in den antiken Staat der römischen Kaiserzeit mit unerträglicher Überspannung des Staatsgedankens und staatlicher Souveränität, fast ohne Anerkennung von Rechtsschranken der staatlichen Herrschaftsgewalt gegenüber den Bürgern und deren Verbänden. Das Übermaß der Reglementierung weckte das Verlangen nach größerer Freiheit und führte das Ende des Polizeistaates herbei.

Der moderne Staat ist nicht ständisch, herrschaftlich, sondern staatsbürgerlich organisiert. Die Individuen sind formell gleichberechtigte, freie Bürger. Sie stehen auch als Individuen unvermittelt der staatlichen Herrschaft gegenüber. Wird im Gegensatz zum Polizeistaat der moderne Staat als „Rechtsstaat“ bezeichnet, so soll damit gesagt sein, daß er selbst positiv-rechtlich eine Freiheitssphäre des Individuums gegenüber dem Staate umschreibt<sup>1</sup>, ferner nur auf Grund von Gesetzen, an deren Schaffung das Volk beteiligt ist (Verfassung), Leistungen und Unterlassungen von seinen Bürgern fordert, und schließlich auch eine Rechtskontrolle über seine Exekutive schafft und anerkennt.

Daß der moderne Staat prinzipiell und praktisch die höchste Vollendung des Ausbaues staatlicher Gesellschaften darstellt, dürfte niemand behaupten wollen. Wenn nicht alles täuscht, wird die Entwicklung des Organisationswesens in der Gegenwart allmählich wiederum zu einer Umbildung auch des „modernen“ Staates in einen moderneren Staat mit größerer Dezentralisation überleiten.

Prinzipiell sicher begründet, wesentlich höher und freiheitlicher als der sog. „moderne“ Staatsbegriff, ist der Staatsbegriff der christlichen Philosophie. Hier gilt der Staat nicht als die Quelle alles Rechts. Individuen und Familien empfangen ihre Freiheit und ihre Rechte nicht lediglich vom Staat zugemessen; sie haben natürliche Rechte, die der Staat nicht verleiht, wohl aber zu schützen berufen ist, überdies Gewissenspflichten gegenüber dem Staat, welche

<sup>1</sup> Wie wenig einseitige Theorien der Gelehrten, interessierte Bestrebungen der Parteien, Majoritätsbeschlüsse der Parlamente der staatlichen Souveränität, zum Schutze der bürgerlichen Freiheit ausreichende Grenzen zu ziehen vermögen, beweist die Zeit der Vorherrschaft des Liberalismus. Für das wirtschaftliche Gebiet wurde die Freiheitssphäre des Individuums prinzipiell und praktisch in einer Weise ausgedehnt, daß mit solcher Ungebundenheit die Wohlfahrt des Volkes nicht mehr bestehen konnte, während sich gleichzeitig die höheren Kulturgebiete zum großen Teil auf Kosten des Rechts und der bürgerlichen Freiheit, der unbeschränkten Verfügung des Staates überantwortet sahen.



eine bessere Gewähr der Ordnung bieten als bloß äußerer staatlicher Zwang. Das Staatsvolk bildet in dieser Hinsicht eine **solidarische Einheit** und Gemeinschaft. In der Richtung des christlichen Staatsbegriffs liegt die Bahn des Fortschritts.

### 5. Die naturrechtliche Grundlage des Staates und deren Bedeutung.

Mit Recht klagt H. Dietzel darüber, daß im Bereiche der heutigen Staatswissenschaften das Verständnis für jede grundsätzliche und allgemeine Auffassung vielfach gänzlich fehle. Er sagt<sup>1</sup>: „Die organische Staatsidee wird überwuchert von der Idee der Weiterentwicklung des Staatslebens auf dem Grunde und nach dem Maßstabe gegebener Zustände. Gewiß ist es richtig, daß ein absolutes, allgemeingültiges System der (unmittelbar) praktischen Politik sich a priori nicht konstruieren läßt: es gibt für die Staatskunst keine andere Methode als die ‚historische‘ oder ‚realistische‘, welche die einzelne politische Maßregel wie das ganze politische System möglichst genau der konkreten Verumständung anzupassen, es aus derselben herzuleiten sucht. Aber allmählich wuchs aus dem Grundsatz der ‚Relativität‘ der praktischen Mittel und Wege der Grundsatz hervor, daß es keine absoluten Zwecke und Ziele gäbe. Es ward System, kein System zu haben. Die Prinziplosigkeit ward zum Prinzip erhoben.“ Doch nicht bloß auf die Politik erstreckt sich das Unheil, welches jene Prinziplosigkeit anrichtet und notwendig herbeiführen muß. „Kommt man“, sagt Geyer<sup>2</sup>, „mit den Sophisten alter und neuer Zeit zur Verneinung jedes tieferen Grundes des Rechts, dann ist überhaupt dem Rechts- und Staatsleben der Boden unter den Füßen weggezogen. Die positive Rechts- und Staatswissenschaft mag dann noch so sehr mit bewundernswertem Scharfsinn ihr Gebäude bis in die einzelsten Teile aufbauen und ausrüsten — es ist auf Flugsand gebaut. Sie führt uns dann zwar ein gewisses Rechts- und Staatssystem als tatsächlich vorhandenes in noch so vortrefflicher Darstellung vor Augen, daß wir seinen inneren Aufbau und Zusammenhang überblicken können, aber daß und inwiefern dieses System auch unbedingt Achtung, Heilighaltung, Unantastbarkeit beanspruchen könne, der Nachweis hierfür ist damit noch nicht einmal versucht. Wird morgen jenes System durch gewaltsamen Umsturz beseitigt und an seine Stelle ein anderes gesetzt, so hat seine Darstellung eben nur noch historischen Wert, und die positive Rechts- und Staatswissenschaft hat nunmehr die Aufgabe, das neuentstandene System“ — und sei es ein vollkommen sozialistisches — „ebenfalls wissenschaftlich begreifbar zu machen. Den Ereignissen nachhinkend, muß sie jetzt als Recht darstellen, was sie früher als Unrecht zu bezeichnen hatte, und umgekehrt. Ganz unvermittelt stände solchem Tun und Begreifen auf der andern Seite gegenüber das nimmer rastende Bestreben derjenigen, welche das

<sup>1</sup> Karl Rodbertus, Darstellung seines Lebens und seiner Lehre (1888) 231 f.

<sup>2</sup> Philos. Einl. in die Rechtswissenschaften, in Holtzendorffs Enzyklopädie<sup>1</sup> 1882 7 f. Die fünfte Auflage ersetzt Geyer durch Merkel. Mißverständnisse bezüglich der Naturrechtlichen Theorie, wie sie bei Juristen sehr häufig, finden sich in dem Aufsatz von E. J. Bekker, Ein Philosoph der Tat, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie IV (1911) 225 ff. Es ist doch ein recht schwaches Argument, wenn Bekker sagt, das Naturrecht müsse, um über allem positiven Recht zu stehen, Gotteswerk sein; von einem solchen Naturrecht könne man aber „nichts wissen, so wenig wie von Gott selbst“. Als wenn die Gottesordnung nicht in der Natur der Werke Gottes, so auch in der menschlichen Natur und Vernunft, sich offenbarte!

Bestehende umzugestalten trachten, sei es im eigensüchtigsten Interesse, sei es aus edleren Beweggründen. Was wollte sie abhalten, ihre Absichten auch gewaltsam zu verwirklichen, sobald sie die Macht dazu zu erringen vermöchten? Die bloße Tatsache, daß etwas historisch geworden ist und besteht, ganz gewiß nicht!... Wir sehen, daß, sowie man Recht und Staat völlig ablöst von ihren ethischen Grundlagen oder sich auch nur indifferent gegen diese Grundlagen verhält, die Fragen, was als Recht gelte und gelten solle, und inwiefern Ordnung im Gemeinwesen herrschen solle, sich in bloße Machtfragen verwandeln, bei deren Lösung lediglich Klugheit und Energie den Ausschlag geben. Nur wenn die Heiligkeit des Rechts als eines ethischen Prinzips festgestellt und anerkannt ist, wird ihm eine Sanktion gegeben, wie sie durch alle Macht und Zwangsmittel nicht gewährt werden kann.“ Ohne Anerkennung eines natürlichen Rechts bleibt die praktische Politik, z. B. unsre gesamte heutige Sozialpolitik, ein bloß „geschichtlich berechtigter“ Modeartikel, oder, wie der Sozialist sagen wird, ein Angst- und Notprodukt der kapitalistischen Gesellschaft. Ohne Anerkennung des natürlichen Rechts fehlt jeder wirksame Schutz der bürgerlichen Freiheit. „Würde Souveränität bedeuten, daß alle Möglichkeiten der Kompetenzerweiterung zur aktuellen Sphäre des Staates gehören, so wären wir alle Staatsklaven, die ein Stück Rechtsfähigkeit als Prekarium von seiten des Staates genießen.“<sup>1</sup> Allerdings. Wer aber wird der Kompetenzerweiterung des Staates Grenzen ziehen, wenn die staatliche Souveränität nicht bloß Unabhängigkeit von ständischen Mächten feudalen und korporativen Charakters, sondern überdies auch von allen Mächten, die außer und über dem Staate stehen, selbst von demjenigen bedeuten soll, den die mittelalterlichen Gesetzgeber so schön und treffend als die letzte und höchste Quelle alles Rechts bezeichnet haben? Ohne Anerkennung eines natürlichen Rechtes bricht der Staat in sich zusammen; seine einzige Basis bleibt dann nur noch Macht und Gewalt, die vor der Übermacht und der höheren Gewalt der siegreichen Revolution sich beugen muß, und zwar angeblich „von Rechts wegen“ sich beugen muß. Nicht als Produkt der Revolution, wohl aber um seines natürlichen Zweckes, des Gemeinwohles wegen, kann freilich auch ein aus der Revolution hervorgegangener Staat Rechtsbestand erlangen<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Jellinek, Allgemeine Staatslehre<sup>2</sup> (1905) 467 f.

<sup>2</sup> Die naturrechtliche Auffassung schließt die geschichtliche Auffassung für das Staats- und Wirtschaftsleben keineswegs aus. Es findet darum auch auf das Naturrecht im Sinne der christlichen Philosophie der Vorwurf, den Biermann gegen das „Naturrecht“ des 17. und 18. Jahrhunderts erhebt, keine Anwendung. Man kann von ihm nicht sagen, was von der individualistischen Aufklärung und von den Nachfolgern A. Smiths gelten mag: „Es fehlt dem Naturrecht die historische Perspektive für die Relativität aller Erscheinungen. Ihre rationalistische Staatslehre ist doktrinär, sie glaubt an ein absolutes Ideal, also gibt es auch ein für alle Zeiten gemeingültiges Staatsideal.“ Das alte Naturrecht der christlichen Philosophie erkennt die Relativität aller Erscheinungen an, hat kein absolutes Staats- und Wirtschaftsideal, das, in denselben konkreten Formen in jeder Zeit und in allen Verhältnissen verwirklicht werden soll; die Abhängigkeit der Staatsform vom Volkscharakter, von der geschichtlichen Entwicklung, den Zeitumständen, wird nicht bestritten; es hat nur einige absolute Grundsätze und Rechtspostulate, auf deren Verwirklichung in dieser oder jener zeitgemäßen, wenn auch geschichtlich wandelbaren Form allerdings nicht verzichtet werden kann. Vgl. W. E. Biermann, Staat und Wirtschaft. I: Die Anschauungen des ökonomischen Individualismus (1904) 177. Vgl. oben S. 145.

6. Die staatliche Gesellschaft und ihr natürlicher Zweck. Wie für jeden Verband, so sind auch für den Staat Zweck und Autorität das doppelte Band der Einheit. Was aber ist Zweck der staatlichen Gesellschaft? Montesquieu zufolge haben alle Staaten nur den einen gemeinsamen Zweck: sich selbst zu erhalten; im übrigen verführe jeder Staat über seinen ihm eigentümlichen geschichtlichen Zweck: Weltherrschaft für Rom, Krieg für Sparta usw. Allein damit ist die Frage nach dem Zweck des Staates nicht gelöst. Mag für jeden Staat aus den besondern historischen Verhältnissen der eine oder andere ihm eigentümliche Zweck erwachsen, der allgemeine Zweck des Staates greift weit über die Erhaltung desselben hinaus, da der Staat eben nur erhalten wird, um seinem Zwecke zu genügen. Nach der einfachen und klaren Lehre der christlichen Philosophie soll der Staat seinen Gliedern solche Vorteile und Güter gewähren, deren sie innerhalb der erreichten Kulturstufe für ihr irdisches Wohl bedürfen, welche sie aber durch die persönliche Kraft des einzelnen, durch die Kräfte der Familien oder sonstiger gesellschaftlicher Verbindungen engerer Kreise nicht finden würden. Gerade darum erscheint, wie wir sahen, der Staat als eine von der Natur geforderte Gesellschaftsform, weil ohne den Staat dem Menschen gar vieles für seine irdische Wohlfahrt Vorteilhaftes und Notwendiges fehlen müßte. Der allgemeine Staatszweck ist somit der Geschichte und der bloßen Willkür der Menschen entzogen. Alle nach den geschichtlichen Verhältnissen und Bedingungen bestimmten Einzelzwecke und besondern Ziele müssen sich diesem allgemeinen Zweck unterordnen, um dessentwillen der Staat als solcher da ist, den er sich nicht selbst gegeben hat und auf den er auch niemals verzichten kann.

Jener allgemeine Zweck nun muß ein Gut sein; denn nur ein Gut ist Gegenstand und Ziel menschlichen Strebens. Es muß ferner ein irdisches Gut sein, weil die Machtsphäre des Staates nicht unmittelbar ins Jenseits hineinreicht, seine ganze direkte Wirksamkeit auf das Diesseits sich beschränkt. Es muß sodann ein Gut sein, welches von den Individuen, Familien, sonstigen innerstaatlichen Verbänden entweder überhaupt nicht oder doch nicht in einem mit Rücksicht auf die menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnisse ausreichenden Maße erlangt und bewahrt werden kann. Als höchste natürliche Gesellschaftsform wird der Staat eben einen besondern, eigenen Gesellschaftszweck haben, der im Verhältnis zu den mit individuellen und sonstigen sozialen Kräften erreichbaren Zwecken als Ergänzung oder Krönung sich darstellt. An dem Gute, das den Gesellschaftszweck des Staates bildet, müssen des weiteren alle Gesellschaftsglieder, ihrer Stellung und ihren Bedürfnissen entsprechend, teilnehmen können. Es muß in diesem Sinne ein gemeinsames Gut der ganzen Gesellschaft sein. Denn für alle ist die staatliche Gesellschaft da, und zwar um des Gutes willen da, welches sie bieten kann und soll. Jenes Gut aber ist nicht bloß die Existenz des Staates, seine Machtstellung, seine Erhaltung und Vervollkommnung. Wir brauchen hier nur zu wiederholen, was früher über den



Zweck menschlicher Verbände gesagt wurde<sup>1</sup>. Keine Gesellschaft existiert lediglich zu dem Zweck, um zu existieren oder vollkommen zu existieren. Gewiß ist die Existenz des Staates und seine Machtstellung eine wichtige Aufgabe, die erste Sorge für Herrscher und Volk, aber sie bilden nicht den höchsten Zweck, den letzten Zweck des Staates, sondern lediglich das unentbehrliche Mittel, damit der Staat seinen höchsten Zweck erfüllen könne. Sie sind die notwendige Voraussetzung und Bedingung des staatlich gesellschaftlichen Strebens nach dem allen Gesellschaftsgliedern gemeinschaftlichen Gute, welches den eigentlichen Sozialzweck des Staates ausmacht. Es kann somit nicht in der politischen, sondern nur in der bürgerlichen Ordnung, nicht in dem, was der Staat tut, um seine Existenz, Einheit, Macht, Wirksamkeit zu erhalten und zu entfalten, der höchste, auch der politischen Ordnung Maß und Ziel setzende Staatszweck gesucht werden; der Staat ist nicht seiner selbst wegen, sondern der Bürger wegen da. Der Staatszweck liegt also innerhalb der Sphäre der bürgerlichen Wohlfahrt. Er besteht in der irdischen Wohlfahrt für die Gesamtheit der Staatsbürger, soweit die staatliche Gesamtkraft erforderlich wird, um die Bedingungen dieser Wohlfahrt zu schaffen, zu erhalten, zu vervollkommen. Es wäre aber ein Irrtum, wollte man in der irdischen Wohlfahrt der Bürger schlechthin, ohne jede Beschränkung, den Zweck der staatlichen Gesellschaft erblicken. Vielmehr bedarf es hier einiger Unterscheidungen, um die Sphäre des berechtigten staatlichen Wirkens von der Sphäre der privaten Tätigkeit richtig trennen zu können. Die unmittelbare und positive Verwirklichung des Privatwohles der einzelnen Bürger liegt an und für sich außerhalb des Bereiches des Staatszweckes. Denn a) jeder ist seines Glückes Schmied. Dazu hat der Mensch seine Fähigkeiten und Kräfte erhalten, um selbsttätig sein Privatwohl zu erreichen. Vom Staate erwartet er Ergänzung seiner Schwäche, aber nicht die Verdrängung seines privaten Strebens. b) Tatsächlich könnte auch der Staat die allzu gewaltige Aufgabe, unmittelbar das Privatwohl jedes einzelnen Bürgers zu verwirklichen, in befriedigender Weise nicht lösen. c) Schließlich wäre es um die bürgerliche Freiheit geschehen, weil die Überwachung des ganzen Privatlebens als unabweisbare Folge einer solchen Fürsorge des Staates sich ergeben müßte.

Hat also der Staat fürs allgemeine nicht die Aufgabe, das Wohl der einzelnen Bürger durch seine Tätigkeit positiv und unmittelbar selbst zu verwirklichen, so wird, da doch anderseits eben die zeitliche Wohlfahrt aller Staatsangehörigen das von der Natur ihm vorgesteckte Ziel darstellt, der Staatszweck in der mittelbaren Anstrengung, d. i. in der Ermöglichung des allgemeinen Wohles durch soziale Mittel und Einrichtungen zu suchen sein. Mit andern Worten: der Zweck der staatlichen Gesellschaft besteht in der Herstellung, Bewahrung und Vervollkommnung der Gesamtheit jener öffentlichen Bedingungen und Einrichtungen, durch welche allen Gliedern des Staates mittels der Gesamtkraft die Möglichkeit geboten, erhalten, gesteigert wird, frei und selbsttätig ihr wahres irdisches Wohl nach Maßgabe ihrer

<sup>1</sup> Vgl. oben Kap. 2, § 4.

besondern Fähigkeiten und Verhältnisse zu erreichen und das redlich Erworbene zu bewahren<sup>1</sup>.

Die bezeichnete „Möglichkeit“ ist das allen Staatsbürgern gemeinsame Gut, welches den Sozialzweck des Staates bildet. Spricht man daher von der öffentlichen Wohlfahrt als Staatszweck, so will man damit ein Doppeltes ausdrücken: a) einmal, daß die Privatwohlfahrt des einzelnen fürs allgemeine nicht unmittelbares Produkt der staatlichen Tätigkeit sein könne; sodann b) daß die zeitliche Wohlfahrt, soweit sie den Zweck der staatlichen Gesellschaft darstellt, allen Bürgern gemeinsam sei; d. h. keiner darf von derselben ausgeschlossen, keiner beim Genuß der gemeinsamen Güter bevorzugt werden, es sei denn, daß eben der Gesamtheit Wohl die Bevorzugung eines Standes oder einer Gruppe von Personen erfordert. So wird die öffentliche Wohlfahrt im Verein mit der dem Rahmen des Ganzen sich einfügenden Tätigkeit der einzelnen und ihrer Verbände das große Mittel, durch welches das Gemeinwohl des gesamten Volkes zur tatsächlichen Verwirklichung gelangt.

Das Wesen der „öffentlichen Wohlfahrt“ bezeugt ihre finale Hinordnung auf das Wohl aller einzelnen Individuen und Familien: wenn auch die unmittelbare positive Verwirklichung des privaten Wohles, wie gesagt — von Fällen der Hilflosigkeit abgesehen — Sache der Privaten bleibt.

Eine „öffentliche Wohlfahrt“, die dem privaten Wohl der Bestandteile der staatlichen Gesellschaft widerspräche, wäre ein Unding. Als „öffentliche Wohlfahrt“ soll sie ja die private Wohlfahrt sozial ermöglichen, in Wirklichkeit würde sie dann aber dieselbe verhindern oder unmöglich machen.

In keiner Sphäre gibt es wahre „Wohlfahrt“ im Gegensatz zur Wohlfahrt höherer Ordnung, mit Verletzung insbesondere der sittlichen Ordnung, der allgemeinen und höchsten Menschheitszwecke (Prinzip der Einheit der Kultur)<sup>2</sup>.

Die Ausdrücke „öffentliches Wohl“, „Staatswohl“ u. dgl. sind vom Rationalismus in einer ganz abstrakten Weise aufgefaßt worden. Das „Staatswohl“ wurde dabei förmlich hypostasiert und dem Gesamtwohl der Bürger übergeordnet — der alte Irrtum des Absolutismus: die Menschen sind für den Staat da und nicht der Staat für die Menschen! Zweifelsohne wird der Bürger für den Staat, wenn nötig, Gut und Blut opfern müssen. Daraus ergibt sich aber nicht, daß das „Staats-

---

<sup>1</sup> Vgl. V. Cathrein, *Moralphilosophie* II<sup>5</sup> 506 ff.; H. Pesch, *Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung* 409. Insbesondere auf das wirtschaftliche Leben und die materielle Seite der Wohlfahrt paßt die obige Umschreibung des Staatszweckes. Aber sie beschränkt sich nicht auf die materielle Kultur. Der Staat dient ergänzend auch andern Kulturzwecken, soweit sie durch bürgerliche Kraft nicht erreicht werden können. Das gehört mit zu den öffentlichen Bedingungen der Volkswohlfahrt.

<sup>2</sup> „Das ist nicht die höchste Bestimmung des Staates“, sagte Ernst Moritz Arndt, „daß wöchentlich einige Schuhe und Strümpfe mehr verfertigt und einige Furchen mehr gepflügt werden, sondern daß seine Bürger ein an Leib und Seele gesundes, kräftiges, mutiges und geschicktes Volk seien.“ Vgl. auch Karl Diehl, *Die sozialpolitische Bedeutung des technischen Fortschrittes*, in *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* XXXVI (1908) 167 ff.

wohl“ über dem Wohle der Gesamtheit der Bürger stehe, sondern, wie gesagt, nur, daß die Erhaltung und das Wohl des Staates als eine wesentliche Voraussetzung des Gesamtwohles der Bürger, des letzten Zweckes der staatlichen Gesellschaft, zu betrachten sei.

Das „Staatswohl“ im engeren Sinne als Voraussetzung, die „öffentliche Wohlfahrt“ als Bedingung und Ursache des Gesamtwohles der Bürger, und dieses bürgerliche Gesamtwohl selbst werden vielfach per modum unius mit dem Ausdruck: Gemeinwohl, Gesamtwohl bezeichnet. Auch werden die Worte: öffentliche Wohlfahrt, allgemeine Wohlfahrt, Gemeinwohl usw. nicht selten promiscue gebraucht.

**7. Die öffentliche Wohlfahrt als Staatszweck.** Ein Zweifaches ist in der öffentlichen Wohlfahrt bzw. ihrer Verwirklichung eingeschlossen: Schutz und Hilfe. Auf dem natürlichen Bedürfnis des Menschen nach Sicherheit und nach Ergänzung seiner Kraft beruht ja die staatliche Gesellschaft.

1. Der Staat muß also zunächst die erforderlichen Einrichtungen treffen, die ihn in den Stand setzen, um allen Bürgern den notwendigen Schutz gewähren zu können. Die tatsächliche Ausübung des Schutzes bezieht sich auf jedes einzelne Individuum, jede einzelne Familie, jede einzelne Korporation entsprechend dem durch die Verhältnisse gegebenen Bedürfnisse. Ohne diesen den einzelnen Bürgern im Bedürfnisfalle gewährten Schutz ihrer Rechte gäbe es keine Sicherheit und wäre es allen unmöglich gemacht, die zeitliche Wohlfahrt zu gewinnen und zu bewahren. Würde ferner nicht der einzelnen Ungerechtigkeit entgegengetreten, dann müßte notwendig, bei der Macht der menschlichen Leidenschaft, das Verbrechen in einer Weise zunehmen, welche den Fortbestand der staatlichen Gesellschaft in Frage stellte. Andererseits kann im Interesse der Ordnung und des öffentlichen Friedens den einzelnen Bürgern die eigenmächtige, gewaltsame Durchsetzung ihrer Rechte regelmäßig nicht gestattet werden.

2. Was aber die Hilfe betrifft, so hat der Staat es hier an und für sich unmittelbar mit der Allgemeinheit, nicht mit den Einzelpersonen zu tun. Indem der Gesamtheit der Bürger oder ihren Gruppen solche soziale Vorteile geboten werden, deren Erreichung nur durch die im Staate vereinigte Kraft möglich ist, kann der einzelne als Glied der Gesellschaft in und mit der Gesamtheit an jenen Gütern und Veranstaltungen teilnehmend selbständig sein Privatwohl positiv verwirklichen. Dem Zwang unterliegt der Gebrauch nur dann, wenn die willkürliche Ausschließung des einzelnen von der Benutzung der sozialen Gemeingüter der Gemeinschaft selbst zum Schaden gereichen würde. In gewissen Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen wird jedoch die direkte und positive Fürsorge auch für den einzelnen sonst hilflosen Bürger zur Notwendigkeit. Wann und wo z. B. die private Wohltätigkeit, wie das heute oft der Fall, nicht mehr ausreichend ist, um für alle Hilfsbedürftigen, Kranke, Arme usw., gebührend zu sorgen, da müssen die öffentlichen Körperschaften mit ihren Mitteln ergänzend eintreten. Das eigene Wohl des ganzen Volkes, die Rechtssicherheit, die öffentliche Sittlichkeit usw., ganz abgesehen von Gründen der Humanität, lassen es unerträglich erscheinen, daß die Armen und Kranken hilflos oder mit unzureichender Hilfe ihrem Elend überlassen bleiben. Hier sind die öffentlichen Körperschaften ohne Zweifel befugt, die auf dem Besitz ruhende Liebespflicht des Almosens in gewissem Sinne und in richtigem Umfange in eine positive Rechtspflicht (Leistung der Armensteuer)



umzusetzen im Interesse des öffentlichen Wohles und auch im Interesse der privaten einzelnen Personen, denen, bei aller Entwicklung der sonstigen öffentlichen Einrichtungen, durch ihr persönliches Unglück die Möglichkeit der Selbstbetätigung im Dienste der eigenen Wohlfahrt dauernd oder zeitweilig genommen bleibt. Die öffentliche Armenpflege wird freilich die private Wohltätigkeit, wo dieselbe ausreicht, in keiner Weise unterdrücken und verdrängen. Auch die beste gemeindliche, provinzielle, staatliche Fürsorge kann ja der freien Liebestätigkeit nicht entraten. Aus dem Umstande, daß die öffentliche Armenpflege prinzipiell und ursprünglich nur subsidiär, lediglich zur Ergänzung der privaten Liebestätigkeit berufen erscheint, folgt unsres Erachtens aber nicht, daß nun die öffentliche Fürsorge zeitlich immer erst Platz greifen dürfe, nachdem die private Fürsorge sich tatsächlich als unzureichend bereits erwiesen hat. Da die öffentlichen Körper, die über die Armensteuer, vielleicht noch über die Ertragnisse frommer Stiftungen verfügen, in gewissem Sinne als die leistungsfähigsten Repräsentanten der ursprünglich auf dem Besitz ruhenden Unterstützungspflichten erscheinen, so dürfte es, wie uns scheinen will, keine prinzipielle Schwierigkeit bieten, wenn unter Umständen die private Karitas, karitative Vereine u. dgl. zunächst die öffentlichen Instanzen zur Hilfeleistung selbst veranlassen, um ihre eigenen Mittel für die immerhin verbleibenden Bedürfnisse zu reservieren<sup>1</sup>.

3. Die öffentliche Wohlfahrt wird eine allen gemeinsame genannt, insofern alle an dem staatlichen Schutz und der staatlichen Hilfe teilnehmen. Damit ist nicht gesagt, daß Schutz und Hilfe nun jedem Bürger und jedem Stand in demselben Maße und in derselben Form gewährt werden müsse. Bedürfnis und Verdienst der in Betracht kommenden Bestandteile des Staates lassen hier Verschiedenheiten zu, gemäß den Grundsätzen über die Wahrung der „verteilenden“ Gerechtigkeit. Es kann z. B. sein, daß ein Stand vermöge seiner eigenartigen Lebensbedingungen eines höheren Maßes von Rechtsschutz und positiver Fürsorge bedarf, um überhaupt in dem gesellschaftlichen Leben die Möglichkeit seiner Existenz und einer entsprechenden Wohlfahrt zu finden. Daß der Staat für einzelne Stände in besonderer Weise sorgt, widerspricht also keineswegs der von uns als Staatszweck bezeichneten allen gemeinsamen öffentlichen Wohlfahrt. Im Gegenteil ist nirgendwo besser für das Gemeinwohl gesorgt als dort, wo mit Berücksichtigung der Eigenart der verschiedenen Stände den besondern Bedürfnissen aller Stände nach Möglichkeit Rechnung getragen und ein gerechter und billiger Ausgleich etwa widerstrebender Interessen herbeigeführt wird. In Anwendung dieser Grundsätze hat Leo XIII. mit Rücksicht auf den Arbeiterstand der Gegenwart den Satz aufgestellt: „Wenn der Staat, wie es seine Pflicht ist, zur Hebung der Lage des arbeitenden Standes alles Tunliche ins Werk setzt, so fügt er dadurch niemand Nachteil zu: er nützt aber sehr der Gesamtheit, die ein offenkundiges Interesse daran hat, daß ein Stand, welcher dem Staate so notwendige Dienste leistet, nicht im Elend seine Existenz friste.“<sup>2</sup> Dieselbe Grundanschauung fand sich in der kaiserlichen Botschaft Wilhelms I. vom 17. November 1881, welche den Staatszweck nicht nach den Konzepten der damals

<sup>1</sup> Wir werden dieselbe Lehre im fünften Bande („Gut der Armen“) noch einmal in Erinnerung bringen.

<sup>2</sup> Enzyklika „Rerum novarum“, offiz. deutsche Ausg. 44 (45) ff. Dieselben Anschauungen hatte Bischof v. Ketteler stets verfochten. Vgl. Otto Pfülf S. J., Bischof v. Ketteler III (1899) 297 f.

noch vielfach herrschenden liberalen Theorie, sondern „auf der Grundlage des christlichen Volkslebens“ aufbauen wollte, Schutz und positive Fürsorge für den Arbeiterstand in seiner Bedrängnis und Hilflosigkeit forderte und verheiß.

4. Wenn die neuere Staatslehre von dem Rechts- und Machtzweck einerseits und von dem Kultur- und Wohlfahrtszweck andererseits spricht, so ist damit im allgemeinen der Standpunkt wieder gewonnen, welchen die christliche Philosophie stets eingenommen hat. Nur kann die enge Verknüpfung des Machtzweckes mit dem Rechtszwecke leicht zu einer ungenauen und darum bedenklichen Beurteilung des Verhältnisses von politischer und bürgerlicher Ordnung Anlaß bieten. Unzweifelhaft bedarf der Staat, um seinen Rechtszweck zu erfüllen, der Macht. Ohne Macht wird er die „Fürsorge für das erste aller Gemeinbedürfnisse des menschlichen, völkerweisen Zusammenlebens, für die Rechtsordnung im Innern des Staates, des Volkes und der Volkswirtschaft, und nach außen gegen andere Staaten, Völker und Volkswirtschaften“<sup>1</sup> nicht in gebührender Weise ausüben können. Aber die Macht verhält sich hierbei doch, wie wir sahen, zum Rechtszweck wie das Mittel zum Zweck, und darum können Rechtszweck und Machtzweck nicht schlechthin koordiniert werden. Auch für den Kultur- und Wohlfahrtszweck (Beseitigung von Hemmnissen der berechtigten individuellen und genossenschaftlichen Tätigkeit, Schaffung öffentlicher Einrichtungen und Anstalten u. dgl.) ist die Macht des Staates notwendige Voraussetzung. Übertreibungen aber, die mangels einer prinzipiellen Schranke leicht zu absolutistischen Mißbräuchen führen können, sind unklare Forderungen, wie diese: der Staat müsse mit einer Übermacht versehen sein, gegen welche die Macht jedes einzelnen unendlich klein sei<sup>2</sup>, oder: er müsse das Volk durch strenge Zucht so lange üben, bis es die ihm auferlegte Last willig hinnehme<sup>3</sup> u. dgl.

Am weitesten in Betonung der Macht ging Gumpłowicz. Seiner „soziologischen Staatslehre“ zufolge ist der Staat weder ein natürlich gewachsener Organismus, noch die geschichtliche Offenbarung eines Völkergeistes, noch das Ergebnis eines Gesellschaftsvertrags usw. Wir haben in ihm vielmehr ganz allgemein die einer unterworfenen Menschengruppe von der siegreichen andern Menschengruppe auferlegte Rechtsordnung zu erblicken. Zweck dieser Rechtsordnung ist, das Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis für die Dauer zu befestigen und die Unterworfenen leistungsfähig zu erhalten. Ganz folgerichtig gedacht ist dann, was Gumpłowicz sagt<sup>4</sup>: „Der Staat gehört der Macht und nicht dem Recht, wiewohl er letzteres schafft, entwickelt und fordert.“ Hob Merkel hervor, daß Rechtsfragen keine Fragen nach den Machtverhältnissen streitender Parteien seien, sondern Fragen nach dem Wahrheitsgehalt ihrer Behauptung und nach dem Werte ihrer Ansprüche einem höheren Forum gegenüber, so läßt Gumpłowicz diese Auffassung etwa für das Gebiet des Privatrechts, nicht aber des Staatsrechts gelten. Für den Staat gebe es eben kein höheres Forum: „Wer Staats- und Privatrecht unter dem Oberbegriff des ‚Rechtes‘ zusammenfassen will, der kommt aus Zweifeln und Unklarheiten nicht heraus und notgedrungen in die mißliche Lage, dem ‚Rechte‘ zuliebe

<sup>1</sup> Vgl. Ad. Wagner, Artikel „Staat (in nationalökonomischer Hinsicht)“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup> 732.

<sup>2</sup> J. G. Fichte, Grundlage des Naturrechts. Ges. Werke III 153.

<sup>3</sup> Lasson, Rechtsphilosophie 328.

<sup>4</sup> Grundriß der Soziologie (1885) 246 (<sup>2</sup>1905). Vgl. auch desselben Verfassers Rechtsstaat und Sozialismus (1880); Geschichte der Staatstheorien (1905).

sich in staatsrechtlichen Fragen mit den vitalsten Interessen seines Volkes und Staates in Widerspruch zu setzen.“<sup>1</sup> Das heißt allerdings ganz klar zur Macht-vor-Recht-Politik sich bekennen, die Staatsraison, das Interesse, den Zweck jegliche Mittel heiligen lassen, die nur zum Ziele führen. Eine solche der Rechtsüberzeugung aller Völker widerstrebende Konsequenz beweist denn doch die wissenschaftliche Haltlosigkeit der Prämissen, von denen Gumplowicz ausging.

5. Mit Rücksicht auf die heute lebhaftere Betätigung der berufsgenossenschaftlichen Kräfte hat man neuerdings wieder von einer Zeit staatlicher Machtauflösung sprechen zu können vermeint. Die Zusammenballung der Macht in den großen Wirtschaftsverbänden war ein Hauptgedanke der deutschen Rätebewegung. Man sprach auch in der Theorie vom „reinen Staat“<sup>2</sup>, von der „Dreigliederung des sozialen Organismus“<sup>3</sup>, womit eine Beschränkung des Staates auf die Fürsorge für die Rechtsordnung zum Ausdruck gebracht wurde, während die Gestaltung des Wirtschafts- und Geisteslebens autonomen Organisationen vorbehalten bleiben sollte. Daß die beruflichen Organisationen in modernen Formen fürderhin eine größere Rolle spielen werden, als dies in der Neuzeit der Fall war, entspricht auch unsrer Auffassung. Das besagt aber keineswegs eine völlige Ausschaltung des Staates, des staatlichen Rechts-, Kultur- und Wohlfahrtszweckes. Vielmehr wird der Staat auch hier, soweit nötig, ergänzend tätig bleiben.

6. Auch der Staat muß das private Recht, die wirtschaftliche Selbständigkeit, die bürgerliche und privatwirtschaftliche Freiheit seiner Glieder anerkennen, achten und schonen. Niemals darf vergessen werden, daß es sich hierbei um natürliche Rechte der Bürger handelt, die nicht nach Willkür und Laune zu beschränken, zu verdrängen, zu vernichten sind. Das gilt sowohl von den einzelnen Bürgern als von deren Assoziationen. Keine Unterdrückung, sondern Schutz seiner natürlichen Rechte, seiner natürlichen Freiheit und ihrer in sich berechtigten Geltung sucht der Mensch inmitten der staatlichen Gesellschaft. Jede unnötige, willkürliche Beschränkung der Freiheit und des privaten Rechts verstößt gegen den Zweck des Staates, weil sie die Möglichkeit des selbsttätigen Wirkens für das eigene Privatwohl verengt, die private Initiative ertötet, die Wohlfahrt der Bürger hemmt, statt sie zu fördern. Über der Freiheit aber steht die Ordnung. Das Prinzip der Ordnung ist die Gerechtigkeit<sup>4</sup>, und zwar Gerechtigkeit gegen das Ganze der Gesellschaft wie gegen jedes einzelne Glied derselben: *Sum cuique!*

Wo immer das Privatrecht mit dem Rechte der Gesamtheit in Widerspruch tritt, muß das Privatrecht dem öffentlichen Rechte, als dem höheren Rechte, nach dem Prinzip der Rechtskollision weichen, aber auch nicht mehr und nicht weiter, als die Überwindung der Kollision es fordert. So kann z. B. die

<sup>1</sup> Gumplowicz, Grundriß der Soziologie 240. Auch nach Franz Oppenheimer Der Staat [1909] ist der Staat das politische Mittel zur Ausbeutung der Volksmasse durch die höheren Klassen (speziell durch den Großgrundbesitz).

<sup>2</sup> Vgl. Kurt Wolzendorff, Der reine Staat, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXXV (1920) 199 ff. (auch separat).

<sup>3</sup> Vgl. Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft (1919).

<sup>4</sup> Vgl. Jellinek, Allgem. Staatslehre 196 ff.



Beseitigung des privaten Eigentums an einem Grundstück u. dgl. durch das öffentliche Wohl gefordert, die sachliche Expropriation<sup>1</sup> insofern als berechtigt erscheinen. Das Verbleiben des Wertes, welchen jenes Grundstück darstellt, im Vermögen des bisherigen Eigentümers kollidiert dagegen nicht mit dem öffentlichen Wohle. Es wird somit dem privaten Eigentümer der volle Ersatz jenes Wertes geleistet werden müssen.

7. Zweierlei möchten wir schließlich mit Nachdruck hervorheben: a) Wenn die staatliche Gesellschaft ihren Gliedern Schutz und Hilfe gewährt, so versteht es sich von selbst, daß diese Glieder auch ihrerseits auf rücksichtslose Durchsetzung ihrer eigenen Interessen verzichten müssen; andernfalls wäre die gesellschaftliche Berührung für viele Glieder nur Verderben; der Schutz der staatlichen Gesellschaft richtet sich demgemäß nicht bloß gegen andere Staaten und Völker, sondern ganz besonders auch gegen Unterdrückung und Brutalität in den inneren Beziehungen der Glieder zueinander, erstrebt eine Harmonisierung gegensätzlicher Interessen. b) Die Gewährung von Schutz und Hilfe in der staatlichen Gesellschaft besagt kein launenhaftes, willkürliches oder sporadisches Eingreifen. Es handelt sich vielmehr letztlich um einen sozialen, öffentlichen „Zustand“, um einen Inbegriff von Veranstaltungen, Einrichtungen, um gesicherte Wirkungen, um konstante Verhältnisse, die eine dauernde und zugleich für die Bedürfnisse der Gegenwart wie die des Fortschrittes ausreichende Darbietung von Schutz und Hilfe garantieren.

**8. Staatliche Politik, Wirtschafts- und Sozialpolitik.** Im weitesten Sinne versteht man unter Politik das wirksame Handeln und die Klugheit bei der Auswahl der Mittel im Hinblick auf ein vorgesetztes Ziel. So kann man auch von einer Politik privater Personen, innerstaatlicher Organisationen usw. sprechen. Im engeren Sinne wird das Wort Politik auf den Staat bezogen, und bezeichnet die Staatsklugheit im Handeln und in der Auswahl der Mittel mit Rücksicht auf den der staatlichen Gesellschaft vorgesetzten Zweck<sup>2</sup>, somit auf die Wahrung der

<sup>1</sup> Daß eine persönliche Expropriation, z. B. des Polen als Polen aus politischen Gründen, prinzipiell verwerflich ist und auch aus Gründen der Staatsklugheit schwersten Bedenken begegnet, liegt auf der Hand.

<sup>2</sup> Wilhelm Schallmeyer sagt im Résumé des neunten Kapitels seiner preisgekrönten Schrift „Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker“ (1903) 250: „Aus alledem ergibt sich, daß vom Standpunkte der Deszendenztheorie das Ziel aller staatlichen Politik kein anderes sei als das, dem Volke oder den Völkern, die der Staat in sich schließt, die günstigsten Bedingungen zum siegreichen Bestehen des Daseinskampfes zu bereiten.“ Man vergleiche hierzu die Kritik Ferdinand Tönnies' (Schmollers Jahrbuch XXXI [1907] 491 ff.) aus den Konsequenzen dieser Auffassung. Den Zusammenhang zwischen Politik und Sittengesetz hebt F. W. Foerster (im „Tag“, Februar 1909, scharf hervor: „Der Staat ist nicht ein so einfaches Lebewesen, daß er nur von den groben Selbsterhaltungsbewegungen leben könnte, in denen unsre ‚realistische‘ Staatskunst den Gipfel der vorschauenden Schlaueit erblickt. Die staatliche Organisation ist angewiesen auf einen ungeheuern Fonds von selbstlosem Opfersinn, von moralischer Widerstandskraft gegenüber den Instinkten und Begierden und endlich von jenem empfindlichen Rechtsgefühl, das uns treibt, lieber auf alles zu verzichten, als daß wir den Mitmenschen aus seinem Besitze drängen. Nur auf solchem Fundamente kann die ganze ungeheuer komplizierte Lebens- und Arbeitsgemeinschaft stehen, die im modernen Staate organisiert ist! Und wenn ein Staat alle

Machtstellung nach außen: äußere Politik — und Herstellung, Aufrechterhaltung, Durchführung der innern, dem Staatszweck entsprechenden Ordnung: innere Politik.

Die innere Politik hat es mit der Rechtsordnung (Rechtsschaffung und Rechtsausübung) zu tun, und mit der Wohlfahrtspflege. Zur innern Politik gehören nun die uns hier besonders interessierende Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Wirtschaftspolitik umfaßt das Streben des Staates, mit den Mitteln der Gesamtheit einen der Volkswohlfahrt entsprechenden Vollzug des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses, des Prozesses der materiellen Güterversorgung des Volkes, herbeizuführen und zu sichern<sup>1</sup>. Faßt man den Ausdruck „Sozialpolitik“ im weiteren (wohl allzu weiten) Sinne, so kann man darunter die den Rechtsschutz einschließende, aber über den bloßen Rechtsschutz hinausgehende, dem Schutz und der Förderung des Gesamtwohles des Volkes dienende und insofern von „sozialer“ Anschauung beherrschte Tätigkeit des Staates verstehen<sup>2</sup>. Tatsächlich wird aber

seine Nachbarn aus ihrem Besitze vertreiben könnte — er hätte nicht die Kraft, seinen Gewinn auszunützen, denn auf der Verfeinerung des Gewissens ruht auch alle technische und wirtschaftliche Kulturarbeit — was auf Kosten dieser Verfeinerung erobert wird, lähmt und tötet auch die Produktivkräfte der nationalen Arbeitsleistung und setzt den unverantwortlichen Raubbau, die skrupellose Gewinnsucht und letzten Endes die faule Genußsucht auf den Thron. So endet der Unglaube an das Weltgericht in der Weltgeschichte, so offenbart sich die reale Bedeutung der ungeschriebenen Gesetze! Es ist eine alte und sinnvolle Tradition, daß man öffentliche Gebäude aus tadellosem Material und in vornehmstem Stil erbaut, als Wahrzeichen aller höheren Würde und Bedeutung der staatlichen Lebensgemeinschaft. Wann wird wohl endlich in das Gewissen der Völker und ihrer verantwortlichen Staatsmänner die Wahrheit dringen, daß auch die öffentliche Politik eines großen Landes nicht gemeiner und kleinlicher, sondern vornehmer und großmütiger als die Politik des Privatlebens auftreten müsse, und daß es keine wichtigere „Repräsentationspflicht“ des Staates gibt, als daß alle seine Aktionen und Kundgebungen auch ein Halt und eine Weihe für alle private Größe des Charakters seien, statt daß sie das individuelle Gewissen durch den Kultus des Augenblickserfolges irre machen! Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzufern, wo große Kulturvölker auch einen großen Stil in den Methoden ihrer nationalen Selbstbehauptung einführen werden, statt nur von jenen kleinlichen Sicherungen und Übervorteilungen zu leben, die wohl für eine nationale Angstpolitik, aber nicht für eine eigentliche Machtpolitik bezeichnend sind — eine Zeit, in der große Nationen endlich den großen Mut zur Großmut finden und wahre Realpolitiker die staatsmännische Wahrheit des Gladstoneschen Wortes zur Richtschnur nehmen werden: Was moralisch falsch ist, das kann gar nicht politisch richtig sein!“ „Die Unterordnung des Staates unter eine noch höhere Idee“, sagt wiederum F. W. Foerster, „bindet auch die zentrifugalen Tendenzen im Staate selber und gibt allen sittlichen Kräften im staatlichen Leben die höchste Sanktion. Darum ist es eine der wichtigsten Aufgaben im staatsbürgerlichen Unterricht, aller politischen Erfolgsanbetung gegenüber auf der alten Wahrheit zu bestehen: *iustitia est fundamentum regnorum*.“

<sup>1</sup> „Wie das Sonnenlicht und die Sonnenwärme in der äußern Natur, welche keinen wirtschaftlichen Charakter hat und doch für die Wirtschaft von großer Bedeutung ist“, sagt Gustav Cohn (System I 295), „so fließt auch Licht und Wärme vom Geiste des Staatsmannes hinab in die Welt des wirtschaftlichen Erwerbes, und am äußersten Ende der Erde genießen die Leute seines Volkes in ihrem Handelsgewinn oder in ihrer Ansiedlung die Frucht seiner Arbeit.“

<sup>2</sup> Der Staatsmann ist dabei natürlich an die Verhältnisse seiner Zeit und seines Volkes gebunden. „Er gleicht darin dem Schiffer: durch Strömungen und Untiefen ver-

heute regelmäßig das Wort „Sozialpolitik“ im engeren Sinne speziell auf den Schutz und die Förderung gesellschaftlicher Gruppen, Stände, „Klassen“, auf deren wirtschaftliche und soziale (d. i. ihre gesellschaftliche Stellung betreffende) Hebung bezogen (Erhaltung und Stärkung des Mittelstandes, Ordnung des Arbeitsverhältnisses, des Arbeitsvertrages, seine rechtlichen Voraussetzungen, seinen rechtlichen und wirtschaftlichen Inhalt, die entsprechende Ordnung der Produktion). Namentlich denkt man dabei wiederum an das Ziel der Sozialreform und Sozialpolitik im engsten Sinne, an die Überwindung der Gegensätze, an das rechte Verhältnis der Erwerbsstände und Berufsgruppen, an das Bestreben, das gelockerte Gemeinschaftsband von neuem fester zu knüpfen. Die Geschichte der Sozialpolitik erschöpft sich demnach kaum in dem Kampf um das Futterquantum, wie Sombart sich ausdrückt, im Gegensatz zum Kampf um den Futterplatz, der den Inhalt der nationalen Politik bilden soll.

Wirtschafts- und Sozialpolitik lassen sich praktisch nicht scharf voneinander trennen; sie greifen vielmehr vielfach ineinander über<sup>1</sup>. Da von Wirtschafts- und Sozialpolitik noch wiederholt die Rede sein wird, mögen an dieser Stelle unsre kurzen Andeutungen genügen.

**9. Der Staatssozialismus.** Prinzipiell gefaßt sind Staatszweck und Aufgaben der Staatsgewalt zu allen Zeiten dieselben. In ihrer historischen Erscheinung, ihrem konkreten Inhalte nach aber werden die Aufgaben und Leistungen des Staates sich anders gestalten bei der Vorherrschaft der auf Einzelproduktion beruhenden, sich selbst genügenden Familienwirtschaft, anders, wenn der wirtschaftliche Verkehr immer weitere Kreise zieht, immer mehr über die Einzelwirtschaft hinausgreift, über die Grenzen des Dorfes und der Stadt hinaus schließlich das ganze Volk in einer durch vielfache Bande gefestigten wirtschaftlichen Einheit zusammenschließt. Diese geschichtlich wachsende Ausdehnung und Komplikation der Staatsaufgaben mag die Gefahr einer Überschreitung der rechten Grenzen in sich schließen, aber sie steht an sich keineswegs im Widerspruch mit dem naturrechtlichen Staatszweck, erscheint vielmehr gerade als die geschichtliche Erfüllung dieses Zweckes, entsprechend den wechselnden historischen Bedingungen der öffentlichen Wohlfahrt, den von Stufe zu Stufe veränderlichen und wachsenden Bedürfnissen nach staatlichem Schutz und staatlicher Hilfe. Verwerflicher Staatssozialismus liegt erst dann vor, wenn der Staat die privatrechtliche und privatwirtschaftliche Sphäre nicht mehr als ein, auch ihm selbst gegenüber, durch natürliche Rechte umhegtes Gebiet anerkennen will, durch Rechte, die aller staatlichen Befugnis und allem positiven, staatlichen Rechte vorausgehen,

folgt er ein (selbstgesetztes) Ziel, das von fern über den Gewässern leuchtet. Aber er wird dieses Ziel nur dann erreichen, wenn er Winde und Strömungen klüglich benützt, Untiefen vermeidet und sein Fahrwasser kennt. In ähnlicher Weise begrenzt die wirtschaftliche Gelegenheit den politischen Willen. Zwar sind diese Grenzen elastisch: sie können durch den Genius des Staatsmannes oder durch den nationalen Aufschwung des Volksganzen unter Umständen weit hinausgeschoben werden; aber beseitigen lassen sie sich nicht“ (G. v. Schulze-Gaevernitz, *Britischer Imperialismus* [1906] 243).

<sup>1</sup> Vgl. L. v. Wiese, *Einführung in die Sozialpolitik* (1910) 5 ff.; Thissen-Van den Boom, Artikel „Sozialpolitik“ im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* IV<sup>4</sup> 1270 ff.; O. Spann im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXXIV (1912) 545 ff.; Adolf Günther, *Sozialpolitik. I. Theorie der Sozialpolitik* (1922 usw.); *Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie* III (1910) 326 ff.



die er achten und schützen muß, nicht aber verletzen darf, wenn der Staat sich an die Stelle der „Gesellschaft“ setzt, sich selbst zum Subjekt der Volkswirtschaft macht, den volkswirtschaftlichen Prozeß in diesem oder jenem Grade in eine staatswirtschaftliche Funktion umwandelt<sup>1</sup>. Seinem innersten Kern und Grunde nach besteht der Staatssozialismus in der prinzipiellen Verneinung und praktischen Gefährdung des rechtmäßigen Bestandes der privatwirtschaftlichen Ordnung, beruht letztlich auf der theoretischen Leugnung bzw. praktischen Mißachtung des natürlichen Rechtes, der natürlichen Gerechtigkeit und damit jeder prinzipiellen Schranke der Staatstätigkeit und der Staatswirtschaft.

Kein Staatssozialismus ist es also, wenn der Staat die Freiheit der Bürger beschränkt, wo der Schutz des Rechtes der Privaten und der Gesamtheit eine solche Beschränkung unzweifelhaft fordert, z. B. durch gesetzliche Regulierung der Privatbetriebe zum Schutze der Rechte der Arbeiter. Kein Staatssozialismus ist es, wenn der Staat sich bemüht, einander widerstrebende Interessen verschiedener Gruppen oder Klassen nach den Forderungen des Gesamtwohles miteinander auszugleichen. Kein Staatssozialismus ist es, wenn der Staat die Bürger auch zu positiven Leistungen für die Gesamtheit nach Maßgabe der verteilenden Gerechtigkeit anhält. Kein Staatssozialismus wäre es, eine Verstaatlichung von bisher privatem Eigentum oder privatwirtschaftlicher Produktion — unter vollem Ersatz des Wertes wohlervorbener Rechte — herbeizuführen, wenn die Verstaatlichung als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit klar erwiesen ist, d. h. wenn bei Allgemeinheit eines Bedürfnisses dessen Befriedigung auf privatwirtschaftlichem Wege entweder überhaupt nicht oder doch nicht ohne Gefährdung und Schädigung des Publikums möglich ist. Kein Staats- oder Gemeindesozialismus ist es, wenn die öffentlichen Körperschaften innerhalb oder in der Nähe des Stadtgebietes zum Schutze berechtigter Interessen in ausgedehntem Maße Grundeigentum erwerben, soweit andere Mittel und Wege fehlen oder versagen. Ebenso wenig kann eine Landgemeinde, die zur Ergänzung der privatwirtschaftlichen Existenz ihrer Glieder Wald, Weide u. dgl. besitzt und diesen Besitz vermehrt, ohne weiteres sozialistischer Tendenzen beschuldigt werden usw.

Aber als „staatssozialistisch“ gilt es, wenn unter Berufung auf ein angebliches „Gesetz“ der fortschreitenden Staatstätigkeit die private Freiheit, das Privateigentum und die private Wirtschaft wie ein der freien staatlichen Verfügung überantwortetes Material behandelt wird ohne Rücksicht auf natürliche und wohlervorbene Rechte, wenn die Freiheit und die private Wirtschaft in einer Weise beschränkt, bürokratisch „geregelt“ werden, die durch unabwiesbare Forderungen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohles sich nicht begründen lassen. „Staatssozialismus“ nennt man es insbesondere, wenn die Verstaatlichung nicht mehr aus der Natur des einzelnen Wirtschaftszweiges oder durch besondere Verhältnisse, die seine publizistische Ausgestaltung als eine unabwiesbare Notwendigkeit für die Befriedigung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse erscheinen lassen, begründet, vielmehr als Mittel zur direkten Lösung des „Verteilungsproblems“ angestrebt wird. Für Wirtschaftszweige, die sich durch staatliche Verwaltungsorgane angeblich ökonomisch-technisch gut betreiben lassen,

<sup>1</sup> Wenn gesagt wird, der Staat sei im wesentlichen nur „ergänzend“ tätig, so besagt das noch keineswegs ein „laissez aller“ im individualistischen Sinne. Über die Gefahr einer solchen Deutung vgl. Seligman, *Principles of economics*<sup>2</sup> 1906 38 f.

ist damit die grundsätzliche Berechtigung zur Verstaatlichung noch keineswegs ohne weiteres von selbst gegeben; und auch gegenüber staatlichen Monopolisierungen aus finanziellem Interesse gibt es prinzipielle Schranken.

Der Staatssozialismus überspannt den Staatsbegriff; er gestattet oder fordert eine Staatsintervention auf wirtschaftlichem Gebiete, die weit über die durch den Staatszweck gesetzten Grenzen hinausgeht, und die schließlich die Leitung und Regelung des wirtschaftlichen Lebens fast ganz dem freien Ermessen der Staatsgewalt anheimgeben würde. „Von den extremen oder konsequenten Sozialisten unterscheiden sich die Staatssozialisten“, sagt Cathrein<sup>1</sup>, „dadurch, daß sie nicht prinzipiell das Privateigentum, die heutigen Ständeunterschiede, kurz die heutige Gesellschaftsordnung beseitigen wollen. Nur soll nach ihnen der Staat durch sein Eingreifen die heutigen sozialen Gegensätze aussöhnen und deshalb so viel von den Produktionsmitteln in Staatseigentum oder unmittelbaren Staatsbetrieb überführen, als ihm dienlich scheint. Der Staatssozialismus stellt die Grenzregulierung zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht in das Belieben der Staatsgewalt.... Eine stillschweigende Voraussetzung des Staatssozialismus ist, daß es kein vom Staate unabhängiges Naturrecht gebe, daß insbesondere das Privateigentumsrecht nur ein positives, von der Staatsgewalt gewährtes und deshalb unter Umständen widerrufliches Recht sei. Eine weitere unhaltbare Voraussetzung der Staatssozialisten ist eine unrichtige Auffassung der austeilenden Gerechtigkeit. Sie nehmen an, Gegenstand der austeilenden Gerechtigkeit seien nicht bloß die öffentlichen Güter, sondern ausnahmslos alle Güter im Staate, gleichviel ob private oder öffentliche; es sei deshalb ihre Aufgabe, zu bewirken, daß jeder nach Maßgabe seiner Verdienste Eigentum (Einkommen) besitze. Das ist aber eine unwahre und unmögliche Forderung.“<sup>2</sup>

Der Staatssozialismus läßt jedoch Grade zu. In seiner extremsten Ausbildung glaubt er an eine, allerdings noch in grauester Zukunft liegende, vollkommen sozialistische Ordnung, nur daß er dabei den Staat und nicht die „Gesellschaft“ als Subjekt, als Träger des volkswirtschaftlichen Prozesses gelten läßt, wie er auch für die Gegenwart, im Unterschiede von dem demokratischen Sozialismus, einer starken, monarchischen Staatsgewalt das Wort redet. Während ferner der demokratische, marxistische Sozialismus die „Vergesellschaftung“ der gesamten Produktion letztlich auf einen Zug erstrebt (Katastrophentheorie), fordert selbst der extreme Staatssozialismus in der Praxis bloß die allmähliche Verstaatlichung von Fall zu Fall. Er will nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf einmal beseitigen, sondern immer nur so viele Produktionsmittel in den

<sup>1</sup> Moralphilosophie II<sup>5</sup> 521. v. Vollmar sagte: „Man kann unter Staatssozialismus, ganz allgemein genommen, den Grundsatz verstehen, daß der bestehende Staat nicht bloß eine Organisation zu politischen Zwecken sei, sondern daß sich seine Souveränität auch auf das volkswirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfange erstrecke, so daß dem Staate nicht nur die Regelung des ganzen Verhältnisses zwischen Arbeitern und Unternehmern zusteht, sondern daß auch die Überführung beliebiger Teile der Gütererzeugung unter die Oberleitung und selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates in seiner Befugnis liege.“ Diese Definition könnte zu Mißverständnissen Anlaß bieten, wenn sie jede Intervention des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete, auch die innerhalb der Grenzen des Staatszweckes liegende, als „staatssozialistisch“ bezeichnen wollte.

<sup>2</sup> Vikt. Cathrein, Moralphilosophie II<sup>5</sup> 239 ff. Vgl. die Lehre von der Einkommens- und Vermögensbildung im fünften Bande dieses Werkes.

direkten Staatsbetrieb übernehmen, wie bei fortschreitender großindustrieller Entwicklung zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze usw. als zweckmäßig erscheinen mag.

Der Klassiker des modernen deutschen Staatssozialismus ist Karl von Rodbertus-Jagetzow. Rodbertus wurde am 12. August 1805 zu Greifswald geboren, wo sein Vater als Professor des römischen Rechts wirkte. Er studierte Jurisprudenz in Göttingen und Berlin, blieb jedoch nur kurze Zeit im Justizdienst, lebte seit 1834 auf dem im pommerschen Kreise Demmin gelegenen Gute Jagetzow, nahm lebhaften Anteil am politischen Leben und war 1848 für etwa 14 Tage Kultusminister im Kabinett Auerswald-Hansemann. Er starb am 6. Dezember 1875. Von seinen Schriften kommen namentlich in Betracht: „Zur Erkenntnis unsrer staatswirtschaftlichen Zustände“ (1842; Soziale Briefe an v. Kirchmann 1850, der 2. und 3. Brief zusammen unter dem Titel: „Zur Beleuchtung der sozialen Frage“ (1875), der 4. Brief: „Das Kapital“, aus dem literarischen Nachlaß herausgegeben von A. Wagner und Th. Kozak II. 1884; ferner: „Die Handelskrisen und die Hypothekennot der Grundbesitzer“ 1858.; „Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnot des Grundbesitzes“ (2 Bde. 1868/69; ferner die Aufsätze in Hildebrands Jahrbüchern der Nationalökonomie und Statistik II—VIII. Unter dem Titel „Rodbertus-Jagetzows sozialökonomische Ansichten“ hat Theophil Kozak (1882) eine Zusammenstellung der Lehren Rodbertus' geboten. Auch die von Rudolf Meyer herausgegebenen „Briefe von Rodbertus“ 2 Bde. geben manche Aufschlüsse über Rodbertus' Stellung in der Wissenschaft.

Rodbertus unterscheidet zwischen „Staat“ im weiteren und engeren Sinne. Im weiteren Sinne bezeichnet „Staat“ denjenigen sozialen Körper, der schon eine staatliche Organisation besitzt, und zwar den ganzen sozialen Körper dieser Art. Im engeren Sinne bedeutet „Staat“ nur einen Teil eines solchen sozialen Körpers, nämlich die zentraleren Organe (Staatsgewalt), die dem andern Teile, der „Gesellschaft“, gegenübergestellt werden. „Dieser ebenfalls „Staat“ genannte, nur zentrale Teil eines solchen sozialen Körpers verändert sich nun aber nach den verschiedenen Entwicklungsstufen des staatlichen Lebens. Er nimmt an Umfang und an Wirksamkeit extensiv und intensiv zu. . . . Deshalb ist es auch ein vergebliches Bemühen, den Bereich des Staates in diesem engeren Sinne von dem der Gesellschaft durch eine ein für allemal gültige Grenze abscheiden zu wollen. Auf jeder neuen Entwicklungsstufe überspringt die Geschichte diese Grenze. So ändert sich dies staatliche Gebiet im engeren Sinne nicht bloß von Staatenordnung zu Staatenordnung — auch in jeder der aufeinanderfolgenden Staatenarten wird es ein anderes, es ist z. B. innerhalb der antiken Ordnung auf der Entwicklungsstufe der Polis ein anderes gewesen als auf der des Kastenstaates, oder innerhalb des germanischen Staates auf seiner bürokratischen Entwicklungsstufe ein anderes als auf seiner ständischen. Also höchstens nur relativ gültig, nur für eine und dieselbe Staatenart, z. B. den heutigen Repräsentativstaat, ließen sich Staat und Gesellschaft gegenseitig abgrenzen.“<sup>1</sup> In seiner Rolle als „gesellschaftliche Vorsehung“<sup>2</sup> wird der Staat im engeren Sinne durch jede Gefährdung der Kultur-entwicklung zum Eingreifen genötigt, so durch das, was man heute die „soziale

<sup>1</sup> Kozak, Rodbertus-Jagetzows sozialökonomische Ansichten 191 f. Vgl. auch Oskar Nacht, Rodbertus' Stellung zur sozialen Frage (1908).

<sup>2</sup> Rodbertus, Zur Erklärung und Abhilfe der Kreditnot II 370.



Frage“ nennt. Die Maßregeln aber, die Rodbertus hierüber vorschlägt, sind sehr radikale. Sie bedeuten eine weitgreifende Einführung des „Systems der Staatsleitung“ mit Rücksicht auf die Verteilung des Nationalprodukts. Hören wir die Begründung. „Eigentum (Grund- und Kapitaleigentum)“, sagt Proudhon, „ist Diebstahl, Sklaverei, Mord. Wenn Grund- und Kapitaleigentum deshalb Diebstahl ist, weil es den Produzenten einen Teil ihres Produktwertes raubt, Sklaverei deshalb und Mord, weil sie den Menschen um seine freie Entwicklungsfähigkeit bringt, so herrscht selbst in demokratischen Institutionen, die bei Grund- und Kapitaleigentum auch für den Arbeitslohn den ‚freien Verkehr‘ beibehalten, nicht bloß Diebstahl, sondern auch Mord. Denn solange die Arbeiter, sogar in ihrem Produktteile, von den Früchten der zunehmenden Produktivität ausgeschlossen sind, werden sie auch sicherlich um ihre freie Entwicklungsfähigkeit gebracht. Ihre materielle Lage wird mit Gewalt — der Gewalt der Dinge — auf dem Niveau des notwendigen Unterhaltes und ihre moralische und geistige Entwicklung auf dem ihrer materiellen Lage festgehalten. Bei freier Konkurrenz für den Arbeitslohn besteht auch noch im Grund- und Kapitaleigentum die Sklaverei wesentlich fort.“<sup>1</sup> Ja, wenn „der Verkehr in Bezug auf die Verteilung des Nationalproduktes sich selbst überlassen bleibt“, dann werden „gewisse, mit der Entwicklung der Gesellschaft verbundene Verhältnisse bewirken, daß bei steigender Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit der Lohn der arbeitenden Klassen ein immer kleinerer Teil des Nationalproduktes wird“<sup>2</sup>. Mit der Ausnutzung neuer Erfindungen, mit den Fortschritten der Technik im Maschinenbetrieb wird die Arbeit produktiver, d. h. ein gleiches Quantum Arbeit stellt mehr Produkt her als früher. Man sollte erwarten, daß dementsprechend auf den Lohn eine verhältnismäßig größere Quote des Nationalproduktes entfallen würde. Allein die Arbeiter erhalten überhaupt keine Quote des Nationalproduktes, und der Arbeitslohn gilt heute keineswegs als Anteil am Produkt. Ihre wirtschaftliche Lage, ihr eigener Hunger und die Leiden ihrer Familien zwingen vielmehr die Arbeiter, darauf zu verzichten, daß ihre Arbeit nach deren Produktivität und nach der Zunahme dieser Produktivität im Tausche vergütet werde. Wo die freie Konkurrenz herrscht, werden sie immer schließlich sich bloß mit einer „Quantität Produkt“ begnügen müssen, die „in dem Zeitraum eines Arbeitslebens, in demselben Lande und im Durchschnitt der Jahreszeiten so ziemlich eine gleiche Quantität“<sup>3</sup> bleibt, nämlich soviel, als notwendig ist, den Arbeiter und seine Familie am Leben zu erhalten. Darum betrachtet Rodbertus als den eigentlichen Kern der brennenden sozialen Frage, dem Arbeiter eine der steigenden Produktivität der Arbeit entsprechende, im Verhältnis mitsteigende Quote des Nationalproduktes zu verschaffen. Überläßt man aber die Verteilung des Nationalproduktes dem freien Verkehr, dann wird dieses Ziel nie und nimmer erreicht, die Quelle von Pauperismus und Handelskrisen nicht verschlossen werden. Darum muß der Staat jene Verteilung selbst direkt bestimmen, indem er durch ein neues Lohnsystem dem Arbeiter bei Steigerung der nationalen Produktivität eine Steigerung seines Einkommens sichert.

Es ist wohl zu beachten, daß Rodbertus fürs erste das Kapital nicht aller seiner bisherigen Funktionen entkleidet. Nur der bisherige Zustand soll beseitigt, ein Normalarbeitstag und Normalarbeitslohn eingeführt und das Verhältnis zwischen

<sup>1</sup> Rodbertus, Das Kapital 204 f.

<sup>2</sup> Rodbertus, Soziale Frage 24.

<sup>3</sup> Ebd. 48.

den nationalen Einkommenszweigen: Arbeitslohn, Staatsbedarf und arbeitslosem Einkommen (Grundrente und Kapitalgewinn), unmittelbar durch den Staat festgesetzt werden<sup>1</sup>. Das unmittelbare Eingreifen der Staatsgewalt, die direkte Staatsregelung für einen wichtigen Bestandteil des volkswirtschaftlichen Lebens ist für Rodbertus aber nur der erste Schritt zur Verdrängung der Volkswirtschaft durch die Staatswirtschaft, der Gesellschaft durch den Staat. Das Privateigentum am Boden und Kapital soll nämlich für die Gegenwart noch nicht beseitigt werden. Der „erziehenden Gewalt“, welche Grund- und Kapitaleigentum üben, kann die Gesellschaft heute noch nicht entraten. „Die sittliche Kraft des Volkes“ ist noch nicht „groß genug, um aus freiem Willen auf dem Wege der nationalen Arbeit, das ist des nationalen Fortschrittes, zu beharren, ohne daß, wie heute, der Zwang des Grund- und Kapitaleigentums es darauf festhält und selbst mit der Geißel der Not darauf vorwärtstreibt“<sup>2</sup>. Die Verstaatlichung eines Erwerbszweiges soll daher heute nur dort stattfinden, wo die Abstellung eines besonders großen Übels oder die Erzielung eines großen, allgemeinen nationalen Vorteils in Frage kommt: so vornehmlich rücksichtlich des Banknotenswesens und der Eisenbahnen, da die Privatbanken die landwirtschaftliche Produktion zu wenig berücksichtigen und die Privatbahnen das Frachten versendende Publikum schikanieren. Aber heute schon gelten die Grund- und Kapitaleigentümer Rodbertus als Funktionäre des Staates, der Nation, deren Obererigentum am Boden und Kapital von ihm stillschweigend vorausgesetzt wird. „Das Grund- und Kapitaleigentum ist zugleich eine Art Amt, das nationalökonomische Funktionen mit sich führt, Funktionen, die eben darin bestehen, die ökonomische Arbeit und die ökonomischen Mittel der Nation dem nationalen Bedürfnis entsprechend zu leiten, also diejenigen Funktionen zu üben, die in dem Gesamteigentumszustande durch nationale Beamte geübt werden würden. Die günstigste Seite also, die man von diesem Gesichtspunkt aus der Rente, der Grundrente wie dem Kapitalgewinn, abgewinnen kann, ist die, daß sie die Gehälter solcher Beamten vertritt, daß sie eine Gehaltsform darstellt, bei welcher der Beamte an der richtigen Übung seiner Funktionen auch pekuniär stark interessiert ist.“<sup>3</sup>

Der zweite Schritt, die Vollendung der Staatswirtschaft, gehört der Zukunft an, wenn auch bis dahin „noch mancher Tropfen zum Meere eilen wird“<sup>4</sup>. „Wir begreifen freilich in der Wissenschaft auch heute schon unter Staatswirtschaft die National- oder Volkswirtschaft so gut wie die Finanzwirtschaft. Allein der Form nach ist offenbar nur erst die Finanzwirtschaft allein Staatswirtschaft, hingegen die Volkswirtschaft nur erst eine Quasi-Staatswirtschaft: denn wenn letztere ohne Voraussetzung des Staates gar nicht existieren kann, so entzieht ihr doch vorläufig Grund- und Kapitaleigentum diejenigen wesentlichen Requisite, die zur Vollendung dieser Form gehören würden. Aber der Geist der Geschichte ist bekanntlich ein trefflicher Minierer. Indem er uns in der Sprache instinktiv einen Begriff (Staatswirtschaft), der schon

<sup>1</sup> Rodbertus, Der Normalarbeitstag. Separatabdruck aus der Berliner Revue 1871. Vikt. Cathrein, Sozialismus<sup>10</sup> 1910 465 ff. A. Menger, Recht auf den vollen Arbeitsertrag (1910) 90.

<sup>2</sup> Rodbertus, Zur Beleuchtung der sozialen Frage I 28. Kozak, Rodbertus 193.

<sup>3</sup> Rodbertus, Zur Erklärung und Abhilfe II 273 f., A. 77. <sup>4</sup> Ebd. 273.

Ziel und Wesen vollständig einschließt, voraus fassen läßt, weist er auch schon allen unsern betreffenden Gedanken und Tätigkeiten die Richtung auf dieses Ziel und Wesen an, und wir selbst vollführen, wenn auch meist unbewußt... seinen uns in einem bloßen Wort diktierten Willen. Diesen Willen zu erkennen und ... immer nur nach dem Maße der gegebenen geschichtlichen Voraussetzungen und so schmerzlos für die Individuen wie möglich zu verwirklichen, ist Politik, innere Politik, Staatswissenschaft und Staatskunst<sup>1</sup>. Wird dieser Zustand dereinst verwirklicht sein, dann „erst, bei Kommunismus an Boden und Kapital, ist die Gesellschaft vollständig befreit, sowohl von individuellem wie von gesellschaftlichem Despotismus, von der Herrschaft einzelner wie von dem, was die Alltagsmeinung im Kommunismus fürchtet... Nicht der Individualismus, sondern der Sozialismus schließt die Reihe der Emanzipationen, die mit der Reformation begonnen haben. Erst dieser erteilt jenem seine letzte Weihe. Daher bin ich auch der Überzeugung ... daß, wenn jemals Recht und Freiheit vollständig auf Erden herrschen sollen, die Gesellschaft einem Zustand, wie ich ihn geschildert habe, entgegengehen muß. Ich gestehe offen, ich meinerseits glaube an die der-einstige Aufhebung des Grund- und Kapitaleigentums. Geschichte, Gegenwart und Wissenschaft haben diesen Glauben gleich sehr in mir begründet.“<sup>2</sup> Bekennt sich also Rodbertus in der Tat zum „Sozialismus“, so ist doch nicht der sozialdemokratische Zukunftsstaat sein Ideal, er erwartet das Heil von dem historisch überlieferten Staate, und zwar von einem Cäsar aus dem Hause der Hohenzollern<sup>3</sup>.

Nach Rodbertus galt Adolf Wagner als Hauptvertreter des Staatssozialismus in Deutschland. Allein es war doch nicht der Staatssozialismus schlechthin, zu dem sich Wagner bekannte, sondern, wie er selbst sagte<sup>4</sup>, „ein Staatssozialismus“, es waren „staatssozialistische“ Anschauungen bestimmter Art, ein System, das „eine vermittelnde Stellung in Theorie und Praxis zwischen... Individualismus und Sozialismus“<sup>5</sup> einnahm, das also nicht wirklicher Sozialismus, auch kein Staatssozialismus war, so wie Rodbertus ihn verfochten hatte. Wagner (wie ebenfalls Schäffle) verlangte keineswegs grundsätzlich Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und erwartete die tatsächliche Beseitigung auch nicht von der zukünftigen Entwicklung; er überließ vielmehr die Entscheidung über die Ausdehnung der Gemeinwirtschaft dem vernünftigen, durch die Zeitbedürfnisse gelenkten Ermessen der jeweiligen Staatsleiter. Diese Auffassung hängt zusammen mit der Lehre Wagners vom Privateigentum, das ihm als eine Schöpfung des Staates gilt. Dadurch wurde allerdings der rechtliche Bestand einer privatwirtschaftlichen Ordnung wesentlich geschwächt.

<sup>1</sup> Rodbertus, Zur Erklärung und Abhilfe 281, A. 80.

<sup>2</sup> Rodbertus, Kapital 220 f.

<sup>3</sup> Kozak, Rodbertus 192. Über Rodbertus vgl. H. Dietzel, Karl Rodbertus, Darstellung seines Lebens und seiner Lehre (1886/88), G. Adler, Rodbertus, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus (1883); C. Gerlach, Rodbertus-Jagetzows Lehre von der heutigen Verteilung des Nationaleinkommens, in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1891; Emele, Der Sozialismus, Rodbertus-Jagetzow, das Manchesterturn und der Staatssozialismus (1885); Historisch-politische Blätter XC1 651; CVIII 63 ff. Elisabeth v. Bradke, Die Gesellschaftslehre von Karl Rodbertus-Jagetzow, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik L (1922) 34 ff.

<sup>4</sup> Grundlegung I 1, 61.

<sup>5</sup> Ebd. 59.



indem der Eigentümer mehr oder minder den Charakter eines öffentlichen Funktionärs annahm, der bloß mit Ermächtigung der Gesamtheit und in deren Auftrag sein Eigentum verwaltet. Man wird diesen Grundanschauungen Wagners schwerlich folgen können, auch Bedenken tragen, mit Wagner von einem „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen bzw. der Staatstätigkeiten bei fortschreitenden Kulturvölkern“ zu sprechen<sup>1</sup>, selbst wenn dieses „Gesetz“, weniger streng gefaßt, als Ausdruck von bloßen „Gestaltungstendenzen“ der wirklichen Erscheinungen verstanden wird. Würde nämlich eine solche „Gestaltungstendenz“ als „Gesetz“ der fortschreitenden Kulturentwicklung bezeichnet, so deutete das doch wohl zu sehr auf einen dauernden kausalen Zusammenhang zwischen Kulturentwicklung einerseits und fortschreitender staatlicher Tätigkeit, fortschreitender Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft, fortschreitender Verdrängung der Privatwirtschaft durch gemeinwirtschaftliche Formen anderseits hin. Diese Konstanz des ursächlichen Zusammenhanges vorausgesetzt, würde uns aber die aufsteigende Kulturentwicklung schließlich und letztlich mit Notwendigkeit doch in eine sozialistische Gesellschaftsordnung hineinführen, in einen Zustand, welchen Wagner in seinen Schriften und in seinen Vorlesungen immer wieder als auf die Dauer unmöglich und des Menschen unwürdig bezeichnete. Ihm war, wie gesagt, die völlige Beseitigung des Grund- und Kapitaleigentums durchaus nicht das Ziel der geschichtlichen Entwicklung, und eben darum schon stand er den Fragen der Verstaatlichung vorsichtig, mit größerer Zurückhaltung gegenüber.

Bereits Dupont-White hatte die These von einer progressiven Staatsintervention aufgestellt<sup>2</sup>. Die Zivilisation, sagt Paul Cauwes<sup>3</sup>, bedeutet eben Wachstum des Lebens. Zu einem intensiveren Leben aber gehören zahlreichere und stärkere Organe. Auch die Rolle des Staates, der öffentlichen Körper überhaupt, erweitert sich und nimmt neue Formen an. Je mehr mit fortschreitender Arbeitsteilung, mit immer größerer Ausdehnung des Verkehrs usw. die tatsächliche Abhängigkeit der Volksgenossen voneinander an Umfang und Intensität wächst, bedarf es, wie wir gesehen, eines stärkeren staatlichen Rechtsschutzes und einer ausgedehnteren Ergänzung durch öffentliche Einrichtungen. Insofern kann man in der Tat von einer progressiven Tätigkeit der öffentlichen Korporationen, des Staates, der Provinz, der Gemeinde, der öffentlichen Berufsstände sprechen. Namentlich aber in Zeiten, die auf eine Epoche individualistischer Auflösung folgen, ist die Tendenz wachsender Staatstätigkeit sehr wohl begreiflich und zunächst nicht minder durchaus am Platze. Allein für diese Ausdehnung der Staatstätigkeit finden sich, sobald sie ihr den gegebenen Verhältnissen entsprechendes Ausmaß erlangt hat, immer wieder Ruhepunkte. Überdies gibt es Grenzen der Staatstätigkeit, die nicht ohne weiteres überschritten werden dürfen und können.

Prinzipiell darf das Privateigentum und die Privatwirtschaft von keinem Gebiet verdrängt werden, wo ihr Bestand und ihre Wirksamkeit den Forderungen des Gemeinwohls genügen kann. Vielmehr findet eine Beschränkung der Freiheit lediglich nach den Postulaten der sozialen Gerechtigkeit, eine Vertretung der privaten durch öffentliche Wirtschaft ausschließlich und allein und nur auf solchen

<sup>1</sup> Grundlegung III<sup>3</sup> (1893) 884.

<sup>2</sup> Vgl. *Revue des Deux Mondes*, 1 décembre 1889. Dupont-White, *L'individu et l'État* (1857).

<sup>3</sup> *Cours d'économie politique* IV<sup>3</sup> (1893) 604.

Gebieten statt, wo die unzweifelhafte volkswirtschaftliche Notwendigkeit im Hinblick auf die Gesamtheit das Zurücktreten einer unfähigen, für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft ungeeigneten oder gar schädlichen Privatwirtschaft rechtlich erheischt. Kurz, die wachsende Staatstätigkeit gilt uns nicht als ein Gesetz, nicht als eine mit konstanter Kausalität wirkende Tendenz, sondern lediglich als Mittel zum Zweck, selbst beherrscht durch ein höheres Gesetz: das Gemeinwohl des ganzen Volkes, welches nur im Falle offener Kollision die Beschränkung der privaten Freiheit fordert, das private Interesse unter die öffentlichen Interessen beugt, das Zurückweichen der privaten Wirtschaft vor der öffentlichen Wirtschaft als nötig erscheinen läßt.

Aber auch ökonomisch und technisch betrachtet kann es sich stets nur um ein in etwa verschiedenes Maß der Zentralisation und Dezentralisation handeln. Die volle staatswirtschaftliche Zentralisation wird keine zukünftige Entwicklung uns bringen. Dieselben Faktoren, welche vielleicht zuweilen die Ausdehnung öffentlich-wirtschaftlicher Formen bis heute als günstig erscheinen ließen, setzen jeder das rechte Maß überschreitenden Einführung öffentlicher Wirtschaft auf die Dauer unübersteigbare Grenzen. Für das große agrarische Gebiet liegt der Fortschritt keineswegs in der Richtung der öffentlichen Wirtschaft. Hier hat die Entwicklung der Technik unzweifelhaft einen dezentralisierenden Einfluß ausgeübt. Die intensive Wirtschaft spezialisiert und individualisiert sich da und erzielt, wie bereits bemerkt wurde, gerade in kleineren und mittleren Betriebseinheiten größere Erfolge als im extensiven Großbetrieb. Das haben auch Sozialisten wie Vollmar, David, Bernstein anerkannt. Aus demselben Grunde werden die staatlichen Domänen vielfach Pächtern zur Bewirtschaftung überwiesen, weil eine individuelle, intensive Bewirtschaftung nur so ermöglicht wird, nicht aber bei der staatlichen Selbstbewirtschaftung durch Beamte, die an schablonenhafte Kontrollvorschriften gebunden wären. Spricht man ferner von staatlicher Industrie, so denkt man regelmäßig an große, für Massenproduktion eingerichtete Veranstaltungen. Allein auch in der Industrie gibt es Maxima der Produktivität, über welche keine Ausdehnung des Betriebs hinausreichen kann. Der in seiner Allgemeinheit gewiß richtige Satz, daß die wirtschaftliche Überlegenheit großer Unternehmungen teilweise in den relativ geringeren Generalunkosten beruhe, die bei weitem nicht proportional mit der Ausdehnung des Betriebes wachsen, darf nicht zu falschen Schlußfolgerungen verleiten. Die Leistungsfähigkeit der besten Maschinen hat ihre Grenzen, und die wirtschaftliche Möglichkeit einer Steigerung der Produktivität reicht nicht einmal so weit wie die technische Möglichkeit. Eine große Fabrik kann unter Umständen weniger rationell wirtschaften, ökonomisch unproduktiver sein als eine mittlere und kleine Unternehmung. Dazu kommt, daß die noch fortschreitende Kultur vielleicht eher eine Individualisierung der Bedürfnisse erwarten läßt mit Beschränkung genereller Bedürfnisse und Befriedigung derselben durch Massenproduktion auf ganz bestimmt umgrenzte Gebiete. Irgendwelche Konkurrenz vorausgesetzt, wird der stets etwas schwerfällige öffentliche Betrieb im Verhältnis zum Privatbetrieb als minderwertig insbesondere überall da erscheinen, wo das spekulative Moment auf gewerblichem Gebiete in den Vordergrund tritt, wo der Betrieb eine leichte Beweglichkeit erheischt, um rasch wechselnden Konjunkturen des Marktes sich anzupassen. Wollte man aber auch die Ausdehnung der gemeinwirtschaftlichen Formen sich anders vorstellen, mit Mischung von größeren und kleineren industriellen Anstalten, die Notwendigkeit

einer zentralen Leitung beim vollen Staatssozialismus bliebe doch als ein unüberwindliches Hindernis bestehen. Eine derartige zentrale Leitung würde in ihren obersten Spitzen, bei der Kompliziertheit der Verhältnisse, die Übersicht über das Ganze verlieren, nicht das leisten können, was zahlreiche, selbstinteressierte Unternehmer zu leisten imstande sind. Schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß auch die heute herrschenden demokratischen Ideen doch wohl einer zu weit gehenden staatlichen Bevormundung (und Verstaatlichung) sich gegenüberstellen würden<sup>1</sup>.

Noch sei erwähnt, wie Ad. Wagner selbst seinen „Staatssozialismus“ beschränkt: „Die Ausdehnung der Staatstätigkeit ohne Wahl, ‚aus Prinzip‘, auf Kosten der privatwirtschaftlichen und zum Teil auch der karitativen und übrigen gemeinschaftlichen Tätigkeit“, sagt er<sup>2</sup>, „ist theoretisch falsch und praktisch verwerflich.“ Es will uns demnach scheinen, daß Wagner sich tatsächlich weniger auf staatssozialistische Auffassung festlegt, als es der „staatssozialistische“ Name seines Systems der Wirtschaftspolitik zunächst vermuten läßt. Er verwirft, wie er sagt<sup>3</sup>, nur „einen schrankenlosen Individualismus, nicht aber einen nach sozialen Rücksichten einzuschränkenden“. Als Motiv seiner „staatssozialistischen“ Auffassung bezeichnet er ferner, daß sie dem Sozialismus entgegenkommen wolle, „weil sie dessen Kritik teilweise für berechtigt und dessen Forderungen in Bezug auf die Eigentumsordnung teilweise für erfüllbar und die Erfüllung für erwünscht hält“. Mag in letzterer Hinsicht für den einzelnen Fall eine Verschiedenheit der Ansichten sich ergeben, mag Wagner ferner der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaften, der Verstaatlichung, weniger enge Grenzen ziehen als wir, im Hinblick auf das erstrebte Ziel freuen wir uns, unsrem hochverehrten Lehrer beistimmen zu können. Das Motiv, welches den Ausgangspunkt seines Systems darstellt, bildet eben doch den Kern jeder echt national-ökonomischen Auffassung: allen Volksgenossen nach Möglichkeit die gesicherten Bedingungen zu verschaffen für eine normale und günstige Entwicklung ihrer geistigen und körperlichen Existenz, wobei als wahrer Maßstab fortschreitender Kultur insbesondere die materielle, geistige und soziale Hebung gerade der unteren und mittleren Klassen zu gelten hat.

Wenden wir unsre Aufmerksamkeit nunmehr dem andern Bande der staatlich-gesellschaftlichen Einheit zu, nachdem wir über den Staatszweck uns genügend unterrichtet haben.

**10. Die Autorität im Staate**, als deren Träger die Staatsgewalt erscheint, ist unentbehrlich schon deshalb, weil die Bürger ihre natürliche Freiheit mißbrauchen und dem sozialen Zweck entgegenhandeln können. Darum bedarf es eines innern Prinzips der Einheit, das die Bürger zum geordneten Zusammenleben verpflichten und das Verhalten der einzelnen mit den Zwecken der Gesamtheit in Einklang setzen kann. Wenn aber die Autorität kein bloßes Machtverhältnis sein und nicht ausschließlich auf Gewalt sich stützen will, so muß sie theoretisch und praktisch anerkennen, daß jedes begründete Herrschaftsrecht in der sittlichen Ordnung

<sup>1</sup> Vgl. das in Bd IV, Kap. 4, § 3 über „Sozialisierung“ Gesagte.

<sup>2</sup> Grundlegung I 2, 780 881.

<sup>3</sup> Ebd. I 1, 59.



seine letzte Grundlage besitzt. Diesen Gedanken brachte im Mittelalter die feierliche Krönung und kirchliche Salbung des germanischen Wahlkönigs zum symbolischen Ausdruck. Die Throne erfreuten sich damals größerer Sicherheit als heute. Sie hatten das nach Planck<sup>1</sup> nicht an letzter Stelle gerade dem religiösen und kirchlichen Einflusse zu verdanken.

Die Aufgabe der Staatsgewalt liegt in der Verwirklichung des Staatszweckes. Der Staatszweck begründet ihr Dasein, bezeichnet ihr Ziel, umgrenzt ihre Funktionen. Sie soll helfen in allen Fällen, wo die öffentliche Wohlfahrt es erheischt und die Kraft der einzelnen Bürger, der Familien, der engeren Verbände nicht ausreicht. Sodann soll sie jeden Bürger in seinen natürlichen und erworbenen Rechten schützen. Aber nicht bloß dem einzelnen Bürger gebührt ihr Schutz; auch die Gesamtheit muß gegen solche egoistische Bestrebungen der Gesellschaftsglieder beschirmt werden, die unvereinbar sind mit der öffentlichen Wohlfahrt aller, und welche die allgemeine Möglichkeit, zur Privatwohlfahrt zu gelangen, in Frage stellen. Den Bürgern anderseits liegt die Pflicht ob, zur Erreichung und Bewahrung auch der öffentlichen Wohlfahrt unter Leitung und nach den Forderungen der staatlichen Autorität beizutragen, weil sie als Glieder einer arbeitsteiligen Gesellschaft die Gemeinsamkeit der Interessen anerkennen müssen. Die Verwirklichung des Zweckes der staatlichen Gesellschaft vollzieht sich also nicht ausschließlich durch die Staatsgewalt, sondern durch alle, die zur staatlichen Gesellschaft gehören, deren Zweck sich unterordnen müssen und zu dessen Durchführung, nach Maßgabe ihrer Stellung, berufen sind.

*Erläuterungen:* 1. Die Staatsgewalt ist keine der menschlichen Willkür überlassene Einrichtung; sie führt sich vielmehr, in sich selbst betrachtet, auf die sittliche Ordnung zurück, wenn auch ihre Verknüpfung mit bestimmten Personen und ihre konkrete Ausgestaltung in geschichtlichen Verhältnissen die ausreichende Erklärung findet. Treffend bemerkt der hl. Chrysostomus<sup>2</sup>: „Es gibt keine Gewalt, außer von Gott. Was sagst du? Also ist jeder Fürst von Gott selbst eingesetzt? Das sage ich nicht. Denn ich rede nicht von jedem einzelnen Fürsten, sondern von der Gewalt an sich. Denn daß es eine leitende Gewalt gebe und nicht alles aufs Geratewohl und ohne Ordnung geschehe, das, sage ich, ist ein Werk der göttlichen Weisheit. Deshalb sagt der hl. Paulus nicht: es gibt keinen Fürsten außer von Gott, sondern er spricht von der Gewalt selbst, indem er sagt: es gibt keine Gewalt, außer von Gott.“

2. Ihrem Wesen nach ist die Staatsgewalt kein Privatrecht und keine Summe von Privatrechten (K. L. v. Haller), sondern gehört einer andern Sphäre, dem öffentlichen Recht, an. Das Privatrecht dient den Privatinteressen des Berechtigten, das öffentliche Recht unmittelbar dem Gemeinwohl<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Geschichte der christlichen Gesellschaft II 325.

<sup>2</sup> Homil. 23 in Rom. c. 13.

<sup>3</sup> Vgl. S. Thomas, S. th. 2, 2, q. 42, a. 2 ad 3. Th. Meyer, Institutiones, n. 427.

3. Der geschichtliche Ursprung der konkreten Staatsgewalt ist bei den verschiedenen Staaten verschieden: teils erscheint sie, wie wir sahen, als eine Erweiterung der väterlichen und patriarchalischen Gewalt, teils führt sie sich zurück auf Krieg und Kampf, unter Umständen auch auf die Übertragung seitens des Volkes. Ferdinand Walter<sup>1</sup> wirft den Theologen Bellarmin und Suarez vor, daß deren Theorie vom Ursprung der Staatsgewalt „die Übertragung und Zustimmung des Volkes zum allgemeinen nächsten Rechtstitel für den Besitz der Gewalt durch den Fürsten macht, während sie nur eine außerordentlicherweise eintretende und wirksame Tatsache (*designatio personae*) ist“. Auch Hergenröther<sup>2</sup> urteilt in gleichem Sinne: „Es gibt unzweifelhaft Fälle, in denen eine Übertragung der Autorität durch das Volk und die Zustimmung desselben der Rechtstitel für den Besitz der Gewalt durch den Fürsten ist. Der Fehler der Theorie liegt vorzüglich darin, daß sie diesen Fall zu dem allgemeinen macht, ihn als den überall und stets vorhandenen und geförderten voraussetzt.“ Zu beachten bleibt aber, daß auch die genannten Scholastiker in letzter Linie die Autorität auf Gott zurückführen, welcher unmittelbar dieselbe der geeinten Menge verleihe, während das Volk die Gewalt auf eine bestimmte Person oder eine Mehrheit von Personen übertrage und regelmäßig auch übertragen müsse. Mit der Wahl des Monarchen verliert dann das Volk die höchste Gewalt und kann sie nicht wieder beliebig an sich ziehen. Diese Lehre unterscheidet sich also wesentlich von der Lehre der Volkssouveränität im Sinne der Aufklärungsphilosophie Rousseau<sup>3</sup>, welche im Monarchen nur den absetzbaren Mandatar oder Prokuristen des Volkes erblickte.

Man unterscheidet eine doppelte Staatsform<sup>4</sup>: die monarchische und die demokratische (republikanische).

Die Monarchie erscheint geschichtlich wieder in vier Formen. Das heroische Königtum: hier stützt sich die Macht des Herrschers auf die Würde seines Geschlechts und seiner Abstammung (von Zeus bei den hellenischen Königen, von Wodan bei den Germanen). Patrimonialstaaten sind solche Staaten, in welchen die Staatsgewalt dem Herrscher ausschließlich zusteht, gewissermaßen als Gegenstand eines Eigentumsrechts. Die monarchische Gewalt erscheint dabei als das höchste politische Immobilienrecht, was in dem auf das Land bezogenen Titel der europäischen Könige heute noch zum Ausdruck kommt. Die Lehnsmonarchie beruht auf dem persönlichen Treuverhältnis der mit einem Benefizium bedachten Vasallen gegenüber dem Lehnsherrn. Die moderne konstitutionelle Monarchie<sup>5</sup> sieht in dem Staatsganzen das Höhere, in welchem der Monarch das vornehmste Glied ist und Träger der Staatsgewalt mit größerer oder geringerer Beschränkung. In der absoluten Monarchie erscheint der Fürst als ausschließlicher und unbeschränkter Träger der Staatsgewalt (z. B. im alten Rußland). Der konstitutionelle Monarch ist persönlich unverantwortlich: für Regierungshandlungen tragen die Minister die Verantwortung (Gegenzeichnung erforderlich). Auf diese Weise bleibt

<sup>1</sup> Naturrecht und Politik 252.

<sup>2</sup> Katholische Kirche und christlicher Staat (1872) 472.

<sup>3</sup> Vgl. Th. Meyer, *Institutiones iuris naturalis* II, n. 394 ff., insbesondere n. 403: Vikt. Cathrein, *Moralphilosophie* II<sup>5</sup> 480 ff.

<sup>4</sup> Vgl. *Soziale Revue* I (1900) 320 ff.

<sup>5</sup> Montesquieu verlegt den Ursprung der beschränkten Monarchie, die er im „*Esprit des lois*“ [1748] nach englischem Vorbild empfiehlt in die germanischen Urwälder, eine jedenfalls poetische Auffassung.

die Regierung an die Gesetze gebunden, während der Monarch keiner andern Autorität unterworfen wird. In Bezug auf die Gesetzgebung ist der Monarch auf die Zustimmung der Volksvertretung (und diese auf seine Zustimmung) angewiesen, ohne jedoch sein Ministerium entlassen zu müssen, wenn die Majorität der Volksvertretung einen Gesetzentwurf der Regierung zurückweist. Das ist der Fall in der Republik. Der Präsident muß das unterlegene Ministerium entlassen. Ein Gleiches gilt, wo das republikanische Prinzip der Trennung der Gewalten auf den monarchischen Staat vollkommene Anwendung gefunden hat, das Parlament Träger der gesetzgebenden Gewalt ist, während dem Monarchen nur die Exekutive zusteht (konstitutionalistischer Parlamentarismus, z. B. in England). In der absoluten Demokratie findet sich neben dem Repräsentativsystem noch das sog. Referendum an das Volk zur unmittelbaren Abstimmung über wichtige Fragen. Es ist reine Willkür, wenn Montesquieu im „Geist der Gesetze“ als leitendes Motiv für die Monarchie die Ehre, für die Aristokratie die Mäßigung, für die Republik die Tugend, den Patriotismus bezeichnet. Jedwede Staatsform bedarf solcher Ausstattung, um auf die Dauer bestehen zu können.

5. Der politische Absolutismus ist keineswegs auf die Monarchie beschränkt. Er findet sich unter verschiedenen Staatsformen überall dort, wo Staat und Staatsgewalt kein höheres, von der Staatsgewalt unabhängiges Recht anerkennen. Als einziger oder als Hauptzweck erscheint hier der Staat oder der Fürst selbst in seiner Macht. Recht und Moral, Religion und Tugend werden diesem Zwecke dienstbar gemacht: sie sind Mittel, aber nicht Gesetz für die Politik. So lehrte wenigstens Machiavelli (1469—1527), der Erneuerer des antikeidnischen Absolutismus in seinem an Lorenzo de' Medici gerichteten Buche „Vom Fürsten“. Die von jeder Moral unabhängige Staatskunst trägt noch heute den Namen des Machiavellismus<sup>1</sup>. Als theoretische Vertreter des Absolutismus gelten ferner Wilhelm Barclay (1546—1605), Alberikus Gentilis (1552—1608) zur Zeit Jakobs I. von England, Claudius Salmasius (1558—1655), Thomas Hobbes (1588 bis 1679). Auch Bossuet trat für das unbeschränkte Königtum ein, das er jedoch von der Willkürherrschaft unterschied und dem göttlichen Gesetz unterwarf.

II. Der Staat als moralischer Organismus. Die staatliche Gesellschaft erscheint in unsrer Auffassung als die Verbindung vieler, tatsächlich durch die Natur der Verhältnisse und die Verschiedenheit der Anlagen auch rechtlich einander über- und untergeordneter Glieder, die durch einen gemeinsamen Zweck und eine eigene Autorität zu einer moralisch organischen Einheit zusammengefaßt werden. Der Staat ist somit kein von der Gesamtheit der Staatsglieder gesondertes, sich abhebendes oder auch von den einzelnen Individuen adäquat geschiedenes Wesen, sondern die Gesamtheit selbst, moralisch durch Zweck und Autorität geeint, von den einzelnen Individuen inadäquat geschieden, wie das Ganze vom Teil. Nur eine solche moralische Staatseinheit wird der Persönlichkeit des Staatsbürgers und dem Staate selbst gerecht. Der Mensch geht nicht im Staate auf. Er ist nicht nur Glied des Staates, nicht nur Teil, sondern ist und

<sup>1</sup> Vgl. Weinand, Artikel „Machiavelli“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft III<sup>4</sup> 941 ff.; v. Hertling, Artikel „Absolutismus“ ebd. I<sup>3-4</sup> 59 ff.



bleibt zugleich ein Ganzes, Mensch, Person, Selbstzweck auch im Staate und für den Staat. Der Staat kann nicht als sein einziger, sein höchster Zweck gelten. Zwar erscheint der Bürger dem Ganzen der staatlichen Gesellschaft subordiniert, aber in letzter Linie nur deshalb, damit das staatliche Ganze ihm und allen Hilfe sei, die äußere Basis schaffe für das auf Verwirklichung der berechtigten und namentlich der höchsten Zwecke des menschlichen Lebens gerichtete Streben.

1. So ist denn auch die Funktion der Autorität im Staate und die Funktion der Seele im physischen Organismus wesentlich verschieden. Die Seele ist mit der Materie zugleich Prinzip und Träger der Tätigkeit jedes einzelnen belebten Teiles des Organismus. Nicht so die Autorität im Staat: ihr steht an und für sich keine direkte Leitung der Tätigkeit des einzelnen Bürgers zu. Sie ist nicht deren Prinzip oder Subjekt. Nur für die Gesamtheit hat die Staatsgewalt unmittelbar und positiv zu sorgen. Das private Streben der einzelnen Bürger leitet sie bloß indirekt, indem sie dieselben hindert, die Interessen der Gesamtheit zu schädigen, und anderseits verpflichtet, zum Gemeinwohl beizutragen.

2. Die „organische Staatslehre“ ist nicht Produkt der Neuzeit, vielmehr findet sich dieselbe schon in der scholastischen Philosophie des Mittelalters, wenigstens der Sache und dem Inhalt nach<sup>1</sup>. Gierke versuchte in seinem berühmten Werke „Das deutsche Genossenschaftsrecht“<sup>2</sup> den Nachweis, daß die organische Auffassung dem nationalen deutschen Recht stets eigentümlich gewesen sei. Auch Kant hat, trotz seiner individualistischen Staatslehre<sup>3</sup>, eine Analogie zwischen Staat und Organismus anerkannt, insofern „jedes Glied im Staat nicht bloß Mittel, sondern zugleich auch Zweck sein und, indem es zu der Möglichkeit des Ganzen mitwirkt, durch die Idee des Ganzen seiner Stelle und Funktion nach bestimmt sein soll“<sup>4</sup>. Desgleichen findet sich die organische Auffassung, wenn auch nicht überall völlig abgeklärt, bei den Vertretern der rechtshistorischen Schule. Mit besonderem Nachdruck und Erfolg trat insbesondere Gierke auch prinzipiell für die organische Auffassung ein. Es ist dabei anzuerkennen, daß Gierke von einer Übertragung des naturwissenschaftlichen Begriffs des Organismus auf die Staats- und Rechtswissenschaft nichts wissen will. Doch hat man an seiner Auffassung früher schon getadelt, daß die Selbständigkeit des Staates (der staatlichen Gesellschaft) als einer Verbandsperson gegenüber den Menschen wohl zuweilen etwas zu stark betont werde<sup>5</sup>. In Wahrheit kommt dem Staat lediglich gegenüber den einzelnen ihm bildenden Elementen juristische Selbständigkeit zu.

<sup>1</sup> Vgl. S. Augustinus, *De civitate Dei* I, 19, c. 17. S. Thomas, *S. th.* I, 2, q. 105, und *De regimine principum*. Über die organische Auffassung von Staat, Gesellschaft, Volkswirtschaft bei Adam Müller vgl. Schmollers *Jahrbuch* XXXIV 1910 464 f.

<sup>2</sup> 3 Bde, 1868—1881.

<sup>3</sup> Bezüglich des Überganges der deutschen Philosophie Fichte, Schelling, Hegel) vom Individualismus zum Universalismus vgl. O. Spann, *Neuere sozialphilosophische Literatur*, in *Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Neue Folge III 1912 493 ff. Eine Übersicht über organische Staatstheorien findet sich in F. W. Coker, *Organismic theories of the State* 1910. Coker verhält sich diesen Theorien gegenüber ablehnend.)

<sup>4</sup> Kritik der Urteilskraft § 64. A.

<sup>5</sup> Siehe oben S. 158 f.

während er mit der durch Zweck und Autorität zu einer realen Einheit der moralischen Ordnung verbundenen politischen Volksgemeinschaft zusammenfällt.

3. Wer ein naturrechtliches Fundament des Staates fordert, für den ist die Frage nach der Herkunft der Rechtspersönlichkeit des Staates von selbst erledigt. Wird dieses Fundament geleugnet, so bleibt die Antwort auf jene Frage nicht so leicht. Von sich selbst kann der Staat die Rechtspersönlichkeit kaum empfangen, denn um sich dieselbe verleihen zu können, müßte er sie ja schon besessen haben.

4. Noch einmal möge es uns gestattet sein, auf die sog. Machttheorie, d. h. jene Lehre zurückzukommen, welche in dem Staate lediglich das Ergebnis der tatsächlichen Macht sieht und ihm genau so viele Rechte zuschreibt, als er über Macht verfügt. Diese Lehre wurde schon von Spinoza<sup>1</sup> vertreten. Auch L. v. Haller, der durch die entschiedene Zurückweisung der Hobbes-Rousseauschen Naturzustands- und Staatsvertragslehre sich hohe Verdienste erwarb, spricht von einem „großen, unzerstörbaren Naturgesetz, das nur der Überlegene, der Mächtigere herrschen soll. . . daß da, wo Macht und Bedürfnis zusammentreffen, ein Verhältnis entsteht, kraft welches der ersteren die Herrschaft, dem letzteren die Abhängigkeit und Dienstbarkeit zu teil wird, das aber deswegen nicht minder der Gerechtigkeit gemäß und zu beiderseitigem Vorteil abgeschlossen ist“<sup>2</sup>. Jedenfalls ist bei Haller Macht und Recht keineswegs identisch, vielmehr regelt sich auch in seiner Auffassung der Gebrauch der Macht nach den Forderungen der Gerechtigkeit.

5. Läßt unsre Darlegung den Staat als ein im natürlichen Rechte begründetes Verhältnis klar erkennen, so können wir doch Edgar Löning nicht ganz beipflichten, wenn er das Wesen des Staates mit der Bezeichnung desselben als eines „realen Rechtsverhältnisses zwischen Herrscher und Beherrschten“<sup>3</sup> zu erschöpfen meint. Dieses Rechtsverhältnis bildet ein zwar wichtiges Element des Staatsbegriffs als Band der Einheit des Staates, stellt aber nicht dessen vollen Inhalt dar. Wer vom „Staat“ schlechthin spricht, denkt nicht nur an eine reale Relation zwischen dem Herrscher und dem Beherrschten, sondern an jene natürliche Gesellschaftsform, die über die Familie hinaus den Zwecken des menschlichen Lebens in sozialer Weise dient. Der „Staat“ schlechthin ist die staatliche Gesellschaft, während der Ausdruck „Staatsgewalt“ sich auf das Verhältnis von Herrscher und Beherrschten bzw. die oberste staatliche Funktion bezieht und beschränkt.

Eine allen Anforderungen genügende Definition des Staates hat die Wissenschaft bis jetzt nicht gefunden<sup>4</sup>. Möge darum zum Schlusse

<sup>1</sup> In der posthumen Schrift: *Tractatus politicus* (1677).

<sup>2</sup> K. L. v. Haller, *Restauration der Staatswissenschaft* I<sup>2</sup> 359 473 479.

<sup>3</sup> Artikel „Staat“, im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* VII<sup>3</sup> 702.

<sup>4</sup> Gustav Seidler *Das juristische Kriterium des Staates* [1905], sagt: „Der Staat ist diejenige Entwicklungsstufe der sozialen Lebensformen der Menschen, auf welcher ein selbsthaftes Volk sich als Hoheitssubjekt mit Personal-, Gebiets- und Organhoheit offenbart.“ Eine ausführliche Behandlung der verschiedenen Versuche, den Staatsbegriff zu formulieren, bietet z. B. Werner Rosenberg, *Über den Staatsbegriff*, in *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* LXV 1909 1 ff. Er sagt (S. 22 31): „Staat ist diejenige Gebietskörperschaft d. i. eine Körperschaft mit persönlicher und dinglicher Grundlage.

eine Beschreibung dieser wichtigen Institution hier ihre Stelle finden, etwa in der Form, wie der verdienstvolle Rechtsphilosoph Theodor Meyer<sup>1</sup> dieselbe uns darbietet: Der Staat ist eine auf Grund der sittlich-sozialen Menschennatur organisch ausgestaltete, durch Zweck und Autorität geeinte Volksgemeinschaft. Oder mit Rücksicht auf die positive christliche Ordnung: Der Staat ist eine auf Grund der sittlich-sozialen Menschennatur als der irdische, natürliche Unterbau des Reiches Gottes unter den Menschen organisch ausgestaltete Volksgemeinschaft.

Auf die wirtschaftlichen Funktionen von Staat und Gemeinde werden wir in der allgemeinen Volkswirtschaftslehre (Bd III und IV) zurückkommen müssen.

### § 3.

#### Die Privateigentumsinstitution.

**Literatur:** Leo XIII., Enzyklika „Rerum novarum“ vom 15. Mai 1891. — Mayer, Das Eigentum nach den verschiedenen Weltanschauungen 1871. — Leist, Über die Natur des Eigentums (1859). — Samter, Das Eigentum in seiner sozialen Bedeutung (1879). — Felix, Der Einfluß der Natur, der Sitten und Gebräuche, der Religion, von Staat und Recht auf die Entwicklung des Eigentums 1883 1903. — Hitze, Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft (1880) 99—145. — Th. Meyer, Institutiones iuris naturalis II 126—201. — Roesler, Vorlesungen über Volkswirtschaft 1878) 75—146. — A. Wagner, Grundlegung II<sup>3</sup> (1894) 3 ff. 181 ff. 197 ff. 262 ff. 343 ff. 525 ff. — Vermeersch, Quaestiones de iustitia (1901) 187—325; <sup>2</sup>(1904) 240—329. — Van Gestel, Rechten en Pflichten van het Kapital, in „Studien“ XXIX 1 ff. — Jäger, Die Wohnungsfrage II 1902 84 91 103 ff. 120 ff. 141 ff. — v. Hertling, Kleine Schriften 297 ff. 303 ff. — Ratzinger, Volkswirtschaft<sup>2</sup> 79—152. — Neurath, Nationalökonomische Vorträge 1902 123—149. — Die Monographien von Thill, Die Eigentumsfrage im klassischen Altertum (Programm des großherzoglichen Athenäums zu Luxemburg, 1892; Walter, Das Eigentum nach der Lehre des hl. Thomas von Aquin und des Sozialismus 1895; Kapitalismus, Sozialismus und Christentum 1906; Schilling, Die kirchliche Eigentumslehre, im „Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie“ XVI (1922) 146 ff.; Castelein, Le socialisme et le droit de propriété 1896; Eberle, Grundeigentum 2 Bde., 1896; Schaub, Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin und dem modernen Sozialismus 1898; Maurenbrecher, Thomas von Aquin und das Wirtschaftsleben seiner Zeit 1898; V. Cathrein, Das Privatgrundeigentum und seine Gegner<sup>1</sup> 1909; Moralphilosophie II<sup>5</sup> 257 ff. 295 ff.; H. Pesch, Das Privateigentum als soziale Institution<sup>2</sup> (1900); Winterstein, Die christliche Lehre vom Erdengut 1898 usw.; Walras, Etudes d'économie sociale 1896; dazu Jahrbücher für Nationalökonomie, 3. Folge XV 90. — Ausführliche Literaturangabe in den Lehrbüchern über römisches und bürgerliches Recht von Vangerow, Windscheid-Kipp, Puchta, Endemann usw. — Dann die Artikel über „Eigentum und Besitz“ von

im Unterschiede von der bloß persönlichen Vereinskörperschaft, z. B. des Stammes, welche sowohl in ihren äußern als in ihren innern Beziehungen selbständig ist. Die Selbständigkeit nach außen zeigt sich in der Gebietshoheit und in der völkerrechtlichen Persönlichkeit; die Selbständigkeit nach innen zeigt sich in der Personalhoheit und in der Verfassungshoheit.“ — Über deutsche und amerikanische Staatssysteme vgl. Internationale Wochenschrift I (1907) Nr. 31.

<sup>1</sup> Institutiones iuris naturalis II 333, A.



Stöckl, in Wetzler u. Weltes Kirchenlexikon IV<sup>2</sup>; von v. Scheel und Stämmeler, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>2</sup> und III<sup>3</sup>; von Neukamp und v. Below („Feldgemeinschaft“), im Wörterbuch der Volkswirtschaft I; von Stier-Somlo I<sup>3</sup>; Fr. Walter, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I<sup>4</sup>; v. Below, in der Beilage zur Allgemeinen Zeitung: Das kurze Leben einer vielgenannten Theorie (Lehre vom Ureigentum) Nr. 11 u. 12 (1903); Thiers, De la propriété (1848); Vlieberg, Le socialisme agraire, in Revue sociale catholique (1900); Alfred Fouillée, La propriété sociale et la démocratie (1904); Garriquet, Régime de la propriété<sup>2</sup> (1907); Waitz, Hauptfragen der christlichen Gesellschaftswissenschaft (1911) 42 ff.; Kelleher, Private ownership (1911). Zu den Verhältnissen der Urzeit die mehr objektiv-historischen gegenüber den früheren wesentlich psychologisch-evolutionistisch orientierten völkerkundlichen Forschungen von Fr. Ratzel, Leo Frobenius, namentlich Fr. Gräbner, T. W. Schmidt, dann noch W. Foy, B. Ankermann, W. H. Rivers, E. Grosse, W. Koppers.

**1. Begriff.** Privateigentum im subjektiven Sinne ist das Recht einer Person, über körperliche Sachen als über etwas mit Ausschluß aller andern Personen ihr Gehöriges verfügen zu dürfen. Im objektiven Sinne ist es die Sache selbst, die den Gegenstand jenes Rechtes bildet<sup>1</sup>.

Da das Privateigentum zu den wichtigsten Voraussetzungen der heutigen Volkswirtschaft gehört, so wird eine ganz kurze Darlegung und Beleuchtung der verschiedenen Versuche einer wissenschaftlichen Begründung hier nicht umgangen werden können.

## 2. Eigentumstheorien. Die Anhänger der sogenannten

1. *Legaltheorie* leiten die Begründung des Sondereigentums letztlich und lediglich aus dem positiven Rechte des Staates ab, ohne Rücksicht auf das natürliche Recht. Hierhin gehören Hobbes, Rousseau, Bentham, Montesquieu, I. H. Fichte, Trendelenburg, Samter u. a. Nach Robespierre ist Eigentum das Recht eines jeden Bürgers, jenen Teil der Güter zu genießen, welcher ihm durch Gesetz garantiert wird. Ebenso urteilen Mirabeau, ferner Tronchet u. a.

Allein a) die Bestimmung der materiellen Güter für den Dienst der Menschheit haben diese nicht erst vom Staate erhalten<sup>2</sup>. Der Mensch andererseits ist älter als der Staat; er tritt mit angeborenen Rechten im Hinblick auf den Gebrauch der materiellen Dinge ausgestattet in den Staat ein, mit dem Rechte der Selbsterhaltung, der Vervollkommenung und Sicherung des körperlichen Daseins, mit den Rechten, die sich aus den natürlichen Bedürfnissen der Familie ergeben, und aus allen diesen Gründen mit dem Rechte, Eigentum zu erwerben. Auch die

<sup>1</sup> Das Privateigentum ist der Sachenwelt gegenüber das umfassendste dingliche Recht. Daraus folgt aber nicht, daß es im gesellschaftlichen Leben keine Schranken finden könne und müsse. Im Interesse der Klarheit dürfte es sich empfehlen, einmal zwischen Sonder- und Gemeineigentum, und dann zwischen privatem und öffentlichem Eigentum zu unterscheiden. Die Staatseisenbahnen z. B. sind öffentliches Eigentum, aber kein Gemeineigentum, vielmehr Sondereigentum des Staates. Eine zweckmäßige, durch Notwendigkeit im einzelnen Falle gerechtfertigte Vermehrung des staatlichen und gemeindlichen Sondereigentums darf nicht dem kommunistischen Gemeineigentum beigezählt und gleichgeachtet werden. Das öffentliche Eigentum findet an anderer Stelle [Bd. III u. IV] besondere Berücksichtigung. Hier handelt es sich zunächst um die Privateigentumsinstitution.

<sup>2</sup> „Der Mensch ist älter als der Staat, und er besaß das Recht auf Erhaltung seines Daseins, ehe es einen Staat gegeben“ (Leo XIII).

Notwendigkeit des Eigentums für die Kulturentwicklung, für die Ordnung und den Frieden in der menschlichen Gesellschaft usw. ergibt sich nicht erst aus den Gesetzen des Staates. Der Staat muß all dieses in seiner Gesetzgebung anerkennen, die Ausübung der angeborenen Rechte regeln, die Eigentumsordnung gestalten, in der Sphäre der physischen Erzwingbarkeit die Eigentumsrechte und Eigentums-schranken nach den Forderungen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls zur Geltung bringen. Aber er schafft nicht das Recht des Menschen, Eigentum zu erwerben. b) Es wird diese Auffassung durch das allgemeine Rechtsbewußtsein bestätigt. Jedermann empfindet es als eine Ungerechtigkeit, wenn der Staat durch seine Gesetzgebung einem ohne Verletzung fremder Rechte und der gesellschaftlichen Ordnung erworbenen Eigentum seine Anerkennung versagen würde. Wie von selbst denkt man in dieser Materie an eine höhere Rechtsnorm, die wohl erworbenes Eigentum eventuell auch gegen staatliche Willkür schützt. c) Schließlich bietet die Legaltheorie der zu Recht bestehenden Eigentumsinstitution und damit der ganzen privatwirtschaftlichen Ordnung keine feste Unterlage. Ist wirklich das Staatsgesetz das letzte und tiefste Fundament des Privateigentums, dann darf die privatwirtschaftliche Ordnung mit dem Eigentum ebensowohl durch den Staatswillen beseitigt werden, wie sie durch ihn geschaffen wurden. Über die Begründung durch bloße Zweckmäßigkeitsrücksichten kann man ja sehr verschiedener Ansicht sein. In der gesetzgebenden Versammlung entscheidet die jeweilige Majorität und deren jeweilige Auffassung von Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit.

2. *Die Vertragstheorie*, wie sie Hugo Grotius und Pufendorf ausgebildet, gründet das Eigentumsrecht auf einen ursprünglichen Vertrag. Ein Teil der Güter, insbesondere des Bodens, wurde verteilt, das übrige dem ersten Besitzergrößer überlassen, doch so, daß ein nicht schädigender Gebrauch auch andern erlaubt, und bei äußerster Not sogar die Aneignung des zur Erhaltung des Lebens Erforderlichen gestattet sein sollte. a) Es fehlt indes zunächst jeder historische Anhaltspunkt, auf welchen die Annahme eines solchen Vertrags sich stützen könnte. b) Auch das Rechtsbewußtsein bietet keine Begründung der Theorie. Die Annahme einer ursprünglichen positiven Gütergemeinschaft, die eine Teilung oder einen Verzicht notwendig gemacht haben würde, ist rein willkürlich, jeder geschichtlichen Begründung bar. Tatsächlich vollzog sich die Verteilung, ohne daß irgend jemand an einen ursprünglichen Vertrag gedacht oder darauf Bezug genommen hätte. c) Auch hier gilt, daß die Theorie das, was sie leisten will, nicht leisten kann und durchaus keine feste Grundlage für die Eigentumsinstitution bietet. Warum sollte denn die heutige Menschheit sich nicht einmal zu einer gründlichen Revision des angeblichen Vertrags entschließen, das Eigentum vertragsweise abschaffen dürfen, wie es durch Vertrag begründet wurde? Am ehesten aber werden diejenigen geneigt sein, die Rechtsgültigkeit jener ursprünglichen Verträge in Frage zu stellen, die ihr Recht auf Existenz, jenes Unrecht, das mit jedem Menschen neugeboren wird, durch den angeblichen Vertrag der Altvordern, sei es ein Teilungskontrakt oder Verzicht, und durch die anschließende Entwicklung in Frage gestellt glauben.

3. *Die absolute Evolutionstheorie* erblickt im Privateigentum lediglich eine „historische Kategorie“ (Lassalle, mit Rücksicht auf das Kapital). Das Eigentum steht hiernach nicht nur in seiner besondern Ausbildung, sondern überhaupt und gänzlich im Fluß der Entwicklung. Da es keine unwandelbaren Grundsätze des Rechts gebe, könne die Frage des Eigentums nicht als Rechtsfrage, sondern lediglich nach Gründen der Zweckmäßigkeit beurteilt werden.

Diesen Standpunkt nehmen zunächst die Vertreter der modernen autonomen und evolutionistischen Ethik ein. Für Paulsen z. B. gilt, daß das bestehende Eigentum durch den Staat geschaffen sei; dieser könne, ohne unrecht zu tun, eines Tages erklären, er werde hinfort die Führung von Grundbüchern, die Beitreibung von Zinsen und Schulden, überhaupt den Schutz des Eigentums nicht mehr zu seinen Aufgaben rechnen: „Das wäre vermutlich gleichbedeutend mit der Selbstauflösung des Staates und dem Untergang des Volkes; aber es gibt keinen Rechtstitel, aus dem er zu entstehen und zu bestehen verpflichtet wäre.“<sup>1</sup>

In ähnlicher Weise urteilt auch Schmoller als Vertreter der historisch-ethischen Nationalökonomie. Er sagt<sup>2</sup>: „Das Eigentumsrecht ist gleichsam der Kernpunkt und das Zentrum alles Rechts, jedenfalls alles Privatrechts. Alle dergleichen Rechte und ein Teil des Familien- und Erbrechts sind nur ein Anhängsel des Eigentumsrechts. Ein erheblicher Teil des Obligationen- und Strafrechts stellt nur ein Mittel zur Durchführung der Zwecke des Eigentumsrechts dar.“ Was lehrt nun aber Schmoller über „die Natur und Bedeutung des Rechts überhaupt“?<sup>3</sup> „Alles Recht“, sagt er, „erwächst aus der Sitte; wo es entsteht, gibt es bereits Regeln und den Glauben an eine sittliche Regelung.“ Und was ist diese „Sitte“, aus der „alles Recht erwächst“? „Die Sitte ist nicht das Sittliche, aber sie ist der äußere und gesellschaftliche Anhang desselben . . . sie ist aus dem geistig-sittlichen Schatz des Volkes geboren; sie stellt dem einzelnen eine äußere Norm des Guten, des Schicklichen, des Wohlanständigen vor Augen, sie bündigt die Willkür, den Egoismus“ usw. „Jede Sitte ist historisch geworden und kann zur Unsitte werden“ usw. An anderer Stelle<sup>4</sup> bemerkt Schmoller: „Ich kann in der Ehe, im Eigentum und in der Gesellschaftsordnung keine absoluten sittlichen Ideen sehen. . . . Ehe und Eigentum sind äußere Formen des positiven Rechts . . . , aber es sind Formen, die selbst in ewiger Umbildung begriffen sind. Soweit sie bei den meisten Kulturvölkern einen ähnlichen Charakter tragen, ist nicht etwa eine immanente sittliche, unveränderliche Substanz die Ursache der Gleichmäßigkeit, sondern sie liegt in den gleichen äußern Vorbedingungen menschlicher Existenz und der hierdurch hervorgerufenen Notwendigkeit analoger historischer Entwicklung.“ Das ist der Standpunkt eines rein evolutionistischen Historismus und Utilitarismus, der im Grunde genommen die ganze sog. „ethische“ Auffassung des Wirtschaftslebens des wahrhaft „ethischen“ Wertes beraubt.

Über die tatsächliche, geschichtliche Entwicklung versucht sodann die bereits erwähnte „prähistorische Forschung“ genauere Auskunft zu erteilen; sie weiß zu berichten über die allerältesten Urzeiten, von den drei Entwicklungsstufen der Jagd und Fischerei, Viehzucht, Bodenbestellung, die überall in der gleichen Reihenfolge einander gefolgt seien. Dementsprechend habe es zuerst nur Eigentum an Bogen und Pfeil, Lanze und Speer gegeben, dann an den Herden, schließlich erst am Grund und Boden. Die Privateigentumsinstitution beruht hiernach also ganz und gar auf der geschichtlichen Entwicklung.

Was zunächst die Unterscheidung zwischen Jäger- und Fischer-, Hirten-, Ackerbauvölkern usw. betrifft, so mag dieselbe immerhin in gewisser Weise ge-

<sup>1</sup> System der Ethik II. Vgl. Franz Walter, Artikel „Eigentum“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I<sup>4</sup> 1470 ff.; Sozialpolitik und Moral (1899) 174.

<sup>2</sup> Grundriß I (1908) 394. <sup>3</sup> Ebd. 51.

<sup>4</sup> Über einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre (1898) 40 f. (21904).



eignet sein, eine verschiedenartige spezifische Vollkommenheit des wirtschaftlichen Lebens zum Ausdruck zu bringen, und nach der Art der Produktionsverhältnisse eine gewisse typische Abstufung der ökonomischen Entwicklungsgrade darstellen<sup>1</sup>. Allein die Annahme, daß jene Unterscheidungen in dem Sinne historische Wirtschaftsstufen bezeichnen, daß alle Völker dieselben Entwicklungsstadien mit Notwendigkeit hätten durchlaufen müssen, kann weder aus direkten Zeugnissen noch durch die vergleichende Geschichtsmethode — durch den Rückschluß aus den verglichenen Verhältnissen der jetzt am niedrigsten stehenden sog. „Naturvölker“ auf den allgemeinen Entwicklungsgang der Völker in der Urzeit — noch durch irgend welche Vernunftschlüsse als erwiesen gelten. Nach dem Urteile des Ethnographen Vierkandt<sup>2</sup> gehört jene Lehre „zu denjenigen Dingen, die ihr Fortbestehen mehr der Gedankenlosigkeit als der innern Überzeugung verdanken“. Solche prähistorische Wissenschaft geht bei ihren Darlegungen und Forschungen meist von der unhaltbaren Voraussetzung eines tierähnlichen Urzustandes des menschlichen Geschlechtes aus und macht sich dann fort und fort willkürlicher Verallgemeinerung schuldig. Wenn man auch manche Erscheinungen bei den sog. „Naturvölkern“ nicht auf Entartung zurückführen und den Zustand der Wildheit nicht als Verwilderung auffassen wollte (Degradationstheorie), so ist doch die Differenzierung der einzelnen Stämme und Völker zu allen Zeiten eine so tiefgreifende gewesen, daß ein allgemeines Entwicklungsschema vom Standpunkt geschichtlicher Auffassung nicht die mindeste Wahrscheinlichkeit für sich beanspruchen darf<sup>3</sup>.

Auch Sombart bemerkt<sup>4</sup> bezüglich der Annahme eines regelmäßigen Stufenganges vom Jägervolk über die Nomadenvölker zum Ackerbauvolk: „Neuere Untersuchungen haben uns darüber belehrt, daß es sich hier nicht um ein zeitliches Nacheinander, sondern um ein räumliches Nebeneinander handelt. Die Ackerbauvölker der heißen Zone waren nie Hirtenvölker, und die Nomaden Zentralasiens werden nie Ackerbauer werden; ebenso wie die amerikanischen oder arktischen „Jägervölker“ weder zum „Hirtenvolk“ noch zum „Ackerbauvolk“ eine Vorstufe bilden.“

Ganz richtig charakterisiert Felix Rachfahl<sup>5</sup>, bezüglich der Entstehung des Grundeigentums insbesondere, die Unzuverlässigkeit der prähistorischen Forschung, „welche in den Nebel hineintaucht, der die Anfänge des menschlichen Kulturlebens bedeckt, um in dem ungewissen Dämmerlicht einer

<sup>1</sup> Vgl. Karl Knies, Die politische Ökonomie (neue Auflage 1883) 364 ff.

<sup>2</sup> Schon Ed. Hahn (Die Haustiere und ihre Beziehung zur Wirtschaft des Menschen [1896]) hatte die Lehre von der allgemeinen Aufeinanderfolge der drei Wirtschaftsstufen Jagd, Viehzucht, Ackerbau als unrichtig erwiesen. Vgl. hierzu auch Historische Zeitschrift LXXX 95.

<sup>3</sup> Vgl. W. Koppers, Privat- und Kommunaleigentum auf den frühesten Entwicklungsstufen der Menschheit, in der Wiener Monatsschrift „Volkswohl“ 1919 1 ff.

<sup>4</sup> Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik XIV 1899 371; A. 4, mit Hinweis auf F. Ratzel, Völkerkunde, namentlich Ernst Grosse, Die Formen der Familie und die Formen der Wirtschaft 1896 25 ff.; Richard Hildebrand, Recht und Sitte auf den verschiedenen wirtschaftlichen Kulturstufen I (1896), z. B. 43 f.

<sup>5</sup> Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XIX (1900) 1 ff. 161 ff. Mommsen spottete über die prähistorischen Forschungen: man habe da endlich eine Wissenschaft, die man ohne sprachliche Kenntnisse bewältigen könne. Eine unterschiedslose Ablehnung würde jedoch zu weit gehen. Prähistorische Forschung hat ihre Berechtigung und ist, richtig durchgeführt, nicht ohne wertvolle Ergebnisse geblieben.

trüben Überlieferung die schwankenden Umrissse der ältesten Institutionen in Staat, Recht, Gesellschaft und Wirtschaft sich abzeichnen zu sehen. . . . Um zur Konstatierung allgemeingültiger sog. ‚Entwicklungsgesetze‘ oder einer ‚gesetzmäßigen Entwicklung‘ zu gelangen, werden Resultate, welche die Geschichte eines einzelnen Volkes bietet, vorschnell auf ein anderes übertragen. Im wesentlichen sind es Quellen von dreierlei Art, die uns für die Aufhellung urgeschichtlicher Probleme zu Gebote stehen: einmal Reste früherer Zustände und Einrichtungen, die sich bis in die spätere Zeit hinein erhalten haben; sodann schriftliche Aufzeichnungen aus der Feder von Beobachtern, die Völkern von höherer Kulturstufe angehören; endlich die Verhältnisse, wie sie noch bei den Naturvölkern der Jetztzeit bestehen. Ein so heterogenes Quellenmaterial erfordert aber die sorgfältigste und vorsichtigste Behandlung. Seiner Natur nach ist es vieldeutig, und besonders ist man geneigt, aus den Quellen der ersten und zweiten Gruppe allzuviel herauszulesen, sowie sie mit Gewaltsamkeit und Willkür mit den oft nur auf lückenhaften und unzuverlässigen Beobachtungen beruhenden Resultaten der ethnographischen Forschung in Übereinstimmung zu bringen. Gerade an solchen Fehlern krankt die Theorie von der Entstehung des Grundeigentums in vielen ihrer Teile. . . . Halten wir die Quellenkreise abgesondert (Knapp). Hüten wir uns vor unberechtigter und übereilter Anwendung der vergleichenden Methode! Vor allem aber müssen wir unser Augenmerk darauf richten, daß wir nicht dem Probleme selbst eine allzu allgemeine und ausgedehnte Fassung geben. Denn in Wahrheit zerfällt das allgemeine Problem der Entstehung des Grundeigentums, wenn anders man zu sichern Resultaten gelangen will, in eine Unzahl von Einzelproblemen: es gilt besonders, für jede Rasse, für jedes Volk die richtige Lösung zu finden.“

Die ältesten geschichtlichen Nachrichten weisen auf feste Ansiedlung und Ackerbau der in der Urheimat des Menschengeschlechts zurückgebliebenen Völker hin (so für die Israeliten, Babylonier, Assyrier, Ägypter<sup>1</sup>), wie sie auch zeigen, daß nicht nur an beweglichen Dingen, sondern ebenfalls am Grund und Boden in der grauen Vorzeit bereits Privateigentum bestanden habe. Es ist also vom historischen Standpunkt aus jedenfalls sehr gewagt, das Kollektiveigentum am Boden als eine Form zu bezeichnen, die bei allen Völkern die notwendige und längere Zeit dauernde Durchgangsstufe zum individuellen Privateigentum gebildet habe, „das genossenschaftliche Grundeigentum als eine urgeschichtliche Institution von allgemeiner Verbreitung“<sup>2</sup> darzustellen. Was die Stämme betrifft, welche die Urheimat unsres Geschlechtes verließen oder in späteren Zeiten durch Völkerwanderungen zum Aufsuchen neuer Wohnsitze gezwungen wurden, so dürfte regelmäßig die erste Okkupation des Ansiedlungsgebietes durch den ganzen Stamm als solchen erfolgt sein. In einzelnen Fällen mag auch die Feldgemeinschaft noch längere Zeit nach der Ansiedlung, mitunter sogar mit periodischer Neuverteilung des Landes, fortbestanden haben<sup>3</sup>. Im allgemeinen aber löst sich das Kollektiveigentum, wo es sich vorfand, für einen großen Teil des Bodens verhältnismäßig schnell in Privateigentum

<sup>1</sup> Dies bezeugen die Forschungen der bedeutendsten Ägyptologen (Birch, Ed. Meyer, Maspero, Lenormant) und Assyriologen (George Smith, Oppert, Sayce, Peiser, Straßmaier u. a.). Man vgl. auch Gn. 33, 19; Jos. 24, 32; Gn. 47, 18 ff.

<sup>2</sup> H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I (1887) 63 f. (<sup>2</sup>1906).

<sup>3</sup> W. Roscher, System der Volkswirtschaft II 71.

auf, zunächst an der Hofstätte, dann auch, je dringender das Bedürfnis nach intensiver Wirtschaft sich gestaltete, um so rascher ebenfalls an dem übrigen Ackerboden. Es läßt sich ferner nicht ein einziges Beispiel nachweisen, wo innerhalb eines Volkes das Gemeineigentum den Charakter einer dauernden und universalen Einrichtung angenommen hat, und doch eine höhere Kulturstufe erreicht und behauptet wurde. Diese Tatsache, welche von den Evolutionisten nicht bestritten werden kann, legt den Schluß nahe, daß gerade in dem Kollektiveigentum ein Hindernis der naturgemäßen Entwicklung zu höherer Kultur erblickt werden muß, ein Schluß, der in den später darzulegenden Gründen für die Notwendigkeit des Privateigentums seine Bestätigung und Erklärung finden wird<sup>1</sup>.

Was speziell das Agrarwesen der alten Deutschen betrifft, so möchten wir auf die Kritik verweisen, die Georg v. Below<sup>2</sup> an der Beweisführung der Evolutionisten vollzogen hat. v. Below begründet seine gewichtigen Bedenken gegen eine Überschätzung der vergleichenden Methode, der historischen Analogie, gerade durch das Schicksal der Lehre vom Ureigentum der Germanen, die bislang als glänzendes Ergebnis jener Methode bezeichnet zu werden pflegte:

Die Berichte des Cäsar und des Tacitus, die uns allein als unmittelbare Quellen über die anfänglichen Zustände bei den alten Germanen zur Verfügung stehen, boten der Interpretation viele Schwierigkeiten. Man versuchte daher, mit Analogien sich zu helfen. Indem aber die Zahl der Analogien vermehrt wurde, kam man zu dem Schlusse, das Gemeineigentum am Ackerlande sei ursprünglich nicht bloß eine häufige, sondern eine allgemeine Erscheinung gewesen. Zunächst war es Georg Hanssen, der in den Jahren 1835 und 1837 seine Aufsätze über das Agrarwesen der deutschen Vorzeit veröffentlichte. Er begründete seine Anschauung vom Gemeineigentum am Ackerlande und von der periodischen Verlosung der Ackerteile nicht bloß durch Verwertung der unmittelbaren Nachrichten über die Verhältnisse der alten Deutschen, sondern benutzte überdies zu seiner Beweisführung die Analogie späterer dänischer Verhältnisse. Es war hier wenigstens noch ein germanischer Stamm, der zur Analogie herbeigezogen wurde. v. Sybel<sup>3</sup> ging schon einen Schritt weiter und wählte die Analogien auch aus den Verhältnissen fremder Völker, namentlich der Afghanen, der Hochschotten usw. Eine noch größere Rolle spielte die Analogie in G. v. Maurers „Einleitung zur Geschichte der Mark-, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung“<sup>4</sup>. Hier wurde bereits auf slawische, albanesische, ungarische, ebenso auf asiatische, afrikanische, amerikanische Zustände verwiesen. Auch Maurer fühlte sich durch diese Analogien in der Annahme bestärkt, daß bei den alten Deutschen Gemeineigentum mit periodischer Verteilung bestanden habe. Von Maurer schon, mehr aber von Hanssen wurde den sog. „Trierer Gehöferschaften“<sup>5</sup>, d. h. Genossenschaften, welche das Ackerland gemeinsam besitzen und nach einem bestimmten Turnus verteilen,

<sup>1</sup> Vgl. hierzu unter anderem Robert Pöhlmanns Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus I (1893) 3 ff. 7 f. 9 ff. 13 f. 15 ff. 45 58 ff. 78 ff. usw.

<sup>2</sup> Das kurze Leben einer vielgenannten Theorie über die Lehre vom Ureigentum: Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1903, Nr. 11 u. 12. Richard Hildebrand, Über das Problem einer allgemeinen Entwicklungsgeschichte des Rechts und der Sitte 1894 11.

<sup>3</sup> In seinem Werke „Die Entstehung des deutschen Königtums“ vom Jahre 1844.

<sup>4</sup> 1854.

<sup>5</sup> Sieh darüber Hanssens Untersuchungen in den Abhandlungen der Berliner Akademie (1863).



eine besondere Bedeutung für die Annahme des ursprünglichen Agrarkommunismus beigemessen. Später wies man dann noch auf die Hauberggenossenschaften im Sieger Lande als ebenfalls bis in die Gegenwart überlieferte Reste des ursprünglichen Gemeineigentums hin. Auch für Roscher waren die Sieger Hauberge ein besonders wohlerhaltenes Analagon der alten Feldgemeinschaft. In seinem Aufsatz „Über die Landwirtschaft der ältesten Deutschen“<sup>1</sup>, ebenso in der „Nationalökonomik des Ackerbaues“ werden überdies die Verhältnisse des südwestlichen Sibiriens, ferner Schottland, Irland, Asien, Amerika zur Analogie herbeigezogen. Im Anschlusse an v. Haxthausen<sup>2</sup> erblickte Roscher in dem russischen „Mir“ ebenfalls einen überlieferten Rest aus alten Tagen. So kam er zu dem Schlusse, „daß sehr viele Nationen ihren Ackerbau mit einer Einrichtung begonnen haben, die man füglich als Feldgemeinschaft bezeichnen kann“. Henry Maine<sup>3</sup> glaubte in dem primitiven und allgemeinen Agrarkommunismus ein sicheres Ergebnis der vergleichenden Rechtswissenschaft erblicken zu können. Maine war, wie v. Below meint, schon beeinflusst von dem inzwischen erschienenen Werke E. de Laveleyes: „De la propriété et de ses formes primitives“<sup>4</sup>. Hier wurden in größter Reichhaltigkeit aus allen Teilen der Welt Beispiele für die Existenz von Gemeineigentum an Grund und Boden aufgeführt, aus dem alten Italien, Peru und China, Mexiko und Indien, von den alten Germanen, den Skandinaviern und Arabern. Und zwar bestand dieses Gemeineigentum angeblich überall „in derselben Form“. Der Schluß war für den Verfasser dann von selbst gegeben. „Wenn man so diese Einrichtung unter allen Himmelsstrichen und bei allen Rassen wiederfindet, so kann man darin eine notwendige Entwicklungsphase der Gesellschaft und eine Art von Universalgesetz erblicken, welches in der Bewegung der Grundeigentumsformen vorwaltet.“ „Seit der Schrift von Laveleye-Bücher“, sagt v. Below, „wurde die Anschauung, daß das Gemeineigentum am Ackerlande ein notwendiges Durchgangsstadium bei allen Völkern, Ureigentum sei, auf längere Zeit ziemlich allgemein herrschend. Auch bei den solidesten, vorsichtigsten, scharfsinnigsten Forschern fand sie Eingang. Als z. B. Brunner im Jahre 1887 den ersten Band seiner ‚Deutschen Rechtsgeschichte‘ veröffentlichte, hob er bei der Erörterung der agrarischen Verhältnisse der alten Germanen hervor: ‚Die vergleichende Rechtswissenschaft stellt das genossenschaftliche Grundeigentum als eine urgeschichtliche Institution von allgemeiner Verbreitung dar.‘ Und ähnlich sagte R. Schröder in dem in demselben Jahre erschienenen ersten Halbbande seiner ‚Deutschen Rechtsgeschichte‘: ‚Unsre Kenntnis der Agrarverhältnisse der deutschen Urzeit beruht teils auf den Berichten des Cäsar und Tacitus teils auf Rückschlüssen aus späteren Zuständen und auf den Ergebnissen der vergleichenden Rechtswissenschaft‘, wobei er dann ‚von den drei Stadien, welche die Entwicklung des Grundeigentums bei einem Volke erfahrungsgemäß durchzumachen pflegt‘, spricht. In dieser Zeit haben wohl die meisten Forscher, die sich mit den hier in Betracht kommenden Fragen beschäf-

<sup>1</sup> 1858.

<sup>2</sup> Studien über die innern Zustände Rußlands (1847—1852).

<sup>3</sup> In „Village Communities in the East and West“ (1872); In „Lectures on the early history of institutions“ (1875).

<sup>4</sup> (1874) bearbeitet von Bücher: „Das Ureigentum“ (1879). Als neues Beispiel wurde von R. Leonhard das „Ureigentum auf der Pyrenäischen Halbinsel“ aufgeführt, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLI (1911) 28 ff.

tigen, jener Theorie gehuldt.“ Selbstverständlich fand die Lehre von einem allgemeinen Urkommunismus bei den Sozialisten lebhafte Zustimmung.

Allein der vielgerühmten Theorie war nur ein kurzes Leben beschieden. Bald zeigte es sich, daß manche der Beispiele eines ursprünglichen Gemeineigentums lediglich aus ganz besondern Umständen verursachte Einzelerscheinungen waren. Russische Forscher und der Deutschrusse Joh. v. Keußler<sup>1</sup> wiesen nach, daß der Gemeindebesitz des russischen Dorfes, der Mir, eine neuzeitliche Bildung seit dem 16. Jahrhundert sei. Er entstand unter dem Druck der Leibeigenschaft und der Kopfsteuer. Indem nämlich der Herr das Grundstück der Gemeinde überließ, konnte er nun auch die Gemeinde für die Steuern haftbar machen. Nachdem ferner Lamprecht in seinem „Deutschen Wirtschaftsleben“ die Entstehung der „Trierer Gehöferschaften“<sup>2</sup> in das 13. Jahrhundert verlegte, und dann noch von Philippi für die Hauberggenossenschaften<sup>3</sup> des Kreises Siegen unzweifelhaft nachgewiesen wurde, daß sie nicht als Beispiel für ein ursprüngliches Gemeineigentum angeführt werden dürften, ließen sich die gegen die Theorie erhobenen Bedenken nicht mehr so leichterhand abweisen. Auch für eine Reihe von Beispielen aus Asien ergab sich, daß sie in späterer Zeit, ähnlich wie der Mir, entstanden, durch staatlichen oder grundherrlichen Zwang. Die grundbesitzende Gemeinde haftete solidarisch für alle Auflagen, und um dieses Verhältnis herbeizuführen, wurde ihr der Grundbesitz übertragen. In seinem Artikel über „Feldgemeinschaft“<sup>4</sup> hielt Meitzen nur noch wenige Beispiele des ursprünglichen Gemeineigentums fest (Afghanen, Serben, Germanen). Nur bliebe es ihm psychologisch wahrscheinlich, daß ursprünglich bei allen Völkern Gemeinbesitz an den Gemarkungen bestanden habe. Die Arbeiten von R. Hildebrand<sup>5</sup>, von Wittich<sup>6</sup>, von Knapp<sup>7</sup> trugen ein weiteres bei, den Glauben an das allgemeine kommunistische Ureigentum zu erschüttern. Nur wenige Autoren hielten noch daran fest: so Cunow<sup>8</sup>. Auch Schmoller<sup>9</sup> schrieb dem kollektiven Grundeigentum wenigstens ein hohes Alter zu. In neuester Zeit wurde schließlich ebenfalls für die serbische Zadruga der Beweis erbracht, daß

<sup>1</sup> Sein Werk erschien in den Jahren 1876—1887.

<sup>2</sup> „Gehöferschaften“ sind Dorfgenossenschaften, welche den Grundbesitz oder einen Teil desselben alle drei oder neun Jahre unter den Mitgliedern der Bauerngemeinde verlosen. Vgl. Fuchs, Artikel „Gehöferschaften“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 987; Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter I 1886; Artikel „Gehöferschaften“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 553 ff.; A. Kellenaes, Über die soziale Bedeutung des russischen Mirlebens, in Soziale Kultur XXVIII 1909 451 ff.; nach den Angaben A. Kuypers-Simkhovitch, Die Feldgemeinschaft in Rußland 1898.

<sup>3</sup> Vgl. Siegener Urkundenbuch I xviii f. „Haubergswirtschaft“ ist ein Wechsel vom Feldbau und Waldbau auf denselben Flächen. Im Siegener Lande und im angrenzenden Nassau wird die Haubergswirtschaft genossenschaftlich betrieben: die Hauberge des Bezirks stehen im Gesamteigentum; gewählte Vorsteher verteilen für jede Betriebsperiode das Land zur geregelten Benutzung und Bewirtschaftung. Vgl. von der Goltz-Wygodzinski, Artikel „Haubergswirtschaft“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 1300 ff.; Steinbrück, Artikel „Haubergswirtschaft“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften V<sup>3</sup> 403 f.

<sup>4</sup> Im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>2</sup> 831 f.; IV<sup>3</sup> 57 ff.

<sup>5</sup> Recht und Sitte auf den verschiedensten Kulturstufen (1896).

<sup>6</sup> Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland (1896).

<sup>7</sup> Grundherrschaft und Rittertum (1897).

<sup>8</sup> In der neuen Ausgabe von Maurers Einleitung.

<sup>9</sup> Allgemeine Volkswirtschaftslehre I 372.

es sich dabei keineswegs um eine ursprüngliche Einrichtung handle. Zwei, drei oder vier Generationen einer Familie bleiben auch im heutigen Serbien noch manchmal in ungeteiltem Besitz ihrer Liegenschaften. Peisker<sup>1</sup> hat aber nachgewiesen, daß die Zadruga sich auf das byzantinische Steuersystem zurückführe. Unter der Türkenherrschaft war die byzantinische Steuer zur reinen Rauchsteuer geworden, welche, nach alten stabilen Registern erhoben, ein möglichst langes Zusammenbleiben der Kinder im väterlichen Hause geradezu prämierte und dadurch zur Bildung großer Hausgenossenschaften führte.

Beachtenswert sind die Worte, mit denen v. Below seine Ausführungen schließt: „Die vorstehenden Erörterungen habe ich ‚Das kurze Leben einer vielgenannten Theorie‘ überschrieben. Damit wollte ich die Vergänglichkeit so mancher, vorzugsweise auf dem Wege der Vergleichung gewonnenen Theorien andeuten. Gewiß gibt es auch in andern Verhältnissen oft kurzlebige Lehrsätze, einen schnellen Kreislauf der Ansichten. Aber es scheint mir, daß bei den Theorien, die hauptsächlich auf die Verwertung von Analogien gestützt sind, der Fall besonders jäh, der Gegensatz zwischen dem Anspruch auf absolute Geltung und der Art der Begründung besonders grell zu sein pflegt.“<sup>2</sup>

3. Die naturrechtlich-ökonomische Eigentumstheorie leitet die Privateigentumsinstitution ab „aus der durchschnittlichen Notwendigkeit des Eigentums für die gedeihliche Entwicklung sowohl der einzelnen Personen und Familien als der gesamten menschlichen Gesellschaft. Ihren Grund hat diese Notwendigkeit in der menschlichen Natur, wie wir sie tatsächlich aus der Erfahrung kennen, mit all den Bedürfnissen und Kräften, guten und bösen Neigungen, welche die große Masse der Menschen durchschnittlich an den Tag legt“<sup>3</sup>. Wenn dem Menschen ein natürliches Recht, Eigentum zu erwerben, zuerkannt wird, so ist damit freilich nicht gesagt, daß nun ein jeder auch die tatsächliche Möglichkeit haben müsse, jede Art von Eigentum zu erwerben, Grundeigentümer, Kapitalbesitzer zu werden, gar über ein Vermögen und Reichtum zu verfügen. Die naturrechtliche Theorie fordert auch nicht aus-

<sup>1</sup> Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte VII.

<sup>2</sup> Zur Ablehnung des Urkommunismus durch Felix Somló vgl. Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie III (1910) 391 ff. Gradmann (Der Getreidebau im deutschen und römischen Altertum [1909]; und Hops (Waldbäume und Kulturpflanzen im germanischen Altertum [1905]) lehnen ebenso wie G. v. Below (Über Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker, in der Histor. Zeitschrift LXXXVI 15 ff.) die vielfach noch verbreiteten Auffassungen vom Nomadentum der alten Germanen ab. Gradmann sagt S. 2: „Das Nomadentum ist keine notwendige Entwicklungsstufe, sondern an eine ganz bestimmte Beschaffenheit der Landesnatur geknüpft.“

<sup>3</sup> V. Cathrein, Moralphilosophie II<sup>5</sup> 300 f. Cathrein teilt die Ansicht A. Wagners (Grundlegung II, § 102 218) nicht, der im allgemeinen bleibende Beweis für die Berechtigung oder Notwendigkeit des Eigentums genügen nicht; man müsse vielmehr diesen Beweis für die wichtigeren Eigentumsarten im einzelnen erbringen. „Muß denn etwa“, sagt Cathrein, „das Individuum dem Staate seine Freiheit in Bezug auf die einzelnen Dinge nachweisen, um sich frei bewegen zu dürfen? Muß nicht vielmehr umgekehrt der Staat sein Recht beweisen, wenn er die individuelle Freiheit beschränken oder gar in Bezug auf gewisse Dinge aufheben will?“



schließlich individuelles und privates Eigentum. Kollektives und öffentliches Eigentum finden, mit geringerer oder größerer Ausdehnung, neben dem privaten und individuellen Eigentum ihren Platz. Eine Beschränkung der Sphäre des Privateigentums kann durch örtliche und zeitliche Bedürfnisse gefordert werden und so durch die öffentliche Wohlfahrt ausreichende Rechtfertigung finden. Mag aber auch überhaupt die Ausübung des Rechts der Privaten, Eigentum zu erwerben, nach Maßgabe der Forderungen des Gemeinwohles, staatlicher Regelung unterliegen, so darf doch diese Regelung nie zu einer Beseitigung oder rein willkürlichen Beschränkung jenes Rechts werden. Es handelt sich eben um ein Recht, das dem Menschen nicht erst staatlicherseits erwachsen ist, vielmehr um ein Recht, das dem Menschen als Menschen, vermöge seiner Natur, keineswegs bloß in seiner Eigenschaft als Staatsbürger, zusteht, das daher vom Staate Schutz, nicht aber seinen Untergang erwartet<sup>1</sup>.

Die tatsächliche, konkrete Ausbildung der Eigentumsordnung ist auch nach der naturrechtlich-ökonomischen Theorie ein geschichtlicher Prozeß, und man kann jene Theorie diesbezüglich als eine gemäßigte Evolutionstheorie<sup>2</sup> bezeichnen. Was Rodbertus

<sup>1</sup> Individuen und Familien existieren vor dem Staate. Sie leiten keineswegs ihre Rechte alle vom Staate ab. Es war darum auch nicht richtig, wenn v. Scheel Artikel „Eigentum“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>2</sup> 298 f. sagte, daß „das Privateigentum als Recht nicht ohne den Staat bestehen kann. Solange es nicht mit der Gewähr versehen ist, die durch die Rechtsordnung und die hinter ihr stehende Macht des Staates gegeben wird, ist das Eigentum nur ein tatsächliches Innehaben... In diesem Sinne schafft aber der Staat erst das Privateigentum, wie überhaupt alle Rechtsverhältnisse“. Der Staat ist nicht die Quelle alles Rechts; er schützt und sichert das Eigentum durch eine feste Rechtsordnung, kommt „der sittlichen Seite des Rechts auch mit der physischen Erzwingbarkeit zu Hilfe“ (Walter). Aber er schafft das Eigentum als Recht nicht, und darum kann er es auch nicht abschaffen.

<sup>2</sup> Diese Bezeichnung drückt das historische Moment und die geschichtliche Wandelbarkeit in der Ausbildung des Eigentums besser aus als der Name „gemäßigte Legaltheorie“, weil sie nicht bloß die lex, den Willen des Gesetzgebers, die äußere Rechtssatzung hervorhebt, sondern allen Momenten Raum gewährt, welche auf die geschichtliche Gestaltung des Eigentums als sozialer Institution, auf die positive Form, Ergänzung, Fortbildung der Eigentumsordnung direkt oder indirekt Einfluß ausüben könnten und können. Hierhin gehören vor allem die Moral, das sittliche Gemeinbewußtsein, das öffentliche Gewissen, dann die sog. Normen der Konvention: Sitte, Brauch, Usance, hinter denen wenigstens die öffentliche Meinung steht, ferner politische Verhältnisse, die besondern Siedlungsbedingungen, notwendige Änderungen in der Intensität der Wirtschaft usw. Man mag übrigens immerhin auch im Hinblick auf das Eigentum mit Paul Wiltzky Vorgeschichte des Rechts [1905] von einem „gewaltigen Gewebe der Zeiten auf dem Gebiete des Rechts“ sprechen, mittels vergleichender Rechtswissenschaft, ethnologischer Jurisprudenz usw. interessante Aufschlüsse über die positive Rechtsentwicklung gewinnen, wahr bleibt doch, was v. Hertling Kleine Schriften 304 sagt: „Auf der Weltstellung des Menschen, auf dem Verhältnis von Person und Sache, auf den Bedürfnissen des Lebens, die Befriedigung heischen, und der Zweck-

vom Staate sagt: „Nicht die Schöpfung, sondern die Geschichte hat ihn geschaffen“, das gilt, mit den gleichen Beschränkungen, ebenfalls hier. Die konkrete Verteilung der Güter ist mit der Zeit entstanden und ändert sich mit der Zeit. Es hat ferner im Laufe der Geschichte sehr verschiedene Eigentumsordnungen gegeben, und die heutige der Völker mit europäischer Kultur ist kaum so vollkommen, daß man nicht eine bessere wünschen könnte usw. Ist also auch nach unsrer Auffassung die Eigentumsinstitution, in ihrer besondern konkreten Form, Produkt der Geschichte, so unterscheidet sich diese Auffassung doch von der sog. historisch-ökonomischen Theorie (Schäffle u. a.) dadurch, daß uns eine Erklärung des Eigentums lediglich aus der positiven Rechtsentwicklung nicht genügen kann, wie auch schon die von jener Theorie zu Gunsten des Eigentums angeführten Zweckmäßigkeitsgründe in dem Eigentum doch etwas anderes erkennen lassen als ein rein geschichtliches Gebilde. Schon die Tatsache, daß zu allen Zeiten bei allen Völkern die Eigentumsinstitution in geringerem oder größerem Umfange sich vorfindet und kaum bei den rohesten Stämmen dauernd verkümmert erscheint<sup>1</sup>, läßt sich nicht anders als dadurch erklären, daß eben seine vernünftige Natur den Menschen zur Einführung und dann zur Bewahrung dieser Einrichtung angeleitet hat, daß es sich hier um die Durchführung einer Institution und von Rechten handelt, die ihrem wesentlichen Dasein nach dem Belieben der staatlichen Gesetzgebung entzogen sind. Wurde also das Eigentum konkret durch den freien Menschen gebildet, so geschah dies doch nicht mit der Freiheit bloßer

bestimmung der Erdengüter, hierzu die Mittel zu bieten, beruht das Eigentum seinem allgemeinsten Begriffe nach.“ Damit dürften sich auch die Bedenken erledigen, welche Diehl (Theoretische Nationalökonomie I [1916] 363 ff.) gegen unsre naturrechtliche Begründung der Eigentumsinstitutionen erhoben hat. Wir lassen der historischen Variabilität den weitesten Spielraum. Was gegen die naturgesetzliche Auffassung der älteren Nationalökonomie vorgebracht werden kann, hat keine Geltung gegenüber der naturrechtlichen Auffassung. Das Naturrecht stellt Forderungen auf, aber es nötigt nicht wie das Naturgesetz. Im übrigen lehnen auch wir übertriebene Verquickung des Religiösen mit dem Wirtschaftlichen ab. Vgl. Bd. II<sup>2 u. 3</sup> 271 ff. Bezüglich des Naturrechts sei erneut hingewiesen auf Heft 1 des XVI. Bandes des Archivs für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie.

<sup>1</sup> „Daß das Eigentumsrecht bei allen uns bekannten Menschenrassen besteht, wird durch die allgemeine Verurteilung dessen bewiesen, was wir Diebstahl oder Räuberei nennen“ (Eduard Westermarck, Die religiöse Sanktionierung des Eigentums auf tieferen Kulturstufen, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft X [1907] 81 ff.). R. Petrucci (Les origines naturelles de la propriété. Essai de sociologie comparée, in Travaux de l'Institut Solvay [1905]) sieht in dem Eigentum ein natürliches Gebilde der individuellen und sozialen Instinkte. Er findet Eigentumserscheinungen schon bei der Pflanze, mehr noch beim Tier, vor allem bei den Raubtieren, und dann auch beim Urmenschen und seinen Nachkommen. Über den wissenschaftlichen Wert solcher Parallelführungen wird man anderer Ansicht sein dürfen als Petrucci. Richtig ist, daß das Eigentum in den Bedürfnissen der menschlichen Natur, zu der auch ein vegetales und sensuales Element gehört, seine Stütze hat.

Willkür, sondern (*natura duce*) mit jener Freiheit, die den Forderungen des vernünftigen Menschengesetzes gehorcht und Folge leistet. Das Eigentum als soziale Institution ist daher auch keine bloß vorübergehende Stufe der geschichtlichen Entwicklung im Verhältnis des Menschen zur Sachenwelt. Es wird bleiben und bleiben müssen, solange der Mensch seiner vernünftigen Natur gemäß handelt, solange das in der Natur des Menschen, vor aller staatlichen Gesetzgebung begründete Recht, Eigentum zu erwerben, seine Geltung bewahrt<sup>1</sup>.

#### 4. Begründung des natürlichen Rechts des Menschen, Eigentum zu erwerben:<sup>2</sup>

a) Aus der Notwendigkeit der Selbsterhaltung zunächst folgt das Recht der Selbsterhaltung und hieraus das Recht auf die Erhaltungsmittel. Diese aber sind wenigstens zum Teil von einer solchen natürlichen Beschaffenheit, daß sie nicht mehreren zugleich dienen können. Der Mensch muß also das Recht haben, andere von dem Besitze und Gebrauche seiner notwendigen Erhaltungsmittel auszuschließen, mit andern Worten, Eigentum an denselben erwerben können. Woher aber leiten die Gründe sich ab, die den Menschen nicht nur berechtigen, seinem augenblicklichen Bedarf jedesmal zu genügen, sondern, wenn er kann, auch Vorräte von Gütern aufzuhäufen, ja sogar Grund und Boden in Privateigentum zu verwandeln?

b) Diese Berechtigung ergibt sich aus der Voraussicht und dem Vorbedacht als natürlichen Attributen des vernünftigen Menschen. Während das Tier mit dem Genusse gegenwärtiger Güter sich begnügen muß, erhebt der Mensch sein Haupt über den Strom der Zeit, bemißt die Zukunft und deren Forderungen. Er kann seinerseits Rücksicht nehmen auf zukünftige Bedürfnisse. Gerade hierin erblickt er sogar einen Vorzug seiner vernünftigen Natur. Es scheint ihm ferner als eine Pflicht der Klugheit, für die Zukunft zu sorgen und seine Fähigkeiten zur Vervollkommenung des Lebens zu verwerten. Daher in ihm der oft mächtige Antrieb, alles aufzubieten, um sein zukünftiges Leben der Ungewißheit zu entreißen und nach Möglichkeit besser zu gestalten. Wie aber sollte er dies sicherer und wirksamer können als durch das Eigentum an einem Vorrat von Gütern, der auch zukünftige Bedürfnisse zu decken imstande ist und seine Kräfte befreit von dem Zwange, jeden Augenblick um des Lebens Notdurft zu ringen? Wie besser, als ins-

<sup>1</sup> Vgl. Enzyklika „*Rerum novarum*“ Leos XIII., offizielle Herdersche Ausgabe, 14 (15) f.: „Es ergibt sich . . ., daß privater Besitz vollkommen eine Forderung der Natur ist.“ Vgl. auch das *Motu proprio* Pius' X. vom 18. Dezember 1903 und das neue *Ius canonicum*.

<sup>2</sup> Man beachte auch hier wieder die Unterscheidung zwischen Eigentumsinstitution und Eigentumsordnung. Die obige Beweisführung bezieht sich auf die Eigentumsinstitution. Zusammengefaßt dürften die Gründe allerdings die Vernunftgemäßheit der Eigentumsinstitution erhärten.



besondere durch stabiles Eigentum an Grund und Boden, dieser nie versiegenden Güterquelle? Wer der Früchte des Baumes bedarf, sichert sich diese Früchte am besten durch den Besitz des Baumes, und wer über den Baum verfügen will, muß auch über den Boden verfügen, auf dem der Baum steht. Soll also am wirksamsten dauernd gesorgt sein, dann genügt kein vorübergehender Besitz, und nur derjenige wird anderseits die für das Gedeihen der Feldfrucht, nötige Mühe auf den Acker aufwenden, der durch das Eigentumsrecht dagegen gesichert bleibt, umsonst Mühe und Zeit verloren zu haben. Wenn also der Mensch seiner Vernunft, dem natürlichen Antrieb und Verlangen nach Sicherung und Vervollkommenung seines Lebens Folge leistet, wenn er einen Vorrat von Gütern sammelt, wenn er das Land seinem privaten Eigentum unterwirft, wer wollte ihm die rechtliche Befugnis dazu abstreiten, solange er dabei kein fremdes Recht verletzt?

*Einwendungen:* In einem offenen Sendschreiben an Papst Leo XIII. (The condition of labour<sup>1)</sup>) greift Henry George diese Beweisführung, deren sich auch der Papst in seiner Enzyklika über die Arbeiterfrage bedient hat, aufs lebhafteste an. George gibt zu, daß Vernunft und Vorbedacht Attribute des Menschen sind, die ihn über das Tier erheben, ihm den Stempel der Gottähnlichkeit aufdrücken. Er bestreitet auch nicht, daß dieser Vorzug der menschlichen Natur mit Notwendigkeit zum Privateigentum an allem führt, was durch menschliche Vernunft und Vorbedacht geschaffen wird. „Aber“, so sagt er<sup>2</sup>, „es kann nicht für Elemente gelten, welche wir dem Vorbedacht und der Vernunft Gottes verdanken.“ Solche Dinge — Grund und Boden — sich aneignen wollen, das hieße einen Raub begehen an einer freien Gottesgabe, die für alle und nicht für einige wenige bestimmt ist. George läßt darum nur ein Privateigentum an dem Produkte der menschlichen Arbeit, an den durch Arbeit erzeugten Gütern zu. Er leugnet aber namentlich das Eigentum an Grund und Boden, weil derselbe nicht von Menschen erzeugt sei. Diese Auffassung widerspricht indes sich selbst. Wäre sie richtig, dann gäbe es überhaupt kein Eigentum, weil es kein Produkt geben kann, das vom Menschen vollständig erzeugt ist. Der Stoff, die Substanz aller Produkte, ist Naturgabe, von Gott und nicht vom Menschen erzeugt. Dennoch bezieht sich das Eigentum auf die Substanz der Dinge, nicht bloß auf die Form, welche die stoffveredelnde Arbeit des Menschen dem Gegenstand verleiht. Die Form als solche, also das vom Menschen Erzeugte, kann überhaupt nicht besessen werden ohne Eigentum an dem Stoffe selbst. Allein Henry George entgegnet uns<sup>3</sup>: „Holz verfault, Eisen verrostet, Stein verwittert!“ Jene Substanz bleibt nur vorübergehend im Privateigentum, um alsbald wieder in das „große Lagerhaus der Natur zurückzukehren“. Doch, was soll das? Selbst wenn diese Rückkehr sich noch rascher vollzöge, als es tatsächlich geschieht, was wäre damit bewiesen? Hat darum, weil das Eigentum nicht ewig besteht, kein wahres Eigentum an jenen Substanzen bestanden, an dem Stoffe, den nicht der Mensch erzeugte, sondern der eine „freie Gabe Gottes“ ist? George verwechselt das Recht des Eigentums und die Dauer desselben. Daraus, daß kein Eigentum über un-

<sup>1</sup> Deutsch von B. Eulenstein unter dem Titel „Zur Erlösung aus sozialer Not“ (1893).

<sup>2</sup> The condition of labour 25.

<sup>3</sup> Ebd. 26.

begrenzte Dauer verfügt, folgt keineswegs, daß das Eigentum nicht zu Recht bestehen könne. Schließlich beweist auch der Hinweis auf die Sonne, die Luft, die als Gaben Gottes an die Menschheit dem Privateigentum entzogen seien, in unsrer Frage gar nichts. Denn nicht als Gaben Gottes, nicht wegen ihres Ursprungs, sondern wegen ihrer Natur bleiben diese urfreien Güter dem privaten Eigentum entrückt.

c) Ein dritter Grund ergibt sich für die Eigentumsinstitution aus der Betrachtung der natürlichen Liebe und liebenden Fürsorge der Eltern gegenüber ihren Kindern. Es ist Pflicht der Eltern, nach bester Kraft für die Erziehung und das Glück ihrer Kinder zu sorgen. Zwar kann man es nicht als Pflicht jedes Vaters bezeichnen, daß er den Kindern ein Erbe hinterlasse. Wer wollte aber bestreiten, daß die natürliche Liebe der Eltern sie von Natur aus dazu antreibt, zu wünschen und zu wollen, daß auch die Zukunft ihrer Kinder gegen die Wechselfälle des Lebens möglichst sichergestellt sei. Dieses Verlangen ist durchaus vernünftig und berechtigt, geradeso wie der Wunsch und das Bestreben des Einzelmenschen, seine eigene Zukunft zu sichern und zu vervollkommen. Solange der Erfüllung dieses Wunsches und Strebens ein fremdes höheres Recht nicht im Wege steht, wird also auch der Erwerb und die erbliche Hinterlassung von Privateigentum an die Kinder als den natürlichen Befugnissen der Eltern entsprechend anerkannt werden müssen. Solches Eigentum bildet die Unterlage dauernden Wohlstandes der Familie, festigt die Familie selbst und kommt so der gesamten Gesellschaft zugute.

d) Ein weiterer Grund ergibt sich sodann aus dem natürlichen Rechte des Menschen an der Frucht seiner Arbeit.

Die Natur selbst schafft Abhängigkeitsverhältnisse in Familie und Staat; auch die freien Dienstverhältnisse unter Menschen widersprechen nicht der Natur. Wer einem andern dienstbar ist, der arbeitet, nach Maßgabe seines Dienstverhältnisses, für den andern. Die Frucht seiner Arbeit ist der Lohn. Wer aber nicht in fremdem Dienste steht, der arbeitet für sich selbst. Die Frucht seiner Arbeit ist das Produkt. Doch lediglich in der Voraussetzung der Eigentumsinstitution wird er dieses Produktes froh, wie auch der andere seines Lohnes. Nehmen wir nun z. B. an, ein Mensch, der nicht in fremdem Dienste steht, schnitze sich einen Pfeil aus herrenlosem Holze. Ein anderer nimmt ihm den Pfeil. Das wäre eine Vergewaltigung der Person, eine Verletzung der natürlichen Freiheit des Menschen, der sich rechtswidrig gezwungen sähe, für einen andern gearbeitet zu haben. Es wäre ein Raub an dem, was der Mensch mit Recht als das Seinige betrachtet. So wird das allgemeine Rechtsbewußtsein urteilen. Es verlangt, daß derjenige, der nicht für einen andern, sondern für sich selbst gearbeitet hat, Herr der Früchte seiner Arbeit bleibe, wenn durch diese Herrschaft ein fremdes Recht nicht verletzt wird. Es fordert folgerichtig die Eigentumsinstitu-

tion als unentbehrliche Voraussetzung, damit auf diese Weise die Früchte der Arbeit dem Menschen dauernd gesichert bleiben.

Wie die Wirkung der Ursache, so folgt die Frucht der Arbeit als rechtmäßiges Eigentum demjenigen, der die Arbeit vollzogen hat<sup>1</sup>. Diesen Grundsatz wendet Leo XIII. in der Enzyklika „Rerum novarum“ speziell auf das Eigentum am Grund und Boden an, indem er zeigt, daß wenigstens der erste Bebauer die durch Kultivierung dem Lande neu verliehene Form als Frucht seiner Arbeit nicht anders denn durch das Eigentum am Boden selbst besitzen kann. Er sagt: „Jenes früher wüste Erdreich hat doch durch den Fleiß des ersten Bauers und durch seine kundige Behandlung die Gestalt völlig verändert; es ist aus Wildnis fruchtbares Ackerfeld, aus verlorener Öde ein ergiebiger Boden geworden. Was dem Boden diese neue Form verliehen, das ist derart mit ihm selbst eins, daß es größtenteils unmöglich von ihm zu trennen ist.“ Auf den ersten Bebauer herrenlosen Landes wird hier Bezug genommen, weil es sich um die ganz allgemein gehaltene Begründung des Eigentums handelt. Mit Rücksicht auf den Bebauer fremden Bodens wäre es ja nicht ausgeschlossen, daß ihm für etwaige Meliorationen von dem andern Ersatz geleistet wird, ein Verhältnis, das eben auch wieder das Eigentum voraussetzt.

*Einsendungen:* Wiederholt sagten wir in unsrer Beweisführung: der Mensch erscheine zur Erwerbung von Eigentum berechtigt, sofern dadurch kein fremdes Recht verletzt werde. Henry George meint nun, durch Privateigentum am Grund und Boden werde stets ein fremdes Recht verletzt, da die Erde, das Land für alle Menschen in gleicher Weise bestimmt sei. Zur Erläuterung bedient er sich eines Vergleichs<sup>2</sup>: Ein Vater hinterläßt mehreren Kindern ein Landgut. Der älteste Sohn nimmt es ganz in Besitz, meint aber dadurch kein Unrecht zu begehen, da er seine Brüder ja für sich arbeiten läßt und ihnen den Unterhalt als Lohn gewährt. Die Grundeigentümer gleichen dem ältesten Sohne und enthalten den Brüdern ihr Erbteil vor. Offenbar handelt es sich hier jedoch um ganz verschiedene Dinge. Sobald die Erbschaft den Kindern übertragen ist, haben sie ein Recht auf eine bestimmte, an und für sich gleiche Quote des Vermögens. Der älteste Bruder beraubt sie also eines wohl erworbenen Rechts. Der allgemeine Rechtsgrund des Eigentums dagegen stellt noch keinen Rechtstitel, keinen konkreten Erwerbsgrund bezüglich irgend einer individuellen, rechtlich erworbenen Sache oder Quote dar. Aber „der ältere Bruder“ nimmt doch alles für sich? Henry George irrt hierin. Er hat die erste Besitzergreifung nicht richtig aufgefaßt oder dargestellt<sup>3</sup>. Das zeigt sein Vergleich zwischen der Menschheit und

<sup>1</sup> Es ist etwas anderes, wenn man sagt, ohne Eigentumsinstitution würde der Mensch der Früchte seiner Arbeit nicht in vollem Maße froh werden können, oder wenn man die ganze Eigentumsinstitution lediglich auf das Recht des Menschen an dem Produkt seiner Arbeit stützen will. Man beachte auch den Unterschied zwischen der Begründung der Eigentumsinstitution und des Erwerbstitels für den Erwerb einer konkreten Sache.

<sup>2</sup> The condition of labour 28 f.

<sup>3</sup> Ebd. 29 f. Auch Progress and poverty 247 f.



einer Karawane, welche in die Wüste zieht. Einige unternehmende Teilnehmer eilen den übrigen voraus, nehmen die Oasen in Besitz und spenden dann den Durstigen nur gegen Zahlung einen Trunk Wassers. Oder auch: Jemand läuft in das Theater, okkupiert alle Sitzplätze für sich und tritt sie bloß gegen Entgelt an andere ab. Der Irrtum liegt auf der Hand. Wer zuerst im Theater erscheint, hat nicht die Befugnis, alle andern von den Plätzen auszuschließen. Aber ihm steht das unzweifelhafte Recht zu, sich einen Platz zu wählen, und indem er von demselben jeden andern ausschließt, fügt er niemand ein Unrecht zu. Wer die Schilderungen bei Henry George liest, der sollte meinen, daß nur wenige Personen (wie es etwa in englischen und amerikanischen Großstädten heute teilweise der Fall) alle andern vom Besitze des Bodens ausgeschlossen. Die erste Besitzergreifung hat sich indes auf einer viel breiteren Basis vollzogen. Menschen in unberechenbarer Zahl konnten Landeigentum erwerben. Bis heute sind noch weite Länderstrecken nicht aufgeteilt. Auch sitzen die ersten Besitzergreifer nicht mehr auf ihrer Scholle, um diese gegen die „nächstgebornen Menschen“ zu verteidigen. Wenn die „Nächstgebornen“ herangewachsen sind, sterben die Alten. Generationen folgen auf Generationen im Eigentum. Oft ist für die später Gebornen durch das Erbrecht usw. besser gesorgt als für die ersten Ansiedler durch die ursprüngliche allgemeine Okkupationsfreiheit.

Die Bestimmung der Güter der Welt für die „Menschheit“ bleibt auch für uns außer Frage. Aber sie führt nicht zu dem Einwande, der privaten Aneignung stehe das Recht der Gesamtheit gegenüber. Die Güter sind für die Menschheit als „Gattung“ bestimmt; jeder, der zur menschlichen Gattung gehört, hat das Recht, was er an Gütern bedarf, zu erwerben. Dieses dem Menschen angeborne persönliche Recht ist so stark, daß es im Falle der äußersten Not (nach dem Prinzip der Rechtskollision) sogar die Befugnis einschließt, bereits von andern erworbenes Eigentum zur Erhaltung des eigenen Lebens zu nehmen. Aber die Menschheit ist nicht als „Kollektivum“ Eigentümerin der Welt. Die Einweisung des Menschengeschlechts in den Besitz der Welt schuf nicht unmittelbar ein aktuelles Eigentum der Gesamtheit der Menschen (positive Gütergemeinschaft), eröffnete vielmehr nur für alle die rechtliche Möglichkeit, Eigentum zu erwerben (negative Gütergemeinschaft).

*Andere Formulierungen der Beweisgründe.* Es erübrigt noch die Erwähnung einiger Eigentumstheorien, die sich mit der oben dargelegten Begründung wirklich oder scheinbar berühren. So hat man z. B. das Privateigentum allein aus der Persönlichkeit des Menschen abzuleiten versucht, und als notwendige Ergänzung derselben, für „das Werk des individuellen Lebens gewissermaßen als die Erweiterung des leiblichen Daseins der Individuen“<sup>1</sup> bezeichnet. Wenn damit gesagt werden soll, das Privateigentum sei für die Entwicklung des Menschen, die Erfüllung seiner Aufgaben, in gewisser Weise notwendig und förderlich<sup>2</sup>, so ist

<sup>1</sup> Bluntschli, Allgemeines Staatsrecht I 194. Vgl. auch Stahl, Rechtsphilosophie II 351; Ahrens in seinem Naturrecht II, § 64 ff. Darüber Th. Meyer, Institutiones iuris naturalis II 179.

<sup>2</sup> Schon ein Minimum von Eigentum schützt vor allzugroßer persönlicher Abhängigkeit. Unzweifelhaft günstig, auch in psychologischer Hinsicht, müßte der Besitz eines Ackers z. B. auf die industrielle Arbeiterschaft wirken, wobei der Arbeiter durch Gartenbau wirtschaftliche Vorteile und mehr noch eine Körper und Geist erfrischende Tätigkeit finden kann. Vgl. Paul Waldhecker, Gartenrentengüter (Gladbacher Staats-

diese Auffassung nicht falsch, bedarf aber noch der näheren Bestimmung aus den individuellen und den sozialen Bedürfnissen des Menschen, um wirklich beweiskräftig zu werden, und überdies um jeder individualistischen Auffassung fern zu bleiben (das Eigentum als „verlängertes Ego“ [Wirth]). Aus dem bloßen Begriff der Persönlichkeit jedoch läßt sich für das Privateigentum, wenigstens an Produktionsmitteln, namentlich am Grund und Boden, nichts folgern. „Höchstens läßt sich behaupten, jeder Mensch müsse den nötigen Lebensunterhalt haben. Dieses Ziel ist aber ohne eigentliches Privateigentum erreichbar. Die Armen, welche auf fremde Kosten erhalten werden, besitzen kein Eigentum, hören aber deshalb nicht auf, Personen zu sein“ usw.

Desgleichen kann auch die reine Arbeitstheorie (Locke)<sup>1</sup>, die in der Arbeit die einzige Quelle alles Eigentums erblickt, nicht genügen. Steht der Mensch einer herrenlosen Sache gegenüber, dann ist auch die Arbeit für ihn Erwerbstitel. Und wie der Arbeiter hier das Recht hat, sein Produkt zu verzehren, so kann er es auch aufsparen und für sich verwahren. Desgleichen darf man wohl die Notwendigkeit der Privateigentumsinstitution sekundär daraus ableiten, daß ohne sie der Mensch die Früchte seiner Arbeit überhaupt nicht wohl genießen könnte. Allein die Eigentumsinstitution in ihrer ganzen Weite läßt sich nicht in letzter Linie und ausschließlich aus dem Recht des Menschen auf die Frucht, das Produkt seiner individuellen Arbeit, erweisen. Das Eigentum erstreckt sich auf manches, was seiner Substanz nach nicht Produkt menschlicher

bürgerbibliothek, 1911, Hft. 11). Schon Adam Ferguson hat auf die hohe Wichtigkeit eines selbsterworbenen, durch Arbeit und Fleiß errungenen Besitzes für Freiheit, Selbständigkeit, Selbstvertrauen hingewiesen. Er fügt noch hinzu, daß beständige Arbeit, stetes Ringen und Streben ein notwendiges und wohlthätiges Element unsres ganzen Daseins bilden, und daß hierfür der Erwerb und Gewinn materieller Güter einen mächtigen Antrieb darbiete (Ferguson, *Essay on the history of civil society* VI [1767] 5).

<sup>1</sup> Vgl. Roscher, *Grundlagen der Nationalökonomie*, § 77. V. Cathrein, *Moralphilosophie* II<sup>5</sup> 297. Die Gedanken Lockes hat Wilhelm Hasbach in folgende Sätze zusammengefaßt: „Gott hat den Menschen die Erde als gemeinsames Eigentum verliehen. Aber da er sie alle frei und gleich schuf, gab er jedem das Privateigentum an seiner Person. Auf sie besitzt niemand sonst ein Recht. Die Arbeit seines Leibes, das Werk seiner Hände gehören ihm und ihm allein. Der Mensch hat, wie bekannt, das Recht der Selbsterhaltung; er hat folglich auch das Recht auf Speise und Trank und andere Unterhaltsmittel. Da aber die von der Erde freiwillig geschenkten Unterhaltsmittel nicht genügen, so muß der Mensch die Erde roden, bearbeiten, düngen, besäen; Gott hat dem Menschen die Arbeit befohlen. Durch seine Tätigkeit mischt er mit der Erde etwas, was sein Privateigentum ist, und hierdurch macht er das Grundstück zu einem Privateigentum.“ (Vgl. Hasbach, *Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von François Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Ökonomie* [1890] 50.) Julius Wolf (*Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung* [1892] 80 ff.) führt aus Lockes zweitem Traktat „Of government“ diejenigen Stellen an, in welchen Locke seine Lehre vorträgt. Wolf betont, daß diese Theorie von der Arbeit als einziger Eigentumsquelle „für die klassische und sozialistische Wertlehre weit mehr getan hat als die scharfsinnigsten, aber ohne solche praktische Spitze geführten, d. h. nicht mit Folgerungen hinsichtlich des Eigentumsrechts versehenen Auseinandersetzungen über Preisbestimmungsgründe; wird ja auch heute noch die sozialistische Theorie von dem einzelnen verstanden als Eigentumstheorie und nicht als bloße Spekulation über den Preis und seine Elemente“.

Arbeit ist, so namentlich auf den Grund und Boden. Und mag es auch keine Fruchtbarkeit der Natur in einer den Bedürfnissen der Menschen genügenden Weise geben ohne Arbeit, so ist doch auch wieder die Arbeit nur produktiv<sup>1</sup>, wo sie sich mit der äußern Natur verbindet, deren Produktivität und der durch den Menschen selbst geschaffenen Hilfsmittel, die wieder Elemente der äußern Natur enthalten, sich bedient. Kurz, man mag den Nachdruck darauf legen, daß der Mensch Herr seiner Fähigkeiten sei, daß er durch seine Tätigkeit dem Gegenstande derselben etwas von seiner Persönlichkeit, die persönliche Arbeit (wieviel davon wäre nötig?), beimische, oder man mag die produktive Wirksamkeit der Arbeit betonen, die Arbeit für sich allein genügt doch nicht zur Begründung der Eigentumsinstitution schlechthin. Das Herrschaftsrecht der Menschen über das Substantielle der materiellen Welt beruht in letzter Linie auf der menschlichen Natur, mag auch die Arbeit das notwendige Mittel bleiben, die äußere Welt dem Dienste des Menschen tatsächlich zu unterwerfen.

Die Okkupationstheorie, welche das Privateigentum auf den Willensakt dessen, der die Sache zuerst in Besitz nahm, zurückführt, verwechselt ebenfalls wie manche Formulierungen der Arbeitstheorie den Eigentumserwerb mit der Eigentumsinstitution.

**5. Kulturelle, ökonomische und soziale Begründung des Privateigentums.** Für das Privateigentum spricht zunächst seine Beziehung zum geistigen und sittlichen Fortschritt eines Volkes. Die Möglichkeit, etwas sein eigen zu nennen, macht arbeitsam und sparsam. Das Eigentum befähigt den Besitzenden, der Armut zu helfen, und stärkt hierdurch die sozialen Bande, welche die Menschen miteinander verknüpfen<sup>2</sup>. Es gewährt ein befriedigendes Gefühl von Freiheit und Unabhängigkeit, von berechtigter Selbstachtung für diejenigen, welche durch Fleiß sich Güter erwerben. Kunst und Wissenschaft gedeihen wenigstens in größerem Umfange nur dort, wo der Besitz reichlicher Mittel die freie Ausbildung natürlicher Anlagen gestattet und die Aussicht auf eine materiell bevorzugte Stellung in der Gesellschaft dem Verdienste sich eröffnet<sup>3</sup>.

Ganz besonders hängt der materielle Fortschritt von der Institution des Privateigentums ab. Die Geschichte beweist, daß bei allen Völkern, wo wirklicher Kulturfortschritt sich findet, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und speziell auch am Grund und Boden zur

<sup>1</sup> Zum Satz von der alleinigen Produktivität der Arbeit vgl. Band IV. 1. Abschnitt. Kap. 3, § 3.

<sup>2</sup> Schon Aristoteles (Polit. 2, 2) sagte, die Freigebigkeit, die durch das Privateigentum ermöglicht werde, würde bei Gemeineigentum wegfallen.

<sup>3</sup> „Sollen sich die höheren Kräfte der Menschheit entfalten, soll die Natur systematisch ihrer Herrschaft unterworfen werden, sollen Wissenschaften und Künste erblühen, so ist erforderlich, daß eine feste wirtschaftliche Basis des Lebens gewonnen und nicht der Kampf um die nächsten Bedürfnisse die Sorge jedes Tages sei. Das aber ist erst möglich, wenn durch die Besitzergreifung von Produktionsmitteln und geordnete Bearbeitung derselben der Lebensunterhalt dauernd gesichert ist“ (v. Hertling, Kleine Schriften 304).



Entstehung gelangte. Das ist kein bloßer Zufall. „Es erheischt vielmehr“, sagt Roscher<sup>1</sup>, „der Fortschritt zu höherer Kultur eine immer festere und ausgeprägtere Gestaltung des Grundeigentums, zum Segen aller, die bei der höheren Kultur beteiligt sind, auch der Nichtgrundbesitzer.“ Die mit steigender Bevölkerung notwendig intensivere Bewirtschaftung des Bodens, die immer stärkere Befruchtung des Landes mit Kapital und Arbeit, die immer künstlichere Kombination in dem Zyklus der landwirtschaftlichen Operationen wäre auf die Dauer undenkbar ohne die gerade mit dem Eigentumsbesitz verbundenen Antriebe. Denken wir einmal, es wäre das Privateigentum an Grund und Boden, an Bergwerken, Fabriken, Maschinen und sonstigen Werkzeugen beseitigt. Was würde die Folge sein? Alle Menschen wären dann in sozialer und ökonomischer Hinsicht gleich, d. h. gleich arm. Keinem würde für die Betätigung größeren Fleißes, für die Geltendmachung einer höheren natürlichen Begabung ein entsprechend bedeutenderer und ihn wirklich dauernd befriedigender Gewinn in Aussicht stehen als dem Faulen und wenig Begabten. Man verkennt die Macht der psychologischen Kräfte, die Bedingtheit aller Tätigkeiten durch das Motiv, wenn man dort noch an materiellen Fortschritt glaubt, wo gerade die hierfür am meisten wirksamen, ja entscheidenden Triebfedern eines intensiven wirtschaftlichen Handelns völlig fehlen. Nur wenn das eigene Erwerbsinteresse mit in Frage kommt, versteht sich die große Zahl der Menschen zu gesteigerten Kraftanstrengungen. Nimmt man dem Erwerbsverlangen jede Hoffnung auf Befriedigung, dann ist es aus mit der Schaffensfreudigkeit, mit dem tatkräftigen, ausdauernden Fleiße, mit jeder höheren Anspannung der Kräfte. Unerläßlich für die Entwicklung der materiellen Kultur ist ferner die Erhaltung und Vervollkommnung der Arbeitsmittel<sup>2</sup>. Wenn es heute schon einer besondern Sorgfalt bedarf, zu verhindern, daß in der Fabrik mit den Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen leichtfertig umgegangen wird, dann würde nach Einführung des Kollektiveigentums der Gesellschaft an den Arbeitsmitteln, sogar bei tyrannisch durchgeführter Aufsicht, ganz von selbst schließlich eine wahre Schleuderwirtschaft Platz greifen. Andererseits würde die Majorität der Bevölkerung kaum je so leicht bereit sein, zum Zweck der ersten Einführung technischer Verbesserungen ihr Arbeitspensum sich erhöhen zu lassen. Fällt es ja den Menschen oft schwer, alte, gewohnte Methoden zu Gunsten neuer, sogar mehr Gewinn bringender aufzugeben. Das ist jedenfalls

<sup>1</sup> Grundlagen der Nationalökonomie I, § 87.

<sup>2</sup> In den Artikeln 294/295 einer von der russischen Kaiserin Katharina II. persönlich ausgearbeiteten Instruktion (1767) heißt es: „Der Ackerbau kann nicht zur Blüte kommen, wo der Ackersmann kein Eigentum hat. Ein jeder Mensch bekümmert sich mehr um dasjenige, was ihm eigen ist, als was einem andern gehört; er wendet keinen Fleiß auf seine Sache, von der er zu besorgen hat, daß sie von einem andern genommen werde.“ Vgl. August Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 245 f.

nicht Sache der großen Masse, sondern regelmäßig individueller Strebsamkeit des überlegenen Genius und persönlicher Tatkraft.

Die gesellschaftliche Ordnung, Glück und Frieden im sozialen Leben sodann ist nicht minder wesentlich durch die Institution des Privateigentums bedingt. 1. Die Verteilung der Berufe, die in einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln begründeten Gesellschaft sich im Anschluß an die vererbten Verhältnisse relativ leicht vollzieht, müßte in einer Gesellschaft ohne Privateigentum in autoritativer Weise, von oben herab geschehen, wenn alle Berufe in ausreichendem Maße besetzt sein sollen. Das wäre aber eine nie versiegende Quelle großer Unzufriedenheit, da der Mensch nur zu geneigt ist, sich höher einzuschätzen, als seinen Talenten und seiner Leistungsfähigkeit entspricht. Dabei haben wir noch gänzlich davon abgesehen, daß bei einer solchen Austeilung der Berufe ebenfalls Täuschung, Irrtum, Willkür gar leicht in verhängnisvoller Weise Platz greifen könnten. 2. Es wäre ferner eine völlig unhaltbare Voraussetzung, wenn man annehmen wollte, der ganze Produktionsprozeß würde sich in einer solchen Gesellschaft ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln wie von selbst vollziehen, sofern nur die materiellen Arbeiter vorhanden wären. Weit entfernt: auch da müßte eine Leitung des Produktionsprozesses wirksam sein, und die Arbeiten, welche heute der Eigentümer der Produktionsmittel als Unternehmer für die Güterbildung und Güterverwendung vollzieht oder durch geeignete Personen vollziehen läßt, könnten auch in der andern Gesellschaft nur von Leuten übernommen werden, deren Vorbildung, Intelligenz, Geschicklichkeit sie für einen solchen Posten befähigte. Heute erledigt sich diese Frage der Leitung der Produktion und Verwendung der Kräfte ohne allzu große Schwierigkeit. Würde aber die Bestellung und Durchführung dieser Leitung in einer absolut demokratischen Gesellschaft eigentumsloser und dadurch auch ökonomisch Gleichgestellter nicht zu den größten Schwierigkeiten, Mißhelligkeiten, Insubordination, Unzufriedenheit führen müssen? Die Gesamtlage würde den einmal erregten Elementen um so unerträglicher erscheinen, da sie ihrem „Herrn“ — der „Gesellschaft“ und deren Organen — völlig überantwortet wären. Heute ist der Arbeiter doch wenigstens noch Kontrahent im Verhältnis zum Arbeitgeber. Er kann, wenn auch mit den größten Opfern vielleicht, einen andern Arbeitgeber aufsuchen. Der „Gesellschaft“ als einziger Arbeitgeberin aber würde der einzelne Arbeiter schlechthin unterworfen sein und sich bedingungslos unterwerfen müssen, wenn es ihm nicht gelänge, in siegreichen Faktionen und Revolutionen das herrschende Regime wiederum zu stürzen. 3. Schließlich birgt auch die Verteilung der Produkte unüberwindliche Schwierigkeiten für eine solche Gesellschaft in sich. Eine gewisse Konsumfreiheit müßte bestehen, denn die quantitative und qualitative Zumessung von Gütern an die einzelnen durch eine gesellschaftliche Autorität erscheint ja auf den ersten Blick als Knecht-

schaft und Sklaverei. Soll aber diese Konsumfreiheit eine unbegrenzte sein? und wenn nicht, wer setzt die Grenzen? Will man sich vielleicht mit einem Taxsystem helfen? In eng begrenztem Umfange sind Taxen möglich, aber auch für den ganzen Bedarf einer großen Gesellschaft? Und wer wiederum soll sie festsetzen, so daß alle damit zufrieden wären? Das sind Bedenken, die in der Theorie schon groß erscheinen, in der Praxis aber gar bald das gewaltsame Ende einer solchen Gesellschaftsform herbeiführen dürften.

**6. Einwendungen.** Man sagt, 1. auch das Privateigentum habe die größten Übelstände im Gefolge. Wer wollte das bestreiten? Allein der Mißbrauch einer Institution darf nicht mit der Institution selbst verwechselt und das tatsächlich in die Erscheinung tretende Übel nicht als ein notwendiges bezeichnet werden. Ohne Zweifel gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Staatsgewalt die Aufrichtung und Durchführung einer gesetzlichen Eigentumsordnung, durch welche Erwerb und Gebrauch des Privateigentums ebensowohl mit den Forderungen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls in Einklang gesetzt, als das wohlerworbene Eigentum gegen die unerlaubten Künste fremder Gewinnsucht wirksam geschützt wird.

2. Lujo Brentano sieht in den Eigentumsbeweisen der Enzyklika „Rerum novarum“ vom 15. Mai 1891 eine „große Neuerung“<sup>1</sup>: „Die Kirchenväter haben aufs energischste bestritten, daß das Eigentum im Naturrecht begründet sei; es sei erst durch einen Akt der positiven Gesetzgebung entstanden.“ Wir können dieser Auffassung nicht beipflichten. Gewiß zeigt die wissenschaftliche Formulierung der Eigentumsbeweise einen Fortschritt. Aber daß die alte Kirche, die Hüterin des Dekalogs und damit des siebten Gebotes, das Eigentum als Institution nun doch lediglich von der positiven menschlichen Gesetzgebung abgeleitet habe, ist wegen des offenbaren Widerspruchs von vornherein kaum glaublich. Die Kirchenväter haben negativ gelehrt, daß die Natur nicht selbst unmittelbar eine Teilung der Güter vollzogen habe („negative Gemeinschaft der Güter“), und daß ohne die Erbsünde eine Teilung kaum notwendig gewesen wäre. Sie haben sodann positiv hervorgehoben, daß auch in der gegenwärtigen Ordnung, für welche sie die Notwendigkeit des Privateigentums nicht bestreiten, die ursprüngliche Bestimmung der materiellen Welt, zur Erhaltung des Lebens des ganzen menschlichen Geschlechts Verwendung zu finden, fortduere. Ist die tatsächliche Verteilung der Güter, die konkrete Einführung und Gestaltung des Eigentumsrechts, die Aus- und Fortbildung der positiven Eigentumsordnung, auch ein geschichtlicher Vorgang, so handelt es sich doch dabei um eine Tatsache, die ihre letzte Quelle nicht in menschlicher Willkür, sondern, wie wir sahen, in den Forderungen der Vernunft, des natürlichen Rechts besitzt. Das haben die Kirchenväter nirgends in Zweifel gezogen und ebensowenig einen positiven Kommunismus gefordert. Wenn einzelne Kirchenväter dem absoluten Eigentum und dem Egoismus der Reichen ihrer Zeit gegenüber gerade an jene Bestimmung der Güter, allen Menschen zu dienen — nicht ohne rhetorischen Schwung — erinnern, so folgt hieraus um so weniger eine Ablehnung der Eigentumsinstitution als solcher, da sich bei denselben Vätern (Basilius, Chrysostomus, Ambrosius, Hieronymus) andere Stellen finden, die keinen

<sup>1</sup> Brentano, Zur Genealogie der Angriffe auf das Eigentum, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XIX (1904) 269.



Zweifel darüber lassen, daß sie das Eigentumsrecht an und für sich durchaus nicht in Frage stellen wollen<sup>1</sup>.

3. Wurden auch Thomas von Aquin kommunistische Ideen zugeschrieben, so beruht das auf mangelhafter Kenntnis seiner Terminologie. Max Maurenbrecher, der keineswegs für Thomas und die katholische Kirche Sympathien zu besitzen scheint, gibt doch zu<sup>2</sup>, daß in der Beurteilung der Lehre des Aquinaten „die katholischen Forscher der Wahrheit bedeutend näher gekommen sind als ihre Gegner. Denn tatsächlich finden sich Stellen, in denen Thomas das Eigentumsrecht, wenn auch nicht dem ‚Naturrechte‘ im eigentlichen Sinne des Wortes, so immerhin noch dem ‚natürlichen Rechte‘ unterstellt. Er zerlegt dieses ‚natürliche Recht‘ in zwei Teile, von denen einer die an sich natürlichen, der andere die um gewisser Folgen willen natürlichen Rechtsverhältnisse umfaßt<sup>3</sup>: jenen nennt er das ‚Naturrecht‘ im engeren Sinne, diesen das Völkerrecht: jenes ist allen lebenden Wesen, dieses nur allen Menschen gemeinsam: jenes beruht auf den angeborenen, mehr instinktiven Trieben, dieses ist ein Erzeugnis der allgemeinen menschlichen Vernunft; beide zusammen stehen aber als ‚natürliches Recht‘ in dem Sinne, wie Aristoteles<sup>4</sup> das Wort gebraucht hatte, dem positiven Gesetzesrechte gegenüber. Auf diesem ‚natürlichen Rechte‘ ruht nun nach Thomas auch das Eigentum. Das ‚Naturrecht‘ im engeren Sinne freilich hat nichts damit zu tun; denn an sich liegt kein Grund vor, warum z. B. ein Acker diesem und nicht einem andern gehören sollte: an sich gehören alle Dinge gemeinsam‘, wie er an einer andern Stelle<sup>5</sup> sagt. Aber um gewisser Folgen willen . . . ist es doch ‚natürlich‘, daß der Acker einen bestimmten Besitzer habe: darum gehört das Eigentumsrecht zu jenem zweiten Teile des ‚natürlichen Rechtes‘, dem ‚Völkerrechte‘. Dem entspricht durchaus jene . . . Anschauung, daß das Privateigentum eine Ergänzung

<sup>1</sup> Über die einzelnen Stellen, die hier in Betracht kommen, vgl. die näheren Angaben bei Bardenhewer, *Patrologie* (1894) 44 ff.; Vermeersch, *Quaestiones de iustitia* 264 ff., n. 210; Funk, Klemens von Alexandrien über Familie und Eigentum usw., in den *Kirchengeschichtlichen Abhandlungen* II (1899) 60 ff.; *Historisch-politische Blätter* CXXX 888 ff.; Seipel, *Die wirtschaftlichen Anschauungen der Kirchenväter* 1907; Schilling, *Eigentum und Reichtum in der altkirchlichen Literatur* 1908; derselbe: *Die Rechtsphilosophie bei den Kirchenvätern*, im *Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie* XVI (1922) 1 ff.; Harnack, *Wesen des Christentums* 109; Lujo Brentano, *Die wirtschaftlichen Lehren des christlichen Altertums* (1902); dazu Odilo Rottmann, *Über falsche patristische Zitate*, im *Historischen Jahrbuch der Görres-Gesellschaft* XXIII 1902 1 ff.; auch Brentanos Rektoratsrede: *Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte* 1901. „Brentanos Darstellung entbehrt jeder Vertrautheit mit dem Geiste der alten Kirche, will ja auch nur die Unbrauchbarkeit der altchristlichen Ideen für eine liberale kapitalistische Wirtschaftspolitik dartun.“ So Ernst Troeltsch, *Die Soziallehren der christlichen Kirche*, im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXVI 1908 49 A. Troeltsch unterscheidet für das christliche Naturrecht zwischen dem absoluten Naturrecht des Urzustandes (Besitzgemeinschaft) und dem relativen Naturrecht nach der Erbsünde mit Privateigentum). *Die Soziallehre der christlichen Kirchen und Gruppen* I 1912 164.

<sup>2</sup> Thomas von Aquins Stellung zum Wirtschaftsleben seiner Zeit 1898<sup>1</sup> 113 117. Franz Schaub, *Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin und der moderne Sozialismus* (1898) 259 ff.

<sup>3</sup> S. th. 2, 2, q. 57, a. 3, c.

<sup>4</sup> Vgl. *Comm. in Eth.* 5, lect. 12, b.

<sup>5</sup> Vgl. *De sortibus* c. 2; S. th. 2, 2, q. 66, a. 2 ad 2.

zu dem ‚Naturrecht‘ im engeren Sinne des Wortes ist, weil ja das ‚Völkerrecht‘ gerade das eigentliche ‚Vernunftrecht‘ ist.“ Die Stelle, auf welche Maurenbrecher hierbei Bezug nimmt, lautet<sup>1</sup>: „Naturrecht ist dasjenige, wozu die Natur den Menschen hinneigt. Nun kann man aber eine doppelte Natur im Menschen unterscheiden, eine animalische, welche ihm mit den Tieren gemeinsam ist, und eine menschliche, welche ihm als Menschen eigen ist, d. h. insofern er mit seiner Vernunft Schändliches und Ehrbares unterscheidet. Die Juristen aber nennen Naturrecht nur das, was sich aus der Neigung der Natur ergibt, die dem Menschen mit den Tieren gemeinsam ist, wie die Verbindung von Mann und Weib, die Erziehung der Kinder u. a. Dasjenige Recht aber, das aus der eigentlich menschlichen Natur folgt, insoweit der Mensch vernünftig ist, nennen die Juristen ‚ius gentium‘, weil es bei allen Völkern in Gebrauch ist, z. B. daß man Verträge halten müsse usw.“ Es ist somit ersichtlich, wie irrig die Behauptung war, Thomas habe an einen ursprünglichen Kommunismus geglaubt oder diesen, nicht aber das Privateigentum, als eine natürliche Institution anerkannt<sup>2</sup>.

4. Auch der Hinweis auf den „Kommunismus der ersten Christen“ beweist nichts zu Gunsten des kollektivistischen Kommunismus nach modernem Begriffe. Nicht um eine rechtliche Aufhebung des Privateigentums und Überführung jedes Einzelbesitzes in das Kollektiveigentum und die Kollektivwirtschaft der Gemeinde handelte es sich damals, sondern lediglich um eine vollfreie, dem Beweggrunde der Liebe allein entstammende Hingabe des Eigentums bzw. des beim Verkaufe desselben erlösten Preises zum Zwecke der Verteilung. Die Berechtigung des Privateigentums wurde dadurch in keiner Weise bestritten, im Gegenteil durch die Betonung der Freiwilligkeit der Gabe indirekt anerkannt. Als Ananias nur einen Teil des Erlöses aus dem verkauften Acker brachte, dabei sich aber der Unwahrheit schuldig machte, sagte Petrus zu ihm: „Blieb es dir nicht, wenn du es behalten wolltest? Und da es verkauft war, war es nicht in deiner Gewalt?“<sup>3</sup> Ein Kommunismus des Genießens und Gebrauchs<sup>4</sup> in dem Sinne, als ob es sich dabei um eine Rechtspflicht der Gemeindeglieder gehandelt, lag ebensowenig vor, wie die Gemeinde als Rechtssubjekt des Eigentums an den Produktionsmittel erschien. Man sollte mitteilen aus Liebe, ein jeglicher, wie er es bestimmt hat in seinem Herzen, nicht in Traurigkeit oder Zwang; denn einen fröhlichen Geber hat Gott lieb<sup>5</sup>. Heute unterliegt es daher nach dem Urteile der meisten Autoren<sup>6</sup> keinem Zweifel mehr, „daß es bei den ersten Christen

<sup>1</sup> Comm. in Eth. 5, lect. 12, b.

<sup>2</sup> Die falsche Deutung, welche Albert Ritschl der Lehre des hl. Thomas gab (Festrede zur Feier des 150jährigen Bestehens der Universität Göttingen [1887]), wurde zurückgewiesen durch v. Hertling (Zur Beantwortung der Jubiläumsrede [1887] 9 ff. Vgl. auch v. Hertling, Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik [1897] 135 ff.).

<sup>3</sup> Apg. 5, 4.

<sup>4</sup> Bernstein und Kautsky, Geschichte des Sozialismus I 26 f.

<sup>5</sup> Vgl. Röm. 12, 10; 13, 20. 1 Kor. 6, 1 ff.; 7, 30; 11, 20. 2 Kor. 8, 3; 9, 7. 1 Thess. 4, 6 9 ff. 2 Thess. 3, 8 10 12. Eph. 4, 28 32. 1 Tim. 6, 17 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Georg Adler, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, im Frankensteinischen Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaft III (1899), 1. Abt., 69 ff. Eingehend behandeln diese Frage auch Ratzinger, Geschichte der kirchlichen Armenpflege<sup>2</sup> (1864) 88 162 f.; Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen<sup>2</sup> 91 f.; Alfred Winterstein, Die christliche Lehre vom Erdengut (1898) 116 f. 136 ff.; Soziale Revue III (1903):

keinen eigentlichen Kommunismus gab. Auch in der Gemeinde von Jerusalem kann zu keiner Zeit von einem wirklichen Kommunismus die Rede sein, sondern nur von einer hoch entwickelten Armenpflege (Organisation der Verteilung), die so sehr dem Ideal einer solchen entsprach, daß keiner Mangel litt und jeder Reiche seinen Besitz gleichsam als Eigentum aller behandelte. Daß dieser Zustand sich tatsächlich wie eine Gütergemeinschaft ausnahm, hatte seinen Grund in mehreren Umständen: 1) war die vollendete Bruderliebe, mit der sich alle Glieder der Gemeinde, arme und reiche, gegenseitig umfaßten, der Grund für die großartige Freigebigkeit. Apg. 4, 32 leitet geradezu die Schilderung der Armenpflege ein mit der Bemerkung, daß alle „ein Herz und eine Seele“ gewesen seien; 2) lebten diese Christen in engster Verbindung miteinander in einem fast familienhaften Zusammenhange, woraus sich von selbst ergab, daß tatsächlich, und was die Verwendung anging, keiner mehr seinen Besitz als eigentlich persönliches Eigentum zu betrachten schien. Darum hebt Apg. 2, 44 auch hervor: „Alle waren beisammen und hatten (deshalb) alles gemeinschaftlich“; 3) muß die Kirche von Jerusalem eine ungewöhnlich große Anzahl von Armen gezählt haben. Paulus sieht sich wiederholt veranlaßt, in seinen Gemeinden Kollekten für sie abhalten zu lassen (1 Kor. 16, 13. 2 Kor. 8; 9, 1. Röm. 15, 26). Ja in dem Vertrage, den die Säulen-Apostel auf dem sog. Konzil von Jerusalem mit Paulus über die Teilung der Missionsarbeit schlossen, behielten sie sich vor, daß der Heidenapostel zum Zeichen seines fortdauernden Zusammenhanges mit der jüdischen Mutterkirche der Armen von Jerusalem stets gedenken werde (Gal. 2, 10). Die Armenpflege muß also eine ständige und schwere Sorge für die Leiter dieser Gemeinde gewesen sein. — Faßt man alles zusammen, dann erklären sich die kommunistisch klingenden Wendungen der Apostelgeschichte. Daß diese in der Tat nichts anderes sagen wollten, als daß in vollendetem Maße die Armenpflege geübt worden sei, geht aus der Bemerkung 4, 34 hervor: *Neque enim quisquam egens erat inter illos*, was als das Ergebnis der vermeintlichen Gütergemeinschaft hingestellt wird. Diese Worte enthalten aber eine sehr bestimmte Anspielung auf Dt. 15, 4: *Et omnino indigens et mendicus non erit inter vos*. Die dort gegebene alttestamentliche Vorschrift über die werktätige Nächstenliebe gipfelt in diesem Satze. Die Apostelgeschichte will durch Aneignung jener Worte zeigen, daß unter den Christen die vollkommene Erfüllung jener alttestamentlichen Vorschrift erreicht worden sei, hat somit ebenso wenig Kommunismus im Auge wie Moses. Ferner läßt sich aus eben der Apostelgeschichte zeigen, daß tatsächlich einzelne und gerade hervorragende Glieder der Gemeinde Privateigentum hatten. 12, 12 wird das Haus der Maria, der Mutter des Johannes Markus, erwähnt.<sup>1</sup>

5. Die Berufung auf den Kommunismus der Klöster kann ebensowenig dazu dienen, kommunistische Neigungen der christlichen Kirche zu erweisen. Im

Meffert, Die Stellung des Urchristentums zum Wirtschaftsleben 228 ff.; Die caritative Tätigkeit des Urchristentums IV 1904 381 ff.; Walter, Kirche und Wirtschaftsleben 301 f., gegenüber Theo Sommerlads Ausführungen über die wirtschaftliche Tätigkeit der Kirche in Deutschland (1900); Das wirtschaftliche Programm der Kirche des Mittelalters (1903); Die Lebensbeschreibung Severins als kulturgeschichtliche Quelle 1903; Friedrich Glaser, Die Franziskanische Bewegung, in den Münchener volkswirtschaftlichen Studien, herausgeg. von L. Brentano und W. Lotz (1903); vgl. ferner die Aufsätze über den „Kommunismus der ersten Christen“ in „Wahrheit“ II (1896) 1 ff. 151 ff. 560 ff. usw.

<sup>1</sup> Paul Oberdörffer, Kölner Korrespondenz für die geistlichen Präsidien IV 1893 163 f.



Gegenteil zeigt gerade die Auffassung von der Notwendigkeit eines besondern Berufes zum Ordensstande, somit einer nicht gewöhnlichen und nicht allgemeinen Gnade, daß der angebliche Kommunismus der Klöster keineswegs für die große Masse der Menschen berechnet ist. Es handelt sich hier um den freiwilligen Verzicht seitens einzelner Personen auf eine an sich erlaubte Selbständigkeit, ein Opfer, dessen Durchführung fortgesetzte Selbstbezwungung nach sich zieht und eben deshalb eine besondere Berufsgnade voraussetzt.

6. Schließlich sei noch bemerkt, daß die kommunistischen Reduktionen der Jesuiten in Paraguay in keiner Weise auf einem prinzipiellen Gegensatz zur Institution des Privateigentums beruhen; sie dienten lediglich als ein transitorisches, konkreten Verhältnissen angepaßtes Erziehungsmittel, um barbarische Völker an Ordnung und Arbeit zu gewöhnen, allmählich für Kultur und Zivilisation zu befähigen<sup>1</sup>.

### 7. Der ältere Agrarsozialismus und die neuere Bodenreformbewegung<sup>2</sup>.

Mit dem Namen „Bodenreformer“ werden heute sehr verschiedene Richtungen bezeichnet, sowohl radikale sozialistische und agrarsozialistische als anderseits auch solche, die weder das Privateigentum überhaupt noch das Grundeigentum, sondern lediglich die sog. Grundrente durch Steuer- und andere Maßregeln, schließlich auch nicht einmal diese vollständig beseitigen wollen.

1. Die *sozialistische Gruppe*, für welche die Aufhebung des privaten Grundeigentums lediglich den ersten Schritt bedeutet zur Beseitigung alles Eigentums, das Rente, Zins oder Gewinn abwirft, sieht in dem Grundeigentum eine besonders schwere Verletzung der natürlichen Gleichheit der Menschen. Gemeinde oder Staat sollen daher sich in den Besitz des Bodens bringen, denselben durch Verpachtung usw. dem allgemeinen Nutzen und gleichen Anspruch aller dienstbar machen. Hierhin gehören insbesondere Thomas Spencer<sup>3</sup> und der Chartistenführer O'Brien<sup>4</sup>.

2. Gegner des privaten Grundeigentums, nicht aber der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung sind die sog. *Agrarsozialisten*. Sie lehnen die sozialistischen Gleichheitsbestrebungen ab und fordern nur für alle den gleichen Anteil am nationalen Boden. Mit der Verstaatlichung des Bodens hoffen sie auch die schlimmsten Übelstände des Kapitalmonopols beseitigt zu sehen, indem die Aufhebung des privaten Grundeigentums der freien Betätigung der Arbeitskraft zahlreicher Menschen den Weg eröffnen würde. Als Hauptvertreter dieser Richtung gilt der Naturforscher

<sup>1</sup> Der Bericht des „alten Doblas“, den Stegmans und Hugos Handbuch des Sozialismus (1894) 598 anführt, läßt nur den einzigen Zweifel aufkommen, ob dabei der Witz oder das Latein schlechter sei.

<sup>2</sup> Karl Diehl, Der ältere Agrarsozialismus und die neuere Bodenreformbewegung in Amerika, England und Deutschland, im Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (von Karl Grünberg) I (1911) 225 ff. V. Cathrein, Das Privateigentum und seine Gegner<sup>4</sup> (1909); Moralphilosophie II<sup>5</sup> (1911) 257 ff.

<sup>3</sup> The meridian sun of liberty (1796; ein Vortrag, 1775 zu Newcastle gehalten), neu herausgegeben 1882 von Hyndman unter dem Titel: The nationalisation of the land in 1775 and 1882 (deutsch von E. v. Eichmann in G. Adlers Sammlung der „Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik“ unter dem Titel: Das Gemeineigentum am Boden [1904]).

<sup>4</sup> The rise, progress, and phases of human slavery (1885; posthumes Werk. O'Brien starb 1864).

und Reisende Alfred Russel Wallace<sup>1</sup>. Dem Staate soll ihm zufolge nur das Ober-eigentum am nackten Boden zugesprochen werden; der Pächter oder Besitzer zahlt dem Staate das „quit-rent“ für den reinen Bodenwert, während alle Meliorationen, Gebäude usw., als sog. „tenant-right“, in das Eigentum des Staatspächters fallen. So lange die Pächter den Boden bewirtschaften, dürfen sie wie freie Eigentümer schalten. Nur Afterpacht ist verboten, die Hypothekenbelastung beschränkt und an die Genehmigung des Staates geknüpft. Jeder Bürger hat Recht auf ein Grundstück (Minimum 1 Acre, Maximum 5 Acres) gegen Zahlung des quit-rent. Doch wird eine Ausdehnung der Pacht auf ein größeres Areal gestattet, sofern der Pächter nur der Pflicht der eigenen Bewirtschaftung des Grundstückes genügt. Die ehemaligen Grundherren, die von der Expropriation betroffen werden, sind nach Wallace staatlicherseits zu entschädigen. Indem Wallace hofft, daß infolge seiner Landreform ein Teil der städtischen Bevölkerung die Stadt verlassen und auf das Land ziehen würde, erwartet er doch gründliche Besserung der städtischen Wohnungsverhältnisse nur von der Kommunalisierung des städtischen Bodens. Aller Hausbesitz soll seinem Wert nach abgeschätzt werden unter Trennung des Wertes von Haus und Boden. Die bisherigen Mieter können dann das Haus zu dem festgesetzten Preise kaufen; wollen sie das nicht, so erwirbt die Stadt das Haus und vermietet es gegen eine mäßige Rente.

3. Die dritte Gruppe, die sog. *Bodenreformer*, verwerfen nicht das Grundeigentum als juristische Institution, sondern lediglich eine bestimmte Art des Einkommens aus dem privaten Bodenbesitz. Es bestehe kein natürliches Recht des Menschen auf den gleichen Anteil am Boden, sondern lediglich auf die Früchte der eigenen Arbeit auch in dem negativen Sinne, daß, was dem nackten Bodenwerte zu verdanken sei, und nicht der eigenen Tätigkeit und der eigenen Kapitalaufwendung, als müheloser Rentenbezug der Grundeigentümer zu betrachten und an den Staat abzugeben wäre. Diese von Diehl als „Antirentenrichtung“ charakterisierte Lehre stellt „eine praktische Nutzenanwendung aus der Ricardoschen Grundrententheorie dar, nach der die Grundrente kein allgemeines Einkommen alles Grundbesitzes ist, sondern nur ein Extraprofit solcher Grundbesitzer, die über besonders fruchtbaren oder besonders günstig gelegenen Boden verfügen“. Die bodenreformerischen Folgerungen hat indes Ricardo nicht selbst aus seiner Lehre gezogen. Er erwartete eben von der freihändlerischen Politik eine solche Steigerung des internationalen Getreideangebotes, daß die Knappheit des Bodens des einzelnen Landes nicht mehr zu wachsenden Rentenbezügen führen könne. Bereits John Stuart Mill aber wurde durch die Rententheorie zu wirklich bodenreformerischen Forderungen gebracht: durch eine Steuer sollte, wie er meinte, dem Staate dasjenige Einkommen der Bodenbesitzer, das eigentliche Rente war und nicht auf Arbeit beruhte, zugeführt werden<sup>2</sup>. Doch will Mill das private Grund-

<sup>1</sup> Land nationalisation, its necessity and its aims (1882).

<sup>2</sup> Vgl. Grundsätze der politischen Ökonomie (übersetzt von A. Soetbeer) III 1869, 5. Buch, S. 127. Ausführlicher in Bd IV der „Dissertations, Discussions“. Fünf Aufsätze (1871/73). Vgl. Diehl, Der ältere Agrarsozialismus 241 f. 254. Diehl bezeichnet hier die Erläuterungen Ricardos über Land tenure und die nationalökonomischen Betrachtungen über die vorgeschlagene Reform als „das Beste, was überhaupt vom nationalökonomisch-theoretischen Standpunkt zur Vertretung der neueren eigentlichen Bodenreformtheorie gesagt werden kann“. Mill hält zwar jene Länder des Ostens (in der Voraussetzung guter Regierung) für glücklich, wo Grund und Boden stets dem Staate gehört habe und

eigentum nicht beseitigen, auch die dem Grundeigentümer von früher her zukommende Rente nicht konfiszieren; nur künftige Rentensteigerungen sollen weggesteuert werden. Grundbesitzern, die diese Steuermaßregel nicht billigten, sollte es frei stehen, ihren Grundbesitz dem Staate zu verkaufen.

Mehr erfolgreicher Agitator und glänzender Schriftsteller als origineller Theoretiker war der Amerikaner Henry George<sup>1</sup>. Für ihn blieb die Bodenreform nicht bloß eine Frage der Steuer- und Agrarpolitik; sie war „der Mittelpunkt seiner ganzen nationalökonomischen Anschauung. Nur aus diesem Punkte heraus hielt er eine Heilung aller sozialen Übel für möglich. Sein ganzes Leben widmete er der Bodenreform, und auch, als er gleichzeitig für den Freihandel Propaganda machte, geschah dies nur, um vermittels der Freihandelsagitation noch mehr Anhänger für seine Bodenreform zu gewinnen. Er trieb das bodenreformerische Prinzip auf die Spitze: in einseitigster Weise übertrieb er die Bedeutung des ‚unearned increment‘, und nach Art eines fanatischen Sektengründers glaubte er, durch die Einführung des Single-tax-system's eine Versöhnung des Individualismus und Sozialismus herbeiführen zu können. Dies alles, unterstützt von unermüdlicher Agitationstätigkeit und getragen von einer absolut integren, idealistischen Persönlichkeit hat ihm den größten Ruhm verschafft.“<sup>2</sup>

Henry George gehört nicht zur sozialistischen Gruppe der Bodenreformer. Alles, was nach Verordnung und Zwang schmeckt, war ihm zuwider. Auch die agrarsozialistischen Pläne gefielen ihm nicht. Von einer Verteilung des Bodens durch den Staat, vom Staatspächtertum, ebenso wie von jedweder staatlichen Wirtschaftsbevormundung und von staatlichem Wirtschaftsbetrieb erwartete er nur Mißbräuche, Korruption, Demoralisation. Bloß auf die Grundrente hatte er es abgesehen; sie erschien ihm als ein ungerechtes, weil arbeitsloses Einkommen. Hatte Mill der Grundrente lediglich eine in gewisser Richtung ungünstige Einwirkung auf die Verteilung des Volkseinkommens zugeschrieben, die Not speziell der arbeitenden Klasse aber nach Malthus' Vorgang erklärt, dann war für George nicht das Bevölkerungsprinzip, nicht die Kargheit der Natur, sondern die Ungerechtigkeit der Gesellschaft, die Grundrente, alleinige Ursache alles Elends. Auf Lohn und Zins kann ja nur entfallen, was nach Entnahme der Grundrente vom Produkt der Arbeit und des Kapitals übrig bleibt, und eben darum begleitet notwendig der Pauperismus den Fortschritt. Würde die Ausnützung des Bodens durch die Rente nicht erschwert, dann könnte auch die Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße wie heute zur Geißel der Gesellschaft werden; die Waren, die jetzt in den Zeiten der Krisen keinen Absatz finden, würden nicht mehr unverkauft liegen bleiben. Darum muß also die ganze Rente, nicht bloß die bestehende, sondern auch die zukünftige, dem Staate zugesprochen, eventuell durch eine jährliche Steuer konfisziert werden. Andere Steuern werden, bei entsprechender Höhe der Rentensteuer, überflüssig; die Rentensteuer als „single tax“ kann allen Bedürfnissen genügen. Mit der Konfiskation der Rente durch eine jährliche Steuer

---

niemals in private Hände übergegangen sei, lehnte aber jeden Versuch, das private Grundeigentum zu beseitigen und ein für englische Verhältnisse ganz unbrauchbares Gemeineigentum einzuführen, entschieden ab.

<sup>1</sup> Das Hauptwerk (mit vollem Titel): *Progress and poverty, and inquiry into the causes of industrial depressions and of increase of want with increase of wealth: the remedy* (1879; deutsch von Gütschow, *Fortschritt und Armut* <sup>2</sup> <sup>5</sup> [1884 -1892]).

<sup>2</sup> Diehl a. a. O. 243.



will George sich jedoch begnügen, das freie Eigentum und die Bewirtschaftung des Bodens im übrigen nicht antasten: „Lassen wir die Personen, die jetzt den Boden besitzen, im Besitz dessen bleiben, was sie ihren Boden nennen: mögen sie fortfahren, ihn ihren Boden zu nennen, mögen sie ihn kaufen und verkaufen, schenken und vererben, wir können ihnen ruhig die Schale überlassen, wenn wir nur den Kern nehmen: es ist nicht nötig, den Boden zu konfiszieren: es ist nur nötig, die Rente zu konfiszieren.“ George war weit entfernt, in diesen Worten eine Kritik seiner eigenen Lehre zu erblicken, wenn er auch aufrichtig genug blieb, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß die großen Grundbesitzer freiwillig auf jene „Schale“ verzichten dürften, und daß dann eine Menge Boden für diejenigen frei würde, welche denselben mit Arbeit und Kapital bewirtschaften wollten.

Indem der geistvolle und warmherzige Mann der von ihm für notwendig gehaltenen Reform eine wenig glückliche Bahn anwies, erhoffte er natürlich gerade von seinen Vorschlägen die glänzendsten Wirkungen: „Die Löhne werden steigen, der Ertrag des Kapitals wird sich vermehren, Armut und Not wird abgeschafft, lohnende Beschäftigung jedem gegeben, der sie wünscht: allen Menschenkräften wird freier Spielraum gewährt, die Verbrechen werden vermindert, die Moral, der Geschmack und die Intelligenz erhöht, die Regierung wird gereinigt und die Zivilisation auf noch höhere Stufen gebracht.“<sup>1</sup> Mehr kann man in der Tat nicht versprechen und erwarten — von der Anwendung eines so einfachen Heilmittels!

In England war es die von John Stuart Mill im Verein mit Henry Fawcett, Charles Dilke, Taylor u. a. 1870 gegründete „Land tenure Reform Association“ (L. T. R. A.), die nach Art. 4 ihres Programms, ganz im Sinne Mills, für die Bodenreform eintrat. Den Ideen A. R. Wallaces huldigte dagegen die „Land Nationalisation Society“ (L. N. S.; außer von Wallace namentlich von Hyder und Ogilvy geleitet), welche das private Grundeigentum als ein Unrecht erklärte und die Bodenverstaatlichung befürwortete. Das alte Henry Georgesche Programm ferner lebte wieder auf in der „Land Reform Union“ (1883 gegründet), die sich 1884 in die „English Land Restauration League“ und 1902 in die „English League for the taxation of land values“ umwandelte. Als nächstes Ziel ihrer Agitation haben diese Vereinigungen die Einführung einer Bodenwertschätzung und der Bodenwertsteuer an Stelle der Bodenertragssteuer ins Auge gefaßt, ohne jedoch auf die spätere Einführung der Single tax im Sinne von George zu verzichten.

Für die deutsche Bodenreformbewegung lassen sich zwei Perioden unterscheiden, die Zeit bis 1898 und die Zeit von 1898 bis heute<sup>2</sup>. Vor 1898 hatten die Bewegungen ein offen agrarsozialistisches Gepräge. So trat Hermann

<sup>1</sup> Vgl. Diehl a. a. O. 244 ff. George fand besondern Beifall speziell auch bei Arbeiterorganisationen. So erklärten sich z. B. die Knights of labour für ihn. In ihrem Programm (von 1891) heißt es: „Zu den höheren, in jeder Arbeitslage zu lehrenden Pflichten gehört des Menschen unveräußerliches Erbteil und Recht auf seinen Anteil am Boden zu seinem Gebrauch.“ Mit McGlyn, einem katholischen Priester, zusammen gründete George die „Anti-poverty Society“, die durch Einführung der alleinigen Grundsteuer alle Armut beseitigen wollte. Vgl. das von dem Kongreß der Single-tax-Männer am 3. September 1890 aufgestellte Programm bei Diehl a. a. O. 249 ff., dessen teilweise Änderung durch den Single-tax-Kongreß zu Chicago 1893 bei Diehl a. a. O. 251 f.

<sup>2</sup> Vgl. Diehl, Der ältere Agrarsozialismus 275 ff.; Damaschke, Zur Geschichte der deutschen Reformbewegung (1906).

Heinrich Gossen<sup>1</sup> für den Ankauf alles Bodens durch den Staat ein. Im Jahre 1860 forderte Friedrich Held vom preußischen Landtag die Einführung einer einzigen Steuer, und zwar einer Grundrentensteuer.<sup>2</sup> Er gründete den „Radikalen Reformverein“, der 1872 sich wieder auflöste. Ein Mitglied dieses Vereins, der Arzt Theodor Stamm, focht indes weiter für die gleichen Ideen<sup>3</sup> und forderte die Verstaatlichung des Bodeneigentums oder der Grundzinsen. Es bildeten sich für Vertretung dieser Forderungen der Reihe nach verschiedene Vereinigungen („Verein für Humanismus“ 1874, „Landliga“ 1886, „Allwohlsbund“ 1888), denen aber nur eine kurze Dauer beschieden war. Sehr energisch trat dann in den 1890er Jahren Michael Flürsheim (früherer Besitzer der Gaggenauer Eisenwerke) für die Bodenreform ein, als „den einzigen Rettungsweg“: er forderte aber nicht bloß, wie Henry George, Beseitigung der Rente, sondern ebenfalls des Zinses: auch der Zins sei nur eine Folge des privaten Grundeigentums; durch eine geschickt vorgenommene Bodenverstaatlichung könnten und müßten Rente und Zins zugleich ausgeschieden werden. Flürsheim gründete 1888 den „Deutschen Bund für Bodenbesitzreform“, an dessen Spitze später der Berliner Fabrikant Heinrich Freese trat (mit Flürsheim als Schriftführer). Ein Henry-George-Klub zu Berlin, der neben diesem Bunde bestand, hatte nur kurze Dauer. Es kam nun noch die Episode der Freilandvereine, nachdem Theodor Hertzka für sein ideales Gemeinwesen<sup>3</sup>, wo aller Boden frei und jedem zugänglich sein sollte, manche schwärmerische Geister gewonnen hatte. Der praktische Versuch (1894), unter Hertzkas Führung in Afrika die Kolonie „Freiland“ zu gründen, scheiterte aber bereits an der Küste. Auch fand die von Flürsheim protegierte Bodenreformkolonie im mexikanischen Staate Sinaloa am Golf von Kalifornien ein rasches Ende. Der in Deutschland selbst mit der 1893 begründeten Heimatkolonie Friedrich-Wilhelmsdorf bei Bremerhaven unternommene praktische Versuch führte ebenfalls nicht zum Ziel: die Ansiedler verlangten bald „freies Eigentum“ für sich, das sie verkaufen könnten wie ihre Nachbarn, und es blieb nichts anderes übrig, als ihrem Drängen nachzugeben.

Nachdem Adolf Damaschke Vorsitzender des Bundes deutscher Bodenreformer geworden, wurden die agrarsozialistischen Forderungen und Ziele aufgegeben, aber auch das eigentliche bodenreformerische Prinzip, daß nämlich, unter Beibehaltung des Privateigentums, die Grundrente als Einkommenszweig auszumerzen sei<sup>4</sup>, trat völlig in den Hintergrund. Damaschke lehnte die programmatische Forderung einer Verstaatlichung des Bodens ab, wie er sich auch gegen dessen Vergemeindlichung aussprach. „Eine Überführung des gesamten städtischen Bodens in unmittelbares Gemeindeeigentum zu erstreben“, sagt er<sup>5</sup>, „liegt für die nächste Gegenwart außerhalb des Rahmens einer praktischen Sozialpolitik. Ja es steht dahin, ob ein solches Ziel, zumal in einer Form, die auch die Verwaltung des gesamten Bodens durch die Stadt in sich schlosse, an sich heute als erstrebenswert gelten kann. Wie die Dinge nun einmal liegen, würde die Macht

<sup>1</sup> Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs usw. (1852).

<sup>2</sup> Die Erlösung der darbenenden Menschheit (1870). Dazu Hans Wehberg, A. Th. Stamm und die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung 1911. Grünbergs Archiv II (1911) 145 ff.

<sup>3</sup> Freiland ein soziales Zukunftsbild (1889).

<sup>4</sup> Diehl a. a. O. 280 f.

<sup>5</sup> Aufgaben der Gemeindepolitik (1901) 118 (jetzt mehrere neue Auflagen); Die Bodenreform<sup>3</sup> (1904) 17 (1919) usw.

der Gemeindebureaukratie dadurch eine außerordentliche Stärkung erfahren, die wirkliche oder auch eingebildete Abhängigkeit (beides ist in seinen Wirkungen gleich) weiter Kreise von der jeweilig herrschenden Richtung im Rathaus würde wachsen, ganz gewiß Erscheinungen, die nach vielen Seiten hin ernste Bedenken erwecken müssen.“ Damaschke und seine Anhänger fordern aber ein neues, mehr soziales Bodenrecht; sie erblicken ihrem Programm zufolge in der Grund- und Bodenfrage gerade den wesentlichsten Teil des sozialen Problems: sie treten ein „dafür, daß der Grund und Boden, diese Grundlage aller nationalen Existenz, unter ein Recht gestellt werde, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht“<sup>1</sup>. Persönlich scheint Damaschke freilich noch theoretisch an dem alten Prinzip der Bodenreform festzuhalten und den Frieden zwischen Sozialismus und Individualismus letztlich davon zu erwarten, daß die Grundrente soziales Eigentum sei, Kapital und Arbeit aber der freien individuellen Betätigung anheim gegeben werden. Der Bund deutscher Bodenreformer dagegen ist theoretisch und praktisch tatsächlich zu einem Verein lediglich für Steuer- und Wohnungsreform geworden<sup>2</sup>; er sucht die städtische Wohnungsnot zu bekämpfen durch Vermehrung des Gemeindegrundeigentums, Schaffung von Baugenossenschaften, Einführung des Erbbaurechts, und tritt anderseits ein für die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, für Umsatzsteuer und Wertzuwachssteuer. Jene Neugestaltung des Programms wie die geschickte Führung des talentvollen und tatkräftigen Leiters hat dann auch den Bund zu einer machtvollen und einflußreichen Organisation emporenwachsen lassen.

Wir können in diesem Zusammenhang nicht auf alle hier angeregten Fragen und Probleme näher eingehen. Das gilt auch speziell von dem Kernpunkt des eigentlichen Bodenreformprinzips. Nur einige wenige Bemerkungen bezüglich des privaten Grundeigentums als solches dürften hier noch Platz finden.

Angesichts der bestehenden Verhältnisse wäre eine Nationalisierung des Bodens nicht ohne schwere Verletzung wohlverworbener Rechte möglich, wie es insbesondere als eine offenbare Ungerechtigkeit sich darstellen müßte, die Grundeigentümer ihres Rechts zu berauben, dagegen das übrige, sehr einträgliche, mobile Privatkapital im Eigentum mit vollem Genuß der Früchte zu lassen. Selbst wenn der Privatbesitz, die private Nutzung, gewahrt bliebe und lediglich das Eigentum am Boden der öffentlichen Usurpation anheimfiele, so würden ferner die Bürger dabei in eine geradezu unerträgliche Abhängigkeit von der öffentlichen Gewalt geraten. Es wären Wunder nötig, wenn der trotz allem erforderliche, außerordentlich erweiterte Verwaltungsapparat nicht durch eine bürokratische Bevormundung jeder lebensvollen, privaten Initiative nur zu oft die Wege verlegen sollte. Das universale Eigentum der Nation würde zum Bleigewicht, das alle wirtschaftliche Bewegung lähmen und hemmen müßte. Wie die Geschichte beweist, besteht sodann ein unverkennbarer Zusammenhang zwischen der Be-

<sup>1</sup> Programm des Bundes in der Formulierung von 1898.

<sup>2</sup> So Diehl a. a. O. 280 ff. Mich. Flürsheim sah in dem neuen, erweiterten Programm und demgemäß in der neuen deutschen Bodenreformbewegung eine Haltlosigkeit, weil auf dem neuen beschrittenen Wege das große Ziel einer Übertragung der Grundrente auf die Gemeinschaft gar nicht durchführbar ist: „Die Sonne wollen wir der Welt bieten, und da sie nicht schnell genug aufgeht, so zünden wir eine Talgkerze an.“



festigung des Privatgrundeigentums und den Fortschritten der Agrikultur, ja mit dem Fortschritt der Kultur überhaupt. Wir haben hierfür bereits das Zeugnis Roschers angeführt. Auch Émile de Laveleye bekennt eingangs des Buches „La propriété et les formes primitives“: „Le progrès de la propriété et de l'agriculture: voilà le fait important que les dernières recherches mettent de plus en plus en relief.“ Bezüglich der Konfiskation der Grundrente aber bemerkt Eugen Jäger<sup>1</sup> mit Recht: „Abgesehen von den praktischen Schwierigkeiten, die Grundrente zu bestimmen, würde dieser Vorschlag dem Nutznießer die Möglichkeit rauben, sich durch Fleiß und Anstrengung eine höhere Einnahme zu erringen. Damit würde die Produktivität des Bodens bzw. die Arbeit in einer Weise unterbunden, die einen großen Kulturrückschritt bedeuten würde. Der Privatbesitz (Privateigentum) an den Produktionsmitteln ist immer noch die beste Form des Wirtschaftslebens, um durch heilsamen Wettbewerb die körperlichen und geistigen Kräfte des Menschen zur vollsten Energie zu entfalten, die rationelle und intensive Ausnutzung der Naturkräfte, hohe Renten und ständigen wirtschaftlichen Fortschritt herbeizuführen.“<sup>2</sup>

8. Der Erwerb wirtschaftlicher Güter vollzieht sich auf doppeltem Wege, als ursprünglicher Eigengewinn oder durch Übertragung von Gütern seitens anderer Personen: abgeleiteter Erwerb. Letzterer tritt in vier verschiedenen Formen auf, als autoritative Zuwendung (innerhalb der Familie und Familienwirtschaft, bei Unfreiheitsverhältnissen u. dgl.), sodann als karitative Zuteilung und Erwerbsart (Schenkungen u. dgl.), ferner als Zwangserwerb (z. B. Erwerb der Oikenherren<sup>3</sup> aus der Sklavenarbeit, Erwerb des Staates aus der Besteuerung), endlich als Erwerb auf dem Verkehrs- oder Vertragswege durch Tausch und Kauf.

Auch die „Rechtstitel“ für den Eigentumserwerb an einer konkreten Sache in der auf Privateigentum gegründeten Gesellschaftsordnung sind teils ursprüngliche teils abgeleitete.

1. Ursprüngliche Erwerbstitel gibt es drei; es sind: a) die Besitzergreifung einer herrenlose Sache; b) der Zuwachs, sei es der natürliche (z. B. Wertsteigerung eines Grundstücks durch Straßenanlagen u. dgl.); c) die Arbeit; sie verschafft das Eigentum an einer Sache, sofern dadurch fremde Rechte nicht verletzt werden.

<sup>1</sup> Wohnungsfrage II (1902) 120.

<sup>2</sup> Vgl. auch Holaind, Ownership and natural right (1877) 77 116; V. Cathrein, Moralphilosophie II<sup>5</sup> (1911, 287 ff.; Charles Gide, Cours d'économie politique (1909) 527 ff. Dazu die Bemerkungen R. de Wahas in „Die Nationalökonomie in Frankreich“ (1910) 453 ff.

<sup>3</sup> Vgl. A. Wagner, Grundlegung I, 1, 293 ff. Der römische Oikos war eine haus- und produktionswirtschaftliche Einheit, eine große Hausgemeinschaft, welche Menschen und Güter wirtschaftlich verband, wie die politische Gemeinschaft, die Polis, die Staatsbürger als solche umschloß. Der Herrschaft der Wirtschaftsherren (Oikenherren) unterstand ein ausgedehnter (unbeweglicher und beweglicher) Besitz mit Einschluß der Sklaven (Sklavenwirtschaft). Nach dem Herrengeschlecht wurde der Oikos benannt (Julischer Oikos usw.). Vgl. Kozak, Rodbertus-Jagetzows sozialökonomische Ansichten (1882) 52 ff.

Der Eigentümer der Sache ist auch Eigentümer ihres Wertes. Veränderungen, die mit dem Wert aus natürlichen oder gesellschaftlichen Gründen vor sich gehen, sind Veränderungen im Objekt des Eigentumsrechtes, nicht des Rechts in sich selbst. Der Wertzuwachs der Waren bei gesteigerter Nachfrage, des Grundstücks bei Erweiterung der Stadt u. dgl. kommt unmittelbar dem Eigentümer zugute, wie ihn ebenfalls auch Wertverminderungen unmittelbar treffen. Ob sich an solche Veränderungen anderweitige Rechte, Ansprüche, Pflichten knüpfen, das ist eine besondere Frage und nach Gesichtspunkten zu beurteilen, die das Eigentum voraussetzen, nicht aber beseitigen können. — Der Eigentümer der Sache ist ferner auch Eigentümer ihrer Früchte. Die besondern Vorteile, die aus der relativ günstigen Lage eines Grundstücks, aus den natürlichen Eigenschaften des Bodens usw. für die Erzeugung der Früchte, deren Qualität, Wert, Absatz sich ergeben, verbessern die Lage des Eigentümers, wie umgekehrt auch die entsprechenden Nachteile unmittelbar ihn berühren. — Wenn jemand einen Stoff verarbeitet, der bereits in fremdem Eigentum steht, so bleibt die neue Form und Verbesserung, die der Stoff erfahren hat, in dem Eigentum dessen, dem der Stoff gehört. Die neue Form, die neuen Eigenschaften, der höhere Wert bilden, abgesehen von allem andern, ein Akzidens der stofflichen Substanz, der sie inhärieren, und können nur in Verbindung mit dem Stoffe Gegenstand des Eigentumsrechtes sein oder werden. Daß eine mala fide vollzogene Verarbeitung fremden Stoffes den Eigentümer desselben seines Rechts nicht berauben kann, liegt auf der Hand. Ebenso unzweifelhaft ist es aber auch, daß die vertragsmäßig im Dienste des Eigentümers des Stoffes vollzogene Veredelungsarbeit das Eigentum am Produkte dem Eigentümer des Stoffes beläßt. Ein solches kontraktliches Verhältnis kann die Beraubung des Eigentümers nicht zum Zwecke haben. Aus Gründen der Billigkeit, nicht des strengen Rechts, erscheint es für die positive Gesetzgebung unter Umständen als zulässig, auf denjenigen, der bona fide, ohne Kenntnis des fremden Eigentums, einen Gegenstand bearbeitet oder verarbeitet hat, Entschädigung des bisherigen Eigentümers vorausgesetzt, das Eigentum an der Sache selbst bzw. an der Frucht zu übertragen. Man denke z. B. an die Grundsätze des römischen Rechts über „Spezifikation“<sup>1</sup>, d. i. Neugestaltung einer Sache durch Arbeit.

2. Als abgeleitete Erwerbstitel, durch welche ein bereits bestehendes Eigentum von einer Person auf die andere Person übertragen wird, kommen heute für den freien Privatverkehr (außer der Schenkung) in Betracht: a) das Erbrecht und b) der Vertrag. Auf die geeignete Ausbildung des Erbrechts und namentlich des Vertragsrechts hat die staatliche Gesetzgebung besondere Sorgfalt verwendet, damit sowohl die Rechte der Privaten geschützt werden als auch den Forderungen der öffentlichen, allen gemeinsamen Wohlfahrt Genüge geschehe.

Zur Rechtfertigung des Erbrechts wurde zum Teil auf die Freiheit des Eigentümers, über das Seinige auch von Todes wegen zu verfügen, Bezug genommen (Hugo Grotius), zum Teil, im Anschluß an die germanischen Rechtsideen,

<sup>1</sup> Vgl. l. 7, § 7; l. 9, § 1; l. 26, § 3, Dig. de acquirendo rerum dominio 41, 1; l. 13; l. 14, Dig. de cond. furtiva 13, 1; l. 12, Dig. ad exhibend. 10, 4.

auf den natürlichen Familienverband verwiesen. Unter wirtschaftlichem und sozialem Gesichtspunkte legt man heute namentlich Gewicht auf „das Bedürfnis einer Tradition derjenigen sozialen Werke, die durch das Eigentum mit der Person verknüpft sind. In dem Eigentum des Lebenden ist sein Lebenswerk enthalten. In seiner Schöpfung lebt der Schöpfer fort. Sein Werk nach seinem Tode zu erhalten, sind die berufen, die ihm im Leben am nächsten standen. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen sie Eigentümer seines Nachlasses werden“<sup>1</sup>. Nur so kann „auch im Eigentum eine geschichtliche Stetigkeit gegründet werden, welche nicht aus jedem vergänglichen Leben abreißt, sondern sich natürlich fortsetzt“ (Trendelenburg).

Bezüglich des Erbrechts der Familienangehörigen bemerkt Charles Périn<sup>2</sup>: „Da die Familie nicht bestimmt ist, bloß eine Generation zu dauern, sondern da sie in ihren folgenden Generationen alle sozialen Tugenden und Traditionen, deren Träger sie selbst ist, fortpflanzen soll, so muß auch das Eigentum fort dauern und vom Vater auf diejenigen übergehen können, welche seinen Namen tragen und seine Person fortsetzen. Durch das Erbrecht muß das moralische Wesen, welches jede Familie bildet, sich erhalten und nach Verdienst weiter ausdehnen können. Hieraus ist das Recht der Beerbung entstanden und hat dieselbe Sanktion erhalten wie das Recht des Eigentums in allen den Gesellschaften, in welchen die natürlichen Gesetze des menschlichen Lebens in Achtung stehen.“ In dieser Auffassung haben also die Familienangehörigen, abgesehen von allem Testament, ein natürliches Recht auf die Erbfolge, wenn dieses Recht auch in mannigfacher Beziehung der näheren Bestimmung durch die positive Gesetzgebung bedarf<sup>3</sup>. Bluntschli<sup>4</sup> sagt, von seinem Standpunkte aus, im Hinblick auf das Erbrecht der Familie: „Das Erbrecht erhält das Eigentum und veredelt es. Die Errungenschaft der Vorfahren wird durch das Erbrecht den Nachkommen überliefert und der Fleiß des Vaters gesteigert durch die Aussicht, daß derselbe noch seinen Kindern zum Nutzen gereiche. Der Zusammenhang der Familie erhält durch das Erbrecht seinen ökonomischen Ausdruck und seine Stütze.“ Unter „Familienangehörigen“ sind zunächst die Kinder des Erblassers verstanden. Aber auch die entfernteren Angehörigen bilden einen Bestandteil der Familie. Je mehr daher die Idee der Einheit der Familie Anerkennung findet, um so mehr scheint es der Vernunft zu entsprechen, im Falle, daß keine Kinder vorhanden sind, andere Verwandte zur Erbfolge zu berufen. Empfang ja auch das verstorbene Glied von der Familie sein Dasein, seine Kraft. Darum gilt es als billig, daß, was es mit dieser Kraft errungen, zur Familie zurückkehre, zunächst zu den Eltern, wenn diese noch leben, dann zu deren Erben, den Geschwistern des Verstorbenen usw.

„Abzulehnen“, so urteilt W. v. Blume<sup>5</sup>, „ist jedenfalls das in neuerer Zeit hervorgetretene Bestreben, die Beschränkung des Erbrechts der Ver-

<sup>1</sup> v. Blume, Artikel „Erbrecht“ (Wirtschaftlich-soziale Bedeutung), im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>3</sup> 1019 ff.

<sup>2</sup> Christliche Politik, erste Hälfte (1876) 202.

<sup>3</sup> Die diesbezügliche Lehre des hl. Thomas von Aquin vgl. in Franz Schaub, Eigentumslehre (1898) 302 f. 374 ff.

<sup>4</sup> Staatswörterbuch (1858) 321.

<sup>5</sup> Artikel „Erbrecht“ a. a. O. 1023. Vgl. dagegen Bamberger, Erbrechtsreform (1908). Das „Erbrecht“ des Staates dürfte, bei bestehender Testierfreiheit, kaum sehr einträglich werden. Auch wäre es fraglich, ob die ausländischen („amerikanischen“)



wandten unter dem Gesichtspunkte einer Vermehrung der Staatseinkünfte zu behandeln (Erbrecht des Staates). Ob und wie das Erbrecht zu gestalten ist, ist eine Frage gerechter Abgrenzung des Privatrechts; die Finanzfrage muß unter allen Umständen hiervon getrennt bleiben.“

**9. Schranken des Eigentums** im Erwerb und Gebrauch ergeben sich aus folgenden drei Grundsätzen:

Erstens: Das Eigentum ist Macht zwar und Herrschaft, aber keine bloß physische Macht, sondern ein Recht, eine moralische Herrschaft. Darum kann es naturrechtlich nur soweit Anerkennung fordern in seiner Existenz und Betätigung, als es auf dem Boden der sittlichen Ordnung verbleibt. Ein unbedingt freies, pflichtenloses, absolutes Eigentum mag die Geschichte kennen, die naturrechtliche Auffassung kennt kein Recht, das unabhängig wäre von der sittlichen Weltordnung.

Zweitens: Das Eigentumsrecht ist zwar unter den dinglichen Rechten das höchste, aber keineswegs das höchste Recht schlechthin, welches dem Menschen im Hinblick auf die Sachenwelt zusteht. Das natürliche und persönliche Recht auf Existenz, auf die notwendigen Erhaltungsmittel, steht höher als jedes erworbene dingliche Eigentumsrecht, so zwar, daß im Falle äußerster Not das dingliche Recht an der Sache dem persönlichen Rechte des Lebens weichen muß. In diesem Sinne sind alle Dinge gemein, d. h. sie sind und bleiben von Gott bestimmt, der Erhaltung des Menschengeschlechtes zu dienen. Auch hierdurch erscheint der Staat nicht nur berufen, eine egoistische Mißbildung der Eigentumsordnung zu verhindern, sondern ebenfalls befugt, die Besitzenden zur Leistung von Armensteuern heranzuziehen. Für den einzelnen Besitzenden ist die Pflicht der Almosenspende schon durch das Gesetz der Liebe geboten und geregelt.

Drittens: Das Eigentum ist nicht Selbstzweck, nicht Recht des Rechts, Herrschaft der Herrschaft und des Genusses wegen, sondern lediglich ein Mittel, um in geordneter, dem Wohle des einzelnen, der Familie, der staatlichen Gesellschaft entsprechender Weise die Versorgung der Menschheit zu bewirken. Dieser Zweck des Eigentums zieht dem Erwerb, der Ausdehnung, dem Gebrauch desselben und auch der Unterlassung des Gebrauchs entsprechende Grenzen.

Wohl dem Staate, der es versteht, in Gesetzgebung und Verwaltung die positiv-rechtliche Eigentumsordnung im Geiste und nach Maßgabe dieser Grundsätze zu gestalten und zu handhaben!

---

Erbschaften nicht gänzlich fortfielen, da das Ausland in diesem Falle doch lieber selbst „erben“ würde. Gegen ein Erbrecht des Staates bzw. der Gemeinden an herrenlosem Gut, oder, wo niemand vorhanden ist, der dem Erblasser näher steht als das Gemeinwesen, läßt sich nichts einwenden: auch nichts gegen eine gerechte Besteuerung, obwohl die Besteuerung nicht gerade als „Korrektur des Privatrechts“ allseits Anerkennung finden dürfte.

**10. Geschichtliche Entwicklung der Eigentumsformen.** Der Mensch hat von Natur aus das Recht, Eigentum zu erwerben. Hierauf stützt sich letztlich die Berechtigung und Notwendigkeit der Eigentumsinstitution, die dann überdies durch Rücksichten kultureller, ökonomischer und sozialer Zweckmäßigkeit eine weitere Begründung erhält. Die Ausübung des natürlichen Rechts des Menschen, Eigentum zu erwerben, untersteht jedoch der Ordnung und Regelung durch die staatliche Gesetzgebung, und diese Ordnung und Regelung wird je nach den wechselnden Auffassungen und Bedürfnissen nicht überall und zu jeder Zeit die gleiche sein. „So feststehend und einfach der Grundgedanke des Eigentums ist“, sagt Franz Walter<sup>1</sup>, „so mannigfach sind räumlich und zeitlich die Eigentumsformen. Es ist das Eigentumsrecht und die jeweilige Eigentumsordnung für Erwerb und Verteilung desselben auseinander zu halten. Ersteres ist in der menschlichen Natur begründet, letztere ist nach Ländern, Völkern, Kulturstufen verschieden und wandelbar. In der Erforschung dieser Entwicklungsreihen hat sich namentlich die historische Richtung der modernen Nationalökonomie unzweifelhafte Verdienste erworben; nur verfällt sie gern in den Fehler, die Eigentumsinstitution selber in den Fluß der Entwicklung zu stellen und die allgemeine philosophische Begründung derselben abzulehnen.“

Indem dann Walter das Eigentumsrecht nach altisraelitischer und römischer Auffassung vergleicht, sagt er<sup>2</sup>: „Erstere (die israelitische Auffassung) hat einen antikapitalistischen, entschieden sozialen und mittelstandsfreundlichen, die letztere, die römische, einen kapitalistischen, antisozialen Zug. Um die Ansammlung des Reichtums in wenigen Händen bzw. die Massenarmut zu verhüten, war bei den Israeliten die Gütererwerbung an bestimmte Bedingungen geknüpft, und die zugelosten Äcker sollten den Familien auf unveräußerliche Weise angehören. War jemand genötigt, seinen Grundbesitz zu verkaufen, so blieb ihm das Recht, denselben jederzeit von dem neuen Besitzer wieder einzulösen, ja der nächste Verwandte hatte die Pflicht, ihn einzulösen, damit der Acker bei der Familie bleibe. Der große Regulator in den Besitzverhältnissen aber war das Jubeljahr, insofern nämlich in jedem fünfzigsten Jahr der veräußerte Grundbesitz an die Familie des Verkäufers wieder heimfiel. Daneben war für die Armen und um Lohn Dienenden durch das mosaische Gesetz in der liberalsten Weise gesorgt. Freilich wich die Praxis des Lebens nicht wenig von dieser im Gesetz grundgelegten Eigentumsordnung ab, und es entwickelten sich, den Bestimmungen des mosaischen Gesetzes zum Trotz, kapitalistische Tendenzen.“<sup>3</sup>

Das römische Eigentumsrecht der älteren Zeit hat den Gedanken der absoluten Herrschaft über die Sache mit voller Konsequenz durchgeführt. Schranken aus gesellschaftlichen Rücksichten, und die der Eigentümer nicht selbst auf sich genommen, fehlten nahezu völlig. Es war das Eigentumsrecht eines Volkes, das

<sup>1</sup> Artikel „Eigentum“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft I<sup>4</sup> 1486.

<sup>2</sup> Ebd. 1489.

<sup>3</sup> Walter, Die Propheten in ihrem sozialen Beruf und das Wirtschaftsleben ihrer Zeit (1900) 17 ff.

von der Eroberung und der Arbeit seiner Sklaven und Provinzen lebte. Allmählich kamen allerdings auch hier wenigstens einige gesetzliche Beschränkungen der privaten Eigentumsbefugnisse im Interesse anderer, ja selbst im öffentlichen Interesse auf<sup>1</sup>: Verbote grausamer Behandlung der Sklaven, Pflichten in Bezug auf die Erhaltung der öffentlichen Wege, Vorschriften der Gesundheits- und Feuer-Polizei, Rücksichten auf das Recht des Nachbarn, Veräußerungsverbote (*fundus dotalis*), Beschränkungen der Testierfreiheit. Aber die Frage bleibt, ob derartige Bestimmungen zur Wahrung des allgemeinen Volkswohlstandes ausreichen konnten. Dazu bedurfte es jedenfalls viel umfassenderer Beschränkungen, als die römische individualistische Eigentums- und Erwerbsordnung sie aufwies. „Von alters her“, sagt Jhering<sup>2</sup>, „gab es in den römischen Zuständen einen höchst bedenklichen Punkt; vielleicht läßt er sich gerade als der Todeskeim bezeichnen, an dem Rom später zu Grunde gegangen ist. Es war dies die schadhafte Gestaltung des Systems der Güterverteilung und Vermögenszirkulation. Die Ungleichheit in der Verteilung der Güter ist das unausbleibliche Resultat des freien Verkehrs, und vermöge der Anziehungskraft, die das größere Vermögen auf das kleinere ausübt, wiederholt sich überall die Erscheinung, daß das Vermögen zu den Teilen hinströmt, an denen es sich bereits in größeren Massen angesammelt hat.“ *Latifundia perdidere Romam*, sagt Plinius. – nicht bloß die agrarischen, sondern auch die industriellen Latifundien der reichen, mit Scharen von Sklaven wirtschaftenden Oikenherren. Im Grunde genommen war es der rücksichtslose Egoismus des wucherischen Reichtums, der das durch Schuldknechtschaft und Kriegslasten bedrückte Volk zur *secessio plebis* in montem sacrum nötigte, der die Grenzen der alten Oiken und Mansen verwischte, um an die Stelle vieler freien Wirtschaften die in großer Regie durch Beamte bewirtschaftete Villa, die „oikenwirtschaftlich“ betriebene Staatswirtschaft der antiken Spätzeit<sup>3</sup>, zu setzen. Die Lehren der Geschichte haben nicht überall gefruchtet. In späterer Zeit waren es wiederum Rechtslehrer, welche in der Entwicklung des Eigentumsbegriffs die „Totalität“ der Herrschaft über die Sache bis zum äußersten spannten, die uns über die natürliche „Elastizität“ des Eigentums belehrten, darlegten, wie das Eigentum jeder äußern Beschränkung gegenüber das Bestreben zeige, in den ihm „natürlichen“ Zustand der Unbeschränktheit zurückzukehren.

Und doch hätte die maßvolle deutschrechtliche Idee, die im Eigentum eher eine Summe zerlegbarer Rechte erkennen ließ, in dem Grund und Boden den gemeinsamen Ernährungsfond der Volksgesamtheit erblickte, allenthalben soziale Bindungen und Schranken errichtete im Interesse der Familie, des Stammes, der Gemeinde, der Versorgung des ganzen Volkes, wohl eines Besseren belehren können. Das ganze Feudalsystem war seinem wesentlichen Inhalte nach, entsprechend den geschichtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen, schließlich und letztlich nichts anderes als ein Mittel zur Wahrung des organischen Charakters der Gesellschaft<sup>4</sup>. „Im Lebenswesen erschien“, sagt Friedrich v. Raumer<sup>5</sup>,

<sup>1</sup> Vgl. Puchta, *Kursus der Institutionen*<sup>3</sup>, besorgt von Krüger (1875).

<sup>2</sup> *Geist des römischen Rechts* II (1854) 152 242 ff. (<sup>5</sup>1899).

<sup>3</sup> Vgl. M. Weber, *Agrargeschichte* in Bd. I<sup>3</sup> des *Handwörterb. der Staatsw.* 56 f.

<sup>4</sup> Zur Beschränkung des Eigentums durch die Gemeinschaft und den Feudalismus vgl. Georg Grupp, *Kulturgeschichte des Mittelalters* II (1895) 137 ff. 143 ff.

<sup>5</sup> *Historisch-politische Briefe* (1860) 242.



„der Besitz fast als etwas Lebendiges, Sittliches; das geteilte Eigentum wurde Zeichen und Beweis, daß auch die beiden Menschen, der Lehnsherr und der Vasall, erst ein Ganzes ausmachten. Überall trat Wechselseitigkeit der Rechte und Pflichten hervor, Treue und Wahrheit galt für die erste Bedingung der Verhältnisse, Lehnsherr Vasall und sollten jede Freude, jedes Leid teilen und sich überall wechselseitig zu Hilfe kommen. Wer das Große, Ideale dieser Ansichten und Verhältnisse leugnet, der ist befangen in vermeintlicher Weisheit des letzten Tages und unfähig, andere Zeiten zu begreifen.“

Eine Herstellung der Feudalität ist heute selbstverständlich ausgeschlossen. Doch gilt es, in der Gegenwart des weiteren die rechten Formen und Schranken zu finden, daß die Menschen durch das Eigentum wieder einander näher gebracht und nicht in zwei feindliche Heerlager geschieden werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es keiner Ableitung des Eigentums aus dem Staatswillen (Legaltheorie), auch keines unerweisbaren staatlichen Obereigentums, keiner fingierten gesellschaftlichen Belehnung der Grundeigentümer, wohl aber eines Staates, der die ihm naturrechtlich zustehende Jurisdiktionsgewalt in der richtigen Weise gebraucht<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Über die bei den verschiedenen Völkern das Eigentum, namentlich an Grund und Boden, einschränkenden Gesetze vgl. E. Marguery, *Le droit de propriété et le régime démocratique* (1906). — Was hier in den früheren Auflagen dieses Bandes über Vermögen, Einkommen, Kapital, Kapitalismus gesagt wurde, ist, um Wiederholung zu vermeiden, den entsprechenden Abschnitten des vierten und fünften Bandes zugewiesen worden.

## VIERTES KAPITEL.

# DIE VOLKSWIRTSCHAFT UND IHR ORGANISATIONSPRINZIP.

### § 1.

#### Theorien über die Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung.

**Literatur:** B. Hildebrand, Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft I 1848 : Zur Geschichte der deutschen Wollenindustrie, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik VI u. VII 1868. — List, Nationales System der politischen Ökonomie, herausgeg. von Häusser (1851) 14 ff. — Schönberg, Zur wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Zunftwesens im Mittelalter, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie IX 1867. — A. Wagner, Artikel „Zölle“, im Deutschen Staatswörterbuch von Bluntschli u. Brater XI (1870); Grundlegung I<sup>3</sup> (1892) 346 ff., 439 ff. — Schmoller, Straßburger Tucher- und Weberzunft (1879) 364 ff.; Das Merkantilssystem in seiner historischen Bedeutung, im Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft VIII 1884 : auch abgedruckt in „Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, besonders des preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert“ 1898 I 1–60; Grundriß I 4 ff. — Schäffle, Bau und Leben des sozialen Körpers II<sup>2</sup> 1896 270 ff. — Schulte, Geschichte des mittelalterlichen Handels I 1900 112 ff. — Bücher, Die Entstehung der Volkswirtschaft<sup>3</sup> 1091 107 ff., 1910, 83 ff. — Janssen, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters I<sup>17–18</sup>, besorgt von v. Pastor: VIII<sup>1–12</sup>, ergänzt und herausgeg. von v. Pastor. — Michael, Geschichte des deutschen Volkes vom 13. Jahrhundert bis zum Ausgang des Mittelalters I<sup>3</sup>. — Grupp, Kulturgeschichte des Mittelalters I (1894) 134 154 249; II 1895 108 ff., 338 ff., 428 ff., jetzt 2. Aufl. — Kleinwächter, Lehrbuch der Nationalökonomie 1902 28 ff., jetzt neue Aufl. — A. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 18 ff. — Schwiedland, Einführung in die Volkswirtschaftslehre (1910). — Sombart, Der moderne Kapitalismus I 1902 50 ff. Dazu Pohles Besprechung in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, 3. Folge XXVI 1903 und Harms' Ausführungen in Schmollers Jahrbuch XXIX 1905 1385 ff. — Die Aufsätze v. Belows: Über Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker, in der Historischen Zeitschrift LXXXVI 1901; Der Untergang der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie XXI 1901; Zur Würdigung der historischen Schule, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft VII 1904; Wirtschaftsstufen, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup>; Aufsätze in Conrads Jahrbücher 1916 662 ff., (1917) 93 ff.; die Abhandlungen über Wirtschaftsstufen in Schönbergs Handbuch, in Philippovichs Grundriß und bei Fuchs, Volkswirtschaftslehre, insbesondere auch Max Weber, Agrargeschichte im Altertum, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 52 ff.

Die Unterscheidung von Wirtschaftsstufen wird verschieden ausfallen je nach dem Einteilungsprinzip, das dabei zur Verwendung kommt. Schönberg<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Handbuch der politischen Ökonomie I 4 (1896) 32.

spricht von zwei Gruppen von Wirtschaftsstufen: „Das hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmal ist für die eine der Zustand der volkswirtschaftlichen Produktion, für die andere der Zustand des Tauschverkehrs. Die typischen Grundformen der ersteren sind: die Wirtschaftsstufen des Jägervolkes resp. Fischervolkes, des Hirten(Nomaden-)volkes, des sesshaft gewordenen reinen Ackerbauvolkes, des Gewerbe- und Handelsvolkes, des Industrievolkes; die der andern: die Naturalwirtschaft, die Geldwirtschaft und die Kreditwirtschaft.“ — Ältere Autoren haben

**1. Wirtschaftsstufen nach der Art der Güterbeschaffung** bestimmt. Sie unterscheiden hiernach drei Epochen, charakterisiert durch: Jagd und Fischerei, nomadisierende Viehzucht, sesshaften Ackerbau<sup>1</sup>. Diese Einteilung hebt gewisse spezifische Entwicklungsmomente hervor, sie bietet aber kein getreues Bild der geschichtlichen Entwicklung, die eben keineswegs bei allen Völkern die gleiche war. Der Vorwurf unbegründeter Verallgemeinerung trifft auch das von Friedrich List aufgestellte Schema. In seinem „Nationalen System der politischen Ökonomie“<sup>2</sup> unterscheidet List fünf geschichtliche Entwicklungsstufen der menschlichen Wirtschaft: den wilden Zustand, die Hirtenstufe, die Agrikulturstufe, die Agrikultur-Manufakturstufe, die Agrikultur-Manufaktur-Handelsstufe. Er hat dem alten Schema (Jagd, Viehzucht, Bodenbestellung) nur zwei neue Stufen hinzugefügt: die Agrikultur-Manufakturperiode (Entwicklung des Gewerbes zu einem selbständigen Berufe neben dem Ackerbau) und die Agrikultur-Manufaktur-Handelsperiode (Entwicklung des Handels als eines selbständigen Berufes). Bruno Hildebrand<sup>3</sup> meint, List habe das Schema aus der Geschichte Großbritanniens abstrahiert; schon die einfache Vergleichung der industriellen Entwicklung Englands mit der Bildungsgeschichte Hollands hätte aber den Urheber von der Unhaltbarkeit seiner Lehre überzeugen müssen.

Unter dem Gesichtspunkte der Produktion wurden dann noch andere Einteilungen vollzogen, so z. B. nach der Produktionstechnik, dem Produktionsverfahren, nach dem Material, aus welchem die Werkzeuge verfertigt sind (Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit) oder „nach dem Eintritt des Feuers, des Werkzeugs,

<sup>1</sup> Vgl. Robert Wilbrandt, Volkswirtschaftliche Vorlesungen (1909) 68 f.

<sup>2</sup> (1851) 14 ff. List beabsichtigte mit seiner Einteilung namentlich auch die besondere „Bevölkerungskapazität“ der verschiedenen Stufen klarzustellen: der Industriestaat hat hiernach eine höhere Fassungs- und Versorgungskraft, bietet erweiterte Existenzbedingungen für die Bevölkerung als der reine Ackerbaustaats. Vgl. Bd. II 1. Kap., § 4. — Ernst Friedrich (Allgemeine und spezielle Wirtschaftsgeographie<sup>2</sup> [1907] 17 ff.) stellt Wirtschaftsstufen auf, „in welche man die Menschheit nach Art ihres psychischen Zustandes bzw. ihrer dadurch signierten Wirtschaft eingliedern kann“, und zwar 1. „die des Reflexes (der tierischen Wirtschaft, der Sammelwirtschaft); 2. die des Instinktes oder die der instinktiven Wirtschaft; 3. die des Herkommens oder die der traditionellen Wirtschaft; 4. die der Wissenschaft oder die der wissenschaftlichen Wirtschaft“. Diese „Wirtschaftsstufung“ bedarf offenbar mehrfacher Klärung und Korrektur. Der richtige Kern ist die fortschreitende Beherrschung der Natur durch den Menschen und, so verstanden, seine fortschreitende Entfernung vom Natur- und Bodenzwang. Man mag vielleicht nach diesem Gesichtspunkte Wirtschaftsstufen aufstellen können, die aber materiell mit der Einteilung nach der Art der Güterbeschaffung sich wohl decken dürften.

<sup>3</sup> Jahrb. für Nationalökonomie II (1864) 1 ff.; Histor. Zeitschrift LXXXVI 1901 1 f.



des Rotationsprinzips, des Dampfes, der Wissenschaft usw. in das Wirtschaftsleben“, auch nach der rechtlichen Stellung des Arbeiters in der einzelnen Produktionswirtschaft u. dgl. Solche Unterscheidungen sind jedoch zu äußerlich, zu einseitig; sie liefern keine volle, möglichst allseitige Charakterisierung der verschiedenen Epochen<sup>1</sup>.

Einen brauchbareren Einteilungsgrund bietet die Verkehrsentwicklung, genauer: der Grad der Arbeitsteilung, der Spezialisierung wirtschaftlicher Tätigkeiten und der dadurch hervorgerufenen Abhängigkeit der Einzelwirtschaften voneinander, insofern dieselben in der Befriedigung ihres Bedarfs durch den Austausch ihrer Produkte sich gegenseitig ergänzen, in diesem nichtkommunistischen Sinne: der Grad der Vergesellschaftung des Wirtschaftslebens. Die berufliche Spezialisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit ist nicht nur durch die Aussicht auf Abnehmer der besondern Produkte bedingt, sie steht auch in Abhängigkeit von der Entwicklung der Produktivkräfte. Arbeitsteilung, Grad der Vergesellschaftung, Verkehrsentwicklung gewähren insoweit allerdings einen geeigneten Gesichtspunkt, um das gesamte Wirtschaftsleben größerer Perioden in seiner Eigenart zu erfassen und zur Darstellung zu bringen<sup>2</sup>.

**2. Natural- und Verkehrswirtschaft**<sup>3</sup> unterscheiden sich nicht dadurch, daß in der Naturalwirtschaft gar keine Arbeitsteilung, in der Verkehrswirtschaft dagegen Arbeitsteilung sich vorfinde. Auch in der primitiven Gemeinwirtschaft einer Familie sind die Arbeitsleistungen auf die verschiedenen Glieder verteilt. Bestimmte Arbeitsaufgaben können hier ebenfalls schon an Personen übertragen werden, die nicht zu der betreffenden Wirtschaft gehören und nur zeitweilig in derselben beschäftigt werden (z. B. an herumziehende Handwerker). Der Unterscheidungsgrund liegt anderswo. Während nämlich in naturalwirtschaftlichen Verhältnissen die Einzelwirtschaften der Individuen und Familien regelmäßig für den eigenen Bedarf produzieren („Eigenproduktion“, „Bedarfsproduktion“<sup>4</sup> und mehr ausnahmsweise einzelne Gegenstände ausgetauscht werden, ist für die Verkehrswirtschaft der Austausch von Wirtschaft zu Wirtschaft das hervorstechende charakteristische Merkmal. Hier besteht Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Wirtschaften. Was die eine Wirtschaft mehr erzeugt, als sie für ihre Angehörigen bedarf, wird ihr zum Mittel, um die Erzeugnisse anderer Wirt-

<sup>1</sup> Vgl. W. Sombart, Die gewerbliche Arbeit und ihre Organisation, im Archiv für soziale Gesetzgebung XIV (1899) 368 ff.

<sup>2</sup> Die neueren Versuche, allgemeinere Entwicklungsformen bei den verschiedenen Völkern zu ermitteln, sind, wie G. v. Below, Über Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Historischen Zeitschrift LXXXVI [1901] 2 bemerkt, namentlich von zwei Vorstellungen beeinflusst worden: „von der durch Rodbertus vertretenen Anschauung, daß zwischen eigenwirtschaftlichen und tauschwirtschaftlichen Zuständen zu unterscheiden sei, und seiner Auffassung, daß die antike Wirtschaft Oikowirtschaft, d. h. autonome Wirtschaft des seine Bedürfnisse selbst befriedigenden Einzelhaushaltes sei, und von der Erkenntnis, daß das Städtewesen des deutschen Mittelalters sich im Gegensatz zu den modernen Zuständen durch große wirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen Gemeinden auszeichnet“.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu A. Wagner, Grundlegung I, 1. 441 ff.; Artikel „Die Wirtschaftsstufen in der Geschichte“, in Schönbergs Handbuch I<sup>4</sup> 50 ff.

<sup>4</sup> Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft<sup>2</sup> (1898) 58 ff. <sup>3</sup> 1901, 101 ff.; <sup>7</sup> 1910, 113 ff.), Friedrich Engels, Entstehung der Familie usw.<sup>7</sup> (1898) 171 ff.

schaften einzutauschen. Allmählich verzichtet dann die Einzelwirtschaft auf die Herstellung vieler Güterarten und beschränkt sich auf die Produktion des einen oder andern Gutes, mittels dessen sie sich im Austausch das verschafft, wessen sie sonst benötigt („Verkehrsproduktion“), sei es daß die Produkte auf Bestellung für bestimmte Kunden produziert werden, sei es daß man ohne Bestellung auf eine allgemeine Absatzgelegenheit an einem Orte oder in einem Gebiete rechnet, wo die Besitzer der für den Absatz im Verkehr bestimmten Güter mit den Abnehmern derselben regelmäßig zusammentreffen. Diese Absatzgelegenheit liefert der Markt. Im weiteren Sinne bezeichnet „Markt“ die Gesamtheit der Absatzgelegenheiten für ein Gut oder auch das Gebiet, in welchem man auf Austausch für eine Gütergattung rechnen kann: im engeren Sinne ist „Markt“ eine besondere Veranstaltung zum Zwecke regelmäßiger Zusammenkunft der Warenbesitzer und der Kauflustigen oder auch diese Zusammenkunft selbst<sup>1</sup> oder der Ort, wo sich Angebot und Nachfrage regelmäßig begegnen.

**3. Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft, Kreditwirtschaft** als Entwicklungsformen der Verkehrswirtschaft. Hier handelt es sich nicht um die Frage, ob getauscht wird, sondern um die Art, wie getauscht wird. Die „Naturalwirtschaft“ steht dabei nicht in einem Gegensatz zur Verkehrswirtschaft wie bei der vorigen Unterscheidung; sie ist vielmehr eine besondere Form derselben, und zwar jene Form, bei welcher im Tauschverkehr die Genuß- und Produktionsmittel in natura vertauscht werden. Die Geldwirtschaft dagegen bedient sich regelmäßig des Geldes als Tauschmittels (Kauf, Verkauf). Die Kreditwirtschaft unterscheidet sich nur inadäquat von der Geldwirtschaft, da sie den Geldverkehr und die Funktion des Geldes als Währung und als eines Preismaßes voraussetzt. In seiner Funktion als Tauschmittel kann jedoch hier das Geld auch durch Urkunden aus Kreditgeschäften (Wertpapiere, Kreditpapiere) ersetzt werden.

Bruno Hildebrand führte diese Unterscheidung der Wirtschaftsstufen nach den Ausgleichungsmitteln, deren der Verkehr zur Durchführung der Umsätze sich bedient, in die Wissenschaft ein. Er formulierte seine Ansicht in folgender Weise<sup>2</sup>: „Entweder setzt man Güter unmittelbar gegen Güter um, oder man bedient sich des Tauschmittels der edeln Metalle, des Geldes, oder endlich man setzt Güter gegen das Versprechen um, in Zukunft denselben Wert zurückzuerstatten, d. h. gegen Kredit.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Mangoldt, Grundriß 8.

<sup>2</sup> Bruno Hildebrand, in *Jahrbücher für Nationalökonomie* II (1864) 4 ff.; *Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft* I (1848) 276 ff.

<sup>3</sup> Der Name „Kreditwirtschaft“ im Sinne B. Hildebrands bezieht sich auf eine zukünftige, ideale, auf Unentgeltlichkeit des Kredits beruhende Wirtschaftsepoche (Umsatz der Produkte gegen das persönliche Versprechen, auf Treu und Glauben). „Was in der Naturalwirtschaft durch äußere sinnliche Bande aneinander gefesselt, in der Geldwirtschaft aber voneinander gelöst worden, das werde durch die Kreditwirtschaft wieder durch geistige und sittliche Bande verknüpft. Sie verleihe der persönlichen Tüchtigkeit und dem moralischen Werte des Menschen dieselben Eigenschaften, welche in der Geldwirtschaft das Kapital besitze... Wie es scheint, hatte Hildebrand die Organisation von Arbeitergenossenschaften im Auge, die ohne erhebliches eigenes Vermögen vom Staate oder von Privaten Kredit erhalten sollten“ (Lexis, Artikel „Kreditwirtschaft“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 198). „Kreditwirtschaft im heutigen Sinne hat nichts mit der Hildebrandschen Idee zu tun. Man versteht darunter das Kreditumlaufsystem, das auf dem Depositen- und Scheckverkehr beruht. Dieses System bildet keinen

Demgegenüber bemerkt Gustav Cohn<sup>1</sup>: „Die Dreiteilung ist schon darum unhaltbar, weil sie die wesentliche Funktion des Geldes übersieht, nämlich die Funktion des Wertmaßes; letztere Funktion bleibt unberührt davon, ob beim Umsatz Kredit gewährt wird oder nicht; der wirkliche Gegensatz, der hier vor-schwebt, wäre: ‚Barwirtschaft‘ (Natural- und Geldleistungen und ‚Kreditwirtschaft‘, während in beiden Fällen ‚Geldwirtschaft‘ stattfindet. Es ist auch nicht einmal richtig, daß der ‚Umsatz gegen Kredit‘, wie auf Grund jener Dreistufung behauptet wird, sich mit der höheren Entwicklung der Wirtschaft immer mehr ausbreite und den Barumsatz verdränge: im Gegenteil, die fortschreitende Wirtschaft löst den Kredit immer mehr von dem Umsatz ab und macht aus der Kreditgewährung ein besonderes Geschäft, welches den Käufer in den Stand setzt, gegen bar zu kaufen. Eine bescheidene Kenntnis des modernen Geschäftsverkehrs in England, Amerika usw. bestätigt diese Behauptung.“ Den „Umsatz“ hält Cohn überhaupt schon deshalb nicht für geeignet, den „Einteilungsgrund für die historische Entwicklung der Volkswirtschaft“ abzugeben, weil „die erste Stufe, und zwar die lange fortdauernde, mit ihren Ausläufern tief in die Gegenwart aller zivilisierten Völker hineinreichende Stufe diejenige ist, in welcher gar kein Umsatz stattfindet, welche daher durch den Mangel des Umsatzes charakterisiert ist“, nicht durch eine besondere Form des Umsatzes.

Will man aber dennoch Natural- und Verkehrswirtschaft einerseits und innerhalb der Verkehrswirtschaft wiederum Natural-, Geld-, Kreditwirtschaft andererseits als tatsächliche geschichtliche Entwicklungsstufen des Güterverkehrs und der Umsatzarten bezeichnen, so muß jedenfalls beachtet werden, daß eine vollkommene historische Scheidung zwischen den einzelnen Formen keineswegs vorliegt. Es handelt sich eher um ein Mehr oder Weniger, um ein allmähliches Zurücktreten der einen Form hinter die andere, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß die ältere Form sich neben den neuen wenigstens innerhalb gewisser Kreise der Bevölkerung erhält. „Geschichtlich bilden die drei Formen der Tauschwirtschaft überhaupt nicht völlig getrennte Zustände der Volkswirtschaft, lösen sich nicht förmlich ab, sondern bestehen nebeneinander fort, nur daß die ältere Form immer mehr zurücktritt. Das relative Überwiegen in der geschichtlichen Reihenfolge von Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft gibt dann dem Verkehr sein Gepräge und führt zu der Benennung. Auch dabei aber ist zu beachten, daß in den verschiedenen Gebietsteilen einer Volkswirtschaft und besonders in den verschiedenen Gruppen der wirtschaftlichen Arbeit (Stadt — Land, industrielle — agrarische Tätigkeit) gewöhnlich nicht dieselbe Verkehrsform vorwaltet. Die Kreditwirtschaft ist mehr die Verkehrsform der Städte, der Industrie, während das platte Land vielleicht noch fast ganz in der Geldwirtschaft und teilweise etwa auch noch in der Naturalwirtschaft im ersten Sinne der vorwaltenden Eigengewinnung der Güter steckt.“<sup>2</sup>

Wer schließlich nach der obigen Darlegung des Begriffs „Kreditwirtschaft“ und mit der herrschenden Auffassung in derselben überhaupt keinen Gegensatz zur Geldwirtschaft erkennt, der wird auch folgerichtig in Geld- und Kredit-

---

Gegensatz zur Geldwirtschaft, ist vielmehr eine höhere technische Ausbildung derselben. Alle Preise usw. werden in Geld ausgedrückt. Das Geld bleibt Wertmaß; nur sein Gebrauch als Umlaufmittel wird eingeschränkt.“

<sup>1</sup> Cohn, Grundlegung 454.

<sup>2</sup> A. Wagner, Grundlegung I 1, 442.



wirtschaft keine verschiedenen Epochen der wirtschaftlichen Entwicklung erblicken können.

Ausführlichere Darlegung und Würdigung erfordert das bekannte Schema:

**4. Hauswirtschaft, Stadtwirtschaft, Volkswirtschaft.** 1. „Ein eindringendes Studium, das den Lebensbedingungen der Vergangenheit wirklich gerecht wird und die Erscheinungen nicht mit dem Maßstabe der Gegenwart mißt“, sagt Bücher<sup>1</sup>, „muß zu dem Resultate gelangen, daß die Volkswirtschaft das Produkt einer jahrtausendlangen Entwicklung ist, das nicht älter ist als der moderne Staat, daß vor ihrer Entstehung die Menschheit große Zeiträume hindurch ohne Tauschverkehr oder unter Formen des Austausches von Produkten und Leistungen gewirtschaftet hat, die als volkswirtschaftliche nicht bezeichnet werden können.“

„Wollen wir diese ganze Entwicklung unter einem Gesichtspunkte begreifen, so kann dies nur ein Gesichtspunkt sein, der mitten hineinführt in die wesentlichen Erscheinungen der Volkswirtschaft, der uns aber auch zugleich das organisatorische Moment der früheren Wirtschaftsperioden aufschließt. Es ist dies kein anderer als das Verhältnis, in welchem die Produktion der Güter zur Konsumtion derselben steht, erkennbar an der Länge des Weges, welchen die Güter vom Produzenten bis zum Konsumenten zurücklegen. Unter diesem Gesichtspunkte gelangen wir dazu, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung, wenigstens für die zentral- und westeuropäischen Völker, wo sie sich mit hinreichender Genauigkeit historisch verfolgen läßt, in drei Stufen zu teilen:

a) die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft (reine Eigenproduktion, tauschlose Wirtschaft), auf welcher die Güter in derselben Wirtschaft verbraucht werden, in der sie entstanden sind;

b) die Stufe der Stadtwirtschaft (Kundenproduktion oder Stufe des direkten Austausches), auf welcher die Güter aus der produzierenden Wirtschaft unmittelbar in die konsumierende übergehen;

c) die Stufe der Volkswirtschaft (Warenproduktion, Stufe des Güterumlaufes), auf welcher die Güter in der Regel eine Reihe von Wirtschaften passieren müssen, ehe sie zum Verbrauch gelangen.“

Wir werden dann belehrt, wie nach dem Ende des gesellschaftlichen Urzustandes das ganze Altertum und die erste Hälfte des Mittelalters hindurch im wesentlichen<sup>2</sup> das ökonomische System der „geschlossenen Hauswirtschaft“ herrschte; an diese habe sich dann erst mit der zweiten Hälfte des Mittelalters in der „Stadtwirtschaft“ ein regelmäßiger Tausch- und Kaufverkehr, doch lediglich als lokaler, direkter Verkehr zwischen Produzent und Konsument angeschlossen. Die „Volkswirtschaft“ aber sei das Erzeugnis der Neuzeit in Verbindung mit der Bildung territorialer und nationaler Wirtschaftsgebiete.

Also zuerst reine Eigenproduktion, tauschlose Wirtschaft, hierauf Kundenproduktion oder Stufe des direkten Austausches, schließlich mit dem modernen Staate entstehend Warenproduktion, Stufe des Güterumlaufes. Das sind die „Entwicklungsstufen“, in deren Bezeichnung Bücher „schlagwortartig den ganzen Gang der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung“ zusammen-

<sup>1</sup> Die Entstehung der Volkswirtschaft<sup>3</sup> (1901) 107 (1910, 90 f.).

<sup>2</sup> Bücher bestreitet nicht, daß auch bereits im Altertum Ansätze der stadtwirtschaftlichen Entwicklung sich finden (a. a. O. 116 und Vortrag X).

fassen will. Doch gelten ihm die Entwicklungsstufen nicht als Zeitepochen im strengen Sinne, nach denen der Historiker seinen Stoff einteilt. Die Wirtschaftsstufen besäßen lediglich „eine logische Natur“: er wolle nur Wirtschaftstheorie, nicht Wirtschaftsgeschichte treiben. Der Geschichtsschreiber dürfe nichts in seinem Zeitalter vergessen. Der Theoretiker sehe dagegen mehr auf das Normale, lasse das Unwesentliche außer Betracht. Bei der langsamen, oft über Jahrhunderte sich erstreckenden Umbildung, welcher alle wirtschaftlichen Erscheinungen und Einrichtungen unterliegen, könne es für ihn nur darauf ankommen, die Gesamtentwicklung in ihren Hauptphasen zu erfassen mit Beiseitstellung der sog. Übergangsperioden. Nur so sei es möglich, die durchgehenden Züge oder — kühn gesprochen — „die Gesetze der Entwicklung“ zu finden.

Den Prioritätsstreit zwischen Schmoller und Bücher<sup>1</sup> können wir hier um so mehr außer acht lassen, nachdem v. Below<sup>2</sup> nachgewiesen, daß weder Bücher noch Schmoller die Urheber des „textus receptus“ in der Darstellung der Verhältnisse der mittelalterlichen Stadtwirtschaft sind. Die geläufige Ansicht hierüber führt sich vielmehr auf Hildebrand<sup>3</sup>, Schönberg<sup>4</sup>, Gierke<sup>5</sup> zurück<sup>6</sup>.

2. Schmollers Theorie unterschied die Perioden der Dorfwirtschaft, Stadtwirtschaft, Territorialwirtschaft und Staatswirtschaft. Vernehmen wir, wie Schmoller seine Ansicht entwickelt<sup>7</sup>: Bei primitivster wirtschaftlicher Kultur, die noch kaum zur Sippen- oder Stammesbildung geführt, sind die erwachsenen Männer und Frauen fast nur für sich und ihre unerwachsenen Kinder wirtschaftlich tätig. Mit steigender Kultur greift die Haus- und Familienwirtschaft und die Stammes- und Gemeindewirtschaft ineinander. Doch nur für gewisse Zwecke des Viehtriebs, der Siedelung, Acker-, Wald- und Weidenutzung kommt die Gemeinde- und Stammeswirtschaft zur Geltung. Im übrigen liegt der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Eigenproduktion für Familie und Haus. Der Tauschverkehr fehlt oder bleibt ohne Bedeutung. „Man hat geschwankt, ob man die Haus- oder die Stammes- und Dorfwirtschaft als das wesentliche Merkmal dieser Epoche des Wirtschaftslebens hervorheben soll. Indem die einzelnen Haus- und Familienwirtschaften sich differenzieren, einzelne zu größeren Herrschaftsverbänden werden, indem ein gewisser Tauschverkehr sich ausbildet, die sozialen Körper größer und fester organisiert werden, in ihrem Mittelpunkt größere Orte und Märkte sich bilden, entstehen wirtschaftliche Zustände, welche sich dadurch charakterisieren, daß wohl noch die Mehrzahl der Familien das meiste selbst produziert, also auf dem Boden der Eigen-

<sup>1</sup> Vgl. Jahrbuch für Gesetzgebung usw. 1893, 301; 1894 318 ff.

<sup>2</sup> Über Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker, in der Historischen Zeitschrift LXXXVI (1901) 4 ff.

<sup>3</sup> Zur Geschichte der deutschen Wollenindustrie, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie VI u. VII (1866); VII 85 zu vergleichen mit Schmollers „Straßburger Tucher- und Weberzunft“ (1879) 364 f.

<sup>4</sup> Zur wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Zunftwesens im Mittelalter, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie IX (1867) 14 ff.

<sup>5</sup> Das deutsche Genossenschaftsrecht (über Zünfte).

<sup>6</sup> Vgl. auch A. Wagner, Artikel „Zölle“, im Deutschen Staatswörterbuch von Bluntschli u. Brater XI 343 (1870); ferner Rodbertus, Das Kapital 1884 76 ff.

<sup>7</sup> Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre I 4 f.

wirtschaft stehen bleibt, aber dann doch in steigendem Umfange am Tauschverkehr teilnimmt. Dieser beschränkt sich freilich zunächst hauptsächlich auf den städtischen Markt, wo die Landleute ihre Rohprodukte, die Handwerker ihre Gewerbeprodukte ohne Handelsvermittlung verkaufen. Die antiken kleinen Stadtstaaten, die meisten mittelalterlichen Stadtgebiete und Kleinstaaten sind Gebilde dieser Art. Da eine beherrschende Stadt meist den Mittelpunkt bildet, ihr Markt und dessen Einrichtungen das Charakteristische für solche Zustände sind, so hat man sie neuerdings durch den Begriff der Stadtwirtschaft bezeichnet. Wo größere soziale Körper sich bilden mit einer Reihe von Städten und Landschaften, wo mit zunehmendem Tausch- und Geldverkehr von der Familienwirtschaft sich besondere Unternehmungen, d. h. lokal und organisatorisch für sich bestehende Wirtschaften mit dem ausschließlichen Zweck des Handels und der Güterproduktion lösen, der Marktverkehr und der Handel immer mehr Einzelwirtschaften beeinflussen und abhängig von sich machen, wo zugleich die Staatsgewalt durch Münzwesen und Straßenbau, durch Agrar- und Gewerbegesetze, durch Verkehrs- und Handelspolitik, durch ein Geldsteuersystem und die Heeresverfassung alle Wirtschaften der Familien, Gemeinden und Korporationen von sich abhängig macht, da entsteht mit dem modernen Staatswesen das, was wir heute Volkswirtschaft nennen. Sie beruht ebenso auf der Verflechtung aller Einzelwirtschaften in einen unlöslichen Zusammenhang durch den freien Tausch- und Handelsverkehr als auf den wachsenden einheitlichen Wirtschaftseinrichtungen von Gemeinde, Provinz und Staat. Der Begriff der Volkswirtschaft will eben das Ganze der nebeneinander und übereinander sich aufbauenden Wirtschaften eines Landes, eines Volkes, eines Staates umfassen. Die Gesamtheit alles wirtschaftlichen Lebens der ganzen Erde stellen wir uns, nachdem wir diesen Begriff gebildet, als eine Summe geographisch nebeneinander stehender und historisch einander folgender Volkswirtschaften vor. Die Summe der heute einander berührenden, in gegenseitige Abhängigkeit voneinander gekommenen Volkswirtschaften nennen wir Weltwirtschaft.“

Im zweiten Bande des „Grundrisses der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ kommt Schmoller noch einmal auf die historische Stufenfolge der wirtschaftlichen Verfassungsformen zu sprechen<sup>1</sup>. Die geschichtlichen Abgrenzungen werden dort sehr vorsichtig vollzogen, so daß sich Angriffspunkte für die historische Kritik in etwa vermindern dürften. Aber Schmoller bleibt dabei, daß der eigentliche Begriff und die Tatsache der Volkswirtschaft erst seit dem 17. und 18. Jahrhundert mit den modernen Nationalstaaten, ihrer inneren geistigen und wirtschaftlichen Verbindung und mit ihren Wirtschaftskämpfen untereinander entstanden sei. Diese seine zuerst 1884 näher begründete Einteilung habe dann Bücher neun Jahre später in etwas abweichender aber doch ähnlicher Weise als Resultat seiner selbständigen Studien wiederholt.

**5. Bemerkungen zur Bücher-Schmollerschen Theorie.** Sombart hat die Büchersche Theorie schlechthin als falsch bezeichnet. Das geht doch wohl zu weit. Wir möchten nicht gern auf das Büchersche Schema verzichten, wollen darum, ohne dasselbe abzulehnen, seinen Wahrheitsgehalt zu umschreiben versuchen.

<sup>1</sup> Grundriß II <sup>1-6</sup> (1904) 666 (1124) ff.



Auf den ersten Blick nimmt das fragliche Schema für sich ein. Die Ausdrücke sind signifikant, gefällig. Sie erscheinen auch ganz logisch gewählt. Die „Wirtschaft“ bildet gewissermaßen den Gattungsbegriff. Hauswirtschaft, Stadtwirtschaft, Volkswirtschaft die Arten. Wenigstens ist man versucht, das geschichtliche Schema und das logische Schema in voller Übereinstimmung zu sehen, obwohl die Hauswirtschaft einer wesentlich andern Organisationsordnung angehört als Stadt- und Volkswirtschaft. Dazu schmeichelt es uns, als modernen Menschen, uns auf dem Gipfel einer Jahrtausende dauernden Entwicklung zu wissen. Fast mitleidig blicken wir auf die Völker des Altertums, auf das Mittelalter herab. Erst mit dem 16. Jahrhundert beginnt der allmähliche Aufstieg zur Höhe. Aber alsbald regen sich doch mannigfache Bedenken und Zweifel. Sollte man denn wirklich nicht von einer „Volkswirtschaft“ sprechen können im Hinblick auf das Altertum, das Mittelalter? Genügen ferner die Momente des Güterverkehrs, der Verkehrsweite, genügen diese Momente, um uns zu dem vollen und richtigen Begriffe der „Volkswirtschaft“ zu führen? Dazu kommen dann noch eine Reihe anderer Fragen und Zweifel; in aller Bescheidenheit möchten wir nur einige derselben als Begleitbemerkungen zur Bücher-Schmollerschen Stufentheorie aufführen, lediglich um Mißverständnisse dieser Theorie fernzuhalten.

1. *Bemerkungen geschichtlicher Art.* Da erhebt sich zunächst die Frage:

a) Kann das Altertum und das Mittelalter als eine bloße Vorstufe der Neuzeit bezeichnet werden?<sup>1</sup>

Eduard Meyer bestreitet das. In Wirklichkeit besitze jedes Zeitalter (Altertum und Mittelalter) einen selbständigen Auf- und Abstieg. Das Altertum sei gewissermaßen an Altersschwäche zu Grunde gegangen, durch die innere Zersetzung einer völlig durchgebildeten, ihrem Wesen nach durchaus modernen Kultur, die sich selbst auslebe. Das Altertum habe sein eigenes Mittelalter und seine Neue Zeit gehabt. Mit dem Ende des Altertums beginne eine ganz neue Entwicklung unter Rückfall in die primitiveren Zustände. In seiner Kritik des von Ludwig Stein herausgegebenen Werkes: „Die soziale Frage im Lichte der Philosophie“<sup>2</sup>, wendete sich auch Oncken gegen die Annahme einer quasi geradlinig aufsteigenden Entwicklungsbewegung von den Urzeiten der Menschheit bis auf die Höhen der Gegenwart: „Das Altertum darf keineswegs als die Kindheitsperiode unsrer modernen Kultur angesehen werden, worauf im Mittelalter das höher ent-

<sup>1</sup> Historische Zeitschrift LXXXVI (1901) 24. Eduard Meyer, Die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums (1895); Die Sklaverei im Altertum 1898; Kleine Schriften (1910). G. v. Below, Artikel „Wirtschaftsstufen“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1382 ff. mit ausführlicher Literaturangabe. Aug. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 15 ff., 60 ff., 122 ff., 139–148 f. Louis Wodon, Sur quelques erreurs de méthode dans l'étude de l'homme primitif 1906. H. Flamms Anzeige der 5. Aufl. von Büchers „Entstehung der Volkswirtschaft“ in der Literarischen Rundschau 1907, Nr. 8; auch Flamms Schrift „Niedergang Freiburgs i. Br.“ Max Weber, Agrargeschichte im Altertum, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup> 52 ff. Somlo, Der Güterverkehr in der Urgesellschaft (1910); Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLII (1911) 829 ff.

<sup>2</sup> 1897. Onckens Besprechung findet sich in den Schweizerischen Blättern für Wirtschafts- und Sozialpolitik 1897, Hft. 23–24. Vgl. auch Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 18 f. Prinz, Funde aus Naukratis, Beiträge zur alten Geschichte; 1908.

wickelte Jugendalter und im Zeitalter der neuen Zeit das Reifealter eingetreten wäre. Das Altertum ist eine selbständige, abgeschlossene Kulturperiode für sich mit eigenem Kindheits-, Jugend-, Mannes- und Greisenalter. Mit dem Sturz des gealterten Römerreiches, beim Einmarsch der Germanen, beginnt wieder eine ganz neue Kulturperiode mit eigenem Kindheits-, Jugend- und Mannesalter usw. Das frühe Mittelalter ist in Wahrheit das eigentliche Kindheitsalter unsrer jetzigen Kultur, es ist keineswegs die Fortsetzung des Altertums. Das Altertum wurde erst im Zeitalter der Renaissance für uns wieder fruchtbar, nachdem wir auf einer Entwicklungsstufe angelangt waren, die dem späteren Altertum einigermaßen ebenbürtig war. Daraus erklärt sich auch, daß die Zustände des klassischen Altertums als ideale Vorbilder, nicht aber als überschrittene Stufen bis in unsre Zeit herein gegolten haben und zum Teil noch gelten. . . . Die von mir hier vorgetragene Auffassungsweise ist übrigens in der Philosophie der Geschichte keineswegs neu, sie ist längst unter dem Namen der ‚Zyklentheorie‘ bekannt<sup>1</sup>, wonach jedes Volkstum seinen eigenen Zyklus der vier Lebensalter, parallel zu den Entwicklungszeitaltern des Individuums, nämlich Kindheits-, Jugend-, Mannes- und Greisenalter, durchläuft, worauf der Kulturfaden von einer andern Menschheitsgruppe aufgenommen wird, die wieder eine gleiche Bahn durchschreitet. Schon bei Machiavelli und Bodin tritt sie auf und wird dann mit besonderem Nachdruck von dem eigentlichen Begründer der Geschichtsphilosophie, von dem Italiener Vico (1725), vertreten. Unter den Nationalökonomien hängt ihr namentlich Roscher an.“

Geht man auch nicht so weit, die Scheidung zwischen der griechisch-römischen und germanisch-romanischen Kulturperiode in aller Schroffheit durchzuführen, erkennt man an, daß die „andere Menschheitsgruppe“ den „Kulturfaden“ nicht bloß aufnimmt, sondern von der vorhergehenden Epoche immerhin noch manches wertvolle Material und hochbedeutsame Kräfte zur weiteren Ausspinnung aufgenommen hat, steht man ferner der sog. „Zyklentheorie“ kritisch gegenüber, hütet man sich vor Übertreibungen der Analogie zwischen den Entwicklungszeitaltern des Individuums und des einzelnen Volkes, erblickt man darin kein naturhaftes und allgemeines „Gesetz“ geschichtlicher Entwicklung, so darf man doch Bedenken tragen, das Altertum schlechthin als die Ursprungs- oder Kindheitsperiode unsrer Entwicklung zu bezeichnen, wird es vielmehr lieber als eine „selbständige Kultursphäre mit eigenen Fußpunkten, eigenem Höhe- und Endpunkt“ gelten lassen. „Oder um das Verhältnis noch näher zu präzisieren, das Altertum stellt ein ganzes Bündel von selbständigen, jeweils mit dem Vorherrschen dieses oder jenes Volkstums verknüpften Entwicklungs- und Verfallsperioden dar. Im großen und ganzen zeigt sich freilich auch hier ein beständiges Fortschreiten nach oben, aber in anderer Weise, als die an Darwin anknüpfende moderne Geschichtsphilosophie lehrt mit ihrer Annahme einer ununterbrochenen, wenn auch nicht immer ganz geradlinig verlaufenden Entwicklungslinie vom Anfang aller Dinge bis zur heutigen Kulturhöhe.“<sup>2</sup>

b) Erheben sich somit gegen die Annahme einer weithin einheitlichen Evolution von solcher Art, daß die „Volkswirtschaft“ „das Produkt einer jahrtausende-

<sup>1</sup> Vgl. Richard Mayr, Die philosophische Geschichtsauffassung der Neuzeit, 1. Abt. (bis 1700) (1877).

<sup>2</sup> Oncken a. a. O.

langen Entwicklung“ sei, von vornherein gewichtige Bedenken, so ist es doch auch fraglich, ob das Altertum schlechthin der Periode der „Hauswirtschaft“ untergeordnet werden kann<sup>1</sup>.

Die „Oikenwirtschaft“ im Sinne von Rodbertus-Bücher ist für ihre Zeit eine charakteristische Erscheinung. Entsprechen aber diese großen Sklavenwirtschaften genau dem Begriffe einer geschlossenen Hauswirtschaft? „Die Zusammenfassung der eigentlichen Familienwirtschaft, der Fronhofwirtschaft und der antiken Sklavenwirtschaft in der einheitlichen Kategorie der geschlossenen Hauswirtschaft“, sagt Pierstorff<sup>2</sup>, „scheint uns den Dingen Zwang anzutun. Mag man noch allenfalls die Fronhofwirtschaft trotz weitgehender Unterschiede mit der eigentlichen Familienwirtschaft zusammenfassen, so scheinen uns doch die kapitalistischen Sklavenbetriebe der späteren Römerzeit von der Fronhofwirtschaft . . . grundverschieden. . . . Sie stellen . . . doch offenbar Geldwirtschaften dar, ohne darum Stadtwirtschaft oder Unternehmerwirtschaft im modernen Sinne zu sein. Wir erlauben uns, die Zulässigkeit eines Verfahrens in Zweifel zu ziehen, das in ein aus den Verhältnissen der christlich-germanischen Völker gewonnenes Entwicklungsschema die antike Sklavenwirtschaft einzupassen sucht. Die letztere entwickelte sich eigenartig und teilweise in anderer Richtung als die Hauswirtschaft der germanischen und romanischen Völker.“<sup>3</sup>

c) Ist ferner die Ausbildung der „Stufe des Güterumlaufes“ bei den germanischen Völkern gerade erst seit der Wende des Mittelalters erfolgt? Man darf das bestreiten. Lange vorher schon war nämlich die Stadtwirtschaft durchaus keine bloße „Kundenproduktion oder Stufe des direkten Austausches, auf welcher die Güter aus der produzierenden Wirtschaft unmittelbar in die konsumierende übergehen“.

Vernehmen wir diesbezüglich Below<sup>4</sup>: „Wir sind bereit, die Stadtwirtschaft des Mittelalters ein System des direkten Austausches, der Kundenproduktion, zu nennen, weil diese Beziehungen in ihnen einen viel größeren Raum einnehmen als in der Neuzeit. Aber der Unterschied dürfte nur relativer Natur sein. Auch im Mittelalter bildet der interlokale Verkehr bereits ein konstitutives Element im wirtschaftlichen Leben.“ Greifen wir hierfür als Beispiele heraus die Erzeugung und den Absatz der Bekleidungsstoffe im Hochmittelalter, wie sie Aloys Schulte auf Grund sorgfältiger und zuverlässiger Forschungen uns schildert. „Der Welthandel“, sagt Schulte<sup>5</sup> mit Rücksicht auf die Geschichte des Handels bis zum Ende des 13. Jahrhunderts, „hat am allermeisten Abregung wohl dadurch erhalten, daß im Textilgewerbe eine gründ-

<sup>1</sup> Vgl. Historische Zeitschrift LXXXVI 1901 24 ff. A. Wagner in den Preutischen Jahrbüchern LXXV 554 f. Mitteis. Aus den griechischen Papyrusurkunden 1900 26 ff.

<sup>2</sup> Jahrbücher für Nationalökonomie LXVII 129.

<sup>3</sup> Karl Riezler, Über Finanzen und Monopole im alten Griechenland. Zur Theorie und Geschichte der antiken Stadtwirtschaft (1907). Nach Riezler hielten die Griechen am Stadtstaat und an der Stadtwirtschaft noch fest, als die Verhältnisse schon einen nationalen Staat und einen internationalen Güterumlauf forderten. Hermann Gummerus, Der römische Gutsbetrieb (Beiträge zur Geschichte; 1906).

<sup>4</sup> Historische Zeitschrift LXXXVI 55.

<sup>5</sup> Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien mit Ausschluß von Venedig I (1900) 112.



liche Verschiebung eintrat, daß nicht mehr allein die höheren Klassen aus dem Markte Waren nahmen, wodurch der Handel auf feinere Produkte beschränkt blieb, sondern daß jeder Mensch einen Teil seiner Kleidung kaufte. Aus der Eigenproduktion, dem Hausfleiß, ging das Textilgewerbe in eine Arbeit für den Markt über. Und da die Konsumenten so enorm an Zahl gewachsen waren, gewann der Markt in den Geweben eine ebenso große Steigerung, er umfaßte nunmehr neben den feinen auch die gewöhnlichen, auf den Massenverbrauch berechneten Stoffe. Der Handel hätte bei alledem gering bleiben können, innerhalb der Stadt und des von ihrer Wirtschaft abhängigen Bezirkes wäre es in vielen Fällen sehr wohl möglich gewesen, die gesamten Bedürfnisse an Geweben durch Eigenproduktion zu decken. Auf große Entfernungen hätte es dann nur Handel mit dem Rohstoff gegeben. Allein das hätte eine gleichmäßige Beherrschung aller Zweige der Textilkunst innerhalb dieses Kreises vorausgesetzt; die aber fehlte nicht nur, sondern es bestand geradezu das Gegenteil. Die eine Gegend war der andern in diesem oder jenem Zweige vorauf, hier wurde besser blau gefärbt, dort verstand man sich besser auf die Bereitung von Lodentüchern, an einem andern Orte kamen andere Vorzüge zur Geltung, und so ergab sich schließlich, daß keine Stadt alles erzeugte, sondern ein Tuchhändler, um alle seine Kunden zu befriedigen, Waren verschiedenster Herkunft verlegen mußte. Wie er selbst von weither seine Gewebe bezog, mußten deren Erzeuger für einen Absatz in die Ferne sorgen. Im Bekleidungsfache wurde die von K. Bücher so trefflich charakterisierte Stadtwirtschaft schon früh gründlich verlassen.“ Und was für das Bekleidungsfach im allgemeinen gilt, das trifft insbesondere zu bei der Wollenweberei, für viele Städte das wichtigste Gewerbe. Während die Leinenweberei sich noch lange an den ländlichen Haushalt naturgemäß angeschlossen, ergibt sich für die Wollenweberei durch das Walken sehr früh eine Produktionsteilung. „Kein mittelalterliches Gewerbe“, sagt Schulte<sup>1</sup>, „löste nach und nach die Produktion in eine solche Zahl aufeinanderfolgenden, von verschiedenen Personen angeführten Arbeiten auf als die Wollstoffbereitung.“ Auch „die örtliche Zerlegung der Produktion war schon sehr alt. Einen trefflichen Überblick gewährt das in Flandern entstandene Gedicht *Conflictus ovis et lini*, in dem Schaf und Lein ihre Vorzüge preisen. Gallien liefere die buntesten Tücher, das neuerungssüchtige Volk liebe den bunten Glanz; Flandern, wo jeder nach seinem Geschmack und Farbensinn sich seine Stoffe beereite, sende seine grünen und tiefblauen Tuche, um die Herren zu kleiden, nach Deutschland, das diese Kunst des Färbens nicht verstehe. Aber auch hier sei man nicht müßig. Der Rhein erzeuge leichte, schwarze Tücher für Mönche und Nonnen, Schwaben rote, nicht in der Wolle gefärbte; an der Donau würden naturfarbene, jedem Wetter Trotz bietende (Loden-) Stoffe gewirkt, wie es Besseres nichts in Deutschland gebe. Die Quelle ist leider sehr schwer zu datieren; wenn wir auch nicht für das 11. Jahrhundert, dem man früher das Gedicht zuteilte, bereits die örtliche Zerlegung der Produktion aus diesem Gedichte feststellen können, so gehört es doch spätestens dem Schluß des 12. Jahrhunderts an“<sup>2</sup>. Diese Angaben dürften genügen, um Belows Warnung vor einer Übertreibung des Entwicklungsgedankens durch Schematisierung vollkommen zu rechtfertigen. Ohne Zweifel darf man von einem Typus oder System der Stadtwirtschaft mit Kundenproduktion sprechen, doch man muß hinzufügen, daß dieses System lange vor

<sup>1</sup> Ebd. I (1900) 119.<sup>2</sup> Ebd. 119 121 f. 123 125 132.

der Entstehung des modernen Staates durchbrochen war. „Die Aussonderung der städtischen Bevölkerung aus dem Lande“, schreibt Schulte<sup>1</sup>. „war bedingt durch die immer stärker werdende Aussonderung von Produktionszweigen aus der geschlossenen Hauswirtschaft. Diese schränkte sich immer mehr auf die Bodenkultur ein und gab die meisten andern Tätigkeiten an die Gewerbe der Städte ab, und da die Wirtschaft einer Stadt — die Stadtwirtschaft, wie sie Bücher definiert hat — nicht alle Bedürfnisse so gut und billig decken konnte wie eine andere, so führte diese Verteilung der Produktion auf Stadt und Land eine wesentliche Zunahme des Handels herbei. Theoretisch wäre es ja denkbar gewesen, daß eine jede Stadt mit Einschluß ihres Landbezirkes alle Bedürfnisse an Leinen und Wollwaren selbst erzeugte, tatsächlich aber sehen wir einen sehr bedeutenden Handel über große Entfernungen hin. Die verschiedene Qualität der Ware, die Sucht, mit fremden Stoffen zu glänzen, die Mode, welche auch jenen Tagen nicht fremd war, waren drei gewaltig wirkende Ursachen, um die Stadtwirtschaft zu durchbrechen.“ Ähnliches hat Ferdinand Buomberger speziell für Freiburg i. d. Schweiz nachgewiesen<sup>2</sup>.

Mag daher auch ein Schema von Wirtschaftsstufen nach Art des Bücherschen das Verständnis der geschichtlichen Entwicklung, durch Hervorhebung gewisser typischer Erscheinungen, fördern können, alsbald zeigt sich jedoch, wie wenig eine schematische Behandlung zur völlig genauen Erfassung der tatsächlichen, geschichtlichen Verhältnisse bzw. der ganzen Entwicklung auszureichen vermag. „Wirtschaftsstufen unterscheiden heißt nichts anderes“, sagt Pohle<sup>3</sup>, „als Querschnitte durch einen kontinuierlich verlaufenden Prozeß ziehen. Diese Querschnitte können niemals alle Phasen des Entwicklungsprozesses ausdrücken und darstellen, sondern nur bestimmte Hauptphasen. Das wenigstens muß festgehalten werden, wenn das Schema nicht zum Phantasma werden soll.“<sup>4</sup>

Wählt man den Verkehr als bestimmenden Gesichtspunkt für die Unterscheidung verschiedener Entwicklungsstufen, dann bildet den logischen Gegensatz zur tauschlosen Wirtschaft einzig die Tausch- und Verkehrswirtschaft. Wollte man dabei auch von dem der Annahme nach geringen Verkehr, der zwischen den „geschlossenen Hauswirtschaften“ vorkam, absehen und deshalb hier

<sup>1</sup> Geschichte des mittelalterlichen Handels 153.

<sup>2</sup> Vgl. Herm. Flamm, Der wirtschaftliche Niedergang Freiburgs i. Br. und die Lage des städtischen Grundeigentums im 14. und 15. Jahrhundert. Flamm sieht in der geschlossenen Stadtwirtschaft nicht das Ergebnis organischer Weiterentwicklung, sondern ein Kunstprodukt der Zünfte, die zielbewußt der Verkehrswirtschaft entgegentraten.

<sup>3</sup> Jahrbücher für Nationalökonomie, 3. Folge XXVI (1903) 361.

<sup>4</sup> Auch Wilhelm Roscher hatte eine gewisse Vorliebe für Typen. In der Volkswirtschaft hießen sie jugendliches, mittelalterliches, blühendes, sinkendes Volk. In der Politik (Politik, geschichtliche Naturlehre der Monarchie usw. 1893) waren es das patriarchalische Urkönigtum, die Aristokratie, absolute Monarchie, Plutokratie (Geldoligarchie) mit der Kehrseite des Proletariats, dann Militärtyrannismus oder Cäsarismus. „Aber dieses Schema“, sagt Hintze (Roschers politische Entwicklungstheorie, in Schmollers Jahrbuch XXI [1897] 809, „erleidet einerseits so viele bedeutende Ausnahmen und bewegt sich andererseits, um überhaupt anwendbar zu sein, in so unbestimmten und inhaltsarmen Begriffen, daß die wissenschaftliche Bedeutung, die ihm zukommt, doch nur gering ist.“

von „tauschloser“ Wirtschaft sprechen, dann stünden dieser geschlossenen Hauswirtschaft die Stadt- und Volkswirtschaft nicht als zwei besondere Stufen, vielmehr nur als zwei Unterabteilungen der Tausch- und Verkehrswirtschaft gegenüber. Faßt man dagegen den Verkehr in seiner historischen Entwicklung ins Auge, so muß man den Begriff der „Stufe“ jedenfalls stark herabmildern und schon in etwa verwischen, wenn man Hauswirtschaft, Stadtwirtschaft, Volkswirtschaft als geschichtliche „Wirtschaftsstufen“ bezeichnen will. In Wirklichkeit bringen jene wirtschaftshistorischen Unterscheidungen doch nur dem Grade nach Verschiedenes zum Ausdruck. Die tauschlose „Hauswirtschaft“ war nicht so ganz tauschlos; der Tausch blieb nur selten, kam bloß nebenbei vor, nicht in dem Grade wie in der Verkehrswirtschaft. Die „Stadtwirtschaft“ hatte schon einen regeren Verkehr und kannte bereits den interlokalen Handel, wenn auch in geringerem Grade als die „Volkswirtschaft“. Liefmann aber hält Unterscheidungsmerkmale, die nur dem Grade nach Verschiedenes hervorheben, überhaupt für wirtschaftstheoretisch unbrauchbar<sup>1</sup>. Man müsse vielmehr, zum besseren Verständnis der Wirtschaftsorganisation gewisser Zeitepochen, die Abgrenzung nach einem Unterscheidungsmerkmal vornehmen, das in einer Wirtschaftsorganisation fehle, in der andern auftrete und diese charakterisiere. Liefmann schlägt darum seinerseits als Unterscheidungsmerkmal vor: nicht Umfang und Ausdehnung des Verkehrs, wie es der Bücher-Schmollerschen Theorie eigentümlich ist, nicht die Art des Tausches und des Tauschmittels im Sinne des Hildebrandschen Schemas, sondern die Kapitalform, die Art und Form des Kapitals in der Einzelwirtschaft. Freilich dürfte der Gedanke einer Stufenfolge des Kapitalismus als Natural-, Geld- und Effektenkapitalismus dem Wunsch einer umfassenden Stufenlehre doch nicht allenthalben genügen<sup>2</sup>, und es fragt sich noch, ob die Bedenken, die Liefmann gegen die herrschende Stufentheorie erhob, nicht auch auf anderem Wege befriedigende Erledigung finden können. „Wirtschaftstheoretisch unbrauchbar“ möchten wir die Bücher-Schmollersche Theorie nicht gerade nennen, mag sie auch der beschränkenden Erklärung und vielleicht auch der Ergänzung bedürfen.

d) Wenn Bücher<sup>3</sup> sagt: „Die Ausbildung der Volkswirtschaft ist eine Frucht der politischen Zentralisation, welche mit der Entstehung territorialer Staats-

<sup>1</sup> Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaft (1909) 1—29 (\*1923).

<sup>2</sup> Vgl. Die Bemerkungen Philippovichs in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XIX (1910) 182 f.

<sup>3</sup> Entstehung der Volkswirtschaft<sup>3</sup> 135 (\*135). Der englische Nationalökonom John Kells Ingram läßt in seiner „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ (Übersetzung Roschlan [1890] 31 ff.; jetzt 2. Aufl.), Comte folgend, das Mittelalter nicht mit dem 15. Jahrhundert endigen, sondern bereits mit dem Schluß des 13. Jahrhunderts. Er unterscheidet dann drei Phasen der Neuzeit. Schon während der ersten Phase (14. und 15. Jahrhundert) gewinnt die weltliche Zentralgewalt an Festigkeit und Hilfsmitteln, befehlen die Krone und die Feudalherren einander, indem beide ihre Stärkung suchen in dem Abschließen von Bündnissen mit den Städten und mit den in diesen vertretenen industriellen Kräften. Die Manufakturen gewinnen an Bedeutung. Die Schifffahrt erfährt eine Erleichterung durch den Gebrauch des Kompasses. Die Buchdruckerkunst wird erfunden. In Florenz, Venedig und Genua bestand der öffentliche Kredit schon lange, bevor Holland und England irgendwelche bedeutende finanzielle Wichtigkeit erlangten. Gerade zu Ende dieser Phase bereitete die Entdeckung Amerikas und des neuen Seewegs nach dem Osten, während sie den bisherigen Gang des Handels völlig veränderte, die Grün-



gebilde an der Wende des Mittelalters beginnt und in der Gegenwart mit der Schöpfung des nationalen Einheitsstaates ihren Abschluß findet“, so muß er selbst beifügen, daß in Deutschland noch jahrhundertlang die landwirtschaftlichen Interessen vorwiegen, und daß an diesen „die Anstrengungen, welche die Reichsgewalt in der Richtung einer nationalen Wirtschaftspolitik machte, kläglich scheiterten“<sup>1</sup>. Man denke z. B. an den Versuch (1559), durch Reichsgesetz eine einheitliche Münze für das ganze Reichsgebiet einzuführen, an die Bestrebungen nach Einheit von Maß und Gewicht u. dgl.<sup>2</sup> Jeder Versuch einer nationalen wirtschaftlichen Einigung konnte sicher sein, dem direkten Widerstreben der Landesfürsten zu begegnen. Vom Glanze der modernen nationalwirtschaftlichen Entwicklung fallen daher auf die beginnende politische Zentralisation und in die Zeit „der Entstehung territorialer Staatsgebilde“ nicht gerade viele Lichtstrahlen. Wenn Deutschland bis ins 19. Jahrhundert hinein wirtschaftlich so sehr zurückblieb, während Spanien, Portugal, England, Frankreich schon früh in eine Blüteperiode hineinwuchsen, so führt sich das eben nicht bloß auf die Verlegung des Welthandelsweges von den Gestaden des Mittelmeeres zum Atlantischen Ozean, infolge der Auffindung eines Seeweges nach Indien und der Entdeckung Amerikas, nicht nur auf die glänzende koloniale Entwicklung der europäischen Westmächte zurück, sondern auch auf den Umstand, daß jene Reiche schon seit dem 16. Jahrhundert große einheitliche Staatsgebilde darstellten<sup>3</sup>, während Deutschland nicht zum geringsten Teil durch die Schuld der Landesfürsten politischer und wirtschaftlicher Zerrissenheit überantwortet blieb. Gebührt daher auch immerhin den größeren Territorialstaaten volle Anerkennung für die straffere Zentralisation der Verwaltung im Innern des Territoriums, für die Ausbildung eines vortrefflichen Berufsbeamtentums usw., so kann gerade ihnen anderseits der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie durch ihre kleinlich selbstsüchtige Machtpolitik die zentrale Reichsgewalt gelähmt, die politische Geltung der Nation

---

dung von Kolonien vor, die kräftig zu dem wachsenden Übergewicht des industriellen Lebens beitrugen. Das Wachstum der neuen gesellschaftlichen Kräfte über die Grenzen der Stadtwirtschaft hinaus hatte sich nach Ingram bereits vor dem 16. Jahrhundert vollzogen und war in der ersten neuzeitlichen Phase sich selbst überlassen geblieben. Die zweite Phase der Neuzeit läßt Ingram mit dem 16. Jahrhundert beginnen. Es ist die Zeit, wo der Staat die aufstrebenden Elemente der Gewerbe und des Handels für sich in Beschlag nimmt, ihre Förderung sich angelegen sein läßt, sie gleichzeitig aber für seine politischen Zwecke ausnutzt. Die dritte Phase endlich beginnt ungefähr mit dem 18. Jahrhundert; sie ist die Zeit des Individualismus, des Systems der „natürlichen Freiheit“.

<sup>1</sup> Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft<sup>3</sup> 157 (7135).

<sup>2</sup> G. v. Below, Der Untergang der mittelalterlichen Stadtwirtschaft über den Begriff der Territorialwirtschaft, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik XXI (1901) 610 f.

<sup>3</sup> Vgl. A. Schweitzer, Geschichte der Nationalökonomie in vier Monographien, I: Colbert (1903) 11 A. 2; Bücher a. a. O. 158; insbesondere Schmoller, Umriss 34 f. 54. Vgl. auch Zeitschrift für Sozialwissenschaft VII 1904 185; Frensdorff, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik XXVI 1876 230. Bezüglich Englands lehnt Ashley (Englische Wirtschaftsgeschichte II [1896] 8 f. die Annahme einer territorialen Stufe neben der nationalen ab. Wenn auch verkläuselt, so glaubt er doch sagen zu können, England habe seit dem Beginne des vierzehnten Jahrhunderts in gewissem Sinne nicht lediglich eine Stadtwirtschaft, sondern eine Volkswirtschaft im Sinne Schmollers) gehabt.

als eines Ganzen geschwächt, die vollkommene Ausbildung einer vollen nationalen wirtschaftlichen Einigung auf Jahrhunderte verhindert haben<sup>1</sup>.

Die Tendenz zur Überwindung der wirtschaftlichen Zerklüftung gibt sich anderseits bereits in den städtischen Münzverträgen des späteren Mittelalters kund, insofern dadurch die Herstellung eines größeren wirtschaftlichen Gebietes, zunächst für das Münzwesen, erstrebt wurde. Auch die Städtebündnisse (insbesondere die Hansa) bezweckten, neben und nach dem Schutz gegen äußere Feinde, eine Erleichterung des Verkehrs unter den Verbündeten, die Beseitigung innerer Schranken herbeizuführen. Gegen Ende des Mittelalters nahmen Städtebünde oder Gruppen von Städten (so die wendische Gruppe der hansischen Städte) für den ganzen Umfang ihrer Vereinigung die Ordnung gewerblicher Verhältnisse in Angriff. Ähnliche Ziele verfolgten ebenfalls interlokale Handwerkervereinigungen (z. B. der Weber von Straßburg, Hagenau, Zabern Ende des 14. Jahrhunderts; der Armbruster verschiedener rheinischer Städte im Jahre 1448). Auch sonst noch in mannigfacher Hinsicht sind es die sozialen Kräfte des Volkes<sup>2</sup> selbst gewesen, denen ein wesentlicher Anteil an dem neuzeitlichen Umbildungsprozeß zugesprochen werden muß.

Damit ist die Bedeutung der landesherrlichen Politik nicht bestritten. Nur vor Übertreibungen muß gewarnt werden. So erhebt v. Below gegen Schmoller den Vorwurf, er sei im allgemeinen geneigt, die Erfolge der territorialen Politik nach der wirtschaftlichen Seite hin zu günstig darzustellen, und er lasse die Vorstellung, daß der territoriale Handel, die territoriale Industrie, der territoriale Markt ein einheitliches Ganze sei, zu früh auftauchen und Geltung finden. Immerhin liegt es auf der Hand, daß die politischen Wandlungen in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit nicht ohne Rückwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung bleiben konnten. So erschien u. a. durch die fortschreitende Stärkung des Staatsgedankens die kraftvolle Ausbildung einer staatlichen Wirtschaftspolitik wenigstens mehr in den Bereich praktischer Möglichkeit gerückt<sup>3</sup>. Die allmähliche Überwindung des städtischen Partikularismus bereitete eine weit engere und festere wirtschaftliche Zusammenfassung zunächst der territorialen Wirtschaft vor. Mit der Erleichterung des Verkehrs für ein größeres Gebiet, im Gegensatz zu räumlicher Beschränktheit des Absatzes, war für den Gewerbetreibenden und für den Kaufmann in gewissem Umfange die Gelegenheit gegeben zur Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebes usw.<sup>4</sup> Allein diese Entwicklung

<sup>1</sup> Schmoller, Umriss und Untersuchungen 32 ff.

<sup>2</sup> Große wirtschaftliche Übergangsbewegungen, wie sie die Zeit vom 14. bis 16. Jahrhundert kennzeichnen, werden sich in der Regel nicht auf die Initiative staatlicher Wirtschaftspolitik in letzter Linie zurückführen, sondern auf Strebungen, die aus dem wirtschaftlichen Volke selbst hervorgehen. Man denke z. B. für die in Frage stehende Zeit nur an das Bemühen der wohlhabenden Handwerker und Kaufleute nach erweiterter Absatzgelegenheit, nach freierer Bewegung. Die Wirtschaftspolitik der Landesherren ist nicht der Ausgangspunkt dieser Tendenzen, aber sie kommt denselben mehr oder minder entgegen, sucht aus denselben Vorteil zu ziehen für Staat und Fürst (Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I 139).

<sup>3</sup> Schmoller, Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs d. Gr. und Preußens überhaupt von 1680 bis 1786, im Jahrbuch für Gesetzgebung usw. VIII 43. Vgl. auch Schmoller, Über einige Grundfragen der Volkswirtschaftslehre (1898) 319.

<sup>4</sup> Anderseits darf nicht vergessen werden, daß die politische Zersplitterung durch Vermehrung und Erhöhung der Zölle seitens der immer mächtiger werdenden territorialen

geht denn doch sehr langsam vor sich. Anfangs, im 16. und 17. Jahrhundert, verbleibt die führende Rolle in der Wirtschaftspolitik noch der Stadt und der städtischen Obrigkeit. Von einem eigenen System territorialstaatlicher Wirtschaftspolitik mit grundsätzlich neuen Zielen kann noch keine Rede sein. Die landesherrliche Politik operierte während der ersten zwei Jahrhunderte der Neuzeit fast ausschließlich mit den alten Figuren der stadtwirtschaftlichen Zeit. In mannigfacher Hinsicht besteht die stadtwirtschaftliche Organisation fort bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.

2. *Bemerkungen prinzipieller Art.* Kann es für den Begriff der „Volkswirtschaft“ genügen, in ihr bloß eine geschichtliche Entwicklungsstufe höherer Art zu erblicken mit Rücksicht auf die größere Verkehrsweite oder eine gewisse Ausbildung staatlicher Wirtschaftspolitik?

Daß die Büchersche Theorie in der bestechend einfachen Art, wie sie die aufsteigende Entwicklung darstellt, hier wenigstens Anlaß zu Mißverständnissen bieten kann, hat bereits der hervorragendste und scharfsinnigste nationalökonomische Theoretiker ausgesprochen. A. Wagner<sup>1</sup> urteilt: Die ganze Frage, ob man erst seit der Zeit des modernen Staates von einer „Volkswirtschaft“ sprechen dürfe, sei ähnlich zu beantworten wie die Frage, ob man erst im modernen Staat einen „Staat“ erkennen wolle. G. v. Below meint freilich, der Unterschied sei doch wohl größer<sup>2</sup>. „Auf den Namen ‚Staat‘ haben die Gemeinwesen früherer Zeit zweifellos Anspruch. Irgend eine staatliche Organisation läßt sich am wenigsten entbehren. Dagegen, wenn man das Wesentliche des Begriffs ‚Volkswirtschaft‘ in dem sieht, was Bücher hervorhebt, so darf man wohl behaupten, daß es bei einem Volke einmal eine Zeit gegeben hat, in der von wirklicher Volkswirtschaft recht wenig vorhanden gewesen ist. Allerdings sagen wir: recht wenig; denn vollkommen hat sie kaum jemals gefehlt.“ Wie aber, wenn man das Wesentliche der Volkswirtschaft nicht oder nicht bloß in einem höher entwickelten, das ganze Volk lebhafter umfassenden Verkehr erblickt? Auch Schmoller trug Bedenken, den Begriff der Volkswirtschaft so eng und ausschließlich mit der Arbeitsteilung, dem fortgeschrittenen Verkehr, dem höheren Grade der hierdurch bewirkten Vergesellschaftung der wirtschaftenden Personen zu verknüpfen. Er hatte darum, wie wir sahen, „den Zusammenhang des wirtschaftlichen Lebens mit den wesentlichen und leitenden Organen des sozialen und politischen Lebens überhaupt“, die „Anlehnung der jeweiligen wesentlichen wirtschaftlich-sozialen Einrichtungen an die wichtigsten oder an einzelne wichtige politische Körper“ geradezu „in den Vordergrund rücken“ zu müssen geglaubt<sup>3</sup>: „In allen Phasen der volkswirtschaftlichen Entwicklung fällt dem einen oder andern politischen Organe des Stammes- oder Volkslebens eine führende und beherrschende Rolle auf dem Wirt-

Fürsten eine wachsende Schädigung des deutschen Handels brachte. Vgl. R. E. May, Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (1901) 304.

<sup>1</sup> Preußische Jahrbücher LXXV 555 f. Vgl. auch Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 149. „Schon das Altertum besaß wirkliche Staaten, und zwar sowohl Nationalstaaten wie Weltreiche. . . . Die neuzeitliche Staatstheorie erklärte den Territorialfürsten als direkten Nachfolger des altrömischen princeps.“

<sup>2</sup> Über Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung der Völker, in der Historischen Zeitschrift LXXXVI 1901 29 f.

<sup>3</sup> Vgl. Schmoller, Umrisse und Untersuchungen 1898<sup>2</sup> f.; Grundriß II 670–1128.



schaftsgebiete zu. Bald ist es der Geschlechterverband und Stamm, bald das Dorf und die Mark, bald die Landschaft, bald der Staat oder gar ein Staatenbund, welche . . . durch ihre Organe auch das wirtschaftliche Leben, seine Organbildungen und Institutionen beherrschen, welche gleichsam den Schwerpunkt der sozialwirtschaftlichen Veranstaltungen abgeben. Gewiß ist das nicht das einzige Moment für die Erklärung der historischen Entwicklung der Volkswirtschaft; aber das bedeutungsvollste scheint es mir zu sein, dasjenige, was am tiefgreifendsten die verschiedenen bis jetzt in der Geschichte aufgetretenen Organisationsformen der Volkswirtschaft beherrscht. Im Anschluß an den Stamm, die Mark, das Dorf, die Stadt, das Territorium, den Staat und den Staatenbund entwickeln sich sukzessive bestimmte soziale Wirtschaftskörper immer umfassenderer Art; wir haben damit einen einheitlichen Entwicklungsprozeß vor uns, der natürlich das wirtschaftliche Leben niemals erschöpft, der es aber jeweilig bestimmend und beherrschend umschließt.\* Und an anderer Stelle<sup>1</sup> wiederum sagt Schmoller: „Wo größere soziale Körper sich bilden mit einer Reihe von Städten und Landschaften, wo mit zunehmendem Tausch- und Geldverkehr von der Familienwirtschaft sich besondere Unternehmungen, d. h. lokal und organisatorisch für sich bestehende Wirtschaften, mit dem ausschließlichen Zwecke des Handels und der Güterproduktion loslösen, der Marktverkehr und der Handel immer mehr alle Einzelwirtschaften beeinflussen und abhängig von sich machen, wo zugleich die Staatsgewalt sich als Machtmittelpunkt, als große Zentralwirtschaft organisiert, durch Münzwesen und Straßenbau, durch Agrar- und Gewerbe-gesetze, durch Verkehrs- und Handelspolitik, durch ein Geldsteuersystem und die Heeresverfassung alle Wirtschaften der Familien, Gemeinden und Korporationen von sich abhängig macht, da entsteht mit dem modernen Staatswesen das, was wir heute Volkswirtschaft nennen. Sie beruht ebenso auf der Verflechtung aller Einzelwirtschaften in einen unlöslichen Zusammenhang durch den freien Tausch- und Handelsverkehr, wie auf den wachsenden einheitlichen Wirtschaftseinrichtungen von Gemeinde, Provinz und Staat.“ Schmoller verknüpft also den Begriff der Volkswirtschaft nicht bloß mit der Verkehrsverflechtung, sondern überdies mit den Wirtschaftseinrichtungen, der Wirtschaftspolitik usw. der öffentlichen Körperschaften. Wenn er aber sagt<sup>2</sup>: „Die Volkswirtschaft ist das als ein Ganzes gedachte und wirkende, von dem einheitlichen Volksgeist und von einheitlichen materiellen Ursachen beherrschte System der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Vorgänge und Veranstaltungen des Volkes“, so möchten wir noch hinzufügen, daß die Volkswirtschaft nur dann als ein Ganzes gedacht werden und wirken kann, wenn sie in irgend einer Weise eine Einheit ist; es wird später unsre Aufgabe sein, die besondere Natur dieser Einheit zu bestimmen<sup>3</sup>. Hier möge es genügen, darauf hinzuweisen, daß die verschiedenen Grade der Arbeitsteilung, des Verkehrs, der historischen Wirtschaftspolitik, des geschichtlichen Verhältnisses im Wirken der Wirtschaftsorgane, kurz, alles, was eine wechselseitige Verkettung der verschiedenen Sonderwirtschaften, eine gegenseitige Abhängigkeit und Ergänzung praktisch herbeiführt und bedeutet, für sich allein noch nicht genügt, um der

<sup>1</sup> Grundriß I 4.<sup>2</sup> Ebd. 5 f.<sup>3</sup> Schäffle täuscht sich, wenn er sagt, die Volkswirtschaft sei wohl ein Ganzes, aber keine Einheit (Bau und Leben des sozialen Körpers II<sup>2</sup> [1896] 271).

Volkswirtschaft die durch ihren Begriff geforderte Einheit zu verleihen, daß vielmehr die Volkswirtschaft in ihrem innersten Wesen erst dann voll erfaßt wird, wenn wir sie als Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft, nicht bloß nach dem historischen Befunde, sondern überdies nach prinzipiellen, sozialrechtlichen Rücksichten betrachten. Von diesem theoretischen Standpunkt aus muß jede allzu enge oder gar ausschließliche Verbindung des „richtigen“ Begriffs der Volkswirtschaft mit einer zeitlich umschriebenen Entwicklungsstufe des Verkehrslebens oder bestimmter historisch-rechtlicher Zustände der neuzeitlichen Territorial- und Nationalstaaten als unzulänglich und als einseitig gelten, weil sie die Aufmerksamkeit gerade von der wesentlichen prinzipiellen Einheit der Volkswirtschaft ablenkt.

Es fehlte überdies auch in der historischen Entwicklung schon früher keineswegs vollständig an einem irgendwie praktisch einigenden Bande für die mannigfachen Tätigkeiten, Einrichtungen, Vorgänge, in welchen und durch welche das Volk seine Bedürfnisse befriedigte. Der geschichtliche Ausbau des Wirtschaftslebens in Familienwirtschaften, Markgenossenschaften, Fronhofwirtschaften, Stadtwirtschaften usw., die verschiedenen Formen, die Verfassungen, die Ordnungen, die das Volk im Bereiche seiner Wirtschaft sich schuf, finden ihre Erklärung in der Siedlungsgeschichte und dann in der gesamten historischen Entwicklung des ganzen Stammes, Volkes, Staates. Die Selbstgenügsamkeit der Familienwirtschaft, des Fronhofes, die Abschließung der Stadtwirtschaft — wäre sie auch tatsächlich viel größer gewesen, als es der geschichtlichen Wirklichkeit entspricht — hat aber dabei kaum jemals die einzelnen Sonderwirtschaften und Wirtschaftszentren in wirtschaftlicher Hinsicht allen Einflüssen und Rückwirkungen des höheren politischen Verbandes völlig entziehen können. Die Einzelwirtschaften stehen und wirken auch in früheren Zeiten auf dem gemeinsamen nationalen Boden, innerhalb derselben politischen Einheit, desselben Staates, dessen allgemeine Schicksale von entscheidender Bedeutung sind für das Gedeihen der ganzen Wirtschaft des Volkes. Der Schutz der staatlichen Existenz, das staatliche Rechts- und Verwaltungsleben schafft, bei aller Autonomie der innerstaatlichen Korporationen, doch nach den verschiedensten Seiten hin Berührungspunkte mit dem Ganzen: niemals versiegte die staatliche Einflußnahme auf wirtschaftliche Dinge völlig<sup>1</sup>, und wenn sie auch nur darin bestanden hätte, die bereits bestehende Gewalt der Stadtbehörden zu bestätigen, durch neue staatliche Privilegien die wirtschaftliche Entwicklung der Städte usw.<sup>2</sup> zu fördern: dazu kommen die Leistungen der Einzelwirtschaften mittelbar oder unmittelbar an das Ganze<sup>3</sup> —

<sup>1</sup> Ashley, Englische Wirtschaftsgeschichte II (1896) 9.

<sup>2</sup> Vg. Schmoller, Umriss und Untersuchungen 9 32 47. „In gewissen Schranken war die egoistische städtische Wirtschaftspolitik stets durch die rechtlichen und sittlichen Bande gehalten worden, welche dem kirchlichen Gemeinschaftsleben, dem deutschen Kaisertum, welche landschaftlich dem früh aufkommenden Landesfürstentum entsprangen“ (Umriss 9).

<sup>3</sup> Das wird von Lexis Allgemeine Volkswirtschaftslehre [1910] 4<sup>1</sup> für die großen vorderasiatischen Reiche, viele Jahrhunderte vor der homerischen Zeit, behauptet. „Die Völker hatten (damals) naturale Abgaben und Dienste zu leisten, und durch das erzwungene Verhältnis aller einzelnen zu einem gemeinsamen Mittelpunkt wurde in einem einseitigen Sinne auch ein wirtschaftlicher Zusammenhang

diese und ähnliche Momente der Einigung lassen die Vielheit der Einzelwirtschaften nicht nur als bloße Summe, sondern immerhin als eine wenn auch noch so lose verbundene Gesamtheit erscheinen. Allerdings weist die ältere Volkswirtschaft nicht den hohen Grad der Arbeitsteilung, nicht den lebendigen und ausgedehnten Verkehr im Innern des Staatsgebietes, nicht die starke Zusammenfassung und Ausnutzung der nationalen und staatlichen Gesamtkraft für die Zwecke des Wirtschaftslebens, nicht eine planvoll umfassende staatliche Wirtschaftspolitik auf wie die heutige Volkswirtschaft. Aber aus dem geringeren Grade der Entwicklung folgt denn doch noch keineswegs, daß die ältere Volkswirtschaft überhaupt keine Volkswirtschaft gewesen sei. Die Unterordnung der Einzelwirtschaften, ihre Einfügung in das Ganze ist überall als rechtliches Postulat vorhanden, wo immer über dem Volksleben sich eine staatliche Organisation erhebt. Die Art und Weise jener Einfügung aber, das Maß der Unterordnung, die Ausdehnung, Intensität, Mittelbarkeit oder Unmittelbarkeit der Staats-tätigkeit wechselt mit den verschiedenen, geschichtlich gegebenen Verhältnissen und Bedingungen. Hier kommt der Grundsatz zur Geltung, daß der Staat überhaupt nur ergänzend, d. i. dort einzugreifen hat, wo die Fähigkeit oder Tätigkeit der Individuen, Familien, Korporationen nicht ausreicht, um das Gemeinwohl des ganzen Volkes als Zweck der staatlichen Gesellschaft zu verwirklichen und zu wahren. So stellt auch die große Unabhängigkeit und Selbständigkeit der kleineren wirtschaftlichen Zentren, des Dorfes, Fronhofes, der Stadt, in früheren Zeiten schon eine rechtliche Ordnung dar, wie sie eben der damaligen Stufe wirtschaftlicher und staatlicher Entwicklung entsprach, eine Ordnung, die sich aus den geschichtlichen Verhältnissen, Bedürfnissen und Möglichkeiten ergab. Sie bedeutet also nicht schlechthin die Negation jeder Einheit, sondern lediglich die Negation eines bestimmten Grades der Einheit und Ordnung, wie er einem mehr entwickelten Güterverkehr, einer umfassenderen gesellschaftlichen Arbeitsteilung, höher entwickelten Produktivkräften usw. entspricht.

Wir leugnen somit nicht den geschichtlichen Fortschritt; nicht, daß sich in Bezug auf Güterverkehr oder mit Rücksicht auf die Instanz (Haus-, Stadt-, Staatsobrigkeit), die für die Regelung des Wirtschaftslebens in geringerem oder größerem Umfange zur Geltung kommt, eine gewisse Entwicklung nachweisen läßt; nicht, daß in der modernen Volkswirtschaft die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Ausdehnung des Güterverkehrs auf das ganze Staatsgebiet einen Grad der Vollkommenheit erreicht, der in der älteren Volkswirtschaft fehlt; nicht, daß die Einwirkung der zentralen Staatsgewalt an Weite und Intensität gewaltig gewachsen ist, ja angesichts der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung wachsen mußte. Nur das eine können wir nicht zugeben, daß es nämlich vor der modernen Volkswirtschaft überhaupt keine Volkswirtschaft gegeben, und daß der Begriff der Volkswirtschaft erst in der modernen Volkswirtschaft seine Verkörperung gefunden habe<sup>1</sup>.

unter ihnen hergestellt.“ Mochte die Form und Art dieses Zusammenhanges, die Mittelbarkeit und Unmittelbarkeit desselben im feudalen Mittelalter eine andere sein, er fehlte darum doch nicht gänzlich.

<sup>1</sup> Vgl. Karl Jentsch, Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft (1895) 2 ff. — „Die meisten Nationalökonomien sprechen von einem volkswirtschaftlichen Ganzen erst mit dem Einsetzen der allgemeinen Verkehrswirtschaft und datieren von da ab die eigentliche Wissenschaft der Volkswirtschaftslehre. Im Mittelalter aber



Überblicken wir noch einmal die bisherigen Untersuchungen:

1. Die Büchersche Theorie besitzt keine allgemeine Gültigkeit. Bücher sagt, sie gelte geschichtlich „wenigstens für die zentral- und westeuropäischen Völker“<sup>1</sup>. Auch Schmoller bezieht seine Theorie zunächst nur auf das deutsche Volk.

2. Die „Wirtschaftsstufen“ bedeuten, wie Bücher hervorhebt, keine Zeitepochen im Sinne der Geschichtsforschung. Sie erfassen den geschichtlichen Stoff in freierer Weise, als dies dem Historiker gestattet ist, beachten nur das Charakteristische gewisser typischer Formen der wirtschaftlichen, speziell der Verkehrsentwicklung in verschiedenen Zeitabschnitten und lassen manche Elemente der Entwicklung außer Betracht<sup>2</sup>. Dazu gehört:

3. Die „Wirtschaftsstufen“ besagen keine strenge Scheidung der wirtschaftlichen Erscheinungen. Der interlokale Handelsverkehr bildet schon „ein konstitutives Element“ der mittelalterlichen Wirtschaft, und die Kundenproduktion findet sich auch in der Gegenwart<sup>3</sup>.

4. Die Stufentheorie bezieht sich nur auf bestimmte, besondere Seiten in der geschichtlichen Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens der Völker.

In der Bücherschen Formulierung handelt es sich eben vorzugsweise um verschiedene Stufen des Güterverkehrs, der Verkehrsentwicklung. Die „Volkswirtschaft“ kommt dabei, wenn man so sagen darf, ihrem Körper nach als ein Verkehrsbegriff in Betracht. Denn als den einheitlichen Gesichtspunkt, unter dem die ganze Entwicklung begriffen wird, bezeichnet Bücher, wie wir sahen, das Verhältnis, in welchem die Produktion der Güter zur Konsumtion derselben steht; genauer: die Länge des Weges, welchen die Güter vom Produzenten bis zum Konsumenten zurückzulegen haben. Von diesem Standpunkte gelangte er dazu, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung wenigstens der zentral- und westeuropäischen Völker in jene drei geschichtlich aufeinanderfolgenden Entwicklungsstufen zu zerlegen: die Stufe der geschlossenen Hauswirtschaft (reine Eigenproduktion, tauschlose Wirtschaft), die Stufe der Stadtwirtschaft (Kundenproduktion oder Stufe des direkten Austausches), die Stufe der Volkswirtschaft (Warenproduktion, Stufe des Güterumlaufes).

Aber warum wird, wenn lediglich die Länge des Weges zwischen Produzent und Konsument das die Wirtschaftsstufen unterscheidende Moment ist,

gab es bei der überwiegenden Eigenproduktion und der sonstigen Lokalisierung des Wirtschaftslebens doch schon Fernverkehr, Geldwirtschaft und interlokale Arbeitsteilung, doch alles auf so schmaler Basis, daß es für das Ganze nicht entscheidend sein konnte. Indessen die Ansätze vermehrten sich, und das Vorhandene dehnte sich durch Jahrhunderte hindurch aus, bis dann schließlich ein verändertes Ganzes da war, dessen Vollendung die in ihm tätigen Personen nicht eher bemerkten, als die Wissenschaft mit ihren feineren Begriffsdistinktionen es ihnen deutlich gemacht hatte.“ So A. Sartorius v. Waltershausen in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge IV 1913 148 (unter Berufung auf das in Dingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens häufige Umschlagen des zu einer gewissen Höhe gesteigerten Quantitativen in ein Qualitatives).

<sup>1</sup> Entstehung der Volkswirtschaft<sup>1</sup> 14; <sup>2</sup>58; <sup>3</sup>108; 791.

<sup>2</sup> Entstehung der Volkswirtschaft<sup>2</sup>, Vorrede und 53 f.; <sup>3</sup>104, Anhang 454; 787. Vgl. auch Pohles Besprechung des Sombartschen modernen Kapitalismus, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, 3. Folge XXVI (1903) 361.

<sup>3</sup> Ebd. Anhang<sup>3</sup> 454 f.

von Bücher nicht gleich die Weltwirtschaft, als vierte und höchste Stufe, beigelegt? Die Einteilung bliebe doch so, bei dem gewählten einheitlichen Gesichtspunkt, eine ganz logische: auf der untersten Stufe findet das Produkt schon innerhalb der Hauswirtschaft, die es erzeugte, seinen Konsumenten. Auf der zweiten Stufe geht der Pulsschlag des wirtschaftlichen Lebens „im wesentlichen“ vom Lande zur Stadt und von der Stadt zum Lande innerhalb des städtischen Weichbildes. Die volkswirtschaftliche Stufe schaltet den Händler ein; man produziert für den Markt, und die Güter laufen in dem ganzen Lande um, bis sie ihren Konsumenten finden. Die Weltwirtschaft endlich führt die Waren von Volk zu Volk, verläßt die Grenzen des staatlichen Territoriums und setzt im fernen Lande die einheimischen Produkte an den fremdländischen Konsumenten ab. Das ist in der Tat, soweit nur die größere oder geringere Verkehrsweite den Einteilungsgrund abgibt, bei stärkerer Ausbildung eine neue, höhere „Stufe“ der Entwicklung.

Gleichwohl wäre es verfehlt, wollte man die Weltwirtschaft in dem Sinne als höhere oder höchste Stufe der geschichtlichen Entwicklung auffassen, daß die Weltwirtschaft sich genau so über die Volkswirtschaft erhebe, wie diese über die Stadt- und Hauswirtschaft. Die Volkswirtschaft erhebt sich eben nicht nur unter der bloßen Rücksicht der Verkehrsweite über die Stadtwirtschaft, sondern auch in sozialrechtlicher Hinsicht, als höhere soziale Einheit, während die Weltwirtschaft gegenüber der Volkswirtschaft keineswegs eine solche höhere soziale Einheit darstellt. Wird dieses sozialrechtliche Moment übersehen und die Weltwirtschaft schlechthin als höchste Stufe der geschichtlichen Entwicklung gepriesen, dann müßte folgerichtig derjenige als ein Feind des geschichtlichen „Fortschrittes“ erscheinen, der für den Schutz der nationalen Arbeit einträte, der das Gemeinwohl des eigenen Volkes dem internationalen Kapitalismus nicht zu opfern gedächte, der nicht mit vollen Segeln in den Industriestaat steuerte und statt dessen eine Vermittlung zwischen Industrie- und Agrarstaat erstrebte. Um eine solche mißbräuchliche Deutung der Bücherschen Stufentheorie zu verhindern, dürfte es sich darum doch wohl empfehlen, klarer zu betonen, daß innerhalb der Stufentheorie das Wort „Volkswirtschaft“ lediglich und allein als ein Verkehrsbegriff zu gelten hat, als ein Begriff, welcher die „Volkswirtschaft“ bloß geschichtlich, und zwar ausschließlich nach einer bestimmten Seite ihres materiellen Inhalts, nicht erschöpfend, allseitig, vor allem nicht nach der formalen, sozialrechtlichen Seite hin, zum Ausdruck bringt<sup>1</sup>.

Alle diese Bemerkungen dürfen nicht als Kritik der Bücherschen Theorie aufgefaßt werden. Wir verkennen keineswegs den Wert jener Theorie; unsre Untersuchungen sollten lediglich dem Zwecke dienen, eine klare Herausstellung des Begriffes der Volkswirtschaft vorzubereiten.

Wir glauben nun das diesbezügliche Ergebnis unsrer Prüfung der verschiedenen Stufentheorien dahin zusammenfassen zu dürfen, daß die geschichtlich sich steigernde Weite oder Intensität des Verkehrs nicht das Formalprinzip der Volkswirtschaft, und der Händler nicht ihr eigentliches konstitutives Element bilde. Die Volkswirtschaft ist kein bloßer historischer Verkehrsbegriff, kein Begriff, der durch die staatliche Wirtschaftspolitik gebildet und erschöpft wird, sondern vor allem ein sozialrechtlicher Begriff von weiterem Inhalte,

<sup>1</sup> Vgl. Hermann Roesler, Vorlesungen der Volkswirtschaft (1878) 28 ff.

der zur Bezeichnung des Wirtschaftslebens jedes staatlich verbundenen „Volkes“ dient und dieses Wirtschaftsleben in seiner teleologischen Unterordnung unter den Zweck der staatlichen Gesellschaft erfafßt. Von diesem Standpunkt aus erledigt sich die Frage, warum die „Weltwirtschaft“ keine absolut höhere, die Volkswirtschaft ablösende Entwicklungsstufe darstellt, ohne Schwierigkeit. Auch Bücher<sup>1</sup> bezeichnet es als einen Irrtum, wenn man aus der im liberalistischen Zeitalter erfolgten Erleichterung des internationalen Verkehrs schließen zu dürfen meine, die Periode der Volkswirtschaft gehe zur Neige und mache der Periode der Weltwirtschaft Platz. Gerade die neueste politische Entwicklung der europäischen Staaten habe ein Zurückgreifen auf die Ideen des Merkantilismus und teilweise der alten Stadtwirtschaft zur Folge gehabt. Das Wiederaufleben der Schutzzölle, das Festhalten an der nationalen Währung und der nationalen Arbeitsgesetzgebung, die schon vollzogene oder noch erstrebte Verstaatlichung der Verkehrsanstalten, der Arbeiterversicherung, des Bankwesens, die wachsende Staatstätigkeit auf ökonomischem Gebiet überhaupt, all dieses deute darauf hin, daß wir nach der absolutistischen und liberalistischen in eine dritte Periode der Volkswirtschaft eingetreten sind. Wie aber, wenn geschichtlich nach der anbrechenden dritten Periode wieder eine neue, mehr liberale, „staatsfeindliche“ Periode käme, und diese die so oft gepriesene „internationale Arbeitsteilung“ zur vollen Geltung brächte, würde dann die Weltwirtschaft als eine höhere Entwicklungsstufe sich über die Volkswirtschaft als untere Entwicklungsstufe noch erheben? Keineswegs: und warum nicht? Weil eben der Begriff „Weltwirtschaft“ ein bloßer Verkehrsbegriff ist. Die größere Verkehrsweite beherrscht und bemißt aber durchaus nicht prinzipiell und faktisch in letzter Instanz die aufsteigende Entwicklung, den Fortschritt unter volkswirtschaftlicher Rücksicht. Hier entscheidet vielmehr der Endzweck jeder Volkswirtschaft, die Befriedigung der Bedürfnisse, der Wohlstand des Volkes, dem der Verkehr lediglich als Mittel zu dienen hat. Danach ist die Herbeiziehung der Weltwirtschaft, ihre freie Entfaltung, soweit ein Fortschritt, als sie dem Gesamtwohle des Volkes dient, und dort ein Rückschritt, wo sie das nationale Gemeinwohl verletzt und schädigt.

Man sieht also, von wie großer Bedeutung die Betonung der sozialrechtlichen Seite der Volkswirtschaft ist, deren vollkommene oder minder vollkommene Ausprägung in letzter Linie über den Grad der Vollkommenheit einer Volkswirtschaft entscheidet. Mögen millionen- und milliardenfach die Fäden des Verkehrs die entferntesten Orte alle miteinander verbinden, aus der „Weltwirtschaft“ wird nie ein der „Volkswirtschaft“ gleichartiges oder ihr übergeordnetes sozialrechtliches Gebilde. Wenn man den Kaufmann in Indien schlägt, so schreit er in Paris, sagte einst Rousseau. Heute, bei viel intensiverem Verkehr, müßte der indische Schlag ein ganzes Konzert zu Paris, London, Berlin, Wien usw. zur Folge haben. Aber die Sänger trennen sich alsbald und gruppieren sich immer wieder von neuem. Es fehlt eben das feste soziale Ganze, in dessen Rahmen die Weltwirtschaft sich dauernd einflechten könnte. Die Volkswirtschaft dagegen, das Wirtschaftsleben eines staatlich geeinten Volkes, besitzt den sozialen Rahmen, das soziale Band, und mag es noch so leicht und locker geschlungen sein, eben mit der staatlichen Verbindung, rechtlich, und mehr oder minder zu allen Zeiten, im Altertum, im Mittelalter in der Neuzeit, in irgend

<sup>1</sup> Entstehung der Volkswirtschaft<sup>3</sup> 162 f.; <sup>7</sup> 141 f.



einem Grade, in irgend einer Weise auch faktisch. Eine nach Ausdehnung und Intensität hohe staatliche Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben ist für den Begriff „Volkswirtschaft“ nicht erforderlich. Wenn in der mittelalterlichen Wirtschaft sich engere Kreise selbst versorgten und leiteten, heute das Ganze mehr dabei mitwirkt, dann besagt das — sofern man den Begriff der Volkswirtschaft seinem wesentlichen Inhalte nach als Maßstab anwendet — allein genommen und unter jeder Rücksicht noch keinen höheren Grad der Vollkommenheit für die moderne Volkswirtschaft. Es fragt sich überdies vielmehr, unter welchen Verhältnissen es besser bestellt war um den Wohlstand des ganzen Volkes. Das ist die entscheidende Frage überall, wo verschiedene Formen der volkswirtschaftlichen Organisation nach Fortschritt und Rückschritt zu beurteilen sind.

In einer Nachschrift zu dem Aufsatz über das Merkantilssystem sagt Schmoller<sup>1</sup>, Philippovich habe in der zweiten Auflage seines „Grundrisses“ (1897) eine Darlegung der geschichtlichen Stufentheorie gegeben, die Büchers und seine eigenen (Schmollers) Ausführungen verbinde. Vielleicht darf hierbei auch in gewisser Weise von einer Modifikation der Bücher-Schmollerschen Theorie gesprochen werden, und zwar von einer solchen Modifikation, die geeignet ist, den Wert jener Theorie klarer erkennen und schätzen zu lassen. „Es scheint mir wichtig“, schreibt Philippovich<sup>2</sup>, „vor allem die zwei Entwicklungsperioden auseinanderzuhalten, die alle Kulturvölker zweifellos durchlaufen haben: die der geschlossenen Hauswirtschaft (Naturalwirtschaft) und die der Verkehrswirtschaft. Stadtwirtschaft, Territorialwirtschaft, Staatswirtschaft bzw. Volkswirtschaft sind dann Phasen der zweiten Hauptperiode der Entwicklung, die bei den einzelnen Kulturvölkern verschieden, nirgends aber in der Wirklichkeit des geschichtlichen Werdens vollkommen scharf voneinander abzugrenzen sein werden. Sie stellen verschiedene Stadien der in der Entwicklung begriffenen Volkswirtschaft dar, die von der örtlichen Begrenzung des Verkehrs zur staatlichen Ordnung und weiter zum freien Verkehr vorgeschritten ist, ohne daß jeweils die einzelnen Zeiträume auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens immer den organisatorischen Grundgedanken zum Ausdruck gebracht hätten.“ Auch in den folgenden Auflagen des „Grundrisses“<sup>3</sup> hält Philippovich an dieser Formulierung der Stufentheorie fest. Er unterscheidet für die geschichtliche Betrachtung grundlegend zwischen geschlossener Hauswirtschaft und Verkehrswirtschaft (Tauschwirtschaft), teilt dann letztere wieder ein in die Periode des lokal gebundenen Verkehrs (Stadtwirtschaft), die Periode des staatlich gebundenen Verkehrs (Hervortreten der Staatsgewalt im 17. und 18. Jahrhundert) und die Periode des freien Verkehrs (Aufhebung der Beschränkungen im 19. Jahrhundert). Die Möglichkeit der Anfügung neuer Perioden im staatlichen Rahmen bleibt in dieser Einteilung offen. —

Im wesentlichen findet die alte Unterscheidung zwischen tauschloser Wirtschaft und Verkehrswirtschaft sich wieder in Sombarts Stufentheorie<sup>4</sup>. Werner

<sup>1</sup> Umriss und Untersuchungen 59 f.

<sup>2</sup> Grundriß der politischen Ökonomie I<sup>4</sup> (1901) 21.

<sup>3</sup> 8. Aufl. (1909) 19 ff.; 11. Aufl. (letzte von Philippovich selbst besorgte, 1916) 10.

<sup>4</sup> Vgl. Werner Sombart, Die gewerbliche Arbeit und ihre Organisation, im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik XIV (1899) 1 ff. 310 ff.; Der moderne Kapitalismus I (1902) 3 9 50 ff.; Archiv für soziale Gesetzgebung XIV (1899) 393 ff. Zur Unter-

Sombart nimmt als Einteilungsgrund das Maß der ökonomischen Differenzierung, Spezialisierung und dementsprechend den Grad der Vergesellschaftung, der gegenseitigen Ergänzung in Bezug auf die Bedürfnisbefriedigung. So unterscheidet er zwischen Individual(Eigen-)wirtschaft, in der jede Wirtschaft selbst die Deckung ihres Bedarfs besorgt, Übergangswirtschaft (eigene Bedarfsdeckung, aber schon unter regelmäßiger Mitwirkung anderer Wirtschaften mit beginnender Trennung von Konsumtions- und Produktionswirtschaft), Gesellschaftswirtschaft mit fortschreitender Differenzierung der Produktionswirtschaften und ihrer Verschlingung zu einem untrennbaren Ganzen. Zur ersten Stufe rechnet Sombart: die urwüchsige Geschlechtswirtschaft, die Hauskommunion (Großfamilienwirtschaft), die Oikenwirtschaft, die kaiserlichen Villen-, Fronhofs-, Klosterwirtschaften des Mittelalters; zur zweiten Stufe: die Grundherrschaften, Dorf-, Tausch-, insbesondere Stadtwirtschaft; zur dritten Stufe: die sozialistische Wirtschaft, die Sklavenwirtschaften des Altertums und der modernen Kolonien, die kapitalistische Verkehrswirtschaft mit freier Lohnarbeit. Die ersten sieben dieser zehn Wirtschaftssysteme faßt Sombart als Bedarfsdeckungswirtschaften, die drei letzten als Erwerbswirtschaften zusammen, zwei Gruppen also, von denen jede ihr einheitliches Wirtschaftsprinzip hat. Bei den Bedarfsdeckungswirtschaften entscheidet der in fest gegebener Größe umschriebene Bedarf irgend einer Person oder einer Gruppe von Personen über Quantum und Quale der Produktion. Bei der Erwerbswirtschaft dagegen entscheidet nur eine Grenze über die Menge der Produktion und nur eine Direktive für die Art der Produktion: nicht der unmittelbare Bedarf, sondern die Möglichkeit, durch Verwertung der Produkte Gewinn zu erzielen. Hier ist die Produktion nicht mehr wie bei der Bedarfsdeckungswirtschaft ein technisches Problem, der Produzent nicht mehr ein technischer Arbeiter. Die Produktion wird vielmehr zu einem Problem spekulativer Berechnung. Der Produzent ist in erster Linie Kaufmann.

Man hat Sombart eine überstarke Neigung, neue Begriffe und Unterscheidungen zu prägen, vorgeworfen. Immerhin wird die Wissenschaft mit manchen dieser Neuprägungen rechnen müssen.

Sombarts Stufentheorie wird freilich die herrschende Formulierung kaum verdrängen. Auch wurde hervorgehoben, daß „die drei Stufen: Individual-, Übergangs- und Gesellschaftswirtschaft, doch in ihrer letzten Bedeutung die gleichen Einrichtungen und Zustände im Auge haben wie die Einteilung: Haus-, Stadt-, Volkswirtschaft“<sup>1</sup>.

Es zeigt sich im übrigen bei der Sombartschen Formulierung unverkennbar dieselbe doppelte Schwäche, an der alle Stufentheorien leiden:

scheidung zwischen Bedarfsdeckungs- und Erwerbswirtschaft vgl. Harns, in Schmollers Jahrbuch XXIX (1905) 1385 ff.

<sup>1</sup> Schmoller, Grundriß II (1904) 669–1127. Robert Liefmann Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften [1909] 4<sup>n</sup> tadelt an der Sombartschen Unterscheidung der Wirtschaftsstufen u. a., daß dabei das Wort „Wirtschaft“ in ganz verschiedener Bedeutung vorkomme, einmal als Einzelwirtschaft, anknüpfend an die Person des Besitzers (Hauskommunionen, Sklavenwirtschaften), und dann wieder für wirtschaftliche Beziehungen dieser Einzelwirtschaften (Dorf-, Tausch-, Stadtwirtschaft), eine Bemerkung, die in gewisser Weise wohl auch auf die Verbindung des Wortes „Wirtschaft“ mit „Haus“, „Stadt“, „Volk“ Anwendung finden könnte. Hauswirtschaft ist gemeinwirtschaftliche, Stadt- und Volkswirtschaft sonderwirtschaftliche Organisation.

1. Eine geschichtliche Entwicklung wird dabei in nicht streng geschichtlicher Art und Weise zur Darstellung gebracht. Von vielen Einzelheiten muß im Interesse des allgemeinen Schemas abstrahiert werden.

2. Obwohl die Stufen lediglich auf eine bestimmte Seite der Entwicklung sich beziehen, werden sie doch mehr oder minder wie ein Gesamtbild der aufsteigenden Entwicklung angesehen, daher nur zu leicht als ein falscher, weil einseitiger Maßstab für die Bemessung des Fortschrittes, die Wertung der ganzen wirtschaftlichen Evolution verwendet. Auch wenn man im Prinzip jedes „Werturteil“ vom Boden der Wissenschaft verbannen möchte, so wird keine „Stufentheorie“ des begründeten Verdachtes los, ein latentes Werturteil in sich zu bergen<sup>1</sup>.

## § 2.

### Der Begriff: Volkswirtschaft.

**Literatur:** A. Wagner, *Grundlegung* I<sup>3</sup> 346 ff. — Knies, *Die politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte*<sup>2</sup> (1883) 44–156. — Roesler, *Vorlesungen über Volkswirtschaft* (1878) 23 ff. — Schönberg, *Handbuch* I<sup>4</sup> (1896) 1–30 52–77. — v. Costa-Rossetti, *Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie* (1888) 15 ff. — Conrad, *Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie*<sup>5</sup> (1907) 1 ff. — Antoine, *Cours d'économie sociale*<sup>4</sup> (1908) 3 ff. — v. Philippovich, *Grundriß der politischen Ökonomie*<sup>8</sup> (1901) 17 ff. — Lehr-Heckel, *Die Grundbegriffe der Nationalökonomie*<sup>2</sup> (1909) 59 ff. — v. Vogelsangs *Lehren* (Klopp) (1894) 495 ff. — Jentsch, *Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft* (1895) 6 ff. — Ammon, *Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie* (1911). — Schmoller, *Grundriß I* 3 f. und *Abhandlungen über Volkswirtschaft* usw., im VIII. Bd. (3. Aufl.) des *Handwörterbuches der Staatswissenschaften*. — Ad. Weber, Artikel „Volkswirtschaftslehre“, im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* V<sup>4</sup>. — Lexis, Artikel „Volkswirtschaftslehre“, im *Wörterbuch der Volkswirtschaft* II<sup>3</sup>. — O. Spann, *Wirtschaft und Volkswirtschaft*, in *Conrads Jahrbüchern* (1918) 529 ff. 657 ff. — Zum Begriff „Wirtschaft“. „Volkswirtschaft“ vgl. K. E. Nickel, *Lehrbuch der gesamten Wirtschaftswissenschaft* I (1924).

1. **Wortanalyse mit Folgerungen.** Volkswirtschaft ist Wirtschaft des Volkes. Was ist aber „Wirtschaft“? und was bedeutet „Volk“ in dieser Verbindung?

„Wirtschaft“ ist der Inbegriff jener menschlichen Handlungen, Beziehungen, Einrichtungen, welche fortgesetzt und in planmäßiger Ordnung dem Zwecke dienen, eine Person oder eine Gesamtheit von Personen mit den zur Deckung ihres Bedarfs erforderlichen materiellen Dingen zu versorgen. Kürzer: Wirtschaft ist die geregelte Unterhaltsfürsorge. So stellte sich uns der Begriff „Wirtschaft“ an anderer Stelle<sup>2</sup> bereits dar; wir fügten noch ergänzend die von Lexis<sup>3</sup> gewählte Erklärung hinzu:

<sup>1</sup> Kurz erwähnt sei noch u. a. die Stufentheorie Heinrich Harpuders (Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftslebens [1908]), der, unter Ablehnung der Bücherschen Theorie, die Produktivität und deren Steigerung zum Einteilungsgrund wählt. Hiernach ergeben sich als Hauptgruppen: die vorwirtschaftliche Stufe, die Selbsterhaltungswirtschaft, die Mehrwert- oder Überschufwirtschaft. Die letzte Stufe spaltet sich wiederum, je nach den im Vordergrund stehenden Wirtschaftsprinzipien, in eine Sklaven-, Hörigen-, Zunft- und eine kapitalistische Wirtschaftstufe.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 11 f.      <sup>3</sup> Allgemeine Volkswirtschaftslehre (1910) 3.



Wirtschaft ist „die geregelte Tätigkeit und Fürsorge des Menschen zur nachhaltigen Beschaffung und zweckgemäßen Verwendung der zur Befriedigung seiner Bedürfnisse dienenden Güter“.

Unzweifelhaft muß nun dieser Begriff der „Wirtschaft“ in dem sich wiederfinden, was man „Volkswirtschaft“ nennt, und zwar so, daß das „Volk“ dabei nicht bloß als Träger, sondern auch als Ziel der Wirtschaft erscheint: handelt es sich ja doch bei der „Wirtschaft“ um die Unterhaltsfürsorge dessen, der wirtschaftet, letztlich für sich selbst, nicht für einen andern. Volkswirtschaft ist also zugleich Wirtschaft des Volkes und Wirtschaft für das Volk.

Gleichwohl ist das „Volk“, als Träger des wirtschaftlichen Prozesses, nicht eine Gesellschaft im engsten Sinne, kein in sich abgeschlossener, selbständiger „Verband“<sup>1</sup>.

Volkswirtschaft ist darum zunächst keine Staatswirtschaft<sup>2</sup>, als deren Subjekt der Staat sich darstellt und deren unmittelbare Leitung der Staatsgewalt untersteht. Der Staat hat weder die Aufgabe noch die Fähigkeit, unter Beseitigung der privaten Sonderwirtschaften die Durchführung des wirtschaftlichen Prozesses selbst in die Hand zu nehmen, wie der Staatssozialismus es will.

Als Träger des wirtschaftlichen Prozesses ist das „Volk“ ebenfalls kein kollektivistischer Wirtschaftsverband im Sinne des demokratischen Sozialismus: es wäre das eine mit der Natur des Menschen unvereinbare, auf die Dauer hinreichender Leistungsfähigkeit ermangelnde Gestaltung des Wirtschaftslebens.

Ist das „Volk“, als Träger des wirtschaftlichen Prozesses, keine „Gesellschaft“ im engsten Sinne, kein in sich abgeschlossener „Verband“, so kann es anderseits auch nicht genügen, das „Volk“ im Begriff „Volkswirtschaft“ lediglich als „Gesellschaft“ im weitesten Sinne aufzufassen, als Inbegriff jener mannigfachen Formen und Beziehungen, durch welche der Mensch zum Menschen in ökonomischer Hinsicht sich „gesellt“, die Einzelwirtschaft in Berührung zu andern Einzelwirtschaften tritt. Die Volkswirtschaft wird in dieser Auffassung zwar noch „Gesellschaftswirtschaft“ genannt, ist aber in Wirklichkeit nichts weiter als eine Sammlung oder ein Sammelname für die wirtschaftlichen Beziehungen von Personen und Wirtschaftseinheiten, für eine bloße Vielheit von Wirtschaftssubjekten, die durch Arbeitsteilung, Tauschverkehr, Marktwirtschaft in wechselseitiger Berührung miteinander und Abhängigkeit voneinander stehen.

Wir müssen also andere Wege suchen, um zu erkennen, was das „Volk“ im Worte „Volkswirtschaft“ bedeutet.

Staat und Volkswirtschaft umfassen dieselben Menschen. Auch in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit bleiben die Bürger Staatsbürger, Staats-

<sup>1</sup> Siehe oben S. 75.

<sup>2</sup> Über den Staatssozialismus s. oben S. 191 ff.

genossen. Die Volkswirtschaft ist daher kein neben den Staat gestelltes System freier Sonderwirtschaften; sie steht im Staate, wird vom Staate umfaßt, wenn auch manche Beziehungen der wirtschaftenden Subjekte über den Staat hinausreichen; sie bleibt ein Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft. Diese Volksgemeinschaft ist das „Volk“ im Ausdruck „Volkswirtschaft“, nicht als ein besonderer wirtschaftlicher „Verband“, eine ökonomische *societas* für sich und in sich, aber auch nicht als eine bloße Vielheit, Menge, Sammlung, *universitas* vieler sich wechselseitig berührender, doch nicht sozial unter sich verbundener Sonderwirtschaften; sie ist vielmehr ein Ganzes, und zwar eine Einheit, im weitesten Sinne genossenschaftlichen Charakters, also eine Gemeinschaft, welche die Vielheit und Selbständigkeit der Sonderwirtschaften nicht aufhebt, die vielen Einheiten selbständiger Wirtschaften aber in höherer sozialer Einheit miteinander verbindet. Kurz, das „Volk“ im Worte „Volkswirtschaft“ ist die solidarische Gemeinschaft der wirtschaftenden Staatsgenossen, die „Volkswirtschaft“ selbst aber der wirtschaftliche Lebensprozeß dieser solidarischen Gemeinschaft.

Man kann also von Volkswirtschaft nicht reden, ohne den prinzipiell und weltgeschichtlich großen Gedanken einer Verbindung von Einheit und Freiheit — die unerläßliche Bedingung alles gesellschaftlichen Fortschritts — in den Vordergrund der Betrachtung zu rücken. Für die Volkswirtschaft gilt, was diesbezüglich Otto Gierke sagt<sup>1</sup>: „Der Kampf dieser beiden großen Prinzipien bestimmt eine der mächtigsten Bewegungen in der Geschichte. Ihre Versöhnung in einer der Zeit, Nationalität, Bildung und allen andern konkreten Verhältnissen angemessenen Form ist das Glück, einseitiges Vorherrschen des einen oder des andern, ungleiche oder unpassende Teilung ihrer Gebiete das Unglück der Völker. Und gleich wie bisher noch alle jene glänzenden Weltreiche zusammengestürzt sind, welche über der Einheit der Freiheit vergaßen, so hat auch kein Volk den Stürmen der Geschichte zu trotzen vermocht, das die Selbständigkeit der Glieder nicht zu Gunsten eines höheren Ganzen zu beschränken verstand.“

**2. Die Einheit der Volkswirtschaft.** Geht man von der Tatsache aus, daß der Begriff „Volkswirtschaft“ nur Anwendung findet auf ein staatlich geeintes Volk, daß anderseits die Volkswirtschaft einen besonders wichtigen Teil des gesellschaftlichen Lebens dieses Volkes darstellt, als solcher sich dem ganzen Gesellschaftsleben der im Staate verbundenen Volksgemeinschaft einfügt, so ergibt sich von selbst, daß die Art der Einheit, welche die staatliche Gesellschaft überhaupt charakterisiert, auch für jenen Teil des gesellschaftlichen Lebens, den wir Volkswirtschaft nennen, von entscheidender Bedeutung ist.

Die Einheit, die Ordnung der Volkswirtschaft muß in voller Harmonie bleiben mit der Einheit, der Ordnung, dem Zweck der staatlichen

<sup>1</sup> Das deutsche Genossenschaftsrecht I (1868) 2.

Gesellschaft. Es wäre die Auflösung der staatlichen Einheit, wenn der Volkswirtschaft eine Freiheit beigemessen würde, die sie der staatlichen Einheit völlig entrückt, wenn der Zweck des Staates für die Volkswirtschaft seine Geltung verlöre, wenn die Organisation der Volkswirtschaft in Widerspruch träte zur Natur und Eigenart der staatlichen Einheit. Andererseits wäre es eine Überspannung der staatlichen Einheit, wenn diese sich selbst an die Stelle der Vielheit selbständiger und selbstzwecklicher Sonderwirtschaften setzen wollte. Die staatliche Einheit verleiht der Volkswirtschaft deren Einheit, ohne die Vielheit der Wirtschaftssubjekte zu beseitigen. Die staatliche Gesellschaft, so sagten wir<sup>1</sup>, ist ein Organismus, eine reale Einheit unter sich verschiedener Glieder, die miteinander durch einen gemeinsamen Zweck und ein inneres Prinzip verbunden sind. Aber der Staat ist nur ein moralischer Organismus: er besitzt bloß eine moralische Einheit des Sozialzweckes und der Autorität, keine Natureinheit, wie der physische Organismus sie darstellt, keine Einheit des Subjektes in der Weise, daß nun alle Tätigkeit der Glieder das Ganze des Organismus zum Subjekt hätte, von der Autorität als Seele gewissermaßen informiert oder direkt geleitet würde; auch keine Einheit des Zweckes in dem Sinn, als ob der Sozialzweck alle privaten Zwecke und Rechte der Gesellschaftsglieder ausschlosse oder absorbierte. Der Bürger bewahrt vielmehr inmitten der staatlichen Gesellschaft für seine Person und für seine Wirtschaft diejenige Freiheit, Selbständigkeit des Seins und Wirkens, welche seiner natürlichen Ausstattung mit privaten Aufgaben, Zwecken und Rechten entspricht.

Hieraus ergibt sich nun von selbst, welcher Art die von der staatlichen Gesellschaft „abgeleitete“ Einheit der Volkswirtschaft ist. Ebenso wenig wie das im Staat geeinte Volk eine bloße Summe isolierter Individuen darstellt, ist die Volkswirtschaft eine Summe isolierter Privatwirtschaften, die nur der Idee nach zu einer logischen Einheit zusammengefaßt werden oder durch bloße Verkehrsbeziehungen verbunden erscheinen. Nicht minder verwerflich ist aber auch, wie gesagt, jene Überspannung der Einheit, die in der Volkswirtschaft eine einzige große Individualwirtschaft (Kollektivwirtschaft) der sozialistischen „Gesellschaft“ oder des Staates erblicken möchte. Die Volkswirtschaft ist zwar eine reale Einheit, aber keine Einheit des wirtschaftenden Subjektes, keine Einheit des Wirtschaftsbetriebes, sondern eine höhere organisch-moralische Einheit vieler selbständiger Wirtschaftseinheiten, indem diese durch den Sozialzweck und eine soziale Autorität zur Einheit der Ordnung verbunden erscheinen. Kurz, die rechtliche Hinordnung auf den Sozialzweck der staatlichen Gesellschaft, die Unterordnung unter diesen Zweck gibt der Volkswirtschaft ihre wesentliche Einheit.

<sup>1</sup> Siehe oben S. 156 ff. 188 f.



Unsre Auffassung von der Einheit der Volkswirtschaft verkennt keineswegs das „gesellige“ Moment, welches, bei höher entwickelter Verkehrswirtschaft, in der Arbeitsteilung, in den vielfachen unmittelbaren und mittelbaren Beziehungen und Wechselwirkungen der Sonderwirtschaften und Wirtschaftssubjekte beschlossen ist. Allein dieses „gesellige“ Moment, die umfassende Verflechtung des wirtschaftlichen Verkehrs, genügt für sich allein noch nicht, um die Volkswirtschaft in ihrer Eigenart als ein gesellschaftliches Ganzes zu erfassen. Wir teilen also die Anschauung Karl Mengers nicht, wenn er meint<sup>1</sup>, wer nicht die vom Sozialismus geplante Wirtschaftsordnung, wo die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes in seiner Gesamtheit das Ziel ist und das Volk als Ganzes das wirtschaftliche Subjekt darstellt, als eigentliche Volkswirtschaft betrachten, sondern die Volkswirtschaft im gemeinen Verstande des Wortes auffassen wolle, dem müsse hierfür die innige Verbindung des Verkehrs zwischen den keineswegs im losen Nebeneinander isolierten Individuen genügen. Nein, die zum Begriffe der Volkswirtschaft gehörige Einheit wird keineswegs schon durch die bloße Arbeitsteilung und durch eine noch so innige Verbindung des Verkehrs bewirkt und hinreichend bestimmt. Arbeitsteilung und wirtschaftliche Vergesellschaftung greifen in der Weltwirtschaft über die Grenzen der einzelnen Volkswirtschaften weit hinaus, führen Verbindungen und Verschlingungen herbei, die doch niemals aus den verschiedenen Volkswirtschaften eine analoge Einheit zu bilden vermögen, wie sie ohne jeden Zweifel das Wesenselement der Volkswirtschaft bildet. Dazu bedarf es noch eines sozialrechtlichen Bandes, das mit der bloßen Berührung des wirtschaftlichen Verkehrs durchaus nicht gegeben ist, einer Verbindung nicht zu einer sozialistischen Gesamtwirtschaft, sondern zu einer moralisch-organischen Einheit aus vielen selbständigen Wirtschaftseinheiten.

Unvollständig und unrichtig wäre ferner die Einheit der Volkswirtschaft erfasst, wenn man dieselbe lediglich aus wirtschaftspolitischen Gesetzen und Maßnahmen, dem einheitlichen System der Veranstaltungen und Einrichtungen ableiten wollte, welche die Staatsgewalt im Interesse des materiellen Volkswohls trifft. Zur „Volkswirtschaft“ gehört vielmehr, wie die mannigfache Verflechtung des Verkehrs, so auch die Vielheit aller privatwirtschaftlichen Bestrebungen und Einrichtungen der einzelnen Bürger, ihrer Familien, der Korporationen, insofern dieselben zunächst durch die Sorge für engere Kreise, welche Bestandteile des Volkes bilden, stets aber in Unterordnung unter den Zweck der staatlichen Gesellschaft, zur Realisierung des Volkswohls mitwirken, so daß, wie gesagt, die Verbindung durch den für Staatsgewalt und Staatsbürger zugleich geltenden Sozialzweck das wesentlichste Element der Einheit bildet und auch die Voraussetzung staatlicher Regelung bleibt.

Es sind also tatsächliche und prinzipielle Momente, welche der Volkswirtschaft ihren Charakter und ihre Einheit verleihen: 1. die Verhältnisse gegenseitiger Abhängigkeit und Ergänzung in einer mehr oder minder ausgebildeten Verkehrswirtschaft; 2. die Gliederung der wirtschaftlichen Berufsgruppen, in sich und ihren wechselseitigen Beziehungen untereinander und zum Ganzen; 3. die gemeinsame Rechtsordnung, die einheit-

<sup>1</sup> Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften (1883) 233. Dazu Walter, Sozialpolitik und Moral (1899) 101 ff.; Artikel „Volkswirtschaft“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup> 1225 f.

lichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Wirtschaftseinrichtungen der öffentlichen Körperschaften; 4. vor allem die Unterordnung des wirtschaftlichen Prozesses unter die Anforderungen des Gesamtwohles eines Volkes als des Zwecks des staatlichen Gesellschaftslebens.

Während das letztere Moment im Prinzip konstant bleibt, ist seine praktische Durchführung durch den Staat nicht überall und zu allen Zeiten die gleiche gewesen. Auch die berufliche Organisation des wirtschaftlichen Volkslebens, die wirtschaftliche Gliederung des Volkes, bleibt nicht an eine einzige Form gebunden. Die Verkehrsverhältnisse gegenseitiger Abhängigkeit und Ergänzung stehen ganz im Fluss, gestalten sich immer neu in einem fortlaufenden Werden.

**3. Aufgabe der Volkswirtschaft.** Wenn die irdisch-weltliche Wohlfahrt des Volkes, wie nicht geleugnet werden kann, Zweck des Staates ist, wenn dieser Zweck das ganze staatliche Gesellschaftsleben beherrscht, wenn ferner das Wirtschaftsleben des Volkes einen Bestandteil, ja sogar einen besonders wichtigen, für die Wohlfahrt des Volkes entscheidenden Teil des Gesellschaftslebens der staatlich geeinten Volksgemeinschaft ausmacht, so liegt es auf der Hand, daß der Zweck der staatlichen Gesellschaft bestimmende Bedeutung auch für das nationale Wirtschaftsleben besitzt, daß die Wirtschaft der staatlich geeinten Volksgemeinschaft in der materiellen Wohlfahrt des Volkes Ziel und Aufgabe findet. Das „Sollen“, welches sich aus dieser logisch unabweisbaren Schlussfolgerung ergibt, besteht für die Staatsgewalt darin, daß sie durch die positive Rechtsordnung, wirtschaftspolitische Maßnahmen und öffentliche Einrichtungen den volkswirtschaftlichen Prozeß in einer der Natur der staatlichen Gesellschaft, ihrem Zweck und den besondern Zeitbedürfnissen und Verhältnissen entsprechenden Weise auf jenes Ziel, positiv und negativ, hinlenkt; für die Bürger aber darin, daß sie in ihren privaten Bestrebungen sich den Anforderungen der öffentlichen und allgemeinen Volkswohlfahrt, durch Leistung oder Unterlassung, unterordnen. Das ist das wesentliche bürgerliche „Sollen“, das freilich in einem geistig und sittlich hochstehenden Volke, bei richtiger und voller Erfassung des Berufsgedankens, zugleich durch ein bewußtes „Wollen“, den „Dienst am Ganzen“, Stärkung und Steigerung erfährt.

Wird die materielle Wohlfahrt des ganzen Volkes als Ziel der Volkswirtschaft bezeichnet, so heißt das nicht eine Teleologie einführen, „in der das Zweckmäßigkeitsprinzip nur als allgemeines formales Prinzip ohne bestimmten Inhalt herrscht“ (Gothein). Das Wesen des Volkswohlstandes läßt sich hinreichend bestimmen, um der hier vertretenen sozialrechtlichen Teleologie ihren allgemeinen Inhalt zu geben. Aber auch im besondern darf das teleologische „Ideal“ der Volkswohlfahrt als ein materiales Prinzip gelten, insofern dasselbe jeweilig in den konkreten geschichtlichen Bedingungen und Verhältnissen unzweideutige Forderungen bezüglich der Änderung und Umgestaltung, der Erhaltung und Weiterbildung bestehender sozialer und rechtlicher Formen erkennen läßt.

Wir werden im zweiten Bande, zu Anfang der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, uns mit dem Begriff „Volkswohlstand“ eingehend zu beschäftigen haben. Hier sei bloß ein Mißverständnis zurückgewiesen: die Allgemeinheit der materiellen Wohlfahrt besagt keine Gleichheit in Besitz und Einkommen. Die Unterschiede sind vielmehr unabweisbare Voraussetzung eines intensiven Kulturfortschritts. Aber diese Unterschiede dürfen, wie Fuchs<sup>1</sup> bemerkt, nicht zu groß sein: „Die Differenzierung der Gesellschaft darf nicht so weit gehen, daß eine Nation nur in zwei Hälften, eine sehr reiche und eine sehr arme — ‚zwei Nationen‘, wie Disraeli gesagt hat — zerfällt. Vielmehr muß als anzustrebendes Ziel der Einkommensverteilung bezeichnet werden:

1. daß das Einkommen der untersten wirtschaftlich selbständigen, d. h. sich selbst ernährenden Klasse, also der gewöhnlichen ungelerten Lohnarbeiter, ihnen ein gesichertes ‚menschenwürdiges Dasein‘ gewährt;

2. daß möglichst viele und volle Mittelstufen von den untersten zur obersten führen; sie bedingen das gegenseitige Verständnis, die Einheit des Volkes;

3. daß das Emporsteigen auf eine höhere Stufe für den dazu Geeigneten möglich und leicht ist, also unbehinderte soziale Auslese — natürlich nicht im Sinne des brutalen Konkurrenzkampfes — besteht;

4. daß die einmal erreichte Höhe des Einkommens möglichst gesichert ist.“

**4. Begriffsbestimmung.** Es hat keinen Zweck, die zahlreichen Versuche einer Definition der Volkswirtschaft hier anzuführen. Auf eine große Zahl solcher Definitionen dürfte ja vielleicht die kurze Kritik des jovialen Macleod passen: „Alles dies ist der reine Mondschein!“ Mehr im Anschluß an die Auffassung deutscher Nationalökonomien sagen wir: Volkswirtschaft ist die Wirtschaft des Volkes als eine durch den Zweck des staatlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens verbundene Einheit.

Julius v. Costa-Rossetti<sup>2</sup> definiert die Volkswirtschaft als den „Inbegriff von wirtschaftlichen Funktionen des Organismus, welcher die staatliche Gesellschaft ist oder sein soll“.

**5. Das Verhältnis der Volkswirtschaft zu den Einzelwirtschaften und zur Staatswirtschaft** kann nach unsern bisherigen Ausführungen nicht mehr zweifelhaft sein.

1. *Verhältnis zu den Einzelwirtschaften.* Die Volkswirtschaft ist ein Ganzes, eine Einheit, aber nur ein moralisches Ganzes, eine moralische Einheit selbständiger Wirtschaften, eine Einheit, die durch soziale und sozialrechtliche Bande entsteht. Diese moralischen Bande — Zweck und Autorität — sind in ihrem einigenden und bindenden Einfluß genau begrenzt. Sie beseitigen keineswegs die Vielheit der Einzelwirtschaften, weder in Bezug auf deren selbständige Existenz noch in Bezug auf ihre selbständige Leitung. Sie machen nicht aus den vielen privaten und öffentlichen Wirtschaften einen einzigen Wirtschaftskörper, der gänzlich

<sup>1</sup> Volkswirtschaftslehre (1901) 116 (neue Aufl.).

<sup>2</sup> Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888) 26.



unter der direkten Leitung der Staatsgewalt stünde: sie schaffen vielmehr Einheit unter Wahrung der Vielheit und Selbständigkeit: die Einheit der Ordnung, eine den historischen Bedingungen entsprechende geordnete Wechselwirkung, die Einheit des sozialen Zusammenhanges, die moralisch-organische Einheit der sozialrechtlichen Harmonie und Solidarität. Die Volkswirtschaft setzt darum die Einzelwirtschaft ebenso voraus, wie die staatliche Gesellschaft das Individuum und die Familie voraussetzt. Und wenn der Staat die individuelle Ordnung überhaupt nicht aufhebt, absorbiert, aufsaugt, sondern nur schützt, ergänzt, nach Maßgabe des Gemeinwohles zusammenfaßt oder beschränkt, so verliert sich auch die Einzelwirtschaft mit ihren eigenen Zwecken und Rechten keineswegs in dem ökonomischen Ganzen der Volkswirtschaft. Diese, als soziale Einheit verstanden, ergänzt die Einzelwirtschaft und beschränkt ihre Freiheit lediglich, soweit das Gemeinwohl es verlangt, faßt wiederum ihre Kraft nur insofern und insoweit zu einem Ganzen zusammen, insofern und insoweit der gesellschaftliche Zweck<sup>1</sup> aller innerhalb des Staates sich vollziehenden wirtschaftlichen Tätigkeit — das materielle Gemeinwohl des Volkes — dies erfordert.

2. *Verhältnis zur Staatswirtschaft.* Auch der Staat hat Bedürfnisse, zu deren Befriedigung ihm die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen müssen. So entsteht die Staatswirtschaft, deren unmittelbarer Zweck in der Versorgung des Staates mit den für seine Zwecke erforderlichen materiellen Mitteln zu suchen ist. Der Staat verschafft sich diese Mittel teils aus eigenem Vermögensstamme (z. B. Domänen, Gebäuden, Forsten, Bergwerken, Eisenbahnen usw.), teils aber mittels Steuern und sonstiger gesetzlich bestimmten Abgaben, Gebühren. Die Staatswirtschaft untersteht der unmittelbaren Leitung der Staatsgewalt und ihrer Funktionäre. Gänzlich verfehlt aber wäre es, wollte man das staatliche Finanzwesen als etwas von der Volkswirtschaft völlig Getrenntes, Isoliertes, als eine Wirtschaft neben oder gar über der Volkswirtschaft hinstellen. Die Staatswirtschaft ist vielmehr ein Bestandteil der Volkswirtschaft, „die größte und wichtigste aller Haushaltungen innerhalb der nationalen Gesamtwirtschaft“<sup>2</sup>. Sie kann darum auch keinen höheren Zweck haben als das Gemeinwohl des ganzen Volkes. Ist dies der Zweck der staatlichen Gesellschaft und der Staatsgewalt überhaupt, so bleibt es auch der überall entscheidende, letzte Zweck, die höchste Norm der Staatswirtschaft, des staatlichen Finanzwesens.

6. *Volkswirtschaft und Weltwirtschaft.* Die Menschheit als solche kann und soll sich als Einheit fühlen mit Rücksicht auf die Gemeinsam-

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 182 ff.

<sup>2</sup> J. Kautz, Die Nationalökonomie als Wissenschaft (1858) 149. v. Huene-Schweyer, Artikel „Staatshaushalt“, in Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup> 272 ff.; v. Huene-Müller V<sup>4</sup> 1452 ff.

keit des Ursprungs, der Natur, des Zieles. Die verschiedenen Nationen sollten dementsprechend in Gerechtigkeit und Liebe miteinander verkehren, sich als Glieder der einen Gottesfamilie achten und schätzen, sich gegenseitig helfen in Not und Gefahr. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht sollten sie zur gegenseitigen Ergänzung durch das, was die einen den andern Nationen bieten können, in Verkehr treten, ihre Güter miteinander austauschen<sup>1</sup>. Allein die allgemeine menschliche Gesellschaft ist doch keine Gesellschaft im engeren Sinne, insbesondere keine jener Gesellschaftsformen, die durch das Naturrecht als gesellschaftliche Verbände Begründung und Regelung finden, wie Familie und Staat<sup>2</sup>. Die verschiedenen Völker erscheinen nicht als Glieder eines und desselben organischen Ganzen, wie die Glieder einer staatlichen Gesellschaft. Sie sind auch nicht durch die Natur der menschlichen Gemeinschaft und eine soziale Autorität angehalten, in derselben Weise wie im Staate nach einem materiellen gesellschaftlichen Gemeinwohle der Menschheit als sozialer Gesamtheit zu streben. Die Menschheit stellt wenigstens bisher und voraussichtlich auch in der Zukunft vielmehr nur eine Zusammenfassung viel loserer Art dar, eine Einheit, die nach wesentlich andern Gesichtspunkten zu beurteilen ist als die staatliche Gesellschaft.

Sowenig wie man also die „menschliche Gesellschaft“ als eine Erweiterung der staatlichen Gesellschaft über sich selbst hinaus auffassen kann, ebensowenig ist die sog. „Weltwirtschaft“ eine Erweiterung der „Volkswirtschaft“, welche sich der Volkswirtschaft natürlich oder geschichtlich überzuordnen berufen oder befugt wäre. Die Weltwirtschaft stellt in sich, wie wir sahen<sup>3</sup>, keinen sozialrechtlichen, sondern einen verkehrswirtschaftlichen Begriff dar. Sie bezeichnet die Gesamtheit der internationalen Verkehrsbeziehungen von Einzelwirtschaften innerhalb der verschiedenen Volkswirtschaften. Hieraus ergibt sich sofort das rechte Verhältnis zwischen Weltwirtschaft und Volkswirtschaft, insofern die Einzelwirtschaften innerhalb einer staatlichen Gesellschaft

<sup>1</sup> „Weltwirtschaftliches Archiv“ seit 1913. Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft (1912); Weltwirtschaft und Weltwirtschaftslehre, einführender Artikel zum „Weltwirtschaftlichen Archiv“ I (1913) 1 ff. Volkswirtschaft ist nach Harms Verkehrsgesellschaft der Einzelwirtschaften innerhalb des Staates, Weltwirtschaft Verkehrsgesellschaft der Einzelwirtschaften innerhalb der ganzen Welt; die Volkswirtschaft findet ihre Regelung durch staatliche Gesetzgebung, die Weltwirtschaft durch internationale Verträge usw. Kontroverse Bonn-Harms, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIII (1911) 842 ff. G. Zoepfl, Ozean und Kontinent in der Weltwirtschaft, Beilage zur „Münchener Allgen. Zeitung“, Nr. 234–237 (1906); Weltwirtschaftliche Praxis und wissenschaftliche Weltwirtschaftspolitik, in der Zeitschrift für Weltverkehr und Weltwirtschaft (1912) 385 ff. H. Schumacher, Weltwirtschaftliche Studien (1911). Schilder, Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft I (1912) usw. Lentner, Artikel „Weltwirtschaft“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup> 1323 ff. Wiedenfeld, Artikel „Weltwirtschaft“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 1347 ff.

<sup>2</sup> Vgl. dagegen Julius Platter, Grundlehren der Nationalökonomie (1903) 86 ff.

<sup>3</sup> Vgl. oben S. 265 ff.

sich auch mit ihren weltwirtschaftlichen Verkehrsbeziehungen dem durch den Staatszweck umschriebenen Ziele der Volkswirtschaft unterzuordnen haben. Daß mehrere Staaten durch Vertrag in gewisser Weise und in gewissem Umfang ein einheitliches größeres Wirtschaftsgebiet herstellen, das kann unter Umständen durch das eigene Wohl der einzelnen Staaten gefordert werden. Allein auch ein derartiges vertragsmäßiges Gebilde faßt die national verschiedenen privaten und öffentlichen Wirtschaften keineswegs in der Weise zu einer höheren Einheit zusammen, wie dies durch die Volkswirtschaft in Bezug auf die Wirtschaften der einzelnen Volksglieder geschieht. Keine der Vertrag schließenden Nationen ordnet hier ihr eigenes Gemeinwohl einem angeblichen Gesamtwohle der Vertragsgenossen unter. Sie bringt Opfer, gewiß, aber nur so weit, als sie eine Kompensation derselben durch anderweitige Vorteile erwarten darf. Das für sie bestimmende und entscheidende Prinzip bleibt somit lediglich das eigene nationale Wohl. Dieses Prinzip wird auch fürderhin seine Geltung bewahren, mag die Weltwirtschaft in noch höherem Maße weithin über die Grenzen der staatlichen Gesellschaft hinausführen: es wird gelten, solange die Welt nicht eine einzige Universalmonarchie oder Universalrepublik geworden ist, solange die gewaltigen Staatenbünde oder Weltreiche, in denen eine Unterscheidung zwischen Volkswirtschaft und Weltwirtschaft belanglos wäre, im dunkeln Schoße der Zukunft verborgen sind. Daß es jemals zu einer vollen geschichtlichen Loslösung der Volkswirtschaft aus dem staatlichen Verbande kommen wird, ist kaum wahrscheinlich. Der nationale, sozialrechtliche Inhalt des Begriffs „Volkswirtschaft“ wird darum auch seine Bedeutung niemals ganz verlieren.

**7. Das Organisationsprinzip der Volkswirtschaft.** Heinrich Dietzel bemerkt, das sozialwissenschaftliche Denken, sofern es auf das soziale Seinsollen sich richte, dränge zu einer Grundnorm, aus welcher alle Einzelurteile über die Bestände und Bewegungen des sozialen Lebens ihre innere Einheit und endgültige Begründung fänden. Der menschliche Geist ruhe nicht eher, als bis er zu einem letzten, obersten, nicht mehr ableitbaren Prinzip des Seinsollens sich durchgerungen habe; wie er für die Fülle der Naturphänomene zu einer Grundursache beziehentlich einem Endzweck strebe, zur *causa causans* und zur *causa finalis*, aus deren Gewinnung er ein harmonisches Bild des Seins und Werdens aller Naturstoffe und Naturkräfte sich gestalten möge, so auch für die Fülle der sozialen Phänomene, für das Gebiet des menschlichen Handelns, welches die Beziehungen zwischen Mensch und Mensch innerhalb der Gesellschaft gestalte. Dieses Prinzip des Seinsollens ist nun in weiten Umrissen mit dem natürlichen Endzweck der staatlichen Gesellschaft gegeben. Das wird auch insoweit von allen jenen Vertretern der wissenschaftlichen Nationalökonomie wenigstens stillschweigend anerkannt, die wünschen, fordern, erwarten, daß Wohlstand dem ganzen Volke zu teil werde.



Aber sie sind nicht derselben Ansicht, wenn die Frage gestellt wird, auf welchem Wege, speziell durch welche Art der volkswirtschaftlichen Organisation, ein solcher Zustand zur Verwirklichung gelangt, wie sich insbesondere — und das ist der entscheidende und unterscheidende Gesichtspunkt — das Verhältnis des einzelnen zum Ganzen mit Rücksicht auf das Gemeinwohl der Gesamtheit zu gestalten habe, ob er z. B. als vollfreies Individuum unbehindert wirken könne oder lediglich als Glied und „Genosse“ für das wirtschaftliche Gebiet zur Geltung komme. Wir werden darum zu untersuchen haben, welcher Organisationsform und, dem entsprechend, welchem Organisationsprinzip der Vorrang gebührt.

Karl Diehl<sup>1</sup> unterscheidet „zwei durchaus verschiedene und logisch zu trennende Hauptorganisationsformen der Volkswirtschaft: die individualistische und die sozialistische. Und zwar ist das Kriterium gegeben durch die Art der Regelung des Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln. Allein Individualismus und Sozialismus sind Extreme<sup>2</sup>. Unwillkürlich sucht der Geist nach einem vermittelnden System. Dann erfaßt auch eine Bezugnahme auf die bloße Regelung des Eigentumsrechtes an den Produktionsmitteln den Gegensatz zwischen den beiden genannten Systemen, wie uns scheinen möchte, nicht voll und tief genug. Es handelt sich vielmehr, wie E. v. Philippovich sich ausdrückt<sup>3</sup>, um drei wirtschaftspolitische „Ideenrichtungen: den Individualismus, Sozialismus und die Sozialreform“. Sehen wir davon ab, daß die Bezeichnung „Sozialreform“ das zu Grunde liegende Prinzip nicht in derselben klaren Weise zum unmittelbaren Ausdruck bringt wie die Worte Individualismus und Sozialismus<sup>4</sup>, so kann man in der Gesamtauffassung dem verdienstvollen Gelehrten beistimmen. In der Tat, verschiedene Ideenrichtungen von entscheidender Bedeutung, und zwar nicht bloß „wirt-

<sup>1</sup> Vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie XXIV (1902) 102 ff.; Theoretische Nationalökonomie I (1916).

<sup>2</sup> Vgl. Biermann, in Beilage zur Allgemeinen Zeitung 1904, Nr. 51, 402; Staat und Wirtschaft. I: Die Anschauungen des ökonomischen Individualismus (1904). Die Neuprägung des Begriffes „Sozialismus“, wie Biermann (im Anschluß an Heinr. Dietzel) sie vollzieht, erregt schon wegen ihres Gegensatzes zum allgemeinen Sprachgebrauch Bedenken; auch sonst dürfte vielleicht dadurch kaum die Klärung der Frage nach dem Verhältnis zwischen Individuum und Staat erreicht werden.

<sup>3</sup> Grundriß I<sup>8</sup> (41901) 343 ff.; (81909) 360 ff.; (111916) 435 ff.

<sup>4</sup> Das gilt auch von der durch Fr. J. Neumann empfohlenen Scheidung zwischen Sozialismus, Sozialpolitik, Individualismus. Vgl. Neumanns Abhandlung: Wer ist heute Sozialist? in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, 3. Folge XXIV (1902) 457 ff. Wie Neumann und Philippovich stellt van der Borght in seinen „Grundzügen der Sozialpolitik“ (1904, 22 ff., 2. Aufl.) Sozialpolitik oder Sozialreform dem Individualismus und Sozialismus gegenüber. Damit ist aber das leitende Prinzip der Sozialpolitik und der Sozialreform ebenso wenig bezeichnet wie mit den Worten „sozialökonomisch“, „sozialrechtlich“; diese deuten bloß auf den sozialrechtlichen Charakter des richtigen Prinzips hin, ohne jedoch das Prinzip selbst zum Ausdruck zu bringen.

schaftspolitische“ Ideen stehen in Frage. Im Grunde genommen sind es Sozialprinzipien, allgemeine Grundsätze, welche das innerstaatliche bürgerliche und gesellschaftliche Leben überhaupt, die Organisation der Volkswirtschaft insbesondere, zum Gegenstande haben.

Wir unterscheiden unsererseits hierfür ein individualistisches, sozialistisches, solidarisches Prinzip. Diese Prinzipien kommen für uns als staats- und wirtschaftsphilosophische Prinzipien in Betracht. Die Ausdrücke: Individualismus, Sozialismus, Solidarismus belehren zwar nicht über den vollen Inhalt des einzelnen Prinzips und des von ihm beherrschten Systems; sie sind aber doch, wenn man so sagen darf, mehr als bloße Rufnamen: sie bezeichnen eben das besondere Prinzip, welches der entsprechenden Wirtschaftsorganisation ihr Gepräge verleiht: der Individualismus das atomistische Freiheitsprinzip, der Sozialismus das kollektivistische Prinzip (die Sozietät als Subjekt der Produktion und Verteilung), der Solidarismus das Prinzip der Solidarität, die moralisch-organische, dem sozialen Zusammenhang entsprechende und vom natürlichen Zweck des gesellschaftlichen Lebens geforderte Ordnung und Zusammenfassung der selbständigen Einzelwirtschaften. Die subjektive Bestimmtheit der privatwirtschaftlichen Organisation der Wirtschaftseinheiten durch den prädominierenden Verwertungszweck, der für das Wirtschaftssubjekt den Zweck seiner wirtschaftlichen Tätigkeit bildet, wird dabei nicht beseitigt: die prävalierenden Motive der privaten Wirtschaftssubjekte sollen und können aber keineswegs für die Gestaltung der nationalen Wirtschaftsordnung das oberste Prinzip abgeben, vielmehr erhält alles einzelwirtschaftliche Streben seine höhere, objektive, soziale Bestimmung, Regelung, organische Eingliederung, durch die Anforderungen einer vom Prinzip der Solidarität beherrschten Wirtschaftsordnung.

Indem wir in einer Grundlegung der Nationalökonomie nach dem obersten Organisationsprinzip der Volkswirtschaft uns umsehen müssen, werden wir selbstverständlich auch den philosophischen und geschichtlichen Ausgangspunkten der einander widerstrebenden Prinzipien und Systeme unsre Aufmerksamkeit zu schenken haben. Doch möchten wir dabei eine solche Auswahl treffen, wie sie das Bedürfnis und Interesse der Gegenwart, anderseits die Rücksicht auf das besondere Objekt der nationalökonomischen Wissenschaft erheischt. Es steht somit für uns in Frage: Sollen im gesellschaftlichen Leben die freien Individuen alles sein (Individualismus), oder soll die gebundene Gesamtheit alles sein (Sozialismus), oder ist der Ausgleich der individuellen Interessen, die Harmonie zwischen Individualwohl und Gemeinwohl, die Freiheit in und mit der Ordnung, und darum mit entsprechender sozialrechtlicher Gebundenheit der Einzelwirtschaften, ihrer organischen Gliederung und Einigung (Solidarismus), das prinzipiell und praktisch Richtige, dem Sozialzwecke und somit den Aufgaben der Volkswirtschaft Genügende?

## § 3.

## Individualismus.

**Literatur:** 1. *Philosophie und Individualismus*: Willmann, Geschichte des Idealismus II 421 609 ff.; III 1 ff. 179 215 ff. 294 331 ff. — Zeller, Geschichte der deutschen Philosophie (1870) 30 ff. — Stöckl, Geschichte der neueren Philosophie von Baco und Cartesius bis zur Gegenwart I (1883) 29 ff. — Haffner, Grundlinien der Geschichte der Philosophie (1881) 678 ff. 785 ff. 801 ff. 821 ff. — Erdmann, Grundriß der Geschichte der Philosophie II<sup>2</sup> (1870) 8 ff. 99 ff. 102 ff.: Versuch einer wissenschaftlichen Darstellung der Geschichte der neueren Philosophie II<sup>1</sup> (1840) 89 ff. 124 ff. 141 ff. 190 ff. 221 ff. — Überweg-Heinze, Grundriß der Geschichte der Philosophie der Neuzeit III<sup>7</sup> (1888) 20 56 124 136 ff. 195 201. — Jodl, Geschichte der Ethik in der neueren Philosophie I (1882) 85 ff. 222 ff. 238 ff. — v. Hertling, John Locke und die Schule von Cambridge (1892) 7 ff. 96 ff.; Kleine Schriften zur Zeitgeschichte und Politik (1897) 1—126. — Messer, Das Verhältnis von Sittengesetz und Staatsgesetz bei Hobbes (1893) 27 ff. — Spann, Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre (1911) 21 ff. 30 ff. 120 ff. (<sup>3</sup>1923). — Gruber, Artikel „Liberalismus“, in Wetzter und Weltes Kirchenlexikon VII<sup>2</sup> 1898 ff. — Stöckl-Huppert, Artikel „Liberalismus“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft III<sup>2</sup> 1105 ff.; von A. Ott ebd. III<sup>4</sup> 842 ff. — Dietzel, Artikel „Individualismus“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften V<sup>3</sup> (1910) 590 ff.; V<sup>4</sup> (1922) 408 ff. — Lexis, Artikel „Individualismus“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> (1911) 1353 ff. — Burg, Staatsrecht und Staatsformen, in der Sozialen Revue 1. Jahrg., 3. u. 4. Heft. — Pesch, Die philosophischen Grundlagen des ökonomischen Liberalismus<sup>2</sup> (1899) 1 60. — Th. Ziegler, Individualismus und Sozialismus im Geistesleben des 19. Jahrhunderts (1899). — Biederlack, Die soziale Frage<sup>6</sup> (1904) 1 ff.

2. *Die physiokratische Freiheitslehre*: A. Oncken, Œuvres économiques et philosophiques de F. Quesnay, fondateur du système physiocratique, accompagnées des éloges et d'autres travaux biographiques sur Quesnay par différents auteurs (1888); Aufsätze über Quesnay und die Physiokratie in Kuno Frankensteins Vierteljahrsschrift für Staats- und Volkswirtschaft 1893–1896; Zur Geschichte der Physiokratie, in Schmollers Jahrbuch XVII 1893) 463 ff.; Artikel „Quesnay“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup> 1910 1270 ff.; Die Maxime Laissez faire et laissez passer, ihr Ursprung, ihr Werden, ein Beitrag zur Geschichte der Freihandelslehre (1886); Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 246 ff. — St. Bauer, Zur Entstehung der Physiokratie, auf Grund ungedruckter Schriften François Quesnays, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, Neue Folge XXI (1890) 113 ff. — Hasbach, Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von François Quesnay und Adam Smith begründeten politischen Ökonomie (1890). — de Lavergne, Les économistes français du XVIII<sup>e</sup> siècle (1870). — Neurath, Der Sozialphilosoph François Quesnay (1881). — Schelle, Dupont de Nemours et l'école physiocratique (1888). — Schweizer, Geschichte der Nationalökonomie in vier Monographien, II: Physiokratismus von Turgot (1904). — Bach-Weinand, Artikel „Quesnay“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft IV<sup>2</sup>. — Lexis, Artikel „Physiokratische Schule“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup> 1910, 1038 ff.; Artikel „Physiokratisches System“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> (1911) 531 ff. — E. Leser, Artikel „Freihandelschule“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 1909, 452 ff. — Lexis, Artikel „Freihandelsschule“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 954 ff. — A. Wagner, Finanzwissenschaft II<sup>2</sup> (1890) 215 ff. 431 ff.

3. *Adam Smith*: Rea, Life of Adam Smith (1895). — Delatour, Adam Smith, sa vie, ses travaux, ses doctrines (1886). — Bonar, Artikel „Smith“, in Palgraves Dictionary of political economy. — Francis Hirst, A. Smith (1905). — Jentsch, A. Smith (1905). — Hildebrand, Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft (1848). — Thornton, Die Arbeit (1870). — Inama-Sternegg, A. Smith und die Bedeutung seines „Wealth of nations“ für die moderne Nationalökonomie 1876). — v. Helferich, Rektoratsrede über Adam



Smith und sein Werk (1877). — Roesler, Über die Grundlehren der von A. Smith begründeten Volkswirtschaftslehre<sup>2</sup> (1871. 1 ff. 30 ff. 255 ff. — Skarzynski, Adam Smith als Moralphilosoph und Schöpfer der Nationalökonomie (1878). — Feilbogen, Smith und Hume, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XXXVI 1890. 695 ff.; Smith und Turgot (1892). — Paszkowski, Adam Smith als Moralphilosoph (1890). — Schubert, Adam Smith als Moralphilosoph, in Wundts Philosophischen Studien VI 1891. 552 ff. — Braun, Die religiösen und sittlichen Anschauungen von Adam Smith, in den Theologischen Studien und Kritiken (1878. 254 ff. Artikel von Mumbauer und Rizzi über „Smith“ und „Ricardo“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft IV<sup>4</sup>. — A. Oncken, Smith in der Kulturgeschichte (1874: Adam Smith und Immanuel Kant, der Einklang und das Wechselverhältnis ihrer Lehren über Staat, Sitte und Wirtschaft. I: Ethik 1877. 87 ff.; Das Adam Smith-Problem, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft I 1898. Hft. 1 2 4. — Hasbach, Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der politischen Ökonomie (1891. 5 ff. Zeyß, Adam Smith und der Eigennutz (1889. 5 ff. — Huth, Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert, vornehmlich bei Adam Smith und Adam Ferguson (1907). — Herm. Levy, Grundlagen des ökonomischen Liberalismus in der Geschichte der englischen Volkswirtschaft (1912). — Cannan, History of the theories of production and distribution in English political economy (1903). — E. Leser, Artikel „Adam Smith“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>1</sup> 1911. 541 ff. Lexis, Artikel „Smithsches System“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>1</sup> 790 ff. — Levy, Ethischer Individualismus und soziale Reform in England, in Schmollers Jahrbuch XXXVII 1913. 49 ff. — Insbesondere Adam Smith, Theory of moral sentiments (1759, 1790), deutsche Übersetzung von L. Th. Kosegarten (1791); Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations 1776/78, deutsche Übersetzungen von Joh. Fr. Schiller 1776/78, von Garve und Dörrien (1794/96), von Asher (1861), von Stöpel (1878), von Löwenthal (1882). — Von nationalökonomischen Werken sei insbesondere auf A. Wagners Grundlegung I<sup>3</sup> hingewiesen.

4. *Biologische Soziologie*. H. Spencer, Otto Ammon, Schallmayer, B. Kidd. Vgl. die Literaturangabe zu Kap. 2, § 2.

5. *Anarchismus*. W. Godwin, Inquiry concerning political justice (1795). Œuvres complètes de P. J. Proudhon (1868). — Diehl, P. J. Proudhon, seine Lehre und sein Leben, in Conrads Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen VI 1896. Artikel „Proudhon“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup>; Artikel „Anarchismus“ in Band I<sup>4</sup> des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften. — Sainte Beuve, P. J. Proudhon, sa vie et sa correspondance 1875. — A. Mühlberger, Studien über Proudhon (1891). — Stegmann und Hugo, Artikel „Proudhon“, im Handbuch des Sozialismus 1894. — Adler, Artikel „Anarchismus“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>3</sup>; derselbe Artikel in der Neuen deutschen Rundschau IX, Hft. 10. — Emanuel, Der Anarchismus und seine Heilung (1894). — J. Garin, Die Anarchisten (deutsch 1887). — Greulich, Theorie der Anarchie, im Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1879. 80. Artikel „Anarchismus“ im Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft I 1903. 54 ff. — Deville, Der Anarchismus, deutsch von Quarek in „Deutsche Worte“ 1885. — Bernstein, die soziale Doktrin des Anarchismus, in der Neuen Zeit X. 1. Teil. — Plechanow, Anarchismus und Sozialismus 1894. — Stammer, Die Theorie des Anarchismus 1894. — Tucker, Staatssozialismus und Anarchismus, deutsch von G. Schumm (1895). — Zenker, Der Anarchismus (1895). — Hartmann, Der Anarchismus, in „Die Gegenwart“, 2. Januar 1897. — Mackay, Die Anarchisten (1893). — Eltzbacher, Der Anarchismus (1900). — W. Schäfer, Aus einem anarchistischen Idealstaate (1906). — Biermann, Anarchismus und Kommunismus (1906). — Seidenberger, Anarchismus, in „Wahrheit“ IV 1898. 529 ff. — Langhard, Die anarchistische Bewegung in der Schweiz (1909). — Ettore Zocchi, L'anarchia (1907, deutsch von Nacht). — Georg Adler, Stirners anarchistische Sozialtheorie (1907). — Weinand, Das Wiedererstehen des Anarchismus, in der Sozialen Revue I. 3. u. 4. Quartal-

heft. — Ott, Artikel „Proudhon“ im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft IV<sup>4</sup>. — Dunin-Borkowski, Aufsätze über den Anarchismus, in den Stimmen aus Maria-Laach LVI, Hft. 1 2 4 5. — Meffert, Artikel „Anarchismus“ in Soziale Revue 1906. — Cornélissen, Über die Evolution des Anarchismus, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1908. — Über Marx und Bakunin, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1910. — Rocker, Sozialdemokratie und Anarchismus (1920).

**1. Philosophischer Ausgangspunkt des Individualismus.** Der Zustand tiefgehender Gärung, in welchen seit dem 15. und 16. Jahrhundert zahlreiche und wichtige Entdeckungen die Völker Europas versetzt hatten, die großen Vorteile, wie sie das Neue bot, das Vordringen der experimentellen Naturwissenschaft und das Zurücktreten der Metaphysik, die Schwächen und Schwächungen der kirchlichen Autorität und des kirchlichen Lebens, der Individualismus und Egoismus, welcher schon das Zeitalter des Humanismus charakterisiert, das subjektivistische Prinzip der freien Forschung, das die Reformation proklamierte, der antichristliche Geist der Aufklärung — alles dies konnte nicht ohne mächtigen Einfluß auch auf die wirtschaftlichen Studien und Forschungen bleiben, die gerade damals lebhafter und selbständiger in Angriff genommen wurden. „Über die Kirchenlehre der Reformation hinausgehend“, sagt Schmoller<sup>1</sup> in der Schilderung jener Zeiten, „traut sich die menschliche Vernunft, direkt die Gottheit, die Natur und das Menschenleben zu begreifen; die Wissenschaft sucht sich loszulösen von Offenbarung und kirchlicher Satzung; sie traut sich im stolzen Gefühle der erreichten Mündigkeit den Flug nach oben, auch auf die Gefahr hin, daß er teilweise ein Ikarusflug werde. Das Bedürfnis, über Natur und Welt, Staat und Gesellschaft gedankemäßig Herr zu werden, ist so groß und so dringlich, die Staatsmänner wie die Gelehrten jener Tage haben einen so starken positiven Zug, haben so festen Glauben an sich und die Resultate ihrer Überlegungen, daß Kritik und Zweifel immer wieder rasch in fest geschlossene Systeme umschlagen, welche bestimmte Ideale enthalten, an welchen mit Leidenschaft gehangen, für welche praktisch gekämpft wird.“ Wechselnde Theorien und Systeme, aber keine feste, wohlbegründete Weltanschauung, das ist zumeist, bei allem Glanz der neuzeitlichen Entwicklung, die tiefe, aber nicht unheilbare Wunde moderner Wissenschaft und Kulturentwicklung bis heute geblieben.

Doch gehen wir etwas näher auf jene geistigen Strömungen und Strebungen ein, soweit dieselben von Bedeutung sind für das allseitige Verständnis der volkswirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklung.

Baco von Verulam hatte die Naturwissenschaft an die Spitze aller Wissenschaft gestellt (im „Novum Organon“ 1620), der planmäßigen Erfindungstätigkeit durch eine deren Zwecken angepaßte Methode die Wege zu zeigen versucht. Kompaß, Buchdruckerkunst, Schießpulver, — bis dahin die drei großen Erfindungen, sie waren mehr ein Geschenk des Zufalls. Und wie gewaltig wirkten sie auf

<sup>1</sup> Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre I (1908) 81.

die Neubildung aller Verhältnisse ein! Sollte aber die Welt auf dem Wege der Erfindungen voranschreiten, ein Zeitalter der Erfindungen zum Entstehen gelangen, dann durfte nicht mehr der Zufall regieren, sondern die zielbewußte Tätigkeit sollte die Leitung übernehmen. Es ist das unbestrittene Verdienst Bacons, dieser neuen Forschungsart Ziel und Methode gegeben zu haben, obwohl er persönlich hierbei nicht mehr sein wollte und war, als — nach seinem eigenen Ausdruck — ein „Herold, der die Trompete bläst“. Aber es ging zu weit, wenn diese Methode als ausreichende und allein zuverlässige erklärt und empfohlen wurde. Damit war schon für konsequentere Denker der Weg zu einer rein naturwissenschaftlichen Auffassung des Menschen, des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens eröffnet. Man konnte leicht vergessen, daß die bloße Beobachtung das volle Verständnis des Menschen nicht erschließt, daß die Feststellung und Erforschung selbst der zahlreichsten Phänomene, die Zusammenfassung der einzelnen Tatsachen in allgemeine „Gesetze“ zu keiner sichern und abschließenden Erkenntnis der freien, vernünftigen Menschennatur in ihrer Größe und in ihrer Schwäche zu führen vermag.

Männer wie Cherbury, Toland, Collins, Wollaston, Tindal, Chubb, Bolingbroke u. a. bedienten sich der neuen Methode zunächst, um an Stelle des positiven, auf übernatürlicher Offenbarung beruhenden Christentums eine natürliche Religion zu setzen, indem sie die erfahrungsgemäß allen Menschen gemeinsamen religiösen Vorstellungen sammelten und darin die allein wahre Religion erblickten (naturalistischer Deismus). Es lag freilich dem ganzen Verfahren eine offenkundige „petitio principii“ zu Grunde: denn nur die stillschweigende Voraussetzung, daß es unter den verschiedenen Religionen überhaupt keine exklusive richtige, weil von Gott geoffenbarte Religion gebe, machte ein solches Vorgehen möglich. Der Ausschluß der positiven, geoffenbarten Religion stand hier im voraus schon fest.

Indem die empirische Methode nunmehr auch auf das Gebiet der Ethik Anwendung fand, gelangte man dazu, in dem Sittengesetz nicht mehr ein göttliches Gebot, welches in der menschlichen Vernunft und in der Offenbarung sich kundgibt, zu erblicken, sondern ein Naturgesetz, das in den Strebungen der natürlichen Instinkte des Menschen sich äußert. Diese auf den Naturtrieben beruhende Morallehre wurde von der schottischen Schule (Shaftesbury, Hutcheson, Adam Smith u. a.) ausgebildet.

Auch der von John Locke proklamierte Sensualismus richtete große Verwirrung an. Die wichtigsten Probleme über die ersten Ursachen und die Endursachen, über das Wesen der Dinge, über Gott, Seele, Zweck und Bedeutung des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens vermögen die Sinne nicht zu lösen: nicht einmal die Hypothesen der Naturwissenschaft können der geistigen Deduktion entbehren. Die mißtrauische Verachtung der reinen Vernunfttätigkeit untergrub in der Folge mehr und mehr die Fundamente aller Wissenschaft, bereitete der Skepsis, dem raschen Wechsel ephemerer Systeme und Theorien, der Prinzipienlosigkeit die Wege.

Darf man sich wundern, daß auch die philosophische Gesellschaftslehre der Aufklärungszeit kein besonders erfreuliches Bild darbietet?

Seit Hugo Grotius wird die Lehre vom Ursprung des Staates durch die willkürliche Annahme eines „Naturzustandes“ beherrscht, eines Zustandes, der nur isolierte Individuen aufweist. Der Naturzustand ist nach Grotius historische



Wirklichkeit, bei Pufendorf bloße Fiktion, bei Hobbes ein roher, brutaler Kampf aller gegen alle, nach Montesquieu ein Zustand der Schwäche, Rousseau zufolge ein Paradies gewesen. Beendet wird dieser Naturzustand durch einen Vertrag, durch welchen nach Hobbes die Individuen, nur um dem greulichen Urzustande, dem Kampf aller gegen alle, ein Ende zu machen, sich bedingungslos dem Staatsabsolutismus überantworten, nach Rousseau aber möglichst wenig von ihrer Freiheit opfern.

Wenn der Staat nicht, wie man früher glaubte, in langsamer historischer Entwicklung aus der Familie und den Geschlechterverbänden organisch sich entwickelte, sondern ganz und gar auf dem freien Willen der souveränen, den Vertrag schließenden Individuen beruhte, so entbehrte folgerichtig auch das innere Gesellschaftsleben jeder Leitung durch sittliche Ideen. „Von einer Philosophie, welche sich vorherrschend auf Mathematik und Physik stützte“, sagt diesbezüglich H. Ritter<sup>1</sup>, „konnten die Fragen des sittlichen Lebens nur vernachlässigt werden. Daß die Ethik verkümmerte, kann wohl kaum bezweifelt werden; für die großen Gestaltungen in Staat und Kirche wußte man kein ‚Gesetz‘ zu finden; man betrachtete sie als Erzeugnisse willkürlicher Verträge, wenn nicht gar als Früchte des Vorurteils, des Betrugs, der Leidenschaft.“ Auch für die Beurteilung der Phänomene des Wirtschaftslebens bediente man sich ganz konsequent einer „natürlichen“ Erklärung, insofern man alles aus dem natürlichen Triebleben ableitete. Sprach man ja doch allmählich sogar von einem besondern Hang, zu tauschen, oder „Tauschtriebe“<sup>2</sup>, als ob der Tausch Selbstzweck und nicht von der Vernunft gewähltes Mittel wäre, um Güter zu erlangen. Aber nicht nur entbehrte das innerstaatliche Gesellschaftsleben jeder Leitung durch sittliche Ideen; es wurde zugleich jedes Band zerschnitten, welches den Bürgern den unentbehrlichen Halt im sozialen Zusammenhang mit andern gewähren konnte. Wer sich zu den Theorien des „Gesellschaftsvertrages“ bekannte, der sah auch in der Volkswirtschaft nichts als isolierte Individuen, bloß ein aus den einzelnen zusammengesetztes Volk. Und wie der Staat auf den Vertrag der Individuen gestellt war, so entstand auch die wirtschaftliche Ordnung bloß durch freie, vertragsmäßige Verbindung der Individuen. Zwischen der Gesamtheit und den einzelnen stand ferner keine vermittelnde soziale Instanz, die inmitten der gepriesenen absoluten Freiheit aller die Schwäche der einzelnen Personen und Stände vor brutaler Übermacht der Starken und Mächtigen hätte schützen können.

Die christliche Lehre hatte die letzte Quelle des Rechts in Gott gesucht und in den unzweifelhaften, allgemeinen, dauernden Rechtsforderungen der Vernunft (Naturrecht) eine Manifestation des weltordnenden Willens Gottes anerkannt, dem auch die Inhaber der staatlichen Gewalt sich unterordnen mußten. „Wir bitten Dich in aufrichtiger Liebe“, schrieb Gregor VII.<sup>3</sup> an den König von Dänemark, „daß Du Dich bemühst, die Dir anvertraute Gewalt nach dem Willen Gottes auszuüben, indem Du mit dem erhabenen Namen eines Königs, den Du trägst, Deine Tugenden in Einklang bringst und in Deinem eigenen Herzen jene Gerechtigkeit herrschen läßt, welche Dir das Recht gibt, über Deine Untertanen zu herrschen. Du weißt, daß die Könige gleich den Bettlern nur Staub und Asche

<sup>1</sup> Geschichte der Philosophie IX 101.

<sup>2</sup> Vgl. A. Smith, *Wealth of nations* I, chapt. 2, deutsch von F. Stöpel I (1878) 8 f.

<sup>3</sup> Epist. II 51 ad regem Danorum.

werden, und daß wir alle bei dem letzten Gerichte erscheinen müssen, welches für uns Priester und Könige um so furchtbarer sein wird, weil wir nicht allein für uns selbst, sondern auch für unsre Untergebenen Rechenschaft abzulegen haben.“ Die neue Philosophie nahm einen wesentlich andern Standpunkt ein. Grotius bemühte sich, aus der Natur des Menschen ein „Naturrecht“ abzuleiten, das auch ohne die Existenz Gottes Geltung haben sollte. Er glaubte, diese Konzession dem Zeitgeist machen zu müssen. Allein selbst ein solches „Naturrecht“ genügte den Freidenkern nicht. Wenn spätere Philosophen noch von einem „Naturrecht“ sprechen, so ist es wohl gar das Recht des fiktiven Naturzustandes u. dgl., während sie innerhalb des Staates das Recht ganz der Willkür der gesetzgebenden Faktoren überließen; Recht und Nutzen, Recht und Macht, Recht und Wille der Majorität wurden mehr und mehr zu reell identischen Begriffen.

Zweck des Staates war nach der christlichen Philosophie das Gemeinwohl des Volkes. Alles im Staate, Regierung und Regierte, die Gesamtheit wie die einzelnen, galten zur Verwirklichung dieses Zweckes verpflichtet. Das hört jetzt auf, das Gemeinwohl ist nicht mehr eine sittliche Idee, nicht mehr Gegenstand und Zielpunkt einer sittlichen, im christlich-philosophischen Sinne naturrechtlichen Pflicht, sondern im besten Falle mehr oder minder das Produkt eines Mechanismus, einer Maschine, wo jedes einzelne Teilchen nur für sich selbst fungiert, ohne Rücksicht auf das Ganze zu nehmen. Wie in der Naturwissenschaft durch Empirismus und Sensualismus, aber auch durch Hobbes und die Cartesianische Naturerklärung, die mechanische Auffassung völlig gesiegt und alle Naturphänomene in kleine bewegte Atome aufgelöst hatte, so erscheint jetzt auch der Staat als eine Summe von Kleinkräften, von im weitesten Umfang souveränen, autonomen Individuen, deren Bedürfnissen und Interessen der Staat als Mittel untergeordnet ist. Die Staatsgewalt hat lediglich die Aufgabe, die Freiheit dieser Individuen bei der Verfolgung ihrer Interessen zu wahren. So lehrte die Rousseausche Staatsphilosophie. Kant, Fichte, Wilhelm v. Humboldt haben in der Theorie des Rechtsschutzes, der Koexistenz der gleichen Freiheit, nur denselben Faden weitergesponnen.

Der Verlust des philosophisch richtigen Standpunktes konnte für die gesamte Auffassung, Erforschung und Beurteilung des wirtschaftlichen Lebens nicht ohne Folge bleiben. Zunächst kommt hier für uns

**2. die physiokratische Freiheitslehre** in Betracht. François Quesnay (geb. 1694, gest. 1774), Leibarzt der Pompadour und später des Königs Ludwig XV., philosophisch an Malebranche, aber auch an Descartes und Locke sich anlehnd, entwickelte seine rechtsphilosophischen Grundsätze über das Gesellschaftsleben vornehmlich in dem Aufsatz „Le droit naturel“ (1765) und in der Abhandlung „Despotisme de la Chine“ (1765).

„Die in der Gesellschaft vereinigten Menschen sollen den natürlichen und positiven Gesetzen unterworfen sein. Die Naturgesetze sind entweder physische oder moralische. Als physisches Gesetz ist hier der geregelte Gang jedes physischen Ereignisses der Naturordnung anzusehen, die für das Menschengeschlecht offenbar am vorteilhaftesten ist. Unter Moralgesetz versteht man die Regel für jede menschliche Handlung der sittlichen Ordnung, die mit der dem Menschengeschlecht offenbar vorteilhaftesten physischen Ordnung übereinstimmt. Diese Gesetze bilden zusammen das, was man Naturgesetz nennt. Alle Menschen, alle menschlichen Mächte müssen

diesen souveränen Gesetzen unterworfen sein, die vom höchsten Wesen eingeführt wurden: sie sind unveränderlich, unwiderstehlich, die möglichst besten Gesetze; darum sind sie auch die Grundlage für die vollkommenste Regierung, die Fundamentalregel aller positiven Gesetze; diese sind eben nur da, um die natürliche Ordnung aufrecht zu erhalten, welche offenbar die vorteilhafteste für das Menschengeschlecht ist.“<sup>1</sup>

Es liegt in diesen Worten schon eine Verkenntung des richtigen Verhältnisses zwischen physischer und moralischer Ordnung. Indem nämlich Quesnay das Sittliche zugleich mit dem Physischen in dem „natürlichen Gesetze“ zusammenfaßte und nun das menschliche Leben der Leitung eben dieses natürlichen Gesetzes unterwarf, hatte er nur die physische Ordnung auf Kosten der moralischen Ordnung erhoben. Gewiß sind die physischen Gesetze Gottes Ordnung, aber nur für die physische Welt. Der Mensch muß diese Gesetze allerdings beachten. Sein Glück, sein Wohlbefinden ist von ihrer Kenntnis und Verwertung abhängig. Sie umschreiben die Grenzen des physischen Vermögens, keineswegs aber die Grenzen des moralischen Sollens und Dürfens. Der Mensch handelt durchaus nicht immer gemäß den für sein Tun und Streben entscheidenden moralischen Gesetzen, wenn er den physischen Gesetzen folgt, z. B. die in den physischen Verhältnissen und Fähigkeiten gebotene Möglichkeit eines höheren irdischen Wohls für die eigene Person ausnutzt. Von der ungenau und mißverständlich interpretierten Harmonie zwischen Physischem und Moralischem ausgehend, kommt aber Quesnay zu dem Satze: „Der mit Vernunft ausgestattete Mensch hat den Vorzug, die natürlichen Gesetze zu betrachten und zu erfassen, um aus denselben den größtmöglichen Vorteil zu ziehen, ohne diesen Gesetzen und höchsten Regeln zu widerstreben. Daraus folgt, daß ein jeder das natürliche Recht hat, von allen seinen Fähigkeiten Gebrauch zu machen, die ihm durch die Natur verliehen wurden, in den Umständen, in welche dieselbe ihn versetzt hat, unter der Bedingung, weder sich selbst noch andern zu schaden.“<sup>2</sup> Dieses Recht hat und bewahrt der Mensch in dem völlig ausgebauten Staate ebensowohl wie in den Anfängen des gesellschaftlichen Lebens. Wenn vormals getrennte Horden sich enger aneinander anschlossen, so geschah es zu dem Zwecke, die persönliche Sicherheit und den Schutz des Eigentums zu erhöhen. Als das Eigentum bedeutender wurde und die mehr zertreut liegenden Besitztümer größerer Gefährdung ausgesetzt waren, bedurfte es positiver Gesetze und einer souveränen Autorität, um dieselben zu bewahren, kurz: des Staates. „Die Form der Gesellschaft hängt mehr oder weniger von den Gütern ab, die ein jeder besitzt oder besitzen kann und deren Erhaltung und Eigentum er sichern will. Auf diese Weise dehnen also die Menschen, welche sich in die Abhängigkeit oder vielmehr in den Schutz der positiven Gesetze und einer Obrigkeit begeben, die Fähigkeit, Eigentümer zu sein, aus, und demgemäß erweitern sie den Gebrauch ihres natürlichen Rechts d. i. des ‚droit naturel à la subsistance‘, und des Rechts, in der Erwerbstätigkeit von allen Gelegenheiten und Fähigkeiten den vorteilhaftesten Gebrauch zu machen“<sup>3</sup>, statt ihn zu beschränken.“<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Quesnay in der Schrift „Le droit naturel“. Vgl. A. Oncken, *Œuvres économiques et philosophiques de F. Quesnay* (1888) 374. <sup>2</sup> Oncken a. a. O. 371.

<sup>3</sup> Le droit naturel chap. 1, bei Oncken, *Œuvres économiques et philosophiques de F. Quesnay* (1888) 359 ff. 366 368 375 648.

<sup>4</sup> Le droit naturel chap. 4, bei Oncken a. a. O. 372 f.



Die „natürliche Ordnung“ im Sinne Quesnays als „unveränderliche, physische Sozialordnung“ fordert somit einen Zustand, in welchem jeder Mensch, unter vollkommen freier Betätigung aller seiner Fähigkeiten und ungehinderter Ausnutzung der ihm durch die konkreten Verhältnisse gebotenen Möglichkeiten, sein „natürliches Recht“, d. h. innerhalb der Gesellschaft sein Recht auf Eigentum und Eigentumserwerb, auf den eigenen Nutzen zur Geltung bringen kann. Diese „natürliche Ordnung“ ist der „archétype des gouvernements“. Die Aufgabe der staatlichen Autorität bleibt folgerichtig auf den bloßen Schutz der Person, ihrer individuellen Freiheit und ihres Eigentums beschränkt. „Die sicherste, exakteste, vorteilhafteste innere und äußere Handelspolitik ist die volle Freiheit der Konkurrenz“<sup>1</sup>, „la concurrence libre et immense“!<sup>2</sup> „Le juste marche résulte du désir naturel de faire les plus grands profits possibles, règle par la loi de la concurrence.“<sup>3</sup> Die freie Ausnutzung der individuellen Fähigkeiten und gegebenen Verhältnisse wird freilich beschränkt einmal durch die kluge Rücksicht auf das „wohlverstandene Interesse“ — „intérêt bien entendu“ den dauernden Nutzen im Gegensatz zum bloß augenblicklichen Interesse<sup>4</sup> —, sodann durch das Verbot eines unbefugten Eingriffs in die individuelle Rechtssphäre anderer.

Vincent de Gournay, vielfach als Urheber der Maxime „Laissez-les faire et laissez-les passer“<sup>4</sup> genannt, baute seinerseits die individualistische Freiheitsforderung nicht auf „naturrechtlichen“ Erwägungen auf, sondern ging dabei mehr von psychologischen und individuell-utilitären Gesichtspunkten aus. Jeder sei durch den Eigenvorteil darauf hingewiesen, das vollkommenste Fabrikat herzustellen. Sein Eigenvorteil treibe ihn von selbst dazu, den Weg zu wandeln, der auch für die Allgemeinheit der vorteilhafteste sei. Also fort mit aller Einmischung des Staates in das wirtschaftliche Leben: „Laissez faire, telle devrait être la devise de toute puissance publique, depuis que le monde est civilisé!“<sup>5</sup> In ähnlicher Weise hatte ebenfalls schon früher der Marquis d'Argenson argumentiert. Turgot<sup>6</sup>, der Minister Ludwigs XVI. und ein hervorragender Physiokrat, bezeichnet die Lehren Gournays schlechthin als „Maximen des gesunden Menschenverstandes“, die allein auf dem Satze beruhten: Im allgemeinen kenne jedermann sein eigenes Interesse besser als ein anderer, dem dieses Interesse gleichgültig sei. Da aber das Interesse der einzelnen mit dem allgemeinen Interesse zusammenfalle, so könne man nichts Besseres raten, als die Menschen tun zu lassen, was ihnen beliebe.

Die Schüler Quesnays, der ältere Mirabeau, Dupont de Nemours, Beaudou, Turgot, Letrosne u. a., gingen in der Hervorkehrung des individualistischen Standpunktes noch weiter als Quesnay. Dieser ließ namentlich auch durch die veränderliche „positive Ordnung“, welche dem wandelbaren Bedürfnis und jeweiligen Zweckmäßighkeitsrücksichten Rechnung trägt, der individuellen Freiheit immerhin manche Grenze ziehen. Anders die Schüler. „Während Quesnay“, be-

<sup>1</sup> Maximes générales XXV, bei Oncken a. a. O. 336 553.

<sup>2</sup> Despotisme de la Chine, bei Oncken a. a. O. 656.

<sup>3</sup> Oncken a. a. O. 682.

<sup>4</sup> Nach neueren Forschungen wurde der erste Teil dieser Formel schon auf einer Versammlung von Kaufleuten unter Colberts Vorsitz zuerst gebraucht und dann von Argenson in die Literatur eingeführt. A. Oncken, Die Maxime Laissez faire et laissez passer, ihr Urprung, ihr Werden (1886).

<sup>5</sup> Oncken a. a. O. 54 60 f. 70 ff.

<sup>6</sup> Œuvres de Turgot 1 (édition Daire) [1844] 270 ff. Schweizer, Geschichte der Nationalökonomie, II: Physiokratismus von Turgot (1904) 101 146 ff.

merkt Oncken<sup>1</sup>, „die Unterscheidung des ‚ordre naturel‘ und des ‚ordre positif‘ zum Angelpunkte seines ganzen Aufbaues gemacht wissen wollte, geht dieser Gedanke bei der Schule und namentlich bei demjenigen Mitgliede, welchem es vom Schicksal beschieden war, das System in die Praxis zu übertragen (Turgot), gänzlich verloren. Die natürliche Ordnung verschlingt die positive Ordnung. Das Relative im System wird ausgemerzt, das Absolute bleibt. . . . Gegen diesen absoluten Charakter“ (speziell des laissez faire) „hat sich aber zu allen Zeiten in erster Linie die Opposition gekehrt. Sonach muß man“ (wie auch bei A. Smith) „einen Unterschied machen zwischen der Lehre der physiokratischen Schule und derjenigen des Meisters selbst.“

Größere Aufmerksamkeit als die physiokratischen Formulierungen der Grundsätze des ökonomischen Liberalismus beansprucht hier natürlich

3. der individualistische Freiheitsgedanke bei Adam Smith<sup>2</sup>. Adam Smith wurde geboren zu Kirkcaldy in Schottland am 5. Juni 1723; er studierte in Glasgow und Oxford. 1748 lehrte er zu Edinburg Rhetorik und schöne Wissenschaften. Hier lernte er David Hume (1711—1776) kennen. 1751 wurde Adam Smith Professor der Logik, 1752 Professor der Moralphilosophie in Glasgow. 1759 gab er seine Schrift „Theorie der sittlichen Empfindungen“ heraus. Von 1764 bis 1766 begleitete er den jungen Herzog von Buccleuch auf dessen Reisen. Von Weihnachten 1765 bis zum Oktober 1766 weilte Smith in Paris, wo er Turgot, Quesnay, Necker u. a. persönlich kennen lernte. Hierauf hielt er sich zehn Jahre in Kirkcaldy auf, während welcher Zeit er sein Werk „Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Völker“ verfaßte. Im Jahre 1776 erschien dasselbe zum erstenmal. Wenige Jahre nachher erhielt Adam Smith die Stelle eines Zollkommissars für Schottland. Er starb zu Edinburg im Jahre 1790.

Will man Adam Smiths Wirtschaftslehre in ihrer tiefsten Grundauffassung richtig würdigen, so wird man seine Stellung zum naturalistischen Deismus, zur schottischen Moralphilosophie, ferner den Einfluß, welchen die individualistische Staatsphilosophie seiner Zeit auf ihn ausübte, nicht unbeachtet lassen können.

1. *Der naturalistische Deismus*, wie er damals die „aufgeklärten“ Geister Englands beherrschte, war auch für Adam Smith die bestimmende Weltanschauung: Gott hat die Welt erschaffen zum Zweck der menschlichen Glückseligkeit. Aber er wirkt hierfür nicht anders als vermitteltst der natürlichen Gesetze. Wie die Uhr ihre Aufgabe erfüllt, wenn die Bewegung der Räder keine Störung erfährt, so wird der Mensch, die Menschheit beglückt, sofern nur die natürlichen Gesetze und speziell jene Gesetze, die das Räderwerk unsrer Naturtriebe beherrschen, zur vollen Geltung gelangen.

Bruno Hildebrand<sup>3</sup>, Karl Knies<sup>4</sup> und noch bestimmter Lujo Brentano<sup>5</sup> haben die Ansicht ausgesprochen, Adam Smith sei ein Anhänger der materialisti-

<sup>1</sup> Artikel „Quesnay“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup> 292. Vgl. auch Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 402 ff.

<sup>2</sup> Für die ausführlichere Behandlung der Smithschen wirtschaftlichen Lehren muß auf den zweiten Band dieses Werkes verwiesen werden. Gleiches gilt für die Physiokratie usw.

<sup>3</sup> Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft (1848) 31.

<sup>4</sup> Politische Ökonomie vom geschichtlichen Standpunkte (neue Aufl. 1883) 244.

<sup>5</sup> Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht (1877) 60. Vgl. auch Skarzynski, Adam Smith als Moralphilosoph und Schöpfer der Nationalökonomie (1878) 183.

sehen Weltanschauung gewesen oder, als er den jungen Herzog Buccleuch auf einer Bildungsreise nach Frankreich (1764—1766) begleitete, durch den Umgang mit den hervorragendsten Physiokraten und Enzyklopädisten, insbesondere mit Helvetius, dazu geworden. So glaubte man von einem Gegensatze zwischen der von Adam Smith im Jahre 1759 herausgegebenen „Theory of moral sentiments“ und dem nach seiner Rückkehr aus Frankreich verfaßten „Wealth of nations“ (1776) sprechen zu müssen. Allein diese Ansicht ist heute wohl unhaltbar geworden. Nicht alle französischen Freunde Smiths waren Materialisten, und insbesondere Turgot nicht, mit dem er am meisten verkehrte. Sodann ist die Tatsache des Verkehrs noch kein Beweis für die Übereinstimmung in der Weltanschauung. Auch mit David Hume verkehrte Adam Smith, ohne dessen Skeptizismus anzunehmen. Überdies ist es völlig undenkbar, daß Smith noch im letzten Lebensjahre (1790) die auf deistischer Grundlage aufgebaute „Theory of moral sentiments“, wo das Dasein eines persönlichen Gottes und Schöpfers der Welt immer wieder betont wird, in sechster, revidierter und ergänzter Auflage hätte erscheinen lassen, ohne daß dabei irgendwie sein Übergang zur materialistischen Weltanschauung an den Tag getreten wäre. Und nicht nur das: wie hätte Smith in der Vorrede dieser sechsten Auflage ausdrücklich und ohne Beschränkung die Zusammengehörigkeit der „Theory“ und des „Wealth“ hervorheben können, wenn dem „Wealth of nations“ eine ganz andere Weltanschauung zu Grunde gelegen hätte als der „Theory of moral sentiments“? Auch das von Edwin Cannan<sup>1</sup> veröffentlichte Kollegienheft eines Schülers Smiths (vor dessen Reise nach Frankreich geschrieben) beweist, daß Smiths ökonomische Lehren im wesentlichen fertig waren, ehe es zu einem persönlichen Umgange mit den Physiokraten und Enzyklopädisten kam. Allerdings wird dieser Umgang auf Smith nicht ohne bestärkenden und weiterleitenden Einfluß geblieben sein, da ja in den Schlußfolgerungen freiwirtschaftlicher Art eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten schon vorhanden war. Andererseits dürfte unsres Erachtens daran festzuhalten sein, daß der von Smith in seiner „Theorie der moralischen Gefühle“ dargelegte moralphilosophische Standpunkt völlig ausreicht zum Verständnis der einseitigen Hervorkehrung der Selbstliebe im Hauptwerke „Der Wohlstand der Völker“.

## 2. *Adam Smith als Moralphilosoph*<sup>2</sup>.

Die moralphilosophischen Grundanschauungen Adam Smiths erklären sich aus seiner Zugehörigkeit zur schottischen Moralphilosophenschule der Universität Glasgow. Wir stellen jene Lehren in aller Kürze, soweit sie für die Wirtschaftslehre von Wichtigkeit sind, hier zusammen:

<sup>1</sup> Lectures on justice, police, revenue, and arms, delivered in the University of Glasgow by Adam Smith, reported by a student in 1763—1896. Zur ganzen Frage: Aug. Oncken, Adam Smith und Immanuel Kant I 1877 87 ff., und in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft: Das Adam Smithsche Problem I (1898) 29 ff.

<sup>2</sup> Bezüglich des Zusammenhangs zwischen den moralphilosophischen und den national-ökonomischen Anschauungen Adam Smiths bemerkt Richard Zeiß, Adam Smith und der Eigennutz [1889] 89 ff.: „Die Kenntnis des philosophischen Werkes Theory of moral sentiments muß, um Smiths Anschauung ihrem ganzen Umfange nach zu würdigen, vorausgesetzt werden. Smith hat aber auch, als er den Wealth of nations schrieb, das Bekanntsein der Theory und der dort niedergelegten allgemeinen Prinzipien angenommen, und er war zu dieser Annahme berechtigt. Seine Morallehre hatte ja großen Erfolg und weite Verbreitung gewonnen, schon in den ersten elf Jahren nach ihrem Er-



a) Die Natur leitet uns zum größten Teile durch ursprüngliche und unmittelbare Instinkte<sup>1</sup>. Jene der Natur eingesenkten Triebe sind uns von Gott verliehen, damit wir dem großen Endzwecke der Natur dienstbar werden. Dieselben offenbaren uns daher in ihren natürlichen Tendenzen den Willen Gottes. Ihnen gegenüber hat die eigene Vernunfterkennntnis keine eigentlich leitende, beherrschende Stellung. Sie gewinnt vielmehr den Inhalt ihrer sittlichen Erkenntnisse, ihre allgemeinen praktischen Urtheile über das, was zu geschehen habe oder zu unterlassen sei, lediglich auf dem Wege der Induktion aus der Beobachtung der Forderungen, welche die Naturinstinkte an den Menschen stellen, insbesondere das Gefühl der Sympathie, jene spontan wirkende Kraft, die in uns als instinktive Billigung oder Mißbilligung einer Handlungsweise sich geltend macht.

Man darf bei der Smithschen „Sympathie“ nicht an das, was man sonst Wohlwollen nennt, denken. Die „Sympathie“ fungiert hier bloß als subjektives, empirisches Erkenntnisprinzip des Sittlichen, da nach Smith sittlich gute Handlungen nur die sind, welche die Gefühlszustimmung (Sympathie) des wohl unterrichteten und unparteiischen Zuschauers finden<sup>2</sup>.

Die Handlungen, durch welche der Mensch Gottes Weltregierungsplan zur Ausführung bringt, haben somit ihre bewirkende und leitende Ursache nicht in der zweckbewußten Vernunfttätigkeit der Menschen, sondern in den instinktiv wirkenden Kräften, den natürlichen Trieben. Eine Vernunft allerdings beherrscht sie, aber nicht die eigene Vernunft des Menschen, sondern einzig die Weisheit Gottes<sup>3</sup>. Mit wunderbarer Kunst sind alle die Räder einer Uhr so eingerichtet, daß der Endzweck der Uhr, die Bezeichnung der Stunden, erreicht wird. Hätten sie die Begierde oder die Absicht, diese Wirkung hervorzubringen, sie könnten es nicht besser anfangen. Und dennoch, wer dächte daran, ihnen eine solche Begierde oder Absicht beizumessen? Wir schreiben diese vielmehr dem Uhrmacher zu, und wir wissen, daß jene Räder durch eine Feder in Bewegung gesetzt werden,

scheinen hatte sie sich durch Übersetzungen selbst in Frankreich und Deutschland einen Leserkreis erworben. Man muß bedenken, daß damals, wo es noch keine Massenproduktion wie heute auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Literatur gab, die bedeutenderen Schriften sich wirklich eines allgemeinen Bekanntseins erfreuten, daß namentlich, auch im Gegensatz zu heute, die philosophischen Bücher, dem philosophischen Geiste der Zeit gemäß, das weiteste Interesse erweckten und von allen Gebildeten gelesen wurden. Einem Einwande, den man etwa noch machen könnte, wollen wir im Anschluß hieran auch gleich begegnen. Warum hat sich denn Smith, so wird man vielleicht fragen, in dem „Wealth of nations“ nun nicht in der Einleitung oder an den bezüglichen Stellen auf sein erstes grundlegendes Werk berufen? Wir antworten hierauf, daß das spezielle Sichberufen auf etwas an einer andern Stelle Gesagtes, daß die Peinlichkeit im Hinweisen und Zitieren, wie man sie heutzutage von einem deutschen wissenschaftlichen Werke unbedingt verlangt, daß alles das zu Smiths Zeiten absolut nicht Mode war. Diese Zeiten wußten noch nichts von der großen Arbeitsteilung, von der weitgehenden, teilweise wohl ungesunden Spezialisierung der Gegenwart auf geistigem Gebiete. Mit Recht konnte deshalb damals ein Autor stillschweigend voraussetzen, daß alle Gebildeten mit den hauptsächlichsten und allgemeineren Werken der Zeit bekannt seien, und er hatte deshalb nicht nötig, immer mit der ganzen Schwere seines wissenschaftlichen Rüstzeuges, mit dem vollen wissenschaftlichen Apparat auf dem Plane zu erscheinen.“

<sup>1</sup> Smith, Theorie der moralischen Empfindungen, nach der dritten englischen Ausgabe übersetzt (1770) 181.

<sup>2</sup> Smith, Theorie der moralischen Empfindungen 180 ff. 528 f.

<sup>3</sup> Ebd. 207f.

die ebensowenig als jene den Vorsatz hat, das zu bewirken, was sie in der Tat bewirkt. So führen sich auch bei uns die Empfindungen und Handlungen, wodurch wir „die großen Endzwecke der Natur“ befördern, nicht auf unsre Weisheit zurück, sondern wir werden dazu durch natürliche Triebe und Instinkte gleichsam gezogen, wohin Gottes Weisheit uns leiten will. Handeln wir den natürlichen Trieben gemäß, so bedienen wir uns der wirksamsten Mittel, die Glückseligkeit der Menschen — sie ist ja der „große Endzweck der Natur“ — zu befördern, und man kann alsdann gewissermaßen von uns sagen, daß wir Mitarbeiter Gottes sind, und daß wir, soviel an uns ist, den Entwurf der Vor-sehung ausführen helfen<sup>1</sup>.

b) Unter den Trieben nehmen vor allem die selbstischen Instinkte (selfish passions) unser Interesse in Anspruch. Den naturgemäßen Gegenstand dieser Triebe bilden ja nach Adam Smith die wirtschaftlichen Dinge<sup>2</sup>. Wenn wir etwa einwenden wollten, daß die freie Entfaltung des privaten Eigennutzes der einzelnen Individuen leicht zum Ausschluß der großen Menge vom Mitgenuß an den irdischen Gütern führen könnte, dann versichert uns Smith, gerade die selbstischen Triebe würden, sofern man sie ruhig gewähren lasse, naturgemäß zur besten Verteilung der Güter geleiten, ja nicht einmal da einen Schaden anrichten, wo sie ihren höchsten Grad erreichten und allen Wohlwollens bar zu sein schienen:

„Vergebens wirft der stolze und gefühllose Edelmann seinen Blick auf seine ausgebreiteten Ländereien, als ob alles für ihn wäre: vergebens verzehrt er in seiner Einbildungskraft die ganze Ernte, die darauf wächst, ohne an die Bedürfnisse seiner Brüder zu denken: er muß, auch ohne es zu wollen, abgeben. Das einfältige und gemeine Sprichwort, daß der Magen eher genug hat als die Augen, wird nie vollkommener als bei ihm wahr befunden. Die Geräumigkeit seines Magens hat kein Verhältnis gegen die Unermeßlichkeit seiner Begierden und kann nicht mehr fassen als der Magen des geringsten Bauern. Das übrige muß er unter diejenigen verteilen, die auf die künstlichste Art das wenige, was er braucht, zubereiten, unter diejenigen, die den Palast, in welchem dieses wenige soll verzehrt werden, ausschmücken, unter diejenigen, die alle die verschiedenen Geräte und Geschirre, die bei der Haushaltung der Großen gebraucht werden, besorgen und in Ordnung halten. Diese alle bekommen von seiner Üppigkeit und seinem Eigensinn den Teil von den Bedürfnissen des Lebens, den sie von seiner Menschlichkeit oder Gerechtigkeit vergebens würden erwartet haben. Die Früchte des Landes ernähren zu jeder Zeit fast die ganze Zahl der Einwohner, die es ernähren kann. Die Reichen haben nichts voraus als die Freiheit, aus dem Haufen das Kostbarste und Beste für sich auszusuchen. Sie verzehren wenig mehr als die Armen; sie mögen immerhin nur auf ihre eigenen Vorteile denken, immerhin mag die Befriedigung ihrer eigenen eitlen und unersättlichen Begierden der einzige Endzweck sein, um welchen es ihnen bei den Arbeiten der Tausende, die ihnen dienen, zu tun ist; trotz ihrer selbstischen Eigenliebe und Raubgierigkeit teilen sie doch mit den Armen die Früchte ihrer Anstalten und Verbesserungen. Sie werden durch eine unsichtbare Hand geleitet, beinahe eben die Anstellung der Notwendigkeiten des Lebens zu machen, welche gemacht sein würde, wenn die

<sup>1</sup> Smith, Theorie der moralischen Empfindungen 323.

<sup>2</sup> Ebd. 77 ff. 89 ff. 94 ff. 342 ff. 490.

Erde unter alle ihre Einwohner in gleichen Portionen verteilt wäre. Ohne es zu wissen, befördern sie die Vorteile der Gesellschaft und erleichtern die Vermehrung der Bevölkerung. Als die Vorsehung die Erde unter wenige Eigentümer verteilte, ließ sie doch diejenigen, die bei der Verteilung übergangen zu sein schienen, nicht leer ausgehen; sie vergaß sie nicht. Die letzten bekommen ihr Teil von allem, was sie hervorbringt. In dem, was die wahre Glückseligkeit des menschlichen Lebens ausmacht, sind sie auf keine Art unter denen, die über sie so sehr erhaben scheinen. In dem guten Zustande des Körpers sind fast alle verschiedenen Klassen der Menschen sich gleich, und der Bettler, der sich an der Heerstraße hinter einem Zaune sonnet, besitzt die Sicherheit, für welche Könige fechten.“<sup>1</sup>

c) Allerdings spricht Adam Smith auch von Schranken der Selbstliebe, die durch Klugheit, Gerechtigkeit und Wohlwollen gezogen werden<sup>2</sup>.

α) Der Klugheit Aufgabe ist es, unsern Leidenschaften und Begierden diejenigen Grenzen zu ziehen, „welche die Gesundheit und das Vermögen uns vorschreiben“<sup>3</sup>. Gesundheit und Vermögen schonen, das ist gewiß klug, aber doch nur kluge Selbstliebe, „wohlverstandenes Interesse“ der eigenen Person.

β) Auch die Gerechtigkeit wird durchaus individualistisch gefaßt. Solange man sich enthält, dem einzelnen Mitbürger positiven Schaden zuzufügen, so zwar, daß man sich an seiner Person, seinem Eigentum, seiner Ehre nicht vergreift, ist diese Gerechtigkeit gewahrt<sup>4</sup>.

Was Hume nicht gelang, brachte Adam Smith fertig. Er fand selbst für die Gerechtigkeit eine Gefühlsgrundlage<sup>5</sup>. Nicht allgemeine, von der Vernunft geforderte Rücksichten auf das Wohl der Gesellschaft als eines Ganzen, auf die Ordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern lediglich individuelle Nützlichkeitsrücksichten oder vielmehr der Vergeltungstrieb gegenüber der Verletzung individueller Rechte stützt das, was Smith hier „Gerechtigkeit“ nennt. Der einzelne, der in seiner Person, seiner Ehre, seinem Eigentum geschädigt ist, beansprucht unser Interesse, indem wir mit den Äußerungen seines Vergeltungstriebes sympathisieren.

γ) Das Wohlwollen endlich ist nach Adam Smith für den Bestand der Gesellschaft nicht notwendig, trägt lediglich zur Blüte derselben bei; es bildet „eine Verzierung, die das Gebäude verschönert, nicht den Grund, der es trägt“. „Der bloße Mangel der Wohltätigkeit stiftet nie ein reelles, positives Übel.“<sup>6</sup> Beachtet man überdies, daß das Wohlwollen bei Smith nicht als Forderung eines durch die Vernunft und die Offenbarung promulgierten Sittengesetzes erscheint, sondern ebenso wie die Selbstliebe im naturalistischen Moralsystem ein natürlicher Affekt oder Trieb ist, so kann man unmöglich von einem solchen Wohlwollen viel erwarten<sup>7</sup>. Verfügt ja doch, wie die Erfahrung zeigt, die bloß instinktive Selbstliebe nur zu oft über eine viel größere impulsive Kraft als ein ebenfalls bloß instinktives Wohlwollen, weshalb denn auch das Opfer der eigenen Interessen unter dem Einfluß des lediglich triebhaften Wohlwollens nicht gerade zu den häufigsten Erscheinungen des Menschenlebens gehören dürfte.

<sup>1</sup> Smith, Theorie der moralischen Empfindungen 373 f.

<sup>2</sup> Ebd. 342 ff. 490. Vgl. auch Ergänzungen der 6. Aufl. der Theory, 6. Teil: Vom Charakter der Tugend, Schluß, in der Ausgabe von L. Th. Kosegarten (1791) 197 f.

<sup>3</sup> Ebd. 54.

<sup>4</sup> Ebd. 197 f.

<sup>5</sup> Ebd. 203 f.

<sup>6</sup> Ebd. 185.

<sup>7</sup> Vgl. die Bemerkung in „Adam Smith“ von Karl Jentsch (1905) 143 f.



Im Grunde genommen sind alle diese Schranken der Selbstliebe wieder nichts anderes als Selbstliebe: die Klugheit, die Gesundheit und Vermögen schützt; die Gerechtigkeit, die auf dem Triebe der Vergeltung beruht; das freie<sup>1</sup> Wohlwollen, dessen Verletzung nicht von dem Gefühl der Schuld begleitet, zu dessen Übung der Mensch nur angetrieben wird „durch das gefällige und schmeichelnde Bewußtsein verdienter Belohnung“<sup>2</sup>. Der Gott des Deismus spielt dabei eine geradezu klägliche Rolle. Die „Religion“ hat nur „durch Schrecknisse“ das „natürliche Gefühl von der Pflicht noch mehr einzuschärfen“<sup>3</sup>. Es ist eine Ehre für das Christentum, daß ihm in einem solchen Moralsystem kein Platz angewiesen wurde.

Da Adam Smith sich mit der bloßen, mehr oder minder geistreichen Darlegung seiner empirischen Morallehre und des vielfach tatsächlichen Verhaltens der Menschen begnügt, auf eine eigentliche Beweisführung zu Gunsten derselben aber verzichtet, so bedarf es wohl auch unsererseits keiner wissenschaftlichen Widerlegung der Theorie. Der alte Satz: *Expositio sententiae refutasse est*, bewahrt in diesem Falle seine Geltung. Dabei bestreiten wir nicht, daß Smith ein feiner Beobachter und interessanter Erzähler ist. Aber eine „Moralphilosophie“ ist sein Werk nicht.

Wenn übrigens Adam Smith von seinem naturalistischen Standpunkt aus lehrte, Gottes Weisheit lenke den Menschen durch Instinkte zu den großen Zielen der Natur, so hat er des Menschen Natur und Würde völlig verkannt. Gottes Weisheit keine Ehre angetan. Gewiß darf namentlich die Bedeutung der triebhaften Selbstliebe für das wirtschaftliche Leben nicht unterschätzt werden. Aber diese Triebkraft besitzt beim Menschen nicht das Regulativ ihrer Wirksamkeit in sich selbst, wie dies bei den natürlichen Instinkten des Tieres der Fall ist. Das Tier ist durch seine Instinkte zur Art und Weise seines Verhaltens von dem Urheber der Natur im voraus hinreichend genau bestimmt. Der Mensch aber wählt frei zwischen den verschiedenen Wegen, wie er seine Bedürfnisse befriedigen will<sup>4</sup>. Die höhere Leitung kann er nur durch das empfangen, was dem

<sup>1</sup> Smith, Theorie der moralischen Empfindungen 184.

<sup>2</sup> Ebd. 204.

<sup>3</sup> Ebd. 319. Das Pflichtgefühl aber im Sinne A. Smiths ist lediglich die Ehrfurcht vor gewissen Regeln, die wir aus der Handlungsweise der Menschen, aus ihrer Billigung und Mißbilligung, abstrahieren. Die Natur leitet uns an, in diesen Regeln Gebote Gottes zu erblicken, und die Philosophie hat die Vernünftigkeit dieses Glaubens nachgewiesen. Die Natur führt eben den Menschen dazu, jenen geheimnisvollen Wesen, die Gegenstand des religiösen Kultus sind, die eigenen Empfindungen und Affekte beizulegen, und wir müssen natürlich der Gottheit vorzugsweise solche Gefühle zuschreiben, die der größte Schmuck der Menschennatur sind. Die Vernunft aber bestätigt diesen Glauben. Die Vernunft bestätigt allerdings bei A. Smith sehr vieles. Ist es ja im Grunde genommen ihre ausschließliche Rolle zu sammeln, zu bestätigen, was die natürlichen Triebe erstreben. Übrigens wird noch bemerkt: in kleinen, nicht in wichtigen Dingen sollen wir den moralischen Regeln folgen. Handelt es sich um große Leistungen und große Gewinne, dann erhalten die egoistischen Affekte ihren Freibrief. Der kühne Unternehmer steht uns höher als der korrekte Alltagsmensch. Den Helden, den Eroberer, den großen Staatsmann bewundern wir auch dann, wenn er seine großen Ziele mit Verletzung der Gerechtigkeit verfolgt.

<sup>4</sup> In der Enzyklika „*Rerum novarum*“ bespricht Leo XIII. diesen Unterschied in folgender Weise: „Das Tier bestimmt sich nicht selbst, sondern wird durch den doppelten Instinkt seiner Natur geleitet. Derselbe beschützt seine Vermögen, er fördert die Entwicklung der Kräfte, er erregt und bestimmt deren Betätigung. Indem der eine Instinkt

Menschen als solchem eigentümlich ist, durch die Vernunft und durch ethische Gesetze, welche der natürlichen Vernunft eingeprägt sind, und durch ein positives Sittengesetz, vor welchem die Vernunft als vor dem geoffenbarten Willen Gottes sich beugt. Über allen Impulsen und Lockungen der Triebe steht der souveräne Wille, der frei für jeden einzelnen Fall die letzte Entscheidung trifft. der nicht bloß durch Triebe und Instinkte, sondern in erster Linie durch die ethischen Vernunftideen, durch die vernünftige Erkenntnis des göttlichen Gesetzes. durch ein wahrhaft sittliches Pflichtbewußtsein sich leiten lassen kann und soll. Um höherer Beweggründe, der Gerechtigkeit und des Gemeinwohles willen, kann er sogar den eigenen, individuellen Nutzen des Handelnden zum Opfer bringen. Den Instinkten die sittliche Leitung des Menschen überantworten wollen, das heißt den Menschen brutalisieren, das wirkliche Sittengesetz verleugnen, den Begriff der Sittlichkeit verfälschen, dem verderblichsten Egoismus einen Freibrief ausstellen<sup>1</sup>. Wir nehmen jedoch zur Ehre Adam Smiths an, daß er diese Konsequenzen seiner Lehre nicht erkannt und nicht gewollt hat.

3. *Die Smithsche Staatsauffassung.* „Besäßen wir von Smith eine Staatslehre“, sagt Helferich<sup>2</sup>, „sie würde ohne Zweifel atomistisch sein.“ In der Tat, wenn Smith die individualistische Staatsphilosophie seiner Zeit mit dem eigenen Moralsystem verglich, so mußte ihm dieselbe als Bestätigung seiner Lehre erscheinen. Der optimistische, aus dem naturalistischen Deismus stammende Gedanke, Gott habe das unermessliche Gebiet des Ganzen der Welt so eingerichtet, daß zu allen Zeiten die größtmögliche Summe des Glücks bei freiem Wirken der natürlichen Kräfte gewonnen werde, führte von selbst zu der Auffassung, man müsse es der Natur überlassen, unbehindert ihr Ziel zu verfolgen, ihr segensreiches Werk zu vollenden. Die Natur leitet uns ja durch den Mechanismus der Triebe, auf wirtschaftlichem Gebiete insbesondere durch den Instinkt der Eigenliebe, zu dem „großen Endzweck der Natur“. Mit logischer Notwendigkeit ergibt sich hieraus die Forderung an den Staat, von Eingriffen in das wirtschaftliche Leben Abstand zu nehmen. Das Gemeinwohl wird am besten gewahrt, wenn man die Menschen auf wirtschaftlichem Gebiete ihren individuellen Interessen nachgehen läßt. Auch des klügsten Staatsmannes Weisheit muß ja zurücktreten hinter der im instinktiven menschlichen Naturstreben sich auswirkenden unendlichen Weisheit Gottes. Kurz, die Freiheit des privaten Interesses, die Ungebundenheit der individuellen wirtschaftlichen Selbstbestimmung als sicherste Grundlage des materiellen

---

das Tier zur Selbsterhaltung treibt, bestimmt es der andere zur Fortpflanzung des Geschlechts. Für beides aber ist es auf den engen Bereich desjenigen, was ihm gegenwärtig ist, angewiesen, eine Grenze, über welche es nicht hinauskommt, weil es nur durch das sinnliche Vermögen und durch Einzeleindrücke beherrscht wird. Weit davon verschieden ist die Natur des Menschen. In ihm findet sich einerseits das Wesen des Tieres in seiner Ganzheit und Vollkommenheit, und so besitzt er wie dieses das Vermögen sinnlichen Genusses, aber seine Natur geht nicht in einer tierischen auf, mag man sich letztere noch so vervollkommen denken; er erhebt sich hoch über die tierische Seite seiner selbst und macht diese sich dienstbar. Was den Menschen adelt und ihn zu der ihm eigenen Würde erhebt, das ist der vernünftige Geist; dieser verleiht ihm seinen Charakter als Mensch und trennt ihn seiner ganzen Wesenheit nach vom Tiere.“

<sup>1</sup> H. Roesler, *Über die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie* (1871) 30 ff.

<sup>2</sup> Rektoratsrede über Adam Smith und sein Werk (1877) 14.

Gedeihens der Völker — das war der leitende Gedanke, den Adam Smith aus seiner „Theory of moral sentiments“ in den „Wealth of nations“ hinübernehmen mußte. In Wirklichkeit beherrscht denn auch die privatwirtschaftliche Freiheitsforderung, die individualistische Behandlung des Erwerbslebens die ganze Untersuchung über den Wohlstand der Völker: wiederholt wird die „natürliche Ordnung“, der „natürliche Lauf der Dinge“ betont und in Gegensatz gestellt zu den Beschränkungen der Freiheit durch die sozialen Mächte: Staat und Korporation. Aus einer Manuskriptskizze, die Adam Smith als Professor in Glasgow 1775 bei einer dortigen Gesellschaft deponiert hat, um seine Priorität für gewisse Lehrsätze zu beweisen, berichtet Dugald Stewart<sup>1</sup> folgende Stelle: „Gewöhnlich wird der Mensch von den Staatsmännern und Projektenmachern als Material für eine politische Maschine betrachtet. Die Projektenmacher stören die Natur in ihrem Wirken auf die menschlichen Angelegenheiten. Man braucht sie nur allein walten, ihre Zwecke ungestört verfolgen zu lassen, damit sie ihre eigenen Ziele erreiche.“<sup>2</sup> Diese Auffassung paßt durchaus zu dem „Wealth of nations“. „Jeder einzelne“, so lesen wir z. B. im zweiten Kapitel des vierten Buches des Wealth, „ist stets darauf bedacht, die vorteilhafteste Anlage für das Kapital, über das er zu gebieten hat, ausfindig zu machen. Er hat allerdings nur seinen eigenen Vorteil und nicht den des Volkes im Auge. Aber gerade die Bedachtnahme auf seinen eigenen Vorteil führt ganz von selbst naturally, or rather necessarily) dazu, daß er diejenige Anlage bevorzugt, welche zugleich für die Gesellschaft die vorteilhafteste ist.“ Allerdings muß anerkannt werden, daß der Grundsatz, der Privategoismus geleite immer von selbst und mit Notwendigkeit zum Gemeinwohl, bei Adam Smith noch nicht zum vollsten Ausdruck gelangt. Vielmehr betont Smith an verschiedenen Stellen sogar die Möglichkeit eines Gegensatzes zwischen den Privatinteressen der einzelnen und dem Gesamtwohl des Volkes. Er hat, wie Knies<sup>3</sup> gegen Hildebrand hervorhebt, nur das häufige Übereinstimmen des Privatinteresses mit dem Gemeininteresse zu behaupten gewagt (Wealth of nations IV 2: By pursuing his own interest he *frequently* promotes that of the society more effectually than when he really intends to promote it). Die späteren liberalen Ökonomen dagegen haben Dupont de Nemours' Lehre<sup>4</sup> wieder auf-

<sup>1</sup> The collected works of D. Stewart, edited by W. Hamilton X (1877) 58.

<sup>2</sup> Die „Projektenmacher“ sind nicht, wie Oncken Das Adam Smith-Problem, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft III 278 meint, großkapitalistische Unternehmer, die den Menschen doch kaum als Material für eine „politische Maschine“ betrachten können, sondern die Verfasser von Staatsromanen und sonstigen Utopien, an denen das 18. Jahrhundert reich war. Vgl. Bernsteins Besprechung der 1. Aufl. dieses Werkes in den Dokumenten des Sozialismus V (1905) 485 f.

<sup>3</sup> Politische Ökonomie 225 f.

<sup>4</sup> Dupont de Nemours, Abrégés des principes de l'économie politique 382: Das Interesse eines jeden ist dasselbe wie das Interesse aller. In dieser Allgemeinheit und Unbeschränktheit ist der Satz unrichtig und verderblich. Andererseits soll nicht bestritten werden, daß ein geordnetes Geltendmachen des eigenen Interesses dem Wohle des Ganzen nicht widerspricht. v. Thünen (Der isolierte Staat<sup>3</sup> [1875] 326 bedient sich einer ähnlichen Ausdrucksweise wie A. Smith. Er sagt: „Während der Mensch nur seinen eigenen Vorteil zu verfolgen wähnt, ist er das Werkzeug in der Hand einer höheren Macht und arbeitet, ihm selbst oft unbewußt, an dem großen und künstlichen Bau des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft.“ Ganz richtig! Aber das gilt eben ledig-



gegriffen und behauptet: jeder befördere durch das ungehemmte Verfolgen seiner Privatinteressen zugleich immer auch die Interessen der Gesellschaft. Sodann ging Adam Smith, trotz seiner Abneigung gegen staatliche Reglementierung, nicht so weit, vom Staate ein völlig passives Verhalten dem Wirtschaftsleben gegenüber zu fordern<sup>1</sup>. Er verlangt positive Fürsorge für gemeinnützige Anstalten, auch Beschränkungen der individuellen Freiheit gegenüber dem Wucher; er verteidigt (aus politischen Gründen) die Navigationsakte, ist für Zollrepressalien, ferner für Begrenzung der Emissionsfreiheit von Banknoten u. dgl., er spricht von einem Prüfungszwange, einem Waffenübungszwange, fordert das Truckverbot. Auch in der Auffassung vom „Wohlstand der Völker“, von der Relativität der Erscheinungen steht Adam Smith, wie in der Staatslehre, höher als manche Glieder der Schule, die ihm zu folgen vorgab. Insbesondere kann Smith soziales Empfinden, im Rahmen seiner Zeit, keineswegs abgesprochen werden<sup>2</sup>. Gleichwohl wird durch all dieses die immerhin noch maßvollere, individualistische Grundanschauung der Smithschen Wirtschaftslehre nicht berührt. Was ihr zu widersprechen scheint, bleibt Ausnahme oder Mangel an Konsequenz. Das leitende Prinzip ist doch, daß „der Eigennutz des einzelnen der sicherste Kompaß auf dem Meer des wirtschaftlichen Lebens sei“ (Julius Wolf), und es fehlen der Auswirkung dieses Eigennutzes gegenüber die notwendigen Garantien, wenigstens mit der erforderlichen Universalität, zum Schutze des Wohlstandes des gesamten Volkes.

Es ist üblich geworden, von einer „klassischen Nationalökonomie“ zu sprechen, als deren Haupt Adam Smith gilt. Außer ihm werden als „klassische Nationalökonomien“ noch Robert Malthus, David Ricardo, Jean Baptiste Say, John Stuart Mill aufgeführt.

Malthus (geb. 1766, gest. 1834) war anglikanischer Geistlicher, seit 1805 Professor der politischen Ökonomie am Kollegium der Ostindischen Kompagnie zu Haileybury. 1798 gab er seinen berühmten „Essay on the principle of population“ heraus.

Ricardo wurde als der Sohn eines jüdischen Kaufmanns 1772 zu London geboren, schloß sich aber später dem Protestantismus an. Erfolgreiche Geschäfte machten ihn zu einem vermögenden Mann. Sein Hauptwerk „Principles of political economy and taxation“ erschien 1817.

lich, soweit das Privatinteresse nicht in Konflikt gerät mit fremden Rechten und mit dem Wohle der Gesamtheit, also nicht überall und nicht für jede Forderung des privaten Interesses.

<sup>1</sup> Wealth of nations II, chapt. 4 (Stöpel's Übersetzung II 104 ff.); chapt. 2 (ebd. II 69); IV, chapt. 2 (ebd. II 226 ff.); V, chapt. 1, 1 (ebd. IV 1 ff.); chapt. 1, 2 3 (ebd. IV 24 40 85 ff.); I, chapt. 10 (ebd. I 137 ff.). Außer dem fünften Buche des Wealth of nations und manchen Stellen der Theory of moral sentiments läßt sich Smiths Auffassung vom Staate namentlich aus den von Cannan 1896 herausgegeben „Lectures on justice“ (Abschnitt „Of public jurisprudence“) erkennen. Auch da erscheint der Schutz des Eigentums als Hauptaufgabe des Staates, und es wird eine korporative Gestaltung des Gesellschaftslebens für die höheren Stufen der Entwicklung abgelehnt.

<sup>2</sup> Huth, Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert usw. (1907). Hans Gerig, Der sozialpolitische Gehalt von Smiths Untersuchung über Natur und Ursachen des Nationalreichtums usw., in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLIII (1912) 202 ff.

Say (geb. 1767 zu Lyon, gest. 1832 zu Paris) schrieb den „*Traité d'économie politique*“ (1803); ferner den „*Cours complet d'économie politique pratique*“ (6 Bde., 1828—1830). J. B. Say ist der Begründer der französischen Freihandelschule. (L. v. Stein nennt ihn den Taufpaten der Lehren von A. Smith auf dem Kontinent.) Sowohl der Sohn J. B. Says, Horace Émile Say, wie sein Enkel J. B. Léon Say haben sich als nationalökonomische Schriftsteller einen Namen erworben.

Mill war der Sohn von James Mill, welcher in seinen nationalökonomischen Schriften sich an Smith und besonders an Ricardo anlehnte. John Stuart Mill wurde geboren 1806 zu London und starb 1873 auf einer Reise durch Frankreich zu Avignon. Er ist der Verfasser des „*System of logic*“, das von den Ideen Bentham's und Aug. Comtes beeinflusst wurde. Von nationalökonomischen Schriften müssen namentlich die „*Essays on some unsettled questions of political economy*“ (1844) und das Hauptwerk „*Principles of political economy*“ 1848 genannt werden. Wenn Mill in einzelnen Fragen auch einen von der Smithschen Doktrin abweichenden Standpunkt einnimmt, so hält er doch an der Lehre der freien Konkurrenz fest.

Die Verdienste dieser Männer um die Wissenschaft sind unvergänglich. Der Name der „klassischen“ Autoren soll ihnen belassen bleiben. Ihr Verhängnis war es, daß in dem Augenblick, wo alles zur wissenschaftlichen Vervollständigung der Nationalökonomie hindrängte, die Philosophie des Tages ihren Forschungen die unentbehrliche tiefere theoretische Grundlage nicht zu gewähren vermochte und das durch die geschichtliche Entwicklung nahegelegte Freiheitspostulat bereits in falsche Wege einzulenken begonnen hatte.

Wir werden, wie gesagt, an anderer Stelle auf die wirtschaftlichen Lehren der Klassiker und sonstiger Nationalökonomien, die zur Smithschen Schule gehören, zurückkommen müssen. Dabei wird sich dann auch Gelegenheit bieten, die nationale und handelspolitische Reaktion gegen den Smithianismus („List“) sowie dessen Kritik unter sozialpolitischem Gesichtspunkte (durch Sismondi und die Kathedersozialisten) eingehender zu behandeln. Kurz erwähnt sei überdies der Einfluß, der von philosophischen und rechtsphilosophischen Systemen, von Fichte, Schelling, Hegel, von Stahl, Ahrens, Röder, von den Romantikern, von Adam Müller, Albrecht v. Haller, der historischen Rechtsschule gegenüber dem individualistischen Prinzip sich geltend machte, wenn wir auch nicht die Auffassungen, die in dieser Reaktion zur Geltung kamen, durchweg teilen können. Hier an dieser Stelle kommt es uns zunächst nur darauf an, noch einen kurzen Überblick über das Herrschaftsgebiet und die Fortbildung des individualistischen Freiheitsgedankens für das wirtschaftliche Gebiet im allgemeinen zu gewinnen.

**4. Siegeslauf des freiwirtschaftlichen Prinzips. Freihandelschule. Manchestertum.** Die wirtschaftliche Freiheit, welche die Aufklärung verkündete, war eine verkehrte, verderbliche. Die Freiheit wurde als Axiom, als alles beherrschendes Prinzip hingestellt und behandelt, nicht als Problem erfasst, nicht als Attribut der Zivilisation ausgestaltet<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Wagner, *Grundlegung* 10 86, mit Hinweis auf Dunoyer *Liberté du travail* [1845, Brüsseler Nachdruck 1846] 8 und auf Gustav Cohn. Ferner Stöckl-Huppert, Artikel „*Liberalismus*“, im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* III<sup>2</sup> 1111 ff.

So forderte man die allgemeine Gewerbefreiheit mit Ausschluß obligatorischer Korporationen, Freiheit des Arbeitsvertrages, Unbeschränktheit des Betriebes; dann die allgemeine Freizügigkeit: jeder soll wohnen und arbeiten können, wo es ihm beliebt; ferner Freiheit des Eigentums, auch des Grundbesitzes: alles Eigentum muß flüssig sein, alle Schranken des Verkaufs, der Vererbung, der Teilung, der Verpfändung von Immobilien sind zu beseitigen, damit jeder unbehindert erwerben, seinen Wohlstand erhöhen könne; freie Konkurrenz in Produktion und Absatz, Freiheit des Marktes, des Angebots und der Nachfrage, der Preisbildung; Freiheit der Verträge, der Zinsforderung, der Börsengeschäfte, der Aktiengesellschaften, der Ringe usw. Statt die Freiheit zum mindesten auch als ein soziales Telos zu behandeln, statt zu fragen: wie müssen die gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse geformt werden, damit die Menschen — nicht nur die Mächtigen — wirklich frei und glücklich werden, galt die Freiheit fast als alleinige Ursache des Glücks. Man gebe den Menschen ihre „natürliche“ Freiheit, und sie werden glücklich sein! Diese „natürliche“ Freiheit aber wurde nicht als ein frei sein im Staate, sondern als ein „frei sein vom Staate“, als nahezu absolute Unabhängigkeit des Individuums ausgedeutet, die Eigentumsordnung aus der rechtlichen Verbindung mit den Bedürfnissen des gesellschaftlichen Zusammenlebens herausgerissen, der Eigentumsbegriff analog der abstrakt gedachten persönlichen Freiheit gestaltet, so daß in der Tat das Eigentum nur noch als ein in die Sachenwelt hinein verlängertes Ego erschien. Alle Rücksichten und Schranken, die in früheren Zeiten zum Wohl der Familie, des Standes und Berufes, des Volkes, des Staates verlangt wurden, mußten unbedingt verschwinden. An Stelle überlebter Formen lebenskräftige Institutionen zu schaffen, welche die aus der persönlichen Freiheit abgeleiteten Rechte mit den veränderten geschichtlichen Verhältnissen, aber auch mit den notwendigen Postulaten des sozialen und volkswirtschaftlichen Zusammenwirkens für die Zwecke der Gesamtheit hätten in Einklang setzen können, dazu fehlte Verständnis und Wille. Die ganze überlieferte soziale Ordnung wurde wie ein baufälliges Haus dem Abbruch geweiht. Auf der freien Wiese sollten dann die Individuen ihren Kampf ums Dasein ausfechten, während der Staat den müßigen Zuschauer spielte. Das ist die berühmte „freie Konkurrenz“, für die Starken ein sehr günstiges Verhältnis, nichts weniger aber als die Vorraussetzung eines wahren sozialen und volkswirtschaftlichen Fortschrittes. „La liberté du fort c'est l'oppression du faible!“ (Lacordaire.) Der Mensch wird dabei, um ein Wort Hermann Roeslers zu gebrauchen, aus dem Bürger herausgeschält, doch nicht einmal der ganze und vollkommene Mensch, sondern so, wie die einseitige Individualpsychologie der empirischen Moralphilosophie ihn erschaute und anpries: ein von Naturtrieben, für das wirtschaftliche Gebiet von der Selbstliebe determinierter Egoist. Das ist ja der „von Natur“ aus „gute“



Mensch, dem die Theologen eine Erbsünde haben andichten wollen. Wozu sollte man auch diesen „natürlich guten“ Menschen in seiner Freiheit beschränken? Geht er dabei zu Grunde, so hat er nach dem Prinzip der „Selbstverantwortlichkeit“ sich das allein zuzuschreiben: er mag sich trösten mit dem Gedanken, daß er wenigstens die Freiheit hatte, reich und glücklich zu werden. Und richtet er andere zu Grunde, wer ist dann für deren Untergang verantwortlich?

Es ist ein in sich schönes, aber bei absoluter, individualistischer Freiwirtschaft für das stille Ringen der wirtschaftlich Übermächtigen mit den wirtschaftlich Schwachen nur zu oft bedeutungsloses Wort, wenn die liberale Theorie so viel von der persönlichen Selbstverantwortlichkeit redete. Sind die zahlreichen Opfer — sagen wir: der „Konjunktur“ — wirklich verantwortlich für ihren Untergang? Man wendet freilich ein, die Konjunktur schlage Wunden, doch sie heile diese auch wieder; heute bringe sie Verlust, morgen Gewinn! Wie aber, wenn Verlust und Gewinn sich nicht bei der gleichen Person, der gleichen Klasse zusammenfinden, wenn die einen auf schwindelnde Höhen des Reichtums getragen, andere dauernd in den Abgrund wirtschaftlichen Ruins hinabgeschleudert werden? Oder bewirkt die Konjunktur so sicher, so regelmäßig bei derselben Person oder Klasse einen Ausgleich von Gewinn und Verlust? Auch die Mahnung, durch Anwendung größerer Sorgfalt, größeren Fleißes die Konjunktur zu eigenem Vorteil auszunutzen, klingt vielleicht in den Ohren des Spekulanten sympathisch: sie verleiht aber, selbst abgesehen von ethischen, sozialen Bedenken, noch lange nicht jedem die Möglichkeit, sich an den günstigen Konjunkturen vorteilhaft zu beteiligen, den ungünstigen sich zu entziehen. Wenn schließlich das unverdiente Glück der einen, das unverdiente Unglück der andern sogar als eine unabweisbare Konsequenz des Privateigentums hingestellt wurde, so ist das eine sehr gefährliche Argumentation. Die Abschaffung des Privateigentums im Sinne des Sozialismus müßte dann als das einzige Heilmittel sich darstellen. Allein die Beweisführung ist falsch, weil sie nicht unterscheidet. Vor Glücks- und Unglücksfällen schützt keine Form und Gestalt des Wirtschaftslebens. Auch bestreiten wir nicht, daß manche schlimme Wirkungen der Konjunktur eine Begleiterscheinung der auf Privateigentum gegründeten Wirtschaftsordnung sein können. Aber die Frage bleibt, ob es sich hier, bei den überaus zahlreichen Mißständen des neuzeitlichen Wirtschaftslebens, immer um wesentliche, notwendige, unabwendbare Konsequenzen handelt, ob es Folgen der Privateigentumsinstitution als solcher oder vielmehr sehr oft nur Folgen der individualistisch ausgestalteten Eigentums- und Erwerbsordnung sind, ob nicht durch öffentliche Institutionen, durch Regulierung, Bindung der Freiheit eine den heutigen Bedürfnissen entsprechende Ausdehnung der Gemeinwirtschaft recht viele der unmittelbaren oder mittelbaren Wirkungen der „Konjunktur“ und ihrer absolut freien privaten Ausnutzung, zum Wohle des ganzen Volkes, beseitigt, zum mindesten wesentlich gemildert werden können, so zwar, daß der Gesamtzustand relativ glücklicher, jedenfalls auch unvergleichlich besser wäre als in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Läßt der Individualismus eine Beschränkung der individuellen Freiheit zu Gunsten der privaten Persönlichkeit, des privaten Eigentums gegen Mörder, Verleumder, Diebe und Räuber zu, so dürfte er ja eigentlich prinzipiell auch gegen eine Bindung der Freiheit zum Schutze des Gesamtwohles, der Nation, der Volks-

genossen nichts einzuwenden haben. Zu dieser Logik lassen sich freilich regelmäßig gerade diejenigen am wenigsten bekehren, deren Freiheit am ehesten eine Bindung zu gewärtigen hätte<sup>1</sup>.

Was sodann speziell die Freiheit des internationalen Handels, den Freihandel im engeren Sinne (Ausschluß von Zollschränken, von Ein- und Ausfuhrverboten), betrifft, so verteidigte A. Smith zwar dessen Vorzüge; allein er glaubte vorderhand noch nicht daran, daß England so bald in dieser Weise seinen Handel praktisch gestalten werde. Während ferner Malthus zu den Anhängern der Korngesetze zählt, hat Ricardo dem freihändlerischen Gedanken die Form gegeben, an welche die englische Freihandelsschule vornehmlich anknüpfte<sup>2</sup>. Er lehrte, daß bei freiem auswärtigen Handel sich jedes Land auf diejenigen Produktionszweige verlegen werde, für die es verhältnismäßig am meisten geeignet sei. Dieser Gedanke findet sich bei allen Anhängern der englischen Freihandelsschule, wie Macculloch, James Mill, Senior u. a. Man spricht von einer weitgehenden Arbeitsteilung unter den Völkern, von einer Konzentrierung der Gütererzeugung an den relativ günstigsten Standplätzen, wo die Erzeugungskosten die niedrigsten wären, somit eine bedeutende Ersparung wirtschaftlicher Werte zu erhoffen sei. Indem jedes Land sich auf die Herstellung derjenigen Güter beschränke, für die es verhältnismäßig die besten Bedingungen besitze, im übrigen aber der Handel den Austausch zwischen den einzelnen Produktionsgebieten besorge, werde zweifellos der Vorteil aller Länder sicher und wirksam gewahrt sein. Es ist jedoch bei dieser Argumentation die natürliche und faktische Gleichwertigkeit der verschiedenen Volkswirtschaften in

<sup>1</sup> Vgl. Kleinwächter, Das Einkommen und seine Verteilung (1896) 69 f.; A. Wagner, Grundlegung I, 1, 392 ff.

<sup>2</sup> Vgl. W. Lexis, Artikel „Freihandelsschule“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 954 ff. In der älteren englischen Literatur bedeutet „Free-trade“ den Wegfall des Einzelmonopols privilegierter Handelsgesellschaften, da durch solche Privilegien die übrigen einheimischen Kaufleute sich benachteiligt sahen. In diesem Sinne handelten Misselden und Malynes über Free-trade (beide 1622). Daß der einheimische Handel vor dem fremden bevorzugt werden müsse, stand damals noch außer Frage, während später Free-trade die Gleichstellung der ausländischen und inländischen Kaufleute bedeutete. Vgl. A. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie I (1902) 207. — Wie Diehl in seinen Erläuterungen zu Ricardo ausführt, hat die Freihandelslehre Ricardos noch einen relativ gemäßigten Charakter. Er läßt nicht nur Finanzzölle, sondern in außerordentlichen Fällen vorübergehend auch Schutzzölle zu. — „Faßt man die Ansichten, welche A. Smith an den verschiedenen Stellen seines Werkes über die handelspolitischen Momente zum Ausdruck bringt, zusammen, so ergibt sich folgendes in Betreff des Zollwesens, das ja den Angelpunkt der Handelspolitik bildet: 1. keine oder nur ausnahmsweise Schutzzölle, und zwar unter bestimmten Voraussetzungen; 2. mäßige Finanzzölle als allgemeines Prinzip, wobei die Höhe derselben mit den innern, auf der Produktion liegenden Steuern parallel laufen soll; 3. möglichste Zollbefreiung solcher Waren, welche zu dem notwendigen Lebensunterhalt der arbeitenden Klassen gehören; 4. in außerordentlichen Fällen Retorsionszölle, wo nämlich fremde Länder eine feindselige Handelspolitik beobachten und wo davon Erfolg zu erwarten ist“ (A. Oncken, Kritische Blätter, Januar 1905, 19).

einem Maße vorausgesetzt, wie sie sich tatsächlich keineswegs vorfindet. Die natürlichen Bedingungen der Gütererzeugung (Boden, Klima usw.) in den verschiedenen Ländern lassen dieselben nicht in dem Sinne als gleichwertig erscheinen, daß nun jedes Land über ein besonderes Gebiet relativ vorteilhaftester Produktion verfügte. Nicht jedes Land ist imstande, der ausländischen Einfuhr eine quantitativ und qualitativ entsprechende Gütermenge für die Ausfuhr gegenüberzustellen: es wird sich darum auf andere Weise einrichten müssen, um seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und seinen Vorteil zu wahren. Auch der tatsächliche, geschichtliche Entwicklungszustand, die wissenschaftliche und technische Ausbildung, die Kapitalvorräte usw. sind bei verschiedenen Völkern so verschieden, daß die schwächeren bei völlig freiem Verkehr der Konkurrenz fortgeschrittener oder billiger arbeitender Völker unterliegen müßten. Manche Arten gewerblicher Tätigkeiten werden sich nur, wenn geschützt gegen ausländische Einfuhr, gedeihlich entfalten können. Sind sie erstarkt, für den freien Wettbewerb auf dem Weltmarkte „erzogen“ (Listische Schutzzolltheorie)<sup>1</sup>, dann haben die Zollschranken ihren Zweck erfüllt, vielleicht sich selbst überflüssig gemacht. Abgesehen von jenem Erziehungszwecke kann sich aber das Schutzsystem auch als volkswirtschaftlich notwendig erweisen, wo es sich handelt um die Erhaltung alter, wichtiger einheimischer Produktionsgebiete, die durch ausländische Konkurrenz schwer bedroht sind, bei Ungleichheit der Produktionsbedingungen, bei Verschiedenheiten in der Belastung durch Arbeiterschutz, der Lohnverhältnisse usw. Im allgemeinen wird ein Land, dessen wirtschaftliche und technische Entwicklung sehr fortgeschritten ist, die Konkurrenz anderer Länder weniger fürchten und deshalb dem Freihandel eher geneigt sein als ein Land, das über einen solchen Vorsprung nicht verfügt. So konnte in England die der absoluten, schrankenlosen Freihandels-theorie<sup>2</sup> huldigende Manchesterpartei unter der Führung von Richard Cobden und John Bright weitgehender Zustimmung sich erfreuen, weil in den Tagen der Anti-Corn-Law-League der Freihandel im Interesse der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes lag. Später sah man sich allerdings genötigt, das freiwirtschaftliche Prinzip zu Gunsten des Arbeiterschutzes zu durchbrechen. Neuerdings machen sich in England sogar Bestrebungen geltend, welche ebenfalls den Zollschutz der einheimischen Interessen gegenüber der ausländischen Produktion energisch fordern. Der von der extremen Theorie behauptete absolute Charakter des freiwirtschaftlichen Systems und speziell des Freihandels ist eben,

<sup>1</sup> Der Merkantilismus hatte Zölle gefordert, um das Geld im eigenen Land zu behalten.

<sup>2</sup> Schon Marquis d'Argenson verlangte in Frankreich, daß die Waren „frei wie die Luft und das Wasser“ die Landesgrenzen passieren sollten. In England bekannte sich der Großkaufmann Dudley North in ähnlichem Sinne bereits 1694 zum absoluten Freihandel. Vgl. A. Oncken, in *Kritische Blätter* 1905, 1. Hft., S. 18.



wie manche glauben, auch für England durch die Macht der Tatsachen widerlegt worden<sup>1</sup>.

In Deutschland gewann die Smithsche Lehre mit Beginn des 19. Jahrhunderts immer mehr an Boden und beherrschte bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts die Theorie. Eine eigentliche Freihandelsschule bildete sich jedoch erst in den fünfziger Jahren aus Theoretikern, Publizisten und Politikern: Prince-Smith, Michaelis, J. Faucher, L. Braun, L. Bamberger, Max Wirth, Böhmert, Emminghaus, Soetbeer u. a. Die sog. volkswirtschaftlichen Kongresse vereinigten (seit 1858) die Freihandelspartei alljährlich zu gemeinsamen Beratungen. Das Organ der Partei war die 1863 von J. Faucher begründete „Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte“. Die großen praktischen Erfolge der Partei erreichten aber schnell ihr Ende, als die Notlage der Landwirtschaft den Übergang zum Schutzsystem geboten erscheinen ließ, anderseits die mit Macht einsetzende soziale Reformbewegung das freiwirtschaftliche Prinzip auch auf andern Gebieten siegreich überwand.

Immerhin bewahrt die freiwirtschaftliche Auffassung, wie sie der Begründer der „Deutschen Freihandelspartei“, Prince-Smith, mit rückhaltloser Offenheit und voller Konsequenz formuliert hat, auch für die Gegenwart und Zukunft Interesse. Er sagt<sup>2</sup>: „Die Forderung unbedingter Freiheit des Handels ist nur die eine Anwendung einer allgemeineren Lehre, welche die Freiheit überhaupt hinstellt als Grundbedingung sowohl der möglich größten Fülle als auch voller Gerechtigkeit im Volkshaushalt. Der Freihandel kennzeichnet sich durch eine radikal individualistische Auffassung volkswirtschaftlicher Verhältnisse. In dem Volkshaushalt als solchem sieht er schlechterdings nur ein Nebeneinander von Einzelhaushalten, deren jeder, selbständig in seinem Wirtschaften und allein für dessen Erfolg verantwortlich, nichts von den andern zu beanspruchen hat als gleiche Freiheit, gleiches Ungehindertsein in der Benutzung seiner Mittel und Kräfte zur Beschaffung von Befriedigungsmitteln, also Fernhaltung jeglicher Vergewaltigung. So vielseitig auch der volkswirtschaftliche Organismus erscheinen mag, der Freihandel sieht darin eigentlich nur ein einziges Organ: den Markt. So verwickelt und ineinandergreifend die Beziehungen der Einzelwirtschaften zueinander erscheinen, der Freihandel erblickt für

<sup>1</sup> „Ein Staat, der immer stärker zur Beamtisierung und Bürokratisierung gedrängt wird“, sagt Hermann Levy (Die Grundlagen des ökonomischen Liberalismus in der Geschichte der englischen Volkswirtschaft [1912]) vom heutigen England: ein Staat, „der in der Administration einer Zentralisierung zuneigt, der den Unterhalt der Arbeitslosen, gleichviel welcher moralischen Provenienz, als soziale Pflicht dekretiert, der Gesetze zur Fürsorge der Arbeiter im Alter, während der Krankheit und Invalidität schafft, Minimallöhne garantiert, die Sphäre des freien Grundeigentums beschränkt, in dessen Innern sich Bewegungen zur staatlichen Regulierung des Außenhandels entwickeln und privatwirtschaftliche Monopolverbände erblühen, ein solcher Staat scheint in der Tat dem Vor-Cromwellschen Ideal des Wirtschaftsstaates näher zu stehen als demjenigen des ökonomischen Liberalismus“. Vgl. auch Levy, Ethischer Individualismus und soziale Reform in England, in Schmollers Jahrbuch XXXVII (1913) 49 ff.

<sup>2</sup> Vgl. H. Rentsch, Handwörterbuch der Volkswirtschaftslehre 1866: 436 ff. 439 f.

dieselben nur einen Verknüpfungspunkt: den Markt. Alle sonstigen volkswirtschaftlichen Gestaltungen sind nur Einrichtungen, welche die einzelnen treffen, um jeder für sich aus dem Markte Nutzen zu ziehen. Daß alle denselben Trieb haben, denselben Naturbedingungen gegenüberstehen und im Grunde dasselbe tun, dies bildet ein übereinstimmendes, aber kein gemeinsames Handeln. Im Markte wird keine Gemeinschaft gebildet, sondern im Gegenteil abgerechnet und auseinandergesetzt. Die volkswirtschaftliche Gemeinde als solche ist nur Marktgenossenschaft; sie besitzt, wie gesagt, kein gemeinsames Institut als eben den Markt, und sie hat auch weiter nichts zu gewähren als freien Zutritt zu dem Markte, denn alles in dem Markt ist Einzeleigentum. Zur Förderung des volkswirtschaftlichen Wohles im allgemeinen sieht der Freihändler nur den einen möglichen Weg: die Freiheit jedes einzelnen, das eigene Wohl nach Kräften zu fördern. Jedermann versteht die Förderung des eigenen Wohles besser als andere und besser als anderes. In dem Verlangen nach ungekürztem Genuß des Erworbenen und in der Furcht vor Entbehrung hat jeder den stärksten Antrieb zur Ausbildung und erfolgreichen Aufbietung seiner Kräfte und Mittel. Ein Abschwächen jener Triebmittel, eine Verminderung jener Not, welche zu wirtschaftlichen Vorkehrungen aufstacheln soll, würde die Erhebung der Menschen zum Kulturgenuß hoffnungslos machen. Dem Einwande, daß der unbeschränkt waltende Eigennutz den eigenen Vorteil durch Benachteiligung anderer suchen dürfte, begegnet der Freihändler durch den Hinweis, daß im freien Marktverkehr keiner den eigenen Nutzen fördern könne, ohne auch den Nutzen anderer mitzufördern. Selbst den verrufenen Spekulationsgewinn erzielt man nur durch Versorgen von Vorräten für Not, die man voraussah und durch sein Angebot auch mildert. Alles, was ein Industrievolk materiell voraus hat vor einer Horde Wilder, hat es durch sein geistiges und dingliches Kapital. Ganz gerecht ist es also, daß in einem Industrievolke diejenigen Familien, welche das meiste Kapital angesammelt haben, auch den größten Anteil an dem durch Kapital verschafften Mehrbetrag an Befriedigungsmitteln beziehen. Für diejenigen Familien, welche in der ganzen Reihe der Jahrhunderte es niemals ermöglichten, über den täglichen Bedarf hinaus etwas zu schaffen und zu erübrigen zur besseren Ausbildung und Ausstattung der Nachkommen — für Familien also, welche noch auf der vorwirtschaftlichen Stufe stehen geblieben sind, die Vorteile vorgeschrittener Wirtschaftlichkeit zu beanspruchen ist untunlich. Erkennt nun der Freihandel die Freiheit und Freiwilligkeit als einziges ordnendes Prinzip für den Volkshaushalt, so erkennt er damit auch die Notwendigkeit einer Macht, welche jegliche Vergewaltigung abwehre. Diese Macht muß gebildet werden aus Vereinigung der größten Zahl nebeneinander lebender Menschen. Aber dem Staat erkennt der Freihandel keine andere Aufgabe zu als eben die eine: die Produktion von Sicherheit. Er ist also der Staatsmacht gegenüber mehr bestrebt, sie auf diese ihre Aufgabe zu beschränken und ihrer Kompetenz alles, was nicht Sicherheitsproduktion ist, zu entziehen, als ihre Tätigkeit innerhalb ihres legitimen Wirkungskreises zu beschränken. Da überhaupt beim Walten absoluter volkswirtschaftlicher Freiheit jeder nach bester Einsicht und nach Kräften strebt, das Einträglichste zu tun und das weniger Einträgliche zu unterlassen, so kann die in den Volkshaushalt sich einmischende Staatsgewalt überhaupt an dessen freiem Gange nur dadurch etwas ändern, daß sie das weniger Einträgliche gebietet, das Einträglichere verbietet.\* Das ist in der Tat das volle Evangelium des prinzipiellen und praktischen Manchestertums.

Bloß den subjektiv ethischen Gesichtspunkt berührt Brentano, wenn er das Wesen des Manchestertums nicht in der Ablehnung der Staatseinmischung erblickt, sondern in dem egoistischen Geist, in dem die Staatseinmischung sei es abgelehnt, sei es verlangt wird. Er sagt<sup>1</sup>: „Dieselbe Handelskammer von Manchester, deren Petition seinerzeit wegen der Überhebung ihrer wirtschaftlichen Sonderinteressen über das Interesse der Gesamtheit die Bezeichnung ‚Manchestertum‘ ins Leben rief, hat seitdem ebenso manchesterlich gehandelt, als sie im Interesse der Ausfuhr ihrer Baumwollprodukte den Staat aufforderte, den Bimetallismus einzuführen; und wenn es je ihrem Sonderinteresse dienlich wäre, würden wir sie auch als Befürworterin der Wiedereinführung von Schutzzöllen auftreten sehen. Dies wäre aber nicht ein Widerspruch gegen ihre alte manchesterliche Gesinnung, sondern gerade eine neue Betätigung derselben. Nicht wer Schutzzölle fordert, zeigt dadurch, daß er kein Manchestermann ist, noch auch beweist derjenige, der sie ablehnt, damit sein Manchestertum. Die Gesinnung ist es, die hier den sittlichen Wert der Handlungen bestimmt, nicht die negative oder positive Handlung, in der sich je nach den konkreten Verhältnissen diese Gesinnung betätigt. Derjenige, der eine Staatseinmischung zu seinen Gunsten fordert, kann deshalb ebenso manchesterlich sein wie die Handelskammer von Manchester, als sie damals jede Staatseinmischung ablehnte, und derjenige, der eine Staatseinmischung ablehnt, kann gerade dadurch zeigen, daß er kein Manchestermann ist.“ Das mag von der Gesinnung gelten; gleichwohl werden die manchesterlichen Forderungen und Anschauungen für die Nationalökonomie doch „manchesterlich“ bleiben, selbst wenn sie nicht von egoistischem Geiste diktiert wären.

Ist der Staat nichts anderes als eine vertragsmäßige Bildung zum Schutze des Eigentums und Erwerbs, dann erscheint die Gemeinschaft der Bürger ähnlich einer Gesellschaft von Interessenten an einem produktiven Unternehmen, die Regierung wie ein Ausschuß jener Interessenten, um die Interessen der Besitzenden zu wahren. Das war in der Tat die Auffassung der individualistischen Nationalökonomie. Der Staat muß Sicherheit produzieren, die Besitzenden schützen in dem Besitz, der Vermehrung und dem Genuß ihres materiellen Reichtums. Hierfür wollen und sollen diese dann ihren Anteil an den Kosten tragen, welche jene Produktion von Sicherheit verursacht. Von solchen Gesichtspunkten aus wurde die Steuerpflicht und die Verteilung der Steuerlast beurteilt. Die einzelnen stehen hierbei dem Staate gegenüber lediglich in einem Austauschverhältnisse. Genau in dem Maße, als der Bürger Vorteil von den Staatseinrichtungen genießt, bemißt sich die Steuerlast, die er zu tragen hat<sup>2</sup>. Das Interesse des einzelnen am Staat aber richtet sich nach der Größe seines vom Staat geschützten Vermögens. Also stellt die gleichmäßige proportionale Besteuerung des Besitzes die allein gerechte Verteilung der Steuerlast dar (Äquivalenz- oder Interessentheorie). Ähnlich ist die Auffassung der Steuer als einer Versicherungsprämie (Versicherungstheorie), welche ebenfalls nach der Quantität der geschützten Güter, proportional zur Höhe des Vermögens, die Steuer verteilt wissen will (Thiers)<sup>3</sup>. Allein der Staat ist keine Versicherungsanstalt und auch

<sup>1</sup> Vgl. Lajo Brentanos Rede in der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik zu München 1901, in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik XCVIII 2 ff.

<sup>2</sup> Vgl. übrigens auch Pufendorf, *De iure naturae et gentium* VIII, 5, 4 6.

<sup>3</sup> Vgl. auch Montesquieu, *Esprit des lois*, Buch XIII, Kap. 1 u. 12.



nicht bloß Sicherheitsproduzent, kein freier Verband, sondern eine natürliche, notwendige Gesellschaft, deren Glieder persönlich als solche naturrechtlich verpflichtet sind, entsprechend ihren Verhältnissen und ihrer Leistungsfähigkeit beizutragen zum Gemeinwohl, darum auch teilzunehmen an den allgemeinen Lasten. Nicht der Sondervorteil, den der einzelne durch die Gesellschaft empfängt, sondern die persönliche Zugehörigkeit zum öffentlichen Verbands bildet den Rechtsgrund der Steuer<sup>1</sup>.

Die Lehre, wie sie die Physiokraten, Adam Smith und seine Nachfolger, vortrugen, ist nicht die einzige Form, in welcher das individualistische Prinzip für die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens in Anwendung gebracht wurde.

5. Der Individualismus im Gewande der darwinistischen Soziologie (Sozialdarwinismus). Leitender Gedanke der Philosophie Herbert Spencers<sup>2</sup> — des „Philosophen“ schlechthin, wie England und Amerika ihn nennen — ist die Idee der aufsteigenden Weltentwicklung. Alles, das gesamte organische Leben, einschließlich der Gesellschaft, entwickelte sich von den einfachsten zu den höchsten Formen. „Überleben des Passendsten“, Survival of the fittest. Erhaltung der meist begünstigten Rassen und Formen im Kampf ums Dasein. „natürliche Zuchtwahl“. Ausgleich des Organismus mit der Umgebung. „der Konstitution mit den Lebensbedingungen“, „Anpassung“, das sind die Formeln, welche uns Einblick gewähren sollen in die Kräfte und Gesetze des Entwicklungsprozesses<sup>3</sup>. In der arbeitsteiligen Gesellschaft menschlicher Art erscheinen die einzelnen nicht mehr bloß als gesonderte Organismen, sie treten der Außenwelt als ein Gesamtorganismus gegenüber, indem das eine Glied für das andere arbeitet, wie auch im tierischen Organismus die einzelnen Glieder voneinander abhängen. Damit nun das soziale Zusammensein die Lebenstätigkeit der Individuen nicht gefährde, müssen die geselligen Wesen sich gewisse Beschränkungen gefallen lassen, dem Gesetze „neminem laede“ sich beugen. Aber diese Beschränkungen reduzieren sich auf ein Minimum und dürfen keineswegs die Geltendmachung einer höheren Begabung der individuell besser veranlagten oder entwickelten Glieder behindern. Ist es ja doch gerade die Aufgabe der „Gerechtigkeit“ im Sinne Spencers, die Proportion zwischen Tüchtigkeit und Wohlergehen in der Gesellschaft zu erhalten und jede Störung dieser Proportionalität zu beseitigen. Die Tüchtigeren sollen der Erfolge ihrer höheren Lebenstätigkeit sicher sein, und die Untüchtigen nicht auf Kosten der Tüchtigeren den Folgen ihrer Untüchtigkeit entzogen werden<sup>4</sup>. Die Starken

<sup>1</sup> Vgl. A. Wagner, Finanzwissenschaft II<sup>2</sup> (1890) 215 ff. 431 ff.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 88 ff.

<sup>3</sup> Spencer, Grundlagen der Philosophie, übersetzt von Vetter (1875) 311 ff. usw.

<sup>4</sup> Spencer, Prinzipien der Ethik, übersetzt von Vetter und Carus III, 4. Teil: Gerechtigkeit (1895), § 14, S. 22 ff.; § 21, S. 38 ff.; §§ 2 3 5 6 7 8 13 14 22 ff. 56 102 121. J. M. Bösch, Die entwicklungstheoretische Idee sozialer Gerechtigkeit, eine Kritik und Ergänzung der Sozialtheorie Herbert Spencers (1896) 17 ff. 21 f. 24.

können ihre Kräfte zum eigenen Besten ganz und voll ausnutzen. Nur jenes Minimum von Schranken müssen sie sich gefallen lassen, welches für den Fortbestand der Gesellschaft absolut unentbehrlich ist. Im übrigen bleibt allen die gleiche Freiheit gewahrt, ihre Macht zu gebrauchen, mögen dabei auch die Schwachen der natürlichen Auslese zum Opfer fallen. So erfordert es der Fortschritt, und was das Interesse der Art verlangt, ist nach Spencer „ethisch gerechtfertigt“<sup>1</sup>.

In den primitiven Stufen des menschlichen Daseins war der Krieg das große Mittel des Fortschritts. Nicht nur, daß er zum Überleben der stärksten, kühnsten und schlauesten Horden führte und die minder tüchtigen Repräsentanten der menschlichen Art vertilgte, hat er auch innerhalb der siegenden Horde die Entwicklung der Tüchtigsten begünstigt und insbesondere die staatliche Organisation geschaffen, die mit der Herrschaft des tüchtigsten Kriegers beginnt<sup>2</sup>. Allein vom Kriege hat die Welt bereits empfangen, was er ihr überhaupt geben konnte. „Die Fähigkeit zu anhaltender, fleißiger Arbeit, die dem Wilden völlig fehlt, und die nur unter dem Zwang jener harten Zucht, welche der kriegerische Gesellschaftstypus eingeführt hat, erworben werden konnte, hat sich der zivilisierte Mensch bereits in hohem Maße zu eigen gemacht, und soweit er derselben in noch höherem Maße bedürfen mag, wird der Druck des industriellen Wettbewerbes im freien Gemeinwesen hierzu völlig ausreichen.“<sup>3</sup> Der Staat braucht jetzt nicht mehr die unbedingte Verfügung über das Individuum für sich in Anspruch zu nehmen, wie dies in einem militärischen Staate geschieht. Hier unterwirft die Staatsgewalt die Bürger nicht nur einer heeresmäßigen Ordnung, sondern hat auch sonst das Bestreben, die Vorsehung zu spielen und in alle bürgerlichen Verhältnisse, namentlich auch das Wirtschaftsleben, einzugreifen, die Freiheit des Kaufs und Verkaufs und der privaten Vereinigung zu beschränken, dem Handelsverkehr mit dem Ausland Grenzen zu ziehen usw.<sup>4</sup> Wo aber der industrielle Gesellschaftstypus an Stelle des kriegerischen getreten, wo die friedliche Erwerbstätigkeit die kriegerische Betätigung überwiegt, da begnügt sich der Staat mit einer negativ regulierenden Einwirkung; er wird zum bloßen „öffentlichen Beschützer“ gegenüber unrechtmäßigen Übergriffen des einen Bürgers in die individuelle Rechtssphäre des andern<sup>5</sup>. Im übrigen regelt alles der freie Vertragsschluß, wie überhaupt der dem rohen militärischen Gesellschaftstypus entsprechende Zwang innerhalb des industriellen Typus immer mehr durch freies Zusammenwirken vertreten wird, mit vollfreier Geltendmachung höherer Kraft und Geschicklichkeit seitens der durch größere

<sup>1</sup> Prinzipien der Ethik II, 4. Teil, § 10, S. 15 f.; § 15, S. 23 ff. 26. Das Selektionsprinzip ist in der Entwicklungslehre überhaupt das treibende Prinzip. Vgl. Aug. Weismann, Charles Darwin und sein Lebenswerk (1909). — Otto Ammon (Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen [1895]) versuchte Darwins Lehre auf das soziale Leben anzuwenden. Auch Schallmayer (Vererbung und Auslese im Lebenslauf der Völker [1903]) vertritt die Ansicht, das Recht des Stärkeren beherrsche die menschliche Sozialgeschichte. Vgl. Tönnies, Zur naturwissenschaftlichen Gesellschaftslehre, in Schmollers Jahrbuch (1905).

<sup>2</sup> Spencer, Die Principien der Soziologie, übersetzt von Vetter II (1887) 185 ff.: III (1889) 279.

<sup>3</sup> Ebd. III (1889) 785.

<sup>4</sup> Ebd. 675 f. 677 f. 689.

<sup>5</sup> Ebd. 675 f. 720 f.

Tüchtigkeit ausgezeichneten Individuen. Dem Staat liegt lediglich die Abwehr des Verbrechens ob.

Spencers Staatstheorie, welche Huxley treffend als „administrativen Nihilismus“ (Ausschluß aller öffentlichen Organisationen mit einziger Ausnahme der Rechtspflege<sup>1</sup>) bezeichnete, wird des weitern dargelegt in seiner Schrift „The man versus the state“: Aus der Geschichte lernen wir, daß jedes positive Eingreifen der Staatsgewalt zum Wohl der Untertanen, soweit es nicht den bloßen Schutz der individuellen Rechte und Freiheiten gegen innere und äußere Feinde zum Zwecke hat, sich schließlich als schädlich erweist, statt des Glücks das Elend erhöht. Dasselbe lehrt auch die Soziologie<sup>2</sup>. Es ist ein biologisches Naturgesetz, daß im Kampf ums Dasein die besser Ausgerüsteten obsiegen, und daß sich so die Lebewesen immer mehr durch Ausscheidung der Untauglichen vervollkommen. Das gleiche gilt von den Menschen und ihrer Entwicklung. Der Staat soll deshalb nicht störend in diesen Kampf eingreifen, sonst hindert er nur das Gedeihen der besser Veranlagten zu Gunsten der Schwächeren, hemmt somit lediglich den Fortschritt der Gesellschaft<sup>3</sup>.

Dieselbe Auffassung findet sich im wesentlichen wieder bei den andern Evolutionstheoretikern. Nach Benjamin Kidd zum Beispiel, der im übrigen, ohne Anerkennung einer wahren Religion, manch schönes Wort über die Bedeutung der religiösen Idee für die Entwicklung zu sagen weiß, war der Urmensch, unser Ahnherr, dem Tiere gleich. Er hat keine höheren Bedürfnisse, lebt in Höhlen und Felsklüften. Kaum kann er sich gegen seine starken Nebenbuhler aus der Tierwelt, die er nur wenig an Listigkeit übertrifft, behaupten. Betrachten wir den Menschen nach einiger Zeit wieder, da zeigt sich eine wunderbare Veränderung. Das tierische Wesen, das mit den höheren Fleischfressern um ein dürftiges Dasein konkurrierte, ist zum Herrn der Erde geworden. Es hat die Welt in eine große Werkstatt verwandelt, wo alle Kräfte der Natur gehorsam und dienstbar zur Befriedigung seiner Bedürfnisse arbeiten. Und der Grund dieser Veränderung? Es sind die elementaren Gesetze der Biologie, die den Menschen und seine Entwicklung ebenso unerbittlich regieren, wie das Gesetz der Schwere einen zur Erde fallenden Körper beherrscht<sup>4</sup>. Also nicht der innere Vervollkommnungstrieb u. dgl. erklärt den Fortschritt der Menschheit. Der Durchschnitt einer Generation hat nicht den geringsten Trieb, sich über den Durchschnitt der früheren Generation zu erheben. Nein, das treibende, das fördernde Element ist nichts anderes als Selektion und Konkurrenz. Individuen, die in einzelnen Beziehungen etwas höher stehen als ihre Genossen, benutzen dies, um ihre Überlegenheit geltend zu machen, ihr Leben fortzusetzen und diese Überlegenheit wie eine Erbschaft fortzupflanzen. Doch die Natur sorgt dafür, daß die Individuen der höheren, siegreichen Formen ihre Art nicht ohne Selektion fortzupflanzen können.

<sup>1</sup> Spencer, Prinzipien der Ethik II, 4. Teil, § 21, S. 38 ff.; I, 1. Teil, § 6, S. 18 ff.; Social statics (1868) 94. Vgl. auch Wilh. Schneider, Die Sittlichkeit im Lichte der Darwinischen Entwicklungslehre (1895) 162 ff.; V. Cathrein, Die Sittenlehre des Darwinismus 114 ff.; Aufsatz „Die Laienmoral Herbert Spencers“, in den Stimmen aus Maria-Laach XXVIII 225 f.; Moralphilosophie II<sup>5</sup> (1911) 513 f.

<sup>2</sup> Spencer, Prinzipien der Soziologie III 720 f.

<sup>3</sup> Spencer, The man versus the state (1884) 87 ff. 105.

<sup>4</sup> Vgl. Benjamin Kidd, Sociale Evolution, übersetzt von E. Pfeleiderer (1895) 27 f. 31; Paul Barth, Philosophie der Geschichte als Soziologie 197 ff.



Das geschieht aber dadurch, daß alle siegreichen Formen sich über die Grenze einer bequemen und leichten Existenz hinaus vermehren müssen. Die notwendige Folge ist Rivalität zwischen den Individuen derselben Art. Je schärfer die Rivalität, je strenger die Selektion, um so größer wird auch der Fortschritt sein. Folge der Rivalität ist der Untergang der schwächeren Formen. Die überlebenden Formen erscheinen wie die vereinzelt Spitzen einer großartigen Bergkette, während die dazwischen liegenden Bergspalten und Täler die Zahl der Formen darstellen, die im Kampf und Strauß der Evolution verschwunden sind<sup>1</sup>. „Es scheint“, sagt ja auch Spencer<sup>2</sup>, „daß im Verlaufe des sozialen Fortschritts mehr oder weniger große Teile jeder Gesellschaft für das Wohl der Gesellschaft als eines Ganzen geopfert werden. Auf den früheren Entwicklungsstufen hat dieses Opfer die Form der Sterblichkeit in den während des Kampfes um die Existenz zwischen Stämmen und Nationen geführten Kriegen erhalten, und auf späteren tritt dieses Opfer unter der Form der Sterblichkeit auf, welche der kommerzielle Kampf und die von ihm herbeigeführte heftige Konkurrenz mit sich bringen. In beiden Fällen werden die Menschen zum Wohle der Nachwelt verbraucht, und solange sie fortfahren, sich über das Maß ihrer Subsistenzmittel zu vermehren, scheint es dagegen kein Mittel zu geben.“ Dem stimmt Kidd bei. Die Art und Weise des Kampfes in der Urzeit ist in Dunkel gehüllt. In der geschichtlichen Zeit aber finden wir den Krieg an der Wiege aller großen Mächte des Altertums. Steigen wir hinauf in die Arena des Mittelalters: auch hier geht der Fortschritt seinen Weg unter lautem Kriegslärm und Schlachtgeschrei. In der modernen Zeit verändern sich die Bedingungen der Rivalität. Zwar dauert der Kampf der Rassen und der organisierten Gruppen, der Staaten untereinander, noch fort, aber ein stiller Kampf zwischen den Individuen ist in neuer, verschärfter Form hinzugetreten. Ja der Kampf wird hier am heißesten und die Kraftanstrengungen am gewaltigsten in den Formen der höchsten Zivilisation. Das ist nicht ein zufälliger Zug unsrer Geschichte, entspringt nicht irgend einer angeborenen menschlichen Verderbtheit. Es ergibt sich vielmehr aus tief wurzelnden physiologischen Ursachen, gegen deren Wirkungen wir machtlos sind<sup>3</sup>.

Daß eine solche Philosophie des Kampfes ums Dasein des Menschen Vernunft und Herz nicht befriedigen kann, liegt auf der Hand. Denn 1. mit der Herbeiziehung gewagter Analogien aus dem Bereiche biologischer Entwicklung ist die Erkenntnis der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft keineswegs erschöpft, weil die hierfür geltenden Gesetze eben der Eigenart des zu entwickelnden Subjekts entsprechen müssen. Die biologischen Entwicklungsgesetze werden lediglich und allein in der irrigen Voraussetzung auf den Menschen übertragen, daß der Mensch auf wesentlich gleicher Stufe mit der Tierwelt stehe, eine Annahme, die heutzutage als wissenschaftlich überwunden gelten darf. 2. Wenn man auch das „Gesetz der Ökonomie der Kräfte“ (die größte

<sup>1</sup> Flowers, Reply to an address by the Trades Council (1889). Kidd, Soziale Evolution 33 ff.

<sup>2</sup> Prinzipien der Soziologie IV, 2. Abt. (1897) 584.

<sup>3</sup> Kidd, Soziale Evolution 37 ff. 43 45 47. Über die Unzulänglichkeit der soziologischen Erweiterung der Selektionstheorie vgl. Tönnies, Aufsätze in Schmollers Jahrbuch XXIX ff.

Summe von Vorteil mit den geringsten Opfern) und das „Gesetz der Konkurrenz“<sup>1</sup> der biologischen Zutaten entkleidet und in einer der Erfahrung und Vernunft entsprechenden Form als bedeutsam für Entwicklung und Fortschritt anerkennen kann, so ergibt sich doch sofort die absolute Unzulänglichkeit dieser oder ähnlicher Gesetze, für sich allein genommen. Die ganze biologische Soziologie krankt — wie E. v. Laveleye schon Spencer<sup>2</sup> gegenüber betont hat — an der völlig unbewiesenen und tausendfach widerlegten Annahme, als ob die Sieger im Kampfe immer die Besseren seien. Die Konkurrenz, die Rivalität, der Kampf endigt nur zu oft mit dem Triumphe der Gemeinen, Raffinierten, Listigen, Gewalttätigen, keineswegs der für das Wohl und den Fortschritt der Gesellschaften tüchtigsten, besten, wertvollsten Glieder. Es ist daher ein eitler, traumhafter Gedanke, bloßen individuellen Rechtsschutz, im übrigen aber Freiheit für den Kampf zu fordern mit der naiven Erwartung, nun würden die Tauglichsten übrig bleiben. Mancher gesunde, kräftige, geniale, geistig und moralisch tüchtige Mensch wird im Elende sterben trotz alles individuellen Rechtsschutzes, und mancher körperliche und moralische Krüppel zu jenen „vereinzelten Spitzen einer großartigen Bergkette“ gehören, welche die untergegangenen „Formen“ überragen. 3. Eine schöne Entwicklungslehre sodann, wo der Fortschritt der Menschheit durch den Untergang eines großen, ja des größten Teiles der Menschheit, der Schwachen und minder gut für den Kampf Ausgerüsteten, bedingt erscheint! Jede Evolutionstheorie, die nicht gerade das schwierigste Problem der Erhaltung und Hebung der Schwachen ins Auge faßt, kommt für den wahren Fortschritt der Menschheit nicht in Betracht. Nicht eine vernichtende Konkurrenz, sondern die das Leben erhaltende Kooperation muß als erster Hauptfaktor der Entwicklung gelten. 4. Über dem Reiche bloßer Selbsterhaltung gibt es schließlich noch ein Reich mit idealen Werten, die nicht minder real sind als die Güter der ökonomischen Ordnung. Von diesen, die doch in der Entwicklung eine so große Rolle spielen, wissen die biologischen Soziologen nicht gerade viel zu sagen. Auch wir glauben an einen Fortschritt und wollen ihn, aber einen solchen Fortschritt, bei welchem vor allem eben jene idealen Werte Ziel und Mittel der Entwicklung sind, wo die Güter der Zivilisation und Kultur in möglichst weitem Umfang allen Menschen zugute kommen, einen Fortschritt durch Hand, Geist und Gesellschaft zum Wohle des Ganzen und der einzelnen, in und durch Treue gegen Gottes Gesetz.

Die Geistesarbeit der Aufklärungszeit und so mancher neuerer Gelehrten gering zu schätzen, liegt uns, wie schon betont wurde, trotz allem durchaus fern.

<sup>1</sup> Vgl. Gustave de Molinari, *Notions fondamentales d'économie politique et programme économique* (1891) 6 ff.

<sup>2</sup> *L'État et l'individu* (1885), Abdruck aus der *Revue internationale*.

Aber mit Gewalt drängen sich denn doch jedem denkenden Menschen recht ernste Reflexionen auf, wenn man sieht, wie die stolzen Lehren jener dem positiven Christentum feindlichen Philosophie zu einer völligen Degradation des Menschen geführt haben. Da bestätigt sich wiederum die alte Wahrheit: Der Mensch, der sich über sich selbst erhebt, wird schließlich unter sich selbst herabsinken müssen. Man hatte die übernatürliche Offenbarung gelehnet, das übernatürliche Sittengesetz ignoriert und das natürliche verkehrt, die Zuverlässigkeit der menschlichen Vernunft bezweifelt und dem Sinne die führende Stellung zugewiesen. Damit war der Mensch schon dem Tiere zum Verwechseln ähnlich. Es fehlte noch, daß man ihm sagte: du bist wirklich ein Tier, wenn auch ein höher entwickeltes! Auch das geschah, indem man den Ursprung unsres Geschlechtes vom Tiere ableitete und die menschliche Entwicklung unter dieselben Gesetze beugte, die man für die Tierwelt aufgestellt hatte. Das schöne Wort „Humanität“ war dabei zum leeren Schall geworden; es konnte die Brutalität nicht verdecken, die in Wirklichkeit das Leben beherrscht und selbst in der Wissenschaft ihre Rechtfertigung findet, da man keck behauptete: die Armut der Arbeitsunfähigen, die Notlage des unklugen Haushaltes, die Verwahrlosung des Arbeitsscheuen, die Vernichtung des Schwachen im Kampf gegen den Starken ist ein weises Gesetz, eine unendliche Wohltat der Natur. So lehrte Herbert Spencer. Und Nietzsche stimmt von seinem Standpunkt aus ein: die Schwachen und Mißratenen sollen zu Grunde gehen: erster Satz unsrer Menschenliebe. Und man soll ihnen noch dazu verhelfen. „Man fahre nur fort“, ruft er aus<sup>1</sup>, „die Geschichte vom Standpunkt der Massen zu schreiben und nach jenen Gesetzen in ihnen zu suchen, die aus den Bedürfnissen dieser Massen abzuleiten sind, also nach den Bewegungsgesetzen der niedrigsten Lehm- und Tonschichten der Gesellschaft. Die Massen scheinen mir nur in dreierlei Hinsicht einen Blick zu verdienen: einmal als verschwimmende Kopien der großen Männer, auf schlechtem Papier und mit abgenutzten Platten hergestellt, sodann als Widerstand gegen die Großen; im übrigen hole sie der T. . . . und die Statistik.“ In der Tat ein herzerquickender Trost für die „Enterbten“. Was wird ihre Antwort sein?

6. Der Anarchismus wird in der Regel als eine Form des Sozialismus behandelt, obwohl er eher eine Form des Individualismus genannt werden könnte. Die individualistische Überschätzung des Vertrags und der Vertragsfreiheit, die Verkennung der staatlichen Aufgaben und zum Teil auch der staatlichen Autorität, wie sie in der Gesellschafts- und Wirtschaftslehre der Aufklärungszeit und in der neuern biologischen Soziologie zu Tage getreten war, fand in ihm ihre bis zum äußersten konsequente Durchführung. Er fordert einen Zustand der Anarchie, d. i. vollkommener Autoritätslosigkeit mit absoluter Autonomie des Individuums, ohne staatlichen Rechtszwang und ohne jede zwangsweise Organisation. An Stelle des Gesetzes tritt der freie Wille, der freie Vertrag, die freie Vereinigung, an Stelle der Rechtsnorm die „Konventionalregel“ (Stammler). Das ist der wesentliche Inhalt des Anarchismus. Dabei verzichtet er aber keineswegs auf eine gesellschaftliche Ord-

<sup>1</sup> Vgl. Arthur Drews, Nietzsches Philosophie (1904) 130.



nung. Im Gegenteil hofft er gerade durch die unbeschränkteste Freiheit, durch die vollkommene Durchführung und allgemeine Ausdehnung des manchesterlichen Laissez faire auf alle Handlungen des Menschen ein geordnetes Zusammenleben und Glück für alle zu erreichen.

Bereits im Altertum, im Mittelalter und dann namentlich bei manchen Verteidigern der Lehre vom Sozialkontrakte finden sich anarchistische Ideen, so bei Hooker, Étienne de la Boétie, insbesondere bei William Godwin<sup>1</sup>.

1. William Godwin (geb. 1756) stand ganz unter dem Einfluß der französischen Revolution, der Lehren von Rousseau, Helvetius, aber auch der englischen Philosophen Locke, Hume, A. Smith, Bentham usw. Er sieht in der Regierung ein vorläufig notwendiges Übel, das zu beschränken und allmählich zu beseitigen sei. Wie der ökonomische Liberalismus die wirtschaftliche Freiheit gebracht habe, so müsse jetzt auch die politische Freiheit mit unabhängiger Betätigung der Individuen im Gesellschaftsleben erstrebt werden. Die Gesellschaft selbstherrlicher Individuen, die gegenseitig Nachsicht üben, ihr Eigentum freiwillig den Bedürftigen und dem Nutzen anderer widmen, führt zum ersehnten Glück für eine stetig wachsende Bevölkerung; da seien der Vermehrung des Menschengeschlechts keine Grenzen gesetzt. Dieser letztere Gedanke Godwins hat dann Malthus zu seiner Schrift über die Bevölkerung veranlaßt.

2. Trotz mancherlei Wandlungen seiner Ansichten gilt Proudhon als der eigentliche „Vater des Anarchismus“.

Pierre Joseph Proudhon wurde zu Besançon am 15. Juni 1809 als Sohn eines Küfers und Brauers geboren<sup>2</sup>. Zuerst Schriftsetzer, erhielt er durch ein Stipendium der Akademie zu Besançon später Gelegenheit, die wissenschaftliche Laufbahn zu ergreifen. 1840 erschien das Werk „Qu'est-ce que la propriété?“ („La propriété c'est le vol“). 1846 veröffentlichte Proudhon sein Hauptwerk: „Système des contradictions économiques“. Nach der Revolution wurde er Herausgeber der Zeitung „Le représentant du peuple“. Als Deputierter hielt Proudhon am 31. Juli 1848 eine berühmt gewordene Rede, in welcher er hervorhob, das Recht auf Arbeit sei nichts anderes als die Unentgeltlichkeit des Kredits. Diese herbeizuführen, bedürfe es einer Volksbank. 1849 wurde die Volksbank gegründet, hörte aber bald wieder auf, nachdem Proudhon sein Amt als Direktor derselben wegen abzubüßender Freiheitsstrafe niedergelegt hatte. 1849 erschien die Schrift „Les confessions d'un révolutionnaire“. 1851 die „Idée générale de la révolution au XIX<sup>e</sup> siècle“. Hatte Proudhon sich bereits in der ersten Schrift „Qu'est-ce que la propriété“ einen Anarchisten genannt, so entwickelte er besonders in diesen neuen Schriften ausführlicher seine anarchistischen Ideen. Auch verschiedene Zeitungen wurden von Proudhon begründet und geleitet, so „Le peuple“ und „La

<sup>1</sup> Inquiry concerning political justice (1795).

<sup>2</sup> Zu Proudhons Lebensgeschichte vgl. auch das in den „Dokumenten des Sozialismus“ (herausgegeben von Bernstein V [1905] 225 ff.) abgedruckte autobiographische Fragment. Über Proudhons soziologische Anschauungen vgl. Grünbergs Archiv für Geschichte des Sozialismus II (1911) 98 ff. Ebd. 169 ff. Literatur über Proudhon. Diehl, Proudhon (1896). Ders.: Sozialismus usw. 77 ff. Artikel „Proudhon“, im Handw. der Staatsw. VI<sup>3</sup>. Helene Simon, W. Godwin und Mary Wollstonecraft (1909). M. W. war die Frau Godwins, Vorkämpferin in der Frauenbewegung.)

voix du peuple“. 1858 erschien die Schrift „De la justice“. Einer Freiheitsstrafe zu entgehen, floh Proudhon nach Brüssel. 1862 kehrte er nach Paris zurück und starb am 19. Januar 1865 in Passy, einer Pariser Vorstadt.

Die anarchistischen Lehren Proudhons sind, kurz zusammengefaßt, folgende: Alle Menschen sind gleich und frei, daher ihrer Natur und Bestimmung nach autonom. Wer Hand an mich legt, um mich zu regieren, ist ein Usurpator und Tyrann; ich erkläre ihn für meinen Feind! Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist Diebstahl, die Regierung des Menschen durch den Menschen Sklaverei. Der Absolutismus, der stets die Macht des Thrones und des Geldsackes begründet, hat wie ein Netz seine Maschen über die Menschen ausgebreitet. Darum fort mit aller Regierung, allem Absolutismus! Nicht einmal eine Demokratie, eine Volksregierung ist berechtigt! Es bleibt immer der Mensch, der dem Menschen befiehlt, eine Fiktion, die der Freiheit Gewalt antut. Keine Parteien mehr, keine Autorität mehr, absolute Freiheit des Menschen und Bürgers — auf diesen drei Sätzen beruht Proudhons politisches und soziales Glaubensbekenntnis.

Aber auf welchem Wege, durch welche Mittel soll der Anarchismus etabliert werden? Proudhon ist nicht für Gewalt; er glaubt an eine völlig friedliche Entwicklung mit dem Anarchismus als Ziel. Man verändere nur die ökonomischen Verhältnisse, so wie Proudhon dies vorschlägt, und jedes Bedürfnis nach einer zentralen Regierungsgewalt wird verschwunden sein. Die Tätigkeits-sphäre des einzelnen Bürgers ist durch die natürliche Teilung der Arbeit und durch die freie Wahl des Nahrungszweiges hinreichend bestimmt. Die sozialen Funktionen stehen ferner in einer solchen natürlichen Verbindung untereinander, daß sie eine harmonische Wirkung hervorzubringen im stande sind. Darum wird auch aus der freien Tätigkeit aller die Ordnung ganz wohl erstehen können ohne Eingreifen einer dem Ganzen übergeordneten Gewalt. Statt einer Million Gesetze genügt eines, welches eigentlich kein Gesetz, sondern die elementare Formel der Gerechtigkeit ist. Und was wird diese sein? Nichts anderes als das Prinzip der Gegenseitigkeit: Tue andern nichts, was du nicht willst, daß man dir tue! Ist dieses mutualistische Prinzip zur tatsächlichen Herrschaft gelangt, dann genügt statt aller Herrschaft der Zwangsgesetzgebung die Herrschaft der freien Verträge. Der Vertrag ist nun das einzige soziale Band, aber ein Band, das nicht drückt und fesselt, sondern sich ganz und gar auf den Willen des Individuums zurückführt. Durch den freien Vertragswillen der Bürger entstehen autonome Produktivassoziationen der Arbeiter, welche wieder unter sich durch Vertrag in geschäftliche Verbindung treten können. Weil der Vertrag allein die Grundlage jeglicher sozialer Einigung ist, bleibt jeder Kontrahent sich bewußt, daß nur sein freier Wille in der neuen Ordnung der Dinge herrscht, und wollte man dann noch von Regierung reden, so wäre es doch keine andere als seine eigene Herrschaft und Regierung. Freilich folgt der Wille dem Prinzip der Gegenseitigkeit, der Gerechtigkeit, aber die Gerechtigkeit ist ein Akt des Gewissens und darum eben wesentlich frei. Da bedarf es keiner Zwangsgesetzgebung und keiner Gerichte. Das Gewissen kann nur sein eigener Richter sein. Alles übrige ist Autoritätsherrschaft und Gewalt.

In der Kritik der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung berührt Proudhon sich vielfach mit sozialistischen Auffassungen. Auch er hält dafür, daß Wert nur durch Arbeit entstehe und nach der aufgewendeten Arbeit sich bemesse.

Proudhon bekämpft weniger das Eigentum schlechthin als die heutige Eigentumsordnung mit Geld, Zins, Profit. Er fordert eine Gestaltung der Dinge, in welcher gleiche Werte vertauscht werden und jeder Arbeiter seinen vollen Arbeitsertrag empfängt. Das, was ich für das Eigentum fordere, sagt er, ist eine Wage. Heute benutzt der Kapitalist die günstige Lage, in welche ihn das Eigentum an den Produktionsmitteln versetzt, um die gerechte Gegenleistung an den Arbeiter zu verkürzen. Er eignet sich einen Teil des Arbeitsertrages der Arbeiter ohne Gegenleistung an, erntet, obwohl er nicht sät; verzehrt, wiewohl er nicht produziert; genießt, obgleich er nicht arbeitet. So bietet ihm sein Eigentum den Anlaß zum Diebstahl: *la propriété c'est le vol!* Freilich verursacht die Verkürzung des gerechten Arbeitslohnes auch die für den Kapitalisten gefährlichen Absatzkrisen, deren Grund Proudhon nicht in der Planlosigkeit der heutigen Produktion, sondern in der Schwächung der Kaufkraft der Arbeiterwelt erblickt. Weil nämlich die Arbeiter mit ihrem minderwertigen Lohne nicht das ganze Produkt kaufen können, wird ein Teil der produzierten Warenmasse unverkäuflich bleiben. Das führt zur Einschränkung der Produktion, und diese raubt dem Arbeiter seine Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit aber ist für ihn gleichbedeutend mit Elend, für die Gesellschaft mit Pauperismus. Heute die Werkstätte geschlossen, morgen Fasttag auf den öffentlichen Plätzen, übermorgen Tod im Armenhaus oder ein Mahl im Gefängnis!

Das unmittelbare Problem der sozialen Reform ist darum die Herstellung eines Zustandes, in welchem jeder den vollen Wert seiner Arbeit bzw. seines Produktes erlangen kann. Im Mittelpunkt der hierfür unter dem Namen „liquidation sociale“ zusammengefaßten Projekte steht die auf dem mutualistischen Prinzip zu gründende Volksbank. Sie hat den Zweck, Geld- und Zinswirtschaft, den Profit der Kapitalisten — die Quellen des Pauperismus — zu beseitigen, dem Tausch- und Kreditverkehr eine ganz neue Grundlage zu geben. Jedem Produzenten, welcher seine Produkte gegen Tauschbons einzutauschen bereit ist, soll die Bank offen stehen. Bringt z. B. der Schuster ein Paar Schuhe, so erhält er dafür einen dem Werte der Sache entsprechenden Tauschbon, mittels dessen er in der Bank irgend ein anderes Produkt von dem gleichen Preise eintauschen kann. Die Preise werden hierbei so berechnet, daß die auf Herstellung der Produkte verwendete Arbeitszeit und die Kosten ihre Kompensation finden, die Produzenten aber auf sonstigen Profit verzichten. Proudhon erwartet, daß nach und nach alle Produzenten und Konsumenten sich der Vermittlung der Bank bedienen würden. Dann wäre das Geld überflüssig, und aller Umsatz könnte sich vermittlels der Tauschbons vollziehen. Für die Umwandlung der Gesellschaft von höchster Bedeutung ist namentlich die durch jene Bank ermöglichte Unentgeltlichkeit des Kredits. Die Bank nimmt nur eine Gebühr zur Deckung ihrer Kosten, aber keinen Zins. Damit ist den Kapitalisten der Profit entzogen. Niemand wird bei ihnen Geld leihen gegen Zins, niemand ihr Lohnarbeiter werden wollen, da die für Anschaffung der Produktionsmittel notwendigen Tauschmittel zinslos der Bank entliehen werden können. Die des Profits beraubten Kapitalisten werden dann ihre Kapitalien aufbrauchen, schließlich aber auch, wie die andern, zur Tauschbank gehen, um arbeiten und produzieren zu können. Eine von Bonnard 1849 zu Marseille begründete „Tauschbank“ wurde später (1853) nach Paris verlegt und konnte sich im ganzen etwa zehn Jahre lang behaupten (Zusammenbruch 1859). Die hier geplante Beseitigung der Wertabschätzung der Waren in



Geld nennt Knies<sup>1</sup> mit Recht eine pure Fiktion: „Die Bankagenten mochten immerhin den Wert eines zur Disposition gestellten Quantum von 100 Hüten in den auf den Tauschbilletts angegebenen Quantitäten von Brot, Stiefeln u. dgl. abgeschätzt verzeichnen; da außerhalb der Anstalt überall Marktpreise in Geld für Hüte wie für Brot und Stiefel festgestellt wurden, so war eben nur eine Umrechnung ohne jede Spur einer Schwierigkeit vorzunehmen. Erst ein wirkliches Verschwinden unsrer Form für Preise würde sofort wieder die unerträglichen Hindernisse der Abschätzung des Wertes der Waren ohne Zuhilfenahme des Geldes in Wirksamkeit gebracht haben.“ Mit Rücksicht auf die Organisation der Arbeit meint Proudhon, es werde innerhalb der neuen Ordnung der Dinge in jenen industriellen Produktionszweigen, welche eine große Kollektivkraft oder Leistungen verschiedenster Art erfordern, die freie Assoziation unter den Mitgliedern dieser Gewerke am Platze sein. Doch bleibe es niemand verwehrt, seine eigene Werkstätte zu haben. Auch glaubt Proudhon, daß für die landwirtschaftliche Arbeit die Form der Assoziation sich weniger eigne.

Die Gesamtheit dieser Reformen läßt, wie gesagt, die Anarchie in friedlichem Umwandlungsprozeß der Gesellschaft ganz von selbst entstehen. Man wird bald einsehen, daß jede Regierung entbehrlich ist, nachdem einmal ihre bisherige Aufgabe erloschen, die Vorrechte des Reichtums zum Schaden der ärmsten und zahlreichsten Klasse aufrecht zu erhalten. Grund und Boden wie alle Produktionsmittel stehen ja von nun an allen Bürgern und ihren frei sich bildenden Produktivassoziationen zur Verfügung. Dann beginnt die glückliche Zeit, in welcher die Kontrakte den Platz der Gesetze einnehmen, jeder Mensch, jede Korporation sich selbst Gesetze gibt, alle Gerichtshöfe und Tribunale durch einfache Schiedsgerichte ersetzt werden und der in dem neuen Milieu vollendete intelligente und freie Mensch allein durch die ihm innewohnende Gerechtigkeit sich leiten läßt.

Später erkannte Proudhon freilich selbst den reinen Anarchismus als praktisch undurchführbar an und vertrat von nun an den Föderalismus<sup>2</sup>. Man kann den Föderalismus kurz charakterisieren als ein auf dem „suffrage universel“ und dem freien Vertrag gegründetes System gegenseitiger Garantien, gegenseitigen Schutzes, gegenseitiger Förderung und Hilfe mit einer aus Deputierten bestehenden Regierung zum Zwecke der Durchführung der Verträge und der Wahrung gemeinsamer Interessen und Angelegenheiten. Alles wird hier von unten herauf konstruiert, geht aus von der Initiative der Massen, von dem „suffrage universel“. Die Arbeitergruppen verbinden sich zu politisch souveränen Kommunen, Kantonen, Provinzen und Staaten vermittels eines Einigungsvertrages, wobei die Kontrahenten sich immer mehr an Rechten, Freiheit, Autorität zurückbehalten, als sie opfern. In jedem Staat wird eine Reihe von selbständigen Administrationszweigen gebildet, die jeder für sich vom Volk oder den Interessenten bestellt werden. Über allen diesen Administrationszweigen steht eine Nationalversammlung, welche direkt vom ganzen Lande gewählt wird. Sie hat die Rechnungen der verschiedenen Administrationen durchzusehen, das Budget zu bestimmen, Differenzen zwischen den Administrationen auszugleichen, die für das Ganze notwendigen Gesetze zu geben usw. Die Theorie des Föderalismus bezeichnet also nicht, wie die Theorie des reinen Anarchismus, alle politischen Funktionen als unnütz. Sie verlangt

<sup>1</sup> Das Geld<sup>2</sup> (1885) 241 247.

<sup>2</sup> Du principe fédératif, in den Œuvres complètes XVII (1852).

vielmehr ausdrücklich einen Wahlkörper, sodann eine Delegation als gesetzgebende Gewalt und eine Exekutivgewalt; letzterer ist die Verwaltung, die Polizei, die Justiz, die Kriegführung zugeteilt. Auch der „Föderalist“ Proudhon konnte sich mit einer autoritativen kommunistischen Organisation nicht versöhnen, wie sie in der Schule des Luxembourg (Louis Blanc und dessen Anhänger) vertreten war. Das föderalistische System faßt die Beziehung des Menschen zur Gesellschaft nicht als ein Verhältnis der Unterordnung auf: es betrachtet die Gesellschaft keineswegs als eine Hierarchie der Ämter und Gewalten, sondern als ein System der Gegenseitigkeit und des Gleichgewichtes zwischen freien Kräften, wo die noch verbleibenden politischen Organe und Funktionen lediglich dem Willen des Volkes zu dienen haben. Die Gerechtigkeit, die nach Proudhon keine bloße Idee, sondern eine immanente Fähigkeit der Seele, eine, wenn unbehindert, spontan wirkende, nach Art einer innern Zwangsgewalt dem Menschen sich aufdrängende Macht ist, wird jeden nötigen, seinen Egoismus dem gemeinsamen Interesse unterzuordnen. *Qui vivra, verra!*

3. Als Theoretiker des individualistischen Anarchismus kommt sodann in Betracht Johann Kaspar Schmidt (Pseudonym: Max Stirner<sup>1</sup>, geb. 1806 zu Bayreuth; er studierte in Erlangen und Berlin Philologie und Theologie, war bis 1844 Gymnasiallehrer und Dozent an einer höheren Töchterschule zu Berlin. Im Jahre 1844 erschien sein Werk „Der Einzige und sein Eigentum“, in welchem er die letzten Konsequenzen der individualistischen Denkrichtung zog und die absolute Selbstherrlichkeit des Individuums verkündete. Nicht mehr soll es heißen: Verleugne dich selbst, sondern: Komm zu dir selbst. Emanzipation der Eigenheit, des Ich, das ist die Rettung. Was du zu sein die Macht hast, dazu hast du das Recht! Ich bin zu allem berechtigt, wozu ich die Macht habe: selbst Gott darf ich stürzen, wenn ich kann, auch Eigentum besitzen, aber nur soweit ich es nehmen und behaupten kann. Außer mir gibt es kein Recht. Jeder Staat, selbst die absolute Demokratie, ist Despotie. Stimme ich heute einem Gesetze bei, so bin ich morgen sein Knecht. Alle bisherigen Wege zur Überwindung des Pauperismus, alle diese „Pöbelbeglückungsversuche“ und „Schwanenverbrüderungen“ taugen nichts. Allein aus dem Egoismus kann dem Pöbel Hilfe kommen. Die Eigentumsfrage löst nur der Krieg aller gegen alle! Die „Selbstverwertung des Ich“ und seiner Macht entscheidet also nach Stirner über alle sozialen Probleme, alle Fragen der Politik und der Wirtschaft, des Besitzes und der Arbeit. Sie bedeutet die absolute freie Konkurrenz, den schrankenlosen Kampf ums Dasein, den Sieg der brutalen Stärke inmitten eines negativen Kommunismus ohne positives Gesamteigentum der Gesellschaft, und bei fortdauernder Okkupationsfreiheit ohne rechtliche Anerkennung des Privateigentums. Nur ganz lose „Vereine der Egoisten“ sollen dem einzelnen sein Eigentum schützen oder auch entziehen, wenn es so besser scheint. Das Ganze mutet einen an wie ein Märchen aus der „prähistorischen“ Urzeit<sup>2</sup>.

4. Der Experimentalsozialismus Fouriers, Owens u. a., der sich neben der kapitalistischen Gesellschaft, diese allmählich verdrängend, aus eigenen Mitteln

<sup>1</sup> Georg Adler, Stirners anarchistische Sozialtheorie (1907). (Aus Festgaben für Wilhelm Lexis.) Mackay, Max Stirner (1897).

<sup>2</sup> Die andern deutschen Anarchisten: Moses Hess, Karl Grün, Wilhelm Marr, dürfen wir hier übergehen.

aufbauen wollte, konnte revolutionär gerichtete Geister nicht befriedigen. Das gleiche gilt von Proudhons Plan, durch direkten Austausch, gegenseitige Kontraktbeziehungen eine völlige Umwandlung aller Verhältnisse herbeizuführen. So fanden denn allmählich die Ideen der Expropriation der Besitzenden und der Beseitigung des Staates mehr Anklang und Vertretung in den beiden Richtungen, die an eine Zukunft auf kollektivistischer oder kommunistischer Grundlage glaubten, sei es im Sinne des Marxistischen Sozialismus oder des freien Anarchismus<sup>1</sup>.

Wenn man Godwin, Proudhon, Stirner als individualistische Gruppe im Anarchismus bezeichnen konnte, dann bilden Bakunin, Krapotkin, Reclus die kommunistische Gruppe. Neuere Vertreter des individualistischen Anarchismus (anknüpfend im wesentlichen an Stirner) sind Benjamin R. Tucker und John Henry Mackay; sie hoffen alles von der Entwicklung, reden dem schmerzlosen Fortschritt das Wort und vertrauen nur auf die Werke des Friedens, während die kommunistischen Anarchisten, wenigstens im allgemeinen, in der Anwendung von Gewalt das notwendige und einzig wirksame Mittel erblicken.

Michael Alexandrowitsch Bakunin<sup>2</sup>, aus adligem Geschlecht 1814 zu Torschok im russischen Gouvernement Twer geboren, wurde 1835 Artillerieoffizier, verließ aber 1838 bereits die militärische Laufbahn, um sich später (1840) in Berlin und Dresden philosophischen Studien zu widmen. 1843 ging Bakunin nach Paris, dann nach der Schweiz und wieder nach Paris, wo er mit Proudhon verkehrte. Wir finden ihn dann als Teilnehmer revolutionärer Erhebungen in Prag und Dresden (1849); er wurde gefangen, zum Tode verurteilt, schließlich an Rußland ausgeliefert, dort in der Peter- und Paulsfestung, hierauf auf der Feste Schlüsselburg interniert, 1857 nach Sibirien verbannt. Von dort floh er über Japan und Amerika nach England (1861), wo er sofort in persönliche Beziehung zu den Führern des internationalen Kommunismus trat. Als Leiter der sog. „Freiheits- und Friedensliga“ finden wir ihn bald in London, Italien, Genf, Locarno, Bern, überall im Dienste der Revolution und als anarchistischen Agitator tätig. Innerhalb der 1868 von Karl Marx in London begründeten „Internationalen Arbeiterassoziation“ stand er dem ebenso herrschsüchtigen Marx im Wege. Es kam zum völligen Bruche zwischen beiden Männern, und Bakunin gründete nun die „Jurassische Föderation“ als Sammelpunkt der Anarchisten. Bakunin starb am 1. Juli 1876 im Spital zu Bern, indem er durch Abweisung jeder Nahrung seinen Tod beschleunigte.

Von seinen Schriften nennen wir (mit Verweisung auf Zenker, Eltzbacher, Adler): Rußland, wie es wirklich ist (Mannheim 1848); Die Volkssage (London 1862); Proposition motivée au comité central de la Ligue de la paix et de la liberté (1868); Dieu et l'État, herausgegeben von Cafiero und Reclus (Genf 1882, Paris 1893); L'empire Knoutogermanique et la révolution sociale (Neuchâtel 1871); La théologie politique de Mazzini et de l'Internationale (Neuchâtel 1871); L'Étatisme et l'anarchie (Zürich 1874) usw.

<sup>1</sup> Vgl. Max Nettlau, Ernest Cœurderoy, in Archiv für Geschichte des Sozialismus I (1911) 320 f.

<sup>2</sup> Über Bakunin vgl. Maria Zdziechowski, Die Grundprobleme Rußlands (1907). (Auch Monatsschrift für christliche Sozialreform XXIX [1907] 550 ff.) Bakunin, Œuvres, herausgegeben von James Guillaume (1907). Engels, Die Bakunisten an der Arbeit (1873 u. 1894).



Die geradezu unentbehrliche Voraussetzung des Anarchismus ist Bakunin zufolge der moderne Atheismus, speziell der materialistische Darwinismus. Seine Theorie charakterisiert sich denn auch als eine Entwicklungslehre auf materialistischer Grundlage. Eigentum und Staat gehören einer niederen Stufe an. Die höchste zukünftige Stufe wird repräsentiert durch die Anarchie: Keine Herrschaft Gottes über uns, aber auch keine Herrschaft des Menschen über den Menschen. Wir weisen jede Legislation, jede Autorität und jeden privilegierten, patentierten, offiziellen und legalen Einfluß, auch wenn er aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen ist, zurück, zumal da er nur einer herrschenden und ausbeutenden Minorität gegen die Interessen der großen geknechteten Mehrzahl zugute kommen könnte. Nicht in der Form des Staates, sondern in seinem Wesen liegt der Despotismus. An Stelle des Staates schlechthin soll daher die völlig staatlose, freie Gesellschaft treten mit Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, aber mit einer Organisation der Gesellschaft und des Gesellschaftseigentums von unten nach oben durch freien Vertrag und freie Vereinigung, nicht von oben nach unten vermittelt irgend welcher Autorität. Lokale Gruppen von Personen, die sich frei zu Arbeitergenossenschaften zusammenschließen, ihr Verhältnis aber auch frei wieder lösen können, nehmen die Produktionsmittel in Besitz, produzieren zwanglos, aber auch ohne Zwang üben zu dürfen. Diese Einrichtung allein garantiert dem Arbeiter sein ganzes Arbeitsprodukt. Nicht das allgemeine Stimmrecht, sondern nur die Gewalt kann den Anarchismus zum Siege führen. Darum muß man zunächst das herstellen, was man gegenwärtig „Anarchie“ nennt, einen Zustand, in welchem die „öffentliche Ordnung“ im Sinne der Jetztzeit der Vernichtung anheimfällt. Doch meint Bakunin, schon der passive Widerstand auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, die „Enthaltung von der Politik“ und der „allgemeine Streik“ werde die Kapitalisten in Monatsfrist zum Nachgeben oder zum Kampfe führen, jedenfalls zum Siege der Arbeiter. Die blutige Revolution galt ihm nur als ein bedingt notwendiges Übel.

Die „Propaganda der Tat“, die „Pandestruktion“ zum Zwecke der Einführung des Anarchismus, fand dagegen ihren eifrigsten Apostel in Netschajew.

Sergei Netschajew, 1846 zu St. Petersburg als Sohn eines Hofbediensteten geboren, Lehrer an einer Kirchspielschule seiner Vaterstadt, gründete 1865 in Moskau unter den Studenten der Ackerbauakademie den Geheimbund „Das Volksgericht“. In einer von Bakunin und Netschajew (1869) gemeinsam herausgegebenen Broschüre: „Paroles adressées aux étudiants“, wurden die Studenten aufgefordert, die Universität zu verlassen und „unter das Volk zu gehen“, d. i. Nihilisten zu werden. Charakteristisch ist, daß Netschajew in dem Räubertum „eine der ehrenhaftesten Formen des russischen Volkslebens“ erblickte. Nachdem Netschajew seinen Freund Iwanow, von dem er Verrat fürchtete, 1869 ermordet hatte, floh er nach der Schweiz zu Bakunin. Doch bald entzweiten sich beide. Netschajew ging nach London, gründete dort eine Zeitung „Die Gemeinde“, in welcher er Bakunin scharf angriff. 1872 wurde er an Rußland ausgeliefert, wo er spurlos verschwand.

Seine Anschauungen hat Netschajew (nach andern Bakunin oder beide gemeinschaftlich) in dem „Revolutionären Katechismus“ (ursprünglich chiffrierte Schrift, von der Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen Netschajew der Öffentlichkeit übergeben) niedergelegt: Der Revolutionär kennt nur eine Wissenschaft: die Zerstörung. Für sie und nur für sie studiert er Mechanik, Physik, Chemie und selbst

Medizin. Zu demselben Zwecke studiert er Tag und Nacht die lebendige Wissenschaft, die Menschen. Der Zweck bleibt immer derselbe: die möglich rascheste und endgültige Zerstörung der bestehenden Ordnung. Für ihn existiert nur ein Genuß, ein Trost, ein Lohn, eine Befriedigung: der Lohn der Revolution. Tag und Nacht darf er nur einen Gedanken, nur einen Zweck haben: die unerbittliche Zerstörung. Das Glück der Zukunft, die gründliche Vernichtung jedes Staatsbegriffs, die Anarchie, kann nur die Frucht einer alles zerstörenden Volksrevolution sein. Aber schon vorher bedarf es der blutigen Reklame für den Anarchismus, der Propaganda der Tat. Ohne unser Leben zu schonen, müssen wir mit einer Reihe verwegener, ja sinnloser Attentate in das Leben des Volkes einbrechen und ihm den Glauben an seine Macht einflößen, es erwecken, vereinigen und zum Triumphe seiner Sache hinführen.

Auch Fürst Peter Krapotkin zeigte sich der Propaganda der Tat nicht abgeneigt, wie er die Einführung der Anarchie nur von der Revolution erwartete. Elisée Reclus, der bekannte Geograph, dagegen war, obwohl Vertreter des Anarchismus, doch kein Freund der Propaganda der Tat<sup>1</sup>.

Der Anarchismus bedarf keiner Widerlegung. Aus der Anarchie wird niemals die Ordnung erstehen, selbst wenn die Menschen ihre Natur völlig verändern. Wo Ordnung ist, da muß notwendig Unterordnung sein; das gilt auch von den „Gruppen“ mit ihren „vollkommen autonomen Gliedern“. Nicht einmal der Vertrag, das einzige soziale Band, das der Anarchismus noch übrig läßt, verträgt sich mit dauernder absoluter Autonomie. Denn ein Vertrag, der nicht bindet, also nicht die Freiheit beschränkt, ist überhaupt kein Vertrag. Und wo keine Autorität Schutz gewährt, da muß und wird gerade die Freiheit und Gleichheit tatsächlich zur brutalsten Gewalt- und Machtherrschaft führen.

#### § 4.

#### Sozialismus.

**Literatur:** Biederlack, Soziale Frage<sup>7</sup> (1907) 57 ff. — Antoine, Cours d'économie sociale<sup>4</sup> (1908) 218 ff. — E. Jäger, Der moderne Sozialismus (1873); Geschichte der sozialen Bewegung und des Sozialismus in Frankreich, 2 Bde (1879/90). — Steccanella, Del comunismo (1882). — Winterer, Die soziale Gefahr (1885); Der internationale Sozialismus (1885/90); Le socialisme contemporain, 2<sup>e</sup> éd. 1883, deutsche Ausgabe 1884. — Cathrein, Sozialismus<sup>14–16</sup> (1923). — Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung<sup>4</sup> (1904). — Soderini, Socialismo e cattolicesimo (1896). — Schaub, Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin und dem modernen Sozialismus (1898). — Walter, Das Eigentum nach der Lehre des hl. Thomas von Aquin und des Sozialismus (1895); Sozialismus und moderne Kunst (1901). — H. Pesch, Der moderne Sozialismus<sup>2</sup> (1900). — Meffert, Arbeiterfrage und Sozialismus (1901). — Castelein, Le socialisme et le droit de propriété (1896). — Vermeersch, Quaestiones de iustitia (1901) 186–238; (<sup>2</sup> 1904) 188–240. — Pachtler, Die Ziele der Sozialdemokratie und die liberalen Ideen<sup>4</sup> (1903). — Die Artikel „Sozialdemokratie“ von Meffert, „Sozialismus“ von Kämpfe-Pesch-Cathrein, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>4</sup>; ebd. Walter über Marx III<sup>4</sup>; Jul. Bachem-Walter über

<sup>1</sup> Für die Lehre der sog. „Selbständigen“ müssen wir auf Benjamin R. Tucker, Staatssozialismus und Anarchismus (1895), verweisen.

Lassalle III<sup>4</sup>. — Stammhammer. Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus. 2 Bde (1893/1900). — Aus der überaus reichen Literatur seien noch besonders erwähnt: L. v. Stein. Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich. 3 Bde 1850. — Balmes. Vermischte Schriften III (deutsch 1855). — Held, Sozialismus. Sozialdemokratie und Sozialpolitik (1878). — v. Scheel. Theorie der sozialen Frage 1871: Artikel „Sozialismus und Kommunismus“, in Schönbergs Handbuch I<sup>4</sup> 119 ff. — Rud. Meyer. Emanzipationskampf des vierten Standes<sup>2</sup> (1882). — de Laveleye, Le socialisme contemporain, 2<sup>e</sup> éd. 1883, deutsche Ausgabe 1884. — Kleinwächter. Die Grundlagen und Ziele des sog. wissenschaftlichen Sozialismus 1886: Lassalle und L. Blanc, in der Zeitschrift für Staatswissenschaft (1886, 115 ff.; Staatsromane 1891. — G. Adler. Rodbertus 1883. Grundlagen der Karl Marxschen Kritik 1887: Geschichte des Sozialismus und Kommunismus I (1900); Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik 1904 ff. — A. Menger. Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag<sup>2</sup> 1891: Neue Staatslehre 1903. — Schäffle. Quintessenz des Sozialismus 1875. <sup>13</sup>1891: Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie<sup>4</sup> 1891: Kapitalismus und Sozialismus 1870. — Julius Wolf. Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung 1892. — Nickel. Sozialpolitik und soziale Bewegungen im Altertum (1892). — Pöhlmann. Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus. 2 Bde (1893/1901); 2. Aufl.: Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt, 2 Bde (1912). — Weisengrün. Das Ende des Marxismus 1899. — P. Leroy-Beaulieu, Le collectivisme<sup>3</sup> (1893). — Costanzi. Razionalismo e socialismo 1894. — Stegmann und Hugo. Handbuch des Sozialismus 1894. — Bernstein und Kautsky. Die Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen I 1895. — Wenckstern. Marx 1896. — Böhm-Bawerk. Zum Abschluß des Marxschen Systems, in den Festgaben für K. Kries (1896) 87—205; Kapital und Kapitalzins<sup>2</sup> 1900 495—558. — Stammler. Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Auffassung 1896, neue Aufl., Ders., Sozialismus und Christentum (1920). — Calwer, Einführung in den Sozialismus (1896). — Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung 1896. <sup>5</sup>1905. <sup>7</sup>1919. — Lorenz. Die Marxistische Sozialdemokratie, in der Bibliothek für Sozialwissenschaft IX 1896. — Mehring. Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1897/98: Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle 1902. — Barth. Die Philosophie der Geschichte als Soziologie I (1897); Die Geschichtsphilosophie Hegels und der Hegelianer bis auf Marx und Hartmann (1890). — van Overberghe, Les caractères généraux du socialisme scientifique (1897). — L. Pohle. Die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung? 1900. — Hohoff, Kapitalprofit und Warenwert 1901: Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik (1908). — Theodor Steinbüchel. Der Sozialismus als sittliche Idee 1921. — Th. Brauer. Das Recht auf Arbeit 1919: Christentum und Sozialismus 1920. — Plenge, Christentum und Sozialismus (1919); Zur Vertiefung des Sozialismus 1919. — Wilbrandt. Sozialismus (1921). — Brentano. Meine Polemik mit Karl Marx 1900. — Engels. In Sachen Brentano contra Marx (1901). — v. Nostitz. Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England 1900. — Nossig. Revision des Sozialismus (1901). — Herkner. Arbeiterfrage<sup>5</sup> 1908. <sup>8</sup>1922. — Schwiedland. Volkswirtschaftslehre I<sup>3</sup> 1922 239 ff. — E. Bernstein. Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie 1899: Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? (1901: Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus, gesammelte Abhandlungen<sup>4</sup> 1904); Der Revisionismus in der Sozialdemokratie 1909. — Koigen, Die Kulturanschauung des Sozialismus 1903. — Kautsky. Bernstein und das sozialdemokratische Programm, eine Antikritik 1899: Ethik und materialistische Geschichtsauffassung 1906. — Woltmann. Der historische Materialismus. Darstellung und Kritik der Marxistischen Weltanschauung 1900. — E. Schlund O. F. M., Die philosophischen Probleme des Kommunismus 1922. — Jaurès. Aus Theorie und Praxis 1902, deutsch von Südekum. — Vandervelde, Die Entwicklung zum Sozialismus 1902, deutsch von Südekum. — Max Adler u. Rudolf Hilferding. Marxstudien 1904 ff. — Tugan-Baranowsky. Theoretische Grundlagen des Marxismus 1905. — Cetty, Les socialistes allemands (1905). — Günther. Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozial-



demokratie, in Schmollers Jahrbuch 1905. 1235 ff. — Koppel, Für und wider Marx (1905). — Hamon, Socialisme et anarchisme (1905). — Brunhuber, Die heutige Sozialdemokratie (1906). — Diehl, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus (1905, 41922). — v. Degenfeld-Schonburg, Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus (1920). — Voigt, Die sozial. Utopien (1907). — Bernstein (gegen Brunhuber), Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis (1906). — Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1906, 1 ff. — Beatrice Webb, Der Glaube an den Sozialismus, in Sozialistische Monatshefte 1908. 25 ff. — Tönnies, Ethik und Sozialismus, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1907 u. 1908. — Biermann, Die Weltanschauung des Marxismus (1908). — John Ming, The characteristics and the religion of modern socialism (1908). — Neuere religionsphilosophische Literatur des Sozialismus, in Soziale Kultur 1909, 257 ff. — L. B. Boudin, Das theoretische System von Karl Marx (deutsch von Louise Kautsky; 1909). — Herkner, Sozialrevolutionäre Bewegungen in der Demokratie, in Schmollers Jahrbuch, 1909. — Warschauer, Zur Entwicklungsgeschichte des Sozialismus (1909). — Muckle, Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert (1909); Das Kulturideal des Sozialismus. — Emil Hammacher, Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus (1909). — B. Földes, Der Sozialismus, 2 Bde (1910, ungarisch). Ders., Die Hauptströmungen der sozialistischen Gedankenwelt (1923). — Max Adler u. R. Hilferding, Marx-Studien. — Franz Oppenheimer, Die soziale Frage und der Sozialismus (1919). — Georg Jäger, Sinn und Wert des Marxismus, in Schmollers Jahrbuch (1910). — Hillgnitt, Der Sozialismus, seine Theorie und seine Praxis (übersetzt von Adolf Hepner; 1911). — Otto Müller, Der Sozialismus in Deutschland (1919). — Liefmann, Geschichte und Kritik des Sozialismus (1922). — Schwechler, Die österreichische Sozialdemokratie (1908). — Berghoff-Ising, Die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz (1895). — Vgl. R. de Waha, Die Nationalökonomie in Frankreich (1910). — Über den Sozialismus in Frankreich: L. Seilhae, Le monde socialiste (1896). — Paul Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich (übersetzt von Wendel; 1908). — Aufsatz von Savatier in Mouvement social 1911 usw. — Über Italien: R. Michels, Storia del Marxismo in Italia (1910) usw. — Über England: Sidney Webb, Socialism in England (1892). — Kirkup, History of socialism. — Brougham Villiers, The socialist movement in England (1908). — M. Beer, Geschichte des Sozialismus in England (1913). — Noyes, History of American socialism (1870). — Sombart, Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? (1906). — Die Arbeiten von Holaind, Kerby über den amerikanischen Sozialismus. — Über die Geschichte des Sozialismus, speziell auch des ausländischen, orientieren fortlaufend Karl Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, das Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik usw. Dasselbst auch Angaben über die Literatur. Reiche Literaturangabe in dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Wörterbuch der Volkswirtschaft, Staatslexikon der Görres-Gesellschaft usw. — Histor.-polit. Blätter I IX XII XX XXV XXVII XXVIII usw. — Krisis im deutschen Sozialismus, in „Wahrheit“ IX (1903) 534 ff. — Zur gegenwärtigen Krisis in der sozialistischen Bewegung vgl. E. Rosenstock, Zerfall und Ordnung des Industrievolkes (1923). — Th. Brauer, Krisis der Gewerkschaften (1924). Sozialistische deutsche Zeitschriften: Neue Zeit, Sozialistische Monatshefte, Dokumente des Sozialismus (1901—1906). — E. van den Boom, Der Sozialismus nach dem Kriege (1923).

**1. Name und Begriff im allgemeinen<sup>1</sup>.** Der Wortbedeutung nach bezeichnet Sozialismus den direkten und vollen Gegensatz zum Individualis-

<sup>1</sup> Eine sorgfältige Untersuchung, die Karl Grünberg (Die Genesis der Worte „Sozialismus“ und „Sozialist“, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft IX [1906] 495 ff. 507 f.) über den Ursprung der Worte „Sozialismus“ und Sozialist“ anstellte, führte zu folgenden Ergebnissen: Von den beiden Kunstaussdrücken „Sozia-

mus. In diesem Sinne hat man selbst von einem christlichen Sozialismus<sup>1</sup> sprechen zu können geglaubt, der auf der Grundlage christlichen Volkslebens eine tiefgreifende wirtschaftliche und soziale Reform fordere unter scharfer Betonung der gesellschaftlichen Zusammenhänge und Pflichten und mit Einführung zeitgemäßer Formen der genossenschaftlichen Vereinigung. Der Sprachgebrauch bedient sich jedoch heute tatsächlich des Namens „Sozialismus“ fast nur zur Bezeichnung der internationalen Bewegung der Arbeiterklasse gegen den privaten Kapitalbesitz, dessen völlige Beseitigung und Ablösung durch kommunistische Formen, auf Grund bestimmter Theorien, von der Zukunft erwartet wird. Er verbindet mit ihm die Vorstellung einer gesellschaftlichen Organisation, in welcher das Individuum seine produktive wirtschaftliche Selbständigkeit dem gesellschaftlichen Ganzen opfern muß. Als Kriterium dieses proletarischen Sozialismus gilt darum auch der kollektivistische Gedanke, die Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel in irgend einer Form<sup>2</sup>.

Die Stellung der staatlichen oder gesellschaftlichen Zentralgewalt in der sozialistischen Gesellschaft bildet das vollkommene Gegenstück zur Auffassung vom Zweck des Staates und der Staatsgewalt nach

lismus“ und „Sozialist“ ist der zweite der ältere. Das Wort „Sozialist“ ist auf englischem Boden entstanden. Hier wurde es von den Anhängern des Owenschen New social system geprägt. Zum erstenmal ist es zu finden in „Poor man's guardian“ vom 24. August 1833, ohne daß es sich auf einen bestimmten Urheber zurückführen ließe. In Frankreich hat nicht Reybaud, sondern Pierre Leroux es zuerst um die Mitte des Jahres 1834 gebraucht, aller Wahrscheinlichkeit nach auch selbständig gebildet. Doch mag es immerhin erst durch Reybaud, dessen „Études“ weiteste Verbreitung fanden, vulgarisiert worden sein. In Deutschland wurde es nach Grünberg zuerst 1840 durch Rochau angewendet. Der Terminus „Socialisme“ dagegen ist in Frankreich geschaffen worden durch den Saint-Simonisten Jancières. Zum erstenmal findet sich der Ausdruck im „Globe“ vom 13. Februar 1832; später, Mitte 1834, bei Leroux, und zwar bei diesem schon in seiner technischen Bedeutung, im Anschluß an Leroux 1835 bei Lamartine. Seit 1837 findet er Anwendung in England, zum erstenmal in „The new moral world“ vom 2. September 1837. Vgl. auch Grünberg, Artikel „Sozialismus“ im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 828 ff.; ebenfalls Aug. Hamon, Socialisme et anarchisme 1905, wo die Begriffe Sozialismus und Anarchismus sehr ausführlich behandelt werden. Zum Begriff des Sozialismus vgl. noch Jos. Garnier, Les diverses definitions du socialisme, im Journal des économistes III 1878: 5 ff.; A. Wagner, Was ist Sozialismus? in Beilage zur Allg. Zeitung 1879; Gustav Cohn, Was ist Sozialismus? (1878.)

<sup>1</sup> E. Walter, Über den Begriff des christlichen Sozialismus und seine mißbräuchliche Anwendung, in „Wahrheit“ VII 1901 393 ff. Die Anwendung des Ausdrucks: „christlicher Sozialismus“ wurde auch in den letzten Jahren wieder auf katholischer Seite meist als mißverständlich abgelehnt.

<sup>2</sup> Nur eine „Gesellschaft“, die alle Klassen zu einer einzigen Klasse verschmolzen hat, die zugleich Eigentümerin der Produktionsmittel und Produzent ist, entspricht dem marxistischen Begriff der Vergesellschaftung. Andere denken dabei an Verstaatlichungen, Vergemeindlichungen oder an einen genossenschaftlichen Sozialismus. (Erinnert sei an R. Owen, Hertzkas Freiland, Oppenheimers Siedlungsgenossenschaften, englische Konsumtngenossenschaften usw.)

dem individualistischen Staatsbegriff der Aufklärungsphilosophie. Insoweit aber der Sozialismus die Individuen ohne soziale Vermittlung, ohne autonome korporative Zwischenglieder, unmittelbar jener Zentralgewalt unterstellt, ist er doch anderseits wiederum nicht mit Unrecht auch als Erbe der individualistischen Idee bezeichnet worden. Volle Übereinstimmung herrscht in den verschiedenen sozialistischen Theorien lediglich mit Bezug auf „die Negation der Kirchenherrschaft, des Militär- und Eroberungsstaates und auf die Negation des privatkapitalistischen Betriebes in Produktion, Zirkulation und Konsumtion und der damit verbundenen privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse“<sup>1</sup>. Immerhin stellt aber der sog. „wissenschaftliche“ oder marxistische Sozialismus, trotz mancher Anfeindungen aus den eigenen Reihen, noch immer wenigstens diejenige theoretische Form des Sozialismus dar, welche auch nach der positiven Seite hin ein mehr oder minder einheitliches System bildet.

Noch in der siebten Auflage (1919) seines Buches „Sozialismus und soziale Bewegung“ sagt Sombart: „Es gibt nur einen lebendigen Sozialismus in neuerer Zeit, den Marxismus. Gerade auch während des Krieges und während der Revolutionen haben die Proletariate aller europäischen Länder auf Karl Marx geschworen.“ Dieser an Marx anknüpfende proletarische Sozialismus wird schlechthin „moderner“ Sozialismus genannt<sup>2</sup>. Und Goetz Briefs sagt 1923: „Der Sozialismus, der unsre ganze Zeit erfüllte und im Denken der breiten Massen heute noch gemeint ist, für den auch die Phraseologie zeugt, ist — feiner oder gröber, systematisch oder schlagworthaft erfaßt — der Marxismus.“

Man wird darum wohl auch von der Lehre des Marxismus ausgehen müssen, wenn man die ganze moderne soziale Bewegung des Proletariats in den meisten Ländern bis zum gegenwärtigen Augenblick verstehen will.

Georg Adler<sup>3</sup> schlägt vor, Sozialismus und Kommunismus gleichmäßig zu definieren als „einen Gesellschaftszustand, bei dem in weitem Umfang mit den Mitteln der Gesamtheit auf der Basis des Kollektiveigentums gewirtschaftet wird“. Dennoch dürfte die Unterscheidung zwischen Kommunismus und Sozialismus zur klaren Kennzeichnung des Sozialismus selbst und wohl auch in etwa zur Charakterisierung älterer und neuerer hierhin gehöriger Theorien ihren Wert behalten.

<sup>1</sup> H. Greulich, Die Theorien der Anarchie, in Richters Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik I<sup>1</sup> 1.

<sup>2</sup> Diesem „analytischen“ Begriff des Sozialismus stellt Sombart neuerdings den rationalen Sozialismus gegenüber, den er als „praktische Sozialrationalistik mit antichrematistischer Tendenz“, als „vernunftgeborene Strebung zur Verwirklichung des Ideals der Gerechtigkeit in der menschlichen Gesellschaft“ bezeichnet. Alle Arten des Sozialismus stimmen nach Sombart darin überein, daß sie als Ziel den Ersatz der Erwerbswirtschaft durch erwerbslose Wirtschaft erstreben oder erhoffen. Grundlagen und Kritik des Sozialismus (1919), Einleitung.

<sup>3</sup> Geschichte des Sozialismus und Kommunismus von Plato bis zur Gegenwart I (1899) 1 ff.



Als Gattungsbegriff freilich umfaßt der „Kommunismus“ die sämtlichen Theorien und Bewegungen, deren Endziel die Beseitigung des Privateigentums überhaupt oder doch wenigstens an gewissen Sachgüterkategorien und die Schaffung einer neuen Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftsordnung auf Grundlage des Gemeineigentums ist (Grünberg)<sup>1</sup>. Von der vereinzelt Forderung<sup>2</sup> eines „negativen“ Kommunismus, d. i. der Aufhebung alles Eigentums, des Privateigentums wie des Gemeineigentums, können wir dabei absehen. In Betracht kommt nur der „positive“ Kommunismus, der irgend ein Gemeinwesen als Träger des Eigentums bezeichnet. In einer derartigen neuen Ordnung der Dinge ersehen die Kommunisten die unbedingte Lösung der sozialen Frage: erst durch Tilgung aller Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen sind ihnen zufolge die Ursachen der heutigen Not und allen Elends beseitigt. Der Kernpunkt in den kommunistischen Theorien ist also ihr Gegensatz zum privaten Eigentum, und gerade diesen Gegensatz hebt der Name „Kommunismus“ hervor. Aber der Gegensatz kann von verschiedener Ausdehnung sein, und danach läßt sich zwischen universellem und partiellem Kommunismus unterscheiden, je nachdem 1. sowohl die Produktionsmittel als die Genußmittel oder 2. die Produktionsmittel allein oder schließlich 3. nur ein bestimmter Teil der Produktionsmittel Eigentum der Gesamtheit sein sollen.

Der totale Kommunismus, der alle Güter, die Produktionsmittel wie die Genußmittel, dem privaten Eigentum entzieht, alles persönliche Einkommen beseitigt, kann als Kommunismus im engeren Sinne bezeichnet und dem Sozialismus, demzufolge bloß die Produktionsmittel in Kollektiveigentum übergehen sollen, entgegengestellt werden<sup>3</sup>. Beim Sozialismus wäre dann, nach dem Subjekt des Gemeineigentums, zwischen folgenden Formen oder Arten zu unterscheiden: a) Der Gesellschaftssozialismus ist der marxistische Sozialismus der Sozialdemokratie: das Eigentum an den Produktionsmitteln wird der „Gesellschaft“ übertragen, die nicht als die politische Organisation des „Staates“ erscheint, sondern als eine Wirtschaftsgenossenschaft auf demokratischer Grundlage mit einer obersten Wirtschaftsbehörde ohne andere als wirtschaftliche Vollmachten. b) Der voll durchgeführte Staatssozialismus läßt das Eigentum an den Produktionsmitteln auf den historisch überlieferten Staat übergehen. Vom „Staatssozialismus“ spricht man aber, wie wir sahen, oft auch dort schon, wo die prinzipielle Grenze für Verstaatlichungen fehlt, oder wenn die Regelung des wirtschaftlichen Lebens fast ganz in das Belieben der Staatsgewalt gelegt wird, im übrigen bei grundsätzlicher Anerkennung des Privateigentums und der Standesunterschiede<sup>4</sup>. c) Der Gemeindesozialismus und Gruppensozialismus macht die Gemeinde, den Berufsstand oder Arbeitergruppen zum Subjekt des Eigentums an den Produktionsmitteln. Würden diese

<sup>1</sup> Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 155.

<sup>2</sup> Moses Hefz zugeschrieben, Cathrein, Sozialismus 1 ff.

<sup>3</sup> Das Unterscheidungsmerkmal zwischen Sozialismus und Kommunismus ist nach Tugan-Baranowsky: Der moderne Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung [1908] die Frage des persönlichen Einkommens. Wo wir noch die Kategorie des persönlichen Einkommens (als einer Wertsumme) vorfinden, haben wir es mit einem sozialistischen System zu tun; wo diese Kategorie fehlt, mit dem Kommunismus. Eine meines Erachtens, sagt Bernstein, sehr brauchbare, alle sonst üblichen an Schärfe übertreffende Unterscheidung (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVIII [1909] 759).

<sup>4</sup> V. Cathrein, Moralphilosophie II<sup>5</sup> 521; oben S. 175 ff. 181 ff.

Gemeinden oder Gruppen als völlig unabhängig von jeder staatlichen Zentralgewalt gedacht, so könnte jene Lehre wohl auch als eine Form des Anarchismus gelten. Der Gemeindesozialismus (Munizipalsozialismus) in der von Anton Menger<sup>1</sup> empfohlenen Form will den Staat mit seinen politischen Formen erhalten wissen; nur sollen die einzelnen Gemeinden selbständige Träger des Produktiveigentums und der Wirtschaft werden. Auch wird zuweilen schon von „Munizipalsozialismus“ gesprochen bei weitgehender Einführung gemeindlicher Betriebe u. dgl.

Je nach dem Umfang, in welchem die Produktionsmittel in Kollektiveigentum übergeführt werden sollen, läßt sich ferner zwischen universalem und partikularem Sozialismus unterscheiden. a) Der **Universalkollektivismus** will im Prinzip alle Produktionsmittel vergesellschaften bzw. verstaatlichen (Sozialdemokratie). — b) Der **Partikularsozialismus** begnügt sich mit der Beseitigung des Privateigentums an einer bestimmten Gattung von Produktionsmitteln. Hierher gehören namentlich die **Agrarsozialisten**<sup>2</sup>.

Kommunistische Gleichheit bildete schon in alten Zeiten den Gegenstand phantastischer Hoffnung. Die Sagen Geschichte der Sassaniden im Schälname (einem persischen Heldengedicht) berichtet z. B. von Mazdak, des Königs Finanzminister, einem der ältesten Kommunisten. Seine Lehre lautete: „Der Arme dem Reichen gleich sein muß, Und keiner darf haben Überfluß; Wie Einschlag und Zettel in schönen Geweben, Muß mit dem Armen der Reiche leben; In der ganzen Welt muß Gleichheit sein, Verboten ist Reichtum, mein und dein.“ Aber auch die rechte Antwort wurde schon damals Mazdak zuteil: „Wenn alle gleich, nicht groß noch klein, Wer wird noch Herr, wer Diener sein? Wer wird arbeiten für dich und mich? Wenn alle herrschen, wer baut das Feld? Verödet stehn bald alle Gauen — Und solch ein Los soll Iran schauen?“<sup>3</sup> Erblickt man das eigentliche Wesen des strengen, totalen Kommunismus in der allgemeinen Gütergemeinschaft und der vollen Gleichheit des Lebensgenusses („rohe Gleichmacherei“, Marx), so können wohl zu den Theorien, Vorschlägen, Gesellschaftsidealen mit mehr oder minder stark ausgeprägter kommunistischer Färbung der aristokratische Kommunismus der „Politeia“ Platos, ferner die auf Mißdeutung christlicher Lehrsätze oder Schriftstellen sich stützenden Bestrebungen mittelalterlicher Sekten des 11.—14. Jahrhunderts (Katharer, Albigenser in Oberitalien und Südfrankreich, Apostoliker oder Patarener in der Lombardei), im 16. Jahrhundert der Wiedertäufer in Thüringen, zu Münster, in Mähren gerechnet werden. Dann findet sich das kommunistische Prinzip der Gleichheit einigermaßen wieder in manchen Staatsromanen, bei den englischen Levellers<sup>4</sup> im 17. Jahrhundert zur Zeit der Republik, bei den Franzosen Meslier, Morelly, Boissel, Gracchus Babeuf (1760—1797), dem Deutschen Weitling; auch die von Robert Owen gegründeten oder befürworteten kommunistischen Gemeinden<sup>5</sup> werden zuweilen hierher gezählt. Auf alle jene kom-

<sup>1</sup> Neue Staatslehre<sup>2</sup> (1904) 100 192 ff.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 231 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Alex. Baumgartner, Geschichte der Weltliteratur. I: Die Literaturen Westasiens und der Nilländer (1897) 522 f.

<sup>4</sup> Vgl. Bernstein, Aufsatz über „Kommunistische usw. Strömungen während der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts“, in „Die Vorläufer des neueren Sozialismus“ (1895); L. Berens, The digger movement etc. (1906).

<sup>5</sup> Pfälf, Kommunistische Experimente, in Stimmen aus Maria-Laach XLIX 284 ff. Liefmann, Kommunistische Gemeinden in Nordamerika, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXVI (1908) 29 ff.

munistischen oder auch sozialistischen Theorien und Bewegungen einzugehen, hat an dieser Stelle keinen Zweck. Wir begnügen uns mit einer solchen Auswahl, wie sie zu einem allseitigen klaren Verständnis der sozialistischen Idee mittelbar oder unmittelbar dienlich erscheinen dürfte.

2. Die „Staatsromane“ (so benannt von Robert v. Mohl) wollten meist nur in einem erdachten Ideal den Menschen das Bild einer besseren Gesellschaftsordnung vorhalten, an welchem die wirkliche Gesellschaft ihre eigenen Schäden erkennen könne.

Der Idealstaat, den Plato in seiner „Politeia“ und in den „Gesetzen“ („Kritias“ blieb Fragment) entwarf, läßt die Edelsten und Besten zwar mit absoluter Macht regieren, aber der privaten Familie und des privaten Eigentums entbehren, um unbeirrt durch persönliche Interessen nach den Forderungen der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls den Staat leiten zu können. Die Bauern, Handwerker, Kaufleute, die unter dem absoluten Regime leben und von demselben ihren Beruf angewiesen erhalten, bewahren das Privateigentum an den Produktionsmitteln. „Da damals ökonomisch durchaus keine Tendenz zum Großbetrieb bestand, im Gegenteil der Kleinbetrieb in der städtischen und ländlichen Produktion sich noch als durchaus rentabel erwies, so war die Konsequenz, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht angetastet werden konnte, und demgemäß hat auch Plato nicht an einen Kommunismus der Produktion gedacht. Der Kommunismus, den er predigt, war vielmehr ein solcher der Konsumtion, und auch dieser sollte nur den höheren Klassen — Herrschern, Philosophen und Kriegen — zugute kommen. Die Prinzipien, die in gewissen Einrichtungen Spartas, vor allem in der Befreiung der Vollbürger von aller Erwerbsarbeit und in ihren gemeinsamen Mahlzeiten, andeutungsweise enthalten sind, erscheinen im Platonischen Staate klar herausgearbeitet und erlangen mit allen ihren Konsequenzen unbeschränkte Gültigkeit; aber doch erfahren wir über diesen Kommunismus, der für die Konsumtion der höheren Klassen Regel ist, an Einzelheiten im Grunde nicht mehr, als daß ihre sämtlichen vor dem Richterstuhl der Moral gerechtfertigten ökonomischen Bedürfnisse — also sozusagen die im Sinne der Platonischen Lehre ‚vernunftgemäßen‘ Bedürfnisse — durch Steuern der übrigen, politisch rechtlosen Klassen aufgebracht werden sollen.“<sup>1</sup> Die Staatsomnipotenz im Platonischen Idealstaat entsprach der antiken Staatsidee, welche der Selbständigkeit des Individuums nicht gerecht zu werden vermochte, in ihm lediglich ein Glied der staatlichen Gesamtheit erblickte. Daher die absolute Unterwerfung der niederen Klassen, daher aber auch das Recht des Staates, durch eine ausgebildete, selbst den Geschlechtsverkehr regelnde Menschenzüchterei die zur Herrschaft tauglichen Individuen herbeizuschaffen. Ebenso wenig kann die eigenartige Stellung befremden, welche Plato der geistigen und körperlichen Aristokratie (aristokratischer Sozialismus) zuweist. Es lag darin der Protest der höheren Elemente der Nation gegen das Regime der Demokratie und gegen einen demokratischen Sozialismus mit restloser Durchführung des Prinzips der Gleichheit<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Georg Adler, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus 1899 44. Gomperz, Griechische Denker II (1896/1909) 403 f. Vgl. Baeumker, Artikel „Plato“, und Stöckel-Roloff, Artikel „Staatsromane“ im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft IV<sup>4</sup> u. V<sup>4</sup>; Steccanella, Del comunismo (1892).

<sup>2</sup> Vgl. auch Pöhlmann, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus I (1893) 185 ff. 302 ff. 307 325. Weder in Kreta noch in Sparta gab es nach Pöhlmann



Vorbildlich für die meisten späteren Staatsromane wurde jedoch mehr das kommunistische Staatsideal, welches Thomas More (Freund des älteren Humanismus und englischer Staatsmann) in seinem Buche „*De optimo rei publicae statu deque nova insula Utopia*“ (1516) durch den portugiesischen Seefahrer Hythlodäus schildern läßt. Hythlodäus hat Utopien („Nirgendheim“, „Keinland“, „Unland“), das in der Nähe des amerikanischen Kontinents liegt, selbst besucht; er kennt auch die englischen Verhältnisse, denen er seine Erzählung der Zustände von Utopien gegenüberstellt. Wohl mit Unrecht hat Karl Kautsky<sup>1</sup> Thomas More als einen überzeugten Verfechter kommunistischer Ideen hinstellen wollen. Die „Utopie“ enthält ohne Zweifel eine scharfe Kritik der englischen Gesellschaft. More vergleicht die Edelleute seiner Zeit mit müßigen Drohnen, die von der Arbeit anderer leben; er wirft ihnen vor, daß sie lediglich aus Selbstsucht und ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl des Volkes das fruchtbare Ackerland in Viehweiden verwandelten, um aus der Schafzucht größere Vorteile für sich zu erzielen usw. Allein man muß unterscheiden zwischen der ernst gemeinten Kritik, die More an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen seines Landes übt, und der dichterisch ausgeschmückten Organisation seines Idealstaates auf der Insel Utopia. Er entwirft in romanhaftem Gewand ein Bild der Gesellschaft Utopiens lediglich, um darzutun, wie das Glück der Völker nicht in der Kunst besteht, die individuelle Habsucht und Trägheit zu fördern, sondern in der Unterordnung unter die Gesetze der Vernunft und Gerechtigkeit. Ein Mann, der furchtlos sein Leben hingibt für Christentum und Kirche<sup>2</sup>, konnte gar nicht die Verwirklichung einer Gesellschaft wünschen, in welcher Christus nicht gekannt, die Sonne angebetet und manches Laster gestattet wird. Gerade darin liegt die bittere Ironie der Utopia, daß More der tief gesunkenen Gesellschaft seiner Zeit das Bild eines Volkes vorhält, welches trotz mancher schweren Verirrung sich allein deshalb schon eines relativen Glücks erfreute, weil es seine sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht lediglich nach dem Begehren der individuellen Selbstsucht einrichtete. Übrigens erklärt More noch ausdrücklich: „Wenn ich auch nicht alles billigen kann, was dieser wohlbewanderte Mann (Hythlodäus) erzählt, so gestehe ich doch, daß es bei den Utopiern vieles gibt, wovon auch ich wünsche, daß es sich unsre Staaten aneigneten.“

Unter den Nachahmern Thomas Mores sind vor allem zu nennen der Dominikaner Tommaso Campanella mit seinem „Sonnenstaat“<sup>3</sup> (1620), dann der protestantische Theolog Johann Valentin Andreaë, der Verfasser eines „in usum delphini für fromme Christen geschriebenen Buches, welches denselben an Stelle der civitas solis in die Hand gegeben werden soll“; ferner Baco von Verulam als Verfasser der „Nova Atlantis“, Jakob Harrington mit seinem die repräsentative Demokratie verherrlichenden Buche „Oceana“, Morelly, der Verfasser des „Naufrage des îles flottantes“ (1753), Vairasse, der 1777 die „Historie des Sevarambes“ erscheinen ließ. In Etienne Cabets „Voyage en Icarie“ (1840) handelt es sich schon nicht

vollen Kommunismus; nur die bei Sizilien liegende Insel Lipari wies im Altertum wirklichen Kommunismus auf, der dort auf besondern örtlichen Verhältnissen beruhte.

<sup>1</sup> Thomas More und seine Utopie (1890) 284 (<sup>2</sup>1907). Vgl. Georg Adler, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus I (1899) 178. Voigt, Die sozialistischen Utopien (1907).

<sup>2</sup> Vgl. Jos. Spillmann, Die englischen Märtyrer unter Heinrich VIII. und Elisabeth (1890) 35 ff.

<sup>3</sup> Der volle Titel lautet: *Civitas solis vel de rei publicae idea dialogus poëticus. Interlocutores: Hospitalarius magnus et nautarum gubernator genuensis hospes.*

mehr um einen Idealstaat als solchen, sondern um die direkte Propaganda für kommunistische Pläne, denen insbesondere auch die Frauen geneigt gemacht werden sollen (daher die Form des Romans). Schließlich sind noch aus der neueren Zeit Bellamys „Looking backward“, „Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887“, und Theodor Hertzkas „Freiland“<sup>1</sup> zu erwähnen. „Wenn auch die Fehler dieser Zukunftsschildereien offen zu Tage liegen“, sagt Franz Meffert<sup>2</sup>, „so darf man ihre Tragweite und Bedeutung doch nicht unterschätzen. Für die Popularisierung solcher (kommunistischer) Ideen ist nichts so wirksam als die Form der Staatsromane; wir haben das ja gesehen an dem Erfolg von Bellamys „Rückblick“. Die Massen aber sagen sich: mögen derartige Verhältnisse auch nicht von Bestand sein, jedenfalls sind sie besser als die heutigen. Eine neue Art von Chiliasmus erfüllt die sozialistischen Kreise. Mit begeisterten Hoffnungen sehen sie dem nahen Anbruch des tausendjährigen Reiches entgegen. Wer fragt da nach der Dauer, wer erwägt ängstlich die Durchführbarkeit des Programms?“<sup>3</sup>

**3. Die älteren französischen und englischen Sozialisten** vom Ende des 18. Jahrhunderts und aus den ersten Dezennien des 19. Jahrhundert stützten ihre Kritik der gegebenen Zustände auf die neue Philosophie des Freidenkertums<sup>4</sup>; sie entwarfen zum Teil den genauen Plan eines Zukunftsstaates, der allen Anforderungen der Vernunft und Gerechtigkeit, so wie sie dieselben auffaßten, entsprechen würde.

1. Vor allem waren es die Rousseauschen Ideen von *Freiheit und Gleichheit*, welche den philosophischen Ausgangspunkt kommunistischer Forderungen bildeten: Die Menschen sind von Natur aus gleich: darum müssen sie auch gleich bleiben in der politischen und ökonomischen Ordnung Babeuf<sup>5</sup>. Eine solche Gleichheit bietet aber lediglich der Kommunismus.

Zunächst ist es a) eine falsche Voraussetzung, daß alle Menschen von Natur aus gleich seien. Lediglich die abstrakt gedachte physische und metaphysische Natur ist den Menschen gemeinsam. Alle bestehen aus Leib und Seele, alle sind vernunftbegabte lebende Wesen. Aber die konkrete Erscheinung der menschlichen Individuen ist verschieden nach jeder Rücksicht, verschieden sind die persönlichen Anlagen, die individuelle Leistungsfähigkeit, die körperliche und geistige Ausstattung. Es ist daher ein falscher Schluß, wenn man aus der abstrakten Gleichheit für die ökonomische Ordnung die Forderung konkreter Gleichheit ableiten will. b) Widerspruchsvoll in sich selbst erscheint sodann die Verbindung von Freiheit und Gleichheit. Freiheit herrscht nur da, wo für eine individuelle und darum notwendig verschiedene Entwicklung und Betätigung genügender Raum verbleibt. Die Schablone ist der Tod der Freiheit. c) Schließlich führt die so

<sup>1</sup> Hertzka, Freiland (1889). „Liberaler Sozialismus mit vollständiger individueller Freiheit; Gegensatz autoritativer Sozialismus mit Staatszwang. Die von Hertzka in Afrika gegründete Kolonie „Freiland“ ging bald zu Grunde, wie die in Mexiko von Flürscheim, auf Grundlage gemeinsamen Bodeneigentums, 1892 gegründete Bodenreformkolonie ein baldiges Ende fand.

<sup>2</sup> Arbeiterfrage und Sozialismus (1901) 226.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu u. a. Anton Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag<sup>2</sup> (1891).

<sup>4</sup> Gracchus Babeuf, geb. 1760 zu St.-Quentin, beteiligte sich an der französischen Revolution. Später gründete er die „Gesellschaft der Gleichen“ und starb, als Verschwörer verurteilt, auf der Guillotine am 27. Mai 1797.

sehr gepriesene Gleichheit — auch abgesehen von der durch sie bedingten Vernichtung der Freiheit — zu den verderblichsten Konsequenzen. Wo sie gilt, da ist kein Platz mehr für die Idee, das Recht, die Möglichkeit persönlichen Verdienstes und entsprechender Vergeltung. Jegliche allgemein wirksame Anregung zum Fortschritt, zur vollen Betätigung höherer individueller Kraft und Geschicklichkeit fällt fort. Jeder, der sich über die andern erheben würde, müßte sich sagen, daß er damit gegen das Grundprinzip der kommunistischen Gesellschaft verstoße.

2. Der Mensch habe, so hieß es ferner, einen Rechtsanspruch auf die Gewährung der notwendigen Existenzmittel, ein *Recht auf Existenz* (Fourier, Saint-Simon u. a.). Dieses Recht aber könne in der gegenwärtigen Ordnung der Dinge nicht zur Geltung gelangen.

In der Tat hat der Mensch ein Recht der Existenz, einen unzweifelhaften Rechtsanspruch, in seiner physischen, geistigen, sittlichen Existenz von niemand geschädigt und vom Staate gegen rechtswidrige Angriffe wirksam geschützt zu werden<sup>1</sup>. Es gibt auch insofern ein Grundrecht auf Existenz, als jeder Mensch ein natürliches Recht hat auf die zur Erhaltung seines Lebens notwendigen Mittel, bzw. das Recht, sich diese Mittel zu erwerben. Sind ja doch die Güter dieser Erde zur Erhaltung der ganzen Menschheit bestimmt. Darum wird auch der Staat darüber zu wachen haben, daß nicht durch eine Mißbildung der Erwerbs- und Eigentumsverhältnisse das Recht auf Existenz verkümmert oder gar für viele illusorisch gemacht werde.

Es ist eine öffentlich-rechtliche, der Staatsgewalt mit Rücksicht auf die Sicherheit und das Gemeinwohl obliegende Pflicht, den Fall der äußersten Not — in welcher das persönliche Recht auf Existenz das geschichtlich gewordene konkrete Eigentum überwindet, der im Notstande Befindliche fremdes Eigentum zur Erhaltung seines Lebens verwenden darf — nicht zur allgemeineren oder häufigen Verwirklichung gelangen zu lassen. Mag immerhin durch die Liebespflicht der Besitzenden, von ihrem Überfluß den Bedürftigen mitzuteilen, einer vollständigen Hilflosigkeit der Armen in gewissem Umfange vorgebeugt sein, so wird doch, namentlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen, die freie Liebestätigkeit kaum allen Bedürfnissen genügen. Darum steht es ohne Zweifel dem Staate zu, objektive Rechtsnormen und Einrichtungen zu schaffen, welche dem Armen die Unterstützung und Hilfe in ausreichendem Maße sichern. Im sozialistischen Sinne bedeutet das „Recht auf Existenz“ dagegen einen unmittelbaren subjektiven, wenn auch bedingten, Rechtsanspruch an das Gemeinwesen auf Leistung oder Gewährung der Existenzbedürfnisse. Daß ein solches subjektives Recht in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Anerkennung finden müßte, ist unzweifelhaft. Allein die sozialistische Gesellschaft besteht noch nicht, und ihre Möglichkeit selbst ist sehr in Frage. Wir müssen uns daher vorläufig mit den gegenwärtigen Verhältnissen bescheiden. Innerhalb der gegebenen Ordnung jedoch erscheint der Staat lediglich als Schutz- und subsidiäre Hilfsmacht, keineswegs aber als eine allgemeine Versorgungsanstalt. Ein „Recht auf Existenz“ in dem erweiterten sozialistischen Sinne läßt sich eben aus dem natürlichen Zwecke des Staates nicht ableiten.

<sup>1</sup> v. Hertling, *Recht, Staat und Gesellschaft* (1906) 88. A. de la Barre, *Le droit à l'existence*, in *Le mouvement social* XXXVI (1911); XXXVII (1912).



3. Als besondere Formulierung des Rechts auf Existenz stellt sich das *Recht auf Arbeit*<sup>1</sup> dar: der angebliche subjektive Rechtsanspruch des arbeitsfähigen Bürgers an das Gemeinwesen auf Zuteilung von Arbeit und Lohn, sofern bei privaten Unternehmern keine Beschäftigung gefunden werden konnte.

Wenn Turgot in dem berühmten Edikte vom 12. März 1776 von einem Rechte, zu arbeiten — *droit de travailler* — spricht, wenn er die Beseitigung der Hindernisse, die diesem Recht im Wege stehen, verheißt, so ist damit nur gesagt: jeder Bürger solle das Recht haben, frei zu arbeiten, unter Beseitigung aller Schranken, welche der feudale Ständestaat und der Merkantilismus einer freien Entfaltung der individuellen Kräfte in den Weg gelegt hatten. Im Munde der Physiokraten war das „Recht, zu arbeiten“ lediglich ein besonderer Ausdruck für den allgemeinen Grundsatz der Gewerbefreiheit. Während der französischen Revolution wurde jedoch das Recht auf Existenz und das Recht auf Arbeit in den parlamentarischen Verhandlungen wiederholt in anderem Sinne betont: die Gesellschaft bzw. die öffentlichen Körper seien verpflichtet, den Beschäftigungslosen den Unterhalt mit Arbeit, und wenn dies nicht möglich, auch ohne Arbeit zu gewähren. Man versuchte auch diese Forderung praktisch zu verwirklichen. Allein mit den Staatswerkstätten — *ateliers publics, ateliers de charité* — hatte man wenig Glück, wie der Bericht Liancourts vom 16. Juni 1791 beweist<sup>2</sup>. Viele Arbeiter verließen sich auf die Fürsorgepflicht des Staates und forderten Lohn ohne Arbeit. Fourier ist der erste, der das „Recht auf Arbeit“ als solches theoretisch zu formulieren versuchte in seiner Schrift „*Théorie des quatre mouvements et des destinées générales*“ (1808) und ausführlicher im „*Traité de l'association domestique-agricole*“ (1822). Der Mensch habe in seiner ursprünglichen Wildheit sieben natürliche Rechte ausgeübt: Jagd, Fischfang, Früchtesammeln, das Recht der Weide, das Recht der Bestehlung fremder Horden, das Recht auf Unterstützung durch die eigene Horde und das Recht auf Sorglosigkeit<sup>3</sup>. In dem Zustande der Zivilisation müsse an Stelle jener ursprünglichen Rechte ein Äquivalent treten, und dieses Äquivalent sei das Recht auf Arbeit (*droit au travail*). Victor Considérant<sup>4</sup> kennt schon nur vier ursprüngliche Rechte des Menschen im Hinblick auf die Nutznießung vor Einführung des Privateigentums: das Recht der Jagd, des Fischfangs, des Früchtesammelns, der Weide. Die gegenwärtige, auf das Recht der Eroberung gegründete Eigentumsordnung habe mit jenen Rechten aufgeräumt. Auch er fordert darum das „Recht auf Arbeit“ als Äquivalent für verlorene ursprüngliche Rechte und sieht in demselben die notwendige

<sup>1</sup> Jos. Garnier, *Le droit au travail* 1848. Schriften von Foucher, Lamartine, Louis Blanc usw. Vgl. Reybaud, *Études sur les réformateurs ou socialistes modernes* I 181 ff.; II 65 ff. L. v. Stein, *Der Sozialismus und Kommunismus* 1842 349 ff.; Hitze, *Kapital und Arbeit* (1881) 145 ff.; Schäppi, *Das Recht auf Arbeit* 1895; B. Otto, *Das Recht auf Arbeit und die Arbeiterinteressen*<sup>2</sup> 1902; Rudolf Singer, *Das Recht auf Arbeit in geschichtlicher Darstellung* (1895); Brauer, *Das Recht auf Arbeit* 1919; K. Diehl, P. J. Proudhon III 52 ff. Ders., *Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus* (1922) 197 ff.; auch Menger, *Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag*<sup>2</sup> 11 ff. <sup>3</sup> 1905; Antoni, Artikel „Recht auf Arbeit“, im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* IV<sup>4</sup> 415 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Liancourt, *Le placement des employés, ouvriers et domestiques en France*, veröffentlicht vom französischen Office du travail (1893) 57 ff.

<sup>3</sup> Fourier, *Traité de l'association* I (1822) 122.

<sup>4</sup> *Théorie du droit de propriété et du droit au travail*<sup>3</sup> (1848).

Ergänzung der Eigentumsordnung. Wenn damit eine juristische Begründung des Rechts auf Arbeit versucht werden sollte, so ist die Hinfälligkeit der Beweisführung auf den ersten Blick ersichtlich. Das ursprüngliche Recht des Menschen, überall zu jagen usw., war nur ein persönliches und bedingtes Recht, lediglich die Form, in welcher das Recht auf Existenz in der Urzeit, vor der Okkupation, zur Geltung kam, nicht ein absolutes, dingliches Recht, keine Servitut am Boden, welche nach der Okkupation seitens des nunmehrigen Eigentümers einer Ablösung, der Gewährung eines Äquivalentes, bedurft hätte, ebensowenig wie bewiesen werden kann, daß jenes Äquivalent nun gerade in der Gewährung der Existenzmittel oder von Arbeitsgelegenheit unmittelbar seitens der Gesamtheit bestehen müßte. Das Recht auf Existenz gilt heute wie damals. Aber die Form seiner Geltendmachung ist verschieden. In der Urzeit war es die Okkupation, durch welche man den Unterhalt sich beschaffte. Heute dienen dem gleichen Zwecke der Erwerb durch Arbeit und durch Eigentumsgebrauch. Auch Saint-Simon verteidigte das „Recht auf Arbeit“, in welchem er das einzige allgemeine Mittel einer Verwirklichung des Rechts auf Existenz erblickt. Dieses Ziel zu erreichen, sollten die bedeutendsten Industriellen zur Verwaltung des öffentlichen Vermögens berufen werden, und als erster Artikel des Ausgabenbudgets sollte die Sicherung der Existenz der Proletarier gelten, indem den Arbeitsfähigen Arbeit, den Arbeitsunfähigen aber Unterstützung verschafft würde<sup>1</sup>. Der hervorragendste Schüler Saint-Simons, Bazard, zog in seiner „Exposition de la doctrine Saint-Simonienne“ die logisch und praktisch unabweisbare Konsequenz, welche als notwendige Vorbedingung einer tatsächlichen Verwirklichung des „Rechts auf Arbeit“ zu gelten hat: die Verstaatlichung aller Produktionsmittel. Indem dann Proudhon dem Schlagworte „Organisation der Arbeit“ die Organisation des Kredits entgegenstellte, den Mutualismus als einzig genügendes Prinzip, die Unentgeltlichkeit des Kredits vermittelt eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Tausch- und Kreditsystems, in concreto seine Volksbank, als die praktische Lösung aller Schwierigkeiten verteidigte, bekämpfte er das „Recht auf Arbeit“ zeitweilig mit Lebhaftigkeit. Seiner Auffassung nach würde dasselbe nur dazu dienen können, die Abhängigkeit des Proletariats zu einem dauernden Zustande zu machen<sup>2</sup>. Andererseits glaubte er wiederum in der Durchführung seiner Vorschläge eine Verwirklichung des „Rechts auf Arbeit“ erblicken zu dürfen. Beachtenswert ist, wie Proudhon dieses Recht genauer als das Recht eines jeden Bürgers auf Beschäftigung in seinem Berufe bezeichnet<sup>3</sup>. Welche Rolle die Schlagwörter „Organisation du travail“ und „Droit au travail“<sup>4</sup> im Jahre 1848 in Frankreich gespielt haben, der Kampf Louis Blancs für das Recht auf Berufsarbeit (travail professionnel), die Errichtung, die Unzulänglichkeit, der Untergang der „Ateliers nationaux“ — das sind allgemein bekannte Tatsachen. Kurz sei noch auf Karl

<sup>1</sup> Saint-Simon, Du système industriel, Bd XXI u. XXII der (Œuvres de Saint-Simon et d'Enfantin (1869).

<sup>2</sup> Vgl. Proudhon, Idée générale de la Révolution au XIX<sup>e</sup> siècle (1851) 212 f.

<sup>3</sup> Vgl. Proudhon, Le droit au travail et le droit de propriété (1850), Œuvres complètes VII 195 f. Auch als „Recht auf Kapital“ erscheint das Recht auf Arbeit bei Proudhon; vgl. Singer, Das Recht auf Arbeit 29 76 79.

<sup>4</sup> Louis Blanc, Organisation du travail (1898). Heine sagt über L. Blanc: „Er will im Staate allgemeine Küchengleichheit einführen, wo für alle dieselbe spartanische schwarze Suppe gekocht werden soll.“

Marlo<sup>1</sup> als hervorragendsten wissenschaftlichen Vertreter des Rechts auf Arbeit in Deutschland hingewiesen. Ein Antrag schweizerischer Arbeiterverbände (Sozialdemokraten und Grütliverein) auf verfassungsmäßige Anerkennung und Gewährleistung des Rechts eines jeden Schweizerbürgers auf ausreichend lohnende Arbeit wurde in der Volksabstimmung vom 3. Juni 1894 mit 308 209 gegen 75 880 Stimmen verworfen. In Deutschland wurde neuerdings die Einführung des Rechts auf Arbeit wieder erstrebt. (Reichsverfassung: Sorge für reichliche Arbeitsgelegenheit.)

Ohne Zweifel hat jeder Mensch ein natürliches Recht, zu arbeiten, wenn auch nicht im Turgotschen Sinne der Gewerbefreiheit. Ja die Arbeit ist zu allen Zeiten für die meisten Menschen der normale Weg, den Lebensunterhalt zu gewinnen. Dem Staat aber liegt es ob, die Hindernisse zu entfernen, die sich der Geltendmachung jenes natürlichen Rechts in den Weg stellen; überdies wird regelmäßig die durch eine gesunde Wirtschaftspolitik bewirkte Hebung des wirtschaftlichen Lebens Arbeitsgelegenheiten in möglichst weitem Umfang eröffnen. Außer dieser indirekten Fürsorge werden ferner Staat und Gemeinde in Kraft der Armenversorgung als öffentlich-rechtlicher Einrichtung jene Unterstützungsbedürftigen, welche nicht völlig arbeitsunfähig sind, auch direkt mit Arbeit versehen können. So erklärt z. B. das preußische Allgemeine Landrecht vom 5. Februar 1794 in Teil II, Tit. 19 unter der Überschrift „Von Armenanstalten und andern milden Stiftungen“ zunächst, daß es dem Staate zukomme, für die erwerbsunfähigen und sonst hilflosen Armen zu sorgen. Der § 2 sagt dann: Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der Ihrigen Unterhalt zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechen, angewiesen werden. § 3. Müßiggänger usw. sollen durch Zwang und Strafen zu nützlichen Arbeiten unter gehöriger Aufsicht angehalten werden. Überschrift und Kontext des Gesetzes zeigen aber klar, daß es sich hier nicht um Anerkennung eines subjektiven Rechts der Arbeitslosen gegenüber dem Staat und den öffentlichen Verbänden handelte, sondern um eine gesetzliche Bestimmung, die objektives Recht schaffte, die Vorschriften für die staatliche Verwaltung im Hinblick auf das Armenwesen enthielt. Es beruhte daher auf einem Irrtum, wenn Fürst Bismarck in seiner berühmten Rede vom 9. Mai 1884 aus den Bestimmungen des Landrechts einen subjektiven öffentlich-rechtlichen Anspruch auf Gewährung von Arbeitsgelegenheit, namentlich bei Notständen, herleiten wollte.

Gleichwohl scheint uns, daß es nicht völlig abzuweisen sei, wenn heute von einer öffentlich-rechtlichen Pflicht des Staates (der öffentlichen Verbände), für die unverschuldet Beschäftigungslosen in einer über den Rahmen gewöhnlicher Armenfürsorge beträchtlich hinausgehenden Weise Hilfe zu schaffen, gesprochen wird, namentlich in Zeiten, wo bei den sich wiederholenden Krisen die Arbeitslosigkeit eine weite Kreise der auf den Verdienst der Hände angewiesenen Bürger umfassende öffentliche Kalamität geworden ist. Hier scheint der Staat (Gemeinde) es sich selbst und seinem natürlichen Zwecke, der öffentlichen Wohlfahrt, schuldig zu sein, alles aufzubieten, um diesen Übelständen wirksam zu begegnen, so unter anderem auch durch Förderung oder Organisation von Arbeitsnachweisen, von

<sup>1</sup> Karl Marlo (Pseudonym für Karl Winkelblech), in „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie“<sup>2</sup>, 4 Bde. 1885/86, I 158/321; II 195 ff., 308 ff.; III 759 ff., Biermann. Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo), sein Leben und sein Werk (1909). Ders., Aus Karl Georg Winkelblechs literarischem Nachlaß (1911).



Notstandsarbeiten, durch Förderung oder Durchführung der Arbeitslosenversicherung u. dgl. Alles dies würde freilich noch keineswegs eine Anerkennung des „Rechts auf Arbeit“ im sozialistischen Sinne bedeuten. Nach sozialistischer Auffassung ist das Recht auf Arbeit „das jedem arbeitsfähigen und arbeitslosen Staatsbürger zustehende Recht, vom Staat oder den staatlichen Verbänden (Gemeinde, Bezirk, Land) die Verschaffung von (gemeiner oder Berufs-) Arbeit in einem die auskömmliche Existenz des Berechtigten sicherstellendem Ausmaße zu verlangen“<sup>1</sup>. In einer sozialistischen Gesellschaft wäre ein solches Recht selbstverständlich. Doch um es noch einmal zu sagen: wir leben noch nicht in einer sozialistischen Gesellschaft, deren Möglichkeit nicht erwiesen, ja mehr als zweifelhaft ist. In einer Gesellschaft aber, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht und die sich nicht bemüht findet, in eine sozialistische Gesellschaft sich zu verwandeln, ist die praktische Durchführung des Rechts auf Arbeit undenkbar. Versteht man darunter gar mit Proudhon und Louis Blanc das Recht auf Berufsarbeit, so würde der Staat vor völlig unlösbare Aufgaben gestellt. Er müßte, wie Rudolf Singer<sup>2</sup> sagt, „das Tischler-, Schneider-, Uhrmachergewerbe, kurz, alle Produktionszweige betreiben. Ja es ist kein vernünftiger Grund einzusehen, warum nicht der Arzt mit demselben Recht Patienten, der Advokat Klienten und der Opersänger Zuhörer vom Staat verlangen könnten“. Mit seiner übermächtigen Konkurrenz würde der Staat den Fortbestand aller privatwirtschaftlichen Produktion schließlich in Frage stellen, namentlich in den Zeiten der Krisen, wo der Staat alle möglichen Betriebe in eigene Regie übernehmen müßte. Sollte also das Recht auf Arbeit im Sinne seiner sozialistischen Verfechter vorerst auch nur eine Ergänzung der bestehenden Eigentumsordnung sein, so würde es in der Praxis doch bald mit Notwendigkeit zur Beseitigung der Eigentumsordnung führen<sup>3</sup>. Will man aber unter dem „Recht auf Arbeit“ nicht ein Recht auf Beschäftigung im erlernten Berufe verstehen, sondern bloß ein Recht auf gemeine Arbeit, wie Erd- und Bauarbeiten, so würde zunächst eine derartige Beschäftigung die gelernten Arbeiter kaum zufrieden stellen können, überdies ihre Arbeitsfertigkeit für die Zukunft wesentlich beeinträchtigen. Auf der andern Seite ist es finanziell und organisatorisch etwas ganz anderes. Notstandsarbeiten in beschränktem, den Verhältnissen angepaßtem Umfange zu unternehmen und daneben noch andere Mittel zur Überwindung der Not der Arbeitslosigkeit anzuwenden, oder aber allen Bürgern, die sonst keine Arbeit finden können, ein derartiges Recht auf Beschäftigung im Staatsdienst und diese Beschäftigung selbst zu gewähren. Die Beschaffung ausreichender Arbeitsgelegenheit und die Organisation der Arbeit würde in Kürze versagen müssen, wie die Geschichte der Ateliers de charité und der Ateliers nationaux dies bewiesen haben.

4. Bekämpften bereits Infantin und Bazard<sup>4</sup> (Saint-Simonisten) die Grundrente und den Kapitalgewinn als einen Tribut, den die Arbeiter den müßigen Grund- und Kapitaleigentümern dafür zahlen müßten, daß diese ihnen die Produktionsmittel zur Benutzung überließen, so wurde die Lehre von dem *Recht*

<sup>1</sup> Singer, Das Recht auf Arbeit 77. <sup>2</sup> Ebd. 80.

<sup>3</sup> Das wußte Louis Blanc. In seinen Augen „lag gerade darin der Wert des Dekretes“. Vgl. Diehl, Sozialismus<sup>4</sup> usw. 198.

<sup>4</sup> Doctrine de Saint-Simon (1829, <sup>2</sup> 1830), 6. und 7. Vorlesung.

des Arbeiters auf den vollen Arbeitsertrag später schärfer formuliert, insbesondere von Proudhon<sup>1</sup>: „Voici ma proposition: Le travailleur conserve, même après avoir reçu son salaire, un droit naturel sur la chose, qu'il a produite.“ Ähnliche Gedanken finden sich auch bei den englischen Sozialisten, so bei Charles Hall<sup>2</sup> und William Thompson<sup>3</sup>: Von Rechts wegen gebühre dem Arbeiter der volle von ihm erzeugte Wert, der ganze Ertrag seiner Arbeit. Im Lohn erhalte er jedoch nur die bloße Lebensnotdurft. Die Differenz zwischen den Unterhaltskosten der Arbeiter und dem wirklichen Ertrag hat schon Thompson als „Mehrwert“, „additional value“, „surplus value“ bezeichnet. Er erkennt übrigens an, daß in der gegenwärtigen, auf Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung, der Unternehmer zum Ersatz des in der Produktion verbrauchten Kapitals und als Entgelt für die von ihm geleistete Arbeit Abzüge machen dürfe. Auch Rodbertus und Lassalle waren Vertreter des „Rechts auf den vollen Arbeitsertrag“<sup>4</sup>.

Nur kurz sei darauf hingewiesen, daß der Wert des Produktes sich keineswegs ausschließlich auf die materielle Tätigkeit des Handarbeiters zurückführt. In seiner Entstehung wie in seiner Größe wird der Wert vielmehr zunächst durch eine ganze Reihe allgemeiner sozialer Ursachen, Bedingungen, Voraussetzungen wesentlich beeinflusst. Sodann kommt für die Wertbildung die Organisation und geistige Leitung des Betriebes, der Überblick über den Markt, die geschickte Benutzung der Konjunkturen usw. wesentlich in Betracht. Selbst wenn man die Produktion lediglich nach ihrer physischen und materiellen Seite ins Auge faßt, so konnte auch Marx nicht umhin, anzuerkennen, daß die Produktivkraft der Arbeit in der „Geburtsstätte der Arbeitsmittel“ sich wesentlich erweitere, also durch Bedingungen und Ursachen bestimmt werde, welche der Unternehmer seinerseits dem Arbeiter zur Verfügung stellt. Gewiß muß dem Arbeiter gesichert

<sup>1</sup> Œuvres complètes I 13 91. Qu'est-ce que la propriété? Chap. 4.

<sup>2</sup> The effects of civilization on the people in European States (1805).

<sup>3</sup> An inquiry into the principles of the distribution of wealth most conducive to human happiness (1824). Zum Ganzen vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag 6 f. 47 ff.

<sup>4</sup> Kozak, Rodbertus-Jagetzows sozialökonomische Ansichten 1882. Nach Rodbertus sind „nur Güter, die Arbeit kosten, wirtschaftliche Güter“, und „die Arbeit ist das einzige Element in der Entstehungsgeschichte der Güter, welches unter dem Gesichtspunkte ihrer Kosten gefaßt werden kann.“ „Wenn der Wert der Güter immer dem nach Arbeit berechneten Kostenbetrag gleich wäre, dann würde Arbeit der beste Maßstab des Wertes sein“ (vgl. Zur Erkenntnis unsrer staatswirtschaftlichen Zustände 1. Heft, 5. Theorem [1842] 6 f.). „Wäre es möglich, den Marktwert auf den Arbeitsquantitäten, die die Produkte gekostet haben, festzuhalten, so könnte man ein Geld einführen... das aus Papierstreifen bestände, auf denen genau die Arbeitsquantitäten quittiert und deshalb auch angewiesen wären, die jeder in seinen Produkten in den Verkehr geliefert hätte und deshalb auch wieder aus dem Verkehr zu ziehen berechtigt wäre“ (Zur Beleuchtung der sozialen Frage I [1875] 43). Näheres über die Idee des Arbeitsgeldes in dem „Normalarbeitstage“ (1871). Vgl. Diehl, Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> (1905) 147 f.; Dietzel, Karl Rodbertus, Darstellung seines Lebens und seiner Lehre, 2. Teil (1886/88); Oskar Nacht, Rodbertus' Stellung zur sozialen Frage (1908). Nacht bekämpft Dietzels Auffassung; er findet bei Rodbertus keine individualistische Grundstimmung, ohne jedoch diese seine, von der gewöhnlichen abweichende, Ansicht überzeugend zu begründen. Rudolf Meyer, Briefe und sozialpolitische Aufsätze von Rodbertus-Jagetzow.

bleiben, was ihm rechtlich gebührt<sup>1</sup>. Ein Recht auf das Produkt und dessen vollen Wert aber erkennt ihm weder eine kapitalistische<sup>2</sup> noch selbst eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu; auch diese müßte nicht unbeträchtliche Abzüge machen.

**4. Organisationspläne des „kritisch-utopistischen“ Sozialismus** (wie Marx den älteren französischen und englischen Sozialismus genannt hat). Als Hauptvertreter dieses utopistischen Sozialismus gelten Saint-Simon, Charles Fourier und Robert Owen.<sup>3</sup>

1. Claude Henry de Rouvray, Graf von Saint-Simon<sup>4</sup>, geb. 17. Oktober 1760, nach einem bewegten, teilweise ausschweifenden Leben (um seine Kenntnis des Irdischen zu mehren), durch die Revolution seiner Güter beraubt, hielt sich berufen, seiner Familie den gleichen Ruhm als Philosoph zu verschaffen, wie der angebliche Urahn Karl der Große dies als Fürst getan. Seine schriftstellerische Tätigkeit fällt in die letzte Zeit seines Lebens. Er starb am 19. Mai 1825.

Saint-Simon unterscheidet zwischen „Bourgeois“, die nicht arbeiten, aber vermöge ihres Besitzes im Staate herrschen, und den Arbeitern oder „Industriellen“ im weitesten Sinne, d. i. allen, welche auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kunst, des Gewerbes tätig sind. Den letzteren gebührt die Herrschaft im Staate. Sein Ideal ist eine industrielle Monarchie. Tout par l'industrie, tout pour elle! Zu einem positiven Ausbau der neuen Ordnung der Dinge, zu unmittelbaren Vorschlägen oder Versuchen kam Saint-Simon persönlich nicht. Manche Ideen des geistvollen, aber nicht minder phantastischen Mannes finden sich wieder in der Soziologie Aug. Comtes und erinnern auch schon an die spätere Marxistische Geschichtsauffassung. Die neue Politik soll die Methode der Physik und der andern positiven Wissenschaften befolgen, so daß die Erkenntnis allgemeiner Gesetze der Entwicklung von Zivilisation und Gesellschaft als eigentliches Endziel seiner physiko-politischen Wissenschaft dem Geiste des französischen Denkers vorschwebte<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung I<sup>3</sup> (1896) 382 ff.; (\*1904) 417 ff., und Christlich-soziale Blätter, XXV. Jahrg., 193 ff. 449 ff.

<sup>2</sup> Der „unsozialistische Charakter“ des „Rechts auf den vollen Arbeitsertrag“ ist nach Bernstein (Sozialistische Monatshefte II [1906] 928) längst anerkannt; „Um einer wissenschaftstheoretischen Rechtfertigung fähig zu sein, müßte das Recht des Arbeiters am Ertrage des Einzelunternehmens die Pflicht zur Mittragung des Verlustes zur Folge haben, ein Recht und eine Pflicht, die, allgemein zur Wahrheit gemacht, die Klassen und selbst die Berufssolidarität der Arbeiter aufheben und den Arbeitern die Eigenschaft nehmen würde, die revolutionäre Klasse der Gesellschaft zu sein.“

<sup>3</sup> Zum Ganzen vgl. Béla Földes, Die Hauptströmungen der sozialistischen Gedankenwelt 1923. -- Karl Diehl, Über Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus<sup>4</sup> (1922).

<sup>4</sup> Friedr. Muckle, Henri de Saint-Simon (1908.). Neues Material über L. v. Stein, Waxweiler, Warschauer, Janet usw. hinaus.; G. Adler u. G. Mayer, Saint-Simon und Saint-Simonismus, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup>; Grünberg im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup>; Artikel „Sozialismus“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>4</sup>. L. v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich II (1850) 536. Warschauer, Saint-Simon (1892). Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag 70. Schäffle, Kapitalismus und Sozialismus 222 ff. Singer, Das Recht auf Arbeit 12 16 ff. 39. Saint-Simons Neues Christentum, in Neue Zeit XXIX (1901), Nr. 36, S. 340 f.

<sup>5</sup> Vgl. oben S. 85 ff. und Paul Barth, Die Philosophie der Geschichte als Soziologie, 1. Teil (1897) 23.



Die Hauptwerke Saint-Simons sind: *L'industrie*. 4 Bde. (1817/18); *L'organisateur* (1819/20); *Du système industriel* (1821/22); *Catéchisme des industriels* (1823/24); *Nouveau christianisme* (1825). — *Œuvres de Saint-Simon*, par O. Rodriguez (1832). — *Œuvres de Saint-Simon et d'Enfantin*. 47 Bde. (1865/78). Viele Schriften, die unter Saint-Simons Namen veröffentlicht wurden, sind Arbeiten Comtes, Saint-Aubins, Thierry's.

Namentlich Bazard verdient unter den Schülern Saint-Simons besondere Erwähnung. (Der sittenlose, von Michel Chevalier noch „suprême père“ genannte Enfantin hat die sozialistische Theorie nicht gefördert, sondern durch seine Extravaganzen eher der Lächerlichkeit überantwortet — „Enfantinismus“, wie Dühring sagt.) Jeder soll ein Vermögen bekommen nach seiner Fähigkeit und jede Fähigkeit einen Lohn nach ihren Werken<sup>1</sup>. Das ist der kurze Inbegriff der Lehre Bazards. Das Erbrecht der Blutsverwandtschaft soll beseitigt, der Staat zum Universalerben aller Bürger werden, dann aber die Erbschaft an die Würdigsten nach Maßgabe ihrer Befähigung verteilen. Die Bedeutung des Erbrechts der Blutsverwandten, speziell der Kinder, als eines mächtigen Stimulus zur Vermögensbildung, wird also hier nicht gewürdigt. Auch dürfte die staatliche Abschätzung der individuellen Fähigkeit viel leichter theoretisch konstruiert als praktisch durchgeführt werden. Schließlich würde die neue Ordnung der Dinge denn doch statt des Geburtsadels den „Talentadel“ (Marlo), die „natürlichen Privilegien“ (Marx) zur Geltung kommen lassen, nicht aber das reine „Verdienst“, für welches Bazard eigentlich streiten will.

2. François Marie Charles Fourier, geb. 7. April 1772 zu Besançon als Sohn eines Kaufmanns, war den größten Teil seines Lebens Handlungsgehilfe; er starb am 8. Oktober 1837. Die Urteile über seine Persönlichkeit sind sehr verschieden. „Ihre Begründung findet“, wie Georg Adler bemerkt<sup>2</sup>, „diese auffällige Divergenz der Meinungen darin, daß auch in der Tat bei keinem andern Manne der Neuzeit sich eine so innige Verknüpfung zwischen Geist und Wahnsinn geoffenbart hat wie bei Fourier, auf dessen Denken und Handeln sogar die Psychiatrie wiederholt exemplifiziert hat: so die bekannte Theorie Lombrosos.“

Hauptwerke: *Théorie des quatre mouvements* (1808); *Théorie de l'unité universelle*, 2 Bde. (1822); *Le nouveau monde industriel et sociétaire* (1829); *La*

<sup>1</sup> Bazard, *Doctrine de Saint-Simon* (I<sup>re</sup> année 1829, <sup>2</sup> 1830) 188. A. Menger, *Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag* 70 f.

<sup>2</sup> Artikel „Fourier“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>2</sup> 1186 f. (Meitzel IV<sup>3</sup> 441 ff.). Grünberg im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup>. L. v. Stein, *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich* II 322 ff. Schäffle, *Kapitalismus und Sozialismus* 244. Warschauer, *Fourier* 1893. Bernh. Becker, *Karl Fourier* 1874. Bebel, *Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien*<sup>3</sup> 1907. Greulich, *Karl Fourier* 1881. Gide, *Introduction aux œuvres choisies de Fourier* Petite bibliothèque économique. Hub. Bourgin, *Fourier* (Extraits, 1903). Silberling, *Dictionnaire de sociologie phalanstérienne* (1911). In der „Histoire des doctrines économiques depuis les physiocrates jusqu'à nos jours“ von Ch. Gide und Ch. Rist werden dem „kollektivistischen“ Typus, der den Staat (die Gesellschaft) zum Eigentümer aller Produktionsmittel machen und damit für alle die Gleichheit der wirtschaftlichen Chancen herstellen will, die „Assoziationsisten“ Owen, Fourier, Louis Blanc gegenübergestellt, die der Ansicht waren, daß die freie Assoziation zur Lösung der sozialen Fragen dann hinreiche, wenn sie nach bestimmt vorgezeichnetem Plane organisiert sei, einem Plane, der übrigens von System zu System wechselt.

fausse industrie (1835/36). — Œuvres complètes. 6 Bde. (1841/45, neuer Abdruck 1870).

Die allgemeinen philosophischen Anschauungen Fouriers berühren sich in manchen Punkten mit den Ideen der schottischen Moralphilosophie. Alle Erscheinungen der belebten und unbelebten Natur sind Bewegungen, welche sich auf die „attractions“, das Naturstreben der Dinge, zurückführen. In den belebten Wesen wird das Naturstreben „Trieb“ genannt. Die Gesamtheit der Triebe im Menschen muß als Offenbarung des göttlichen Willens gelten. Wer dem Triebe dient, dient Gott und findet sein Glück. Wollen wir daher wissen, welcher Art die sozialen Einrichtungen sein müssen, damit sie den Menschen Befriedigung und Glück gewähren, so brauchen wir bloß unsre Triebe zu erforschen und gelangen so zu der Kenntniss des „sozialen Gesetzbuchs“. Da zeigt es sich nun, wie wenig die tatsächlichen Verhältnisse den Forderungen jenes Gesetzbuches entsprechen. Die Zivilisation hat der Mehrzahl der Menschen den Reichtum verschlossen, auf den doch der mächtigste Trieb geht, und der die unerläßlichste Bedingung alles menschlichen Glückes ist. Man redet von „Menschenrechten“, von dem erhebenden Bewußtsein, „ein freier Mann“ zu sein, von „dem Glück, unter einer Verfassung zu leben“, aber nicht von „dem natürlichen Rechte, sich zu sättigen“. Darum fordert Fourier eine neue Organisation der Familie und der Industrie, bei welcher alle natürlichen Triebe des Menschen Befriedigung finden werden. Die Neubildung der Familie im Sinne Fouriers ist jedoch die vollkommene Auflösung derselben. Die Frauen können einen oder mehrere Gatten haben. mit den Gatten wechseln oder auch ohne Mann bleiben. Die Polygamie war für Fourier das Ideal. Kinder und Greise wohnen gesondert und werden von solchen Personen gepflegt, welche Beruf zu diesem Amte haben. Die Organisation der Arbeit ferner, wie Fourier sie vorschlägt, legt den bisherigen Eigentümern zwar nicht die Pflicht auf, ihr Eigentumsrecht preiszugeben, wohl aber müssen sie auf die privatwirtschaftliche Benutzung desselben verzichten. Alles Eigentum soll zusammengelegt und von allen gemeinschaftlich bewirtschaftet werden, wobei jedoch jeder die ihm zusagende Arbeit je nach den Forderungen seiner „Triebe“ wählen und nach Belieben mit der Arbeit wechseln kann. Je 2000 Menschen bilden eine Gemeinde für sich. eine „Phalange“. Inmitten der Geviertmeile, wo diese glücklichen Leute wohnen, liegt ein Palast, die Phalanstère, so schön, wie in „Tausend und eine Nacht“ nichts Ähnliches sich findet, die gemeinschaftliche Wohnung für alle in Arbeit und Liebe verbundenen Genossen. Man brauche nur eine solche Gemeinde zu gründen, meinte Fourier, und alle Welt würde von den Vorzügen der neuen „Organisation“ überzeugt sein, ein neues Weltreich auf Grundlage des Fourierismus gegründet werden, das passend seinen Mittelpunkt in Konstantinopel haben könnte.

Wie man sieht, bildet das berechtigte Verlangen des Arbeiters, durch Arbeit seine Existenz zu sichern und der Früchte seiner Arbeit nicht beraubt zu werden, auch für Fourier den besten Stützpunkt seiner Kritik der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Indem er jedoch über die Grenzen einer wirklich gerechten Kritik hinausging, fiel er immer mehr jenen Traumgebilden zum Opfer, welche mehr oder minder alle sozialistischen Systeme kennzeichnen. Gleichwohl kommt auch bei Fourier der sozialistische Gedanke noch nicht zu seiner höchsten und allseitig vollkommenen Ausbildung. Wie Fourier, so fordert Bazard eine Verteilung des Arbeitsertrages durch die Gesamtheit und deren Organe. Bazard läßt die vorhandenen Produktionsmittel zwar den einzelnen nach dem Maße

ihrer Fähigkeit zuteilen, aber diese arbeiten nicht für eigene Rechnung, sondern empfangen von der Gemeinschaft einen entsprechenden Lohn. Es ist also hier die Gemeinschaft, welche unmittelbar den Arbeitsertrag erwirbt und verteilt. Nach Fourier sollen die Früchte der Arbeit zunächst in den Warenlagern des Phalansteriums niedergelegt werden. Aus diesem Vorrat kann jeder nach Belieben seine Bedürfnisse befriedigen. Wenn auch, wie Fourier meint, der Mensch in jenem harmonischen Zustande dreimal so viel essen werde wie heutzutage, so bleibt dennoch ein großer Überschuß, und es entsteht die Frage, nach welchem Grundsatz die Verteilung geschehen solle. Die Saint-Simonisten hatten sich für das Prinzip entschieden: *A chaque capacité selon ses œuvres!* Jeder erhält von dem Staate der individuellen Begabung entsprechend Produktionsmittel zugewiesen, liefert den Ertrag an den Staat ab und erhält nach Maßgabe seiner Leistung, seines Arbeitserfolges, einen Gehalt. Fourier läßt den Arbeitsertrag auf die drei Ursachen der Produktion von den Vorstehern der Phalansteren verteilt werden, so zwar, daß die Arbeit fünf, das Kapital vier, das Talent drei Zwölftel von der gewonnenen Masse erhält. Die starke Betonung des Kapitalanteils hängt mit dem Umstande zusammen, daß Fourier im Prinzip das Privateigentum an den Produktionsmitteln beibehielt: nur die tatsächliche Nutzung der zusammengelegten Eigentumskomplexe sollte eine gemeinschaftliche sein, während die Saint-Simonisten das Talent höher schätzten und von einem erblichen Eigentum überhaupt nichts wissen wollten. Wir sehen davon ab, daß es praktisch kaum möglich sein würde, in der Arbeitsleistung zwischen dem Anteil, der auf das Talent, und dem Anteil, der auf die Arbeit, d. i. den Fleiß, fällt, richtig und in einer die Beteiligten befriedigenden Weise zu scheiden. Auch dürfte es schon deshalb zweifelhaft erscheinen, ob in dem Fourierschen System von einer eigentlichen Organisation der Arbeit die Rede sein könne, weil ja den Leitern der Gemeinden keine diesbezügliche Macht und Autorität eingeräumt wird: „Die Freiheit der Begierden ist höchstes Gesetz. . . Freiheit und Gleichheit das Lösungswort für das ganze Leben der neuen sozialen Welt: allen steht alles offen, keiner hat eine Grenze als in sich selber. Mehr kann man nicht fordern, nicht einmal denken. . . Eigentlich sieht man wenig, was hier die Obrigkeit soll: ja es ließe sich wohl fragen, ob sie in der Weise überhaupt möglich ist, wie wir sie denken, als eine anordnende Gewalt. Ist sie aber bloß ein Mittel für die Verteilung des Genusses, so ist sie eben keine Obrigkeit.“ Gerade hierin liegt der Hauptwiderspruch des Fourierschen Systems, daß es die ökonomische Harmonie auf Grund der ökonomischen Anarchie erstrebte<sup>1</sup>.

3. Als dritter Hauptvertreter des „utopistischen“ Sozialismus gilt Robert Owen<sup>2</sup>, geb. 14. Mai 1771 zu Newtown in Nordwales als Sohn eines kleinen Kaufmanns und Postmeisters; er war Kommis, dann Fabrikdirektor in Manchester.

<sup>1</sup> L. v. Stein, Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich II 322 ff. Schäffle, Kapitalismus und Sozialismus 231 ff.

<sup>2</sup> Herkner, Artikel „Rob. Owen“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup> 965 ff. Grünberg, Artikel „Owen“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 496 f. A. J. Booth, R. Owen, the founder of socialism in England 1869. Lloyd Jones, The life, time, and labours of Robert Owen 1890. Dolléans, R. Owen 1905. W. Liebknecht, R. Owen 1892. Helene Simon, R. Owen, sein Leben und seine Bedeutung für die Gegenwart (1905; fleißige Arbeit). M. Beer, Geschichte des Sozialismus in England 1913: 177 ff.



schließlich Fabrikant in New Lanark. Er fühlte sich dabei, wie Herkner zu seinem Lobe bemerkt, in der Tat „nicht als Baumwollspinner und Fabrikant, sondern als der verantwortliche Feldherr und Regent einer Arbeiterbevölkerung von 2000 bis 2500 Personen. So hat er dem Ideale des ‚captain of industry‘ bereits nachgelebt, ehe Carlyle, Ruskin und die Positivisten es aufgestellt und begründet hatten“. Owen starb am 17. November 1858. In den Jahren 1812/13 erschienen vier Schriften unter dem Titel: *A new view of society, or essays on the principle of the formation of the human character and the application of the principle to practice*; dann *Observations on the effects of the manufacturing system* (1815); *The book of the new moral world* (1820); *Report to the county of Lanark etc.* (1832); dann 1857/58: *The life of R. Owen, written by himself*.

Ausgehend von der Ansicht, daß der Mensch ganz und gar das Produkt der innern und äußern Einflüsse, darum für seine Handlungen nicht verantwortlich sei, suchte Owen nach einem System, durch welches das Glück, namentlich der Besitz der notwendigen Genußmittel, dem Menschen vermöge einer günstigen Gestaltung der äußern Lebensbedingungen garantiert wäre. Er glaubte dieses Ziel durch geschlossene kommunistische Arbeiterkolonien von 500 bis 2000 Mitgliedern erreichen zu können. Vollkommene Gütergemeinschaft innerhalb der Kolonie, gemeinsame Erziehung zum Zwecke gleichmäßiger Bildung, Bestreitung aller Bedürfnisse der einzelnen durch die Gemeinde, Organisation und Leitung der Arbeit seitens der Gemeinderäte, gleichartige Beschäftigung innerhalb der verschiedenen Altersstufen — das sind die Grundzüge der von Owen gewollten sozialen Neubildung. Die praktischen Versuche, die Owen durch Einrichtung kommunistischer Gemeinden (New Harmony u. a.) zunächst in Amerika und später in England machte (wie auch die 1830—1832 in London gegründete „National labour equitable exchange“), mißlangen jedoch vollständig. Lehrreich bleiben die Experimente Owens schon deshalb, weil es sich dabei als praktisch unmöglich erwies, den Selbständigkeitstrieb des Menschen dauernd mit kommunistischem Zwange zu vereinen<sup>1</sup>. —

Überblickt man die Vorschläge der „Utopisten“, so führen sie wenigstens zusammen genommen und ihrem wesentlichen Inhalte nach zur vollen Idee einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Zur Sicherung der Existenz und des Glückes aller fordert das sozialistische Prinzip die unmittelbare Verteilung des Arbeitsertrages durch die Gesamtheit, man mag sie Staat, Gesellschaft, Gemeinde, Phalanstère, Arbeiterkolonie oder sonstwie benennen. Verteilt die Gesamtheit den Ertrag der Produktion, dann muß sie folgerichtig Eigentümerin der Produktionsmittel sein und darum auch die Leitung der Produktion in Händen haben. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln, Organisation und Leitung der Arbeit durch die Gesellschaft, Verteilung des Produktionsertrages ebenfalls seitens der Gesamtheit — das sind die wesentlichsten Elemente, aus denen diese sozialistische Gesell-

<sup>1</sup> Held, *Zwei Bücher zur sozialen Geschichte Englands* (1881) 343 ff.; Reybaud, *Études sur les réformateurs I* (1849) 229 ff.; W. Sombart, *Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert*<sup>2</sup> (1900) 15. — Über die „kommunistischen Experimente“ vgl. O. Pfülf, in den *Stimmen aus Maria-Laach* XLIX 284 ff.; von demselben Verfasser „Die religiös-kommunistischen Gemeinwesen in den Vereinigten Staaten“, in den *Stimmen aus Maria-Laach* XLIX 507 ff. — Nordhoff, *Communistic Societies* (1895).

schaftsordnung sich zusammensetzt<sup>1</sup>. Gesellschaftliches Eigentum und Verteilung der Güter durch den Staat forderte Bazard, gemeinsame Wirtschaft bei aller Willkür persönlicher Laune soll in der Fourierschen Phalanstère Glück und Überfluß erzeugen. Louis Blanc betonte seinerseits gegenüber den freiwirtschaftlichen Zuständen fürs erste namentlich die Organisation der Arbeit. Er will den Staat nicht unmittelbar zum Eigentümer des Produktionsertrages machen. Bloß mit seinem Kredit soll derselbe zunächst die Begründung von Produktivassoziationen der Arbeiter fördern und durch seine Gesetzgebung die Arbeit innerhalb der einzelnen Gewerke regeln. Doch ist die Selbständigkeit solcher Produktivassoziationen nur eine scheinbare. Durch den Kredit beherrscht der Staat dieselben vollständig. Es war ja auch der Wunsch Louis Blancs, daß der Staat schließlich alle Privatproduktion niederkämpfen möge. Der Sozialismus erscheint jedenfalls hier überall nur als partieller Kommunismus mit Beschränkung des Gesamteigentums auf die Produktionsmittel. Während der Kommunismus<sup>2</sup> eines Babeuf (Babeuvismus), um die Gleichheit zu wahren, jedes Privateigentum beseitigen wollte, sucht der ältere Sozialismus sowohl bei der Verteilung der Arbeit wie des Arbeitsertrages, wenigstens noch einigermaßen, wenn auch in durchaus unzureichendem Maße, der individuellen Persönlichkeit Rechnung zu tragen, eine Verteilung nach persönlichem Verdienst oder doch nach persönlichem, vernunftgemäßem Bedürfnis zu vollziehen. Dadurch schmeichelte er sich sogar, das wahrhaft persönliche Eigentum herzustellen, während in der Gegenwart die brutale Übermacht des Kapitals ohne Rücksicht auf persönliche Verdienste und Bedürfnisse die Güterverteilung vollziehe.

**5. Verhältnis des marxistischen Sozialismus zu den älteren sozialistischen Theorien<sup>3</sup>.** Karl Marx erkannte an, daß jene älteren, von ihm als „kritisch-utopistisch“ bezeichneten Theorien durch ihre Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung „höchst wertvolles Material zur Aufklärung der Arbeiter geliefert“ hätten (Kommunistisches Manifest). Sein eigener Standpunkt und seine Auffassung unterscheidet sich jedoch in dreifacher Hinsicht von dem älteren Sozialismus:

1. Unterschied in Bezug auf die *Kritik der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung*. Hatten die französischen Aufklärungsphilosophen vor der Revolution alles, Religion, Staatsordnung, traditionelle Wissenschaft, vor dem Richterstuhl der emanzipierten menschlichen Vernunft einer schonungslosen Kritik unterworfen, so kritisierten ihre sozialistischen Schüler nunmehr die neue „bürgerliche“ Gesellschaft und verwarfen dieselbe als unvernünftig, als im Widerspruch stehend mit den

<sup>1</sup> „Das wäre schließlich eine nationale Naturalwirtschaft, ein Riesenoikos, wenn auch ohne pater familias“ Julius Platter, Grundlehren der Nationalökonomie [1903] 73.

<sup>2</sup> Über Kommunismus vgl. noch Marlo, Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie I<sup>2</sup> 453 ff.; Schäffle, Kapitalismus und Sozialismus 200 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Engels, Dühring<sup>3</sup> 162 242 ff.; Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft<sup>4</sup> 7 f. 9 11; Marx, Elend der Philosophie<sup>2</sup> IX u. 103; Kommunistisches Manifest; Wolffg. Heine, Ideale der Sozialpolitik, in der Neuen Zeit XV 137; G. Adler, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, 3. Folge I 215.

ewigen Prinzipien des Rechts, der Freiheit und Gleichheit, ebenso wie die rationalistische französische Philosophie des 18. Jahrhunderts die feudale Gesellschaft bekämpft und verworfen hatte. Der Marxsche historisch-evolutionistische Sozialismus dagegen, auf Hegelscher Philosophie beruhend, kennt keine ewigen Prinzipien. Sie können daher auch keinen Stützpunkt seiner Kritik bilden. Er operiert nicht mit allgemeinen Gerechtigkeitserwägungen, wie ein „ethischer Sozialismus“, konstatiert nur die historische Tatsache der Widersprüche innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, weist bestimmte Entwicklungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft nach, zeigt, wie die alten, überlieferten politischen, gesetzlichen, sozialen und idealen Formen nicht mehr dem ökonomischen Inhalt der Gesellschaft entsprechen, und wie die Entwicklung zu neuen Formen dränge. Die Auffassung ist durchweg realistisch.

2. Unterschied mit Rücksicht auf die *Erkenntnis der zukünftigen Gesellschaftsordnung*. Für den „kritisch-utopistischen Sozialismus“ ist die Erkenntnis der zukünftigen Gesellschaftsordnung das Ergebnis eines reinen Denkprozesses, für Marx das Resultat der Beobachtung des historischen Weltprozesses und der vor unsern Augen sich vollziehenden Auflösung der kapitalistischen Gesellschaft. Die Utopisten konstruierten eine vollkommene, vernünftige und gerechte Gesellschaftsordnung aus dem Kopfe, Marx abstrahiert die Elemente der zukünftigen Gesellschaftsordnung aus der Beobachtung des mit objektiver Notwendigkeit sich vollziehenden Zersetzungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft, in welchem schon die Ansätze zu neuen Formen (Konzentration u. dgl.) sich zeigen.

3. Unterschied in Bezug auf die *Art und Weise des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaftsordnung* und die dabei wirkenden Faktoren. Die älteren Sozialisten machten überall Propaganda für ihre Ideen und suchten durch Musterexperimente die Durchführbarkeit ihrer theoretisch konstruierten Systeme zu zeigen. Sie bestrebten sich, die ganze Gesellschaft, namentlich auch die höheren Klassen, für ihre Pläne zu begeistern, da ja die neue Ordnung der Dinge unmittelbar der ganzen Gesellschaft zum Heile gereichen werde. Marx dagegen erwartet alles von dem naturnotwendigen Entwicklungsprozeß, und soweit Menschen mitwirken, lediglich von dem Klassenkampf des Proletariats, so zwar, daß dessen Emanzipation ausschließlich das Werk der Arbeiterklasse bildet. Daher die Abneigung gegen alle soziale Reform, die von oben, vom Staate, von der ganzen Gesellschaft kommt. Der Fortschritt muß geschehen allein durch das Proletariat, aber auch zunächst und unmittelbar für das Proletariat.

Aus der Unvollkommenheit des kritisch-utopistischen Sozialismus erwächst indes für diesen nach Marx kein Vorwurf. Als Saint-Simon, Fourier, Owen schrieben, war eben die kapitalistische Produktion noch



nicht zur vollen Ausbildung gelangt und die Organisation der Proletarier zur Klasse und zur politischen Partei noch nicht vollendet. Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse in den Tagen von Karl Marx und Friedrich Engels, den Begründern des sog. „wissenschaftlichen“ Sozialismus.

Heinrich Karl Marx<sup>1</sup> war zu Trier am 5. Mai 1818 als Sohn eines ehemals jüdischen, dann protestantischen Advokaten geboren. Bis auf den Großvater führten die Voreltern den Namen Mordechai und waren bis hinauf in das 16. Jahrhundert Rabbiner gewesen. Marx studierte Rechtswissenschaft zu Bonn. Er trat jedoch nicht in den Staatsdienst, wenn er auch zeitweilig die Absicht hegte, sich als Privatdozent in der philosophischen Fakultät zu habilitieren. Im Herbst 1842 übernahm er zu Köln die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“, die ganz und gar den Anschauungen der liberalen Bourgeoisie diente. Bald nach Beginn des Jahres 1843 wurde die „Rheinische Zeitung“ unterdrückt. Marx hatte schon vorher die Redaktion niedergelegt und siedelte im Herbst 1843 nach Paris über, wo er im Verein mit Arnold Ruge die „Deutsch-französischen Jahrbücher“ und mit Heinrich Heine die Zeitung „Vorwärts“ redigierte. Zu Anfang des Jahres 1845 aus Frankreich verwiesen, wandte er sich nach Brüssel, von wo er jedoch Ende Februar 1848 ebenfalls vertrieben wurde. Er kam dann wiederum nach Köln und übernahm hier am 1. Juni 1848 die Leitung der gleichzeitig von den Demokraten und den Kommunisten unterstützten „Neuen Rheinischen Zeitung“. Als das Blatt seines revolutionären Charakters wegen verboten wurde, sah sich Marx 1849 abermals gezwungen, den Wanderstab zu ergreifen. Er ging zunächst nach Paris und ließ sich dann dauernd, bis zu seinem Tode, 14. März 1883, in London nieder. Hier konstituierte sich am 28. September 1864 unter Marx' Ägide die sog. „Internationale Arbeiter-Assoziation“. Im übrigen hat Marx mehr Bedeutung als sozialistischer Theoretiker denn als Agitator.

Bezüglich der wissenschaftlichen Entwicklung von Marx im allgemeinen bemerkt Masaryk<sup>2</sup>: „Karl Marx (in den vierziger Jahren zur geistigen Reife entwickelt vereinigt in sich die neuen Einflüsse beinahe alle. Hegel hat ihn zur Geschichts- und zur politischen Philosophie geführt: diese Geschichtsphilosophie ist durch Feuerbachs Kritik der Religion materialistisch und sozial geworden. Im Jahre 1843 nach Paris gekommen, lernte Marx den französischen Sozialismus und Positivismus kennen. Saint-Simon, Proudhon, Comte werden jetzt auf Jahre seine Lehrer; von Frankreich und Belgien flüchtet der Proskribierte schließlich nach England, um sich hier, von 1849 bis zu seinem Tode, 1883, mit wenigen Unterbrechungen, die meiste Zeit mit dem erschöpfenden Studium des englischen Sozialismus, der Nationalökonomie und der englischen sozialen Entwicklung überhaupt zu beschäftigen. Die Rolle des praktischen politischen Führers von früher her wird auf kurze Zeit in der ‚Internationale‘ erneuert. Aus dem deutschen

<sup>1</sup> Vgl. Marx' Biographie, geschrieben von F. Engels, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften V<sup>2</sup> 704 ff.; Diehl, Artikel „Marx“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>2</sup> 600 ff.; Grünberg, Artikel „Marx“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup> 352 f.; Liebknecht, Karl Marx zum Gedächtnis 1896; Lafargue, Artikel „Karl Marx“, in der Neuen Zeit IX; John Spargo, Karl Marx, His life and work 1910. Wiebrand, K. Marx, Versuch einer Einführung Aus Natur und Geisteswelt, 1918. Tönnies, Marx' Leben und Lehre (1921).

<sup>2</sup> Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus 1899 21.

Hegelianer hat das Leben einen fränkisch-englischen Positivisten (Positivismus. Historismus auf materialistischer Grundlage) gebildet, der seine Philosophie in nationalökonomischen Fachstudien niederlegt.“ In seinem Historismus wurde Marx durch den modernen Evolutionismus, namentlich den Darwinismus, befestigt. Der „Kampf ums Dasein“ und die Idee des Klassenkampfes bringen Darwinismus und Marxismus in Berührung, obwohl die Triebkräfte verschieden sind. Von den Nationalökonomien haben namentlich Smith und Ricardo, von den englischen Sozialisten Owen, Thompson u. a. Einfluß auf Marx ausgeübt. Doch blieb Marx vor allem der deutsche Philosoph, von der deutschen Philosophie beherrscht, wenn er auch auf nationalökonomischem Gebiete philosophierte, was bei den deutschen Philosophen sonst nicht üblich war. Marx' philosophische Grundlage, ich möchte sagen, sein philosophisches Knochengerüst, ist in Hegels Philosophie. Hegel hat Marx' Geist formiert. Das Hegelsche Knochengerüst hat Feuerbach und die Hegelsche Linke mit den Weichteilen ausgestattet.“ Dazu kommt dann noch der Einfluß der französischen und englischen Philosophen, Nationalökonomien, Sozialisten. „Es kann sich nicht bloß darum handeln, welche einzelnen Gedanken Marx von dem oder jenem hat. Marx dachte und arbeitete mit einer ganzen Reihe von Männern, die mit ihm geistig und durch ihre Richtung mehr oder weniger verwandt waren.“<sup>1</sup>

Die außerordentliche Begabung von Karl Marx, sein gewaltiger Einfluß auf das wissenschaftliche Denken, auch sein ehrliches Streben, für das Wohl des Arbeiterstandes Großes zu leisten, soll nicht in Zweifel gezogen werden. Gleichwohl wird eine vorurteilsfreie Prüfung der marxistischen Lehren notwendig in einen unversöhnlichen Gegensatz gerade zu seinen wichtigsten Aufstellungen führen müssen.

Hauptwerke, teilweise in Verbindung mit Engels: Die heilige Familie, gegen Bruno Bauer und Konsorten (1845); *Misère de la Philosophie, réponse à la philosophie de la misère* de M. Proudhon (1847, 1896; deutsch 3. Aufl. 1895, enthält als Anhang eine Abhandlung über den Freihandel); Manifest der kommunistischen Partei (wiederholt aufgelegt). Dieses Manifest wurde im Auftrage des „Bundes der Kommunisten“ verfaßt und erschien zum erstenmal kurz vor der Februarrevolution 1848; der englische Übersetzer nennt dasselbe: the most educational and instructive pamphlet in the literary arsenal of the Social Democratic Party; Lohnarbeit und Kapital (1892); Die Klassenkämpfe in Frankreich (1848 bis 1850; neue Ausgabe 1895); Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1852, <sup>3</sup>1889); Zur Kritik der politischen Ökonomie (1. Heft 1859; in der Einleitung eine Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung); Das Kapital,

<sup>1</sup> Masaryk. Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus 38 f. 41. Vgl. auch das Urteil über Marx von Theobald Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts (1898) 468. Die persönlichen Absichten von Marx mögen die besten gewesen sein. Darüber zu urteilen, steht uns nicht zu. Dennoch dürfte auch auf seine Wirksamkeit das Wort Anwendung finden können, dessen sich Galiani gegenüber den Physiokraten bediente: „Glauben Sie mir, Schelme und Betrüger braucht man nicht zu fürchten; über ein kurzes zeigen sie sich in ihrer wahren Gestalt. Aber hüten Sie sich vor dem Rechtschaffenen, wenn ihn ein Wahn gefangen hält. Er ist mit sich selbst im klaren und will das Beste. Jedermann traut ihm, aber unglücklicherweise irrte er sich in den Mitteln, dem Menschen das Beste zu verschaffen“ (Dialogues sur le commerce de blés [1770, deutsch von Blei 1895] 180 f.).

Kritik der politischen Ökonomie I (1867; Marx besorgte die 2. Auflage [1872], Engels die 3. [1883] und die 4. [1890]; den II. Band gab Engels 1885 heraus, 2. Aufl. 1893; der III. Band in zwei Teilen wurde ebenfalls von Engels herausgegeben [1894]). Aus nachgelassenem Manuskript wurden von Kautsky die Theorien über den Mehrwert, 3 Bände in 4 Teilen (1905—1910), herausgegeben. Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels, 3 Bde. (1902).

Neben Karl Marx gilt als Begründer des „wissenschaftlichen“ Sozialismus Friedrich Engels<sup>1</sup>, geboren 28. November 1820 als Sohn eines Fabrikanten in Barmen. Er besuchte die Realschule und dann das Gymnasium, widmete sich jedoch, ein Jahr vor dem Abiturientenexamen, dem Kaufmannsstande, zuerst in Bremen, später, nachdem er 1841/42 in Berlin bei der Garde-Artillerie gedient, in Manchester, 1842—1844. Hier arbeitete er in einer Fabrik, an der sein Vater beteiligt war. Mit lebhaftem Interesse studierte er die Lage des englischen Proletariats. Die Arbeiter sahen sich in ihren politischen Hoffnungen (Stimmrecht) durch die Parlamentsreform von 1832 getäuscht. Dazu kam 1834 die Abschaffung des alten Armengesetzes, demzufolge die einzelnen Kirchspiele, wenn der Lohn unter ein bestimmtes Minimum fiel, die Differenz zulegen sollten. Die Not der Arbeiter war eine unglaubliche. Es bildete sich eine Arbeitervereinigung, deren Programm (mit zunächst politischen Forderungen) den Namen „The People's Charter“ (daher „Chartisten“) erhielt. Bald wurde die politische zu einer sozialen Bewegung: „Der Chartismus“<sup>2</sup>, so erklärte in einer Versammlung von 200000 Menschen auf Kersall-Moor bei Manchester der methodistische Geistliche Stephens, „ist keine politische Frage, wobei es sich darum handelt, daß ihr das Wahlrecht bekommt, sondern der Chartismus das ist eine Messer- und Gabelfrage, die Charte, d. h. gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit.“ Und auf der Mitgliedskarte der Londoner Arbeitervereinigung standen die bezeichnenden Worte: „Der Mann, der seinen Anteil an produktiver Arbeit nicht leistet, vermindert das Volksvermögen und bindet seinen Mitbürgern die Kosten seiner Erhaltung auf.“ Besonders in Manchester, wo Engels damals weilte, gingen die Wogen der Chartistenbewegung hoch. Engels wurde Mitarbeiter des Chartistenorgans „Northern Star“, wie er auch für Robert Owens „The New Moral World“ Artikel lieferte. Nach Barmen zurückgekehrt, veröffentlichte er 1845 eine viel beachtete und beachtenswerte Schrift über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ (neu aufgelegt 1892). Das ganze Elend der englischen Arbeiter wird hier in grellen Farben zu einem erschütternden Bilde vereinigt. Bruno Hildebrand wirft freilich dem Buche tendenziöse Einseitigkeit vor. Einzelheiten seien richtig, das Gesamtbild falsch: „Die durchgreifenden Mängel des Buches liegen 1. in den falschen allgemeinen historischen und statistischen Voraussetzungen, von denen er (Engels) bei Beurteilung der Zustände der Gegenwart ausgeht, 2. in den vielen Auslassungen wesentlicher faktischer Verhältnisse und der hiermit verbundenen

<sup>1</sup> Vgl. Neue Zeit IX 225 ff.: „Friedrich Engels, zu seinem 70. Geburtstag“, und XIII 609 ff.: „Friedrich Engels Tod“; Artikel „Engels“, in Stegmann und Hugos Handbuch des Sozialismus (1894) 172 ff.; Sombart über Engels, in Hardens „Zukunft“ XIII 34 ff. 59 ff. 122 ff.; Kautsky, Friedrich Engels, sein Wirken, seine Schriften<sup>2</sup> (1908). Max Adler, Engels als Denker (1920).

<sup>2</sup> Vgl. Brentano, Artikel „Chartismus“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften III<sup>3</sup> 370 ff.; Grünberg, Artikel „Chartismus“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft I<sup>3</sup> 629 ff.; M. Beer, Geschichte des Sozialismus in England (1913) 225—423.



Generalisierung einzelner Tatsachen, endlich 3. in den Trugschlüssen, welche er aus den Faktis gezogen hat.“<sup>1</sup> Immerhin hat dieses Buch Marx eine willkommene Stütze seiner Kritik der kapitalistischen Epoche bieten können und geboten. 1844 war Engels in Paris mit Marx zusammengetroffen, 1845—1848 lebte er mit ihm in Brüssel. 1848 bis Mai 1849 war er Mitredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln. Wir finden ihn dann als Adjutanten des Willichschen Freikorps im badischen Aufstand, nach dessen Beendigung er über die Schweiz, Genua nach London floh. 1850 trat er von neuem in das Kontor der Fabrik zu Manchester ein und wurde 1864 Associé in derselben. Seit 1869 aber lebte er zu London seinen Studien bis zu seinem Tode am 6. August 1895.

Hauptwerke: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie (1844); Lage der arbeitenden Klassen in England (1845); Zur Wohnungsfrage (1872); Die Bakunisten an der Arbeit (1875); Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (1877, 2. Aufl. 1886: „Anti-Dühring“); Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1882, <sup>4</sup>1891); Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, im Anschluß an Lewis H. Morgans Forschungen (1884, <sup>7</sup>1898); L. Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie (1888; mit Anhang: Karl Marx über Feuerbach vom Jahre 1845); In Sachen Brentano contra Marx (1891); Aufsätze in der Neuen Zeit usw.

Ferdinand Lassalle<sup>2</sup> bereicherte das „wissenschaftliche“ System des modernen Sozialismus um keinen neuen Lehrsatz. Er hat vielmehr im wesentlichen die Doktrin von Proudhon, Rodbertus, Marx mit Erfolg popularisiert. Aber er war ein machtvoller Agitator und der eigentliche Schöpfer einer sozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland. Geboren am 11. April 1825 zu Breslau als Sohn eines jüdischen Kaufmanns, besuchte er das Gymnasium seiner Vaterstadt, dann die Handelsschule zu Leipzig, studierte später in Breslau und Berlin Philologie und Philosophie. 1844 ging er auf Reisen, kam nach Paris, dann wieder nach Deutschland. Von 1848 bis 1857 weilte Lassalle in Düsseldorf, begab sich hierauf nach Berlin, wo er die „Philosophie Heraklits“ und das historische Drama „Franz von Sickingen“ veröffentlichte. 1861 publizierte Lassalle sein bedeutendstes Werk: „Das System der erworbenen Rechte, eine Versöhnung des positiven Rechts und der Rechtsphilosophie.“ Die letzten Lebensjahre widmete er der Agitation und der Herausgabe von Kampfschriften. Am 31. August 1864 starb er infolge einer im Duell mit Janko v. Rakowitz erhaltenen Wunde zu Genf.

<sup>1</sup> B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft I (1848) 155 171 222.

<sup>2</sup> Über Lassalle vgl. B. Becker, Geschichte der Arbeiteragitation Lassalles (1874/75); Brandes, F. Lassalle, ein literarisches Charakterbild<sup>4</sup> (1900); v. Plener, Lassalle (1884); L. M. Brandt, Lassalles sozialistische Anschauungen und praktische Vorschläge (1895); Jäger, Der moderne Sozialismus (1873); Karl Marx, Ein Brief über Lassalleanismus, in der Neuen Zeit XV; K. Diehl, Artikel „Lassalle“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VI<sup>3</sup> 406 ff.; Diehl, Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus (1906) 180—192 (Gegenüberstellung von Marx und Lassalle); E. Rosenbaum, F. Lassalle (1911). Beziehungen zu Ricardo, Rodbertus, Marx, L. Blanc; Bernstein, Lassalle (1904); Ders., Briefe Lassalles (1905); Hermann Oncken, Lassalle (1904, <sup>2</sup>1912, <sup>3</sup>1920; Sammlung biographischer System- und Charakterschilderungen, herausgeg. von Schmoller und Hintze); B. Harms, F. Lassalle und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie (1909). Trautwein, Über F. Lassalle und sein Verhältnis zur Fichteschen Sozialphilosophie (1913).

Die Lassallesche Geschichtsphilosophie, welche er namentlich in dem am 12. April 1862 zu Berlin gehaltenen Vortrag über „den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeitsstandes“ (später unter dem Titel „Arbeiterprogramm“ erschienen) entwickelte, faßt den Evolutionsgedanken mehr pantheistisch und idealistisch, nicht ökonomisch-materialistisch im Sinne von Marx und Engels. Das „Offene Antwortschreiben“, das er am 1. März 1863 an das Komitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses erließ, enthält Lassalles politisches und soziales Programm. Er fordert politische Selbständigkeit der Arbeiterpartei (also ihre Trennung von der Fortschrittspartei), dann die Bildung von Produktivgenossenschaften mit Staatskredit. Die Produktivassoziation gilt ihm als das einzige Mittel, um das „eiserne Lohngesetz“, welches heute herrsche, dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit entziehe, ihn mit der volksüblichen Lebensnotdurft abfinde, zu überwinden. Aber die Produktivassoziation ist nur ein Übergangsmittel zu der zukünftigen kommunistischen Gesellschaft, die auch für Lassalle das schließliche Endziel der Entwicklung bildet<sup>1</sup>.

Hauptwerke: Die Philosophie Herakleitos des Dunkeln von Ephesos 1857; System der erworbenen Rechte, eine Versöhnung des positiven Rechts mit der Rechtsphilosophie, 2 Bde. (1. Aufl. 1864, 2. Aufl. von Lothar Bucher, 1880); Die Philosophie Fichtes und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes 1862; Über Verfassungswesen (1862/63); Über den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeitsstandes 1862; Macht und Recht 1863; die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen 1863; Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig (1863); Zur Arbeiterfrage 1863; Arbeiterlesebuch 1863; Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian 1864; Gesamtausgabe: Ferdinand Lassalles Reden und Schriften, mit einer biographischen Einleitung herausgegeben von Ed. Bernstein (1892); Lassalles sämtliche Reden und Schriften, herausgegeben von Georg Hotschick, New York 1882.

Neben dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ Lassalleaner<sup>2</sup> entstand 1869 zu Eisenach unter der Führung Liebknechts und Bebel's die marxistische „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“<sup>3</sup> (Eisenacher Programm). Nachdem beide Vereine gerichtlich aufgehoben worden waren, kam es am 22. 27. Mai 1875 in Gotha zur Gründung der einen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (Gothaer Programm). Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie („Sozialistengesetz“<sup>4</sup> vom 21. Oktober 1878 nach den verabscheuungswürdigen Attentaten Hödels und Nobilings auf Kaiser Wilhelm I.) hat die Partei mächtig gefördert. Unter den folgenden Parteitaggen war der zu Erfurt durch sein Programm für die Partei lange von größter Wichtigkeit. Das Programm bedeutete damals den vollen Sieg des marxistischen Sozialismus<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Man hat von Beziehungen Kettlers zu Lassalle gesprochen. Der Mainzer Bischof wurde sogar direkt als Lassalleaner bezeichnet. Mit Unrecht. Wahr ist nur, daß Ketteler 1864 in einem anonymen Schreiben von Lassalle Auskunft über die Produktivassoziation erbat. Vgl. Pfülf, v. Ketteler II 183 ff.

<sup>2</sup> Der Name „Sozialdemokrat“ scheint zuerst von dem Chartistenführer Bronterre O'Brien in dem „Volksführer“ 1839 angewendet worden zu sein; vgl. Sozialistische Monatshefte III 493.

<sup>3</sup> Vgl. „Arbeiterwohl“, Jahrg. 1884, 205 f.

<sup>4</sup> Vgl. K. Kautsky, Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert (1892); Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von Kautsky und Schönlanck (1892).

Wenn Louis Reybaud zu Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts meinte: „Der Sozialismus ist tot: von ihm sprechen heißt eine Leichenrede halten“, so mochte damals — nachdem in England die Chartistenbewegung, in Frankreich, Deutschland, Österreich die revolutionären Erhebungen ihr Ende erreicht hatten — eine solche Auffassung nicht als völlig unbegründet gelten können. Später hat aber der marxistische Sozialismus große Bedeutung erlangt und trotz zunehmender Kritik lange bewahrt. Wir werden darum der Reihe nach 1. die Weltanschauung des Sozialismus, 2. die materialistische Geschichtsauffassung, 3. die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Epoche (Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung auf diese Epoche) zu behandeln haben.

Es wäre ein Irrtum, wollte man im marxistischen Sozialismus lediglich ein soziales und ökonomisches System erblicken. Die Weltanschauung, zu der jenes System sich bekennt, ist wesentlich mit ihm verknüpft, die unentbehrliche Grundlage des ganzen Baues, ähnlich wie, ja noch mehr als Adam Smiths Wirtschaftslehre in innerem Zusammenhang steht mit seiner philosophischen Doktrin. Die Phrase: „Religion ist Privatsache“, gilt jedenfalls nicht für den Sozialismus als wissenschaftliches System<sup>1</sup>.

**6. Weltanschauung des marxistischen Sozialismus.** „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Sehr richtig bemerkt Bernstein (Sozialistische Monatshefte, September 1904) mit Rücksicht auf den Zukunftsstaat: Irgend welche Weltauffassung wird dem Verhalten des Gemeinwesens zu den ihm obliegenden Kulturaufgaben (Erziehung, Wissenschaftspflege, Recht, namentlich Strafrecht, Kunst usw.) doch stets zu Grunde liegen; sie ist in diesem Sinne keine Privatsache, sondern eine öffentliche Angelegenheit von großer Bedeutung.

<sup>2</sup> Engels, Feuerbach 68. Über den Einfluß Hegels auf Marx vgl. Emil Hammacher, Das philosophisch-ökonomische System des Marxismus (1909); Johann Plenge, Marx und Hegel (1910); Marx oder Kant? in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXVI (1910) 213 ff. Nach G. Plechanow (Die Grundprobleme des Marxismus [1910], wo weniger die volkswirtschaftlichen Probleme als die philosophische und methodologische Seite des Marxismus behandelt werden) ist die Weltanschauung von Marx und Engels der konsequente Materialismus Feuerbachs. Später sprach man vom Verhältnis Fichtes zum Sozialismus. Vgl. Lindau, Fichte und der neuere Sozialismus (1900). Marianne Weber, Fichtes Sozialismus und sein Verhältnis zur Marxschen Doktrin (1900). Auch Beziehungen zwischen Marx und Kant haben die wissenschaftliche Forschung neuerdings stärker beschäftigt. (Marburger Schule, Neukantianer): Der kategorische Imperativ Kants fordert die Harmonie des individuellen und sozialen Prinzips. Das Individuum könne nicht bloßes Werkzeug der Gesellschaft sein. Es sei Selbstzweck, seine Entwicklung erfordere volle Freiheit. Dazu aber müssen ihm die Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden, so wie es in einer sozialistischen Gesellschaft geschieht. Kant selbst hat gewiß nicht an eine solche Konsequenz aus seiner Lehre gedacht. Und hat Marx daran gedacht? Béla Földes (Hauptströmungen 234) urteilt: „In den gesamten philosophischen Systemen ist nicht soviel Sozialismus, wie in den Worten des Evangeliums: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“ Vgl. Schulze-Gävernitz, Marx und Kant (1908); Marx und Kant, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXX (1910, 826 ff.; Karl Vorländer, Kant und Marx (1911; ders., im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVIII 1909 693 ff.; O. Spann, Kant und Marx.



Als Erblasser gelten vor allem Hegel und Feuerbach. An Hegel gefiel insbesondere der revolutionäre Charakter seiner Lehre. Alles ist Sein und Nichtsein, alles ist Werden, ein beständiges Entstehen und Vergehen. „Alles, was wirklich ist, ist vernünftig, und alles, was vernünftig ist, ist wirklich.“ Schmoller<sup>1</sup> nennt dieses „Hegelsche Paradoxon den Sinnspruch aller Reaktion, dem man mit gleichem Rechte stets das Goethesche: ‚Und was besteht, ist wert, daß es zu Grunde geht‘, entgegenhalten könne“. In der Tat läßt sich auf diese Weise jede siegreiche Revolution rechtfertigen<sup>2</sup>. Es mißfiel jedoch die absolute Idee als Träger des ganzen Entwicklungsprozesses. Marx und Engels wollten nichts wissen von der Macht der Idee, aber alles von der Macht der Ökonomie. Die Natur galt ihnen als das Zweite. Auch die absolute Wahrheit, welche Hegels System wenigstens für sich in Anspruch nahm, konnte den Begründern eines neuen Systems ebensowenig behagen wie der Staat als präsender Gott, da sie ja eben diesem Staat als einem Klassenstaat abhold waren. Mit Freuden wurde darum Feuerbach begrüßt<sup>3</sup>: Die Welt ist nicht Produkt eines Geistes, sondern der Geist selbst das höchste Produkt der Materie. Damit war der Dualismus von Geist und Stoff beseitigt, der Staat kein präsender Gott mehr: mit der absoluten Wahrheit wie mit allem Absoluten machte man kurzen Prozeß, indem man die Hegelsche Dialektik mit dem Feuerbachschen Materialismus verband. Feuerbach hatte den Geist beseitigt, allein er gab nicht die Bewegung. Hegels Dialektik aber bot die gewünschte Ergänzung.

Welt und Wissen im Sinne des marxistischen Sozialismus läßt sich demnach auf folgende Sätze zurückführen<sup>4</sup>: 1. Alles Sein ist Materie, und die Daseinsweise der Materie ist Bewegung<sup>5</sup>. 2. Da die Gedankenwelt

---

in Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung II (1911) 128 ff. und in Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge III 1912 492 ff. Lenz, Kant und Marxismus 1921. Über Mach und Marx vgl. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIII 1911 348 ff. Vgl. auch Rickes, Die philosophische Wurzel des Marxismus, in Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXII 1906 407 ff.

<sup>1</sup> Über einige Grundfragen der Sozialpolitik und der Volkswirtschaftslehre 1898 30.

<sup>2</sup> Vgl. Engels a. a. O. 3 ff. 23 ff.; Katholik XLVIII (1868), 1. Hälfte, 129 ff.

<sup>3</sup> Engels a. a. O. 12 f. 37 ff. Marx und Engels, Heilige Familie (1845).

<sup>4</sup> Engels, Feuerbach 23 26 51. Masaryk, Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus 28 f. 32 f.

<sup>5</sup> J. Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie 1875 31 33 38 40. Von Dietzgen sagte Engels, er habe merkwürdigerweise unabhängig von Marx und selbst von Hegel die „materialistische Dialektik“ wieder entdeckt. Den sog. „Dietzgenismus“ oder die Frage, ob Joseph Dietzgen die logischen Mängel des Marxismus durch seine erkenntniskritische Dialektik überwunden habe, lassen wir dahingestellt. Wer sich darüber unterrichten will, findet den ablehnenden Standpunkt in den Aufsätzen Plechanows und Mehrings über Dietzgen, die entgegengesetzte Auffassung bei Ernst Untermann. Die logischen Mängel des engeren Marxismus usw. (1910). Eine populäre Darlegung der „Philosophie Dietzgens“ bietet Henriette Roland Holst herausgeg. von Eugen Dietzgen [1910]. Eigentümlich berühren die Ausführungen über die Moral des Sozialismus: „Die

lediglich der Reflex der materiellen Welt sein kann, so ist die „dialektische Denkweise“ allein berechtigt. Sie unterscheidet sich von der „metaphysischen Denkweise“ einmal dadurch, daß sie keine übersinnlichen Wahrheiten anerkennt, sodann durch Verneinung jeder endgültigen, absoluten Wahrheit. Gibt es nichts Übersinnliches in der realen Welt, und ist diese in steter Bewegung begriffen, so kann auch der Gedanke als Spiegelbild der äußern Welt keinen übersinnlichen oder absoluten Inhalt haben. 3. Alle Wissenschaft ist daher Entwicklungswissenschaft und ihre Aufgabe die Feststellung der Gesetze für die Bewegung des Seins. Das allgemeine Entwicklungsgesetz findet seinen Ausdruck in der Formel; Negation der Negation, d. h. jede Stufe des Seins und Erkennens ist die Negation der vorhergehenden und trägt ihre eigene Negation schon als Keim einer zukünftigen Form in sich (z. B. die heutige kapitalistische Gesellschaft den sozialistischen Zukunftsstaat). Jede einzelne Wissenschaft hat für ihr Gebiet die speziellen Bewegungsgesetze zu untersuchen, der Sozialismus die Entwicklungsgesetze und die Entwicklungsgeschichte der Gesellschaftsformen. „Es handelt sich darum, die Wissenschaft von der Gesellschaft, d. h. den Inbegriff der sog. historischen und philosophischen Wissenschaften, mit der materialistischen Grundlage in Einklang zu bringen.“<sup>1</sup> Der Sozialismus, der sich dieser Aufgabe unterzieht, beansprucht daher mit demselben Rechte den Namen einer Wissenschaft („wissenschaftlicher Sozialismus“) wie die materialistische Naturwissenschaft. „Er führt den Materialismus ein auf ein höheres Wissensgebiet, auf das Gebiet der Gesellschaftslehre“<sup>2</sup>.

Die Widerlegung des Materialismus als Weltanschauung ist Sache der Philosophie<sup>3</sup>. Hier sei nur hervorgehoben, daß der zur Schau getragene Empirismus Marx' und Engels vor dem Apriorismus der schlimmsten Art durchaus nicht bewahren konnte, so z. B. wenn Engels „die Urgeschichte der Menschheit rückwärts konstruiert“, oder wenn Marx sein Wertgesetz aus dem Wesen des Tausches zu erhärten sucht. Auch die absolute Wahrheit erscheint wiederum in dem „un-

Moral der Sozialdemokratie ist notwendig widerspruchsvoll, weil sie selbst sowohl in den Bedürfnissen der Gegenwart wurzelt, wie aus den Idealen der Zukunft ihre Kraft saugt. Sie strebt nach dem ewigen Frieden und predigt den sozialen Haß. Sie will alle Herrschaft abschaffen, indem sie die eigene Herrschaft gründet. Sie fußt auf der Bruderschaft, jedoch schließt sie den Haß als ein stellenweise notwendiges Mittel ein. Sie will auch den Feind lieben und ihm Gutes erweisen — aber nur, wenn er unschädlich am Boden liegt.“ In der Tat: „widerspruchsvoll“ und — mehr als das. — Vgl. Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus usw. I (1911) 487 ff.; Engels, Feuerbach 16 f. 44 47 49 53 ff.; Anti-Dühring<sup>3</sup> 31 46 f. 49 51 56 74 97 113 f. 121 138 ff. 144 f. 186 f. 205; Marx, Elend der Philosophie<sup>3</sup> 35 94 137.

<sup>1</sup> Engels, Feuerbach 41. <sup>2</sup> Ebd. 35.

<sup>3</sup> Zur Kritik des Materialismus vgl. u. a. Preußische Jahrbücher LXXXI LXXXII LXXXVII LXXXIX; Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte VI; Historische Zeitschrift LXXIX; Stammler, Wirtschaft und Recht usw. Vgl. die interessanten Ausführungen bei Otto Liebmann über „Gehirn und Geist“ in der vierten Auflage seines Hauptwerkes: „Zur Analysis der Wirklichkeit“.

vergänglichen System, dem System des demokratischen Materialismus<sup>1</sup>. Alles ist wandelbar, die sozialistische Gesellschaftsordnung aber dennoch ein ewiges Reich, da ja das bewegende Moment, Klassengegensatz und Klassenkampf, fehlen wird, von andern Bewegungsmomenten aber jede befriedigende Kunde fehlt.

Welches ist nun der Inhalt der Entwicklungsgeschichte der Gesellschaftsformen im Sinne der marxistischen Sozialisten?

**7. Die materialistische Geschichtsauffassung** (der historische, ökonomische Materialismus, „Marx-Engelssche Theorie“) bildet den eigentlichen Kernpunkt des „wissenschaftlichen“ Sozialismus.

Die Theorie führt sich auf Marx und Engels zurück. In einer Anmerkung zu S. 43 in „L. Feuerbach“ sagt Engels: „Daß ich vor und während meinem vierzigjährigen Zusammenwirken mit Marx sowohl an der Begründung wie namentlich an der Ausarbeitung der Theorie einen gewissen selbständigen Anteil hatte, kann ich nicht leugnen. Aber der größte Teil der leitenden Grundgedanken, besonders auf ökonomischem und geschichtlichem Gebiet, und speziell ihre schließliche scharfe Fassung gehört Marx.“<sup>2</sup>

Die klassische Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung findet sich in der Vorrede „Zur Kritik der politischen Ökonomie“<sup>3</sup>. Hier heißt es: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische

<sup>1</sup> Engels a. a. O. 38.

<sup>2</sup> Vgl. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie 1859, von Kautsky neu herausgegeben 1897, Vorrede vi xi f.; Heilige Familie 1845 186 239; Kommunistisches Manifest: Elend der Philosophie<sup>2 u. 3</sup> 35 f. 91 101 104 ff. 121 ff. 132 163 f.; Kapital I<sup>4</sup> 140 142 f. 336 A. 455 476; III. 2. Teil. 324 f. Engels, Entwicklung 27; Anti-Dühring<sup>5</sup> 12 80 85 ff. 88 ff. 112 f. 121 150 f. 156 f. 160 162 ff. 166 ff. 184 189 192 231 286 342 ff.; Feuerbach 52 ff. 57 59 61 ff. 65; Ursprung der Familie usw.<sup>7</sup> Vorrede iv f. viii 12 24 f. 30 f. 40 ff. 52 64 72 165 169 177 f. 180 182 f. 185. M. Lorenz, Die Marxistische Sozialdemokratie (1896) 4. A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus<sup>25</sup> (1895); „Charles Fourier“, in der Internationalen Bibliothek 17. Heft 1888 6 f. 8 9. H. Greulich, Über die materialistische Geschichtsauffassung 1897. Hermann Gorter, Der historische Materialismus: übersetzt von A. Pannekoek 1909; populäre Darstellung im sozialistischen Sinne, Cyr. van Overbergh, Le matérialisme historique de Karl Marx 1903. Walter Sulzbach, Die Anfänge der materialistischen Geschichtsauffassung 1911. Sulzbach nennt als Vorläufer des historischen Materialismus: Voltaire, Schläzer, Möser, Montesquien, Rousseau, Mably, Galiani, Adelung, Lueder, Ferguson, Turgot, Filangieri, Necker, Marat, Babeuf, James Stewart, Millar, Barnave, Saint-Simon, Louis Blanc ist aber in dieser Liste übergangen worden. Benno Erdmann, Die philosophische Voraussetzung der materialistischen Geschichtsauffassung, in Schmollers Jahrbuch XXXI 1907 1 ff. Sombart, Über materialistische Geschichtsauffassung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIII 1911, dazu die Bemerkungen v. Wieses, im Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik XLII (1911) 778 ff. Ferner über materialistische Geschichtsauffassung: im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie Rob. Michels IV 1911 437 ff.; in Sozialistische Monatshefte 1913, 1. Heft. 43 ff., auch 62 ff.; Die Anfänge des historischen Materialismus bei Saint-Simon, in Soziale Revue VIII (1908) 151 ff.

<sup>3</sup> Marx, Zur Kritik usw. xi.



Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens“ (im Sinne des Marxismus: die Produktionstechnik<sup>1)</sup> „bedingt“ (d. i. bestimmt in letzter Linie<sup>2)</sup> „den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“

Der Leitgedanke der materialistischen Geschichtsauffassung in ihrer ursprünglichen Formulierung ist, ganz allgemein und kurz gefaßt, folgender: Die Geschichte einer Epoche liegt nicht in der Philosophie, Religion oder Politik, sondern in der Ökonomie derselben.

Im einzelnen läßt sich der theoretische Inhalt der materialistischen Geschichtsauffassung auf folgende Sätze zurückführen:

1. Das mit Naturnotwendigkeit bestimmende Moment für die geschichtliche Entwicklung der Völker sind ihre materiellen ökonomischen Verhältnisse, die in ihrer Eigenart wiederum bestimmt werden durch die mechanischen Arbeitsmittel, die Produktionstechnik, das technische Wie der Produktion jeder Periode. „Die Handmühle ergibt eine Gesellschaft mit Feudalherren, die Dampfmühle eine Gesellschaft mit industriellen Kapitalisten.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Elend der Philosophie 91; Kautsky, Vorwort zu „Atlanticus“: Ein Blick in den Zukunftsstaat xvi.

<sup>2</sup> Vgl. Engels, Feuerbach 45; Neue Zeit XII 2, 175; XVII 2, 9; XIX 2, 424; Ernst Günther, Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie, in Schmollers Jahrbuch XXIX (1905) 1235 ff. 1246.

<sup>3</sup> Elend der Philosophie 91. Tugan-Baranowski (Theoretische Grundlagen des Marxismus [1905] 8 ff. 15 schreibt nicht der Einführung neuer Arbeitsinstrumente diese Rolle zu 'Übergang zur Manufaktur'. Er meint, nach Marxscher Auffassung seien die materiellen „Produktivkräfte“ als „der Inbegriff sämtlicher sachlicher Faktoren der wirtschaftlichen Arbeit“ beherrschend für das ganze soziale Leben. Engels Dührings Umwälzung 286 spricht von Produktion und Austausch als Grundlagen der Gesellschaftsordnung. Vandervelde hat in seinen „Essais socialistes“ (deutsch von Pernerstorfer [1907] mit Rücksicht auf Kapital III 2. 324 f. betont, daß Marx die Wichtigkeit der Naturfaktoren (Klima, Boden, geographische Lage, Rasse) und die Wirkung der moralischen und intellektuellen Faktoren nicht verkannt habe. Auch G. Plechanow (Die Grundprobleme des Marxismus [1910] hebt hervor, Marx habe nicht bloß den ökonomischen Faktor der historischen Entwicklung berücksichtigt; doch war er nach Marx, was Plechanow zugesteht, der letzte Grund der Entwicklung, was eine Rückwirkung der andern Faktoren nicht ausschließt. Man wird wohl am besten hierbei zwischen der ursprünglichen Formulierung und späteren Modifikationen unterscheiden. Die Frage,

2. Die bisherige Geschichte alles Gesellschaftslebens ist die Geschichte von Klassenkämpfen<sup>1</sup>. Die einander bekämpfenden Klassen sind jedesmal Erzeugnisse der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit einem Worte: der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche. Die Klassenkämpfe bilden das die geschichtliche Entwicklung tragende, den Fortschritt vollziehende Element. Sie stellen das Medium dar, durch welches letztlich die ökonomischen Ursachen die Fortbildung der Gesellschaft bewirken.

3. Das Ziel jedes Klassenkampfes war bisher stets die ökonomische und politische Emanzipation einer unterdrückten Klasse: das Ziel des heutigen proletarischen Klassenkampfes ist die Beseitigung aller Klassen. Es wird erreicht durch den Kampf der vereinigten Proletarier aller Länder.

4. Auf der Grundlage und Unterlage der ökonomischen Verhältnisse wechselt und entwickelt sich entsprechend den Änderungen in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft der ganze Überbau der familiären, der sozialen und politischen Einrichtungen, ändert sich die gesamte rechtliche, sittliche, religiöse und philosophische Vorstellungweise der Menschen.

*Kritik.* Die materialistische Geschichtsauffassung ist 1. als „materialistische“ in sich selbst widerspruchsvoll: sie ist 2. unvereinbar mit klaren Tatsachen der Geschichte, darum auch als „Geschichtsauffassung“ hinfällig.

1. Es bedarf keiner Erwähnung, daß eine materialistische Geschichtsauffassung den hohen Anforderungen, welche die christliche Wissenschaft an eine Geschichtsauffassung stellt, nicht genügen kann. „Der weite Gesichtskreis des Christentums, welcher Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu einer Ewigkeit verbindet, Irdisches und Himmlisches, Menschliches und Göttliches in ursächlichen Zusammenhang miteinander setzt, die Zeit sub specie aeternitatis, den Raum sub specie infinitatis betrachtet, ist erst imstande“, sagt Schanz<sup>2</sup> mit Recht, „das bunte Gewirr der Ge-

inwieweit die Erzeugnisse der Kunst und Wissenschaft den Gesetzen der Produktion im allgemeinen folgen, hatte bereits Giuseppe Pecchia vgl. Paolo Orano, *Il precursore italiano di Carlo Marx* [1899] aufgeworfen, und Karl Wilhelm Nitzsch hatte in der Geschichtsschreibung (Geschichte der Gracchen [1847] die systematische Bezugnahme auf die Wirtschaft zuerst versucht (K. Jastrow, K. W. Nitzsch und die deutsche Wirtschaftsgeschichte, in Schmollers Jahrbuch VIII [1881] 873 ff.). Zur ganzen Frage vgl. Robert Michels, Wirtschafts- und sozialphilosophische Randbemerkungen, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie IV (1911) 437 ff.

<sup>1</sup> Vgl. Grünbergs Archiv für Geschichte des Sozialismus usw. I (1911) 435 ff.; über materialistische Geschichtsauffassung ebd. 487 ff.; Parvus, Der Klassenkampf des Proletariats (1908). Parvus tritt nachdrücklich für den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften ein.

<sup>2</sup> Schanz, Apologie des Christentums II 5 f. Vgl. auch zum ganzen Hipler, Die christliche Geschichtsauffassung (1884) 96. Im übrigen vgl. zur positiven und negativen Aufklärung die Darlegungen bei F. Schaub, Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin

schichte unter eine einheitliche Idee zu bringen, das Ungefähre und Zufällige einem höheren Zweck der göttlichen Leitung unterzuordnen.“ Aber auch wer sich nicht auf diesen Standpunkt stellen will, muß doch eine „materialistische“ Geschichtsauffassung geradezu als ein Unding bezeichnen. a) Jede „Geschichtsauffassung“ kann eben nur das Werk eines Geistes sein, der sich wesentlich über den Stoff erhebt. Die Materie berührt das Gegenwärtige, Materielle; die Geschichtsauffassung beschäftigt sich mit Vergangenen, mit Ursachen und Wirkungen, mit Relationen, Ideen, freien Willensentschlüssen usw. Im ganzen Bereiche des Stofflichen fehlt jede Analogie, jeder Ansatz zu einer Tätigkeit, welche in der Geschichtsauffassung wirksam erscheint. Das Tier hat keine Geschichte und keine Geschichtsauffassung. Der Mensch muß eine Naturgeschichte des Tieres schreiben. b) Der Begriff der „Entwicklung“ sodann, mit welcher der ökonomische Materialismus beständig operiert, ist, im eigentlichen Sinne genommen, ein organischer Begriff. Wo lediglich mechanische Ursachen tätig sind, wenn z. B. der Wind den Staub

und dem modernen Sozialismus 1898“; V. Cathrein, Sozialismus <sup>14-16</sup>(1923); Struve, Studien und Bemerkungen zur Entwicklungsgeschichte des wissenschaftlichen Sozialismus, in der Neuen Zeit XV 228 ff. 269 ff.; Zwei bisher unbekannte Aufsätze von Karl Marx, ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Sozialismus, ebd. 4 ff. 48 ff.; W. Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert; Woltmann, Der historische Materialismus; Masaryk, Grundlagen des Marxismus; P. Barth, Die Geschichtsphilosophie Hegels und der Hegelianer; Die Philosophie der Geschichte als Soziologie I; R. Stammler, Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung; L. Weryho, Marx als Philosoph (1894); Schitlowsky, Beiträge zur Geschichte und Kritik des Marxismus, in „Deutsche Worte“ 1895; E. Bernsteins Schriften und Artikel zur Kritik des Marxistischen Sozialismus in der Neuen Zeit und den Sozialistischen Monatsheften; Struve, Die Theorie der sozialen Entwicklung bei Karl Marx, in Archiv für Sozialwissenschaft XIV; Heinrich Pesch, Der moderne Sozialismus; Die sog. materialistische Geschichtsphilosophie, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge IV (1896); Meffert, Arbeiterfrage und Sozialismus; Muckle, Saint-Simon und die ökonomische Geschichtstheorie. Nach Muckle hat Marx die mit Saint-Simon beginnende, von Thierry, Guizot, Mignet, Stein u. a. angestrebte realistische Auffassung des sozialen Lebens auf ihren schärfsten Ausdruck gebracht. Beachtung verdienen die Aufsätze von A. Koppel, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung (gegen Kautsky), in Schmollers Jahrbuch XXXI (1907) 356 ff.; von Tönnies, Ethik und Sozialismus, in Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV 1907; XXIX (1909); der Aufsatz: Marxismus und Ethik, ebd. XXXIV (1912); Gerhard Hildebrand, Sozialismus, sittliches Bewußtsein und Religion, in Sozialistische Monatshefte 1911, 10. Heft, S. 627 ff.; V. Cathrein, Materialismus und Sozialdemokratie, in Stimmen aus Maria-Laach LXX (1906), 31 ff. 178 ff. 302 ff. Im sozialistischen Sinne orientiert E. Berth Dialogues socialistes [1902] über Ethik und Ästhetik des Sozialismus. Objektiv beleuchten die Untersuchungen Franz Walters die Frage der Kunst im Sozialismus. — „Wenn man mit der wirklichen materialistischen Geschichtsauffassung einmal Ernst machen würde“, sagt Plenge (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LVII [1911] 146), „müßte man feststellen, daß diese ‚naturwissenschaftliche‘ Weltanschauung als Massenerscheinung eine ‚bürgerliche‘, mit dem Kapitalismus erwachsende Weise der Weltbetrachtung ist: nur in einer Zeit der atomisierten Einzelindividuen ist das befriedigte Verweilen in einem solchen Weltbilde möglich.“



der Landstraße in die Höhe wirbelt, redet niemand von Entwicklung, höchstens von einem Nacheinander und Auseinander. Zu jeder organischen Entwicklung, Evolution (evolvere), gehören: Keim, Ziel, Gesetz, darum ein immaterieller, mit Zweckbewußtsein begabter Geist, der aus dem einem gewollten Zweck angepaßten Keime zu dem im voraus erkannten und bestimmten Ziele hin nach den die ganze Evolution beherrschenden Gesetzen die Entwicklung sich vollziehen läßt, um so mehr, wo, wie hier, die Entwicklung ausdrücklich als eine ganz planmäßige, nach immanenten Gesetzen zu bestimmten Zielen sich vollziehende charakterisiert wird: „Jeder Fortschritt in der Kultur war ein Schritt zur Freiheit“<sup>1</sup> (Sklaverei, Leibeigenschaft, Lohnarbeit, volle sozialistische Freiheit). c) Das künstliche Arbeitsmittel soll das in letzter Instanz bestimmende Moment der Völkerentwicklung sein. Aber auch das mechanische Arbeitsmittel setzt einen zwecksetzenden, zweckbewußten, darum immateriellen Geist voraus, der im voraus die zukünftige und frei gewollte Wirkung des Instrumentes konzipieren und dieser Idee gemäß das Werkzeug gestalten kann, noch ehe die Wirkung in der materiellen Welt zum Dasein gelangt<sup>2</sup>.

2. Wenn wir die Marx-Engelssche Theorie nicht bloß als materialistische, sondern speziell auch als ökonomische Geschichtsauffassung zurückweisen müssen, so soll damit keineswegs die Nichtbeachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse für die Geschichtsauffassung empfohlen werden.

Die Geschichtsforschung mag in dem reichhaltig gebotenen Material der äußern Staatengeschichte, glänzender Waffentaten und großer politischer Umwälzungen einen verhältnismäßig leicht zu bewältigenden Stoff finden. Allein durch chronikartige Aufzählung der Geschehnisse, der Taten von Männern, diplomatischer Schachzüge und kriegerischer Ereignisse („Arma virumque cano“) genügt sie ihrer Aufgabe noch nicht. Sie muß auch die innere Staatengeschichte, die Verfassungs-, Verwaltungs- und Rechtsgeschichte und weiter über den Bereich der Staaten-geschichte hinaus das innere Leben des Volkes in seinen geschichtlichen Wandlungen, die gesellschaftlichen Gebilde innerhalb des Staates: Familie, Berufsgruppen, Klassen und Stände, ebenso die geistige Entwicklung zum Gegenstand ihrer Forschung und Darstellung machen. Es bedarf nur der Erinnerung an die Namen Nitzsch, Riehl, Schmoller, Lamprecht, Meitzen, Janssen, Richard Mayer, Al. Schulte, Denifle, Paulsen u. a., um sich der Bedeutung und des Wertes dieser Erweiterung der geschichtlichen Forschung bewußt zu werden. Man braucht nicht einmal gegen die ältere Geschichtsforschung den Vorwurf zu erheben, als habe sie gar kein Verständnis für die ganze Weite der kulturgeschichtlichen Auffassung gehabt, und kann anderseits doch einen gewissen Einfluß selbst der Marx-Engelsschen Theorie auf die heutige Geschichtsschreibung unbestritten lassen. So wird man auch den relativen Wert der geschichtlichen Arbeiten Bernsteins, Kautskys, Mehrings für die Fortbildung der Sozialgeschichte anerkennen dürfen.

<sup>1</sup> Engels, Anti-Dühring 91.

<sup>2</sup> Vgl. auch Bücher, Arbeit und Rhythmus<sup>4</sup> (1909) 9 ff.

Die Marx-Engelssche Theorie betont sodann mit Recht, daß überall im Bereiche des innern Staats- und Gesellschaftslebens, ja in gewissem Umfange bis in die geistige Kultur hinein der Fluß der geschichtlichen Entwicklung das Bestehende ergreife und umwandle. Man mag in der wissenschaftlichen Darstellung längere Abschnitte unter einheitlichen Gesichtspunkten zusammenfassen und so gewissermaßen als Zustände erscheinen lassen, die geschichtliche Wirklichkeit zeigt immer wieder kleinere und größere Verschiebungen. So wird auch die Gegenwart zur Geschichte. Von diesem Standpunkt aus betrachtet erscheint Vergangenes und Gegenwärtiges in seiner geschichtlichen Bedingtheit und Berechtigung, versteht man, wie größere Wandlungen sich nicht ohne weiteres dekretieren lassen, sondern durchgängig in allmählicher Umgestaltung der gegebenen Verhältnisse sich vollziehen, bleibt man bewahrt vor einer bloß mechanischen Nachahmung früher berechtigter Institutionen in der Gegenwart, erkennt man aber auch den Widerspruch der sozialistischen Geschichtsphilosophie, die alles in den Wechsel und Wandel hineinzieht, um endlich die Ruhe des Zukunftsstaates an den Schluß der Entwicklung zu setzen. Die Rakete sprüht ihre Funken nach allen Seiten, dann ein Knall — die proletarische Diktatur — und die Geschichte ist aus. Oder würde auch die sozialistische Gesellschaft wieder ihre eigene Negation als Keim einer weiteren Zukunftsform in sich tragen?

Der Satz endlich, daß die Änderungen des „ökonomischen Inhalts der Gesellschaft“, Fortschritte der Produktionstechnik usw., auch Änderungen der „sozialen und rechtlichen Formen“ bedingen<sup>1</sup>, ist ebenfalls richtig, wie es unbestreitbar ist, daß der Erwachsene nicht mehr die Kleider des Kindes, des Jünglings tragen kann (Nostitz-Rieneck). Die alten Formen drücken, schnüren die sich reckende und streckende neue Klasse ein, die sich in den gegebenen rechtlichen, sozialen Verhältnissen unglücklich fühlt, bis die neue Form gefunden, das neue Gewand fertiggestellt ist. Es läßt sich nicht bestreiten, daß diese Auffassung das Verständnis der „sozialen Frage“ erleichtert, freilich ohne deren Wesen zu erschöpfen.

Wenn aber auch die Wandelbarkeit aller irdischen Verhältnisse zugeben ist, ebenso wie die Kontinuität der geschichtlichen Entwicklung, nicht minder der bedeutende Einfluß der Technik auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens, der ökonomischen Verhältnisse auf die innere und äußere Blüte, auf die politische und soziale Verfassung, die besonders Formen des Rechtslebens eines Volkes, so enthält die Marx-Engelssche Theorie doch in wesentlichen Punkten tendenziöse Übertreibungen, die, abgesehen von der materialistischen Grundlage, ihren Wert als Geschichtsauffassung völlig in Frage stellen.

a) Der Einfluß der Technik auf den Ausbau des Wirtschaftslebens vorerst trägt keineswegs jenen determinierenden Charakter an sich, wie die Theorie ihn erkennen läßt. Es handelt sich bei den Fortschritten der Technik mehr um Veranlassungen, um die Eröffnung von Möglichkeiten, die allerdings als unerläßliche Voraussetzung oder auch Motivierung einer bestimmten Art der wirtschaftlichen Entwicklung sich

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Schmoller, Über das Maschinenzeitalter in seinem Zusammenhang mit dem Volkswohlstande (1903) 4 f.: „Die großen Revolutionen der Technik haben stets zugleich die Gesellschaft umgebildet.“

darstellen, ohne jedoch ausschließlich diese eine Art als einzige Bahn der Evolution anzuweisen. Solange die gleiche Technik sich mit ganz verschiedenen Wirtschaftsgestaltungen vereinigen läßt, solange es feststeht, daß z. B. auch eine sozialistische Gesellschaft sich zunächst im wesentlichen mit der überlieferten Technik der kapitalistischen Epoche begnügen müßte, läßt sich die Wirtschaftsgestaltung usw. nicht auf die Technik als den eigentlichen, letztlich bestimmenden Grund zurückführen. Die Technik bleibt vielmehr immer und überall das dienende Mittel der Wirtschaft, daher den Zwecken und Zielen unterworfen, die der Mensch sich wählt und die sein Handeln bestimmen. Darum auch die offenkundige Rückwirkung der Wirtschaft auf die Technik. Wenn die Wirtschaft der Neuzeit z. B. berufsmäßige Träger des technischen Wissens, der technischen Fertigkeiten kennt, so erklärt sich das eben aus der Motivierung der technischen Arbeit, des technischen Fortschrittes durch ihre Benötigung auf wirtschaftlichem Felde, für die zunächst Beteiligten zugleich durch die Eröffnung sicherer Aussicht auf reiches Entgelt für wertvolle Erfindungen, für technisches Können und Leisten<sup>1</sup>.

b) Gänzlich verfehlt, unhaltbar und durch unleugbare Tatsachen widerlegt ist sodann die der Marxschen Geschichtsauffassung eigentümliche Behauptung, als ob das wirtschaftliche Moment, die Betriebsart, Produktions- und Verkehrstechnik, die alleinige oder doch wenigstens immer und überall die letzte Ursache der sozialen, politischen und geistigen Entwicklung sei.

Wer wollte ernstlich bestreiten, daß von Anfang an im Laufe der unsrer Kenntnis zugänglichen geschichtlichen Entwicklung gar oft ganz andere als ökonomische Ursachen die gesellschaftlichen, staatlichen, rechtlichen und selbst wieder die wirtschaftlichen Zustände und Verhältnisse in entscheidender Weise bestimmt haben? Man braucht z. B. nur an den geschichtlich feststehenden Einfluß des Christentums auf die allmähliche Beseitigung der persönlichen Unfreiheit zu erinnern, an die Bedeutung der christlich-moralischen Grundsätze über Tauschverkehr, Wertgleichheit, Darlehenszins, an das römische Kaisertum deutscher Nation zur Blütezeit und die dasselbe beherrschenden christlichen Ideen, an die Kreuzzüge, die, mögen auch Gründe wirtschaftlicher Art hinzugetreten sein, doch in ihrem Ursprung und bei den mächtigsten Förderern derselben durchaus idealen Impulsen entstammten. — Wir sehen ferner den unverkennbaren Einfluß des Volkscharakters, z. B. in Frankreich, wo in Perioden, die wirtschaftlich keine großen Wandlungen aufweisen, in rascher Folge die politischen Systeme und Regierungsformen wechseln. — Auch rein historische Tatsachen — nehmen wir das Beispiel des Seesiegs der Römer bei Karthago — üben den größten Einfluß auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aus, obschon die Tatsache als solche keineswegs durch ökonomische Ursachen ihre vorzugsweise Begründung oder überhaupt eine Erklärung finden kann. Man muß sich erst dem materialistischen Dogma, daß die Geschichte nach Art eines Naturprozesses verlaufe, unterworfen und dadurch den klaren Blick getrübt haben, um ferner zu

<sup>1</sup> Vgl. Sombart, Technik und Wirtschaft (1901) 17 f.



verkennen, wie oft in der Geschichte der freie Wille, der freie Entschluß, die freie Tat, Geschicklichkeit und Glück eines hervorragenden Mannes oder einer Gesamtheit von Personen zu gewaltigen Bewegungen, tiefgreifenden Umwandlungen, entscheidenden Ereignissen den ersten machtvollen Anstoß gegeben haben. — Wo ist ferner das neue Werkzeug, die neue Betriebsform in dem Werden der feudalen Epoche? Wo ist die unterdrückte Klasse, die für ihre ökonomische und politische Befreiung kämpft? Wir sehen da, wie viele freie Bauern sich freiwillig in feudale Abhängigkeit begeben: aber der Grund ist die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, der Kampf der Großen untereinander, der dem freien Bauernstand viel zu leiden gab. Vor allem politische Ursachen im Verein mit germanischen Rechtsideen sind es gewesen, welche den wirtschaftlich, sozial und politisch so hochbedeutsamen Feudalismus geschaffen haben, wie es anderseits christliche Ideen sozialer Art waren, welche auf die Ausgestaltung des mittelalterlichen Zunftwesens ihren Einfluß ausübten. Gewiß sind auch wirtschaftliche Momente epochemachend, z. B. die Erfindung der Dampfmaschine. Aber nicht alles, was Epoche machte, führt sich auf Werkzeug, Technik, Betriebsart, gesellschaftliche Produktivkraft als bestimmende Ursache zurück. — Hätte ferner die Marx-Engels'sche Theorie sich mit der Behauptung beschieden, daß die Geschichte der Menschheit wiederholt Klassenkämpfe aufweist, daß es auch heute wieder einen Kampf gibt zwischen den Inhabern der Produktionsmittel und den Lohnarbeitern, so würde sie damit lediglich eine geschichtliche Tatsache festgestellt haben. Zum mindesten eine gewaltige Übertreibung aber ist es, wenn das kommunistische Manifest die ganze Menschheitsgeschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen hinstellt. Die Klassenbildung und insbesondere die Ausbildung des Klassenbewußtseins, das doch einigermaßen vom Klassenkampf vorausgesetzt wird, kann zum höchsten eine Besonderheit einzelner Epochen, in keiner Weise aber das Merkmal der gesamten Menschheitsgeschichte sein. Freilich entspricht jene Klassenkampflehre vorzüglich den „Tendenzen“ der „marxistisch-sozialistischen Theorie“, wobei als Ziel des Klassenkampfes die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse hingestellt wird, mit Beseitigung des Systems der Lohnarbeit, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Produktion.

Rudolf Stammler<sup>1</sup> nennt es verkehrt, einen Beweis gegen die materialistische Geschichtsauffassung durch Erwägung historischer Einzelheiten antreten zu wollen. Es will uns jedoch scheinen, daß die Marx-Engels'sche Theorie bei und trotz ihrer schroffen Betonung der geschichtlichen Methode ihrerseits viel zu wenig historische Einzelheiten beobachtet hat, um berechtigt zu sein, allgemeine Entwicklungsgesetze aufzustellen<sup>2</sup>. Man ist darum um so mehr befugt, gerade solche historische Einzel-

<sup>1</sup> Wirtschaft und Recht (1896) 69 ff. 75.

<sup>2</sup> Robert Michels (Wirtschafts- und sozialphilosophische Randbemerkungen, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie IV [1911] 438 ff.), hebt hervor, daß die soziale Gruppe der ökonomischen Triebfeder, wenn auch nicht absolut, so doch in hohem Grade unterliege, bei weitem nicht so der Einzelmensch; ferner sei die politische Verfassung und selbst das politische Leben einer Nation in der Regel weit davon entfernt, der entsprechende Ausdruck für die vorherrschende Form des Wirtschaftslebens zu sein (durch Beispiele belegt); die gleiche wirtschaftliche Basis erzeuge, wie auch der Marxist Erwin Szabó (Politique et syndicats, im Mouvement socialiste XI 111) zugebe, in den einzelnen Ländern sehr verschiedene soziale Strukturen. Aus politischer Quelle entsprungene geschichtliche Begebenheiten haben wiederholt

heiten der materialistischen Auffassung entgegenzuhalten, in welchen nichtökonomische Momente keineswegs bloß unmittelbar, sondern auch in letzter Instanz entscheidend auf die geschichtliche Bewegung, auf politische und ökonomische Gestaltungen eingewirkt haben. Die Behauptung Stammers, die Geschichtswissenschaft als solche habe nicht die Fähigkeit, die materialistische Geschichtsauffassung zu widerlegen, weist übrigens neben Keller<sup>1</sup> auch G. v. Below<sup>2</sup> zurück. Er sagt: „Nach unsrer Ansicht wird der Eindruck, den die unbefangene historische Beobachtung der Einzelheiten des geschichtlichen Verlaufs hinterläßt, sogar das kräftigste unter den wissenschaftlichen Mitteln der Widerlegung der materialistischen Geschichtsauffassung abgeben. Woran liegt es denn, daß sich unter den wissenschaftlichen Historikern so gut wie gar keine Anhänger der materialistischen Anschauung finden? Daran, daß dieselbe durch die historische Betrachtung auf Schritt und Tritt widerlegt wird.“

c) Aber nicht nur das politische und soziale Leben, auch der ganze ideologische „Überbau“, Religion, Wahrheit, Recht, Sitte, sollen, nach der materialistischen Auffassung, von der Ökonomie entscheidend bestimmt werden und je nach dem Wechsel der ökonomischen Unterlage sich ändern! Allerlei gekünstelte Konstruktionen und Interpretationen werden versucht, um diese Absurdität zu erhärten. α) Man redet von der Hoffnung der Armen auf Almosen, von dem Bedürfnis des römischen Reiches nach einer Weltreligion, um die Einführung des Christentums zu erklären. Schöne Aussichten, schönes Bedürfnis, die auf der blutgetränkten Arena Befriedigung fanden! Der Katholizismus soll der feudalen, der Protestantismus der kapitalistischen Epoche entsprochen haben, während der materialistische Atheismus zur sozialistischen Gesellschaft gehöre. Allein der aus der liberalen Epoche vom Sozialismus übernommene Materialismus gilt heute sehr vielen als ein wissenschaftlich überwundener Standpunkt: ein Gelehrter gibt in unsern Tagen seinem Werke den Titel „An der Bahre des Darwinismus“, und der Katholizismus blüht, obwohl die feudale Epoche längst verschwunden, er blüht in den Ländern verschiedenster ökonomischer Struktur, bei sog. „Naturvölkern“ wie bei den höchsten Kulturvölkern<sup>3</sup>. β) Man kann ferner zugeben, daß das persönliche

mächtige Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiete nach sich gezogen (z. B. die Kontinentsperre). W. Cunningham *The growth of English industry* [1905]) versucht sogar, nicht ohne Einseitigkeit allerdings, die ganze Geschichte des Handels und der Industrie Großbritanniens durch Vorgänge der politischen Geschichte zu erklären usw. Kurz, der Faktoren, welche die geschichtliche Entwicklung der Völker bestimmen, gibt es viele, und ihre Einwirkung folgt keineswegs dem Schema des historischen Materialismus. Vgl. auch Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens* 1911 220 ff.

<sup>1</sup> Kritische Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 1897 519.

<sup>2</sup> In der Historischen Zeitschrift LXXXI (1898) 542 A. 1.

<sup>3</sup> Zur Entstehung des Christentums vgl. auch „Neue Zeit“ III 481 ff. 529 ff.; über griechische Philosophie: „Neue Zeit“ XV 264 ff. Paul Lafargue, *Le déterminisme économique* de Karl Marx (1909). Lafargue stellt der deistischen und idealistischen Geschichtsphilosophie den ökonomischen Determinismus gegenüber. Er versucht es, allerdings vergeblich, mit Hilfe der historischen Methode von Marx die Entstehung der Entwicklung wichtiger abstrakter Ideen, wie die der Gerechtigkeit, des Guten, Gottes usw. zu erklären.

oder das Klasseninteresse nicht ohne Einwirkung auf die subjektive Erkenntnis des Menschen bleibt, daß Theorien und Systeme ersonnen und konstruiert wurden mit der Tendenz — bewußt oder unbewußt —, um bestimmten politischen oder wirtschaftlichen Interessen zu dienen, daß Lehren, die praktische Vorteile zu gewähren schienen, gerade von Interessenten mit Begeisterung begrüßt und umfaßt wurden. Die materialistische Geschichtsauffassung, der Marxismus selbst, bieten hierfür den deutlichen Beweis. Es bleibt auch unbestritten, daß das subjektive Erkennen der objektiven Wahrheit und die Gewißheit dieser Erkenntnis für den einzelnen Menschen wie für alle entwicklungsfähig und veränderlich ist, aber es gibt ebenso gewiß absolute, evidente Wahrheiten, deren Erkenntnis sich nie geändert hat und niemals ändern wird. Selbst die sozialistische Gesellschaftsordnung wird anerkennen müssen, daß z. B. zweimal zwei vier, und daß etwas unter derselben Rücksicht nicht zugleich sein und nicht sein kann. Alle Erklärungen aber, deren man sich bediente, um die Unwandelbarkeit mathematischer und ähnlich gewisser Wahrheiten mit dem verkündeten allgemeinen und absoluten Relativismus zu vereinbaren, haben nur dazu geführt, den unheilvollen Widerspruch noch mehr ins Licht zu setzen. γ) Ohne Zweifel ist sodann die praktische Sittlichkeit der Völker durch ökonomische Verhältnisse bedingt. Große Armut und großer Reichtum erzeugen sittliche Gefahren. Auch soll nicht bestritten werden, daß Rücksichten des eigenen Interesses u. a. die moralischen Urteile beeinflussen können. Aber ist damit die Wandelbarkeit des Sittengesetzes erwiesen<sup>1</sup>? Selbst wenn es richtig wäre, daß die „Sitte“ auch „den ökonomischen Niederschlag einer Zeit in sich zum Ausdruck bringt“, das „Sittengesetz“ stände doch „jenseits solcher wandelbaren Einflüsse. Für seinen unbedingten Wert, mit dem das Wesen des Sittlichen unzertrennlich verwoben ist, kennt die materialistische Geschichtsauffassung keine Erklärung.“<sup>2</sup>

Die Begründer des „wissenschaftlichen“ Sozialismus haben nun allerdings schließlich selbst erkannt, daß keineswegs alle Erscheinungen, auf welchem Gebiete menschlicher Tätigkeit sie liegen mögen, als unmittelbare Folgeerscheinungen der Wirtschaft, „als Überbau“ eines wirtschaftlichen Unterbaues, erwiesen werden können. Später, wenigstens nach Briefen von Engels aus den Jahren 1890 und 1894, wurde zugestanden, daß Rechtsformen, politische, juridische, philosophische Theorien, religiöse Überzeugungen und Lehren auf den Gang der Geschichte einen großen, oft bestimmenden Einfluß ausüben: „Es sind also unzählige, einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante, das geschichtliche Ereignis, hervorgeht.“ Und in einem Briefe von 1895 heißt es: „Die politische, rechtliche, philo-

<sup>1</sup> Vgl. F. Walter, Sozialpolitik und Moral 19 f.

<sup>2</sup> G. Traub, Ethik und Kapitalismus (1904) 45 f.



sophische, literarische, religiöse, und so weiter, Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren aufeinander und auf die ökonomische Basis.“ Nach diesen späteren Formulierungen will, wie Engels ausführt, die sog. materialistische Geschichtsauffassung nur noch ein „heuristisches“ Prinzip darbieten, eine „Methode“ historischer Betrachtung unter ökonomischem Gesichtspunkte sein, wie man ja auch das Bestreben, der Bedingtheit seelisch-geistiger Erscheinungen durch physische und physiologische Ursachen nachzuspüren, als heuristische Maxime des naturwissenschaftlichen Denkens bezeichnet hat, ohne daß die eine solche Erkenntnis ausschließlich erstrebende Forscherarbeit notwendig mit dem Bekenntnis zum Materialismus als Weltanschauung sich verbinden müßte<sup>1</sup>.

Wir kommen nun zur Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung auf die kapitalistische Epoche. Wenig „wissenschaftlich“ mutet es an, daß hierbei offensichtlich die „wissenschaftliche“ Forschung zu einem im voraus genau umschriebenen Ziele führen sollte. Dazu half die bekannte Trichotomie der Hegelschen Dialektik: Thesis, Antithesis, Synthesis, d. i. hier: urwüchsiger Kommunismus, Warenproduktion, bewußter Kommunismus, bzw. der Arbeiter im Besitze der Produktionsmittel, der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt, der Arbeiter und die Produktionsmittel auf höherer Stufe wieder vereinigt. So muß nun einmal Geschichte dem Schema gemäß verlaufen. Darum konnte es denn auch nicht genügen, die Schattenseiten der „kapitalistischen Epoche“ in objektiver Weise festzustellen und zu kritisieren: sie mußten überdies in einer Weise gedeutet werden, daß für eine glücklichere Zukunft jede auf Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung als durch die nach „wissenschaftlichem“ Rezept zu erwartende geschichtliche Entwicklung überwunden erschien.

**8. Die besondern Bewegungsgesetze der kapitalistischen Epoche (Marxismus im engeren Sinne)<sup>2</sup>.** Die Gesetze der Entwicklung sind zugleich die Gesetze des Unterganges (Negation der Negation). Sie führen die kapitalistische Gesellschaft nicht bloß voran, sondern auch zu Widersprüchen, an denen sie schließlich zu Grunde gehen muß.

<sup>1</sup> Vgl. Engels Brief im Sozialistischen Akademiker 1895, 352 ff. 372 f.; „Neue Zeit“ XII 1, 342; XIV, 2, 655; XVII, 2, 9 f.; Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1904) 7; Robert Michels im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie IX (1911) 438. Daß die schroffere Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung noch Freunde hat, beweist Pannekoeks Polemik gegen Kautsky, in „Neue Zeit“ XXXI (1912/13) 1, 272 ff. 355 ff.

<sup>2</sup> Vgl. unter anderem Marx und Engels, Heilige Familie 43 ff. 181 ff.; Kommunistisches Manifest: Marx, Der 18. Brumaire<sup>2</sup> (1869) 8; Kapital I<sup>4</sup> 611 679 ff. 715 ff. 728; Elend der Philosophie X<sup>2</sup> 106 ff. 120 ff. 162 ff.; Engels, Anti-Dühring 130 ff. 151 ff. 162 190 ff. 204 ff. 274 ff.; Ursprung der Familie etc. 186; Entwicklung des Sozialismus 29 ff. 31 ff. 37 ff. 44 ff.; Lage der arbeitenden Klasse in England 109; Feuerbach 36.

1. Bei der einfachen Warenproduktion, die in der Geschichte nur gemischt mit Naturalwirtschaft, Feudalwirtschaft, zünftiger Monopolwirtschaft (Mittelalter) sich findet, stehen die Produzenten nicht nur als Freie und Gleiche einander gegenüber, sie sind auch im Besitz ihrer Produktionsmittel. Bei der „kapitalistischen Warenproduktion“ hört der Arbeiter jedoch auf, der Besitzer seiner Produktionsmittel zu sein: „Der Kapitalist tritt jetzt dem besitzlos gewordenen Arbeiter als Besitzer der Produktionsmittel entgegen, der Arbeiter kann nicht mehr direkt für den Konsumenten arbeiten, er muß für den kapitalistischen Unternehmer arbeiten, dem er seine Arbeitskraft verkauft, er wird ein Lohnarbeiter.“<sup>1</sup> Also Scheidung des Produzenten vom Produktionsmittel, Verurteilung des Arbeiters zu lebenslänglicher Lohnsklaverei. Er muß sein eigenes Produkt als Kapital erzeugen. Der Kapitalist eignet sich das Produkt des Arbeiters an, bereichert sich in wachsendem Maße auf Kosten des Arbeiters, der sich als Objekt der Ausbeutung einer ebenso fortschreitenden Verelendung überantwortet sieht. Das ist der fundamentalste Widerspruch, der im Keime alle andern enthält. Er tritt an den Tag als Klassengegensatz zwischen besitzlosem Proletariat und kapitalistischer Bourgeoisie.

2. In der ausgebildeten Warenproduktion produziert man nur für den Markt, nicht für den eigenen Bedarf. Für den Markt produzieren aber gleichzeitig viele. Der einzelne kapitalistische Unternehmer weiß daher nicht, ob und wie viele von den Produkten der Markt gebraucht, ob nicht der Markt von anderer Seite bereits und vielleicht mit besserer Ware besetzt ist. Er produziert ins blinde hinein. Während in den einzelnen Fabriken die Produktion wohl organisiert ist, herrscht in der ganzen Gesellschaft die Anarchie der Produktion, herrschen die blinden Naturgesetze der Konkurrenz, herrscht der bittere Kampf ums Dasein. Der Naturzustand des Tieres erscheint als Gipfelpunkt der menschlichen Entwicklung. Das Schicksal des Produktes ist ungewiß, entzieht sich dem Einfluß des Produzenten; vom Schicksale des Produktes aber hängt das Schicksal des Produzenten ab. Das Produkt beherrscht den Produzenten wie ein Fatum. Aus der Anarchie ergeben sich Krisen — *crise pléthorique*, wie Fourier sagte, die Krisis durch Überproduktion, Not und Mangel aus Überfluß: Bankrott für die Kapitalisten, Arbeitslosigkeit, Hunger, Tod für die Arbeiter. Die Produktion liefert genug Waren, auch Konsumenten wären da in hinreichender Zahl. Aber die große Masse der Arbeiterwelt, die immer mehr verelendet, hat die Kaufkraft verloren, verfügt nicht über die erforderlichen Tauschmittel. Kaufen kann nur, wer Geld hat. Die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschweise, welche die im Überfluß produzierten Güter nicht zu den Konsumenten gelangen läßt: Unterkonsumtion der Massen bei überreicher Produktion.

<sup>1</sup> Kautsky, Agrarfrage (1899) 60 f.

3. Doch immer klarer tritt dabei der gesellschaftliche Charakter der Arbeit zu Tage, immer absurder wird die privatkapitalistische Aneignung ihres Produktes. In den periodischen Krisen namentlich findet eine noch gewaltigere Konzentration der Vermögen statt als durch den alltäglichen Konkurrenzkampf. Ebenso konzentrieren sich die Arbeitermassen immer mehr in den an Ausdehnung wachsenden, an Zahl abnehmenden Etablissements. Aktiengesellschaften, Trusts und der Staat bemächtigen sich der großen Produktions- und Verkehrsanstalten. Doch auch der heutige Staat ist nur eine kapitalistische Maschine. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, um so mehr wird er Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Der Arbeiter bleibt dabei Proletarier. Damit haben die Widersprüche ihren Gipfelpunkt erreicht.

4. Die Lösung all dieser Widersprüche aber erfolgt in der proletarischen Diktatur und mittels derselben. Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum. Nun gibt es keine Anarchie der Produktion mehr, da jetzt eine gesellschaftliche Produktion nach vorher bestimmtem Plane möglich ist. Die Aneignung des Produktes durch den Kapitalisten hat mit dem Kapitalbesitz selbst aufgehört, und die Verteilung der Produkte durch die Gesellschaft bewahrt den Arbeiter vor allem Elende. Die politische Autorität des Staates schläft ein. Die Menschen werden nunmehr im vollen Maße Herren der Natur und ihrer selbst, sie werden frei.

Das oberste Entwicklungsgesetz gewährt uns Einblick in die Entstehung des Kapitals durch Ausbeutung des Arbeiters, die fortschreitende Akkumulation des Kapitals und dementsprechend auf der andern Seite in die Notwendigkeit einer fortschreitenden Verelendung der Arbeitermassen. Der Klassengegensatz, der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat leitet sich davon ab und führt in steigender Verschärfung schließlich zur Emanzipation der unterdrückten Klasse und zur sozialistischen Zukunftsgesellschaft. Die übrigen Gesetze, Konkurrenz, Anarchie, Krisen, Konzentration der Kapitalien usw. beweisen allerdings den naturnotwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und sind insofern von großer Bedeutung für die marxistische Theorie. Allein im Verhältnis zum ersten und obersten Gesetz erscheinen sie doch mehr als die kommunistische Ordnung der Dinge vorbereitende und mithelfende Begleitumstände der Entwicklung. Das den Fortschritt vollziehende Moment bleibt aber der Klassenkampf des durch seine Ausbeutung und in seiner Verelendung immer mehr verbitterten, gleichzeitig in seiner Organisation erstarkten Proletariats. Wir müssen darum auf die Beurteilung des obersten Entwicklungsgesetzes in der Kritik das größte Gewicht legen: Der Arbeiter produziert sein eigenes Produkt als Kapital. Der Kapitalist



eignet sich das Produkt des Arbeiters an. Durch die Ausbeutung entsteht und wächst das Kapital, während der Arbeiter naturnotwendig zu fortschreitender Verelendung verurteilt ist.

Wenn Marx immer wieder von einer Ausbeutung der Arbeiter durch den kapitalistischen Unternehmer redet und diese Ausbeutung mit den schärfsten Zensuren belegt, so fällt er allerdings ganz aus der Rolle des materialistischen Historikers, der lediglich den Naturprozeß der gesellschaftlichen Entwicklung beobachten, dessen Gesetze konstatieren wollte. Es zeigt sich eben hier wieder, daß es auch beim besten Willen tatsächlich unmöglich ist, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zu behandeln und dabei von jedem Werturteile abzusehen.

Um die Entstehung und die Akkumulation des Kapitals durch Ausbeutung klarzustellen, bedient sich Marx seiner Wertlehre. Neben der materialistischen Geschichtsauffassung galt sie als die zweite Stütze des wissenschaftlichen Sozialismus. Ihre Würdigung fordert darum unsre ganze Aufmerksamkeit.

**9. Die Marxsche Werttheorie<sup>1</sup>.** Karl Marx behauptet nicht, die Arbeit sei allein produktiv in dem Sinne, daß die Brauchbarkeit einer Ware sich ausschließlich auf die Arbeit zurückführe. Er bestreitet keineswegs den Einfluß der Natur und ihrer Kräfte auf den Gebrauchswert der Ware. Er gibt ferner zu, daß der Gebrauchswert die notwendige Voraussetzung, das unerläßliche Substrat des Tauschwertes bilde und insofern auch wirtschaftlich in Betracht komme. Aber er leugnet jede innere Beziehung des Gebrauchswertes zum Tauschwert und demgemäß, daß der Tauschwert sich irgendwie nach dem Gebrauchswerte bemesse. Er mochte hierfür in dem bekannten Ricardoschen Satz eine Stütze zu finden glauben: Der Wert eines Gutes (oder die Menge eines andern Gutes, gegen welche man dasselbe vertauscht) richtet sich nach der verhältnismäßigen Menge von Arbeit, welche zu seiner Hervorbringung erforderlich ist<sup>2</sup>. Diese Lehre aber versuchte Marx in seiner Weise auszubauen. Der Tauschwert enthält kein Atom Gebrauchswert. Die Wertsubstanz, das den im Austauschverhältnis stehenden Waren „Gemeinsame“, ist die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich (je nach dem Stande der Produktionstechnik) notwendige Arbeit, gemessen

<sup>1</sup> Vgl. Marx, Kapital I<sup>4</sup> 1 3 ff. 6 f. 37 ff. 41 f. 49 69 76 78 109 f. 115 121 122 f. 126 ff. 129 f. 131 133 f. 139 f. 143 149 156 f. 171 176 f. 178 f. 192 ff. 276 ff. 334 ff. 557 576 593 ff. 609 617 ff. 643 A. 714 ff. 725 ff.; II Vorrede XIII 164 f. 406 467 f. 499 524; III. Teil 1: 16 f. 21 23 f. 97 131 f. 135 f. 138 140 142 147 152 ff. 156 158 f. 175 f. 188 428 f.; Teil 2: 278; Kautsky, K. Marx' ökonomische Lehren, in der Internationalen Bibliothek 1890, Hft. 4—6; Böhm-Bawerk, Zum Abschluß des Marxschen Systems, in den Festgaben für K. Knies (1896); V. Cathrein, Sozialismus<sup>10</sup> 47 ff. 218 ff.; Schaub, Eigentumslehre 179 ff.; v. Hammerstein in den Stimmen aus Maria-Laach X 426 ff.; Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus 14; Diehl, Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> (1905) 94 ff.; Koppel, Für und wider Marx (1905); Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus (1905); Kautsky, Theorien über den Mehrwert (1905).

<sup>2</sup> Ricardos Grundsätze, übersetzt von E. Baumstark (1837) 1.

durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit (so daß also das Produkt des trägen Arbeiters nicht deshalb an Wert gewinnt, weil der Träge mehr Zeit braucht als der mit durchschnittlicher Geschicklichkeit, Fleiß, Intensität Arbeitende). Mit andern Worten: der Wert ist die in der Ware „vergegenständlichte“, „aufgespeicherte“, „kristallisierte“ abstrakt menschliche Arbeit, gemessen durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ wird von Marx als eine dem technischen Kulturniveau entsprechende Arbeitszeit verstanden. Überall, wo Marx im ersten Bande des „Kapital“ den „Wert“ *ex officio* „grundlegend“ (Diehl) erklärt, wird allein von den technischen Bedingungen der Produktion gesprochen. Bedarfs- und Nachfrageverhältnisse haben Einfluß auf den Preis, nicht aber auf den „Wert“<sup>1</sup>. An einer Stelle heißt es nun freilich<sup>2</sup>: „Gesetzt, jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesamtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten. Vermag der Markt, magen das Gesamtquantum Leinwand, zum Normalpreis von 2 Sh per Elle, nicht zu absorbieren, so beweist das, daß ein zu großer Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit in der Form der Leinweberei verausgabt wurde. Die Wirkung ist dieselbe, als hätte jeder einzelne Leinweber mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwandt.“ Auch Engels bezeichnet in dem Vorwort zum „Elend der Philosophie“ die gesellschaftlich notwendige Arbeit als notwendig für das einzelne Produkt gegenüber andern Produkten derselben Art, wie auch gegenüber dem gesellschaftlichen Gesamtbedarf. Allein Marx selbst belehrt uns darüber, daß die „Notwendigkeit“ der Arbeit mit Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf in ganz anderem Sinne zu verstehen ist als die Notwendigkeit gemäß den technischen Bedingungen der Produktion. Er sagt<sup>3</sup>: „Das gesellschaftliche Bedürfnis, d. h. der Gebrauchswert auf gesellschaftlicher Potenz, erscheint hier bestimmend für die Quota der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit, die den verschiedenen besondern Produktionssphären anheimfallen. Es ist aber nur dasselbe Gesetz, das sich schon bei der einzelnen Ware zeigt, nämlich: daß ihr Gebrauchswert Voraussetzung ihres Tauschwertes und damit ihres Wertes ist. Dieser Punkt hat mit dem Verhältnis zwischen notwendiger und Mehrarbeit nur so viel zu tun, daß mit Verletzung dieser Proportion der Wert der Ware, also auch der in ihm steckende Mehrwert, nicht realisiert werden kann. Zum Beispiel es sei proportionell zu viel Baumwolle produziert, obgleich in diesem Gesamtprodukt von Gewebe nur die unter den gegebenen Bedingungen dafür notwendige Arbeitszeit realisiert. Aber es ist überhaupt zu viel gesellschaftliche Arbeit in diesem besondern Zweig verausgabt; d. h. ein Teil des Produkts ist nutzlos. Das Ganze verkauft sich daher nur, als ob es in der notwendigen Proportion produziert wäre. Diese quantitativen Schranken der auf die verschiedenen besondern Produktionssphären verwendbaren Quoten der gesellschaftlichen Arbeitszeit ist nur weiter entwickelter Ausdruck des Wertgesetzes überhaupt, obgleich die notwendige Arbeitszeit hier

<sup>1</sup> Vgl. Diehl, Erläuterungen zu Ricardo 126 ff.

<sup>2</sup> Marx, Kapital I<sup>4</sup> 71 f. Vgl. auch III, 1, 772,

<sup>3</sup> Ebd. 2, 176.

einen andern Sinn enthält. Es ist nur so und soviel davon notwendig zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedürfnisses. Die Beschränkung tritt hier ein durch den Gebrauchswert.“ Der Gebrauchswert aber ist, wie gesagt, nach der ganzen Marxschen Wertlehre für die Wertbildung nur wichtig als Voraussetzung oder Bedingung, daß die Ware überhaupt Wert habe nicht als konstitutives Element der Werts substanz und des Wertmaßes und darum nicht entscheidend für die Werthöhe als solche<sup>1</sup>.

Dies bleibt zu beachten, wenn man auch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verstehen will als „Arbeitszeit, die erheischt ist, unter dem gegebenen Durchschnitt der gesellschaftlichen Produktionsbedingungen das gesellschaftlich erheischte Gesamtquantum der auf dem Markt befindlichen Warenspezies zu erzeugen“<sup>2</sup>; oder, wie Ernst Günther sagt<sup>3</sup>: „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnitt von Geschick und Intensität<sup>4</sup> in einer dem jeweiligen Bedarf entsprechenden Menge herzustellen.“ Eine wirklich vorurteilsfreie Prüfung der Beziehung des Wertes zum gesellschaftlichen Bedarf, des Einflusses von Über- und Unterproduktion auf die Wertgestaltung, hätte ja nun freilich Marx zu der Erkenntnis drängen müssen, daß die Beziehung zum Bedarf es ist, die dem Produkte menschlicher Arbeit und damit dieser selbst ihren Wert schlechthin verleiht, und daß die Höhe des Wertes eben von dem größeren und geringeren Bedarf bzw. von dem Verhältnis zwischen Bedarf und Vorrat bestimmt wird. Aber das würde zu offenbar gegen das im ersten Bande des „Kapital“ aufgestellte Dogma verstoßen: die wertbildende Substanz ist allein die Arbeit, und diese wird allein gemessen durch die Arbeitszeit. Der schließliche Hinweis auf den gesellschaftlichen Bedarf durfte daran nichts ändern. Alles in allem können also jene neueren Versuche, die Marxsche Werttheorie durch stärkere Betonung des Gebrauchswertes und Bedarfsmomentes unsrem Verständnis näher zu bringen, in der Marxschen Lehre selbst kaum eine Stütze finden<sup>5</sup>.

Doch verfolgen wir die Marxschen Gedankenreihen weiter, um speziell zu sehen, wie Marx seine Werttheorie zu einer Ausbeutungstheorie gestaltete.

Da die menschliche Arbeitskraft nach Marx auch eine Ware ist, so besteht ihr Wert per Tag in der zur Herstellung der Arbeitskraft für einen Tag, also des täglichen Unterhaltes, gesellschaftlich notwendigen

<sup>1</sup> Kapital I 7; III, 2. Teil 175: „Denn Bedingung bleibt der Gebrauchswert“ 176, „Gebrauchswert Voraussetzung des Tauschwertes“ der Ware.

<sup>2</sup> Kapital III, 2, 180.

<sup>3</sup> Schmollers Jahrbuch 1905, 1257 1261.

<sup>4</sup> Kapital I 5.

<sup>5</sup> Vgl. Diehls Ausführungen gegenüber Landé, Riekes, M. Weber, Bernstein, v. Struve in den Erläuterungen a. a. O. 125 ff. Auch v. Wenkster (Schmollers Jahrbuch 1905, 4. Hft., S. 418 1652) nennt es eine falsche Darstellung der Marxschen Wertlehre, daß Marx in seinem „Wert“ das Bedürfnis nicht beachtet habe: „Denn der Wert ist nach der Lehre von Marx Summe gesellschaftlich notwendiger Arbeit“, d. h. einer Arbeit, die nicht bloß technisch normal ist, sondern ein Bedürfnis der Gesellschaft nicht nur in der Qualität, sondern auch in der Quantität befriedigt.“



Arbeit, gemessen durch die dazu gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Es seien hierfür sechs Stunden Arbeitszeit erforderlich. Dann wird der kapitalistische Unternehmer diesen Tauschwert der Arbeitskraft, sagen wir: drei Mark, dem Arbeiter im Lohne zahlen und dadurch das Recht auf den Gebrauch der Arbeitskraft für einen Tag erworben haben. Es besteht aber eine Differenz zwischen dem Wert und der Verwertung der Arbeitskraft. Ist der Tauschwert sechs Stunden gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, so kann der Kapitalist die Arbeitskraft des Arbeiters einen ganzen Tag gebrauchen, den Arbeiter zehn, zwölf Stunden arbeiten lassen<sup>1</sup>. Die so produzierten Waren repräsentieren also einen Wert von zehn, zwölf Stunden. Das Plus an Wert, das der Arbeiter über den Tauschwert seiner Arbeitskraft dabei erzeugt, den „Mehrwert“, eignet sich der Kapitalist an. Aus dem Mehrwert bildet sich das Kapital. Das Kapital ist also aufgehäufte fremde Arbeit<sup>2</sup>. Überdies ist der Arbeitgeber in der Lage, den Mehrwert in verschiedener Weise zu steigern, so durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Frauen- und Kinderarbeit usw. Es hilft ihm dabei auch jede Minderung in den Unterhaltskosten des Arbeiters und somit des Tauschwertes seiner Arbeitskraft, ferner die Freisetzung, Verdrängung von Arbeitern durch Einführung neuer Maschinen („relative Übervölkerung“, „industrielle Reservearmee“), die durch das Angebot ihrer „Hände“ die „Lohndrückerei“ erleichtern usw. Schweiß- und bluttriefend geht das Kapital aus der Produktion hervor und wächst mehr und mehr an. Die „Akkumulation des Kapitals“ aber bedeutet die Reproduktion des Kapitalverhältnisses auf einer sich stets erweiternden Stufenleiter. Sie bedeutet das Anschwellen der Kapitalien und der Masse des Mehrwertes, d. i. der unbezahlten fremden Arbeit auf der einen Seite, die Vermehrung und fortschreitende Verelendung des Proletariates auf der andern Seite, bis endlich die Negation der kapitalistischen Produktion durch sie selbst mit der

<sup>1</sup> Im Arbeitstage des Arbeiters ist also zu unterscheiden zwischen der „notwendigen Arbeitszeit“, in welcher der Arbeiter den Wert seines Lebensunterhaltes produziert, und der „Surplus Arbeitszeit“; während dieses zweiten Teiles wird er „exploitiert“, erzeugt er den „Mehrwert“. „Aller Mehrwert ... ist seiner Substanz nach Materialur unbezahlter Arbeitszeit.“ Vgl. Böhm-Bawerk, Festgaben für Knies 1896 98.

<sup>2</sup> Vgl. Achille Loria zu Marx' Theorien über den Mehrwert, in Grünbergs Archiv für Geschichte des Sozialismus II (1911) 134 ff.; Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXI 1910 611: Thompson und Marx, in Neue Zeit XXIX 1911 I. 314 ff. „Mehrwert“ bedeutet bei Marx und auch bei Sismond nicht wie bei Thompson die ganze Wertsteigerung, die das Produkt durch die in ihm verkörperte Arbeit empfängt, sondern lediglich die Differenz zwischen dem Lohne, den der Arbeiter zur Erhaltung seiner Arbeitskraft vom Unternehmer empfängt, und dem Werte seines Erzeugnisses. Diese Differenz ist es, die der Unternehmer sichaneignet. So auch Hector Denis, Histoire des systèmes économiques et socialistes 1904. Karl Koepp Das Verhältnis der Mehrwerttheorien von Karl Marx und Thomas Hodgskin [1911] wendet sich gegen die von A. Menger und Brentano aufgestellte Behauptung, Marx sei als Nationalökonom nur ein Plagiator Hodgskins.

Notwendigkeit eines Naturprozesses vollzogen, die kapitalistische Produktionsweise in eine kommunistische verwandelt sein wird.

Theoretisches Interesse bietet die Frage, ob die Marxsche Wertlehre nur eine konsequente Fortbildung der Ricardoschen sei, wie bisher vielfach, auch von Marx selbst, angenommen wurde<sup>1</sup>. Karl Diehl beschäftigt sich ausführlich mit dieser Frage<sup>2</sup>. Er hält dafür, daß die Abweichungen und Verschiedenheiten weit größer sind als die übereinstimmenden Gedanken.

Gemeinsam ist nach Diehl beiden Theoretikern 1. die Absicht, mittels ihrer Werttheorie die in letzter Instanz für die Bildung der Durchschnittspreise entscheidende Regel festzustellen. 2. Marx wie Ricardo beschränken ihre Theorie auf solche Güter, die durch beliebig reproduzierbare Arbeit hergestellt werden können. 3. Beide nehmen als Wertmaß einen Aufwand bei Herstellung der Waren an; ihre Theorien sind „objektivistische“ nach Diehlscher Terminologie, „kausale“, „genetische“ nach der von uns gewählten Ausdrucksweise.

Verschieden dagegen ist 1. die zeitliche Geltung des Wertgesetzes. Für Ricardo ist es ein allgemeines, für Marx ein historisch beschränktes Gesetz, bloß in Geltung innerhalb der Periode der Warenproduktion. Nach Engels<sup>3</sup> gilt das Wertgesetz in reiner Gestalt bis ins 15. Jahrhundert unsrer Zeitrechnung, also für die Zeit der „einfachen Warenproduktion“ (wo dem Arbeiter die Produktionsmittel gehörten), für die „kapitalistische Warenproduktion“ nur in modifizierter Gestalt.

2. Die Ricardosche Wertlehre stellt eine relative Arbeitswerttheorie dar; die Arbeit ist lediglich der relativ wichtigste Bestimmungsgrund des Wertes, und der Tauschwert das Verhältnis, in welchem Waren mit Rücksicht auf die für ihre Herstellung nötigen Arbeitsmengen zueinander stehen. Die Marxsche Wertlehre ist dagegen eine absolute Arbeitswerttheorie. Sie löst den Begriff „Wert“ von dem zunächst auch hier in seiner Relativität aufgefaßten „Tauschwert“ los, erblickt in dem Quantum qualitätsloser, abstrakt menschlicher, gesellschaftlich notwendiger Durchschnittsarbeit, welches sich in jeder einzelnen Ware findet, die Werts substanz, die einheitliche Wertgröße, zugleich das Gemeinsame, das die Gleichsetzung verschiedener Waren im Austauschverhältnis ermöglichen oder begründen kann. Ricardo genügte es, mittels seiner Werttheorie das wertliche Verhältnis der Ware A zur Ware B zu bestimmen. Marx führt uns den Wert an sich, den absoluten Wert jeder einzelnen Ware vor<sup>4</sup>.

3. Im Gegensatz zu Marx hat Ricardo keine Mehrwerttheorie aufgestellt. Marx dient die Wertlehre lediglich als Grundlage seiner Ausbeutungstheorie. Ricardo dagegen hat „für die wichtigsten Vorkommnisse des Wirtschaftslebens dem Kapitalfaktor eine selbständige Wertbestimmung neben der Arbeit eingeräumt; er hat den Profit als selbständige Einkommensart neben dem Arbeitslohn auf-

<sup>1</sup> Lassalle nannte Marx einmal „den Sozialist gewordenen Ricardo und den Ökonom gewordenen Hegel“ (Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle. IV: Briefe Lassalles an Marx und Engels. Herausgeg. von F. Mehring [1902] 9. Brief).

<sup>2</sup> Erläuterungen I 94 ff.

<sup>3</sup> Ergänzung und Nachtrag zu Bd. III des „Kapital“, in Neue Zeit, XIV, 1, 11 ff.

<sup>4</sup> Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie (1859) 6. Kapitel I<sup>4</sup> 6. Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus (1905) 136.

gefaßt, und so dürftig auch seine Profittheorie sein mag, er hat doch dem Zins und Unternehmergewinn eine selbständige Rolle zugeteilt“<sup>1</sup>.

**10. Kritik der Marxschen Werttheorie:** 1. Sie ist keine allgemeine Werttheorie, erstreckt sich nicht auf alle Güter, denen tatsächlich im Verkehr Wert beigemessen wird. 2. Auch in ihrer Beschränkung auf bestimmte Gruppen von Gütern ist sie durch die Marxsche Beweisführung in keiner Weise begründet worden. 3. Sie ist unhaltbar als absolute Werttheorie, und 4. nicht minder als reine Arbeitswerttheorie.

1. *Der Mangel allgemeiner Geltung* ist offenbar für eine Werttheorie ein großer Fehler. Es wird dadurch jede einheitliche Lösung des Wertproblems unmöglich gemacht. Gar manche Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens, die mit der Wertfrage zusammenhängen, können keine befriedigende Erklärung finden. Daß aber gerade die Marxsche Theorie manche Werträtsel schafft und ungelöst läßt, ist leicht ersichtlich. Warum hat z. B. der Wein, der in günstiger Lage gewachsen ist, obwohl seine Herstellung vielleicht weniger Arbeit kostete als die eines andern in ungünstigem Terrain gewachsenen, einen höheren Tauschwert als der andere? Offenbar nur deshalb, weil er besser ist. Wie erklärt sich ferner das Wachsen des Wertes beim Wein allein durch die Zeitdauer? Die kleinen Arbeitsaufwendungen auf den lagernden Wein stehen ja in keinem Verhältnis zu seiner Wertsteigerung. Wie die Wertsteigerung beim emporwachsenden Baum, der sich entwickelnden Frucht? wie die verschiedenen Werte bei verschiedenen Arten von Bäumen und Früchten? wie der Wert und die Wertveränderungen z. B. in den städtischen Grundstücken, wenn etwa ein neuer Bahnhof gebaut, ein alter verlegt wird usw.? Durch die Arbeit, die bei solchen Gelegenheiten überhaupt stattfindet? Wege- und Häuserbau etc.? die „gesellschaftliche“ Arbeit? Aber das ist doch nicht eine zur Herstellung eben des im Werte steigenden Objekts verwendete Arbeit, sondern Arbeit, die ganz andere Objekte zum Gegenstande hat.

Wir wollen die Beispiele nicht häufen. Marx selbst nimmt von der Geltung seiner Werttheorie einmal diejenigen Güter aus, die nicht Arbeitsprodukte sind, so den Grund und Boden<sup>2</sup>; sodann Güter, die zwar Arbeitsprodukte, aber nicht „beliebig“ reproduzierbar sind, z. B. Kunstwerke berühmter Meister<sup>3</sup>. Solche Dinge haben zwar einen Preis, aber keinen Wert im Sinne der Marxschen Theorie<sup>4</sup>. Und doch haben sie ganz offenbar Wert im Sinne des gemeinen Verstandes.

2. *Die Marxsche Beweisführung*, sein Versuch, aus der Darstellbarkeit des Austauschverhältnisses durch eine Gleichung die Arbeitsäquivalenz der ausgetauschten Warenmengen als Wertgesetz abzuleiten, muß als logisch verfehlt bezeichnet werden. Es ist nur ein einziges und zwar ein apriorisches Argument, welches ins Feld geführt wird<sup>5</sup>: Von dem

<sup>1</sup> Diehl, Erläuterungen 116.

<sup>2</sup> Kapital I<sup>4</sup> 67 u. a.

<sup>3</sup> Kapital III, 2, 173.

<sup>4</sup> Diehl a. a. O. I<sup>2</sup> 97.

<sup>5</sup> Kapital I<sup>4</sup> 3 f.



Begriffe des Austausches, dem Wesen des Tauschverhältnisses geht Marx dabei aus. „Dieser Rationalismus“, bemerkt Konrad Schmidt<sup>1</sup>, „der das Wertgesetz unter Ausschaltung aller psychologisch motivierenden Erwägungen (Interesse-Konkurrenz) aus der Darstellbarkeit des Austauschverhältnisses als einer Gleichung analytisch herausholen zu können meint, ist, wie man ihn immer beurteile, jedenfalls eines der allerbedeutsamsten und folgereichsten Merkzeichen der Marxschen Theorie“, — zugleich aber auch zum Verhängnis für die Theorie geworden.

Das Austauschverhältnis, sagt Marx, ist darstellbar in einer Gleichung, z. B. 1 Quarter Weizen = a Zentner Eisen. Was besagt diese Gleichung? Daß ein Gemeinsames von derselben Größe in zwei verschiedenen Dingen existiert, in 1 Quarter Weizen und auch in a Zentner Eisen. Beide sind also gleich einem Dritten, das an und für sich weder das eine noch das andere ist. Jedes der beiden, soweit es Tauschwert, muß also auf dieses Dritte reduzierbar sein. Das gemeinsame Dritte, welches Marx sucht, kann nicht in den körperlichen Eigenschaften gesucht werden, welche die Dinge nutzbar, also zu Gebrauchswerten machen. Denn diesen körperlichen Eigenschaften nach sind die Dinge nicht gleich, sondern verschieden. Die Gleichheit (Gleichsetzung) *toto caelo* verschiedener Arbeiten (Tisch = Rock) kann nur in einer Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit bestehen, in der Reduktion auf den gemeinsamen Charakter, den sie als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, abstrakt menschlicher Arbeit, besitzen<sup>2</sup>. Diese Schlußfolgerung ist unrichtig, die Beweisführung ein offenkundiger Verstoß gegen die Gesetze des logischen Denkens. Was würde Marx zu folgender Beweisführung gesagt haben: Die Gleichsetzung Tisch = Rock setzt in beiden ein gemeinsames Drittes voraus. Dieses Gemeinsame kann aber nicht die Arbeit sein; denn die Arbeit des Tischlers ist *toto caelo* verschieden von der Arbeit des Schneiders? Da würde Marx uns ohne Zweifel in die Rede fallen und sagen: Man muß eben von den Verschiedenheiten der Arbeit abstrahieren und die abstrakt menschliche Arbeit ins Auge fassen. Nun wohl! Warum gibt Marx seiner abstraktiven Tätigkeit keine andere Richtung? Die Waren kommen doch nicht bloß darin überein, Gegenstand menschlicher Arbeit gewesen zu sein, sondern namentlich auch darin, daß sie die Fähigkeit haben, menschlichen Bedürfnissen zu dienen, daß sie Nützlichkeit besitzen, Gebrauchswerte sind, daß sie unter der ihnen gemeinsamen Rücksicht ihrer Brauchbarkeit sowie in ihrer konkreten Bedeutung hierfür von der menschlichen Vernunft geschätzt, qualitativ und quantitativ miteinander verglichen werden können, daß es also ganz erklärlich ist, warum man im Tauschverkehr ein bestimmtes Quantum der einen Ware einer bestimmten Menge der andern Ware gleichsetzen darf.

<sup>1</sup> Im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (1905) 412.

<sup>2</sup> Marx, Kapital I<sup>4</sup> 40.

3. *Kritische Beleuchtung der Marxschen Wertlehre als „absoluter“ Arbeitstheorie.* Wie bereits gesagt, begnügte sich Marx nicht damit, den Tauschwert als das quantitative Verhältnis, die Proportion, in welcher sich die Gebrauchswerte austauschen, zu bezeichnen. Er ging weiter, suchte in den Tauschobjekten das ihnen „Gemeinsame“ und fand dieses in der in jeder Ware vorhandenen Menge an „gesellschaftlich notwendiger Durchschnittsarbeit“. Er konnte auf diese Art und Weise also auch absolut den „Wert“ der einzelnen Ware bestimmen<sup>1</sup>. Sehen wir uns indes die von Marx gewählte Maßeinheit und deren Verwendung bei der Messung der verschiedensten Werte etwas genauer an.

„Alle Arbeit“, sagt Marx<sup>2</sup>, „ist einseitige Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in physiologischem Sinne, und in dieser Eigenschaft gleicher menschlicher oder abstrakter menschlicher Arbeit bildet sie den Warenwert. Alle Arbeit ist andererseits Verausgabung menschlicher Arbeitskraft in besonderer zweckbestimmter Form, und in dieser Eigenschaft konkreter nützlicher Arbeit produziert sie Gebrauchswerte.“ Die „wertbildende Substanz“ ist somit nach Marx die Arbeit als Lebensbetätigung<sup>3</sup> im physiologischen Sinne, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft, die durch Reduktion auf abstrakt menschliche Arbeit in qualitativer, d. i. qualitätsloser Einheit oder Gleichheit sich darstellt. Die Maßeinheit, die bei der Messung des Wertes qualitativ verschiedener Arbeiten in Anwendung kommt, wäre demnach die „einfache Arbeit“, so zwar, daß die komplizierteren produktiven Arbeiten als ein Vielfaches jener einfachen Arbeit sich darstellen, die Qualitätsunterschiede in Quantitätsverschiedenheiten sich auflösen. Vernehmen wir Marx selbst<sup>4</sup>: „Der Wert der Ware stellt menschliche Arbeit schlechthin dar, Verausgabung menschlicher Arbeit überhaupt. Wie nun in der bürgerlichen Gesellschaft ein General oder Bankier eine große, der Mensch schlechthin eine sehr schäbige Rolle spielt, so steht es auch hier mit der menschlichen Arbeit. Sie ist Verausgabung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch, ohne besondere Entwicklung, in seinem leiblichen Organismus besitzt. Die einfache Durchschnittsarbeit selbst wechselt zwar in verschiedenen Ländern und Kulturepochen ihren Charakter, ist aber in einer vorhandenen Gesellschaft gegeben. Kompliziertere Arbeit gilt nur als potenzierte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit ist. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Ware mag das Produkt der kompliziertesten Arbeit sein, ihr Wert setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt selbst nur ein bestimmtes Quantum

<sup>1</sup> Diehl, Erläuterungen 101 ff.

<sup>2</sup> Kapital I<sup>4</sup> 13.

<sup>3</sup> Ebd. Anmerkung.

<sup>4</sup> Ebd. I<sup>4</sup> 10 f.

einfacher Arbeit dar. Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßeinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben.“ Es dürfte kaum nötig sein, hinter dem Rücken der Produzenten zu erspählen, was die tägliche Erfahrung klar und zweifellos lehrt. Die komplizierteren Arbeiten werden auf dem Markte mit demselben Gelde, aber höher als die weniger komplizierten bezahlt, weil sie eben ihrer qualitativen Vorzüge wegen höher geschätzt zu werden pflegen. An eine Reduktion auf „einfache Durchschnittsarbeit“ denkt niemand und kann niemand denken, weil die „einfache Arbeit“ als Maßeinheit etwas Unfaßbares und ihre Verwendung zur Messung der verschiedenen „Werte“ etwas Unmögliches darstellt. 1. Etwas Unfaßbares: oder wie wird denn jenes Quantum produktiver Verausgabung an Hirn, Nerv, Muskel usw., das als „einfache Arbeit“ zu gelten hat, in sich selbst, in seiner eigenen Größe bestimmt und bemessen oder umschrieben? Und warum soll in jedem Fall die eine Arbeit als einfache, die andere als komplizierte gelten? Marx selbst verzichtete darauf, ein objektives Kriterium der einfachen Arbeit anzugeben oder eine bestimmte Normalarbeit aufzuweisen. Versuche von anderer Seite, und mochten sie mit noch so viel Geist unternommen werden, wie der Leo v. Buchs<sup>1</sup>, blieben ergebnislos. Menschliche Arbeit, unter rein physiologischer Rücksicht, auf ein Einfaches zurückzuführen, oder eine Normalintensität der Arbeit als Einheit quantitativ genau zu bestimmen, verschiedene Intensitäten ohne Willkürlichkeit in wechselseitigen Vergleich zu stellen und danach, aller Mannigfaltigkeit der Arbeit und der Güter ungeachtet, den Wert derselben zu bemessen, ist schlechthin undurchführbar, wie denn auch die wertliche Bemessung der ökonomischen Bedeutung der verschiedenen Arbeiten in Wirklichkeit sich keineswegs nach verausgabten größeren oder geringeren Quantitäten von Hirn, Muskel und Nervenkraft, nach Arbeitsintensität u. dgl., sondern nach ihrer Brauchbarkeit, Güte, Zweckmäßigkeit vollzieht. 2. Die Reduktion qualifizierter Arbeit auf abstrakt menschliche, einfache Arbeit ist sodann etwas Unmögliches. Die Unterschiede zwischen höherer und einfacher Arbeit. „skilled“ und „unskilled labour“, beruhen nicht auf bloßen Illusionen, nicht auf Unterscheidungen, die nur in traditioneller Konvention fortleben, wie Marx einmal gesagt hat<sup>2</sup>. Sehen wir von der dirigierenden Tätigkeit ganz ab, selbst für die Bewertung der verschiedenen Handarbeiten reicht die Arbeitswerttheorie nicht aus. Es ist eben unrichtig, daß sich heute „in der mit Maschinen arbeitenden Fabrik die Arbeit des einen Arbeiters fast in nichts mehr von der eines

<sup>1</sup> Intensität der Arbeit, Wert und Preis der Waren (1896). Diehl, Erläuterungen 108 ff. Über Ed. Sachers Versuch Die Gesellschaftskunde als Naturwissenschaft [1899] ebd. 111 ff.

<sup>2</sup> Kapital I<sup>4</sup> 160.



andern Arbeiters unterscheide“<sup>1</sup>. Im Gegenteil werden infolge der zunehmenden Spezialisierung usw. besondere Geschicklichkeiten ausgebildet und verwertet, wie nie zuvor. Innerhalb der Arbeiterschaft der gleichen Fabrik stehen auch die Löhne nicht selten im Verhältnisse wie 1:4<sup>2</sup>. Es handelt sich dabei um sehr reelle Unterschiede, die allorts klar zu Tage treten — Unterschiede von solcher Beschaffenheit, daß es geradezu unmöglich erscheint, in der qualifizierten Arbeit lediglich ein Vielfaches unqualifizierter einfacher Arbeit zu erblicken, qualifizierte und unqualifizierte Arbeit in dem höheren Genus qualitätsloser „abstrakt menschlicher Arbeit“ sich bloß quantitativ voneinander unterscheiden zu lassen. Es stehen dabei für den gesellschaftlichen Verkehr Größen in Frage, die eben ihrer qualitativ gänzlich verschiedenen Art wegen unter rein quantitativem Gesichtspunkte völlig inkommensurabel sind. Man vergleiche einmal Juwelierarbeit und Spinnarbeit unter bloß quantitativer Rücksicht gegenseitig und mit irgend einer andern als „einfach“ angenommenen Arbeit, nach Arbeitsmenge oder Arbeitszeit, zum Zweck wertlicher Bemessung! Marx hat klugerweise Kunstwerke u. dgl. von seiner Werttheorie ausgenommen, weil es sich dabei nicht um beliebig reproduzierbare Arbeit handelt. Aber warum ist jene Arbeit nicht beliebig reproduzierbar? Weil eben nur der Künstler sie ausüben kann. Und doch, nicht bloß die vollendete Kunstarbeit, sondern jede qualifizierte Arbeit enthält so viele subjektive Elemente: Talent, Geschicklichkeit und sonstige aus der Persönlichkeit des Arbeiters hervorwachsende Eigenschaften, daß auch da eine Zurückführung auf einfache Arbeit, die Anwendung des Begriffes von Durchschnittsarbeit, unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen müssen. — Wenden wir uns schließlich noch einmal an das allgemeine Urteil der Menschen, so läßt dieses keinen Zweifel darüber aufkommen, daß nicht dem größeren Quantum verausgabter Arbeitskraft, sondern der höheren Leistung in sich der höhere Wert zuerkannt wird. Auch neuere Versuche, die Bildungsarbeit und Bildungskosten, die in der qualifizierten Arbeitskraft stecken, für die wertliche Bemessung im Sinne der Marxschen Theorie heranzuziehen, können nicht als eine Lösung des Problems, wie qualifizierte Arbeit auf einfache Arbeit zurückzuführen sei, betrachtet werden. Die Verausgabung der qualifizierten Arbeit, so wurde nämlich gesagt<sup>3</sup>, bedeute die Verausgabung all der verschiedenen einfachen (Bildungs-)Arbeiten, die in ihr gleichsam kondensiert erschienen. Die Gesellschaft zahle dann in dem, was sie für das Produkt der qualifizierten Arbeit geben müsse, ein Äquivalent für

<sup>1</sup> Elend der Philosophie 27. Kapitel 1<sup>4</sup> 386. Kritik der politischen Ökonomie 5 f.

<sup>2</sup> Schmollers Jahrbuch 1905, 1263 f.

<sup>3</sup> Rudolf Hilferding, in den „Marx-Studien“ I 1904 21 ff. Hans Deutsch, Qualifizierte Arbeit und Kapitalismus, Werttheorie und Entwicklungstendenzen 1904. Marx, Kapital 1<sup>4</sup> 160. Vgl. Diehl, in Jahrbücher für Nationalökonomik XXX 1905 394 ff. Auch Bernstein, Allerhand Werttheoretisches, in „Dokumente des Sozialismus“ V 1905 221 ff.

den Wert, den die einfachen Arbeiten erzeugt hätten, wenn sie direkt von der Gesellschaft konsumiert worden wären. Diese Reduktion der qualifizierten Arbeit auf einfache Bildungsarbeit wird sich wohl wieder „hinter dem Rücken“ der Produzenten, aber auch der Konsumenten vollziehen müssen. Denn niemand weiß etwas davon und bezweifelt auch wohl kaum, daß Wertung und Vergeltung qualifizierter Arbeit in erster Linie und unmittelbar Wertung und Vergeltung der Leistung als solcher ist, nicht aber irgendwelcher in der qualifizierten Arbeitskraft kondensierten Bildungsarbeit oder Bildungskosten. Gerade gegenüber den höheren Stufen der Qualifikation der Arbeit tritt dies um so klarer zu Tage. Bildungsarbeit, Bildungskosten hochqualifizierter Arbeiter, die sozialen Gewohnheiten ihrer Klassen usw. mögen dort nicht selten die gleichen sein. Dennoch bleibt Wertung und Vergeltung ihrer Arbeiten oft sehr verschieden, eben mit Rücksicht auf die ganz spezielle Qualitätsdifferenz ihrer Leistungen.

4. *Unhaltbarkeit der Marxschen Wertlehre als „reiner“ Arbeitswerttheorie.* Es könnte vielleicht scheinen, als ob es ein Vorzug der Marxschen Theorie wäre, daß sie die eigentlichen wirkenden Kräfte der Wirtschaft, die wirtschaftenden Menschen, speziell die manuelle Arbeit, zur gebührenden Anerkennung brächte. Erst Marx, so heißt es, ist der Würde des Menschen vollkommen gerecht geworden; der von ihm so genial gekennzeichnete Warenfetischismus sei es gewesen, der die wirtschaftenden Menschen ganz hinter den Waren und Warenpreisen habe verschwinden lassen usw. Die guten Absichten, die Marx leiten mochten, in Ehren! Dennoch will es uns scheinen, als ob der geniale Denker selbst sich eines gewissen Fetischismus nach der andern Seite hin schuldig mache, wenn er die Herstellung der Ware doch allzu einseitig in den Vordergrund der Betrachtung rückt, ebendadurch aber deren Zweckbestimmung und damit den Konsumenten, d. i. den Menschen in seiner Herrschaftstellung als Zielpunkt der Güterwelt, hinter der Ware als Arbeitsprodukt nahezu verschwinden läßt. Wir geben freilich gern zu, daß der gleiche Vorwurf gegen jede einseitig durchgeführte Produktionskostentheorie erhoben werden kann. Nur eine solche als Werttheorie gedachte Produktionstheorie bleibt dagegen geschützt, welche den Nutzwert über den Kostenwert stellt, Kostenwert und Güterwert bei den leicht in großer Menge erzeugbaren und reproduzierbaren Gütern nur äußerlich zusammenfallen läßt, nach welcher der Kostenwert den Güterwert unter Umständen indiziert, nicht aber innerlich konstituiert<sup>1</sup>.

Indessen ist die lediglich kausale Auffassung des Wertes nicht der einzige Fehler in der Marxschen Theorie. Dieselbe führt sich als reine Arbeitswerttheorie ein. Sie unterscheidet sich von der Produktionskostentheorie dadurch, daß sie nicht den gesamten Produktionsaufwand, sondern

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 50 ff.

ausschließlich und allein die Arbeit als Produktionsaufwand in letzter Linie die Preisbildung bestimmen läßt. Die wertbildende Substanz ist, wie wir sahen, nach Marx bloß die Arbeit. Als Werte sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit<sup>1</sup>. Zwar hat Marx schon im ersten Bande auf die mögliche Inkonsequenz der Wertgröße der Waren und der Warenpreise hingewiesen, und öfter hebt er hervor, daß die Preise der einzelnen Waren bald über, bald unter ihrem Werte stünden. Dennoch bildet nach ihm der Arbeitswert das Gravitationszentrum für die durchschnittlichen Marktpreise<sup>2</sup>: „Nicht der Austausch (reguliert) die Wertgröße der Ware, sondern umgekehrt die Wertgröße der Ware reguliert ihre Austauschverhältnisse.“<sup>3</sup> Das Wertgesetz beherrscht die Bewegung der Preise<sup>4</sup>. „Die Annahme, daß die Waren der verschiedenen Produktionssphären sich zu ihren Werten verkaufen, bedeutet natürlich nur, daß ihr Wert der Gravitationspunkt ist, um den ihre Preise sich drehen und zu dem ihre beständigen Hebungen und Senkungen sich ausgleichen.“<sup>5</sup> „Der Wasserfall, wie die Erde überhaupt, wie alle Naturkraft, hat keinen Wert, weil er keine in ihm vergegenständlichte Arbeit darstellt, und daher auch keinen Preis, der normaliter nichts ist als der in Geld ausgedrückte Wert“<sup>6</sup> usw. Entzieht man sich aber für einen Augenblick dem Banne der Marxschen Gedankenreihen, um die Wert- und Preisfragen zu überdenken und mit den tatsächlichen Erscheinungen in Einklang zu setzen, so steht zwar sofort außer Zweifel, daß Arbeit und Arbeitszeit, welche die Produktion erfordert, ein wichtiges Moment in dem Produktionsaufwande bilden und jederzeit bilden werden. Allein ebenso gewiß ist es, daß weder in unsrer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft noch in irgend einer andern auf Privateigentum an den Produktionsmitteln begründeten Ordnung — (eine solche hat ja Marx hier im Auge) — der manuelle Arbeitsaufwand die einzigen Kosten darstellt, die für den Verkehr in Betracht kommen.

Doch verfolgen wir die Entwicklung dieses Kampfes, den Marx für seine Werttheorie führt, bis ans Ende, bis zum Schiffbruche, welchen Wert- und Mehrwerttheorie bei dem Versuche, das „Rätsel der Durchschnittsprofitrate“ zu lösen, unsres Erachtens endgültig erleiden mußte.

Vorerst einige erläuternde Worte. In den verschiedenen Produktionssphären einer Volkswirtschaft ist nach Marxscher Terminologie die „organische Zusammensetzung“ der Kapitale, d. h. das Verhältnis zwischen dem in Produktionsmitteln investierten („konstanten“) Kapital und dem zum Kauf von Arbeitskraft verwendeten („variablen“) Kapital, aus technischen Gründen verschieden. Nehmen wir zwei Kapitale von gleicher Größe, die in verschiedenen Produktionszweigen

<sup>1</sup> Kapital I<sup>4</sup> 6.

<sup>2</sup> Diehl, Erläuterungen 96 mit Hinweis auf die resp. Stellen im „Kapital“.

<sup>3</sup> Kapital I<sup>4</sup>,      <sup>4</sup> Ebd. III 1, 156.      <sup>5</sup> Ebd. 157.

<sup>6</sup> Ebd. III 2, 188.



verwendet werden. In dem einen Produktionszweige wird ein größerer Bruchteil des Kapitals auf die Produktionsmittel und ein kleinerer auf Ankauf von Arbeitskraft verwendet; in dem andern Produktionszweige umgekehrt ein größerer Bruchteil auf Beschaffung von Arbeitskraft und ein geringerer auf die Produktionsmittel. Jeder Produktionszweig hat seine ihm eigentümliche organische Zusammensetzung des in ihm verwendeten Kapitals. In dem einen wird ein geringeres, in dem andern ein größeres Quantum von Rohstoffen mit je einem Arbeitstage verarbeitet, oder die Rohstoffe haben verschiedenen Wert; ferner werden hier mehr oder wertvollere Werkzeuge, Maschinen erfordert als dort.

In was besteht nun aber das „Rätsel der Durchschnittsprofitrate“? Nach Marxscher Lehre kann der Gewinn des Kapitalisten nicht aus dem konstanten Kapital entspringen. Baulichkeiten, Maschinen, Rohstoffe usw. geben an das Produkt bloß so viel Wert ab, als sie gleichzeitig selbst an Wert verlieren. Ihr Wert ändert seinen Platz, seine Summe bleibt aber dieselbe, und darum heißt dieser Teil des Kapitals „konstantes“ Kapital. Anders der im Arbeitslohn ausgelegte Kapitalteil. Er erzeugt nicht bloß seinen eigenen Wert, sondern auch den Mehrwert, wechselt beständig seine Größe und heißt darum „variables“ Kapital. Nur von dem variablen Kapital, dem für Arbeitslohn aufgewendeten Kapitalteile, kann also nach Marxscher Lehre der Gewinn des Unternehmers sich herleiten. Er müßte demnach, gleiche Mehrwerttrate und gleiche Umschlagszeit vorausgesetzt, stets im Verhältnis zum variablen Kapital stehen, wobei das konstante Kapital ganz außer Betracht bliebe. „In die Praxis übertragen heißt das: ein Unternehmer, der wegen teurer Maschinen usw. eine Million Mark Kapital — konstantes plus variables — gebraucht, um hundert Arbeiter beschäftigen zu können, wird nicht einen Pfennig mehr Gewinn erzielen als ein anderer, der infolge der Eigenart seines Betriebes mit 100 000 Mark bei gleicher Arbeiterzahl auskommen kann.“<sup>1</sup> Bei gleicher Menge lebendiger Arbeit und bei gleichem Maße der Ausbeutung gleicher Profit — das ist die notwendige Folgerung aus der im ersten Bande des „Kapital“ dargelegten Werttheorie.

Damit gelangt aber Marx, sagt Böhm-Bawerk<sup>2</sup>, vor jene berühmte große Klippe seiner Theorie, deren Umschiffbarkeit den wichtigsten Streitpunkt der Marxliteratur etwa zehn Jahre lang gebildet hat. Seine Theorie fordert, daß Kapitale von gleicher Größe aber ungleicher organischer Zusammensetzung ungleiche Profite aufweisen; die wirkliche Welt zeigt sich jedoch auf das deutlichste von dem Gesetze beherrscht, daß Kapitale von gleicher Größe, ohne Rücksicht auf ihre etwaige verschiedene organische Zusammensetzung, gleichen Profit abwerfen<sup>3</sup>. Mit andern Worten:

<sup>1</sup> Schmollers Jahrbuch 1905, 1267.

<sup>2</sup> Zum Abschluß des Marxschen Systems, in Boenigks Staatswissenschaftlichen Arbeiten, Festgaben für Karl Knies (1896) 101 f. Diehl, Erläuterungen 120 ff.

<sup>3</sup> Über die Tendenz zur Ausgleichung der Gewinne für gleiche und ähnliche Geschäfte derselben Gegend vgl. unter andern Schmoller, Grundriß II 432 f.; Devas-Kämpfe,

Der Durchschnittsprofit richtet sich nicht nach der Arbeitsmenge, sondern nach der Größe des im Betrieb angelegten Kapitals, nach der Kapitalmenge. Das mußte Marx im dritten Bande des „Kapital“ eingestehen, sowie, daß die Waren sich nicht nach ihrem „Werte“, d. i. nach der in ihnen verkörperten Arbeit, austauschen, daß vielmehr das Austauschverhältnis sich nach den Produktionspreisen bestimmt.

Vernehmen wir Marx selbst: „Infolge der verschiedenen organischen Zusammensetzung der in verschiedenen Produktionszweigen angelegten Kapitale, infolge daher des Umstandes, daß, je nach dem verschiedenen Prozentsatz, den der variable Teil in einem Gesamtkapital von gegebener Größe hat, sehr verschiedene Quanta Arbeit von Kapitalien gleicher Größe in Bewegung gesetzt werden, werden auch sehr verschiedene Quanta Mehrarbeit von ihnen angeeignet oder sehr verschiedene Massen Mehrwert von ihnen produziert. Demgemäß sind die Profitraten, die in verschiedenen Produktionszweigen herrschen, ursprünglich sehr verschieden. Diese verschiedenen Profitraten werden durch die Konkurrenz zu einer allgemeinen Profitrate ausgeglichen, welche der Durchschnitt aller dieser verschiedenen Profitraten ist. Der Profit, der entsprechend dieser allgemeinen Profitrate auf ein Kapital von gegebener Größe fällt, welches immer seine organische Zusammensetzung sei, heißt der Durchschnittsprofit. Der Preis einer Ware, welcher gleich ist ihrem Kostenpreis plus dem im Verhältnis ihrer Umschlagsbedingungen auf sie fallenden Teil des jährlichen Durchschnittsprofits für das in ihrer Produktion angewandte (nicht bloß das in ihrer Produktion konsumierte) Kapital, ist ihr Produktionspreis.“<sup>1</sup> Späterhin heißt es: „Das Kapital entzieht sich einer Sphäre mit niedriger Profitrate und wirft sich auf die andere, die höheren Profit abwirft. Durch diese beständige Aus- und Einwanderung, mit einem Worte, durch seine Verteilung zwischen den verschiedenen Sphären, je nachdem dort die Profitrate sinkt, hier steigt, bewirkt es solches Verhältnis der Zufuhr zur Nachfrage, daß der Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären derselbe wird und daher die Werte sich in Produktionspreise verwandeln. Diese Ausgleichung gelingt dem Kapital mehr oder minder, je höher die kapitalistische Entwicklung in einer gegebenen nationalen Gesellschaft ist: d. h. je mehr die Zustände des betreffenden Landes der kapitalistischen Produktionsweise angepaßt sind.“<sup>2</sup>

Der Austausch vollzieht sich also nach den Produktionspreisen. Die Produktionspreise aber decken sich nicht mit dem angeblichen

Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1896<sup>1</sup> 309 ff. Dasselbst Beschränkungen zur Lehre von der Ausgleichung der Profite. Vgl. auch Bertheau, Randbemerkungen eines Industriellen zu den ökonomischen Theorien des Karl Marx, in Zeitschrift für Sozialwissenschaft VII (1905) 293-296 f. Goetz Briefs, Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie. Mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Durchschnittsprofitrate (1915).

<sup>1</sup> Marx, Kapital III 1, 136. Engels, Ergänzung und Nachtrag zum dritten Buch des „Kapital“, in Neue Zeit XIV 4 ff. 37 ff. Vgl. Bortkiewicz, Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Bande des „Kapital“, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXIV (1907<sup>2</sup> 319 ff.; Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus (1905) 170 ff.

<sup>2</sup> Kapital III 1, 175 f.

„Werte“<sup>1</sup>. Der Profit bemißt sich nicht nach dem variablen Kapital, sondern nach dem gesamten Kapital, nicht nach der Arbeitsmenge, sondern nach der Größe des in der Produktion überhaupt investierten Kapitals, und zwar so, daß auf die Dauer eine Nivellierung des Durchschnittsprofits eintritt, für jedes Hundert vom investierten Kapital so und soviel Prozent. Das alles gibt Marx im dritten Bande des „Kapital“ zu.

Zur Sache bemerkt Karl Diehl<sup>2</sup>: „Man ist wohl zu dem Urteile berechtigt, daß in dem ganzen dreibändigen Werke von Marx' ‚Kapital‘ diese letzten (oben zitierten) Ausführungen die schwächsten und unbefriedigendsten sind: hier, wo es darauf ankam, das berühmte Rätsel der Durchschnittsprofitrate zu lösen, umgeht Marx die Schwierigkeit, statt sie zu lösen. Es sollte erklärt werden, wie es komme, . . . daß gleich große Kapitalien gleiche Profite abwerfen, obwohl sie lebende Arbeit in verschiedener Menge anwenden; da nur letztere mehrwertbildend sein soll, würde gleicher Profit eine Verletzung des Wertgesetzes bedeuten; um nun diesen Widerspruch zu lösen, erklärt Marx einfach, daß die Preise nicht durch das Wertgesetz reguliert würden, sondern durch die Konkurrenz; die Konkurrenz bewirke nämlich eine Ausgleichung der Profitraten, und die gleiche Profitrate gehe in die Preisbildung ein. Ja der ganze Begriff des Produktionspreises und der allgemeinen Profitrate beruht darauf, daß die einzelnen Waren nicht zu ihrem Werte verkauft werden. Darin liegt aber nicht nur das Zugeständnis, daß das Wertgesetz nicht die Preise beherrscht, sondern auch das weitere, das in schroffem Widerspruch zu Marx' Lehre steht — daß die Produktionskosten und nicht die Arbeitsmenge in letzter Instanz die Preise regulieren.“

Böhm-Bawerk aber faßt sein Urteil in folgender Weise zusammen: „Im ersten Bande war mit dem größtmöglichen Nachdruck gelehrt worden, daß aller Wert sich auf Arbeit und nur auf Arbeit gründet, daß die Werte der Waren sich zueinander verhalten wie die zu ihrer Produktion notwendige Arbeitszeit; es waren diese Sätze abgeleitet und herausdestilliert worden geradezu und ausschließlich aus den Austauschverhältnissen der Waren, denen sie ‚immanent‘ sind; wir waren angeleitet worden, vom Tauschwert und Austauschverhältnis

<sup>1</sup> Ebd. 135. Marx suchte die Schwierigkeit zu überwinden, indem er den Begriff des Wertes und Preises, des Mehrwertes und Profites auseinanderhielt: Die Preise werden tatsächlich durch die Produktionskosten reguliert und die verschiedenen Profitraten werden durch die Konkurrenz zu einer Durchschnittsprofitrate ausgeglichen. Daß es sich hier aber letzten Endes um eine Preisgabe der Wert- und Mehrwerttheorie handelt, wird dadurch kaum verdeckt, daß Marx uns belehren will, der „Wert“ in seinem Sinne finde seinen Ausdruck nur in den gesellschaftlichen Gesamtprodukten, und der „Mehrwert“ in der von der ganzen Kapitalistenklasse insgesamt bezogenen Profitmasse. Das ist eine Flucht ins Nebelhafte, abgesehen davon, daß die gründliche Nachprüfung der Marx'schen Berechnungen durch Bortkiewicz (Wertrechnung und Preisrechnung im Marx'schen System, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXIII [1906] 1 ff.; XXV [1907] 10 ff. 445 ff. Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Bande des „Kapital“. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XXXIV [1907] 319 ff.) und Tugan-Baranowsky (Die theoretischen Grundlagen des Marxismus [1906] 170 ff.) jene Berechnungen als fehlerhaft erwiesen haben.

<sup>2</sup> Erläuterungen 123.



der Waren auszugehen, um ihrem darin versteckten Wert auf die Spur zu kommen: der Wert wurde uns als das Gemeinsame erklärt, „was sich im Austauschverhältnis der Waren darstellt“: in der Form und mit dem Nachdruck eines zwingenden, keine Ausnahme zulassenden Schlusses war uns gesagt worden, daß die Gleichstellung zweier Waren im Tausche besagt, daß „ein Gemeinsames von derselben Größe“ in ihnen existiert, auf welches jede der beiden „reduzierbar sein muß“; es müssen demnach, von momentanen, zufälligen Abweichungen abgesehen, die aber „als Verletzung des Gesetzes des Warenaustausches“ erscheinen<sup>1</sup>, auf die Dauer und grundsätzlich Waren, die gleichviel Arbeit verkörpern, gegeneinander vertauscht werden. Und jetzt, im dritten Bande, wird uns bündig und trocken erklärt, daß das, was nach der Lehre des ersten Bandes sein muß, nicht ist und nicht sein kann; daß sich, und zwar nicht zufällig und vorübergehend, sondern notwendig und dauernd, die einzelnen Waren in einem andern Verhältnis als dem der verkörperten Arbeit gegeneinander austauschen und austauschen müssen. Ich kann mir nicht helfen, ich sehe hier nichts von einer Erklärung und Versöhnung eines Widerstreits, sondern den nackten Widerspruch selbst. Der dritte Band Marx' verleugnet den ersten. Die Theorie der Durchschnittsprofirate und der Produktionspreise verträgt sich nicht mit der Theorie vom Wert. Das ist der Eindruck, von dem ich glaube, daß ihn jeder logisch Denkende empfangen muß. Er scheint sich auch so ziemlich allgemein eingestellt zu haben. Loria in seiner lebhaften und bilderreichen Ausdrucksweise fühlt sich zum „harten aber gerechten Urteil“ gezwungen, daß Marx „statt einer Lösung eine Mystifikation“ geboten habe: er erblickt in der Veröffentlichung des dritten Bandes „den russischen Feldzug des Marxschen Systems“.<sup>2</sup> Wenn Werner Sombart<sup>3</sup> dem „gescheuchten Wert“ zwar keine empirische Wirklichkeit zuspricht, ihm aber eine Zufluchtsstätte in dem „Denken des ökonomischen Theoretikers“ gewähren, ihm als „gedankliche Tatsache“ auffassen möchte, so kann und muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß Marx in seinem „Kapital“ die realen Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Epoche nachweisen will<sup>4</sup>. Eben darum hilft es denn auch durchaus nichts, wenn für die marxistische Wertlehre auf ursprüngliche Zeiten oder auf Ausnahmefälle Bezug genommen wird. Es handelt sich um das Tatsächliche innerhalb der kapitalistischen Epoche, deren Entwicklungsgesetze Marx dartun will, nicht um primitive wirtschaftliche Zustände und Verhältnisse, wo die Produktionsmittel dem Arbeiter gehören, sondern um die am Arbeiter vollzogene kapitalistische Ausbeutung, die ihn heute der fortschreitenden Verelendung überantwortet<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Kapital I<sup>4</sup> 121.

<sup>2</sup> Böhm-Bawerk, Zum Abschluß des Marxschen Systems 110 f.; vgl. auch Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien 1884, Konrad Schmidt, Die Durchschnittsprofirate auf Grundlage des Marxschen Systems 1889, und Böhm-Bawerks Besprechung dieser Schrift in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1890, 590 ff. Diehl, Über das Verhältnis von Wert und Preis im ökonomischen System von K. Marx 1898.

<sup>3</sup> Zur Kritik des ökonomischen Systems von Karl Marx, im Archiv für soziale Gesetzgebung VII, Heft 1, 571 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Masaryk, Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus (1899) 254 f.; Kautsky, Agrarfrage VII.

<sup>5</sup> Über die angebliche Geltung des Wertgesetzes für die Gesamtheit der Waren und den „Gesamtmehrwert“ (Kautsky a. a. O. 68 vgl. Herkner, Arbeiterfrage<sup>5</sup> 1908 628 ff. 632 ff.; Böhm-Bawerk, Kapital und Kapitalzins I 536 ff.; aber auch Marx, Kapital I<sup>6</sup> 549 f.

Nach Julius Platter<sup>1</sup> wollte Marx „mit seinem ‚Wert‘ nicht ein Gesetz des Tausches im Sinne anderer Nationalökonomien, sondern wesentlich ein Maß der wirtschaftlichen Güter, d. h. der Arbeitsprodukte, aufstellen, um sie alle ohne Unterschied auf einen gemeinsamen quantitativen Ausdruck zu bringen. Und das einzig mögliche wirtschaftliche Maß der Güter ist, wie schon Adam Smith erkannte, die zu ihrer Beschaffung erforderliche Arbeit... Mit vollem Recht kann man... den Arbeitsgehalt aller Güter von einem ganz allgemeinen, abstrakt-wirtschaftlichen Standpunkte aus, der keine besondere historische Form der Produktion zu berücksichtigen braucht und von dem Austausch- und Verteilungsmodus der Güter innerhalb der Gesellschaft gar wohl absehen kann, ihren Wert nennen. Stellt man nämlich den Menschen oder die Menschheit bloß der Natur, der Welt der Stoffe gegenüber, so wird man unzweifelhaft jederzeit den ... Satz gelten lassen müssen: Was gleich schwer oder leicht zu haben ist, das muß in menschlicher Schätzung gleichviel gelten; gleich schwer oder leicht zu haben ist aber, was gleichviel Arbeit kostet.“

Wir wollen nicht noch einmal wiederholen, daß es schlechterdings unmöglich ist, die qualitativ verschiedensten Arbeitsprodukte und Arbeiten auf einen gemeinsamen „quantitativen Ausdruck“ zu bringen. Ferner weist Marx darauf hin<sup>2</sup>, daß er die Verausgabung von Arbeitskraft nicht, wie A. Smith, als Opfer von Ruhe, Freiheit und Glück, sondern rein physiologisch als normale Lebensbetätigung auffasse. Schließlich darf diesem und ähnlichen Versuchen, das Wertgesetz zu retten, entgegengehalten werden, daß es sich bei demselben durchaus nicht um bloße Abstraktionen, Hypothesen oder Fiktionen handelt, sondern um die „erklärende Rückspiegelung“ eines bestimmten „historischen Prozesses“, um die „logische Verfolgung seiner innern Zusammenhänge“<sup>3</sup>.

Nein, über die Absichten, die Marx bei der Aufstellung seiner Werttheorie geleitet und irregeleitet haben, kann wohl kaum ein Zweifel bestehen, ebensowenig wie über den Widerspruch zwischen dem ersten und dritten Bande des „Kapital“. „In der Tat“, sagt auch der Sozialist Konrad Schmidt<sup>4</sup>, „die Marxsche Ableitung des ‚Wertgesetzes‘ auf den ersten Seiten des ‚Kapital‘ steht mit dem im dritten Bande deduzierten notwendigen und dauernden Abweichen der kapitalistischen Durchschnittspreise von dem Werte in einem unvereinbaren logischen Widerspruch — das sollte offen zugegeben werden.“ Und später<sup>5</sup> fügt er bei: „Diese Zweideutigkeit, daß das ‚Wertgesetz‘ ursprünglich als allgemeingültiges Gesetz des Austausches aus dem Begriff desselben abgeleitet, dann aber hinterher in unvermitteltem Gegensatz als ein die wirklichen Austausch- und Preisverhältnisse durchaus nicht zwingend beherrschendes Gesetz erklärt wird, ermöglicht es, wenn nicht allein, so doch in erster Reihe, daß in der Marxpolemik die Parteien sich immer wechselweise widerlegen können. Die Gegner halten sich an jene Deduktion des Wertgesetzes und konstatieren dann die Widersprüche zwischen dem Deduzierten und der Wirklichkeit; die Marxisten aber, darauf fußend, daß Marx selbst wieder mit allem Nachdruck betont habe, das Wertgesetz lasse durchaus die Möglichkeit einer Abweichung der Preise von den nach der Regel der Arbeits-

<sup>1</sup> Grundlehren der Nationalökonomie (1903) 214 f.

<sup>2</sup> Kapital I<sup>4</sup> 13 A.

<sup>3</sup> Friedrich Engels, Ergänzung und Nachtrag zum dritten Band des „Kapital“, in Neue Zeit XIV 1.

<sup>4</sup> Im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (1905) 407.

<sup>5</sup> Ebd. 409 f.

äquivalenz bestimmten Werten zu. leugnen den Widerspruch: sie fassen mehr oder weniger prononciert das Wertgesetz als ein heuristisches Denkmittel, eine provisorisch die Untersuchung der kapitalistischen Wirtschaftsweise leitende Hypothese auf, durch die in die verschlungenen Zusammenhänge des Gesamtprozesses allererst Licht gebracht werden könne.“ Dieses Licht scheint aber auch Schmidt nicht hell genug zu sein; wenigstens schlägt er den Marxisten vor, über bloße Interpretation des Systems zu dem Versuch einer Umbildung desselben voranzuschreiten.

Vernehmen wir schließlich noch Eduard Bernsteins Urteil<sup>1</sup>: „Ricardos Wertlehre trug das Gewand einer Arbeitswerttheorie, ward für eine solche gehalten und wurde in den Händen der Sozialisten, die den Begriff Arbeit ausschließlich auf die wirtschaftstätige Verausgabung von Arbeitskraft bezogen, zu einer reinen Arbeitswerttheorie, der Marx die konsequenteste Formulierung gab. Aber Marx hat ihr auch den Todesstoß gegeben. Der dritte Band ‚Kapital‘ hat mit der Marxschen Lösung des Rätsels von der Gleichheit der Profitraten auch die Auflösung der Marxschen Lehre von der Bestimmung des Wertes durch die in den Waren steckenden Mengen abstrakter Arbeit gebracht. Der Austausch der Waren zu ihren (Arbeits-) Werten wird von Marx in die vorkapitalistische Zeit verlegt, während der Austausch in der entfalteten kapitalistischen Gesellschaft zu den Produktionspreisen, bestehend aus Produktionskosten plus Unternehmerprofit, geschehe, womit wir im Grunde erst bei dem richtigen Ricardo angelangt wären. Was Marx in dieser Hinsicht im dritten Band ‚Kapital‘ feststellt, ist, wie aus Ricardos Briefwechsel hervorgeht, gerade das, was Ricardo zu formulieren suchte, ohne jedoch die rechte Form dafür zu finden. . . . Was wird aber aus dem Arbeitswert? Ihm wird von Marx schließlich nur noch eine regulierende Potenz hinter den Kulissen der Bewegung der Preise zugesprochen, indem ‚Verminderung oder Vermehrung der zur Produktion (der Waren) erheischten Arbeitszeit die Produktionspreise steigen oder fallen macht‘. Ein Satz, den jeder Ökonom, ob er nun Grenznutzentheoretiker oder was sonst ist, unterschreiben wird, der mit jeder Werttheorie vereinbar ist. Nicht das ist das wissenschaftlich Anstößige der Arbeitswerttheorie, daß sie der zur Produktion der Waren erheischten Arbeitszeit regulierende Wirkung auf Preis und Wert beimißt, sondern daß sie den Wert überhaupt durch sie bestimmen läßt, womit er seines wichtigsten Elementes entkleidet wird. Der Begriff ‚Wert‘ umfaßt als ökonomische Kategorie eine Vielheit von Beziehungen, von denen die wichtigste nicht die Kosten, sondern der soziale Nutzen der in Frage kommenden Gegenstände ist. Um Wert zu haben, muß der Gegenstand einem in der Gesellschaft vertretenen aktiven oder passiven Bedürfnis entsprechen. Das wußte natürlich auch Marx, aber, obwohl er es oft genug betont, behandelt er es als eine für die Wertgröße gleichgültige Sache und läßt den sozialen Bedarf lediglich auf den vom Wert verschiedenen Preis einen Einfluß haben. Auf diese Weise schieben sich aber immer mehr Zwischenglieder zwischen Wert und Preis, und der erstere hört mehr und mehr auf, ein Schlüssel zu sein für das tatsächliche Wirtschaftsgetriebe der Gesellschaft, die wir vor uns haben. Die zunehmende Verwachsung der Wirtschaftszweige, die als Folge der unablässig vor sich gehenden Teilung und Spezialisierung der Arbeiten und Werkzeuge auf der einen Seite und der auf Grund dieser Differenzierungen sich voll-

<sup>1</sup> Vorfragen einer sozialistischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung, in Sozialistische Monatshefte 1906 II 842 ff.



ziehenden neuen Zusammenfassungen von Maschinensystemen, Betrieben und Unternehmungen auf der andern Seite dem Wirtschaftsorganismus ein ganz neues Gesicht gibt, verleiht den Produkten in steigendem Maße den Charakter von Ergebnissen sozialer Arbeit im weiteren Sinne dieses Wortes, und ihr Preis birgt so viele Bruchteile aller möglichen Werte, daß seine Zurückführung auf die Arbeit, als unterschieden von den realen Kosten, zur gegenstandslosen Begriffsspielerei wird. Gegenstandslos und, weil sie nie ein der Wirklichkeit entsprechendes Resultat ergeben würde, auch irreführend. Wie nach Marx selbst der Arbeitswert den Tausch respektive Kauf und Verkauf in der vorkapitalistischen Periode bestimmt haben soll, aber in der Periode des entwickelten Kapitalismus gegen den Produktionspreis zurücktritt — wie lange hat man in sozialistischen Kreisen fest geglaubt, daß er gerade den Preis in der kapitalistischen Periode bestimme! — so führen auch alle von ihm ausgehenden Gedankengänge heute auf falsche Pfade. Genauer betrachtet, führt die Arbeitswerttheorie direkt zum Gruppenanarchismus. Wäre sie richtig, so müßte die Auflösung der Gesellschaft in lauter freie Produktionsgruppen möglich sein, was aber faktisch nicht der Fall ist“ usw.<sup>1</sup>

Nach allem kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Marxsche Versuch, mittels der Wertlehre die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaft zu diskreditieren, als völlig gescheitert bezeichnet werden muß. Wert- und Mehrwerttheorie aber hängen innig zusammen. Wenn die Marxsche Wertlehre als unhaltbar, der Erfahrung widersprechend sich erwies, wenn es sich herausstellte, daß die Arbeit und Arbeitszeit den Wert der Produkte nicht mißt und nicht messen kann, dann ist auch die Mehrwerttheorie hinfällig, und die ganze Lehre von der Entstehung und Akkumulation des Kapitals durch Ausbeutung der manuellen Arbeiter entbehrt der wissenschaftlichen Begründung. Daß die Arbeiter nicht immer ihren Beiträgen zum Produktionsprozeß entsprechend bezahlt werden, daß nicht wenige Fälle verwerflicher Ausbeutung und Lohndrückerei sich nachweisen lassen, soll nicht bestritten werden. Man mag selbst von einer „relativen“, „sozialen Verelendung“ der Arbeiter in dem Sinne sprechen, daß bei den Fortschritten der Gegenwart die Lage der andern Gesellschaftsklassen sich schneller gehoben habe als die des Arbeiters. Aber eine Zunahme des physischen Elendes liegt nicht vor<sup>2</sup>. Wer die steigende Verelendung der Arbeitermassen zu den bisherigen Entwicklungstendenzen

<sup>1</sup> Der Arbeitswerttheorie und dem „Rechte auf den vollen Arbeitsertrag“ entspricht, zur Verwirklichung dieses Rechtes, die Forderung nach Produktivgenossenschaften. „Bestimmt die Arbeit des Kohlenbergmannes den Wert der Kohle, so ist die Forderung: Dem Bergmann das Bergwerk! logisch unabweisbar. . . . Kein Sozialist denkt (aber) heute daran, den Bergleuten die Bergwerke, den Eisenbahnern die Eisenbahnen, den Maschinenbauern die Maschinenfabriken zu übertragen und zu sagen: Nun schlägt daraus so viel Ertrag, als ihr wollt und könnt, und verteilt ihn dann als eigene Unternehmer unter euch! Aber an der Wertlehre, deren Konsequenz diese Maßnahme wäre, halten wir (Sozialisten) merkwürdigerweise fest“ (Bernstein, Vorfragen einer sozialistischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung, in Sozialistische Monatshefte 1906 II 842).

<sup>2</sup> Vgl. Berthold Missiaen, *L'appauvrissement des masses* (1911).

zählte, darf heute jedenfalls nicht mehr von der „ehernen Notwendigkeit“ sprechen, mit der diese Tendenz sich durchsetzte. Das Proletariat ist keineswegs mehr „das seines Elends bewußte Elend, die ihrer Entmenschung bewußte und darum sich selbst aufhebende Entmenschung“<sup>1</sup>. In weitem Umfange zeigte sich zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine erfreuliche Verbesserung in der Lage der arbeitenden Klassen<sup>2</sup> durch die sozialpolitische Gesetzgebung (Schutzgesetze und Versicherungsgesetze), durch Gewerkvereine usw., eine Verbesserung, die auch von den Sozialisten nicht bestritten werden konnte<sup>3</sup>, die aber auf der andern Seite direkt die mit der Ausbeutungstheorie innig verbundene Marxsche Verelendungstheorie widerlegte, und zeigte, daß die Verelendung keineswegs kraft unabänderlicher, der kapitalistischen Epoche immanenter Entwicklungsgesetze naturnotwendig voranschreiten muß<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> Nachlaß I 397; II 132 f. 185. Auf Amerika paßt die marxistische Gleichsetzung von Proletariat und modernem Sozialismus nicht. Und selbst in den Ländern, wo der Sozialismus sich machtvoll entwickelte, haben große Teile des Proletariats den Sozialismus abgelehnt. Man denke an die christliche Arbeiterbewegung, an jene Teile des Proletariats, die den nationalen vaterländischen Gedanken vertreten, an die „wirtschaftsfriedlichen“ Gruppen. Auch die „freien“ Gewerkschaften lösten sich von der marxistischen Theorie los und verfolgen heute weniger eine sozialistische als eine gewerkschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik (Briefs). Man mag ferner über „Kapitalismus“, Kapitalakkumulation, Konzentration denken, wie man will, jedenfalls steht die Tatsache fest, daß in dem hochkapitalistischen Nordamerika der Sozialismus nicht als unausbleibliche Reaktion gegen den Kapitalismus eine Rolle spielte. Ohne die amerikanischen Verhältnisse darum als Ideal hinzustellen, muß man zugeben, daß wenigstens dort der Kapitalismus die große Masse der Lohnarbeiter nicht in eine solche Lebenslage gebracht hat, die sie anderswo dem Sozialismus in die Arme trieb. Sombart führt als Gründe, warum Amerika keinen Sozialismus habe, folgende an: Der Arbeiter sei in Amerika politisch Vollbürger wie jeder Besitzende, er habe Nutzen von seinen Wahlmöglichkeiten zwischen den beiden großen Parteien durch das „System of questioning candidates“, er habe ungeschmälerte soziale Geltung und Eingliederung, es fehlten die den Arbeiter bedrängenden industrie-feudalen Aspirationen der Unternehmerschaft, wirtschaftlich sei seine Lage besser als die des europäischen Arbeiters: vor allem habe er zunächst durch die Heimstätten-gesetzgebung die Möglichkeit einer „Flucht ins Freie“ gehabt: im Westen als Landwirt sich anzusiedeln. Wie dem immer sei: Marx täuschte sich, wenn er den Sozialismus als notwendige und darum allgemeine Reaktion gegen die kapitalistische Produktion auffaßte. Auf die unbedeutende, erst seit 1905 in Amerika entstandene revolutionäre Gewerkschaftsbewegung mit radikalen Tendenzen L. W. W. kann man sich nicht berufen. Dazu gehören fast nur ungelehrte, aus fremden Erdteilen zugewanderte Arbeiter der niedersten Stufe, mit denen die alten amerikanischen Gewerkschaften nichts zu tun haben. Vgl. Briefs, Über das Verhältnis des Proletariats zum Sozialistischen, Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 3 (1923) 100 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Hitze, Die Arbeiterfrage, insbesondere den Anhang: Die Arbeiterfrage im Lichte der Statistik (1904).

<sup>3</sup> Vgl. Kapital I<sup>4</sup> 259 266 über die englische Fabrikgesetzgebung.

<sup>4</sup> Der Marxismus lehrte eine absolute Verelendung. Vgl. z. B. Kommunistisches Manifest 17: „Der moderne Arbeiter sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner Klasse herab.“ Es handelt sich um eine „Tendenz“ der mit naturgesetzlicher Notwendigkeit fortschreitenden Entwicklung. Vgl. Kapital I<sup>4</sup> VI.

Die Löhne waren gestiegen, die Verhältnisse in der Fabrik besser geordnet, der Gesundheit, dem Leben, der Sittlichkeit war ein wirksamerer Schutz zuteil geworden<sup>1</sup>. In den verhängnisvollen Wechselfällen des Lebens fand der Arbeiter in mannigfacher Hinsicht Hilfe und Unterstützung. Gewiß, es fehlte noch manches<sup>2</sup>. Aber besser geworden war es ohne Zweifel<sup>3</sup>. Und was speziell die „Freisetzung der Arbeiter“, deren Verdrängung durch Einführung neuer Maschinen betrifft, so kann doch nicht bestritten werden, daß hier in etwa wenigstens ein Ausgleich geschaffen wurde, so z. B. durch intensiveren Betrieb im Bergbau, in der Maschinenindustrie und den dazu gehörigen mechanischen Werkstätten, daß die Entwicklung der Technik zur größeren Ausdehnung oder auch zur Spaltung und Spezialisierung früherer Produktionszweige, zur Ausbildung ganz neuer industrieller Unternehmungen und damit wiederum zur Verwendung zahlreicher Arbeitskräfte geführt hatte usw.

II. Die Krisentheorie und das Konzentrationsgesetz sind nicht besser begründet als die Verelendungstheorie. Vor allem ist es unrichtig, daß die Anarchie der Produktion, die Überproduktion und die als periodisch bezeichneten Krisen naturnotwendig mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und mit der Warenproduktion als solcher verbunden seien. Im Mittelalter bestand beides ohne Anarchie. Woher die Anarchie kommt und was sie sei, das wußten die Sozialisten ganz wohl, als sie auf dem Parteitag zu St. Gallen 1887 die anarchistische Lehre von der absoluten Selbständigkeit des Individuums verwarfen. Nicht die Warenproduktion

<sup>1</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften I<sup>2</sup>: Artikel „Arbeitslohn“; III<sup>8</sup> Artikel: „Einkommen“: für Preußen: Statistisches Jahrbuch 1908 und 1909; Neuhaus, Die Bewegung des steuerpflichtigen Einkommens in Preußen von 1895 bis 1905, in Soziale Kultur XXVI (1906) 252 usw. Bernstein (Voraussetzungen des Sozialismus 50) sagt: „Es ist durchaus falsch, anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung (vor dem Weltkrieg) eine relative oder gar absolute Verminderung der Besitzenden aufweist. Nicht ‚mehr oder minder‘, sondern schlechtweg mehr, d. h. absolut und relativ wächst die Zahl der Besitzenden.“ Interpretationen, welche die Verelendungstheorie umdeuten wollen, als handle es sich dabei nicht um die „tatsächliche Verelendung, sondern um ein „Streben nach Verelendung“ Mehring, oder um die Unmöglichkeit für den Arbeiter, „wirtschaftlich selbständig zu werden“ W. Liebknecht), beweisen nur allzu deutlich den Zusammenbruch der eigentlichen Marxschen Verelendungstheorie. R. Calwer bezeichnet es als „Ergebnis seiner Rechnung“: „Der Nominallohn des in berufsgenossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Vollarbeiters ist seit 1895 um rund 37–38%, das Warenpreisniveau in der nämlichen Zeit um rund 25% gestiegen. Die Differenz zwischen beiden Steigerungsziffern gibt die Bewegung des Reallohnes an, der seit 1895 bis einschließlich 1906 um ca. 12–13% oder im Durchschnitt jährlich um 1% zugenommen hat“ Sozialistische Monatshefte 1908 I 479). Vgl. auch Ashley, Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert (1906); V. Cathrein, Sozialismus<sup>10</sup> (1910) 259 ff. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVII (1908) 832 f. usw.

<sup>2</sup> Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform? (1903) 5 ff.

<sup>3</sup> Hitze, Wuermeling und Faßbender, Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik (Kritik der Bernhardschen Schrift: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik) (1913).



an und für sich, sondern die absolut freie Konkurrenz, die atomisierenden Tendenzen des ökonomischen Individualismus schaffen die Anarchie. Demgegenüber hilft keineswegs eine Vergesellschaftung der Produktion, sondern jedenfalls viel entsprechender eine den Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßte Vergesellschaftung der Produzenten. Von einer absoluten Organisationsunfähigkeit des privaten Unternehmertums kann nur der reden, der die Augen verschließt gegenüber gewissen Tendenzen, welche in der wirklichen Welt in die Erscheinung treten (Kartellwesen)<sup>1</sup>. Auch sind die sozialistischen Angaben über „periodisch“ wiederkehrende Krisen (etwa alle zehn Jahre) durch die Tatsachen widerlegt worden. Ebenfalls die Akkumulation des Besitzes und die Konzentration des Betriebes in der gegenwärtigen Gesellschaft entspricht nicht der Marxschen Schilderung. Der plutokratische Prozeß der Scheidung des Volkes in ein massenhaftes Proletariat und in wenige Überreiche war in der Vorkriegszeit keineswegs so allgemein und so weit fortgeschritten, wie der Sozialismus uns glauben machen wollte. Es existierte noch ein kräftiger Mittelstand, dessen Lage durchaus nicht als eine hoffnungslose bezeichnet werden konnte. Speziell für den Ackerbau besteht kein Konzentrationsgesetz; im Gegenteil geht hier die vorherrschende Tendenz auf Verkleinerung der großen Betriebe, einmal wegen der zunehmenden Intensität des Betriebes, dann auch wegen der wachsenden Ansprüche der Arbeiter<sup>2</sup>. Intensive Bewirtschaftung des Ackers und geordnete Viehpflege erfordern individuelle Behandlung, die ein sehr großer Betrieb nicht bieten kann. Auf dem agrarischen Gebiete stellten sich also der Konzentration große technische und wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Weg. Aber auch die Lage des Handwerks war keineswegs verzweifelt und hoffnungslos. Mochten immer einige Handwerke verschwinden, andere ließen sich erhalten, und wieder andere zerlegten sich in verschiedene neue Handwerke. Daß die großen Dampfmaschinen ewig alles überflügeln, ist ebensowenig durch immanente Gesetze der Entwicklung zu erweisen, wie daß die Dampfkraft stets die einzige oder

<sup>1</sup> Die Nachkriegszeit mit ihrem wirtschaftlichen Niederbruch und ihrer massenhaften Arbeitslosigkeit mag vielleicht der selbst von Sozialisten preisgegebenen Krisentheorie neue Anhänger erwerben. Vgl. „Was ist Marxismus?“, Vorwärts 40 1923 Nr. 531, 13. November.

<sup>2</sup> Vgl. Soziale Praxis VII, Nr. 25, 643 ff.; Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert 1870; Hitze, Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung, insbesondere Anhang: Die Arbeiterfrage im Lichte der Statistik 41 ff.; Kapital und Arbeit 1880 312 ff.; Herkner, Die Arbeiterfrage<sup>2</sup> 1897 227 ff.; <sup>3</sup> 1902 75 ff.; <sup>5</sup>(1908) 425 ff.; Sering, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland 1893 62 ff.; Referat in den Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik 1893 138 f.; G. Adler, Grundlagen der Karl Marxschen Kritik 1887 10 ff.; v. Vollmar, Zur Streitfrage über den Staatssozialismus, in der Neuen Zeit XI 196; Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus (1899), und seine Aufsätze in der Neuen Zeit XVI; Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1897 426 ff.; David, Sozialismus und Landwirtschaft 1903 21 ff. 56 ff. usw.

erste der gewerblichen Produktion dienstbare Kraft bleiben wird. Einzelne Sachverständige haben der Elektrizität eine große Zukunft verheißen und in ihrer dezentralisierten Verwendung den Ausgangspunkt einer neuen Epoche mit vielen selbständigen Kleinmeistern erschauen wollen.

Gerade der verständige Arbeiter aber selbst dürfte auch sonst noch gar manches am Sozialismus auszusetzen haben. Vor allem wird es ihm widersinnig erscheinen müssen, daß der Sozialismus auf einem so schwachen Fundament aufgebaut wurde, wie die materialistische Weltanschauung es darstellt. Was dem Arbeiter fehlt, ist, daß er wieder als Mensch, als Persönlichkeit, anerkannt werde, nachdem er bisher nur als Ware gegolten. Der Materialismus macht aber keinen wesentlichen Unterschied zwischen Geist und Stoff. Es hat daher eine ganz andere Bedeutung, ob der christliche Sozialpolitiker oder ob der Sozialist den Arbeiter einen Menschen nennt, für seine Menschenrechte kämpft. Allerdings hofft der Sozialismus, daß der materialistisch gesinnte Arbeiter nach Preisgabe der Jenseitshoffnung sich mit um so größerer Energie dem Diesseitsstreben hingeebe. Seine Leidenschaften werden geweckt, seine Begierden bis ins Maßlose gesteigert. Das gilt, wie Kautsky in seiner Interpretation des Erfurter Programms ausführt, zum großen Teil als „Hebung“ des Arbeiters in der gegenwärtigen Ordnung, so wie der Sozialismus sie versteht. Diese „Hebung“ ist also im Sinne des Sozialismus weniger eine ökonomische als eine „moralische“, d. h. sie ist gleichbedeutend mit dem Erwachen und dem steten Wachstum der Begehrlichkeit. Sie wächst rascher, als die mit der heutigen Ausbeutungsweise verträglichen Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage zunehmen können. In dem sozialistischen Zukunftsstaat „ergibt sich von selbst die Beschränkung der Ansprüche der Arbeiter auf das mit den vorhandenen Mitteln zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse vereinbarte Maß“<sup>1</sup>. Natürlich! So hofft man. Aber diese Hoffnung dürfte sich als eitel erweisen. Das an maßlose Begehrlichkeit gewöhnte Volk wird nicht so schnell zur Mäßigung seiner Begierden bestimmt. Ein vernichtender Zorn wird sich vielmehr gegen die Führer und Verführer erheben, die nicht alle Wünsche zu befriedigen imstande sind. Sie werden dann als die müßigen „Drohnen“ erscheinen, da die sozialistische Menge jeden Maßstab und jede Fähigkeit richtiger Einschätzung geistiger Arbeit in der Geschäfts- und Gesellschaftsleitung eben durch die sozialistische Theorie verloren hat. Unklug war es ferner, eine Entwicklungslehre aufzustellen, welche konsequent festgehalten, für die gegenwärtige Ordnung jede Hoffnung der Besserung abschnitt. Hieraus mußten sich mit Notwendigkeit Schwierigkeiten ergeben, da es psychologisch widersinnig war, den Arbeiter durch maßlose Kritik bis zum äußersten mit den heutigen Verhältnissen unzufrieden zu machen und für die Hoffnung der Besserung lediglich auf die Zukunft zu verweisen.

Töricht war es sodann, die Arbeiterklasse ganz ausschließlich zum Träger und Zielpunkt des Fortschritts zu machen, die „versinkenden Mittelschichten“ der Kleinbürger aber hoffnungslosem Untergang zu überantworten. Oder kann es diesen genügen, im Zukunftsstaat Proletarier zu werden? Sie dürften es jedenfalls vorziehen, in der Gegenwart ihre Selbständigkeit zu bewahren und zu befestigen. Sie werden im Sozialismus nicht minder ihren Todfeind erblicken als in der individualistischen Freiwirtschaft; müssen sie ja doch in dem „proletarischen Klassenkampf“ nicht die Befreiung von der drückenden Herrschaft des Großkapitals.

<sup>1</sup> Kautsky, Erfurter Programm 241 f.

sondern ihr eigenes Verderben erkennen, den Versuch einer Proklamierung der einseitigsten Klassenherrschaft des Proletariats — trotz aller Deklamationen von der Beseitigung jeder Klassenherrschaft im Eldorado des Zukunftsstaates.

12. Der „Zukunftsstaat“ oder die „Zukunftsgesellschaft“! Innerhalb dieses Zukunftsstaates spielt natürlich die Religion keine Rolle mehr. Der Atheismus beherrscht völlig die Geister. Auch die Familie, die Mutterliebe und Vatersorge, weicht zurück vor der gesellschaftlichen Erziehung der Jugend. Doch sehen wir ab von diesen und ähnlichen zum Teil bestrittenen Momenten, fassen wir hier nur die wirtschaftliche Seite des neuen Dorados ins Auge.

Ist die geschichtliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zur Reife gelangt, dann wird die „kapitalistische Hülle“ gesprengt, es werden alle Produktionsmittel in der Hand des Staates zentralisiert, d. i. zunächst in der Hand des als politisch herrschende Klasse organisierten Proletariats. Hat die proletarische Diktatur ihren Zweck erfüllt, die Überführung des privatkapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches Eigentum vollzogen, dann schwinden alle Klassenunterschiede: es ist die einzige große Wirtschaftsgenossenschaft — die Gesellschaft — alleinige Eigentümerin der Produktionsmittel, alleinige Leiterin der Produktion, alleinige Verteilerin der Produkte<sup>1</sup>. Der Staat hört auf, die öffentlichen Gewalten verlieren ihren politischen Charakter. Es handelt sich also hier nicht um eine „Verteilung der Güter“ schlechthin; es wird nicht das Privateigentum an den Genußmitteln, sondern lediglich an den Produktionsmitteln, nicht das Kapital, wohl aber der private Kapitalbesitz beseitigt sein. Die Gesellschaft — ein Verein freier Menschen — verfügt über die gemeinschaftlichen Produktionsmittel, macht den Produktionsplan, verteilt die Arbeit und gibt die vielen individuellen Kräfte als die eine, d. i. ihre eigene, gesellschaftliche Arbeitskraft aus. Die Bestimmung der Arbeit ist nicht individuell, sondern gesellschaftlich, das Gesamtprodukt gesellschaftliches Produkt. Nach Abzug dessen, was zur Fortsetzung der Produktion usw. nötig ist, wird es in der ersten Phase nach Maßgabe der Leistungen verteilt, in der höheren Phase

<sup>1</sup> „Ein System sozialen Eigentums ohne Kapital und Tausch, wie es dem Kollektivismus vorschwebt, ist kein Endpunkt, sondern ein Ausgangspunkt, es hat häufig als Urzustand existiert, ohne heiläufig zu verhindern, daß es Arme und Untergebene gab. Es ist der Keim, aus dem sowohl die Vielfältigkeit der Existenzformen, der Gruppenbildungen, der Organe des sozialen Lebens, der Sphären des Wirtschaftslebens, wie die unendliche Elastizität, die freie Mannigfaltigkeit des modernen Staates hervorgegangen sind. Der Kollektivismus negiert auf diese Weise selbst das Gesetz der Entwicklung, auf das er sich beruft.“ So Adolphe Prins, *De l'esprit du gouvernement démocratique*, *Essai de science politique* (1906). Auch die Idee, daß in Zukunft an Stelle des Einzelhaushaltes ein gemeinsamer Haushalt mit gemeinsamer Küche und Kindererziehung treten werde, entspricht nicht dem „Gesetz der Entwicklung“. So etwas mag es in primitiveren Zeiten gegeben haben. Die Kultur hat zur Differenzierung und Individualisierung geführt (Schmoller).



der sozialistischen Gesellschaft nach Maßgabe der Bedürfnisse, derart, daß für den einzelnen kein Reinertrag übrig bleibt, welcher ihm Macht über fremde Arbeit geben könnte<sup>1</sup>.

Kann eine solche Gesellschaft Aussicht auf längeren Bestand haben? Wahrhaftig nein! Daß in einer auf Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaftsordnung, wie wir an anderer Stelle darlegten<sup>2</sup>, der Eigentümer mit den Produktionsmitteln haushält, daß er, um größeren Gewinn zu machen und der Konkurrenz die Spitze zu bieten, sich beeilt, alle technischen Verbesserungen in Anwendung zu bringen, daß er mit Aufbietung seiner ganzen geistigen und körperlichen Kraft voranzukommen strebt, das versteht sich leicht und ist durch die Erfahrung erwiesen. Allein in dieser kommunistischen Gesellschaft? Da sind die Produktionsmittel Gesamtgut, und das Sprichwort sagt nicht mit Unrecht: Gesamtgut — verdammt Gut! Da kann das Arbeitspensum zum Zweck der Einführung technischer Verbesserung nicht so leicht erhöht werden, wenn die Mehrheit sich nicht willig zeigt. Jedenfalls ist es schwierig, langwierig, im Erfolge zweifelhaft, technische Veränderungen von einem Plebiszit abhängig zu machen oder einer widerstrebenden Menge aufzuzwingen. Zur Produktion gehört eine Initiative, die heute der Unternehmer gibt, die aber bei gesellschaftlicher Produktion nicht ersetzt werden könnte. Da fehlt jeder persönliche Antrieb zu höherer Kraftanstrengung, weil für den einzelnen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ausgeschlossen bleibt. Die Trägheit<sup>3</sup> hält aber jedenfalls bei vielen Menschen dem Ehrgeiz die Wage, und wer hoffen wollte, daß der Gemeinsinn, die Liebe zur allgemeinen Wirtschaftsgenossenschaft, „Gesellschaft“ genannt, ohne den Druck der Konkurrenz usw. viele Schweißtropfen auszupressen instande sein werde, der muß jedenfalls ein schlechter Psychologe sein. Überdies dürfte eine „Gesellschaftsordnung“ im Sinne des Sozialismus gar bald zum Gegenstand des allgemeinsten Hasses werden. Oder würden sich die Menschen eine Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, die im schneidendsten Gegensatz steht zu

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Marx, Kommunistisches Manifest<sup>3</sup> 13 f.; Kapital I<sup>4</sup> 45 727 f.; II 468; Kritik des Gothaer Programmentwurfs, in der Neuen Zeit XI 557 f.; Engels, Dühring<sup>3</sup> (1894) 297 f. 302 ff. 344. Auch Cabet schreibt auf dem Titelblatt seiner „Voyage en Icarie“: „À chacun suivant les besoins, de chacun suivant ses forces“, und Louis Blanc im Nouveau Monde vom 15. Juli 1850, S. 4: „De chacun selon ses facultés, à chacun selon ses besoins.“

<sup>2</sup> Siehe oben S. 207 ff.

<sup>3</sup> Der Zukunftsstaat würde sehr bald mancherlei bittere Enttäuschungen bringen. Wenn z. B. der Bergarbeiter Lotz, der in den von Ad. Levenstein herausgegebenen Arbeiterbriefen (Aus der Tiefe 72) meint, die schwere Arbeit des Bergmanns werde im Wegfall kommen, so mußte er sich von dem Genossen L. Quessel (Sozialistische Monatshefte 1909, 819) sagen lassen, daß diese Hoffnung „der utopischen Gedankenwelt des sozialistischen Revolutionarismus“ angehöre, und daß „eine sozialistische Organisation der Gesellschaft die Gesamtsumme der in Gruben und Bergwerken zu verrichtenden Arbeit wahrscheinlich noch vergrößern müßte“.

den klarsten, berechtigtesten Ansprüchen der menschlichen Natur, auch nur für kurze Zeit gefallen lassen? Wer das erwarten wollte, der kennt den Menschen nicht, kennt nicht die eruptive Gewalt, mit der Gerechtigkeitssinn und Freiheitsbedürfnis gegen Mißachtung und Unterdrückung sich erheben. Die ökonomische Selbständigkeit ist wesentlicher Bestandteil der bürgerlichen Freiheit. Sie bleibt das Ziel des Strebens, nach dessen Erreichung jeder verlangt. Wer dieses Ziel gewonnen, wer auch nur einen kleinen Acker, ein enges Haus sein eigen nennt, der hängt an diesem seinem Gute wie an seinem Lebensglück. Um jenen Drang nach Selbständigkeit zu bannen, dazu bedürfte es noch mehr als einer fortgesetzten brutalen Tyrannei. Und wer würden denn die Männer sein, welche die sozialistische Wirtschaftsgenossenschaft zu leiten hätten? Etwa einstimmig gewählte Vertreter des ganzen Volkes? Gewiß nicht, sondern die Sieger im Wahlkampfe. Von diesen Vertretern einer bloßen Majorität also abhängig sein, wie der Sklave abhängig war von seinem Herrn<sup>1</sup>, abhängig sein bis auf das Stück Brot hinab, das man in den Händen hält, ein Leibeigener der „Gesellschaft“, in Wirklichkeit einer triumphierenden Majorität, sein müssen, von den Leitern der Gesellschaft nicht nach dem einzig gerechten Maße seiner Leistungen und Fähigkeiten, sondern nach dem Maße der gnädig oder ungnädig bemessenen „vernunftgemäßen Bedürfnisse“ zum Mitgenuß an den materiellen Gütern berufen werden — wo ist der Mensch, der noch eine Spur von Freiheitssinn und Gerechtigkeitsgefühl besäße und dessen ganzes Innere bei dem bloßen Gedanken an so unsägliche Schmach sich nicht aufbäumte? Das sind keine Übertreibungen unsererseits. Wir haben nur Momente berücksichtigt, die sich aus dem Wesen jeder kommunistischen Gesellschaftsordnung ergeben müssen. Heute verfügt auch der Arbeiter wenigstens insofern über ökonomische Selbständigkeit, als er frei seinen Beruf wählt und dem Arbeitgeber gegenüber Kontrahent ist, und wenn es ihm bei dem einen Arbeitgeber zu hart wird, so kann er zu einem andern gehen. In der sozialistischen Gestaltung aber gibt es, wie wir sahen, nur einen Herrn, die „Gesellschaft“, einen Herrn, der Beruf und Arbeit verteilt, einen Herrn, dem gegenüber der Arbeiter nicht freier Kontrahent, sondern in Wirklichkeit Untertan ist, wenn ihm auch ein so und so viel Millionstel Souveränität zugesprochen wird. Mit Recht sagt Schäffle<sup>2</sup>: „Die Freiheit der Bedarfsbestimmung ist sicherlich die unterste Grundlage der Freiheit überhaupt. Würden die Lebens- und Bildungsmittel etwa von außen her und einem jeden nach seinem Bedarfsschema zugemessen, so könnte niemand nach seiner Individualität leben und sich ausbilden:

<sup>1</sup> Vgl. Jean Bourdeau, *Entre deux servitudes* 1910: Im Sozialismus befinden sich ebensoviele Elemente der Herrschaft wie im Kapitalismus. Der deutsche Sozialdemokrat begeisterte sich für die Demokratie, die er noch nicht kannte. Der Franzose kennt sie, und seine Liebe zu ihr beginnt zu erkalten.

<sup>2</sup> Die Quintessenz des Sozialismus<sup>7</sup> (1879) 23 ff. 25.

es wäre der Brotkorb der Freiheit beseitigt. . . . Die eine praktische Grundfreiheit, die privaten Einkünfte nach freiem Belieben individuell zu verwenden, wäre allein uns für alle möglichen Vorteile der Sozialreform zusammen nicht feil.“ Die Verteilung der Produkte aber müßte notwendig, wie Marx selbst zugesteht<sup>1</sup>, in der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft eine Verteilung nach den Bedürfnissen sein, also nicht nach Leistungen, wie die Gerechtigkeit es verlangt; denn dabei würde es wieder Unterschiede des Einkommens geben, weil ja die Fähigkeiten, darum die Leistungen, notwendig verschieden sind. Derartige Unterschiede des Besitzes aber vertragen sich nicht mit dem Wesenselement einer kommunistischen Gesellschaft, mit der Gleichheit<sup>2</sup>. Und wer bemißt die Bedürfnisse? Soll die Bemessung der Willkür und der Begehrlichkeit überlassen bleiben? Dann wären auch die reichsten Vorräte bald erschöpft. Es wird also eine offizielle Bedarfsbestimmung Platz greifen müssen und schließlich vielleicht gar eine offizielle Regulierung der Volksvermehrung, da andernfalls — mit dem Wegfall der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit der einzelnen beim Eheschluß und mit der Versorgungspflicht der Gesellschaft für alle — der Mitesser wohl bald zu viele würden! Das sind gewiß noch lange nicht alle Bedenken, welche gegen die Zukunftsstaatsidee ins Gefecht geführt werden können. Aber sie genügen schon, um die kommunistische Gesellschaftsordnung in der Tat als eine Utopie erkennen zu lassen<sup>3</sup>.

**13. Revisionismus (Reformismus). Neu-Marxismus.** Alle jene oben aufgeführten Momente hatte die wissenschaftliche Kritik bereits zur Geltung gebracht, als einer der hervorragendsten theoretischen Vorkämpfer des

<sup>1</sup> Vgl. Neue Zeit XI 557 ff.

<sup>2</sup> Der Marxistische Sozialismus geht nicht von der „Gleichheit“ als einem rechtsphilosophischen Prinzip aus, wie die älteren Sozialisten. Aber die Gleichheit ist doch für ihn Ziel der Entwicklung und in der Zukunftsgesellschaft mit der „Aufhebung aller Klassenunterschiede“ gegeben. Vgl. Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (1886/96. Marx und Engels waren zurückhaltend in der Ausmalung des Zukunftsstaates, nicht so Bebel Die Frau. 141. bis 146. Tausend, 1918), obwohl auch er für seine Darstellung nicht absolute Gewißheit beansprucht. Kautsky (Die soziale Revolution) will keine „Rezepte für die Garküche der Zukunft“ bieten. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel aber gilt auch ihm als Hauptweg der Sozialisierung (Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm [1919]; Was ist Sozialisierung? [1920]<sup>2</sup>). Neuerdings urteilte Kautsky Die proletarische Revolution und ihr Programm [1922]<sup>2</sup>. Vgl. auch Dietzgen, Kapitalismus und Sozialismus nach neu-marxistischer Orientierung. Neue Zeit Nr. 16/17 [1923]), der Sozialismus werde auf Jahrzehnte nur Aussichten haben als „Demokratisierung des autokratischen Kapitalismus“, ohne Schädigung der sachkundigen Initiative des Unternehmers usw. Ballod (Der Zukunftsstaat [1919]) versucht zu beweisen, daß durch Anwendung der geeignetsten Maschinen und Verfahrensarten nach einheitlichem Plan, bei weitgehender Konzentration der Betriebe, der Sozialstaat schon bald möglich sei.

<sup>3</sup> Vgl. „Arbeiterwohl“. „Undurchführbarkeit des wirtschaftlichen Programms des Sozialismus“, Jahrg. 1891, 89—93; Cathrein, Sozialismus.



Marxismus die gegnerischen Einwendungen offen als berechtigt und begründet anerkannte: „Es war, glaube ich, Marx selbst, der einmal mit Bezug auf die Schicksale von Theorien schrieb: ‚Moors Geliebte kann nur durch Moor sterben.‘ So können die Irrtümer einer Lehre nur dann als überwunden gelten, wenn sie als solche von den Verfechtern der Lehre anerkannt sind.“ Eduard Bernstein hat diese Worte auf sich selbst angewandt, indem er in seiner Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“<sup>1</sup> den bisher von ihm verfochtenen Marxismus als wissenschaftlich unhaltbar seinerseits preisgab.

Schon vor dem Auftreten Bernsteins gab es scharfe Gegensätze innerhalb der sozialistischen Partei. Erwähnt sei vor allem

*die Gegnerschaft zwischen Karl Marx und Ferdinand Lassalle.*

1. politisch: Lassalle war national, Marx international gesinnt: für Lassalle war der demokratische Staat Ziel, für Marx nur Übergangsstufe zur kommunistischen „Gesellschaft“; 2. wirtschaftlich: Marx sah in dem Lassalleschen „ehernen Lohngesetz“ einen „empörenden Rückschritt“, ihm galt nicht die Erlangung des „vollen Arbeitsertrags“ als Ziel, sondern die Verteilung der Genußgüter nach dem Bedürfnis als schließliches Verteilungsprinzip; Marx verurteilte die von Lassalle geforderten Produktivassoziationen (mit Staatshilfe als doktrinaire Experimente. Dann der heftige

*Kampf um die Taktik*, die ganz von selbst aus dem innern Widerspruch zwischen der behaupteten „naturnotwendigen Entwicklung“ einerseits und der geforderten freien Tätigkeit des Proletariates zum Zwecke seiner Emanzipation anderseits sich ergeben mußte. 1. Die „Alten“ und die „Jungen“: letztere kämpften gegen den Parlamentarismus, die „possibilistischen“, kleinbürgerlichen Reformbestrebungen. 2. Vollmars Abfall vom strengen Marxismus: das kommunistische Endziel in grauer Ferne, die Hauptsache sei Reform innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zum Zweck der wirklichen Hebung der Arbeiterklasse allen Theorien über die „naturnotwendig fortschreitende Verelendung“ zum Trotz: Staatssozialismus, Bewilligung des Budgets. 3. Die Gewerkvereine (Legien u. a.) erstrebten siegreich ebenfalls in der Gegenwart eine tatsächliche und durchgreifende Verbesserung der Lage der Arbeiter, während sie nach Ansicht streng marxistisch gesinnter Führer lediglich Agitationsvereine sein sollten. Kampf um die Organisationsform, ob Lokal- oder Zentralverbände; Sieg der letzteren und der reformerischen Richtung.

Weitere Verschärfung des Gegensatzes zwischen der reformerischen und der revolutionären Richtung brachte

der *Kampf um verschiedene Spezialfragen*: 1. die Agrarfrage. Vollmars Referat zu Gunsten des Kleinbetriebes: Reformvorschläge auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung: erfolglose Versuche, ein sozialistisches Agrarprogramm aufzustellen. 2. Frage der Schutzzollpolitik und der Handels-

<sup>1</sup> (1899) 19, 13. Tausend 1909. Vgl. außerdem die Schriften Bernsteins: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“ 1901, und „Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus, gesammelte Abhandlungen“ 1901; 1904. Über verschiedene Strömungen in der sozialistischen Partei namentlich auch der französischen vgl. Edgar Milhaud, *La tactique socialiste et les décisions des congrès internationaux* 1905. Milhaud war staatlich angestellter Professor der Nationalökonomie (Genf) und zugleich praktischer Sozialist.

verträge. Nach Marx beschleunigt die Handelsfreiheit die volle Entwicklung und damit den Untergang der kapitalistischen Gesellschaft. Allein es erhoben sich unter den Sozialisten Stimmen zu Gunsten der Industriezölle im Interesse der Arbeiter selbst. Die Trusts und Kartelle fanden nebst der Kolonialpolitik sozialistische Verteidiger. 3. Auch trat eine teilweise oder völlige Änderung der Anschauungen ein in Bezug auf den Militarismus, die Beteiligung an den Landtagswahlen, Kompromisse mit andern Parteien. 4. Streitigkeiten über den Generalstreik usw. 5. Streit zwischen Zentralisten und Föderalisten in der Internationale<sup>1</sup>. Es folgte dann später die Empörung der „Unabhängigen“ gegen die „Mehrheitssozialisten“, Entstehung des „Spartakusbundes“ (Kommunistische Partei) usw.

Theoretisch bedeutsamer aber als diese Kämpfe war Bernsteins Kritik an den grundlegenden Sätzen des marxistischen Sozialismus<sup>2</sup>. Die Frage wurde aufgerollt, ob der Marxismus, wie er liegt, auch fürderhin das wissenschaftliche System bleiben könne, auf welches die Sozialdemokratie sich stütze, und diese Frage wurde verneint. Den nächsten Anlaß zu der prinzipiellen Auseinandersetzung bot eine Polemik mit Belfort-Bax. Dieser forderte die grundsätzliche Bekämpfung jeder auf Erweiterung der Märkte abzielenden Kolonialpolitik. Vom marxistischen Standpunkt aus war das ganz richtig gedacht. Denn bei der Untergrabung des innern Marktes durch die Kapitalbildung (Minderung der Konsumtionsfähigkeit der Massen, Ausbeutungsgesetz) bedeutete die Ausdehnung des äußern Marktes jedesmal wieder eine Gnadenfrist für die bürgerliche Gesellschaft. Bernstein dagegen hoffte von einer geschickten Kolonialpolitik Vorteile für die Arbeiter. Deshalb griff er die Voraussetzungen der Baxschen Beweisführung, d. i. den Marxismus selbst an<sup>3</sup>.

Eduard Bernstein wurde zu Berlin am 6. Januar 1850 als Sohn eines israelitischen Lokomotivführers geboren. Er besuchte das Friedrichswerdersche Gymnasium und wurde dann Bankbeamter. 1872 schloß er sich der sozialdemokratischen Partei an. 1878—1881 war er Sekretär bei dem sozialistischen Privatgelehrten

<sup>1</sup> Dieser Streit führte zum Untergang der 1864 noch von Marx begründeten ersten Internationale. Seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kam es zu neuen internationalen Kongressen. Diese zweite Internationale brach 1914 mit dem Beginn des Weltkrieges zusammen. In der dritten Internationale spielte der russische Kommunismus eine große Rolle (2. Kongreß in Moskau, August 1920). Auf dem deutschen Kongreß der Unabhängigen zu Halle Oktober 1920 führte das zur Spaltung.

<sup>2</sup> Eine beachtenswerte wissenschaftliche Kritik des Marxismus bietet auch Michael Tugan-Baranowsky in seiner Schrift über die „Theoretischen Grundlagen des Marxismus“ 1905. Die Bedürfnisse im weitesten Sinne gelten ihm als treibende Mächte der sozialen Entwicklung, weil sie eben dem menschlichen Willen die Motive bieten. Auch die Religion ist dabei nicht ausgeschlossen; ja sie „war immer und bleibt bis auf heute eine der größten Triebkräfte der Geschichte“ (a. a. O. 41 ff. 75.). Die Wert- und Mehrwertlehre werden zurückgewiesen, ebenso sehr entschieden die Zusammenbruchstheorie. Dennoch bleibt Tugan-Baranowsky davon überzeugt, daß der Kapitalismus dem Sozialismus weichen werde.

<sup>3</sup> Zunächst in Aufsätzen der Neuen Zeit 1896—1898. Diese sind wieder abgedruckt in dem Buche „Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus“ (1902) 167—286.

Karl Hochberg, von 1881 bis 1890 (während des Sozialistengesetzes) Redakteur des „Sozialdemokrat“ in Zürich. Von dort ausgewiesen, wandte er sich nach London, wo er viel mit Marx und Engels verkehrte. 1901 erlaubte die deutsche Polizeibehörde seine Rückkehr nach Deutschland.

Bernstein verwarf zunächst die materialistische Weltanschauung. Fort mit dem Materialismus, zurück zu Kant! — das war seine Parole. Auch die materialistische Geschichtsauffassung fand in ihrer schroffen Formulierung bei Bernstein keine Gnade. Die jeweiligen materiellen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse stellen nach Marx den die historische Entwicklung letztlich bestimmenden Faktor dar. Dabei steht alles unter der Herrschaft einer naturgesetzlichen Notwendigkeit. Bernstein aber vermüßte in der Geschichte, wie sie wirklich ist, die Spuren jener starren Notwendigkeit.

„Aller historische Materialismus hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß es Menschen sind, die ihre Geschichte machen, daß die Menschen Köpfe haben, und daß die Disposition der Köpfe keine so mechanische Sache ist, um lediglich durch die Wirtschaftslage regiert zu werden.“<sup>1</sup> Andere Mächte, außer den ökonomischen, beeinflussen das Leben, und auch den ökonomischen steht der Mensch mit wachsender Einsicht um so freier gegenüber. So ist er zum Herrn der Natur geworden durch Kenntnis der Gesetze der Natur, und so wird er zum Herrn der ökonomischen Welt. „In je höherem Grade neben den rein ökonomischen Mächten andere Mächte das Leben beeinflussen“, sagt Bernstein, „um so mehr verändert sich auch das Walten dessen, was wir historische Notwendigkeit nennen. In der modernen Gesellschaft haben wir in dieser Hinsicht zwei große Strömungen zu unterscheiden. Auf der einen Seite zeigt sich eine wachsende Einsicht in die Gesetze der Entwicklung und namentlich der ökonomischen Entwicklung. Mit dieser Erkenntnis geht teils als ihre Ursache, teils aber wieder als ihre Folge Hand in Hand eine steigende Fähigkeit, die ökonomische Entwicklung zu leiten. Wie die physische wird auch die ökonomische Naturmacht in dem Maße von der Herrscherin zur Dienerin der Menschen, als ihr Wesen erkannt ist. Die Gesellschaft steht so der ökonomischen Triebkraft theoretisch freier als je gegenüber, und nur der Gegensatz der Interessen zwischen ihren Elementen — die Macht der Privat- und Gruppeninteressen — verhindert die volle Übersetzung dieser theoretischen in die praktische Freiheit. Indes gewinnt auch hier das Allgemeininteresse in wachsendem Maß an Macht gegenüber dem Privatinteresse, und in dem Grade, wie dies der Fall, hört das elementarische Walten der ökonomischen Mächte auf. Ihre Entwicklung wird vorweggenommen und setzt sich deshalb um so rascher und leichter durch. Individuen und ganze Völker entziehen so einen immer größeren Teil ihres Lebens dem Einfluß einer sich ohne oder gegen ihren Willen durchsetzenden Notwendigkeit.“ Es gibt also nach Bernstein kein „ehernes Muß der Geschichte“. Die wirklich naturhafte Notwendigkeit hat außer dem Bereich der stofflichen Welt keine Geltung. Die ökonomischen Verhältnisse aber sind nicht bloß das einzig oder doch wenigstens überall letztlich bestimmende Moment für den Verlauf der geschichtlichen Entwicklung, noch weniger ist ihr

<sup>1</sup> Neue Zeit XVI 749.



Einfluß von absoluter naturgesetzlicher Notwendigkeit<sup>1</sup>. Sie selbst vielmehr werden vom Menschen beherrscht, stehen in seinem Dienst. Individuen und Völker können sich dem „elementarischen“ Walten der ökonomischen Mächte entziehen, die Völker, indem sie im gesellschaftlichen Leben eine sittliche Idee, das Prinzip des Gemeinwohls, allen einseitigen Privat- und Gruppeninteressen gegenüber zu immer vollerer Geltung bringen. Das ist nicht etwa bloß eine „andere Gestalt“, keine „Erweiterung“ des historischen Materialismus, sondern dessen völlige Preisgabe und wissenschaftliche Vernichtung durch einen ehemaligen Vertreter der sozialistischen Geschichtstheorie. Bernstein schlägt vor, den Namen „materialistische Geschichtsauffassung“ fallen zu lassen und dafür die von Barth gewählte Bezeichnung „ökonomische Geschichtsauffassung“ zu substituieren. „Dem Worte ‚materialistische Geschichtsauffassung‘“, sagt er, „haften von vornherein alle Mißverständnisse an, die sich überhaupt an den Begriff Materialismus knüpfen.“ Indem aber Bernstein seiner ökonomischen Geschichtsauffassung den materialistischen Charakter nimmt, ist diese wesentlich verschieden auch von der später modifizierten Fassung der marxistischen Theorie. „Ursprünglich“, sagt Bernstein, „wurde dem technisch-ökonomischen Faktor eine fast unbegrenzte Bestimmungsmacht in der Geschichte zugeschrieben.“ Aber auch die spätere Fassung bleibt nach derselben Richtung hin noch einseitig genug. Bernstein hat jedenfalls weit mehr die entscheidende Einwirkung der nicht-ökonomischen Faktoren anerkannt, so „der Geschichte der politischen Entwicklung eines Landes, der Natur und der Geschichte seiner Parteien und in hohem Grade auch der Natur und der Geschichte seiner Religionsgemeinschaften“<sup>2</sup>. Ferner den Einfluß der Ethik: „Die sittlichen Begriffe sind dauernder als die (wirtschaftliche) Entwicklung und bis zu einem gewissen Grade, eben weil sie konservativ sind, auch unabhängig von ihr. Stärker, als Marx und Engels dies zugeben, gilt dies u. a. vom Begriff des Gerechten.“<sup>3</sup> „Die Gerechtigkeit ist denn heute noch ein sehr starkes Motiv in der sozialistischen Bewegung, wie ja überhaupt keine dauernde Massenagitation ohne moralischen Antrieb stattfindet.“<sup>4</sup> Die Grundlage der Entwicklungslehre des ökonomischen Materialismus, die Hegelsche Dialektik, unterzog Bernstein einer besonders scharfen Kritik<sup>5</sup>. Mag auch die Hegelsche Geschichtsphilosophie mit ihrem Grundgedanken, der Entwicklung in Gegensätzen und deren Ausgleichung, zur Veranschaulichung von Beziehungen und Entwicklungen realer Gegenstände dienen können und gedient haben, wenn man aber mittels der „Negation der Negation“ auf deduktivem Wege die Erkenntnis der Zukunft erschließen will, so liegt die Gefahr willkürlicher Konstruktion überaus nahe. Die beständigen Prophezeiungen des baldigen Zusammenbruchs der gegenwärtigen Gesellschaft sind der beste Beweis dafür, „eine geschichtliche Selbsttäuschung, wie sie der erste beste politische Schwärmer kaum überbieten könnte“<sup>6</sup>.

<sup>1</sup> Über den Klassenkampf sagt Bernstein (Sozialistische Monatshefte XV [1911] 3. 1168): „Es ist ein Aberglaube, daß es das Bewußtsein ihrer Klassenmatur ist, was Parteien zu den rücksichtslosesten Kampfesäußerungen treibt. Eher könnte man das Umgekehrte nachweisen. Die blutigsten Kämpfe der Geschichte waren sog. Ideen-  
 \* kämpfe: Religionskriege, nationalistische Erhebungen u. dgl.“

<sup>2</sup> Neue Zeit XVI 389.

<sup>3</sup> Ebd. 392.

<sup>4</sup> Ebd. 393.

<sup>5</sup> Vgl. auch Edmund Fischer, Der Entwicklungsgedanke, in Sozialistische Monatshefte XIII (1909) 1, 576 ff.

<sup>6</sup> Bernstein, Voraussetzungen 22.

Auch der zweite Hauptbestandteil des marxistischen Glaubensbekenntnisses findet bei Bernstein keine Gnade, indem er der Reihe nach die Wert- und Mehrwerttheorie, die Verelendungstheorie, die 'angeblich notwendig fortschreitende Akkumulation des Kapitals und Konzentration der Betriebe, die periodischen Krisen, die Wunderkraft der proletarischen Diktatur beim schließlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und bei der Einführung der kommunistischen Ordnung als Reste einer durch und durch utopistischen Auffassung oder als den Tatsachen widersprechende „Dogmen“ charakterisiert.

Den Anfang macht die Wert- und Mehrwerttheorie. Der Marx'sche Wertbegriff ist für Bernstein eine rein „gedankliche Konstruktion“<sup>1</sup>, aufgebaut auf Abstraktionen. Als Schlüssel aller Dunkelheiten der Werttheorie bezeichnet er, daß Marx „nicht mehr die gegebene, sondern eine konstruierte, gemeinschaftlich wirtschaftende Gesellschaft unterstellt“<sup>2</sup>. Vor allem ist die Lehre vom Arbeitswert darin irreführend“, sagt Bernstein. „daß er doch immer wieder als Maßstab für die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten erscheint, wozu u. a. die Bezeichnung der Mehrwertsrate als Ausbeutungsrate etc. verleitet. . . . Die Wertlehre gibt so wenig eine Norm für die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der Verteilung des Arbeitsproduktes, wie die Atomlehre eine solche für die Schönheit oder Verwerflichkeit eines Bildwerkes. Treffen wir doch heute die bestgestellten Arbeiter, Teile der „Aristokratie der Arbeit“, gerade in solchen Gewerben mit sehr hoher, die infamst geschundenen Arbeiter in solchen mit sehr niedriger Mehrwertsrate.“<sup>3</sup> Fällt aber die Ausbeutungstheorie im Sinne des Marx'schen Systems, dann ist auch der Lehre von einer „naturnotwendig“ fortschreitenden Verelendung der Boden entzogen<sup>4</sup>. „Der Satz von der Hoffnungslosigkeit der Lage des Arbeiters ist vor mehr als fünfzig Jahren aufgestellt worden. Er läuft durch die ganze radikalsozialistische Literatur der dreißiger und vierziger Jahre, und viele festgestellte Tatsachen schienen ihn zu rechtfertigen. So ist es begreiflich, wenn Marx im „Elend der Philosophie“ das Unterhaltsminimum für den natürlichen Arbeitslohn erklärte, wenn es im „kommunistischen Manifest“ kategorisch heißt: Der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie

<sup>1</sup> Ebd. 38 40 f. Vgl. auch „Allerhand Werttheoretisches“ in „Dokumente des Sozialismus“, herausgegeben von Bernstein V (1905) Heft 5 6 8 10. Von dem ersten Bande der durch Kautsky veröffentlichten Marx'schen Entwürfe über die Geschichte der Mehrwertstheorien sagt Ed. Bernstein: „Der sachliche Gehalt desselben bleibe trotz brillanter Einzelheiten doch durchaus hinter den Erwartungen zurück, die man an ihn geknüpft habe“, und „in den Hauptfragen bringe er uns theoretisch durchaus nicht weiter, als wir vorher waren“ (in Dokumente des Sozialismus V [1905] 221).

<sup>2</sup> Bernstein, Voraussetzungen 43 f.

<sup>3</sup> Ebd. 45.

<sup>4</sup> Rudolf Goldscheid, Verelendungs- oder Meliorationstheorie 1906. Auch Goldscheid ist Revisionist. Er bestreitet nicht die „Tendenz“ zur Verelendung. Aber diese Tendenz wirke sich nicht aus. Das zum Bewußtsein seines Elendes und in der Organisation auch seiner Macht gekommene Proletariat widerstrebt. Der Schwerpunkt der Klassenmacht verschiebt sich im Staate allmählich immer mehr zu Gunsten der Arbeiterklasse. Schließlich werde es doch wohl eine Revolution von oben sein, die dem sozialistischen Staat zum Leben verhilft, nämlich die Revolution der nach oben gekommenen Arbeiterklasse.

zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner Klasse herab, der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum, und wenn in den ‚Klassenkämpfen‘ gesagt wird, daß die geringste Verbesserung der Lage des Arbeiters eine Utopie bleibt innerhalb der bürgerlichen Republik. Die Hoffnungslosigkeit der Lage des Arbeiters ist danach ein unumstößliches Axiom des wissenschaftlichen Sozialismus. Tatsachen anerkennen, die gegen sie sprechen, heißt nach ihm den bürgerlichen Ökonomen nachtreten, die diese Tatsachen konstatiert haben.“<sup>1</sup> Allein die Lage der Arbeiter ist nicht mehr wie zur Zeit, als Marx seine Theorie unter den damaligen Eindrücken schrieb. Schon in England mußte sich für Bernstein die Unhaltbarkeit der Verelendungstheorie klar ergeben. Er gesteht das offen ein: „Die moderne Lohnarbeiterschaft ist nicht die gleich geartete, in Bezug auf Eigentum, Familie etc. gleich ungebundene Masse, die im (kommunistischen) ‚Manifest‘ vorausgesehen wird. Große Schichten heben sich aus ihr zu kleinbürgerlichen Existenzverhältnissen empor.“<sup>2</sup> Man braucht kein Lobredner des Gegebenen zu sein, um den bedeutenden Fortschritt zu erkennen, der sich seit Abfassung des Manifestes in der staatsbürgerlichen Stellung der Arbeiter vollzogen hat<sup>3</sup>. Sowohl politisch als auch wirtschaftlich hat sich die Lage der Arbeiter nicht wenig gebessert. Von einer „naturnotwendigen“ Verelendung kann angesichts dieser Tatsachen nicht mehr gesprochen werden. Ganz im Sinne Bernsteins schrieb darum auch Paul Kampffmeyer in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Die düstern, niederschlagenden Vorstellungen, die in unsrem Kopfe die Marxsche Entwicklungslehre entstehen ließ, verflüchtigen sich mit dieser Lehre selbst. Nicht durch eine Zunahme unsrer Ohnmacht, unsrer Not, unsres Elends steigen wir zum Sozialismus aufwärts, sondern durch eine schrittweise Verbesserung und Hebung unsrer Lage und durch eine Erweiterung und Ausdehnung unsrer Machtverhältnisse.“

Der innere Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft vollzieht sich nach Marx hauptsächlich dadurch, daß die mittleren und kleinen Vermögen mehr und mehr von dem großen Kapital absorbiert werden — Akkumulation des Kapitals —, anderseits dadurch, daß die kleinen und mittleren Betriebe mehr und mehr in immer größeren Betrieben aufgehen — Konzentration der Betriebe. Allein die Marxsche Theorie folgt hierbei, wie Bernstein nachweist, nicht den Tatsachen, sondern die Tatsachen werden nach den Forderungen der Theorie ausgewählt, erklärt, verbunden. Marx findet ganz richtig gewisse die fortschreitende Akkumulation und Konzentration begünstigende Tendenzen der kapitalistischen Produktion. Ihnen schenkt er aber durchaus einseitig seine volle Aufmerksamkeit, ohne die Faktoren, welche jenen Tendenzen entgegenwirken, genügend zu beachten. Hierfür glaubt Bernstein auf das Beispiel der Aktiengesellschaft verweisen zu können. Marx rückt die Aktiengesellschaft lediglich in den Gesichtswinkel der Konzentration, und doch läßt sich nicht leugnen, daß sie auch der Tendenz: Konzentration der Vermögen durch Konzentration der Betriebe in sehr bedeutendem Umfang entgegenwirkt. Sie erlaubt eine weitgehende Spaltung schon konzentrierter Kapitale, macht Aneignung von Kapitalien durch einzelne Magnaten zum Zwecke der Konzentrierung gewerblicher Unternehmungen überflüssig, da sie zersplitterte Vermögensteile zur Einheit großer, zentralisierter Unternehmungen verbindet. Die

<sup>1</sup> Bernstein, Voraussetzungen 43 105 172 ff.

<sup>2</sup> Neue Zeit XVI 745.

<sup>3</sup> Ebd.



Zahl der Aktionäre des großen Manchesterkanals z. B. betrug zur Zeit, wo Bernstein schrieb, rund 40000. Das waren keineswegs bloß Kapitalmagnaten, sondern auch eine größere Zahl Inhaber kleinerer Vermögen, die teilhatten an den Dividenden. Die 12300 Anteilsinhaber des englischen Nähgarntrusts setzten sich zusammen aus 6000 Inhabern von Stammaktien mit 1200 Mark Durchschnittskapital, 4500 Inhabern von Prioritätsaktien mit 3000 Mark Durchschnittskapital, und 1800 Inhabern von Obligationen mit 6300 Mark Durchschnittskapital. Ergab sich aus diesen und ähnlichen Beispielen (für die Zeit vor dem Weltkriege, wie Bernstein meinte, der Schluß, daß von einem eigentlichen Schwinden der mittleren Vermögen keine Rede sein könne, so bestätigte dies der direkte Hinweis auf die damaligen Einkommensverhältnisse. England z. B. zählte nach der „British Review“ vom 21. Mai 1897 Familien mit 150—1000 Pfund Sterling im Jahre 1851 rund 300000, im Jahre 1881 rund 990000. Während die Bevölkerung in diesen 30 Jahren sich um etwa 30 Prozent vermehrte, stieg die Zahl dieser Einkommensklasse um 233  $\frac{1}{3}$  Prozent, jedenfalls keine Bestätigung der Marxschen Theorie. Auch für Deutschland und andere Länder ließ sich die Zunahme der kleinen und mittleren Vermögen erweisen. „Es ist also falsch, anzunehmen“, sagt Bernstein<sup>1</sup>, „daß die . . . Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Zahl der Besitzenden aufweist. Nicht „mehr oder minder“, sondern schlechtweg mehr, d. h. absolut und relativ wächst die Zahl der Besitzenden.“ Aber auch die Betriebe wiesen nicht jene Konzentration auf, wie sie der Marxschen Theorie entsprechen würde. Für die Landwirtschaft stand die Tatsache einer Vermehrung der Betriebe fest. Im ganzen westlichen Europa und auch in den östlichen Staaten der amerikanischen Union nahmen die kleinen und mittleren Betriebe zu, die Riesenbetriebe ab. Auf gewerblichem Gebiet und im Handel gab es gewiß Eintagsfliegen, aber für das Ganze blieb ihr Absterben gleichgültig. Das Gesamtbild änderte sich nicht. Neben den Riesenbetrieben erhielten sich die Mittel- und Kleinbetriebe bei der außerordentlichen Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit der gewerblichen Welt und bei der fortschreitenden Differenzierung und Vermehrung der Gewerbearten. Der Gesellschaftszusammenbruch infolge des Schwindens der Mittelglieder in der Gesellschaftspyramide war somit nicht so bald zu erwarten.

Aber vielleicht würde die Weltkrise aus der Verlegenheit helfen und das innerlich morsche Gebäude zu Fall bringen? Wenn jedoch die eine Voraussetzung der Krisentheorie — die Lehre von der fortschreitenden Verelendung<sup>2</sup> — nicht stand hielt, so wurde schon dadurch die Krisentheorie selbst nicht unbedenklich erschüttert. Überdies wurde nach Bernstein bei der steigenden Ausdehnung der Märkte, den schnellen Informationen über die Marktverhältnisse und der fortschreitenden Vermehrung der Produktionszweige eine allgemeine Krisis weniger wahrscheinlich. Der Kreis der Industrien und die Ausdehnung der Märkte war zu groß, um an allen Punkten gleichzeitig und mit gleicher Schwere getroffen zu werden. Statt dessen hatte man für gewöhnlich mehr auf bestimmte Industriegruppen beschränkte Krisen zu verzeichnen.

<sup>1</sup> Voraussetzungen 50.

<sup>2</sup> Der Bericht der Royal Commission on labour von 1894 konnte hervorheben, daß in England der Lohn während der letzten 50 Jahre bedeutend gestiegen, auch hinsichtlich der Kaufkraft gegenüber dem Bedarf (abgesehen von der Hausmiete in großen Städten). Auch waren durch die gesetzlichen und sonstigen Reformen die Verhältnisse der Lohnarbeiter seit 60 Jahren sehr verbessert worden.

Die Zusammenbruchstheorie, die Lehre von der proletarischen Diktatur, der Einführung des Zukunftsstaates vermittelt derselben, bezeichnet Bernstein als durch und durch utopistisch und nebelhaft. Er macht dabei auf den eigenartigen Widerspruch aufmerksam, mit dem der Sozialismus von dem maßgebenden Einfluß der Ökonomie auf die Gewalt ausgeht, schließlich aber der Gewalt in Form der proletarischen Diktatur eine geradezu schöpferische Kraft zuschreibt<sup>1</sup>. Die Tiefkräfte der Evolution arbeiten mächtig an der Produktion gesellschaftlicher Widersprüche. Ist aber einmal die kapitalistische Gesellschaft hübsch präpariert dem inzwischen organisierten Proletariate dargeboten, dann tritt die proletarische Diktatur in Aktion, und die Evolution zieht sich allem Anscheine nach, wenigstens vorläufig, ganz zurück. Bernstein sieht in dieser Überschätzung der schöpferischen Kraft der revolutionären Gewalt für die sozialistische Umgestaltung der modernen Gesellschaft eine Einwirkung des Blanquismus auf den Marxismus<sup>2</sup>.

Wäre indessen auch das Proletariat politisch siegreich und die proletarische Diktatur etabliert, für die Lösung des Hauptproblems würde damit noch überaus wenig erreicht sein<sup>3</sup>. Von einer Übernahme der gesamten Herstellung und Zustellung der Produkte durch die „Gesellschaft“ könnte ganz und gar keine Rede sein. Nicht einmal die Masse der Mittel- und Großbetriebe vermöchte sie zu übernehmen.

Heute handelt es sich um einen unendlich weiten Kreis von Interessenten, die man nicht alle zur Emigration veranlassen kann, wie die französische Revolution es tat, handelt es sich nicht um Landgüter, die zerschlagen und parzellenweise veräußert werden können, sondern um moderne Fabriken. Je mehr davon nach dem Rezept der Kommune expropriert werden, sagt Bernstein, um so größer die Schwierigkeit, sie während einer Erhebung in Betrieb zu halten. Wollte der Staat in Deutschland alle Unternehmungen von 20 Personen und aufwärts in seinen Betrieb überführen, so kann man sich eine Vorstellung von der Größe der nun zu lösenden Aufgabe machen, wenn man erwägt, daß es sich (zur Zeit, wo Bernstein schrieb) in Industrie und Handel um mehrere hunderttausend Betriebe mit fünf bis sechs Millionen Angestellten, in der Landwirtschaft um etwa dreimalhunderttausend Betriebe mit fünf Millionen Arbeitern handelte. Eine geradezu übermenschliche Einsicht, Sachkenntnis, ein wunderbares Verwaltungstalent müßte einer Regierung oder einer Nationalversammlung zur Verfügung stehen, um der Oberleitung oder der wirtschaftlichen Kontrolle eines solchen Riesenorganismus gewachsen zu sein<sup>4</sup>. Ohne Zweifel würde sich der Regierung eine große Anzahl von Intelligenzen zur Verfügung stellen. Aber gerade darin liegt, wie Bernstein betont, eher eine Gefahr als ein Vorteil. In diesem *embarras de richesses* würde der gute Wille der besten Freunde zu Grunde

<sup>1</sup> Voraussetzungen 25.

<sup>2</sup> Ebd. 28. — Die Blanquistische Partei, die zur Zeit Louis Philippes die Traditionen der Bewegung Babeufs aufgenommen hatte, verfolgte als Ziel: Sturz der Bourgeoisie durch das Proletariat mittelst revolutionärer, gewaltsamer Expropriation.

<sup>3</sup> Vgl. ebd. 86 f. 94 127; Neue Zeit XVI 555.

<sup>4</sup> Wie würden in dem ungeheuer ausgedehnten Kollektiv-Arbeitskörper die wirtschaftliche Klassifizierung und Kontrollierung der Einzelarbeiter sich vollziehen? Vgl. Schäffle, Quintessenz<sup>7</sup> (1879) 49.

richten, was der böse Wille der Gegner nicht verderben könnte. Auch die Gemeinden als Mittelglieder vermöchten nur wenig zu helfen; allenfalls würden sie die Geschäfte, die am Orte für den Ort produzieren und Dienste leisten, kommunalisieren und damit schon recht viel zu tun bekommen. Oder bildet man sich ein, daß die Unternehmungen, die bis dahin für den großen Markt arbeiteten, plötzlich insgesamt kommunalisiert werden könnten? Und dann hört<sup>1</sup> „an den Staatsgrenzen der wirtschaftliche Verkehr nicht auf. Ein geschlossener Handelsstaat ist heute undenkbar. Die modernen Staaten, in denen der Sozialismus zunächst verwirklicht werden soll, sind vollständig in die Weltwirtschaft verflochten. . . . Wird nun die sozialistische Wirtschaftsorganisation in einem Staate durchgeführt, dann bleibt immer die Abhängigkeit vom Weltmarkt, damit die Konjunktur, die Konkurrenz, die Überproduktion, die Krisen, also alles das, was man doch von Grund aus beseitigen will. Die Konsequenz ist eine internationale Organisation. International! Welche Ziffern und Verschiedenheiten spricht man mit diesem Wort aus! Die zahlreichen über einen weiten, vielgestaltigen Raum verteilten Völker mit ihren religiösen, sprachlichen, moralischen, rechtlichen Verschiedenheiten, mit ihrer verschiedenen historischen Entwicklung, ihrem unterschiedlichen Besitze von Kulturmitteln, ihrer ungleichen wirtschaftlichen Kulturstufe sollen alle dem einen großen Staatenbund einverleibt werden. Es sollen, um Über- und Unterproduktion zu meiden, der ungeheure Bedarf, die Ein- und Auswanderung, die Größe des natürlichen Reichtums und der Produktion genügend berücksichtigt werden. . . .“ Und das alles muß schnell geschehen!

Die sozialistische Katastrophentheorie steht also auf sehr schwachen Füßen. Schon der bloße Übergang in die sozialistische Gesellschaftsordnung müßte zu einer wirtschaftlichen Katastrophe sich gestalten, an der die Gesellschaft zu Grunde ginge, ehe noch die notwendigen neuen Formen geschaffen wären. Die „Katastrophe“ verbliebe, aber ganz anders, wie der Sozialismus sie gedacht.

Es ist gewissermaßen eine Zusammenfassung seiner eigenen kritischen Bemerkungen und zugleich eine Erklärung der Irrgänge des Marxismus, wenn Bernstein schreibt<sup>2</sup>: „Für mich illustriert das ‚Kapital‘ einen Dualismus, der durch das ganze monumentale Marxsche Werk geht und in weniger prägnanter Weise auch an andern Stellen zum Ausdruck kommt, einen Dualismus, der darin besteht, daß das Werk wissenschaftliche Untersuchung sein und doch eine lange vor seiner Konzipierung fertige These beweisen will, daß ihm ein Schema zu Grunde liegt, in dem das Resultat, zu dem hin die Entwicklung führen sollte, schon von vornherein feststand. Das Zurückkommen auf das kommunistische Manifest weist hier auf einen tatsächlichen Rest von Utopismus im Marxschen System hin. Marx hatte die Lösung der Utopisten im wesentlichen akzeptiert, aber ihre Mittel und Beweise für unzulänglich erkannt. Er

<sup>1</sup> Franz Schaub, Die Eigentumslehre nach Thomas von Aquin und dem modernen Sozialismus (1898) 306.

<sup>2</sup> Voraussetzungen 177 f. Über Marx' Methode, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXV (1912) 220 f.



unternahm also deren Revision, und zwar mit dem Fleiß, der kritischen Schärfe und der Wahrheitsliebe des wissenschaftlichen Genies. Er verschwieg keine wichtige Tatsache, er unterließ es auch, solange der Gegenstand der Untersuchung keine unmittelbare Beziehung zum Endziel des Beweisschemas hatte, die Tragweite dieser Tatsachen gewaltsam zu verkleinern. Bis dahin bleibt sein Werk von jeder der Wissenschaftlichkeit notwendig Abbruch tuenden Tendenz frei. . . . Aber wie sich Marx solchen Punkten nähert, wo jenes Endziel ernstlich in Frage kommt, da wird er unsicher und unzuverlässig, da kommt es zu Widersprüchen, da zeigt es sich, daß dieser große, wissenschaftliche Geist doch schließlich Gefangener einer Doktrin war. Er hat, um es bildlich auszudrücken, im Rahmen eines vorgefundenen Gerüstes ein mächtiges Gebäude aufgerichtet, bei dessen Aufbau er sich so lange streng an die Gesetze der wissenschaftlichen Baukunst hielt, solange sie nicht mit den Bedingungen kollidierten, die ihm die Konstruktion des Gerüstes vorschrieb, sie aber vernachlässigte oder umging, wo das Gerüst zu eng war, um ihre Beobachtung zu erlauben. Statt da, wo es dem Bau Schranken setzte, kraft deren es dieser nicht zum Freistehen bringen konnte, das Gerüst selbst zu zertrümmern, änderte er am Bau selber auf Kosten der Proportion herum und brachte ihn so erst recht in Abhängigkeit vom Gerüst. War es das Bewußtsein dieses irrationalen Verhältnisses, das ihn vor der Fertigstellung des Werkes immer wieder zu Verbesserungen an Einzelheiten gehen ließ? Wie dem auch sei, meine Überzeugung ist, daß, wo immer jener Dualismus sich zeigt, das Gerüst fallen muß, wenn das Gebäude zu seinem Recht kommen soll. Im letzteren und nicht im ersteren liegt das, was wert ist, von Marx fortzuleben.“

Man hätte vielleicht erwarten dürfen, daß Bernstein, nachdem er in solcher Weise die Reste von Utopismus im Marxschen System aufgedeckt, nun auch das durchaus utopistische Endziel aufgeben werde. Das wäre allerdings völlige Preisgabe des sozialistischen Standpunktes gewesen. Vor dieser Konsequenz schrak Bernstein zurück. Er hält am kommunistischen Endziele fest, aber er verlegt seine Verwirklichung doch in nebelgraue Ferne. Ja er erklärt<sup>1</sup>: „Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter ‚Endziel des Sozialismus‘ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Das Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Organisation zur Bewirkung des Fortschrittes.“<sup>2</sup> Nicht Revolution, sondern Evolution bleibt die Parole des

<sup>1</sup> Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus (1901) 234.

<sup>2</sup> „Nicht die zur definitiven Revolution führende Verelendung der Massen, wie Marx lehrte, sondern die Steigerung der Kulturansprüche und der politischen Einsicht die Evolution in diesem Sinne, wird den Sozialismus verwirklichen. Das ist in Kürze der von Bernstein formulierte und verfochtene Grundgedanke des Re-

„Revisionismus“. Fortschreitende Demokratisierung und Sozialisierung, das ist der Fortschritt im Sinne Bernsteins und seiner Gesinnungsgenossen. Er glaubt an eine allmählich sich steigernde Beeinflussung der Wirtschaft durch die öffentlichen Gewalten, auch an eine fortschreitende Vergesellschaftung, Kollektivbetrieb durch Staat, Gemeinde, Genossenschaft. Freilich liegt für die Produktivassoziation der Arbeiter eine eigenartige Schwierigkeit in ihrem naturgemäß demokratischen Charakter, der die im Interesse des geordneten Betriebes notwendige Unterordnung unter die Leitung sehr erschwert. Jedenfalls setzt die Produktivassoziation eine lange Schulung

visionismus“ Masaryk, in J. Wolfs Zeitschrift für Sozialwissenschaft VIII [1905] 95.  
 „Die alte Perspektive, die durch die Marxschen Ausführungen über den sozialen Zusammenbruch uns Sozialdemokraten, die wir ja alle Schüler von Marx und Engels sind, vorleuchtete“, sagt Bernstein Der Revisionismus in der Sozialdemokratie [1909] 41.  
 „war das Bild eines Heeres, das vorwärts dringt, auf vielen Umwegen, über Gestein und durch Gestrüpp, jedoch auf diesem Wege immer wieder abwärts geführt wird auf dem Vorwärtsmarsch, bis es schließlich ankommt an einer großen Kluft, jenseits derer, zu erreichen durch ein gewaltiges Meer — nach manchen war es ein rotes Meer —, das erstrebte Ziel, der Zukunftsstaat, winkt. Diese Perspektive ändert sich nun. Ein anderer Ausblick tut sich auf. Die Perspektive, die wir jetzt vor uns sehen, zeigt uns den alltäglichen Kampf der Arbeiter, der sich abspielt und wiederholt trotz aller Verfolgungen, das Wachstum der Arbeiter an Zahl, an allgemeiner sozialer Macht, an politischem Einfluß, dem sich keine Partei mehr entziehen kann; diese Perspektive zeigt uns den Weg der Arbeiterklasse nicht nur vorwärts, sondern gleichzeitig auch aufwärts, nicht nur ein Stärkerwerden der Zahl nach, sondern auch eine Hebung ihres ökonomischen, ethischen und politischen Niveaus, eine steigende Befähigung und Betätigung als mitregierender Faktor in Staat und Wirtschaft. Und im Sinne dieser Perspektive wirkt und wirbt heute am entschiedensten diejenige Richtung in der Sozialdemokratie, deren Bekenner man Revisionisten nennt.“ Vgl. auch Bernstein, Der Revisionismus in der Sozialdemokratie, Handbuch der Politik II, 7. Hauptstück, 34. Über den Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vgl. des weiteren Monatsschrift für christliche Sozialreform XXXIII 1911 94 ff.; Schmollers Jahrbuch XXX (1906) 161 ff.; Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXVIII 1909 540 ff.; Quessel, Die soziale Revolution im Sinne der Marxisten als Trugbild, in Sozialistische Monatshefte XV (1911) 3, 1204 ff. Übrigens verstanden doch auch die Einsichtsvolleren unter den orthodoxen Marxisten [Engels, Liebknecht, Bebel u. a.] unter „Revolution“ mehr eine tiefgreifende Umgestaltung aller Verhältnisse, nicht den gewaltsamen Umsturz: „Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern im Ziel, Gewalt ist seit Jahrtausenden ein reaktionärer Faktor“ (Liebknecht auf dem Erfurter Parteitag.) Wie die „Revisionisten“ (Bernstein, Vollmar u. a.) und die Führer der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, so erkennen die französischen „Possibilisten“ die Möglichkeit einer Besserung in der Lage der arbeitenden Klassen auch für die gegenwärtige Gesellschaftsordnung an. In England ist es vor allem die Gruppe der „Fabischen Gesellschaft“ (Fabius Cunctator), welche von der friedlichen Fortbildung der bestehenden Gesellschaft im Sinne fortschreitender Kommunalisierung und Verstaatlichung das Heil erwartet. Die wissenschaftlich bedeutendsten Anhänger des Sozialismus, so Sidney Webb, gehören dieser Gruppe an. Vgl. Näheres bei Gerhart v. Schulze-Gaevernitz, Zum sozialen Frieden II (1890) 122 ff.; ferner „Arbeiterwohl“, Aufsatz „Orthodoxer Marxismus und Revisionismus“, Jahrg. 1903, 217—235; Grünbergs Archiv für Geschichte des Sozialismus I (1911) 333 ff.

der Arbeiter voraus. Im übrigen erkennt Bernstein wenigstens eine faktische und praktische Grenze des Kollektivbetriebes an, indem er diesem nur die routinenmäßige Produktion für routinenmäßigen Bedarf zuweist, nicht aber eine Produktion nach individuellem Geschmack und Bedarf. Wenn er die Einführung des Kollektivbetriebes dem Prinzip der höchsten Wohlfahrt unterstellt, so scheint sich das mehr auf den Zeitpunkt der Einführung zu beziehen, nicht aber eine prinzipielle Schranke darzustellen. Was Bernstein ferner als Gesellschaftsprinzip des Sozialismus bezeichnet, die allseitige Durchführung der Genossenschaftlichkeit, entbehrt bei ihm der nötigen prinzipiellen Erklärung und Begrenzung. Das tiefere Verständnis für die Begründung der Privateigentumsinstitution durch die Bedürfnisse der menschlichen Natur und des Gesellschaftslebens ist Bernstein und den ihm gleichgesinnten Sozialisten versagt geblieben. Auch Konrad Schmidt meint, von einer unmittelbaren Aufhebung des Privateigentums könne zwar keine Rede sein, wohl aber von einer fortschreitenden, sich immer weiter erstreckenden gesellschaftlichen Kontrolle über die Produktionsbedingungen und von der Einschränkung der privaten Verfügungsfreiheit. So ändere das kapitalistische Eigentum seinen innern Charakter, werde mehr und mehr in den Dienst der Gesellschaft, d. i. der Arbeiterklasse, gestellt, bis schließlich das faktische Obereigentum der Gesellschaft sich in wirkliches Eigentum verwandle, ohne Störung, da ja dem Kapitalisten sein Eigentum durch jene vielfachen Beschränkungen immer wertloser geworden. Also nicht gewaltsame Aufhebung, dafür aber eine allmähliche Auf- und Aussaugung des Rechtsinhaltes des Eigentums!

Wenn man nun das Erfurter Programm der Sozialdemokratie mit dem Görlitzer Programm<sup>1</sup> vergleicht, so erkennt man sofort die gewaltige Wandlung der Ideen im Sozialismus. Das Erfurter Programm stand noch ganz auf der marxistischen Lehre. Das Görlitzer Programm erwähnt nichts mehr von der materialistischen Geschichtsauffassung, von einer Akkumulations-, Krisen-, Verelendungs-, Katastrophentheorie. Die Klassenkampftheorie erscheint in veränderter Form: das kapitalistische System habe den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zu einer geschichtlichen Notwendigkeit und zu einer sittlichen Forderung erhoben. Der Internationale wird nicht mehr die Durchführung des Klassenkampfes, sondern die Bildung einer internationalen Rechtsordnung als Aufgabe vorgezeichnet. Sogar das Endziel des Sozialismus, die Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum tritt mehr zurück. Die Vergesellschaftung ist nur noch die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft, die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinsinnes. Im übrigen redet das neue Programm gar nicht von Sozialisierung u. dgl. Die Loslösung vom Marxismus trifft das innerste Wesen der marxistischen Lehre.

<sup>1</sup> Vgl. A. Hackelsberger, Von Erfurt nach Görlitz. Studie über die geistige Wandlung des Sozialismus (Heidelberger Dissert.), 1923; P. Kampffmeyer, Der Geist des neuen sozialdemokratischen Programms. Erweiterter Sonderabdruck aus Conrads Jahrbüchern 1922.



Wer bisher Sozialismus und Marxismus gleichstellte, wird heute wenigstens den „wissenschaftlichen“ Sozialismus als antiquiert bezeichnen dürfen. Die Wissenschaft bietet der sozialistischen Bewegung keine Stütze mehr.

In einem Vortrage, den Bernstein am 17. Mai 1901 zu Berlin im Sozialwissenschaftlichen Studentenvereine hielt, warf er die Frage auf: „Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich?“<sup>1</sup> Der Sozialismus solle sich der Wissenschaft bedienen, aber er könne nicht selbst Wissenschaft sein. „Die Wissenschaft ist tendenzlos, der Sozialismus aber ist Tendenz, und als die Doktrin einer für Neues kämpfenden Partei kann er sich nicht lediglich an schon Festgestelltes binden.“ Er möge sich daher mit dem bescheideneren Namen „kritischer Sozialismus“ begnügen. Das erregte natürlich wieder großes Mißbehagen bei der Partei. Daß jedoch mit den Resolutionen der Parteitage die kritische Tätigkeit innerhalb der Sozialdemokratie ein Ende gefunden, konnte niemand ernstlich erwarten.

Bernstein blieb nicht allein in der Kritik des orthodoxen Marxismus. Geistig hervorragende Sozialisten traten an seine Seite, so David, Richard Calwer (aus der Partei ausgetreten), Schippel, Struve, Kampffmeyer, Heine, Quessel, v. Elm, Edmund Fischer, Block, Südekum, Peus, Arthur Schulz, Kalinski u. a.

Hilfe kam der kritischen Richtung noch von den Adepten der Philosophen der bereits erwähnten Marburger Kantschule (Cohen, Natorp, Staudinger, Vorländer), von der Wiener Schule (Max Adler, Otto Bauer, Karl Renner), die ebenfalls an Kant anknüpften, von den russischen Marxisten Tugan-Baranowski, Peter Lawrow, von Alfred Poggi in Italien, in entfernterer Anlehnung an Kant von Jaurès und Rappaport.

Der Name „Neu-Marxismus“ hat verschiedene Anwendung gefunden. Man sprach von den „Neu-Marxisten“ der Wiener Schule. Sogar Kautsky wurde als Neu-Marxist bezeichnet wegen seiner heute größeren Zurückhaltung bezüglich der sozialistischen Vergesellschaftung. Sonst aber wird unter „Neu-Marxismus“ besonders die von Lensch, Renner, Cunow, Hänisch vertretene Richtung verstanden, welche, gegenüber dem einseitigen Internationalismus der Marxisten, die Bedeutung der Nation und des nationalen Staates in den Vordergrund stellten (mit Anlehnung an Hegel, Fichte, Lassalle).

In der Nachkriegszeit und nach der Revolution trat die praktische Arbeit am sozialistischen Aufbau in den Vordergrund des Interesses. R. Wilbrandt<sup>2</sup>, Otto Neurath<sup>3</sup>, Otto Bauer<sup>4</sup>, R. Goldscheid<sup>5</sup> machten diesbezüglich Vorschläge, die nicht in den marxistischen Geleisen blieben. Wilbrandt sagt sogar: „Sozialist kann nur sein, wer nicht Marxist ist.“ Dem utopischen „Sozialismus als Traum“, dem marxistischen „Sozialismus als Erkenntnis“ stellt er einen „Sozialismus der Tat“, des praktischen Aufbaues gegenüber. Für diesen Sozialismus sucht er die Wege. Gemeineigentum und auf diesem beruhende Gemeinwirtschaft werden die Gesellschaft von der heutigen Unwirtschaftlichkeit befreien: Verstaatlichung des

<sup>1</sup> Auch als besondere Schrift. Zu den Wandlungen in der Sozialdemokratie vgl. auch H. Koch, in den Stimmen aus Maria-Laach 86 (1914) 402 ff.

<sup>2</sup> Karl Marx (1919)<sup>12</sup>: Sozialismus (1919). Vgl. Conrads Jahrbücher 1920 193.

<sup>3</sup> Sozialisierung Sachsens (1919). Durch die Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft (1919). Vollsozialisierung (Deutsche Gemeinwirtschaft, Heft 15), 1920.

<sup>4</sup> Der Weg zum Sozialismus (1919).

<sup>5</sup> Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott (1919). Staatssozialismus oder Staatskapitalismus (1917). Zum Ganzen: von Degenfeld. Die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der Marxismus (1920) 152 ff.

vom Betrieb trennbaren Besitzes (Aktiengesellschaften, Latifundien), darüber hinaus allmähliche Umwandlung der Besitzer in Betriebsleiter usw. Die ethischen Momente treten bei Wilbrandt stark hervor. Der Klassenkampf wird abgelehnt usw. Otto Neurath erhofft von der sozialistischen Ausgestaltung vor allem rationelle Produktion und bessere Verteilung. Dem entsprechen auch seine Vorschläge (z. B. Einführung des Taylorsystems im Dienst der Gesamtheit, Prämie für erhöhte Leistung usw.). Otto Bauer will vorerst nur die reifen Betriebe (Schwerindustrie, ländlichen Großgrundbesitz) sozialisieren. Für die sonstige Industrie wird die Organisation in Verbänden (nach dem Muster der Kartelle und Kriegszentralen) unter einstweiliger Erhaltung der Unternehmer vorgeschlagen. Das Werk wird gekrönt durch die Sozialisierung der Banken. Die Großbanken werden zu einer nationalen Zentralbank, dem höchsten leitenden Organ der ganzen Volkswirtschaft, vereinigt. Auch Rudolf Goldscheid schlägt vor, mittels einer Vermögensabgabe Schwerindustrie, Großgrundbesitz, Großbanken in die Hand des Staates zu bringen; darüber hinaus Enteignung mit Entschädigung. Dem sozialistischen Staate wird die höchste Macht gegenüber dem Privatkapital zugesprochen. Die Veränderung in der Besitzverteilung zwischen Gemeinwesen und Privaten ist noch wichtiger als die rationellste Produktion.

Der Krieg (1914) hat nach Plenge<sup>1</sup> uns den wahren Sozialismus gebracht, die Revolution des Aufbaues und des Zusammenschlusses aller staatlichen Kräfte im 20. Jahrhundert. Die Revolution von 1789 war dagegen eine zerstörende Befreiung. Für den wahren Sozialismus ist „Organisation“ Lösungswort („organisatorischer Sozialismus“); „Sozialismus“, sagt Plenge, „ist Organisation, die bewußt aufs Ganze geht und dabei die Gesundheit aller ihrer Glieder vor Augen hat, aus denen sie zusammenwächst und ohne deren bereite Mitarbeit sie nicht wirken kann.“ „An Stelle der bisher über uns schwebenden sozialistischen Zukunftshoffnungen ist unter dem zwingenden Druck des Krieges der erste sozialistische Organisationszustand entstanden.“ Das erste wirtschaftliche Zeitalter der Volksgenossenschaft werde nach dem Kriege kommen usw.

Auch sonst wurde, mit Rücksicht auf den staatssozialistischen Zug der Kriegswirtschaft, von einem „Kriegssozialismus“ gesprochen und in demselben mehr oder weniger die Organisation der Zukunft erblickt. Die Notmaßnahmen der Kriegszeit stellten aber keinen wirklichen Sozialismus dar. Sie sollten nur eine teilweise Regelung von Handel und Verteilung (Rohstoffe, Nahrungsmittel) herbeiführen, keineswegs aber eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Neuerdings erhoben sich im sozialistischen Lager wieder Stimmen, welche die Berechtigung und Bedeutung der Religion betonten. Wohlwollende, edel gesinnte Männer haben sich wohl auch dadurch zu Hoffnungen verleiten lassen, die sich nicht erfüllen werden, während die vielleicht allzu milde Beurteilung des heutigen lebendigen Sozialismus Schaden anrichten kann. Wenn für Saint-Simon und Bazard die Religion das wichtigste Element der sozialen Organisation blieb, so wurde doch gleichzeitig das Christentum von ihnen als unfähig erklärt, um das soziale Ideal zu verwirklichen. Für den Marxismus aber sind Religion und Moral nur bürgerliche Vorurteile, hinter welchen sich ebenso viele bürgerliche Interessen verbergen (Kommunistisches Manifest). So urteilt auch heute noch die große Masse derer, die sich zum Sozialismus bekennen. Der offizielle Marxismus führt

<sup>1</sup> Krieg und Volkswirtschaft (1915). Die Revolutionierung der Revolutionäre (1918).

die Religion auf ökonomische Tatsachen zurück. Der Sozialismus ist für ihn nicht sittliche Forderung, sondern Ergebnis der naturnotwendigen kapitalistischen Entwicklung. Bei der Kritik wird zwar immer wieder der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung gegenüber die Gerechtigkeit und die Gleichheit als Forderung offen oder versteckt angemeldet<sup>1</sup>. Dennoch erwartet Marx und der Marxismus den Fortschritt der Gesellschaft keineswegs vom Siege ethischer Prinzipien, sondern allein von der Unhaltbarkeit der „Verhältnisse“, von dem allgemeinen Naturgesetz der Evolution.

Man möge ferner einmal gründlich die Religion, die Ethik prüfen, wie sie meist auch von neueren Sozialisten in ihrer Bedeutung gepriesen wird. Die christliche Religion ist das nicht, sondern durchweg eine Religion, die, völlig dogmenlos, vielleicht gar sich mit der Abschaffung einer transzendentalen Gottheit verträgt, eine Religion, deren Moral nichts anderes ist als ein wässeriger Humanismus der kollektiven und kooperativen Wirtschaft. Von einer solchen Religion und Moral sind praktische Erfolge für des Volkes Wohl nicht zu erwarten. Wir erhoffen diese allein von der Überwindung offenkundiger Unvollkommenheiten der bisherigen Gesellschaftsordnung, in Verbindung aber zugleich mit einer allgemein religiös-sittlichen Regeneration des Volkes im christlichen Sinne. Einfluß auf die Massen hat ja auch jener „über Marx hinausstrebende, an Kant und die moderne Wertphilosophie anknüpfende Sozialismus“, haben die neueren Ideologien, welche die „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Sinne einer zunächst rein diesseits gerichteten humanistischen Weltanschauung, Persönlichkeits- und Gesellschaftskultur“ forderten, nicht erlangt, eine soziale „Bewegung“ nicht ausgelöst. Indem die christlich-nationale Arbeiterschaft ihre sittlichen Ideen nicht nur humanistisch-utilitaristisch begründete, sondern unmittelbar der reinen Quelle christlicher Moral entnahm, hat sie zweifellos den besten Weg gewählt.

Noch einmal kommen wir auf die Frage zurück, ob man von einem „christlichen Sozialismus“ sprechen könne. Wir teilen heute den Standpunkt Schmittmanns, der den sog. „christlichen“ Sozialismus schon wegen der gegensätzlichen Mentalität des in der Sozialdemokratie lebendigen Sozialismus zum Christentum mit folgenden Gründen ablehnt:

1. Sozialismus und Christentum sind verschieden hinsichtlich des Ausgangspunktes: der Stellung zum Menschen. Der Sozialismus erkennt keinen Dualismus im Menschen an — Monismus —, der Mensch erscheint ihm von Natur aus gut. Der Weg des Übels geht von draußen nach drinnen durch Mängel in der Güterverteilung und Bildung. Das Christentum hingegen unterscheidet Körper und Geist (Seele), Widerstreit zwischen Gut und Bö, zwischen Leidenschaft und Gewissen. Dadurch sieht es einen Gegensatz im Menschen klaffen — Dualismus —. Der Weg des Übels geht von drinnen nach draußen.

2. Sozialismus und Christentum haben eine verschiedene Zielsetzung: Der Sozialismus erstrebt eine ökonomische Erlösung. Sein Eudaimonismus erstrebt den Genuß, ist diesseitig und ohne allgemein-gültigen Maßstab; darum nicht von allen erreichbar und stets ein Zankapfel. Das Christentum erstrebt eine

<sup>1</sup> „Der Mensch ist ethisch angelegt und im Welttreiben kann er sich dieser Natur nicht entledigen. Wenn du Mensch sagst, wenn du Menschheit sagst, so sagst du auch Ethik.“ (B. Földes, Hauptströmungen 175). Dem konnte sich Marx, seiner Lehre zum Trotz, nicht entziehen.



ethische Höherführung der Menschheit; es erstrebt eine Vollendung der gesamten Menschennatur, die von allen erreichbar ist. Das Diesseits ist ihm ein Wachsen und Reifen. Die Glückseligkeit ist nicht bloß Ziel, sondern zugleich Folge; sie wird im Diesseits nur beschränkt, im Jenseits erst vollkommen erreicht; ihr Ausmaß für den Einzelnen ist abhängig von dem im Diesseits erreichten Grade seiner innern Vervollkommnung.

3. Sozialismus und Christentum sind verschieden in den Wegen zum Ziel: Der Sozialismus geht von draußen nach drinnen. Er glaubt, daß der ökonomischen Umgestaltung die ethische von selbst folgen werde. Das Christentum geht von drinnen nach draußen, indem es vom Gesinnungswandel eine Höherführung der Menschheit erwartet.

4. Sozialismus und Christentum sind verschieden im Motiv des Handelns. Beim Sozialismus ist das Motiv die Selbstliebe (als Klassenliebe) ohne ihren Gegenpol: die allseitige Nächstenliebe. Weil die höhere Synthese fehlt, kennt er keine Auflösung der Gegensätze: Klassenliebe — Klassenhaß. Das Christentum findet für die Motive der Selbstliebe und der Nächstenliebe Ordnung und Einigung in der höheren Synthese: der Gottesliebe.

Aus dieser Gegenüberstellung folgt, daß der Begriff „christlicher Sozialismus“ unhaltbar und ein Widerspruch in sich ist. Es geht aber auch daraus hervor, wie unfähig der Sozialismus gemäß seinem innersten Wesen ist, wirklichen Gemeinschaftsgeist in unsrem Volke zu wecken<sup>1</sup>.

**14. Die neuere sozialistische Ideenwelt<sup>2</sup> in außerdeutschen Ländern** weist ebenfalls manche Wandlungen auf. So finden wir reformistische Bestrebungen in Italien (den Malonismus, benannt nach Benoit Malon), in Frankreich („Revue Socialiste“). Besonderes Interesse beansprucht der Gildensozialismus in England, der einen stärkeren Einfluß auf die englischen Gewerkschaften und auf die Labour Party zu gewinnen scheint.

<sup>1</sup> Kölnische Volkszeitung Nr. 98 vom 6. Februar 1924.

<sup>2</sup> Die Entwicklung des Parteiwesens gehört nicht hierher. Nur kurz sei erwähnt, daß im Auslande ähnliche Spaltungen bestehen, wie sie seit dem Weltkriege in Deutschland bestanden. Es gibt dort Parteien, die, wie die deutschen Mehrheitssozialisten, das sozialistische Endziel durch politische Aktion anstreben. Andere fordern Revolution und Diktatur des Proletariats, oder gar Anschluß an den russischen Kommunismus. Dazu kommen vermittelnde Parteien, dann noch Syndikalisten und Anarchisten.

In Frankreich entwickelten sich Differenzen im Hinblick auf die Kriegsziel- und Friedenspolitik sowie die Stellung zum Bolschewismus. Jaurès hatte bis zu seiner Ermordung für den Frieden gekämpft und dabei nicht wenige Anhänger gefunden. Mit Beginn des Krieges einigte der nationale Gedanke die verschiedenen Parteien. Es bildeten sich dann aber während der langen Kriegszeit neue Gegensätze aus. Eine volle Spaltung trat ein infolge grundsätzlich verschiedener Stellung zum Bolschewismus (Cachin Hauptvertreter für den Anschluß an Moskau).

Auch in England führte die Kriegszeit zu Spaltungen und Neubildungen. Die Independent Labour Party blieb im allgemeinen pazifistisch gesinnt (Führer Keir Hardie und Macdonald). Dem Bolschewismus gegenüber nahm die Partei eine ablehnende Haltung ein. Letzteres war nicht der Fall bei der „Britischen sozialistischen Partei“, die in der Mehrheit international gesinnt war, was zum Austritt Hyndmans und zur Gründung der „Nationalen sozialistischen Partei“ führte. Die mächtigste, hauptsächlich von den Gewerkschaften gebildete Partei ist die „Labour Party“ (Führer Henderson). Heute tritt diese Partei für eine Politik der Verständigung ein; den Bolschewismus lehnt sie ab.

Die gildensozialistischen Gedanken führen sich zurück auf die Schrift von Penty: „The restauration of the Guild-System“ (1906) und namentlich das Buch von Cole: „The World of Labour“ (1913)<sup>1</sup>. Ziel des Gildensozialismus ist „Beseitigung des Lohnsystems und Einführung der Selbstverwaltung durch ein in Verbindung mit dem Staate eingerichtetes System von nationalen Gilden“.<sup>2</sup> Das Eigentum an den Produktionsmitteln soll an den Staat bzw. die Gemeinde übergehen. Auch die Überschüsse der Betriebe sollen der Gesamtheit zugute kommen. Bei der Festsetzung der Preise sollen die Konsumenten in Konsumentenräten mitwirken, während der Staat als Vertreter der Gesamtinteressen hierbei in letzter Instanz entscheidet. Die innere Verwaltung der Betriebe soll den in industriellen Verbänden vereinigten Kopf- und Handarbeitern übertragen werden. Das unterscheidet den Gildensozialismus von den Gewerkschaften, die bisher mehr Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbilligung des Konsums als Ziele verfolgten. Von den Syndikalisten unterscheiden sich die Gildensozialisten dadurch, daß der Staat sich an der „Kontrolle der Industrie“ mit den Gilden zugleich beteiligen soll. Die Gilden haben den Entgelt für ihre Mitglieder festzustellen, unter Zusicherung des ausreichenden Lebensunterhalts. Sie umfassen die Arbeiter des gesamten Industriezweiges des ganzen Landes (z. B. des ganzen Baugewerbes: Industriesystem an Stelle des Berufssystems). Dennoch soll wieder der Einzelbetrieb den Kern der Selbstverwaltung bilden. Das föderalistische Prinzip soll dem Zentralsystem nicht ganz geopfert werden.

Wenn man die Gilden den Produktivgenossenschaften mit Staatskredit verglich, so bleibt zu beachten, daß der Staat hier nicht bloßer Kreditgeber, sondern Obereigentümer der Produktionsmittel ist: des Bergbaues, der Eisenbahnen, der Eisenindustrie, der Schifffahrt, die Gemeinde Eigentümerin der Veranstaltungen zur Versorgung mit Wasser, Gas usw. Für die sog. „häusliche Industrie“ (z. B. Möbel, Konfektion) soll Genossenschaftseigentum eingeführt werden<sup>3</sup>. Bei aller Hochachtung für die Qualitätsarbeit des Handwerks seitens der jüngsten Gildensozialisten und der Anerkennung gewisser Grundgedanken des mittelalterlichen Zunftwesens (Gemeinschaftsgeist, solidarische Sorge für ausreichende und lohnende Beschäftigung usw.), ist die vom Gildensozialismus erstrebte Organisation im wesentlichen doch nur Umgestaltung in der Industrie ohne Preisgabe des Großbetriebes.

Die Gildensozialisten hoffen ihr Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen unter Ablehnung der proletarischen Diktatur, des Generalstreiks, der Sabotage usw. Der Propaganda dient die 1915 gegründete „National Gilds-League“. Größere prak-

<sup>1</sup> Die Selbstverwaltung in der Industrie. Übersetzt von Thesing (Einleitung von Hilferding), 1922. — Ähnlich die im deutschen Baugewerbe aufkommenden Produktionsgenossenschaften.

<sup>2</sup> So definierte das „Labour yearbook“ 1916 den Gildensozialismus. Vgl. Diehl, Sozialismus usw. 413 ff.; Leubuscher, Sozialismus und Sozialisierung in England 1921. Vgl. Conrads Jahrbücher (1920) 481.

<sup>3</sup> Richard Lewinsohn schreibt in der „Vossischen Zeitung“ Nr. 381, 14. August 1923 (Aufsatz: „Der Freiburger Friedenskongreß“: „Der von Heinrich Pesch geforderte ‚Solidarismus‘ erstrebt einen Neubau der Gesellschaft auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage und geht damit, wenn auch nicht in der geistigen Grundeinstellung, so doch in dem Wege und zum Teil auch in den Zielen parallel zu den Bestrebungen des englischen Gildensozialismus.“ Es wäre hinzuzufügen, daß der Solidarismus an der privatwirtschaftlichen Organisation festhält, während auf den Gildensozialismus das Kriterium des Sozialismus, Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Anwendung findet.

tische Erfolge wurden indes noch nicht erzielt, abgesehen von den 1921 national zusammengeschlossenen Baugilden. Auch dienten die namentlich in den Kriegsbetrieben wirkenden Betriebsobleute („stop stewards“) der Vorbereitung der von dem Gildensozialismus erstrebten „Kontrolle der Industrie“.

Der russische Bolschewismus ist, wie Diehl<sup>1</sup> ausführt, eine Mischung von blanquistischen, syndikalistischen, anarchistischen und owenistischen Gedanken. Er ist zwar aus der 1898 unter Plechanow und Axelrod begründeten marxistischen Arbeiterpartei hervorgegangen (die im Gegensatz zu der nichtmarxistischen, sich hauptsächlich auf das Bauerntum stützenden sozialrevolutionären Partei stand), hat auch manche, doch nicht alle marxistischen Gedanken aufgenommen. Marx glaubte an eine allmähliche Entwicklung, die von selbst mit Notwendigkeit zur sozialistischen Gesellschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) führen werde. Die Bolschewiki<sup>2</sup> aber wollten eine radikale, gewalttätige Revolution der Arbeiter unter Hinzuziehung der ärmsten Bauern, zwecks sofortiger vollständiger Unterdrückung und Vernichtung der Bourgeoisie, auch der Dorfbourgeoisie (der mit Überschüssen arbeitenden Bauern).

Die Diktatur des Proletariats im russischen Sinn hat eine politische und eine wirtschaftliche Seite.

Politisch ist sie keine Demokratie mehr im alten Rousseauschen Sinne, sondern eine ganz auf Gewalt gegründete Herrschaft einer einzigen Klasse, des Proletariats, der Arbeiter und ärmsten Bauern. Die Form dieser proletarischen Diktatur bildet das sog. Rätssystem. Nur die Angehörigen des Proletariats haben für die „Räte“ bis hinauf zur obersten Vertretung, dem Zentralrat, aktives und passives Wahlrecht. Die Montesquieuische grundsätzliche Trennung der gesetzgebenden, verwaltenden, richterlichen Gewalt findet hier keine Anwendung. Die Räte sind zugleich gesetzgebende und verwaltende Körperschaften. Nur Arbeiter dürfen ferner Richter sein, und das Recht soll von ihnen im Einklang mit den Tendenzen der siegreichen Revolution gesprochen werden. Sind die bürgerlichen Klassen vollständig vernichtet, dann hat auch die in den Räten organisierte Staatsgewalt der Arbeiterklasse ihr Ende erreicht. Der Staat stirbt dann ab; an seine Stelle tritt die einheitliche Volksgenossenschaft von Arbeitern, die ohne Staatsgewalt sich selbst verwaltet. Auch die terroristische Taktik hört auf, weil dann keine Zwangsmittel gegenüber gewissen Klassen mehr notwendig sind.

In wirtschaftlicher Beziehung ist der Kommunismus das Endziel. Zunächst werden die Produktionsmittel enteignet und in zentralisierte Verwaltung gebracht. Auch die Reichen sind zur Arbeit verpflichtet. Soweit noch Unternehmer und höhere Angestellte für die Produktion nötig bleiben, stehen dieselben unter der Oberherrschaft proletarischer Betriebsräte. Die zweite Phase des russischen Sozialismus wird dann von der kommunistischen Gesellschaft gebildet, wo alle freiwillig nach ihren Kräften an der Gesamtarbeit der Gesellschaft teilnehmen und nach ihren Bedürfnissen empfangen. Diese Beglückung ist aber nicht auf Rußland beschränkt. Sie soll zur Erneuerung und Auferstehung der ganzen Menschheit werden<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus (1922)<sup>4</sup> 347 ff. 467 ff.

<sup>2</sup> „Bolschewiki“ heißt „Mehrheitler“ im Gegensatz zu der gemäßigteren Minderheit, den „Menschewiki“.

<sup>3</sup> Literatur: Lenin, Staat und Revolution (1918). Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (1919). Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus (1920). 21 Punkte, der zweite Kongreß der dritten Internationale in Moskau (1920). — Trotzky,



Wie groß diese Beglückung in Rußland heute schon ist, darüber können am besten diejenigen berichten, die sie miterlebt haben. Im übrigen hat die praktische Durchführung des kommunistischen Endzieles sich als praktisch unmöglich erwiesen. Der erste große Versuch, zum Kommunismus zu gelangen, ist kläglich gescheitert.

**15. Der Syndikalismus** ist insofern Sezession vom Sozialismus, als er die politisch-parlamentarische Betätigung ablehnt. Man unterscheidet in Frankreich, wo der Syndikalismus größere Bedeutung erlangte, zwischen reformistischem und revolutionärem Syndikalismus. Ersterer möchte den Interessen der Arbeiterschaft durch friedliche Verständigung mit den Unternehmern dienen, durch Tarifverträge, Arbeiterausschüsse, Unterstützungskassen usw. Die revolutionären Syndikalisten dagegen fordern und üben direkte Aktion, d. i. eine neue gewerkschaftliche Taktik; sie wollen das wirtschaftliche Leben zunächst lahmlegen durch Boykott, Sabotage (Zerstörung von Maschinen und Werkzeugen), Cacanypolitik (absichtliches Langsamarbeiten), partielle Kampfstriks, namentlich aber durch den Generalstreik. Die Syndikate würden auf diesem Wege schließlich an Stelle der Unternehmer zu Trägern der Produktion und der Verteilung. Als Vertreter des revolutionären Syndikalismus werden für Frankreich Lagardelle<sup>1</sup>, Berth, Griffuelhes, namentlich Sorel<sup>2</sup> genannt, für Italien Labriola, für Rußland Kritschewsky, von Deutschen Robert Michels.

## § 5.

### Solidarismus.

**Literatur:** Donoso Cortés, Versuch über den Katholizismus, den Liberalismus und Sozialismus, übersetzt von Reiching 1854 152 ff. — Périn, Über den Reichtum in der christlichen Gesellschaft, übersetzt von Weizenhofer I 1866 34 ff. — Roesler, Über die Grundlehren der von A. Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie<sup>3</sup> (1871) 255 ff. — Knies, Politische Ökonomie<sup>2</sup> 1883 291 ff, 304 ff. — A. Wagner, Grundlegung I 5 ff, 12 ff, 18 ff, 22 ff, 37—63 83—137 353 ff, 428 ff.; II<sup>3</sup> Vorwort u. 41 ff. — Schäffle, Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft II<sup>1</sup> 1873 12 ff, 89 ff, 177 ff, 453 482 486 ff. — Sax, Grundlegung der theoretischen Staatswirtschaft 1887 4 ff. — v. Vogelsangs Lehren 125 138 207 ff. — Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung<sup>3</sup> 248 f, 309 f, 616 ff, 811 ff, 1117; <sup>4</sup>(1904) 7 288 ff, 353 413 670 866 f, 1177 f. — v. Hertling, Kleine Schriften 251 ff, 254 ff. — Hitze, Kapital und Arbeit 1880 200 ff, 288 ff, 328 ff, 435 ff.; Die soziale Frage 1877 155 ff. — Stolzmann, Grundzüge einer Philosophie der Volkswirtschaft (1920). — v. Nathusius, Mitarbeit der Kirche<sup>2</sup> 1897 94 ff, 164 ff, 296 ff, 307. — v. Ketteler, Liberalismus, Sozialismus und Christentum<sup>2</sup>, (Kettelers Schriften alle.) — Goyau, Ketteler, La pensée chrétienne, Textes et études (1908). — Antoine, Cours

Arbeit, Disziplin und Ordnung 1919. — Radek, Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat 1919. Die Verfassung der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik 1920. — Mautner, Der Bolschewismus 1920. — O. Färber, Von Marx bis Lenin 1921. — Hirschberg, Bolschewismus 1919. — Diehl, Die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem (1920).

<sup>1</sup> Die syndikalistische Bewegung in Frankreich, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (1908); A. Acht, Der moderne französische Syndikalismus (1911).

<sup>2</sup> Réflexions sur la violence (1910)<sup>2</sup>. Zum Ganzen: Diehl, Sozialismus usw. 232 ff.; Földes, Hauptströmungen usw. 269 ff. mit weiteren Literaturangaben. — Conrads Jahrbücher (1917) 406.

d'économie sociale<sup>4</sup> (1908) 16 ff. 113 ff. 120 ff. 254 ff. — Vermeersch, Manuel social<sup>2</sup> (1904) 503—565 642—648 712 ff.; Quaestiones de iustitia (1901) 38 ff.; <sup>2</sup>(1904) 36 ff. — Soderini, Socialismo e cattolicesimo (1896). — Jentsch, Grundbegriffe und Grundsätze der Volkswirtschaft (1895) 30 ff. 382 ff. — Kempel, Göttliches Sittengesetz und neuzeitliches Erwerbsleben (1901) 104 ff. — Ruhland, Die Wirtschaftspolitik des Vaterunsers (1894). — Eberle, Sozialpolitische Fragen der Gegenwart (1889); Grundzüge der Soziologie (1896). — R. E. May, Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (1901) 710 ff. — Moore, Series of lectures on Catholic socialism. — Ebenhoch, Wanderungen durch die Gesellschaftspolitik (1896). — Kindermann, Zwang und Freiheit (1901). — Tiring, Die soziale Frage und das Prinzip der Solidarität I (1901). — Georges Blondel, La question sociale et le devoir social (1903). — Francis G. Peabody, Jesus Christus und die soziale Frage, deutsch von Müllenhoff (1903). — Berlepsch, Warum betreiben wir die soziale Reform? in den Schriften der Gesellschaft für soziale Reform Heft 11 (1903). — Wasserrab, Soziale Frage, Sozialpolitik und Carität (1903). — Achille Loria, Verso la giustizia sociale (1904). — Natorp, Sozialpädagogik, Theorie der Willenserziehung auf der Grundlage der Gemeinschaft<sup>2</sup> (1904). — Földes, Individualprinzip, Sozialprinzip und sozialetisches Problem, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (1904). — Philippovich, Individuelle Verantwortlichkeit und gegenseitige Hilfe im Wirtschaftsleben (Rektoratsrede, 1905); Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im 19. Jahrhundert (1910). — Lett, Individuum und Gemeinschaft. — Walter, Theorie und Praxis in der Moral (1905). — Toniolo, Trattato di economia sociale I (1907). — de Waha, Die Nationalökonomie in Frankreich (1910) 122 ff. 427 ff. 507 ff. — Gertrud Bäumer, Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts (1910). — Spann, Gesellschaftslehre<sup>2</sup> (1923); Der wahre Staat (1921). — Oberhauser, Das christliche Prinzip der Solidarität und die Genossenschaftsbewegung des Mittelstandes (1910). — Kerschensteiner, Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung (1910). — d'Haussonville, Solidarité, in Revue des Deux Mondes (1900). — Neumann, Wer ist heute Sozialist? in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik (1902). — Biermanns Aufsätze, in der Beilage zur Allgem. Zeitung: „Das Telos in der Sozialwissenschaft“, 1903, Nr. 59, und „Sozialphilosophische Propädeutik“, 1904, Nr. 51. — Walter, Artikel „Volkswirtschaftslehre“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup> 1207 ff. — Briefs, Zur Kritik sozialer Grundprinzipien, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49 (1922). — Noricus, Gerechtigkeit, Liebe und Organisation, in Monatsschrift für christliche Sozialreform XXIV 1904 315 ff. — Stauff, Der Sozialwert der Arbeit, und: Ein Industrie-Programm, in Soziale Revue IX 1909 456 ff.; XII (1912) 264 ff. — Lechtape, Solidarismus<sup>2</sup> (1922). — Haurand, Das nationalökonomische System von Heinrich Pesch (1922). — Brauer, Adolf Kolping (1923). — Schwer, Papst Leo XIII. (1923). (Klassiker katholischer Sozialphilosophie.) — Schürholz, Entwicklungstendenzen im deutschen Wirtschaftsleben zu berufsständischer Organisation (1922). — M. Schwarz, Das Berufsproblem (1923). — Herm. v. Keyserling, Politik, Wirtschaft, Weisheit (1922). — Pieper, Leitgedanken der christlichen Sozialpolitik, im „Arbeiterwohl“, Jahrg. 1904, 293 ff. Piepers zahlreiche, verdienstvolle Aufsätze und Schriften über den Gemeinschaftsgedanken. Besonders erwähnt seien die Schrift: Von der Arbeiterbewegung zum Arbeiterstande (1920); ferner: Organische und mechanische Auffassung des Gemeinschaftslebens<sup>2</sup> (1922.; dann: Berufsgedanken und Berufsstand im Wirtschaftsleben (1924).

Die leitende Idee des Individualismus war die der absoluten Freiheit und Selbständigkeit lediglich den eigenen Vorteil suchender Einzelwirtschaften. Der individualistischen Dezentralisation stellte der Sozialismus die Forderung einer völlig einheitlichen, zentralisierten, universalen Wirtschaftsgenossenschaft gegenüber, mit Verwischung aller sozialen Differenzierung zwischen Berufsgruppen, Klassen, Ständen. In der Mitte zwischen

beiden Extremen einer absoluten Zentralisation und einer absoluten Dezentralisation steht ein drittes System, dem wir den Namen „*Solidarismus*“ geben wollen.

**1. Die Solidaritätsidee.** Der Solidaritätsbegriff ist nicht neu. Er hat im Laufe der Zeit mannigfache und nicht immer annehmbare Deutung gefunden. Raymund de Waha<sup>1</sup> erinnert daran, wie die Idee der Solidarität des gesamten Menschengeschlechtes in der Lehre von der Erbsünde und, fügen wir hinzu, in der Philosophie des Mittelalters, ganz besonders in der christlichen Vorstellung einer alle Menschen umfassenden Gottesfamilie Geltung gewinnt. Hingewiesen sei ganz speziell auch auf die Lehre des hl. Paulus<sup>2</sup> von der organischen Einheit der menschlichen Gesellschaft. Die Solidarität, als tatsächliche, auf der Arbeitsteilung beruhende wechselseitige Abhängigkeit tritt uns in A. Smiths „*Wealth of nations*“ entgegen, als Interessengemeinschaft aller Gewerbe und aller Völker in J. B. Sais „*Theorie der Absatzwege*“. Auguste Comte, der sich für den eigentlichen Erfinder des Solidaritätsbegriffs hielt, bediente sich desselben nicht bloß in sozialwissenschaftlichem Sinne, sondern ebenfalls in naturwissenschaftlichem, z. B. zur Bezeichnung des Zusammenhanges der Gestirne im Weltenraum. Auch der Sozialist Pierre Leroux erwähnt ein „*Naturgesetz der Solidarität*“: bei den Fourieristen<sup>3</sup> und bei Proudhon stößt man auf denselben Begriff. Bastiat kennt in seinen Harmonien eine kollektive Verantwortlichkeit der Glieder eines Ganzen und ebenfalls eine Solidarität, welche die ganze menschliche Familie zu einer Einheit verbindet. Bekannt sind ferner die Übertreibungen der Analogie zwischen Gesellschaft und physischem Organismus in der Soziologie des 19. Jahrhunderts, wodurch auch der Solidaritätsbegriff in Mitleidenschaft gezogen werden mußte. Erwähnt sei auch die „*natürliche Solidarität*“ zwischen Unternehmern und Arbeitern im Sinne Sismondis<sup>4</sup>: Der Gegensatz der privaten Interessen und der Klassen, so urteilte er, ist geschichtlich geworden und kann darum durch die Gesetzgebung überwunden werden. Insofern die Existenz der Lohnarbeiter zur Bedingung für die Existenz der Unternehmer geworden ist, und umgekehrt, besteht zwischen beiden Gruppen eine natürliche Solidarität. Der Gesetzgeber braucht nur die legitime Folgerung hieraus zu ziehen, indem er den Unternehmer verpflichtet, für die Arbeiter gut zu sorgen, auch während der Krankheit, der Arbeitslosigkeit, des Alters. Mag dem Unternehmer vielleicht die Rücksicht auf den eigenen Gewinn genügen, für die Gesellschaft ist nach Sismondi ein Unternehmen, das seine Arbeiter nicht dauernd in einem erträglichen Zustande erhalten kann, ohne Wert. Manche Freunde erwarb sich der Solidarismus in der Form, wie Léon Bourgeois<sup>5</sup> ihn

<sup>1</sup> Die Nationalökonomie in Frankreich (1910) 122 ff. 427—457 507 ff.

<sup>2</sup> Röm. 12, 4 5.

<sup>3</sup> Statt des Wortes „*solidarité*“ sind bei den Saint-Simonisten und bei Fourier die Ausdrücke *association*, *harmonie des intérêts*, *fédération*, *cooperation*, *garantisme* Fourier im Gebrauch. Vgl. Eichtal, *La solidarité sociale* (1903) 5.

<sup>4</sup> Vgl. Sismondi, *Neue Grundsätze der politischen Ökonomie* [Übersetzung Prager II (1902) 267 ff.

<sup>5</sup> *Solidarité*<sup>6</sup> (1907); *Essai d'une philosophie de la solidarité* (1907). Aus der Zugehörigkeit zur Gesellschaft entsteht für uns, nach Bourgeois, eine juristische, quasi-kontraktische Verpflichtung. „*Nous naissons débiteurs!*“ Unsere Vorfahren aber, die uns die Zivilisation, die Mittel der geistigen und industriellen Produktion usw. hinter-



vertritt. Die Begründung der staatlichen Intervention ist da ganz individualistisch gedacht: die Besitzenden erscheinen den Besitzlosen gegenüber durch einen Quasi-kontrakt zur Mitteilung ihrer Güter verpflichtet, und hieraus wird dann das Recht des Staates zur Erzwingung dieser angeblichen Obligation abgeleitet, die Fürsorge für die Enterbten gewissermaßen zu einer rechtlich einklagbaren Schuld gemacht. Wiederholt werden wir späterhin des kooperativen Solidarismus im Sinne Charles Gides<sup>1</sup> gedenken müssen; er redet einer allgemeinen kooperativen „Vergenossenschaftlichung“ des Wirtschaftslebens das Wort, steht dagegen der Berufsorganisation, als einem angeblichen Momente gesellschaftlicher Zersplitterung, ablehnend gegenüber. Auch Eugène d'Eichthal<sup>2</sup> weist auf das Gesetz des Zusammenwirkens, um zu leben, hin, das in Zukunft an Stelle des bisherigen Gesetzes der Zerstörung, um zu leben, treten, die Beziehungen zwischen Individuen und Völkern friedlicher gestalten, den genossenschaftlichen Zusammenschluß befördern, private Willkür und Eigeninteresse durch die Forderungen der allen gemeinsamen Wohlfahrt beschränken und auch normierend auf die Güterverteilung einwirken werde. Émile Durkheim unterscheidet zwischen mechanischer und organischer Solidarität, einer Solidarität, die aus der Ähnlichkeit, in den primitiven Gesellschaften, und einer Solidarität, die aus der Verschiedenheit, der Differenzierung, in der fortgeschrittenen Gesellschaft sich ergibt. Von der Gesellschaft, der Ähnlichkeit und Unähnlichkeit, der Arbeitsteilung, leitet Durkheim seine Ethik her; ein sittliches Wesen ist der Mensch ihm zufolge nur, weil er in der Gesellschaft lebt, und dieses Leben in der Gesellschaft, je nach der Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, die Solidaritätspflicht erzeugt und bestimmt. Im Gegensatz zu Gide legt Durkheim<sup>3</sup> auf

lassen haben, sind für uns unerreichbar. An deren Stelle treten nun ihre Deszendenten, unsre Zeitgenossen, denen die glücklichen Besitzer der durch die Anstrengungen erloschener Generationen aufgehäuften Schätze von ihren Gütern mitteilen müssen. Eventuell müßte der Staat dazu nötigen. Chr. Brunot, *La solidarité sociale comme principe des lois* (1903). Vgl. auch Ch. Gide et Ch. Rist, *Histoire des doctrines économiques* (1909) 671 ff.; d'Haussonville, *Solidarité*, in *Revue des Deux Mondes* 1900.

<sup>1</sup> Ähnlich wie Gide auch Gabriel Tarde in seiner „*Psychologie économique*“. Gide, *Principes d'économie politique*<sup>11</sup> (1908; deutsch von Weiß von Wellenstein (1904); *La coopération*<sup>2</sup> (1906); *L'école française dans ses rapports avec l'école anglaise et allemande* (in *Festgaben für Schmoller*) I (1908) 17 ff. „Die Solidarität“ ist nach Gide (*Quatre écoles d'économie sociale* [1890] 152), „nicht wie die Freiheit und Gleichheit oder selbst die Brüderlichkeit, ein wohlklingendes Wort oder ein reines Ideal; sie ist eine Tatsache, eine der durch Wissenschaft und Geschichte am besten festgestellten Tatsachen, die bedeutsamste Entdeckung unsrer Zeit . . . die Tatsache der Solidarität, der Interdependenz des Menschen, macht täglich Fortschritte: sie ist vielleicht der Fortschritt schlechthin“. De Waha, *Die Nationalökonomie in Frankreich* (1910) 444. Dort (450) auch über die „Schule von Nîmes“, so genannt, weil die Gideschen Konsumvereine in Nîmes tagten. Wenig klar gedacht ist, was Gide zur Begründung seines Solidarismus im übrigen sagt; so, wenn er von einer Entfaltung der „Individualität“ des Menschen nach außen im Interesse der andern spricht, während der Individualismus lediglich die egoistischen Anlagen begünstigt habe, oder von der notwendigen Nivellierung der Menschen in ihren Eigenschaften u. dgl. Gide lehnt die Konstruktionen Bourgeois' ab. Vgl. Gide et Rist, *Histoire des doctrines économiques* (1909).

<sup>2</sup> *La solidarité sociale et ses nouvelles formules* (1903); *La formation des richesses et ses conditions sociales actuelles* (1906).

<sup>3</sup> *De la division du travail social*<sup>2</sup> (1902); *Les règles de la méthode sociologique*<sup>4</sup> (1907; deutsch 1907). Vgl. hierzu Deploige, *Le conflit de la morale et de la sociologie* (1911).

die Wiederherstellung einer korporativen Ordnung der Gesellschaft Gewicht, zu der der Entwicklungsgang unsrer Gegenwart notwendig hinführen werde<sup>1</sup>.

Die rechte „sittliche Atmosphäre“ in ihrem Sinne, als Vorbedingung für alle Bestrebungen der sozialen Reform, zu schaffen, war die Aufgabe, welche in England die sog. „Christian socialists“: Frederic Denison Maurice, Charles Kingsley, John Malcolm Ludlow, Stewart D. Headlam u. a. sich gestellt hatten<sup>2</sup>. Besondere Beachtung verdienen insbesondere auch Thomas Carlyle, das Haupt der „ethischen Sozialisten“, und John Ruskin. In scharfer Kritik der Plutokratie bekämpften diese warm mit den Leiden der niederen Klasse mitfühlenden Männer rücksichtslos den egoistischen Individualismus der in England herrschenden Doktrin und Praxis. Die Volkserziehung zu einer altruistischen Weltanschauung, die Besserung in den Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen, namentlich durch Ethisierung und Sozialisierung der Anschauungen der Besitzenden, aber auch durch freie Kooperation, das waren die Grundgedanken und allgemeinen Ziele jener „sozialen Propheten“ (Peabody)<sup>3</sup>.

Auf den engen Zusammenhang zwischen Solidaritätsprinzip und christkatholischer Lehre hatte schon Donoso Cortés<sup>4</sup> hingewiesen: „Die Verantwortlichkeit im allgemeinen, die man Solidarität heißt, ist eine der schönsten und erhabensten Offenbarungen des katholischen Dogmas. Durch die Solidarität hört der Mensch, zu einer größeren Würde und zu höheren Sphären erhoben, auf, ein Atom im Raume und eine Minute in der Zeit zu sein. Lebend vor seinem Leben, lebend nach seinem Tode, verlängert er sich so weit als die Zeiten und dehnt sich so ferne aus als der Raum. Durch die Solidarität wird die Menschheit versichert und bis zu einem gewissen Punkt geschaffen: mit diesem Wort, das in den antiken Gesellschaften keinen Sinn hatte, bezeichnet sie die Einheit der menschlichen Natur und die enge Verwandtschaft, welche die Menschen untereinander verbindet.“ Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Solidaritätsbegriff, in dieser oder jener Form, zur Bezeichnung von Interessengemeinschaft, wechselseitiger Abhängigkeit und Ergänzung, altruistischer Gesinnungen und Pflichten, der allgemein menschlichen Liebe und Brüderlichkeit, aber in wachsendem Maße auch

<sup>1</sup> Von andern soziologischen Vertretern des Solidaritätsgedankens in Frankreich, wie Fouillée, Izoulet, Simiand usw., sehen wir an dieser Stelle ab. Vgl. dazu R. de Waha, Die Nationalökonomie in Frankreich 1910 471 ff. 507 ff. Auch die liberalen Volkswirte, wie Yves Guyot und de Molinari, sprechen von einer „Solidarität“, die sich aus Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung, Tausch und Konkurrenz ergibt. — Zum Ganzen C. Bouglé, Le solidarisme 1907; Paul Pic, Législation industrielle<sup>6</sup> 1909 7 ff.

<sup>2</sup> Brentano, Die christlich-soziale Bewegung in England 1883. M. Kaufmann, Christian socialism (1888). v. Schulze-Gaevernitz, Zum sozialen Frieden I 1890: über Thomas Carlyle (geb. 4. Dez. 1795, gest. 5. Febr. 1881 77 ff., über John Ruskin geb. 8. Febr. 1819, gest. 20. Jan. 1900 und Arnold Toynbee 399 ff. M. Kaufmann, Der neuere christlich- und ethisch-reformatorische Sozialismus in England, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup> 622 ff. Christian Eckert, John Ruskin, in Schmollers Jahrbuch XXVI (1902) 362 ff. Auf katholischer Seite neuerdings Parkinson A Primer of social science [1913]. Über die neu erwachte katholisch-soziale Bewegung in England unterrichtet die Broschüre: The Catholic Social Guild (1913).

<sup>3</sup> Jesus Christus und die soziale Frage 1913 24 ff. Für Peabody ist Christus ein hohes Ideal, nicht Gottes Sohn).

<sup>4</sup> Versuch über den Katholizismus, den Liberalismus und Sozialismus. Deutsch von C. R. Reiching (1854) 152 ff.

als Ausdruck für die staatsbürgerlichen Gemeinschafts- und Gemeinhaftungspflichten im Hinblick auf das staatliche Gemeinschaftsleben, die sozialen Gerechtigkeits- und Liebspflichten, bei allen denjenigen katholischen Schriftstellern sich findet, die sich mit Sozialphilosophie oder mit Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik beschäftigt haben; so bei Vogelsang, A. M. Weiß, Ebenhoch, v. Liechtenstein, Schindler, v. Kuefstein, Waitz, Biederlack usw., bei v. Ketteler, v. Hertling, E. Jäger, Hitze, Pieper, Retzbach, Werthmann, Cathrein, Lehmkuhl, Th. Meyer, Th. Brauer, M. Scheler, C. Noppel usw., bei de Mun, la Tour-du-Pin, Raoul Jay, Martin Saint-Léon, Lorin, Antoine, Desbuquois usw., bei Périn, V. Brants, Duthoit, Rutten, Vermeersch usw., bei Decurtins, Eberle, Beck, Feigenwinter, Hättenschwiller u. a., bei Toniolo, Soderini, Liberatore usw., bei Cepeda, Sancha y Nervas, Ortí y Lara, Escartin, Vicent, de Castro, Llovera, López usw., bei Devas, Mooney, Toke, Crawford, Water, Pluhr, Parkinson u. a., bei Schaepman, Aalberse usw. Charakteristisch für die katholischen Autoren ist es, daß sie den Solidaritätsbegriff aus der sittlichen Ordnung herleiten, die soziale und volkswirtschaftliche Bedeutung der Solidarität abhängig erscheinen lassen von ihrer Anerkennung und Geltung als eines sittlichen Prinzips<sup>1</sup>. Indem z. B. die christliche Religion die Menschen „Brüder“ nennt, bedient sie sich keines demagogischen Schlagwortes. Sie begründet vielmehr diese Brüderlichkeit durch den Hinweis auf die gemeinsame Abstammung, das gemeinsame Ziel aller Menschen, auf den gemeinsamen himmlischen Vater und die gemeinsame Gotteskindschaft, den gemeinsamen Erlöser, die für alle bestimmte gemeinsame Kirche. Sie fordert die Brüderlichkeit, indem sie jenes Gesetz verkündigt, durch welches die altruistische Solidarität ihren höchsten, erhabensten Ausdruck gefunden hat: Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst! Sie übt die Brüderlichkeit immerfort in den zahllosen Werken christlicher Nächstenliebe, durch die selbstlose Hinopferung der edelsten ihrer Bekenner im Dienste der Armut, des Elendes jeglicher Art und jeglichen Grades, durch die aufrichtige Hochachtung, die sie dem Niedrigsten entgegenbringt.

Auch die Revolution<sup>2</sup> und der Sozialismus haben den schönen Gedanken der Brüderlichkeit, unter Verleugnung seines wahren Ursprungs, für sich in Anspruch genommen. Er steht eingeschrieben auf den Fahnen, die über den Häuptern irregeleiteter Arbeiterscharen flattern. Solidarität gilt in der proletarischen „Klassensethik“ sogar als vornehmlichste Tugend. Und doch bleibt die sozialistische Klassensolidarität in ihrer proletarischen Verengung weit zurück hinter der Universalität wahrhaft humaner und sozialer Solidarität im christlichen Sinne; sie entbehrt der moralischen Begründung und Verpflichtung, der tausendjährigen geschichtlichen Erprobung, des mit göttlicher Autorität und Kraft gestützten Gesetzes.

Wird somit das Wort „Solidarität“, wie unsre auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebende Übersicht zeigt, von Vertretern der verschiedensten Richtungen gebraucht und nicht selten auch mißbraucht, so ergibt sich allerdings die Notwendigkeit einer solchen Bestimmung des Solidaritätsbegriffs, die ihm eine, für

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Vogelsang, Grundzüge 139. Aus neuester Zeit die Verhandlungen der „Sozialen Woche“ in Frankreich (z. B. Versailles, 28. Juli bis 3. August 1913; Bericht in Rivista cattolica XIX [1913] 202 ff. – Gegenstand: Die Verantwortlichkeit usw.

<sup>2</sup> Worte, wie Solidarität, Brüderlichkeit, Liebe usw. wurden selbst von den Vorkämpfern der blutigen französischen Revolution gebraucht, von einem Camille Desmoulins, Robespierre, Marat, von belgischen Freidenkern („Solidaires“) usw.



unsre Untersuchung wissenschaftlich fest begründete Unterlage gibt. Wir sagen darum: Die Solidaritätsidee in ihrer Anwendung auf eine soziale Gemeinschaft, in ihrer doppelten Funktion der Gemeinschaftsbildung und der Gemeinschaftsstärkung, bedeutet die geordnete Zusammenfassung des Strebens gesellschaftlich zu verbindender oder verbundener Kräfte mit Rücksicht auf ein sittlich erlaubtes oder sittlich gefordertes, gemeinsames Ziel. Zur Verfolgung sittlich verwerflicher Zwecke und zur Anwendung schlechter Mittel kann niemand sich verpflichten oder als verpflichtet gelten. Die Solidarität der Räuberbande ist Interessengemeinschaft des Verbrechens, bloßer Name und Schein von Solidarität, keine wahre, durch sittliche Verpflichtung gestützte Solidarität.

Wendet man den Solidaritätsbegriff auf die staatliche Gesellschaft und auf die Volkswirtschaft, als einen Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft, an, so kann hierfür offenbar kein anderes Ziel in Frage kommen als der Zweck der staatlichen Gesellschaft<sup>1</sup>, die Aufgabe der Volkswirtschaft<sup>2</sup>, die öffentliche und allgemeine Wohlfahrt bzw. der materielle Volkswohlstand in harmonischer Verbindung mit der Gesamtwohlfahrt des Volkes. Würde die Solidarität nur dazu dienen, den individuellen oder den klassenmäßigen Egoismus innerhalb des Staates, innerhalb der Volkswirtschaft zu verdecken, zu verbrämen, dann wäre sie zum bloßen Schlagwort herabgewürdigt, zur altruistisch klingenden Phrase, in dieser Verkehrung aber praktisch um so gefährlicher, je schärfer, umfassender ihr Gegensatz zum Sozialzwecke der Gesamtheit sich gestaltete. Mit andern Worten: die Solidarität, die in Staat und Volkswirtschaft das Gleichgewicht zwischen Individuen, Gruppen und gesellschaftlicher Einheit herzustellen berufen ist, bleibt unvereinbar mit jeder ausschließlich utilitaristischen Auffassung im Sinne des plutokratischen Individualismus und ebenso jedes einseitigen Klassen- und Gruppenegoismus. Sie bedeutet nicht bloß Steigerung der Kräfte, bringt nicht bloß Nutzen, Gelegenheit, Vorteile zu erlangen, sondern fordert auch Opfer, die Einordnung und Unterordnung unter den Zweck des sozialen Ganzen<sup>3</sup>, Opfer auch dann, wenn im einzelnen Falle ein gleichwertiger Vorteil nicht in Aussicht steht. Hierzu aber bedarf es eines höheren Motives und darum eben der festen Verankerung der staatsbürgerlichen Solidarität in der ethischen Ordnung.

Der Staat ist für den Menschen eine notwendige, natürliche Gesellschaftsform, wie die Familie, die Unterordnung unter den Staatszweck daher nicht eine frei übernommene, sondern eine naturrechtliche Verpflichtung. Anders bei den verschiedenen Formen kooperativer und korporativer, genossenschaftlicher und beruflicher Vereinigung. Hier wirkt die Solidarität zunächst als Interessengemeinschaft, Berufsgleichheit und als hierauf beruhende Sympathie wohl gesellschaftsbildend, gesellschaftsordnend und verpflichtend aber erst, nachdem die Verbindung, sei es vertragsmäßig (Kooperation) oder durch positiv rechtliche Entwicklung (Berufsverband) zu stande gekommen ist.

Der Einblick in die Lehren einiger hervorragender Nationalökonomten ethischer Richtung dürfte nun am besten geeignet sein, uns zugleich ein

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 182 ff.      <sup>2</sup> S. 271 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Toniolo, *Trattato di economia sociale* I (1907) 290.

tieferes Verständnis der Solidaritätslehre zu vermitteln, wie auch vor gewissen Einseitigkeiten und Übertreibungen zu bewahren<sup>1</sup>.

Von dem Solidaritätsbegriff kann man nicht sprechen, ohne in ganz besonderer Weise des hochverdienten belgischen Nationalökonomten zu gedenken, der als Nachfolger des Grafen de Coudenhove († 1865) auf dem Lehrstuhle für politische Ökonomie eine hervorragende Zierde der katholischen Universität Löwen war. Charles Péron betont mit Nachdruck den Einfluß der Religion, die Bedeutung des göttlichen Sittengesetzes für das wirtschaftliche Leben, für Eigentumsgebrauch und Arbeit. Er schildert und begründet gegenüber den egoistischen Tendenzen des

<sup>1</sup> Bei den französischen katholischen Sozialpolitikern zeigte die Auffassung des Solidaritätsgedankens zunächst insofern eine Verschiedenheit, als auf der einen Seite (Schule von Angers, „Réforme sociale“) die Solidarität mehr als Frucht individueller Selbstzucht, im Sinne der freien Karität, der Patronage und der organisierten Selbsthilfe verstanden, auf der andern Seite aber nachdrücklich zugleich als sozialrechtliches Prinzip, folgerichtig mit stärkerer Betonung der Staatsintervention, ins Auge gefaßt wurde (Schule von Lüttich, „Association catholique“). Die deutschen und österreichischen katholischen Sozialpolitiker nehmen durchweg den letzteren Standpunkt ein, wenn auch da mancherlei Nuancierungen der sozialen Anschauungsweise unverkennbar sind. In maßvoller Weise urteilt Franz Walter (Artikel „Volkswirtschaftslehre“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>2</sup> 1229) über gewisse Meinungsverschiedenheiten, welche bei aller Einheit in den Grundanschauungen auch auf Seiten katholischer Sozialpolitiker zu Tage treten. Er sagt: „Es lassen sich eben die volkswirtschaftlichen und sozialen Zustände nach in beträchtlichem Grade verschiedenen Gesichtspunkten beurteilen. So geschieht es denn, daß die einzelnen Gelehrten je nach ihrer Veranlagung sich der einen oder der andern Richtung zuwenden und zu weit auseinandergehenden Schlüssen gelangen. Namentlich sind es auch die in einzelnen Ländern bestehenden Zustände, welche auf das Urteil der denselben angehörenden Menschen einen bedeutenden Einfluß zu üben geeignet sind. In einem Lande, dessen Bevölkerung besonders geschäftstüchtig und sparsam ist, wird man meist geneigt sein, nicht allzuviel von der Staatsintervention in die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verlangen. So gibt es denn Autoren, die durchaus an der katholischen Glaubens- und Sittenlehre festhalten, treue Söhne der Kirche sind und nichtsdestoweniger für eine weitgehende soziale und wirtschaftliche Freiheit der einzelnen wie der Vereine und Körperschaften sich entscheiden, während ebenso kirchentreu Schriftsteller anderer Länder, in denen die Bevölkerung ökonomisch weniger vorgeschritten ist, in welchen starke Übelstände auf den produktiven Schichten des Volkes und insonderheit auf den kleinen Leuten lasten, eine ganz andere Stellung in diesen Fragen einnehmen. Überhaupt wird ein mehr individualistisch angelegter Charakter, da bisher weder die Gesamtheit der sozialen und wirtschaftlichen Zustände der früheren Zeiten noch auch nur diejenige der entsprechenden Verhältnisse unsrer Tage eingehend klar gestellt ist, auf Grund des vorliegenden Materials zu andern Resultaten gelangen als ein von Natur zur Ein- und Unterordnung geneigter Mensch, der leichter ein Anhänger der korporativen Zwangsorganisation oder eines stark bürokratisch-autoritativ ausgeprägten Staatswesens werden wird. Der erstere wird den Menschen leichter eine vernünftige Handlungsweise zutrauen, die ihnen innewohnende Kraft zu Selbsthilfe und Selbstförderung höher veranschlagen, zumal wenn er günstige persönliche Erfahrungen gemacht hat, als der letztere. Es ist also das Bestehen verschiedener Schulen auch unter den christlichen und insbesondere unter den katholischen Gelehrten vollkommen erklärlich.“ Daß die Staatsintervention im Prinzip zulässig, darüber besteht heute wohl keine Meinungsverschiedenheit in dem Grade, wie vor Erlass der Enzyklika „Rerum novarum“. Der Widerspruch der Ansichten bezieht sich mehr auf das Maß der notwendigen Intervention.

liberalen Egoismus den Wert des Opfers. Die staatliche Intervention auf wirtschaftlichem Gebiet findet jedoch nur in beschränktem Maße seinen Beifall. Er vertritt die Auffassung, der Msgr. Freppel auf dem Kongreß zu Angers Ausdruck verlieh: „Liberté individuelle, liberté d'association avec toutes ses conséquences légitimes, intervention de l'État limitée à la protection des droits et à la répression des abus“. Freilich läßt selbst diese auf Rechtsschutz und Abstellung von Mißbräuchen beschränkte Staatsintervention noch eine sehr verschiedene Interpretation zu, namentlich wenn es sich darum handelt, festzustellen, was denn ein Mißbrauch sei. Périn machte Schule nicht nur in Belgien, sondern namentlich auch in Frankreich. Freiheit der Arbeit, freie Konkurrenz, freie Organisation, moralische und soziale Reform durch die „private Initiative“, möglichst wenig Staatsintervention, das waren stets wiederkehrende Forderungen jener als „konservativ“ bezeichneten Richtung, die sich aus Anhängern Le Plays und Périns zusammensetzte (Claudio Jannet, Hubert-Valleroux, d'Haussonville, Thery, Joseph Rambaud usw.). Vernehmen wir indes, wie der berühmte Nationalökonom seine Anschauungen selbst darlegt<sup>1</sup>: Auf dem Boden der moralischen Ordnung muß man das Ideal des sozialen Lebens suchen. Die Interessen für sich allein erzeugen nur Beweglichkeit, aber ohne Maß und Regel. Blickt auf Europa, das sich . . . unter die Herrschaft der Interessen gebeugt hat. Wie folgen Gesetze auf Gesetze, Mächte auf Mächte, Doktrinen auf Doktrinen! Nichts gewinnt Bestand, nichts Dauer, weil im engen Kreise irdischer Befriedigung alles zur Sättigung der Sinne und zur Ermüdung des Geistes führt. Suchen wir Festigkeit, Bestand, Ordnung, Sicherheit, dann müssen wir uns an die Ziele und Grundsätze halten, welche das göttliche Sittengesetz der Menschheit darbietet. Es gibt aber ein Prinzip, welches das ganze gesellschaftliche Leben beherrscht, über dasselbe nach allen andern Richtungen hin Licht verbreitet, folglich allen andern Prinzipien vorangestellt werden muß: das Prinzip der Solidarität. „Ohne Zweifel existiert jeder Mensch für sich selbst, und sein höchster Zweck ist ein ganz individueller, sein Wohl. Gott hat jedem aus uns eine nach seinem Ebenbilde geschaffene Seele gegeben, und dieser Seele Bestimmung ist es, sich durch die Freiheit unaufhörlich zu ihrem erhabensten Urbild emporzurängen. Aber Gott hat nicht bloß in jeder Seele besonders die Vollkommenheiten seines unendlichen Wesens geoffenbart; die Vereinigung der Seelen, die die Gesellschaft bildet, trägt ebenfalls das nicht minder scharfe Gepräge des göttlichen Typus. Die menschliche Gesellschaft mit den allumschlingenden Banden eines gemeinsamen Lebens und einer gegenseitigen Abhängigkeit ist nur eine Nachbildung jener ewigen Gemeinschaft, worin mit der vollkommenen Einheit des unendlichen Wesens die drei göttlichen Personen leben. . . . Überall besteht unter den Menschen das Verhältnis der Solidarität, d. h. jene vorwärts und rückwärts flutende Bewegung des Lebens und jene wechselseitige Durchdringung des einzelnen von allen und aller vom ein-

<sup>1</sup> Über den Reichtum in der christlichen Gesellschaft, übersetzt von J. Weizenhofer I (1866) 34 ff. Als hervorragender Schüler Périns galt der leider allzu früh verstorbene Victor Brants *Les grandes lignes de l'économie politique* <sup>4</sup> [2 Bde, 1904]; *Lois et méthodes de l'économie politique*; ferner: *La lutte pour le pain quotidien*; *La circulation des hommes et des choses*; *Les théories économiques aux XIII<sup>e</sup> et XIV<sup>e</sup> siècles* usw.). Vgl. E. de Girard, *Histoire de l'économie sociale jusqu'à la fin du XVI<sup>e</sup> siècle* 1900. Girard baut seine Arbeit auf Brants Lehre auf.



zelen, vermöge deren alle Glieder einer Gesellschaft wenigstens für einige Zeit und in einem gewissen Maße sich gegenseitig ihr Geschick bestimmen und infolge deren nichts von dem, was das Ganze berührt, dem einzelnen fremd bleiben, und ebensowenig etwas von dem, was die einzelnen berührt, für das Wohl des Ganzen gleichgültig sein kann. Durchforschet die materielle und die geistige Ordnung, und bei großartigen Einrichtungen, bei großartigen Tatsachen des sozialen Lebens wird sich auch jedesmal das Prinzip der Solidarität als Entstehungsgrund und als Entwicklungsgesetz zu erkennen geben.“ Darum muß denn auch dieses Prinzip „bei Untersuchung der Bedingungen, auf denen die wahre Größe und Wohlfahrt der Völker beruht, unser Ausgangspunkt sein. Wer möchte auf der Höhe, zu welcher uns heutzutage die christliche Zivilisation erhoben hat, auch nur bestreiten, daß das Ideal des sozialen Lebens nicht bloß die Größe und Wohlfahrt des Ganzen, sondern auch die Größe und Wohlfahrt aller einzelnen, aus denen das Ganze besteht, in sich schließe? Eine Gesellschaft, die in ihren höheren Klassen mächtig und glücklich wäre, die aber in ihren niederen Ständen eine unter dem Druck des Elends und des Lasters gebeugte Bevölkerung schmachten sähe, dürfte in unsrer Zeit weder vom Politiker noch vom Christen als Muster einer starken und glücklichen Gesellschaft angesehen werden. Dem Christen sind alle Menschen Brüder. . . . Alle haben Anspruch auf den Besitz jener Güter der Seele und des Leibes, von denen Gott selber niemand ausgeschlossen, unter der Bedingung, daß man sie durch Arbeit und Tugend erobere“. Eine unbegrenzte Teilnahme aller an allen Gaben Gottes, sowohl auf dem Gebiete der geistigen als der materiellen Ordnung, hat man freilich niemals gesehen und wird sie niemals sehen. „So unverwüstlich die Gesellschaften den Trieb nach einer Vollkommenheit ohne Schranken in sich tragen, so wird ihnen doch immer ein Glück innerhalb bestimmter Grenzen genügen müssen. Sie werden unablässig nach einem Ideal ringen, und das Ideal wird unablässig vor ihnen zu fliehen scheinen. Aber hüten wir uns, zu glauben, daß so viele Anstrengungen vergeblich seien. Gelingt es den Menschen auch nicht, den Gegenstand ihres heißesten Strebens zu erreichen, so werden sie ihm wenigstens immer näher kommen, indem sie die Gesetze der Gerechtigkeit und Liebe, die dessen wesentliche Charakterzüge bilden, in allen ihren Verhältnissen mehr zur Geltung bringen. Zu verlangen, daß alle Menschen im Überfluß alle Güter des Lebens genießen, wäre Torheit. Aber es ist Weisheit und wahrhaft christliche Weisheit, ohne Rast und Ruhe gegen alle Hindernisse der materiellen und menschlichen Natur zu kämpfen, damit die Gesellschaften in jene Lage versetzt werden, in der nach den Worten des Grafen de Maistre das möglich größte Glück der Anteil der möglich größten Anzahl von Menschen sein wird.“ Dem Volkscharakter und der geschichtlichen Entwicklung seines edlen Stammes entsprechend erwartete Périn, wie gesagt, für Erreichung dieses Zieles allerdings nicht alles, aber doch das meiste von der rechten Freiheit und der privaten Initiative.

Unter den deutschen Nationalökonomern war es in besonderer Weise Adolf Wagner<sup>1</sup>, der durch seine gesamte Auffassung und namentlich in seiner tiefdurchdachten Motivationstheorie die übermäßige Hervorkehrung der individualistischen Selbstliebe auf volkswirtschaftlichem Gebiet in der Theorie zu brechen und

<sup>1</sup> Die akademische Nationalökonomie und der Sozialismus (1895); Grundlegung I<sup>3</sup> 1, 83—137.

so den Weg zu ebnen suchte für eine echt soziale Auffassung der Nationalökonomie. Im einzelnen, sagt Wagner<sup>1</sup>, „war der Fehler der älteren Theorie, der ‚britischen Ökonomik‘, wohl vornehmlich der, daß sie die wirtschaftliche Natur des Menschen zu sehr aus der allgemeinen Natur desselben herauslöste, mit ihr allein in ihren Deduktionen und Erörterungen operierte, zu ausschließlich den Menschen in seinem wirtschaftlichen Handeln vom ersten Motiv (Streben nach dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil und Furcht vor eigener wirtschaftlicher Not) auch im Leben selbst bestimmt ansah, die andern Motive. Kombinationen derselben untereinander und mit dem ersten Motiv, die verschiedenen Stärkegrade dieser Motive, auch des ersten, nach Individuen und bei diesen wieder nach Zeitaltern, Völkern, Klassen usw. zu wenig, in der Theorie öfters, selbst absichtlich, gar nicht, in der Praxis, in der Politik auch nicht genügend beachtete. Diesen Fehler gilt es vor allem zu vermeiden.“ Wagner erstreckt darum die psychologische Analyse auf den ganzen Menschen in der richtigen Erkenntnis, daß der Mensch eben ein einheitlich handelndes Wesen ist und bleibt — auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Daß hier das Streben nach dem eigenen Vorteil sich besonders machtvoll geltend macht, führt Wagner dazu, die andern teils egoistischen teils nicht egoistischen Motive in ihrem Wesen, ihrer Funktion, ihrer Bedeutung für Theorie und Praxis des Wirtschaftslebens mit der ihm eigenen Gründlichkeit zu untersuchen. So bespricht er ausführlich unter der Rubrik „Egoistische Motive“ neben und nach dem Streben nach dem eigenen wirtschaftlichen Vorteile die Motive der Furcht vor Strafe und der Hoffnung auf Anerkennung, ferner das Ehrgefühl, Geltungsstreben, Furcht vor Schande und Mißachtung, sodann den Drang zur Betätigung, Freude am Tätigsein, auch an der Arbeit als solcher und an den Arbeitsergebnissen als solchen, sowie die Furcht vor den Folgen der Untätigkeit. Von ganz besonderer Bedeutung ist dann das unegoistische Leitmotiv: der Antrieb des Gebotes zum sittlichen Handeln, der Drang des Pflichtgefühls und die Furcht vor dem eigenen innern Tadel, vor Gewissensbissen. Man wird freilich vom Nationalökonom nicht erwarten dürfen, daß er die genannten Motive auf ihren ethischen Wert und ihre spezifisch sittliche Bedeutung prüfe. Wenn er aber, um mit Wagner<sup>2</sup> zu sprechen, seine Aufgabe auch darin erblickt, „die Motive nach ihrem Wert für das Wirtschaftsleben, für Produktion und Verteilung des Ertrages zu beurteilen, zu klassifizieren und darauf hinzustreben, die ökonomisch und sittlich wünschenswerten zu größerer Wirksamkeit, zu zweckmäßiger Kombination zu bringen, die entgegengesetzten zu verdrängen oder doch in ihrer Wirksamkeit zu schwächen“, so erhebt er sich schon damit über die rein psychologische Betrachtung und faßt bereits, wenn auch zunächst noch für den Bereich der subjektiven Motive, schon dasjenige Ziel ins Auge, welches der beherrschende Gedanke der ganzen nationalökonomischen Wissenschaft ist, jenen Gedanken, jenes Prinzip, durch welches die Nationalökonomie erst zu einem einheitlichen wissenschaftlichen System werden kann: „Der Zielpunkt dabei wird das wahre und berechtigte Interesse der Gattung“ sein, d. i. der Gesamtheit, innerhalb einer einzelnen Volkswirtschaft das wahre und berechtigte Interesse des ganzen Volkes. Das allgemeine materielle Volkswohl als objektives sozial-

<sup>1</sup> Die akademische Nationalökonomie und der Sozialismus (1895): Grundlegung I<sup>3</sup> 1, 135.

<sup>2</sup> Grundlegung 134.

rechtliches Postulat — das ist aber gerade der für die volkswirtschaftliche Organisationsfrage entscheidende Kernpunkt des Systems, welches wir Solidarismus benennen möchten.

Von Nationalökonomem der „ethischen Richtung“ wird zuweilen der „Gemeinsinn“ neben den Eigennutz als zweite instinktive Triebfeder der Wirtschaft gestellt. Zu den „Trieben“ gehört beim Menschen zwar der sog. Geselligkeitstrieb, indes sucht dieser, bloß als instinktiver Trieb aufgefaßt, doch auch wieder in dem geselligen Leben nur die Förderung des eigenen individuellen Wohles. Bemerkenswert sind demgegenüber die Ausführungen Roschers<sup>1</sup>: „Wirklich fundamental ist nur der Gegensatz von Eigennutz und Gewissen. Dies sind zwei Triebfedern, die wenigstens als Keim oder als Rest in jedem menschlichen Wesen gefunden werden, die sich ähnlich zueinander verhalten wie der Leib zur Seele. Durch das Gewissen soll der Eigennutz im Zaume gehalten, vor der Ausartung in Egoismus bewahrt . . . werden. Wie im Weltgebäude die scheinbar entgegengesetzten Bestrebungen der Zentrifugalkraft und Zentripetalkraft die Harmonie der Sphären bewirken, so im gesellschaftlichen Leben des Menschen der Eigennutz und das Gewissen den Gemeinsinn. . . . Durch den Gemeinsinn bildet sich aus dem Chaos zahlloser Einzelwirtschaften, die ohne ihn im ewigen Krieg aller gegen alle verkümmern würden, der wohlgegliederte Organismus der Volkswirtschaft.“ In der Auffassung Roschers ist also der Gemeinsinn ebensowenig wie bei Wagner eine bloß instinktive Triebfeder, nähert sich vielmehr schon wesentlich dem von uns vertretenen Solidaritätsbegriff.

Man hat freilich der Wagnerschen Lehre gegenüber den Vorwurf staatssozialistischer Übertreibungen erhoben. Wagner bezeichnet sich selbst als Staatssozialisten; er geht wohl auch, wie bereits dargelegt wurde, zu weit in der Auffassung von den Aufgaben des Staates und der Staatsgewalt auf volkswirtschaftlichem Gebiete. Gleichwohl möchten wir, um es noch einmal zu sagen, in Wagners Lehre doch mehr einen besonders stark und scharf ausgeprägten Anti-Individualismus erblicken als Staatssozialismus, wenigstens als Staatssozialismus in extremer Gestalt<sup>2</sup>. Jede Form des modernen „Sozialismus“ verneint das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die privatwirtschaftliche Ordnung im Prinzip oder wenigstens für eine bestimmte Entwicklungsstufe. Das tat Wagner keineswegs. Er hielt auch für die Zukunft an der privatwirtschaftlichen Ordnung fest. Dem ökonomischen Sozialismus schlechthin trat Wagner sogar sehr scharf entgegen, ebenso der älteren Bewegung und Literatur der Bodenbesitz-reformer, soweit dabei vordem kommunistische Endziele in Frage kamen. Auch ihrer Kritik des Bestehenden gegenüber verhielt sich Wagner, wie er ausdrücklich hervorhebt<sup>3</sup>, in späteren Jahren reservierter als früher. Seinen eigenen wissenschaftlichen Standpunkt legte der berühmte Nationalökonom klar in folgenden Stellen dar. Er sagt<sup>4</sup>: „Der Punkt, um den sich in der politischen Ökonomie . . . alles dreht, ist die alte Frage vom Verhältnis des Individuums zur Gemeinschaft, von der Kombination des Individual- und Sozialprinzips in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rechtsordnung und Organisation. Wer mit der älteren ‚individualistischen‘ Rechts- und Staatsphilosophie und mit

<sup>1</sup> System der Volkswirtschaft I, § 11; Ansichten der Volkswirtschaften I<sup>3</sup> (1878) 76 f.

<sup>2</sup> S. oben S. 197 ff.

<sup>3</sup> Grundlegung II<sup>3</sup> (1894); Vorwort vi.

<sup>4</sup> Ebd. I<sup>3</sup> 1, 22 f.



der ihr verwandten britischen Ökonomik das Individuum in den Mittelpunkt aller Betrachtungen stellt, kommt notwendig zu den Resultaten jener britischen Schule. Ähnlich, wer die ganze Privatrechtsordnung, speziell das Privateigentum, nur aus dem Gesichtspunkte des Individualinteresses betrachtet und nur in Zweckbeziehung zu letzterem setzt, gelangt ebenso notwendig zur bloß individualrechtlichen (rein privatrechtlichen) Auffassung und Behandlung dieser Rechtsordnung auch als der Grundlage der Volkswirtschaft. Wer dagegen vor allem zunächst nach den Bedingungen des wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens forscht und nach denselben die Sphäre der wirtschaftlichen Freiheit des Individuums, die Befugnisse auch des Privateigentümers in Bezug auf die ihm gehörenden Eigentumsobjekte, die Grenzen der Vertragsfreiheit auch in Hinsicht des Inhalts der Verträge bestimmt, wer die ganze Privatrechtsordnung, auch das Privateigentum, zuvörderst in ihrer Zweckbeziehung und ihrer Funktion für das Gemeinschaftsinteresse betrachtet, der kommt — nicht, wie wohl behauptet wird, einfach zum Sozialismus, wohl aber zu einer Anschauung und Lehre, welche ... gerade hier die eigentlichen volkswirtschaftlichen Grundprobleme sieht: diejenigen der Organisation der Volkswirtschaft, der Beziehungen von Recht und Wirtschaft, der Regelung von ‚Freiheit und Eigentum‘ nach dem zu kombinierenden Doppelgesichtspunkt des Gemeinschafts- und Individualinteresses und nach dem Zielpunkt eines selbst wieder beständig zu verändernden Kompromisses zwischen diesen beiden Interessen. Die Geschichte der Volkswirtschaft und der Rechtsordnung stellt den Prozeß dieses Kompromisses zwischen diesen Interessen, zwischen dem Sozial- und Individualprinzip, dar. Der Sozialismus übertreibt das erste, der ökonomische Individualismus das zweite dieser Prinzipien. Die unbefangene Wissenschaft und die rationelle ökonomische Praxis und Politik haben beide Einseitigkeiten zu vermeiden, aber doch auch wieder anzuerkennen, daß das Sozialprinzip das vorherrschende ist und sein muß und soll. Eine derartige Stellung zu den volkswirtschaftlichen Fragen kann man wohl passend eine sozialökonomische, zu den Rechtsfragen, auch denjenigen des Privatrechts, eine sozialrechtliche nennen.“ Im zweiten Teile der „Grundlegung“ kommt Wagner<sup>1</sup> noch einmal ausführlicher auf jenes Kompromiß zwischen dem Individual- und dem Sozialprinzip zurück: „Beide Prinzipien sind tief in der Natur des Menschen begründet. Auch das zweite wird nicht künstlich und gewalttätig dem Individuum aufgenötigt, sondern es folgt für den einzelnen ohne weiteres aus seiner angeborenen sozialen Natur, aus dem Umstand, daß er in und für die Gemeinschaft, die Gesellschaft, ‚für andere‘ mitgeboren wird. Keines von beiden Prinzipien darf daher auch vollständig allein auf Kosten des andern in der Rechtsordnung der persönlichen Freiheit und des Eigentums zur Geltung kommen, und mehr noch, keines vermag dies, weil es ‚gegen die Natur‘ wäre. Möglich und notwendig ist immer nur ein Kompromiß zwischen beiden Prinzipien und zwischen den Konsequenzen, welche aus ihnen für die Rechtsordnung abzuleiten sind. Dieses Kompromiß kann mehr zu Gunsten des einen oder des andern Prinzips ausfallen. Die neuere geschichtliche Entwicklung neigt zu Gunsten des Individualprinzips und hat hier ihre tieferen psychologischen und kulturhistorischen, auch technischen Gründe. In

<sup>1</sup> Grundlegung der politischen Ökonomie, 2. Teil: Volkswirtschaft und Recht, besonders Vermögensrecht<sup>8</sup> (1894) 41 ff.

primitiveren Wirtschaftsverhältnissen, aber vielfach selbst noch in der antiken Welt und im Mittelalter war auf dem Gebiete der persönlichen Freiheit die Unterordnung des Individuums, und mit Ausnahme des späteren römischen Privatrechts, auf dem Gebiete der Eigentumsordnung die Beschränkung des Eigentums vorherrschend. Formen des Gemeineigentums, nämlich an Boden, in Verbindung mit dem Geschlechts- und Familienverband, fanden sich vielfach, eigentliches individuelles Privateigentum fehlte oder bestand neben umfänglichem Gemein- und öffentlichem Eigentum, war auch selbst mancherlei Beschränkungen des Eigentümers zu Gunsten von Gemeinschaften, deren Glied er war, unterworfen. Regalisierungen bestanden zeitweise mannigfach. In der modernen Welt ist das andere Prinzip, die möglichste Unumschränktheit des Individuums und seines Eigentums, die möglichste Freiheit des Vertragsrechts, immer umfassender und allgemeiner auf allen einzelnen Gebieten, im Recht zu einer nur zu ausschließlichen Geltung gekommen. Der Sieg des modernen 'Systems der freien Konkurrenz' ist ein Beleg hierfür. Das Privatgrundeigentum, und zwar ebenfalls möglichst volles, unbeschränktes, überwiegt nach Umfang und Bedeutung weit, öffentliches bildet die Ausnahme und behauptet sich nur an gewissen Bodenkategorien, wie an den Forsten, hier und da in größerem Umfang; Regalien sind größtenteils verschwunden. Aber die bedenklichen Seiten dieser Gestaltung sind neben den günstigen doch nicht zu verkennen und auf dem Gebiete der Politik und der Volkswirtschaft deutlich hervorgetreten. Mit Recht kehren denn auch mancherlei Rückschritte in einer Jahrhunderte alten Bewegung gerade neuerdings wieder: sie bilden eine Wiederannäherung an das zweite Prinzip, an die Beschränkung und Unterordnung des Individuums, seiner Freiheit, seines Eigentums unter die Aufgaben und Interessen der Gemeinschaft des Volkes und der Volkswirtschaft und kleinerer Gemeinschaftskreise beider, denen der einzelne und sein Besitz als Glieder angehören. Damit leitet sich die notwendige Versöhnung der Gegensätze ein. Unsrer Zeit hat die persönliche Freiheit, die Eigentumsbenutzung, die Vertragsfreiheit schon mannigfach beschränkt, z. B. durch eine scharf eingreifende Arbeiterschutzgesetzgebung, durch Haftpflichtgesetze mit der Ungültigkeitserklärung von Vertragsklauseln zum Ausschluß der Haftpflicht (deutsches Gesetz vom 7. Juni 1871, § 5), durch die neue Arbeiterversicherungsgesetzgebung, hat das Eigentum durch gewaltig einschneidende Steuern getroffen, bei deren Verteilung sozialen Gesichtspunkten mehr Rechnung zu tragen begonnen; sie hat teils dadurch teils durch andere Mittel eine immer weitere Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen auf Kosten des privatwirtschaftlichen Systems eingeleitet: lauter prinzipiell richtige Schritte zum richtigen Ziel. Insbesondere die wachsende Ausdehnung der Gemeinwirtschaft, namentlich der Staatstätigkeit, wirkt ihrerseits ebenfalls auf das stärkere Hervortreten des Gemeinschafts- vor dem Individualprinzip hin. So kündigt sich eine neue Richtung an, welche das Kompromiß zwischen den beiden genannten Grundsätzen wieder mehr zu Gunsten des Gemeinschaftsinteresses verschiebt. Diese Richtung kann natürlich in ein anderes Extrem führen, zu einer unerträglichen Beschränkung der persönlichen Freiheit, wie sie bei der Verwirklichung extremer sozialistisch-kommunistischer Ideen erfolgen müßte<sup>1</sup>. Aber vernünftig mit stetem Anhalt an die konkreten Verhältnisse durch-

<sup>1</sup> Grundlegung I, § 94.

geführt, hat sie ihre vollständige Berechtigung. Im Fluß der Bewegung, der Entwicklung, steht freilich auch hier notwendig immer alles. Auch eine selbst momentan gelungene, einer Zeit, einem Lande und Volke entsprechende ‚Versöhnung‘ der beiden antagonistischen Prinzipien wird niemals auf die Dauer befriedigen. Immer neue Aufgaben, neues technisches Können, neue Bedürfnisse, neue Anschauungen tauchen auf, hindern zu ruhen und sich am Errichteten genügen zu lassen, nötigen zu neuer Regelung des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft, zu neuen und veränderten Kompromissen zwischen Individual- und Sozialprinzip. Möglich, selbst wahrscheinlich, daß die heutigen Kulturvölker allmählich dieses Kompromiß noch erheblich weiter, als es uns Heutigen richtig und selbst möglich erscheint, zu Gunsten des Sozialprinzips einrichten. Über ein Kompromiß, bei welchem dem Individualprinzip doch immer eine bedeutende Rolle bleibt, wird man dennoch sicher nicht hinauskommen, vor allem wieder aus psychologischen Gründen nicht. Das zu wägen, möchte der tiefe Grundirrtum des heutigen wissenschaftlichen und agitatorisch-politischen Sozialismus sein.“

2. Unsrer Auffassung berührt sich in mehrfacher Hinsicht auch mit der „**sozialrechtlichen Richtung**“ im Sinne Karl Diehls. Wir glauben aber, daß die mit diesem Namen bezeichnete Auffassung eines festeren Fundamentes bedarf: „Alle volkswirtschaftlichen Erscheinungen“, sagt Diehl<sup>1</sup>, „sind geknüpft an bestimmte Formen des gesellschaftlichen Zusammenwirkens. Die Volkswirtschaftslehre hat die Erscheinungen zu erklären, die sich unter der Voraussetzung bestimmter rechtlich geordneter Organisationsformen des Wirtschaftslebens herausbilden.“

Wir stimmen mit Diehl überein: negativ 1. in der Ablehnung jeder Art von Volkswirtschaftslehre, welche vom Einzelindividuum, von seinen Bedürfnissen und Trieben usw. ausgeht. „Da die Volkswirtschaftslehre eine Sozialwissenschaft ist und die aus dem sozialen Zusammenwirken hervorgehenden Erscheinungen betrachtet, ist jeder Ausgangspunkt von der Individualwirtschaft unmöglich.“ Wir stimmen sodann 2. mit Diehl überein in der Zurückweisung „der Ableitung der volkswirtschaftlichen Erkenntnisse aus dem sog. ökonomischen Prinzip. Dieses Prinzip ist, soweit es allgemein gültig ist, eine Nützlichkeitsmaxime für menschliches Handeln überhaupt, spielt eine Rolle bei der technisch-wirtschaftlichen Betrachtung, kann aber niemals als das grundlegende volkswirtschaftliche Prinzip angesehen werden.“

Wir stimmen positiv mit Diehl 1. darin überein, daß alles Naturgesetzliche zu den naturwissenschaftlichen und nicht zu den sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen gehört, lehnen also die „naturgesetzliche“ Auffassung des Wirtschaftslebens ab, suchen das grundlegende volkswirtschaftliche Prinzip in der rechtlichen Organisation des Wirtschaftslebens. Wir weisen 2. jene abstrakte Wirtschaftstheorie ab, die von einem fingierten homo oeconomicus ausging, fordern und betonen die soziale Betrachtungsweise<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Theoretische Nationalökonomie I (1916) 399 ff.

<sup>2</sup> Als Vorläufer der „sozialrechtlichen Richtung“ bezeichnet Diehl a. a. O. 400 ff.) zunächst Rodbertus, der das soziale Moment gegenüber der individualwirtschaftlichen Auffassung der Volkswirtschaftslehre nachdrücklich betont habe. Nach Rodbertus entsteht die Nationalökonomie erst mit der Arbeitsteilung, die der isolierten Wirtschaft ein Ende



Was uns aber an der sozialrechtlichen Theorie Diehls nicht befriedigen kann, ist die Beschränkung der sozialen und sozialrechtlichen Betrachtungsweise auf rechtspositivistische Deutung. Diehl stellt das Suchen nach „Gesetzen“, die aus einer gewissen naturwissenschaftlichen Auffassung der Wirtschaftslehre hervorgehen, dem Suchen nach festen, lebenswahren, allgemein gültigen Rechtsprinzipien gleich. Er meint, die Theorie müsse, um den Fehlern der sog. „reinen“ Theorie auszuweichen, von einer konkreten Gesellschaftsform (der feudalen, zünftlerischen, privatkapitalistischen Wirtschaftsweise) ausgehen und die tatsächlichen wirtschaftlichen Erscheinungen sowie die positiven rechtlichen Normen dieser Gesellschaftsformen (besonders die Art der Ausbildung des Privateigentums) untersuchen.

Gegenüber dem Einwand, seine Auffassung mache jede über deskriptive Nachzeichnung des wirtschaftlichen Geschehens und über wirtschaftsgeschichtliche Erzählungskunst hinausgehende nationalökonomische Wissenschaft unmöglich, bemerkt Diehl, daß seine Methode zwar den historischen Charakter aller Wirtschaftserscheinungen betone, keineswegs aber ausschließlich historische Forscherarbeit und damit Preisgabe der theoretischen Forschung fordere. Indem die Theorie die Verkettungen und Verknüpfungen der wirtschaftlichen Erscheinungen erforsche, liefere sie durch diese zusammenfassende Arbeit ebenfalls Wirtschaftstheorie.

Wir haben volles Verständnis für den Wert historischer Forscherarbeit und Feststellung kausaler Zusammenhänge, glauben aber dennoch, daß eine Theorie, welche sich auf die Erklärung der Phänomene innerhalb einzelner Epochen des Wirtschaftslebens beschränkt, als allgemein volkswirtschaftliche Theorie nicht genügen kann. Dazu benötigt es eines Hinausgreifens über die positivistische Einengung der Forscherarbeit, dazu müssen wir vordringen bis zu den wirklich grundlegenden volkswirtschaftlichen Prinzipien. Diese Prinzipien sind als Rechtsprinzipien Anforderungen an den Menschen, die Gesellschaft, den Staat, das Eigentum, die Volkswirtschaft usw.; keine Naturgesetze, sondern Ableitungen aus dem natürlichen Rechte, wie die menschliche Vernunft dieses Recht offenbart.

Diese Prinzipien finden ihre Verwirklichung nicht nur in einer bestimmten Gesellschaftsform, sondern gelten für alle Gesellschaftsformen, finden in allen Gesellschaftsformen, die mit den Forderungen der Vernunft in Einklang stehen, entsprechende Anwendung. Die Variabilität der wirtschaftlichen Erscheinungen kommt also nicht in Frage. Es gibt keine dauernden, immer sich völlig gleich

---

make. Auch Marx hob den gesellschaftlichen Charakter der wirtschaftlichen Erscheinungen hervor. Adolf Wagner ferner forderte besonders klar eine sozialrechtliche Auffassung gegenüber der bisherigen individualrechtlichen, einer eigentlich volkswirtschaftlichen gegenüber der bisher vorwiegend privatwirtschaftlichen Auffassung. Namentlich machte aber Stammers „Wirtschaft und Recht“ (1896), mit seiner starken Betonung der sozialen und rechtlichen Natur der ökonomischen Erscheinungen, Eindruck auf Diehl. Hatte Rodbertus die Arbeitsteilung als das Kriterium bezeichnet, durch welches soziales Leben konstituiert werde, so erblickte Stammer das ausschlaggebende Moment in der formalen Regelung. Auch Stolzmann mit seinen beiden Schriften („Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaftslehre“ [1896] und „Der Zweck in der Volkswirtschaft“ [1909]) wird den Vorläufern der „sozialrechtlichen Theorie“ zugerechnet. Schließlich weist Diehl noch auf Amonn, „Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie“ (1911) hin, in der auch von ihm die soziale Bindung als das Ausschlaggebende für nationalökonomische Phänomene erklärt wird.

bleibenden wirtschaftlichen Erscheinungen, wohl aber sich gleich bleibende, allgemein gültige Rechtsprinzipien. Und, vom Standpunkte dieser unerschütterlichen grundsätzlichen Wahrheiten aus, ist auch eine objektive Beurteilung der verschiedenen Gesellschaftsformen, Eigentumsordnungen usw. möglich. Wir verlangen und erwarten eben von der volkswirtschaftlichen Theorie nicht nur eine Erklärung der Erscheinungen, z. B. der privatwirtschaftlichen und der kommunistischen, bolschewistischen Gestaltung des Wirtschaftslebens, sondern auch die wissenschaftlich begründete Wertung dieser Systeme, wollen nicht bloß unterrichtet sein über eine gegebene „Ordnung“, die vielleicht nicht einmal den Namen „Ordnung“ verdient, sondern fordern auch die Erklärung und Begründung der richtigen Ordnung.

Wird die „sozialrechtliche Richtung“ auf dieser erweiterten, festen Grundlage aufgebaut, dann gebührt ihr der Vorrang unter den vielen „Richtungen“, die heute noch um die Palme streiten.

**3. Vertiefung des Solidaritätsgedankens durch Roeslers Lehre vom sozialen Gesetz.** Unter den ersten, die in Deutschland den wissenschaftlichen Kampf gegen den Individualismus der alten nationalökonomischen Schule eröffneten, steht Hermann Roesler obenan. Wir werden seine Ansichten<sup>1</sup> kurz darlegen, indem wir dieselben durch Schlußfolgerungen, welche sich aus dem Inhalt seiner Lehre von selbst ergeben, zu einer einheitlichen Doktrin verbinden.

Karl Friedrich Hermann Roesler<sup>2</sup>, geb. 1834 zu Lauf bei Nürnberg, arbeitete als junger Jurist bei den Gerichten und bei dem Gesetzgebungsausschuß der bayrischen Kammer. Nachdem er in Erlangen den Doktorgrad in der juristischen Fakultät, in Tübingen für die staatswissenschaftliche Fakultät erlangt hatte, habilitierte er sich im Wintersemester 1860/61 an der Universität Erlangen als Dozent für die staatswissenschaftlichen Fächer. Allgemein günstige Aufnahme fand die 1861 erschienene Schrift „Zur Kritik der Lehre vom Arbeitslohn“. Roesler wurde nun, erst 27 Jahre alt, an Stelle Nasses, der nach Bonn übersiedelte, zum ordentlichen Professor der Staatswissenschaften in Rostock ernannt, wo ihn die philosophische Fakultät mit der Ernennung zum Ehrendoktor bewillkommnete. Nach 17jähriger akademischer Tätigkeit und einer überaus reichen literarischen Wirksamkeit folgte der inzwischen zum Katholizismus übergetretene Gelehrte 1878 einem Ruf in das kaiserlich japanische Auswärtige Amt. Er verlebte daselbst als erster vortragender Rat im kaiserlich japanischen Ministerrat zu Tokio 15 Jahre. Die ihm gestellte Aufgabe, das dortige Staatswesen gänzlich zu reorganisieren und nach europäischem Muster einzurichten, hat er vollauf gelöst. Seine Arbeit umfaßte die Umgestaltung des politischen wie des Justizdienstes. Aber als Hauptverdienst Roeslers wird die Gewährung der Freiheit für die christliche Religion in dem Lande der japanischen Märtyrer besonders zu nennen sein, eine Errungenschaft, welche für die Entwicklung der dortigen Lebensverhältnisse von unberechenbarer

<sup>1</sup> Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß wir nicht in jeder Frage den Ansichten Roeslers folgen. In der Beurteilung der Arbeiterverbindungen (Vorlesungen über Volkswirtschaft [1878] 184 ff.) z. B. ist Roesler doch wohl allzu streng, wenn er auch vor allem nur gewisse Mißbräuche geißeln möchte.

<sup>2</sup> Vgl. Pfflf. Bischof v. Ketteler II 1899 432; Meitzels Aufsatz über Roesler im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup> 148; Allgemeine deutsche Biographie LIII (1907).

Tragweite werden kann. Große Freude bereitete dem krank in die Heimat zurückgekehrten Gelehrten und Staatsmanne der Eintritt seines einzigen Sohnes in die deutsche Ordensprovinz der Gesellschaft Jesu<sup>1</sup>.

Eine ganze Reihe von Schriften zeugen von dem außerordentlichen Fleiß und Talente Roeslers. Er schrieb u. a.: 1. Über den Wert der Arbeit, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XVI. Jahrgang; 2. Über die rechtliche Natur des Vermögens der Handelsgesellschaften nach römischem Rechte, in Goldschmidts Zeitschrift für Handelsrecht 1860/61; 3. Zur Kritik der Lehre vom Arbeitslohn (1861); 4. Der deutsch-französische Handelsvertrag; 5. Über die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie, 2. Aufl., Erlangen 1871; 6. Über das Wesen des Kredits und die Kreditnatur des Darlehens, in Goldschmidts Zeitschrift für Handelsrecht 1868; 7. Zur Lehre vom Einkommen, in Hildebrandts Jahrbüchern 1868, I; 8. Zur Theorie des Wertes, ebd. II, 1 und 2; 9. Zur Theorie des Preises, ebd. 1869, I; 10. Lehrbuch des sozialen Verwaltungsrechts I, Erlangen 1872; 11. Dasselbe II, ebd. 1873: Berufsrecht, Erwerbsrecht; 12. Über die Beziehungen zwischen Volkswissenschaftslehre und Rechtswissenschaft in Deutschland, in Hirts Annalen des Deutschen Reichs 1872; 13. Über die geschichtliche Entwicklung der volkswirtschaftlichen Ideen, Rostock 1872; 14. Über Verwaltungsgerichtsbarkeit, in Grünhuts Zeitschrift für Privat- und öffentl. Recht der Gegenwart 1874, I; 15. Über Enteignungsrecht, in der Tübinger Zeitschrift für Staatswissenschaft 1874, Heft 3; 16. Die alte und die neue Nationalökonomie, in Grünhuts Zeitschrift 1875, II, Heft 2 und 3; 17. Der österreichische Verwaltungsgerichtshof nach dem Gesetz vom 22. Oktober 1875, ebd. 1875, IV; 18. Gedanken über den konstitutionellen Wert der deutschen Reichsverfassung, Rostock 1877; 19. Vorlesungen über die Volkswirtschaft, Erlangen 1878; 20. Handelsgesetzbuch für Japan, Entwurf nebst Kommentar, 3 Bde.

Roesler<sup>2</sup> wirft Adam Smith vor, es fehle demselben jene ethische, organische, historische Auffassung, wie sie bei der wissenschaftlichen Durchforschung und Beurteilung aller menschlichen sozialen Verhältnisse Anwendung finden müsse und unentbehrlich sei für das richtige Verständnis wie für die gedeihliche, praktische Ordnung des wirtschaftlichen Lebens als eines Bestandteiles des gesellschaftlichen Lebens.

1. Der Materialismus identifiziert Gesetz und Naturnotwendigkeit, weil er den Menschen in seinem geistigen, freien Wesen nicht von dem Stoffe zu unterscheiden vermag. Auch Adam Smith, obwohl kein Materialist, hat doch durch seine sog. empirische Moralphilosophie in der „Theory of moral sentiments“, durch die Überantwortung des sittlichen Handelns des Menschen an die Leitung der natürlichen Triebe wesentlich dazu beigetragen und mitverschuldet, daß die Nationalökonomie mehr und mehr einen materialistischen Charakter erhielt und eben deshalb nicht zu einer richtigen Erkenntnis der wahren volkswirtschaftlichen Gesetze gelangte. Die obersten, für die Volkswirtschaft entscheidenden Gesetze können eben nur aus dem voll erfaßten Wesen des Menschen und der Gesellschaft abgeleitet werden. Ihre Erkenntnis führt

<sup>1</sup> Alexander Roesler S. J., gest. 30. Mai 1904 zu Feldkirch in Vorarlberg.

<sup>2</sup> Vgl. H. Roesler, Über die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie<sup>2</sup> (1871), namentlich die Abschnitte: Die Wirtschaftsgesetze im allgemeinen 1 ff., und: Soziales Recht und Privatrecht 255 ff.



uns darum mit Notwendigkeit in die geistige, sittliche Sphäre. Geistige, sittliche Gesetze, wie sie das ganze menschliche Leben in letzter Instanz ordnen, gelten auch für die wirtschaftliche Seite des Lebens. Der Geist beherrscht im Menschen die Materie, so das Gesetz der geistigen Ordnung die Gesetze der materiellen Ordnung. Man kann bei den wirtschaftlichen Phänomenen gewiß von einer rein technischen, rein ökonomischen Seite sprechen. Aber keine irgendwie komplexe Frage oder Tatsache des Wirtschaftslebens entbehrt einer moralischen Seite. Mag es daher auch nicht die Aufgabe der Wirtschaftstheorie sein, jene sittlichen Gesetze als solche festzustellen und wissenschaftlich zu begründen, so muß sie dieselben doch kennen, deren Geltung für den ganzen Bereich der konkreten Gestaltung des Wirtschaftslebens anerkennen und auch in ihren theoretischen Aufstellungen und Folgerungen denselben die gebührende Beachtung schenken.

2. Hatte ein verkehrter, einseitiger Empirismus oder der völlig haltlose Materialismus der menschlichen Einsicht den sittlichen Charakter der das wirtschaftliche Leben beherrschenden Gesetze verborgen, so darf es nicht auffallen, daß ihr auch das rechte Verständnis des sozialen, organischen Charakters der obersten Gesetze der Volkswirtschaft verschlossen blieb. Als wäre die Gesellschaft und Volkswirtschaft eine bloße Summe isoliert wirkender Faktoren, ohne innern Zusammenhang, wählte die ältere Nationalökonomie durchgehend das Individuum, die individuelle Wirtschaft, den einzelnen, seinen Vorteil suchenden Unternehmer, der in der Wirtschaft ein Feld für die Betätigung seiner Kräfte, vor allem sein Marktgebiet erblickt, zum Ausgangspunkte der wissenschaftlichen Untersuchungen. Das Tauschverhältnis als solches aber genügt nicht zur Herstellung und Wahrung der für das Heil der Gesellschaft notwendigen sozialen Zusammenhänge. Es fügt die individuelle Freiheit nicht in die Einheit des Ganzen, ist seiner Natur nach ebenso trennend wie zusammenführend, und zwar um so mehr trennend, je mehr die Tauschhandlung, von aller Moral losgelöst, in den an Angebot und Nachfrage sich knüpfenden Interessengegensätzen das allein oder höchst bestimmende Gesetz besitzt. Demgegenüber betonte Roesler um so nachdrücklicher, daß der Mensch gerade in der Volkswirtschaft nicht als ein isoliertes Einzelwesen, sondern als ein gesellschaftliches Wesen zu betrachten, daß darum die höchsten Gesetze der Volkswirtschaft zugleich gesellschaftliche Gesetze<sup>1</sup> seien, d. i. jener Bestandteil der geistig-sittlichen Gesetze, welcher den organischen Auf- und Ausbau, die organische Ordnung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse zum besondern Gegenstande hat. Also nicht die unmittelbar nur für das Individuum als solches und seine berechtigten Interessen geltenden „Gesetze“ sind hier in Frage. Auch diese Forderungen kommen gewiß insofern in Betracht, als zwischen ihnen und der Gestaltung des Wirtschaftslebens volle Harmonie ohne Widerspruch und ohne Widerstreit bestehen soll. Aber die hier leitenden Gesetze sind doch ihrem besondern Charakter nach zunächst und vor allem soziale Forderungen an den einzelnen und die Gesamtheit mit Rücksicht auf die Zwecke des gesellschaftlichen Lebens. Jeder einzelne und die Gesamtheit, wie die Autorität, müssen sich so verhalten, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Art und Weise gestalten oder gestalten

<sup>1</sup> Vgl. das oben S. 148 ff. 155 ff. 203 ff. über das Wesen der menschlichen Verbände, die Gesellschaft, den Staat als Organismus Gesagte.

lassen, daß der Endzweck des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens: das wahre Wohl aller, und damit zugleich die freie Entfaltung der Persönlichkeit mit dem ganzen Reichtum der ihr eigentümlichen Kräfte und Fähigkeiten, für jedes Glied der Gesellschaft nach Möglichkeit zur vollen Verwirklichung gelangen könne. Diesem Endziel dient im Plane Gottes der gesellschaftliche Zusammenhang, dient die wechselseitige tatsächlich und sittlich-rechtlich begründete Abhängigkeit und Hilfeleistung in der arbeitsteiligen Gesellschaft. Aber erreicht wird das schöne Ziel nur, wo alle Faktoren: Individuum, Gesellschaft, Staat, die gegenseitige Abhängigkeit zu einer das Wohl aller fördernden, alle beglückenden Ergänzung des einen durch den andern wirklich gestalten wollen, wo das Prinzip der organischen Solidarität zur vollen praktischen Anerkennung und Geltung gelangt.

Wird hier die Solidarität vor allem als soziale Rechtsforderung betont, so soll jedoch keineswegs ihre Wirksamkeit in die Grenzen des Rechts beschlossen werden. Darüber hinaus kann und wird vielmehr in echt christlicher Gesellschaft die sozial einigende und versöhnende freie Liebestätigkeit den unentbehrlichen, krönenden Abschluß alles sozialen Lebens und alles Wirkens des Menschen im Verhältnis zum Mitmenschen bilden. Ohne die Liebe bleibt jede Gesellschaft ein Torso. Das ist so evident, daß man nicht länger bei diesem Gedanken zu verweilen braucht. Um so eingehendere Beachtung fordert aber die Solidarität als soziale Rechtsforderung in ihrer Bedeutung für den Ausgleich zwischen sozialem und privatem Rechte.

Mit dem Ausdruck „Gesellschaft“ wurden im Laufe der Zeit sehr verschiedene Begriffe verbunden. Alle individualistischen Systeme denken hierbei mehr an die äußere Koexistenz als an die innere Verbindung der Menschen. Die organische Gesellschaftsauffassung dagegen erblickt in dem äußern Zusammensein lediglich die Voraussetzung oder die „Materie“ speziell der staatlichen Gesellschaft, nicht deren „formales“ Wesen. Ihrem Wesen nach ist die Gesellschaft eine innerlich verbundene Gemeinschaft. Faßt man die äußere Koexistenz ins Auge, so erscheint der einzelne in seiner individuellen Selbständigkeit und Freiheit als Zentrum einer individuellen Rechtssphäre, die er durch Einfügung in das Ganze, als dessen Glied und Bestandteil, nicht einbüßt; die im Gegenteil, den wesentlichsten allgemeinsten Zwecken des gesellschaftlichen Lebens entsprechend, gerade hier ihren festen Schutz, ihre sichere Gewähr findet. In der individuellen Rechtssphäre entscheidet der freie Einzelwille, kommt die selbständige Persönlichkeit, das individuelle Recht der natürlichen oder juristischen Person zur vollen Geltung. Jeder unbefugte Eingriff in die individuelle Rechtssphäre von außen wird durch das Privatrecht ferngehalten, eventuell durch das Strafrecht, überall da, wo der Eingriff zugleich die Grundlagen des geordneten gesellschaftlichen Lebens selbst antastet. Speziell auch für den Vertragsverkehr gilt der Satz, daß es, soweit nur das Privatinteresse der einzelnen Person in Frage stehe, lediglich auf den Inhalt, nicht auf die Folgen der Rechtsgeschäfte ankomme. Ist der Inhalt rechtlich zulässig, und wird ein solches Rechtsgeschäft freiwillig vollzogen, so trägt der

\* Kontrahent in voller Selbstverantwortlichkeit auch die Konsequenzen desselben. Anders, wenn die Folgen nicht lediglich in die individuelle Rechtssphäre der handelnden Personen zurückfallen, sondern in die Rechtssphäre dritter, in die Rechts- und Interessensphäre des gesellschaftlichen Ganzen übergreifen. Hier entscheidet nicht mehr bloß der individuelle Wille des einzelnen. Die individuelle

Selbständigkeit und Freiheit erscheint da vielmehr beschränkt in einer durch die soziale Zusammengehörigkeit, durch die Einheit und den Zweck der Gesellschaft wesentlich bedingten Abhängigkeit. Wir können dieses Prinzip ganz allgemein etwa so formulieren: Wo immer die Folgen eines Handelns oder Unterlassens das Wohl des Ganzen berühren, da hat die Willkür der Individuen ihre Grenze, mögen Handlungen in Frage stehen, welche die Eigentumsordnung betreffen, oder die sonst dem Wirtschafts- und Erwerbsleben angehören. In allen Fragen der Ausübung, Geltendmachung persönlicher oder dinglicher Rechte steht das Recht der Gemeinschaft höher als das individuelle Interesse.

Wie in der staatlichen Gesellschaft die privatrechtliche Sphäre der öffentlich-rechtlichen überhaupt sich unterordnen muß, genau so muß hiernach auch speziell innerhalb der Volkswirtschaft die privatwirtschaftliche Sphäre unter die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen und Gemeinzwecke sich beugen, gemäß den Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit. Dabei wird durchaus kein einseitiges Opfer des Individuellen zum Vorteil der Gemeinschaft gefordert. Das Individuum empfängt immer noch mehr, als es hingibt. Denn die Verbindung der Individuen und individuellen Wirtschaften zu einer höheren gesellschaftlichen Einheit und, bei vollkommener Durchführung des organischen Prinzips, ihre Zusammenfassung in Verbänden des gleichen Berufs, befähigt sie erst zur voll wirksamen und voll entwickelten Lebenstätigkeit. Auch nicht das Ganze der Menschen wird erschöpft, nicht die ganze individuelle Sphäre von einer sozialistischen Gesellschaft überwuchert, das Privatrecht nicht durch das öffentliche Recht, die Privatwirtschaft nicht durch die Gemeinwirtschaft verdrängt. Nur jene Verhältnisse, Handlungen, Unterlassungen kommen in Frage, die immer oder unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen einen weiter reichenden sozialen Charakter tragen, eine soziale Bedeutung haben. Für diese Lebensverhältnisse aber wird nicht die Freiheit, die Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit schlechthin, sondern lediglich die absolute „wilde“ Freiheit verneint, insofern der Mensch nicht isoliert, sondern in der Gesellschaft frei handelt und eben darum nicht vergessen darf, daß er zugleich Glied einer Einheit, Teil eines über ihm stehenden Ganzen bleibt.

Wir wollen das mit Roesler an einem Beispiel näher erläutern.

Die Adam Smithsche Volkswirtschaftslehre schildert mit Vorliebe die außerordentlichen Wirkungen der Arbeitsteilung nach der technischen Seite hin, erfreut sich an der also gesteigerten Produktivität der Arbeit, preist die Arbeit schlechthin als die ausschließliche Quelle des Reichtums der Völker. Allein dieser Lobpreisung der Arbeit entsprechen doch sehr wenig die sozialen Konsequenzen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage des Arbeiterstandes. „Obwohl England betäubt wird vom Lärm der Spinnräder“, klagt John Ruskin, „ist sein Volk ohne Kleidung; obwohl England schwarz ist von den Kohlen, die aus der Erde gegraben werden, stirbt sein Volk vor Kälte; und obwohl es seine Seele um des Gewinnes halber verkauft hat, stirbt sein Volk vor Hunger.“ Merkwürdige Ironie: aus den Verhältnissen gerade des Landes, wo das Smithsche Industriesystem voll und frei herrschte, abstrahierte der Sozialismus zuerst seine Ausbeutungs- und Verelendungstheorie, die Lehre von einer naturnotwendig fortschreitenden Verschlechterung in der Lage des Arbeiters. Nirgends tritt in der Tat so klar wie beim Arbeitsvertrage und Arbeitsverhältnisse die absolute Unzulänglichkeit des privaten Interesses als Regulativs, des rein privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Standpunktes,



auf den die klassische Nationalökonomie sich stellte, zu Tage. Oder wer möchte bezweifeln, daß es sich hierbei keineswegs lediglich um eine bloß zufällige, durch freien Vertragswillen nach den Forderungen ihres persönlichen Vorteils zwischen je zwei Einzelpersonen begründete Relation handelt? Es steht vielmehr ein immer wiederkehrendes, große Massen des Volkes ergreifendes, deren vitalste Interessen berührendes, für das Wohl und Wehe des ganzen Volkes hochbedeutungsvolles Verhältnis in Frage. Die Verbindung von Arbeit und Besitz ist eine soziale Tatsache im eminentesten Sinne des Wortes. Diese Verbindung verzweigt sich nach allen Seiten durch alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens, greift über in die geistige, sittliche Sphäre, ist entscheidend für das allseitige Wohlbefinden der Gesellschaft, für eine gedeihliche Entwicklung des kulturellen Gesamtzustandes der ganzen Nation. Und da sollte der Auf- und Ausbau dieses Verhältnisses ganz und gar, wie die individualistische Nationalökonomie es will, dem „freien“ Vertragswillen der Paziszenten — von denen der eine, wenn isoliert, tatsächlich und materiell trotz aller politischen, bürgerlichen Freiheit und formellen Rechtsgleichheit einer oft sehr geringen Freiheit sich erfreut — überlassen bleiben? Es sollte eine lediglich nach privatrechtlichen und privatwirtschaftlichen Rücksichten vorgehende Behandlung des Verhältnisses genügen, dem Arbeiter nichts anderes als die Unverletzlichkeit seiner Person und seines Eigentums, beiden Teilen die Erfüllung des eingegangenen Kontraktes garantiert werden? Das Unzulässige einer solchen Auffassung ist heute schon weithin erkannt, der individualistische Standpunkt mehr oder minder in Gesetzgebung und Wissenschaft tatsächlich verlassen. Man erblickt in dem Arbeitsverhältnis nicht nur eine freie privatrechtliche Beziehung, sondern ebensosehr ein sozialrechtliches Problem. Sozialrechtliche Bindungen und Bestimmungen müssen bei seiner Begründung durch die Kontrahenten, bei seiner Ausgestaltung, seinem Bestand, seiner Beendigung zur Geltung kommen, so zwar, daß der materiellen Ungleichheit der Lage des Arbeiters und Arbeitgebers Rechnung getragen, dem Arbeiter der unentbehrliche rechtliche Schutz zuerkannt wird<sup>1</sup>. Hierbei ist dann zugleich der soziale Charakter der Arbeit überhaupt und die unmittelbare Bedeutung derselben für das Leben der Gesellschaft in Erwägung gezogen, wie auch ebensosehr das Recht und die Lage eines großen Bestandteiles der Gesellschaft, eines wichtigen und achtbaren Standes, der im Arbeitsverhältnis steht, und dessen Glieder durch den Arbeitskontrakt für längere Zeit die Existenzbedingungen ihrer Person und ihrer Familie festgesetzt und umgrenzt sehen.

3. Wenn Herbert Spencer England als das zur höchsten Entwicklungsstufe — dem industriellen Typus — emporgestiegene Land gilt, während der europäische Kontinent sich vorläufig noch mit dem kriegerischen Typus begnügen muß, so mag immerhin eine gewisse nationale Voreingenommenheit dieses Urteil mitbeeinflusst haben. Indem aber die klassische Nationalökonomie ihre absoluten, dauernden „Gesetze“ der Volkswirtschaft den Verhältnissen des englischen Wirtschaftslebens entlehnte, handelte sie weniger durch nationale Empfindungen bestimmt oder wegen der Bequemlichkeit, die das englische Milieu als nächstliegendes Erkenntnisobjekt bot, sie stand hierbei vielmehr unter der Einwirkung des Ideenkreises der Aufklärungsphilosophie, der starren, absoluten, „naturwissenschaftlichen“ Auffassung des menschlichen Lebens. Mensch und Gesellschaft existieren

<sup>1</sup> Vgl. auch Flesch, Zur Kritik des Arbeitsvertrags (1901).

jedoch in Wirklichkeit geschichtlich bedingt. Die praktische Geltung oder Anwendung aller allgemeinen Prinzipien und Gesetze hängt daher von den jeweiligen konkreten Verhältnissen und Bedürfnissen ab. Sie kann keine abstrakt schematische sein und ist keine naturgesetzlich zwingende, sondern steht ihrer besondern Form und Ausdehnung nach unter dem Einfluß der Freiheit, des örtlichen und zeitlichen Milieus. Daß z. B. für die staatliche Gesellschaft das Gemeinwohl des Ganzen Zweck sei, daß nicht bloß die Staatsgewalt, sondern in ihrer Weise und in ihrer Stellung, als Bestandteile und Glieder der Gesellschaft, auch die Individuen, Gruppen, Stände für das Gemeinwohl mitverantwortlich, auf dasselbe mitverpflichtet sind, das ist eine Wahrheit, die unter allen Umständen gilt. Die Art und Weise aber, die nähere Bestimmung der Formen und Wege, wie die in Betracht kommenden Faktoren zur Verwirklichung jenes Zieles für die einzelnen Bestandteile des gesellschaftlichen Ganzen berufen werden und tätig sein können, die Umgrenzung der Kreise, innerhalb deren eine engere Solidarität zunächst zur Geltung kommt usw., das ändert sich je nach den geschichtlichen Voraussetzungen. Die öffentlichen Körper geben sich eben nicht ganz nach Belieben ihren vollen Inhalt. Sie erhalten denselben in weiten Umrissen vorgezeichnet von der Natur, in der konkreten Bestimmtheit von der Geschichte und der eigenen Einsicht und Wahl. Sie sind geschichtliche Verzweigungen und wandelbare Ausgestaltungen des allgemeinen menschlichen Lebensgesetzes, ihrer speziellen Verkörperung nach in den Fluß der historischen Entwicklung hineingestellt. So ist es das allgemeine Lebensgesetz des Menschen, daß er die für sein Dasein und seine Entwicklung notwendige natürliche Ergänzung finde durch die Familie und über die Familie hinaus durch sozialen Zusammenschluß in erweiterten gesellschaftlichen Verbänden, zuhächst im Staate. Die besondern Formen und Ausgestaltungen dieses Zusammenschlusses aber sind in ihrer geschichtlichen Erscheinung nicht durchweg dieselben, sind von wechselnder Art und Bedeutung: Geschlecht, Stamm, Dorf, grundherrschaftlicher oder gutherrschaftlicher Verband, Innung, Stadt, freigezählte Gemeinde oder von der Geschichte gebildete Berufsverbände mit und neben den höchsten natürlichen Gesellschaftsformen. Und ebenso, was der einzelne dem Ganzen bieten kann oder muß, das wechselseitige Geben zwischen Individuum und Gesamtheit, zwischen den höhern und niedern Verbänden, auch das ändert sich quantitativ und qualitativ mit der jeweiligen geschichtlichen Epoche. Lebensgebiete, wie die Wirtschaft, die ehemals im engeren Kreise einer Haus-, Dorf- und Stadtwirtschaft, vom Staate nur schwach berührt, mehr oder minder in sich beschlossen waren, treten später unter veränderten Verhältnissen der Technik und des Verkehrs in größerem Umfang in die Staatssphäre ein. Gleichzeitig erweitern sich die Grenzen der öffentlichen Wirtschaft; manches Gebiet fällt der sich ausdehnenden kommunalen oder staatlichen Gemeinwirtschaft anheim, weil nur so den Kulturzwecken, welche die Gesamtheit in Verfolgung ihrer natürlichen Aufgaben zu erfüllen hat, unter den neuen geschichtlichen Bedingungen voll und ganz genügt werden kann. Es mag hierbei das rechte Maß in einzelnen Fällen überschritten werden. Aber daraus folgt doch nur, daß es heute einer um so klareren und tieferen Erfassung der höchsten sozialen Prinzipien bedarf, in den kritischen Zeiten des Übergangs zu neuen Formen, nicht aber, daß es neben den Momenten der Dauer in den menschlichen Verhältnissen keine Momente der Wandelbarkeit gebe, und daß nicht heute bei veränderten Verhältnissen Einrichtungen eine relative historische Berechtigung erhalten könnten, die sie früher nicht besaßen, in Kraft der gleichen abstrakten

Prinzipien und in Gemäßheit derselben sozialrechtlichen Gesetze, die für alle Zeiten gelten. Unbestreitbar werden nicht minder sozialpsychische Faktoren<sup>1</sup>, die herrschenden Ideen, die Gesamtanschauungen einer jeden Zeit Einfluß gewinnen auf die Deutung und Anwendung der obersten Gesetze des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Diese Deutung und Anwendung wird eine andere sein, wenn die Zeitgenossen sich erheben gegen die absolutistische Bureaukratie des aufgeklärten Despotismus, eine andere wieder in den Zeiten sozialer Reaktion gegen einen ins Extreme sich verlierenden Individualismus.

4. Bei allem Wechsel der objektiven Verhältnisse und der geistigen Strömungen bleiben jedoch die höchsten sozialen Prinzipien in sich selbst unveränderlich. Eben Hermann Roesler hat mit aller Klarheit auf den „Schlußstein“ hingewiesen, in welchem die organisch-historische Sozial- und Wirtschaftsauffassung ihre sichere Festigkeit und wissenschaftliche Vollendung findet. Das soziale Gesetz ist nach Roesler, wie gesagt, keine bloße Naturnotwendigkeit, sondern eine ethische Forderung, welche aus dem „geistigen Wesen des Menschen und dessen Verbindung mit dem göttlichen Wesen“ sich herleitet. „Diese Hinweisung bildet offenbar den Schlußstein in der Definition des Gesetzes; ohne sie wird der menschliche und ethische Charakter des Gesetzes, seine Unterscheidung von der bloßen Naturnotwendigkeit durch und durch hinfällig.“<sup>2</sup> In diesem Sinne sagt schon Thomas von Aquin (S. th. 1, 2, q. 91, a. 2): *In ipsa rationali creatura participatur ratio aeterna, per quam habet naturalem inclinationem ad debitum actum et finem; et talis participatio legis aeternae in rationali creatura lex naturalis dicitur.* „Die lex naturalis bedeutet hier, wie man sieht, etwas ganz anderes als das Naturgesetz im heutigen Sprachgebrauch.“<sup>3</sup> Wir fügen bei: auch etwas ganz anderes als das individualistische Naturrecht der Aufklärung, welches den Menschen dem wahren sozialen Zusammenhang entzog. Es war nicht der Ausgangspunkt, wohl aber der Höhepunkt in Roeslers geistiger Entwicklung, daß er zu seiner klaren Verbindung echt historischer mit der echt naturrechtlichen Auffassung gelangte. In der Tat, einzig durch die Bezugnahme auf den höchsten Gesetzgeber, auf Gott, gewinnen die sozialen Gesetze die zum Begriff und Wesen des Gesetzes gehörige Stabilität, die allein zuverlässige Garantie ihrer siegreichen Geltung. Mögen die geschichtlichen Verhältnisse sich ändern, mag die Anwendung des Gesetzes in den verschiedenen Zeiten sich verschieden gestalten müssen, andere Mittel und Wege fordern in dieser, andere in jener Epoche: unter der wechselnden Form birgt sich dasselbe Gesetz, in seinem wesentlichen Inhalt unverändert, und es bleibt unveränderlich, weil es eben ein Bestandteil des ewigen Gesetzes, des weltordnenden Willens Gottes ist, der in der menschlichen Vernunft als Naturrecht sich dem denkenden Geiste manifestiert. Haben anderseits die obersten

<sup>1</sup> Fritz Berolzheimer (Deutschland von heute [1910] 172) meint, es sei heute in der Geschichtswissenschaft „herrschende“ Lehre, daß nicht einzelne die Geschichte machen, sondern daß die im Völkerschöße in unbewußtem Walten und Wirken entscheidende Idee zum Dasein gedrängt werde. Das haben indes, wie v. Below hervorhebt (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge I [1910] 330), nur einige wenige Historiker, am eifrigsten Lamprecht, vorgetragen. In den letzten Jahren hat aber auch Lamprecht die Wichtigkeit der einzelnen Persönlichkeit mehr anerkannt.

<sup>2</sup> Roesler, Über die Grundlehren der von Adam Smith begründeten Volkswirtschaftstheorie<sup>2</sup> (1871) 13 A.

<sup>3</sup> Vgl. auch v. Hertling, Kleine Schriften 303.



Gesetze des gesellschaftlichen Lebens nicht in Gott, dem allein Unwandelbaren, ihre letzte Stütze, ihr tiefstes Fundament, abstrahiert man sie lediglich aus dem wechselnden menschlichen Denken, Empfinden und Wollen, den wandelbaren menschlichen Verhältnissen, so besitzen sie für keinen Zeitpunkt irgend welche Festigkeit. Ihre Geltung wird jeden Augenblick in Frage gestellt — zum Verderben der Völker und der Staaten.

Auch Otto Gierke<sup>1</sup> betont die ethische Bedeutung, die dem Gedanken der realen Einheit der Gemeinschaft zukommt: „Nur aus diesem (ethischen) Gedanken entspringt die Vorstellung, daß die Gemeinschaft etwas an sich Wertvolles ist. Und nur aus dem höheren Werte des Ganzen gegenüber dem Teil läßt sich die sittliche Pflicht des Menschen begründen, für das Ganze zu leben, und wenn es sein muß, zu sterben. Ist das Volk in Wirklichkeit nur die Summe der jeweiligen einzelnen Volksgenossen und der Staat nur eine Einrichtung zum Wohle der geborenen und noch ungeborenen Individuen, dann mag der einzelne gezwungen werden, Kraft und Leben für sie einzusetzen, allein eine sittliche Verpflichtung hierzu kann ihm nicht auferlegt werden. Dann verblaßt der Schimmer einer hohen sittlichen Idee, der zu allen Zeiten den Tod für das Vaterland verkündet hat. Denn warum soll der einzelne sein Selbst für das Wohlergehen vieler andern einzelnen opfern, die doch nichts anderes sind als er selbst? Für das sittliche Verhalten von Individuum zu Individuum gilt das Gebot: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Auf dieses Gebot allein wollen extreme Individualisten idealer Gesinnung, wie Tolstoi, das Leben der menschlichen Gesellschaft gründen. — und sieh da! sie zertrümmern den Staat und predigen den Anarchismus. Die religiöse Ergänzung des Gebotes der Nächstenliebe liegt in dem Gebot: Gott über alles zu lieben. Sie erst baut das Reich Gottes auf, das nicht von dieser Welt ist. Auch für die irdische Gemeinschaft aber heißt es hier nach Gottes Gesetz: Liebe das Ganze mehr als dich selbst! Und dies hat nur einen Sinn, wenn das Ganze ein Höheres und Wertvolleres als die Summe der Individuen ist.“

**4. Der Solidarismus als System in seinem Begriff und in seiner Bedeutung.** Der Solidarismus, ganz allgemein gefaßt, ist jenes soziale System, welches die solidarische Verbindung der Menschen als solcher sowie als Glieder der natürlichen Gemeinschaften von Familie und Staat zur rechten, d. h. dem Wesen der jedesmaligen Gemeinschaft entsprechenden Geltung bringt, zugleich eine dem geschichtlichen Bedürfnis angepaßte, möglichst reiche Entfaltung der durch Gemeinsinn starken, aber auch rechtlich geordneten, kooperativen, repräsentativen und korporativen Assoziation nach Stand und Beruf befürwortet. Ergänzung der Schwäche, Regelung der Kraft durch die solidarische Verbindung der Menschen, durch gegenseitige Rücksichtnahme und Berücksichtigung, nach den Forderungen der Gerechtigkeit und der Liebe, durch geordnete Zusammen- und Wechselwirkung in den verschiedenen Formen der natürlichen und freien, öffentlichen und privaten Gemeinschaften, deren natürlicher und geschichtlicher Eigenart gemäß, mit Hinordnung auf die wahre Wohlfahrt aller Beteiligten als Endzweck — kurz der Gemeinschaftsgedanke, ohne

<sup>1</sup> Das Wesen der menschlichen Verbände (1902) 34 f.

Übertreibung, den Rechten des Einzelmenschen und zugleich der sozialen Gesamtheit, der Freiheit wie der Ordnung, der individuellen Selbstverantwortlichkeit wie der sozialen Verantwortung genügend und Rechnung tragend, das ist in weiten Zügen der wesentliche Inhalt des solidarischen Systems.

Eine mehrfache Form und Art der Solidarität kommt hierbei zur Geltung:

1. Die allgemein menschliche Solidarität, die in dem Mitmenschen den natürlichen Genossen, wegen des gemeinsamen Verhältnisses zu Gott und zu Christus sogar den Bruder erkennen läßt, ihm gerechte und liebevolle Behandlung sichert. Diese allgemein menschliche Solidarität beansprucht Geltung in allen Verhältnissen, wo der Mensch dem Menschen gegenübertritt, in der Familie, im Staats- und Wirtschaftsleben, in den internationalen Beziehungen und Berührungen der einzelnen und der Völker.

Der Mensch ist Gattungswesen, ist vermöge seiner menschlichen Natur ergänzungsfähig und ergänzungsbedürftig. Das gilt auch von den Rassen und Nationen. Aus ihrer Eigenart und Eigenkraft können diese durch Kulturleistungen<sup>1</sup> wechselseitig ihre Wohlfahrt fördern. Sie haben aber auch neben den allgemeinen Schwächen der menschlichen Natur ihre besondern Mängel, aus denen sich die Möglichkeit von Konflikten ergibt. Es wäre schon viel gewonnen, wenn man nicht vergäße, daß die Menschheit keine nationalen Grenzen hat, daß die Pflichten der Humanität und der christlichen Liebe sich auf die ganze Menschheit erstrecken. Die Menschheit ist aber nicht bloß Gattung mit mannigfacher Gemeinsamkeit, sondern auch Gemeinschaft, eine einzige große Gottesfamilie. Wer das leugnet, kann kein „Vaterunser“ beten, ohne sich selbst Lügen zu strafen. Wo dieses solidaristische Prinzip der Gemeinschaft sich mit dem universalistischen Gedanken der Menschheit als Gattung verbindet, wird man geschützt vor Überspannung der nationalen Idee, vor Vergötterung einer Rasse, einer Nation, vor heidnischem Nationalismus; da allein ist auch mit dem natürlichen Gottesrechte die feste Basis für das ersohnte Völkerrecht gegeben, die Annäherung der Völker im allgemeinen und in engeren Gliedgemeinschaften, nach den Forderungen ihrer Volkswohlfahrt, ohne Chauvinismus und Verletzung fremden Rechtes, wesentlich erleichtert.

2. Die Solidarität der Familie. Nicht Auflösung der Familie, wie die kapitalistische Epoche sie gebracht, nicht Beseitigung der Familie im sozialistischen Sinne, sondern Wiederherstellung und Stärkung der Familie in ihrer solidarischen Einheit und Festigkeit, in ihrer religiösen

<sup>1</sup> Eine Kulturnation kann sich über die Grenzen der entsprechenden Staatnation erstrecken. Auch die im Ausland wohnenden Deutschen z. B. bleiben Angehörige der deutschen Kulturnation.

Reinheit und Weihe, — das sind Forderungen, die auch im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft gestellt werden müssen.

3. Die Solidarität der Staatsgenossen, die sich auf den naturrechtlichen Fundamenten der staatlichen Gemeinschaft, auf deren Zweck und der gemeinsamen solidarischen Verpflichtung der Bürger und der Staatsgewalt im Hinblick auf jenen Zweck gründet und aufbaut und zugleich dem staatsnationalen Gemeinschaftsgedanken gebührende Geltung, speziell auch für das volkswirtschaftliche Gebiet verschafft. Gesunde und echte Vaterlandsliebe ist undenkbar ohne diese staatsbürgerliche Solidarität.

4. Die Solidarität der Standes- und Berufsgenossen, insofern diese für die Vertretung und Erwirkung ihrer berechtigten gemeinsamen Interessen zunächst aufeinander angewiesen sind, anderseits weil das korporative System, in einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Form, mit pflichtmäßiger Unterordnung unter die Solidarität der höheren staatlichen Gemeinschaft, zur Vollkommenheit des organischen Aufbaues der Gesellschaft gehört.

Der Solidarismus im engeren Sinne hat es, unter selbstverständlicher Voraussetzung der allgemein menschlichen Solidarität, mit der schon besonders betonten Solidarität der Bürger als Staatsgenossen und mit der beruflichen Solidarität zu tun. Hier erscheint das Solidaritätsprinzip als das organische, und zwar als das moralisch-organische Prinzip, wie wir es in der Lehre vom Wesen der menschlichen Verbände<sup>1</sup> und vom Staate<sup>2</sup> kennen gelernt haben. Der volkswirtschaftliche Solidarismus wäre dann hier für uns nichts anderes als die moralisch-organische Auffassung des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft in systematischer Anwendung auf die Volkswirtschaft. Oder mit andern Worten: Der volkswirtschaftliche Solidarismus ist jenes soziale System, welches, ausgehend von der moralisch-organischen Auffassung des staatlichen Gesellschaftslebens, eine dem Solidaritätsprinzip entsprechende Organisation der Volkswirtschaft fordert, somit eine Organisation, welche der staatsbürgerlichen Gemeinschaft und deren Gemeinschaftszweck, nach den Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit, genügt, dem vollen organischen, den Zeitbedürfnissen und Zeitverhältnissen entsprechenden Ausbau der Gesellschaft in engeren Vereinigungen der Berufsgenossen Raum gewährt, alles dies unter Wahrung der naturrechtlich begründeten Selbstzwecklichkeit, Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Individuen, Einzelwirtschaften und Verbände.

5. Der Solidarismus verglichen mit dem Individualismus und Sozialismus. 1. Das organische Moment im Solidarismus bildet den direkten Gegensatz zum individualistischen Prinzip: 2. das moralisch-organische Moment aber verneint das kollektivistische Prinzip des Sozialismus.

<sup>1</sup> Oben S. 156 ff.

<sup>2</sup> S. 203 ff.



Die staatliche Gesellschaft ist eben kein Haufen Atome, deren Aktion und Reaktion mechanisch, von selbst das Gesamtwohl zu Tage fördert (Individualismus), auch kein Mechanismus in dem Sinne, daß die ganze Bewegung aller Teile von ihrer mittelbaren oder unmittelbaren Berührung mit dem Zentrum herrührt (Sozialismus). Sie ist vielmehr 1. ein Organismus, in welchem a) ein inneres Prinzip (die Autorität) Ordnung und Harmonie im Dienste des Zweckes des Ganzen und nach Maßgabe dieses Zweckes herstellt und bewahrt, und wo die verschiedenen Funktionen des Lebensprozesses ihre Träger am besten in beruflich sozialen Organen finden (organische Bildung und Einheit). b) Jeder einzelne Teil erscheint dabei in seiner Entwicklung und seinem Wohle durch die andern Teile und deren Prozesse wie durch die Gesamtheit und deren Wohl bedingt (faktische Solidarität).

Die staatliche Gesellschaft ist 2. ein moralischer Organismus, eine Einheit sittlicher, freier Wesen. a) Der einzelne bleibt schon im Hinblick auf seine ewige Bestimmung Selbstzweck: er tritt in die Gesellschaft ein, mit natürlichen Rechten ausgestattet, die sich nicht von der Gesellschaft ableiten, von dieser aber anerkannt und geschützt werden müssen; er ist Glied, aber nicht nur Glied der Gesellschaft (Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit). b) Das Band, das alle umschließt, ist die sittliche Verpflichtung: alle erscheinen in solidarischer Weise verbunden (Gemeinhaftung) mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl durch Pflichten der Gerechtigkeit und mit Rücksicht auf das Wohl des Nächsten, überdies noch durch das Gesetz der Liebe (Solidarität als Pflicht).

Wir können uns das Verhältnis zwischen Solidarismus, Individualismus, Sozialismus wohl auch dadurch klar machen, daß wir die verschiedene Bedeutung des Wortes „Gesellschaft“ in den drei Systemen beachten.

Nicht mit Unrecht hat freilich Georg v. Mayr einmal gesagt<sup>1</sup>: „der Gedanke, Staat und Gesellschaft als Gegensätzliches zu behandeln, sei hauptsächlichler Anlaß zu unklarer Erfassung der Gesellschaftslehre geworden“. Versteht man aber hier unter „Gesellschaft“ keine besondere Gesellschaftsform, sondern etwa ganz allgemein das „Reich der wirtschaftlichen Beziehungen“<sup>2</sup>, so kann gleichwohl die Gegenüberstellung

<sup>1</sup> Statistik und Gesellschaftslehre I (1895) 3; Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften (1901) 4 (jetzt 3. Aufl.). Auch Waxweiler meint, das Wort „Gesellschaft“ sei ein Wort, dessen Sinn sich verflüchtige, wenn man ihn vertiefen wolle.

<sup>2</sup> Man versteht unter „Gesellschaft“ (in ihrer Gegenüberstellung zum Staate) allgemein gefaßt den Inbegriff menschlicher Zusammenhänge und Beziehungen, die mit dem politischen Leben des Staates nicht zusammenfallen. Dahin gehören z. B. kirchliche, wissenschaftliche, literarische, wirtschaftliche Beziehungen und Zusammenhänge. Mit Vorzug aber wird der Name „Gesellschaft“ wiederum gerade auf das „Reich der wirtschaftlichen Beziehungen“ angewendet, und in einem noch engeren Sinne bezeichnet er die innerstaatlichen Verbände, namentlich die wirtschaftlichen Verbände in ihrer Gesamtheit. — Über die Begriffe Gesellschaft, Gemeinschaft, Verband vgl. oben S. 75 ff.

von Staat und „Gesellschaft“ das Verständnis jener drei großen sozial- und wirtschaftsphilosophischen Systeme erleichtern, die heute im Hintergrunde aller großen Streitfragen stehen.

1. Für die individualistische, atomistische Auffassung ist die „Gesellschaft“, als Träger des volkswirtschaftlichen Prozesses, lediglich ein Summen- und Sammelbegriff, eine universitas, das einfache, bloße und lose Nebeneinander unabhängiger Einzelwirtschaften, die sich insofern zueinander „gesellen“, daß sie miteinander in Verkehr treten, um ihrem eigenen Vorteile zu dienen. Diese „Gesellschaft“ gilt dabei als ein „System“ der Freiheit, wird dem Staatsorganismus als eine völlig „selbständige Gestaltung des Volkslebens“ an die Seite, gewissermaßen neben den Staat gestellt. Daß, trotz des individualistischen Grundprinzips, diese „Gesellschaft“ praktisch insbesondere zu wirtschafts- und sozialpolitischen Zugeständnissen gedrängt wurde, ändert nicht deren Charakter und die ihr eigentümlichen Tendenzen.

2. Das sozialistische System beseitigt die sonderwirtschaftliche Organisation durch „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, und ersetzt sie durch umfassende gemeinwirtschaftliche Organisation. Träger des wirtschaftlichen Prozesses ist nicht die universitas freier Sonderwirtschaften, vielmehr der Verband, die societas, entweder der staatliche Verband, die geschichtlich überlieferte staatliche Gesellschaft (Staatssozialismus)<sup>1</sup>, oder unter Überwindung und mit Verdrängung des historischen Staates das hypostasierte Reich der wirtschaftlichen Beziehungen, die kollektivistische „Gesellschaft“ als universale Wirtschaftsgenossenschaft im Sinne des demokratischen Sozialismus Marxistischer Prägung, oder, mit Vergesellschaftung auch der Konsumtionsmittel im Sinne des bolschewistischen Kommunismus.

3. Für das solidaristische System endlich ist die „Gesellschaft“ als Träger des wirtschaftlichen Prozesses nicht etwas gewissermaßen neben dem Staate Stehendes, von dem Staate Unabhängiges, auch nicht ein wirtschaftsgenossenschaftlicher „Verband“, der den geschichtlichen Staat verdrängt, dabei alle selbständigen Sonderwirtschaften beseitigt, in sich aufsaugt. Vielmehr erscheint die „Gesellschaft“ hier als ein Mittel Ding zwischen universitas und societas, zwischen Menge und Verband, nicht bloß als Vielheit selbständiger Sonderwirtschaften, sondern zugleich als eine aus der Zugehörigkeit zur staatlichen Gesellschaft und aus dem Zweck dieser Gesellschaft abgeleitete organische Einheit, kurz als: das Volk, mit seiner wirtschaftlichen Gliederung, im Sinne solidarischer, durch den Staatszweck beherrschter Gemeinschaft. In dieser Auffassung verbindet sich die Einheit mit der Mannigfaltigkeit, die Freiheitsidee mit der Einheitsidee<sup>2</sup>. Die Vielheit,

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 191 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Gierke, Genossenschaftsrecht I (1868) 1 ff.

Freiheit, Selbstzwecklichkeit, Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Einzelwirtschaften wird nicht aufgehoben. Der Staat tritt nicht an Stelle der Gesellschaft, die Staatswirtschaft nicht an Stelle der Volkswirtschaft, ebensowenig wie die „Gesellschaft“ im sozialistischen Sinne an die Stelle des Staates tritt. Aber die Volkswirtschaft gilt als Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft; sie steht nicht neben dem Staate, sondern in der staatlich geeinten Volksgemeinschaft und empfängt von dort ihre eigene Einheit. Zweck und Autorität des Staates haben Geltung auch für das „Reich der wirtschaftlichen Beziehungen“; die wirtschaftenden Subjekte hören auch auf wirtschaftlichem Gebiete nicht auf, Staatsbürger, Staatsgenossen zu sein, selbst wenn und wo ihre wirtschaftlichen Beziehungen und Interessen in weltwirtschaftlichem Verkehre über die Staatssphäre hinausreichen.

Kurz, die Volkswirtschaft bleibt, nach dem Solidarismus, sonderwirtschaftlich, nicht kollektivistisch, organisiert; aber diese sonderwirtschaftliche Gestaltung trägt keinen atomistischen, vielmehr einen solidaristischen (insoweit gemeinschaftlichen), moralisch-organischen Charakter an sich; um es noch einmal zu sagen: 1. einen organischen Charakter in doppeltem Sinne: einmal zur Bezeichnung des Verhältnisses der Einzelwirtschaften zur Gesamtheit, sodann mit Rücksicht auf den organisch-gliedlichen Ausbau der wirtschaftlichen Berufe; 2. einen moralischen Charakter, insofern die Wirtschaftssubjekte sittlich verpflichtet sind, ihr Streben der durch den Staatszweck beherrschten Ordnung einzuflügen; 3. einen moralisch- (nicht physisch-)organischen Charakter, weil die Wirtschaftssubjekte eben freie Menschen sind, deren Selbstzwecklichkeit, Selbständigkeit die rechte Geltung beansprucht.

Bei der grundlegenden Bedeutung der uns hier beschäftigenden Frage, dürfte ein noch genaueres Eingehen auf die drei Systeme kaum dem Vorwurf unnötiger Weitschweifigkeit verfallen. selbst wenn dabei einzelne Wiederholungen sich nicht vermeiden ließen.

Wie ist die Stellung des Bürgers innerhalb der Volksgemeinschaft, welches sein Verhältnis zu dieser Volksgemeinschaft? Die Beantwortung dieser Frage fällt sehr verschieden aus, je nach der spekulativen oder geschichtsphilosophischen Gesamtauffassung von Staat und Gesellschaft, staatlichem und gesellschaftlichem Leben.

1. Der Individualismus<sup>1</sup> erblickt in der Gesellschaft keine reale, durch den Sozialzweck beherrschte und geordnete moralisch-organische Einheit. Was er „Gesellschaft“ nennt, das ist ihm ein bloßer Mechanismus, ein Aufeinanderwirken der Individuen.

Die Lehren der dem Individualismus huldigenden Autoren weisen freilich manche Verschiedenheiten auf. Es wird darum auch schwer sein, eine alle um-

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 283 ff., insbesondere 303 ff. Von neueren Schriften A. Schatz, *L'individualisme économique et social* (1907). Dazu die Bemerkungen von Karl Pribram, in Grünbergs Archiv I (1911) 508 ff.



fassende Definition des Individualismus zu geben. Weithin Übereinstimmung herrscht jedoch in der Freiheitsforderung: das Individuum soll volle Freiheit finden in der Volksgemeinschaft für die Entfaltung und Betätigung seiner Kräfte und Fähigkeiten, für die Geltendmachung seines eigenen Interesses. Freiheit der Konkurrenz. Freiheit im innern und äußern Verkehr, Vertragsfreiheit. Freiheit im Erwerb und Gebrauch des privaten Eigentums, ohne jede Behinderung durch soziale und politische Faktoren. Scharf ausgeprägt ist regelmäßig die Abneigung gegen korporative soziale Organisation wie gegen staatliche Intervention. Wir finden diese Abneigung gegen staatliche Eindämmung der Freiheit bei den Physiokraten, in der klassischen Nationalökonomie, in der Bekämpfung des „Etatismus“ durch die Spencersche Soziologie; wir finden sie in der „Philosophie der Ungleichheit“, die „im Kulte der Auserlesenen den Weg zum Fortschritt in der Geschichte der Menschheit erblickt“ (Pribram: wir finden sie bei den modernen und modernsten Vertretern der Freiwirtschaft; wir finden sie in schärfster Ausprägung, und in einer bis zur Absurdität konsequenten Durchführung des individualistischen Prinzips, beim Anarchismus, der jede Autorität ausschließt. Im übrigen paßt auf den individualistischen Gedankenkreis vortrefflich Lassalles Wort vom Nachtwächterstaat. Alles wird da eben von der freien Betätigung und Entwicklung der Individuen erwartet. Der „Staat“ steht daneben: er genügt seiner Aufgabe, indem er lediglich die Rolle des Personen und Eigentum schützenden Nachtwächters übernimmt. Unbehindert vergrößern sich dabei die mit der natürlichen Verschiedenheit der individuellen Kräfte möglichen und gegebenen Abstände bis zur Ausbildung schroffster Gegensätze, einer völligen Zerklüftung der Gesellschaft<sup>1</sup>.

Der Individualismus bestreitet regelmäßig nicht, daß in den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen sich Mißstände entwickeln können und auch wirklich zu Tage getreten sind. Für die Überwindung dieser Mißstände ist indes von der staatlichen Intervention ihm zufolge nichts oder vielleicht nur Schädliches zu erwarten. Es gibt eine „natürliche“ Ordnung, die Freiheit fordert, prinzipiell oder praktisch der staatlichen Einwirkung den Weg verlegt: es gibt „Naturgesetze“ des Wirtschaftslebens, von deren unbehinderter Wirksamkeit das Wohl der Völker abhängt. Wir brauchen hierfür nur an die Lehren von Hobbes, Mandeville, Hutcheson, der Physiokraten zu erinnern, an die Einschätzung, die das Tribleben, speziell die Selbstliebe in ihrer Bedeutung für das Wirtschaftsleben bei Adam Smith und namentlich in seiner Schule gefunden hat. Durchgehends offenbaren die Verfechter des Individualismus eine auffällig starke Abneigung gegen alle Metaphysik, jede spekulative Vernunftkenntnis. Man schwärmt für die „naturwissenschaftliche“ Auffassung des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens, mag dasselbe statisch, im Zustande der Ruhelage, oder dynamisch, unter dem Gesichtspunkte des Fortschritts, untersucht werden: man möchte „exakte“ Gesetze finden, hat es lieber mit sinnlicher Wahrnehmung, äußerer und innerer Beobachtung als mit Prinzipien, lieber mit sozialen und wirtschaftlichen „Phänomenen“ zu tun, als mit freien Handlungen sittlich und rechtlich verantwortlicher Menschen usw. Ist demnach von einer vernunftgemäßen, planmäßigen Reform, welche das Wirken der „Natur“ stören, die „natürlichen“ Gesetze, die „natürliche“ Ordnung durchbrechen müßte, nichts zu hoffen, dann bleibt die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Mißstände eben wieder nur von der unbehinderten Wirksamkeit der natürlichen Fak-

<sup>1</sup> A. Belliot, *Manuel de sociologie catholique* (1911) 5.

toren, von der freiesten Entwicklung der Individualitäten zu erwarten, wobei diese Entwicklung und Vervollkommnung der Individuen nicht gerade immer als eine moralische Vervollkommnung verstanden zu werden braucht<sup>1</sup>. Der Staat aber hat sich auch jetzt und fernerhin auf die Sorge für Sicherheit der Person und des Eigentums, den Schutz der freien Verträge zu beschränken. Allerdings fehlt es den Verfechtern des individualistischen Systems doch wieder vielfach an der vollen Konsequenz. Ihre Auffassung trat in allzu schroffen Gegensatz zu den Bedürfnissen der Gegenwart; sie konnte sich einer Zeit empfehlen, die unter staatlicher Bevormundung geseufzt hatte; in einer Epoche vorwaltender Plutokratie verliert das hohe Lied individualistischer Freiheit seinen Reiz und kompromittiert seine Freunde. Darum zeigte sich denn auch der Liberalismus allmählich zu mancherlei Konzessionen bereit.

2. Der demokratische Sozialismus verfällt in das dem Individualismus entgegengesetzte Extrem. Die kollektivistische „Gesellschaft“, die er fordert oder von der Zukunft erwartet, ist eine reale Einheit, aber eine Einheit, welche die wirtschaftliche Selbständigkeit der Individuen verschlingt, das Individuum absorbiert, in der allgemeinen Wirtschaftsgenossenschaft, die an Stelle des Staates tritt, verschwinden läßt. Der einzelne ist nur „Genosse“, keine wirtschaftlich selbständige Persönlichkeit, die Gesellschaft die alleinige Herrin der Produktionsmittel, Leiterin der Produktion und der Verteilung. „Natürliche“ Rechte der Individuen, der Familien bieten gegenüber der Allgewalt der Gesellschaft keinen Schutz, finden keine Anerkennung. Mit der Organisation der „Gesellschaft“ zur Einheit des Subjekts des wirtschaftlichen Prozesses verschwindet die freie Konkurrenz, die Ursache anarchistischer Produktion, verschwindet das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das lediglich der Knechtung einer sozialen Klasse durch die andere gedient, verschwinden die Klassen und der Klassenstaat. Die wirtschaftlichen Bedingungen werden dann für alle gleich, und die Freiheit wird aufhören, ein Klassenprivilegium zu sein. Ob Gleichheit und Freiheit sich so leicht miteinander vereinigen lassen, ob die Gleichheit der Unterwerfung unter den einzigen absoluten Herrn, die „Gesellschaft“, Freiheit für alle garantieren kann, ob die Gleichheit der wirtschaftlichen Bedingungen, ohne fortgesetzte Unterdrückung der aus der natürlichen Verschiedenheit der Individuen immer wieder sich durchringenden Ungleichheit, auf die Dauer sich aufrecht erhalten läßt, das sind freilich Rätsel, deren Lösung dem Sozialismus nicht so leicht werden dürfte. — Auch der Staatssozialismus, soweit er wirklicher Sozialismus ist, räumt in ähnlicher Weise mit dem Privateigentum, der privatwirtschaftlichen Freiheit und Selbständigkeit auf.

3. Der Solidarismus sucht die Fehler des individualistischen und sozialistischen Systems zu vermeiden, das Richtige, das in beiden Systemen sich findet,

<sup>1</sup> Über den „ethischen Individualismus“ im Sinne Julius Wolfs vgl. Christian Eckert, Grundfragen der Sozialpolitik, in Histor.-polit. Blättern CXXII 893 ff. Wolf will die Sozialreform keineswegs abweisen, glaubt aber, deren Rolle wissenschaftlich und politisch fester umgrenzen zu sollen. Er sieht in der sozialen Frage mehr eine Frage der Entwicklung als der Reform, glaubt, daß der Mechanismus der bürgerlichen Wirtschaftsordnung berufen und geeignet sei, das Wesentlichere und Wesentlichste in der Besserung der Verhältnisse zu leisten. — Horneffer (Die große Wunde [1922]) beurteilt die Intervention öffentlicher Körperschaften individualistisch. Philosophischer Standpunkt: Nietzsche.

zu erhalten; er will sowohl der Bedeutung und den Ansprüchen des Individuums und der Individualität gerecht werden, wie den Anforderungen, die für das gesellschaftliche Gemeinschaftsleben und aus demselben sich vernunftgemäß ergeben.

Die staatliche Gesellschaft gilt ihm nicht bloß als eine Vielheit oder Summe nur in loser Wechselwirkung stehender, nahezu völlig unabhängiger Individuen. Sie ist vielmehr, wie gesagt, eine reale, moralisch-organische Einheit, welche die einzelnen Bürger und deren Verbände zur sozialen Gemeinschaft, mit Gemeinschaftspflichten des Ganzen gegenüber den Gliedern und der Glieder gegenüber dem Ganzen, vereint, ohne die Glieder zu absorbieren, ohne sie im Staatsbürger, im „Genossen“, in der allgemeinen Genossenschaft, völlig aufgehen zu lassen.

Der Solidarismus beläßt vielmehr die Vielheit wirtschaftlich selbständiger Subjekte; er will keine kollektivistische Organisation, wobei Staat und Gesellschaft zum alleinigen Subjekt und Träger des wirtschaftlichen Prozesses gemacht werden. Er will auch den historisch gegebenen Staat nicht beseitigen, glaubt nicht an sein zukünftiges Aufhören. Im Gegenteil, erhält der Solidarismus den Staat und stärkt ihn. Muß er in der Staatsgewalt mehr erblicken als den schützenden Nachtwächter, so lehnt er doch anderseits jede staatliche Bevormundung ab, welche für den Staat in Anspruch nimmt, was die Bürger und deren Organisationen selbst zu leisten vermögen. Eine Staatsallmacht im Sinne der Hegelschen Philosophie hat ebensowenig Platz im solidaristischen System wie die Gesellschaftsallmacht des Marxistischen Sozialismus.

In keinem System wird schärfer betont als hier, daß das Individuum nicht bloß Glied der Gesamtheit, nicht nur Mittel für die Zwecke des Ganzen, sondern Selbstzweck sei. Der Mensch hat, wie wir sahen, als Mensch in sich und für sich natürliche Aufgaben und Zwecke, darum auch natürliche Rechte: das Recht zu existieren, das Recht zu arbeiten, das Recht Eigentum zu erwerben, die persönlichen Kräfte zu betätigen, das Recht eine Familie zu gründen usw. Das positive Recht mag nähere Bestimmungen treffen für die Ausübung dieser Rechte. Die Rechte in sich aber gehen jeder positiven Gesetzgebung voraus und können von ihr auch nicht aufgehoben werden. Die Angehörigen der christlichen Religion wissen ferner, daß der Mensch ein höheres, übernatürliches Ziel hat, das über die Staats-Sphäre hinausreicht in die Ewigkeit, wohin keine irdische Organisation folgen kann; sie wissen, daß alles Irdische, Vergängliche, auch das Gesellschaftsleben, als Hilfe, Mittel, Unterlage dienen soll für die schließliche Beseligung des einzelnen.

Der Solidarismus fordert jedoch, daß die Individuen, einzeln und vereint, mit ihren irdischen Bestrebungen und der Geltendmachung ihrer Kräfte sich der höheren Gemeinschaft einordnen, daß sie ihre persönlichen Interessen und die Interessen ihrer Assoziationen, soweit Kollision besteht, dem Zweck und den Interessen der Gesamtheit unterordnen; kein Untergehen der besondern Interessen will er, wohl aber deren Ausgleichung, ihre Harmonisierung mit dem Gesamtinteresse. Er verschließt der individuellen Freiheit nicht ein ganzes, umfassendes Gebiet, wie es der Sozialismus mit dem wirtschaftlichen Gebiete tut. Dafür beseitigt er aber die individualistische Ungebundenheit, fordert die Freiheit als einen sozialen Zustand, Freiheit für alle<sup>1</sup>, nicht bloß für die Starken, und darum Ordnung

<sup>1</sup> „Man hat die Frage aufgestellt“, sagt Adolf Ott (Artikel „Liberalismus“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft III<sup>2</sup> 848 f.), „ob nicht doch notwendigerweise die



in der Art der Anwendung der Freiheit, einen Gebrauch der Freiheit und der Einzelkräfte, ohne Schädigung der Gemeinhaltung im Hinblick auf den Sozialzweck der staatlichen Gesellschaft, Anpassung an diesen Zweck, positiv und negativ, durch Leistungen und Enthaltung, Tun und Unterlassen.

Auch das solidaristische System hält den Wettbewerb für unerlässlich; es will die Konkurrenz nicht beseitigen, wie der Sozialismus es tut; aber es betont, daß die geregelte Konkurrenz dem Fortschritte förderlicher ist als das „System der absolut freien Konkurrenz“, das zur Ausbildung schädlicher Monopole, zum Untergang des Mittelstandes, zum Verderben des Arbeiterstandes usw. führt.

Zu den natürlichen Rechten des Menschen gehört sodann, wie gesagt, das Recht, Eigentum zu erwerben, ohne daß eine Beschränkung dieses natürlichen Rechts auf bloße Konsumtionsmittel erweisbar wäre. Die objektive Ausdehnung und die Art der Ausübung jenes Rechts aber unterliegt der positiven Gesetzgebung; die Eigentumsordnung ist geschichtlich wandelbar. Bleibt ein hinreichender Spielraum für die auf privates Eigentum an den Produktionsmitteln sich stützende volle privatwirtschaftliche Selbständigkeit gewahrt, so kann auch, je nach den wechselnden Bedürfnissen, dem öffentlichen Eigentum ein größerer oder geringerer Teil der Eigentumsobjekte vorbehalten werden.

Da ferner ohne Geltendmachung individueller Vorzüge, besonderer Talente, persönlicher Initiative, Geschicklichkeit und persönlichen Fleißes und ohne die Möglichkeit, die Früchte dieser individuellen Vorzüge zu genießen, wahre Freiheit und wahrer Fortschritt aufhören würden, so erkennt der Solidarismus die aus der natürlichen Ungleichheit sich ergebende Verschiedenheit des Besitzes, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung als berechtigt an; eine solche Verschiedenheit gehört zu den Lebens- und Entwicklungsbedingungen nicht bloß der Individuen, sondern auch jeder Volksgemeinschaft. Er fordert folgerichtig von der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft, daß die individuelle Tüchtigkeit, ohne Unterdrückung der Schwachen, sich Geltung verschaffen könne, daß für den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg die Wege offen bleiben.

Für den Solidarismus ist das Gesellschaftsleben nicht bloßes Ergebnis sozialer Instinkte. Er glaubt auch nicht an eine unabänderliche naturgesetzliche Ordnung desselben, an eine mit Naturnotwendigkeit voranschreitende Entwicklung. Ihm gilt der Staat zwar als eine notwendige Gesellschaftsform, als eine von der Vernunft geforderte naturrechtliche, aber konkret in historischer Bildung begründete, bewußter Änderung und Umformung fähige Schöpfung. Das Gesellschaftsleben einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft bleibt darum auch planmäßiger Reform

---

freie Bewegung des Individuums eine stetig abnehmende Größe sein müsse, da die menschliche Solidarität in fortwährendem Wachstum begriffen sei. Mit Recht hat man darauf geantwortet, daß nicht nur menschliche Solidarität, sondern auch menschliche Freiheit in stetigem Wachstum begriffen sei. Faßt man den vielseitigen Begriff der Freiheit in dem für das moderne Individuum wichtigsten Sinne auf, demzufolge sie vom Staate nicht nur nicht gehinderte sondern sogar geförderte Betätigung menschlicher Fähigkeiten bedeutet, so ist das dem Individuum zustehende Maß solch möglicher Betätigung im raschen Fortschreiten begriffen. Wachsende Zivilisation hat für den einzelnen Wachstum der Möglichkeit, zu handeln, zur Folge. . . . Das Ergebnis der Geschichte ist sowohl fortschreitende Bindung des Menschen als auch fortschreitende Lösung seiner Banden“ (Jellinek).

zugänglich, wenn Mißstände sich einstellen. Der Solidarismus sieht ferner in dem Individuum nicht das bloße Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse. Er verkennt anderseits nicht die Rückwirkung dieser Verhältnisse auf die individuelle Entwicklung. Volle Besserung sozialer und wirtschaftlicher Zustände ist darum nicht zu erwarten ohne Hebung des Pflichtgeistes der Bürger, zugleich aber regelmäßig nicht ohne Umbildung oder Fortbildung der rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Formen<sup>1</sup>.

Nach einer Periode des individualistischen Atomismus wurde später allenthalben das Bedürfnis nach ökonomischen und sozialen Organisationen lebhafter empfunden. Die Berufsvereinigung ist aber nicht bloß ein „Euvre“ im französischen Sinn, sondern, wenn auch nicht naturrechtlich gefordert, doch eine soziale

<sup>1</sup> In einem schlechten sozialen Milieu, das den fundamentalsten Forderungen der Gerechtigkeit widerspricht, sind die Aussichten auf eine sittliche Hebung der Massen wahrhaft gering, und die Gesellschaft wird nicht von selbst eine vollkommene, sondern nur dann, wenn man auch an ihrer Vervollkommnung ernstlich arbeitet. Die Besserung der Zustände und der Personen steht eben im Verhältnis der Wechselwirkung. Es verdient Beachtung, daß heute gerade Nationalökonomien die sittliche Wiedergeburt des Volkes nachdrücklichst fordern. So hebt Adolf Wagner (Grundlegung I<sup>3</sup> 1, 134 mit Wärme die Notwendigkeit „der sittlichen und intellektuellen Erziehung zur wahren Kultur“, hervor, „der Zucht des einzelnen an sich selbst, der äußern Erziehung durch Lehre, Übertragung, Beispiel, Sitte, vor allem aber des Pflichtgefühls. Dabei wird dann jener Einfluß des Zustandes der Wirtschaftsorganisationen und des Wirtschaftsrechtes auf die sittliche Atmosphäre ... zu berücksichtigen und eben wegen dieses Einflusses Wirtschaftsorganisation und Recht möglichst so zu gestalten sein, daß dadurch die Motivation des wirtschaftlichen Handelns günstig beeinflusst wird.“ Ähnlich urteilt Schmoller vgl. dazu Schmollers Jahrbuch 1902, 363, wenn er in seinen „Grundfragen der Sozialpolitik“ an die oberen Klassen mit der Forderung sich wendet, daß sie ihre Stellung als eine höhere Pflicht, nicht bloß als eine Anweisung auf größeren Genuß, auf Machtbetätigung und Vermögenserwerb auffassen müßten. Ja es ist eine bei neueren Nationalökonomien oft wiederkehrende besondere Forderung, daß kein Mensch nur Mittel zum Zweck für andere sein dürfe, daß jeder Mensch, wenn er daneben auch als dienendes Glied für andere, Zwecke fungiere, zugleich als Selbstzweck für sich anerkannt werden müsse. Eine solche „Ethisierung“ des Handelns im Wirtschaftsleben bleibt aber unmöglich ohne die Mitwirkung der höchsten sittlichen Macht, der Religion, der Kirche. Wagner a. a. O. 131 nennt es eine „Selbsttäuschung und Täuschung Dritter“, wenn man verkenne, „einmal, daß nach aller äußern geschichtlichen Beobachtung und aller innern Selbstprüfung gerade die bösen, egoistischen Triebe unsrer Natur durch Arbeiten an sich selbst, eines jeden an seinem Teil, durch Insichgehen und Selbstzucht, durch Hören auf die Stimme des Gewissens bekämpft werden; sodann, daß religiöser Glaube an eine höhere Autorität, an Gott, an dessen Allwissenheit, dessen Allmacht, dessen Hilfe im Kampfe mit den egoistischen Trieben, dessen Gebote und Verbote, auch dessen Gerechtigkeit und Strafgewalt hier die größte Unterstützung der besseren, unselbstischeren Motive leistet. Das ist eine psychologische und historische Erfahrungstatsache ersten Ranges“. Der Nationalökonom wird darum vielleicht auch die Fragestellung nach einer Versöhnung der Kirche mit der modernen Kultur von seinem Standpunkt aus als eine verfehlte zurückweisen dürfen, um so entschiedener dagegen eine Versöhnung der modernen Kultur mit der Kirche als wünschenswert und notwendig bezeichnen. Der wahren Kultur gegenüber nimmt die Kirche keine feindliche Stellung ein, und was in der modernen Zeit der Kirche feindlich ist, bedarf der Aufklärung und Heilung gerade im Interesse einer gesunden, fortschreitenden Kulturentwicklung.

Institution, die letztlich auf Ansprüchen der vernünftigen Menschennatur sich aufbaut<sup>1</sup>. Oder sollte es nicht dieser vernünftigen Natur entsprechen, daß Menschen, die durch dieselbe Profession, die gleichen Interessen, Gewohnheiten einander nahe gebracht werden, nun auch zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen, zur Vervollkommenung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage sich miteinander vereinigen?<sup>2</sup> Indem der Solidarismus den Gemeinschaftsgedanken mit entsprechender staatsbürgerlicher Gemeinhaltung auf die beruflichen Organisationen ausdehnt, auf Organisationen, die in höherer Weise den Begriff „Glied der Gesellschaft“ verwirklichen, als dies von den Individuen gelten kann, schafft er Raum für eine soziale Selbsthilfe, welche Gesetzgebung und Bureaukratie entlastet, den innern Zusammenhang der staatlichen Gemeinschaft aber nirgends aufhebt, vielmehr, bei richtiger Durchführung, eher stärkt und befestigt.

Allerdings nicht alle Formen und Arten moderner Vereinigung dienen dem wahren Wohle des Volkes. In feindlichen Klassengegensätzen, in den jeden politischen, sozialen, volkswirtschaftlichen Zusammenhang lockernden und schließlich sprengenden Klassenkämpfen können wir Träger des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts nicht anerkennen. Wo verschiedene Organisationen innerhalb des gleichen Berufes sich bilden, sucht der Solidarismus, in Konsequenz des Gemeinschaftsgedankens, durch Hervorhebung des den verschiedenen Gruppen Gemeinsamen, durch Pflege des die verschiedenen Schichten umfassenden Berufsgedankens Brücken zu schlagen, Verbindungen herzustellen, Gegensätze versöhnend auszugleichen, wie dies das allgemeine Interesse der Bürger und des Staates, aber auch das Interesse der oberen und unteren Schichten desselben Berufs erheischt.

Untrennbar vereint mit dem solidaristischen System ist schließlich die wahre Vorstellung der menschlichen Gleichheit und Brüderlichkeit, die ebenso der Harmonisierung aller Abhängigkeitsverhältnisse wie auch der Ausdehnung und Befestigung internationaler Beziehungen, neben der wechselseitigen Verknüpfung durch den Weltverkehr, als feste Unterlage dient. Höchste Idealität erreicht diese Gleichheit und Brüderlichkeit in ihrer christlichen Verkörperung durch das Gesetz der Nächstenliebe.

Der Solidarismus mag abstrakt oder nach den konkreten Verhältnissen verschiedene Formen annehmen, wie auch der Individualismus und Sozialismus dies getan, wesentlich für ihn ist der organische Gemeinschaftsgedanke: Gemeinschaft und Gemeinhaltung, das moralisch-organische Prinzip. Von sozialphilosophischen Lehren und Auffassungen ausgehend, führt das solidaristische System zu den wichtigsten Folgerungen für das soziale und

<sup>1</sup> Wir wollen hier aber nicht entscheiden, ob es sich dabei um die Integrität des sozialen Organismus handelt, oder ob die berufliche Organisation bloß zur Vollkommenheit der gesellschaftlichen Ausgestaltung gehört. In welchem Umfang und in welcher Form ferner speziell eine obligatorische Zusammenfassung oder Vertretung der Berufsgenossen in Frage kommt, das hängt jedenfalls von den geschichtlich gegebenen konkreten Verhältnissen, Bedürfnissen, Möglichkeiten, Aussichten auf Erfolg ab. Wir verwerfen nur eine prinzipielle Beschränkung der Assoziationsidee auf die freie Assoziation, erkennen auch die obligatorische Vereinigung der Berufsstände als im Prinzip berechtigt an.

<sup>2</sup> So auch Desbuquois auf dem Kongreß der „Action populaire“ zu Paris vom 20. bis 23. April 1911.



wirtschaftliche Leben. Seines philosophischen Ausgangspunktes wegen haben wir den Solidarismus als sozialphilosophisches System bezeichnet. Das Solidaritätsprinzip hat ohne Zweifel ethischen Klang. In der Tat, die höchsten Prinzipien, die alles Menschen- und Gesellschaftsleben beherrschen, sind ja ethischen Charakters: die Pflicht als soziale Bindekraft. Auch das Wirtschaftsleben kann sich der Leitung dieser ethischen Prinzipien nicht entziehen.

Nach diesen Ausführungen ist es nicht mehr zweifelhaft, wie der Solidarismus in unsrem Sinne sich wesentlich von jener Reihe von Systemen unterscheidet, die bisher den Namen „Solidarismus“ für sich in Anspruch nahmen. Ohne das reiche und zum Teil wertvolle Gedankenmaterial zu unterschätzen, welches speziell die französische Solidaritätslehre bietet, müssen wir doch bedauern, daß nicht wenige jener französischen Forscher durch utilitaristische, positivistische, evolutionistische, sozialistische Theorien, durch gezwungene biologische Analogien oder eine haltlose, scheinbar empirische, in Wirklichkeit aprioristische Soziologie immerhin noch stark beeinflusst werden, so daß es unmöglich ist, dem Solidarismus in solcher Ausgestaltung Gefolgschaft zu leisten. Von Gides Solidarismus insbesondere und ähnlichen Formen aber unterscheidet sich unser System, von der Verschiedenheit der prinzipiellen Unterlage abgesehen, namentlich dadurch, daß wir die Genossenschaft und speziell die der Konsumenten nicht einseitig in den Vordergrund stellen, sondern die gesamte regulative und konstruktive Bedeutung des Solidaritätsprinzips für die Ordnung und Gestaltung desjenigen Teiles des staatlichen Gesellschaftslebens, den wir Volkswirtschaft nennen, zur Geltung bringen.

Eine Dreiteilung der sozialphilosophischen Systeme findet sich auch in der Unterscheidung, die z. B. C. Brouilhet<sup>1</sup> zwischen den verschiedenen in der französischen Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre heute sich bekämpfenden Richtungen macht: der liberalen, der interventionistischen und der sozialistischen. 1. Der Liberalismus tritt für die bestehende „kapitalistische“ Ordnung ein; das Individuum soll nach ihm volle ökonomische Bewegungsfreiheit bewahren, und die „natürliche Ordnung“, die „naturgemäße“ Entwicklung der Dinge aus der Entfesselung der individuellen Freiheit, soll keine Behinderung finden. Den staatlichen Eingriffen ins Wirtschaftsleben wie auch den Gewerkvereinen gegenüber verhalten sich die Liberalen ablehnend. Sie glauben, daß die freie Möglichkeit des sozialen Aufstiegs innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie den notwendigen und hinreichenden Anreiz zur Anspannung der Kräfte biete. 2. Der Interventionismus oder Solidarismus hält die gegebenen Verhältnisse für verbesserungsbedürftig. Er glaubt, daß der Staat im Prinzip berufen sei, die Schwachen gegen die Starken zu schützen, daß er durch seine Eingriffe die durch den Mißbrauch der Freiheit verursachten Übelstände abmildern könne. Zurzeit fordert diese Richtung, in Frankreich namentlich, die progressive Einkommensteuer, die Sozialversicherung, die Einführung von Staatsmonopolen und -betrieben, die Zuweisung neuer Funktionen an die mit Rechtspersönlichkeit auszustattenden Gewerkschaften (insbesondere hinsichtlich des Abschlusses kollektiver Arbeitsverträge). Wenn Brouilhet diese Richtung auch mit dem Namen „Sozialradikalismus“ bezeichnet,

<sup>1</sup> Le conflit des doctrines dans l'économie politique contemporaine (1910). Dazu Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung I (1911) 495 ff.

so bestreitet Gaston Isambert<sup>1</sup> mit Recht, daß sämtliche Interventionisten, und vor allen die Katholisch-Sozialen, „radikalen“ Auffassungen huldigen. 3. Der Sozialismus fordert eine fundamentale Änderung der bestehenden Verhältnisse durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Entweder der Staat oder Berufsgenossenschaften sollen Eigentümer der Produktionsmittel werden. Die individuelle Konsumtion bleibt frei. Die Entlohnung der Arbeitenden findet durch Anweisung auf Konsumtionsgüter statt. Brouilhet teilt die Sozialisten ein in „messianische“, die den Untergang der herrschenden Wirtschaftsordnung durch das Walten der natürlichen Wirtschaftsgesetze erwarten; in „Revolutionäre von der Straße“, die durch Gewalt zum Ziele kommen wollen; in „juristische“ Sozialisten, die sich der Staatsgewalt (ob mit dem Stimmzettel oder durch Gewalt, bleibt dahingestellt) zu bemächtigen trachten. Die jüngste Erscheinungsform des Sozialismus ist der „revolutionäre Syndikalismus“, der den Umweg der politischen Aktionen, den Parlamentarismus, den Gegenwarts- und den Zukunftsstaat verwirft, stark anarchistische Züge aufweist, für die Gegenwart Entfaltung des genossenschaftlichen Geistes fordert, der „direkten Aktion“ und antimilitaristischen Tendenzen huldigt, über die Organisation der Zukunftsgesellschaft aber keinen klaren Aufschluß erteilt.

Die deutschen Denker scheinen zum Teil vor einer Dreiteilung: Individualismus, Solidarismus, Sozialismus, deshalb zurückzuschrecken, weil sie bisher gewöhnt waren, lediglich Individuum und Gesellschaft, Individual- und Sozialprinzip einander gegenüberzustellen. In unsrer Frage handelt es sich nun nicht um isolierte Individuen, sondern um den Menschen inmitten der Gesellschaft, um das Verhältnis dieses Menschen zur Gesellschaft und der Gesellschaft zu ihm. Hierfür aber gibt es offenbar eine dreifache Möglichkeit: 1. der Gesellschaft wird zuviel zuerkannt; 2. dem Individuum wird zuviel zugeteilt; 3. Gesellschaft und Individuum erhalten beide, was ihnen gebührt. Doch vernehmen wir einen Vertreter anderer Auffassung.

Heinrich Dietzel<sup>2</sup> formuliert das Individual- und Sozialprinzip in zwei angeblich kontradiktorischen Sätzen. Das Sozialprinzip ist ihm der Satz: „daß das soziale Ganze (die abstrakte Einheit aller Individuen) oberster Zweck sei, die Individuen dienende Organe im Leben des Sozialkörpers, wie die Gliedmaßen im Leben des physischen Körpers“. Das Individualprinzip bringt der Satz zum Ausdruck: „daß das Individuum oberster Zweck sei; daß alle höheren und niederen sozialen Gebilde — Familie, Stand, Genossenschaft, Staat und Staatengesamtheit — nur Mittel seien für die Zwecke der einzelnen, die sie in sich fassen“. Die vom Sozialprinzip durchdrungenen Systeme nennt er „organische Systeme“, „da ihr wesentliches Merkmal darin liegt, daß sie die Individuen als dienende Organe des sozialen Ganzen auffassen“. Hätte Dietzel zwischen der physisch-organischen und moralisch-organischen Auffassung und anderseits zwischen öffentlicher und allgemeiner Wohlfahrt unterschieden, dann würde sich alsbald die Möglichkeit einer solchen Verbindung von Individual- und Sozialprinzip ergeben haben, in welcher jene Prinzipien nicht mehr bloß in der extremen Formulierung Dietzels sich zusammenfinden. Die physisch-organische Auffassung läßt allerdings die Individuen als „dienende Organe im Leben des Sozialkörpers“ erscheinen, wie „die

<sup>1</sup> Ebd. 496. R. de Waha. Die Nationalökonomie in Frankreich 238 ff. 318 ff. 355 ff.

<sup>2</sup> Artikel „Individualismus“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften V<sup>3</sup> 590 ff., V<sup>4</sup> 408 ff. Vgl. auch L. v. Wiese, Einführung in die Sozialpolitik (1910) 10 ff.

Gliedmaßen im Leben des physischen Körpers“. In der moralisch-organischen Auffassung<sup>1</sup> dagegen wird nur eine Analogie zwischen physischem Körper und den sozialen Gebilden angenommen, so zwar, daß die Glieder der sozialen Gebilde als menschliche Individuen zugleich Selbstzweck bleiben, und zwar nicht bloß im Hinblick auf das Jenseits, wo die irdischen sozialen Gebilde überhaupt keine Stätte finden, sondern gerade für die sozialen Gebilde und innerhalb derselben. Auch die staatliche Gesellschaft, mit der wir es hier vornehmlich zu tun haben, ist eben letztlich für die Menschen da. Die Glieder dieser Gesellschaft sollen in derselben und zum Teil durch dieselbe ihre eigene Wohlfahrt finden. Aber die staatliche Gesellschaft kommt hierfür nur mittelbar in Betracht. Sie kann nicht unmittelbar die Wohlfahrt jedes einzelnen Staatsbürgers besorgen, wie das Armen. Hilflosen gegenüber geschieht. Für das große Ganze ist Zweck der staatlichen Gesellschaft (nicht bloß der Staatsgewalt) nur die „öffentliche“ Wohlfahrt (*salus publica*)<sup>2</sup>. Zu deren Verwirklichung tragen alle Bürger positiv und negativ bei durch Handeln. Leisten und Unterlassen, die einzelnen, die innerstaatlichen Verbände, ganz besonders aber die staatliche Autorität. Insofern die Bürger teilhaben an der Verwirklichung der „öffentlichen“ Wohlfahrt und deren Voraussetzungen (wie Fortbestand und Macht des Staates), sind sie „dienende Organe im Leben des Sozialkörpers“<sup>3</sup>. Insofern aber die „öffentliche“ Wohlfahrt wiederum in der „allgemeinen“ Wohlfahrt (*salus universalis*) der Bürger ihren Zweck hat, dazu dienen soll, allen Bürgern durch soziale Kräfte und Einrichtungen die äußern Bedingungen ihrer eigenen Wohlfahrt zu gewähren, zu erhalten, zu vermehren, dient die staatliche Gesellschaft den engern Verbänden und den konkreten Individuen, aus denen sie besteht. Es ist also der Staat nicht nur Mittel für die Zwecke der einzelnen, vielmehr sind die irdischen Zwecke der einzelnen der „öffentlichen“ Wohlfahrt als dem Zwecke der staatlichen Gesellschaft untergeordnet. Andererseits sind die Individuen nicht nur Mittel für den Staat, sondern auch Zweck desselben, weil die „öffentliche“ Wohlfahrt der Wohlfahrt aller Staatsbürger dient. Der einzelne hinwiederum findet seine eigene Wohlfahrt, indem er zugleich der Wohlfahrt aller in der „öffentlichen“ Wohlfahrt dient. Auf diese Weise ist die richtige Verbindung zwischen Individual- und Sozialprinzip hergestellt. Nur in einer extremen „individualistischen“ und „sozialistischen“ Formulierung schließen sie sich gegenseitig aus, während die moralisch-organische Auffassung beide Prinzipien auch theoretisch in Harmonie setzt, zum Wohle des Ganzen wie seiner Glieder<sup>4</sup>. Da ist nicht der einzelne nahezu alles und das Ganze nichts, und auch nicht umgekehrt das Ganze nahezu alles, in dem der einzelne versinkt; die einzelnen verwirklichen ihre Zwecke, aber in der Gemeinschaft, zum Teil mit Hilfe der Gemeinschaft, auf ihrer Seite wiederum mit Gemeinhaltung für den Zweck (öffentliche Wohlfahrt) der Gemeinschaft. Gerade diese solidarische Verbindung der Gemeinschaft mit ihren Gliedern und der Glieder mit ihrer Gemeinschaft haben wir in sozialphilosophischer syste-

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 156 ff.

<sup>2</sup> V. Cathrein, *Moralphilosophie* II<sup>5</sup> (1911) 529 ff.

<sup>3</sup> Wir möchten nicht die einzelnen, sondern die berufsgenossenschaftlichen Organisationen „Organe“ des Sozialkörpers nennen.

<sup>4</sup> Individualismus und Sozialismus sind konträre Gegensätze und hierbei Extreme, ohne gerade kontradiktorische Gegensätze darzustellen, wie der Logiker dieselben abstrakt formuliert.



matischer Formulierung als Solidarismus bezeichnet und den extremen Systemen des Individualismus und Sozialismus gegenübergestellt<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Die Frage, ob vom Standpunkte der Etymologie aus eine solche Anwendung des Wortes „Solidarismus“ zulässig sei, dürfte wohl kaum Schwierigkeiten verursachen. Die Etymologen stellen *solidus* neben griechisch *ὅλος* (ganz), ähnlich wie *sal* = *ἅλς*, *sol* = *ἥλιος* u. v. a. So heißt auch *solemnis* alljährlich. „Solidum“ im vollsten Sinne wäre ein aus festgeschlossenen Elementen bestehendes vollkommenes (ungeteiltes) Ganze. Der Sprachgebrauch berücksichtigt 1. bald mehr die Teile: ihre Gleichartigkeit (durch und durch dieselbe Masse): *patera de auro solido*, *solido de marmore templum*; ihre Dichtigkeit, unbewegliche Lagerung, festes Zusammenhalten (opp. hohl, löcherig, flüssig, locker, zerbrochen): *columna solida*, *dens solidus*, *terra solida*, *adamus solidus*, *solidis in tectis clauditor* (in festem Gewahrsam), daher *solidescere*, sich zusammenfügen, oder transitiv: *fracta solidare*, *nervos incisos solidare*; 2. bald mehr das Ganze: *solidus consulatus* (von einem ganzen Jahr), *partem de solido die dormire*, *solidum aprum in epulis ponere*. — Besonders in der Jurisprudenz (die sehr oft die älteste Wortbedeutung festhält) kommt das zur Geltung: *solidum* soviel als die ganze, ungeteilte, volle Summe; *soliditas* das Ganze, die Gesamtheit, z. B. *possessionis*, *soliditas singulorum*; das Wesen der römisch-rechtlichen Solidarität bestand in der Haftung für das Ganze (*solidum*); in der späteren Jurisprudenz verträgt sich der Begriff der Solidarität auch mit der Teilhaftung (z. B. des Kommanditisten), also einer beschränkten, solidarischen Haftung, die nichts anderes besagt, als daß die Mitschuldner, soweit sie haften, gleichmäßig haften. Der Ausdruck ist an und für sich sprachlich ungenau und nur historisch zu erklären; 3. übertr.: dauerhaft, fest, echt: *solida gloria*, *virtus*, *fides* usw. Repräsentiert also „solidus“, „Solidarismus“ sprachlich auch nicht unmittelbar einen so komplizierten Begriff, wie wir ihn oben darlegten, so sind doch die Bedeutungsnuancen, kollektiv genommen, ein gutes Analogon zu unsrer Neuprägung des Begriffs. Dieselbe wird als eine ganz natürliche Weiterentwicklung der ursprünglichen Bezeichnungen bei ihrer Übertragung auf das sozialökonomische Gebiet und Anpassung an dieses Gebiet gelten dürfen. Dies um so mehr, wenn für die Ableitung des Wortes „Solidarismus“ von „solidus“ noch als Zwischenstufe der Ausdruck *solidaris* herbeigezogen wird. Der Ausdruck: in *solidum obligari*, „solidarisch“ verpflichten, entspricht dem Verhältnis: „einer für alle und alle für einen“, also dem Kernpunkte des „Solidarismus“ mit den aus unsrer Darlegung sich ergebenden Beschränkungen. „Solidarität bezeichnet eine Gegenseitigkeit zwischen zweien, mehreren, vielen, von solcher Art, daß sie aufeinander angewiesen sind und, was sie wollen und sollen, nur dann gut von statten geht, wenn sie zusammenwirken“ (R. v. Nostitz-Rieneck).

Die Gegenüberstellung von Individualismus und Universalismus (vgl. z. B. Othmar Spann, Die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre [1911] 21 ff.) befriedigt weniger. Der philosophische Begriff des universale enthält nichts Soziales. Er bezeichnet das Allgemeine, die Gattung und das der Gattung als solcher Gemeinsame (Baum, Mensch usw.). Man kann einem falschen Nationalismus gegenüber auf das Ganze der Menschheit, die menschliche Gattung, hinweisen. Aber die für den gesellschaftlichen Verband wesentliche soziale Verflechtung, Verknüpfung, die soziale Gemeinschaftlichkeit fehlt dem Begriffe des Universalen. Der Solidarismus setzt den Universalismus voraus, schließt ihn ein, fügt aber den sozialen Gemeinschaftsgedanken hinzu. Wendet man den Ausdruck „Universalismus“ auf die konkrete Gesellschaft an, so könnte das zu Mißverständnissen Anlaß geben, die „Gesellschaft“ wieder als Sammelbegriff im individualistischen Sinne sich darstellen.

Richtig ist die Gegenüberstellung von individualistischem und organischem Prinzip (Dietzel, Lexis); nur bedarf es einer näheren Bestimmung dieser Prinzipien, die notwendig zur Dreiteilung der Systeme führt. Nach Gertrud Bäumer (Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts. Grundzüge der modernen Sozial-

Fassen wir zum Schluß noch einmal jene Momente zusammen, die das solidaristische System vorzugsweise kennzeichnen, dasselbe als ein zwischen Individualismus und Sozialismus vermittelndes System erscheinen lassen. Dahin gehört:

1. als natürliche und tatsächliche Unterlage die wechselseitige Abhängigkeit des Menschen vom Menschen, seiner Wohlfahrt von der Wohlfahrt der andern durch seine natürliche Ergänzungsfähigkeit und Bedürftigkeit, das Mit-Interessiertsein am Wohl des Ganzen, wobei die geschichtliche Entwicklung der Arbeitsteilung und des Verkehrs diese soziale Bedingtheit des menschlichen Daseins und Fortschritts modifiziert und intensiver gestaltet;

2. die Solidarität als soziales Rechtsprinzip, die Mitverantwortlichkeit für das Wohl des Ganzen, als sittliche Pflicht für Regierung und Volksgenossen, eine Pflicht, welche

a) die Selbständigkeit der Individuen und innerstaatlichen Verbände wahrt, aber die Unterordnung des privaten Interesses unter das Gemeininteresse, die Einfügung des privaten Rechtes in das soziale Recht nach Maßgabe der Grundsätze über Rechtskollision fordert, ohne willkürliche Aufhebung, Beschränkung, Verdrängung der Einzelwirtschaft, welche

b) die positive Zusammenfassung aller individuellen und sozialen Kräfte für die Zwecke der staatlichen Gemeinschaft bedeutet, ihren Rechts-, Wohlfahrts- und Machtzweck, die besondern Aufgaben, welche ihr aus der pflichtmäßigen Fürsorge für den schwächeren Teil der Gesellschaft erwachsen;

3. die Solidarität als gemeinschaftbildendes Prinzip, das die korporative Zusammenfassung der einzelnen Berufsstände (Zünfte, Gilden, die heutigen Innungen, Kammern, industriellen, bauerlichen Vereinigungen u. dgl.) nach Maßgabe der geschichtlichen Bedingungen und Bedürfnisse begünstigt und herbeiführt, nicht zur einseitig überspannten Interessenvertretung, sondern als für die Berufsgenossen und für die Gesamtheit zugleich wohltätig wirkende Kulturmacht, die ebensosehr die Vereinigung der Gegensätze, die Herstellung sozialer Harmonie, den Ausgleich widerstreitender Interessen erleichtern wie die Geltendmachung gleicher berechtigter Interessen wirksamer gestalten kann; die Solidarität als frei einigendes Prinzip auch im Hinblick auf die mannigfaltigsten Formen einer freien, zum Wohle der durch das lebendige Bewußtsein

philosophie [1910]) umfaßt der Begriff „soziale Idee, die Erkenntnis eines Formprinzips im sozialen Leben und die Umwandlung dieses Prinzips in ein praktisches Leitmotiv“. Sie unterscheidet zwischen denjenigen Theorien, die von der Persönlichkeitsidee ausgehen, den individualistischen, anderseits denjenigen, welche die Gesellschaftsidee in den Vordergrund stellen, und schließlich den synthetischen, die eine Versöhnung von Individualismus und Sozialismus anstreben. Die letzteren werden als „Sozialaristokratie und Kultursozialismus“ bezeichnet. Wir haben den Namen „Solidarismus“ vorgezogen, der unsre Auffassung richtiger und bestimmter zum Ausdruck bringt.

der Zusammengehörigkeit und gemeinsamer Interessen Geeinten, ohne Schädigung des Gemeinwohles, wirkenden Kooperation;

4. die Solidarität als karitatives, die Menschen verbrüderndes, zugleich als frei spendendes Prinzip der christlichen Liebe<sup>1</sup>.

Alle Kräfte, die individuellen, sozialen, staatlichen, stellt somit der Solidarismus in den Dienst der Gesamtheit und deren Glieder. Alle natürlichen und sittlichen Beweggründe, der Trieb nach Fortschritt, nach Verbesserung der Lebensbedingungen, die Liebe, welche vereinigt, die individuelle Not vieler einzelnen Glieder der Gesellschaft lindert und heilt, die private Gerechtigkeit, die jede physische und moralische Persönlichkeit in ihrer Rechtssphäre schützt, die soziale Gerechtigkeit, welche das Gesamtwohl schirmt, das Elend der Massen und Klassen verhütet oder überwindet, den Gemeinsinn in den Gliedern der Gesellschaft fördert — alle diese Motive und sittlichen Kraftquellen sollen nach dem Solidarismus zur Erreichung des Zieles, des näheren und entfernteren Zweckes der staatlichen Gesellschaft, der öffentlichen und der allgemeinen Wohlfahrt wirken und zusammenwirken, jedes an der rechten Stelle, in der rechten Art. Gerade diese Universalität der Kräfte, Mittel, Motive, die dem Solidarismus eigentümlich ist, die Weite, mit der er der Vielgestaltigkeit und dem beständigen geschichtlichen Wechsel der wirtschaftlichen Erscheinungsformen Rechnung trägt, bildet seine beste Empfehlung, unterscheidet ihn scharf von den wesentlich einseitigen Systemen des Individualismus und Sozialismus. Im Mittelpunkt des Systems aber steht die soziale Gerechtigkeit, Gerechtigkeit für die Gemeinschaft, für das Ganze, für alle Klassen, alle Bürger, fest gegründet in der sittlichen Weltordnung.

Entzündet rings auf den Bergen weit  
Das flammende Feuersignal der Zeit:  
„Gerechtigkeit“! (Eichert.)

Wenigstens flüchtig sei schließlich nochmals daran erinnert, wie die Vorstellung, daß die ganze Menschheit im Sinne des Christentums eine einzige Familie bildet, auch über die Grenzen des einzelnen Staates hinaus internationaler Solidarität den Boden ebnet, die Wege zeigt. Dabei handelt es sich keineswegs um Auslieferung der nationalen Volkswirtschaft an die internationale Weltwirtschaft, sondern um praktische Achtung fremder Nationalität, um ein dieser Achtung entsprechendes Verhalten. Nicht: Right or wrong, my country, sondern Gerechtigkeit. Billigkeit, Liebe auch andern Völkern gegenüber!

**6. Das Solidaritätsprinzip und die Organisation der Volkswirtschaft.** Der Begriff „Organisation“ läßt verschiedene Deutungen zu<sup>2</sup>. Ganz

<sup>1</sup> Vgl. Wasserrab, Soziale Frage, Sozialpolitik und Karität (1903) 26 f.

<sup>2</sup> Franz Klein (Das Organisationswesen der Gegenwart [1913] 1) definiert die Organisation als „eine von gegenseitiger Bedingtheit und innerer Zweckmäßigkeit erfüllte Ordnung von Teilen zu einem Ganzen“. Die aktive „Organisation“ ist Herstellung dieser Ordnung. Friedrich Naumann (Das blaue Buch von Vaterland und Freiheit 169)



allgemein und im weiteren Sinne wird man darunter die Gestaltung der Volkswirtschaft schlechthin verstehen können. Diesbezüglich macht es natürlich einen großen Unterschied, ob es sich um eine ganz oder teilweise kommunistische Gesellschaft handelt, oder um eine im wesentlichen auf der Grundlage des Privateigentums aufgebaute Gesellschaft, ob, wie heute der Fall, eine Wirtschaftsverfassung vorliegt mit

sieht in der Organisation „die Regelung der Menge“. Plenge Das erste staatswissenschaftliche Unterrichtsinstitut [1920] „die praktische Verbindung von Gegensätzen zur Einheit“. Ernst Schultze (Organisatoren und Wirtschaftsführer [1923] 27 nennt „Organisation“: „die Steigerung der Wirkungskraft menschlicher Anstrengungen durch planmäßiges Zusammenordnen von Menschen und Einrichtungen.“ Diese Definition paßt insbesondere auf die Betriebsorganisation.

Wohl zu unterscheiden ist die „Wirtschaftsorganisation“ als Organisation der Einzelwirtschaft und als Organisation der Volkswirtschaft. Mit letzterer haben wir es zu tun. Die „Wirtschaftsprinzipien“ (Bedarfsdeckung und Gewinnstreben) im Sinne Sombarts Der moderne Kapitalismus I 4. „die das Wirtschaftsleben einer Zeit in seiner charakteristischen Eigenart bestimmenden, also historisch bedingten, zu Grundsätzen und Maximen des Verhaltens der Wirtschaftssubjekte verdichteten, prävalierenden Beweggründe“ können nicht als Organisationsprinzipien der Volkswirtschaft bezeichnet werden, wenn auch ihre Rückwirkung auf die Volkswirtschaft nicht zu bestreiten ist. Schäffle Das gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft II 3 [1873] 13 19 ff. und Wagner Grundlegung I 2. 761 ff. sprechen von drei Organisationsprinzipien: dem privatwirtschaftlichen, gemeinwirtschaftlichen, karitativen Prinzip. Würden privatwirtschaftliches und gemeinwirtschaftliches System einander ausschließend gegenübergestellt, so müßte es sich zeigen, daß jedes dieser beiden Systeme noch der unentgeltlichen Zuführung von Gütern an solche Personen bedarf, denen die Erwerbsfähigkeit fehlt. Und doch bliebe dabei das privatwirtschaftliche System rein privatwirtschaftlich, das gemeinwirtschaftliche System rein gemeinwirtschaftlich. Daraus ergibt sich, daß das karitative System überhaupt nicht im ausschließenden Sinne neben das privatwirtschaftliche und gemeinwirtschaftliche System gestellt werden kann. Anders verhält sich die Sache, sofern jene Prinzipien als bloße Verkehrsprinzipien aufgefaßt werden. Wenn zwei Wirtschaftseinheiten auf vertragsmäßiger Basis miteinander verkehren, wobei jede ihren eigenen Vorteil im Auge hat und für ihre Leistung eine äquivalente Gegenleistung sich ausbedingt, dann ist das privatwirtschaftliche Prinzip in Tätigkeit getreten. Wenn eine Zwangsgemeinschaft, wie der Staat, autoritativ, kraft obrigkeitlicher Gewalt, Leistungen von den Gliedern der staatlichen Gesellschaft als solchen nach Maßgabe des öffentlichen Bedarfs und der Leistungsfähigkeit der Pflichtigen fordert, oder Leistungen unentgeltlich oder bloß gegen Ersatz der Kosten öffentlich vollzieht, dann findet das gemeinwirtschaftliche Prinzip seine Anwendung. Handelt es sich um freie Hingabe aus bloßer Liberalität, dann spricht man von dem karitativen Prinzip. Paul Kirschner Die Unzulänglichkeit des privat- und gemeinwirtschaftlichen Organisationsprinzips in der Volkswirtschaft [1908] nennt das privat- und gemeinwirtschaftliche Organisationsprinzip unzulänglich in der Volkswirtschaft. Er fordert für den Verkehr der verschiedenen Wirtschaftseinheiten die Caritas als drittes Prinzip oder Motiv. In diesem Sinne verläuft seine Beweisführung glatt und überzeugend. Schließlich kann man die Unterscheidung jener drei Prinzipien auch so verstehen und gelten lassen, daß innerhalb derselben Volkswirtschaft, bei entsprechender Gestaltung derselben, zu den privaten Wirtschaften usw. noch gemeinwirtschaftliche und karitative Formen, Veranstaltungen, Betätigungen hinzutreten.

vorherrschender unternehmungsweiser Produktions- und Handelsorganisation, oder ob die Wirtschaft genossenschaftlich organisiert ist, vielleicht als eine einzige, große Gesamtwirtschaft sich darstellt, mit Gesellschaftseigentum an allen Produktionsmitteln, autoritativer Regelung der Produktion und der Verteilung (Sozialismus), oder gar auch mit gemeinwirtschaftlicher Beherrschung und Verwaltung aller Mittel der Konsumtion (Kommunismus); und ferner, in welcher Weise die Volkswirtschaft öffentliche und private Sonderwirtschaften nebeneinander aufweist. In letzterem Falle macht es eben wieder einen Unterschied, je nachdem die öffentlichen Wirtschaften an Größe, Ausdehnung, Bedeutung mehr oder weniger zur Geltung kommen. Nicht minder wird die Konfiguration der Volkswirtschaft beeinflusst von dem Grade gesellschaftlicher und technischer Arbeitsteilung, von der Ausbildung der wirtschaftlichen Betriebsformen, von der Art, wie die persönlichen Leistungen in der Produktion gewonnen werden, wie der wirtschaftliche Verkehr der Menschen untereinander sich vollzieht, von der Form und Ausdehnung des Assoziationswesens usw.

Im engeren Sinne ist der Begriff „Organisation“ verknüpft mit dem Begriffe „Ordnung“, in seiner Anwendung auf Staat und Volkswirtschaft; in diesem Sinne insbesondere verstehen wir hier die Organisation der Volkswirtschaft. Der Begriff dieser Ordnung hinwiederum verbindet sich mit dem Begriff eines Prinzips der Ordnung, das sich als Organisationsprinzip darstellt.

Entsprechend unsrer sozialphilosophischen Unterscheidung zwischen Individualismus, Sozialismus, Solidarismus nehmen wir drei allgemeinere Gestaltungsprinzipien für die Volkswirtschaft an: 1. das individualistische Prinzip der Freiheit und des Eigeninteresses regelmäßig isoliert selbständiger Wirtschaftssubjekte; 2. das sozialistische Prinzip der direkten autoritären Leitung des Wirtschaftsprozesses auf kollektivistischer Grundlage; 3. das Solidaritätsprinzip, welches Freiheit, Sondereigentum, Eigeninteresse der selbständigen Wirtschaftssubjekte, wie ihrer Verbände, und ebenso die autoritären Einflüsse nach dem Sozialzweck der staatlich geeinten Volksgemeinschaft als der für alle, Bürger und die Autorität, verbindlichen Norm (Gemeinhaftung) bemißt, bestimmt, begrenzt, zugleich dort, wo gemeinschaftliche Interessen vorliegen, zur Gemeinschaft und Gemeinhaftung innerstaatlicher Vereinigungen führt.

Wir nennen diese Prinzipien Gestaltungsprinzipien, oder, wenn man will, Organisationsprinzipien im weiteren Sinne. Das individualistische Prinzip schließt den Kollektivismus aus, fordert die Privatwirtschaft, aber es ist aus sich selbst kein ordnendes Prinzip, und insofern führt es nicht zu einer wirklichen und wahren Organisation. Der Sozialismus tritt für die kollektivistische Gestaltung des Wirtschaftslebens ein unter Ablehnung der sonderwirtschaftlichen Formation. Der Solidarismus schließlich verneint die kollektivistische Gemeinwirtschaft und ebenfalls den Mechanismus der individualistisch-privatwirtschaftlichen

Gestaltung. Er fordert Privateigentum an den Produktionsmitteln, sonderwirtschaftliche Gestaltung, aber mit wahrer „Organisation“, d. h. mit moralisch-organischer Ordnung beherrscht durch die Forderungen des Gesamtwohles.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die herkömmliche Einteilung der „Organisationsprinzipien“ in ein „privatwirtschaftliches“ und „gemeinwirtschaftliches“ nach unsrer Auffassung für die Organisationslehre nicht ausreicht. Wir bedürfen eines höheren Prinzips, welches beide Prinzipien zusammenfaßt, das die Sonderwirtschaften durch Solidarität gemeinwirtschaftlich bestimmt (Einheit und Aufgabe der Volkswirtschaft, entsprechende Rechtsordnung, Assoziationswesen). Es wäre eine *petitio principii*, wenn man von vornherein jede sonderwirtschaftliche Gestaltung schlechthin mit der individualistischen, egoistischen, atomistischen Wirtschaftsformation, und jede gemeinwirtschaftliche Gestaltung mit dem Kollektivismus identifizieren wollte.

Man kann, wie wir sahen, wenn vom Solidaritätsbegriffe die Rede ist, die Zusammengehörigkeit, das Zusammenwirken, die wechselseitige Abhängigkeit, Bedingtheit, Ergänzung, Interessengemeinschaft zunächst als tatsächliches Verhältnis ins Auge fassen, die fortschreitende, immer engere und innere Verknüpfung und Verschlingung aller Verhältnisse als geschichtliche Tendenz erweisen. Auch verkennen wir keineswegs die Bedeutung psychologischer Antriebe für die Ordnung des Wirtschaftslebens eines Volkes. Doch stellen wir, ohne das berechtigte Streben der Selbstliebe des Individuums irgendwie zu verkürzen, innerhalb des sozialen Gemeinschaftslebens die natürliche Sympathie, den Gemeinsinn, die sozialen Triebe mehr in den Vordergrund<sup>1</sup>. Überdies ergibt sich, daß weder ein Äquilibrium sämtlicher Triebe im Sinne Schmollers, noch die von A. Wagner in seiner Motivationstheorie so schön und scharf betonte subjektiv-ethische Regulierung der Triebe an sich ausreichen für die Bedürfnisse volkswirtschaftlicher Ordnung und Organisation. Stellt die Volkswirtschaft einen wichtigen Teil des Gesellschaftslebens staatlich geeinter Volksgemeinschaft dar und erhält ander-

<sup>1</sup> Was man heute „staatsbürgerliche“ Erziehung nennt, gibt nicht nur „bürgerkundliches“ Wissen, sondern ist Erziehung zum Verständnis für die Aufgaben der staatlichen Gesellschaft, für das Gedeihen des Ganzen, des ganzen Volkes, der ganzen Volkswirtschaft. Vgl. Georg Kerschensteiner, Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend<sup>4</sup> (1909). Gerade in der Zeit der Vorherrschaft des Individualismus war und ist reichlich die Rede von Humanität, Philanthropie, Altruismus, ohne daß diese schönen Reminiszenzen an die christliche Moral und Gesellschaftslehre für die volkswirtschaftliche Organisation ausreichend praktische Bedeutung gewannen. Und so dürfte auch wiederum die heute in Frankreich durch zahllose Toaste, Reden und Schriften gefeierte „Solidarität“ sich ebenso rasch abnutzen wie vordem die „Fraternité“ der Revolution, weil sie nicht ihre Kraft entnimmt aus der Religion und einem moralisch gesunden Volksleben.



seits dieses Gesellschaftsleben überhaupt seine innere Ordnung in erster Linie durch das Recht, so muß folgerichtig auch das die praktische Ordnung der Volkswirtschaft beherrschende Prinzip, wenigstens seinem innersten Kern nach, ein Rechtsprinzip sein — was übrigens von den genannten Autoren nicht bestritten wird. Wir haben dieses Prinzip in der Solidarität in ihrer Eigenschaft als Rechtsforderung<sup>1</sup> (Gemeinhaftung) gefunden, ein Rechtsprinzip, das auf wirtschaftlichem Felde zugleich die Rechte des Individuums wie der Gesamtheit wahrt, die Beziehungen zwischen Individuum und Gesamtheit regelt, die Einzelwirtschaft mit dem beruflichen Verbands der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft „organisch“ einfügt, ohne deren natürlichen Grundrechte der Freiheit, Selbstbetätigung, Selbsthilfe, Selbstbehauptung, des Eigentumserwerbs usw. aufzuheben, ein Rechtsprinzip, das mit dem Rechte der Gemeinschaft zugleich das Recht gegenüber der Gemeinschaft, und speziell hier wieder das Recht auf die Gemeinschaft in der engeren Gesellschaftsbildung (Organisationsrecht), auf die ökonomische Kooperation in der Gesellschafts- oder Genossenschaftsform der Unternehmung, in Kartellen u. dgl., auf die soziale Korporation in den verschiedenen Formen autonomer Standes- und Berufsverbände und Interessenvertretungen praktisch zur Geltung kommen läßt.

Unsre Ausführungen zeigen ferner, daß wir unter Ordnung der Volkswirtschaft nicht jede beliebige Ordnung verstehen, daß wir den Begriff „Organisation“ in seiner vollen sozialorganischen Bedeutung auffassen mit Bezugnahme auf die moralisch-organische Ordnung in Gesellschaft und Volkswirtschaft. So verstanden bedeutet „Organisation“ neben der Hervorkehrung der Selbstzwecklichkeit und entsprechender Selbständigkeit der Komponenten der staatlichen Gesellschaft zugleich die Herstellung der Einheit der „Organe“ in sich, wie ihre Gliederung zum gemeinsamen Leben, im Hinblick auf den lebendigen, dem Sozialzweck gemäß geordneten Zusammenhang, das lebendige Zusammenwirken aller Organe, wodurch die Gesundheit und Leistungsfähigkeit, ja der Bestand des Organismus wie der Organe bedingt ist<sup>2</sup>.

Ein berühmter Mediziner<sup>3</sup> hat mit Recht dem Einwurfe gegenüber, die korporative Gestaltung schaffe in den Berufsorganisationen einen Staat im Staat, auf den menschlichen Organismus hingewiesen und gesagt: Der Organismus ist kein Haufen einzelner, gegeneinander gleichgültiger Zellchen und Zellen, Fäserchen und Fasern, sondern er ist ein Organismus von Organen. Tausende von Zellen und Fasern sind gesammelt und zu den verschiedensten Organen verbunden, hier zum Herzen, dort zur Lunge, hier zum Muskel, dort zum Knochen usw.;

<sup>1</sup> Die „soziale“ Gerechtigkeit fordert die Erfüllung aller Pflichten, wie die Verwirklichung aller Rechte, die das Sozialwohl zum Gegenstand haben.

<sup>2</sup> Vgl. Rudolf Eisler, Wörterbuch der philosophischen Begriffe<sup>3</sup> (1909) 962. — Elisabeth Gnauck-Kühne, Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich (1909) 79 ff.

<sup>3</sup> Joh. Nep. v. Ringseis, Lebensbild, von Bettina Ringseis (1909) 272.

und jedes dieser Organe, versehen mit eigenen Gefäßen und Nerven, jedes Organ ist ein kleines Ganzes in der größeren Gesamtheit. Gleiche Arbeit und gleicher Beruf aber bilden das nach innen einigende Band für die Organisation, die als „Organe“ des sozialen Gesamtkörpers sich darstellen, und deren Arbeitsleistung in ihrer Bedeutung für das Ganze als soziale Funktion erscheint. Die Organisation der Berufe und Stände, zu welcher die Ansätze in der heutigen Gesellschaft unleugbar hier stärker, dort schwächer bereits vorhanden sind, und von deren gesunder Weiterentwicklung die vollkommene Organisation der Volkswirtschaft wesentlich abhängt, leistet ein Doppeltes: die Individuen werden gesammelt zum solidarischen Zusammenschluß in den Verbänden der gleichen Arbeit, des gleichen Berufes; sodann finden sich diese Verbände wiederum, beherrscht von der Solidarität der höheren volkswirtschaftlichen und nationalen Gemeinschaft, in der alle Berufe und Stände umfassenden, staatlich geeinten Volksgemeinschaft zur harmonischen Einheit zusammen<sup>1</sup>.

Es kann hiernach nun in der Tat nicht mehr zweifelhaft sein, in welchem Sinne und Umfange das Solidaritätsprinzip zugleich als regulatives und als konstruktives Prinzip für die Organisation der Volkswirtschaft in Betracht kommt: Herstellung der innern Einheit, organische Gliederung in der Gemeinsamkeit des Ganzen, Bindung der Willkür, Verbindung der Menschen — Gesellschaftsbildung und Gesellschaftsordnung — dies alles findet sich hier zusammen.

Die konstruktive Bedeutung des Solidaritätsprinzips erweitert sich aber noch um ein Beträchtliches, wenn wir das wirtschaftliche Assoziationswesen in der ganzen Ausdehnung, die es bei den modernen Kulturvölkern tatsächlich schon einnimmt, in Erwägung ziehen. Zu den Standes- und Berufsorganisationen, den freien und offiziellen Interessenvertretungen

---

<sup>1</sup> Nach Maurice Bourguin (Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung [1906] 354 ff.) kann „das soziale Ideal“ unsrer Tage nur als Resultante der historischen Entwicklung aufgefaßt werden. Geschichtliche Tendenzen, wie z. B. die der modernen Vereinigungsbewegung, sind indes kein bloß abstraktes „Ideal“, sondern tatsächliche Reaktion gegen frühere entgegengesetzte, sehr reale Tendenzen, ein mächtiger Strom, den Willkür und Gewalt nicht so leicht aufhalten können. Gleichwohl glauben wir darum doch nicht an einen historischen Determinismus, selbst wenn er (wie bei Bourguin) dem Extrem des Fatalismus fern bleiben will. Wir unsrerseits schreiben vielmehr der bewußten und freien Einwirkung der Menschen, dem theoretisch erkannten und dann praktisch gewollten „Seinsollen“ den größten Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse zu, wie umgekehrt auch dem Mangel jener Erkenntnis und jenes Wollens.

Der Solidarismus fordert zunächst Erziehung des Volkes zum solidaristischen Geiste, insbesondere zur staatsbürgerlichen Gesinnung. Aber dieser Gemeinschaftsgeist wird, sobald er größere Massen erfaßt hat, auf die Organisation der Volkswirtschaft zurückwirken, wie der wirtschaftliche Atomismus des freiwirtschaftlichen Systems und der „kapitalistische Geist“ die volkswirtschaftliche Organisation beeinflusst haben. Wo der Solidarismus praktische Bedeutung erlangt, wird die Rechtsordnung, die Eigentums- und Erwerbsordnung usw. den Anforderungen des natürlichen Rechts entsprechen, werden sich die Menschen in ökonomischen und sozialen Organisationen zusammenfinden, wird der Berufsgedanke das ganze wirtschaftliche Leben beherrschen, werden die Völker in friedlichem Wettstreit durch kulturelle Leistungen sich gegenseitig ergänzen und fördern.

gesellt sich heute in gewaltigem Umfange das Genossenschaftswesen<sup>1</sup> und die Gemeinsamkeit der Risiken. Letztere findet sich in dem fast übermäßig anwachsenden Versicherungswesen, wobei die Solidarität zum Wohle der einzelnen gegenüber gemeinsamen Gefahren zur Geltung kommt, am ausgeprägtesten natürlich in den auf Gegenseitigkeit beruhenden Assoziationen (*friendly societies*)<sup>2</sup>.

Die Untersuchung des Grundproblems unsrer Wissenschaft, der Frage nach dem Wesen und Werden des Volkswohlstandes, wird uns im zweiten Bande den unmittelbaren Anschluß an den Gedankeninhalt der drei Systeme (Merkantilismus. physiokratisches System. Industriesystem), die geschichtlich den Ausgangspunkt unsrer Wissenschaft bildeten, finden lassen. Indem wir dabei mit Adam Smith die menschliche Betriebsamkeit schlechthin als die vornehmlichste Quelle des Reichtums der Völker bezeichnen werden, stellen wir zugleich dem Individualismus: der physiokratischen Freiheitslehre, der manchesterlichen Auslegung der Smithschen Freiheitsforderung, der (darwinistisch) evolutionistischen Forderung unbehinderter Auslese im Kampf ums Dasein, dem auf dem Individualismus beruhenden „Kapitalismus“, ebenso wie dem Sozialismus, das vom moralisch-organischen Solidaritätsgedanken getragene „soziale Arbeitssystem“<sup>3</sup> als volkswirtschaftliches System gegenüber.

<sup>1</sup> J. Oberhauser, Das christliche Prinzip der Solidarität und die Genossenschaftsbewegung des Mittelstandes (1910). Oberhauser ist Schüler Franz Walters und bezeichnet seine Studie als Frucht der Schrift Walters „Theorie und Praxis in der Moral“ (1905).

<sup>2</sup> Verneersch, *Manuel social*<sup>2</sup> (1904) 560 f. 644. — Auch in der modernen Steuerlehre dringt das Solidaritätsprinzip siegreich vor. Die Steuerleistung gilt nicht mehr als Gegenleistung für den staatlichen Schutz, speziell den Vermögensschutz (individualistische Auffassung), sondern führt sich auf die persönliche Verpflichtung des Staatsgenossen als solchen, für das Ganze einzutreten, zurück. Darum bemißt sich auch die Steuerpflicht nicht nach der staatlichen Gegenleistung, sondern nach der Leistungsfähigkeit des Bürgers. Vgl. oben S. 305 f.

<sup>3</sup> Bd. II, Kap. 1, § 5.



## FÜNFTES KAPITEL.

# DIE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE.

### § 1.

#### Charakter, Gegenstand, Aufgabe der Volkswirtschaftslehre.

**Literatur:** Antoine, *Cours d'économie sociale*<sup>4</sup> 1908 3 ff. — Karl Dietzel, *Die Volkswirtschaft und ihr Verhältnis zu Gesellschaft und Staat* 1864 45 ff. 56 ff. 97 ff. — Liberatore, *Grundsätze der Volkswirtschaft* (1891) 9—12. — Knies, *Politische Ökonomie*<sup>2</sup> (1883) 1—9 157—179. — Roesler, *Vorlesungen über Volkswirtschaft* (1878) 20 ff. — L. v. Stein, *Lehrbuch der Nationalökonomie*<sup>3</sup> 1887 Einl. 3 ff. 89 ff. — Cohn, *Grundlegung der Nationalökonomie* (1885) 75 ff. — Heinrich Dietzel, *Theoretische Sozialökonomik* 1895 29 ff. — Stolzmann, *Die soziale Kategorie in der Volkswirtschaft* 1896 : *Der Zweck in der Volkswirtschaft* (1909). — Ruhland, *System der politischen Ökonomie I* 1902 26 ff. — Cauwès, *Cours d'économie politique*<sup>8</sup> (1893) 8—12 21—34. — Adolf Weber, *Die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft* 1909 : *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, in Sarason, *Das Jahr 1913* 173 ff. — Toniolo, *Trattato di economia sociale I* (1907) 18 ff. — Spann, *Wirtschaft und Gesellschaft* 1907. — Amann, *Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie* 1911. — Rosenthal, *Der Wandel der Staatsaufgaben in der letzten Geschichtsperiode* 1913. — Die Lehrbücher von Roscher, Wagner, Schönberg, Schmoller, Conrad, Philippovich, Lexis, Diehl, Kleinwächter, Devas-Kämpfe, Liefmann usw. Die Artikel „Volkswirtschaftslehre“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 426 ff. von Schmoller, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>4</sup> 985 ff. von Adolf Weber, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>5</sup> 1226 ff. von Lexis, Dasselbst weitere Literaturangaben. — Die Aufsätze von Diehl über die Bedeutung der wissenschaftlichen Nationalökonomie für die praktische Wirtschaftspolitik, über Nationalökonomie und Handelsbetriebslehre, über Privatwirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Weltwirtschaftslehre, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie XXXVII 1909 289 ff.; XLIII (1912) 94 ff.; XLVI (1913) 433 ff. — Liefmann, *Das Wesen der Wirtschaft und der Ausgangspunkt der Nationalökonomie*, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie XLVI (1913) 603 ff. — Brauer, *Soziologische Fragen*, in den Histor.-polit. Blättern CLII 1913 100 ff. 169 ff. usw.

1. Das Wort „Nationalökonomie“<sup>1</sup> wird gleichbedeutend mit „Volkswirtschaft“ und meist auch mit „Volkswirtschaftslehre“ gebraucht. Der Versuch, den Ausdruck „Nationalökonomik“ für die Volkswirtschaftslehre einzuführen ist ohne allgemeineren Erfolg geblieben. Häufig findet sich

<sup>1</sup> Der Name führt sich auf Giammaria Ortes zurück, der im Jahre 1774 die Schrift „Errori popolari intorno all' economia nazionale“ herausgab.

die Bezeichnung „politische Ökonomie“<sup>1</sup>, Ökonomie eines politischen Körpers, eines zu einem Staate zusammengefaßten Volkes. Der Ausdruck könnte mißverstanden werden, insofern in ihm das „Politische“ einseitig hervortritt. In Deutschland sprach man früher von „Kameralwissenschaft“, weil die Lehre vom fürstlichen Kammerwesen als Mittel- und Gipfelpunkt der ganzen Wirtschaftslehre galt. Für die Bezeichnung „Sozialökonomik“ führt Dietzel eine Reihe beachtenswerter Gründe an<sup>2</sup>. Der Ausdruck hat in der Tat manche Vorzüge, darf aber nicht bloß als Lehre von den „Verkehrsbeziehungen mit ihren Folgen“ (wirtschaftlichen Sozialphänomenen“), dem „Mechanismus des Tauschverkehrs“, von „Erwerbswirtschaften im Tauschverkehr“ usw. verstanden werden. In Wirklichkeit ist die „Nationalökonomie“ Sozialökonomie in diesem Sinne und „politische Ökonomie“, staatswissenschaftliche Disziplin, zugleich. Wir ziehen darum vor, bei dem Namen „Nationalökonomie“ zu bleiben, den jedermann bei uns heute noch immer am besten versteht, und der auch das Verhältnis der Volkswirtschaft zur Nation (Staatsnation), d. i. zur staatlich geeinten Volksgemeinschaft, hervorhebt.

**2. Begriff der Nationalökonomie als Wissenschaft.** Die Volkswirtschaftslehre ist die Wissenschaft von dem Wirtschaftsleben (dem Prozeß der Sachgüterversorgung) des Volkes als einer durch den Zweck des staatlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens verbundenen sozialen Einheit, im modernen Sinne: die Wissenschaft von dem Wirtschaftsleben einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft auf der Stufe entwickelter Verkehrswirtschaft im Hinblick auf die materielle Volkswohlfahrt als durch den Sozialzweck der staatlichen Gesellschaft gefordertes Ziel. Dasselbe ist es, wenn man sagt: die Volkswirtschaftslehre ist die Lehre vom materiellen Wohlstande des Volkes, insofern dieser Wohlstand innerhalb einer staatlichen Gesellschaft durch die zweckmäßige Förderung und Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse, durch öffentliche und private Tätigkeiten und Einrichtungen verwirklicht werden kann und soll.

Adam Smith hat seinem Hauptwerke den Titel gegeben: *Eine Untersuchung über Wesen und Ursachen des Wohlstandes der Völker*. Damit ist Begriff und Gegenstand der Nationalökonomie klar bezeichnet.

**3. Material- und Formalobjekt.** Das *Materialobjekt der Volkswirtschaftslehre*, d. h. der Gegenstand, über welchen und von welchem die Volkswirtschaftslehre handelt, ist, ganz allgemein gesagt, das Wirtschaftsleben eines staatlich geeinten Volkes.

1. Heute dürften die Ansichten schon mehr darin zusammentreffen, daß die Nationalökonomie keine bloße Güterlehre ist. Die Güter werden von Menschen

<sup>1</sup> Vgl. J. Garnier, De l'origine et de la filiation du mot Économie politique, im *Journal des économistes* 1852; Knies, *Politische Ökonomie* <sup>2</sup> (1883) 3.

<sup>2</sup> Vgl. H. Dietzel, *Theoretische Sozialökonomik* I (1895) 51 ff.

hervorgebracht, herbeigeschafft, vertauscht, verteilt. Menschliches Handeln, menschliche Beziehungen, Zwecke, menschlicher Bedarf stehen da in Frage. 2. Die Volkswirtschaftslehre hat es sodann nicht mit einem Robinson Crusoe zu tun, sondern mit Menschen, die in Gesellschaft leben, und zwar, wie heute allgemein angenommen wird, mit der arbeitsteiligen Gesellschaft, im Stadium entwickelter Verkehrswirtschaft, entfalteter Gesellschaftswirtschaft. Es handelt sich 3. um die wirkliche, empirische Volkswirtschaft, wobei Menschen und Volk erfaßt werden, wie sie tatsächlich sind, nicht um die Verkehrswirtschaft abstrakt gedachter homines oeconomici; letztere Betrachtungsweise mag sich in den Dienst der Volkswirtschaftslehre stellen, darf sich aber nicht mit ihr identifizieren. Es handelt sich 4. um die volle Realität des nationalen Wirtschaftslebens, somit um die Vorbedingungen des volkswirtschaftlichen Prozesses, d. h. des Prozesses der materiellen Bedürfnisbefriedigung eines ganzen Volkes sowohl als um den Vollzug desselben, um die hierbei tätigen Faktoren und die ihnen entsprechenden Funktionen; 5. um die Volkswirtschaft als Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft: denn sie ist in Wirklichkeit, was niemand bestreiten kann, ein solcher Bestandteil, darum aber auch folgerichtig eine von dem Sozialzweck der staatlichen Gesellschaft beherrschte, durch denselben zur Einheit zusammengefaßte moralisch-organische Gemeinschaft. Es handelt sich schließlich 6. nicht bloß um die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Einzelvolkes, sondern um Erkenntnisse, um Wahrheiten, die zum Teil für jede Volkswirtschaft Geltung haben, oder doch wenigstens für jede Volkswirtschaft auf der Stufe entwickelter Verkehrswirtschaft, unbeschadet aller Besonderheiten, welche das in seiner geschichtlichen Entwicklung so wechselvolle Gebilde des Wirtschaftslebens jedes Volkes aufweist und für sich beansprucht.

Das *Formalobjekt der Volkswirtschaftslehre*, d. h. die besondere Rücksicht, unter welcher der Gegenstand, die wirtschaftlichen und auf das Wirtschaftsleben bezüglichen Tätigkeiten, Einrichtungen, Veranstellungen behandelt werden, ist die Beziehung und die Hinordnung derselben auf die materielle Bedürfnisbefriedigung, die zeitliche materielle Wohlfahrt eines ganzen Volkes als Aufgabe des wirtschaftlichen Lebens der in der staatlichen Gesellschaft vereinigten und von der staatlichen Autorität nach Maßgabe des Gesellschaftszweckes regierten Menschen.

Die Aufgabe der Volkswirtschaft ist, wie wir sahen<sup>1</sup>, nicht auf die Herstellung oder Beschaffung einer Gütermenge beschränkt, wie auch die wirtschaftliche Tätigkeit keineswegs mit der Produktion der Güter ihren Abschluß findet. Der Zweck der Volkswirtschaft reicht weiter. Er liegt in dem gesicherten Zustande einer der objektiven Möglichkeit entsprechend guten Bedarfsversorgung des Volkes, darum sowohl in der Bereitstellung einer diesem Bedarf genügenden Gütermenge als auch in einer solchen Güterzuteilung, die den Anforderungen allgemeiner materieller Volkswohlfahrt sich anpaßt. Dabei ist es durchaus nicht notwendig, daß die für die materielle Versorgung erforderliche Gütermenge vorerst als „ein Ganzes“ gedacht werde, das dann zur „Verteilung“ gelange. Es genügt die Harmonie zwischen Bedarf und Gütermenge, es genügt,

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 274 f.



daß ein für den Zweck der Bedarfsbefriedigung des Volkes ausreichendes Quantum Güter zur Disposition des Volkes steht und diesem im wirtschaftlichen Verkehr auf normalen Wegen tatsächlich erreichbar bleibt.

Demgemäß ist auch die Volkswirtschaftslehre nicht bloße „Größenlehre der Güter“<sup>1</sup> und nicht bloße Produktionslehre; sie hat es nicht mit dem Volksreichtum als einem bloßen Güterquantum zu tun, das schließlich nichts anderes wäre als die Summierung des vorhandenen individuellen Reichtums. Ihr Blick ist vielmehr auf entsprechende Bedarfsbefriedigung des Volkes gerichtet, in diesem Sinne auf die materielle Volkswohlfahrt als Problem. Sprechen wir von der Bedarfsversorgung des Volkes, so soll damit durchaus nicht gesagt sein, daß die volkswirtschaftlichen Untersuchungen in eine Psychologie subjektiver Lust- und Unlustgefühle auslaufen müßten. Das wäre, angesichts der ernstesten Aufgaben der Volkswirtschaftslehre, doch mehr oder minder nur theoretische Spielerei. Nein, nicht auf „Lustempfindungen“ zielt unsre Forschung ab, sondern auf die Frage der ausreichenden Versorgung des Volkes, namentlich in seinen breiteren, unteren Schichten, mit guter, preiswürdiger Nahrung, Wohnung, Kleidung, mit allen materiellen Gütern, deren es für die Befriedigung seiner Bedürfnisse bedarf.

Ein Doppelples bleibt dabei zu beachten: 1. Die Volkswirtschaftslehre erfafßt die Aufgabe der Volkswirtschaft als Kulturaufgabe, d. h. a) sie nimmt für die Erfüllung jener Aufgabe als Maßstab die von dem Volke erreichte Kulturhöhe in Anspruch. Begriffe wie „Existenzminimum“, „Lebenshaltung“, „Natur-, Anstands-, Luxusbedürfnisse“ usw. haben eben nicht einen für alle Zeiten und Kulturstufen gleichen Inhalt. b) Insofern die Bedarfsversorgung des Volkes als Kulturaufgabe sich darstellt, ergibt sich sodann von selbst die Forderung voller Harmonie zwischen den materiellen Kulturbestrebungen und der Gesamtkultur eines Volkes. 2. Die Volkswirtschaftslehre hat es ferner nicht mit der allgemeinen materiellen Volkswohlfahrt (*salus universalis*) im distributiven Sinne zu tun, nicht mit der Wohlfahrt des einzelnen Bürgers, insoweit diese sich nur auf dessen privatwirtschaftliche Tätigkeit zurückführt, sondern mit der materiellen Seite der öffentlichen Wohlfahrt (*salus publica*)<sup>2</sup>, mit der Bereitstellung einer dem Bedarf des Volkes entsprechenden, seine Bedarfsbefriedigung sichernden Gütermenge sowie mit einer der Bedarfsdeckung genügenden Güterzuteilung im Hinblick auf ganze Gruppen und Schichten der Bevölkerung, auf das Gesamtvolk und seine fortschreitende Entwicklung, darum mit den Einrichtungen, Veranstaltungen, Tätigkeiten der politischen und sozialen Faktoren, die der Aufgabe der Volkswirtschaft dienen, mit den verschiedenen Arten der Wirtschaftsgebiete, sowohl hinsichtlich dessen, was diese für die volkswirtschaftliche Aufgabe leisten, als auch insofern sie durch die Gesamtheit und Gesamtkraft Förderung erhalten, und schließlich mit Rücksicht auf ihre durch die Anforderung der Gesamtwohlfahrt des Volkes erheischte Regelung und Ordnung. Man kann die Gesamtheit dessen, was zur materiellen Seite der „öffentlichen“ Wohlfahrt gehört, gewissermaßen als einen gesellschaftlichen Zustand auffassen, in welchem und durch welchen, vermitteltst des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Kräfte, die für die Verwirklichung der allgemeinen, universalen, die einzelnen umfassenden

<sup>1</sup> Vgl. Hermann, Staatswirtschaftliche Untersuchungen<sup>2</sup> (1874) 68.

<sup>2</sup> Vgl. oben S. 182 ff.

Wohlfahrt, unter gegebenen Verhältnissen, relativ günstigsten Bedingungen sich zusammenfinden. Die öffentliche Wohlfahrt dient also letztlich wiederum der allgemeinen Wohlfahrt, hat in dem allgemeinen Volkswohlstande ihr relativ letztes Ziel, ihren relativ höchsten Zweck.

Nach dem Gesagten kann es nicht mehr zweifelhaft sein, was den Ausgangspunkt der Volkswirtschaftslehre bildet. Für den Aufbau eines Systems wissenschaftlicher Nationalökonomie kann, nach allen Regeln der Logik, nur der Begriff „Volkswirtschaft“, die Aufgabe und der Zweck der Volkswirtschaft, als Ausgangspunkt der Forschung in Betracht kommen. Das hindert nicht, daß in einer „Grundlegung“ oder sonstwie gewisse allgemeinere, der Privat- und Volkswirtschaftslehre gemeinsame, oder auch für die Volkswirtschaftslehre bedeutsame Begriffe (z. B. Bedürfnis, Wirtschaft, Gut, Wert usw.) vorausgeschickt werden. Überdies wird es einer solchen „Grundlegung“ noch so lange bedürfen, wie die heutige höchst bedauerliche, äußerste Verwirrung in prinzipiellen Fragen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens andauert.

Jedensfalls ist der Ausgangspunkt eines nationalökonomischen Systems unmöglich ein individualistischer<sup>1</sup>; die Volkswirtschaftslehre hat es eben nicht bloß mit den wirtschaftlichen Handlungen der einzelnen Menschen, nicht bloß mit einzelnen Wirtschaften zu tun im Hinblick auf deren Ertrag und Rentabilität. Der Ausgangspunkt ist vielmehr notwendig ein sozialer, und zwar, wie gesagt, zugleich 1. ein sozialökonomischer, insofern die Volkswirtschaft auf der Stufe entwickelter Verkehrswirtschaft Gegenstand der Forschung bildet, und 2. ein sozialrechtlicher, weil die Volkswirtschaft sich uns als eine durch den Zweck der Staatsgesellschaft verbundene Einheit darstellt. Wenn aber demgegenüber betont wurde, das Recht sei etwas Außerwirtschaftliches, die Einführung sozialrechtlicher Betrachtung beraube daher die Volkswirtschaftslehre wissenschaftlicher Selbständigkeit, so führt sich dieser Einwand auf die Verwechslung von „Ausgangspunkt“ und „Gesichtspunkt“ zurück. Die Volkswirtschaftslehre würde allerdings ihre Selbständigkeit als Wissenschaft verlieren, wenn sie das Wirtschaftsleben des Volkes unter dem Gesichtspunkte des Rechts untersuchen wollte. Ihre Selbständigkeit bleibt dagegen unberührt, wenn sie bei der Wahl ihres Ausgangspunktes die sozialrechtliche Bedingtheit jenes Wirtschaftslebens nicht übersieht. Es ist eben ein tatsächlicher Irrtum, daß es „nur Einzelwirtschaften und zahlreiche Beziehungen zwischen ihnen gebe“. Es gibt auch einen Staat, eine staatliche Gesellschaft, einen Zweck und eine Einheit dieser staatlichen Gesellschaft, die für die Volkswirtschaft insbesondere dadurch Bedeutung gewinnt, daß diese von jener ihre eigene Einheit erhält. Auch die Organisationsfrage der Volkswirtschaft löst sich nicht ohne Berücksichtigung der angeführten sozialrechtlichen Tatsachen. Denn „das in der Psyche des isolierten Wirtschafters wirkende Prinzip“ genügt keineswegs zur Regelung und Organisation des volkswirtschaftlichen Prozesses, ja nicht einmal des „tauschwirtschaftlichen Mechanismus“, sofern dieser in den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt gerückt wird.

Diese Gesamtauffassung von dem, was wir unter nationalökonomischer Wissenschaft zu verstehen haben, von ihrem Gegenstande, ihren Aufgaben, ergibt

<sup>1</sup> Die gegenteilige Auffassung vertritt Liefmann, Das Wesen der Wirtschaft und der Ausgangspunkt der Nationalökonomie, in Jahrbücher für Nationalökonomie XLVI (1913) 603 ff. Vgl. auch dessen Lehrbuch.

sich mit logischer Notwendigkeit aus dem Ganzen unsrer bisherigen Darlegungen und Beweisführungen<sup>1</sup>.

**4. Die Nationalökonomie ist wahre Wissenschaft.** Unter „Wissenschaft“ versteht man eine durch Beweisführung erworbene sichere Erkenntnis der Dinge aus ihren Ursachen. Wissenschaft im objektiven Sinne bezeichnet eine Summe von allgemeinen und sichern, bis zu den relativ letzten Ursachen reichenden Erkenntnissen und Wahrheiten über einen gegebenen Gegenstand.

Wer sich nun der Erkenntnis nicht verschließt, daß es eine unveränderliche Natur des Menschen, ein Sittengesetz mit auch für die materielle Wohlfahrt der Völker bedeutsamen Forderungen gibt, daß man, neben den historischen, von wesentlichen Elementen und Zwecken des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, von wesentlichen Bedingungen und Eigenschaften des Volkswohlstandes, von allgemeinen Erfahrungstatsachen des wirtschaftlichen Lebens reden kann, der wird zweifelsohne der Volkswirtschaftslehre, welche aus diesen Quellen ihre höchsten und letzten Kenntnisse schöpft, den Charakter einer wahren Wissenschaft nicht abstreiten wollen. Oder sollte es so ganz und gar unmöglich sein, eine wissenschaftliche Erkenntnis über das Wesen des Volkswohlstandes zu gewinnen? Ist es gänzlich ausgeschlossen, vermittelt der Vernunft und der Erfahrung allgemeine Kenntnisse über die Ursachen des Wohlstandes der Völker zu erlangen und systematisch zu ordnen? Lassen sich nicht auch gewisse allgemeine Lehren auffinden und beweisen über die Art und Weise, wie die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaftsglieder und die öffentlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu ordnen sind, damit materieller Reichtum nicht bloß innerhalb eines Volkes gewonnen und bewahrt werde, sondern der volkswirtschaftliche Prozeß überdies zum Wohlstande des Volkes hinführe?<sup>2</sup>

Leider ist die allgemeine Skepsis zum Verhängnis auch unsrer Wissenschaft geworden. Sie hat verhindert, daß man den bezeichneten einfachen und leicht zu entscheidenden Fragen vorurteilsfrei gegenübertrat. Doch täusche man sich nicht! Der Rückzug auf die „beschauliche“ Stellung, die angeblich nur das bloße „Sein“ des Wirtschaftslebens als Gegen-

<sup>1</sup> Zur Ausschließung der Zweckbetrachtung vom Boden der Wissenschaft vgl. oben S. 119 ff. Diehl, Theoretische Nationalökonomie I (1916) an vielen Stellen; zum gegenwärtigen Stand der Kontroverse 384 ff. Zur älteren Auffassung von der „reinen Nationalökonomie“ vgl. z. B. Senior, Political economy<sup>4</sup> (1858) 26 ff.; A. Blanqui, Richesse des nations (1859) 177; P. Rossi, Cours d'économie politique I<sup>4</sup> (1865) 29; Cherbuliez, Précis de la science économique I (1862) 7; die Autoren der österreichischen Schule, K. Menger, Sax usw.

<sup>2</sup> Es bedarf heute kaum mehr eines besondern Nachweises, daß auch da, wo die Nationalökonomie sich mit geschichtlichem Stoffe zu beschäftigen hat, ihr Charakter als Wissenschaft gewahrt bleibt. Über den Begriff der Geschichtswissenschaft vgl. unter andern Bernheim, Lehrbuch der historischen Methode<sup>2</sup> (1894) 1 ff.; Tilmann Pesch, Institutiones logicales II (1889) 1, n. 1124 ff. 1131 ff. 1138.



stand der Forschung beläßt, schützt keineswegs vor dem Einfluß sehr verschiedener „Standpunkte“ und „Richtungen“. Selbst der Statistik wurde vorgeworfen, daß man mit ihr alles mögliche, ja völlig Widersprechendes zu beweisen versucht habe. Noch weniger dürften die Stimmen der „Seinsforscher“ zu einem einheitlichen Konzert sich zusammenfinden; sie werden eher noch die allgemeine Verwirrung vermehren, bis schließlich der Umschlag erfolgt mit der Erkenntnis, daß keine naturwissenschaftliche oder exklusiv positivistische, sondern neben der positiven ebenso sehr eine philosophische Erfassung des Seins unerläßlich ist, und daß außer den Tatsachen auch Grundsätze für die volkswirtschaftliche Disziplin Berechtigung und Bedeutung haben.

Entsprechend der Eigenart ihres Gegenstandes und der speziellen Rücksicht, unter welcher sie ihren Gegenstand behandelt, ist sodann

**5. die Volkswirtschaftslehre eine sozial- und staatswissenschaftliche Disziplin<sup>1</sup>**; sie betrachtet und erforscht, wie wir sahen, das Wirtschaftsleben nicht bloß auf verkehrswirtschaftlicher Stufe, mit seiner mannigfachen Abhängigkeit und Ergänzung, mit den vielen wechselseitigen Beziehungen der Arbeitsteilung und des Tausches, sondern eben dieses Verkehrsleben zugleich auch als Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft, in dem Sinne, daß die wirtschaftlichen Lebensbetätigungen, die von dem Ganzen der Gesellschaft oder deren Gliedern ausgehen, dem Sozialzweck und der Sozialordnung dieser Volksgemeinschaft unterworfen sind. So bleibt die Volkswirtschaftslehre im Zusammenhange mit den übrigen Sozialwissenschaften, ist Teil der Soziallehre, und zwar als eine staatswissenschaftliche Disziplin. Darum sind auch alle volkswirtschaftlichen Fragen Sozialfragen des wirtschaftlichen Gebietes. „Die politische Ökonomie, als ein Zweig der Wissenschaft eines Staatsmannes oder Gesetzgebers betrachtet“, sagte schon Adam Smith<sup>2</sup>, verfolgt zwei verschiedene Ziele: 1. wie dem Volke reichliches Einkommen oder Unterhalt zu verschaffen, oder richtiger, wie dasselbe instand zu setzen sei, sich selbst ein reichliches Einkommen oder Unterhalt zu verschaffen; und 2. wie dem Staat oder Gemeinwesen ein zur Bestreitung der öffentlichen Dienste hinreichendes Einkommen zu sichern sei.“ Dieser Gesichtspunkt ist wesentlich verschieden von dem Gesichtspunkte, unter welchem der Kaufmann die Volkswirtschaft in seinem eigenen Interesse be-

<sup>1</sup> Besonders von Adolf Wagner stark betont.

<sup>2</sup> Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes. Deutsch von F. Stöpel II (1878) 194. Damit ist nicht gesagt, daß nur Staatsmänner Nationalökonomie betreiben sollen. Lediglich der zugleich staatsmännische wie staatsbürgerliche Gesichtspunkt wird hervorgehoben, unter welchem der wirtschaftliche Lebensprozeß Objekt wissenschaftlicher Forschung wird. Schon Leibniz sagte: „Rem oeconomicam esse multo maximam civilis scientiae partem, eiusque ignoratione aut neglectu Germaniam perire.“

trachtet, verschieden von dem Gesichtspunkte, „welcher die Geschäftswelt in erster Linie interessiert“, der „ihr die Einsichten zu gewähren imstande ist, nach denen sie begehrt und die sie braucht“<sup>1</sup>. Manche Aufklärungen, z. B. mit Rücksicht auf die Probleme der Preisbildung, der Einkommensverteilung, des Geldumlaufs, der periodischen Konjunkturschwankungen usw., können auch der Geschäftswelt geboten werden, ohne daß die Volkswirtschaftslehre zu einer „Geschäftsnationalökonomie“ wird. Anderseits bleibt es durchaus berechtigt, wenn gerade der „Geschäftswelt“ gegenüber, die in der Nationalökonomie Belehrung sucht, der soziale Charakter der Volkswirtschaft mit voller Klarheit betont, die Volkswirtschaftslehre, wie bisher, ebenfalls an den speziellen Fachschulen — nicht bloß auf den Universitäten — als ein Zweig der Staatswissenschaften betrachtet und behandelt wird<sup>2</sup>.

Die enge Verknüpfung der Volkswirtschaft mit der staatlichen Gesellschaft und die Betonung des staatswissenschaftlichen Charakters der Volkswirtschaftslehre widerspricht nicht der Tatsache, daß mit steigender Entwicklung die verkehrswirtschaftlichen Zusammenhänge sich über die Grenzen des Staates hinaus erweitern. Die Bedürfnisfähigkeit der Menschen ist nicht mit festen Schranken umgeben. Sie wird für ihre Befriedigung wohl in steigendem Maße auf die Produktionsfähigkeiten verschiedener Länder angewiesen bleiben<sup>3</sup>. In dieser Hinsicht mag die Zukunft ganz zweifellos noch beträchtliche Fortschritte bringen, vielleicht sogar bei dem großen Einfluß des Wirtschaftslebens der Völker auf die politischen Formen zu neuen, umfassenderen Staatenverbindungen und größeren einheitlichen Wirtschaftsgebieten führen. Die Bedeutung eines sich erweiternden Verkehrs, der „Weltwirtschaft“ und „weltwirtschaftlicher“ Gestaltungen wird also von uns in keiner Weise bestritten oder verkannt. Nur das eine darf nicht vergessen werden, daß der Staat, mögen seine Grenzen sich noch so sehr erweitern, die höchste natürliche Gesellschaftsform darstellt, daß die Weltwirtschaft, um es noch einmal

<sup>1</sup> L. Pohle, An die Mitarbeiter und Leser der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Nene Folge I (1910) 3.

<sup>2</sup> Für die Volkswirtschaftslehre kommen die einzelnen Wirtschaften nicht als selbständige Einheiten, sondern in ihrer Verbindung untereinander und in ihrer Beziehung zu der Gesamtheit in Betracht. Knies, Politische Ökonomie<sup>2</sup> 160.

<sup>3</sup> Otto v. Zwiedineck-Südenhorst, Sozialpolitik (1911) 4 ff. Wenn R. v. Mohl von den „Pflichten der Verkehrsgewährung“ sprach, so ist es gewiß richtig, daß Abschließung aus Fremdenhaß u. dgl. den Anforderungen höherer Gesittung nicht entspricht. Es gilt in der Tat eine Völkerfamilie mit entsprechenden humanitären Pflichten. Aber keine Internationalität verpflichtet zur Selbstvernichtung des eigenen Vaterlandes, zum Verderben der eigenen Volkswirtschaft. „Die Volkswirtschaftslehre“, sagt Adolf Weber (Sarason, Das Jahr 1913, 187), „kann die wirtschaftlichen Probleme, die sich aus dem Ineinandergreifen der einzelnen Wirtschaften ergeben, unmöglich auf ‚die Wechselwirkungen zwischen den Einzelwirtschaften eines staatlich verbundenen Volkes‘ beschränken; die geographischen Grenzen müssen gerade für die Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft etwas durchaus Sekundäres sein.“

zu sagen<sup>1</sup>, in sich kein der Volkswirtschaft gleichwertiges „soziales Gebilde“, sondern nur eine Vielheit von Relationen ist, deren Träger Staatsbürger bleiben und darum durch den Zweck der staatlichen Gesellschaft gebunden sind, daß es auch, so lange die universale Weltrepublik im Reich der Träume verbleibt, keine andere soziale Gemeinschaft gibt außer dem Staate, an welche die Weltwirtschaft sich anlehnen, der sie sich einfügen und wo sie die auch für sie unentbehrliche Ordnung finden könnte. Ein „volkswirtschaftliches Gesamtleben der ganzen Menschheit“ wäre erst dann denkbar, wenn die ganze Menschheit eine einzige staatlich geeinte Volksgemeinschaft darstellte. Solange, bis diese Voraussetzung sich erfüllt, werden aber Wirtschaftssubjekte, die verschiedenen Staaten angehören, als Staatsbürger auch ihrer eigenen Volkswirtschaft sich nicht entziehen können.

Im modernen Verkehr sind alle überhaupt verkehrsfähigen Güter auf „das Fußgestell des Weltmarktverkehrs“ gebracht<sup>2</sup>. Ohne dementsprechend ein für unsre Zeit erweitertes Weltbürgertum verkennen zu dürfen, wird man sich gleichwohl hüten müssen, in atomistisch-individualistischer Weise eine Vorherrschaft des Weltbürgertums über das Staatsbürgertum zu proklamieren. Auch in ihren weltwirtschaftlichen Beziehungen bleiben die Einzelwirtschaften, nach der richtigen solidarischen Auffassung, „dienende Glieder der Gesamtheit, Funktionäre wichtiger sozialer Dienste“ (Diehl). Diese Ein- und Unterordnung in und unter den volkswirtschaftlichen Zusammenhang gewinnt um so größere Bedeutung, je stärker die Rückwirkung auf die eigene Volkswirtschaft ist, je mehr dabei die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben in Frage kommt. Eine gesetzliche, „weltstaatliche“ Regelung weltwirtschaftlicher Verhältnisse fehlt. Überall bleibt man dafür auf internationale Verträge angewiesen. Und diese Verträge unterstehen der eigenen staatlichen Regelung, die sich nach volkswirtschaftlichen und staatspolitischen Gesichtspunkten vollzieht. Internationale Verträge stellen eine Reihe und Summe von Verbindungen her: sie schaffen aber keineswegs einen besondern, dem Staatsverbände irgendwie analogen und gleichwertigen, einheitlichen Verband, der für eine gegenüber der Volkswirtschaft selbständige Weltwirtschaft die erforderliche soziale Unterlage bilden könnte. Kontraktverbindungen und Staatsverband gehören eben wesentlich verschiedenen Ordnungen an.

Mag darum auch, bei der heutigen Entfaltung des wirtschaftlichen Lebens, die Volkswirtschaftslehre in wachsendem Maße (Spezialvorlesungen, Institute, Archive) den Beziehungen und Einflüssen weltwirtschaftlicher Art ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen, eine selbständige Weltwirtschaftslehre als sozialwirtschaftliche Disziplin<sup>3</sup>, in dem Sinne, als ob die Weltwirtschaft

<sup>1</sup> Vgl. oben S. 264–276 f.

<sup>2</sup> Knies, Der Telegraph als Verkehrsmittel 1857–237; Jahrbücher für Nationalökonomie XLVI (1913) 470 f.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu die Literaturangaben oben S. 277 A. 1, namentlich die Schriften und Aufsätze von Harms, dazu noch dessen Aufsatz: Weltwirtschaft und Weltwirtschaftspolitik, im Handbuch der Politik II (1913) 9. Hauptstück, 42. Diehl, Privatwirtschaftslehre usw., in Jahrbücher für Nationalökonomie XLVI (1913) 433 ff.



eine besondere, gleichwertig neben die Volkswirtschaft tretende oder gar über dieselbe sich erhebende soziale wenn auch nur vertragsmäßig begründete Einheit<sup>1</sup> sei, kann der Volkswirtschaftslehre keineswegs gegenüber- oder an die Seite gestellt werden. Dagegen läßt sich ganz wohl z. B. eine Welthandelslehre u. dgl. unter privatwirtschaftlichem Gesichtspunkte systematisch aufbauen. Eine solche Welthandelslehre würde, wie Hellauer<sup>2</sup> bemerkt, den Warenhandel als Gegenstand für sich, nicht als Bestandteil der Volkswirtschaft betrachten: „Sie widmet ihr Interesse nicht dem Handel als einer volkswirtschaftlichen Funktion, sondern als einer privatwirtschaftlichen Tätigkeit von Wirtschaftseinheiten. ... Sie sieht im Handel einen technischen Vorgang, den sie in allen seinen wesentlichen Einzelheiten erfassen will.“

Kurz, es fehlt für eine Weltwirtschaftslehre als selbständige Wirtschaftswissenschaft das eigene besondere Formalobjekt. Alle Fragen der Weltwirtschaft sind Fragen volkswirtschaftlicher oder privatwirtschaftlicher Art. Ein Drittes gibt es nicht. Die Weltwirtschaft fällt darum in den Bereich sei es der Volkswirtschaftslehre, sei es der Privatwirtschaftslehre, je nachdem das Formalobjekt der einen oder der andern Disziplin in Frage kommt.

**6. Die Volkswirtschaftslehre ist eine ökonomische Disziplin.** Der Kreis der sozialen Vorgänge und Verhältnisse, mit denen die Volkswirtschaftslehre zu tun hat, beschränkt sich auf das wirtschaftliche Gebiet<sup>3</sup>, und dieses wirtschaftliche Gebiet betrachtet die Nationalökonomie aller-

<sup>1</sup> Dietzel (Sozialökonomik [1895] 55) spricht sogar von einem „weltwirtschaftlichen Organismus“ neben dem volkswirtschaftlichen Organismus. Auch Sartorius v. Waltershausen (Begriff und Entwicklungsmöglichkeit der heutigen Weltwirtschaft [1913]) neigt zu der Auffassung, daß die Weltwirtschaft als höhere Stufe der Entwicklung gegenüber der früheren Eigenwirtschaft, Kleinstadtwirtschaft, Volkswirtschaft gelten könne. — Max Schmidt will in seinem „Grundriß der ethnologischen Volkswirtschaftslehre“ (1921) die Volkswirtschaft der außerhalb des europäischen Kulturkreises stehenden Völker behandeln, zeigen, wie der Wirtschaftsprozess der Menschheit als Ganzes organisiert sei.

<sup>2</sup> System der Welthandelslehre (1908) 8. Diehl, Privatwirtschaftslehre usw. 466.

<sup>3</sup> Viel zu weit werden die Grenzen der Volkswirtschaftslehre gezogen, wenn man sagt: „Das Problem der Volkswirtschaftslehre ist die Entfaltung der Menschheit in allen ihren Anlagen, in der Beherrschung der Natur und in der Gestaltung des menschlichen Seins und Zusammenseins in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ (A. v. Wenckstern, Einführung in die Volkswirtschaftslehre). Nein, die Nationalökonomie hat es nur mit einer Seite des menschlichen Lebens zu tun, mit einem Interessenbereich und Tätigkeitstrieb (Befriedigung des Bedarfs an materiellen Sachgütern). Diese Isolierung des Gegenstandes ist wissenschaftlich notwendig. Nur darf 1. aus der isolierten Betrachtung des Wirtschaftslebens kein Gegensatz zu andern, höheren Interessenbereichen des menschlichen Lebens erwachsen, und insbesondere darf 2. nicht vergessen werden, daß das wirtschaftliche Leben Gemeinschaftsleben ist, woraus sich dann wichtige Folgerungen für die volkswirtschaftliche Theorie ergeben. „Mit dem Gebiete der Erscheinungen des wirtschaftlichen Gemeinschaftslebens der Menschen, wie sie sich auf dem Grunde sozialer und politischer Bindungen innerhalb einer rechtlichen Ordnung und aus der staatlichen Organisation ergeben, hat es die ‚politische‘ Ökonomie zu tun“ (Karl Knies, Politische Ökonomie<sup>2</sup> [1883] 4). Von einer andern Form „isolierter“ Betrachtung, von dem „homo oeconomicus“, wird später die Rede sein.

dings nicht losgerissen aus den sozialen Zusammenhängen, aber doch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. „Jurist und Volkswirt haben es überall mit denselben gesellschaftlichen Erscheinungen zu tun: Eigentum, Geld, Wechsel, Aktiengesellschaften, Kredit, Erbrecht: es gibt kaum einen Gegenstand, der nicht der Rechtswissenschaft ebenso angehören würde wie der Volkswirtschaftslehre. Aber es sind doch ganz verschiedene Seiten derselben gesellschaftlichen Einrichtungen, um die sich der eine und der andere kümmert: der eine um ihre wirtschaftliche Bedeutung und Tragweite, der andere um ihre rechtliche Regelung und Rechtsfolgen.“<sup>1</sup> Was Ehrlich hier von der Jurisprudenz sagt, das gilt in gleicher Weise von der Morallehre. Auch sie hat in weitem Umfange das gleiche Materialobjekt mit der Nationalökonomie: aber ihr Formalobjekt, die spezielle Rücksicht, unter welcher, die besondere Seite, nach welcher sie wirtschaftliche Handlungen, Verhältnisse, Veranstaltungen untersucht, ist, wie gesagt, nicht deren wirtschaftliche Bedeutung und Tragweite, sondern ihre sittliche Güte, ob sie moralisch gut oder schlecht sind. Die durchaus berechtigte Warnung vor einer Vermengung der verschiedenen theoretischen Gesichtspunkte braucht und darf aber keineswegs zu einer Außernachlassung oder gar Verkennung der tatsächlichen praktischen Bedeutung der moralischen Pflicht und Pflichterfüllung für das Wirtschaftsleben und die materielle Volkswohlfahrt verleiten. Ganz richtig lehnt Sombart die ethische Wertung als außerhalb der Aufgaben der Nationalökonomie stehend ab. Es wäre indes ein schwerer Mißgriff, wenn man glauben wollte, daß nun auch jede nationalökonomische Wertung des Ethischen auszuschließen sei. Die Wirtschaftslehre ist ebensowenig „angewandte Ethik“, wie sie jegliche Beziehung zur Ethik abstreifen, die gebührende Berücksichtigung der Ethik und ihrer Bedeutung für den volkswirtschaftlichen Prozeß und dessen Aufgabe zurückweisen kann.

**7. Die Volkswirtschaftslehre ist „nationalökonomische“ Disziplin.** Wir brauchen nicht noch einmal zu wiederholen, daß „Nationalökonomie“ für uns Sozialökonomie und politische Ökonomie zugleich ist: „Sozialökonomie“ im Sinne von Verkehrswirtschaft mit Arbeitsteilung, Arbeitsvereinigung, Tausch: „politische Ökonomie“, insofern die wirtschaftliche Betrachtung durch eine Fülle von Gesichtspunkten bestimmt wird, wie sie aus der Tatsache des staatsgesellschaftlichen Verbandes für das Wirtschaftsleben einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft sich ergeben.

An dieser Stelle soll nur noch insbesondere die Notwendigkeit einer strengen Scheidung zwischen Volkswirtschafts- und Privatwirtschaftslehre hervorgehoben werden.

<sup>1</sup> Eugen Ehrlich, Die Erforschung des lebenden Rechts, in Schmollers Jahrbuch XXXV (1911) 140 f.

Alle Wirtschaftslehre hat es mit „Wirtschaft“ zu tun, mit materieller Güterversorgung, die Privatwirtschaftslehre mit dem Geschäftsbetrieb der Privatwirtschaft zum Zweck der Bedarfsdeckung oder des Gewinns der Einzelwirtschaft, die Volkswirtschaftslehre mit der Güterversorgung für die Bedürfnisbefriedigung eines ganzen Volkes<sup>1</sup>. Es genügt dabei nicht, zu sagen: wirtschaften heißt, nach dem wirtschaftlichen Prinzip über Mittel verfügen usw. Das „wirtschaftliche Prinzip“ (günstige Proportionalität zwischen Mittel und Zweck, größter Erfolg mit geringstem Opfer) ist ein allgemeines Prinzip der praktischen Vernunft, ein Prinzip kluger, rationeller Geschäftsführung, ist nicht bloß dem Wirtschaftsleben eigen, sondern dehnt sich darüber hinaus bis zu einem kosmischen Prinzip aus, wie L. v. Wiese ganz richtig bemerkt<sup>2</sup>. Selbst in der Astronomie und in andern Naturwissenschaften wird man sein Walten feststellen können. Ohne Zweifel hat jedoch das ökonomische Prinzip für Wirtschaft und Wirtschaftslehre seine besondere Bedeutung. Es ist unerläßliche Bedingung und, bei rechter Anwendung, hervorragende Ursache des günstigen Erfolges wirtschaftlicher Betätigung. Allein es trägt nicht in sich selbst seine letzte und oberste Bestimmung, ist vielmehr eben als Prinzip der praktischen Vernunft an die richtige Ordnung der Zwecke

<sup>1</sup> „Die Wirtschaftslehre der privaten Haushalte und Erwerbswirtschaften und ihre Beziehungen“, sagt A. Voigt (Schriften der deutschen Gesellschaft für Soziologie I [1911] 258), „ist eben das, was wir Volkswirtschaftslehre nennen, während die Wirtschaftslehre des öffentlichen Haushaltes die Finanzwissenschaft ist.“ Und was wäre dann Privatwirtschaftslehre? — Über das Verhältnis der Privatwirtschaftslehre zur Volkswirtschaftslehre vgl. außer den Bemerkungen Brentanos die Ausführungen von Albert Calmes im Bank-Archiv XII (1912) 40 ff. — Die Privatwirtschaftslehre „beschränkt sich auf die Erforschung der Art und Weise, in welcher der Geschäftsbetrieb eines bzw. jedes Landwirts, Handelsmanns usw. in gegebener Zeit und Verumständung mit dem größtmöglichen Erfolg für den einzelnen Geschäftsinhaber geführt wird“ (Knies, Politische Ökonomie<sup>2</sup> 3). — Wie es verfehlt wäre, innerhalb der volkswirtschaftlichen Betrachtung den volkswirtschaftlichen Zweck der Privatwirtschaften zu übersehen und nur den privatwirtschaftlichen Zweck des Gewinnes ins Auge zu fassen, so darf anderseits auch nicht der volkswirtschaftliche Zweck z. B. des Handels zum Ausgangspunkt der Betriebslehre für den privaten Handelsbetrieb gemacht werden. Vgl. die diesbezüglichen Bemerkungen Prions (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIV [1912] 905 ff.) zu Schär, Allgemeine Handelsbetriebslehre I (1911). — „Die Aufgabe der Volkswirtschaftstheorie, wie wir sie auffassen“, sagt Liefmann (Grundlagen einer neuen Preistheorie, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIV [1912] 2, vgl. auch Liefmanns Lehrbuch), „ist es, ein vereinfachtes Abbild des heutigen tauschwirtschaftlichen Prozesses zu geben, also zu erklären, wie sich heute im Zustande entwickeltsten Tauschverkehrs die Versorgung des individuellen Bedarfs vollzieht.“ Nach unsrer Auffassung würde die Nationalökonomie, wenn sie sich auf eine solche Aufgabe beschränken wollte, dem nicht entsprechen können, was von einer volkswirtschaftlichen Theorie gefordert werden muß. Der nationalökonomische Charakter der Volkswirtschaftslehre tritt auch nicht hervor, wenn man sie als „Lehre vom wirtschaftlichen Handeln des Menschen zwecks Befriedigung seiner Bedürfnisse“ bezeichnet.

<sup>2</sup> Vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie LXVII (1911) 784.



gebunden. Welches ist der höchste, letzte Erfolg, auf den es bezogen wird? Das ist vorerst die entscheidende Frage, und darum wird auch die einheitliche Gesamtaufgabe, der Zweck derjenigen Wirtschaft — Privatwirtschaft oder Volkswirtschaft —, innerhalb deren Sphäre es in den verschiedensten Einzelfällen zur Anwendung kommt, letztlich den Ausschlag geben für Art und Weise, Form und Maß seiner Geltung<sup>1</sup>. Weder Privatwirtschaft noch Volkswirtschaft stellen also das ökonomische Prinzip außer Dienst. Beide wollen den größten Erfolg mit den geringsten Opfern erzielen, aber jede in ihrer Art, im Hinblick auf den besondern Zweck, dem sie dienen — anders in einer modernen, auf Gewinn abzielenden, vom Prinzip des höchsten Reinertrages, eines möglichst großen Überschusses von Nutzen über die Kosten beherrschten Unternehmung, anders in der Volkswirtschaft. Auch die Nationalökonomie bleibt wesentlich interessiert an dem Gedeihen der Privatwirtschaften: sie weiß ebenfalls, daß die Blüte der Privatwirtschaften bedingt ist durch Wahrung des wirtschaftlichen Prinzips. Indem sie z. B. für den volkswirtschaftlich wie privatwirtschaftlich hoch bedeutsamen technischen Fortschritt eintritt, huldigt sie selbst dem wirtschaftlichen Prinzip, auch im Interesse der Privatwirtschaften. Sie vergißt gleichwohl nicht, daß die volkswirtschaftlichen Erfolge durch umfassendere Gesichtspunkte bestimmt werden als die privatwirtschaftlichen Erfolge, durch einen gesellschaftlichen Zweck, der sich nicht mit rein privatwirtschaftlicher Rentabilität erschöpft. Sie weiß, daß die Privatwirtschaft das ökonomische Prinzip gelten läßt, nicht so sehr um unmittelbar der Volkswirtschaft auf wirtschaftliche Weise Güter zu verschaffen, als vielmehr zunächst um des eigenen privaten Vorteils einzelner Wirtschaftssubjekte willen. Sie weiß, daß das privatwirtschaftlich verstandene ökonomische Prinzip zu einer ganz andern Bemessung der Opfer und Kosten führen kann, die unter Umständen vielleicht sogar in direktem Gegensatz steht zu der volkswirtschaftlichen Beurteilung. Durch niedrige Löhne die Volkskraft zu schädigen, ist, nationalökonomisch betrachtet, höchst unwirtschaftlich, während Privatwirtschaften die höheren Kosten einer guten Löhnung selten begrüßen. Der Privatwirtschaftslehre mag es genügen, die Wirtschaft als Beschaffung, Verwaltung, Verwendung materieller Güter unter der Rücksicht des eigenen Ertrages, des größten Erfolgs bei geringstem Aufwande zu untersuchen, weil das Subjekt der privaten Wirtschaft zugleich regelmäßig über diese Güter selbst rechtlich zu verfügen in der Lage ist, seine materielle Wohlfahrt darum auch durch die, unter Selbstverantwortung für das eigene Schicksal, richtige Anwendung des ökonomischen Prinzips unmittelbar berührt wird. Für die Volkswirtschaftslehre aber reicht dieser Gesichtspunkt nicht aus. Wenn inner-

<sup>1</sup> Vgl. Adolf Wagner, *Grundlegung der politischen Ökonomie* I<sup>2</sup>, 1 (1892) 259. Wagner schließt hier den Gesichtspunkt der Privatökonomie („ihre ökonomischen Strebeziele“) von der nationalökonomischen Betrachtung aus.

halb der Volkswirtschaft auch große Gütermassen von Privaten auf wirtschaftliche Weise gewonnen, verwaltet, verwendet werden, so ist dadurch allein noch keineswegs die materielle Wohlfahrt des Volkes, der Volksglieder gesichert. Außer Produktion, Tausch, kommt hier eben noch die Lehre von der Einkommens- und Vermögensbildung und anderes in Betracht.

Die Tragweite und die Ausdeutung des wirtschaftlichen Prinzips ist also nach allem für Volkswirtschaft und Privatwirtschaft nicht dieselbe, weist vielmehr tiefgreifende Verschiedenheiten auf. Selbst wenn für die Privatökonomie die Wirtschaftlichkeit in gewisser Weise den besondern Gesichtspunkt wissenschaftlicher Untersuchung bieten könnte, dann würde doch dieser Gesichtspunkt in der gewöhnlichen Fassung nicht genügen, um das obiectum formale volkswirtschaftlicher Untersuchung zum klaren Ausdruck zu bringen. Die spezielle Rücksicht, unter welcher der Nationalökonom das Wirtschaftsleben des Volkes untersucht, bleibt zwar ökonomischer Art, wird aber keineswegs durch das privatwirtschaftlich verstandene „ökonomische Prinzip“ voll umschrieben. Höher als das ökonomische Prinzip in diesem Sinne steht dem Nationalökonom als solchem das sozial- oder nationalökonomische Prinzip, die Rücksicht auf die materielle Wohlfahrt des Volkes. Dieser Gesichtspunkt bietet dann auch den Maßstab dafür, inwieweit allgemein soziale, ethische, juristische Sätze und Forderungen innerhalb der nationalökonomischen Wissenschaft entsprechende Beachtung finden dürfen und müssen.

So zeigt sich, daß in der Tat Kausales und Teleologisches sich in unsrer Wirtschaftswissenschaft verbinden. Das wird indes niemand erschrecken können, wenn er nur beachtet, wie z. B. Sombart von der Planmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, Rationalisierung der Wirtschaft redet, von der Wahl und Ordnung der Mittel im Hinblick auf den Erwerbszweck, den Profit als Ziel der Wirtschaft. Der homo oeconomicus, der, vom wirtschaftlichen Motiv beherrscht, seinen eigenen größten Vorteil mit den geringsten Opfern sucht, ist ja in der Tat geradezu hervorragend teleologisch veranlagt. Mit außerordentlich klarem Verständnis für das, was „Wohlstand“ bedeutet, ausgerüstet, orientiert er sein ganzes Streben nach den Zwecken, die innerhalb jenes Begriffs liegen. Ganz richtig so! Das sog. „wirtschaftliche Prinzip“ als Anwendung eines allgemeinen praktischen Vernunftprinzips ist eben wesentlich teleologisches Prinzip. Warum soll da der Nationalökonom nicht auch von einem unmittelbar volkswirtschaftlich Zweckmäßigen reden dürfen, und warum vergessen müssen, daß das privatwirtschaftlich Zweckmäßige sich nicht durchweg mit dem volkswirtschaftlich Zweckmäßigen deckt?

Mit der Feststellung des besondern Gesichtspunktes für die privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Betrachtung ist zugleich die Entscheidung in der viel besprochenen Frage gegeben, ob nämlich die Privatwirtschaftslehre als Teildisziplin der Nationalökonomie gelten könne. Eine tiefere

und gründlichere Kenntnis des Lebens der konkreten Privatwirtschaft wird zweifelsohne von hohem Werte auch für die Volkswirtschaftslehre sein, da diese eine möglichst genaue Erfassung des Wirtschaftslebens in seiner vollen Wirklichkeit nicht entbehren kann. Mag in dieser Hinsicht, namentlich für die systematische Durcharbeitung des fraglichen Materials, vorerst manches von dem Fleiß gegenwärtiger und zukünftiger tüchtiger Spezialforschung zu erhoffen und zu erwarten bleiben, eine volkswirtschaftliche Teildisziplin wird die Privatwirtschaftslehre gleichwohl deshalb nicht werden können, weil Privatwirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre eben ein verschiedenes Formalobjekt haben. Die Privatwirtschaft steht freilich innerhalb des Materialobjekts der Volkswirtschaft; ihr Leben kommt indes für die Volkswirtschaftslehre nicht unter dem besondern Gesichtspunkte privatwirtschaftlicher Rentabilität in Betracht, wie diese aus der eigenen privatwirtschaftlichen Betätigung, unter Benützung der öffentlichen Wohlfahrt, erwächst, sondern lediglich unter dem Gesichtspunkte des volkswirtschaftlichen Zusammenhanges, somit mit Rücksicht einerseits auf die Förderung und Ordnung durch Gesamtkraft und Recht, anderseits nach ihrer volkswirtschaftlichen Funktion, ihrer Bedeutung und Leistung für das, was wir als Aufgabe der Volkswirtschaft erkannt haben, für die Versorgung des Volkes mit materiellen Gütern, für die materielle Volkswohlfahrt. Die Privatwirtschaftslehre dagegen hat gerade die privatwirtschaftliche Rentabilität zu ihrem Formalobjekt<sup>1</sup>. Darum steht denn auch

<sup>1</sup> „Nur wenn ... Rentabilitätsfragen und kaufmännisch-kalkulatorische Fragen“ in Betracht kommen, „wird man von eigentlicher Privatwirtschaftslehre reden dürfen: dann hat man aber den Boden sozialwirtschaftlicher Betrachtung verlassen und darf daher niemals eine solche Forschung als Teil der Sozialwirtschaftslehre oder gar als den grundlegenden Teil des ganzen Aufbaues eines sozialwirtschaftlichen Systems betrachten“ (Diehl, in *Jahrbücher für Nationalökonomie* XLVI [1913] 445 ff.). Diehl weist hier nach, wie die „Wirtschaftslehre“ im Sinne des älteren Kameralismus Privatwirtschaftslehre gewesen sei. Vgl. auch Rau, *Über Kameralwissenschaft* 1825. Rau teilt die Wirtschaftslehre in zwei Teile ein: Privatökonomie und politische Ökonomie. Der letzteren „eigentümliche Wesenheit zeigt sich gerade darin, daß sie aus einem höheren Standpunkte die wirtschaftlichen Angelegenheiten betrachtet. Wenn die Wirtschaftstätigkeit einer Menge von Menschen in keiner besondern Veräußerung stünde, wenn sich dabei nichts erblicken ließe als eine Vielheit nebeneinander stehender Privatwirtschaften, so könnte freilich die Wissenschaft nichts anderes tun, als aus den Verschiedenheiten der Erwerbszweige und der häuslichen Wirtschaftsgeschäfte das Allgemeine, das Gleichartige abziehen und zusammenstellen. Allein so ist es nicht. Indem viele Menschen für dieselben Zwecke auf mancherlei Weise tätig sind und dabei einander vielfältig unterstützen, sich in die Hände arbeiten, auch wohl sich widerstreben, entsteht nicht bloß für jeden einzelnen ein gewisser Grad des Erfolges, sondern es läßt sich auch untersuchen, was für die Gesamtheit dadurch bewirkt wird. ... Die Privatökonomie für sich, mit allen möglichen Abstraktionen aus ihren Zweigen, wird aus der Ursache, weil sie sich nur mit dem wirtschaftlichen Besten eines einzelnen Hauswesens beschäftigt, nie das leisten, was sich leicht ergibt, wenn man das Getriebe der Erwerbs- und Verbrauchsgeschäfte in einem weiteren Umfange überschaut. Haben wir auf diese Weise eine größere Masse uns vor Augen gestellt, so ist alles einfacher geworden; wir erblicken die größeren Verhältnisse, die einwirkenden Ursachen; wir lernen leicht würdigen, wieviel der Natur und dem durch den Fleiß der Vorfahren angehäuften verbenden Gütervorrat zu verdanken sei. Die Regierung, der es ganz unmöglich wäre, selbst wenn es zu ihrer Aufgabe gehörte, sich um den Vermögenszustand jedes Bürgers



einer Behandlung der Privatwirtschaftslehre als selbständiger Disziplin neben der Volkswirtschaftslehre nichts im Wege. Diese findet sich schon zum Teil verwirklicht, mag immerhin eine weitere Ausbildung noch erübrigen.

„Worin besteht das Wesen dieser Privatwirtschaftslehre in ihrer eigenen Bedeutung und in ihrer Abgrenzung gegenüber der Nationalökonomie?“ fragt Diehl<sup>1</sup>, und er antwortet: „Die Privatwirtschaftslehre ist ein Teil der Disziplinen, die für die wirtschaftliche Organisation und das wirtschaftliche Gedeihen der Unternehmung wichtig sind, und die doch aus andern Gesichtspunkten heraus dieses ökonomische Wesen betrachten als die Nationalökonomie. Eine solche Disziplin ist z. B. die landwirtschaftliche Betriebslehre (nach ihrer technisch-naturwissenschaftlichen Seite), ist ferner die technische Ökonomik wegen ihres technisch-naturwissenschaftlichen Charakters. Ebenso wie diese beiden Disziplinen, welche sich mit der naturwissenschaftlichen Technik von Landwirtschaft und Gewerbe beschäftigen, außerhalb der Nationalökonomie stehen, muß auch die Disziplin außerhalb stehen, welche die kaufmännisch-kalkulatorische Seite der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe darlegen soll. Zweckmäßigerweise würde wohl eine allgemeine Privatwirtschaftslehre vorauszuschicken sein, in welcher die allgemeinen privatwirtschaftlichen Grundsätze des Handels zu erläutern wären, und dann noch in besondern Teilen die Privatwirtschaftslehre der kaufmännischen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe zu behandeln sein. . . . Das Eigentümliche aller dieser Disziplinen ist das privatwirtschaftlich-technische Moment, entweder nach der kaufmännisch-kalkulatorischen Seite (Handelsbetriebslehre) oder nach der naturwissenschaftlichen Seite (technische Ökonomik). Den Nationalökonomern interessieren die einzelnen Be-

---

zu bekümmern, würde nicht eine einzige auf den Wohlstand aller berechnete Maßregel mit Zuversicht vornehmen können, wenn sie nicht alle Interessen überblickte, wozu eben die Kenntnis der Volkswirtschaft im ganzen sie in den Stand setzt.“ Die Privatwirtschaftslehre aber umfaßt, nach Rau, zwei Teile: 1. die Erwerbslehre, die technisch-ökonomische Seite der Erwerbswirtschaft, und 2. die Hauswirtschaftslehre, die Lehre, wie die Güter für persönliche Zwecke gebraucht oder konsumiert werden. Beide Teile fassen ihren Gegenstand unter privatwirtschaftlichem Gesichtspunkte auf, während für die Volkswirtschaftslehre Erwerbswirtschaft und Haushaltsführung dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte unterworfen werden.

<sup>1</sup> In Jahrbücher für Nationalökonomie XLVI (1913) 461 f. Zum Ganzen vgl.: Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft (1912). Harms will das ganze Gebiet der Wirtschaftswissenschaften in vier Hauptteile trennen: 1. Reine Sozialwirtschaftslehre; 2. Einzelwirtschaftslehre; 3. Volkswirtschaftslehre; 4. Weltwirtschaftslehre. Weyermann-Schönitz, Wissenschaftliche Privatwirtschaftslehre (1912). Hier wird die Privatwirtschaftslehre als besondere Teildisziplin der Nationalökonomie aufgefaßt. Weyermann, Verhältnis der Privatwirtschaftslehre zur Nationalökonomie (1913). Schär, Allgemeine Handelsbetriebslehre I (1911), ohne scharfe Scheidung zwischen dem privat- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte. Für Trennung beider Betrachtungsweisen treten ein Hellauer, System der Welthandelslehre (1910); Nicklisch, Die Entwicklung der Handelswissenschaften in den Handelshochschulen (1911); Diehl, Nationalökonomie und Handelsbetriebslehre, in Jahrbücher für Nationalökonomie XLIII (1912) 94 ff.; Privatwirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Weltwirtschaftslehre, ebd. XLVI (1913) 433 ff.; Zusammenstellung verschiedener Auffassungen bei Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916) 87 ff.; Schmalenbach, in der Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung usw.

triebe der kaufmännischen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Praxis nie um ihrer selbst willen, sondern nur wegen der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, in denen sie stehen. Er betrachtet sie als Teile eines großen volkswirtschaftlichen Organismus, dessen Struktur und Normen er zu erforschen sucht. Die innern organisatorischen Details der einzelnen Betriebe kommen für ihn nur insoweit in Betracht, als sie zum Verständnis des volkswirtschaftlichen Zusammenhanges nötig sind. Gerade umgekehrt interessieren den Privatwirtschaftler die einzelnen Betriebe nur um ihrer selbst willen. Er betrachtet die Grundsätze der innern Organisation der Betriebe, auf Grund deren sie zu möglichst hohen Erträgen und Rentabilitätsergebnissen kommen. Ihn interessieren die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nur insoweit, als die innern Betriebs- und Organisationsgrundsätze durch diesen volkswirtschaftlichen Komplex beeinflusst, gefördert bzw. gehemmt werden.“

**8. Die Volkswirtschaftslehre ist praktische Wissenschaft.** Es versteht sich von selbst, daß eine rein deskriptive, eine ausschließlich historische Forschung als solche sich auf das θεωρεῖν, das „Beschauen“, auf „Theorie“ in diesem Sinne, beschränkt. Bekannt ist ferner, daß die traditionelle „reine Ökonomie“ scientia „pura“ sein wollte. Es fragt sich aber, ob damit die ganze nationalökonomische Wissenschaft umschlossen ist, ob das, was man in vielleicht mißverständlicher Weise als Volkswirtschaftspolitik zu bezeichnen pflegte, wirklich aus dem Rahmen wissenschaftlicher Nationalökonomie herausfalle, und ob vielmehr die Volkswirtschaftslehre in ihrer Gänze nicht doch als praktische Wissenschaft anzusehen sei<sup>1</sup>.

Indem wir letzteres bejahen, wird die Feststellung des „Seins“ der sozialwirtschaftlichen Erscheinungen, die Erforschung der volkswirtschaftlichen Zustände in ihrer konkreten Gestaltung, ihrem geschichtlichen Werden, ihrer ursächlichen Bedingtheit keineswegs vom Boden der Nationalökonomie ausgeschlossen. Im Gegenteil, all dieses bildet einen wichtigen Teil des Lehrstoffes, unerläßliche Voraussetzung wirklich fruchtbarer Forschung. Allein die nationalökonomische Wissenschaft darf dabei ein doppeltes nicht vergessen: erstens die Natur ihres Gegenstandes und zweitens die Natur der menschlichen Erkenntnis.

Gerade die für den Gegenstand der nationalökonomischen Wissenschaft charakteristische Eigenart bringt es nämlich mit sich, daß hier die theoretische (beschauliche) Erfassung des bloßen „Seins“, der kausalen Verknüpfung der Phänomene, auch als nationalökonomische Theorie dem menschlichen Geiste in keiner Weise genügen kann. „Der Mensch“, sagt Alfred Amon<sup>2</sup> „ist kein passives Naturwesen, dem Spiel der Naturgewalten und -kräfte willenlos preisgegeben, sondern ein

<sup>1</sup> Die ältere historische Schule hat die Nationalökonomie ebenfalls als praktische Wissenschaft gefaßt, so Schütz, List, Hildebrand, Knies usw. Vgl. auch Jehan de Jönnanis, *Discussioni economiche* (1881) 28 f.

<sup>2</sup> *Monatschrift für christliche Sozialreform* XXXIII (1911) 9.

eminenter aktives, ein eminent praktisches Wesen. Er will das Leben nicht nur hinnehmen, wie es ihm durch die natürlichen Bedingungen geboten ist, er will das Leben gestalten, heben, fördern. Er setzt sich Zwecke und schmiedet sich die Mittel, diese zu verwirklichen. Und wenn der einzelne isolierte Mensch in seinem Wollen und Zweckstreben in Bezug auf die zur Erreichung seiner Zwecke erforderlichen Mittel in sehr enge Grenzen gebannt ist, so vermag das soziale Zusammenleben und Zusammenwirken vieler Menschen diese Grenzen sehr weit auszuweiten. Gerade in den Sozialwissenschaften und speziell auf dem Gebiete der Volkswirtschaft gewinnt daher das praktische Interesse an den Erscheinungen und Vorgängen eine besonders hervorragende, ja geradezu dominierende Bedeutung.“

Die menschliche Vernunftserkenntnis sodann wird dadurch vor der Sinnenerkenntnis ausgezeichnet, daß sie die Beziehungen der Dinge und Handlungen zueinander und zu ihrem Zwecke, deren Ordnung, zu erkennen vermag. Es gibt nun aber eine doppelte Ordnung<sup>1</sup>, eine solche, die mit der Natur der Dinge bereits gegeben, von unsrer Vernunft unabhängig ist, von der menschlichen Vernunft „beschaulich“ erfaßt und begriffen wird, und eine solche Ordnung, die erst unter Leitung der Vernunft hervorgebracht, verwirklicht wird<sup>2</sup>. Die Astronomie erforscht z. B. die wunderbare, physisch notwendige Ordnung der Sternenvelt, die nicht vom Menscheng Geist erfunden, nicht durch Menschenwillen beeinflußt, begründet, bewahrt, geändert wird. Der Astronom wird darum auch über die Bewegung der Sterne keine Werturteile fällen, für dieselbe keine Ratschläge erteilen, kein Seinsollen lehren wollen. Wenn aber Naturwissenschaften in eine theoretische und in eine praktische Gruppe zerfallen, die theoretische Naturlehre das Sein verstehen, die praktische die gewonnene Erkenntnis für menschliche Zwecke verwerten lehrt, wenn der Chemiker das Dynamit, den Stoff und seine Eigenschaften untersucht, der Technologe die Möglichkeit prüft, dasselbe in dem Dienste menschlichen Handelns zu verwerten, dann steht hier in keinem der Fälle ein „Seinsollen“ in Frage (H. Dietzel). Für die Naturwissenschaft handelt es sich immer nur um Kausalanalysen physischer Art im weitesten Sinne des Wortes. Anders verhält es sich mit den Sozialwissenschaften, zu denen die Nationalökonomie gehört<sup>3</sup>. Hier ist

<sup>1</sup> Vgl. S. Thomas in *Ethic. Nicom.* I, 1, 1, Prooemium; Taparelli, *Saggio teoretico di dritto naturale* I<sup>3</sup> (1900) 1.

<sup>2</sup> Mit der Ordnung, welche die Vernunft in ihren eigenen Akten hervorbringt, beschäftigt sich die Logik; die Ordnung der innern Akte des Willens und auch der äußern freien Betätigungen, insofern es sich um deren Hinordnung auf das letzte Ziel des Menschen handelt, bildet den Gegenstand der Moral. Die Volkswirtschaftslehre hat es mit der äußern Ordnung des menschlichen Handelns auf wirtschaftlichem Felde, im Hinblick auf die materielle Volkswohlfahrt, zu tun.

<sup>3</sup> Die Unterscheidung zwischen „Schauenden“ und „Handelnden“ (Sombart) ist unvollständig. Der nationalökonomische Forscher als solcher ist freilich nicht „Handelnder“.



Gegenstand der Forschung menschliches Tun und Streben, das dem Wahlvermögen des Menschen weithin unterstellt und in sich selbst der Regelung fähig ist, das auch in seiner gesellschaftlichen Erscheinung menschlichen Zwecken dient, das seine Ordnung eben dadurch erhält, daß es den Zwecken angepaßt, wie es auch gemäß dieser Anpassung seinem Werte nach beurteilt wird, in der privatwirtschaft-

aber auch nicht bloß „Schauender“, sondern zugleich Denkender; dieses „Denken“ und dessen Ergebnis bleibt innerhalb des Rahmens der Theorie im Gegensatz zur Praxis. Man wird also zwischen Theorie und Praxis einerseits, spekulativer oder wenn man will „theoretischer“ und praktischer Wissenschaft anderseits unterscheiden müssen. Die Nationalökonomie als praktische Wissenschaft ist Theorie; sie enthält spekulative philosophische und „theoretische“ „beschauliche“, „Seinserkenntnis“ betreffende Elemente; sie hat es aber mit der Aufgabe der Volkswirtschaft zu tun, erstreckt sich folgerichtig auf die Ordnung des wirtschaftlichen Prozesses gemäß dem Sozialzweck und ist insofern praktische Wissenschaft. — „Alle Wissenschaft“, sagt Lujo Brentano *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* XXXIII [1911] 700), „beschäftigt sich nur mit dem Erkennen, nicht mit dem Handeln.“ Das ist mißverständlich. Die Wissenschaft ist keine Kunst. Sie „handelt“ nicht, wie es der Techniker, der praktische Staatsmann tut. Aber manche Wissenschaften beschäftigen sich doch mit dem „Handeln“, indem sie dieses eben zum Gegenstand der Erkenntnis machen. Und geschieht dieses, wie es bei der Volkswirtschaftslehre der Fall, so muß die wissenschaftliche Erkenntnis auch der Eigenart der menschlichen Handlungen, die ihren Gegenstand bilden, Rechnung tragen. Sie hat es da mit etwas ganz anderem zu tun, als wenn der Chemiker das „Sein“ und die Reaktionen von Wasserstoff und Sauerstoff zum Gegenstand seiner Erkenntnis macht. Handelt es sich ferner um die Volkswirtschaft, ist diese Gegenstand der wissenschaftlichen Erkenntnis, so kann nicht die bloße Feststellung der Regelmäßigkeiten oder „Gesetze“, die in der „Masse“ zur Geltung kommen, genügen. Sie muß gerade das, was die Volkswirtschaft zur Volkswirtschaft macht, die soziale Einheit und damit die soziale Ordnung und damit wiederum den alle staatsgesellschaftliche Ordnung beherrschenden Zweck umfassen. So aber gelangt die soziale Auffassung der Volkswirtschaft zu einer vollen Erkenntnis derselben, während die individualistisch verkehrswirtschaftliche Auffassung nur verkürzte, verstümmelte Erkenntnis bieten kann. Eine wirklich objektive und genaue „Seinsforschung“ kann sich übrigens der Erkenntnis nicht entziehen, daß in dem Volksbewußtsein das Verständnis für die Aufgaben einer Volkswirtschaft als solchen durchaus nicht fehlt, vielmehr gerade in unsern Tagen besonders lebhaft sich offenbart und durch Forderungen an die einzelnen, die Berufe, Erwerbsstände, an die öffentlichen Körperschaften den Anspruch auf die Verwirklichung und Erfüllung jener allgemeinen Aufgaben zum Ausdruck bringt. Eine erschöpfende Kausalforschung wird ferner ebenfalls die Ergebnisse, Wirkungen, Folgen, Erfolge oder Mißerfolge der auf Verwirklichung der volkswirtschaftlichen Aufgabe gerichteten Bestrebungen, Einrichtungen, Maßregeln feststellen müssen. Dabei dürfte es der „Seinsforschung“ nun nicht gerade leicht werden, Werturteile über Schädlichkeit oder Nützlichkeit solcher Maßnahmen usw. ganz zu vermeiden. Die von uns befürwortete offene Anerkennung und Prüfung einer Aufgabe der Volkswirtschaft Ausstattung des Volkes mit den materiellen Mitteln des Lebens als des Ausgangspunktes nationalökonomischer Theorien fordert einerseits objektive, allseitige, erschöpfende Seinsforschung und bahnt zugleich in konsequent systematischer Weise den Weg zur richtigen Beurteilung dessen, was für die Verwirklichung jener Aufgabe, aus Gründen der Vernunft und der Erfahrung, sich empfiehlt.

lichen Sphäre nach dem Zweck der Privatwirtschaft, in der volkswirtschaftlichen Sphäre nach den Aufgaben der Volkswirtschaft, dem Zweck des volkswirtschaftlichen Zusammenwirkens, der volkswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft<sup>1</sup>. Wenn aber der volkswirtschaftliche Prozeß sich nicht in „natürlichen Zusammenhängen“ erschöpft, wenn er zum großen Teil aus freien Handlungen der Bürger, der Korporationen, der politischen Instanzen besteht, aus Handlungen, die keineswegs als „naturnotwendige“ sich darstellen, die so sein konnten oder können, wie sie sind, aber auch anders sein konnten und können, dann begreift es sich kaum, wie die nationalökonomische Wissenschaft berechtigterweise die Frage eines volkswirtschaftlichen „Seinsollens“ ausscheiden, auf den Vorzug, eine praktische, an wissenschaftlich erfaßter und begründeter Norm orientierte und insofern eine normative Wissenschaft zu sein, verzichten könnte.

„Schon die Forderung, die Wissenschaft soll dies oder dies, beweist schlagend“, sagt Rudolf Goldscheid<sup>2</sup>, „daß man in der Wissenschaft aus rein wissenschaftlichen Gründen das Soll immer wieder einführen muß. . . . Was geschieht, wenn neben der rein deskriptiven und kausalen Beschreibung des Seienden das Seinsollende nicht anerkannt wird, das zeigt sich am deutlichsten daran, daß sich dann das Seinsollende durch eine Hintertüre gleichsam einschleicht, wodurch die Schlagworte der Straße zu den letzten Direktiven der Volkswirtschaft werden. Wir müssen wissen, an welchen Wortvoraussetzungen wir uns orientieren, wenn wir den Ökonomiebegriff gebrauchen, der letzten Endes ein Wertbegriff ist. . . . Fehlt die exakte Feststellung der Aufgaben, welche die gesellschaftliche Wirtschaft zu erfüllen hat, so tapen wir ebenso im Dunkeln, wie wenn die Kausalbeziehungen des Wirtschaftsmechanismus nicht mit voller Exaktheit herausgearbeitet werden. . . . Die Wirtschaftswissenschaft beraubt sich aller Wirkung ins Große, wenn sie in der Beschreibung des Gegebenen ihr Alpha und Omega erblickt. Das wäre gerade so, wie wenn man unter Haushaltungskunde nur die Beschreibung und die Kausalerklärung eines bestimmten zerrütteten Haushaltes verstehen wollte, unter Leugnung der Tatsache, daß Haushaltungskunde zwar nicht nur, aber zugleich, die Lehre vom richtigen Haushalt bedeutet. Den Begriff des Optimum können wir in keiner Wissenschaft ent-

<sup>1</sup> Wilh. Endemann bemerkt zur Erklärung der Tatsache, daß die altrömische Zeit es zu keiner Volkswirtschaftslehre gebracht habe: „Man hatte immer nur Einzelheiten im Auge. Dem Gedanken an eine allgemeine, die gesamte erwerbende und konsumierende Tätigkeit des Volkes grundsätzlich beherrschende Ordnung stand der starre Individualismus des römischen Charakters, von welchem aus das wirtschaftliche Treiben lediglich als Aufgabe des einzelnen erschien, entgegen.“ So fehlte jener Zeit ein „System oder auch nur eine umfassende Darstellung sozialer Prinzipien, nach denen sich das Verkehrsleben richtete“ (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XII [1896] 643). Auch in den heutigen Kontroversen handelt es sich zum großen Teil letztlich um den Gegensatz zwischen sozialer, organischer und individualistischer Auffassung der Volkswirtschaft. Nickel, Normative Wissenschaft (1920).

<sup>2</sup> Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, Schriften des Vereins CXXXII (1910) 595 ff.

behren, die vom Menschen handelt. Und dann noch eins: Die ganze Welt berstet von Tatsachen, auf jeden einzelnen Forscher kommt eine Milliarde von Problemen: wie sollen wir wissen, welche Tatsachen zu untersuchen am dringendsten ist, wenn wir uns nicht klar zu machen streben, was endlich und schließlich die Wissenschaft eigentlich will, der wir unsre Arbeit widmen? . . . Nur auf Grund der Ziele der Wissenschaft läßt sich entscheiden, ob es sich irgendwo nur um eine wissenschaftliche Spielerei oder um eine große Entdeckertat handelt. . . . Nur durch richtige Auswahl der Tatsachen können wir der Unendlichkeit der Probleme Herr werden. Um aber zu einer solchen in der Wirtschaftswissenschaft fähig zu sein, brauchen wir als Fackel der deskriptiv-kausalen die normative Ökonomie. Ursachen und Zweckforschung bedingen sich gegenseitig. Zwecke ohne Ursache sind blind, Ursachen ohne Zwecke sind tot.“

„Die praktische Naturlehre fragt nicht, was sein soll“, sagt auch Heinrich Dietzel<sup>1</sup>: „Die praktische Soziallehre stellt diese Frage. Das menschliche Denken verlangt gebieterisch nach einem Maß-stabe für Beurteilung des menschlichen Handelns. . . . Die praktische Soziallehre sucht nach einer obersten Norm für Wollen und Handeln — als Wegweiser für den Menschen in allen einzelnen Akten seiner praktischen Betätigung. An dieser Norm mißt sie das soziale Sein, dessen Erkenntnis die theoretische Soziallehre erschlossen hat, kritisiert sie die konkreten Bestände und Bestrebungen des Gesellschaftslebens. Schließlich zeigt sie die konkreten Mittel, welche taugen, das soziale Sein einer konkreten Zeit und eines konkreten Ortes mit jener obersten Norm des sozialen Seinsollens in Harmonie zu bringen. Die Aufgabe der praktischen Soziallehre ist also eine dreifache: eine normative, kritische, technische.“

Jene oberste Norm aber entnehmen wir der allen Soziallehren übergeordneten allgemeinen Gesellschafts- und Staatslehre, der Lehre über den Zweck der staatlichen Gesellschaft, woraus wir als National-ökonomien unsre Folgerungen ziehen für die Aufgaben jenes Teiles des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft, den wir Volkswirtschaft nennen<sup>2</sup>. An diesem Zwecke, welcher der Menge von der Volkswirtschaft umschlossener Sonderwirtschaften durch ihre Anlehnung an die staatlich geeinte Volksgemeinschaft soziale Einheit verleiht, messen wir das volkswirtschaftliche Sein, die konkreten Bestände und Bestrebungen des volkswirtschaftlichen Prozesses, gelangen zu Werturteilen und auch zu Forderungen, ohne deren Verwirklichung der volkswirtschaftliche Prozeß seine Aufgabe nicht erfüllt. Die reale Durchführung jener Forderungen im einzelnen gehört der Praxis selbst an. In diesem Sinne hat Rossi<sup>3</sup> recht, wenn er sagt: „La science n'a pas

<sup>1</sup> Theoretische Sozialökonomik (1895) 4 ff.

<sup>2</sup> Wir können der Auffassung nicht beipflichten, daß Reichtum, Wohlstand, Produktivität Zentralbegriffe der Volkswirtschaftspolitik seien, wie der Preis in der theoretischen Volkswirtschaftslehre Zentralbegriff sei. Die Begriffe Reichtum, Wohlstand, Produktivität können überhaupt nicht Zentralbegriff der Volkswirtschaftspolitik sein, wenn sie nicht vorher oder zugleich als Zentralbegriff der unverkürzten volkswirtschaftlichen Theorie anerkannt werden.

<sup>3</sup> Cours d'économie politique I<sup>4</sup> (1865) 29.



de but extérieur.... La science n'est pas chargée de faire quelque chose.“

Sind jene Zwecksetzungen und Forderungen aber nicht „ethischer“ Art? Verlassen wir damit doch in Wirklichkeit nicht das Gebiet der nationalökonomischen Forschung, um in den Bereich der Ethik einzutreten?

Wenn alle Wissenschaft, die auf freies menschliches Wollen und Handeln leitend und bestimmend einwirkt, schlechthin den „moralischen“ Disziplinen zugezählt wird<sup>1</sup>, dann gehört auch die Nationalökonomie dorthin. Beschränkt man aber den Namen „Ethik“ oder „Moral“ auf diejenige Wissenschaft, die ihre Lehren und Forderungen unter dem Gesichtspunkte von sittlich gut und sittlich böse aufstellt, dann liegt es auf der Hand, daß die Nationalökonomie keine ethische Wissenschaft ist, da weder die sozialphilosophische Feststellung des Zieles der Volkswirtschaft noch die aus der Erkenntnis jenes Zieles abgeleiteten kritischen Urteile und Forderungen von dem Nationalökonom ein Eingehen auf deren sittliche Qualifikation erheischen. Das Formalobjekt der Nationalökonomie ist eben lediglich das national-ökonomisch Zweckmäßige. Freilich vergißt der Nationalökonom dabei niemals, daß der materielle Wohlstand nicht auf Kosten der höheren Güter geistig-sittlicher Wohlfahrt gefördert werden darf, weil die materielle Wohlfahrt nur einen Teil, und zwar nicht den höchsten Bestandteil, der menschlichen Gesamtwohlfahrt ausmacht. Die Nationalökonomie bleibt aber dabei selbständige Wissenschaft und wird auch dadurch nicht zur Ethik, daß sie die Geltung der moralischen als der höchsten Normen alles menschlichen Handelns für das volkswirtschaftliche Gebiet, und zugleich deren hohen Wert, deren immense Bedeutung für den Wohlstand der Völker innerhalb der eigenen Wissenschaft offen und rückhaltlos anerkennt.

Mit andern Worten: Die allgemeine Volkswirtschaftslehre ist Wohlfahrtslehre; sie hat es lediglich mit dem materiellen Volkswohlstande und dessen Ursachen zu tun, und zwar unter der Rücksicht der öffentlichen Wohlfahrt, der geordneten und gesicherten Möglichkeit einer Versorgung des ganzen Volkes mit materiellen Gütern, mit der

<sup>1</sup> Ob in der Tat nach der den Philosophen der Scholastik geläufigen Einteilung in metaphysische, physische, moralische Disziplinen die Nationalökonomie den letzteren nicht in dem Sinne und insofern zugewiesen werden muß, als es sich hier um ein Gebiet freien Wollens und Wirkens handelt, ob diese erwähnte Unterscheidung nicht etwa, gegenüber der von Dilthey angenommenen Scheidung in Natur- und Geisteswissenschaften oder gegenüber der Windelbandschen Unterscheidung von nomothetischen und idiographischen Wissenschaften oder im Vergleich mit der von der Rickertschen Gruppe der Neukantianer gewählten Unterscheidung zwischen Natur- und Kulturwissenschaften, manche Vorzüge aufweist, das bleibe hier dahingestellt. Dabei bleibt jedenfalls bestehen, daß die Nationalökonomie keine „ethischen“ Untersuchungen und Wertungen, Motivierungen vorzunehmen oder zu prüfen hat und darum auch nicht in diesem Sinne als eine „ethische“ Wissenschaft angesprochen werden darf.

sozialen Organisation der Volkswirtschaft im Hinblick auf den Volkswohlstand als letztes Ziel<sup>1</sup>.

Es sind freilich Bedenken geäußert worden gegen die Objektivität dessen, was wir hier als materielles Gemeinwohl, als Volkswohlstand, bezeichneten. Ein hervorragender Nationalökonom hat gesagt, das sei kein so eindeutiger Begriff, um als Grundlage für wissenschaftliche Erkenntnis dienen zu können. Der Nationalökonom ergreife Partei, wenn er aus seiner Weltanschauung heraus, auf Grund rein subjektiver Urteile, dieses oder jenes Ziel für wünschenswert halte, diese oder jene Mittel zur Erreichung solcher Ziele für passend erachte. Es sei richtiger, auf die eine Seite die rein privatwirtschaftlichen Interessen einzelner Wirtschaftssubjekte zu stellen, auf die andere Seite die wirtschaftspolitischen Ideale sowohl der praktischen Politiker wie der theoretischen Sozialökonomien. Offen gestanden, diese Gegenüberstellung befriedigt uns nicht. Auf der einen Seite die sehr realen privatwirtschaftlichen Interessen einzelner Wirtschaftssubjekte und auf der andern Seite bloß „Ideale“! Sollten die privatwirtschaftlichen Interessen nicht unter Umständen auch höchst realen Gemeininteressen gegenüberstehen? Wenn wir die materielle Seite der Volkswohlfahrt als etwas bloß Ideales hinstellen wollten, dann wäre schließlich die ganze Volkswohlfahrt schlechthin nur ein Ideal. Dann heißt es nicht viel, wenn man auch von der Rechtsordnung sagt, sie diene dem Wohle des Ganzen, dann schwebt die ganze Staatslehre in der Luft, dann bedeutet es wenig, wenn die Staatsverfassungen fordern, der Abgeordnete müsse sich als Vertreter des ganzen Volkes betrachten, dann ist das Wirken der politischen Machtfaktoren eben nur von der brutalen Macht beherrscht, ohne objektiven Leitstern, und auch das Kompromiß zwischen verschiedenen Interessen entbehrt jeder objektiven Garantie. Nein, nein, was wir hier als Aufgabe der Volkswirtschaft bezeichnet haben, ist kein bloßes subjektives Ideal und noch weniger eine Utopie, ebensowenig wie der Gesamtzweck der staatlich geeinten Volksgemeinschaft subjektives Ideal oder gar Utopie ist<sup>2</sup>, und ebensowenig wie die Bedürfnisbefriedigung als Zweck der Wirtschaft schlechthin dem Reich subjektiv-persönlicher Ideale angehört. Es handelt sich dabei vielmehr um etwas sehr Reales, das freilich im Geiste der Menschen, je nach der individuellen Eigenart, bei verschiedenen Subjekten eine besondere ideale Färbung gewinnen kann. Darum aber verflüchtigt sich jener Zweck doch noch keineswegs ganz in das Reich rein subjektiver Ideale, behält vielmehr seinen durchaus objektiven, realen Wert, bleibt im Bereich objektiver, der Vernunftkenntnis zugäng-

<sup>1</sup> Das „größte Glück der größten Zahl“ als Prinzip gefaßt bleibt Idol, wenn dieser Satz individualistisch, unter Verneinung sozialer Rücksicht und sozialer Vermittlung, gedeutet wird.

<sup>2</sup> Vgl. L. Brentano, Werturteile in der Volkswirtschaftslehre, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIII (1911) 710 ff. Diehl, Nationalök. II (1924) 30 ff.

licher Wahrheit, ist wissenschaftlicher Begründung fähig, verfügt negativ und positiv über nicht gerade wertlose Kennzeichen, weshalb diesbezüglich zweifellos eine weitgehende Einigung der Ansichten erzielt werden könnte<sup>1</sup>.

Nun hat ja allerdings Werner Sombart<sup>2</sup> auf der Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik recht skeptisch gefragt: „Was ist Wohlstand? Können wir uns darüber einigen? Können wir uns darüber irgendwie verständigen?“ Und um die Unmöglichkeit der Einigung zu erweisen, führte er einzelne Gruppen von Gütern und einzelne Arten von Güterproduktion auf: „Fangen wir mal an“ — sagte er: „Zum Wohlstand gehört die Ernährung. Darüber ist eine gewisse Einigung möglich. Alle Nahrungsmittelproduktionen sind Produktionen von Wohlstand, könnte man sagen. Aber auch Weinbergsproduktion? Da wird der Antialkoholiker sagen: Nein, Weinberge sind keine produktiven Anlagen in diesem Sinne, während wir in der überwiegenden Mehrzahl sie vielleicht für außerordentlich produktiv . . . halten.“ Wird ferner das Bauen von Mietskasernen den Wohlstand fördern oder der Bau einer Kirche? „Der gläubige Mann wird natürlich sagen: Gewiß, es gehört dazu, mindestens so wie die Mehlsuppe, die wir essen; und der Atheist wird sagen: Es ist eine Schande, daß schon wieder eine Kirche gebaut wird, das Geld für so unproduktive Ausgaben zu verzetteln“ usw. usw.

Freilich entscheidet in solchen Dingen die subjektive Wertung, sobald man vom Standpunkte des Individuums aus die Frage auf einzelne Bestandteile, Güter, Gütergruppen richtet. Aber verlieren denn die Begriffe Reichtum und Armut darum ihre objektive Bedeutung, weil vielleicht darüber keine allgemeine Einigung erzielt werden kann, ob eine Prise Tabak oder gar der Besitz einer Zipfelmütze zum „Reichtum“ gehört? Es geht denn doch nicht an, wie von Zwiedineck-Südenhorst<sup>3</sup> sehr richtig bemerkt, „daß wir schlechthin einen Begriff eliminieren, aus der Wissenschaft herausstreichen, einen Begriff, nach dem das reale Leben geradezu schreit“. Und das ist der Begriff materielle Wohlfahrt, ein Begriff, der innerhalb der Nationalökonomie, nicht in dem für spezielle Güter rein subjektiver Bewertung leichter zugänglichen Sinne privatwirtschaftlicher Wohlfahrt des Einzelsubjekts, sondern als sozialer Zustand „öffentlicher“ Wohlfahrt<sup>4</sup> in Betracht kommt. Mag auch in dieser

<sup>1</sup> „Der Volkswohlstand bildet für die Nationalökonomie ebenso ein feststehendes Ziel wie die Erhaltung des Lebens für die Medizin.“ So Herkner in Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 515 527.

<sup>2</sup> Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik CXXXII 568 f. <sup>3</sup> Ebd. 585.

<sup>4</sup> Wenn gesagt worden ist, Objekt der Nationalökonomie sei „die individualistische Verkehrswirtschaft als sozial bedingt“, so dürfte zu beachten sein, daß die „soziale Bedingtheit“ jede rein „individualistische“ Auffassung verneint. Gewiß, die Privatwirtschaften kommen für die Volkswirtschaftslehre als „sozial bedingt“, d. h. in unsrem Sinne nur in ihrer Beziehung zur Volkswirtschaft und zur öffentlichen Wohlfahrt in Betracht. Die Volkswirtschaftslehre ist also durchaus nicht die „ökonomische Beraterin“ der Privatwirtschaften für deren innern Betrieb und speziell für die Ausnützung der volkswirtschaftlichen Bedingungen und Verhältnisse im Dienste privatwirtschaftlicher Ziele. Sollte vielleicht in letzter Hinsicht der berechtigte Wunsch besserer Informationen der Geschäftswelt sich geltend machen, dann müßte eben für die Erfüllung desselben auf weitere selbständige Ausbildung der Privatwirtschaftslehre hin-



Beschränkung der Begriff „Volkswohlfahrt“ ein schwieriger Begriff bleiben, mag er durch häufigen Mißbrauch in etwa an Kredit verloren haben, mag es oft leichter erscheinen, zu bestimmen, welche sozialen und wirtschaftlichen Zustände diesem Begriffe widersprechen, als die Elemente positiv festzustellen, die dazu gehören — ein bloßes Schlagwort des common sense ist der Begriff Volkswohlfahrt darum noch keineswegs, und er wird auch nicht so bald durch andere Formulierungen eines ökonomischen oder sozialökonomischen „Maximums“ oder „Optimums“ verdrängt werden. Im Gegenteil ist und bleibt er heute und in alle Zukunft sogar der wichtigste Grundbegriff der Staatswissenschaften überhaupt und ganz speziell der Nationalökonomie.

Die Geschichte der nationalökonomischen Wissenschaft und der hervorragendsten Systeme beweist denn auch, daß die Begriffe Volkswohlstand und Völkerreichtum von Anfang an im Mittelpunkt nationalökonomischen Denkens gestanden<sup>1</sup>. Über das Wie der Verwirklichung, über die Quellen des Völkerreichtums war man freilich sehr verschiedener Ansicht bei den Merkantilisten, Physiokraten und in der Smithschen Schule. Die Merkantilisten sahen die Ursache des Völkerreichtums in hochwertiger gewerblicher Produktion und im Export und in entsprechenden gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen: die Physiokraten in den natürlichen Produktivkräften, der Bodenproduktion und in der Freiheit: Adam Smith in jeder produktiven Arbeit und wiederum in der Freiheit, da ja ein jeder schon durch den Eigennutz zu der wie für ihn so auch für das Ganze vorteilhaftesten Anwendung seiner Arbeitskraft bestimmt werde. Kurz und prägnant bezeichnete indes Adam Smith ganz richtig den Gegenstand der allgemeinen Volkswirtschaftslehre wenigstens in der Überschrift seines Hauptwerkes als: „An Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations“, wobei der Ausdruck „wealth“ im damals literarisch üblichen Sinne nicht den absoluten Güterreichtum, sondern eben den „Wohlstand“ der Völker bedeutete<sup>2</sup>.

Doch die Weltanschauung, wird sie nicht allzuleicht den Begriff „Wohlfahrt“, „Wohlstand“ subjektiver Deutung unterwerfen? Nun, diejenigen Leute, die in der älteren Nationalökonomie jenem Begriff eine hohe objektive Bedeutung zuerkannten, huldigten nicht alle der gleichen Weltanschauung. Und bezüglich der Gegenwart meint Alfred Amonn<sup>3</sup>, es ließe sich immer noch sogar unter den verschiedensten Richtungen eine Übereinstimmung wenigstens in der Erkenntnis des Zieles gewinnen. Er sagt: „Wenn wir als letzten Zweck etwa die größtmögliche Freiheit aller, innerhalb der geringstmöglichen zum Schutz dieser Freiheit notwendigen Beschränkung der Freiheit des einzelnen, und den größtmöglichen Anteil aller an den materiellen und kunstvollen Gütern des

gewiesen werden: Der Nationalökonom betrachtet die privatwirtschaftlichen Probleme nur unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt. Lenz, Neubildungen in der Wirtschaftswissenschaft, in Preußische Jahrbücher CXLIX 497. Albert Calmes, Über das Verhältnis der Privatwirtschaftslehre zur Volkswirtschaftslehre zu Weyermann-Schönitz, „Wissenschaftliche Privatwirtschaftslehre“, im Bank-Archiv XII 1912 40 ff.

<sup>1</sup> Vgl. Bd. II, Kap. 1, §§ 1 2 3.

<sup>2</sup> In seinem Werke „Theories of production and distribution“ hebt Edwin Cannan nachdrücklichst hervor, die Behauptung, die klassische englische Nationalökonomie trage wesentlich einen rein theoretischen Charakter an sich, sei irrig; dieselbe sei vielmehr durchaus von praktischen Tendenzen beherrscht gewesen.

<sup>3</sup> Monatsschrift für christliche Sozialreform XXXIII (1911) 12.

Lebens, innerhalb des jeweiligen Entwicklungsstandes der materiellen und geistigen Kultur, bezeichnen, so haben wir damit vielleicht eine Formulierung gefunden, der der Sozialismus wie der Individualismus und die verschiedenen Richtungen der Sozialreform in ihrem Kerne beistimmen, und das Problem der Organisation der Volkswirtschaft ist wieder nur eine Frage nach der Zweckmäßigkeit eines bestimmten Mittels zur Erreichung des übereinstimmend anerkannten Zieles.“ Das wäre eine Formulierung, die sich im wesentlichen mit unsrer Auffassung deckt. Übrigens benötigt es ja doch für jedermann in der Tat nur einiges Nachdenkens, um einzusehen, daß Pauperismus, Zerrissenheit des Volkes in zwei Lager, unabhängiger Reichtum und dienstbare Armut sich nicht mit dem Volkswohlstand vereinbaren lassen, daß eine möglichst reiche Fülle von Gütern vorhanden, und daß es zugleich mit der „Masse“ des Volkes wohl stehen muß, um von „Volks“wohlstand reden zu können, daß es dabei einer mittleren Schichte bedarf, daß die Volkswirtschaft nicht dem Geldinteresse des Kapitalbesitzes unterworfen, alles Schwache und Schwächere nicht hilflos der Übermacht des Besitzes und größeren Besitzes ausgeliefert sein darf usw. usw. Mögen daher immerhin in der näheren Bestimmung der einzelnen Elemente des Volkswohlstandes, unter dem Einfluß der Weltanschauung, einzelne Verschiedenheiten sich ergeben, ein bloß und durchaus „subjektives Ideal“ ist der Begriff „Volkswohlstand“ darum noch lange nicht,

Und wie bezüglich der Erkenntnis des Zieles der Volkswirtschaft, der Versorgung des ganzen Volkes mit Sachgütern als der Aufgabe des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses, eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Vertretern ganz verschiedener „Standpunkte“ möglich bleibt, so dürften unsre Darlegungen gezeigt haben, daß auch in vielen andern Fragen, die als umstritten gelten, der Weg zur Verständigung keineswegs verschlossen ist. Die Vertreter der „neuen Richtung“ wollen z. B., wie wir sahen, keinen „Moralismus“, keine Rechtsphilosophie in der Nationalökonomie dulden. Auch wir verwerfen die Vermengung verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, weisen der Nationalökonomie ihr eigenes Formalobjekt zu. Sie hat es nicht mit dem sittlichen Motiv, der sittlichen Verpflichtung, der rechten Ordnung (*rectitudo*) im sittlichen Sinne, dem moralisch Rechten oder Richtigen, der sittlichen Güte, nicht mit dem juridisch Rechten oder Richtigen, sondern mit der nationalökonomischen Güte oder Richtigkeit zu tun. Das „Seinsollen“, von dem sie spricht, ist nicht das moralische oder juridische Seinsollen als solches, und die nationalökonomische Zweckmäßigkeit nicht unmittelbar die Zweckmäßigkeit im Hinblick auf das letzte und höchste Ziel des menschlichen Lebens, vielmehr bloß die richtige Beziehung zum Sozialzweck, als dem höchsten Prinzip aller gesellschaftlichen und darum auch der volkswirtschaftlichen Ordnung. Herrscht nicht, wie Amonn<sup>1</sup> mit Recht hervorhebt, schon in manchen Einzelfragen relativ allgemeine Übereinstimmung, z. B. hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und des Wertes eines staatlich geregelten Geldsystems, einer gesetzlich fundierten zentralistischen Notenbank u. dgl.? Im Prinzip werden ferner Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung heute kaum von jemand angefochten werden, mag man auch über das im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft praktisch mögliche Maß verschiedener Ansicht sein: „es wird also durch die Entwicklung der politischen Ökonomie selbst widerlegt, daß eine prinzipielle Einigung in prak-

<sup>1</sup> Monatsschrift für christliche Sozialreform XXXIII (1911) 11.

tisch-politischen Fragen durch wissenschaftliche Argumente ausgeschlossen ist. Das zeigt sich uns auch, wenn wir nicht gerade gewisse wirtschaftspolitische Einzelprobleme herausgreifen, sondern das allgemeinste, umfassendste Problem der Volkswirtschaftspolitik betrachten, das Problem der prinzipiellen Organisation der sozialwirtschaftlichen Beziehungen der Volksglieder. Können wir hier zwar keine Übereinstimmung in Bezug auf die letzten positiven Ziele, denen die Entwicklung der Volkswirtschaft zustrebt oder zustreben soll, feststellen, so doch ein ziemlich übereinstimmendes Urteil in Bezug auf die bestehenden volkswirtschaftlichen Zustände. Marx und Engels, Pesch und Hertling, Bischof Ketteler und Freiherr v. Vogelsang, Victor Aimé Huber und Friedrich Naumann, ihnen allen gemeinsam ist doch die Überzeugung von der Ungerechtigkeit und Unzulänglichkeit der bestehenden individualistischen Wirtschaftsorganisation, von der Notwendigkeit einer prinzipiellen Änderung und Umgestaltung der sozialwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen. Besteht also zwar keine Übereinstimmung im positiven Sinne in Bezug auf das, was sein soll, so doch eine Übereinstimmung im negativen Sinne, in Bezug auf das, was nicht sein soll.“ Die Übereinstimmung im negativen Sinne bildet aber unsres Erachtens die Brücke zur Anerkennung auch gewisser positiver Anforderungen an eine gesunde Volkswirtschaft. Es ist das vielfach mehr eine Frage der Formulierung als der wissenschaftlichen Begründung dieser Forderungen.

Selbst bei völlig verschiedener Weltanschauung ist also immerhin eine weitgehende Übereinstimmung der Ansichten und Lehren keineswegs ausgeschlossen. Nicht alle Kathedersozialisten huldigten und huldigen derselben Weltanschauung, und auch unter den Vertretern der sog. neuen Richtung herrscht diesbezüglich Verschiedenheit. Andererseits wird allerdings die Eigenart der subjektiven Geistesrichtung nicht weniger als die Verschiedenheit der Weltanschauung, sogar unter den Vertretern der gleichen Richtung, zu allen Zeiten eine gewisse Gegensätzlichkeit mancher Auffassungen herbeiführen können. Welcher Unterschied der Anschauungen im einzelnen und auch im ganzen findet sich z. B. bei Wagner und Brentano! Und wie weit geht dann die Übereinstimmung zwischen Pohle und Sombart? Hat etwa in der „Deutschen Soziologischen Gesellschaft“ der Ausschluß von „Werturteilen“ diese tatsächlich beseitigen und eine Harmonie der Ansichten herbeiführen können? Ist ferner der Vorwurf der subjektiven Voreingenommenheit den Vertretern auch der „neuen Richtung“ in der Nationalökonomie erspart geblieben? Sind doch ihre Gegner geneigt, bei ihnen individualistische Grundanschauungen zu vermuten; man vermißt bei manchen von ihnen die klare Unterscheidung zwischen Verkehrswirtschaft und Volkswirtschaft, zwischen privat- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Hervorkehrung des „ökonomischen Prinzips“ scheint die privatwirtschaftliche Zweckmäßigkeit auf Kosten der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zur Geltung zu bringen, die angebliche „Politiklosigkeit“, die Einführung einer andern „Politik“ gegenüber der kathedersozialistischen zu bezwecken usw.<sup>1</sup>

Es ist ja überhaupt eine recht zweifelhafte Sache mit der angeblichen „Voraussetzungslosigkeit“. Adolf Wagner sagte einmal vor seinen Zuhörern: „Meine Herren, die Wissenschaft soll voraussetzungslos sein.“ Als dann das Publikum seine Begeisterung hinreichend ausgetrumpelt hatte, fügte der gefeierte

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Schmollers Jahrbuch XXXVI (1912) 543 A. 1.



Lehrer lächelnd hinzu: „Aber, meine Herren, das bringt kein Mensch fertig!“ Man fährt eben nicht so leicht aus seiner Haut. Auch wir verzichten auf dieses gefährliche und aussichtslose Experiment, sogar auf den Namen des „reinen“ Nationalökonomens, wenn dieser Name nur um einen solchen Preis erlangt werden könnte<sup>1</sup>.

Und schließlich noch eine Bemerkung. Die Weltanschauung mag für manche Leute Sache des subjektiven Gefühls sein; sie kann sich aber auch sehr wohl einer objektiven, unanfechtbaren und darum den vorurteilsfreien Geist überzeugenden wissenschaftlichen Begründung erfreuen. Wenn wir unsererseits nun behaupten, das treffe gerade bei der christlichen Weltanschauung vollkommen zu, so wird man uns hierin von anderer Seite widersprechen. Dennoch dürfte es wenigstens nicht so leicht sein, den Einfluß der christlichen Weltanschauung auf die national-ökonomische Forschung und Wissenschaft als einen die Erkenntnis der objektiven Wahrheit hindernden zu erweisen. Und darauf kommt es doch zunächst in unsrer Frage an. Wir möchten jedenfalls auf der wissenschaftlichen Wanderung von unsrer christkatholischen Überzeugung, deren unerschütterliche wissenschaftliche Fundamentierung für uns außer Zweifel steht, nicht verlassen sein. Sie hindert uns keineswegs an einer streng objektiven Erfassung des volkswirtschaftlichen „Seins“. Indem sie uns aber nicht auf die Erkenntnis des bloßen Seins festnagelt und auch den Blick für die Probleme des „Seinsollens“ nicht trübt, glauben wir, den schwebenden Fragen weit vorurteilsfreier gegenüberzustehen, wenigstens als diejenigen Forscher, die sich als „voraussetzungslos“ betrachten, in Wirklichkeit aber, durch den beengenden Einfluß einer einseitig positivistischen und naturwissenschaftlichen oder materialistischen Weltanschauung in ihrem Urteil befangen, an der vollen Erfassung der objektiven Wahrheit behindert sind. Doch nicht bloß nicht hemmend steht uns die christliche Weltanschauung im Wege, das Gegenteil ist der Fall. Wir verdanken ihr auch positive Förderung echt nationalökonomischer Erkenntnis. Daran kann niemand zweifeln, der genaue und richtige Kenntnis hat von dem Lehrinhalt der theologischen und philosophischen Disziplinen, der ein klares Verständnis hat von der Bedeutung des göttlichen Sittengesetzes für das Leben der Menschen und Völker. In der Tat, glücklich ein Volk, das wirklich sein Leben nach den Lehren des Christentums einrichtet, wo der Mensch niemals als bloßes Mittel für andere gilt, sondern als Selbstzweck Geltung besitzt, wo das edle Pflichtbewußtsein sozialer Verantwortlichkeit alle Bürger beherrscht und sie lehrt, das eigene Wohl nur in solcher Weise zu erstreben, daß damit zugleich das Wohl der Volksgenossen und der ganzen Gesellschaft bestehen kann. Vor dem Christentum, einer Quelle und Garantie der Völkerwohlfahrt<sup>2</sup>, beugt sich darum auch der vorurteilsfreie und vor allem der christliche Nationalökonom als Nationalökonom. Ganz besonders aber sei hier noch auf den schönsten Vorzug der christkatholischen Weltanschauung hingewiesen.

<sup>1</sup> Der Historiker, der im Interesse der Objektivität „sein Selbst auslöschen“ wollte, würde nach Georg Simmel (Problem der Geschichtsphilosophie<sup>2</sup> [1905]) Unmögliches versuchen. Alle wissenschaftlichen Forscher müssen unbewiesen die Zuverlässigkeit der Vernunftkenntnis voraussetzen. Jeder Versuch eines Beweises derselben wäre eine *petitio principii*.

<sup>2</sup> Erheben sich die europäischen Völker kulturell über andere Völker, so führt sich das keineswegs bloß auf Vorzüge der Rasse und Nationen zurück, sondern ist in erster Linie das Ergebnis eines mehr als tausendjährigen Besitzes christlicher Kultur.

die in der idealen Persönlichkeit Jesu Christi, des Welterlösers, die edelste und höchste Verkörperung wahrer Humanität, reinsten, selbstlosester Menschenfreundlichkeit und Menschenliebe, uns vor Augen hält und dadurch die Herzen von allem kalten, engherzigen, harten, rücksichtslosen Egoismus befreit, die Nöte und Bedürfnisse gerade der Kleinen und Schwachen richtig würdigen, ja mitempfinden lehrt. Und wenn nun die Erinnerung an dieses hehre Bild des menschengewordenen Gottessohnes und seine Lehre Geist und Gemüt des Nationalökonomen beeinflusst, wäre das ein Schaden für die wissenschaftliche Forschung?<sup>1</sup> Güte, Wohlwollen, Barmherzigkeit stehen der objektiven Wahrheit keineswegs feindlich gegenüber. Sie werden den Forscher, der sich mit menschlichen Verhältnissen, dem menschlichen Zusammenleben beschäftigt, nicht in Irrtum führen können. Ist und bleibt ja doch eben das höchste sittliche Ideal, Jesus Christus, auch für uns wie für alle und in allem der Weg, die Wahrheit und das Leben!

**9. Nationalökonomie und Wirtschaftspolitik.** Wer die wirtschaftlichen Sozialphänomene gewissermaßen als einen naturwissenschaftlich zu bewältigenden Stoff betrachtet, dieselben nach Art der positivistischen Soziologie durchforschen oder sonstwie die nationalökonomische Wissenschaft auf die „beschauliche“ Erfassung und beschreibende Darstellung des bloßen „Seins“ und „Werdens“ einer bestimmten Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, z. B. des Zeitalters des „Kapitalismus“, wie man zu sagen pflegt, beschränken will, der wird der Nationalökonomie den Charakter einer praktischen Wissenschaft aberkennen müssen. Unser Standpunkt ist, wie dargelegt wurde, ein anderer. Die nationalökonomische Wissenschaft gilt uns als staatswissenschaftliche Disziplin, die Volkswirtschaft als Bestandteil des Gesellschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft. Die Volkswirtschaft steht somit unter dem regelnden und ordnenden Einfluß des Staatszweckes. Zweierlei muß darum vor allem der Staatsmann, aber auch jeder andere wissen, der die Volkswirtschaft als organische Einheit erfafßt, nämlich 1. was der Staatszweck speziell in seiner Anwendung auf die volkswirtschaftliche Sphäre erfordert. Das bietet ihm die Lehre von den Aufgaben, vom materiellen Volkswohlstande als dem Ziele der Volkswirtschaft. Er muß sodann 2. die Ursachen kennen lernen, aus denen der Volkswohlstand hervorgeht, die auf denselben einen günstigen oder ungünstigen Einfluß ausüben können. Zu diesen Ursachen gehört nicht allein, aber auch und zwar nicht an letzter Stelle, die Staats- und Gesellschaftstätigkeit auf volkswirtschaftlichem Gebiete, die praktische Politik<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. die schönen Worte Grabowskys in der Vorrede zu F. A. Langes Arbeiterfrage (1910) 5 f. Die Nationalökonomen müssen Männer sein, in deren Adern, mit Sombart zu sprechen, „Blut, nicht Tinte fließt“. Aus der christlichen Weltanschauung schöpft man diejenige Wärme, ohne die man, wie Böhm-Bawerk sagt (Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 1892, 2), „große soziale Probleme nicht behandeln kann und soll“.

<sup>2</sup> „Von einer Wirtschaftspolitik“, sagt Waldemar Mitscherlich (Der wirtschaftliche Fortschritt [1910] 35 f.), „kann man zum erstenmal auf der Wirtschaftsstufe der

Die Erkenntnis des Volkswohlstandes als des Zieles der Volkswirtschaft und der Ursachen des Volkswohlstandes bietet nun zunächst einen Maßstab, eine wissenschaftlich zuverlässige Norm zur Beurteilung und Messung des volkswirtschaftlichen Seins und Geschehens, gegenüber unbegründeten Werturteilen eine feste Unterlage zur systematischen kritischen Würdigung der konkreten Bestände und Bestrebungen des Wirtschaftslebens. Die gleiche Norm dient dann auch zur Information des politischen Erkennens, Wollens und Handelns, wird zum Wegweiser für die Auswahl der richtigen Mittel, für die Politik.

Hat also die von uns nur in ihrer Exklusivität abgelehnte, im übrigen aber geschätzte theoretisch-beschauliche Forschung z. B. die moderne Volkswirtschaft mit ihrer im Prinzip noch individualistischen „Organisation“, mit ihren Kausalbeziehungen, ihrer Auswirkung, mit den Konsequenzen ihrer auf der wirtschaftlichen Freiheit des einzelnen, dem freien Walten des wirtschaftlichen Selbstinteresses beruhenden Gestaltung erfaßt, dann ist die wissenschaftliche Theorie, nach unsern bisherigen Darlegungen, bei der Eigenart ihres Gegenstandes, noch keineswegs am Ende ihrer Aufgaben angelangt. Vielmehr fordert der vernünftige Menschengeist außer der „beschaulich“ theoretischen Erfassung nun auch eine theoretisch, wissenschaftlich begründete Erkenntnis der prinzipiellen und praktischen Richtigkeit, der Vorteile und Nachteile einer solchen individualistischen oder sonstigen Wirtschaftsorganisation, will die Ursachen und Bedingungen dieser Vorzüge und Schattenseiten kennen lernen, so daß der praktische Politiker daraus lernen kann, was der Erhaltung wert, was der Änderung bedürftig ist. Dazu aber verhilft eben die Lehre vom Wesen des Volkswohlstandes.

Das Erkennen des Zieles der Volkswirtschaft als maßgebender Norm für die nicht launenhafte und gelegentliche, sondern szientifische und systematische Beurteilung volkswirtschaftlicher Zustände nimmt daher unter den Wahrheiten unsres Erkenntnisgebietes, neben und über der Erforschung des innern Zusammenhangs und der Wechselwirkungen der „wirtschaftlichen Erscheinungen“, die erste Stelle ein. Seine Ergründung und Darlegung ist aber noch keine Politik, in sich auch noch kein kritisches Werturteil; sie befähigt indes zur Kritik, befähigt zur Politik. Die praktische Politik setzt die Erkenntnis jenes Zieles notwendig voraus und empfängt das genauere Verständnis des allgemeinen Zieles staatlicher Wirtschaftspolitik von der nationalökonomischen, von Sozialprinzipien ausgehenden Theorie: „Erst dann kann man über die beste Wirtschaftspolitik für ein Land dis-

---

Stadtwirtschaft reden. Die Ursache hierfür liegt darin, daß wir es erst auf dieser Wirtschaftsstufe mit einer wirtschaftlichen Einheit zu tun haben, die in Sonderwirtschaften zerfällt, Sonderwirtschaften, die je einen Teil des großen Produktionsprozesses, den die Stadtwirtschaft zu ihrer Erhaltung bedarf, übernommen hatten.“



kutieren“, sagt ja auch Ludwig Pohle<sup>1</sup>, wenn man sich vorher über das allgemeine Ziel der Wirtschaftspolitik verständigt hat.“ Nur wäre hinzuzufügen, daß nichts als allgemeines Ziel der Wirtschaftspolitik vernünftigerweise hingestellt werden kann, was nicht vorher als wissenschaftlich gerechtfertigte Aufgabe der Volkswirtschaft vorausgesetzt wird. Dieser logisch zwingenden Konsequenz kann sich niemand entziehen, mag er nun den absoluten Reichtum mit der Beherrschung der Volkswirtschaft durch das Geldinteresse des Kapitalbesitzes (Kapitalismus), oder aber den materiellen Wohlstand des ganzen Volkes in Harmonie mit der Gesamtwohlfahrt der staatlich geeinten Volksgemeinschaft als allgemeines Ziel der Wirtschaftspolitik und damit der Volkswirtschaft hinstellen<sup>2</sup>.

Insofern nun aber der Nationalökonom auf Grund seiner wissenschaftlichen Erkenntnis des Zieles der Volkswirtschaft, seiner theoretischen und geschichtlichen Feststellungen über das volkswirtschaftliche „Sein“, über natürliche und tatsächliche Zusammenhänge und Kausalitäten im Wirtschaftsleben, über die Erfahrungen, die mit staatlichen und gesellschaftlichen Maßregeln wirtschaftspolitischer Art bereits gemacht wurden usw., auch selbst zu Ratschlägen für die Gegenwart und Zukunft hervorragend befähigt erscheint, hat man von Volkswirtschaftspolitik als einem Teil der wissenschaftlichen Nationalökonomie sprechen zu können geglaubt. „Als politische Wissenschaft ist die Volkswirtschaftslehre“, nach Wilhelm Lexis<sup>3</sup>, berufen, über wirtschafts- und sozialpolitische Maßregeln zu urteilen, gewisse als nützlich zu empfehlen, von andern warnend abzuraten. Diese Urteile sind zu gründen auf die objektivere Verwertung der wissenschaftlichen Erfahrungen, unabhängig von dem Einfluß der sich durchkreuzenden Einzelinteressen. Mit voller Sicherheit können sie allerdings selten abgegeben werden, weil das Verhältnis von Ursache und Wirkung in den beobachteten Tatsachen häufig nicht genau erkannt werden kann. So ist es z. B. nicht möglich, den Einfluß einer Zolländerung auf die Waren-

<sup>1</sup> Politik und Nationalökonomie, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge I (1910) 215. Pohle spricht (ebd. 551) von einer „volkswirtschaftlichen Aufgabe“ der privaten Bautätigkeit. Was aber von der Bautätigkeit gilt, das trifft ebenso für die andern Tätigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiete zu. Fassen wir nun jene mannigfachen „volkswirtschaftlichen Aufgaben“ in einen Universalbegriff zusammen, so kommen wir schließlich zu dem, was wir ganz allgemein als Aufgabe der Volkswirtschaft bezeichnet haben.

<sup>2</sup> Flesch, Soziale Praxis XIX (1909/10) 26.

<sup>3</sup> Allgemeine Volkswirtschaftslehre 26. A. Wagner (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1885, 241 weist der politischen Ökonomie als Aufgaben zu: a) die wirtschaftlichen Erscheinungen und die Art ihrer Entwicklung festzustellen; b) die Gründe der Erscheinungen und ihrer Evolution zu untersuchen; c) den sozialen Wert derselben abzuschätzen; d) das Ziel anzugeben, nach welchem die ökonomische Entwicklung hingelenkt werden muß; e) den Weg und die Mittel anzugeben, welche zu diesem Ziele führen.

preise mit Bestimmtheit festzustellen. Auch sind die Vertreter der Wissenschaft häufig selbst nicht frei von unbewußten subjektiven Vorurteilen. Prinzipiell aber darf der leitende Gedanke für die Wissenschaft nur der eine sein: möglichst wirksame Förderung des allgemeinen Wohles. Freilich besteht nicht immer Einstimmigkeit über das, was in einem gegebenen Falle als das wahre Interesse der Gesamtheit anzusehen sei. Es können sich daher auch wissenschaftliche Parteien über solche Fragen in gutem Glauben widersprechen. Unbedingt aber ist es geboten, daß die Wissenschaft sich frei halte von dem Einflusse von Interessentengruppen, die ihre Sache auch unter wissenschaftlicher Flagge geführt sehen möchten. Tatsächlich steht ja die Wirtschaftspolitik in allen Staaten überwiegend unter der Herrschaft von Parteien mit wirtschaftlichen Sonderinteressen. Ist eine allein nicht mächtig genug, um selbständig ihren Willen durchzusetzen, so verbindet sie sich mit einer andern zu einer gemeinschaftlichen Taktik. Die Wissenschaft muß sich unter solchen Umständen begnügen, zu lehren, was sein sollte, und ihre Lehre wird auf die Dauer doch nicht ohne Wirkung bleiben, namentlich, wenn es sich um sozialpolitische Fragen handelt, die nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine ethische Bedeutung haben.“

Wenn jedoch hervorragende Gelehrte solche und ähnliche Auffassungen ablehnen, weil dabei der Unterschied von Wissenschaft und Politik verkannt werde, dann darf man einen solchen Einwand nicht ohne weiteres geringschätzig ablehnen, wird denselben vielmehr ernstlich auf seine Berechtigung hin prüfen müssen.

Die Politik ist die Kunst, die rechten Mittel auszuwählen für den rechten Zweck. Kunst und Wissenschaft aber schließen sich gegenseitig begrifflich aus: „Beide sind Fertigkeiten des Verstandes: allein die Wissenschaft befaßt sich mit der Wahrheit im allgemeinen. Die praktische Wissenschaft insbesondere hat die Wahrheit der allgemeinen auf die Leitung der menschlichen Handlungen sich beziehenden Grundsätze zum Gegenstande. Die Kunst dagegen hat es, ähnlich wie die Klugheit, mit den einzelnen konkreten Handlungen zu tun, die sie nach allgemeinen praktischen Grundsätzen der Vernunft leitet und ordnet. Sie vermittelt uns nicht das Wissen, sondern das Können. Man unterscheidet zwar nicht selten die lehrende Kunst (*ars docens*) von der ausübenden Kunst (*ars utens*). Aber die lehrende Kunst (Kunsttheorie) ist keine eigentliche Kunst, sondern eine praktische Wissenschaft, welche die allgemeinen Regeln für die Kunst aufstellt. Niemand wird einen bloßen Theoretiker der Musik oder Malerei einen Künstler nennen. Künstler im eigentlichen Sinne ist nur derjenige, der durch Übung die Fertigkeiten erworben hat, seine Tätigkeiten nach den Regeln der Kunst zu ordnen, z. B. Bildsäulen oder Gemälde zu verfertigen u. dgl.“<sup>1</sup>. So ist auch der

<sup>1</sup> V. Cathrein, *Moralphilosophie* I<sup>5</sup> (1911) 4 338 f.

Nationalökonom als solcher kein Politiker, die nationalökonomische Wissenschaft keine Politik, auch keine Theorie der politischen Technik im einzelnen. Die Politik, wenn sie vollkommen und mit klarem Bewußtsein ausgeführt wird, setzt immer eine Wissenschaft voraus. Man kann aber in der Wissenschaft sehr ausgebildet sein, ohne die Kunst der Politik zu besitzen. Die Nationalökonomie als solche verleiht nicht das Können, sondern lediglich in abgemessenem Umfange das Wissen: die Erkenntnis des Werdens und Seins der Volkswirtschaft, der Ursachen und Wirkungen in diesem Sein, der für das und in dem wirtschaftlichen Volksleben geltenden Prinzipien, Gesetze und Gesetzmäßigkeiten allgemeiner Erfahrungstatsachen, der obersten aller Ursachen, der Zweckursache, des Zieles der Volkswirtschaft usw. Sie bietet damit dem praktischen Politiker wichtige Kenntnisse, aber nicht alle Kenntnisse, deren dieser bedarf. Mit andern Worten: die Nationalökonomie als Wissenschaft ist in der Tat wohl zu unterscheiden von der Politik: aber, soweit sie praktische Wissenschaft ist, bietet sie doch wieder, in wissenschaftlichen Prinzipien und allgemeinen wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Politik die für diese unentbehrliche allgemeine volkswirtschaftliche Theorie<sup>1</sup>.

Es wäre nun schon viel gewonnen, wenn eine Einigung wenigstens dahin erzielt werden könnte. 1. daß die Nationalökonomie etwas mehr ist als eine „theory of business“, als bloße „Katallaktik“, d. h. als Wissenschaft vom Tausche und Lehre von dem Werte und Preise, daß sie den ganzen volkswirtschaftlichen Lebensprozeß in seiner vollen Ausdehnung, die Bedeutung aller dafür relevanten Elemente, die Wirksamkeit aller darin und dabei tätigen Faktoren, umfassen muß: 2. daß es auch eine wissenschaftliche Theorie des „Seinsollens“ gibt, und daß im

---

<sup>1</sup> Es sind also allgemeine theoretische Kenntnisse und aus der Erfahrung abstrahierte allgemeine Erkenntnisse, vermöge deren die Nationalökonomie zum wissenschaftlichen Berater der Wirtschaftspraxis werden kann. Gewiß, es mögen dabei, namentlich in prinzipieller Hinsicht, bei den Vertretern der wissenschaftlichen Nationalökonomie mannigfache Verschiedenheiten zu Tage treten. Allein diese Verschiedenheiten beweisen doch eben nur die Möglichkeit des Irrtums, keineswegs die Unmöglichkeit der Erkenntnis der Wahrheit und noch weniger die Bedeutungslosigkeit der Wahrheit für das praktische Leben und Handeln. „Der praktische Normen aufstellende wissenschaftliche Forscher“, sagt Adolf Weber Neuere Literatur zur Wohnungsfrage, in Soziale Kultur XXV [1905] 625. „kann nie voraussetzungslos sein: er wird außer den rein wirtschaftlichen Erwägungen seine Weltanschauung, seine ethischen Grundsätze mit zu Rate ziehen. Der politische Wirtschaftspraktiker wird außerdem aber auch noch die verschiedenen Volksstimmungen und Parteibildungen berücksichtigen müssen; er muß sich vielleicht manchmal für weniger Gutes entscheiden, um ganz Schlechtes abzuwenden. Der Parteipolitiker macht sich, wenn auch unbewußt, zum Advokaten der Volksstimmung: er sucht, wenigstens soweit es sich um die Stimmung des Volkes handelt, das zu seiner Partei hält, diese ‚Stimmung‘ weniger wissenschaftlich zu verstehen, sondern sie vor allem zu rechtfertigen.“



Bereiche der nationalökonomischen Wissenschaft, abgesehen von aller Ethik, aus dem besondern Wesen der Volkswirtschaft und aus ihrem Verhältnis zur staatlich gesellschaftlichen Gemeinschaft, ein zweckliches „Seinsollen“ sich ergibt, somit auch die Möglichkeit, kritische Werturteile zu fällen, allgemein gehaltene und wissenschaftlich begründete Normen aufzustellen. Daß es sich bei solchen Normen nicht um kategorische Imperative handelt, daß namentlich die praktische Politik stets die konkreten Verhältnisse bis ins Detail zu berücksichtigen hat — was übrigens auch als theoretisch allgemeine Wahrheit gelten kann —, daß die Politik in vielfacher Hinsicht Kunst des Möglichen bleiben muß, versteht sich von selbst. Man könnte aber vielleicht noch darüber verschiedener Ansicht sein, ob die Wissenschaft sich nicht auf jene allgemeinen Erkenntnisse, Werturteile und Normen beschränken müsse, indem sie die Anwendung auf den einzelnen Fall der praktischen Politik überließe. Temperamentvolle Autoren freilich werden die wissenschaftlich zulässigen Grenzen „angewandter Wirtschaftstheorie“ möglichst weit ziehen wollen, schließlich selbst eine bis ins einzelne gehende volkswirtschaftliche „Kasuistik“ für wissenschaftliche „Theorie“ halten. Sei dem, wie ihm wolle, jedenfalls wäre es verfehlt, bei Zurückweisung wirklicher oder vermeintlicher Übergriffe auf das Feld praktischer Politik die für die Politik so bedeutsamen Aufgaben der Volkswirtschaftslehre und ihren eigenen praktisch-wissenschaftlichen Charakter in Frage zu ziehen.

Aufs nachdrücklichste betont z. B. Albert v. Schäffle<sup>1</sup>, daß die Sozialwissenschaft die Theorie der Sozialpolitik sein müsse. „Ein armer und mutloser Geist“, sagt er aber, „ist jeder Diener der Sozialwissenschaft, der nicht zugleich im Dienste der Weiterführung der zivilen Schöpfung arbeitet, der es nicht vermag oder es nicht wagt, von der Kenntnis des Gewordenen und Gegebenen aus wissenschaftliche Gesichtspunkte für die Werkführung des Fortschritts in irgend welcher Sphäre der Zivilisation aufzustellen. Allen Spöttern zum Trotz wird der sozialwissenschaftliche Forscher von dem, was geworden, nach dem aus- schauen, was erst geschaffen werden soll, und seine Mitbürger — von den obersten Werkführern des Gesellschaftsbaues, den Staatsmännern an — werden in jeder

<sup>1</sup> Eugenie Fabian-Sagal, Albert v. Schäffle und seine theoretisch-national-ökonomischen Lehren. In durchgängig maßvoller Weise haben von den deutschen Nationalökonomien Wagner, Conrad, Philippovich, Lexis, Dietzel, Buchenberger usw. die Erörterung des „Sollseins“ innerhalb der Nationalökonomie zugelassen und geübt. Roscher, Schmoller, Brentano traten für die Beschränkung auf die Untersuchung des „Seins“ ein. Vom Standpunkte der „historischen“ Nationalökonomie ist das verständlich. Brentano bekennt sich zum Comteschen Positivismus. Volle Konsequenz in der Durchführung jener Beschränkung wurde indes auch hier selten geübt. (Vgl. Herkner, in Schmollers Jahrbuch XXXVI [1912] 516 f. 528 f.) In der Neubearbeitung des Artikels „Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode“ (Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 496) sagt auch Schmoller: „Nicht gänzliche Beseitigung aller Ideale, aller Erörterung des Seinsollenden ist in unsrer Wissenschaft zu verlangen, aber Takt, Objektivität, Zurückhaltung in der Anwendung.“

Krisis von ihm praktische Urteile und Vorschläge verlangen und dankbar sein, solche bei ihm zu finden.“

„Mit dem Pathos seiner starken Persönlichkeit redet hier Schäffle“, sagt Altmann<sup>1</sup>. „Die Skepsis gegenüber dem Seinsollenden als Aufgabe der Wissenschaft“ könne indes, so meint er, „durch gefühlsmäßige Auffassung nicht beeinträchtigt werden.“ Er erkennt freilich gleichzeitig an, daß „die Überzeugung von den praktischen Aufgaben der Nationalökonomie die historisch bedeutsamste Grundanschauung in der Geschichte dieser aus praktischen Forderungen hervorgegangenen Wissenschaft“ sei, daß man bis heute „diese Forderungen an die ‚Wissenschaft‘ auf die Gesamtheit ihrer Zweige erstreckt hat“. Und alle diejenigen, die bisher Zielpunkte aufstellten, Grundlagen für die Gesetzgebung, theoretische Maßstäbe der praktischen Politik angaben, ohne zu fürchten, dadurch den Boden der Wissenschaft zu verlassen, sie alle sollten sich getäuscht haben? Liegt da nicht die Annahme näher, daß die gegenwärtige übertriebene Skepsis gegenüber der Erkenntnis und Begründung des Seinsollenden sich lediglich auf eine hoffentlich vorübergehende Anwendung erkenntnistheoretischer Verzagttheit zurückführt?

Nach Altmann kann die Erkenntnis des Seinsollenden nicht Aufgabe der Wissenschaft sein, die „Ideale“ könnten und müßten aber doch, wie er meint, ihr Gegenstand bleiben. Freilich fehle ein absolutes, allgemeines Ideal, das die Verschiedenheit der persönlichen Bekenntnisse in einer höheren Einheit und Übereinstimmung der Überzeugung überwinden könnte. Es handle sich vielmehr um die **verschiedenen Ideale der verschiedenen politischen Parteien**, und zwar der „notwendigen“ Parteien im Sinne Jellineks, d. i. jener Parteien, „die in den allgemeinen Verhältnissen des Volkslebens, der Klassen-, Standes- und Berufsschichtung wurzeln“. Die Ideenwelt dieser notwendigen Parteien, „über deren Recht auf Existenz nicht gestritten werden kann, der Vertreter des konservativen, liberalen, sozialistischen Prinzips“, werde von der Wissenschaft einfach hingenommen. Altmann will nicht verneinen, daß die einzelnen politischen Ideale sich schließlich in ein „Axiom“ auflösen, „das sich in jedem der praktischen Ziele als seinen Konsequenzen spiegelt“ (Dietzel), nämlich „in die gleichberechtigten Prinzipien des Individualismus und Antiindividualismus“. Doch fügt er bei, daß das den Zeitproblemen zugewendete Parteiideal der Lebensfülle der Erscheinungen um vieles näher stehe als jener weitere, wenig differenzierende Begriff des axiomatischen Prinzips. Insofern nun die Forderungen der Parteien aufeinanderstoßen, komme es in der Praxis meist zu einem Kompromiß. Das geltende Recht, die Sozialpolitik mit ihren praktischen Zielen, seien Resultanten, Kompromisse aus verschiedenen Tendenzen gegebener Mächte. „Ein wissenschaftliches System wird sie (die Politik), wenn ihr praktisches Ziel genau umschrieben und die Mittel zu seiner Erreichung genau fixiert werden.“ Nur muß man sich wiederum, nach Altmann, „von jener verhängnisvollen Verirrung fernhalten, daß die wissenschaftliche Wahrheit in der Mitte zwischen zwei Extremen liege“, wie Held gemeint habe.

Aber wo liegt denn die „wissenschaftliche Wahrheit“? so möchten wir fragen. Die verschiedenen „Ideale“ der politischen Parteien können nach Altmann in sich keine „wissenschaftliche Wahrheit“ beanspruchen, mochten auch lange Zeit, bei der

<sup>1</sup> Das Problem der Gerechtigkeit der Besteuerung, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIII (1911) 77—96.

unbestrittenen Herrschaft des Liberalismus in der Nationalökonomie, die aus dem Ideal des privatwirtschaftlichen Konkurrenzsystems sich ergebenden Folgerungen als die wahren regulativen Prinzipien für Forschung und Leben gegolten haben. In Wirklichkeit aber kam ihnen freilich ebensowenig wie den Idealen der andern „notwendigen“ Parteien „wissenschaftliche Wahrheit“ zu. Und auch die Resultante aus den verschiedenen Idealen und deren Folgerungen stellt keine „wissenschaftliche Wahrheit“ dar. Da wird es uns in der Tat schwer, einzusehen, wie bei dieser Auffassung „die Politik“ überhaupt noch dann „ein wissenschaftliches System“ sein oder werden kann, „wenn ihr praktisches Ziel genau umschrieben und die Mittel zu seiner Erreichung genau fixiert werden“. Im besten Falle wird es sich dabei ja doch, mit Heinrich Dietzel<sup>1</sup> zu reden, lediglich um eine systematisch durchdachte und somit bloß den formalen Charakter einer Wissenschaft an sich tragende Formulierung dessen handeln, was den verschiedenen politischen Parteien „nützlich“ dünkt, bzw. der aus diesen divergierenden Wünschen sich ergebenden Resultante. Dem materiellen Charakter nach eine Wissenschaft könnte hieraus erst dadurch werden, daß — nicht etwa ein unbewiesenes und unbeweisbares „Axiom“, sondern — ein wohlbegründetes Prinzip zum logischen Ausgangspunkt genommen würde. Und zu einem solchen Prinzip — dem nämlichen, welches wir aufgestellt — scheint gerade Altmanns Gedankenentwicklung logisch notwendig zu führen, sofern man nur einen einzigen Gedanken weiter verfolgt, den Altmann selbst zum Ausdruck bringt. Er sagt nämlich, daß alle Parteien es grundsätzlich ablehnen, einseitige Interessengruppen zu sein, daß sie alle das Wohl des ganzen Volkes im Auge zu haben behaupten. Mögen sie auch oft irrümlicherweise ihr eigenes Interesse mit dem Gesamtinteresse verwechseln; indem sie aber ihre Ideale als Ideale der allgemeinen Volkswohlfahrt verteidigen, so liegt doch eben in dieser Übereinstimmung die nachdrückliche Anerkennung einer allgemeinen Wahrheit: daß nämlich nicht das einseitige Interesse der Partei, die ihrem Begriff nach immer nur pars bleibt, sondern das Gesamtinteresse des ganzen Volkes für die Zielsetzung in der Politik entscheidend sei. Und ist die materielle Volkswirtschaft Ziel der Politik, so ist sie es hinwiederum nur darum, weil sie eben Ziel und Aufgabe der Volkswirtschaft darstellt. Das wäre aber dann in der Tat ein wissenschaftlicher Begründung fähiges Prinzip, welches der theoretischen Nationalökonomie zum sichern Ausgangspunkt zu dienen wohl geeignet ist. Oder sollte unser modernes Denken durch den Wirrwarr der Systeme und Theorien so geschwächt sein, daß es sich nicht mehr erheben könnte zu einer klaren Erkenntnis über Mensch, Gesellschaft, Staat, Volkswirtschaft, das Verhältnis zwischen Individuen und Volksgemeinschaft mit den hieraus für das volkswirtschaftliche Gebiet sich ergebenden streng logischen Konsequenzen? Sollte die Wissenschaft in ihrer Schwäche es ganz und gar den „Parteien“ überlassen müssen, Zielpunkte aufzustellen? Muß sie, um Wissenschaft zu bleiben, darauf verzichten, das Leben bestimmend zu beeinflussen? Darf sie nicht auch offen sprechen? und soll der reale Fortschritt gänzlich den zufälligen Machtverhältnissen politischer Parteien überantwortet bleiben, oder angeblichen „Entwicklungstendenzen“, die schließlich, in menschlichen Verhältnissen, doch nur bei richtiger Leitung wahren Fortschritt sichern können? Ist es nicht gerade die schönste Aufgabe der Wissenschaft, überall, wo mensch-

<sup>1</sup> Theoretische Sozialökonomik (1895) 6.



liches Handeln, die Gestaltung und Fortbildung menschlicher Verhältnisse in Frage stehen; dem Verstande, der begründeten Einsicht, den ausgleichenden Forderungen der Vernunft Geltung zu verschaffen gegenüber der Stimme der Leidenschaft, der Selbstsucht, der Einseitigkeit des interessierten Parteigetriebes? „Die Negation der praktischen Sozialökonomik kann ernstlich gar nicht gewollt werden“. urteilt sehr richtig Heinrich Dietzel<sup>1</sup>; „die Frage: ‚Was frommt dem konkreten Staat?‘ (List), dürfen die Vertreter der Wissenschaft nicht von sich abschütteln. . . . Was würde die Folge sein, wenn sie — um völlig neutral zu bleiben — deren Lösung dem ‚Praktiker‘, dem ‚künftigen Beamten‘ überlassen? Dann würden eben andere weit weniger neutrale, von egoistischem Interesse bewegte Kräfte sich der Aufgabe bemächtigen, würden sich wahrhaft ‚realistische‘ Lehrer der Wirtschaftspolitik suchen, sie auf ein Parteiprogramm vereidigen. Es ist eine Sonderbarkeit, wenn die Vertreter der Wissenschaft nur Material geben, nur das Sein beschreiben wollen, und ihre Leser und Hörer auffordern, sich daraus die ‚Entscheidungen‘ selbst zu gewinnen. Es ist vielmehr ihr Recht und ihre Pflicht, zu den Problemen des Seinsollens Stellung zu nehmen.“

Immerhin mögen jedoch, wie gesagt, einzelne Nationalökonomien „politischierend“ die Grenzen der Wissenschaft überschritten haben. Ob und inwieweit sie deshalb zu tadeln sind, wollen wir nicht entscheiden. Eines bloß sei hier betont: Der Lehrstuhl darf niemals zur Tribüne werden (Bücher), die wissenschaftliche Nationalökonomie nicht zur „Volksversammlung-Nationalökonomie“<sup>2</sup>. Der erstrebte Einfluß der Wissenschaft auf die Politik, richtig bemessen, wird nur ein mittelbarer sein. Einseitige Partei- und Interessenpolitik insbesondere fällt gänzlich aus dem Rahmen der Wissenschaft heraus. Gegen sie bietet gerade die wissenschaftliche Nationalökonomie die besten Waffen. Wenn aber die Volkswirtschaftslehre zur praktischen Politik, das ist zur richtigen Auswahl der Mittel für Verwirklichung des Volkswohlstandes, durch Darbietung allgemeiner Erkenntnis des volkswirtschaftlichen „Seins“ und „Seinsollens“ theoretisch befähigt, so muß man nicht gleich sagen, sie treibe dadurch in unzulässiger Weise Politik. Und ob es gerade notwendig sein wird, über Maßnahmen der Politik lediglich in bedingter Form<sup>3</sup> zu sprechen, lassen wir dahingestellt.

<sup>1</sup> Theoretische Sozialökonomik 50. Auch Heinrich Sieveking Bank-Archiv XII [1912] 48) sagt: „Die Wissenschaft hat nicht nur die Aufgabe, naturgesetzlich den Kausalzusammenhang zu erfassen, sie muß auch, wo menschliches Handeln in Frage kommt, die gefällten Entscheidungen beurteilen und die Grundsätze neuer Entscheidungen aufzeigen. Keineswegs wird dadurch die Theorie zu einer ‚Magd der Politik‘. Man könnte eher umgekehrt von einer Herrschaft der Wissenschaft reden, die sich durchsetzen sollte. Plato verlangte, daß die Staatsmänner Philosophen wären, das 18. Jahrhundert wollte einen ‚philosophischen Bauer‘ und einen ‚philosophischen Kaufmann‘; wir würden hier heute von einem gebildeten Geschäftsmann, einem gebildeten Staatsmann reden und verstehen darunter nicht den, der die größte Menge von Einzelkenntnissen hat, sondern den, der sie systematisch zu ordnen weiß; nicht den, der überall eingreift, sondern den, der großen Zielen bewußt, beharrlich und geschickt nachzustreben versteht.“

<sup>2</sup> Die böse Bezeichnung „Animier-Nationalökonomie“ wollen wir gar nicht erwähnen.

<sup>3</sup> Vgl. Say, Cours complet d'écon. pol. II<sup>2</sup> (1840 556): „Celui qui connaît, comment les faits s'enchainent, s'il dit: ‚Faites ainsi; ne faites pas ainsi‘, parle dans le sens de sa volonté; celui qui se borne à dire: Si vous faites ainsi, voilà quel sera le résultat de votre action, ne déclare que la volonté de la nature des choses, et il en a toute l'autorité.“

Auch in bedingter Form können „Ratschläge“ erteilt werden. Sage ich jemand: wenn du mit dem Kopf wider die Wand rennst, dann wird voraussichtlich dein Kopf Schaden leiden, so ist das in Wirklichkeit doch auch ein Ratschlag. Übrigens bemerkt diesbezüglich Heinrich Dietzel<sup>1</sup>: „Die Anhänger des Prinzips, daß die Sozialökonomik — vorläufig wenigstens — rein deskriptiv zu verfahren habe, sind selbst dem Prinzip keineswegs treu geblieben. Schmoller und Brentano haben genug ‚rezeptiert‘. ‚Ratschläge‘ erteilt; und sie haben wohl daran getan, solche Inkonsequenz zu begehen.“ Diese „Inkonsequenz“ findet sich nicht bloß bei den Anhängern der historischen Schule. J. B. Say war einer der ersten, der verkündete, die Wissenschaft habe seit Adam Smith deshalb viel gewonnen, weil sie nicht mehr Befehle gebe, sondern nur Aussagen über den Zusammenhang der Dinge mache. „Mit dieser Forderung“, sagt Otto Neurath<sup>2</sup>, „wurden die Merkantilisten sowie die Physiokraten in Acht und Bann getan, — bis schlaue Köpfe in Smith und Say nachschlugen und auch bei ihnen auf Stellen stießen, in denen sie mit großer Wärme und Energie Ratschläge erteilten.“ Schon melden sich ja auch wiederum „schlaue Köpfe“, welche einzelnen Vertretern der „neuen Richtung“ das gleiche nachweisen und zeigen, daß der Kampf gegen die nationalökonomische „Politik“ doch mehr ein Kampf gegen die „Politik“ der Kathedersozialisten ist. Wie dem immer sei, mögen die Kathedersozialisten in der Lehre von den Produktionsfaktoren, der Einkommensverteilung, dem Kapitalgewinn usw., wie behauptet wird, geirrt haben oder nicht, jedenfalls wäre es verfehlt, etwaiger Irrungen auf kathedersozialistischer Seite wegen den praktischen Charakter der volkswirtschaftlichen Wissenschaft in Frage zu stellen.

Wir haben die Volkswirtschaftslehre eine sozial- und staatswissenschaftliche Disziplin genannt, haben sie als ökonomische Wissenschaft charakterisiert, dabei aber gleichzeitig betont, daß, wenn auch die ethische Wertung der wirtschaftlichen Vorgänge nicht zu den Aufgaben der Nationalökonomie gehöre, doch eine nationalökonomische Wertung des Ethischen keineswegs auszuschließen sei. Hieran knüpfen sich eine Reihe weiterer Fragen, die nicht ohne Bedeutung sind für das richtige Verständnis der Stellung der Nationalökonomie im Kreise der Wissenschaften.

## § 2.

### Die Nationalökonomie in ihrem Verhältnis zu den Gesellschaftswissenschaften und zur Moral.

**Literatur:** A. M. Weiß, Soziale Frage und soziale Ordnung<sup>4</sup> (1904). — G. v. Mayr, Die Pflicht im Wirtschaftsleben (1900; Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften<sup>2</sup> (1906)). — Ratzinger, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen<sup>2</sup> (1895) 1—43. — Schönberg, Handbuch I<sup>4</sup> 63 ff. — Knies, Politische Ökonomie 133 ff. — Cohn, Grundlegung der Nationalökonomie (1885) 75 ff.; Über den wissenschaftlichen Charakter der Nationalökonomie, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (1905), 3. Heft, 461 ff. — A. Wagner, Grundlegung I 115 ff. — Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916) über ethische und sozialrechtliche Richtung 382 ff. 399 ff. — Périn, Premiers prin-

<sup>1</sup> Theoretische Sozialökonomik (1895) 50.

<sup>2</sup> Zur Theorie der Sozialwissenschaften, in Schmollers Jahrbuch XXXIV (1910) 60.

cipes d'économie politique (1895) 54 ff. — L. Cossa, Die ersten Elemente der Wirtschaftslehre, nach der 9. italienischen Aufl. bearbeitet von Moormeister-Görres<sup>4</sup> (1903) 2 ff. — Liberatore, Grundsätze der Volkswirtschaft 12 ff. — Devas-Kämpfe, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1896) 472 ff. — Antoine, Cours d'économie sociale<sup>4</sup> (1908) 9 ff. — Toniolo, Trattato di economia sociale I (1907) 2 ff. 133 ff. 143 ff. — Minghetti, Des rapports de l'économie publ. avec la morale et le droit 1863. — Baudrillart, Des rapports de l'économie politique et de la morale<sup>2</sup> 1883. — Walter, Sozialpolitik und Moral 1899. — Theobald Ziegler, Die soziale Frage eine sittliche Frage 1899. — G. Schönberg, Die sittlich-religiöse Bedeutung der sozialen Frage 1876. — Biederlack, Soziale Frage 97 bis 113. — Laveleye, Des rapports de l'économie politique avec la morale, le droit et la politique, in der Revue des Deux Mondes 1878. — Mausbach, Christentum und Weltmoral<sup>2</sup> (1907). — Waitz, Hauptfragen der christlichen Gesellschaftswissenschaft 1911: Das Verhältnis der natürlichen und der übernatürlichen Ordnung auf dem Gebiete der Sittlichkeit, in „Moralprobleme“, Vorträge auf dem dritten theologischen Hochschulkursus zu Freiburg im Breisgau im Oktober 1910/1911 351 ff. — Schwiedland, Die psychologischen Grundlagen der Wirtschaft, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Januar 1905. — Emil Steinbach, Die Moral als Schranke des Rechtserwerbs und der Rechtsausübung (1898; Treue und Glauben im Recht der Schuldverhältnisse (1903). — G. Blondel, Question sociale et le devoir social (1903). — Deploige, Le conflit de la morale et de la sociologie 1912. — Meffert, Sozialpolitik und Naturrecht, in den Histor.-polit. Blättern CXXIX (1902) Heft 5. — Funk, Recht und Moral in Bezug auf das Wirtschaftsleben, in der Theologischen Quartalschrift 1869: Die ökonomischen Anschauungen der mittelalterlichen Theologen, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (1869) 125 ff. — Schüz, Das sittliche Moment in der Volkswirtschaft, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1844 132 ff. — v. Wiese, Die politischen und ethischen Elemente der Sozialpolitik, im Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie III (1910) 326 ff. — Wendland, Handbuch der Sozialethik 1916. — Meinertz und Sacher, Deutschland und der Katholizismus (1918). — F. X. Eberle, Katholische Wirtschaftsmoral 1921.

—1. Die Verselbständigung der Nationalökonomie als besonderer Wissenschaft vollzog sich erst in der Neuzeit. Gleichwohl waren wichtigere Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet auch in früheren Zeiten Gegenstand der Beobachtung und wissenschaftlicher Prüfung<sup>1</sup>. Xenophons Schrift „Über die Wirtschaft“, Platos „Republik“ und „Gesetze“, Aristoteles' „Politik“ enthalten interessante Ausführungen über Chrematistik (Lehre von den Gütern), den Reichtum, die Elemente der Produktion, Arbeit und Arbeitsteilung, Natural- und Geldwirtschaft, Wert, Güterverteilung, Privateigentum usw. Die Sklaverei wird von den antiken Forschern durchweg für notwendig gehalten, auch von Aristoteles. Seine Bemerkung, die Sklaverei werde unnütz sein, sobald einmal die Zither von selbst töne und das Weberschiffchen von selbst gehe, deutet wohl kaum auf eine Voraussicht anderer Zustände hin. Über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ihrer Zeit berichten namentlich die Historiker Herodot und Thukydides. Von den römischen Schriftstellern, welche sich mit wirtschaftlichen (meist agrarischen) Fragen beschäftigten,

<sup>1</sup> Vgl. L. Cossa, Elemente der Wirtschaftslehre, von Moormeister-Görres<sup>4</sup> (1903) 15 ff.; J. K. Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre, übersetzt von Roschlau (1890) 8 ff. (jetzt 2. Aufl.); A. Blanqui, Geschichte der politischen Ökonomie in Europa, übersetzt von Buß I (1840) 25 ff.; Roscher, Eisenhart usw.



seien erwähnt Cicero (*De officiis*), Cato, Varro, Columella, Virgil (*Georgica*), Seneca, der ältere Plinius, von dem der bekannte Ausspruch herrührt: *Latifundia perdidit Italiam*.

Die mittelalterlichen<sup>1</sup> Theologen und Juristen behandelten Probleme des Wirtschaftslebens regelmäßig im Zusammenhange mit der Moral und Jurisprudenz, speziell mit dem kanonischen Recht. Vor allem kommt hier Thomas von Aquin in Betracht, dessen Lehren über Privateigentum, Arbeit, Wert, Gerechtigkeit im Tauschverkehr, Güterverteilung usw. heute noch eingehende Beachtung finden<sup>2</sup>. Ehrenvolle Erwähnung verdienen ferner der hl. Antonin von Florenz<sup>3</sup>, Bernardin von Siena, Franziskus Patricius, Gabriel Biel, Gerson u. a. Eine „scharfsinnige, fast moderne“<sup>4</sup> Geldtheorie lieferte der 1382 als Bischof von Lisieux in der Normandie verstorbene Nikolaus Oresmius (*Oresme*).

<sup>1</sup> Näheres bei H. Contzen, *Geschichte der volkswirtschaftlichen Literatur im Mittelalter*<sup>2</sup> (1872). Funk, *Über die ökonomischen Anschauungen der mittelalterlichen Theologen*, in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* XXV (1869) 125 ff.; *Über Reichtum und Handel im christlichen Altertum*, in den *Histor.-polit. Blättern* CXXX (1902). Jourdain, *Commencements de l'économie politique dans les écoles du moyen-âge*, in *Mémoires de l'Institut National de France* XXVIII (1874). Brants, *L'économie politique au moyen-âge* (1895). V. Cusumano, *Dell' economia politica nel medio evo* (1876). Cibrario, *Dell' economia politica del medio evo* (3 Bde, 1839; 52 Bde 1861); französische Übersetzung von Barneaud und Wolowski (2 Bde, 1859).

<sup>2</sup> Auch die älteren christlichen Schriftsteller reden von dem wirtschaftlichen Leben unter moralischem Gesichtspunkte. Vgl. Ign. Seipel, *Die wirtschaftlichen Lehren der Kirchenväter* (1907); O. Schilling, *Reichtum und Eigentum* (1908). — Zu Thomas vgl. F. Walter, Artikel „Thomas von Aquin“, im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* VII<sup>3</sup> 1186 ff.; Mausbach, Artikel „Thomas von Aquin“, in *Wetzer und Weltes Kirchenlexikon* XI<sup>2</sup> 1625 ff.; Endres, Artikel „Thomas von Aquin“, im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* V<sup>4</sup> 436 ff.; Ashley, Aquinas, in *Palgrave's Dictionary* I; Contzen, *Thomas von Aquin als volkswirtschaftlicher Schriftsteller* 1861; Biederlack, *Zur Gesellschafts- und Wirtschaftslehre des hl. Thomas*, in der *Zeitschrift für katholische Theologie* XX (1876); Baumann, *Die Staatslehre des hl. Thomas von Aquin* (1873. 21909); Crahai, *La politique de St. Thomas d'Aquin* 1896; Maurenbrecher, *Thomas von Aquins Stellung zum Wirtschaftsleben seiner Zeit* (1898); N. Thoemes, *D. Thom. Aq. opera etc.* I (1875) 13—20; ferner Antoniadès, *Entstehung und Verfassung des Staates nach Thomas von Aquin* 1889; Goedeckemeyer, *Die Staatslehre des Thomas von Aquin*, in den *Preußischen Jahrbüchern* CXIII (1903) Heft 3. Die Eigentumslehre nach Thomas findet sich in den von uns vielfach zitierten Schriften von Meyer, Hertling, Cathrein, Walter, Schaub. Hilgenreiner behandelt im „*Katholik*“ 1901. 1 u. 2 „die Erwerbsarbeit in den Werken des hl. Thomas von Aquin“ usw. Ott, *Thomas von Aquin und das Mendikantentum* (1908). Kuhn, *Die Probleme des Naturrechts bei Thomas von Aquin* (1909). Endres, *Thomas von Aquin* 1910. Zeiller, *L'idée de l'État dans St. Thomas* (1910). Grabmann, *Thomas von Aquin* (1912). Edm. Schreiber, *Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik seit Thomas von Aquin* (1913).

<sup>3</sup> Vgl. Karl Ilgner, *Die volkswirtschaftlichen Anschauungen Antonins von Florenz* (1904); Mausbach, *Die Ethik des hl. Augustinus* (1909); Kopp, *Die Stellung des hl. Joh. Chrysostomus zum weltlichen Leben* 1905; Weinand, *Antike und moderne Gedanken über die Arbeit* (1911).

<sup>4</sup> K. Walker, *Handbuch der Nationalökonomie* V<sup>2</sup> (1888: *Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus* 6. Vgl. auch Roscher, *Geschichte der Nationalökonomik*

Auch in der Folge, seit Beginn der Neuzeit, beschäftigten sich Kanonisten und Theologen mit wirtschaftlichen Gegenständen, insbesondere mit der Lehre vom Darlehen, den Zinstiteln, dem Wucher<sup>1</sup>, der Sozietät, dem Rentenvertrag, dem Wechsel, den Banken und Bankgeschäften, den Leihhäusern (*montes pietatis*), den Kaufgeschäften, Geld und Zahlung, Steuerwesen usw. Es wird jedenfalls noch mancher fleißigen Spezialforschungen bedürfen, bis die wenig gekannten Schätze wissenschaftlicher Erkenntnis für unser Gebiet aus den Werken der Kirchenväter, der mittelalterlichen und neuzeitlichen Theologen, eines Suarez, Molina, de Lugo, Mariana, Laymann usw. gehoben sind. Besondere Erwähnung unter den Staatsschriftstellern jener Zeit verdient Bodinus mit seinem Werke „*De republica*“; auch Thomas Morus, Idealstaat „*Utopia*“. Aus der Reihe der Münztheoretiker seien Nikolaus Kopernikus (*De monetarum cudenda ratione*), Agricola, Budelius, Scaruffi hier genannt.

Mehr und mehr machte sich indes das Bedürfnis gesonderter Behandlung wirtschaftlicher Fragen geltend, nachdem der Verkehr mit dem Zeitalter der Entdeckungen und Erfindungen sich lebhafter zu gestalten begonnen hatte, und als speziell wegen der erweiterten Aufgaben der Staatstätigkeit innerhalb des wirtschaftlichen Gebietes eine ganze Reihe prinzipieller und praktischer Probleme dem Geiste sich aufdrängte. Die Schriftsteller der merkantilistischen Zeit, welche vorzugsweise über die Vorteile der Ausfuhr von Manufakturzeugnissen, über Geld und Geldbestand, Einfuhr und Ausfuhr, Prämien, Zölle, Kolonialpolitik, dann auch über Bevölkerungstheorie usw. schrieben, dürfen hier an erster Stelle Erwähnung finden<sup>2</sup>. Die gewöhnliche Auffassung geht jedoch wohl mehr dahin, daß ein eigentliches wissenschaftliches System von umfassenderer Bedeutung sich erst nach der Mitte des 18. Jahrhunderts bei den französischen Physiokraten (Quesnay, Turgot usw.) zu bilden begann<sup>3</sup>. Den größten Anteil an der Verselbständigung der National-

in Deutschland 25. — Wolowski hat 1864 den Traktat von Nicole Oresme (*Tractatus de origine, natura, iure et mutationibus monetarum*) neu herausgegeben.

<sup>1</sup> Vgl. Funk, Zins und Wucher (1868); Geschichte des kirchlichen Zinsverbotes (1876); Zur Geschichte des Wucherstreites 1901; Neumann, Geschichte des Wuchers in Deutschland (1865); Endemann, Die nationalökonomischen Grundsätze der kanonistischen Lehre (1863); Studien in der romanisch-kanonistischen Wirtschafts- und Rechtslehre bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts 2 Bde. 1874 1883; v. Vogelsang, Zins und Wucher (1884); Lehmkuhl, Zins und Wucher, in Stimmen aus Maria-Laach XVI 1883 470 ff.; XVIII (1885) 1 f.; Schaub, Der Kampf gegen den Zinswucher (1905; Lessel, Die Entwicklungsgeschichte der kanonistisch-scholastischen Wucherlehre im 13. Jahrhundert 1905).

<sup>2</sup> Hugo Eisenhart, Geschichte der Nationalökonomik<sup>2</sup> (1891) 8 ff. 15 ff. 26 ff.

<sup>3</sup> Richard Cantillon, den Jevons (R. Cantillon and the nationality of political economy, in Contemporary Review, 1881) als den Schöpfer der politischen Ökonomie bezeichnen wollte, war Merkantilist. Er hat kein eigenes System aufgestellt, wenn auch einzelne seiner Sätze von Quesnay angenommen wurden. Cantillon war Ire von Geburt, lebte aber meist in Frankreich. Vgl. Aug. Oncken, Geschichte der Nationalökonomie (1902) 276 ff.

ökonomie hat schließlich Adam Smith, so daß er bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts fast allgemein als der eigentliche Begründer der neuen Wissenschaft des Wirtschaftslebens bezeichnet wurde und heute noch in der Regel als solcher gilt<sup>1</sup>.

Wenn nun auch die Verselbständigung der Nationalökonomie als Wissenschaft für ihre Entwicklung von größtem Vorteil war, so darf darum doch nicht die mannigfache Verbindung übersehen werden, welche die Volkswirtschaftslehre mit andern Wissenschaften verknüpft.

**2. Die Nationalökonomie ist ein besonderer Wissenszweig.** Besondere Wissenschaft ist eine solche, die ihr eigenes Formalobjekt hat, die also ihren Gegenstand unter einer Rücksicht betrachtet, unter welcher er von keiner andern Wissenschaft ex officio untersucht wird. So betrachtet die Medizin z. B. denselben Naturkörper mit Rücksicht auf seine Heilkraft, den die Chemie hinsichtlich seiner chemischen Eigenschaften prüft und erforscht. Mehrere Wissenschaften können dasselbe Materialobjekt haben und dennoch durch ihr Formalobjekt sich gegeneinander abgrenzen. Die Nationalökonomie verfügt nun, wie wir sahen, über ein besonderes Formalobjekt: die wirtschaftlichen Tätigkeiten und Einrichtungen in ihrer Beziehung zu dem materiellen Wohlstand eines Volkes. Diese menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen mögen von andern Wissenschaften unter andern Rücksichten behandelt werden, die Nationalökonomie untersucht sie, insofern sie das Mittel sind, die Völker in dem Besitz einer Fülle von Gütern zu erhalten und zugleich diese Güter dem nationalen Wohlstand dienstbar zu machen.

August Oncken glaubt das Kriterium, wann ein Wissens- oder Forschungsgebiet zur eigentlichen und besondern Wissenschaft werde, „in dem ersten Auftreten einer mit vollem Bewußtsein aus der Aufgabe der Lehre abgeleiteten Forschungsmethode“ erblicken zu müssen: „Erst von dem Augenblicke an, wo mit klarer Erkenntnis des Zieles ein eigener Weg eingeschlagen und systematisch weiter verfolgt wird, kann . . . von einer wissenschaftlichen ‚Disziplin‘ gesprochen werden. Bis dahin wird zwar von einschlägigem Material, das mit andern Wissenschaften vermischt ist, nicht aber von einer selbständigen Wissenschaft die Rede sein dürfen.“<sup>2</sup> Demgemäß hält Oncken den Schöpfer der sog. „exakten oder mathematisch-demonstrativen Methode“ nicht bloß für den Urheber des physiokratischen Systems, sondern zugleich für den Begründer der Nationalökonomie. Wir wollen Quesnay die Ehre nicht bestreiten, daß er wenigstens ein relativ umfassenderes System geschaffen habe. Dennoch glauben wir den Anfang der Nationalökonomie als selbständiger Wissenschaft von dem Augenblicke an datieren zu müssen, wo „mit klarer Erkenntnis des Zieles ein eigener Weg“ eingeschlagen wird, aber in anderem Sinne, als Oncken meint, wo nämlich der Gegenstand unsrer Wissenschaft durch eine ganz spezielle Rücksicht der Betrachtung, durch ein besonderes und einheitliches Formalobjekt seine Abgrenzung

<sup>1</sup> Vgl. Gustav Cohn, *Grundlegung der Nationalökonomie* (1885) 101 ff.

<sup>2</sup> *Geschichte der Nationalökonomie I* (1902) 4.



gegen andere Wissenschaften erhielt, die sich mit demselben materialen Gegenstände beschäftigen. Daß hierbei eine neue Methode zur Anwendung gelangt, ist möglich, aber nicht notwendig. Auch Quesnay hat sich verschiedener Methoden bedient. Die Nationalökonomie aber mußte es bis heute erleben, daß bald diese bald jene Methode als die ihr eigentümliche empfohlen wurde, und doch blieb sie dieselbe Wissenschaft. „Ich wäre geneigt, den Anfang einer Wissenschaft dort anzunehmen“, sagt Kleinwächter<sup>1</sup>, „wo man zum ersten Male das betreffende Wissensgebiet als ein zusammengehöriges Ganze erkennt.... Solange die einen sich mit der Frage der anständigen Beschäftigung, die andern mit dem Wesen und der Natur des Geldes, wieder andere mit dem Zinsproblem, mit der Wucherfrage, dem *iustum pretium* u. dgl. mehr befaßten, waren dies *disiecta membra poetae*, aber keine Wissenschaft. Die nationalökonomische Wissenschaft beginnt meines Erachtens erst dort, wo man erkennt, daß das arbeitende Volk ein wirtschaftliches Ganzes, einen wirtschaftlichen Organismus bildet. Und zu dieser Erkenntnis waren schon vor Quesnay die Merkantilisten gelangt, wenn sie die Frage zu beantworten suchten: Wie macht man ein Volk reich?“ Diese Frage wird klarer und systematischer allerdings erst seitens der Physiokraten und besonders klar von Adam Smith gestellt. Aber sie findet sich doch auch schon bei den hervorragendsten merkantilistischen Theoretikern. Antonio Serra z. B. schrieb seinen „*Breve trattato delle cause che possono far abbondare li regni d'oro e d'argento, dove non sono miniere*“ (1613). Joh. Joachim Becher gab seinem wichtigsten kameralistischen Werke den Titel: „Politischer Diskurs von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken, in specie, wie ein Land Volkreich und Nahrhaft zu machen und in eine rechte *societatem civilem* zu bringen sei“ (1668) usw. Man wird nach allem sagen dürfen und müssen, daß die Verselbständigung der Nationalökonomie nicht auf einen Schlag mit voller Klarheit erfolgte, daß es sich hierbei vielmehr um einen Prozeß handelt, der schon bei den Merkantilisten, bestimmter bei den Physiokraten zu Tage tritt und durch Adam Smiths Werk seinen Abschluß erhält.

**3. Verselbständigung der Nationalökonomie besagt nicht deren Isolierung.** Die volle Bedeutung der einzelnen Disziplinen wird niemand richtig erfassen können, der sich nicht ihres Zusammenhanges insbesondere mit denjenigen andern Wissenschaften, welche dasselbe Feld der Forschung, aber unter besondern, eigenen Gesichtspunkten bearbeiten, bewußt bleibt. Nicht die Spezialisierung, wohl aber die Isolierung hat der modernen Forschungsweise sehr geschadet. So konnte es geschehen, daß z. B. die Volkswirtschaftslehre zu einer materialistischen und individualistischen Chrematistik wurde, indem man ihre Verbindung mit den Gesellschaftswissenschaften völlig vergaß, den Volkswohlstand aus dem Zusammenhange mit der Gesamtkultur eines Volkes in unnatürlicher Weise herausriß und in solcher Isolierung der Wissenschaft als Objekt darbot.

Ist aber der Überblick über das Gesamtgebiet der Gesellschaftswissenschaften, zu denen die Nationalökonomie gehört, die Kenntnis ihrer

<sup>1</sup> Zeitschrift für Sozialwissenschaft IX (1906) 67.

Gliederung im einzelnen, von größter Bedeutung für die Spezialforschung, so gewähren sie zugleich eine hohe geistige Genugtuung: „Wie ein Sonntagsgang mutet es mich an“, sagt Georg v. Mayr<sup>1</sup>, „wenn ich mich anschicke, von freier Zinne in weiter Überschau die Lagerung der einzelnen Wissensgebiete zu erkennen, in denen meine Sonderarbeit einsetzt oder die doch dem Standort meines Arbeitens nahe liegen. Gewiß besteht die fortlaufende Alltagsarbeit wissenschaftlichen Schaffens in immer weiter sich ausgliedernder Tiefbohrarbeit. Um so mehr aber erfrischt den Spezialisten der Sonntagsgang, der ihn von den Tälern und Schluchten, in denen seine Tiefbohrarbeit einsetzt, hinan zu den Kammhöhen der in weiterem Umkreis ihn interessierenden Wissensgebirge geleitet, gerade wie nach emsiger Werktagsarbeit in der Betriebsstätte eines industrialisierten Tales ein Sonntagsausflug auf die Bergeshöhe mit ihrer erquickenden frischen Luft und ihrem Naturfrieden besondern Reiz bietet.“

Nach ihrem Formalobjekt, sogar nach dem Materialobjekt, können verschiedene Wissenschaften zunächst einander helfen, und so hat auch die Nationalökonomie ihre Hilfswissenschaften in dem Bereiche der Gesellschaftswissenschaften und außerhalb desselben.

**4. Hilfswissenschaften der Nationalökonomie.** „Wahr ist jenes Wort Platos“, sagt Cicero<sup>2</sup>, „daß alle Lehren dieser edeln menschlichen Wissenschaften durch ein gewisses gesellschaftliches Band verknüpft sind.“ Die eine ist Hilfswissenschaft der andern in wechselseitiger Ergänzung. So kann auch die Nationalökonomie mancher Hilfswissenschaften nicht entbehren. Hierhin gehören vor allem die philosophische und empirische Soziologie, die natürliche Sittenlehre, die Moraltheologie, die Rechtswissenschaft, die Geschichte; auch die Anthropologie, als Lehre von der körperlichen und geistigen Natur des Menschen, die Individualpsychologie, die sich mit dem psychischen Leben des Einzelmenschen beschäftigt, die Völkerpsychologie, welche es mit psychischen Vorgängen zu tun hat, die in Entstehung und Entwicklung an geistige Gemeinschaften (Familie, Orts-, Stammes-, Volksgemeinschaft) geknüpft sind; ferner die Ethnologie, welche eine Charakteristik der verschiedenen Völker nach ihren physischen und psychischen Eigenschaften bietet, über deren Abstammung, Verwandtschaftsbeziehungen, Veränderungen durch Natureinflüsse und Kulturbedingungen uns belehrt; die Naturwissenschaften, die uns insbesondere auch über die produktiven Fähigkeiten der physischen menschlichen Kräfte und des Erdbodens belehren. Agronomie, Physiologie, Geologie, Geographie, die technischen Wissenschaften in ihren verschiedenen Verzweigungen leisten der nationalökonomischen Forschung die größten Dienste. Wir können in der Tat von Geographen, Technikern, Naturwissenschaftlern usw. manches lernen, dürfen uns jedoch in fremde Forschungsgebiete nicht verlieren.

Unter den Hilfswissenschaften der Nationalökonomie nimmt die Statistik eine besondere Stellung ein. Die Statistik als Wissenschaft ist nach Georg v. Mayr<sup>3</sup> „die auf (erschöpfende), in Zahl und Maß festgelegte Massenbeobacht-

<sup>1</sup> Begriff und Gliederung der Staatswissenschaften, Einleitung.

<sup>2</sup> De oratore 3, 6, 21.

<sup>3</sup> Statistik und Gesellschaftslehre I: Theoretische Statistik 1895 22. Von neueren Publikationen sei der „Grundriß der Statistik“ von Franz Žisek (1921) erwähnt.

ungen gegründete Klarlegung der Zustände und Erscheinungen des gesellschaftlichen menschlichen Lebens, soweit solche in den sozialen Massen zum Ausdruck gelangen“. Als Gegenstand der statistischen Wissenschaft gilt somit die soziale Masse in allen ihren Erscheinungsformen. Die „Masse“ ist eine Summe individueller Momente, die den Gegenstand einer Zählung oder Messung bilden kann. Es handelt sich in der Statistik zunächst um quantitative Feststellungen, an die sich eine Durchforschung des Materials anschließt zum Zweck der Ergründung von Regelmäßigkeiten der Zustände und Erscheinungen und ihrer kausalen Beziehungen. Die in Betracht kommenden Massen sind entweder Menschenmassen oder Massenhandlungen von Menschen oder Masseneffekte menschlicher Handlungen. Die „Bevölkerungsstatistik“ oder Demologie („démographie“, „vital statistics“) als Teilgebiet der Statistik beschäftigt sich mit der Bevölkerung als Masse menschlicher Individuen (Bevölkerungsstand, Bevölkerungsbewegung: Geschlecht, Altersaufbau, Durchschnittsalter, Religion, Bildungsgrad, Beruf usw.; Geburten, Sterbefälle, Wanderungen; Bevölkerungsentfaltung: Eheschließungen, Ehelösungen, Erkrankungen). Die Massenhandlungen und -ereignisse wie die Effekte beider bilden den Gegenstand der übrigen Teilgebiete der statistischen Wissenschaft: der Moralstatistik (Zustände und Erscheinungen des Sittenlebens), Bildungstatistik (Zustände und Erscheinungen des intellektuellen Lebens), Wirtschaftsstatistik (Zustände und Erscheinungen des Wirtschaftslebens), politische Statistik (Zustände und Erscheinungen des öffentlich-rechtlichen, insbesondere des staatlichen und kommunalen Lebens)<sup>1</sup>. Je nachdem die Elemente der Massenerscheinungen, die den Gegenstand der Statistik bilden, menschliche Persönlichkeiten sind oder reale Objekte sachlicher Art, letzteres namentlich bei den Effekten von Handlungen und Ereignissen, unterscheidet man auch zwischen Personalstatistik und Realstatistik. Bis in die neueste Zeit ist der Statistik der Charakter einer besondern Wissenschaft verschiedentlich bestritten worden. So meint z. B. Wundt<sup>2</sup>, es sei „das einzig Richtige, unter Statistik nur noch eine Methode, aber keine besondere Wissenschaft zu verstehen“. Allein der Grund, welchen der Leipziger Philosoph anführt, kann uns nicht überzeugen. Ohne Zweifel findet die statistische Methode als Massenbeobachtung in Maß und Zahl keineswegs bloß auf soziale Massen Anwendung. Die Naturwissenschaft bedient sich der gleichen Methode z. B. in der Meteorologie. Wenn aber für jede Wissenschaft eine besondere Methode erfordert würde, dann gäbe es der selbständigen Wissenschaften nicht gerade viele. Das Entscheidende ist auch hier, ob die Statistik über ein eigenes Formalobjekt verfügt, und das kann nicht bestritten werden. Ihr Materialobjekt ist das Gesellschaftsleben; ihr Formalobjekt, die besondere Rücksicht, unter welcher sie das Gesellschaftsleben durchforscht, bilden die sozialen Massenerscheinungen in ihren Regelmäßigkeiten und ihren ursächlichen Beziehungen, soweit letztere durch den Statistiker erreicht werden können<sup>3</sup>. Freilich herrscht noch manche

<sup>1</sup> Statistik und Gesellschaftslehre II: Bevölkerungsstatistik 1897 4 ff. Auch die Konfessionsstatistik hat neuerdings durch H. Krose gründliche Bearbeitung gefunden.

<sup>2</sup> Methodenlehre<sup>2</sup> 2. Abtlg. 1895 456 f. A. — Dazu Statistik: Methode oder Wissenschaft? in Conrads Jahrb. (1914) 640 ff.

<sup>3</sup> Es steht insofern nichts im Wege, die Statistik zu den Staatswissenschaften im weiteren Sinne des Wortes zu rechnen. Wir denken dabei weniger an gewisse äußerliche Gründe, wie z. B. an die Ableitung des Namens „Statistik“ von dem italienischen „statista“, Staatsmann, an die gewöhnliche Beschränkung der statistischen Erhebungen



Verschiedenheit der Auffassungen im Hinblick auf die Begriffsbestimmung der Statistik. Sind die Definitionen auch nicht so zahlreich wie die Sterne am Himmel, so doch immerhin selbst fast zu einer Massenerscheinung geworden. Neuerdings scheint jedoch diese „Statistik der Definitionen der Statistik“ durch größere Übereinstimmung unter den Fachmännern allmählich in den Kreis der geschichtlichen Erinnerungen verwiesen werden zu sollen.

Die Bedeutung der statistischen Methode für den Fortschritt unsrer Erkenntnisse auf dem Gebiete von Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft, sagt Schmoller<sup>1</sup>, war eine ungeheure: „sie hat zuerst gestattet, die Massenerscheinungen, die bisher nur einer vagen schätzenden Charakterisierung zugänglich waren, einer festen Beobachtung zu unterwerfen, die zählbaren Merkmale zu einer absolut sichern Charakteristik zu verwerten; sie hat durch ihre Tabellen, graphische Darstellungen und andere Hilfsmittel der Vergleichung die Veränderungen in der Entwicklung festgestellt, auf die Erkenntnis der Ursachen hingelenkt, den Einfluß bestimmter Haupt- und Nebenursachen zu messen gestattet.... Die Statistik hat die Bevölkerungslehre geschaffen<sup>2</sup>, der Völkerkunde und Finanz ihr festes Fundament gegeben; sie hat Geld- und Preislehre von groben Irrtümern gereinigt, die Schiefeit so vieler voreiligen Generalisationen auf verschiedenen Gebieten aufgedeckt; sie ist das Hauptinstrument der deskriptiven Volkswirtschaftslehre geworden. Ihre heutigen Fortschritte in der Lohnstatistik, Berufsstatistik, Hausstatistik zeigen, wie sehr sie fähig ist, auch fernerhin wichtige Teile der Wissenschaft zu verbessern und gänzlich umzugestalten.“ Freilich darf anderseits ihre Wirksamkeit nicht überschätzt werden: „Ihr gesamtes Material gehört einer kurzen Spanne der neueren Zeit und wenigen Kulturstaaten an, wenn auch die historische Statistik in scharfsinnigster Weise einige Blätter in dem ungeheuern Buche unsrer zahlenmäßigen Unkenntnis der Vergangenheit vermessen hat. Die Statistik liefert Wahrheiten immer nur im Zusammenhange mit andern Spezialwissenschaften, niemals allein: nur der Nationalökonom, der Anthropolog, der Kriminalist, der Mediziner, der ganz in seinem Fache zu Hause ist, kann mit diesem Meßinstrument richtig die Gegenstände seiner Untersuchung behandeln. Sie kann immer nur Quantitätsverhältnisse ergeben; die Qualitäten, die jenseits dieser Grenzen liegen, also vor allem die wichtigsten sittlichen und geistigen Vorkommnisse, sind ihr unerreichbar, soweit sie sich nicht in zählbaren Ereignissen, wie Selbstmorden oder Strafen, darstellen. Von den zählbaren Dingen können wir häufig das eigentlich Interessante nicht erfahren, weil die Fragestellungen zu kompliziert,

auf ein bestimmtes Staatsgebiet usw. Es ist vielmehr das Objekt der Statistik, das sie als Staatskunde, Staatskenntnis gelten läßt. Sie gibt Kunde von gesellschaftlichen und staatlichen Erscheinungen, deren Kenntnis gerade für den Staatsmann mit Rücksicht auf den Zweck des Staates unentbehrlich ist. Aber es handelt sich dabei doch nur um tatsächliche Erscheinungen (Stand und Bewegung), soweit dieselben meßbar sind nach Zahl und Maß. Die Fragen der gesellschaftlichen und staatlichen Organisation und der rechtlichen Ordnung des staatlichen und innerstaatlichen Gesellschaftslebens gehören nicht zum Gegenstande der Statistik. Die Statistik sagt nichts darüber, wie regiert werden soll; sie läßt aber in mancher Hinsicht erkennen, wie regiert wird oder regiert worden ist. Der Göttinger Statistiker A. Schlözer († 1809) bemerkte: „Geschichte ist fortlaufende Statistik und Statistik ist stillstehende Geschichte.“

<sup>1</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 460 f.

<sup>2</sup> Peter Süßmilch schuf sie aus den Zahlenergebnissen der Kirchenbücher.

die Antworten zu falsch werden, zu schwierig summierbar sind. . . . Lexis führt aus, daß da, wo wir die Ursachen einfach typisch sich wiederholender Vorgänge bereits kennen, die statistische Untersuchung überflüssig sei oder höchstens als Berichtigungsverfahren wirke, und daß sie da, wo es sich um historisch individualisierte Massenerscheinungen handle, als Hilfswissenschaft, in dem Maße zurücktrete, wie die Erscheinungen individueller werden. Bleibt zwischen diesen zwei Gruppen ein großes und wichtiges Gebiet für die Statistik, soweit sie durchführbar ist, die komplizierten Ursachen und Ursachenkomplexe deckt sie nie direkt auf, sie erlaubt nur dem Sachkenner, durch den Vergleich der Zahlen die Zusammenhänge zu vermuten.“

In den Bereich der Statistik fallen die sog. Enqueten, einmalige Untersuchungen und Beschreibungen hauptsächlich volkswirtschaftlicher, meist für die Gesetzgebung vorzubereitender Gegenstände, wie sie von Regierungsbehörden, parlamentarischen Ausschüssen, auch von gelehrten Gesellschaften, Berufsverbänden, selbst von Privatpersonen unternommen werden. Nach einem bestimmten, im voraus festgesetzten Arbeitsplane werden die Erhebungen ausgeführt und durch schriftliche oder mündliche Befragung einer möglichst großen Zahl sachverständiger Personen ergänzt. Wenn die Befragung unter gesetzlichem Zeugniszwang steht, ein Kreuzverhör zwischen den verschiedenen befragten Interessenten stattfindet, jedes Mitglied der mit der Enquete betrauten Kommission Fragen stellen kann, gewinnt die Zuverlässigkeit der Feststellungen in erheblichem Maße<sup>1</sup>.

**5. Folgerungen für die Volkswirtschaftslehre aus ihrem Verhältnis zur Gesellschaftslehre und aus ihrem staatswissenschaftlichen Charakter.** Es kann, wie wir sahen, keinem Zweifel unterliegen, daß die Volkswirtschaft einen wichtigen Bestandteil des Verkehrslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft darstellt und auch in ihren weltwirtschaftlichen Erstreckungen auf das innigste mit dem Leben dieser Volksgemeinschaft verknüpft bleibt. Folgerichtig muß sich die Volkswirtschaft dem allgemeinen Zwecke, um dessentwillen die staatliche Gesellschaft überhaupt besteht, wie der staatlichen Rechtsordnung einfügen. Damit ist nicht bestritten, daß das Wirtschaftsleben in menschlichen Bedürfnissen seinen Ursprung hat, die an und für sich unabhängig von bestimmten politischen und sonstigen sozialen Voraussetzungen gegeben sind, und die in jeder Form gesellschaftlicher Organisation Befriedigung erheischen. Allein wenn von Volkswirtschaft die Rede ist, so denkt man eben an die Wirtschaft eines staatlich geeinten Volkes, darum auch an die „Organisation“ dieser Wirtschaft im Hinblick auf die Erreichung desjenigen staatsgesellschaftlichen Kulturzweckes, der von einer guten, zweckmäßigen Organisation der Volkswirtschaft abhängig ist, nämlich des materiellen Gemeinwohles des Volkes<sup>2</sup>.

In dieser Auffassung erschien uns dann aber auch die Volkswirtschaftslehre als ein besonderer Bestandteil der Gesellschafts-

<sup>1</sup> Stieda, Artikel „Enquete“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

<sup>2</sup> Vgl. Richard Schmidt, Allgemeine Staatslehre I, in Frankensteins Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften (1901) 23 f.

bzw. der Staatswissenschaften, demgemäß als Teildisziplin dem Ganzen der Gesellschafts- und Staatswissenschaften eingeordnet, folgerichtig den wissenschaftlich begründeten allgemeinen, für das ganze Gebiet geltenden Wahrheiten und Grundsätzen untergeordnet.

Indem die Nationalökonomie auf diese Weise die Einheit der Gesellschaftswissenschaften anerkennt und sich der Gesellschafts- und Staatslehre ein- und unterordnet, deren allgemeine Lehren auch für ihr Gebiet gelten läßt, genau so wie die andern speziellen Wissenschaften, die mit einem Teile des staatlichen Gesellschaftslebens sich befassen, und deren Formalobjekt ein Teil des Formalobjektes der allgemeinen Staatswissenschaft ist, wird zwischen den verschiedenen Spezialwissenschaften die rechte Harmonie und Ordnung gewahrt. Demgemäß muß der Nationalökonom allerdings auch darauf verzichten, seine Wissenschaft als die erste und vornehmste unter den Sozialwissenschaften zu preisen. Denn, wie hoch immer die Bedeutung der materiellen Seite der Volkswohlfahrt angeschlagen werden mag, verfehlt wäre es, das Streben nach materiellem Wohlstand an die Spitze aller Gesellschaftszwecke zu stellen. Eine solche Verkennung der höheren, menschlichen und gesellschaftlichen Güter würde, in die Praxis übersetzt, ohne Zweifel sich bald im Volksleben empfindlich rächen und auch den materiellen Verfall einer Nation notwendig beschleunigen müssen, da gerade von der Höhe der Gesamtkultur und Zivilisation die materielle Kultur der Völker wesentlich mitbedingt wird. Anderseits darf aber der Nationalökonom sich darüber freuen, daß in gewissem Sinne das Wirtschaftsleben die Grundlage von allem andern ist. Ohne Wirtschaft kein Leben, keine Gesellschaft, keine geistige Kultur! *Prius est vivere quam philosophare!* Das gilt für die Völker wie für den einzelnen.

**6. Nationalökonomie und Moral.** Besitz äußerer Güter, materieller Wohlstand ist für den Menschen nur ein Mittel für seine höheren Zwecke. Auch die Gesellschaft, die Gesellschaftswissenschaft und deren Teildisziplinen müssen diese Hinordnung, diese Unterordnung des materiellen Wohlstandes unter die höheren und den höchsten Zweck des Menschen anerkennen. Niemals dürfen sie sich mit ihren Forderungen insbesondere einem Zweck entgegenstellen, der als allgemeiner Menschheitszweck allen Gesellschaftsgliedern gemeinsam ist und zugleich deren oberstes Ziel, ihre das Gesamtstreben beherrschende Lebensaufgabe bildet. Mit andern Worten:

*Die Volkswirtschaftslehre als praktische Wissenschaft muß im Einklang bleiben mit dem Moralgesetz.* Sie besitzt in dessen Anforderungen für manche Fragen ein Kriterium, um ihre eigenen Lehren auf deren Wahrheit und Stichhaltigkeit zu prüfen. Ebensowenig wie die Nationalökonomie das physisch Unmögliche lehren wird, darf sie das moralisch Unmögliche als wissenschaftlich begründete Wahrheit hinstellen. Das Gladstonesche Wort: Was moralisch falsch ist, das kann nicht politisch richtig



sein, gilt in entsprechender Anwendung auch für das volkswirtschaftliche Gebiet. Die Nationalökonomie ist also nicht „die Wissenschaft von der Vermehrung des Reichtums auf jede Weise. Wenn dem so wäre, so müßte sie unter ihre Mittel auch den Betrug, den Diebstahl und die Plünderung besiegt Völker zählen. Wo aber ist der Volkswirt, der die Stirn hätte, dies zu wagen?“<sup>1</sup> Man sage nicht, nur bei der ökonomischen Praxis komme die Moral in Frage, während die Wissenschaft von ihr abstrahieren könne. Das ist so unwahr, daß verhältnismäßig wenig Nationalökonomien sich dazu verleiten ließen, ganz offenkundig unmoralische Lehren aufzustellen, und auch diese wenigen bemühten sich sogar noch, den Schein der Moralität für ihre Ansichten zu wahren.

Der Beweis für die notwendige und nützliche Harmonie zwischen Volkswirtschaftslehre und Moral ist leicht erbracht. Denn

1. die Gesetze der Moral haben allgemeine Geltung. Sie ordnen das freie Handeln des Menschen schlechthin. Darum behalten sie ihre Geltung auch für jene besondere Art des menschlichen Handelns, welche in den Bereich des wirtschaftlichen Lebens fällt.

2. Die Gesetze der Moral ordnen die Handlungen des Menschen auf sein letztes und höchstes Ziel hin. Jeder Widerspruch mit der Moral verkennt daher das richtige Verhältnis zwischen den rein irdischen Zwecken und dem Hauptzweck des Menschen.

„L'utile est légitime, tant qu'il ne sort pas des limites du vrai et du juste“, sagt Rossi<sup>2</sup>. Zwischen Sittlichkeit, Gerechtigkeit einerseits und wahrem Menschen Glück — den innern Frieden, die Menschenwürde, die Gewißheit des Heiles mit eingeschlossen — besteht objektiv niemals ein wirklicher Widerspruch. Deontologische und eudämonologische Ordnung fallen zusammen. Mag der Wucherer noch so viele Schätze aufhäufen, Glück wird er dabei nicht finden. Vernunft und Gewissen widersprechen. Und sollte das Gewissen verstummt sein, die Ewigkeit wartet seiner, die Verantwortung vor Gott. An den Völkern und Staaten aber, welche den höchsten Lebenszweck des Menschen mißachten, vollzieht sich meist die Vergeltung im Diesseits. Auch sie offenbaren in ihrer geschichtlichen Entwicklung immer wieder von neuem die schließliche und endgültige Harmonie

<sup>1</sup> Liberatore, Grundsätze 19. Vgl. auch L. v. Hammerstein, in den Stimmen aus Maria-Laach XII 199 ff.

<sup>2</sup> Cours d'économie politique IV 384. Sehr richtig bemerkt Rossi ebd. 384: „Pour nous, le bien et le juste d'un côté, l'utile de l'autre, sont de nature différente. Les premiers sont toujours vrais, immuables, inaltérables dans leur principe: le second varie comme les événements, comme les circonstances: il n'est pas, comme les premiers, posé sur une base invariable. Mais, en fait, le bien est presque toujours utile, et il est rare que, ce qui est utile, ne soit pas à la fois conforme au bien et au juste. C'est peut-être une loi providentielle que cette alliance du bien et du bien-être, cette alliance par laquelle les exigences du devoir se proportionnent à nos forces.“ „Par conséquent, si l'économiste fait de l'échange au point de vue de l'utile un objet d'observation, ce doit être à la condition de revenir sans cesse à la notion du juste, pour s'assurer qu'il ne fait pas fausse route“ (Cauwès, Cours d'économie politique I 36).

zwischen Deontologie und Eudämonologie. Ihre natürlichen Tugenden finden Belohnung, die Laster und Verbrechen früh oder spät ihre Strafe.

3. Der Nationalökonom kann sein Formalobjekt, die materielle Volkswohlfahrt, wie wiederholt hervorgehoben wurde, nicht anders auffassen als im Zusammenhange mit der nationalen Gesamtwohlfahrt. Er kann darum auch der innern Einheit der Gesamtkultur und des ganzen Wohlfahrtszweckes der staatlichen Gesellschaft nicht vergessen; über der Beteiligung des Volkes an der materiellen Güterwelt die Güter höherer Ordnung, die edleren Lebenszwecke des Menschen, die volle menschliche Würde, das allseitige Gedeihen der Individuen, Familien, des ganzen Volkes mit seinem Staate nicht außer acht lassen — ohne sie ex officio behandeln zu müssen<sup>1</sup> — den wirtschaftlichen Fortschritt nicht auf Kosten des Fortschritts wahrer Menschen- und Volkskultur erstreben und befördern.

Wir stehen nicht an, mit Rücksicht auf diesen Zusammenhang der verschiedenen Kulturgebiete, von einem „Gesetz“ oder „Prinzip der Einheit der Kultur“ zu sprechen, das für die gesamte Volkswirtschaftslehre von größter Bedeutung ist.

Einheit der Kultur kann aber in doppeltem Sinne verstanden werden. Einmal so, daß sie mit dem „Gesetz der Korrelativität“ zusammenfällt, wie etwa Béla Földes<sup>2</sup> die in der Einheitlichkeit des Volkslebens, aber auch in gewissen Eigenschaften der menschlichen Natur begründete Tatsache nennt, daß ein auf dem einen Gebiete herrschendes Prinzip sich leicht für andere Gebiete und Lebenskreise Geltung erringt. Wird z. B. auf politischem Gebiete das Banner der Freiheit entfaltet, dann weht es bald auf andern Gebieten; und innerhalb der Volkswirtschaft: ist das Prinzip des Schutzes für den einen Produktionszweig anerkannt, dann findet die Anwendung des gleichen Prinzips auf andere Zweige geringere Schwierigkeit. Gilt das Prinzip der Freiheit im internationalen Handel, so werden wir es wiederfinden im Binnenhandel, in der Gewerbefreiheit, Arbeitsfreiheit, Zinsfreiheit usw. Immerhin bleibt auch jene Korrelativität eine beachtenswerte und für die wissenschaftliche Erkenntnis schätzbare Erfahrungstatsache.

Hier aber verstehen wir die Einheit der Kultur als ein aus der Einheitlichkeit des Volkslebens, aus dem innern Zusammenhang und der Zusammengehörigkeit der verschiedenen Sphären des menschlichen und gesellschaftlichen

<sup>1</sup> Marshall hat recht, wenn er sagt: „Der Fortschritt der Menschen an Zahl, Gesundheit, Stärke, Erkenntnis, Fähigkeit und Charakter ist das Endziel unsrer ganzen Forschung, ein Endziel, zu dem die Wirtschaftslehre nur einige wichtige Elemente beitragen kann. In allgemeiner Hinsicht gehört daher die Erforschung dieser Entwicklung, wenn überhaupt, dann ans Ende einer Abhandlung über Nationalökonomie; aber eigentlich gehört sie auch dort nicht hin.“ Es bedarf eben einer präzisen Abgrenzung der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft. Gleichwohl muß der Volkswirtschaftslehrer sich bewußt bleiben, daß er in falsche Bahnen einlenkt, wenn seine Lehren in Widerspruch treten mit dem, was Marshall als „Endziel unsrer ganzen Forschung“ bezeichnet hat.

<sup>2</sup> Beiträge zu den Gesetzen der wirtschaftlichen Phänomenologie, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik XLI (1911) 220 f.

Seins und Wirkens sich ergebendes Vernunftprinzip. Das richtige Verständnis für die Einheit der Kultur in diesem Sinne bewahrt vor der radikalen Abweisung humaner und sozialer Erwägungen vom Gebiet volkswirtschaftlicher Betrachtung, bewahrt vor der vielfach üblichen Überschätzung der absoluten materiellen Maxima in Produktion und Reichtumsanhäufung, läßt den Blick frei für die entsprechende Taxierung des relativen Optimums, eines Optimums im Hinblick auf den ganzen Menschen wie auf die ganze Gesellschaft, das ganze Volk und den ganzen Staat. Man versteht es dann leichter, daß nicht nur für den Menschen, sondern auch mit dem Menschen Ökonomie getrieben wird<sup>1</sup>, daß die materielle Entwicklung nicht durch Menschenvergeudung, durch schärfste Auslese unter Vernichtung aller Schwachen, durch Preisgabe höherer Kulturgüter gefördert wird; da gewinnt auch eine „soziale“ Begründung volkswirtschaftlicher Maßregeln, z. B. in Mittelstandsfragen, ihre rechte Beleuchtung; da wird das Verständnis für den Ausgleich widerstrebender Interessen wesentlich erleichtert, im Hinblick auf höhere Interessen, das Wohl des Vaterlandes. Da versteht man dann endlich ganz besonders auch die Achtung des Nationalökonomen vor Religion und Moral. Er hat sein eigenes Formalobjekt, prüft die wirtschaftlichen Handlungen nur nach dem nationalökonomischen Sollsein, lediglich im Hinblick auf den Zweck der Volkswirtschaft, nicht nach dem moralischen Sollsein, im Hinblick auf den höchsten Zweck des menschlichen Lebens. Er leugnet aber nicht die Geltung und die Bedeutung höherer Ordnungen für sein Gebiet, achtet diese und hütet sich, dieselben zu verletzen.

Dazu nötigt ihn auch geradezu, um es noch einmal zu sagen.

4. die Erfahrung, die unwiderleglich Zeugnis ablegt für die gewaltige praktische Bedeutung „ethischer Potenzen“, der Pflicht im Wirtschaftsleben. Die materielle Wohlfahrt des Volkes in seiner Gesamtheit ist bedingt durch die praktische Geltung des Sittengesetzes, durch den Grad von Moralität im Volks- und Wirtschaftsleben. Mag darum auch, wo der Mensch dem Stoff gegenübersteht, in Fragen der Technik u. dgl., der „rein wirtschaftliche“ Gesichtspunkt entscheiden. Die Beziehung von Mensch zum Menschen aber, auch die ihrer Art nach wirtschaftlichen Beziehungen, erschöpfen sich nicht mit rein ökonomischer Zweckmäßigkeit. Selbst wer sich auf Erforschung des bloßen „Seins“ des volkswirtschaftlichen Lebens beschränken möchte, wird nicht umhin können, den großen Unterschied festzustellen zwischen einer Gesellschaft, in der Gerechtigkeit und Liebe praktische Geltung haben, und einer andern, wo die brutalste Selbstsucht herrscht.

5. Muß die Nationalökonomie jeden Widerspruch mit dem göttlichen Sittengesetz vermeiden, so kann sie andererseits von der Moralwissenschaft wertvolle positive Förderung empfangen.

Die volkswirtschaftlichen Fragen sind der Hauptsache nach sozialer Art: sie stehen überall in engster Beziehung zum sozialen Leben. Bezüglich der sozialen Fragen aber gilt Brunetières Formel: „Les questions sociales sont des

<sup>1</sup> Rudolf Goldscheid, Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie (1908) 47.



questions morales, et les questions morales étant des questions religieuses, les questions sociales sont des questions religieuses.“ Wird es also nicht von nicht geringer Tragweite sein, wenn der Nationalökonom auch über die religiöse und moralische Seite der sozialen und volkswirtschaftlichen Fragen genügend unterrichtet ist? Die Morallehre handelt von Solidarität, Gerechtigkeit, Liebe usw., von dem Tauschverkehre, dem Preise, den Kontrakten, dem Lohnvertrage, den Steuern usw. Warum sollte der Nationalökonom die hier gebotenen Aufschlüsse unbeachtet lassen, Wahrheiten, die in der Moralphilosophie ihre Begründung finden, für sein Gebiet nicht verwerten dürfen, soweit es das Formalobjekt seiner Wissenschaft, ihr besonderer Charakter, gestattet oder gar fordert? Der Physiker nimmt Sätze der Mathematik an, ohne aufzuhören, Physiker zu sein. Durch das Formalobjekt seiner Wissenschaft wird der Nationalökonom gezwungen, den Ergebnissen der juristischen, naturwissenschaftlichen, technischen Wissenschaften Beachtung zu schenken. Soll etwa die Moral eine Ausnahme machen? Die Nationalökonomie ist Wissenschaft, wahre selbständige Wissenschaft, aber nicht alle Wissenschaft, nicht einzige und nicht die höchste Wissenschaft. Echte Wissenschaft bleibt sie in dem Maße, als sie es versteht, im Kreise der andern Wissenschaften die ihr gebührende Stellung zu finden und zu behaupten. Sie wird dabei um so mehr Achtung sich erwerben und innerhalb anderer Wissenschaften entsprechende Beachtung verdienen, je mehr sie ihrerseits den Ergebnissen dieser andern Wissenschaften die denselben zukommende Achtung und Beachtung nicht versagt. Das gleiche gilt ja auch von der Morallehre als Wissenschaft. Sie empfängt von der Nationalökonomie wertvolle Kenntnisse, die für die richtige Anwendung des Moralgesetzes auf die praktischen Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens geradezu unentbehrlich sind.

Nicht einmal als Entgleisung würde es uns gelten, sollte von nationalökonomischer Seite unter Umständen ein direkter Appell an das Gewissen erfolgen, der vielleicht unter Umständen sich noch wirksamer erweisen könnte als die Mahnung des Moralisten. So hat Lexis unsres Erachtens durchaus recht, wenn er sagt<sup>1</sup>, daß z. B. „der übermäßigen Ausnutzung kindlicher Fabrikarbeiter in allen Kulturländern durch die Macht des von der Wissenschaft geweckten öffentlichen Gewissens ein Ende gemacht worden ist. Eben dieser ethischen Einwirkung . . . ist es zu verdanken, daß die Förderung des Gemeinwohles heute als gleichbedeutend gilt mit der Verbesserung der Lage der die große Masse der Bevölkerung bildenden besitzlosen Arbeiterklasse“. Sahen Professoren der Nationalökonomie, sog. „Kathedersozialisten“, sich veranlaßt, diesbezüglich an das öffentliche Gewissen zu appellieren, so war das durch die besonderen Bedürfnisse der Zeit durchaus gerechtfertigt. Sollte aber selbst in dieser Hinsicht einmal die theoretisch richtige Grenze überschritten worden sein, dann dürfte schließlich ein solches Versehen, auch vor dem Forum der wissenschaftlichen Nationalökonomie, denn doch weit ehrenvoller bestehen als eine Volkswirtschaftslehre, die, der Einheit menschlicher Kultur vergessend, im arbeitenden Menschen nur die Kraft zu schätzen und zu achten weiß, die Religion, Sittlichkeit, Familienglück, Eltern- und Kindespflicht, die körperliche und geistige Gesundheit des Volkes dem rein „ökonomischen“ Maximum in der Erzeugung des Jahresproduktes oder privatwirtschaftlichem Reichtumsstreben zum Opfer bringt.

<sup>1</sup> Allgemeine Volkswirtschaftslehre (1910) 26 f.

Es wäre freilich verfehlt, wenn man aus der notwendigen Harmonie zwischen nationalökonomischer Lehre und göttlichem Sittengesetze den Schluß ziehen wollte, die Nationalökonomie könne nur als Teil der Moralwissenschaft Geltung beanspruchen.

Die Volkswirtschaftslehre ist Teil der Gesellschaftswissenschaft, staatswissenschaftliche Disziplin. Sie bleibt darum, wie wir sahen, in Abhängigkeit von den generellen Lehren der Gesellschaftswissenschaft. Ihr Gegenstand ist eben Teil des Gegenstandes der allgemeinen Gesellschaftslehre, deren Sätze für das gesamte Gesellschaftsleben Geltung beanspruchen. Gleichzeitig steht die Nationalökonomie den sonstigen Spezialwissenschaften, die andere Seiten des Gesellschaftslebens behandeln, als selbständige Wissenschaft gegenüber.

Das Verhältnis der Nationalökonomie zur Morallehre ist jedoch nach unsern Darlegungen ein anderes als ihre Stellung gegenüber der Gesellschaftslehre; sie ist eine „ethische“ Wissenschaft, wenn man alle diejenigen Wissenschaften, die das freie Handeln des Menschen zum Gegenstande haben, „ethische“ Wissenschaften nennt: sie hat darum auch dem Moralgesetz, welches das freie menschliche Handeln beherrscht, die gebührende Beachtung zu schenken; aber sie ist nicht Teil der besondern Moralwissenschaft<sup>1</sup>. Sie hat ihr eigenes Formalobjekt: die nationalökonomische Richtigkeit und Ordnung menschlicher Handlungen und Einrichtungen, d. h. ihre Hinordnung und Zweckmäßigkeit in Bezug auf das materielle Gemeinwohl des Volkes. Der Moralwissenschaft Formalobjekt dagegen ist die sittliche Güte, die moralische Richtigkeit der Handlung, d. h. ihre Hinordnung auf das wesentliche, letzte, überirdische Ziel des Menschen, ihre Übereinstimmung mit dem Gesetze Gottes und seiner Verpflichtung<sup>2</sup>. Man sieht, daß die beiden Wissenschaften ganz wohl nebeneinander bestehen können. Der Moralist wird sich aufs beste, mit dem Nationalökonom vertragen, ihn schätzen und ehren, solange dieser die zeitlichen Interessen nicht auf Kosten der ewigen fördern will. Der Nationalökonom aber wird durch die gekennzeichnete Beziehung zum Moralgesetz keineswegs behindert, in dem liebgewonnenen Kreise der staatswissenschaftlichen Kollegen zu verbleiben.

<sup>1</sup> Vgl. Th. Meyer, Die Grundsätze der Sittlichkeit und des Rechts 1868 60: V. Cathrein, Moralphilosophie I<sup>4</sup> 131 ff. — In Deutschland bezeichnet das Wörtchen „moralisch“ in der Regel nur die Beziehung zur Freiheit, „sittlich“ dagegen die sittliche Güte der Handlung. Noch einmal sei hervorgehoben, daß materiell die sittliche und nationalökonomische Richtigkeit in Übereinstimmung stehen, formell aber stellen sie verschiedene Gesichtspunkte dar.

<sup>2</sup> Périn, Premiers principes 55 f. Man vgl. auch Minghetti, Des rapports de l'économie publique avec la morale et le droit, traduit par M. Saint-Germain Leduc 1863: Baudrillart, Des rapports de l'économie politique et de la morale<sup>2</sup> 1883: Rondelet, Du spiritualisme en économie politique (1860): Laveleye, insbesondere im Artikel „Des rapports de l'économie politique avec la morale, le droit et la politique“, in der Revue des Deux Mondes 1878, 1, 891 ff.

**7. Einwendungen.** 1. Keine Lehre überhaupt kann als solche von einem Sittengesetz abhängig sein, sondern bloß ein vernünftiges freies Wesen; eine Lehre untersteht nur logischen Gesetzen.

Wir antworten: Jede Wissenschaft ist für ihre Begriffsentwicklungen, Schlußfolgerungen u. dgl. an die logischen Gesetze gebunden, d. i. an jene Ordnung, welche für die Betätigungen der Vernunft gilt. Ganz recht! Für praktische Wissenschaften aber, die es mit den freien Betätigungen des menschlichen Willens und mit jenen Dingen zu tun haben, welche der Mensch planmäßig hervorbringen kann, ist das Moralgesetz wenigstens insofern eine Norm, als die Wissenschaft nichts sittlich Unerlaubtes als „wissenschaftlich“ richtig hinstellen darf, weil es eben in der Tat hier nicht wissenschaftlich richtig sein kann. Daß derjenige, welcher die Gesetze der Logik zu beobachten sich bemüht, schon dadurch vor moralwidrigen Lehren tatsächlich bewahrt bleiben werde, das mag in abstracto und für eine ideale Welt richtig sein. In unsrer realen Welt voller Schwächen beruft man sich nur zu oft auch für den Irrtum auf die Logik, und in materiellen Dingen namentlich gilt vielfach, was vorteilhaft erscheint, als logisch und sittlich zugleich. Der Nationalökonom wird darum in dem Hinweis auf das göttliche Sittengesetz keine unwillkommene Belastung seiner Forschung erblicken, sondern eher eine bedeutsame Erleichterung und Sicherung derselben.

Ganz gewiß ist ferner sensu proprio nicht die Lehre, sondern die Person sittliches und sittlich verantwortliches Subjekt, Träger der Sittlichkeit und Verantwortung, nicht die Nationalökonomie, sondern der Nationalökonom; aber er ist sittlich wie wissenschaftlich verantwortlich auch für den Inhalt seiner Lehren.

Man hat ferner gemeint:

2. eine Berücksichtigung der Moral in der Wissenschaft sei völlig zwecklos. Tatsächlich ließen sich ja doch die Menschen in ihrem wirtschaftlichen Verhalten ausschließlich von dem Naturtrieb der Eigenliebe leiten.

Wir entgegnen: Tatsächlich lassen sich unsres Wissens nur Diebe, Wucherer, Betrüger u. dgl. ausschließlich von dem Naturtriebe der Eigenliebe bestimmen. Leute dieser Art kennen und suchen allerdings nichts anderes, als die größten Vorteile mit den geringsten Mühen und Opfern zu erlangen, ohne jede Rücksicht auf die Moral. Um so mehr aber sollte die Nationalökonomie das Sittengesetz berücksichtigen, je größer die Gefahr wird, daß im Bereich des wirtschaftlichen Handelns die Selbstsucht zur vollen, unbeschränkten, den Wohlstand des Volkes vernichtenden Herrschaft gelangt.

Man sagt sodann:

3. Die Sittlichkeit ist wesentlich etwas Individuelles, da hier das Eingreifen des eigenen freien Willens ausschlaggebend ist; die sog. „soziale Ethik“ oder „Sozialmoral“ steht dem nicht entgegen, denn sie behandelt nur die besondere Beziehung des einzelnen auf andere. Die Volkswirtschaft aber hat es wesentlich mit etwas Sozialem zu tun, mit dem Ineinandergreifen verschiedener Wirtschaften.

Die Sittlichkeit ist wesentlich etwas Individuelles. Wir unterscheiden: Die Sittlichkeit im subjektiven Sinne ist etwas Persönliches, die ausschließliche Eigenschaft der freien, vernünftigen Persönlichkeit, — Ja! — die objektive Norm der sittlichen Handlungen und der Geltungs-



bereich der sittlichen Verpflichtung ist etwas rein Individuelles, ordnet nur die individuelle Sphäre, nicht auch die sozialen Beziehungen des Menschen, das soziale und wirtschaftliche Leben, mit andern Worten: die soziale Ordnung und die Volkswirtschaft, als Bestandteil der sozialen Ordnung, unterliegt nicht der sittlichen Ordnung und Verpflichtung, der Ordnung durch das göttliche Sittengesetz — Nein! — Es handelt sich hier lediglich um die Frage nach der Abhängigkeit der Nationalökonomie von dem Sittengesetze als der objektiven Norm der freien menschlichen Handlungen. Wenn man eine Volkswirtschaft „sittlich“ nennt, so geschieht das in keinem andern Sinne, als wenn sie „vernünftig“ genannt wird, d. i. der Vernunft bzw. den Anforderungen des Sittengesetzes gemäß und entsprechend, und das muß auch „das Ineinandergreifen verschiedener Wirtschaften“ sein. In demselben Sinne fordern wir, daß die Volkswirtschaftslehre „vernünftig“ und „sittlich“ sei, d. h. daß sie im Einklang bleibe mit Vernunft und sittlicher Forderung.

Es geht auch — ganz nebenbei bemerkt — nicht an, die „soziale Ethik“ oder „Sozialmoral“ so aufzufassen, als regele sie nur die „besondere Beziehung der Sittlichkeit des einzelnen auf andere“, wenn nicht unter diesen „andern“ zugleich die Gesellschaft, die gesellschaftliche Verbindung der „andern“ in der sozialen Einheit verstanden und die Gesellschaftsordnung, mit Einschluß des volkswirtschaftlichen Gebietes, als ein Bestandteil der objektiven sittlichen Ordnung anerkannt wird. Gewiß, der unmittelbare subjektive Träger der sittlichen Qualität und Verantwortlichkeit bleibt immer und überall die freie Einzelpersonlichkeit. Allein diese Persönlichkeit ist nicht bloß in persönlicher und individueller, sondern auch in gesellschaftlicher Beziehung sittlich verantwortlich. Der Mensch hat eben auch Pflichten gegen die übrigen Gesellschaftsglieder in der sozialen Einheit der Gesellschaft, Pflichten gegen Familie, Staat, Vaterland, die Träger der sozialen Autorität, wie diese Träger der sozialen Autorität und die Gesellschaftsglieder, jeder nach seiner Stellung und in seiner Art, mittragen an der sittlichen Verantwortlichkeit für das Wohl des Ganzen. Im übrigen ist es allgemein eingebürgert und kann kaum mißverständlich gedeutet werden, wenn von den „Pflichten“ eines sozialen Körpers die Rede ist, wie man ja auch von seinen „Rechten“ spricht.

Kann aber die soziale Ordnung im allgemeinen der sittlichen Ordnung und der Regelung durch das Sittengesetz sich nicht entziehen, so wird auch die Nationalökonomie nicht umhin können, aus der Einordnung ihres Materialobjektes in die sittliche Ordnung, aus dessen Unterordnung unter das göttliche Sittengesetz die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Sie wird somit bei der Aufstellung ihrer Lehren, die für das praktische Verhalten der Staatsmänner, wie auch der Bürger, von größter Bedeutung und Tragweite sind, jeden Widerspruch mit den Anforderungen des göttlichen Sittengesetzes vermeiden, der souveränen Autorität dieses höchsten und alles beherrschenden Gesetzes die gebührende Huldigung und Anerkennung nicht versagen. Die Volkswirtschaft gestaltet sich ja nicht „von selbst“ und nicht nach starren „Naturgesetzen“. Es sind freie, sittlich verantwortliche Menschen, von denen ihre Gestaltung abhängt. Dürfen aber die Bürger in ihren Einzel- und in ihren Massenhandlungen, darf die Staatsgewalt in ihren legislativen und Verwaltungshandlungen das göttliche Sittengesetz nicht mißachten, hängt somit die ganze praktische Gestaltung des Wirtschaftslebens eines Volkes in vielfacher Hinsicht

von der Moral ab, vollzieht sie sich *de iure* nicht unabhängig von der Moral, dann wird doch wohl auch in demselben Umfange „die Lehre vom wirtschaftlichen Leben des Volkes und seiner Gestaltung, die Nationalökonomie“, mit logisch unabweisbarer Konsequenz zur Anerkennung einer entsprechenden Direktion durch die Moral und insofern ihrer „Abhängigkeit“ von dem Moralgesetz genötigt sein.

4. In krasser Form tritt uns der Einwand gegenüber, indem man sagt: Ob jemand „tugendhaft“ oder „lasterhaft“ sei, ist seine Privatsache. Die Ökonomie zeigt bloß, wie man mit den geringsten Anstrengungen zum Besitz der Güter gelangt.

Leider ist hierbei übersehen, daß der Mensch nicht isoliert wirtschaftet, sondern inmitten der Gesellschaft. Wenn auch „Tugend“ und „Laster“ zunächst subjektive Zustände bezeichnen, so sind sie doch nicht rein subjektiv. Sie bleiben keineswegs im Subjekt eingeschlossen. Raub und Habsucht, Wucher, Preisfälschung, Lohndruck usw. haben die verderblichsten Rückwirkungen auf das materielle Wohl der gesamten Gesellschaft, berühren daher nicht wenig den Gegenstand der nationalökonomischen Untersuchung.

Aber, so heißt es weiter:

5. wir „abstrahieren“ ja nur in der „reinen Theorie“ von der Moral, während wir es dem christlichen Theologen nicht verwehren wollen, für die Praxis ein moralisches Verhalten zu empfehlen.

Es wäre jedenfalls eine merkwürdige „Abstraktion“, wenn man etwa gleichzeitig die „naturgesetzliche“ Wirksamkeit der Triebe lehren wollte. Wo bliebe da für die Moral noch Raum? Höchstens könnte sie als eine bloß unwesentliche Zutat erscheinen zu dem in sich bereits „naturgesetzlich“ geregelten Handeln — „a little more ethical sauce“ bedeuten, wie Sidgwick sich geschmackvoll ausdrückt<sup>1</sup>. J. Stuart Mill<sup>2</sup> sucht uns freilich durch ein Beispiel zu überzeugen, wie man ganz wohl von der Moral „abstrahieren“ und den Menschen sich allein unter dem Einfluß der Eigenliebe stehend vorstellen könne, als ob er unverändert stets nach dem größten Vorteil mit den geringsten Opfern strebe. Abstrahiere ja doch auch die Geometrie von der Breite der Linie und betrachte nur die Länge, obwohl in Wirklichkeit die Linie sowohl Breite wie Länge habe. Und der Physikprofessor, welcher den Blitzableiter behandelt, braucht von seinem physikalischen Standpunkt aus die chemischen Einwirkungen, denen der Blitzableiter in Wirklichkeit unterliegt, nicht zu beachten. Das überläßt er dem Chemiker oder dem praktischen Mechaniker, welcher den Blitzableiter einrichtet. Als ob die Breite der Linie deren Länge beherrschte und regelte, wie dies gegenüber dem Naturinstinkt der Eigenliebe die naturgemäße Funktion der Sittlichkeit, der Vernunft und des Gewissens ist. Was in der Geometrie von der Länge einer Linie gesagt wird, entspricht der Wirklichkeit. Wehe uns aber, wenn die „Gesetze“ der Volkswirtschaft aus der „abstrakten“ Betrachtung der Instinkte hergeleitet werden! Diese „Gesetze“ verzerren und verstümmeln die menschliche Natur, stellen den Menschen dar, wie er weder ist noch sein darf. Chemie und

<sup>1</sup> The scope and method of economic science (1885) 36. Auch andere sprechen von der Ethik als einem „Fremdkörper“ usw. in der Nationalökonomie.

<sup>2</sup> Unsettled questions of political economy<sup>2</sup> (1874) 130 ff.

Physik ferner stehen in ganz anderer Beziehung zueinander als Moral und Ökonomie. Die Moral beherrscht das ganze Verhalten des Menschen, weil dieser überall seine Freiheit mißbrauchen kann zur Übertretung des Sittengesetzes. Dabei bleiben die ökonomischen Rücksichten den moralischen stets untergeordnet nach den Forderungen der geistigen und sittlichen Natur des Menschen und nach dem Prinzip der Einheit der Kultur. Man darf die Wirksamkeit des Instinktes mit der Dampfkraft vergleichen. Wie diese Bewegungskraft erst durch die maschinelle Technik gebändigt und geregelt wird, so besitzt auch der Naturinstinkt beim Menschen eine große Kraft, aber nicht das „Gesetz“ seiner Wirksamkeit in sich selbst<sup>1</sup>. Mit Recht hat darum auch schon Sismondi gegen Adam Smith den Vorwurf der Inkonsistenz erhoben, da er einerseits die ökonomischen Tatsachen einem Kalkül unterwerfe, während er gleichzeitig nur eine Triebkraft des wirtschaftlichen Handelns kenne, deren Wirksamkeit sich jeder festen Berechnung entziehe. Klarer tritt dieser Widerspruch hervor, wenn man beachtet, wie jene Nationalökonomien denn doch wieder neben dem Instinkt die Leitung der praktischen Vernunft wenigstens insofern anerkennen müssen, als der müheloseste Weg und die wirksamste Art wirtschaftlicher Betätigung als Gegenstand des instinktiven Verlangens des Menschen hingestellt wird. Die Vernunft hat also doch dem Instinkt mindestens voranzuleuchten, damit er in concreto die „ökonomisch“ richtigen Wege wählt, und die „reine“ Ökonomie bemüht sich, in ihrer Theorie uns jene Wege kennen zu lehren, die der von der praktischen Vernunft geleitete Instinkt den Menschen beschreiten läßt. Warum aber soll dann die Vernunft keine Beachtung mehr finden, wo sie als der Herold des göttlichen Sittengesetzes Geltung beansprucht? Warum jene sorgfältige Abstraktion von der Leitung durch die Moral, wenn es sich darum handelt, „Gesetze“ der Volkswirtschaft festzustellen? Bestehen diese „Gesetze“ lediglich in der wissenschaftlichen Abstraktion? Werden sie ihre Wohnung aufschlagen in der Vorstellung des Gelehrten? Konsequent handelt darum der Nationalökonom nur dann, sofern er mit der Erkenntnis dessen, was ist, die Erkenntnis dessen, was sein soll, verbindet und dabei des Sittengesetzes nicht vergißt, wenigstens wenn er, auch in der Theorie, die Notwendigkeit anerkennt, daß Gottes Gesetz des Menschen praktisches Handeln beherrsche. Das ist kein Überrest mittelalterlich-asketischer Weltanschauung, wie Karl Menger<sup>2</sup> meint, keine Unterschätzung der wirtschaftlichen Seite des Volkslebens, sondern erst deren rechte und volle Würdigung. Wer an schwindelnden Abgründen wandelt, der sollte für die Dienste des Führers dankbar sich erweisen. Die Schwierigkeit des von der Nationalökonomie zu behandelnden Stoffes ist gewaltig, und von verheerender Wirkung für die Völker sind jene Irrtümer geworden, deren eine falsch beratene Theorie sich schuldig gemacht hat. Hätte man immer mit Hilfe der Moral die Gegenprobe gemacht, wir stünden heute nicht vor dem Abgrunde des Verderbens. Individualistische Freiheit, „naturwissenschaftliche“ Auffassung des menschlichen und des gesellschaftlichen Lebens, die „Naturgesetze“ der „reinen“ Ökonomie, haben die Entwicklung dessen herbeigeführt, was man „Kapitalismus“, im schlimmen Sinne des Wortes, nennt, und dieser „Kapitalismus“ hinwiederum erklärt Entstehung, Wachstum, Werbekraft des Sozialismus.

<sup>1</sup> Vgl. oben Kap. 4, § 3, S. 294 f.

<sup>2</sup> Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften usw. 289 ff.



Gleichwohl haben wir nichts gegen eine bloß methodisch „reine Theorie“, sofern diese a) keinen Anspruch darauf erhebt, die Volkswirtschaftslehre zu sein; b) sich von der „naturgesetzlichen“ Auffassung des Wirtschaftslebens lossagt; c) anerkennt, daß die eigentliche Volkswirtschaftslehre es nicht mit dem abstrakten „homo oeconomicus“, sondern mit wirklichen Menschen und wirklichem Menschenleben zu tun hat, und darum d) bei der Behandlung dieses wirklichen Menschenlebens ebensowenig von der Moral abstrahieren kann, wie der wirkliche, wirtschaftende, normale Mensch dies tut. Abstraktion wäre da eben gleichbedeutend mit Negation.

6. Doch, so heißt es weiter, wenn auch die Volkswirtschaftslehre, sofern sie das wirkliche Wirtschaftsleben wirklicher Menschen behandelt, von der Moral nicht „abstrahieren“ kann, so darf man doch dieserhalb nicht eine generelle Abhängigkeit der Nationalökonomie statuieren, sondern lediglich eine solche auf bestimmten, einzelnen Gebieten.

Selbstverständlich kann die Leitung des Moralgesetzes nur in solchen Fragen Bedeutung gewinnen, für welche auch das Sittengesetz bestimmte Forderungen aufstellt. Die Abhängigkeit der Nationalökonomie, welche hier in Frage steht, ist darum keine generelle in dem Sinn, als ob es in dem Bereiche der Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre nicht auch manches objektiv moralische Indifferente gäbe. Man muß sich nur hüten, etwas schon allein deshalb für moralisch indifferent zu halten, weil es seiner Art nach dem wirtschaftlichen Gebiete angehört, oder das ganze wirtschaftliche Gebiet dem Einfluß der Moral zu entziehen, weil es objektiv moralisch indifferente Einzelfragen gibt.

Kann man aber noch von einer Abhängigkeit der Nationalökonomie von der Moral reden, wenn diese Abhängigkeit keine generelle, alle Einzelfragen des wirtschaftlichen Lebens objektiv umfassende Abhängigkeit ist?

Ohne Zweifel. Ist auch die Abhängigkeit der Nationalökonomie von der Moral keine generelle in dem gedachten Sinne, so darf und muß man doch von der Abhängigkeit der Nationalökonomie sprechen, nämlich erstens mit Bezug eben auf diejenigen theoretischen und unmittelbar praktischen Fragen, welche mit der Moral sich berühren; und zweitens, weil nicht alle Punkte von vornherein genau fixiert werden können, in denen jene Berührung im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung vorkommen wird; und drittens, weil die Abhängigkeit eben prinzipiell gefordert werden muß wegen der prinzipiellen Unterordnung der materiellen Ordnung unter die geistig-sittliche. Hierüber noch einiges zum Schluß.

Betrachten wir das Materialobjekt der Volkswirtschaft, ganz allgemein gefaßt: das Wirtschaftsleben eines staatlich geeinten Volkes. Was ist das? Das sind handelnde Menschen, Bürger in ihren individuellen und sozialen Beziehungen, das sind Korporationen, privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Faktoren, Vorgesetzte und Untergebene, sie alle in ihrer die Wirtschaft betreffenden Tätigkeit, die sich in gewisser Hinsicht als ein Zusammenwirken aller zur Erreichung des materiellen Volkswohlstandes dem Volkswirt darstellt. Alle die physischen Personen sind dem Sittengesetze unterworfen, für ihr praktisches Handeln sittlich verantwortlich. Nun, die Nationalökonomie hat es mit denselben Personen, denselben Handlungen und Veranstaltungen zu tun. Wenn aber für jene Personen, die Bürger, die Staatsmänner, und für deren praktisches

Handeln das Sittengesetz eine absolute Norm ist, könnte es dann dem Nationalökonomem gestattet sein, Unmoralisches als „volkswirtschaftlich“ wahr und richtig zu bezeichnen, eine Lehre aufzustellen, deren Befolgung jene Personen zur Übertretung des Sittengesetzes verleiten würde? Man beachte wohl, die Nationalökonomie ist eine praktische Wissenschaft im eminenten Sinne des Wortes; ihre Theorien haben außerordentlich große Bedeutung für Praxis und Leben. Welche sittlichen Konsequenzen können sich z. B. aus der „volkswirtschaftlichen“ Rechtfertigung einer unmoralischen Kolonialpolitik ergeben! Und tragen nicht auch jene Nationalökonomem z. B. mit an der Verantwortung für den Selbstmord der Nationen, die aus rein „wirtschaftlichen“ Gründen, unter Mißachtung von Religion und Sitte, neomalthusianische Lehren verfechten?

Betrachten wir das Formalobjekt der Nationalökonomie, die spezielle Rücksicht, unter welcher sie ihr Materialobjekt, das Wirtschaftsleben und dessen Gestaltung, durchforscht: Es ist, wie gesagt, die nationalökonomische Richtigkeit, die Beziehung zur materiellen öffentlichen Wohlfahrt bzw. zum materiellen Volkswohlstande. Kann nun die nationalökonomische Wissenschaft eine Maßregel, eine Veranstaltung, ein praktisches Verhalten einfachhin deshalb schon unbedingt empfehlen, weil es im Augenblick dem materiellen Vorteile des Volkes oder eines Standes dienen mag? Ist alles, was als materiell vorteilhaft erscheinen mag, darum auch schon nationalökonomisch richtig? Nie und nimmer! Das wäre materialistische Chrematistik, aber keine nationalökonomische Wissenschaft! Nicht mit der bloßen Mehrung jenes Reichtums, der sich in Zahlen ausdrücken läßt, hat der Nationalökonom es zu tun, sondern mit der Wohlfahrt, die aus diesen Gütern für die Menschen entsteht, mit wahrer, menschlicher Wohlfahrt, mit einer Wohlfahrt, die den Zielpunkt menschlichen und nationalen Strebens darstellen darf, mit der materiellen Wohlfahrt, die als Bestandteil der Gesamtwohlfahrt des Volkes sich darstellt, als Mittel und Grundlage der höheren Bestandteile der geistig-sittlichen Wohlfahrt erscheint und darum mit der Gesamtteologie des Menschenlebens bis hinauf zu seinen ewigen Zielen im Einklang bleibt und bleiben muß.

7. Aber verlangen wir nicht zuviel vom Nationalökonomem? Muß er da nicht vorerst Moral studieren, und zwar gründlich, ehe er sich an wirtschaftliche Probleme wagt? Und wie schwierig sind die Moralprobleme wirtschaftlicher Art! Wie viele verschiedene Ansichten gibt es da!

Dieselbe Schwierigkeit könnte man erheben in Bezug auf das praktische Leben. Der Kaufmann darf dem Sittengesetze nicht zuwiderhandeln. Das bleibt wahr, auch wenn der Kaufmann nicht vorher alle Bank- und Börsengeschäfte moralisch würdigen gelernt und die Traktate de usura, de pretio, de cambio usw. usw. nicht studiert hat.

Die Schwierigkeit verschwindet aber sofort, wenn man beachtet, wie vom Nationalökonomem keineswegs verlangt wird, daß er „das sittliche Leben behandle“. Er „behandelt das wirtschaftliche Leben, die materielle Wohlfahrt, nicht die sittliche Wohlfahrt. Nur ein Dreifaches wird von ihm gefordert:

a) Er muß im Prinzip die Unterordnung der materiellen Ordnung unter die geistig-sittliche Ordnung, die Unterordnung der materiellen Wohlfahrt unter die geistig-sittliche Wohlfahrt anerkennen.

b) Er muß in Konsequenz dieser Anerkennung zugestehen, daß die nationalökonomischen Lehren nicht durchweg die höchste Richtschnur des wirtschaftlichen Lebens sind, daß das Moralgesetz eine höhere Norm für das praktische wirtschaftliche Handeln der Menschen darstellt, und daß für den Fall eines Konfliktes der nationalökonomischen Lehre mit den Anforderungen der Moral die letzteren, die moralischen Anforderungen, den Vorzug haben vor irgendwelcher nationalökonomischen Doktrin.

c) Er muß in Konsequenz der prinzipiell von ihm anzuerkennenden Überordnung des Moralischen über das Materielle auch seinerseits nach bestem Wissen in seinen Lehren jeden Widerspruch mit den Anforderungen des Moralgesetzes vermeiden.

Volkswohlstand auf unmoralischer Grundlage ist in den Augen auch des verständigen Nationalökonomien ein Unding, nie und nimmer wahre Volkswohlfahrt! —

Ein großes Verdienst insbesondere der historischen Schule bleibt es darum, daß sie auf den Zusammenhang der Volkswirtschaft mit dem gesamten Volksleben energisch hingewiesen hat. Die Volkswirtschaft gilt ihr nicht als etwas Isoliertes, sondern als ein Bestandteil des Volkslebens im Ganzen der staatlichen Gesellschaft, in ihrem Dasein, ihrer Entwicklung von allen übrigen Gebieten des menschlichen und des Volkslebens modifiziert, dem höheren geistig-sittlichen Gebiete untergeordnet. Nur in diesem Sinne aufgefaßt, bleibt die materielle Volkswohlfahrt auch in der nationalökonomischen Lehre, was sie ist und sein soll: ein Kulturgut, ein wichtiger Teil in der Gesamtkultur eines Volkes.

8. Die „ethische Richtung“ in der Nationalökonomie. Schon zur Zeit, als der liberale Ökonomismus in Deutschland die Wissenschaft fast vollständig beherrschte, haben einzelne Gelehrte nicht aufgehört, die hohe Bedeutung der Moral für die Nationalökonomie unumwunden anzuerkennen. Wir verweisen beispielsweise auf die Abhandlung von Schüz in der Zeitschrift für die Staatswissenschaft<sup>1</sup>: „Das sittliche Moment in der Volkswirtschaft.“ Schüz konnte sich hierbei auf Lotz berufen, der ebenfalls behauptete, daß erst ein rechtliches und sittliches Verhalten der Betriebssamerkeit die Krone aufsetze und ihren regelmäßigen Fortgang am allermeisten sichere und fördere. Schüz führt dann insbesondere aus: nur unter dem Einfluß der Moral werde die Pflicht erfüllt, darüber zu wachen, daß namentlich die Verteilung des Einkommens unter allen Klassen der Bevölkerung sich richtig vollziehe, so daß jeder glücklich leben könne. „Es soll kein Widerspruch zwischen Ethik und Volkswirtschaft bestehen“, mahnt aus denselben Gründen Schönberg<sup>2</sup>, „es soll das Sittengesetz auch für die Volkswirtschaft gelten und in ihr ausgeführt werden, es soll diese eine sittliche Erscheinung des Volkslebens sein.“ Mit Bedauern bemerkt derselbe Autor: „Die moderne Volkswirtschaft ist

<sup>1</sup> 1844.

<sup>2</sup> Handbuch I 54 ff.



freilich trotz aller Reformen noch weit davon entfernt, die Postulate der Ethik realisiert zu haben, aber die mächtige Bewegung ist im Fluß: erreicht sie ihr Ziel, so wird damit der Anfang einer neuen Kulturepoche in der Geschichte der Menschheit beginnen.“<sup>1</sup>

In der Tat war die soziale Reformbewegung vor dem Weltkriege offenbar beherrscht von ethischen Ideen, der sie ihre Kraft, ihre Richtung und Leitung entnimmt. Sie verwirft prinzipiell jenen Individualismus, welcher die Freiheit nur als Mittel und Bedingung für die Zwecke eines rücksichtslosen Egoismus, welcher freie Bahn forderte für alle diejenigen, die da Macht haben, sie zum eigenen Vorteil auszunutzen und in klingende Münze umzusetzen, welcher jegliche Schutzmaßregel zu Gunsten der Mittelstände, der Arbeiter als freiheitswidrig bekämpfte, aber zugleich jeden Augenblick bereit war, die Freiheit anderer zu opfern, wenn es z. B. galt, die Abhängigkeit der Arbeit vom Besitze zu mehrern, „arbeitswillige“ Organisierte von der Arbeit auszuschließen, die große Masse des Volkes zu nötigen, im Dienst einiger weniger ihre Kräfte zu verbrauchen, diese reicher und reicher zu machen und dabei selbst in äußerst beschränktem Maß an den Gütern aufsteigender Kultur teilzunehmen. Jenem egoistischen Libertinismus gegenüber hat die soziale Reform die wahre Freiheit, die mit der Gerechtigkeit und Liebe im Einklang steht, die Freiheit für alle, welche die Rechte der Schwachen nicht weniger schützt als die Rechte der Starken, welche die individuellen Interessen mit dem Glück und Wohl der nationalen Gesamtheit vereinbart, jene Freiheit, die über sich die sittliche Pflicht im Wirtschaftsleben anerkennt, das auf sittlicher Grundlage ruhende Recht und Gesetz, und welche nicht bloß so weit vom „Gesetze“ etwas weiß, als es sich darum handelt, selbstsüchtige Gelüste mit den angeblichen „Naturgesetzen“ der ökonomischen Ordnung zu verdecken. Kurz, Freiheit und Pflicht in der rechten Verbindung nach Gottes Gesetz zum allgemeinen und umfassenden irdischen Wohle der Völker, das ist der Grundgedanke, die große, leitende und höchste Idee der sozialen Reformbewegung auch im neuen Jahrhundert. Von hier müssen letztlich die Goldbarren entlehnt werden, die in einer klugen, stufenweise voranschreitenden, stets an die gegebenen Verhältnisse anknüpfenden staatlichen, kommunalen, korporativen, privaten Kleinarbeit ihre Ausprägung erhalten<sup>2</sup>.

Doch nicht bloß Sozialpolitik und Sozialreform stehen in Frage. Hier ist vielmehr zugleich ein sicherer und fester Stützpunkt

<sup>1</sup> Handbuch I 56.

<sup>2</sup> „Es ist ein Irrtum“, sagt Georg v. Hertling (Kleine Schriften 258), „zu meinen, daß es sich bei der Sozialpolitik . . . nur um Erwägungen der Zweckmäßigkeit oder gar des Wohlwollens handle. Eine Sozialpolitik, welcher die scharfe Orientierung an den unveränderlichen Grundsätzen der Sittlichkeit und des Rechts fehlt, wird unausweichlich in die Irre gehen.“

gefunden für die nationalökonomische Wissenschaft selbst. Das gerade haben die Nationalökonomten ethischer Richtung erkannt. Es handelt sich dabei, wie Georg v. Mayr<sup>1</sup> betont, keineswegs um spekulative Liebhabereien, sondern geradezu um eine Weichenstellung für die nationalökonomische Forschung. Diese wird offenbar in ganz andern Geleisen voranschreiten, sobald sie neben den wirtschaftlichen Erwägungen in der rechten Weise auch ethischen Forderungen Beachtung schenkt, sobald sie anerkennt, daß das moralisch Notwendige zugleich materiell auch das nationalökonomisch Zweckmäßige, Nützliche, Richtige ist.

Daß im Kulturleben der Gesellschaft die sozialen Wechselbeziehungen dem Gebiet bloß tatsächlicher Machtwirkung entrückt seien, verlangt, soweit wenigstens der Schutz der Person und des Eigentums in Frage steht, selbst der extremste Libertinismus. Man wird sogar darüber hinaus heutzutage eine gesetzliche Eindämmung des gewalttätigen oder doch in seiner brutalen Rücksichtslosigkeit gehässigen Egoismus sich gefallen lassen, ja selbst dort wenigstens den Konflikt mit der staatlichen Zwangsgewalt zu vermeiden suchen, wo man nur unwillig die durch das Gesetz geschaffenen Schranken erträgt, die durch dasselbe geforderten Opfer bringt. Die Frage bleibt aber: Gibt es für das Wirtschaftsleben außer und über den gesetzlichen Pflichten noch sittliche Pflichten? „Die Frage scheint vielleicht töricht“, sagt v. Mayr<sup>2</sup>; „denn es ist nicht abzusehen, warum gerade dieses wichtige Stück des Gesellschaftslebens, das wir Wirtschaftsleben nennen, den Geboten der Sitte nicht unterliegen sollte. Und doch ist die Frage nicht überflüssig. Wir sehen, wie die Anhänger materialistischer Auffassung und die Bewunderer namentlich der neuzeitlichen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen in rücksichtslosem Bestreben, jedes Hindernis einer möglichst Beschleunigung der Entwicklung beiseite zu schieben, nicht davor zurückschrecken, den Erwägungen der Sittlichkeit im Rahmen des Wirtschaftslebens keinen Raum zuzugestehen. Nach Zeitungsnachrichten hat ein Breslauer Kollege, Werner Sombart<sup>3</sup>, gelegentlich der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik in Breslau (1899) den Satz formuliert, Sittlichkeit auf Kosten des ökonomischen Fortschrittes sei seines Erachtens der Anfang vom Ende (wörtlich: sittlich sein sollen auf Kosten des ökonomischen Fortschritts

<sup>1</sup> Die Pflicht im Wirtschaftsleben (1900). <sup>2</sup> Ebd. 8 f.

<sup>3</sup> Schriften des Vereins für Sozialpolitik LXXXVIII (1900) 253 ff. „Alle sittlichen Regungen“, sagt Sombart, „alle Entwicklungen des Gerechtigkeitsgefühls werden sich notwendig abfinden müssen mit der Grundlage einer ökonomisch fortgeschrittenen Gesellschaftsordnung. Nur in deren Rahmen kann die Sittlichkeit Wurzel schlagen. Wir haben einfach diejenigen Organisationsformen des Wirtschaftslebens zu akzeptieren, die die leistungsfähigsten sind, und auf Grund deren können wir dann sittlich oder sonst was sein.“ Vgl. auch dessen Werk „Moderner Kapitalismus“ I xxx usw.; dazu Mefferts Ansatz in den Histor.-polit. Blättern CXXIX (1902) 355 ff.; ferner Sombart. Die Ideale der Sozialpolitik, im Archiv für soziale Gesetzgebung 1897.

ist der Anfang vom Ende der gesamten Kulturentwicklung). Hier ist meines Erachtens der Punkt, wo es für den Kollegen eines solchen Nationalökonomen Pflicht werden kann, entschiedenen Widerspruch zu erheben.“ v. Mayr steht mit diesem Proteste nicht allein da<sup>1</sup>. Er konnte sich darauf berufen, daß die Anerkennung der Sitte, d. i. jener Summe von traditionellen Vorstellungen, Urteilen, Überzeugungen und Strebensrichtungen, in welchen das sozial als recht und geboten Erachtete mehr oder minder deutlich zum Ausdruck gelangt, nahezu Gemeingut fast der ganzen deutschen Nationalökonomie geworden sei. Man gibt zu und fordert, daß auch die positive Rechtsbildung sich dem Einfluß der Sitte beugen müsse. Ja die scharfsinnigsten Nationalökonomen erkennen über und zum Teil in jenen als Erbschatz vorausgegangener Kulturbestrebungen geheiligten Anschauungen und Postulaten — also in der „Sitte“ — ohne Rückhalt das von der Religion und der Vernunft verkündigte göttliche Sittengesetz an als die höchste Norm nicht bloß für den einzelnen Menschen, sondern auch für die staatliche Gesellschaft.

Freilich werden die sittlichen Forderungen auf jeder Stufe nur teilweise eine positiv gesetzliche Formulierung finden. Nicht als ob der staatlichen Gesetzgebung für jede Unterlassung ein begründeter Vorwurf erwüchse; die volle Verwirklichung aller sittlichen Forderungen geht eben über die Aufgaben und Möglichkeiten des positiven Rechts hinaus. Gerade das ist ein besonderer Vorzug der Sittlichkeit, daß sie weiter greift als der staatliche Zwang, und daß sie auch dort die Ordnung des sozialen Lebens mit kräftigen Motiven wahrt, wohin das positive Recht und die staatliche Handhabung der Rechtspflege nicht zu dringen vermag. Die Bedeutung der Moral für das Wirtschaftsleben wird anderseits ebensowenig durch den Umstand verkürzt, daß die ethische Beurteilung gewisser sozialer und ökonomischer Verhältnisse nicht selten zunächst nach dem Stande, nach der Klasse der Beurteiler verschieden ist. Widersprüche aufweist. Handelt es sich dabei nicht etwa um ein durch das Eigeninteresse irregeleitetes Bewußtsein, sondern um wirklich objektiv begründete sittliche Forderungen, so werden dieselben sich durchweg kaum lange auf die zunächst interessierte Klasse beschränken, vielmehr nach und nach ebenfalls in der Grundstimmung und allgemeinen Überzeugung

<sup>1</sup> In dem Schlußworte zur Versammlung des Vereins für Sozialpolitik 1899<sup>1</sup> erklärte Otto Gierke zugleich im Namen anderer Mitglieder der Versammlung ausführlich seinen Widerspruch: „Wären die von Sombart geäußerten Ansichten richtig, dann wäre unser Verein überflüssig, da alle Sozialpolitik von einer andern Auffassung ausgeht“ usw. Vgl. auch G. Cohn, Über den wissenschaftlichen Charakter der Nationalökonomie, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XX (1905) 3. Heft, S. 472 ff. Auf der Wiener Generalversammlung des Vereins (1909) sagte Sombart, die Ethik spiele gewiß im Leben eine Rolle, nicht aber in der nationalökonomischen Wissenschaft. Es dürfe „bei einer totalen Erörterung der wirtschaftlichen Zusammenhänge die Bedeutung der ethischen Faktoren niemals außer acht gelassen werden“. Verhandlungen 1910 565 ff.



der normalen gesellschaftlichen Gesamtheit zu klarem Ausdruck gelangen, wie dies z. B. in unsrer Zeit in den dringendsten Fragen des Arbeiterschutzes sich bekundet hat.

Ist nun auch die Beachtung des sittlichen Momentes in der neueren Nationalökonomie im allgemeinen als ein bedeutender Fortschritt anzuerkennen, so darf doch nicht unerwähnt bleiben, daß einzelne Autoren, in einer unklaren, schwankenden, relativistischen und evolutionistischen Auffassung von Sitte und Recht befangen, jenen Fortschritt wieder mehr oder minder illusorisch machten. Insbesondere Gustav v. Schmoller war es, der in seinen bekannten „Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft“ Recht, Gerechtigkeit, Sitte nicht als absolute Größen anerkennen wollte, anderseits doch wieder von „dem ewigen Grundprinzip alles staatlichen und gesellschaftlichen Lebens“ sprach<sup>1</sup>. In seinem „Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“<sup>2</sup> unterscheidet Schmoller zwischen Moral und Sitte, indem er von einer Entstehung der Moral neben und über Sitte und Recht spricht. Doch was versteht er darunter? „Indem man begann, die in Spruch und Lied, in gereimter und ungereimter Form überlieferten sozialen Normen zu sammeln, zu vergleichen, zu interpretieren“, sagt er, „ergab sich das Bedürfnis, sie gewissen obersten Vorstellungen von der Welt, von den Göttern, vom Menschenschicksal unterzuordnen; die Regeln erscheinen nun als Gebote der Gottheit, verbunden durch kosmogonische Vorstellungen, die man erklärte, ausdeutete. Es ergaben sich so einheitliche religiöse Lehrsysteme, die die ersten Versuche rationaler Erklärung alles Seienden ebenso enthalten, wie sie die Lenkung alles Handelns zum Guten bezwecken: es handelt sich um einen Glauben, der die Zweifel beruhigt, das Gemüt beherrscht, der das Gute finden lehrt, der ein klares und deutliches Sollen vorschreibt. Alle ältere Moral wird so als das logische Resultat eines religiösen Glaubenssystems erfaßt; sie fällt mit Sitte und Recht noch ganz oder teilweise zusammen. Man ist sich . . . lange über den Gegensatz von Sünde, Ritualvorschrift, Sitte und Recht nicht klar. Aber immer zielt die priesterliche Moral schon auf etwas anderes als Sitte und Recht. Die äußern Satzungen der Priester mögen noch auf Befestigung der gesellschaftlichen Verfassung gerichtet sein, die Spekulation über den Willen der Gottheit führt zur Erörterung des innern Seelenlebens der Menschen. Zumal die höheren Religionsysteme erkennen mehr und mehr die Bedeutung der sittlichen Gesinnungen für das Leben und die Handlungen. Das zusammenhängende, einheitliche Nachdenken über die Ursachen, warum wir gut handeln sollen, über die sittlichen Gefühle, Urteile, Handlungen erzeugt die Moral, d. h. einheitliche Lehrgebäude, welche das Gute begreifen, darstellen und lehren wollen, welche aus einheitlichen Grundgedanken und Prinzipien die sittlichen Pflichten, Tugenden und Güter ableiten wollen. Die Moral, das Moralsystem ist so stets im Gegensatz zu Sitte und Recht ein theoretisches und praktisches Ganzes; sie will Regeln und Gebote für alles Leben geben, aber sie formuliert sie nicht fest und klar, wie Sitte und Recht. Und sie will nicht bloß das äußere Leben regulieren, sondern auch das Innere in die rechte Verfassung setzen. Sie will das Gute an sich lehren, sie will überreden, über-

<sup>1</sup> Vgl. unsre diesbezüglichen Ausführungen, in „Philosophische Grundlagen des ökonomischen Liberalismus“<sup>1 u. 2</sup> (1899) 385 388 ff.

<sup>2</sup> 1. Teil (1900) 55 ff. Über Sitte, Sittlichkeit, Recht vgl. auch Wundt, Methodenlehre 2. Abt. (1895) 629 f.

zeugen, sie will die sittlichen Kräfte schaffen, aus denen Sitte und Recht selbst als abgeleitete Erscheinungen hervorsprossen. . . . Sitte und Recht sind Regeln des äußern Lebens, die Moral umfaßt äußeres und inneres Leben, alles menschliche Handeln und alle Gesinnung. Sitte und Recht sind in bestimmten Geboten und Verboten fixiert: die Moral wendet sich ohne feste Formeln und Sätze an die Wurzel des Handelns, sie will die Seele zum richtigen Handeln fähig machen, das Gewissen schärfen. Ihr Höhepunkt ist die freie Sittlichkeit, die ohne Bindung an schablonenhafte Regeln sicher ist, aus sich heraus überall das Gute und Edle zu tun. Die Moral leuchtet als führende Fackel der Sitte und dem Recht, die ihr gar oft nur zögernd folgen, voran: sie fordert Gesinnungen und Taten, denen oftmals nur die Sitte der Besten entspricht, die zu einem großen Teil vom Recht nicht verlangt werden können. Die Sitte hat in der öffentlichen Meinung, in der Ehre, im Klatsch der Nachbarn, das Recht in der Staatsgewalt, die Moral hauptsächlich im Gewissen ihren Exekutor. Die Moral ist ein unendlich feineres, verzweigteres Gewebe als Sitte und Recht: aber sie hat keine andern Mittel, zur Geltung zu kommen, als Überredung und Überzeugung.\* Wenn Schmoller anerkennt, daß die Begriffe des Moralischen und der Sitte in ihrer herkömmlichen Bedeutung sich nicht völlig decken, so pflichten wir ihm darin vollkommen bei. Doch wird die Art und Weise, wie der verdienstvolle Gelehrte die Differenzierung der Moral von Sitte und Recht sich vollziehen läßt, kaum als eine wissenschaftlich begründete anerkannt werden können. Die Moral ist eben nicht das wechselnde, historische, menschliche Gebilde, als welches sie hier erscheint<sup>1</sup>. Es gibt vielmehr feste, allgemeine, objektive, von Zeit und Raum unabhängige, darum unwandelbare moralische Postulate, die, soweit sie die Gesellschaft in ihren wesentlichen Formen und Gestaltungen ordnen, in der Tat, um Schmollers eigenes Wort zu gebrauchen, das „ewige Grundprinzip“ alles

<sup>1</sup> In der Besprechung des Sombartschen Werkes „Der moderne Kapitalismus“ (Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft XXVII 1903: 299) tadelt G. Schmoller an Sombart, daß er die an sich richtige Forderung, sich nicht von einseitigen, auch nicht von einseitigen sittlichen Ideen in der Forschung behindern zu lassen, zu der ganz andern ausweite, es dürfe in der Volkswirtschaft gar nicht von sittlichen Fragen und Kräften die Rede sein: „Wo er solche Ausführungen antrifft, gerät er in polternde, verächtliche Abweisung. Es will mir scheinen, er verstehe unter sittlichen Forderungen stets nur die einer altväterischen, hausbackenen Philister- und Tantenmoral. Er scheint mir zu übersehen, daß jede Gesellschaft nur unter der Herrschaft einer Summe von sozialen Regeln bestehen kann, die bei höherer Kultur sich in Sitte, Recht und Moral scheiden, die, in ewiger Umbildung je nach den Kulturverhältnissen begriffen, doch stets die Voraussetzung jedes gesellschaftlichen Zustandes und aller in ihm wirkenden psychischen Kräfte sind. Ohne zu untersuchen, wie sie entstehen, sich umbilden, sich überliefern, immer neu durch die veränderte äußere und innere wirtschaftliche und geistige Kultur gestaltet werden und doch in ihren Grundzügen sich gleich bleiben!, kann nach meiner bescheidenen Vorstellung niemand die letzten volkswirtschaftlichen Fragen lösen. Die großen Volkswirte waren Moralprofessoren. Und alle die, welche heute dieser Ketten spotten, stehen, soweit ich sehen kann, doch unbewußt auf dem Standpunkt irgend eines Moralsystems, so, wie mir scheinen will, Sombart auf dem eines feinfühlig ästhetisierenden Epikurismus resp. Materialismus.“ — Über Psychologie und Ethik in der Volkswirtschaftslehre vgl. auch Schmollers Aufsatz im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 473 ff.

staatlichen und gesellschaftlichen Lebens darstellen<sup>1</sup>. Wer diese dauernden Postulate verletzt, der handelt nicht bloß den traditionellen und befestigten Anschauungen und Forderungen der Kulturgesellschaft entgegen, er widersetzt sich auch dem Willen desjenigen, in dem allein „ewige Grundprinzipien“ ihre Stütze, unwandelbare Normen ihren Quell haben können, der sein die soziale Ordnung, das Gedeihen und die kulturelle Entwicklung der Menschheit forderndes und garantierendes Gesetz, als solches erkennbar, der menschlichen Vernunft unauslöschlich eingeschrieben und durch die Offenbarung unzweideutig verkündet hat. Der Begriff der bloßen „Sitte“, die sich auf ein soziales Gesamtempfinden zurückführt und die von der Kulturgesellschaft stets neu erzeugt wird als ein Inbegriff von Urteilen, Überzeugungen, Strebensrichtungen, greift in äußeren Dingen nicht selten weiter als der Begriff der Moral, soweit diese das äußere Leben zum Gegenstand hat. Dort aber, wo die historische Sitte mit der ewigen Moral sich deckt, z. B. im Hinblick auf die Anerkennung des natürlichen Endzweckes der staatlichen Gesellschaft, neben den geschichtlichen Aufgaben der Einzelstaaten, auf die Autorität der Staatsgewalt, auf Treue und Gerechtigkeit im Verkehr usw., erscheint die Sitte zugleich als geschichtliche Manifestation und Verkörperung des göttlichen Moralgesetzes. So gefaßt findet die Sitte in ihren wichtigsten Anforderungen die unentbehrliche Ergänzung durch ihre Verknüpfung mit der höheren Richtschnur, um so erst der vollen Idee der Sittlichkeit als einer verpflichtenden Norm des menschlichen, darum auch des wirtschaftlichen Handelns zu genügen. Wo von Verpflichtung die Rede ist — und hier wird ja die Kulturgesellschaft selbst als verpflichtet vorausgesetzt —, da muß es eine höhere Autorität geben, die sich über die Kulturgesellschaft erhebt, ihr als Herr und Gesetzgeber gegenübertreten kann. Ohne diesen höchsten Gesetzgeber wäre ihr Gesamtempfinden durch keine wahre Autorität gestützt, und was als Pflicht gefordert wird, nicht bloß ganz und gar relativ und wandelbar, sondern überhaupt ohne jeden festen Halt — man müßte denn an die „öffentliche Meinung, die Ehre, den Klatsch der Nachbarn“ appellieren und darin einen ausreichenden Halt für die Pflicht im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben suchen wollen oder mit dem bloß individuellen Gewissensspruch des einzelnen sich begnügen<sup>2</sup>.

Nur zu lange ist der Name Gottes in der Wissenschaft entweder gar nicht mehr oder nur mit einer gewissen Zurückhaltung und Schüchternheit genannt worden. Man sollte endlich diesen heiligsten Namen nennen, und vor aller Welt offen bekennen, daß allein dort, wo Gottes Herrschaft anerkannt, das göttliche Sittengesetz gebührend beachtet wird, das wahre Gemeinwohl der Völker sichern Schutz und kräftige Förderung finden kann. Die praktische Geltung eines in seinen Normen unwandelbaren göttlichen Sittengesetzes entzieht der Sitte, so wie die heutige Wissenschaft sie versteht, keineswegs den Boden, sie stärkt im Gegenteil die Achtung vor dem Hergebrachten, die Ehrfurcht vor dem Bestehenden: nur sie gewährt dazu den obersten sozialen Normen jene Festigkeit, Be-

<sup>1</sup> Über „ewige“ Wahrheiten vgl. K. Diehls Rezension, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie, 3. Folge XXIV (1902) 117 f.

<sup>2</sup> Vgl. Max Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XIX (1904) 24.



ständigkeit, Allgemeingültigkeit, wie eine bloß geschichtliche und menschliche Herkunft sie nicht zu verleihen vermag.

Gerade nach dieser Richtung hin hat nun Georg v. Mayr einer gesunden Fortbildung der historisch-ethischen Auffassung die Wege gewiesen. Wie er von einem festen Kern von Rechtsnormen redet<sup>1</sup>, ohne deren Gewährleistung die Weiterentfaltung unsres Kulturlebens undenkbar erscheint, so gibt es ihm zufolge nicht minder auf dem weiteren Gebiete der Sitte ebenfalls einen festen Kern normalen Gesamtempfindens, ein festgeschlossenes Programm für das in der Kulturgesellschaft unerläßlicherweise als sittlich Gebotene<sup>2</sup>. Mögen immerhin die historischen Einzelgestaltungen wechseln, in jeder geschichtlich bedingten, sei es durch dauernde, traditionelle Überzeugungen getragenen, sei es lediglich von praktischen Erwägungen mit Rücksicht auf vorübergehende Bedürfnisse geforderten Ausprägung muß dieser feste Kern rechtlicher und sittlicher Normen (z. B. Solidarität im Gesellschaftsleben, der soziale Charakter der Arbeit, der natürliche Staatszweck, die Gerechtigkeit im Tauschverkehr usw.) zur tatsächlichen Geltung gelangen, wo überhaupt von einer Kulturgesellschaft die Rede sein kann.

Eine derartige ganz allgemeine Hindeutung auf Recht und Sitte genügt freilich noch nicht. Es wird vielmehr, etwa durch eine besondere Sozial- und Wirtschaftsmorallehre, im einzelnen näher darzulegen sein, in wie ausgedehnter und mannigfaltiger Weise das Wirtschaftsleben unter der Kontrolle jener absoluten Normen steht, und wie daraus — mit Berücksichtigung der gegebenen konkreten Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnisse — für die verschiedenen Gruppen der am Wirtschaftsleben Beteiligten eine Fülle sittlicher Pflichten erwächst. Wir aber müssen und dürfen uns, im Rahmen der Volkswirtschaftslehre, hierfür auf einige Beispiele und kurze Andeutungen beschränken, indem wir mit v. Mayr der Reihe nach den Güterverbrauch, die Erzeugung und Verteilung der Güter ins Auge fassen<sup>3</sup>.

a) Es liegt auf der Hand, daß die Art und Weise, wie sich der Verbrauch der Güter vollzieht, von den wichtigsten Folgen wirtschaftlicher Art für den einzelnen wie für die gesellschaftliche Gesamtheit begleitet ist. Man kann nun freilich von dem Nationalökonomem nicht fordern, daß er sich als Lehrer der christlichen Moral und Ascese benehme um der besondern Zwecke willen, welche diese verfolgt. Was er jedoch von seinem Standpunkt aus wünschen muß, das ist: bei angemessener Differenzierung der körperlichen und geistigen Genüsse Vermeidung der Exzesse nach einer Richtung und gebührende Rücksichtnahme auf die Gestaltung der Leistungsfähigkeit in Gegenwart und Zukunft, wobei kluge Zurückhaltung im Augenblicksgenuß die Möglichkeit

<sup>1</sup> Die Pflicht im Wirtschaftsleben 5.

<sup>2</sup> Ebd. 4.

<sup>3</sup> Vgl. ebd. 9 11 ff.

künftigen Aufsteigens zu einer höheren wirtschaftlichen und sozialen Stufe nicht selten gewährleistet. Der Nationalökonom ist ex officio Lobredner vernunftgemäßer Sparsamkeit. Er verurteilt die Verschwendung. Indem er anderseits für einen jeden den dessen Stand und Verhältnissen entsprechenden Güterverbrauch in der Regel wünschen möchte, da der Verbrauch die soziale Voraussetzung erfolgreicher Gütererzeugung darstellt, so erwartet er doch insbesondere von dem Reichen auch, daß er die überfließenden Mittel dem Gemeinwohle, der Unterstützung der Armen, der Förderung von Kunst und Wissenschaft zu Diensten stelle, anstatt nur auf Akkumulation seiner Spekulations- und Rentengewinne zu sinnen. Um eine solche nationalökonomisch wünschenswerte Ausbildung des Güterverbrauchs zu erreichen, können Rechtsformulierungen nur wenig nützen, wie die alten Kleiderordnungen, die Versuche einer staatlichen Bekämpfung des Alkoholgenusses usw. beweisen, ganz abgesehen davon, daß der Eingriff der Gesetzgebung in das Gebiet der privaten Konsumtion allzu leicht zu einer durchaus ungebührlichen Beschränkung der persönlichen Freiheit führen müßte. Hier hilft wirksam nur jene Mäßigung und Regelung der Begierden, jene Selbstbeherrschung, Nüchternheit und Klugheit, wie sie, in einer für den Gesamtzustand des Volkes entscheidenden Ausdehnung, lediglich die praktisch lebendige Geltung der Idee sittlicher Pflicht zu gewähren im stande ist. In der gewissen Erkenntnis, daß bei der Regelung der Güterverwendung, mag es sich um die Lebenshaltung eines Millionärs oder um Führung und Überwachung des schlichten Haushaltes einer Arbeiterfamilie handeln, die sittliche Pflicht für die weitesten Kreise das eigentlich entscheidende Wort spricht, wird daher jeder verständige Nationalökonom von seinem eigensten Standpunkt aus nicht umhin können, die hohe Bedeutung allgemeiner praktischer Geltung der sittlichen Normen für das Gedeihen der Volkswirtschaft offen anzuerkennen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Um so auffälliger muß es erscheinen, daß gerade hier Roscher dem katholischen Standpunkte Mißtrauen entgegenbringt, ja fast Unheil fürchtet von einer „Katholisierung“ der Volkswirtschaft. Leider hat der hochverdiente Gelehrte in theologischen und asketischen Fragen, wie es scheint, seine Kenntnisse nur aus nichtkatholischen Quellen geschöpft. Sonst würde er kaum zu der uns fremdartig berührenden Gegenüberstellung zwischen „katholischem Entsagungsprinzip“ und „christlichem Gewissen“ gelangt sein. Er richtete seine Einwendungen zunächst gegen Périn. Im schroffen Gegensatz zu der übertriebenen Einschätzung der Selbstliebe, des Eigennutzes für das Wirtschaftsleben hatte nämlich Charles Périn in seinem Werke „*De la richesse dans les sociétés chrétiennes*“ (2<sup>e</sup> éd., 2 Bde, 1868) das Prinzip der Entsagung an die Spitze seiner nationalökonomischen Erörterungen gestellt. Roscher aber seinerseits war befangen in dem alten Vorurteil, als ob nach katholischer Auffassung die Entsagung ihrer selbst wegen, als Selbstzweck, geübt und empfohlen würde. Allein die katholische Lehre empfiehlt die Entsagung, Selbstverleugnung, Abtötung nicht der bloßen Mortifikation wegen, sondern als unentbehrliches Mittel, um die Harmonie des innern Menschen, die Herrschaft des Geistes über die niedern Triebe, die Ordnung im äußern Verhalten herzustellen. In diesem Sinne aufgefaßt, gewinnt das Opfer auch für das gesellschaftliche Leben, insbesondere für die wirtschaftliche Seite desselben, die höchste Bedeutung. Man

b) Die Hervorbringung oder Beschaffung einer genügenden Menge von Sachgütern in gebührender Ausgliederung und Verschiedenheit ist für die Erhaltung unsres Geschlechts und im Hinblick auf den kulturellen Fortschritt unerlässlich. Triebe und Pflichten, Selbsterhaltung, Selbstvervollkommnung, Eigeninteresse, die pflichtmäßige Sorge für die Zukunft, für das Glück der Familie, die Arbeitspflicht usw. gewähren die Garantie, daß es an Sachgütern innerhalb einer Volkswirtschaft regelmäßig nicht fehlen wird. Unter Umständen können die gesetzgebenden und administrativen Instanzen zum Eingreifen verpflichtet sein, z. B. mit Rücksicht auf einen vernachlässigten Bergbau oder Bodenanbau u. dgl. Notwendiger jedoch als der nur selten berechnete Betriebszwang wird es sein, daß die Staatslenker ihrerseits in treuer Pflichterfüllung das Erforderliche tun, um das Interesse der Unternehmer an der heimischen Produktion zu erhalten und zu steigern.

Bei aller Verschiedenheit in der vielfach verzweigten Berufsschichtung lassen sich ferner speziell für den Unternehmer als solchen eine Anzahl allgemeiner ethisch-sozialer Pflichten zunächst im Hinblick auf die Ausgestaltung der Produktion feststellen. Handelt es sich um eine durch wirkliche Fortschritte der Technik bedingte Großentwicklung von Unternehmungen, die sich unter möglichster Schonung anderer selbständiger ökonomischer Existenzen vollzieht, so wird man dabei von einer Verletzung sittlicher Normen an und für sich nicht reden können. Die Betriebsformen sind eben in ihrer Eigenart nicht für ewige Zeiten festgelegt. Sie unterliegen dem Gesetze historischer Wandelbarkeit nach den wechselnden Bedürfnissen und Möglichkeiten fortschreitender Kultur. Durch den Kulturfortschritt aber nicht bedingt ist die künstlich erzeugte Not, welche gewissenlose Monopolisten in habgieriger Geldgier schaffen, jene rücksichtslose Ausdehnung einer ins Ungemessene gehenden Produktions- und Handelstätigkeit, so zwar, daß der Groß- oder Kolossalbetrieb zugleich zielbewußt die Vernichtung zahlreicher Mittel- und Kleinbetriebe erstrebt, jenes brutale Niedertreten alles dessen, was hindernd im Wege steht, die skrupellose Geltendmachung der Übermacht im Konkurrenzkampfe usw. Das Gesetz mag in solchen Anlässen viel leisten können zum Schutze der Schwächeren, einem gewissenlosen Großunternehmertum gegenüber erreicht es doch niemals vollständig sein Ziel. Und bedarf es ferner noch besonderer Erwähnung,

wird vielleicht wegen der sehr nachdrücklichen Hervorhebung des Opfers Périn den Vorwurf eines für die Nationalökonomie übertriebenen Idealismus machen. Darüber wollen wir nicht weiter streiten. Allein, ungerecht ist es, wenn Périn beschuldigt wird, er habe unter dem Opfer, der Entsagung, nichts anderes verstanden als den bloßen Verzicht auf die irdischen Güter. Auch der Arbeit, dem wirtschaftlichen Streben und Ringen ist manches Opfer beigemischt. Das katholische Entsagungsprinzip ist kein „durchaus negatives Prinzip“, wie Roscher *Ansichten der Volkswirtschaft* 1<sup>3</sup> [1878] 77 ff. 86 meint. Es enthält zugleich den Sporn, den Antrieb zu positivem, mühevollen Schaffen.



daß der sittliche Pflichtenkreis des Unternehmers mit Rücksicht auf die in seinem Betriebe tätigen Arbeiter in den Anforderungen auch der besten Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung keineswegs seine Grenze findet? Die den sittlichen Standpunkt berücksichtigende Beurteilung der Lohnarbeit fordert eine gerechte, menschenfreundliche, rücksichtsvolle Behandlung des Arbeiters, und nicht zum wenigsten, daß bei der Entlohnung zugleich mit der jeweiligen spezifischen oder individuellen ökonomischen Bedeutung der Arbeitsleistung alle jene Lebenszwecke Beachtung finden, zu deren Erreichung und Befriedigung der Lohn die Möglichkeit gewähren muß, wenn nicht der Arbeiterstand und mit ihm die Gesellschaft dem Verderben anheimfallen soll. Wie sehr die Moral aber jede ungerechte Beschränkung der Freiheit des Arbeiters mit Bezug auf die Eingehung des Lohnverhältnisses, auf das Vereinigungsrecht, auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen zurückweist, so kann sie anderseits nicht davon absehen, auch auf die Pflichten des Arbeiters gegenüber dem Arbeitgeber hinzuweisen. Sie muß insbesondere die für den gedeihlichen Verlauf des Produktionsprozesses notwendige Unterordnung des Arbeiters unter die Leitung des Unternehmers, gewissenhaften Fleiß wie eine ausdauernde, das Interesse des Unternehmers wahrende Treue fordern. Sie kann es ebensowenig billigen, daß zur Durchsetzung selbst gerechter oder billiger Forderungen gegen den Unternehmer Rechtsbruch und Gewalttaten verübt oder Mittel angewendet werden, die das Gemeinwohl der ganzen Gesellschaft bedrohen. Was speziell die Arbeiterorganisationen betrifft, so verdient hier das von ethischen Erwägungen ausgehende ernste Mahnwort eines aufrichtigen Freundes des Arbeiterstandes, des Kardinals James Gibbons, beachtet zu werden: Diese Organisationen haben unzweifelhafte Rechte, die ihnen gewährleistet werden müssen, sie führen Klagen, die beherzigenswert sind, aber sie haben auf der andern Seite auch heilige Pflichten zu erfüllen. Die bloße Macht der Zahl ist, wie die Macht des Geldes, für sich genommen, brutal. Die Arbeiter sollen und müssen sich hüten, leichtfertigen Demagogen Gehör zu schenken, sie dürfen sich nicht zu politischen Wahlmaschinen herabwürdigen lassen. Sie sollen ihre eigene Reputation, das Ansehen, die Ehre, die Rechte ihres Standes auf das nachdrücklichste wahren. Aber sie dürfen nicht den Kampf suchen um des Kampfes willen, nicht durch ein ungerechtes, gewalttätiges Verhalten gegen Unternehmer und andere Arbeiter oder deren Verbände, durch staatsstürzende, revolutionäre Theorien und Agitationen ihre Verbindung in den Augen der Öffentlichkeit herabsetzen, das Mißtrauen der Gesellschaft wachrufen und staatliche Zwangsmaßregeln geradezu herausfordern. Die gewaltsame Repression dürfte freilich nur von höchst prekärem Erfolge sein. Darum wird jede einsichtsvolle Regierung um so mehr ihre ganze Kraft daransetzen, daß alle für die sittliche Hebung des Volkes bedeutsamen Faktoren in Kirche und Schule

zur vollen Geltung kommen können. Das ist auch die Ansicht Georg v. Mayrs<sup>1</sup>: „Bedeutungsvoller noch als das, was die Staatsgewalt in Gestalt der Strafsetzung leisten kann und aus Rücksichten der Selbstachtung leisten muß, ist das, was hier die Massenerziehung zu leisten berufen ist. Gegenüber dem vergiftenden Einfluß der Agitatoren, welche mittels Aushöhlung alles sittlichen Inhalts des Arbeitslebens den Arbeiter zur wirtschaftlichen Maschine im Massenkampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung umzugestalten bemüht sind, erwächst allen Instanzen, die unsre Kulturerbengenschaften wahren wollen, eine gewaltige Aufgabe der Belehrung und Erziehung. Staat und Kirche stehen hier auf dem gemeinsamen Boden der Wahrung sittlicher Normen gegenüber dem Anprall materialistischer Sturmflut.“

Der katholische Arbeiter insbesondere wird seiner Kirche dankbar sein, daß sie dieser ihrer Aufgabe und Pflicht voll und ganz genügt. Wir erinnern vor allem an die Enzyklika Leos XIII. über die Arbeiterfrage, in welcher der Papst mit der Liebe und Hingabe des Vaters an den von dem Christentum feindlichen Mächten umworbenen Arbeiterstand seine oberhirtlichen Mahnungen richtet. Da handelt es sich in keiner Weise darum, das christliche Sittengesetz, Christentum und Kirche auf eine bestimmte geschichtliche Gestaltung des Wirtschaftslebens, des Wirtschaftssystems, des positiven Wirtschaftsrechtes festzulegen. Bloße Zweckmäßigkeiten sollen nicht zu sittlichen Fragen gestempelt werden. Der Papst weiß wohl zwischen variabeln und konstanten Elementen des positiven Wirtschaftsrechtes zu unterscheiden. Aber er tritt eben ein für die konstanten Elemente des unwandelbaren christlichen Sittengesetzes, verwahrt sich dagegen, daß sie nicht von der Variation hinweggeschwemmt werden, fordert, daß die positiven Gestaltungen, welcher Form sie seien, nicht in Gegensatz treten zum Sittengesetz, dem natürlichen Recht. Gewiß können sehr verschiedene Gestaltungen des Wirtschaftsrechtes dem Sittengesetz genügen. Aber folgt daraus, daß nun das Sittengesetz jeder beliebigen Form gegenüber neutral sei, daß alle und jede Gestaltung ihm entspreche, ihm genügen müsse? Und ist ein Widerspruch zwischen dem Sittengesetz und einer geschichtlichen Gestaltung des Wirtschaftsrechtes möglich, kann es dann der Kirche gleichgültig sein, in welcher Weise das Wirtschaftsleben sich formiere? Die christliche Offenbarung enthält nun einmal manche Lehren, die unmittelbar und direkt die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung berühren<sup>2</sup>. „Außerdem gehören zur christlichen Offenbarung viele Wahrheiten, aus welchen vermittelt streng logischer Vernunftschlüsse wichtige Folgerungen für die Gestaltung der gesellschaftlichen und speziell der wirtschaftlichen Verhältnisse sich ergeben. Auch solche durch Vernunftschlüsse aus den ausdrücklich geoffenbarten Wahrheiten abgeleiteten Sätze gehören mit zum Inhalt der Offenbarung. Es ist die Aufgabe der Kirche, welche für die Bewahrung des ganzen Schatzes der Offenbarungswahrheiten Sorge zu tragen hat, darüber zu wachen, daß diese Wahrheiten weder gelehnet oder vergessen noch durch unrichtige Schlußfolgerungen verdunkelt oder verfälscht werden.“<sup>3</sup> Im Bewußtsein seines Rechtes und seiner Pflicht erhebt

<sup>1</sup> Die Pflicht im Wirtschaftsleben 55.

<sup>2</sup> Vgl. Ad. Ott, in der Theologischen Revue 1904, Nr. 8.

<sup>3</sup> J. Biederlack, Soziale Frage<sup>6</sup> (1904) 112.

darum der Papst seine Stimme: „Mit voller Zuversicht treten wir an diese Aufgabe (Heilmittel für die sozialen Schäden anzugeben) heran und in dem Bewußtsein, daß uns das Wort gebührt. . . . Denn die Kirche ist es, welche aus dem Evangelium einen Schatz von Lehren verkündet, unter deren kräftigem Einfluß der Streit sich beilegen oder wenigstens seine Schärfe verlieren und mildere Formen annehmen wird.“ Der Papst ist dabei weit entfernt, verhindern zu wollen, daß das Arbeitsverhältnis auch materiell und sozial in einer Weise sich ausgestalte, wie es der heute anerkannten formellen Rechtsgleichheit zwischen Unternehmer und Arbeiter entspricht; er tritt nicht zu Gunsten eines patriarchalischen Verhältnisses oder des absoluten Herrenstandpunktes gegen die mehr konstitutionelle Form der Arbeitsgestaltung in die Schranken; er wendet nichts dagegen ein, daß gewerkschaftliche Machtorganisation die Preisbildung zu Gunsten des Arbeiters in gerechter Weise beeinflusse, daß die gesamte soziale Stellung des Arbeiters im Arbeitsverhältnis und in der modernen Gesellschaft gehoben werde. Aber er verkennet auch nicht, daß die Arbeiterbewegung der Jetztzeit keineswegs mit bloß wirtschaftlichen Fragen in Berührung kommt, daß es sich dabei nicht bloß um Zahlen handelt, um moralisch indifferente Fragen der Arbeitszeit, des Aus- und Einfahrtsdienstes im Bergwerk usw., sondern viel mehr noch um Moralfragen, Fragen des natürlichen Rechts, der Gerechtigkeit, der Liebe, daß die Arbeiterbewegung in concreto einen Komplex von Fragen einschließt unter vielfacher Berührung mit dem sittlichen Gebiete. Mögen die Arbeiter sich vereinigen, mögen sie ein besseres Los sich erkämpfen! Das ist ihr gutes Recht. Die Kirche wehrt es ihnen nicht. Sie fordert aber, daß bei all diesem keine Ziele verfolgt, keine Mittel gewählt werden, die im Widerspruch stehen mit den Lehren des Evangeliums, den Grundsätzen des christlichen Lebens, daß die Bestrebungen der Arbeiter sich ohne Gewalttat vollziehen, ohne Unrecht, ohne Verletzung der sittlichen Pflichten gegen den Arbeitgeber, die Standesgenossen, die staatliche Gemeinschaft. Hier zu mahnen, hier zu warnen, hier eine prinzipielle Direktive zu geben, ist das gute Recht, die heilige Pflicht der Kirche, doppelt wichtig in unsren verwirrten, gefährvollen Zeiten, und doppelt wichtig gerade für die vielfacher Versuchung und Verführung ausgesetzten Arbeiter. Der Katholik weiß aus seinem Glauben, daß Papst und Bischöfe nicht bloß des Priestertums walten, die christliche Lehre verkündigen, sondern auch gemäß ihrer göttlichen Sendung über eine weitgreifende Hirtengewalt verfügen. Der Stimme des Hirten setzt der Katholik nicht seinen eigenen Willen entgegen; er zieht der zuständigen Hirtengewalt seinerseits keine Grenzen, er läßt sich lenken, er gehorcht im Vertrauen auf Gottes gütige Vorsehung, die ihn durch seine Stellvertreter die rechten Wege des Heiles führen werde.

Die in unsrer Frage wichtigsten prinzipiellen Leitsätze hat Pius X. in einer zunächst an die „christliche Demokratie“ Italiens gerichteten Kundgebung kurz zusammengestellt. Der Wortlaut dieses *Motu proprio* vom 18. Dezember 1903 ist der Hauptsache nach folgender: „Unser erhabener Vorgänger Leo XIII. seligen Andenkens hat in seinen berühmten Enzykliken ‚*Quod Apostolici muneris*‘ vom 28. Dezember 1878, ‚*Rerum novarum*‘ vom 15. Mai 1891 und ‚*Graves de communi*‘ vom 18. Januar 1901 in glänzender Weise die Grundsätze der christlichen Volksbewegung behandelt; ferner in einer von der heiligen Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten herausgegebenen Anweisung vom 27. Januar 1902. Da Wir nicht weniger als Unser Vorgänger die große Notwendigkeit erkennen, daß die christliche Volksbewegung in rechter Weise gemäßigt und ge-



leitet werde, ist es Unser Wille, daß diese sehr weisen Grundsätze genaue und volle Beachtung finden, und daß niemand es wage, sich von denselben auch nur ein wenig zu entfernen. Um sie nun in leichter Weise zu vergegenwärtigen, haben Wir sie in den folgenden Artikeln wie in einem Auszuge zusammengefaßt als Fundamentalanweisung der christlichen Volksaktion, die Wir aus den oben erwähnten Akten herausgehoben haben. Diese sollen für alle Katholiken die dauernde Richtschnur ihrer Haltung sein.

„1. Die menschliche Gesellschaft ist nach göttlicher Anordnung aus ungleichen Teilen zusammengesetzt, sowie die Glieder des menschlichen Leibes ungleich sind: eine Gleichstellung aller ist unmöglich und hat die Auflösung der Gesellschaft selbst zur Folge. (Enzyklika ‚Quod Apostolici muneris‘.)

„2. Die Gleichheit der verschiedenen Glieder der Gesellschaft besteht nur darin, daß alle Menschen ihren Ursprung von Gott, dem Schöpfer, herleiten, daß alle von Jesus Christus erlöst worden sind, und daß alle genau nach ihren guten und bösen Handlungen von Gott gerichtet werden, um Lohn und Strafe zu empfangen. (Enzyklika ‚Quod Apostolici muneris‘.)

„3. Daraus sowie aus der Anordnung Gottes folgt, daß es in derselben Fürsten und Untertanen, Arbeitgeber und Arbeiter, Reiche und Arme, Gelehrte und Ungelehrte, Vornehme und Geringe gibt, die, durch das Band der Liebe geeinigt, sich gegenseitig unterstützen sollen, um ihre letzte Bestimmung im Himmel, und hier auf Erden ihr materielles und sittliches Wohl zu erreichen. (Enzyklika ‚Quod Apostolici muneris‘.)

„4. Der Mensch hat auf Erden nicht nur wie das Tier das einfache Gebrauchsrecht, sondern auch ein dauerndes Eigentumsrecht, und zwar nicht allein bezüglich jener Dinge, die durch den Gebrauch verbraucht, sondern auch jener, die durch den Gebrauch nicht verbraucht werden. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„5. Das Privateigentum ist unter allen Umständen, sei es als Frucht der Arbeit oder des Gewerbes oder infolge von Übertragungen oder Schenkungen, ein Naturrecht, und jedermann kann darüber in vernünftiger Weise nach seinem Gutdünken verfügen. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„6. Bei der Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen muß zwischen Gerechtigkeit und Liebe unterschieden werden. Wenn die Gerechtigkeit nicht verletzt worden ist, besteht kein Recht auf eine Zurückforderung. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„7. Die Pflichten der Gerechtigkeit, die dem Besitzlosen und Arbeiter obliegen, sind folgende: volle und treue Leistung der in freier Weise nach Billigkeit vereinbarten Arbeit; Unterlassung der Beschädigung des Gutes und der Beleidigung der Person des Arbeitgebers; Unterlassung von gewalttätigen Handlungen bei der Verteidigung der eigenen Rechte, die niemals in Empörung übergehen darf. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„8. Die Pflichten der Gerechtigkeit, die dem Besitzenden und dem Arbeitgeber obliegen, sind folgende: Ausfolgung des gerechten Lohnes an die Arbeiter; Unterlassung der Schädigung von deren Ersparnissen durch Gewalt oder List oder offene und verdeckte Ausbeutung; Gewährung der zur Erfüllung der religiösen Pflichten nötigen Freiheit; Bewahrung vor der Gefahr der Verführung und des Ärgernisses; Wahrung des Familiengeistes und des Sparsinnes; Nichtverlangung von Arbeiten, die mit den Kräften, dem Alter und dem Geschlechte der Arbeiter nicht vereinbar sind. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„9. Liebespflicht des Reichen und des Besitzenden ist es, nach der Vorschrift des Evangeliums, die Armen und Dürftigen zu unterstützen. Die Verpflichtung dieser Vorschrift ist eine so schwere, daß nach den Worten Christi selbst (Matth. 25) am Tage des Gerichtes über die Erfüllung derselben in spezieller Weise Rechenschaft abgelegt werden muß. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„10. Die Armen sollen sich ihrer Dürftigkeit nicht schämen und die Liebe der Reichen nicht verschmähen, indem sie sich vor allem Jesus den Erlöser vor Augen halten, der, obwohl er unter Reichtümern hätte geboren werden können, arm geworden ist, um die Dürftigkeit zu ehren und mit besondern Verdiensten für den Himmel zu bereichern. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„11. Zur Lösung der Arbeiterfrage können die Besitzenden und die Arbeiter selbst viel durch Einrichtungen beitragen, welche den Zweck verfolgen, den Hilfsbedürftigen die entsprechende Unterstützung zu gewähren und die Arbeitgeber und Arbeiter einander zu nähern und zu einigen. Solche Einrichtungen sind die Gesellschaften zur wechselseitigen Unterstützung, die verschiedenen Privatversicherungen, die Anstalten für den Kinderschutz und vor allem die Arbeiter- und Handwerkervereine. (Enzyklika ‚Rerum novarum‘.)

„12. Nach diesem Ziele hin soll im besondern die christliche Volksaktion oder die christliche Demokratie mit ihren vielen und verschiedenen Unternehmungen gerichtet sein. Die christliche Demokratie muß in dem bereits in autoritativer Weise erklärten Sinn aufgefaßt werden; diese Auffassung, weit entfernt von der Sozialdemokratie, hat die Prinzipien der katholischen Glaubens- und Sittenlehre zur Grundlage, welche besonders jede Verletzung des unantastbaren Rechtes des Privateigentums zurückweist. (Enzyklika ‚Graves de communi‘.)

„13. . . . Die christliche Demokratie soll eine wohlthuende Tätigkeit zu Gunsten des Volkes entwickeln, gegründet auf das Naturrecht und auf die Gebote des Evangeliums. . . . (Enzyklika ‚Graves de communi‘.)

„14. In der Ausübung ihrer Tätigkeit hat die christliche Demokratie die strengste Pflicht, der geistlichen Behörde sich zu unterwerfen, indem sie den Bischöfen und ihren Vertretern volle Unterwürfigkeit und Gehorsam zeigt. Es zeugt von keinem verdienstlichen Eifer noch von wahrer Frömmigkeit, wenn schöne und an sich gute Dinge unternommen werden, die von dem eigenen Hirten nicht gebilligt worden sind (Enzyklika ‚Graves de communi‘)“ usw.

Wie immer insbesondere man den Zusammenschluß der Arbeiter gestalten mag, darauf wird ohne Zweifel zu achten sein, daß die entwickelten christlichen Grundsätze für die katholischen Arbeiter zur Geltung kommen bzw. ihre Geltung bewahren. Es hieße das Christentum völlig kalt stellen zum schweren Schaden des Arbeiterstandes selbst, wenn hier die christlichen Lehren ohne jeden praktischen Einfluß blieben. Das forderte Pius X. erneut in der Enzyklika „Singulari quadam“ vom 24. September 1912: „Was immer der Christ tut, auch in der Ordnung der irdischen Dinge, es steht ihm nicht frei, die übernatürlichen Güter außer acht zu lassen, er muß vielmehr den Vorschriften der christlichen Lebensweisheit gemäß zum höchsten Gute, als dem letzten Ziel, alles hinordnen. Alle seine Handlungen aber, insoweit sie gut oder böse in sittlicher Beziehung sind, d. h. insoweit sie mit dem natürlichen und sittlichen Gesetz übereinstimmen oder von ihm abweichen, sind dem Urteile und dem Richteramte der Kirche unterworfen. — Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine

Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern. — Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können, da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkt der Religion gelöst werden muß.“ —

Kehren wir nunmehr zu unsern allgemeineren Erwägungen über den auch unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte hohen praktischen Wert des Moralgesetzes und einer gesteigerten Versittlichung des Volkes zurück.

c) Gesetzgebung und Verwaltung schaffen nicht den allgemeinen, höchsten Zweck der staatlichen Gesellschaft. Er ist von der Natur gegeben, für die Staatsleitung ein pflichtmäßig zu verwirklichendes Ziel der Art, daß alle speziellen Rechte und Pflichten der Staatsgewalt von jener fundamentalen Pflicht sich herleiten. Ebenso wird auch die Pflicht der Individuen und Einzelwirtschaften, sich der staatlichen Rechtsordnung zu unterwerfen und dem gesellschaftlichen Ganzen harmonisch sich einzufügen, von der Natur, dem Moralgesetze, nicht vom Staate diktiert. Der natürliche Zweck der staatlichen Gesellschaft, die öffentliche Wohlfahrt, und, durch diese im Verein mit der Selbstbetätigung der Bürger vermittelt, der allgemeine Wohlstand des Volkes, steht nun in wesentlicher Abhängigkeit von der Art und Weise, wie die Güter sich unter die Volksgenossen verteilen, man mag die fortlaufende Austeilung der Produktionserfolge unter die Gesamtheit der an der Produktion Beteiligten oder die relativ dauernde, konsolidierte Besitzschichtung ins Auge fassen. Wir wollen hier nicht zurückkommen auf die sittliche Forderung nach Wahrung der ausgleichenden Gerechtigkeit im Tauschverkehr, besonders in der Lohnzumessung, nicht noch einmal der Pflicht der Reichen gedenken, von ihrem Überflusse den Armen mitzuteilen, oder der staatlichen Pflicht, das Armenwesen im Sinne der Vorbeugung und der Pflege zweckmäßig zu regeln, nicht weiter reden vom Schutze der wirtschaftlich Schwachen, des Mittelstandes durch entsprechende Staatsaktionen und Förderung der korporativen Organisationen, nicht von der Hintanhaltung der bekannten Mißbräuche gewisser Großunternehmervverbände, der Monopolisierungen, künstlichen Preissteigerungen u. dgl. — nicht von der Pflicht, Spiel- und Gewinnsucht im Zaume zu halten, den mühelosen Gewinn ohne Gegendienst nicht zum berufsmäßigen Erwerb zu machen mit Mißachtung des Wohles und der Rechte anderer Personen und der gesellschaftlichen Gesamtheit. Nur darauf sei noch einmal hingewiesen, wie lediglich das sittliche Pflichtbewußtsein, das weit über die Grenzen gesetzlicher Verpflichtung hinausreicht und auch in die dunkelste Verborgenheit seine Wirksamkeit erstreckt, es durchsetzen kann, daß z. B. die Kapitalwidmung



für produktive oder sonstige Zwecke in den Bahnen verbleibe, wie Gerechtigkeit, Billigkeit, Gemeinsinn, Liebe sie erheischen, daß nicht dem Feinde Geld und Waffen gegeben werden zum Kampfe gegen das eigene Vaterland, zur Vernichtung der einheimischen Industrie usw. Nur das Pflichtgefühl kann allseitig bewirken, daß der Kredit, der seiner Natur nach Hilfe sein soll, in der Tat Rettung und Förderung sei, nicht aber zur wirtschaftlichen Erdrosselung der Mitmenschen diene usw. Die Besteuerung sodann nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse, wie die distributive Gerechtigkeit es verlangt, die stärkere Belastung des fundierten Einkommens, die verstärkte Heranziehung von Spiel- und Spekulationsgewinn neben der direkten Vereitelung von Vermögensanhäufungen sittlich bedenklicher Art durch legislatorische Maßnahmen usw., das sind nur wenige aus dem Moralesgesetz abgeleitete Momente, deren Wichtigkeit für die Erhaltung der nationalen Wohlfahrt auf den ersten Blick sich ergibt.

Nachdrücklich und wiederholt aber betonen wir, daß von allen legislatorischen Maßnahmen nur ein Teilerfolg zu erhoffen steht. Lediglich dort, wo ein sittlich hoch entwickeltes, in seiner breiten Masse pflichtbewußtes Volk in treuer Hingabe an die Arbeit und den Beruf um des Gewissens willen auf jedes unruhige Hasten nach maß- und mühe-losem oder gar ungerechtem Gewinn verzichtet, wo man regelmäßig Rücksicht nimmt auf der andern Bürger Wohl, das Gedeihen des Ganzen, da und da allein besitzt die allgemeine Wohlfahrt sichere, ja die besten Garantien. Das muß der Nationalökonom anerkennen. Mehr verlangen wir von ihm nicht. Er braucht nicht den Moralisten oder Sittenprediger zu machen, nicht das Gute als Gutes zu fordern, nicht die ethischen Prinzipien und Gesetze aufzusuchen oder zu entwickeln. Sie sind ihm gegeben. Es genügt, wenn er sie achtet und beachtet. Aber es bleibt für den Kulturfortschritt von höchster Bedeutung, daß heute gerade von nationalökonomischer Seite klar und unumwunden eingestanden wird, wie auch die materielle Wohlfahrt der Nationen wesentlich bedingt ist durch die lebensvolle Herrschaft des ewigen, göttlichen Sittengesetzes. Eine Nationalökonomie, die nur mit dem positiven Recht, mit der historisch wandelbaren Sitte und mit angeblich von Menschen erfundenen Moralsystemen operiert, bleibt außerstande, das Gemeinwohl gegen den libertinistischen Egoismus und die Eigentumsinstitution gegen den Andrang des Sozialismus auf die Dauer wirksam zu schützen.

### § 3.

#### Gesetze der Volkswirtschaft.

**Literatur:** Quételet, Sur l'homme. Essai de physique sociale (1835), deutsch von Riecke (1838); Du système social, deutsch unter dem Titel: Zur Naturgeschichte der Gesellschaft, von Adler 1856. — Rhenisch, Über Moralstatistik (Kritik der Ansichten Quételets), in der Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik, Neue Folge

LXVIII und LXIX. — A. Wagner, Grundlegung I<sup>3</sup> 225–242: Die Gesetzmäßigkeit in den scheinbar willkürlichen menschlichen Handlungen (1864: Artikel „Statistik“, in Bluntschli und Braters Wörterbuch. — Drohisch, Die moralische Statistik und die Willensfreiheit (1867). — Windelband, Die Lehren vom Zufall 1870. — Schmoller, Über die Resultate der Bevölkerungs- und Moralstatistik (1871, in Virchows und Holtzendorffs Sammlung, 6. Serie; Artikel „Volkswirtschaft“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 426 ff.; Grundriß I 107 ff. — Rümelin, Reden und Aufsätze, Neue Folge (1881). — v. Mayr, Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben 1877: Statistik und Gesellschaftslehre I 1895 4 f. — Lexis, Zur Theorie der Massenerscheinungen in der menschlichen Gesellschaft 1877; Artikel „Gesetz“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV<sup>3</sup> 727 ff. — Öttingen, Die Moralstatistik und ihre Bedeutung für eine Sozialethik<sup>3</sup> (1882). — Laveleye, Les lois naturelles, im Journal des économistes 1883. — Dilthey, Einleitung in die Geisteswissenschaften 1883 auch die hierher gehörigen Arbeiten von Windelband, Rickert, Xénopol. — Edgeworth, Methods of statistics 1885. — Molinari, Les lois naturelles de l'économie politique (1886). — Wundt, Über den Begriff des Gesetzes, in den Philosophischen Studien III und IV 1886. — Doormann, Über Gesetz und Gesetzmäßigkeit 1888. — Block, Progrès de la science économique I (1890). — Barr, La méthode statistique, in der Nouvelle Revue 1890. — Simmel, Die Probleme der Geschichtsphilosophie 1892. — Neumann, Naturgesetz und Wirtschaftsgesetz, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XLVIII 1892 462 ff.; Wirtschaftliche Gesetze nach früherer und jetziger Auffassung, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge XVI 1898. — Stammler, Wirtschaft und Recht (1896; neue Auflage). — Sigwart, Logik II<sup>2</sup> (1893). — Eucken, Grundbegriffe der Gegenwart<sup>2</sup> (1893; neue Auflage, Abhandlung „Gesetz“ 173 ff. — Bernheim, Lehrbuch der historischen Methode<sup>2</sup> (1894) 87 ff. (neue Auflagen). — Schönberg, Artikel „Volkswirtschaft“, im Handbuch der politischen Ökonomie I<sup>4</sup> 1896 20 ff. 93 ff. — Bortkiewicz, Das Gesetz der kleinen Zahlen 1898. — v. Below, Zur Würdigung der historischen Schule der Nationalökonomie, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1904. — Hesse, Natur und Gesellschaft (1904). — Biermann, Sozialwissenschaft, Geschichte und Naturwissenschaft, in Jahrbücher für Nationalökonomie 1904. — Diehl, Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> (1905) 478 ff.; Bedeutung der wissenschaftlichen Nationalökonomie, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik XXXVII (1909) 289. — Soda, Die logische Natur der Wirtschaftsgesetze (Tübinger Staatswissenschaftliche Abhandlungen, 17. Heft 1911. (Die historische Nationalökonomie gilt Soda als die „eigentliche Nationalökonomie“). — A. Voigt, Wirtschaftliche Gesetze und Naturgesetze, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge III (1912) 42 ff. — Földes, Beiträge zur theoretischen Nationalökonomie, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik XLIII 1912 791 ff. — Sombart, Der Begriff der Gesetzmäßigkeit bei Marx, in Schmollers Jahrbuch XLVII (1924) 11 ff. — Vgl. oben Kap. II, § 3: Die gesellschaftliche Entwicklung in kausaler und teleologischer Betrachtung, und die dazu gehörigen Literaturnachweise S. 98 ff.

**1. Das Gesetz der Volkswirtschaft.** Erblickt man in der „Volkswirtschaft“ einen sozialwirtschaftlichen und sozialrechtlichen Begriff, so ergibt sich von selbst, daß die Grundnormen der Volkswirtschaft sozialwirtschaftlicher und sozialrechtlicher Art sein müssen. Das einzige, allgemeine Gesetz der Volkswirtschaft wird hiernach letztlich kein anderes sein als das in der allgemeinen Aufgabe der Volkswirtschaft gegebene Gesetz: der Versorgung des Volkes mit materiellen Gütern durch Produktion und Verteilung. Dieses Gesetz wird auf spekulativem Wege erworben durch philosophische Ableitung aus dem Begriffe und Wesen der Gesellschaft, der staatlichen Gesellschaft, des Staatszweckes,

der Wirtschaft, der Volkswirtschaft. Es ist ein Gesetz, das nicht bloß innerhalb der Volkswirtschaft Geltung hat, sondern ein Gesetz, das die Volkswirtschaft als Ganzes beherrscht, das Gesetz der Volkswirtschaft κατ' ἐξοχήν: die materielle Volkswohlfahrt, der Volkswohlstand als Ziel. Indem nun die Volkswirtschaftslehre die Ursachen des Volkswohlstandes durchforscht, hierbei und hierdurch zur Erkenntnis gewisser allgemeiner Wahrheiten gelangt über die Art und Weise, wie der volkswirtschaftliche Prozeß sich gestalten muß, um den Aufgaben der Volkswirtschaft zu genügen, indem sie untersucht, welche Arten von sozialen Einrichtungen, welche Gestaltung der positiven Rechtsordnung, sei es im allgemeinen, sei es mit Rücksicht auf besondere, geschichtlich gegebene Verhältnisse und Bedürfnisse, zur Verwirklichung jenes Zieles führen, nehmen ihre Sätze den Charakter von Regeln an für das praktische Handeln der Bürger, der Gesellschaft, der öffentlichen Gewalten. Diese Regeln beziehen sich auf Fragen der Organisation, der Fortbildung der Rechtsordnung usw., sind im einzelnen zum großen Teil praktische Forderungen der Vernunft, welche die geeigneten Mittel für ein gegebenes Ziel, hier für das naturgemäße Ziel des sozialen Wirtschaftslebens innerhalb einer staatlichen Gesellschaft, zu erkennen sucht und die Zweckmäßigkeit der bezeichneten Mittel wissenschaftlich, durch Schlußfolgerungen aus allgemeinen Prinzipien oder auf Grund von Erfahrungstatsachen beweist<sup>1</sup>.

Außer dem Gesetze der Volkswirtschaft gibt es

**2. Gesetze, die für die Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre von großer Bedeutung sind, ohne volkswirtschaftliche Gesetze zu sein.**

Im wirtschaftlichen Leben kommt der Mensch als Subjekt der ökonomischen Tätigkeit, die äußere Natur als deren Objekt in Betracht. Die Wirtschaftslehre wird daher, wie schon angedeutet,

1. *die Naturgesetze der Körperwelt* (den leiblichen Organismus des Menschen mit eingeschlossen) nicht unbeachtet lassen dürfen. Diese Gesetze entscheiden über des Menschen Geburt und seinen Tod, seine Arbeitskraft, seine Nahrung und Kleidung. Die Beschaffenheit der Erdoberfläche, Bodengliederung, Fruchtbarkeit, Klima usw. bestimmen Ansiedlung, Wirtschaft, Verkehrsrichtung. Welche Bedeutung haben nicht die naturgesetz-

<sup>1</sup> Eine bloße Kenntnis der jeweilig subjektiv wirksamen und allgemein oder für eine Gruppe „prävalierenden Motivreihen“ reicht daher für unsre Wissenschaft nicht aus. Hier ist das Ziel vielmehr etwas objektiv Gegebenes, dem sich die wirkenden Faktoren mit ihren besonderen Motiven unterordnen müssen. Das Gewinnstreben des modernen Kapitals z. B. mag ja allerdings in machtvoller Weise Sombarts Ideal der Sozialpolitik (Ideale der Sozialpolitik, im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik X [1897] 1 ff.): das Wirtschaftssystem höchster Produktivität, fördern, aber eine Organisation des Wirtschaftslebens, in welcher die gesellschaftliche Arbeit ihre höchste Ergiebigkeit erreicht, wo man mit verhältnismäßig geringer Mühe viel produziert, ist noch lange nicht zu dem vollen Ideale gelangt, wie es dem Nationalökonom vorschwebt und vorschweben muß.



lich wirksamen Kräfte der äußern Welt für die Erzeugung der land- und forstwirtschaftlichen Produkte, die Notwendigkeit des Kräfteersatzes, die Wasser-, Wind-, Dampfkraft, die Gesetze der Physik und Chemie usw.! Durch ihre Wirksamkeit und den Grad, in welchem die Menschen jene natürlichen Kräfte zu benützen und zu beherrschen vermögen, sind die Grenzen bezeichnet, innerhalb deren sich alle menschliche Wirtschaft bewegt<sup>1</sup>. Aber es liegt auf der Hand, daß jene Naturgesetze der Körperwelt keine „nationalökonomischen“ Gesetze darstellen. Sie sind, wie Knies ausführt, nur Gesetze, „die überall und somit auch für die ökonomische Tätigkeit des Menschen in Wirksamkeit verbleiben, es sind in der Volkswirtschaft zur Erscheinung gelangende und von der wirtschaftlichen Tätigkeit zu beachtende Gesetze der Natur. Sowenig die Gesetze des Falles, der Schwere, der Hagelbildung, der Anziehungskraft, sind die festen Naturgesetze, nach denen die verschiedenen Arten sachlicher Güter entstehen, verändert und zerstört werden, wie das Aufwachsen nutzbarer Pflanzen mit Hilfe des Nahrungsstoffes im Boden und in der Atmosphäre, die Entstehung von Milch, Fleisch und Fett aus der Nahrung der Haustiere — für sich Gesetze der Volkswirtschaftslehre. Solche Naturgesetze festzustellen, ihre Wirksamkeit zu bestimmen usw., ist Sache anderer Disziplinen; für uns können sie nicht ein ökonomisches Gesetz, sondern nur den naturgesetzlichen Faktor in der wirtschaftlichen Tatsache erstellen.“<sup>2</sup>

Wichtiger als die Gesetze der Körperwelt sind für die Volkswirtschaftslehre die

2. *Gesetze des menschlichen Wollens und Strebens*, weil die Volkswirtschaft nicht bloß mit ihrem besondern Ziele den allgemeinen menschlichen Zwecken sich einfügt, sondern auch das Produkt menschlicher Handlungen, ein soziales Gebilde ist. Diese Gesetze können aber in zwei Gruppen geteilt werden: einmal die sittlichen Gesetze mit verpflichtendem Charakter, und sodann die empirischen Gesetze, welche sich auf das regelmäßige tatsächliche Verhalten der Menschen unter gewissen Voraussetzungen beziehen.

a) Das Sittengesetz. Die Gesetze des sittlichen Lebens geben „die praktische Regel jeder menschlichen Tätigkeit nach den Glaubens-, überzeugungen und den Ideen, die in der Gesellschaft herrschen, und sie bestimmen autoritativ die Richtung, welche die Arbeit in der ökonomischen Ordnung nimmt. Es wäre überflüssig, daran zu erinnern, welche tiefgreifenden Unterschiede in dem wirtschaftlichen Leben der Völker Platz gegriffen haben, je nachdem dieselben sich in der Praxis zum Leben des Heidentums, des Buddhismus, des Islams oder des Christentums

<sup>1</sup> Schönberg, Handbuch I 19 ff. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags z. B. gehört dem naturwissenschaftlichen Gebiet an, wenn es auch für die Nationalökonomie eine besondere Bedeutung hat.

<sup>2</sup> Knies, Politische Ökonomie 352.

bekannt haben.“<sup>1</sup> In einer christlichen Gesellschaft bildet selbstverständlich das christliche Sittengesetz die höchste Norm jeder menschlichen Tätigkeit.

Neben jenen im Gewissen verpflichtenden Gesetzen und neben der „Sitte“, die uns darüber belehrt, was sich nach den herrschenden und in sich gerechtfertigten Auffassungen und Gewohnheiten schickt, hat die Nationalökonomie

b) allgemeine Erfahrungstatsachen des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens zu berücksichtigen, die ihrer Regelmäßigkeit wegen vielfach den Namen „Gesetze“, „empirische Gesetze“ erhalten haben. Es handelt sich dabei eben nicht nur um solche aus der Erfahrung abstrahierte Wahrheiten, die Aufschluß geben darüber, was unter gegebenen Verhältnissen als nützlich und zweckmäßig sich erwiesen hat, sondern um gewisse empirische Regelmäßigkeiten in den freien Handlungen der Menschen, in menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen.

Gerade jene Gleichförmigkeit und Regelmäßigkeit war es nun, welche, bei oberflächlicher Beobachtung und bei dem Mangel zuverlässiger philosophischer Leitung, eine bloß an der Naturwissenschaft orientierte Logik dazu verführte, das in Wirklichkeit auf Motiven lebendiger, freier Menschen beruhende soziale Geschehen als „kausalen Gesetzen“ naturwissenschaftlicher Art unterworfen voranzusetzen.

„Der unabänderlich gleichmäßige Verlauf der Natur im großen“, sagt Schmoller<sup>2</sup>, „die Wiederkehr von Tag und Nacht, von Sommer und Winter, von Mond und Sternen, wie die Wiederkehr von Hunger und Durst, von Wachen und Schlafen, von Jugend und Alter ist es ohne Zweifel gewesen, . . . welche die Menschen zum Vergleichen und Unterscheiden und endlich zur Erforschung der Regelmäßigkeiten und ihrer Ursachen hinführte. . . . Auch die Wissenschaft der Volkswirtschaftslehre heftete sich zuerst an die Konstatierung der Wiederkehr gleicher Erscheinungen. Man bemerkte bei ähnlichen Stämmen und Völkern dieselbe Hauswirtschaft, denselben Gütertausch, die gleiche Einrichtung des Geldes, dieselbe Arbeitsteilung, dieselben wirtschaftlichen Klassen, das gleiche Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern, man entdeckte dieselbe Wiederholung von Preisbewegungen, dieselben Wirkungen guten und schlechten Geldes, reicher und armer Ernten, dieselben Regelmäßigkeiten in den Zahlen der Geburten, der Sterbefälle, der Ehen. Und je mehr ein noch wenig geschulter Verstand schon das ähnliche für gleich hält, desto mehr war man zunächst geneigt, überwiegend auf diese gröberen Übereinstimmungen und Regelmäßigkeiten zu achten, sie zu registrieren und so in einer beschränkten Summe sich regelmäßig begleitender oder sich regelmäßig folgender Erscheinungen das Wesen der Wissenschaft zu sehen. Die Zusammenstellung einiger typischen Formen gesellschaftlicher Organisation und gesellschaftlichen Verkehrs nebst den regelmäßigen Veränderungen und Bewegungen innerhalb dieser Formen, all das abstrahiert aus

<sup>1</sup> Périn, *Doctrines économiques*. Übersetzung 178.

<sup>2</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup>, 481.

den westeuropäischen, hauptsächlich englisch-französischen Zuständen von 1750 bis 1850, das war der Gegenstand der älteren Volkswirtschaftslehre. Die Formen erklärte man nicht näher, sondern nahm sie als gegeben und selbstverständlich an; man bildete sich ein, sie seien als eine direkte Folge der menschlichen Natur stets vorhanden gewesen und bei allen Völkern zu treffen. Was man aus Ursachen erklären wollte, war wesentlich die Preisbildung und die Einkommensverteilung zwischen Grundeigentümern, Kapitalisten (man dachte bei diesem Worte wesentlich an die Klasse der Unternehmer) und Arbeitern. Und die Regeln, die man aus der angeblichen allgemeinen Menschennatur über Preisbildung und Einkommensverteilung abgeleitet, nannte man Gesetze. man sprach vom Gesetz von Angebot und Nachfrage, von dem Gesetz, daß bei freiem Wettbewerb die Preise nach den Kosten gravitieren, vom Gesetz der Grundrente, vom ehernen Lohngesetz, ja von den „unzähligen Naturgesetzen“ der Volkswirtschaft. ... Es ist klar, was man mit diesem etwas lockern Sprachgebrauch bezweckte: man wollte nachdrücklich damit die Notwendigkeit des Eintretens und der Wiederholung gewisser Ereignisse und Folgen betonen.“ Die Freiheit des Menschen, der alle Naturtriebe regelnde Einfluß der Vernunft, des Sittengesetzes, zum Teil auch der positiven Rechtsordnung, wurden dabei verkannt, die scharf trennende Grenze zwischen Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft übersehen.

Diese „naturgesetzliche“ Auffassung der Volkswirtschaft schien jedoch eine neue Bestätigung und Kräftigung zu erhalten, als das scheinbar erfolgreiche Bestreben, vermitteltst der Statistik zur zahlenmäßigen Berechnung der menschlichen Handlungen zu gelangen, die allgemeine Aufmerksamkeit erregte. „Man sagte“, bemerkt Bernheim<sup>1</sup>, „wie immer es auch mit den Impulsen der einzelnen und ihrer Handlungen bestellt sei, im großen Ganzen betrachtet, zeigen die scheinbar willkürlichsten Handlungen einer größeren Gesellschaftsgruppe so konstante Regelmäßigkeit, wie sie nur den Naturvorgängen eigen ist. Die Statistik, der wir diese Erkenntnis verdanken, muß nur auf möglichst weite und mannigfache Gebiete ausgedehnt werden, dann wird sie uns in den Stand setzen, überall Gesetzmäßigkeit zu erkennen und die Handlungen der verschiedenen Gesellschaftsgruppen im voraus zu bestimmen.“ Es war der Belgier Adolf Quetelet, der, von naturwissenschaftlichen Studien zur Statistik übergegangen, in seinem Werke „Sur l'homme“ zuerst in diesem Sinne die Regelmäßigkeit gewisser Vorkommnisse, wie Verbrechen usw., in einer bestimmten Gesellschaft nachzuweisen versuchte. „Je weiter diese Untersuchungen ausgedehnt wurden, um so erstaunlicher erschienen die Resultate. Gewissermaßen geblendet dadurch, ließ man sich zu phantastischen Hoffnungen hinreißen: man glaubte in dem ‚Gesetz der großen Zahl‘, in den Resultaten der vergleichenden Demographie oder Demologie das Universalmittel zur Lösung aller sozialen Erkenntnisprobleme gefunden zu haben.“<sup>3</sup>

Welch eine verheerende Wirkung die unbestrittene Herrschaft einer solchen Auffassung ausüben mußte, liegt auf der Hand. Hatte Süßmilch, ein freisinniger Theologe, den Einfluß des moralischen Menschen auf den natürlichen darzulegen gesucht, so wollte nun Quetelet umgekehrt den Einfluß des natürlichen auf den moralischen Menschen nachweisen, offenbar zum Schaden des letzteren, seiner

<sup>1</sup> Lehrbuch der historischen Methode<sup>2</sup> (1894) 88.

<sup>2</sup> 1835. <sup>3</sup> Bernheim a. a. O. 88.



Freiheit und Verantwortlichkeit. „Ich behaupte nicht“, sagt Steintal<sup>1</sup>, „daß Buckle, Quételet, und wer sonst noch dieser statistischen, d. h. fatalistischen Theorie anhängt, unsittlich sei; aber allerdings behaupte ich, daß sie nur trotz ihrer Theorie sittlich sind, insofern sie es sind, und daß ihre Theorie wie die Pest wirken würde.“

Die Unhaltbarkeit der ganzen Auffassung, insofern sie eine naturhafte Notwendigkeit mit Ausschluß der persönlichen Freiheit lehren oder nahelegen möchte, kann indes leicht bewiesen werden<sup>2</sup>. Eine Regelmäßigkeit in der Aufeinanderfolge menschlicher Handlungen, gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Vorgänge, wenn eine große Zahl von Fällen vorausgesetzt wird, erklärt sich nämlich auch ohne „Naturgesetz“ aus der Gleichheit der menschlichen Natur, wie sie tatsächlich ist, mit Einschluß der Freiheit, aus den natürlichen Neigungen, aus der Ähnlichkeit der äußern Verhältnisse u. dgl. Überall z. B. sind die zum Leben notwendigen Sachgüter beschränkt und von vielen begehrt, die Menschen haben meist auch die Neigung, sich diese Güter mit den geringsten Opfern zu verschaffen, alle Menschen lassen sich mehr oder minder von der Vernunft leiten, die praktische Zweckmäßigkeit einer bestimmten Handlungsweise kann unter gleichen Verhältnissen für eine große Masse von Menschen dieselbe oder eine ähnliche sein und mit ähnlicher Evidenz der Erkenntnis sich aufdrängen usw. Wo aber gleiche Ursachen wirken unter gleichen Bedingungen, da wird ohne Zweifel auch eine gewisse Gleichartigkeit der Erscheinungen zu Tage treten. So darf es uns also nicht wundernehmen, daß in den statistischen Erscheinungen bei der Masse eine gewisse Gleichförmigkeit sich zeigt. Durchaus fehlerhaft aber wäre es, nun gleich von

<sup>1</sup> Philologie, Geschichte, Psychologie in ihren gegenwärtigen Beziehungen § 60 a. A. 9. Vgl. Tilman Pesch, *Institutiones logicales* II 1 (1889), Nr. 1123, S. 609 A. 4.

<sup>2</sup> Vgl. oben Kap. 2, § 3. Auch Knies, *Politische Ökonomie*<sup>2</sup> 358; A. Wagner, *Grundlegung* I<sup>3</sup> 232 f.; Schmoller, Artikel „Volkswirtschaftslehre“, im *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* VIII<sup>3</sup> 482 ff.; Hasbach, in *Göttinger Gelehrte Anzeigen* 1894 532; Sombart, *Moderner Kapitalismus* I xvii f.; Diehl, in den *Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik* LXII 765: „Es gibt keine sozialen Naturgesetze, denn die sozialen Erscheinungen sind dem Willen der Menschen unterworfen; daher kann von naturgesetzlicher Regelmäßigkeit keine Rede sein. So einseitig es ist, alle geschichtlichen Ereignisse auf die Willkür einzelner Persönlichkeiten zurückzuführen, so einseitig ist es, sie einer unbedingten, naturgesetzlichen, vorausbestimmbaren Macht, die sozialen Gruppen, Völkern, Staaten, Ständen usw. innewohne, zuzuschreiben.“ Und an anderer Stelle (Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> 487 f. sagt Diehl: „Der ganze Unterschied zwischen ‚Natur‘ und ‚Kultur‘ liegt darin beschlossen, daß nicht die rohen Triebe, sondern die durch eine feste Ordnung in Schranken gehaltenen Triebe ausschlaggebend werden. Die Kräfte in der Natur sind gegeben und unveränderlich, die volkswirtschaftlich wirksamen Kräfte werden durch menschliche Satzungen geregelt und geordnet.“ Fügen wir hinzu: vorerst und vor allem auch durch göttliche Satzungen, wie sie in der Vernunft sich offenbaren und durch die Leitung eben dieser Vernunft selbst. Denn jede bloß äußerliche Regelung durch menschliche Satzung wird auf die Dauer versagen, wenn sie nicht in der innern ethisch-vernünftigen Regelung der Triebe eine feste Stütze findet.

„Naturgesetzen“ zu sprechen. Neben den Regelmäßigkeiten in der Masse zeigen sich eben auch geringere oder größere individuelle Verschiedenheiten, da einmal die Menschen persönlich frei sind und von der allgemeinen Regel Ausnahmen machen können; anderseits, weil das einzelne Verhältnis durch eine ganze Reihe von objektiven Momenten beeinflusst wird, die Schwankungen, Abweichungen, Veränderungen unterliegen. Indem Quételet und seine Nachfolger den statistischen Gesetzen den Charakter von Naturgesetzen geben wollten, konnten sie eben den unzählbaren tatsächlichen Verschiedenheiten und Abweichungen, wie sie durch die freie Individualität trotz aller Durchschnittsverhältnisse überall sich finden, nicht gebührend Rechnung tragen. Ihre Aufstellungen verloren aber dadurch den Charakter wissenschaftlicher Genauigkeit und Wahrheit. Natürlich, wenn ich die Erscheinungen nur in der Masse betrachte und dabei von den Varietäten, welche die persönliche Freiheit des einzelnen klar offenbaren, abstrahiere, so bleibt als Rest selbstverständlich nur die Gleichheit übrig. Wurde gesagt: die Gleichheit der Tatsache deute auf die Gleichheit der Ursache, das Vorhandensein der gleichen Ursachen aber sei das Gesetz, so ist auch das weder klar noch richtig gedacht und ausgedrückt. Es muß zuerst untersucht werden, welcher Art die Gleichheit der Tatsache ist, ob absolute Gleichheit in allen einzelnen Fällen vorliege oder nur eine Gleichheit in der großen Masse mit Ausnahmen im einzelnen Falle. Dieser verschiedenen „Gleichheit“ der Tatsachen entspricht dann auch die verschiedene „Gleichheit“ der Ursache. Das Vorhandensein der gleichen Naturursache zeigt das an sich ausnahmslose Naturgesetz: das Vorhandensein anders gearteter gleicher Ursachen mit Einschluß der Freiheit und menschlichen Individualität führt aber nur zur Regelmäßigkeit und zum Durchschnittsverhältnis. Ein gefundener Durchschnitt ist jedoch noch lange kein „Naturgesetz“. Sonst könnte man auch aus Durchschnittszahlen des Pferdebestandes u. dgl. „Gesetze“ machen. Es widerspricht ebenso der gesunden Logik, wenn man aus der Aufstellung: Das Verhalten der Gruppe ist berechenbar, das des einzelnen unberechenbar, den Schluß gezogen hat: Folglich unterliegt der einzelne moralischen, die Gesellschaft Naturgesetzen. Ein wirkliches Naturgesetz wird niemals von dem einzelnen durchbrochen. Jeder Stein, der in die Luft geworfen wird, kehrt zur Erde zurück<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Für die frei fallenden Körper gibt es kein „Gesetz der großen Zahl“, keine „Regelmäßigkeit“, sondern absolute Gleichheit in jedem Einzelfall. „Soziale“ und „wirtschaftliche Tendenzen“, wie die gekennzeichneten Regelmäßigkeiten, erlauben nur den Schluß, „daß die Verhaltensweise, welche unter gewissen Umständen von den Gliedern einer wirtschaftlichen Gruppe erwartet werden kann, die normale Handlungsweise der Mitglieder der betreffenden Gruppe für eben diese Verhältnisse ist“ (Marshall, Handbuch der Volkswirtschaftslehre [1905] 87 f.: „normal“ hier nicht im Sinne des Seinsollens, sondern des gewöhnlichen, regelmäßigen Seins. Innerhalb der

Vernehmen wir in dieser Frage noch Bernheims<sup>1</sup> Urteil, wo er die Einwendungen gegen eine „naturgesetzliche“ Auffassung, die von den verschiedensten Standpunkten und speziell von Fachmännern der Statistik gemacht wurden, kurz zusammenfaßt: „Es ist geltend gemacht worden, daß bei ruhiger Überlegung es eigentlich umgekehrt zu verwundern wäre, wenn in einer bestimmten Gesellschaftsgruppe, deren Anlagen und Lebensbedingungen zu einer Zeit gleichmäßig gegeben sind, sich nicht eine gewisse Regelmäßigkeit der Gesamthaltung herausstellte, solange sich eben die Anlagen und Lebensbedingungen nicht wesentlich verändern. Man hat verfolgt, welchen starken Unregelmäßigkeiten jene angeblich eisernen Gesetze unterworfen sind; man hat treffend bemerkt, daß dieselben gar nicht Gesetze im eigentlichen Sinne des Wortes zu nennen seien, da durch solche erfahrungsmäßigen Feststellungen von regelmäßig sich wiederholenden Erscheinungen und regelmäßigen Beziehungen zwischen verschiedenen Erscheinungen, wie sie die Statistik liefert, nur nachgewiesen werde, daß irgendwelche konstanten Ursachen zu Grunde liegen, keineswegs jedoch, welches die Ursachen seien. Man hat hervorgehoben, daß die Analogie zwischen den Naturgesetzen und den Prozessen der menschlichen Massenerscheinungen nur eine äußerliche sei: der Induktionsschluß von den beobachteten Tatsachen auf die nicht beobachteten, worauf die Naturgesetze beruhen, ist praktisch von absoluter Gültigkeit, während jene Prozesse sich immer nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit wiederholen, mögen wir ihre Bedingungen auch noch so speziell feststellen; wir können auf dem Gebiet des Menschenlebens keinen Komplex von Bedingungen angeben, der notwendig und hinreichend wäre, um mit Sicherheit ein bestimmtes menschliches Handeln nach sich zu ziehen. Und bei scharfer Analysierung der letzten Faktoren erkannte man, daß die großen Zahlen der Massenvorgänge schließlich doch abhängig sind von den Entschlüssen der einzelnen Individuen, welche in dem unberechenbaren Grunde der psycho-physischen Anlage ruhen. Handelt es sich z. B. um das konstante Verhältnis zwischen Lebensmittelpreisen und der Zahl der Ehegründungen, so zeigt sich, daß das Ausschlaggebende nicht die Lebensmittel sind, sondern der höhere oder geringere Grad der Bestimmbarkeit der Individuen in ihrem Heiratsentschluß, einem Entschluß, der sich in seinen Motiven zusammensetzt aus der Intensität des Ehebedürfnisses, der vernunftmäßig oder standesmäßig gewohnten Rücksicht auf die

---

Korruption gibt es auch höchst „anormale“ Regelmäßigkeiten. Man wird bei der Untersuchung von Regelmäßigkeiten oder Gesetzmäßigkeiten nicht zu übersehen haben, daß im menschlichen und gesellschaftlichen Leben die Wiederholung gewisser Erscheinungen sehr verschiedene Ursachen haben kann. Auch da fehlt es nicht an physischen Gesetzmäßigkeiten, die in physischen, physiologischen Ursachen fest verankert sind, z. B. das konstante Verhältnis von Knaben- und Mädchenburten; andere Regelmäßigkeiten sind in Gesetzen der praktischen Vernunft begründet, z. B. omne rarum carum, dann aber auch wieder Regelmäßigkeiten, Tendenzen, die in gewissen Neigungen oder Schwächen der menschlichen Natur begründet sind, darum eine Korrektur zulassen und unter Umständen auch erfordern, z. B. Gewinnsucht in ihrer Vorherrschaft innerhalb einer Epoche. Auch hier ist eben wieder ein Unterschied vorhanden in dem Zusammenhang der Regelmäßigkeit mit der menschlichen Natur, anders bei der Mutterliebe, anders bei Neigungen, die mehr den Charakter einer Disposition an sich tragen, durch Gewohnheit entfesselt werden.

<sup>1</sup> Lehrbuch der historischen Methode<sup>2</sup> (1894) 89 f.



Lage der zukünftigen Familie, persönlichen und allgemeinen Anschauungen in zum Teil schwer trennbarer Verbindung. Diese Motive sind innerhalb einer gegebenen Gesellschaft in einer gegebenen Zeit durch Volkscharakter, Erziehung, soziale Anschauungen und die kulturelle Gesamtlage bestimmt — das sog. statistische Gesetz ist nichts anderes als der in Zahlen fixierte Ausdruck für diese Tatsache, es erklärt dieselbe in keiner Weise. . . . Es ergibt sich demnach als das Hindernis für die quantitative Bestimmung der sozialen Handlungen, welche die Phantasten von der Statistik erhoffen, die Unbestimmbarkeit der individuellen Entschließungen oder der individuellen Reaktion auf äußere Eindrücke — gerade dasselbe Hindernis, das sich der mechanischen Erklärung der Geschichte überhaupt entgegenstellt, eben dasjenige, welches Buckle und Genossen mit Hilfe der Statistik eliminieren zu können meinten.“<sup>1</sup>

Je vollkommener die methodische Erkenntnis der Zusammenhänge ist, um so klarer tritt zu Tage, daß die auf wirtschaftlichem Gebiet handelnden Faktoren niemals in ihrer Wirksamkeit ganz und gar durch eine irgendwie naturhafte innere Notwendigkeit gebunden und bestimmt werden. Da nun aber der Ausdruck „Gesetz“ dazu verleiten kann, eine solche Notwendigkeit anzunehmen, so begreift es sich, daß manche Autoren die Anwendung der Bezeichnung „Gesetz“ oder „empirische Gesetze“ auf „Regelmäßigkeiten“, deren Ursachen oft nicht einmal genügend festgestellt sind, ablehnen zu müssen glauben. Die Ansichten sind jedoch geteilt. F. J. Neumann z. B. spricht von „Wirtschaftsgesetzen“, die er aber von Naturgesetzen unterscheidet: „Alles das sind nur Tendenzen“, sagt er<sup>2</sup>: „Wie weit sie sich verwirklichen, ist von mancherlei Umständen abhängig. . . . Eines ist von vornherein zuzugeben, daß nämlich die Möglichkeit exakter Gesetze auf wirtschaftlichem Gebiet ausgeschlossen ist.“ So werden auch sonst, nach dem vielfach herrschenden Sprachgebrauch, gewisse „Gesetze“ aufgezählt, die sich aus dem wirtschaftlichen Eigennutz ergeben, ohne gerade „Naturgesetze“ zu sein. Ob es gelingen wird, diesen Sprachgebrauch völlig zu beseitigen? Unsres Erachtens dürfte es genügen, wenn Ausdrücke wie „Wirtschaftsgesetze“, „empirische

<sup>1</sup> Auch A. Kaufmann, Theorie und Methoden der Statistik [1913] weist nach, daß „das Vorhandensein einer wenn auch noch so erstaunlichen statistischen Gesetzmäßigkeit die Freiheit der individuellen Selbstbestimmung nicht im geringsten ausschließt“.

<sup>2</sup> Naturgesetz und Wirtschaftsgesetz, in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft XLVIII (1892) 405 ff., 432–435. Vgl. auch Schmoller, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 483 f. Gesetz, νόμος, bedeutete im Altertum zunächst eine menschliche Satzung. Der Begriff des Naturgesetzes war den griechischen Forschern bekannt; ἀνάγκη kommt häufig vor bei Demokrit, Xenophon, Plato, Aristoteles. Bei Plato und Aristoteles findet sich auch der Ausdruck „Naturgesetz“ an je einer Stelle. Die Stoiker bedienen sich desselben häufiger, bei den Römern Lukrez. Zeller nimmt an, daß der Begriff des göttlichen Gesetzes es war, der zu dem der Naturgesetze überleitete. Jedenfalls ist der Begriff des Naturgesetzes in der christlichen Philosophie, bei ihrer teleologischen Naturerkenntnis, unvergleichlich weiter und reicher als in der Neuzeit, soweit hier das ganze Naturgeschehen auf einfache Wirkformen zurückgeführt wird.

(statistische) Gesetze“ wenigstens nicht dazu mißbraucht werden, das Unpersönliche an die Stelle des Persönlichen zu setzen, wenn man ihre bloß hypothetische Geltung, ihre Beeinflussung durch äußere, veränderliche Verhältnisse, durch besondere Gesellschaftszustände, die Eigenart der positiven Rechtsordnung usw. anerkennt. Daß indes „Regelmäßigkeiten“ im Gebiete unsrer Wissenschaft tatsächlich sich finden, läßt sich ja doch nicht bestreiten, wie auch die psychologische Erklärung und Begründung solcher Regelmäßigkeiten keineswegs fehlt. Es fragt sich nur, welcher Grad und welche Art der Gewißheit solchen Regelmäßigkeiten zukommt. Hierüber entscheidet aber die philosophische Erkenntnislehre<sup>1</sup>.

Metaphysisch gewiß ist hiernach ein Satz, der nicht falsch sein kann, ohne daß ein metaphysisches Prinzip umgestoßen würde. Grund der Gewißheit und der objektiven Notwendigkeit ist hier letztlich das Wesen der Dinge. So mag z. B. der Gelehrte alle Metaphysik und alle absoluten Wahrheiten leugnen und dem vollkommensten Relativismus huldigen, die Kinder werden — auch ohne Philosophen zu sein — unbedingt und mit voller Zuversicht daran festhalten, daß das Ganze größer ist als der Teil. Sie werden in dieser Annahme durchaus kein subjektives Idol sehen, sondern überzeugt sein, daß auch objektiv in der realen Welt, und zwar für alle Zeiten, ein Stück Kuchen weniger ist als der ganze Kuchen, und daß diese Wahrheit niemals, in keiner Epoche oder Kulturstufe, sich ändern werde. Metaphysisch und darum absolut gewiß ist auch, daß der Verschwender, der sein Geld zum Fenster hinauswirft, ärmer werden muß. Denn das Geld kann nicht zu gleicher Zeit in seiner Tasche sein und auf der Straße liegen. Wer ferner kein Vermögen besitzt und dazu noch faul ist, also nichts erwirbt, der wird mit metaphysischer Gewißheit auch nichts haben.

Physisch gewiß ist ein Satz, dessen Gegenteil den physischen Gesetzen widerspricht. z. B.: Täglich geht die Sonne auf und unter.\* Der Grund der Gewißheit und objektiven Notwendigkeit ist hier das Naturgesetz. Indem die christliche Philosophie von der Annahme ausging, daß Gott, der Urheber der Naturgesetze, in einzelnen Fällen eine Ausnahme machen könne, nannte sie die physische Gewißheit schon eine hypothetische, d. h. dieselbe besteht, wenn und wo Gott keine Ausnahme gemacht hat. Die ungläubige Philosophie wird freilich auch hier von einer unter allen Voraussetzungen absoluten Notwendigkeit reden wollen. Liegt eine für sie bloß „scheinbare“ Ausnahme vor, so sucht sie eben nach geheimen Kräften, Bedingungen, Komplikationen. Der Nationalökonom hat keine Veranlassung, sie dabei zu stören. Ihm genügt die physische Gewißheit in manchen für ihn bedeutsamen Dingen: vom schlechten, unfruchtbaren Boden an sich kann man keine gute Ernte erwarten usw.

Moralisch gewiß ist ein Satz, dessen Gegenteil den allgemeinen menschlichen Gewohnheiten<sup>2</sup>, Neigungen, Tendenzen widerspricht, z. B. Eltern lieben

<sup>1</sup> Vgl. Konstantin Gutherlet, Logik und Erkenntnistheorie (1882) 146 f.; Karl Frick, Logica (1893) 140 ff.; Tilman Pesch, Institutiones logicales, in der Philosophia Lacensis II (1889), Nr. 887 ff., S. 409 ff.

<sup>2</sup> „Moralisch“ in weiteren Sinne, nicht was sittlich gut ist, sondern was sich auf den freien Menschen bezieht, was zu den Sitten u. dgl., mores, gehört, in ihnen, und in den psychischen Anlagen, seine Stütze hat. Vgl. oben S. 508.

ihre Kinder; oder: bei starkem Angebot von Waren sind die Leute nicht geneigt, hohe Preise zu zahlen. Der Grund der Gewißheit ist hier also das moralische Gesetz im Sinne von Sitte, Neigung, Gewohnheit u. dgl.<sup>1</sup> Das Gesetz gibt sich kund in der Regelmäßigkeit gewisser Handlungen, Erscheinungen. Die Gewißheit bezieht sich hierbei aber nur auf die Masse, nicht auf den einzelnen Fall und die einzelne Person, für welche nur mehr oder minder große Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich auch da wiederhole, was für die Masse gilt.

Die in einer Gesellschaft herrschende Sitte z. B. wirkt dem einzelnen gegenüber als eine gesellschaftliche Macht, der er sich nicht leicht nach Willkür entziehen kann, auch wenn bloß Konventionelles in Frage steht. Man wird kaum beständig im Frack und in Kniehosen Berlin durchqueren. Aber ein Original könnte es versuchen. Physisch möglich bleibt es ja. Kein Naturgesetz steht im Wege. Stärker wird die moralische Notwendigkeit, wenn die Freiheit des einzelnen Menschen nicht der bloß tatsächlich, innerhalb eines gegebenen sozialen Milieus herrschenden Sitte und Gewohnheit gegenübersteht, sondern diese Sitte eine besonders kräftige Stütze in der menschlichen Natur selbst hat, wenn also die Macht der natürlichen Neigungen und Triebe hinzutritt, z. B. in dem angeführten Beispiel der Elternliebe, oder wenn „der Eigennutz in der Zeit der ausgebildeten Geld- und Verkehrswirtschaft bei großen Klassen der Gesellschaft sich gleichmäßig gestaltet“ hat. Ein ganz bestimmtes soziales, wirtschaftliches, rechtliches, sittliches usw. Milieu vorausgesetzt, kann man dann allerdings mit einiger Gewißheit seine Schlüsse machen über den Weg, welchen der in der allen gemeinsamen menschlichen Natur begründete Eigennutz einschlagen wird. Die Bahn ist ja durch die Verhältnisse gewissermaßen vorgezeichnet, und an der Wirksamkeit der aus der Natur herauswachsenden Neigungen, Tendenzen kann

---

<sup>1</sup> Selbst Macleod „The principles of economical philosophy I“ [1872] 30 f.) hat Grund und Art jener Regelmäßigkeiten insofern richtig erkannt, als er sie in Beziehung bringt mit gewissen dauernden, die freie Entscheidung beeinflussenden, aber nicht aufhebenden Eigenschaften und Neigungen der menschlichen Natur. Wie die Körperwelt ihre physischen Eigenschaften, so haben die Menschen gewisse gleiche psychische und moralische Naturanlagen und Leidenschaften, Hoffnung, Furcht, Kummer, Scham, Verlangen usw. Wirken bestimmte Ursachen auf jene Leidenschaften ein, dann erzeugen sie entsprechende Regungen im Menschen. Wären nun die Leidenschaften so gleichförmig und unveränderlich wie die physischen Eigenschaften der Körperwelt, und würden andererseits denselben äußern Einwirkungen immer genau dieselben innern Regungen der Leidenschaft entsprechen, dann gäbe es in der Tat eine „Naturwissenschaft“ des menschlichen Handelns. Man könnte in dieser Voraussetzung wohl bald auch mit mathematischer Sicherheit und Genauigkeit den Grad der subjektiven Erregung messen, wie man Wärme mißt. Neben das Thermometer träte das „Thymometer“. Indes das geht nicht an und entspricht keineswegs der Wirklichkeit. Eine Person, die sehr mit den Neigungen der menschlichen Natur vertraut ist, mag ohne Zweifel die Wirkungen vorauserkennen, welche gewisse Ursachen auf die große Masse der Menschen ausüben. Gerade auf diese Kenntnis der menschlichen Natur gründet sich die Macht des Staatsmannes, des Redners, des Dichters. Aber die Erfahrung beweist, daß es viel leichter ist, die menschliche Natur im allgemeinen als den einzelnen Menschen zu kennen. Der einzelne vermag immer dem Einfluß jener auf die Masse wirkenden Ursachen sich zu entziehen. Macleod dürfte dann aber, bei richtiger Konsequenz, die „Economics“ nicht als „a physical science“ bezeichnen.



für das Allgemeine kaum ein Zweifel bestehen. Dennoch handelt es sich hier um keine absolute physische Notwendigkeit und Gewißheit. Die moralische Gewißheit ist vielmehr eine durchaus hypothetische. Was zunächst den einzelnen Menschen betrifft, so bin ich über seine Handlungsweise nur gewiß, wenn ich überdies noch sicher weiß, daß seine Freiheit im gegebenen Falle tatsächlich keine Ausnahme macht. Auch bei dem einzelnen stellen sich der Ausnahme Schwierigkeiten in den Weg, Schwierigkeiten in niederem oder höherem Grade, im einzelnen Fall vielleicht bis zu der Höhe, daß man fast von einer moralischen Unmöglichkeit reden könnte. Mag aber hierdurch die Freiheit des einzelnen Menschen, entsprechend der Stärke und dem Grade der Schwierigkeit, mehr oder weniger beschränkt erscheinen, völlig aufgehoben wird sie nicht. Die Möglichkeit der Ausnahme seitens des einzelnen bleibt somit bestehen. Die Eltern lieben ihre Kinder, aber diese oder jene Mutter hat ihr Kind sogar gehaßt. Und ist, um bei Neumanns Beispiel zu bleiben, unter gegebenen Verhältnissen (Kulturhöhe einschließlich der Rechtsinstitutionen usw.) dem Eigennutz auch eine ganz bestimmte Form der Betätigung äußerst nahe gelegt, können dann A und B nicht doch noch ihre eigenen Wege gehen? Handelt es sich aber um eine Masse, so ist es kaum irgendwie wahrscheinlich, daß viele die entgegenstehenden Schwierigkeiten oder Lockungen, die durch die Macht der Sitte und natürlichen Neigungen, durch die eigene Vernunft sich geradezu aufdrängenden Urteile, Anregungen überwinden werden. Hier ist man vielmehr gewiß, daß innerhalb der großen Masse verhältnismäßig nur wenige von der dem einzelnen allerdings zustehenden Möglichkeit der Ausnahme tatsächlich Gebrauch machen werden. So kann man denn hier wirklich von einem „Gesetz“, d. h. von einer sichern, erfahrungsmäßigen Regelmäßigkeit sprechen, deren Warum wir in den psychischen Kräften, in den Tendenzen der allgemeinen Menschennatur, in den konkreten und geschichtlichen Verhältnissen eines gegebenen Milieus zu erkennen haben. Der hypothetische Charakter der diesen Gesetzen zukommenden Gewißheit zeigt sich dabei gleichwohl immer auch in der wenigstens abstrakten Möglichkeit, daß ein größerer Teil oder auch die ganze Masse von dem gewohnten Weg abweiche, da ja jeder einzelne Bestandteil der Masse die Freiheit des Handelns bewahrt. Zwar wird unter gleichbleibenden äußern Bedingungen die ganze Masse ihr Verhalten nicht auf einmal ändern; allein da gerade in wirtschaftlichen Dingen eine Änderung der konkreten Verhältnisse und Voraussetzungen leichter eintreten kann, so erfordert die Klugheit, daß man den bedingten Charakter des Gesetzes und der Gewißheit niemals völlig aus dem Auge verliert. Der Trieb der Selbstliebe wird immer vorhanden sein und in sittlich objektiv indifferenten Dingen bei der Masse sich auch Geltung verschaffen. Aber er ist durchaus nicht an irgend eine bestimmte und einzige Form der Betätigung gebunden. Er kann die verschiedensten Gestalten annehmen und Wege einschlagen, und er wird von der bisherigen Bahn um so eher abweichen, sobald durch irgendwelche Veränderungen (z. B. der Gesetzgebung) neue Ziele mit neuen Mitteln dem Vorteile des handelnden Subjekts zu dienen scheinen. Bei der Kompliziertheit und Veränderlichkeit aller wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnisse bewahren darum jene „Gesetze“ einen zwar hohen, aber immerhin nur einen mehr oder minder begrenzten Wert<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. Georg v. Mayr, Statistik und Gesellschaftslehre I (1895) 4.

**3. Ergebnisse.** Blicken wir auf unsre bisherigen Erörterungen zurück, so bieten dieselben einige allgemeinere Wahrheiten dar, die für Richtung und Methode der weiteren Untersuchung nicht ohne Bedeutung sind.

1. Die naturgemäße Aufgabe des Wirtschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft ist die Versorgung des Volkes mit materiellen Gütern entsprechend den Anforderungen der Volkswohlfahrt. Weil man von einer Aufgabe der Volkswirtschaft sprechen kann, ist die Volkswirtschaftslehre „praktische“ Wissenschaft: sie muß als solche jene Aufgabe für ihre gesamten Erörterungen als Norm betrachten und bewerten, darum aber vor allem sich eine klare und richtige Vorstellung von der materiellen Volkswohlfahrt zu bilden suchen.

2. Der Volkswohlstand entsteht nicht von selbst. Er ist das Ergebnis menschlicher Handlungen und Einrichtungen, insbesondere der rechtlichen Ordnung. Deshalb wird die Nationalökonomie eben jene Handlungen und Einrichtungen in ihrem Verhältnis zur materiellen Wohlfahrt der Nation ins Auge fassen. Mit andern Worten: das Formalobjekt, die besondere Rücksicht, unter welcher die Volkswirtschaftslehre Handlungen und Einrichtungen prüft, ist deren nationalökonomische Richtigkeit und Zweckmäßigkeit unter den gegebenen Verhältnissen. (Nationalökonomisches Prinzip.)

3. Es fragt sich nun, auf welche Weise erkennt die Nationalökonomie jene Handlungen und Einrichtungen, die als Ursachen des materiellen Gemeinwohles eines Volkes gelten können?

a) Wir antworten zunächst negativ:

Erstens: Was dem geistigen und sittlichen Gemeinwohl widerspricht, kann auch nicht dem wahren und materiellen Gemeinwohl dienlich sein. Warum nicht? Weil die geistigen und sittlichen Kräfte zu den Hauptursachen des materiellen Wohlstandes der Nation gehören. Werden jene höheren Kräfte geschädigt, geschwächt, so wird auf die Dauer die materielle Wohlfahrt selbst Schaden nehmen müssen, wenn auch momentan, vorübergehend ein Vorteil erzielt werden könnte. (Prinzip der Einheit der Kultur.).

Zweitens: Alles, was der praktischen Vernunft widerspricht, d. h. alles, wobei das vernunftgemäße Verhältnis zwischen Mittel und Zweck, zwischen Aufwand und erstrebtem Erfolg nicht gewahrt bleibt, schädigt das materielle Gemeinwohl. Warum? Weil und insofern beim Fehlen dieses Verhältnisses für den allgemeinen Wirtschaftsprozeß bedeutsame Kräfte und Güter vergeudet werden. (Ökonomisches Prinzip in nationalökonomischer Fassung.)

b) Positive allgemeine Erkenntnisquellen sind für die Nationalökonomie:

α) die philosophische Gesellschafts- und Staatslehre, das Naturrecht und das Sittengesetz, namentlich die Vorschriften der Gerechtigkeit. Gott, der das Sittengesetz der Menschheit gab, bestimmte

auch für die Gesellschaft das Gemeinwohl als naturgemäßen Zweck. Ein wirklicher Widerspruch zwischen Sittengesetz und wahrer, dauerhafter Volkswohlfahrt bleibt daher undenkbar; es ist eine schöne Aufgabe der Nationalökonomie, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die segensreiche Wirksamkeit des Sittengesetzes und natürlichen Rechts für die materielle Wohlfahrt der Völker nachzuweisen und darum ihrerseits für Religion und Sittlichkeit mit Entschiedenheit einzutreten.

β) manche Lehren der Naturwissenschaften über die äußere Natur, namentlich aber die sinnlich-vernünftige Natur des Menschen in sich betrachtet<sup>1</sup>. Hier hat die Volkswirtschaftslehre einmal die natürlichen Bedürfnisse, anderseits die im Erwerbsleben so mächtig wirkenden natürlichen Triebe zu beachten. Was von dem Urheber der Natur in diese hineingelegt wurde, wird ohne Zweifel dem von Gott gewollten Zwecke des Gemeinwohles dienstbar sein können. Allein der Nationalökonom darf nie vergessen, daß der Naturtrieb, wie gesagt, zwar eine natürliche Kraft im Menschen mit bestimmter Tendenz bedeutet, dagegen nicht in sich selbst das Prinzip der Regelung besitzt. Dazu ist dem Menschen die Vernunft und das Gewissen gegeben, die als Kutscher auf dem Bock sitzen müssen, wenn die feurigen Rosse der Naturtriebe den einzelnen und die Gesellschaft nicht ins Verderben stürzen sollen.

γ) die allgemeineren Erfahrungstatsachen der Gegenwart und der Vergangenheit. Die Geschichte zeigt beispielsweise abwechselnd wirtschaftliche Blüte und wirtschaftlichen Verfall der Völker. Der Nationalökonom wird nun den Ursachen dieser Erscheinungen nachforschen. Er wird finden, daß manche jener Ursachen einen allgemeineren Charakter an sich tragen, andere dagegen in besondern geographischen und topographischen Verhältnissen u. dgl. oder in historischen Einzeltatsachen, z. B. in einem unglücklichen Kriege, ungünstigen Handelsverträgen u. dgl., enthalten sind.

Aus allen diesen Erkenntnissen und auf Grund derselben gewinnt und entwickelt die Volkswirtschaftslehre ihre Lehrsätze und Normen, teils in absoluter teils in hypothetischer Form.

<sup>1</sup> Die Bedürfnisse des physischen Organismus kommen für den Nationalökonom nur in Betracht, insofern sie vom Menschen als Bedürfnisse erkannt werden. Nicht physiologische Vorgänge als solche bilden den Ausgangspunkt seiner Forschung. Das Physiologische dabei wird vorausgesetzt, nicht aber vom Nationalökonom behandelt. Das gleiche gilt von der physischen, chemischen usw. Seite der äußeren Natur, von geographischen, klimatischen und sonstigen Verhältnissen. Lediglich mit der äußeren Natur als Güterquelle, als Gegenstand der wirtschaftlichen Tätigkeit und in ihrem Einfluß auf diese Tätigkeit haben wir es in der Nationalökonomie zu tun. Das Verständnis des wirtschaftenden Menschen und der Volkswirtschaft erfordert dagegen in etwas höherem Maße ein Eingehen auf psychologische Erwägungen, am meisten aber die Beachtung allgemeiner Vernunftwahrheiten, ethischer Grundsätze und Forderungen.



## § 4.

## Methodenfrage.

**Literatur:** A. Wagner, Grundlegung I<sup>3</sup> 165—225; Systematische Nationalökonomik, in Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1886. — Schmoller, Grundriß I 99 ff.; Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup>. — Roscher, Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswirtschaft nach geschichtlicher Methode 1843. — Knies, Politische Ökonomie<sup>2</sup> 1883 157—533. — Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre 1872; Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaft und der politischen Ökonomie 1884; Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie 1884; Grundzüge einer Klassifikation der Wirtschaftswissenschaften, in Jahrbücher für Nationalökonomie 1889. — Philippovich, Über Aufgaben und Methode der politischen Ökonomie 1886. — Sax, Das Wesen und die Aufgabe der Nationalökonomie 1884. — Dietzel, Theoretische Sozialökonomik I 1895; Beiträge zur Methodik der Wirtschaftswissenschaft, in Jahrbücher für Nationalökonomie 1884; Selbstinteresse und Methodenstreit, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VII<sup>3</sup>. — Hasbach, Ein Beitrag zur Methodologie der Nationalökonomie, im Jahrbuch für Gesetzgebung und Verwaltung 1885; Mit welcher Methode wurden die Gesetze der theoretischen Nationalökonomie gefunden? in Jahrbücher für Nationalökonomie 1904. — Brentano, Die klassische Nationalökonomie 1888. — Schüller, Die klassische Nationalökonomie und ihre Gegner 1895. — Wasserrab, Die Nationalökonomie nach ihrer Stellung, Methode und ihrem neueren Entwicklungsgang 1894. — Diehl, Erläuterungen zu Ricardo I (1905) 20 f. 97; II 478 ff. 486—493; Über die nationalökonomischen Lehrbücher von Wagner, Schmoller, Dietzel und Philippovich, mit besonderer Rücksicht auf die Methodenfrage in der Sozialwissenschaft, in Jahrbücher für Nationalökonomie XXIV (1902) 87 ff.; Die Bedeutung der wissenschaftlichen Nationalökonomie für die praktische Wirtschaftspolitik, ebd. XXXVII 1909 289 ff. 300 ff.; Nationalökonomie und Handelsbetriebslehre, ebd. XLIII 1912 94 ff.; Privatwirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Weltwirtschaftslehre, ebd. XLVI 1913 433 ff. — Ludwig Stephinger, Zur Methode der Volkswirtschaftslehre (1907). — Lexis, Artikel „Volkswirtschaftslehre“, im Wörterbuch der Volkswirtschaft II<sup>3</sup>. — Adolf Weber, Artikel „Volkswirtschaftslehre“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft V<sup>4</sup>. — Schumpeter, Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie 1908; Über die mathematische Methode der theoretischen Ökonomie, in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 1906; Die neuere Wirtschaftstheorie der Vereinigten Staaten, in Schmollers Jahrbuch 1910. — Lifschitz, A. Smiths Methode im Lichte der deutschen nationalökonomischen Literatur des 19. Jahrhunderts 1906; Über Says Methode, in Jahrbücher für Nationalökonomie 1904; Über Ricardos Methode, ebd. 1907. — Amann, Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie 1911. — Voigt, Teleologische und objektive Volkswirtschaftslehre, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1913. — Bahlmann, Einteilung der Wissenschaften und ihre Methode, im Philosophischen Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 1893 94. — Toniolo, Trattato di economia sociale I 1907 50 ff. 98 ff. — Devas, Groundwork of economics 1883. — Lacombe, De l'histoire considerée comme science 1894; dazu Klebs, Eine französische Geschichtstheorie, in der Historischen Zeitschrift LXXVIII (1896) 404 ff. — Über die Methoden der Geschichtswissenschaft vgl. u. a. de Smet, Principes de la critique historique 1883; Freeman, The methods of historical study 1886, insbesondere Bernheims Lehrbuch der historischen Methode usw. Vgl. auch die auf die „neue Richtung“ in der Nationalökonomie bezüglichen Literaturangaben der vorhergehenden Paragraphen.

**1. Methode der klassischen Nationalökonomie.** Die wichtigsten wissenschaftlichen Ergebnisse, sagt Karl Menger<sup>1</sup>, sind von Männern ausge-

<sup>1</sup> Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie (1883), Vorrede XII f.

gangen, welche methodischen Untersuchungen fernstanden, während die größten Methodiker sich nicht selten als höchst unfruchtbare Forscher auf dem Gebiete jener Wissenschaften erwiesen haben, deren Erkenntniswege sie mit imponierender Klarheit zu weisen vermochten. Smith und Ricardo insbesondere haben sich mit der Methodenlehre als solcher nicht beschäftigt. Wir müssen ihre methodologischen Anschauungen aus der Art und Weise entnehmen, wie sie die wirtschaftlichen Probleme behandeln.

Da zeigt es sich nun, daß Smith als Wirtschaftstheoretiker weder reiner Dogmatiker noch reiner Historiker war. Er hat die Verhältnisse und Systeme seiner Zeit (Merkantilismus und Physiokratie) durchforscht und gewürdigt, dabei die historische und die philosophische Methode, Induktion und Deduktion, zugleich angewendet<sup>1</sup>.

„Man muß jedoch“, so urteilt Diehl<sup>2</sup>, „zwischen A. Smith als Wirtschaftstheoretiker und Wirtschaftspolitiker unterscheiden. Als Wirtschaftstheoretiker ist sicherlich Smith nicht einseitig deduktiv und abstrakt vorgegangen, vielmehr hat er hier neben seinen abstrakten Sätzen eine Fülle von induktivem Material beigebracht, so daß von einer einseitigen Richtung isolierender Abstraktion bei ihm nicht die Rede sein kann. Anders aber ist Smith als Wirtschaftspolitiker ... zu betrachten. Sobald er auf die Frage, wie das Wirtschaftsleben gestaltet werden soll, eingeht, schwebt ihm allerdings ein naturrechtliches<sup>3</sup> Ideal einer freien Menschengemeinschaft vor, und er deduziert daraus bestimmte Postulate allgemeiner Art für alle Völker aller Zeiten betreffend Handelspolitik, Gewerbepolitik usw., die ihn allerdings in diesem Punkte als starren Dogmatiker charakterisieren lassen.“<sup>4</sup>

Die Methode der isolierenden Abstraktion verbunden mit Deduktionen findet sich in eigenartiger Ausbildung bei Ricardo<sup>5</sup>. In strenger Absonderung von allen übrigen Erscheinungen des Gesellschaftslebens und unter Voraussetzung einer bestimmten Organisation, des freien Konkurrenzsystems, wurde versucht, Gesetze der wirtschaftlichen Welt festzustellen, indem die Eigenschaften des „ökonomischen“ Menschen die Grundlage der Deduktion bildeten und

<sup>1</sup> Lifschitz, Smiths Methode im Lichte der deutschen ökonomischen Literatur des 19. Jahrhunderts (1906).

<sup>2</sup> Jahrbücher für Nationalökonomie XXXV (1908) 122 f.

<sup>3</sup> „Naturrechtlich“ im individualistischen Sinne der Aufklärungszeit.

<sup>4</sup> „Wealth of nations“ ist nach J. B. Says wenig liebenswürdiger Beurteilung ein verworren Vorrat der gesündesten Gedanken, gestützt auf lichtvolle Beispiele und auf die interessantesten Notizen der Statistik, untermengt mit lehrreichen Betrachtungen, aber keine vollständige Abhandlung, sondern ein weites Chaos triftiger Ideen und positiver Nachrichten. Vgl. Say, Ausführliche Darstellung der Nationalökonomie I (Übersetzung Morstadt, 1830) 9.

<sup>5</sup> Ricardo hat freilich die Induktion nicht völlig aus dem Bereich seines Denkens ausschließen können. Es wurde sogar behauptet, Ricardos Grundrententheorie sei nicht die Frucht reiner Deduktion, sondern das Ergebnis der Beobachtung induktiven Materials, der Bewegung der Kornpreise, der Pachtrente, wie sie sich in England zur Zeit der Kontinentalperre gestaltete (Ad. Weber).

von der isolierten Betrachtung des Eigennutzes aus, bei freiem Wirken desselben, eine „reine Theorie“ entwickelt wurde.

Die Methodenfrage als solche hat Ricardo selbst, wie gesagt, nicht behandelt. Wohl aber legte John Stuart Mill, der hier mit Ricardo übereinstimmt, ausführlich seine Anschauungen über diejenige Methode dar, welche ihm als die in unsrer Wissenschaft richtige erschien: Nach J. St. Mill ist die politische Ökonomie „die Wissenschaft, welche von der Produktion und der Verteilung des Reichtums handelt, so weit sie von dem Gesetze der menschlichen Natur abhängen“<sup>1</sup>. Das Gesetz der menschlichen Natur aber, das im Bereiche der politischen Ökonomie in Betracht kommt, ist mit dem Selbsterhaltungstrieb und dem Verlangen nach Vermögen gegeben<sup>2</sup>: „Die politische Ökonomie sieht von jeder andern menschlichen Leidenschaft und Neigung vollkommen ab, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, die sich im fortwährenden Antagonismus mit dem Verlangen nach Vermögen befinden, der Arbeitsscheu nämlich und dem Verlangen nach unmittelbaren kostspieligen Genüssen. Diese zieht sie bis zu einem gewissen Maße mit in ihre Berechnung ein, weil dieselben nicht nur wie unsre andern Neigungen gelegentlich mit dem Streben nach Vermögen in Widerstreit geraten, sondern dasselbe immerwährend als ein Hindernis oder Hemmschuh begleiten und darum mit der Betrachtung desselben untrennbar verknüpft sind. Die politische Ökonomie betrachtet die Menschen als lediglich mit dem Erwerben und Verzehren beschäftigt und strebt danach, zu zeigen zu welcher Handlungsweise die in Gesellschaft lebenden Menschen geführt würden, wenn dieser Beweggrund, von dem Hemmnis abgesehen, das ihnen immer aus den beiden oben erwähnten, fortwährend wirksamen Beweggründen erwächst, unbedingte Gewalt über alle ihre Handlungen besäße. Sie zeigt die Menschheit, wie sie unter dem Einfluß jenes Strebens Vermögen ansammelt und dieses Vermögen zur Hervorbringung andern Vermögens verwendet: wie sie durch wechselseitiges Übereinkommen die Einrichtung des Eigentums heiligt, Gesetze feststellt, um die einzelnen zu fördern, daß sie nicht das Eigentum anderer durch List und Gewalt antasten usw.“ Also Isolierung des Erwerbstriebes, Abstraktion von allen andern Trieben, von Moral und positiver Rechtsordnung, dann Deduktion der nationalökonomischen Grundgesetze aus dem isoliert betrachteten Erwerbstrieb, d. i. Gegenstand, Aufgabe, Inhalt der „reinen Wissenschaft“. Daß andere Triebe usw. „Modifikationen“, „störende Nebenumstände“ herbeiführen

<sup>1</sup> Essays on some unsettled questions of political economy (1884) 133.

<sup>2</sup> Ebd. 138. Diehl, Erläuterungen zu Ricardo II<sup>2</sup> 481 ff., mit Hinweis auf J. St. Mill, Unsettled questions, das sechste Buch des dritten Bandes der „Logik“ und die Einleitung zu den „Grundsätzen der politischen Ökonomie“. „Die klassische Nationalökonomie von Quesnay bis Malthus kannte die Einschränkung auf einige wenige Ursachen, wie sie seit Ricardo üblich wurde, nicht. . . . Erst die Epigonen der klassischen Schule bekannten sich zu dieser Beschränkung der Untersuchung auf die Wirkung ganz weniger Ursachen; man erstrebte ja jetzt nur noch eine Markt- und Einkommenslehre, wobei man nur vom wirtschaftlichen Egoismus und seinen Folgen ausging, dabei freilich diese einzige Ursache in Verbindung brachte mit der utopischen Annahme gleicher Menschen, unbeschränkter Gewerbe- und Handelsfreiheit und absoluter Stabilität der Bevölkerung, der Kapitalmenge, der Technik. Wir erwähnten, daß die heutige abstrakte nordamerikanische Nationalökonomie noch so verfährt“ usw. (Schmoller, Artikel „Volkswirtschaft“ usw., im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 470). Über die wechselnde Stellung J. St. Mills zur Methodenfrage vgl. Schmoller ebd. 479 f.



können, wird nicht geleugnet. Aber es handelt sich dabei lediglich um eine Frage der Tatsache, nicht um eine Frage der Wissenschaft.

Damit hätten wir die Hauptzüge jener Forschungsweise gezeichnet, die im allgemeinen unter dem Namen „Methode der klassischen Nationalökonomie“ bekannt ist und die bis in die Gegenwart hinein namentlich von Nationalökonomien englischer Zunge (Cairnes, Sidgwick, Macleod, Keynes u. a.), aber auch von andern, bevorzugt wird — unbeschadet der Besonderheiten des einzelnen Schriftstellers.

Daß von einer „naturgesetzlichen“ Auffassung des Wirtschaftslebens schon bei Ricardo die Rede sein könne, soll nicht behauptet werden. August Oncken wenigstens sagt<sup>1</sup>, er habe sich seit Jahrzehnten vergebens bemüht, in den Schriften Ricardos Ausdrücke wie „ewige Naturgesetze“, „ewige und natürliche Gesellschaftsform“, „natürliche und ewige Ordnung des Wirtschaftslebens“ zu finden. Mögen immerhin solche Redewendungen in formeller Ausprägung eher bei den „Vulgärökonomien“ manchesterlicher Art, die sich an die Klassiker angeschlossen, zu finden sein: die methodologische Grundauffassung, die sich bei den Klassikern findet; die Bezeichnung des Eigennutzes als der für das Wirtschaftsleben entscheidenden Grundkraft; die, wenigstens innerhalb der wissenschaftlichen Betrachtung, allzu geringe Einschätzung der übrigen Kräfte, insbesondere der religiösen, rechtlichen und sittlichen Faktoren; der Versuch, die Wirkungen des Naturtriebes der Selbstliebe „gesetzmäßig“ zu formulieren, konnten nur zu leicht, und zwar in folgerichtiger Durchführung, zu einer „naturgesetzlichen“ Auffassung des Wirtschaftslebens verleiten<sup>2</sup>.

Man darf nun zur Rechtfertigung dessen, was gemeiniglich als „Methode der klassischen Nationalökonomie“ bezeichnet wird, keineswegs die Notwendigkeit des Isolierungsverfahrens als solchen für die wissenschaftliche Erkenntnis ins Feld führen. Die Isoliermethode ist ja nichts Neues. Alles Zusammengesetzte, jedes Ganze wird vollständig erst begriffen durch Zerlegung in seine letzten Teile. Schon Aristoteles<sup>3</sup> hat diese Methode angewendet im Hinblick auf die sozialen Gemeinschaften. Sie behält ihre Bedeutung für jeden Kräftekomplex, auch für die Gesamtheit der Triebe, Neigungen, Motive, individual- und sozialpsychischen Kräfte, die das Handeln des Menschen beeinflussen. So sagt Thomas von Aquin<sup>4</sup> ganz allgemein: „Ad cognitionem compositorum primo opus est via resolutionis, ut scilicet dividamus compositum usque ad individua. Postmodum vero necessaria est via compositionis, ut ex prin-

<sup>1</sup> Kritische Blätter I (1905) 399.

<sup>2</sup> Schon J. St. Mill übrigens wollte die politische Ökonomie deshalb keine Kunst nennen, weil sie auf bestimmten Naturgesetzen beruhe. J. B. Say bezeichnete die politische Ökonomie als Physiologie des gesellschaftlichen Körpers, ähnlich der Physiologie des animalischen Körpers. Den Gesellschaften sei eben „eine Natur der Dinge immanent, die in nichts von dem Willen des Menschen abhängt, und die wir nicht regeln könnten“. Volle Konsequenz war allerdings nicht die starke Seite bei J. B. Say. Vgl. Say, Ausführliches Lehrbuch der praktischen politischen Ökonomie i f. (Übersetzung Stirner; 1845).

<sup>3</sup> Polit. 1, c. 1.

<sup>4</sup> In Polit. 1, 1, 1.

ciptis indivisibilibus iam notis diiudicemus de rebus, quae ex principiis causantur.“ Auch wir haben uns in unsern früheren Darlegungen in mehrfacher Hinsicht des Isolierungsverfahrens bedient, nicht die Entfaltung der Menschheit in allen ihren Anlagen und unter jeglicher Rücksicht als Gegenstand der Volkswirtschaftslehre bezeichnet, sondern diesen Gegenstand auf das wirtschaftliche Gemeinschaftsleben beschränkt, und hinwiederum für die Untersuchung dieses Gemeinschaftslebens ausschließlich den ökonomischen und nationalökonomischen Gesichtspunkt als das besondere Formalobjekt der Volkswirtschaftslehre und der volkswirtschaftlichen Forschung bezeichnet. Es handelt sich also für uns nur um eine Seite des menschlichen Lebens und Strebens, um die Versorgung des Menschen mit Brot, um die Beschaffung und Verteilung der materiellen Mittel des Lebens, und zwar um eine solche Beschaffung und Verteilung, wie sie, nach Möglichkeit, den Anforderungen der materiellen Wohlfahrt eines Volkes in seiner Gesamtheit entspricht<sup>1</sup>.

Nicht das Isolierungsverfahren als solches kann somit getadelt werden. Was bei der „Methode der klassischen Nationalökonomie“ Bedenken erregt, das ist die spezielle Art und Weise, wie hier das Isolierungsverfahren Anwendung gefunden hat. Es verbindet sich nämlich bei Ricardo und seinen Nachahmern<sup>2</sup> mit dem Isolierungsverfahren zugleich die für eine allgemein wissenschaftliche Betrachtung unzulängliche Hypothese einer bestimmten Wirtschaftsorganisation (der freien Konkurrenz), und anderseits eine objektiv nicht gerechtfertigte Fiktion in psychischer Hinsicht (der reine „Wirtschaftsmensch“).

Die Voraussetzung eines absolut reinen Konkurrenzsystems zunächst, wie es in der Wirklichkeit niemals voll existiert hat und existieren kann, ist und bleibt eben „leere Abstraktion“, bedarf darum mannigfachster Korrekturen, ohne doch je durch sich selbst allein zur richtigen und allgemeinen Erkenntnis des wirklichen Lebens führen zu können, also dem Nationalökonom das zu bieten, dessen er vor allem benötigt.

Ebensowenig können uns Sätze, welche aus der Annahme ausschließlich vom wirtschaftlichen Motiv bestimmter, nach dem Prinzip des „kleinsten Mittels“ handelnder Individuen<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Auch innerhalb der Volkswirtschaftslehre hat das Isolierungsverfahren Anwendung gefunden. Erinnerung sei z. B. daran, wie Thünen, unter Fortlassung aller übrigen Elemente, bei seiner Grundrententheorie speziell die Bedeutung der Entfernung eines landwirtschaftlichen Betriebs vom Absatzzentrum für die Preisbildung der agrarischen Produkte untersuchte.

<sup>2</sup> Vgl. u. a. auch Dietzel, Theoretische Sozialökonomik I 1895 16 ff. Dazu die Bemerkungen Diehls, in Jahrbücher für Nationalökonomie XXIV 1902 123 ff.

<sup>3</sup> Mit Rücksicht auf die klassische Nationalökonomie bemerkt Hans Rizzi: „Daß diese Richtung bei der einseitigen philosophischen Grundlage ein-

gewonnen werden, die volle Wirklichkeit des Wirtschaftslebens erklären. Und doch ist es gerade die Erkenntnis des tatsächlichen Wirtschaftslebens, auf welche die nationalökonomische Forschung abzielt und abzielen muß. Der „Economical man“ braucht übrigens in der Voraussetzung der Theorie nicht ein Egoist im schlimmen Sinne des Wortes zu sein. Es genügt, daß der Impuls des Handelns für ihn ausschließlich und allein das wirtschaftliche Motiv, das Streben nach Reichtum, sei. Ethisch bleibt er für die Theorie farblos, und gleichgültig ist es ihr, ob sein Streben eigennützig oder gemeinnützig sei.

Das Ganze ist eine durchaus individualistische Konstruktion, welche bei der Anwendung auf alle gesellschaftlichen Wirtschaftsfragen versagt. Kurz sei auch darauf hingewiesen, daß die Moral und insbesondere die Rücksicht auf die Bedeutung des Handelns für die Gesamtheit in der nationalökonomischen Theorie doch nicht gerade so ohne weiteres als ein die wissenschaftliche Forschung „störender Nebenumstand“ unter den Tisch fallen kann, daß dem wirklichen Menschen die maßgebenden Verschiebungen der wirtschaftlichen Konjunkturen nicht so bekannt sind, wie hier vorausgesetzt wird, daß die am Marktverkehr beteiligten Personen durchaus nicht alle nur vom Streben nach Reichtum erfüllt sind, daß im realen Leben ein unwirtschaftliches Verfahren keineswegs zu den Ausnahmen gehört, daß die Menschen nur zu oft die Folgen ihrer Handlungen nicht genügend beachten, zukünftige Nützlichkeiten

---

seitig sein mußte, daß sie vor allem an der Lehre von den sozialen Organismen achtlos vorbeiging, erklärt sich ganz einfach daraus, daß sie in ihnen nicht selbständige, sondern nur abgeleitete Wesen sah. Ebenso wie die anorganische Physik, deren Methode als der damals am meisten entwickelten Wissenschaft beispielgebend geworden war, die Gesetzmäßigkeiten nicht an den zusammengesetzten Phänomenen aufsucht, sondern in ihren einfachsten darstellbaren oder vorstellbaren Bestandteilen, so daß die theoretische Mechanik als die Lehre von den Gesetzmäßigkeiten der bewegten Massenteilchen die Grundlage der gesamten Physik genannt werden kann, so hielt auch die klassische Nationalökonomie die ihr in der Erfahrung gegebenen sozialen Organisationsformen, Genossenschaft, Gemeinde, Staat, für restlos in ihre individuellen Bestandteile auflösbar. Dieser Grundirrtum, vereint mit dem sozialen Optimismus, führte zur Politik des *Laissez-faire*.“ Der jüngste Methodenstreit in der deutschen Nationalökonomie, in der Monatsschrift für christliche Sozialreform XXXII (1910) 332 f. Wenn man Nassau William Senior (*Political economy*<sup>4</sup> [1858] 4 26 f. Glauben schenken will, so beruht die gesamte Volkswirtschaftslehre auf einer ganz kleinen Anzahl allgemeiner Sätze, deren Fundament das Axiom bildet: Jeder Mensch verlangt seinen Reichtum zu vermehren mit möglichst geringen Opfern. Dieses Verlangen führe, wo Freiheit und Sicherheit geboten, zur Arbeit, zur Bildung und Anhäufung von Kapital, zur Teilung der Arbeit, zum Gebrauch des Geldes, zur Aneignung des Bodens. Daraus aber entstehe ein beständiges Anwachsen der Produkte, welches sich als Lohn, Profit, Rente und Zins, nach Maßgabe des Anteils, den Arbeit, Kapital, Grund und Boden an der Produktion genommen, verteile, wobei das Ganze von dem höchsten „Gesetze“ des Angebotes und der Nachfrage beherrscht werde. Das sei in kurzer Übersicht der Hauptinhalt der rein deduktiven Nationalökonomie. Alles übrige werde durch Schlußfolgerungen gewonnen. Vgl. hierzu Laveleyes Kritik, in der *Revue des Deux Mondes* 1878. 1 (III) 25) 899 f.



weniger hoch anschlagen, als sie sollten, Gefahren entweder zu leicht auf sich nehmen oder allzusehr fliehen usw. Nur das eine sei noch herausgehoben, wie sogar das im Sinne der „reinen Theorie“ isolierte wirtschaftliche Motiv in sich selbst betrachtet in der realen Welt keineswegs ein Motiv darstellt und einer psychischen Kraft entspricht, die durchaus gleichmäßig bei allen Individuen wirkt. Die Art und Stärke ihrer Wirksamkeit ändert sich vielmehr nicht wenig nach der Verschiedenheit der Individuen und Verhältnisse, hängt ab von der feineren Ausbildung des Ehrgefühls, der höheren Schätzung idealer Güter und Bestrebungen usw. Es kann sich also auf diesem Gebiete, wo der Freiheit, Individualität, dem verschiedenen Milieu, unverkennbar ein beträchtlicher Einfluß zukommt, zunächst um exakte Gesetze, im Sinne der Naturwissenschaften, offenbar nicht handeln. Wollte man aber auch mit allgemeinen Sätzen sich bescheiden, die wenigstens im Durchschnitt für die realen Verhältnisse richtig wären, so ist es zwar sicher wahr, daß die Menschen in wirtschaftlichen Dingen verständigerweise sich vom wirtschaftlichen Motiv leiten lassen; ebenso gewiß aber ist es, daß sie dabei nicht — auch im Durchschnitt genommen nicht — in der Weise von jeder andern Rücksicht absehen, und in der gleichen Weise dabei vorgehen, wie die „reine Theorie“ dies für ihren abstrakten Homo oeconomicus annimmt. Oder müßte nicht auch tatsächlich jede Volkswirtschaft und jedes Staatswesen zu Grunde gehen, wenn der „Durchschnitt“ ihrer Glieder sich nur vom Eigennutz leiten ließe und, außer dem „Prinzip des kleinsten Mittels“, jeder andern Rücksicht entsagen wollte?

Es scheint also nach allem, daß die Art und Weise, wie hier die „reine Theorie“ zu allgemeinen Sätzen oder Gesetzen auf dem Wege ihrer Abstraktion gelangen wollte, weniger glücklich gewählt war. Die Theoretiker mögen abstrahieren und isolieren. Sie dürfen aber keine Änderungen im Erkenntnisobjekt selbst vornehmen und die Brücke zwischen der Wirklichkeit und dem erkennenden Geiste nicht zerstören. Gerade das hat jedoch mehr oder minder die „reine Theorie“ getan. Sie hat den „Economic man“ in einer Weise zugestutzt, daß die Isolierung und Abstraktion hier nicht isolierende Betrachtung bleibt, sondern schon sehr stark der Fiktion sich nähert und ein Zerrbild der Wirklichkeit schafft, weshalb denn auch die allgemeinen Sätze der „reinen Theorie“ sowohl dieserhalb als auch, weil die vorausgesetzte Freiheit der Konkurrenz in dem angenommenen Maße sich in Wirklichkeit nirgends findet, selbst bei umfassender Korrektur theoretisch und praktisch leicht beirrend wirken können.

Trotz allem möchten wir der „reinen Ökonomie“ keineswegs jede Bedeutung für die Volkswirtschaftslehre oder gar jeden wissenschaftlichen Wert absprechen. Nur dürfen diejenigen Ökonomen, welche die Wirksamkeit des Naturtriebes der Eigenliebe analysieren, mit ihrer „Theorie“

die Volkswirtschaftslehre nicht als Wissenschaft abgeschlossen wähen. Sie bleiben eher, wie wenigstens de Laveleye<sup>1</sup> bemerkte, mit diesen Analysen bei dem Anfang, dem Abc der Nationalökonomie stehen; sie lehren ferner nichts anderes als das, was geschehen würde, wenn die wirtschaftliche Entwicklung, unter dem alleinigen und vollfreien Wirken des Naturtriebes des Eigeninteresses, sich selbst überlassen bliebe. Der Blick in eine solche Marktgesellschaft hat ja ohne Zweifel, selbst wenn die „reine Theorie“ nichts anderes zu bieten vermöchte, kein geringes Interesse auch für eine echt volkswirtschaftliche Betrachtung. Immer wird in der Volkswirtschaftslehre die Frage wiederkehren, welches Maß von Freiheit, welches Maß und welche Form von Bindung durch die volkswirtschaftliche Aufgabe erfordert wird.

**2. Die historische Schule.** Die Unzulänglichkeit der als „Methode der klassischen Nationalökonomie“ bezeichneten Forschungsweise wurde zunächst von deutschen Gelehrten erkannt; mit dieser Erkenntnis aber war zugleich die Notwendigkeit gegeben, methodisch über die Klassiker hinaus neue Wege und Quellen der wissenschaftlichen Erkenntnis zu erschließen. Es schien insbesondere, als ob die den Spuren der Klassiker folgende Nationalökonomie allzusehr geneigt gewesen sei, die Ergebnisse einer oft wenig umfassenden Beobachtung zu verallgemeinern, das Hypothetische als Absolutes hinzustellen, von ständigen und allgemeinen Erscheinungen zu reden, obwohl deren Realitivität und Veränderlichkeit bei genauerer Beobachtung sich hätte herausstellen müssen. Namentlich aber erregten jene Abstraktionen und Deduktionen lebhaftes Bedenken, die in dem, was man Volkswirtschaft nannte, nichts anderes als eine naturhafte Mechanik des wirtschaftlichen Egoismus, mit „Naturgesetzen“ als „ewigen Kategorien“, erkennen ließen. Demgegenüber wurde nun eine die Wirklichkeit des Lebens erfassende Beobachtung, Induktion, Geschichtsforschung empfohlen und zugleich mit der Anwendung dieser Methode in erfolgreicher Arbeit begonnen.

Begründer der historischen Richtung innerhalb der deutschen Nationalökonomie<sup>2</sup> waren, neben Bruno Hildebrand, Wilhelm Roscher und

<sup>1</sup> Revue des Deux Mondes 1878, 1 (III 25) 900 ff.

<sup>2</sup> Kraus, Hufeland, Storch, auch Lotz, Sartorius, Soden hatten hier im Banne der englischen Lehre gestanden, späterhin noch Rau, besonders aber M. Wirth, von Prince-Smith, Faucher u. a. zu schweigen. Als erster trat Ad. Müller gleich im Anfang des 19. Jahrhunderts der herrschenden Schule in seinen Elementen der Staatskunst entgegen. Auch der scharfsinnige v. Hermann zeigte, daß er den Dogmen der „Klassiker“ kritisch gegenüberstand, indem er nachwies, wie eine ganze Reihe von Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens, von Einrichtungen, Unternehmungen, Verbänden sich nicht aus dem Egoismus, sondern aus andern Regungen, wie Familiensinn, Gemeingeist und karitativer Gesinnung, erklären lassen. Entschiedener noch trat Friedrich List auf. Ursprünglich ein Anhänger der englischen Schule, wurde er deren schärfster Gegner, nachdem er in Amerika die tatsächlichen Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens näher kennen gelernt hatte. Der klassische Ökonomismus verlangte für das wirtschaftende Individuum freie Bahn. Un-

Karl Knies. Roscher legte die historische Methode kurz in seinem Grundriß für Vorlesungen dar (1843), während Knies, nach Roschers eigenem Zeugnis, „zuerst die geschichtliche Methode unsrer Wissenschaft zu einer reichen, mit trefflich durchgeführten Beispielen versehenen Methodologie entwickelte“<sup>1</sup>.

Die historische Schule der Nationalökonomie ist die jüngere Schwester der historischen Rechtsschule genannt worden. „Auch sie betrachtet die Geschichte als den Weg zum Verständnis der Gegenwart, und wie sie den Zusammenhang der Zeitalter beachtet, so die Abhängigkeit des einzelnen vom Ganzen.“<sup>2</sup> Nur tritt in ihr die Betonung der Veränderlichkeit (Relativitätsgesetz gegenüber dem „Absolutismus der Lösungen“ bei den Klassikern) noch stärker hervor als innerhalb der historischen Rechtsschule<sup>3</sup>.

Hier lag denn auch die Gefahr einer Übertreibung nahe, welche in der Tat die jüngere historische Schule nicht immer in ausreichen-

---

behindert durch Staat und Gesellschaft sollten alle Kräfte sich auswirken können im inländischen wie im ausländischen Verkehr. Das Individuum stand der Welt und die Welt dem Individuum unmittelbar gegenüber. Diesen Individualismus und Kosmopolitismus der klassischen Lehre bekämpfte List durch sein „Nationales System der politischen Ökonomie“. Über den Individuen und der Menschheit dürfe man nicht das Mittel und Bindeglied, die Nation und ihre wirtschaftliche Bedeutung, vergessen. Das ist der Grundgedanke, auf welchem List sein „nationales“ System aufbaute. Zwar erblickt auch er in der Welthandelsfreiheit ein Ideal, aber ein Ideal, dessen Verwirklichung erst dann den Völkern zum Segen reichen könne, wenn viele Nationen gleich hoch entwickelt sind, ähnlich wie der ewige Friede eine Mehrzahl gleich mächtiger Staaten voraussetze. Vgl. Friedrich Benedikt Wilhelm v. Hermann, Staatswissenschaftliche Untersuchungen (1832, 21870, herausgegeben von G. v. Mayr und Helferich. Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie zuerst 1841, in 7. Aufl. 1883, mit einer historisch-kritischen Einleitung von K. Th. Eheberg; in neuer Auflage von Waentig, 1904. Lists Gesammelte Schriften (doch unvollständig herausgegeben von Häusser 1850. Vgl. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland 1874 970 ff.; Goldschmidt, List (1879). Wir werden später ausführlicher auf List zurückkommen müssen.

<sup>1</sup> Roscher, Geschichte der Nationalökonomik 1038. Sein Hauptwerk ist das „System der Volkswirtschaft“; der erste Band, „Die Grundlagen“, von Pöhlmann, jetzt von Adolf Weber besorgt, der zweite von Dade, Gewerbewesen von Stieda. Knies, Politische Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode 1853, 21883. Bruno Hildebrand, Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft I, 1848 und die von ihm begründeten Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Auch Lorenz v. Stein gehört zu den ersten Vertretern der historischen Richtung. Trotz seiner mehr philosophischen Anlagen bietet er in seinen Lehrbüchern der Volkswirtschaft (1858) und der Finanzwirtschaft 1860, 51885 interessante und groß angelegte historische Überblicke. Vgl. Roscher, Geschichte der Nationalökonomik 1039 ff., wo die Vertreter der historischen Richtung aufgezählt und gewürdigt werden. In England fand die historische Richtung Verteidigung und Nachahmung u. a. durch Cliffe Leslie, J. K. Ingram, in Frankreich bei Levasseur, d'Avenel, Ch. Gide, in Italien durch Loria, Ricca-Salerno, in Amerika bei Ely usw.

<sup>2</sup> Merkel, in Zeitschrift für Privat- und öffentliches Recht IV 1 ff. L. Stein, Die soziale Frage im Lichte der Philosophie (1897) 419 430.

<sup>3</sup> Vgl. Historische Zeitschrift LXXXI 201.



dem Maße vermieden hat, so daß man diese neuere Richtung wohl als positivistisch und evolutionistisch bezeichnen zu dürfen glaubte. Das hindert indes nicht, die überaus großen Verdienste der historischen Schule rückhaltlos anzuerkennen. Auf das, was insbesondere Gustav v. Schmoller und seine Schüler in ihrer Weise geleistet haben, wird die nationalökonomische Wissenschaft stets mit Stolz hinblicken. Nur hätte man sich vielleicht von Anfang an weniger einseitig auf das rein tatsächliche und geschichtliche Material beschränken dürfen und noch bestimmter, als dies geschehen, die Berechtigung auch anderer Methoden anerkennen müssen. Für die Volkswirtschaftslehre, soweit sie sich mit geschichtlichem Material beschäftigt, also für Sammlung des geschichtlichen Stoffes (menschlicher Handlungen, Begebenheiten, Einrichtungen), Feststellung der Tatsächlichkeit der Handlungen, Einrichtungen, Erkenntnis des Zusammenhanges der festgestellten Tatsachen usw., war die gewählte Methode die richtige. Die allzu exklusive Schätzung der historischen Methode aber verhinderte, daß die Nationalökonomie innerhalb der neueren historischen Schule zu einem in sich abgeschlossenen volkswirtschaftlichen System gelangte. Eine Reihe überaus fleißiger, „mikroskopischer“ Detail- und Spezialforschungen<sup>1</sup> über gegebene Tatsachen, höchst interessante Essays über diesen oder jenen volkswirtschaftlichen oder auch kulturhistorischen Stoff, das ist das in seinen Einzelheiten wertvolle, aber in seiner Gesamtheit nicht voll befriedigende Ergebnis<sup>2</sup> einer rastlosen, mit Aufbietung geradezu bewundernswerter geistiger Kraft vollzogenen mühevollen Forschungsarbeit. Die wissenschaftliche Erkenntnis mußte dabei nach der prinzipiellen Seite hin lückenhaft bleiben, ohne den ganzen Reichtum nationalökonomischer Wahrheit zu erschöpfen. —

Einige Worte noch über zwei der historischen Auffassung verwandte Forschungsweisen.

Durch Montaignes Skepsis an seinen sozialen Ideen irre geworden, glaubte ebenfalls Le Play (1806—1882) mittels scharfer Beobachtung der Tatsachen des wirklichen Lebens zur sozialen Wahrheit vordringen zu müssen. Das Ergebnis seiner Untersuchungen insbesondere der Arbeits- und Lebensverhältnisse von (36) Familientypen der verschiedensten Länder und Kulturstufen war die wissenschaftlich begründete Erkenntnis, daß nicht die Ideen der Revolution von 1789, sondern die positive Religion, vor allem die christliche, überall wo sie in praktischer Religiosität Leben gewinnt, das soziale Wohl der Gesellschaft allein begründen könne. Und was die Einrichtungen und Regeln betrifft, durch welche das dauernd wahre Volkswohl gesichert wird, so nahm Le Play aus seinen Untersuchungen die Überzeugung mit, daß der „soziale Friede“ nur auf der Grundlage des Dekalogs ersthe. Freiheit der Familie in Vererbung der Güter und Erziehung

<sup>1</sup> Ob Hildebrand oder Schmoller die Spezialforschungen inaugurirt hat, lassen wir dahingestellt. Herkner, Zur Stellung Schmollers in der Geschichte der Nationalökonomie, in Schmollers Jahrbuch XLVII (1924) 3 ff.

<sup>2</sup> Vgl. die Bemerkungen Diehls zu Schmollers Grundriß, in Jahrbücher für Nationalökonomie XXIV (1902) 107 f.

der Kinder, freie Assoziation, freie Liebestätigkeit und Patronage vonseiten der industriellen Unternehmer, kommunale und provinzielle Autonomie, soweit diese mit der nationalen Einheit und einer gerechten politischen Zentralisation vereinbar ist, das waren Forderungen, die im Geiste Le Plays mit dem sozialen Ideal sich innig verbanden. Erhob sich der Inhalt der sozialen Lehre Le Plays weit über die liberale Vulgärökonomie Frankreichs, so zeigte sich auch die positive Methode seiner Forschung der abstrakten Wirtschafts- und Sozialtheorie seiner Zeit in hohem Maße überlegen. Das kann man zugeben, selbst wenn man von der Unzulänglichkeit ausschließlicher Beobachtung und Induktion für die volkswirtschaftliche Forschung in ihrer ganzen Ausdehnung überzeugt ist<sup>1</sup>. —

Die neuerdings von Ehrenberg u. a. geübte Durchforschung von privaten Einzelbetrieben<sup>2</sup> sollte nach der ursprünglichen Absicht der fleißigen Gelehrten die Bildung einer Privatwirtschaftslehre vorbereiten. Später änderte Ehrenberg seine Ansicht. Die „exakte Wirtschaftsforschung“ in seinem Sinne sollte jetzt volkswirtschaftlicher Erkenntnis dienen, die Grundlage bieten zur richtigen Beurteilung volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Fragen. Daß eine genaue Kenntnis der Existenzbedingungen der Wirtschaftseinheiten auch für die Volkswirtschaftslehre schätzenswerte Bedeutung hat, liegt unsres Erachtens auf der Hand. Eine andere Frage ist die, ob Ehrenbergs Methode neu sei. Joh. Conrad sieht in derselben nur die alte historische Methode, und Diehl wies darauf hin, daß z. B. schon vor 20 bis 30 Jahren aus dem Conradschen Seminar Beschreibungen einzelner Landwirtschaftsbetriebe hervorgegangen seien, die genau nach dem Ehrenbergschen Schema, auf Grund exakter Buchführungsergebnisse, hergestellt waren. (Vgl. ebenfalls die Schriften des Vereins für Sozialpolitik, manche Ergänzungshefte volkswirtschaftlicher Zeitschriften, die Untersuchungen des Arbeiterbudgets durch Engels u. a.) Auch bestreitet Diehl, daß Ehrenberg, wie dieser glaubt, die Thünensche Methode der Vergessenheit entrissen habe. Thünen habe es meisterhaft verstanden, Deduktion und Induktion zu verbinden, der abstrakt-theoretischen Untersuchung in volkswirtschaftlichen Fragen ein rein empirisch-deskriptives Verfahren für landwirtschaftliche Betriebsfragen hinzuzufügen.

<sup>1</sup> Das Hauptwerk Le Plays bilden *Les ouvriers européens* (1855, <sup>2</sup>1877/79, 6 Bde.). Die wichtigsten Schriften finden sich in einer Gesamtausgabe von 1879. Von der Methode speziell handelt die Schrift: *La methode sociale* 1870. Die von Le Play angewendete monographische Methode wurde später von Henri de Tourville und Edward Demolins weiter ausgebildet. Über die Lehre Le Plays unterrichtet F. Auburtin, *Frederic le Play d'après lui-même, vie, methode, doctrine* 1906. Le Plays Methode findet auch Anwendung in Léon Poincards Werk: *La production, le travail et le problème social dans tous les pays au début du XX<sup>e</sup> siècle* 1907. Vgl. auch Weinand, Artikel „Le Play“, im Staatslexikon der Görres-Gesellschaft III<sup>4</sup> 830 ff.; Albrecht, *Haushaltungsstatistik* (1912).

<sup>2</sup> Zum Ganzen vgl. die Aufsätze Ehrenbergs u. a. im „Thünen-Archiv“ jetzt „Archiv für exakte Wirtschaftsforschung [Thünen-Archiv]“: Ehrenberg, *Handelspolitik* 1900; Diehl, *Privatwirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Weltwirtschaftslehre*, in *Jahrbücher für Nationalökonomie* XLVI (1913) 451 ff.; Stüllich, *Die wissenschaftliche Erforschung großindustrieller Unternehmungen*, in *Volkswirtschaftliche Streitfragen* 1910, 6. Heft usw. Als verdienstvolle Arbeiten anerkannt sind insbesondere Ehrenbergs Untersuchungen über die Fugger, das Haus Rothschild, das Haus Parish, seine Kruppstudien und seine Arbeiten über agrarische Probleme.

Ehrenberg sei Thünen lediglich in letzter Beziehung gefolgt, nicht aber der gerade für Thünen charakteristischen Verbindung von deduktiver und induktiver Forschungsweise. Tatsächlich wird die Ehrenbergsche Methode besonders für größere betriebswirtschaftliche Aufgaben Bedeutung gewinnen können. J. Wolf<sup>1</sup> wünscht, daß sie zu einer industriellen Betriebslehre führen möge, zu der Alfred Weber durch sein Werk über den Standort der Industrien schon einen wertvollen Beitrag geliefert habe: „Eine Korrektur grundlegender volkswirtschaftlicher ‚Wahrheiten‘ von heute ist dagegen nicht von ihr (Ehrenbergs Methode) zu erwarten. Hier das Wesentliche zu leisten, bleibt nach wie vor der historischen ... und der deduktiven, richtiger abstrakten Methode vorbehalten.“

Im Gegensatz zu der neueren historischen Richtung innerhalb der deutschen Nationalökonomie glaubten die Vertreter der

3. österreichischen sog. analytischen oder psychologischen Schule, an deren Spitze Karl Menger<sup>2</sup> und Eugen v. Böhm-Bawerk u. a. standen, eine mehr theoretische und psychologische Auffassung der Wirtschaftslehre betonen zu müssen. Sie wenden ihre Aufmerksamkeit zunächst den innern Erscheinungen, Gedanken, Gefühlen zu, wollen die Erkenntnis des innern Menschen in Bezug auf die allgemeinen, in seiner Natur begründeten Eigenschaften mit zum Ausgangspunkt ihrer Forschung machen. Dabei verkennen die heutigen Anhänger der analytisch-psychologischen Methode keineswegs den Wert der Beobachtung und der historischen Kritik. „Das Wesen der exakten Richtung der theoretischen Forschung auf dem Gebiet der ethischen Erscheinungen“, sagt Menger, „besteht darin, daß wir die Menschheitsphänomene auf ihre ursprünglichsten und einfachsten konstitutiven Faktoren zurückführen, an diese letzteren das ihrer Natur entsprechende Maß legen und endlich die (exakten) Gesetze zu erforschen suchen, nach welchen sich aus jenen einfachsten Elementen, in ihrer Isolierung gedacht, kompliziertere Menschheitsphänomene gestalten.“<sup>3</sup> Wie der Naturforscher die Naturphänomene auf „Atome und

<sup>1</sup> Der Tag, Nr. 74, vom 31. März 1910.

<sup>2</sup> Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (1872); Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie (1883); Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie (1884). Über Menger vgl. Österreichische Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung XIX (1910) 251 ff., Aufsatz von Zuckerkandl, namentlich 262 f. — Vertreter der österreichischen Schule, auch Liefmann, haben dem Gossenschen Sättigungsgesetz große Bedeutung für die Nationalökonomie zugeschrieben. Gossen (Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln [1854]) sieht in einer Genußlehre den Ausgangspunkt der Wirtschaftstheorie. Das Sättigungsgesetz mag für Genußmittel, namentlich Nahrungsmittel, zutreffen. Fortgesetzter Genuß führt zur Sättigung, ja zum Ekel. Das gilt aber nicht allgemein. Vgl. Diehl, Theoretische Nationalökonomie I (1916) 288 ff. Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten einzugehen, möchten wir ganz kurz schon hier gegenüber Liefmann (Grundsätze der Volkswirtschaft I [1917] II [1919]) betonen, daß die Volkswirtschaftslehre nicht von der Psychologie der Einzelwirtschaft ausgehen kann. Ihr Ausgangspunkt ist notwendig die Sozialwirtschaft.

<sup>3</sup> Menger, Untersuchungen 43; vgl. auch 39 f.



Kräfte“ zurückführt, so sollen auch wir also zunächst durch Analyse emporsteigen zu den elementarsten Faktoren menschlicher Wirtschaft, diese sodann vermittelt der Abstraktion von allen für die ökonomische Seite des menschlichen Lebens und Handelns unwesentlichen Momenten isolieren. Die „ursprünglichen Faktoren der Wirtschaftsphänomene“ aber (d. i. die unmittelbaren Bedürfnisse, die unmittelbar von der Natur gebotenen Güter, das Streben des Menschen nach möglichst vollständiger Befriedigung der Bedürfnisse) sind „alle in letzter Linie unabhängig von der menschlichen Willkür durch die jeweilige Sachlage gegeben“<sup>1</sup>. Dem Einwande gegenüber, daß eine strenge Gesetzmäßigkeit wirtschaftlicher Handlungen schon deshalb ausgeschlossen sei, weil der Mensch von zahllosen, zum Teil sich widersprechenden Motiven geleitet werde, beruft Menger sich auf die Abstraktionsfähigkeit des menschlichen Geistes und das Recht der Theorie, von dieser Fähigkeit Gebrauch zu machen: Wer will es der ökonomischen Wissenschaft verargen, wenn sie vom Irrtum, von Unkenntnis der Sachlage, von äußerer Gewalt abstrahiert, obwohl diese Umstände auf das ökonomische Verhalten des Menschen im einzelnen Falle von nicht geringem Einflusse sein können? Nun wohl, wenn hier die Abstraktion dem Theoretiker erlaubt ist, warum sollte er nicht auch von Gemeinsinn, Nächstenliebe, Sitte und Rechtsgefühl abstrahieren, warum sich nicht auf die Untersuchung beschränken dürfen, zu welchen Gestaltungen menschlicher Tätigkeit einzig und allein „das freie und durch andere Faktoren unbeeinflusste Spiel“ jenes allgemeinsten und mächtigsten aller Triebe, des Eigennutzes, notwendig führen muß?<sup>2</sup> Das ist in der Tat der Gesichtspunkt, unter welchem diese „exakte“ Nationalökonomie ähnlich wie die alte klassische Ökonomie das wirtschaftliche Leben zu verstehen sucht. Sie ergründet nicht die „volle empirische Wirklichkeit“, betrachtet vielmehr den Menschen abstrakt, einzig unter dem Einfluß des Eigennutzes stehend, und gelangt auf diese Weise zu jenen „exakten Gesetzen der ethischen Welt“, welche an Bestimmtheit und Allgemeinheit den Naturgesetzen der materiellen Ordnung, wie angenommen wird, durchaus analog sind. Da gilt dann der Satz: „Was immer auch nur in einem Falle beobachtet wurde, muß unter den nämlichen tatsächlichen Bedingungen stets wieder zur Erscheinung gelangen.“<sup>3</sup>

Wir dürfen demgegenüber auf das hinweisen, was oben zur Beurteilung der Methode der klassischen Nationalökonomie bereits gesagt wurde. Ohne den Wert der Isoliermethode für die wissenschaftliche Erkenntnis zu unterschätzen, möchten wir erneut davor warnen:

1. aus der isolierten Betrachtung einzelner Triebe allzuweit gehende Schlußfolgerungen zu ziehen, da in der Wirklichkeit des Lebens der Mensch unter dem Einfluß vieler Triebe, auch geistiger und sitt-

<sup>1</sup> Menger, Untersuchungen 45 262 ff, 265.

<sup>2</sup> Ebd., 74 ff, 77 ff.

<sup>3</sup> Ebd., 40.

licher Motive steht, anderseits die Wirksamkeit der Triebe nicht bei allen Individuen in ganz gleicher Stärke und Form sich zeigt, überdies durch die äußern Verhältnisse bedingt erscheint<sup>1</sup>.

Sodann muß 2. beachtet werden, daß aus den Trieben für den Menschen ein leitendes Gesetz überhaupt nicht deduziert werden kann. Der Trieb ist eine impulsive Kraft und Tendenz innerhalb unsrer menschlichen Natur. Man mag diese Tendenz in sich selbst betrachtet „Gesetz“ nennen, wie ja auch der hl. Paulus von einem doppelten Gesetz in uns spricht, einem niederen und einem höheren Gesetz. Die den freien, vernünftigen Menschen leitenden Gesetze gehören aber der geistigen und sittlichen Ordnung an.

3. Die Richtung, Betätigung und Energie einer solchen psychischen Kraft ist innerlich nicht naturgebunden, wie die Naturkräfte der Körperwelt es sind. Das bleibt zu beachten für das Verständnis und die richtige Beurteilung jener empirischen Regelmäßigkeiten<sup>2</sup>, die, ohne Aufhebung der menschlichen, persönlichen Freiheit zu bedeuten, in der Natur des Menschen ihre Stütze haben, in der Masse auch „Gesetz-mäßigkeiten“ sind, aber doch in ihrer Regelmäßigkeit, von äußerer Durchkreuzung ihrer Wirksamkeit ganz abgesehen, keineswegs die ausnahmslose Notwendigkeit und Exaktheit der die Körperwelt beherrschenden Naturgesetze aufweisen. Die empirischen Regelmäßigkeiten gehen nicht von einem isolierten Triebe, sondern von dem ganzen Menschen innerhalb der konkreten Verumständerung aus. Prävaliert dabei unter den Ursachen der Massenerscheinung auch ein einzelner Trieb nach einer bestimmten Richtung hin, so ist damit doch nicht gesagt, daß derselbe Trieb, obwohl in sich unverändert, unter andern Umständen auf gleiche Weise, in gleicher Stärke wirken werde.

Schließlich 4. müssen wir erst recht Bedenken tragen, natürliche, triebhafte Tendenzen, die sich auf das wirtschaftliche Leben beziehen, als „Gesetze“ oder gar als „exakte Gesetze der Volkswirtschaft“ zu bezeichnen bzw. „Gesetze“ aus ihnen abzuleiten. Wer mit uns in der Volkswirtschaftslehre eine praktische Wissenschaft erkennt, der wird die impulsiven Kräfte der menschlichen Natur und ihre Tendenzen wohl beachten; das leitende Gesetz jedoch entnimmt er der praktischen Vernunft. Er wird nicht vergessen, daß die Volkswirtschaft eine moralisch-organische Einheit ist. Der Eigennutz mag in die Gesellschaft mit hineinführen; ihr eine sichere Grundlage und Ordnung zu geben, ist er nicht imstande.

Doch noch einmal sei es gesagt: die stärkere Betonung der psychologischen Betrachtung, auch die Einzelbetrachtung der verschiedenen, in der unveränderlichen Menschennatur begründeten „Tendenzen“

<sup>1</sup> Vgl. Diehl, Erläuterungen zu Ricardo I<sup>2</sup> (1905) 62.

<sup>2</sup> Siehe oben S. 540 ff.

wird nicht von uns abgelehnt, vielmehr, wenn maßvoll und richtig durchgeführt, als ein Fortschritt begrüßt. Als alleinige oder vornehmste Methode können wir sie indes nicht anerkennen, wie wir auch das methodologische Grundprinzip, daß aus den natürlichen Trieben der Individuen volkswirtschaftliche Gesetze abgeleitet werden sollen, zurückweisen müssen.

Friedrich v. Wieser<sup>1</sup> formuliert den Gegensatz zwischen der psychologischen Methode der österreichischen Schule und einer neuen Auffassung Schumpeters<sup>2</sup>, der die innere Beobachtung ablehnt und nur die äußere zulassen will, in folgender Weise: „Schumpeter will die wirtschaftlichen Tatsachen nur von außen betrachten, geradeso wie der Naturforscher die Erscheinungen; die psychische Methode dagegen beobachtet sie vor allem vom Innern des Bewußtseins aus. Sie tut es, weil sie von diesem Standpunkte aus unvergleichlich mehr und eindringlicher beobachten kann als von außen. Die Natur können wir nur von außen beobachten, uns selber aber auch noch von innen, und warum sollten wir darauf verzichten, wenn wir es können? Die beste Methode wird immer diejenige sein, die am meisten Erkenntnisse einbringt, das ist aber hier die psychologische Methode, weil sie den günstigsten Beobachtungsposten wählt. Sie findet im Schatze der gemeinen wirtschaftlichen Erfahrung alle wichtigsten Tatsachen der Wirtschaft angesammelt, und warum sollte sie diese nicht hier an der Quelle fassen? Sie findet, daß gewisse Akte im Bewußtsein mit dem Gefühl der Notwendigkeit vollzogen werden, und warum sollte sie sich erst bemühen, durch lange Induktionsreihen ein Gesetz aufzustellen, während jeder in sich selbst die Stimme des Gesetzes deutlich vernimmt? ... Wie der Naturforscher beim Experiment, so müssen wir bei der Beobachtung in Gedanken isolieren: die komplexen Erfahrungen lassen sich nicht im ganzen deuten, wir müssen sie in ihre Elemente zerlegen, um einmal deren Sinn zu verstehen, dann sind wir erst so weit, um durch Zusammenlegung der getrennten Einzelheiten die Gesamtwirkung abzuleiten ... Neben den isolierenden Annahmen, die weniger als die volle Wahrheit enthalten, macht unsre Theorie zahlreiche idealisierende, die mehr enthalten, und diese sind es wohl, die den meisten Anstoß erregen. In ihnen erhöhen wir den empirischen Fall in Gedanken auf den Grad höchster denkbarer Vollkommenheit. Wir nehmen z. B. einen wirtschaftlichen Mustermenschen an, wie er niemals tatsächlich gewesen ist, noch auch sein kann ... Man benützt die idealisierende Annahme ganz wie die Isolierung als einen Behelf, um unter vereinfachten Bedingungen Regeln abzuleiten, die sodann erst auf die vielgestaltigen Verhältnisse der Wirklichkeit übertragen werden ... Freilich besorgt die Theorie die Berichtigung nicht immer selbst ... überläßt sie in manchen Fällen andern Wissenschaften bzw. Methoden oder auch unmittelbar der praktischen Politik, die den einzelnen Fall in seiner Besonderheit gegeben vor sich hat ... Die Theorie verlangt hier die fortsetzende Arbeit anderer Methoden ... sie steht mit diesen andern Methoden nicht in Gegnerschaft, sondern berührt und ergänzt sich mit ihnen.“<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie, in Schmollers Jahrbuch XXXV (1911) 916 921 f.

<sup>2</sup> Schumpeter, Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie (1908).



Ob es nun gerade nötig ist, um unsre Gedanken über den Verlauf der Volkswirtschaft in Ordnung zu bringen, nicht bloß den besondern Gesichtspunkt der Betrachtung zu isolieren, sondern eine Hilfsfigur, wie der wirtschaftliche Mustermensch sie darstellt, heraus zu „idealisieren“ oder, wie wir uns ausdrücken: zu konstruieren und zu fingieren, dürfte heute nicht mehr allgemein zugestanden werden. Die wirtschaftenden Menschen sind eben lebendige Menschen, und mit diesen wirklichen Menschen hat es denn doch auch die Volkswirtschaftslehre zu tun. Ohne Zweifel müssen wir ferner in der Nationalökonomie manche Begriffe behandeln, die der Privat- und Volkswirtschaftslehre gemeinsam sind; wir bedürfen nicht minder eines gewissen Einblicks in das Leben der Privatwirtschaften, müssen die psychischen Kräfte und Motive der wirtschaftenden Menschen berücksichtigen. Allein das sind und bleiben doch mehr Voraussetzungen der Volkswirtschaftslehre, sie bilden nicht den Kernpunkt und wesentlichsten Inhalt der Nationalökonomie. Diese hat uns nicht so sehr darüber zu belehren, was die vom Rentabilitätsprinzip beherrschte sonderwirtschaftliche Tätigkeit der einzelnen für sich erstrebt und leistet, sondern was sie für das Ganze der Volkswirtschaft und die materielle Wohlfahrt des Volkes bedeutet. Zu einer solchen Erkenntnis aber kann uns eine psychologische, vom abstrakt gedachten Homo oeconomicus ausgehende „reine Theorie“ nicht verhelfen. Sie mag von Nutzen sein für einzelne individualistische Probleme, versagt jedoch völlig in allen gesellschaftlichen Wirtschaftsfragen. Und das scheint wohl auch Friedrich v. Wieser erkannt zu haben<sup>1</sup>.

Der Homo oeconomicus findet sich wieder in der sog. mathematischen Wirtschaftslehre.

**4. Die mathematische Methode.** Nach dem Vorbilde der analytischen Mechanik, die materielle Punkte und starre Körper behandelt, versucht die mathematische Wirtschaftslehre, von einem abstrakten Menschen, der ökonomisch rationell den Gütererwerb verfolgt, ausgehend, die wirtschaftlichen Erscheinungen auf eine mathematische Form zurückzuführen und der Berechnung zu unterwerfen. Als Hauptvertreter der mathematischen Methode gelten Jevons (Vater und Sohn<sup>2</sup>),

<sup>1</sup> Man vgl. dessen Schrift: *Recht und Macht* (1910). — Der scharfe Methodenstreit zwischen Vertretern der theoretischen und historischen Nationalökonomie in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat schließlich zu der Erkenntnis geführt, daß beide Methoden relative Berechtigung haben und sich gegenseitig ergänzen müssen.

<sup>2</sup> Auch H. Stanley Jevons jun. (*Essays on economics* [1905]) folgt methodologisch seinem Vater (Verfasser der *Theory of political economy* [1888] usw.). Sehr richtig bemerkt Diehl *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* XXXII (1906) 413 f.): „Durch die Kuryen und mathematischen Formeln, die Jevons uns für die Gefühlsintensitäten vorführt, erhält der Leser den Eindruck einer Exaktheit der Messungen, wie sie gar nicht vorhanden ist und sein kann — es handelt sich hier gar nicht um genaue experimentelle Feststellungen, sondern um bildliche Darstellungen allgemein bekannter psychologischer Erscheinungen. Diese mathematische Formulierung verleitet aber zur Annahme von gesetzmäßigen Wahrheiten auf Gebieten, wo von solcher gesetzmäßigen Exaktheit gar nicht die Rede sein kann.“ Vgl. auch Diehls Aufsatz: *Die Bedeutung der wissenschaftlichen Nationalökonomie für die praktische Wirtschaftspolitik*, in den *Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik* XXXVII (1909) 289 ff. 302 f.; *Lehr, Grundbegriffe* 29.

Walras, Pareto<sup>1</sup>, Edgeworth, Cournot usw. — Selbst wenn wir davon absehen, daß ein solches Verfahren, aus den bereits angegebenen Gründen, einer wahrhaft volkswirtschaftlichen Auffassung nicht genügen kann<sup>2</sup>, verbleiben noch folgende Bedenken: 1. Die Anwendung von Zahlenbeispielen kann zur Erläuterung wirtschaftlicher Erscheinungen nur soweit gute Dienste leisten, als es sich um wirklich meßbare Größen und Größenverhältnisse handelt. 2. Zuverlässige, genaue Größenangaben stehen jedoch verhältnismäßig selten zu Gebote. Überdies muß stets der Standpunkt, müssen die Voraussetzungen berücksichtigt werden, welche die ersten Ansätze der Rechnung und deren weitere Entwicklung bestimmen. Dadurch wird aber die Erlangung fruchtbarer und zuverlässiger Erkenntnis sehr erschwert.

„Die von H. G. Gossen, Walras, Launhardt, Jevons, endlich neuerdings von R. Auspitz und R. Lieben gemachten Versuche, eine mathematische Volkswirtschaftslehre zu begründen“, sagt Schmoller<sup>3</sup>, „fallen mit der Ableitung der Preisgesetze aus Axiomen oder letzten Elementen insofern zusammen, als es sich dabei stets darum handelt, mit Hilfe von graphischen Darstellungen, algebraischen Formeln und Schlußreihen die Größenverhältnisse von Angebot und Nachfrage präzise darzustellen und aus möglichst einfachen Prämissen die Schlüsse in mathematischer Form zu ziehen. Man wird nicht leugnen können, daß in dieser Form die Ergebnisse der abstrakten Theorie sauber und präzise dargestellt werden können, daß das Schlußverfahren oft ein sichereres ist als bei gewöhnlicher Darstellung, daß die Anschaulichkeit gewisser Vorgänge dadurch erhöht wird, wenigstens für den mathematisch geschulten Kopf. Neue bemerkenswerte Ergebnisse und Wahrheiten hat diese ganze Methode aber nicht geliefert. Sie beruht, wenn sie mehr

<sup>1</sup> Pareto definiert den Homo oeconomicus: „C'est un être abstrait, sans passions ni sentiments, recherchant, en toute chose, le maximum de plaisir, ne s'occupant d'autre chose que de transformer les uns ou les autres des biens économiques“ (Pareto, Anwendung der Mathematik auf Nationalökonomie, in Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaft I [1900/1904], 2 1100. Vgl. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXI (1910) 257.

<sup>2</sup> Für die meisten mathematischen Nationalökonomien reduziert sich die Volkswirtschaftslehre auf eine ausschließliche Betrachtung der Güter. Auch nach Schumpeter (Theoretische Nationalökonomie [1908] 28 ff. bildet ein System von zusammengehörigen Quantitäten bestimmter Güter den Gegenstand der ökonomischen Theorie. Jene Güterquantitäten sollen sich in einem natürlichen Gleichgewichtszustande befinden. Aufgabe der Theorie ist es, Änderungen der Quantitäten abzuleiten, die im nächsten Augenblick vor sich gehen werden usw. Ob die auch in Amerika beliebte Unterscheidung zwischen Statik und Dynamik für die Volkswirtschaftslehre wirklich so großen Wert hat? Die Wirklichkeit ist ja doch, wie Schumpeter selbst bezeugt, „immer in Bewegung“, im „dynamischen Zustande“.

<sup>3</sup> Artikel „Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre und -methode“, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften VIII<sup>3</sup> 477. Vgl. auch Furlan, Wirtschaftliches Gleichgewicht, ebd. 825; Die Standortprobleme in der Volks- und Weltwirtschaftslehre, im Weltwirtschaftlichen Archiv II (1913) 2 f.; Borkiewicz, Eine geometrische Fundierung der Lehre vom Standort der Industrien, im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXX (1910) 759 ff. 780 A.; Sombarts Bemerkungen zum Standort der Industrien, ebd. 749; Enrico Leone, Léon Walras und die hedonistisch-mathematische „Schule von Lausanne“, ebd. XXXII (1911) 36 ff. Über die Lausanner Schule vgl. auch Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Neue Folge I (1910) 704 ff.

sein will als eine eigentümliche Art der Illustration von Bekanntem, auf einer Ver-  
kennung der Natur volkswirtschaftlicher Erscheinungen und ihrer  
Ursachen. Die Konstruktionen und Formeln verwenden Elemente, die alle in  
Wirklichkeit nicht bestimmbar, einer Messung nicht fähig sind,  
und erwecken durch Einsetzung von fiktiven Größen für psychische Ur-  
sachen und unmeßbare Marktverhältnisse den Schein einer Exakt-  
heit, die nicht besteht.“

**5. Die Verbindung von philosophischer und positiver Betrachtung  
der induktiven und deduktiven, analytischen und synthetischen Methode.**  
Zu wissenschaftlich allseitigen Untersuchungen auf volkswirtschaftlichem  
Gebiete gehören Methoden der verschiedensten Art, sagt Schmoller mit  
vollem Rechte. Die Methode ist nur Mittel der Erkenntnis. Sich von  
vornherein auf eine einzige Forschungsmethode oder Betrachtungsweise  
verschwören, das hieße der Forschung jede Freiheit nehmen. Wir wollen  
alle Wahrheit volkswirtschaftlicher Art erkennen. Darum achten wir  
jede Methode, die hierfür dienlich sein kann.

Nach dem Formalobjekt bestimmt sich der spezifische Charakter einer  
Wissenschaft und die Auswahl der Methoden, deren sie bedarf. Das  
Formalobjekt der Nationalökonomie aber, die Beziehung zur materiellen  
Volkswohlfahrt, ist so geartet, daß unser Geist nur bei unbedingter Weit-  
herzigkeit in Methodenfragen den ganzen Reichtum volkswirt-  
schaftlicher Erkenntnis sich anzueignen vermag<sup>1</sup>.

Die Volkswirtschaftslehre hat es zunächst bei ihrer Forscherarbeit  
in doppelter Hinsicht mit dem volkswirtschaftlichen „Sein“ zu tun: mit  
dem Besondern, Vorübergehenden, Veränderlichen, Willkürlichen, und  
anderseits mit dem Allgemeinen, Wiederkehrenden, Regelmäßigen; mit  
Naturhaftem und Geschichtlichem, Notwendigem und Gewillkürtem, mit  
der Mannigfaltigkeit der wechselnden Gestaltungen, wie sie der Strom  
des Lebens unaufhaltsam erzeugt, mit freien Zielsetzungen, aber auch mit  
notwendigen Aufgaben, mit der Außenwelt und der psychischen Innen-  
welt des Menschen usw. Dazu bedarf der Nationalökonom zunächst

1. der beschreibenden und der historischen Methode. Er muß  
das ungeheure Ganze der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu überschauen  
suchen, Tatsachen und Einrichtungen beobachten, beschreiben, Kausal-  
verhältnisse durch Induktion feststellen, die Erscheinungen ursächlich  
erklären, Wirkungen nachweisen, sich dabei nicht bloß auf äußere Be-  
obachtungsreihen beschränken, sondern auch der psychologischen Innen-  
welt seine Aufmerksamkeit schenken, den Schatz der innern Erfahrung  
wie den der äußern sich deduktiv dienstbar machen. Die Volkswirt-

<sup>1</sup> In diesem Sinne wird man Joseph Schumpeter beistimmen können, wenn er  
sagt: Nicht das erste, sondern das letzte Kapitel eines Systems müsse die Methoden-  
lehre sein. „Methode“ verstehen wir zugleich als Forschungs- und Betrachtungs-  
weise. Vgl. Masaryk über Simmels Soziologie, in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft  
XII (1909) 601 f.



schaftslehre braucht dabei nicht die ganze Wirtschaftswissenschaft in sich aufzunehmen, nicht alles darzustellen, was die deskriptive und historische Ökonomie, die Wirtschaftsgeschichte, die Privatwirtschaftslehre, die Statistik usw. zu bieten vermag. Sie wählt vielmehr aus dem Reichtum ihrer Hilfswissenschaften dasjenige aus, was zum vollen Verständnis der modernen, entfalteten Verkehrswirtschaft entsprechend dem Formalobjekt nationalökonomischer Wissenschaft nötig und förderlich ist. In der richtigen Verbindung der systematischen mit der genetischen Betrachtungsweise, der induktiven mit der deduktiven Methode, zeigt sich dabei der Meister.

2. Wie bei aller Wissenschaft, die es mit realen Dingen zu tun hat, so wird auch bei der Erforschung der „in die Welt der Natur hineingebauten Welt der wirtschaftlichen Kultur“ (Schmoller) jede luftige, der festen Stütze in der Wirklichkeit entbehrende Spekulation zu vermeiden sein. Das besagt nun aber keineswegs, daß es außer der bloßen Erfahrungswissenschaft überhaupt keine Wissenschaft gebe, oder gar, daß die naturwissenschaftlichen Methoden einzig und allein zu sicherer, wissenschaftlicher Erkenntnis führen könnten. Man kann den Wert der Empirie und der Geschichte überaus hochschätzen und doch gleichzeitig die Einseitigkeiten des Empirismus<sup>1</sup> und Historismus ablehnen, die philosophische Betrachtungsweise und die entsprechenden Methoden in ihrer Berechtigung, ja Notwendigkeit nach Gebühr betonen. Auch wir wollen kein Philosophieren, das den Zusammenhang mit der Erfahrung verliert, die sichern Ergebnisse der empirischen, historischen Forschung unbeachtet läßt, keine rationalistische Metaphysik, aber eben-

---

<sup>1</sup> Der Empirismus verteidigt die Ansicht, unser menschliches Wissen könne die Grenzen der Erscheinungswelt nicht überschreiten; keine andere Aufgabe dürfe sich also der forschende Geist stellen als die Beobachtung der Phänomene sowie deren Ordnung und Gruppierung zum Zweck der Erkenntnis der Gesetze, durch welche die phänomenale Welt beherrscht wird. Der Empirismus ist nicht so sehr ein festes System als vielmehr seinem Wesen nach ein krankhaftes Zweifeln an jeder die innere und äußere Sinneswahrnehmung übersteigenden Erkenntnis. Er besitzt seine Anhänger unter den Vertretern im übrigen ganz verschiedener wissenschaftlicher Richtungen. Am meisten verwandt ist er mit dem alten Nominalismus, mit dem Sensualismus und Materialismus, ohne jedoch mit diesen Irrtümern sich völlig zu decken. Daß der Empirismus wissenschaftlich unhaltbar ist, liegt klar auf der Hand, da unzweifelhaft gar manches außer der singulären Erscheinung existiert, was Gegenstand sicherer Erkenntnis ist, und wir überdies selbst von dem rein Materiellen mittelst der Vernunft mehr erkennen können als das bloß sinnfällige Phänomen. Die Empiristen geben das im Widerspruch mit ihren Voraussetzungen wenigstens soweit zu, als sie unter Anwendung aller Verstandesoperationen das Allgemeine in dem Besondern, das Gesetz in den Einzelercheinungen und den Zusammenhang derselben zu erforschen suchen, von Wissenschaft reden usw. Schließlich überschritten manche Empiristen, wie die Geschichte der modernen Wissenschaft bezeugt, auch insofern die Grenzen der reinen Erfahrung, als sie sich als Anhänger des Deismus, Pantheismus, Atheismus usw. bekannten und die Richtigkeit dieser Philosopheme mit Vernunftgründen zu beweisen sich bemühten. Vgl. Tilm. Pesch, Die großen Welträtsel I<sup>2</sup> (1892) 1 82 88 139.

falls keine Forschung; die der Mitwirkung der ratio sich entzieht, die über „Tatsachen“ und „Gesetzen“ die universalen, physischen, organischen, psychischen, metaphysischen Wahrheiten, moralischen und sozialphilosophischen Grundsätze vergißt. Der Nationalökonom muß eben nicht nur sammeln, berichten, darstellen, beobachten; er muß nicht minder denken und Schlüsse ziehen, ausgehend zugleich von wissenschaftlich begründeter philosophischer Erkenntnis und entsprechend ausgedehntem positiven Wissen<sup>1</sup>.

Für die volle und richtige Erfassung des Inhalts volkswirtschaftlicher theoretischer Erkenntnis ist hierbei von geradezu hervorragender Bedeutung die teleologische Betrachtungsweise<sup>2</sup>. Die kausale Betrachtungsweise der Naturforschung genügt nicht für Menschenforschung. Gewiß können und müssen menschliche Handlungen, wie andere Erscheinungen, welche die Wahrnehmung uns bietet, in ihrem Sein, in ihrer kausalen Bedingtheit, unter der Rücksicht des Kausalitätsgesetzes, betrachtet werden. Ich kann sie beschaulich erfassen, wie sie als Wirkungen aus zeitlich oder natürlich früheren Ursachen hervorgehen und wie sie von Wirkungen und Folgen begleitet sind. Doch das reicht nicht aus. Der Mensch wirkt frei und wirkt weiter; er wird auch aus persönlicher Entschließung heraus jetzt und in Zukunft wirken müssen. Zu den Ursachen aber, die menschliches Handeln hierbei bestimmen, gehört vor allem der Zweck, freigewählt oder gegeben. Die Zweckvorstellung wird zur Ursache des Wollens. Die Bestimmung des Zieles entscheidet über den Weg, beherrscht die Auswahl der Mittel. Soll das Ziel erreicht werden, dann müssen die rechten Mittel in Anwendung kommen. Die rechten Mittel zu wählen, bleibt jedoch außerstande, wer das Ziel nicht richtig erfaßt. Oder wie sollte man sich unter der Vielheit von Wegen und Mitteln zurechtfinden, wenn die Richtung der Entwicklung im Sinne des Fortschritts nicht vorher erkannt ist? Da hilft nun die wissenschaftliche Theorie gerade durch Anwendung der teleologischen Methode. Sie erfaßt die Volkswirtschaft als Zweckgebilde, die volkswirtschaftliche Organisation als vom Zweckgedanken beherrscht, die volkswirtschaftliche soziale Zusammenfassung als ein nach dem Zweck gestaltetes, durch den Zweck und dem Zweck entsprechend geregeltes, geordnetes Zusammenwirken. Sie beschäftigt sich mit dem Vollinhalte der Aufgaben der Volkswirtschaft, erweist ihre Wahrheit im ganzen wie die Richtigkeit des dazu gehörigen Details; untersucht, welche Mittel geeignet, d. h. erfahrungsgemäß und vernunftgemäß zweckdienlich, nützlich oder schädlich sind im Hinblick auf das Ziel. Unter derselben Rücksicht des Zieles wird also das Ganze einer Volkswirtschaft, die Wirksamkeit

<sup>1</sup> Das ist der Standpunkt, wie ihn unter den deutschen Nationalökonomien insbesondere Adolf Wagner nachdrücklich vertreten hat.

<sup>2</sup> Vgl. Hesse, Werturteile, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie XLIII (1912)

ihrer Organe, die Tätigkeit ihrer Einzelwirtschaften. Güterbeschaffung und Güterverteilung durchforscht, beurteilt, nach ihrer Zweckmäßigkeit bewertet. Erscheint das Ziel der teleologischen Betrachtung als ein „Sollen“, so besagt dieses Sollen für die Wirksamkeit der Einzelwirtschaften doch zunächst nur die finale Notwendigkeit ihrer äußern Einordnung in das durch den Sozialzweck beherrschte volkswirtschaftliche Zusammenwirken. Die Ethik fordert mehr, erhebt ihre Ansprüche bis ins Reich der innern Beweggründe. Mag auch der privatwirtschaftliche Vorteil als Motiv für den einzelnen affektiv vorwalten, appetitativ soll ihm das Wohl des Ganzen höher stehen. Das ist ethische Forderung, wie auch die Forderung an den Staatsmann, daß er sein auf das Gesamtwohl gerichtetes Wirken durch sittliches Pflichtgefühl stärke und veredle, ethischen Charakters ist.

Diese philosophische Methode darf sogar als eine den Sozialwissenschaften besonders eigentümliche Methode bezeichnet werden. Ihre Anwendung führt in keiner Weise zu einem Verzicht auf die Induktion. Aber sie verbindet mit der Induktion eine wohlfundierte deduktive Vernunfttätigkeit, und das mit vollem Rechte. Wir verstehen die Bedenken, welche die Anwendung der Deduktion, wie sie von älteren Nationalökonomien und Sozialisten geübt wurde, hervorrufen mußte. Allein jene ungebührliche Ausdehnung abstrakter Voraussetzungen, der Mangel an Rücksicht auf das geschichtlich Gewordene und relativ Berechtigte ist mit der Deduktion als solcher durchaus nicht wesentlich verbunden. Und sollte dann unser Mißtrauen gegen die Wirksamkeit der Vernunft wirklich mit Recht so groß sein, daß wir hinter jedem Vernunftprinzip schon den „Rationalismus“ wittern, in den Ergebnissen richtiger abstrakter Deduktion stets nur wertlose Idole finden dürfen? Neben empirischen Regelmäßigkeiten oder Gesetzen u. dgl. haben doch auch noch allgemeine Wahrheiten und wohlfundierte „Grundsätze“ wissenschaftlichen Wert, ist nicht jede Wahrheit, die naturwissenschaftlicher Beweisführung unzugänglich bleibt, nicht unmittelbarer „Beobachtung“ entnommen ist, darum schon ein unbewiesenes und unbeweisbares „Axiom“. Gewiß, im Bereich des Sinnfälligen, der innern und äußern Erfahrung mag die Einheit der Übereinstimmung der Ansichten in gewisser Weise eine erzwungene sein. Der Mensch hat nun aber einmal auch Vernunft und Vernunftserkenntnis. Er kann nicht bloß beobachten. Wer wollte aber annehmen, daß die Fähigkeit der menschlichen Vernunft, zu abstrahieren und zu deduzieren, ihr nur dazu gegeben sei, sie heillos in Irrtum zu stürzen? Ist jedoch die deduktive Erkenntnis in der Tat ein Weg zur Wahrheit, dann hieße es auf die volle Erkenntnis der Wahrheit verzichten, wollte die national-ökonomische Wissenschaft sich diesen Weg, durch Einseitigkeit in der Wahl ihrer Forschungs- und Betrachtungsweisen, verschließen.

Die Geringschätzung der spezifischen Tätigkeit menschlicher Vernunft in unsren Tagen, die babylonische Verwirrung in den Geisteswissenschaften, die statt Wahr-



heit nur „Standpunkte“ kennt, erklärt sich zum großen Teil durch den Mangel einer allgemein anerkannten Philosophie. Und zwar haben die Philosophen selbst die Mißachtung ihrer Wissenschaft mitverschuldet. Wenn jemand einen andern lehrt, was er nicht versteht, so nennt man das Philosophie, sagte Voltaire; verstehen es beide nicht, dann heißt es Metaphysik. Daß man sich heute aber allgemein nicht mehr versteht, dafür dürfte doch wiederum eben der Mangel an philosophischer Geistesbildung die Schuld tragen. Ob eine Besserung in Aussicht steht?

Wohltuend und in dieser Beziehung Hoffnung erweckend berühren die jüngsten Ausführungen des Altmeisters der historischen Schule über „Teleologische Betrachtungen und ethische Werturteile“ in der dritten Auflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften<sup>1</sup>. Hier bekennt Gustav v. Schmoller, daß er sich in der Frage der Teleologie und der Werturteile heute vorsichtiger ausdrücken möchte als früher. Seine Ausdrucksweise bleibt freilich auch jetzt noch sehr zurückhaltend. Gleichwohl erklärt Schmoller doch, daß in unsrer Wissenschaft „das letzte Ziel aller Erkenntnis ein praktisches sei“, daß zwar „die Partei- und die Klassenideale“ meist nicht auf der Höhe der objektiven Wissenschaft stehen, sich nicht immer „zur Höhe des Gesamtinteresses erheben“, daß es aber doch „neben den subjektiven auch objektive Werturteile gebe, an denen nicht bloß einzelne Personen und Gelehrte, sondern große Gemeinschaften, Völker, Zeitalter, ja die ganze Kulturwelt teilnehmen.... Wer an den zunehmenden Sieg objektiver Urteile über die einseitigen sittlichen und politischen Ideale in der Wissenschaft und im Leben glaubt, wird nicht so verächtlich... von ihrem Hereinragen in die Wissenschaft denken“. „Ganz falsch ist es, wenn man das Wort ‚wissenschaftlich‘ allgemein und ausschließlich für die exakte empirische Erfahrung reservieren will.“ Wir dürfen die Volkswirtschaftslehre „nicht auf das Technisch-Ökonomische und dessen empirische Untersuchungen beschränken; unsre Wissenschaft hat es in erster Linie zu tun mit menschlichen Handlungen und ihren Ursachen (d. h. mit gesellschaftlichen und sittlichen Zwecken) und mit der gesellschaftlichen sittlich-rechtlichen Ordnung des Wirtschaftslebens. Und daher bleibt, wenn wir aus der Volkswirtschaftslehre die sittlichen Zwecke, das psychisch-sittliche Triebleben und seine Ordnung durch Moral, Sitte und Recht ausscheiden, nicht sehr viel übrig“.

Es hieße indes auch Schmoller mißverstehen, wollte man ihm eine Vermengung des ethischen und nationalökonomischen Gesichtspunktes der Forschung vorwerfen. Wenn Schmoller das ethische Moment innerhalb der Volkswirtschaftslehre so stark betonte, so wollte er in ähnlicher Weise, wie wir dies getan, nur die Bedeutung der sittlichen Ordnung in seinem Sinne auch für das wirtschaftliche Leben in der nationalökonomischen Wissenschaft zur Geltung bringen, wollte dartun, daß die wirtschaftliche Betätigung der Menschen dieser Ordnung untersteht, und daß der Nationalökonom von diesem Verhältnis zwischen Wirtschaft und Sitte nicht beliebig abstrahieren könne. Keineswegs aber forderte Schmoller von dem Nationalökonom, daß er seinen Gegenstand nach Art eines Moraltheologen behandeln solle.

**6. Verschiedenheit der Methoden im Hinblick auf das Verhältnis von Ethik und Nationalökonomie.** Die mit der Isoliermethode operierende

<sup>1</sup> VIII<sup>3</sup> 490 ff.

„reine Theorie“ abstrahiert von allem Ethischen, ohne seine praktische Bedeutung zu leugnen. Wer dieser Forschungsmethode sich bedient, der mag immerhin behaupten, daß sein wirtschaftliches Wissen mit Rücksicht auf jene Abstraktion „orthodox a-ethisch“ (Sombart) sei. Doch darf er nicht sagen, daß die „moralfreie“ Nationalökonomie das „Normale“ in dem Sinne sei, als ob die auf seiner Methode aufgebaute Lehre als die einzige und wahre Volkswirtschaftslehre zu gelten habe. Das wäre ein subjektives „Werturteil“ von höchst zweifelhaftem „Werte“.

Indem die Lehre der Physiokraten und der klassischen Nationalökonomie von einer „natürlichen“ Wirtschaftsordnung oder von wirtschaftlichen Naturgesetzen allmählich vor der Erkenntnis zurücktrat, daß die ökonomischen Erscheinungen nicht bloß auf Eigennutz, sondern auf komplizierten psychologischen Grundlagen beruhen und wesentlich von Sitte und Recht abhängen, führte die historische Methode zur volleren Erfassung des volkswirtschaftlichen „Seins“. Es bleibt ein unbestreitbares wissenschaftliches Verdienst der historisch-ethischen Schule, die in der Geschichte tatsächlich zu Tage tretende volkswirtschaftliche Bedeutung speziell des ethischen Momentes in helleres Licht gerückt zu haben<sup>1</sup>. Muß ja doch auch Sombart, wie bereits erwähnt wurde, anerkennen, „daß bei einer totalen Erörterung der wirtschaftlichen Zusammenhänge der ethische Faktor niemals außer acht gelassen werde“. Eben diese totale Erfassung des geschichtlichen Stoffes bleibt aber Aufgabe und Vorzug historischer Forschung.

Die philosophisch-historische Betrachtungsweise endlich, in der Form, wie wir sie oben dargelegt haben, läßt uns in dem vom Sozialzweck der staatlich geeinten Volksgemeinschaft abgeleiteten Zweck der Volkswirtschaft nicht nur den letzten Maßstab zur Kritik der wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen, sondern, wie gezeigt wurde, zugleich das Grundprinzip, die fundamentale Norm der Ordnung im Wirtschaftsleben. Wir sagen: Norm, nicht Motiv. Der affektiv mächtigste Beweggrund wird, wie wir wiederholt hervorgehoben haben, für die Masse der Handelnden das eigene Interesse bleiben. Das individuelle Interesse kann aber nicht die oberste Norm für das Wirtschaftsleben eines Volkes mit Rücksicht auf die Frage der Ordnung dieses Wirtschaftslebens sein. Die Wirtschaftsordnung bildet, wie Sombart<sup>2</sup> bemerkt, einen Teil der Gesellschaftsordnung, der sozialen Ordnung. Sie ist der Inbegriff der das wirtschaftliche Verhalten der Menschen äußerlich regelnden Normen. Geschaffen wird sie namentlich durch Sitte, wie diese in der öffentlichen Meinung sich ausspricht, und durch das Gesetzesrecht, vornehmlich durch letzteres. Sie umgibt das wirtschaftliche Handeln des Individuums

<sup>1</sup> Auch die Untersuchungen Sombarts und Max Webers über den „kapitalistischen Geist“ zeigen ja, wie die Berücksichtigung ethischer Faktoren tatsächlich geübt wird.

<sup>2</sup> Archiv für soziale Gesetzgebung usw. X (1897) 6; XIV (1899) 311.

mit objektiven Schranken, setzt, nach prinzipieller und zugleich geschichtlich bedingter Zweckmäßigkeit, gemäß den Forderungen des Gemeinwohles, die Grenzen zwischen privat- und gemeinwirtschaftlicher Sphäre fest, schützt aber auch die individuelle Freiheit und Selbständigkeit, wo keine Kollision zwischen der Freiheit und den höheren Rechten Dritter oder der Gesamtheit vorliegt. Die Wirtschaftsordnung würde indes in ihrem Bestande gefährdet sein, wenn die von ihr der Willkür und der Selbstsucht gezogenen Schranken von der Masse des Volkes lediglich als bloß äußerer Zwang oder äußere Gewöhnung empfunden würden. Nur wo die Sitte von der Sittlichkeit informiert, wo Gesetzgebung und Leben von dem Streben nach Gerechtigkeit geleitet werden und den Forderungen der Gerechtigkeit sich beugen, ist sichere Gewähr geboten für Dauer und Wirksamkeit der Wirtschaftsordnung.

**7. Die Universalität nationalökonomischer Erkenntnis.** Die Gründe, welche für jene Universalität sprechen, ergeben sich aus unsren bisherigen Ausführungen. Sie wurden zum Teil früher schon kurz erwähnt. Es empfiehlt sich indes, ausführlich auf diese Frage zurückzukommen.

Die Wissenschaft ist die Erkenntnis der Dinge aus ihren letzten Ursachen. Gibt es überhaupt letzte Ursachen? Die Vernunft führt zu Gott als der absolut letzten Ursache. Die relativ letzten Ursachen für die nationalökonomische Wissenschaft als solche sind: Mensch und äußere Welt. Das kann keine Schwierigkeiten bereiten.

Die Wissenschaft geht aber auch auf das Allgemeine. Und da fragt es sich nun, ob auf volkswirtschaftlichem Felde die Forschung zu einer Erkenntnis mit allgemeiner Geltung führen kann.

Der an sich berechtigte Wunsch nach einer solchen universalen Erkenntnis hat mit zu methodologischen Irrgängen verleitet. Gerade darum wurde insbesondere geglaubt, daß man aus der Nationalökonomie eine Art Naturwissenschaft machen und mit der naturwissenschaftlichen Methode zu allgemeinen Gesetzen des wirtschaftlichen Lebens vordringen müsse. Oder man nahm wenigstens seine Zuflucht zu der abstraktiv-isolierenden Methode, indem man dabei aber leider „durch Ignorierung des Wesentlichen Karikaturen der Wirklichkeit der Untersuchung zu Grunde legte“ (Schmoller).

Doch kann denn eine bloß historische Betrachtungsweise uns gewähren, was wir suchen und nötig haben: allgemeine Erkenntnisse?

Wir antworten: Die Unterscheidung zwischen generalisierender naturwissenschaftlicher oder quasi-naturwissenschaftlicher Betrachtungsweise einerseits und individualisierender historischer Betrachtungsweise anderseits ist keine exklusive. Es gibt auch eine theoretische generalisierende Nationalökonomie, die nicht der für ihren Gegenstand ungeeigneten naturwissenschaftlichen Methode sich bedient, vielmehr in ihrer Forschungs- und Betrachtungsweise der Natur des Menschen und dem wirtschaftlichen Leben völlig sich anpaßt.



Widerspricht das aber nicht wiederum unsrem Satze, daß die Nationalökonomie den wirklichen Menschen und wirkliche wirtschaftliche Verhältnisse ins Auge fassen müsse? Die Wirklichkeit kennt doch nur Konkretes, Individuelles? Keineswegs. Hätte nicht auch das Allgemeine irgendwie Realität, dann wäre es freilich schlecht bestellt um die menschliche Wissenschaft. Allerdings findet sich das Allgemeine nicht formell als Allgemeines, in seiner universalen Form, in der wirklichen Welt. Doch findet es sich materiell, seinem Inhalt nach, in einer größeren oder geringeren Anzahl von Individuen, in zahlreichen, vielleicht zahllosen Einzelerrscheinungen wieder. Das muß ja schließlich auch die naturwissenschaftliche Auffassung für ihre allgemeinen Naturgesetze zugeben: nur daß sie irrtümllicherweise voraussetzt, es gebe außer der naturwissenschaftlichen Allgemeinheit keine anders geartete Universalität der Erkenntnis und des Erkannten. Was der Begriff „Baum“ besagt, findet sich real vervielfältigt in allen Einzelexemplaren. Man kann darum auch vom Wesen des Baumes sprechen, ohne den festen Boden gesicherten Wissens zu verlieren. Dürfen und müssen wir aber der Vernunft zu vertrauen, daß sie aus einer Fülle von Einzelercheinungen das Überindividuelle, Universale, Wesentliche richtig abstrahieren kann, dann hat die Ablehnung allgemeiner Wahrheiten, allgemeiner Sätze, je nach dem Gegenstande auch allgemeiner Forderungen, die sich aus dem Begriff und dem Wesen der Dinge in unanfechtbar richtiger logischer Abfolgerung herleiten, keinen rechten Sinn mehr.

Und sollte man denn nicht auch im Bereiche der Volkswirtschaftslehre von dem Wesen des Menschen sprechen können und müssen, von seinem physischen Wesen, Leib und Seele, seinem metaphysischen Wesen — Animalisches und Rationales in der Einheit der Menschennatur verbunden? Gibt es nicht außer der biologischen Gleichmäßigkeit des menschlichen Organismus eine weitgreifende Gleichmäßigkeit in der psychischen Veranlagung? Und wenn man auch von einer psychischen Individualität mit Recht sprechen darf und sprechen muß, so besteht diese doch wiederum mehr in einem besondern Mischungsverhältnis überall vorkommender Elemente oder in einem besondern Stärkegrad der allgemeinen Anlagen und Triebe, nicht in einem Abweichen von der generellen Menschennatur. Beachtet man ferner auch, daß die Freiheit wesentliches Element der menschlichen Natur ist, daß somit menschliches Handeln und menschliche Entwicklung nicht in ähnlicher Weise auf einfache Gesetze zurückgeführt werden können wie die verschlungenen Bewegungen der Himmelskörper auf das Gesetz der Massenanziehung, so bleibt doch anderseits Raum genug für die Feststellung von Regelmäßigkeiten, die in ihrer relativen Allgemeinheit nicht geringe Bedeutung für unsre volkswirtschaftliche Erkenntnis besitzen. Man braucht dabei keineswegs die vielgestaltige menschliche Entwicklung unter ein und dasselbe Schema zu beugen, man braucht auch nicht zu der Hilfsfigur eines konstruierten

Homo oeconomicus seine Zuflucht zu nehmen, sondern in der wissenschaftlichen Betrachtung die Menschen nur zu lassen, wie sie in Wirklichkeit sind. Gibt es denn da nicht in der Tat relativ allgemeine Motive, eine allgemeine Logik, allgemeine Urteile der praktischen Vernunft, allgemeine Erfahrungstatsachen usw.? Und gibt es ferner nicht ein allgemeingültiges Sittengesetz? Auch die Wechselwirkungen zwischen Menschen und äußerer Natur, mögen sie noch so viele Verschiedenheiten aufweisen, mögen noch so viele Zufälligkeiten hineinspielen, sind doch wieder überall durch natürliche Verhältnisse mitbestimmt. Auch da gibt es neben dem Besondern Allgemeines. Es läßt sich ebenfalls nicht leugnen, daß bei aller Verschiedenheit der staatlichen Formen, der wechselnden Auffassungen über die besondern geschichtlichen Aufgaben des Einzelstaates, die staatliche Gesellschaft als solche eine gewisse allgemeine, mit dem Staatsbegriff und dem Wesen des Staates verbundene Bestimmtheit besitzt, daß es sich dabei auch um Eigenschaften und Aufgaben handelt, die sich bei jedem sozialen Gebilde, das auf den Namen „Staat“ Anspruch erhebt, finden müssen und in irgend einer Weise, irgend einem Grade auch tatsächlich sich finden. Ohne Volksmenge, ohne irgendwelche territoriale Unterlage und Verknüpfung, ohne Autorität, ohne Zweck, ohne die selbstverständliche Aufgabe, durch die Gesamtkraft zu leisten, wozu die Einzelkräfte nicht ausreichen, ohne irgendwelche diesen Aufgaben entsprechende Verbindung, Einigung, Ordnung, Ausgleichung der Kräfte gibt es keine staatliche Gesellschaft und kann kein Staat bestehen. Und ergeben sich aus all diesem gerade für das allerdings in seiner konkreten, geschichtlichen Entwicklung so wechselvolle Gebilde des Wirtschaftslebens einer staatlich geeinten Volksgemeinschaft nicht bedeutungsvolle Wahrheiten von allgemeinerer Geltung? Gibt es nicht gewisse, universale Institutionen, wie z. B. die Rechtsordnung im allgemeinen, die Eigentumsinstitution usw., mögen immerhin die besondern Verhältnisse, der besondere Volkscharakter, die geschichtliche Entwicklung usw. modifizierend einwirken und die Erscheinungsformen jener allgemeinen Institutionen nach Ort und Zeit verschieden sein? Ist es schließlich zuviel gesagt, daß die heute so hoch entwickelte Verkehrswirtschaft wenigstens bei den Völkern europäischer Kultur neben dem Besondern, dem einzelnen Volke Eigentümlichen auch viele ähnliche Züge, gleiche Institutionen, gleiche sittliche und rechtliche Anschauungen usw. dem erkennenden Geiste darbietet?<sup>1</sup>

<sup>1</sup> „Wenn wir ‚Volkswirtschaft‘ im Sinne einer zusammenfassenden Erscheinung nehmen, welche das Gebiet der Volkswirtschaftslehre wissenschaftlich abgrenzen soll, so sind wir nicht an die Grenze eines Staates und eines Volkes gebunden. Wir würden sonst eine besondere englische, deutsche, französische usw. Volkswirtschaftslehre haben. Es steht das keineswegs in Widerspruch zu meiner Auffassung, daß alle sozialen Erscheinungen grundsätzlich mit einer bestimmten Rechtsordnung verknüpft sind; denn die für das Wirtschaftsleben wichtigsten Rechtsinstitutionen,

Kurz, es fehlt nicht an Quellen, aus denen sich für die Volkswirtschaftslehre Erkenntnisse allgemeiner Art ergeben. Doch darf man darin freilich nicht mehr als gewissermaßen das Knochengerüst suchen, welches der Theorie einen festen Halt bietet, so daß dem theoretischen Denken die ausreichende Einheitlichkeit der Erklärung, eine systematische Behandlung und Durchdringung des Stoffes ermöglicht wird.

Die Nationalökonomie ist eben nicht bloße Ereigniswissenschaft. Sie darf aber auch in unsrer Auffassung niemals über dem Allgemeinen das Besondere übersehen, nicht vergessen, daß das Allgemeine sich erst in der Menge und Mannigfaltigkeit der Erscheinungen verkörpert, nicht durch „Gesetzesjägerei“ und durch, dem Reichtum der wirklichen Welt wenig entsprechende, Schemata die geschichtliche Wahrheit verkürzen.

Schließt also die Anerkennung allgemeiner Wahrheiten und Grundsätze das wissenschaftliche Interesse für das Einzelne, Tatsächliche, Geschichtliche nicht aus, dann hat in Fragen der praktischen Anwendung jener Wahrheiten, in den Problemen der Wirtschaftspolitik, Wirtschaftspflege die historische Auffassung noch ganz besondere Bedeutung.

Denn 1. „die Prinzipien sind gemeinsam, aber die Bedingungen, von welchen sie ihre Anwendung fordern, ungemein verschieden von Land zu Land, von Epoche zu Epoche. Die allgemeinen Prinzipien schreiben den Kreis vor, in welchem sich die Tätigkeit der Völker bewegt: aber dieser Kreis ist groß und läßt der freien Tätigkeit jeder Gesellschaft einen weiten Spielraum. Die Aufgabe des Ökonomen besteht nun gerade auch darin, die besondern Bedingungen kennen zu lernen, unter welchen die allgemeinen Gesetze ihre Anwendung zu finden haben, und nach diesen Bedingungen die Richtung zu bestimmen, welche man den Willen einprägen muß, um sie für die möglich besten Lösungen bei der einmal gegebenen Lage der Dinge zu bestimmen. Kurz, alle praktischen Vorschläge müssen zunächst an die jeweilig vorhandenen Verhältnisse anknüpfen.“<sup>1</sup>

2. Wie notwendig auch Reformen erscheinen, nie soll das Reformieren zur Leidenschaft werden. Sehr richtig bemerkt Taine, der Hauptvertreter der Lehre vom Milieu<sup>2</sup>, daß „die plötzliche Erfindung einer völlig neuen, zugleich zweckmäßigen und dauerhaften Verfassung ein Unternehmen ist, welches die Kräfte

wie z. B. Privateigentum an den Produktionsmitteln, freier Arbeitsvertrag usw., sind bei einer ganzen Reihe moderner Kulturstaaten übereinstimmend vorhanden, und so resultieren auch dieselben volkswirtschaftlichen Phänomene in zahlreichen Ländern in derselben Weise. Sie sind keineswegs an die Grenzen eines Staates geknüpft. Die Einzelwirtschaften werden zusammengehalten durch eine straffe, rechtlich-politische Organisation innerhalb der einzelnen Volkswirtschaft, aber diese einzelnen Volkswirtschaften weisen vielfach übereinstimmende Züge auf, und in dieser Hinsicht kann man von international gleichheitlichen Erscheinungen sprechen.“ So Diehl, Privatwirtschaftslehre usw., in den Jahrbüchern für Nationalökonomie XLVI (1913) 472. Ebenfalls Stämmeler, Das richtige Recht (1906) 316 ff. Hesse, Die Werturteile usw., in den Jahrbüchern für Nationalökonomie XLIII (1912) 179 ff. Unser Standpunkt führt leichter zu Erkenntnissen allgemeiner Art.

<sup>1</sup> Pörin, Die Lehren der Nationalökonomie seit einem Jahrhundert 1882 333.

<sup>2</sup> Daß Taine dabei vielfach übertreibt, ist bereits hervorgehoben worden.



des menschlichen Geistes übersteigt, daß die politische und soziale Form, die sich ein Volk bleibend geben kann, keine Sache seiner Willkür, sondern bestimmt ist durch seinen Charakter und seine Vergangenheit“. Staatsverfassungen und Wirtschaftsverfassungen lassen sich „nicht auf Menschen wie Schößlinge auf Bäume pflanzen. Denn wo die Zeit und die Natur nicht vorgearbeitet haben, da ist's, als binde man Blüten mit Fäden an. Die erste Mittagssonne versengt sie“ (Fester).

3. Einer echt historischen Auffassung widerspricht jede unbescheidene Verachtung der Vergangenheit<sup>1</sup>. Die wirtschaftlichen Erscheinungen früherer Zeiten soll man eifrigst studieren. Man muß, wie M. Wolowski in der Einleitung zu den „*Principes d'économie politique* par M. Guillaume Roscher“<sup>2</sup> sagt, die verschiedenen Perioden der Entwicklung der lebenden Nationen nicht nur verfolgen, sondern auch den Todesursachen der verstorbenen Nationen<sup>3</sup> nachforschen und, was die Vergangenheit Gutes hat, bereitwilligst anerkennen.

4. Es enthält aber auch die Überschätzung der Vergangenheit eine Gefahr. Mit Recht nennt es Wolowski einen Exzeß, wenn man die Vergangenheit der Gegenwart entgegenstellt nicht als eine Lehre, sondern als ein Muster, das man schleunigst kopieren soll. Der wahre historische Geist wird sich in der Fähigkeit der zutreffenden Unterscheidung dessen offenbaren, was jeder Epoche zu eigen gehört. Nicht Wiederbelebungsversuche der Vergangenheit bilden sein Ziel, sondern die Wiederbelebung dessen, was früher zum Segen der Völker gereichte, in einer der Gegenwart entsprechenden Form.

Wir haben schließlich eine stärkere Berücksichtigung auch der Wirtschaftsgeographie für das Verständnis des volkswirtschaftlichen Prozesses als notwendig erachtet.

## § 5.

### Einteilung der Volkswirtschaftslehre.

1. **Verschiedene Auffassungen älterer und neuerer Zeit.** Bekannt ist die in der älteren deutschen Nationalökonomie (Soden, Rau) angewandte Unterscheidung zwischen Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik. Erstere hatte die zuständigen Zusammenhänge darzulegen; in der letzteren wurde „an der Hand konkreter Probleme das dynamische Handeln von Menschen und Menschengruppen zur Beförderung des Volkswohlstandes aufgewiesen“<sup>4</sup>. Dieselbe Einteilung findet sich bei der österreichischen Schule und den ihr nahestehenden Gelehrten. Die Volkswirtschaftspolitik wird hier verstanden als die Lehre von der „Gesamtheit

<sup>1</sup> Galiani (*Dialogues sur le commerce des blés* [1770]) sagt von den Schriftstellern seiner Zeit: „sie behandeln unsre Vorfahren sehr wegwerfend; wenn man ihnen glauben würde, müßte man annehmen, diese seien auf allen Vieren gekrochen“.

<sup>2</sup> 1857, 2 Bde.

<sup>3</sup> Gustav Ruhland, *System der politischen Ökonomie* I (1903) 158 ff.

<sup>4</sup> Leopold v. Wiese, *Einführung in die Sozialpolitik* (1910) 3. Rizz, Artikel „Volkswirtschaftspolitik“, im *Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* V<sup>4</sup> 1002 ff. Über die bisherige Entwicklung der Systematisierung handelt ausführlich A. Wagner, *Grundlegung* I 1, 266 ff. Die Ausführungen Wagners (272 ff. lassen aber die Schwierigkeit der von ihm gewählten Einteilung wohl erkennen.

jener Handlungen, Anstalten und Einrichtungen, durch welche die Menschen als einzelne oder in Organisationen in bewußter Weise die Entwicklung der Volkswirtschaft zu fördern bestrebt sind“ (Philippovich).

Adolf Wagner unterscheidet zwischen „Grundlegung“ und „Ausführung“, in der „Ausführung“ zwischen „theoretischer“ und „praktischer“ Nationalökonomie. Grundlegung und theoretische Nationalökonomie zusammen bilden die „allgemeine“ Nationalökonomie, während die praktische Nationalökonomie als „spezielle“ bezeichnet wird.

Die historisch-ethische Schule hat die Volkswirtschaftspolitik nicht als einen selbständigen Wissenszweig neben der Volkswirtschaftslehre behandelt. Schmoller unterscheidet bloß zwischen allgemeiner und besonderer Volkswirtschaftslehre. Erstere gilt ihm als „Versuch eines systematischen Überblicks über unser gesamtes volkswirtschaftliches Wissen“, letztere als ein „Eingehen in die Spezialfragen der Gegenwart, des eigenen Landes, der einzelnen Hauptzweige der Volkswirtschaft“.

Die „neue Richtung“ (M. Weber, Sombart, Pohle usw.) endlich lehnt eine Volkswirtschaftspolitik als Wissenschaft ab. Sie erfaßt die volkswirtschaftlichen Beziehungen nur innerhalb des Rahmens der räumlich-zeitlichen Erfahrung, unter Zurückweisung aller Werturteile, indem sie in jedem „Sollsein“ einen unerlaubten Einbruch des „Philosophischen“ und „Ethischen“ in das volkswirtschaftliche Gebiet vermutet, die „Nationalökonomie rein positivistisch als die Lehre von den Beziehungen der durch die Erfahrung gegebenen wirtschaftlichen Elementartatsachen ausschließlich unter den Kategorien von Ursache und Wirkung betrachtet“ (Rizzi). Daß sich indes aus dieser „neuen Richtung“ eine einheitliche Schule herausbilden wird, ist kaum wahrscheinlich.

Neuerdings wurde eine Dreiteilung der Nationalökonomie in eine theoretische, historische und praktische Disziplin vorgeschlagen. In dieser dreifachen Richtung hat sich ja tatsächlich die wissenschaftliche Forschung bisher bewegt und dabei höchst achtungswerte Ergebnisse zu Tage gefördert.

1. „Was die theoretische Nationalökonomie betrifft“, urteilt Amonn<sup>1</sup>, so wird sie ihren Weg am besten vorwärts tun, wenn sie nach rückwärts blickt, auf jenes Werk, mit dem sie zur Welt gebracht wurde, die „Principles of political economy“ Ricardos. Die nationalökonomischen Theorien Ricardos mögen noch so unvollkommen, noch so mangelhaft und widerspruchsvoll sein, in der nationalökonomischen Problemdarstellung ist nach ihm kein Schritt nach vorwärts, wohl aber mancher nach rückwärts getan worden... Ricardo ist der eigentliche Begründer und Vater der theoretischen Nationalökonomie... War die Frage, wie sich die Produkte der Arbeit naturgemäß unter die vielen verschiedenen Volksklassen verteilen, für Smith von seinem weiten praktischen Gesichtspunkt aus nur ein Spezialproblem gewesen, so bezeichnet Ricardo den Versuch, „die Gesetze aufzufinden, welche diese Verteilung bestimmen“, als „das

<sup>1</sup> Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie (1911) 33 f. 441.

Hauptproblem der Volkswirtschaftslehre'. Diese Einheitlichkeit des Problems ergab für Ricardo auch ein logisch einheitliches und geschlossenes System. Ebenso wie die hervorragend praktisch-politischen Tendenzen erscheinen bei Ricardo im Gegensatz zu Smith auch die theoretisch-nationalistischen überwunden. Es gibt für ihn wohl eine mögliche, im theoretischen Sinn ideale Güterverteilung, aber keine im naturrechtlichen Sinne ‚natürliche‘ und daher praktisch notwendige, unbedingt zu erstrebende Verteilungsordnung. Dieses System der theoretisch idealen Güterverteilung beruht auf den einfachsten und allgemeinsten sozialen und individuellen Voraussetzungen, Privateigentum und freier Tauschverkehr einerseits und Streben nach dem eigenen wirtschaftlichen Vorteil andererseits, und von diesen Prämissen aus werden in abstrakt deduktiver Weise die Gestaltungen der Tauschbeziehungen und ihre definitiven Resultate abgeleitet. Das Erkenntnisobjekt dieses Systems ist bewußt ein unwirkliches, rein gedankliches Gebilde, eine theoretisch ideale abstrakte Verkehrsgesellschaft von ihren wirtschaftlichen Vorteil vollkommen erfassenden und zur Durchsetzung bringenden Individuen, das System eine abstrakte Verkehrstheorie. Ricardo war sich der Idealität dieser gedanklichen Konstruktion durchaus bewußt und hat auf die nur relative beziehungsweise hypothetische Gültigkeit seiner ‚Gesetze‘ wiederholt hingewiesen. Er war sich darüber völlig klar, daß das reale wirtschaftlich-gesellschaftliche Leben einen viel komplizierteren Verlauf nehme, und seine ‚Grundsätze‘ gelten ihm nie als Abbild dieses wirklichen, historisch-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lebens, sondern vielmehr als eine heuristische Konstruktion, die auf Grund der Erfahrung gebildet und an der Wirklichkeit dann wieder gemessen wird, um sie auch nach ihren komplizierten Bedingungen und besonders historischen Ursachen weiter zu erforschen. Daraus erklärt sich für Ricardo auch die von seinen theoretischen Grundlagen vielfach abweichende praktische Stellungnahme zu den konkreten wirtschaftlichen Fragen seiner Zeit.“ Schon daraus erklärt sich aber auch die Notwendigkeit besonderer Vorsicht<sup>1</sup> bei der praktischen wie bei der theoretischen Verwertung der Ergebnisse dieser „theoretischen“ Nationalökonomie.

Die Parole „Zurück zu Ricardo!“ gefällt indes nicht allen Freunden einer „reinen“ Theorie. So hat z. B. Joseph Schumpeter<sup>2</sup> unter gänzlicher Ablehnung der alten „klassischen“ Lehre einschließlich der Ricardoschen Grundrententheorie mit außerordentlichem Scharfsinn seine „reine Theorie“ von Grund aus neu aufgebaut. Die Nationalökonomie soll da zu einer „exakten“, d. h. mathematischen Wissenschaft umgebildet, in ihr eine neue Systematik eingeführt werden, wie sie sich auch mit einer neuen Erkenntnistheorie (Ersatz des Kausalitätsbegriffs durch den mathematischen Funktionsbegriff, Unterscheidung von Statik und Dynamik, Identifizierung von Erklärung und Beschreibung usw.) verbindet. Gewisse Grundlagen seiner Theorie entnimmt Schumpeter den Lehren der österreichischen und der sog. mathematischen Schule. Aber auch dabei erweist er sich als selbständigen Denker. Es ist unmöglich, an dieser Stelle näher einzugehen auf die

<sup>1</sup> „Die exakt theoretische Richtung hat“, wie Philippovich sagt, „ihren heute wohl von niemand mehr bezweifelte Wert, aber sie bedarf der Ergänzung durch Berücksichtigung der komplexen Wirklichkeit.“

<sup>2</sup> Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie (1908).



geistvollen Untersuchungen über den Gleichgewichtszustand, in welchem, bei gegebenem Marktpreis, das ein Güterquantum beherrschende Individuum Maximalbefriedigung (Verwirklichung des Grenznutzenniveaus!) erreicht, wo es auf jeden weiteren Tausch verzichtet, weil dabei kein Tauschvorteil in Aussicht steht, ferner den Ausführungen zu folgen über Änderungen und Störungen des Gleichgewichtszustandes durch Preisveränderungen, über den Gleichgewichtspreis, der in der Gesellschaft für alle Wirtschaftssubjekte ein Grenznutzenniveau darstellt, allen zugleich Maximalbefriedigung gewährt usw. Mag immerhin auch eine solche „reine Theorie“ für die nationalökonomische Erkenntnis manche Vorteile bieten, jedenfalls darf sie nicht mit der nationalökonomischen Theorie schlechtlin identifiziert werden, darf man nicht das theoretische Wissen des Nationalökonomen in so enge Grenzen einschließen wollen. Ja wir können uns dem Bedenken nicht entziehen, daß auch Schumpeters stark umfochtene „kleine Insel von exaktem Wissen“ innerhalb des Meeres der Kulturwissenschaften keine eigentliche Volkswirtschaftslehre darstellt. Sie bleibt, wie überhaupt die „reine Theorie“, lediglich eine Lehre vom wirtschaftlichen Handeln des Menschen zwecks Befriedigung seiner Bedürfnisse. Ihre Gesetzesbegriffe, soweit diese etwaige Gesetzmäßigkeiten richtig erfassen und deuten, vermögen bestenfalls doch nur die individuell gestaltete Wirklichkeit und nicht einmal diese unsrem Verständnis näher zu bringen. Soziale Gesichtspunkte von beherrschender Bedeutung fehlen. Die Nationalökonomie aber bedarf solcher Gesichtspunkte; sie ist ein Teil der Gesellschaftslehre, darum auch nicht bloße Quantitätswissenschaft, vielmehr in hohem Grade Qualitätswissenschaft. Womit nicht geleugnet werden soll, daß mathematische Anwendungen wenigstens über einzelne Detailpunkte der weiten ökonomischen Welt Licht verbreiten können (Marshall). Und was schließlich die auch von Schumpeter geforderte Selbständigkeit betrifft, so besitzt die Nationalökonomie diese Selbständigkeit als Wissenschaft andern Wissenschaften gegenüber durch ihr eigenes Formalobjekt. Eine Selbständigkeit aber, die sie aus dem Kreise der Staatswissenschaften herausheben würde, kann sie nicht beanspruchen, ohne sich selbst als Volkswirtschaftslehre aufzugeben.

Damit aber kommen wir wieder auf einige Hauptbedenken gegen die „reine Theorie“<sup>1</sup> als solche, in ihrer herkömmlichen Ausgestaltung, zurück. Sie bietet uns kein volles Bild des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses; sie abstrahiert von zu vielem, was zum sachgemäßen Verständnis der Volkswirtschaft unerläßlich ist. Und das Bild, welches sie vor unsern Augen aufrollt, ist auch in dem, was es bietet, kein richtiges Bild, macht, wie wir sahen, eine soziale Voraussetzung (absolut freie Konkurrenz) und eine psychische Voraussetzung (gleiche Wirtschaftsmenschen, allein von der Nützlichkeitsmaxime geleitet), die mit der Wirklichkeit geradezu kontrastieren. Sie übergibt wesentliche Teile der volkswirtschaftlichen Theorie, darf sich darum keineswegs mit der national-

<sup>1</sup> Eine besondere Art „reiner“ Ökonomie und entsprechender Theorie ist die von Franz Oppenheimer Theorie der reinen und politischen Ökonomie [1910]. Oppenheimer gilt das Großgrundeigentum als Quelle aller Übel. Reine Ökonomie ist das Wirtschaftsleben vor der Aneignung alles Grund und Bodens, politische Ökonomie das Wirtschaftsleben nach dieser Aneignung usw. Vgl. Diehl, Theoretische Nationalökonomie (1916) 473 ff.

ökonomischen Theorie identifizieren. Sie ist überhaupt eher Privatwirtschafts- als Volkswirtschaftslehre, durchaus individualistisch, ohne irgendwie zum ausreichenden Verständnis einer richtigen, zweckentsprechenden volkswirtschaftlichen Ordnung führen zu können. Trotzdem behält die Frage ihre Berechtigung: Wie kommt, bei einer gegebenen Gesellschaftsordnung, die Güterproduktion als ein gesellschaftlicher Vorgang zustande, und wie erhalten die in verschiedener Art an ihr Beteiligten in dem gesellschaftlichen Prozeß ihren „Anteil“ an den erzeugten Gütern? Dementsprechend würde dann auch eine „reine“ Verkehrstheorie für die Volkswirtschaftslehre und in deren Dienste wertvolle Erkenntnisse bieten können, wir meinen eine Theorie, in welcher der Tausch als Grundphänomen, das Preisproblem als Grundproblem betrachtet wird (vgl. neuerdings G. Cassel), wo wir über Preis, Lohn, Zins, Rente, Geld, Kredit, unter Voraussetzung des relativ freien Verkehrs, belehrt, wo Regelmäßigkeiten nachgewiesen werden, die unter gewissen Voraussetzungen in die Erscheinung treten, ohne gerade „Naturgesetze“ im strengen Sinne zu sein. Indem eine solche Theorie einerseits auf „exakte“ Gesetze, die menschlichen Verhältnissen und Handlungen nicht entsprechen, verzichten würde, könnten anderseits zugleich auch alle mißverständlichen und verkehrten „Idealisierungen“ oder Fiktionen hinwegfallen, welche die wissenschaftliche Bedeutung der bisherigen „reinen“ Theorie wesentlich in Frage stellten. Vielleicht dürfte es sich dann noch empfehlen, nicht ausschließlich und allein von der Voraussetzung freier Konkurrenz auszugehen, sondern ebenfalls über andere Formen und Gesellschaftsordnungen ähnliche Untersuchungen anzustellen. Die Nationalökonomie würde dadurch um so mehr in den Stand gesetzt, Vergleiche anzustellen und Entscheidungen zu treffen. Doch ist die Volkswirtschaftslehre auf die Beihilfe einer solchen „Theorie“ nicht notwendig angewiesen, kann vielmehr die fraglichen Untersuchungen selbständig vornehmen.

2. Die historische Nationalökonomie erforscht das reale wirtschaftlich-gesellschaftliche Leben des Volkes in seiner geschichtlichen Erscheinung, seinem zuständigen Sein, seinem Werden, seiner Entwicklung. Sie hat es nicht, wie die theoretische Nationalökonomie, mit dem unter bestimmten Voraussetzungen Allgemeinen, Gleichartigen, sich Wiederholenden zu tun, sondern mit dem Besondern, Konkreten, Verschiedenartigen, Wandelbaren<sup>1</sup>. Die Frage des „Seinsollens“ oder gar des ethischen Seinsollens spielt dabei in der historischen Nationalökonomie als praktisches

<sup>1</sup> Ähnlich wie in der Jurisprudenz ist auch in der Volkswirtschaftslehre durch den Reichtum der historischen Detailforschungen und der statistischen Tabellen vielfach ein Gefühl der Übersättigung und das Verlangen nach theoretischer und systematischer Behandlung ausgelöst worden. Brodnitz (Die Zukunft der Wirtschaftsgeschichte, in den Jahrbüchern für Nationalökonomie XL [1910] 145 ff.) hofft von einer Vervollständigung der Wirtschaftsgeschichte die Entlastung der Nationalökonomie. Vgl. auch Waenting in der Einführung zu seiner Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister Bd I III.

Problem keine Rolle. Der Historiker kann indes, wie wir sahen, das Ethische in seiner geschichtlichen Erscheinung und Bedeutung nicht ignorieren, er kann davon nicht „abstrahieren“, wie die sog. reinen „Theoretiker“ es getan. Er muß auch das ethische Moment beachten, wenn seine Darstellung historisch wahr sein soll.

3. Die praktische Nationalökonomie endlich hat es ebenfalls mit dem realen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Volksleben zu tun. Sie steht darum in dieser Hinsicht der historischen Nationalökonomie näher als der „reinen Theorie“. Aber sie faßt den wirtschaftlichen Prozeß weder rein historisch noch bloß verkehrswirtschaftlich, sondern mit finaler Bezugnahme auf den sozialen Verband, an den er sich anschließt und dem er dient, also wirklich volkswirtschaftlich auf, in seiner aktiven und passiven Anpassung an die materielle Wohlfahrt, an den Zweck der staatlichen Gesellschaft, die Versorgung des Volkes mit Sachgütern als ein gesellschaftliches Problem staatlich geeinter Volksgemeinschaft, unter der Rücksicht der Ordnung und Organisation der wirtschaftlich-sozialen Verkehrsbeziehungen im Hinblick auf eben diesen Sozialzweck der staatlichen Gesellschaft. Hier handelt es sich um ein praktisches, zweckliches Seinsollen; hier spielen zugleich mit der Erfahrung sozialphilosophische Prinzipien eine Rolle, hier würde die völlige Abstraktion von der Ethik zur Absurdität, weil eben der Mensch in seinem praktischen Verhalten nicht bloß wie das Tier vom Trieb, sondern in erster Linie von dem Gewissen und der Vernunft geleitet wird.

2. Allgemeine und besondere Volkswirtschaftslehre in unsrem Sinne. Ohne die Vorzüge einer solchen Dreiteilung der Volkswirtschaftslehre zu verkennen, entscheiden wir uns für eine Gesamtdarstellung der Nationalökonomie, in welcher wertvolle Ergebnisse aller andern Forschungsweisen mit der theoretischen Erforschung und prinzipiellen Behandlung der volkswirtschaftlichen Probleme sich verbinden, der Lösung letzterer dienstbar werden. Die Nationalökonomie in diesem Sinne haben wir als eine praktische Wissenschaft bezeichnet und den sozialorganischen Zweckgedanken als systembildendes Prinzip der ganzen Auffassung zu Grunde gelegt.

Erblickt Amonn<sup>1</sup> für die „theoretische“ Nationalökonomie das Heil in einem: Zurück zu Ricardo! dann heißt es für unsre Gesamtdarstellung eher: Zurück zu Adam Smith! Gewiß nicht in allem, aber doch in der Anerkennung des praktischen Charakters unsrer Wissenschaft. „Die politische Ökonomie“, sagt Amonn, „begann mit einer praktischen Volkswirtschaftslehre. Durch welche Mittel die Völker zu Wohlstand und Reichtum gelangen könnten, das war die Frage, die man sich zuerst stellte, und das ist ein eminent praktisches Problem.... Und als ein solches von praktischen Zweckgesichtspunkten durchaus beherrschtes Werk stellen sich uns auch noch die Untersuchungen über die Natur

<sup>1</sup> Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie (1911) 431 f. 32 f.



und Ursachen des Völkerreichtums<sup>1</sup> dar. . . . Unmittelbar anknüpfend an die von durchaus praktischen Tendenzen beherrschten vorausgehenden Versuche stellt Smith den ‚Nationalreichtum‘ als das eigentliche Objekt seiner wissenschaftlichen Betrachtung hin. Der Begriff des ‚Wealth of nations‘ aber hat in seinem Werke, gleichwie in denen seiner Vorgänger, einen doppelten Sinn. Er bedeutet einerseits ein praktisches Ziel, ein zu erstrebendes Ideal, und zu zeigen, wie dieses auf die beste Weise zu verwirklichen sei, bildet ja eigentlich die Hauptaufgabe des ganzen Werkes, anderseits wird darunter ein tatsächlicher, realer Zustand der Güterversorgung verstanden, der an jenem bestmöglichen Zustand gemessen und nach ihm beurteilt wird und dessen Abweichungen von jenem Idealzustande ursächlich erklärt werden.“ Ganz unsre Auffassung! Nur sei noch einmal nachdrücklich hervorgehoben, daß ebensowenig wie der Zweck der staatlichen Gesellschaft einen „Idealzustand“ willkürlicher, vielleicht ganz oder teilweise utopischer Art, vielmehr ein höchst reales, praktisch zu verwirklichendes Ziel darstellt, so auch der Volkswohlstand bzw. die materielle Seite der Volkswohlfahrt für die Nationalökonomie doch etwas mehr bedeutet, als etwa der „Stein der Weisen“ für die ältere Chemie.

Wir unterscheiden nun in unsrer Gesamtdarstellung der Nationalökonomie zwischen der allgemeinen und der besondern Volkswirtschaftslehre. Die allgemeine Volkswirtschaftslehre ist für uns die Lehre von der Volkswirtschaft im allgemeinen, die besondere Volkswirtschaftslehre die Lehre von den verschiedenen Teilgebieten der Volkswirtschaft. Es sind methodologisch gleichartige Disziplinen. Auch die allgemeine Volkswirtschaft bleibt praktische Wissenschaft.

Der besondern Volkswirtschaftslehre weisen wir alles zu, was den einzelnen Spezialgebieten: dem Agrarwesen, Gewerbewesen, Handel und Transport, eigentümlich ist, gleichzeitig mit eingehendster Berücksichtigung der vaterländischen Verhältnisse. Die allgemeine Volkswirtschaftslehre dagegen handelt von dem, was jenen verschiedenen Gebieten gemeinsam ist. Sie liefert überdies eine allgemeine Übersicht über den ganzen volkswirtschaftlichen Lebensprozeß<sup>1</sup>.

Den Gegenstand der allgemeinen Volkswirtschaftslehre bildet somit die Lehre vom Volkswohlstande und seinen Ursachen, der Kausalismus des Volkswohlstandes bzw. des volkswirtschaftlichen Prozesses unter der Rücksicht der materiellen Seite nationaler Wohlfahrt.

Die *causa finalis*, die Lehre vom Volkswohlstande, stellt das Grundproblem der gesamten Volkswirtschaftslehre dar, von dem ein logisch korrekter Aufbau dieser Wissenschaft auszugehen hat. Das Maßsetzende steht vor dem Gemessenen, der Zweck vor den auf ihn hin geordneten Mitteln und vor der ihn verwirklichenden Gestaltung.


<sup>1</sup> Ein großer Teil der Lernenden begnügt sich tatsächlich mit dem Studium der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Darum empfiehlt es sich, in einem nationalökonomischen Lehrbuch wenigstens einen kurzen Einblick in die Spezialgebiete des Wirtschaftslebens mit der allgemeinen Volkswirtschaftslehre zu verbinden.

An die Lehre vom Wesen des Volkswohlstandes schließt sich an die Lehre von den dispositiven Ursachen: der territorialen Ausstattung eines Volkes, den quantitativen und qualitativen Verhältnissen der Bevölkerung. Das Territorium bietet besondere Befähigungen, Möglichkeiten, Bedürfnisse, Notwendigkeiten. Die Wirtschaft eines Küstenvolkes ist anders bestellt als die eines Gebirgsvolkes ohne Berührung mit dem Meere usw. usw. Die Menge und Dichtigkeit der Bevölkerung andererseits wirkt disponierend, aber auch bestimmend hinsichtlich der Wirtschaftsaufgaben eines Volkes. Von seiner körperlichen, geistigen und sittlichen Qualität, von dem Stand der Bildung, der Technik usw. hängt gesicherter Bestand und Fortschritt ab.

Es folgt die Lehre von den aktiven Faktoren des volkswirtschaftlichen Lebensprozesses: 1. von der Einzelkraft und Sonderwirtschaft, die Lehre von der Unternehmung; 2. die Lehre vom Organisationswesen, und zwar a) von den ökonomischen Organisationen, solchen Vereinigungen, welche die unmittelbare Regelung, Ergänzung, Förderung der eigenen Wirtschaft, des eigenen Geschäftsbetriebes der Mitglieder zum Zwecke haben; b) die Lehre von den sozialen Organisationen, Berufs- und Standesvereinigungen mit wesentlich weiteren Zwecken für das Ganze des Berufes oder Standes; von den freien Interessenvertretungen (wirtschaftspolitischen Vereinigungen); von den gesetzlichen Interessenvertretungen, den verschiedenen Wirtschaftskammern. Daran schließt sich 3. die Lehre von den volkswirtschaftlichen Aufgaben des Staates und der Gemeinde.

Ist damit gewissermaßen das im volkswirtschaftlichen Lebensprozesse tätige (physische und moralische) Personal vorgestellt, dann folgt die Darstellung der sachlichen Seite jenes Prozesses von der Bedarfsversorgung des Volkes mit Gütern. Die Güter müssen geschaffen und herbeigeschafft, den einzelnen im Tauschverkehr zugeführt werden. Durch Einkommens- und Vermögensbildung müssen die einzelnen in die Lage versetzt werden, die erforderlichen Güter zu erlangen. An die Darstellung der Funktionen des volkswirtschaftlichen Prozesses schließt sich dann noch die Lehre von dessen bedeutsamsten Störungen an.

Dieses Schema ist weit genug, um den heute gewaltig angewachsenen Lehrstoff der Nationalökonomie vollständig zu umfassen.



## PERSONENREGISTER.

### A.

Aalberse 176 413.  
 Achelis 91.  
 Acht 408.  
 Adler, G. 197 229 282 316  
   320 ff. 402.  
 — M. 98 282.  
 Ahrens 175 222 299.  
 Altmann 490 ff.  
 Amonn, Alfr. 1 17 70 90  
   122 269 423 456 472 ff.  
   546 ff. 574 ff.  
 — O. 90.  
 Andreä 327.  
 Ankermann 207.  
 Antoine 9 24 38 269 319  
   408 ff. 456.  
 Antoni 330.  
 Antoniadès 495.  
 Antonin von Florenz, hl. 29  
   495.  
 Argenson, de 302.  
 Aristoteles 18 164 177 224  
   549.  
 Arndt 184.  
 Ashley 20 114 262 495.  
 Auburtin 556.  
 Augustinus, hl. 204.  
 Auspitz 28 61 562.  
 Avenarius 139.  
 Avenel, de 554.

### B.

Babeuf 325 ff.  
 Bach 281.  
 Bachem, J. 32 319.  
 Bachofen 165.  
 Baco 283.  
 Bahlmann 546.  
 Bakunin 317.  
 Ballod 389.  
 Balmes 320.  
 Bamberger, Ludw. 239 303.  
 Bar, v. 147.  
 Barclay 203.  
 Bardenhewer 228.  
 Barr 532.  
 Barre, de la 329.  
 Barth 82 ff. 90 320 ff.  
 Basilius, hl. 210 f.

Bastiat 20 31 59 410.  
 Baudrillart 3 508 ff.  
 Bauer, O. 402.  
 — St. 281.  
 Baumann 495.  
 Bäumer 409 447 f.  
 Baumgartner, A. 325.  
 — E. 175.  
 Baeumker 133 326.  
 Baumstark 57.  
 Baur 148 157.  
 Bazard 333 ff.  
 Beaudeau 288.  
 Bebel 336 350.  
 Becher 138 497.  
 Beck 413.  
 Becker 336 ff.  
 Beer 321 ff.  
 Bekker 180.  
 Belfort-Bax 353 391.  
 Bellamy 328.  
 Belliot 438.  
 Below, v. 90 99 ff. 107 ff. 120  
   167 ff. 207 ff. 254 431 532.  
 Bendix 74.  
 Bentham 207.  
 Berens 325.  
 Berghohm 146.  
 Bergson 139.  
 Berlepsch, v. 383 409.  
 Bernardin von Siena, hl. 495.  
 Bernheim 98 103 104 461  
   532 ff. 546.  
 Bernstein 58 110 229 282  
   296 320 ff. 389 ff.  
 Berolzheimer 431.  
 Berth 353.  
 Bertheau 376.  
 Beseler 162.  
 Beyer 176.  
 Biederlack 281 319 413 526.  
 Biel 495.  
 Biermann 90 165 181 279  
   282 331 409 532.  
 Birch 211.  
 Blanc 330 ff.  
 Blanqui 461 494.  
 Block 1 9 15 17 28 532.  
 Blondel 409.  
 Blume, v. 239.  
 Bluntschli 175 239.  
 Bochtler 9.

Bodinus 496.  
 Boëtie, de la 312.  
 Böhm-Bawerk, v. 28 60 ff.  
   320 ff. 363 ff. 484 557.  
 Böhmert 303.  
 Boissel 325.  
 Bolingbroke 284.  
 Bonar 61 67 281.  
 Bonn 277.  
 Boom, van den 191 321.  
 Booth 338.  
 Borgh, van der 279.  
 Bornhak 175.  
 Bortkiewicz, v. 321 ff. 376  
   532 562.  
 Bossuet 203.  
 Boucand 128.  
 Boudin 321.  
 Bouglé 412.  
 Bourdeau 109 388.  
 Bourgeois 410.  
 Bourgin 336.  
 Bourguin 454.  
 Bradke, v. 197.  
 Brandes 345.  
 Brandt, L. 345.  
 Brants, Vikt. 413 495.  
 Brauer 37 82 148 163 320 ff.  
   330 409 ff. 456.  
 Braun 282 303.  
 Brentano, L. 1 5 7 29 55 61  
   167 223 f. 305 320 ff. 412  
   474 478 530.  
 Breysig 98 ff. 104 ff.  
 Briefs 74 323 376 382  
   409 ff.  
 Bright, J. 302.  
 Brodnitz 122 577.  
 Brooks, Adams 98 115.  
 Brougham, Villiers 321.  
 Brouilhet 444.  
 Bruder 32 39 74 ff. 82 158.  
 Brunhuber 321.  
 Brunner 167 211 213.  
 Brunot 411.  
 Buch, v. 371.  
 Buchenberger 489.  
 Bücher 9 38 121 213 244 ff.  
   354.  
 Buckle 87 95 131 537 ff.  
 Buomberger 256.  
 Burg 281.



**C.**

Cabet 327.  
 Cairnes 52.  
 Calker, v. 120.  
 Calmes 467 480.  
 Calwer 320 402.  
 Campanella 327.  
 Cannan 282 480.  
 Cantillon 58 496.  
 Carey 53 58 f. 94.  
 Carlyle 109 412.  
 Cassel, G. 1 9 27 40.  
 Castelein 206 319.  
 Castro, de 413.  
 Cathrein 31 74 82 94 98  
 126 f. 133 147 ff. 163 ff.  
 175 ff. 206 ff. 214 ff. 307  
 319 ff. 446 487 508.  
 Cauwès 8 198 456 504.  
 Cepeda 413.  
 Cetty 163 320.  
 Chatterton-Hill 137.  
 Cherbuliez 461.  
 Cherbury 284.  
 Chevalier 14.  
 Chubb 284.  
 Cibrario 495.  
 Cicero 177 499.  
 Clark 61.  
 Cliffe Leslie 554.  
 Cobden 302.  
 Cohen 139 402.  
 Cohn 1 9 35 f. 121 190 248  
 296 322 456 493 497 518.  
 Coker 204.  
 Colbert 288.  
 Cole 406.  
 Collins 284.  
 Comte, A. 82 ff. 109 410.  
 — Ch. 22.  
 Condorcet 109.  
 Conrad, E. 172.  
 — J. 1 28 f. 60 269 489.  
 — O. 29.  
 Considérant 330.  
 Contzen 495.  
 Cornelissen 283.  
 Cortés 408 412.  
 Cossa 28 494.  
 Costanzi 321.  
 Costa-Rossetti, v. 19 42 269  
 275.  
 Coux, de 415.  
 Crahai 495.  
 Crawford 413.  
 Croce, B. 137.  
 Cuhel 1 8 61.  
 Cunningham 358.  
 Cunow 214 402.  
 Cusumano 495.

**D.**

Dade 554.  
 Damaschke 234 ff.

Dargun 167.  
 David 384 402.  
 Decurtins 413.  
 Defourny 82 87.  
 Degenfelt, v. 321 402.  
 Delatour 281.  
 Delbrück 94 105 167.  
 Demolins 556.  
 Denis 366.  
 Deploige 82 123 411 478.  
 Dernburg 47.  
 Desbuquois 413 443.  
 Deutsch 372.  
 Devas 1 17 21 24 66 163  
 375 413 546.  
 Deville 282.  
 Diehl 28 51 57 ff. 67 ff. 121  
 184 231 ff. 279 282 ff.  
 321 ff. 408 422 ff. 461 ff.  
 493 ff. 532 ff. 546 ff. 572  
 575.  
 Dietzel, H. 9 13 28 60 63  
 69 126 180 ff. 281 ff. 334  
 445 ff. 456 ff. 476 ff. 546 ff.  
 Dietzgen 348 f. 389.  
 Dilke 234.  
 Dilthey 74 102 138 532.  
 Dolléans 338.  
 Dombrowsky 129.  
 Donoso Cortés 412 ff.  
 Doormann 532.  
 Drews 311.  
 Driesch 139 f.  
 Drill 122.  
 Drobisch 532.  
 Dühring 323.  
 Dunin-Borkowski, v. 283.  
 Dunkmann 28 37 135 158.  
 Dunoyer 297.  
 Dupont de Nemour 296.  
 Dupont-White 198.  
 Dupuit 61.  
 Dürkheim 123 412.  
 Duthoit 413.

**E.**

Ebenhoch 1 130 175 408 ff.  
 Eberle, F. Xav. 9.  
 — K. 74 175 206 408.  
 Eckard 373.  
 Eckert, Chr. 412 439.  
 Edgeworth 61 532.  
 Eheberg 554.  
 Ehrenberg, R. 421 556.  
 Ehrlich 466.  
 Eichhoff 98 f.  
 Eichmann 127 231.  
 Eichtal, de 410.  
 Eisenhart 496 ff.  
 Eisler 82 102 453.  
 Eleutheropoulos 82 91.  
 Elm, v. 110 402.  
 Elster, K. 9.  
 Eltzbacher 202.  
 Ely 554.

Emanuel 282.  
 Emele 197.  
 Emminghaus 303.  
 Endemann 206 475 496.  
 Endres 495.  
 Enfantin 333.  
 Engels, Friedr. 109 246 317  
 320 ff. 342 ff.  
 Erdmann 281 350.  
 Ermann 145.  
 Escartin 413.  
 Eschbach 102.  
 Ettlinger 74 ff. 82 158.  
 Eucken 93 99 532.  
 Eulenburg 99 101.

**F.**

Fabian-Sagal 489.  
 Färber 408.  
 Faßbender 74 80 ff. 90 94  
 383.  
 Faucher 303 553.  
 Fawcett 234.  
 Feigenwinter 413.  
 Feilbogen 282.  
 Felix 206.  
 Ferguson 223.  
 Feuchtwanger 38.  
 Feuerbach 347 ff.  
 Fichte, I. H. 207 298.  
 — J. G. 187.  
 Fischer, E. 393 402.  
 Fisher 61.  
 Flamm 252 ff.  
 Flavius 145.  
 Fleisch 429 486.  
 Flowers 303.  
 Flürscheim 235 f. 328 387.  
 Földes (Weiß) 321 ff. 404  
 409 505 532.  
 Foerster 172 189.  
 Foucher 330.  
 Fouillée 88 206 412.  
 Fourier 338 ff.  
 Foy 207.  
 Franklin 58.  
 Frantz, K. 172.  
 Freeman 546.  
 Freese 235.  
 Frensdorff 258.  
 Freppel 415.  
 Freytag 95.  
 Frick 18 541.  
 Friedländer 95.  
 Friedrich 245.  
 Frischeisen 142.  
 Frobenius 207.  
 Fuchs 11 213 244 275.  
 Funk 222 495 ff.  
 Furlan 562.

**G.**

Galiani 343 573.  
 Gareis 146.

Garin 282.  
 Garnier 322 457.  
 Garriguet 206 ff.  
 Gaume 163.  
 Gehrig 296.  
 Gelesnoff 9.  
 Gentilis, Alb. 203.  
 George 219 ff. 232 ff.  
 Gerig 296.  
 Gerlach 197.  
 Gerson 495.  
 Geyer 180.  
 Geyser 133 148.  
 Gibbons 525.  
 Giddings 87.  
 Gide 61 237 336 411 554.  
 Gierke 148 161 f. 204 250  
 271 431 436 518.  
 Girard, de 416.  
 Gladstone 190.  
 Glaser 230.  
 Gnauck-Kühne 453.  
 Gobineau 91.  
 Goedeckemeyer 495.  
 Godwin 282 ff. 312.  
 Goldfriedrich 112.  
 Goldscheid 394 402 475 506.  
 Goldschmidt 553.  
 Goltz, von der 214.  
 Görres 28 494.  
 Gorter 350.  
 Gossen 61 234 f. 557 562.  
 Gothein 74 82 89 163.  
 Goyau 408.  
 Grabmann 127 495.  
 Gräbner 207.  
 Grabowsky 484.  
 Gradmann 215.  
 Graziani 61.  
 Greef, de 87.  
 Gregor VIII., hl. 275 f.  
 Greulich 282 ff. 323 ff.  
 Groß 6.  
 Grosse 97 ff. 165 ff. 207.  
 Grotius 208 284.  
 Gruber 82 ff. 148 281.  
 Grünberg 321 ff.  
 Grupp 125 172 242 244.  
 Guillaume 317.  
 Guizot 98.  
 Gummerus 254.  
 Gumplowicz 90 102 187.  
 Günther 320 ff.  
 Gutberlet 82 166 541.  
 Guyot 24 412.

## II.

Hackelsberger 401.  
 Hacker 125.  
 Hänisch 402.  
 Haessle 9 28 33 37.  
 Haffner VII 74 281.  
 Hahn 210.  
 Hall 334.  
 Haller, v. 201 ff. 298.

Hammacher 321 ff.  
 Hammerstein, L. v. 363 488.  
 Hamon 320.  
 Hannak 98.  
 Hanssen 212.  
 Haring 127.  
 Harms 9 12 32 244 277 345  
 464 471.  
 Harnack 107 228.  
 Harpuder 269.  
 Harrington 327.  
 Hartmann, v. 282.  
 Hasbach 108 223 281 f. 537  
 546.  
 Hatschek 175.  
 Hättenschwiller 176 413.  
 Hauck 75.  
 Haurand 409.  
 Haussonville, de 409.  
 Haxthausen, v. 213.  
 Headlam 412.  
 Heckel, v. 4 31 125.  
 Hegel 99 104 298 347 ff.  
 Heiderich 178.  
 Heine, W. 381.  
 Heinen, A. 110.  
 Held, A. 14 320 ff.  
 — Fr. 235.  
 Helferich, v. 281 295 554.  
 Hellauer 465 ff. 471.  
 Heller 173 ff.  
 Hellwald, v. 131.  
 Herder 99 109.  
 Hergenröther 202.  
 Herkner 9 122 320 ff. 378  
 479 489.  
 Hermann, v. 1 9 13 17 457  
 553 f.  
 Hertling, v. 74 79 f. 175 ff.  
 202 206 216 ff. 281 329  
 408 ff. 431 515.  
 Hertzka 235.  
 Hesse, A. 89 122 565 572.  
 Hildebrand, Br. 46 244 ff. 281  
 289 471 f. 553.  
 — Gerhard 353.  
 — R. 165 167 210.  
 Hilferding 320 ff. 372.  
 Hilgenreiner 495.  
 Hilgnitt 321.  
 Hintze 98 106 110 112 117  
 136 256.  
 Hipler 352.  
 Hirschberg 408.  
 Hirst 281.  
 Hitze 8 38 78 206 330 382  
 408 ff.  
 Hobbes 78 203 207 285.  
 Hoffmann 148.  
 Hohoff 20 28 320.  
 Holaind 237 321.  
 Holst 348.  
 Holtzendorff 147 175.  
 Hooker 312.  
 Hops 215.  
 Horneffer 439.

Hufeland 553.  
 Hugo 234 282 320.  
 Humboldt, W. v. 111.  
 Huene, v. 276.  
 Huppert 281 297.  
 Husserl 140.  
 Huth 282 295.  
 Hyndman 231.

## I.

Jäger, E. 206 319 345 396.  
 — G. 9 321.  
 Jansen, B. 135.  
 Janssen 244.  
 Jaspers 138.  
 Jastrow 352.  
 Jaures 320.  
 Jay 413.  
 Jedzink 169.  
 Jehan de Johannis 472.  
 Jellinek 146 ff. 162 175 181  
 441.  
 Jentsch 1 89 263 269 281  
 293 408.  
 Jerusalem 134 ff.  
 Jevons 22 61 561.  
 Jhering 79 146 242.  
 Ilgner 17 28 52 495.  
 Inama-Sternegg 281.  
 Ingram 257 494 554.  
 Jodl 281.  
 Jourdain 495.  
 Izoulet 412.

## K.

Kalinski 402.  
 Kämpfe 17 319.  
 Kampffmeyer 104 401 f.  
 Kant 124 204.  
 Kantorowicz 93.  
 Katharina II. 225.  
 Kaufmann, A. 540.  
 — E. 143 146 148.  
 — M. 412.  
 Kaulla 28.  
 Kautsky 98 229 320 ff.  
 Kautz 24 276.  
 Kelleher 207.  
 Kellenaes 214.  
 Kellenberger 29.  
 Keller 163 358.  
 Kelsen 95 144 146.  
 Kempel 408.  
 Kerby 321.  
 Kerschensteiner 409.  
 Ketteler, v. VII 78 186 346 ff.  
 408 ff.  
 Keufler, v. 214.  
 Keyserling 409.  
 Kidd 90 282 308.  
 Kieff 148.  
 Kindermann 409.  
 Kingsley 412.  
 Kipp 206.

Kirchmann 85.  
Kircup 321.  
Kirschner 23.  
Klebs 531.  
Klein, Fr. 449.  
Kleinwächter 165 169 244 ff.  
300 498.  
Klimke 148.  
Klug 148.  
Knapp 82 198 214.  
Knies 28 44 ff. 52 210 269  
296 315 ff. 456 457 ff.  
463 ff. 493 534 537 546 ff.  
Koepp 366.  
Köhler 142.  
Kohler 145 f.  
Koigen 99 320.  
Kopp 495.  
Koppel 320 ff.  
Koppers 91 137 163 207 210.  
Kozak 52 194 ff.  
Krabbe 147.  
Krapotkin, v. 319.  
Kraus 67 553.  
Krebs 133.  
Krohn 82.  
Krose 500.  
Kuefstein, v. 28 413.  
Kuhn 175 495.  
Külpe 136 142 144.  
Kuypers-Simkhowitsch 214.

**L.**

Lacombe 87 546.  
Lafargue 109 342 ff.  
Lamartine 330.  
Lamprecht 98 ff. 167 213  
431.  
Landmesser 9.  
Landsberg 148.  
Langhard 282.  
Lassalle 208 345 ff.  
Lasson 187.  
La Tour-du-Pin 413.  
Launhardt 562.  
Laveleye, de 8 92 213 237  
310 508 532 551.  
Lavergne, de 281.  
Lawrow 402.  
Laymann 496.  
Lazarus 87.  
Le Bon 87 110.  
Lechtape 409.  
Lederer 66.  
Legien 369.  
Lehmen 133 148.  
Lehmkuhl 175 413 496.  
Lehr (Heckel, v.) 3 5 28 31  
125 269 560.  
Leibniz 142.  
Leist 206.  
Lémoziu 386.  
Lenin 407.  
Lenormant 211.  
Lentner 277.

Lenz 105 480.  
Leo XIII. 132 148 175 ff.  
186 206 ff. 294 f. 510 ff.  
Leone 562.  
Leonhard 213.  
Le Play 95 163 ff. 555 f.  
Leroux 322 410.  
Leroy-Beaulieu, P. 9 320.  
Leser 281.  
Lessel 496.  
Letourneau 91.  
Letrosne 288.  
Lett 409.  
Leubuscher 406.  
Levasseur 554.  
Levy 282 303.  
Lévy-Brühl 123 137.  
Lexis 9 12 27 f. 66 82 90  
93 99 116 163 176 247 ff.  
262 269 281 ff. 301 447  
456 486 507 ff. 532 ff. 546.  
Liancourt 330.  
Liberatore 9 24 42 413 456  
504.  
Lieben 61 562.  
Liebknecht, W. 338 ff.  
— W. jun. 28.  
Liebmann 349.  
Lichtenstein, A. v. 413.  
Liefmann 28 f. 61 244 257  
263 456 460 467.  
Liese 174.  
Lifschitz 29 66 546 f.  
Lilienfeld, v. 82 90 f.  
Lindau 347.  
Lindner 98 100 104.  
Lingg 175.  
Lippert 131.  
List 244 ff. 293 ff. 471 553.  
Littré 87.  
Llovera 413.  
Lloyd Jones 338.  
Locke 58 223 f. 284.  
Löning 176 205.  
Lopez 413.  
Lorenz 320 350.  
Loria 82 ff. 366 ff. 409 554.  
Lorin 413.  
Lotz 41 553.  
Louis 320 f.  
Ludlow 412.  
Lugo, de 496.

**M.**

Mach 348.  
Machiavelli 203.  
Mackay 282 316.  
MacLennan 165.  
Macleod 20 542.  
Mahnke 142.  
Maine 91 213.  
Malthus 297.  
Malynes 301.  
Mangoldt 25 247.  
Mann 28 30 38.

Mannier 82.  
Manning 413.  
Marguery 243.  
Mariana 496.  
Mariupolsky 124.  
Marlo (Winkelblech) 3 9  
331 ff.  
Marshall 17 28 61 69 505  
523.  
Martius, de 91.  
Martitz, v. 147.  
Marx 43 ff. 46 60 82 ff. 109  
342 ff.  
Masaryk 95 342 ff. 400 563.  
Maspero 211.  
Maurenbrecher 206 495.  
— H. 173.  
Maurer, v. 212 f.  
Maurice 412.  
Mausbach 127 147 175 495.  
May 260 408.  
Mayer, G. 335.  
— M. E. 143 146.  
— Richard 253.  
Mayr, G. v. 74 98 148 165  
435 498 ff. 517 ff. 532 ff.  
543 554.  
McGlynn 234.  
Meffert 82 176 229 283 328  
359 417.  
Mehring 320 ff.  
Meinecke 98.  
Meinertz 74.  
Meitzel 336 425.  
Meitzen 214.  
Mélined 175.  
Menger, A. 196 320 ff.  
— C. 17 27 f. 61 273 461  
512 546 ff.  
Meray, v. 158.  
Merkel 99 180 ff. 554.  
Meschler 17.  
Meslier 325.  
Messer 136 142 281.  
Meszlény 24.  
Meyer, Ed. 100 252.  
— Rud. 194 320 334.  
— Theod. v. 1 29 32 f. 74  
98 126 148 155 ff. 162 ff.  
175 ff. 201 ff. 508.  
Michael 244.  
Michaelis 303.  
Michels 320 ff.  
Milhaud 390.  
Mill, Jam. 298.  
— J. St. 28 52 f. 54 101 232  
297 511 548 ff.  
Ming 321.  
Minghetti 493 508.  
Mirabeau 207.  
Misselden 301.  
Missiaen 381.  
Mitscherlich 484.  
Mitteis 254.  
Mohl, v. 74 78 175 326 463.  
Molina 490.



Molinari, de 24 310 412 532.  
 Mommsen 95 210.  
 Montesquieu 202 f. 285 305.  
 Mooney 413.  
 Moore 327 408.  
 Moormeister 28 494.  
 Morelly 325 ff.  
 Morgan 91 97 f. 165.  
 Moy, v. 171.  
 Muckle 84 321 ff.  
 Mühlberger 282.  
 Müller, Ad. 175 204 298 538.  
 — G. E. 138.  
 — Joh. 156.  
 — Rich. 269.  
 — -Lyer 87.  
 Mumbauer 282.  
 Mun, de 413.

**N.**

Nacht 194 334.  
 Nasse v.  
 Naumann 449.  
 Nathusius, v. 175 408.  
 Natorp 124 133 139 f. 402  
 409.  
 Neher 156.  
 Nelson 147.  
 Netschajew 312.  
 Nettlau 317.  
 Neuhaus 365.  
 Neukamp 206.  
 Neumann 1 9 18 26 28 47  
 50 67 279 409 496 532  
 540.  
 Neurath 74 200 281 402 493.  
 Nickel 269 320.  
 Nicklisch 471.  
 Nicolay, Hartmann 142.  
 Nietzsche 39 311.  
 Nitzsch 352.  
 Nordhoff 338.  
 Noricus 409.  
 North 302.  
 Nossig 320.  
 Nostitz, Hans v. 320.  
 Nostitz-Rieneck, v. 98 447.  
 Noyes 321.

**O.**

Oberdörffer 230.  
 Oberhauser 409 455.  
 O'Brien 231 346.  
 Oncken, A. 14 105 225 244 ff.  
 260 281 ff. 496 ff.  
 — Herm. 345.  
 Oppenheimer 93 122 321.  
 Oppert 211.  
 Orano 352.  
 Oresmius 495.  
 Ortes 456.  
 Ortí y Lara 413.  
 Ott 175 ff. 281 283 440 495  
 526.

Oettingen, v. 532.  
 Otto 330.  
 Overbergh, van 95 320 ff.  
 Owen 338 ff.

**P.**

Pachtler 319.  
 Palyi 99.  
 Pannekoek 350.  
 Pantaleoni 61 67.  
 Pareto 61 562.  
 Parkinson 412 f.  
 Parvus 352.  
 Pastor 244.  
 Paszkowski 282.  
 Patricius 425.  
 Patten 28 61 87.  
 Paulsen 209.  
 Paulus, hl. 100 156 229  
 409 ff. 559.  
 Peabody 409 ff.  
 Pecchio 352.  
 Peiser 211.  
 Peisker 215.  
 Penty 406.  
 Périn 98 239 408 415 ff.  
 493 535 572.  
 Pesch, Christ. 175 ff.  
 — Tilm. 18 f. 33 f. 82 133  
 156 461 541 564.  
 Peschel 165.  
 Petrucci 217.  
 Petty 58.  
 Peus 402.  
 Pfülf 186 325 ff. 346 424.  
 Philippi 203.  
 Philippovich, v. 1 12 17 23  
 28 70 73 121 175 244 ff.  
 267 269 279 409 546 ff.  
 575.  
 Pic 412.  
 Pieper 172 409 ff.  
 Pierson 61.  
 Pierstorff 254.  
 Pirenne 98.  
 Pius X. 218 527 ff.  
 Planck 201.  
 Plato 156 325 f. 483.  
 Platter 277 340 379.  
 Plechanow 282 347 ff.  
 Plener, v. 346.  
 Plenge 320 ff. 403.  
 Pluhr 413.  
 Pohle 13 121 247 264 320  
 463 486.  
 Pöhlmann 212 320 326 554.  
 Poinsard 556.  
 Pribram 436.  
 Prince-Smith 175 303 f. 553.  
 Prins 386.  
 Prinz 252.  
 Prinzing 165.  
 Prión 467.  
 Proudhon 282 ff. 312 ff.  
 Puchta 206 242.  
 Pufendorf 202 285 305.

**Q.**

Quesnay 14 28 f. 286 ff.  
 Quessel 110 387.  
 Quételet 73 87 531 ff.

**R.**

Rachfahl 98 105 111 167 210.  
 Radbruch 147.  
 Radeck 408.  
 Radloff 110.  
 Rea 281.  
 Ranke 98 108.  
 Raper 7.  
 Rappaport 402.  
 Ratzel 165 167 177 210.  
 Ratzenhofer 82 90 98.  
 Ratzinger 90 206 229 493 ff.  
 Rau 9 25 ff. 47 470 553.  
 Raumer, v. 242.  
 Reclus 319.  
 Rehm 175.  
 Rehmke 137.  
 Reinke 125.  
 Reischle 98.  
 Renner 402.  
 Rentsch 175 303.  
 Retzbach 9 413.  
 Reybaud 330 ff.  
 Rhenisch 531.  
 Ricardo 28 53 ff. 232 297  
 547 ff. 574 f.  
 Ricca-Salerno 61 554.  
 Rickert 98 100 f. 136 ff. 532.  
 Rieder 148 157.  
 Riehl 9 74 79 95 163 171.  
 Riezler 254.  
 Ringseis, v. 453.  
 Rist 336 411.  
 Ritschl, A. 229.  
 Ritter, H. 285.  
 Rivers 207.  
 Rizzi 122 282 550 f.  
 Roberty, de 87.  
 Rocholl 98.  
 Rocker 283.  
 Rodbertus, v. 23 44 194 ff.  
 334.  
 Röder 298.  
 Roloff 326.  
 Rondelet 508.  
 Röser, A. 163.  
 Rösler, A. 162.  
 Roosevelt 115.  
 Roscher 1 9 17 172 211 ff.  
 256 419 495 f. 523 f. 546 ff.  
 Roschlau 86.  
 Rosenbaum 345.  
 Rosenberg 57 205.  
 Rosenstock 321.  
 Roesler, H. 206 265 f. 269  
 282 295 424.  
 Roßbach 74 77 131 163.  
 Rossi 461 476 504.  
 Rost 29.

Rottmanner 228.  
 Rousseau 202 f. 285.  
 Ruhland 408 456 573.  
 Rümelin 100 130 133 532.  
 Ruskin 412.  
 Rutten 413.  
 Ruville, v. 98 133.

**S.**

Sacher, Ed. 371.  
 — Herm. 74 175.  
 Sainte-Beuve 282.  
 Saint-Léon 413.  
 Saint-Simon 84 331 ff.  
 Salmasius 203.  
 Samter 206 f.  
 Sancha y Nervas 413.  
 Sanz y Escartin 413.  
 Sartorius 553.  
 — v. Waltershausen 264 465.  
 Savatier 321.  
 Savigny, v. 99 162.  
 Sax 17 61 408 461 546.  
 Say, J. B. 3 22 28 41 297 410 492 547 ff.  
 Sayce 211.  
 Schäfer, W. 282.  
 Schäffle, v. 1 8 f. 15 17 22 28 82 ff. 158 175 244 260 320 ff. 408 ff. 450 489.  
 Schallmeyer 189 282 307.  
 Schanz 352.  
 Schaepman 413.  
 Schäppi 330.  
 Schär 467 471.  
 Scharling 28 60.  
 Schatz 437.  
 Schaub 206 ff. 239 319 352 398 426.  
 Scheel, v. 206 216 320.  
 Scheler 9 19 140 ff. 148 413.  
 Schell 132.  
 Schelle 281.  
 Schelling 298.  
 Scherer 9 37 74 104.  
 Scheuffgen 82.  
 Schiffini 18 f. 153 ff.  
 Schilder 277.  
 Schilling 74 127 148 206 217 228 495.  
 Schindler 413.  
 Schippel 402.  
 Schitlowsky 353.  
 Schlözer 501.  
 Schlund 320.  
 Schmalenbach 471.  
 Schmidt, Kasp. (Max Stirner) 316.  
 — Konr. 99 369 ff.  
 — P. 206.  
 — Rich. 161 175.  
 — W. 91 137 165 207.  
 Schmitt, K. 127.  
 Schmittmann 404 f.

Schmoller v 1 9 13 19 40 117 122 165 168 ff. 175 209 ff. 244 ff. 269 283 355 ff. 501 ff. 519 ff. 532 ff. 546 ff. 567.  
 Schneider, W. 82 92 167 308.  
 Schnürer 98.  
 Schönberg 9 244 ff. 269 493 515 f. 532 534.  
 Schöne 99 ff.  
 Schönitz 480.  
 Schrader 167.  
 Schreiber 148 495.  
 Schröder 167 213.  
 Schubert 282.  
 — -Soldern 137.  
 Schüller, R. 546.  
 Schulte, Al. 244 ff. 254.  
 Schulz, A. 402.  
 Schultze, E. 13 99 450.  
 Schulze-Gaevernitz 85 191 347 ff. 400 412.  
 Schumacher 277.  
 Schumpeter 28 61 122 546 ff. 562 f. 575.  
 Schuppe 137.  
 Schürholz 400.  
 Schüz, v. 472 515.  
 Schwalm 386.  
 Schwalna 74.  
 Schwarz, M. 28 30 37 409.  
 Schweitzer 258 281.  
 Schwer 148 176.  
 Schwyer 276.  
 Schwiedland 15 74 149 274 494.  
 Seidenberger 282.  
 Seidler 160 ff. 175 205.  
 Seilhac 321.  
 Seipel 228 495.  
 Seligman 9 23 132.  
 Senior 461 551.  
 Sering v 384.  
 Serra 498.  
 Seydel 175.  
 Sidgwick 511.  
 Sieveking 492.  
 Sigwart 532.  
 Silberling 336.  
 Simiand 412.  
 Simmel 74 82 f. 87 95 138 160 483 532.  
 Simon, Hel. 338.  
 Singer 330 ff.  
 Sismondi 298 366 410 512.  
 Skarzynski 282 289.  
 Small 82.  
 Smart 61.  
 Smet, de 546.  
 Smith, Ad. 28 41 53 ff. 175 281 ff. 410 462 546 ff.  
 — G. 211.  
 Soda 532.  
 Soden 553.  
 Soderini 408 ff.

Sombart 9 11 ff. 34 f. 95 121 f. 210 244 ff. 267 f. 321 ff. 473 479 517 532 f. 562.  
 Somló, Fel. 94 215 252.  
 Sommerlad 230.  
 Soetbeer 303.  
 Spann 74 99 124 175 191 204 269 281 377 409 447 456.  
 Spargo 342.  
 Spencer, H. 82 ff. 165 f. 282 306 ff.  
 — Th. 231.  
 Spengler 139.  
 Spillmann 327.  
 Spinoza 205.  
 Spranger 138.  
 Stahl 129 175 222 298.  
 Stamm, Th. 9 235.  
 Stammhammer 320.  
 Stammer 19 82 98 124 129 f. 200 320 ff. 532 572.  
 Starke 167.  
 Staudinger 402.  
 Stauff 409.  
 Steccanella 319 326.  
 Steffen, G. 74.  
 Steffes 175.  
 Stegmann 230 282 320.  
 Stein, Lor. v. 74 78 175 320 ff. 456 554.  
 — Ludw. 82 91 ff. 124 162 554.  
 Steinbach 37 497.  
 Steinbüchel 133 148 320.  
 Steinmetz 91.  
 Steinthal 87 537.  
 Stephinger 546.  
 Stewart 296.  
 Stieda 502 554.  
 Stier-Somlo 207.  
 Stieve 50.  
 Stille 556.  
 Stirner 316.  
 St. Marc 61.  
 Stöckl 163 205 281 ff.  
 Stolzmann 124 408 423 456.  
 Storeh 553.  
 Stourm 412.  
 Straßmaier 211.  
 Strauß, D. 92.  
 Struve 353 402.  
 Stuckenberg 82.  
 Suarez 18 496.  
 Südekum 402.  
 Sulzbach 350.  
 Sulzer 61.  
 Süßmilch 501 521.  
 Sybel, v. 108 212.  
 Symes 375.  
 Szabó 357.

**T.**

Tacitus 213.  
 Taine 109 115 572.

Taller 425.  
 Taparelli 19 148 ff. 176 ff.  
 Tarde, de 87 411.  
 Taylor 234.  
 Tessen-Wesierski, v. 148 f.  
 Thiers 207 305.  
 Thill 206.  
 Thissen 190.  
 Thomas von Aquin, hl. 18 f.  
 29 58 125 154 201 f. 228  
 473 495 549.  
 Thomasius 69.  
 Thoemes 495.  
 Thompson 337 366.  
 Thornton 281.  
 Thorsch 115.  
 Thünen 296 550.  
 Tindal 284.  
 Tiring 409.  
 Tischleder 176.  
 Toke 413.  
 Toland 284.  
 Toniolo 409 ff. 456 546.  
 Tönnies 74 87 f. 95 f. 134  
 307 321 ff. 444.  
 Tourville, de 555.  
 Toynbee 412.  
 Traub 126 359.  
 Trautwein 345.  
 Treitschke 78 108 175.  
 Trendelenburg 207.  
 Troeltsch 99 126 136 148 228.  
 Tronchet 207.  
 Trotzky 407 f.  
 Tucker 282 319.  
 Tugan-Baranowski 57 320 ff.  
 391.  
 Turgot 31 288 330.  
 Tylor 91.

**U.**

Überweg-Heinze 281.  
 Untermann 348.

**V.**

Vaihinger 139.  
 Vairasse 327.  
 Vandervelde 320 ff.  
 Vangerow 206.  
 Van Gestel 206.  
 Verdross 147.  
 Vermeersch 24 28 50 161  
 206 ff. 319 408 ff. 455.  
 Vicent 413.

Vico 137.  
 Vierkandt 74 98 137 210.  
 Vlieberg 207.  
 Vogelsang, v. 8 74 78 163 ff.  
 269 413 ff. 496.  
 Voigt, A. 36 121 f. 321 467  
 432 546.  
 Vollmar, v. 193 384.  
 Vorländer 347 402.

**W.**

Wagner, Ad. v 1 6 9 12  
 14 ff. 17 28 70 ff. 91 95  
 175 197 ff. 206 237 244 ff.  
 269 281 ff. 301 306 408 ff.  
 417 ff. 442 452 456 468  
 493 ff. 532 537 546 ff. 565  
 573.  
 Waha, de 237 321 ff. 409 ff.  
 445.  
 Waitz 74 169 207 413 494.  
 Waldhecker 222.  
 Walker 495.  
 Wallace 232 ff.  
 Wallon 95.  
 Walras 61 206 562.  
 Walter, Ferd. 202.  
 — Franz 130 148 206 ff. 230  
 241 f. 273 319 f. 409 ff.  
 415 495.  
 Waentig 85 577.  
 Ward 88 94.  
 Warschauer 321 ff.  
 Wasmann 91.  
 Wasserrab 409 449 546.  
 Water 413.  
 Waxweiler 95 435.  
 Webb 321 ff.  
 Weber, Ad. 1 110 121 f.  
 269 456 463 488 546 f.  
 — Alfr. 541.  
 — Marianne 347.  
 — Max 7 37 95 121 136  
 242 244 ff. 527 568.  
 — Sim. 8.  
 Wehberg 235.  
 Weil 84.  
 Weinand, Heinr. 496.  
 — Joh. 202 281 f. 495 556.  
 Weinhold 9.  
 Weißengrün 320.  
 Weiß, A. M. 8 38 74 163  
 319 335 400 ff. 408 ff. 493.  
 — F. X. 69.  
 Wellstein 39.

Wenkstern, v. 320 365 465.  
 Werthmann 413.  
 Weryho 353.  
 Westermarck 94 163 ff. 217.  
 Weyermann 471 480.  
 Wicksell 61.  
 Wicksteed 61.  
 Wiebrand 343.  
 Wiedenfeld 277.  
 Wiese, Leop. v. 74 93 135  
 191 350 445 467 573.  
 Wieser, v. 17 27 f. 61 560 f.  
 Wilbrandt 172 245 320 402.  
 Willmann 129 148 281.  
 Willms 133.  
 Wilutzky 205.  
 Windelband 90 101 123 136  
 532.  
 Windscheid 296.  
 Winter 319.  
 Winterstein 206 229.  
 Wirth 293 302 553.  
 Wittich 294.  
 Wodon 164 252 f. 439.  
 Wolf, J. 118 121 f. 223 320  
 557.  
 — M. 164.  
 Wollaston 384.  
 Wolowski 496 573.  
 Woltmann 320 ff.  
 Worms 88 90.  
 Wundt 87 96 98 103 112  
 115 137 164 519 532.  
 Wuermeling 383.  
 Wust 133 148.  
 Wygodzinski 214.

**X.**

Xénopol 95 f. 100 532.

**Z.**

Zdziechowski 317.  
 Zeiller 496.  
 Zeller 281 540.  
 Zenker 182.  
 Zeyß 282 290 f.  
 Ziegler 281 343.  
 Ziehen 138.  
 Zimmer 167.  
 Zocchi 282.  
 Zoepfel 277.  
 Zuckerkandl 28 557.  
 Zwiedineck-Südenhorst, v.  
 152 f. 463 479 f.



## SACHREGISTER.

### A.

Absolutismus und christliche Gesellschaftslehre 76; politischer A. 203.  
 Agrarsozialismus 231 ff.  
 Agrarwesen der alten Deutschen 212 ff.  
 Akkumulationstheorie, Marxistische 362 366 381 ff. 395.  
 Allgemeinheit nationalökonomischer Erkenntnis 569 ff.  
 Altertum und Fragen des Wirtschaftslebens 494 f.  
 Analogien, mißbräuchliche, in der Gesellschaftslehre 90 f.; in der Eigentumslehre 212 ff.  
 Anarchie der Produktion 361 397 f.  
 Anarchismus 311 ff.; Lehre Proudhons 312 ff.; Stirners Lehre 316 f.; Bakunin 317 f.; Netschajew, Propaganda der Tat 318 f.; Krapotkin 319.  
 Angebot und Nachfrage 49 f. 60.  
 Anthropozentrische Auffassung des Wirtschaftslebens 16 f.  
 Äquivalenzgesetz 50.  
 Arbeit, Begriff und Wesen 9 f.; Gesetz der A. 10 f.; wirtschaftliche A. 11; sozialer Charakter der A. 38; A. als „Amt“ 38; Recht auf A. 330 ff.; die A. im sozialen Arbeitssystem 455.  
 Arbeiter und Arbeitgeber, Pflichten derselben 524 ff.  
 Arbeitsertrag, Recht auf den vollen 333 f.  
 Arbeitsprinzip und Kostenprinzip in der Wertlehre 57 373 ff.  
 Arbeitssystem, soziales, im Gegensatz zum individualistischen Kapitalismus und Sozialismus 455.  
 Arbeitsteilung (berufsmäßige u. technische) 30 ff.  
 Arbeitsvereinigung 30 ff.  
 Arbeitszeit, gesellschaftlich notwendige in der Marxistischen Theorie 364 ff.  
 Aufgabe der Volkswirtschaft 274 f.; der Volkswirtschaftslehre 458 ff.  
 Aufklärungsphilosophie und Gesellschaftslehre 77 ff. 283 ff.  
 Ausbeutungstheorie, Marxistische s. Mehrwerttheorie, Verelendungstheorie.  
 Autorität als Wesenselement gesellschaftlicher Verbände 153 ff.; staatliche A. 200 ff.

### B.

Bedarfbefriedigung des Volkes Aufgabe der Volkswirtschaft 274 f. 458 ff.; eine Kulturaufgabe 459 f.  
 Bedarfsdeckung und Erwerb als Wirtschaftsprinzipien 268.  
 Bedürfnis, Begriff 3; Arten der B. 4; psychologische und nationalökonomische Betrachtung 7 545; sittliche Grenze und Optimum der B.befriedigung 8.  
 Bernsteins Kritik des Marxismus 380 f. 391 ff.  
 Beruf 30 36 f.  
 Berufsgenossenschaften 434 448 459.  
 Besitzgüter, freie 22.  
 Bevölkerungskapazität 245.  
 Biologisch-organische Schule der Soziologie 88 ff.  
 Bodenreformbewegung 234 ff.  
 Bolschewismus 407 f.  
 Breysigs Entwicklungsschema 105 f.  
 Bücher-Schmollersche Stufentheorie 249 ff.

### C.

Caritas innerhalb des solidaristischen Systems 412 ff. 432 ff. 450.  
 Causa und Telos 98 ff. 119 ff. 125 ff. 467 ff. 472 ff.  
 Chartisten 344.  
 Christen, die ersten, und der Kommunismus 229 ff.  
 Christliche Auffassung der Arbeit 10 f. 16 f. 23 f. 524 ff.; der Solidarität 33 ff.; des Wirtschaftslebens 78 ff. 410 ff. 415 ff. 424 ff. 494 ff.; vom Rechte 125 ff.; vom Ziel der Menschheit 131 ff.; von der Familie 163 ff.; vom Staate 175 ff.; vom Eigentum 215 ff. 223 f.  
 Christliche Demokratie und Pius X. 525 ff.  
 Christlicher Sozialismus 322 404 f.; in England 412.  
 Comtes Soziologie, intellektuelle und psychologische Schule 85 ff.

### D.

Darwinismus und Individualismus 306 ff.  
 Degradationstheorie 210.  
 Deismus, naturalistischer und A. Smiths Lehre 289 ff.  
 Demokratie, christliche, und Pius X. 525 ff.

Dienstbotenfrage 172 ff.  
 Diktatur, proletarische 362 386 ff. 397 ff.  
 Durchschnittsproftrate, Rätsel der 374 ff.  
 Dynamik, soziale, nach Comte 86 f.

## E.

Ehe 164 ff.; Gruppenehe 165; Endogamie und Exogamie 166; Mutterrechtstheorie 166 ff.

Eigennutz 287 292 ff. 306 ff. 316.

Eigenproduktion 40 249 ff.

Eigentum s. Privateigentumsinstitution.

Einheit der gesellschaftlichen Verbände 150 f.; der Volkswirtschaft 271 ff.; der Kultur 505 f.

Einteilung der Volkswirtschaftslehre 573 ff.  
 Einzelwirtschaft, ihr Leben in der Gesellschaft 70 ff.

Empirische Gesetze und Naturgesetze 544 ff.  
 Empirische Soziologie, deren Möglichkeit 94 ff.

Empirismus 283 ff. 564.

Endogamie und Exogamie 166.

Enqueten 502.

Entwicklung, gesellschaftliche, im Sinne der evolutionistischen Soziologie 82 ff.; in kausaler und teleologischer Betrachtung 98 ff.; Faktoren der E. 100 f.; Gesetze der E. 100 ff.; keine allgemeingültigen Gesetze 107 ff.; Individuum und Masse in ihrem Einfluß auf die E. 108 ff.; Telos und E. 119 ff.; Menschheitsgeschichte und E. 125 ff.; Entwicklungstheorie u. Privateigentum 208 ff.; Entwicklungstheorie der materialistischen Geschichtsauffassung 350 ff.; der Entwicklungsbegriff ein organischer Begriff 353 f.; Evolutionismus u. Ethik 510 ff.; s. auch Wirtschaftsstufen.

Erbrecht 220 f. 238 ff.; des Staates 240.

Erfahrungstatsachen, allgemeine 535 ff. 545.

Erziehung, staatsbürgerliche 452.

Ethik 503 ff.; Formalobjekt der E. 508; ethische Richtung in der Nationalökonomie 515 ff.; evolutionistische Auffassung der E. 519 ff.; die verschiedenen Methoden in ihrem Verhältnis zur E. 567 f.

„Ethische Sozialisten“ 412.

„Ethischer Individualismus“ 439.

Ethnologie 92 ff.

Evolutionismus s. Entwicklung, Historismus.

Evolutionstheorie, absolute, in der Eigentumslehre 208 ff.; gemäßigte 215 ff.

Exakte Nationalökonomie 558, s. auch Gesetze.

Existenzminimum 5 f.

## F.

Fabische Gesellschaft 400 Anm.

Familie 163 ff.; Begriff 163 f.; Geschichtliches 164 ff.; patriarchalische, Sippen- oder Gentilverfassung 168; wirtschaftliche Funktionen der F. 168 ff.; Wichtigkeit eines gesunden Familienlebens 170 ff.; Dienstbotenfrage 172 ff.

Föderalismus nach Proudhon 315.

Formalobjekt der Volkswirtschaftslehre 458; F. und Selbständigkeit einer Wissenschaft 494 ff.

Fortschritt, wahrer 130 ff.

Fourierismus 336 ff.

Freie Güter, freie Besitzgüter, gemeinfreie Güter 22 f.

Freiheit und Gleichheit 328 f.; individuelle F. 438 ff.

Freiheitslehre, wirtschaftliche, der Physiokraten 286 ff.; bei A. Smith 289 ff.; freiwirtschaftliches Prinzip im allgemeinen 298 ff.; Freiheit des internationalen Handels 301 ff.; deutsche Freihandelschule 303 ff.; F. der Darwinistischen Soziologie (Manchestertum) Spencers 88 306 ff.; nach Kidd 308 f.

## G.

Gebrauchswert und Tauschwert 41 ff. 52 ff.  
 Gehöferschaften, Trierer 214.

Geldwirtschaft als Wirtschaftsstufe 247 ff.  
 Gemeineigentum, ursprüngliches, am Ackerboden 211 ff.; vgl. auch Sozialismus und Agrarsozialismus.

Gemeinhaftung s. Solidarismus.

Gemeinschaft 75 f. 155 269 ff. 433 f.

Gemeinschaftsgedanke s. Solidarität, Solidarismus.

Gemeinsinn 419 452 f.

Gemeinwirtschaft 70 f.; freie und Zwangs-G. 71.

Gemeinwirtschaftliches Organisationsprinzip 449 ff.

Genetische Betrachtungsweise 99 f. 563 f.

Genossenschaftswesen als Solidaritätserrscheinung 454 f.

Gentilverfassung 168.

Gerechtigkeit und Liebe 33; soziale G. 432 ff. 449 453.

Geschichtsauffassung, kausale und teleologische 98 ff.; individualistische und kollektivistische G. 108 f.; materialistische G. 350 ff.; als heuristisches Prinzip 359 f.; in Bernsteins Beurteilung 392 ff.

Gesellschaft, sittlicher Rahmen der G. 32 f.; Begriff 75 ff.; G., Gemeinschaft, Verband 75 270 f. 435 ff.; Wesenselemente der G. 148 ff.; G. als Organismus 156 ff.; als moralisch-organische Einheit 158 ff.; als Persönlichkeit 161 ff.

Gesellschaftsleben, naturwissenschaftliche Auffassung 101 ff. 111 ff.

Gesellschaftslehre 76 ff.; der römischen Jurisprudenz 76; christliche G. 76 f.; ob Trennung von Gesellschafts- und Staatswissenschaft 77 f. 81 f.; philosophische und geschichtliche Auffassung in der G. 78 ff.; wissenschaftlicher Charakter der G. 81 f.; vgl. auch Soziologie.

Gesellschaftsordnung, drei Grundpfeiler der 163 ff.; G. und Wirtschaftsordnung 568.

Gesetze; Gesetz der Arbeit 10 f.; Gossensches Gesetz der Genußabnahme 61; so-

ziale G. im Sinne der Comteschen Soziologie 85 ff. 93; Entwicklungs-G. der Gesellschaft 100 ff. 112 ff.; G. und Tendenzen 198 f. 538 f.; das soziale Gesetz nach Roesler (ethische, organische, historische Auffassung) 424 ff.; Sittengesetz, Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre 503 ff.; G. der Körperwelt in der Volkswirtschaftslehre 533 f. 545 Anm.; Gesetz der Korrelativität 505 f.; G. der Volkswirtschaft 531 ff.; das Gesetz der Volkswirtschaft 532; für die Volkswirtschaft bedeutsame G. 533 ff.; Regelmäßigkeiten (empirische G.), aber keine Natur-G. 535 ff. 549 f.; statistische G., Gesetz der großen Zahl 520 ff.

Gesindewesen 172 ff.

Gestaltungsprinzipien und Organisationsprinzip 450 ff.

Gewinn, mühevoller 39.

Gewißheit, metaphysische, physische, moralische 541 ff.

Gildensozialismus 405 f.

Gleichmäßigkeit u. Besonderheit im Völkern 106 ff.

Görlitzer und Erfurter Programm 401 f.

Grenznutzen, Grenzwerttheorie 61 ff.; kritische Würdigung 66 ff.

Grundeigentum, seine Entstehung 211 ff.

Gut, Begriff 18 f.; ökonomisches G. 21 f.; freie Güter 22; gemeinfreie Güter und freie Besitzgüter 22; Materialität der ökonom. Güter 23 f.; öffentliche Güter 23; Einteilung der Güter 24 f.; Gebrauchsgüter, Genußgüter, produktive Güter, Tauschgüter, Güterwert im Tauschverkehr 40 f.

## II.

Haubergswirtschaft 214.

Hauswirtschaft als Wirtschaftsstufe 249 ff.

Hilfswissenschaften der Volkswirtschaftslehre 499 ff.

Historische Gesetze 100 ff.

Historische Methode 553 ff.; gesunde historische Auffassung 572 f. 574 f.

Historischer Materialismus 109, s. Materialistische Geschichtsauffassung.

Historisch-ökonomische Theorie in der Eigentumslehre 208 f.

Historismus, soziologischer 136 f.; historischer Rationalismus, Relativismus und Naturrecht 126 ff. 145 ff. 555 f. 564 f.

## I.

Ideal und Zweck 473 ff.

Ideologischer Überbau nach der materialistischen Geschichtsauffassung 358 ff. 392 ff.

Individualismus und christl. Gesellschaftslehre 77; philosophischer Ausgangspunkt des I. 183 ff.; physiokratischer I. 286 ff.; I. bei A. Smith 297 ff. und seinen Nachfolgern 297 ff.; individualistische Frei-

handelslehre 298 ff.; Steuerlehre 305 f.; I. im Gewande Darwinistischer Soziologie 306 ff.; Volkswohlfahrt und I. 309 ff.; Individual- und Sozialprinzip in der Organisationsfrage, Kompromiß zwischen beiden 449 ff.; I. verglichen mit dem Solidarismus 437 ff.; ethischer I. 439; I. und Universalismus 447.

Individuum und gesellschaftliche Entwicklung 108 ff. 111 ff.

Interventionismus 415 444.

Isolierungsverfahren 466 547 ff. 557 ff.

Jurisprudenz und Nationalökonomie 465 ff.

## K.

Kameralwissenschaft 457 470.

Kapitalistische Epoche, Gesetze der, nach Marx 360 ff.

Katallaktik 488 f.

Katastrophentheorie, Marxistische 362 386; nach Bernstein 397 ff.

Kathedersozialisten 484 ff.

Kausale Erklärung der Entwicklung 98 ff.

Kirchenväter und Kirchenlehrer, ihre Auffassung vom Privateigentum 227 f.

Klassenbedarf 6.

Klassenkampf in der Marxistischen Theorie 352 357 362; nach Bernstein 393.

Klassische Nationalökonomie 297 f.; ihre Methode 546 ff.

Komfort 6.

Kommunismus 324 ff.: Owens kommunistische Gemeinden 339 f.; angeblicher K. der ersten Christen 229 f.; kommunistische Reduktionen in Paraguay 231; K. der Klöster 230 f.

Konjunktur 71 f.

Konkurrenz, freie 287 ff. 289 ff. 298 ff.

Konzentrations-theorie, Marxistische 362 383 ff.; nach Bernstein 395 f.

Kostenwert 50 ff.: Kostenprinzip u. Arbeitsprinzip in der Wertlehre 57; in der Marxistischen Theorie 368 ff.

Kreditwirtschaft als Wirtschaftsstufe 247 ff.

Kriegssozialismus 403.

Krisentheorie, Marxistische 362 ff.; nach Bernstein 383 ff.

Kultur, Prinzip der Einheit der K. 505 f.; K. fortschritt im naturalistischen und christlichen Sinne 125 ff.; die Bedarfsbefriedigung des Volkes als K. aufgabe 459 f.

Kundenproduktion 40 249 ff.

Kunst und Wissenschaft 480 ff.

## L.

Lamprechts Theorie 104 ff.

Landesherrn, deutsche, ihre Politik 257 ff.

Lebenshaltung 5 f.

Lebensphilosophie 138 f.

Legaltheorie 207 f.; s. Privateigentum.

Liebe im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben 32 412 ff. 432 ff. 450.

Luxus 6.



**M.**

- Manchestertum 303 ff.  
 Markt, M.produktion 40 249 ff.  
 Marxismus s. Sozialismus.  
 Masse und geschichtliche Entwicklung 108 ff. 117 f.  
 Materialistische Geschichtsauffassung 350 ff.; als „Methode“ 359 f.; nach Bernstein 392 ff.  
 Materialität der ökonomischen Güter 23 f.  
 Materialobjekt der Volkswirtschaftslehre 458 ff.  
 Mehrwerttheorie, Marxistische 365 374 ff.; nach Bernstein 394 ff.  
 Mensch, seine Weltherrschaft (Tatsache, Zweck, Norm derselben) 2 ff.; wirtschaftliche Natur des Menschen 15 f.; der M. Subjekt und Ziel der Wirtschaft 16 f.; als Gattungswesen 17; soziale Natur des Menschen 29 f.  
 Metaphysik 142 f.  
 Methode, erzählende, pragmatische, genetische, in der Geschichtsforschung 99; Vorherrschaft der naturwissenschaftlichen M. 283 ff. 564; M. und Selbständigkeit der Wissenschaft 497 f.; Methodenfrage in der Volkswirtschaftslehre 546 ff.; M. der klassischen Nationalökonomie 546 ff.; M. der historischen Schule 553 ff.; Le Plays M. 555; Ehrenbergs und Thünensche M. 556 f.; M. der österreichischen, analytischen oder psychologischen Schule 557 ff.; mathematische M. 561 ff.; die richtige Verbindung der M. 577 ff.  
 Minimum, Prinzip des 14.  
 Mir, russischer 213.  
 Mittelalterliche Theologie und Jurisprudenz gegenüber dem Wirtschaftsleben 495 ff.  
 Monogamie 165.  
 Moral und Wirtschaft 15; M. und Volkswirtschaftslehre 503 ff.; s. Ethik.  
 Mutterrecht 166 ff.  
 Mutualismus 313 331.

**N.**

- Nachfrage und Angebot 49 f. 60.  
 Nächstenliebe s. Liebe.  
 Nationaler Charakter volkswirtschaftlicher Probleme 108.  
 Nationalökonomie, das Wort N. 456 f.; im übrigen s. Volkswirtschaft und Volkswirtschaftslehre.  
 Nationalökonomisches Prinzip 466 ff.  
 Natur, wirtschaftliche und soziale des Menschen s. Mensch; äußere N. in Dienstbarkeit des Menschen 17 ff.; Bedeutung ihrer Gesetze für die Volkswirtschaftslehre 533 ff.  
 Naturalwirtschaft als Wirtschaftsstufe 247 ff.  
 Naturrecht 126 ff. 145 ff.; individualistisch-rationalistische Mißdeutung des N. 128 f. 286 ff.; N. und Staat 180 ff.; naturrechtlich-ökonomische Eigentumstheorie 215 ff.  
 Neukantianer 139 f.  
 Neu-Marxismus 402.

- Nützlichkeit 10 21 f.; N. und Wert 25 ff. 40 ff. 50 ff. 61 ff. 368 ff. 380 f.; N. und Kostenwert 50 f.

**O.**

- Öffentliche Wirtschaft 70.  
 Oikowirtschaft 254.  
 Ökonomie, politische 456 f.  
 Ökonomik und Technik 12 f.  
 Ökonomische Schule der Soziologie 92.  
 Ökonomisches Prinzip 13 f.; ö. P. und Solidarität 35 ff.; privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Auffassung 467 ff.  
 Optimum und Maximum in der Bedürfnisbefriedigung 8; das richtige Optimum 506.  
 Organisationsbegriff 449 f. Anm.  
 Organisationsprinzipien der Volkswirtschaft 278 ff. 449 ff.  
 Organische Auffassung des Gesellschaftslebens 156 ff. 434 ff.; des Wirtschaftslebens 565; organische Staatslehre 203 ff.; s. Solidarismus.  
 Organische Methode 90 f.  
 Organische Schule der Soziologie 88 ff.  
 Organismus, Begriff und Wesen 156 ff. physischer und moralischer O. 158 ff. 434 ff.

**P.**

- Pandestruktion, anarchistische 318 f.  
 Paraguay, kommunistische Reduktionen in 231.  
 Patriarchalische Familienverfassung 168; Ausgang der Staatsbildung 176 f.  
 Persönlichkeit, individuelle und gesellschaftliche Entwicklung 112 ff.  
 Pflicht im Wirtschaftsleben 517 ff.  
 Philosophische und geschichtliche Betrachtung in der Gesellschaftslehre 78 ff. 96 f. 128 ff.; neueste Philosophie und Soziologie 133 ff.; sozialphilosophische Prinzipien und Systeme 278 ff.; philosophische Gesellschafts- und Staatslehre in ihrer Beziehung zur Volkswirtschaftslehre 502 f.; philosophische Methode 564 ff.  
 Phänomenologische Schule 140 ff.  
 Physiokratische Freiheitslehre 286 ff.  
 Physiologie und nationalökonomische Bedürfnislehre 545 Anm.  
 Politik, staatliche, Wirtschafts- und Sozial-P. 189 ff.; landesherrliche P. der deutschen Territorialstaaten 257 ff.; P. und Wissenschaft 484 ff.  
 Polyandrie und Polygamie 165 f.  
 Possibilisten, französische 400 Anm.  
 Prähistorische Forschung und Eigentumslehre 209 ff.  
 Prinzip der Wirtschaftlichkeit 14; der Solidarität 33 ff.; s. Solidarismus; praktische Anwendung der Prinzipien 572 f.  
 Privateigentumsinstitution 206 ff.; Begriff des Privateigentums 207; abgelehnte Eigentumstheorien 207 ff.; naturrechtlich-ökonomische Theorie 215 ff.; Begründung des natürlichen Rechts des Menschen,

Eigentum zu erwerben 218 ff.; Einwendungen 219 ff.; kulturelle, ökonomische und soziale Begründung 224 ff.; Einwendungen 227 ff.; älterer Agrarsozialismus und neuere Bodenreformbewegung 231 ff.; Eigentumserwerb 237 ff.; Erbrecht 238; Erbrecht des Staates 240; Schranken des Eigentums 240; geschichtliche Eigentumsformeln (israelitisches, römisches, deutsches E.) 241 ff.  
 Privatwirtschaft 70; privatwirtschaftliches Organisationsprinzip 449 ff. 467 ff.  
 Privatwirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre 469 ff.  
 Produktionskosten und Wert 50 ff. 376 ff.: privat- und volkswirtschaftliche Auffassung der P. 467 ff.  
 Profitrate 375 ff.  
 Promiskuität 165.  
 Propaganda der Tat, anarchistische 318.  
 Psychologie und Volkswirtschaft 15 f.; psychologischer Ausgangspunkt der Soziologie 85 ff.; Nachahmungstrieb (Tarde, 87; Individual- und Massen-P. 108 ff.; P. und Volkswirtschaftslehre 556 ff.  
 Psychologismus 137 f.

### Q.

Qualität und Quantität. Die Volkswirtschaftslehre Qualitätswissenschaft 575; Bedarfsbefriedigung des Volkes als Kultur-aufgabe 459 f.

### R.

Rationalismus, Psychologie des 111; R. und Naturrecht 126 ff. 145 ff.  
 Recht und staatliche Ordnung 181 f.; R. auf Existenz 329 f.; auf Arbeit 330 ff.; auf den vollen Arbeitsertrag 333 f.; R. und Volkswirtschaft s. Solidarismus.  
 Rechtsmonismus 144.  
 Rechtsphilosophie, neu belebt 143 ff.  
 Reform, individuelle und soziale zugleich 454; soziale R. und Moral 515 ff.  
 Regelmäßigkeiten in den menschlichen Handlungen 535 ff.  
 Religion, ihr Einfluß auf die Volkswirtschaft 8 10 16 f. 17 f. 32 ff. 76 f. 125 ff. 131 ff. 159 ff. 170 ff. 180 ff. 185 f. 189 f. Anm. 215 ff. 227 ff. 240 283 ff. 307 f. 347 ff. 410 ff. 477 ff. 480 ff. 503 ff. 526 ff. 544 f. 568 f.  
 Rentabilität als Formalobjekt der Privatwirtschaftslehre 467 ff.  
 Reproduktionskosten 58.  
 Revisionismus in der Sozialdemokratie 377 ff. 400 ff.  
 Ricardos Werttheorie 56 ff.; verglichen mit der Marxistischen Theorie 367 f.  
 Roeslers Lehre vom sozialen Gesetz 424 ff.

### S.

Schule von Nîmes 411.  
 Selbstliebe als Trieb 16 291 ff. 557 ff.

Selbstverantwortlichkeit, individuelle 435 ff.  
 Seltenheit und Wert 26 44 ff. 69.  
 Single-Tax-System 233.  
 Sippen- und Gentilverfassung 168.  
 Sitte und Sittlichkeit 519 ff.  
 Smithsche Werttheorie 54 ff.  
 Solidarismus 408 ff.; Solidaritätsidee im Sinne von Bourgeois, Gide, Durkheim usw., der christlichen und ethischen Sozialisten Englands 411 ff.; in der Soziallehre katholischer Autoren 412 ff.; bei National-ökonomien, bei Périn, bei Adolf Wagner, bei Roesler 417 ff.; S. als sozial-philosophisches System 432 ff.; verglichen mit Individualismus und Sozialismus 436 ff.; als Vermittlung zwischen beiden 445 f.; Solidaritätsprinzip als höchstes Organisationsprinzip der Volkswirtschaft 449 ff.; S. etymologisch gewürdigt 447; Solidaritätsprinzip und Steuerlehre 455.  
 Solidarität 33 ff.; S. und ökonomisches Prinzip 35 f.; S. und Beruf 36 ff.; internationale S. 433; S. höherer Gemeinschaft 440 f.  
 Solidaritätsidee. Solidaritätsprinzip s. Solidarismus.  
 Sollsein, das, in seiner Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung 119 ff.; ethisches und finales S. 472 ff.; finales volkswirtschaftliches S. 491 f.  
 Sozialismus 319 ff.; Wort und Begriff 321 ff.; christlicher S. 322 404 f.; in England 412; wissenschaftlicher S. 323 ff.; Staatsromane 326 ff.; die älteren französisch-englischen Theorien 328 ff.; Organisationspläne des kritisch-utopistischen S. Saint-Simon, Fourier, Owen 335 ff.; Marxistischer S. und sein Verhältnis zu den älteren Theorien 340 ff.; Weltanschauung des modernen S. 347; materialistische Geschichtsauffassung 350 ff.; Bewegungsgesetze der kapitalistischen Epoche 360 ff.; Wert- und Mehrwerttheorie 363 ff.; innere Auflösung des Marxistischen S. . . .; Bernsteins Kritik und der Revisionismus 377 ff. 400 ff.; Zukunftsstaat 386 ff.; über Staats-S. 191 ff.; über Agrar-S. 231 ff.; Kriegs-S. 403; „S. der Tat“ 402; organisatorischer S. 403; Marburger und Wiener Schule 402; christlicher S. 404 f.; S. verglichen mit Solidarismus 436 ff.  
 Sozialökonomik 457.  
 Sozialpolitik, staatliche 189 ff.  
 Sozialpsychische Faktoren in der gesellschaftlichen Entwicklung nach Lamprecht 112 ff.  
 Sozialrechtliche Richtung 422 f.  
 Soziologie, evolutionistische 82 ff.; ihre Aufgabe und Eigenart 83 f.; soziologische Schulen 84 ff.; intellektuelle und psychologische Schule Comtes 85 ff.; biologische und organische Schule Spencers 80 ff.; ökonomische Schule von Marx und Engels 92; Möglichkeit empirischer S. 94 ff.; empirische und philosophische S. 96 f.; S. als „Beziehungswissenschaft“ 135.  
 Sparprinzip 14.

Staat 175 ff.; Grund und Ursprung 176; Geschichtliches 176 ff.; antiker, mittelalterlicher, moderner S. 178 f.; naturrechtliche Grundlage des Staates 180 ff.; Zweck des Staates 182 ff.; öffentliche Wohlfahrt als Staatszweck 188 ff.; Rechts- und Machtzweck, Kultur- und Wohlfahrtszweck 187 ff.; Recht und staatliche Ordnung 188; der „reine Staat“ 188; staatliche Politik, Wirtschafts- und Sozialpolitik 189 ff.; Autorität im S. und ihre Aufgaben 200 ff.; Staatsformen 202 f.; Staatsabsolutismus 203 f.; der S. als moralischer Organismus 203 ff.; Begriff des Staates 206; territoriale Staatsgebilde an der Wende des Mittelalters 257 ff.

Staatsbürgerliche Erziehung 452.

Staatslehre und Gesellschaftslehre, ob Trennung beider 77 f.

Staatsromane 326 ff.

Staatssozialismus 191 ff. 419 f.

Staatswissenschaft und Volkswirtschaftslehre 81 f. 498 ff. 502 f.

Stadtwirtschaft als Wirtschaftsstufe 249 ff.

Standard of life 5 f.

Standesgemäßer Unterhalt 6.

Standesorganisationen 415 423 f. 429 434 ff.

Statik, soziale, nach Comte 86 f.

Statistik als Hilfswissenschaft der Nationalökonomie 499 ff.

Statistische Gesetze 536 ff.

Steuerlehre, individualistische 305 f.; solidaristische 455.

Stufentheorien für die geschichtliche Entwicklung nach Lamprecht 104 ff.; nach Breysig 105 f.; Wirtschaftsstufen 244 ff.; Stufen nach Art d. Güterbeschaffung (Jagd, Viehzucht, Bodenbestellung mit Listscher Ergänzung [Agrikultur-Manufaktur und Agrikultur-Manufaktur-Handelsperiode]) 245 f.; Natural- und Verkehrswirtschaft 246 f.; Natural-, Geld-, Kreditwirtschaft 247 ff.; Haus-, Stadt-, Volkswirtschaft (Bücher-Schmollersche Theorie) 249 ff.; vermittelnde Theorie Philippovichs 267; Sombarts Stufentheorie 267; Harpuders Theorie 269 Anm.

Subjektstellung des Menschen in der Wirtschaft 16 f.; Südwestdeutsche Schule 136.

Syndikalismus 408.

## T.

Tauschbank (Proudhon) 314 331.

Tauschverkehr 39 ff.

Tauschwert 40 ff.; Begriff 46 ff.; T. und Kostenwert 50 ff.

Taxwert 50;

Technik und Ökonomik 12 f.

Telos und teleologische Betrachtungsweise in der Gesellschaftslehre 98 ff. 119 ff.; in der Volkswirtschaftslehre 472 ff. 565 ff.; Teleologie der Menschheitsgeschichte 125 ff. 131 ff.

Tendenzen und Gesetze 198 540 f.

Theorie, reine 470 ff. 485 511 f. 574 ff.

Trieb, ihr Einfluß und ihre Regelung 16; T. in Smiths Morallehre 291 ff.

Typische Zeitalter, nach Lamprecht 104 f., Breysig 105 f.

## U.

Überbau, ideologischer, nach der materialistischen Geschichtsauffassung 352 ff. 358 ff.

Universalismus 447.

Universalität nationalökonomischer Erkenntnis 569 ff.

Utopia von Thomas More 327.

Utopistisch-kritischer Sozialismus 328 ff. 335 ff.; Utopismus der Marxistischen Theorie 398 ff.

## V.

Verband 75 f. 270 f. 435 ff.; Wesen der menschlichen Verbände 148 ff.; V. als moralisch-organische Einheit 158 ff.; als Persönlichkeit 161 ff.

Verelendungstheorie, Marxistische 361 381 f.; nach Bernstein 394 ff.

Vergleichende Methode 211 ff.

Verkehr 40.

Verkehrswirtschaft als Wirtschaftsstufe 254 ff.

Verschwendung 6.

Versicherungswesen als Solidaritätserscheinung 455.

Verstaatlichung s. Staatssozialismus.

Vertragstheorie 208; s. Privateigentumsinstitution.

Volk, das, als Träger der Volkswirtschaft 270 ff.

Volksseele 109 ff.

Volkswirtschaft, Organisationsprinzip der 270 ff. 449 ff.; V. als Wirtschaftsstufe 249 ff.; das verkehrs- und sozialrechtliche Element im Begriffe der V. 261 ff.; Folgerungen hieraus für die Weltwirtschaft 265 ff.; Begriffsbestimmung der V. 269 ff.; Wortanalyse 269; Einheit der V. 271 ff.; Aufgabe der V. 274 f.; V., Einzelwirtschaft, Staatswirtschaft 275 ff.; V. und Weltwirtschaft 276 f. 463 ff.; V. als Arbeitsgemeinschaft 439 ff.; V. und Privatwirtschaft 70 ff. 449 ff. 466 ff.; Gesetze der V. 532 ff.; das Gesetz der V. 532 f. Volkswirtschaftliches Prinzip 469 ff.

Volkswirtschaftslehre, Charakter, Gegenstand, Aufgabe der V. 456 ff.; das Wort „Nationalökonomie“, V. zugleich Sozialökonomik und politische Ökonomie 456 f.; Begriff der V., ihr Material- und Formalobjekt 457 ff.; ihr Ausgangspunkt 460 f.; die V. wahre Wissenschaft 461 f.; eine sozial- und staatswissenschaftliche Disziplin 462 ff.; Weltwirtschaftslehre als Teil der Volks- und Privatwirtschaftslehre 464 f.; die V. eine ökonomische Disziplin 465 f.; V. und Privatwirtschaftslehre 466 ff.; die V. eine praktische Wissenschaft



472 ff.; V. und Politik 484 ff.; V., Verselbständigung der V. 494 ff.; die V. einbesonderer Wissenszweig 497 ff.; Selbstständigkeit der V., aber keine Isolierung 498 f.; Hilfswissenschaften der V. 499 ff.; ihr Verhältnis zu den Gesellschafts- und Staatswissenschaften 493 ff.; zur Moral 503 ff.; ethische Richtung in der V. 515 ff.; V. als „exakte“ Wissenschaft 558 ff.; Universalität ihrer Erkenntnisse 569 ff.; Einteilung der V. 573 ff.  
Volkswohlstand 477 ff. 532 f.

## W.

Ware 40.  
Weibergemeinschaft 165.  
Weltanschauung, materialistische, des Sozialismus 347 ff.; nach Bernstein 390 ff.; W. und Wohlfahrtsbegriff 480 ff.; christliche W. 483 ff.  
Weltherrschaft des Menschen 1 ff.  
Weltwirtschaft als Verkehrsbegriff, W. und Volkswirtschaft 276 ff.  
Weltwirtschaftslehre in ihrem Verhältnis zur Volks- und Privatwirtschaftslehre 462 ff.  
Wert 19 ff.; Objektivität des Wertes 19 f.; Begriffsbestimmung 21; ökonomischer W. 25 f.; Nützlichkeit und W. 26 ff. 40 ff. 44 ff. 50 ff. 61 ff. 368 ff.; Seltenheit und W. 26 44 ff. 69; abstrakter Gattungswert, konkreter subjektiver W. 25 f.; Bemessung des Wertes 26 f.; Gebrauchs- und Tauschwert 41 ff.; gemeiner W. 47; Taxwert 56; Kostenwert 50 ff.; teleologische Auffassung des Wertes 52 ff.; absoluter und relativer, subjektiver und objektiver W. 53; klassische Werttheorie 53 ff.; Careys und Bastiats Theorie 58 f.; Grenzwerttheorie 61 ff.; Marxistische Werttheorie 363 ff. 368 ff.; verglichen mit der klassischen Theorie 367 f.; nach Bernstein 394 ff.

Werturteile; s. Sollsein, Telos, Zweck, Zweckgedanke.  
Wirkungsgüter 21.  
Wirtschaft 11 f.; Einzel- und Gemein-W., öffentliche und Privat-W. 70 f.; Einfluß der W. auf die geschichtliche Entwicklung 113 f.  
Wirtschaftliche Arbeit 11.  
Wirtschaftliche Funktion der Familie 168 ff.  
Wirtschaftliche Natur des Menschen 15 f.  
Wirtschaftliches Gut 21; Materialität der wirtschaftlichen Güter 23 f.; Einteilung 24 f.  
Wirtschaftlichkeit, wirtschaftliches Prinzip 14 467 ff.  
Wirtschaftsbetrieb 12.  
Wirtschaftseinheit 12.  
Wirtschaftsleben, anthropozentrische Auffassung des W. 17 f.  
Wirtschaftsordnung 33 ff. 36 ff. 568.  
Wirtschaftspolitik, staatliche 189 ff.  
Wirtschaftsprinzipien (Bedarfs-, Erwerbswirtschaft) 268 449 ff.  
Wirtschaftsstufen s. Stufentheorien.  
Wissenschaft und Kunst 473 ff.; W. und Politik 487 ff.  
Wohlfahrt und Privatinteresse in A. Smiths Lehre 296 f.; öffentliche W. als Staatszweck 185 ff.; Wohlfahrtsbegriff und Weltanschauung 478 ff.  
Wohlstand s. Volkswohlstand.

## Z.

Zadruga 214 f.  
Zukunftsgesellschaft, sozialistische 362 386 ff.  
Zusammenbruchstheorie s. Katastrophentheorie.  
Zweck als Wesenselement gesellschaftlicher Verbände 150 ff.; Z. des Staates 182 ff.; Z. und Ideal 473 ff. 478 ff.  
Zweckgedanke in der Volkswirtschaftslehre 472 ff. 565 ff. 574 ff.



# HEINRICH PESCH S.J.

## Lehrbuch der Nationalökonomie. 5 Bände.

1. Grundlegung. 3. u. 4., neu bearbeitete Auflage. (4.—6. Tausend)
2. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. I. Volkswirtschaftliche Systeme. Wesen und disponierende Ursachen des Volkswohlstandes. 2. u. 3., neu bearbeitete Auflage.
3. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. II. Die aktiven Ursachen im volkswirtschaftlichen Lebensprozeß. (Neue Auflage erscheint 1925.)
4. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. III. Der volkswirtschaftliche Prozeß. 1. *Deckung des Volksbedarfs als volkswirtschaftliche Aufgabe.* 2. *Produktion.* 1. u. 2. Auflage.
5. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. III. Der volkswirtschaftliche Prozeß. 3. *Tauschverkehr.* 4. *Einkommens- und Vermögensbildung.* 5. *Störungen des volkswirtschaftlichen Prozesses.* 1. u. 2. Auflage.

## Freiwirtschaft oder Wirtschaftsordnung? 2. Auflage.

Bringt zunächst die Frage der Wirtschaftsart, ob Freiwirtschaft oder Wirtschaftsordnung, zur Erörterung, woran sich dann eine Darlegung der Geschichte der wirtschaftlichen Ideen mit ihren Lehren anschließt.

## Die philosophischen Grundlagen des ökonomischen Liberalismus. 2. Auflage.

Weist den inneren Zusammenhang des freiwirtschaftlichen Prinzips mit jener philosophischen Welt- und Lebensanschauung nach, die als falsche Aufklärung ebenso der menschlichen Würde zu nahe tritt, wie sie auch in ihren Konsequenzen die Lösung der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Probleme wesentlich erschwert, ja unmöglich macht.

## Das Privateigentum als soziale Institution. 2. Auflage.

An Hand der Enzyklika „Rerum novarum“ wird der Beweis erbracht, daß das Privateigentum keine historische Kategorie, sondern eine moralische Notwendigkeit ist.

## Ethik und Volkswirtschaft.

Vertritt den Satz, daß das wirtschaftliche Prinzip nicht ausreichend sei für die Bedarfsdeckungsaufgabe eines Volkes, sondern in weitgehendem Maße ergänzt werden müsse durch das hygienische, ästhetische und ethische Prinzip.

## Des wissenschaftlichen Sozialismus Irrgang und Ende. (Sonderabdruck aus dem „Lehrbuch der Nationalökonomie“. I. Band. 3. u. 4., neu bearbeitete Auflage.)

## Neubau der Gesellschaft. 10.—13. Tausend.

Zeigt, wie sich auf den Trümmern der zusammengebrochenen Gesellschaftsordnung eine neue, dauerhaftere, tiefer in den Rechten der Einzelindividuen gegründete aufbauen läßt.

## Der moderne Sozialismus. 2. Auflage.

## Die Wohltätigkeitsanstalten der christl. Barmherzigkeit in Wien.

---

## Der christliche Solidarismus. Nach Heinrich Pesch S.J. dargestellt von Heinrich Lechtape. 4.—7. Tausend.

## Die Frage der Steuergerechtigkeit. Grundsätzliches zur Finanzreform auf Grund des Solidaritätssystems von Heinrich Pesch S.J. Von Heinrich Lechtape.







35629



